

# ZWEITER BERICHT ZUR LAGE DER JUGEND IN ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM FÜR  
UMWELT,  
JUGEND UND FAMILIE



## **2. BERICHT ZUR LAGE DER JUGEND**

**Auftraggeber:**

**Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie**

**Sektion IV**

**Redaktion:**

**Herbert Janig  
Bernhard Rathmayr**

**Wien, im September 1993**

**Impressum:**

**Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bundesministerium für Umwelt,  
Jugend und Familie, Sektion IV  
1010 Wien, Franz Josefs Kai 51**

**Projektleitung und Redaktion: Ass.Prof. Univ.Doz. Dr. Herbert Janig,  
Ass.Prof. Univ.Doz. Dr. Bernhard Rathmayr**

**Layout und Manuskript: Helga Lederer**

**Lektorat: Mag.Dr. Helga Duffek**

**Druck: Bundesministerium für Finanzen**

**Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen  
bedarf der schriftlichen Einwilligung des BM für Umwelt, Jugend und Familie.**

## INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
<b>EINLEITUNG</b> ( <i>Herbert Janig, Bernhard Rathmayr</i> )	5
<b>THEMEN</b>	10
<b>Jugendliche in Österreich</b>	11
Jugend - Eine Lebensphase aus demographischer Sicht ( <i>Josef Kytir, Rainer Münz, Eva Nebenführ,     Heinz Faßmann, Peter Findl, Albert F. Reiterer</i> )	12
<b>Jugendliche und Werte</b>	56
Werthaltungen und Lebensstile junger Österreicher/innen im europäischen Kontext ( <i>Christian Friesl, Mathias Richter, Paul M. Zulehner</i> )	58
Braucht es eine neue Moral ? ( <i>Gunter M. Prüller-Jagenteufel</i> )	83
Sehnsucht Familie: Wunsch und Wirklichkeit ( <i>Stefan Dinges</i> )	94
<b>Jugendliche und Erwachsene</b>	107
Die erwachsenen Kinder. Zur Krise der Institutionen und zur Bedeutung des außerinstitutionellen Umgangs mit Jugendlichen ( <i>Bernhard Rathmayr</i> )	109
<b>Jugendliche und Geschlecht</b>	151
Alltagsrealität und Lebensperspektiven von Mädchen ( <i>Birgitt Haller, Sieglinde Rosenberger</i> )	152
<b>Jugendliche und Schule</b>	180
Klimamerkmale wirksamer Schulen ( <i>Ferdinand Eder</i> )	181
<b>Jugendliche und Stadt</b>	197
Städtische Jugendliche und ihre gesellschaftliche Integration ( <i>Wolfgang Schulz</i> )	199
<b>Jugendliche und Computer</b>	228
Der Computer als neues Kulturelement in der Lebenswelt Jugendlicher ( <i>Gerald Steinhardt</i> )	229
<b>Jugendliche und Gewalt</b>	253
Zu aktiven und passiven Gewalterfahrungen und zur Rechts- orientierung von Jugendlichen ( <i>Heinz Steinert, Inge Karazman-Morawetz</i> )	255
Läßt sich "Erziehung ohne Zwang" im öffentlichen Bereich verwirklichen ? ( <i>Christa Pelikan, Arno Pilgram</i> )	264
<b>Jugendliche und Drogen</b>	277
Die neue Nüchternheit. Epidemiologie legalen und illegalen Drogengebrauchs von Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ( <i>Irmgard Eisenbach-Stangl</i> )	278

	Seite
<b>KONTROVERSE</b>	307
<b>Jugendliche und Beruf</b>	308
Jugendliche zwischen Ausbildung und Beschäftigung. Probleme und Perspektiven im System der Lehrlingsausbildung (Lorenz Lassnigg)	309
Jugendliche im Bildungs- und Ausbildungssystem. Übergänge, Befindlichkeiten und berufsbezogene Erwartungen (Arthur Schneeberger)	333
<b>EVALUATIONEN - DISKUSSIONEN</b>	347
<b>Familienunterstützende Einrichtungen</b>	
Die gehobene Bedeutung der freien Träger im Jugend- wohlfahrtsgesetz 1989 (Josef Scheipl, Regina Enzenhofer, Bettina Haider, Heide Streicher)	349
<b>Schulische Integration</b>	
Schulische Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder. Ergebnisse wissenschaftlicher Begleitung und aktueller Stand (Reinhard Hug)	368
<b>Konfliktregelung - Tatausgleich</b>	
Erfahrungen nach der Reform des Jugendstrafrechts (Udo Jesionek)	383
Die Akzeptanz des außergerichtlichen Tatausgleichs bei jugendlichen Tätern und Geschädigten (Herbert Janig, Marion Sigot, Johann Stückler)	392
<b>Psychosoziale und Soziokulturelle Angebote</b>	
Im Spannungsfeld zwischen psychosozialen und soziokulturellen Angeboten (Reinhold Popp)	397
<b>Europäische Integration und Bildung</b>	
Auswirkungen der europäischen Integration auf Bildungs- programme für österreichische Jugendliche (Herwig Höllinger, Ulrike Jenny)	404
<b>Lebenschancen jugendlicher Mütter</b>	
Berufs- und Bildungslaufbahn jugendlicher Mütter (Herbert Janig, Michaela Wang)	420
<b>Von der Wehrpflicht zur Dienstpflicht ?</b>	
Jugendliche zwischen staatlichem Zwang und freiwilliger Gemeinschaftsleistung (Joachim Giller)	430

## V O R W O R T

Im Jahr 1988 wurde von der damaligen Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie, Frau Dr. Marilies Flemming, der erste Bericht zur Lage der Jugend in Österreich vorgelegt. Einer EntschlieÙung des Nationalrates folgend, wurde auch in dieser Legislaturperiode der Auftrag an unabhängige Experten erteilt, relevante Daten und Fakten zu Österreichs Jugend zu erheben. Ihr Bericht liegt nun vor.

Verschiedene Studien kommen zum Schluß, daß die Jugend mehrheitlich lebensfreudig und selbstbewußt ist. Doch DIE Jugend gibt es nicht, und es ist ebenso ein Faktum, daß jene, die sich nicht als erfolgreich und sicher erleben, heute verstärkt im sozialen Out landen. Als Jugendministerin erachte ich einen Bericht über die Lage der Jugend daher für wesentlich.

Der vorliegende Bericht beschäftigt sich mit der Generationenfrage ebenso wie mit der Frage nach der Norm und der Abweichung von dieser Norm. In der heutigen Zeit besonders wichtig erscheinen internationale Aspekte sowie die Frage der Qualifikationen und der Ausbildung junger Menschen. Auch die Frage, inwieweit sich die Lebensentwürfe von Mädchen von denen männlicher Jugendlicher unterscheiden, wird behandelt. In seiner Breite bietet der vorliegende Bericht zur Lage der Jugend eine wertvolle, wenn auch streckenweise vielleicht kontroversielle Diskussionsbasis.

In einer Gesellschaft, in der viele Lebensformen und Werthaltungen nebeneinander existieren, sind zukunftssträchtige Konzepte und ehrliches Ernstnehmen der Jugend besonderes wichtig. Aus den Berichten der Jugendforscher sollen und müssen jugendpolitische Konzepte und Maßnahmen abgeleitet werden, deren Relevanz nicht nur für mein Ressort, sondern auch für andere politisch Verantwortliche auf Bundes- und Landesebene gilt.

Als Jugendministerin danke ich den Autoren und Autorinnen der Forschungsberichte und insbesondere den Herausgebern für ihre Arbeit. Ich hoffe auf eine lebhafte und fruchtbringende Debatte über die Beiträge in diesem zweiten Bericht über die Lage der Jugend.

*Mania Rauch-Kallat*

## EINLEITUNG

Herbert Janig, Bernhard Rathmayr

Ausgangspunkt für den 2. Bericht zur Lage der Jugend war die Entschließung des Nationalrates vom 27. September 1988, in welcher die "Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie ... aufgefordert (wird), dem Nationalrat in jeder Legislaturperiode einen aktuellen Bericht zur Lage der Jugend in Österreich vorzulegen" (S. 4, 719 der Beilagen z. d. Sten. Protokollen des NR, XVII GP).

### Arbeitsgruppe Jugendbericht '93

Am 18. Jänner 1990 wurde die "Arbeitsgruppe Jugendbericht '93" von Frau BM Dr. Marilies Flemming konstituiert. Sie setzte sich aus zwei Vertretern des BMUJF, den beiden Geschäftsführern des ÖIJ, zwei Vertretern des ÖBJR, sowie Univ.Doz. Dr. Bernhard Rathmayr und Univ.Doz. Dr. Herbert Janig als Autorenvertreter zusammen. Die Aufgaben der Arbeitsgruppe bestanden in der Themenauswahl, der Auswahl der zu beteiligenden Mitarbeiter, sie sollte Organisationen und Forscherpersönlichkeiten ansprechen und Hearings veranstalten, um die Themenvorschläge präsentieren, besprechen und auswählen zu können. Sie sollte dabei in der ersten Phase eine Clearingstelle zwischen den interessierten und betroffenen Institutionen, Personengruppen und Forschern sein.

In insgesamt 19 Sitzungen hat die Arbeitsgruppe diesen Auftrag erfüllt. Im Juni 1990 wurde ein Hearing veranstaltet, zu dem Vertreter verschiedenster Organisationen, Forscher und Referenten aus der Bundesrepublik Deutschland zur Beratung in Arbeitskreisen eingeladen waren. In der Zeit von September 1990 bis Juni 1991 wurden konkrete Projekte formuliert, Vorschläge für Expertisen eingeholt, Aufträge für Expertisen vergeben und die Projektarbeit begonnen.

Von Juli 1991 bis März 1993 wurden die einzelnen Projekte und Expertisen von den Autoren bearbeitet. Danach begann die Redaktionsarbeit, die bis August 1993 andauerte. Im September 1991, im Februar 1992 und im Juli 1993 fanden Autorenbesprechungen statt, in welchen der jeweilige Stand der Arbeiten und inhaltliche Fragen diskutiert wurden.

Zur Verbreitung der Ergebnisse des vorliegenden Jugendberichts und zur Weichenstellung für ein jugendpolitisches Schwerpunktprogramm schlagen die Autoren vor, eine Enquete zu veranstalten, bei welcher die wichtigen Aussagen des Jugendberichts präsentiert werden.

### Finanzierung

Das in der Besprechung von der Frau BM Dr. Flemming genehmigte Finanzierungsmodell sah eine Sockelfinanzierung seitens des Ministeriums in der Höhe von 1,740.000.-- Schilling vor - sie wurde später auf 2,140.000.-- Schilling erhöht. Diese 2,14 Millionen Schilling, wurden wie folgt verwendet: 46 % für eigenständige, größere Forschungsprojekte, die von der Arbeitsgruppe in Auftrag gegeben wurden (v.a. Evaluation der freien Träger, demographische Analysen); 27 % für Expertisen (Ankauf der überwiegenden Zahl der Beiträge für den Bericht); 6 % für Projektzuschüsse (zu kleineren Forschungsvorhaben); 21 % für Administration (ÖIJ, Autorenkonferenz, Reisekosten).

Dieser Betrag allein hat nicht ausgereicht, um alle geplanten Forschungsvorhaben für den Jugendbericht zu finanzieren. Daher haben die Autorenvertreter in der Arbeitsgruppe einige Kollegen/-Kolleginnen angeregt, von sich aus, auf Eigeninitiative Forschungsprojekte finanzieren zu lassen und der Arbeitsgruppe dann die Ergebnisse für den Jugendbericht zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise ist es gelungen, die Ergebnisse von Forschungsvorhaben im Wert von fast 2 Millionen Schilling dem Jugendbericht zur Verfügung zu stellen. Die fördernden Institutionen waren der Jubiläumsfonds

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

---

6

der Österreichischen Nationalbank, das BM für Wissenschaft und Forschung und der Forschungsfonds der Universität Klagenfurt. Zudem haben einzelne Autoren ihre Beiträge dem BM für Umwelt, Jugend und Familie kostenlos, ohne dafür ein Honorar zu erhalten, für den Jugendbericht zur Verfügung gestellt.

Es war aber auch beabsichtigt, Sponsorgelder von Privatfirmen zu akquirieren. Leider war es trotz intensiver Bemühungen der Arbeitsgruppe nicht gelungen, Firmen zur Bereitstellung finanzieller Mittel im Sinne des Wissenschafts- und Kultursponsorings zu bewegen.

### Dank

Viele Personen innerhalb und außerhalb des "Jugendministeriums" haben sich für das Zustandekommen des Jugendberichts eingesetzt. In erster Linie ist wohl den drei Bundesministerinnen, welche während der Vorbereitungszeit des Jugendberichts das Ministerium leiteten, Dank abzustatten: Frau BM Dr. Marilies Flemming, welche die Initiative zur Erstellung des Jugendberichts ergriffen hat; Frau BM Dkfm. Ruth Feldgrill-Zankl, welche die erweiterte Finanzierung sichergestellt hat; und schließlich Frau BM Maria Rauch-Kallat, die den vorliegenden Expertenbericht erfolgreich präsentiert, der parlamentarischen Behandlung zugeleitet und veröffentlicht hat.

Besonderer Dank gilt allen Autorenkolleginnen und -kollegen, welche Beiträge für diesen Bericht verfaßt haben. Sie haben sich große Mühe gegeben, gute Arbeit zu leisten und Vorschläge für eine zukünftige Jugendarbeit und Jugendpolitik zu machen.

Viele Beamte haben neben den schon genannten an den Vorbereitungsarbeiten teilgenommen: Sektionschef Dr. Josef Finder hat die erste Phase erfolgreich unterstützt, seine Nachfolgerin Sektionsleiterin Oberkommissarin Dr. Veronika Holzer den Schritt zur Veröffentlichung betreut; GL Rätin Dr. Sigrid Pilz hat, gemeinsam mit AL Oberkommissär Mag. Karl Wilfing, "ihren" Jugendbericht erfolgreich über alle Hürden gebracht; AL Amtsdirektor Regierungsrat Walter Schmidt und Kontrollor Wolfgang Fürnweiger haben die Finanzen korrekt betreut. Größter Dank gebührt Frau Helga Lederer, die das Manuskript betreut und die Druckvorlage erstellt hat. BSI Dr. Helga Duffek hat die Beiträge erfolgreich lektoriert. Allfällige noch vorhandene Fehler gehen zu Lasten der Redakteure. Dank gebührt aber auch vielen Beratern, Kollegen, Beamten, die mitgeholfen haben, die oft schwierigen Phasen der Entstehungsgeschichte des Jugendberichts zu überwinden und die hier namentlich nicht genannt werden können.

### Vorschläge

Für zukünftige ähnliche (Jugend-)Berichte erscheint es den Autoren günstig, daß ein klarer politischer Wille des/der Minister/in vorliegt, der sich auch in einer begrenzten, klaren Themenstellung ausdrückt: z.B. einen bestimmten Lebensbereich untersuchen lassen. Dazu sollte eine kleine Kommission (3-5 Personen) von Wissenschaftlern einberufen werden, die auf diesem Gebiet Erfahrungen aufzuweisen haben. Diese Kommission erarbeitet unabhängig ein Konzept, das Inhalte, Ziele, Finanzen, Organisation, Personal- und Zeitbedarf formuliert. Dieser Vorschlag wird seitens des Ministeriums mit der Kommission diskutiert. Anschließend gibt der/die Minister/in einen klaren Untersuchungsauftrag an die Kommission, ohne in inhaltliche Details einzugreifen. Nach einer Arbeitsperiode von etwa 2 Jahren werden die Ergebnisse einer Diskussion unterworfen, an der sich die Abteilungen des Ministeriums und die Interessenvertreter beteiligen. Anschließend beruft der/die Minister/in eine Enquete ein, in welcher die Ergebnisse und Maßnahmenvorschläge veröffentlicht werden.

Im Lichte der Erfahrungen der Arbeit am vorliegenden Jugendbericht schlagen die Autoren für künftige Forschungsarbeiten vor, Arbeitsformen zu überlegen, die noch größere Transparenz bei der

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Vergabe von Forschungsvorhaben gewährleisten. Zu denken ist dabei etwa an Ausschreibungen von Forschungsaufträgen und deren Evaluierung. Dazu könnte im BMUJF ein Forschungsbeirat eingerichtet werden, welchem diese Aufgaben übertragen werden. Für weitere Jugendberichte könnte auch überlegt werden, ein Spezialthema auszuwählen und parallel dazu ein Monitoring zu einem bestimmten Themenkomplex vorzubereiten und durchzuführen, um immer einen aktuellen Stand der Jugendsituation berichtet zu haben.

### Inhalt und Gestaltung

Die Auswahl der Themen, die Gewichtung der Fragestellungen und die Gestaltung des Jugendberichts ist eine nicht immer einfache Balance zwischen den unterschiedlichen Anforderungen, die zu Recht an seine Ausarbeitung gestellt werden.

Da ist einerseits der Anspruch wissenschaftlicher Gründlichkeit, mit dem Forderungen nach einfacher Darstellung und guter Lesbarkeit konkurrieren, sowie die Orientierung an Themen, die in der breiten Öffentlichkeit eine Rolle spielen und keineswegs immer identisch sind mit dem, was auf den Hitlisten wissenschaftlicher Publikationen zu finden ist.

Da ist andererseits die berechtigte Anforderung, praktikable, d.h. in politisches Handeln umzumünzende Analysen zu liefern, der die hohe Komplexität gerade der Probleme des Jugendalters gegenübersteht, für die es oft genug nicht einen, sondern gleich mehrere und nicht selten voneinander abgekoppelte, wenn nicht miteinander konkurrierende Handlungsträger gibt.

Und da ist drittens das Gebot der Objektivität und Ausgewogenheit, dem die verschiedensten für objektiv gehaltenen Ansichten und Sichtweisen der unterschiedlichen Akteure des Jugendbereichs gegenüberstehen.

Kritik von zumindest jeder dieser Seiten wird auch diesem Bericht nicht erspart bleiben und kann ihm nur gut tun. Einige Hinweise, von welchen Vorstellungen die vorbereitende Arbeitsgruppe und die Endredaktoren bei seiner Erstellung ausgegangen sind, sollen dieser Kritik offenstehen bzw. ihr als erste Antworten dienen:

Der Jugendbericht 1993 setzt einen eindeutigen Akzent auf aktuelle, zum Teil für die Zwecke des Berichts in Auftrag gegebene, zum Teil für sie bearbeitete Forschung. Damit wird zum einen eine deutlichere Betonung der österreichischen Situation möglich, für die bisher zu wenig Forschungsaussagen vorlagen. Zum anderen werden die Simplifizierungen, die gerade in Jugendfragen an der Tagesordnung sind, in den Kontext komplexerer Zusammenhänge übergeführt, in deren Rahmen eine verantwortliche Stellungnahme und eine vertretbare Begründung von Maßnahmen erst möglich ist.

Damit ist bereits ein grundsätzliches Merkmal der Gestaltung des Berichts vorweggenommen. Sie orientiert sich, bei aller notwendigen Vereinfachung und Kürzung, im Prinzip an den Fassungen der Berichtsteile, die die einzelnen Autoren der Arbeitsgruppe vorgelegt haben. Der endgültige Text hat, soweit dies verträglich erschien, die hinter den Ergebnissen stehenden methodischen Vorgangsweisen transparent gehalten. Das hat zu einem hoffentlich immer noch gut, aber vermutlich nicht im Eiltempo und nebenbei lesbaren Bericht geführt.

Dahinter steckt eine bewußte Überlegung, die im Lichte der Erfahrungen mit dem Jugendbericht 1988 plausibel erschien: Die damals erstellte Kurzfassung, die auf jegliches Beiwerk verzichtete und sozusagen "die Ergebnisse und nichts als die Ergebnisse" umfaßte, wurde zwar von der Presse ausgiebig rezipiert, unter den Abgeordneten des Parlaments dürfte die Leserschaft bereits geringer gewesen sein, und der offizielle politische Ertrag beschränkte sich auf eine Entschließung des Parlaments, in der im wesentlichen Forderungen an die Bundesregierung und verschiedene Ministerien aneinandergereiht waren.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

8

Die "Wirkung" des Jugendberichtes auf dieser unmittelbar politischen Ebene war, so gesehen, nicht allzu groß. Seine tatsächliche Wirkung entfaltete der Bericht bei denen, die unmittelbar mit Jugendarbeit, Jugendpolitik, Jugendforschung zu tun haben: Mitarbeitern der Ministerien, der Landesjugendreferate, der Jugendämter, der Jugendanwaltschaften, Jugendarbeitern und -erziehern, Studierenden und Lehrenden, der einschlägigen Studienrichtungen der Universitäten, usw. Für diese unseres Erachtens höchst wichtigen Adressaten ist aber ein "Kurzbericht" ohne alles Drum und Dran im Grunde zu "dünn", worunter nicht nur die Seitenzahl zu verstehen ist. Sie haben offensichtlich in großer Zahl die mit einigem Zeitabstand veröffentlichte umfangreiche Buchfassung gelesen, deren bisher zwei Auflagen überraschend schnell vergriffen waren.

Das hat uns bewogen, diesmal einen Mittelweg zu beschreiten. Was hier vorliegt, ist nach wie vor eine "Kurzfassung", die aber eine größere Nähe zu den zugrundeliegenden umfangreichen Forschungsberichten bewahrt und weniger Zugeständnisse an die Art und Weise macht, wie Jugendprobleme im allgemeinen in der Öffentlichkeit abgehandelt werden: als kurzfristige, nicht selten im Gefolge spektakulärer Ereignisse aufgegriffene Problemverkürzungen, für die rasch einige eindeutige Antworten verlangt werden, bevor man zum nächsten Thema übergeht. Die Drogenproblematik hält aber länger an, als das - begrüßenswerte, aber begrenzte - Interesse von Magazinen, und die Ausländerfeindlichkeit überlebt, so bedauerlich das ist, das öffentliche Interesse an den Brandsätzen von Mölln bei weitem.

Jugenderziehung, Jugendpolitik und Jugendarbeit bedürfen, und auch das ist eine Funktion des Jugendberichtes, durchaus der kurzfristig verdichteten Anregungen und Aufregungen, damit sie in Schwung bleiben oder in Schwung kommen. Noch mehr bedürfen sie eingehend überlegter längerfristiger Konzepte und deren anhaltender Verwirklichung. Als Grundlage einer solchen notwendigen "Politik des längeren Atems" aber schien ein etwas "langatmiger" Bericht zweckmäßig.

In einem Punkt aber hat sich nichts geändert: Der Jugendbericht 1993 ist ein Bericht im Interesse der Jugendlichen. Er befriedigt weder ein allenfalls vorhandenes Interesse an der Beschönigung der Probleme, und es gab auch während der gesamten Zeit der Erarbeitung keinerlei Einfluß in diese Richtung. Er befriedigt aber auch jene gängigen Vorurteile nicht, die, ob sie "die Jugend" nun verherrlichen oder verdammten, stets "im Interesse der Jugendlichen" verbreitet werden.

Dies ist ein Bericht über die Lebenssituation und die Probleme der Jugendlichen in diesem Land, der sich an die erwachsene Bevölkerung in all ihren auf die Jugendlichen bezogenen Rollen und Funktionen richtet. Er soll dazu beitragen, daß sie mehr von den Jugendlichen verstehen, besser auf sie eingehen, ihnen weniger antun und mehr für sie tun. Gewiß, die Erwachsenen haben auch ihre Probleme, und, wie es aussieht, nicht allzu wenige. Diesmal aber geht es um die jungen Menschen in diesem Land - darum, wie "jung sein in Österreich" schöner werden könnte.

### **Autoren und Mitglieder der Arbeitsgruppe**

Folgende Personen waren Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Eva Bruckner (ÖIJ, Protokoll), Mag. Christian Friesl (ÖIJ), Lauri Hätönen (ÖBJR), Marina Hahn-Bleibtreu (ÖIJ, seit 10/92), Univ.Doiz.Dr. Herbert Janig (Autor, Leiter), GL Rätin Dr. Sigrid Pilz (BMUJF), Univ.Doiz.Dr. Bernhard Rathmayr (Autor), Mag. Walter Tancsits (ÖIJ, Administration, bis 10/92), OKoär. Mag. Karl Wilfing (BMUJF), Mag. Eva-Maria Fluch (BMUJF), Rev. Robert Lender (BMUJF), Mag. Bernhard Heinzlmaier (ÖIJ), Walter Schweiger (ÖIJ), Reinhard Scheibelreiter (ÖBJR) haben fallweise an den Sitzungen der Arbeitsgruppe teilgenommen.

Folgende Autoren/Autorinnen haben Beiträge verfaßt:

Dinges Stefan, Mag.: Pastoraltheologe, Wien

Eder Ferdinand, Dr.AProf: Institut für Pädagogik und Psychologie der Universität Linz

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

9

Eisenbach-Stangl Irmgard, Univ.Doiz.Dr.: Ludwig Boltzmann Institut für Suchtforschung, Wien  
Enzenhofer Regina, Mag.: Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Graz  
Faßmann Heinz, Univ.Doiz.Dr.: Institut für Stadt- und Regionalforschung d. Ö.Akad.d.Wiss. Wien  
Findl Peter, Dr.: Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien  
Friesl Christian, Mag.: Institut für Pastoraltheologie der Universität Wien  
Giller, Joachim, Dr.: Bundeskanzleramt, Wien  
Haider Bettina, cand.phil: Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Graz  
Haller Birgitt, Dr.: Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck  
Höllinger, Herwig, Dr.: Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft, Wien  
Hug Reinhard, Dr.: Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Innsbruck  
Janig Herbert, AProf.Univ.Doiz.Dr.: Institut für Psychologie der Universität Klagenfurt  
Jenny Ulrike, Mag.: Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft, Wien  
Jesionek Udo, Dr.: Jugendgerichtshof Wien, Honorarprofessor an der Universität Linz  
Karazman-Morawetz Inge, Dr.: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien  
Kytir Josef, Dr.: Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien  
Lassnigg Lorenz, Dr.: Institut für Höhere Studien, Wien  
Münz Rainer, Univ.Prof.Dr.: Lehrstuhl für Bevölkerungswiss. der Humboldt Universität Berlin  
Nebenführ Eva, Mag.: Institut für Demographie der Öst. Akademie der Wissenschaften, Wien  
Pelikan Christa, Dr.: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien  
Pilgram Arno, Univ.Doiz.Dr.: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien  
Popp, Reinhold, Univ.Doiz.Dr.: Akademie für Sozialarbeit, Salzburg  
Prüller-Jagenteufel Gunter, MMag.: Institut für Moraltheologie der Universität Wien  
Rathmayr Bernhard, AProf.Univ.Doiz.Dr.: Institut für Erziehungswiss. der Universität Innsbruck  
Reiterer Albert F., Univ.Doiz.Dr.: Sozialwissenschaftler, Wien  
Richter Mathias, Mag.: Institut für Strategische Markt- und Meinungsforschung, Laxenburg  
Rosenberger Sieglinde, Univ.Ass.Dr.: Institut für Politikwissenschaften der Universität Innsbruck  
Scheipl Josef, Univ.Prof.Dr.: Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Graz  
Schneeberger Arthur, Dr.: Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft, Wien  
Schulz Wolfgang, Univ.Prof.Dr.: Institut für Soziologie der Universität Wien  
Sigot Marion, Mag.: Verein Sachwalterschaft, Klagenfurt  
Steinert Heinz, Univ.Prof.Dr.: Institut für Soziologie der Universität Frankfurt  
Steinhardt Gerald, Univ.Ass.Dr.: Inst. f. Gestaltungs- und Wirkungsforsch.d.Tech.Universität Wien  
Streicher Heide, Mag.Dr: Technische Universität Graz  
Stückler Johann, AProf.Dr.: Institut für Psychologie der Universität Klagenfurt  
Wang Michaela, Mag.: Institut für Psychologie der Universität Klagenfurt  
Zulehner Paul M., Univ.Prof.Dr.: Institut für Pastoraltheologie der Universität Wien

## **THEMEN**

*Jugendliche in Österreich*

*Jugendliche und Werte*

*Jugendliche und Erwachsene*

*Jugendliche und Geschlecht*

*Jugendliche und Schule*

*Jugendliche und Stadt*

*Jugendliche und Computer*

*Jugendliche und Gewalt*

*Jugendliche und Drogen*

## Thema: Jugendliche in Österreich

Jugend - eine Lebensphase aus demographischer Sicht

Ausarbeitung: Josef Kytir, Rainer Münz, Eva Nebenführ, Heinz Faßmann, Peter Findl, Albert F. Reiterer

Grundlage: Daten der Volkszählung 1991 des ÖSTAT; vorangegangene Volkszählungen; Daten des EUROSTAT; Schulstatistik des ÖSTAT; Bevölkerungsvorausschätzungen des ÖSTAT; diverse Mikrozensen

Rund 15 % der österreichischen Bevölkerung sind Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Von ihnen besitzen 91 % die österreichische Staatsbürgerschaft. Wenngleich die absolute Zahl Jugendlicher heute etwa gleich groß ist wie zur Jahrhundertwende, so ist doch der relative Anteil an der gesamten Wohnbevölkerung gesunken. Dieser relative Jugendlichen-Anteil liegt auf internationalem Niveau. Der Jugendanteil entspricht dem westeuroäischen Niveau. Zahl und Anteil der Jugendlichen wird in den nächsten Jahren abnehmen.

Risikoreiches Verhalten, das zu Freizeit-, Sport- und Verkehrsunfällen mit Todesfolgen führt, ist für die hohe Mortalitätsrate besonders männlicher Jugendlicher verantwortlich.

## JUGEND — EINE LEBENSPHASE AUS DEMOGRAPHISCHER SICHT

Josef Kytir, Rainer Münz, Eva Nebenführ, Heinz Faßmann, Peter Findl, Albert F. Reiterer

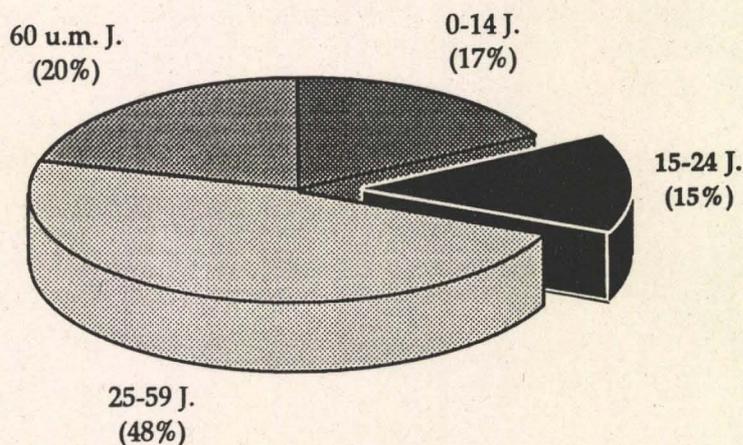
Jugend beginnt mit 15 und endet aus demographischer Sicht irgendwann Mitte 20. Dazwischen liegt eine Phase biographisch folgenreicher Veränderungen. Mit 15 ist die Lebenssituation der meisten Jugendlichen recht ähnlich. Die große Mehrzahl wohnt noch bei den Eltern, geht zur Schule oder absolviert eine Lehrausbildung, ist unverheiratet und kinderlos. Mitte 20 haben die meisten jungen Erwachsenen ihr Elternhaus bereits verlassen und sind erwerbstätig geworden. Viele leben mit einem festen Partner. Etliche haben bereits eine eigene Familie gegründet. Mit der dazwischenliegenden Lebensphase beschäftigt sich dieser Teil des Jugendberichts. Er beschreibt und analysiert die Gruppe der 15- bis 24jährigen aus der Sicht von Demographie und amtlicher Statistik.

### Demographische Grunddaten

1991 hatte Österreich 7,8 Millionen Einwohner. Rund 15% der Wohnbevölkerung waren Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Der Anteil der Kinder unter 15 Jahren lag bei 17%. Fast die Hälfte der Wohnbevölkerung (48%) war zwischen 25 und 59 Jahre alt und 20% bereits über 60. Die Jugendlichen stellten zu Anfang der 90er Jahre ein Siebentel der Bevölkerung (vgl. Abbildung 1).

Jugendliche:  
15 % der Gesamtbevölkerung

Abbildung 1: Bevölkerung im Jugendalter (15- bis 24jährige) im Vergleich zu anderen Altersgruppen; Österreich 1991



Quelle: Volkszählung 1991 des ÖSTAT

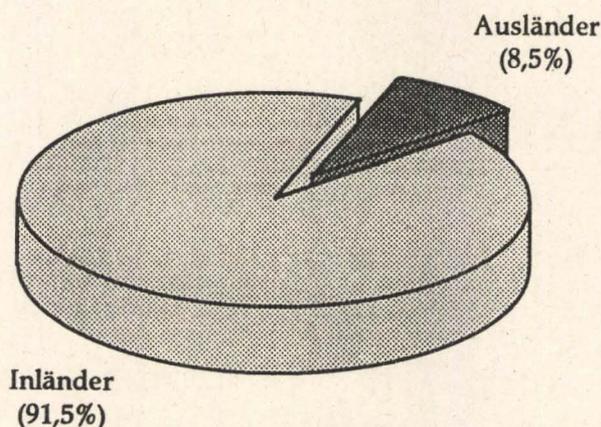
## 2. Bericht zur Lage der Jugend

13

Von den 1,15 Millionen Jugendlichen (15-24 Jahre) besaßen 91% die österreichische Staatsbürgerschaft. Von den 9% Ausländern ist ein Drittel Bürger eines der jugoslawischen Nachfolgestaaten, ein Viertel hat einen türkischen Paß. Der Rest verteilt sich auf einige Dutzend andere Nationen. Viele dieser ausländischen Jugendlichen sind keine Zuwanderer, sondern in Österreich zur Welt gekommen und hier aufgewachsen (vgl. Abbildung 2).

Anfang der  
90er Jahre:  
1,150.000 Jugend-  
liche in Österreich

**Abbildung 2:** Bevölkerung im Jugendalter (15- bis 24jährige) nach Staatsangehörigkeit; Österreich 1991



Quelle: Volkszählung 1991 des ÖSTAT

Charakteristisch für das Jugendalter ist der Männerüberschuß: Auf 100 Frauen zwischen 15 und 24 Jahren kommen derzeit fast 107 Männer. In keiner Altersgruppe ist der Männerüberschuß größer. Denn zum Knabenüberschuß bei der Geburt (106 auf 100) kommt noch ein Übergewicht männlicher Immigranten, das für die Zuwanderung der späten 80er und frühen 90er Jahre typisch war. Es macht die höhere Sterblichkeit männlicher Säuglinge und Kinder mehr als wett. Ohne Migration kämen nur 104 männliche Jugendliche auf 100 weibliche.

Es gibt mehr  
junge Männer als  
Frauen

### Bevölkerung im Jugendalter

Die Zahl der Jugendlichen, die in den Grenzen der heutigen Republik Österreich leben bzw. lebten, hat sich trotz aller dramatischen Umbrüche während des 20. Jahrhunderts nur wenig verändert: Im Jahr 1900 lag sie bei 1,12 Millionen. Bis 1923 erreichte sie sich mit 1,25 Millionen ein erstes Maximum; damals standen die geburtenstarken Jahrgänge aus der Zeit nach der Jahrhundertwende im Jugendalter. 1951 lag die Zahl der 15- bis 24jährigen - als Spätfolge des Zweiten Weltkrieges und der Geburtenausfälle der Weltwirtschaftskrise - bei nur 926.000. Zwei Jahrzehnte nach dem Baby-Boom erreichte die Zahl der 15- bis 24jährigen 1981 mit 1,26 Millionen ihr zweites Maximum. 1991 gab es mit 1,15 Millionen wieder etwa so viele Jugendliche wie zu Beginn des Jahrhunderts (vgl. Tabelle 1).

Heute so viele  
Jugendliche  
wie zur Jahr-  
hundertwende;  
doch ihr Anteil  
wird immer  
kleiner

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

14

Tabelle 1: Altersaufbau der Wohnbevölkerung Österreichs (heutiger Gebietsstand) 1900-1991

Jahr	Altersgruppe				insgesamt
	0 - 14 J.	15 - 24 J.	25 - 59 J.	60 u.m. J.	
absolut					
1900	1.779.167	1.124.873	2.552.389	547.349	6.003.778
1910	1.984.334	1.201.692	2.836.218	626.066	6.648.310
1923	1.634.260	1.246.570	2.990.813	663.099	6.534.742
1934	1.601.596	983.599	3.346.609	828.429	6.760.233
1951	1.587.803	927.075	3.335.909	1.083.259	6.934.046
1961	1.584.629	1.033.571	3.155.650	1.299.994	7.073.844
1971	1.822.332	1.044.602	3.115.997	1.508.595	7.491.526
1981	1.510.564	1.264.806	3.326.310	1.453.658	7.555.338
1991	1.356.806	1.150.948	3.723.304	1.564.728	7.795.786
in %					
1900	29,6	18,7	42,5	9,1	100,0
1910	29,8	18,1	42,7	9,4	100,0
1923	25,0	19,1	45,8	10,1	100,0
1934	23,7	14,5	49,5	12,3	100,0
1951	22,9	13,4	48,1	15,6	100,0
1961	22,4	14,6	44,6	18,4	100,0
1971	24,3	13,9	41,6	20,1	100,0
1981	20,0	16,7	44,0	19,2	100,0
1991	17,4	14,8	47,8	20,1	100,0

Quelle: Volkszählungen 1900 bis 1991

Daß diese Altersgruppe trotz rückläufiger Kinderzahlen während des 20. Jahrhunderts nicht stärker schrumpfte, hat mindesten zwei Ursachen: einerseits die deutlich reduzierte Säuglings- und Kindersterblichkeit, andererseits die Zuwanderung Minderjähriger (mit bzw. zu ihren Eltern) und junger Erwachsener aus dem Ausland.

Im Gegensatz zu ihrer Zahl hat sich des relative Gewicht der 15- bis 24jährigen an der Gesamtbevölkerung verringert. Denn die Wohnbevölkerung des heutigen Österreich wuchs im 20. Jahrhundert von 6,0 Millionen (1900) auf 7,8 Millionen (1991) und wird demnächst die 8-Millionen-Marke überschreiten.

1900 betrug der Anteil der 15- bis 24jährigen an der Gesamtbevölkerung 18,7%. 1923 erreichte er mit 19,1% seinen bisherigen Höchststand. Nach einem "Zwischentief" um die Jahrhundertmitte (1951: 13,4%) erreichte die Baby-Boom-Generation der Ende der 50er und in der ersten Hälfte der 60er Jahre Geborenen im Jahr 1981 einen Jugendanteil von 16,7%. 1991 stellten die Jugendlichen nur noch 14,8% der österreichischen Wohnbevölkerung (vgl. Tabelle 1).

Noch stärker als die 15- bis 24jährigen hat sich der Anteil der Kinder unter 15 während des 20. Jahrhunderts verringert. Er sank zwischen 1900 (29,6%) und 1991 (17,4%) um mehr als ein Drittel. Ein zweiter säkularer Trend ist ebenfalls klar erkennbar. Der Anteil alter Menschen verdoppelte sich seit 1900 (9,1%). 1991 war bereits ein Fünftel der österreichischen Bevölkerung über 60 Jahre alt (20,1%).

Weniger Kinder,  
mehr alte Menschen

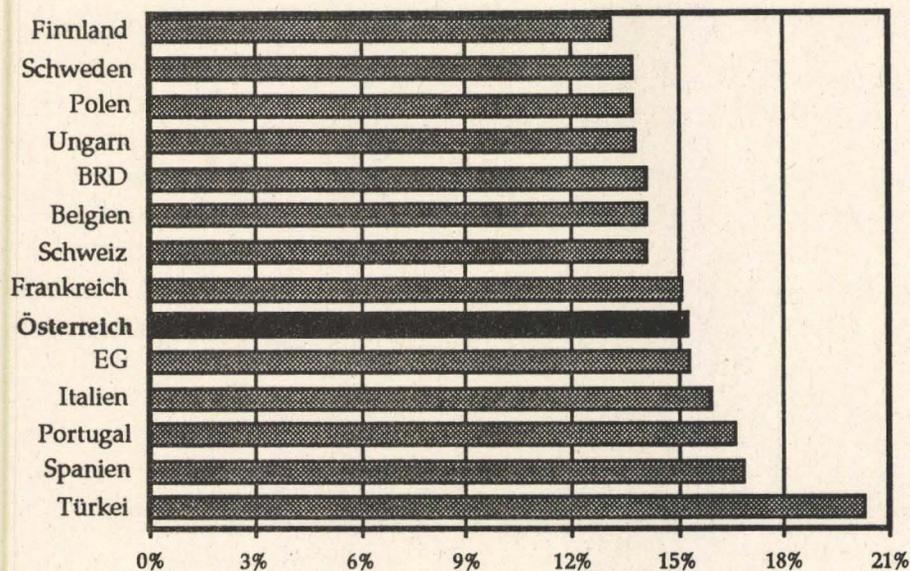
Im internationalen Vergleich liegt Österreich mit einem Jugendanteil von derzeit etwa 15% auf westeuropäischem Niveau. Der Durchschnitt aller EG-Staaten bewegt sich ebenfalls bei 15% (1990). Größeres Gewicht hat diese Altersgruppe auf unserem

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

15

Kontinent nur in einigen südeuropäischen Ländern (Italien, Spanien, Portugal: 16-17%), in denen die Geburtenraten Anfang der 70er Jahre noch deutlich höher waren als in Österreich, sowie in der Türkei (20%), wo bis heute deutlich höhere Kinderzahlen an der Tagesordnung sind. Etwas geringer ist der Jugendanteil heute hingegen in Deutschland, der Schweiz, Schweden und Finnland (13-14%; vgl. Abbildung 3, Tabelle 2).

Österreichs Jugendanteil liegt im europäischen Durchschnitt



Quellen: Council of Europe: Recent demographic developments in Europe and North America 1992, Strasbourg 1993; EUROSTAT: Bevölkerungsstatistik 1992, Brüssel 1992

Tabelle 2: Altersaufbau der Wohnbevölkerung in der EG, in ausgewählten europäischen Ländern und der Türkei im Jahr 1990 (Prozentwerte)

Land	0 - 14 J.	15 - 24 J.	25 - 59 J.	60 u.m. J.	insgesamt
Österreich	17,4	15,3	46,9	20,4	100,0
EG insgesamt	18,2	15,4	46,6	19,8	100,0
BRD (Alte Länder)	15,1	14,2	49,8	20,9	100,0
Frankreich	20,1	15,2	45,6	19,0	100,0
Belgien	18,1	14,2	47,3	20,4	100,0
Italien	16,7	16,0	47,1	20,2	100,0
Spanien	20,0	16,9	44,5	18,5	100,0
Portugal	20,9	16,7	44,2	18,2	100,0
Schweden	17,8	13,8	45,5	22,8	100,0
Finnland	19,3	13,2	49,1	18,4	100,0
Schweiz	17,0	14,2	49,3	19,5	100,0
Ungarn	20,5	13,9	46,6	18,9	100,0
Polen	25,3	13,8	46,2	14,7	100,0
Türkei	35,8	20,4	36,9	6,9	100,0

Quellen: Council of Europe: Recent demographic developments in Europe and North America 1992, Strasbourg 1993; EUROSTAT: Bevölkerungsstatistik 1992, Brüssel 1992

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

16

## Regionale Unterschiede

Innerhalb Österreichs weist die Altersstruktur der Wohnbevölkerung ein klares Ost-West-Gefälle auf. In der Ostregion ist die Bevölkerung im Schnitt älter als im Rest des Landes. Unter dem Bundesschnitt liegen daher die Anteile sowohl der Kinder (0-14 Jahre) als auch der Jugendlichen (15-24 Jahre). Die mit Abstand älteste Bevölkerung und den kleinsten Jugendanteil hatte 1991 die Bundeshauptstadt Wien (15-24 Jahre: 13,3%), gefolgt vom Burgenland (14,2%) und von Niederösterreich (14,3%). Diese drei Bundesländer hatten zugleich die kleinsten Anteile an Kindern und die höchsten Anteile alter Menschen an der Landesbevölkerung (vgl. Tabelle 3).

Höchster Jugendanteil im Westen Österreichs, niedrigster im Osten

**Tabelle 3: Bevölkerung Österreichs nach Altersgruppen, Großregionen und Bundesländern im Jahr 1991**

Region/ Bundesland	Altersgruppe				insgesamt
	0 - 14 J.	15 - 24 J.	25 - 59 J.	60 u.m. J.	
absolut					
Ostösterreich	516.145	454.221	1.589.587	724.588	3.284.541
Burgenland	46.395	38.384	125.797	60.304	270.880
Niederösterreich	255.633	210.285	695.474	312.421	1.473.813
Wien	214.117	205.552	768.316	351.863	1.539.848
Südösterreich	307.973	260.423	810.082	354.040	1.732.518
Kärnten	100.234	81.215	256.301	110.048	547.798
Steiermark	207.739	179.208	553.781	243.992	1.184.720
Oberösterreich	251.475	203.206	631.803	246.996	1.333.480
Westösterreich	281.213	233.098	691.832	239.104	1.445.247
Salzburg	91.266	74.814	233.077	83.208	482.365
Tirol	121.881	103.524	300.040	105.965	631.410
Vorarlberg	68.066	54.760	158.715	49.931	331.472
Österreich	1.356.806	1.150.948	3.723.304	1.564.728	7.795.786
in %					
Ostösterreich	15,7	13,8	48,4	22,1	100,0
Burgenland	17,1	14,2	46,4	22,3	100,0
Niederösterreich	17,3	14,3	47,2	21,2	100,0
Wien	13,9	13,3	49,9	22,9	100,0
Südösterreich	17,8	15,0	46,8	20,4	100,0
Kärnten	18,3	14,8	46,8	20,1	100,0
Steiermark	17,5	15,1	46,7	20,6	100,0
Oberösterreich	18,9	15,2	47,4	18,5	100,0
Westösterreich	19,5	16,1	47,9	16,5	100,0
Salzburg	18,9	15,5	48,3	17,3	100,0
Tirol	19,3	16,4	47,5	16,8	100,0
Vorarlberg	20,5	16,5	47,9	15,1	100,0
Österreich	17,4	14,8	47,8	20,1	100,0

Quelle: Volkszählung 1991

2. Bericht zur Lage der Jugend

Eine mittlere Position nehmen Kärnten (Jugendanteil: 14,8%), die Steiermark (15,1%) und Oberösterreich (15,2%) ein. Am jüngsten ist die Bevölkerung im Westen. Die Bundesländer Vorarlberg (16,6%), Tirol (16,2%) und Salzburg (15,4%) hatten daher 1991 den höchsten Jugendanteil. Auch der Anteil der Kinder unter 15 Jahre liegt in diesen drei Ländern über dem Österreich-Durchschnitt, der Anteil der Senioren über 60 Jahre hingegen darunter (vgl. Tabelle 3). Der Vergleich zur letzten Volkszählung zeigt: Seit 1981 sind Zahl und Anteil der 15- bis 24jährigen in fast allen Bundesländern kleiner geworden. Nur in Wien gab es 1991 etwas mehr Jugendliche als zu Beginn der 80er Jahre.

Abwanderung und niedrige Kinderzahlen sind Hauptursache des geringen Jugendanteils in Teilen Süd- und Ostösterreich

Auf kleinräumiger Ebene ergibt sich ein noch differenzierteres Bild. Wien ist nicht die einzige Region mit weit unterdurchschnittlichem Jugendanteil. Gleiches gilt für die angrenzenden Bezirke des Weinviertels sowie für Wien-Umgebung und Bruck/Leitha. Unter dem Bundesschnitt liegen ferner eine Reihe von Landeshauptstädten (Eisenstadt, Klagenfurt, Linz, St. Pölten) und Statutarstädten (Krems, Steyr, Villach, Wr. Neustadt), das südliche und westliche Umland der Bundeshauptstadt sowie eine Reihe strukturschwacher Gebiete und Krisenregionen. Dazu gehören der Bezirk Gmünd, das nördliche und mittlere Burgenland und der Bezirk Jennersdorf sowie Teile der Mur-Mürz-Furche und des niederösterreichischen Bezirks Neunkirchen (vgl. Abbildung 4). Ausschlaggebend für dieses regionale Muster sind sowohl die niedrigen Kinderzahlen in Teilen der Steiermark und Ostösterreichs als auch die Abwanderung junger Menschen aus den genannten Regionen. Bei den größeren Städten spielt der Prozeß der Suburbanisierung eine Rolle. Junge Paare ziehen ins Stadtumland, weil sie innerhalb der Stadtgrenzen keine adäquate Wohnung finden.

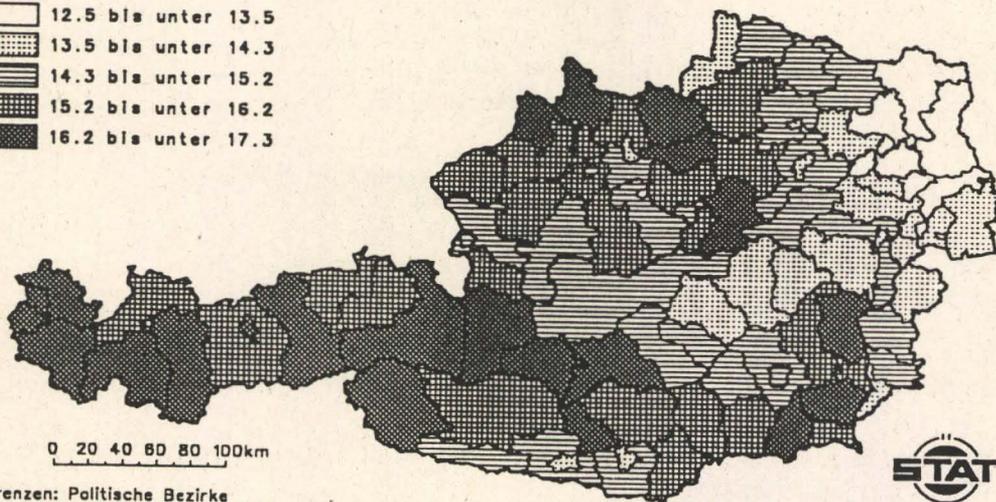
Höchster Jugendanteil entlang des Alpenhauptkamms

Geschlossene Gebiete mit überdurchschnittlich hohem Jugendanteil finden sich in Vorarlberg, entlang des Alpenhauptkamms in Tirol, in Salzburg, drei angrenzenden Bezirk Kärntens und der Obersteiermark, ferner in der Oststeiermark und im Mühlviertel. In all diesen Regionen ist dies auf überdurchschnittlich hohe Kinderzahlen und in Teilen Westösterreichs auch auf die Alters- und Familienstruktur ausländischer Zuwanderer zurückzuführen (vgl. Abbildung 4).

15 bis 24jährige 1991 in % der Wohnbevölkerung insgesamt

Klassengrenzen:

-  12.5 bis unter 13.5
-  13.5 bis unter 14.3
-  14.3 bis unter 15.2
-  15.2 bis unter 16.2
-  16.2 bis unter 17.3



0 20 40 60 80 100km

Grenzen: Politische Bezirke  
 Quelle: VZ 1991  
 Kartographie: ÖSTAT



## 2. Bericht zur Lage der Jugend

18

### Sterblichkeit im Jugendalter

Die Zahl der Jugendlichen in Österreich hat sich trotz sinkender Geburtenhäufigkeit im 20. Jahrhundert nur wenig verändert. Dies hat handfeste demographische Gründe. Entscheidend waren vor allem die erheblich gestiegenen Überlebenschancen von Neugeborenen und der Sterblichkeitsrückgang im Kindesalter.

Gesunkene Säuglings- und Kindersterblichkeit erhöht die Zahl der Jugendlichen

Heute können die Eltern eines Säuglings fast "sicher" sein, daß ihr Kind den 15. Geburtstag erleben wird. Statistisch gesehen liegt die Wahrscheinlichkeit, mindestens 15 Jahre alt zu werden, heute bei 99%. Noch vor wenigen Generationen war dies keineswegs selbstverständlich. In den europäischen Agrargesellschaften früherer Jahrhunderte - und somit auch in Österreich - kam im Schnitt auf jedes Kind, das die "kritischen" Lebensphase zwischen 0 und 15 Jahren überlebte, ein verstorbener Säugling bzw. ein verstorbene Kleinkind.

Noch im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts kam nur jedes zweite Neugeborene ins Jugendalter. Auch unter den Sterblichkeitsverhältnissen der Jahrhundertwende (1899/1902) erlebten nur zwei von drei Neugeborenen das 15. Lebensjahr. Seither ist das Mortalitätsrisiko in Österreich vor allem für Säuglinge und Kleinkinder stark gesunken. Diese Entwicklung kompensiert aus demographischer Sicht die gesunkenen Geburtenzahlen. Letzteres verdeutlicht die zunehmende Verbreitung effizienter innerhehlicher wie außerehlicher Geburtenkontrolle.

Beide Prozesse hängen eng miteinander zusammen. Gerade weil Eltern heute davon ausgehen können, daß alle ihre Kinder überleben werden, besteht ein viel stärkeres Motiv, die Zahl eigener Kinder von vornherein zu beschränken. Diesen Kindern konnte und kann dann allerdings je individuell erheblich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, was ihre Überlebenschancen im Kindes- und Jugendalter weiter verbessert. Für umso tragischer halten wir daher heute den Tod eines Kindes oder eines Jugendlichen.

Im Gegensatz zur Säuglings- und Kindersterblichkeit hat sich das Risiko, im Jugendalter zu versterben, während des 20. Jahrhundert weniger dramatisch verringert. Um 1900 verstarben rund 5% aller 15jährigen noch vor Erreichen des 25. Lebensjahres, also jeder bzw. jede Zwanzigste. Heute überleben 99 von 100 jungen Österreichern/-innen ihr Jugendalter. Quantitativ ist die Sterblichkeit im Jugendalter - ähnlich wie die Mortalität der Säuglinge und Kleinkinder - somit nur noch von geringer Bedeutung. Der Einfluß von Zu- und Abwanderungen auf die soziodemographischen Strukturen dieser Altersgruppe ist inzwischen weitaus größer. Aus den bereits genannten Gründen erregt der Tod im Jugendalter dennoch ein hohes Maß an gesellschaftlicher Aufmerksamkeit, wie die Berichterstattung über Schülerelbstmorde, Drogentote im Jugendalter sowie über Sport- und Verkehrsunfälle von Angehörigen dieser Altersgruppe zeigt.

Einer von 100 Jugendlichen stirbt zwischen 15 und 25 Jahren

Die Gründe dafür liegen im "spektakulären Charakter" dieser Todesfälle. Der Tod im Jugendalter ist eben nicht nur ein "Sterben vor der Zeit", sondern in der Regel auch ein gewaltsamer Tod. 75% bis 80% aller Fälle gehen auf das Konto von Unfällen, Vergiftungen und Selbstmorden (vgl. Tabelle 4).

Im Jahr 1991 verstarben in Österreich 912 Personen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren. Lediglich bei 208 dieser Todesfälle (=23%) hält die amtliche Todesursachenstatistik eine "natürliche" Todesursache fest. Bei immerhin 187 Sterbefällen (=20%) handelte es sich um Selbstmorde. Die restlichen 517 Sterbefälle (= 57%) waren Folge von Unfällen und anderen gewaltsamen Todesursachen.

1991: 912 verstorbene Jugendliche, darunter deutlich mehr junge Männer als Frauen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

19

Auf 10.000 junge Männer kamen 1991 ca. 11 Sterbefälle, auf 10.000 junge Frauen nicht einmal 4 Fälle. Bei männlichen Jugendlichen ist das Sterberisiko im Jugendalter somit dreimal so hoch wie bei weiblichen Jugendlichen. Bei den jungen Männern spielen die gewaltsamen Todesursachen eine noch größere Rolle als bei den jungen Frauen. Nur 17% aller Sterbefälle (absolut 121) der männlichen Bevölkerung zwischen 15 und 24 Jahren waren 1991 die Folge einer Krankheit (Frauen: 87 Fälle), in 22% der Fälle (absolut 153) lag ein Selbstmord vor (Frauen: 34 Fälle; vgl. Tabelle 4).

Wichtigste  
Todesursache  
bei Jugendlichen  
ist der Unfall

**Tabelle 4: Sterblichkeit im Jugendalter nach Todesursachen und Geschlecht; Österreich 1971-1991**

Todesursache	Todesfälle absolut			auf 10.000 Lebende gleichen Alters		
	1971	1981	1991	1971	1981	1991
<b>Männer 15 - 19 Jahre</b>						
insgesamt	449	495	262	17,2	14,8	10,0
natürliche Todesursachen	81	75	54	3,1	2,2	2,1
Verletzungen, Vergiftungen	368	420	208	14,1	12,6	7,9
davon Selbstmorde	51	69	44	2,0	2,1	1,7
<b>Männer 20 - 24 Jahre</b>						
insgesamt	547	540	438	20,6	17,6	13,1
natürliche Todesursachen	99	95	67	3,7	3,1	2,0
Verletzungen, Vergiftungen	448	445	371	16,9	14,5	11,1
davon Selbstmorde	69	122	109	2,6	4,0	3,3
<b>Frauen 15 - 19 Jahre</b>						
insgesamt	146	162	79	5,8	5,0	3,2
natürliche Todesursachen	71	63	30	2,8	1,9	1,2
Verletzungen, Vergiftungen	75	99	49	3,0	3,1	2,0
davon Selbstmorde	19	27	8	0,8	0,8	0,3
<b>Frauen 20 - 24 Jahre</b>						
insgesamt	165	164	133	6,4	5,4	4,3
natürliche Todesursachen	88	70	57	3,4	2,3	1,8
Verletzungen, Vergiftungen	77	94	76	3,0	3,1	2,5
davon Selbstmorde	19	37	26	0,7	1,2	0,8

Quelle: Todesursachenstatistik des ÖSTAT

Risikoreiches Verhalten, das zu Sport-, Freizeit- und Verkehrsunfällen mit Todesfolge führt, ist dafür verantwortlich, daß das Mortalitätsrisiko vor allem der männlichen Jugendlichen zwischen dem 15. und dem 21. Lebensjahr stark ansteigt. Zwischen dem 22. und dem 26. Lebensjahr geht die Sterbewahrscheinlichkeit wieder zurück. Erst in der Mitte des dritten Lebensjahrzehntes erreicht die Sterblichkeit erneut das Niveau des "Unfallgipfels" der 20- bis 22jährigen. Bei jungen Frauen ändert sich das Sterberisiko mit dem Lebensalter in ähnlicher Form, allerdings auf einem weitaus niedrigeren Niveau.

Sterbewahrscheinlichkeit steigt zwischen 15. und 20. Lebensjahr. Danach wird sie geringer

Insgesamt ist die Wahrscheinlichkeit, das Jugendalter nicht zu überleben, während der letzten Jahrzehnte deutlich gesunken. Zwischen 1971 und 1991 reduzierte sie sich um rund 40%. Dies gilt für männliche ebenso wie für weibliche Jugendliche, für die Altersgruppe der 15- bis 19jährigen in gleichem Maße wie für die 20- bis 24jährigen. Auch die Unfall- und Selbstmordsterblichkeit hat sich seit 1971 verringert (vgl. Tabelle 4).

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

20

## Prognosen

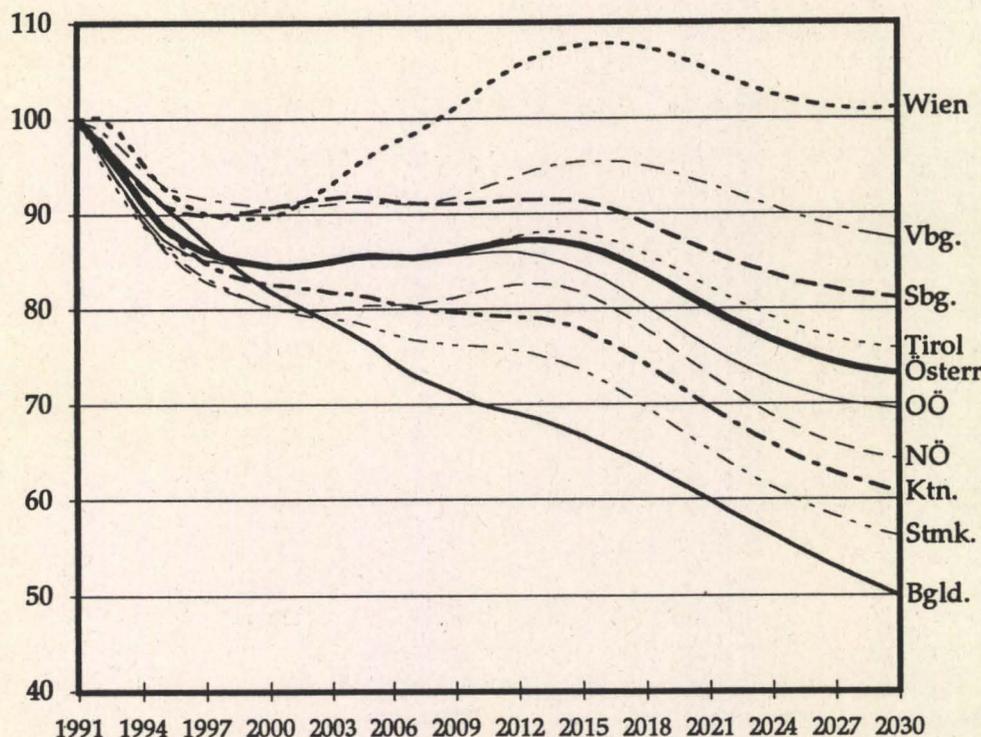
In den kommenden Jahrzehnten werden Zahl und Anteil der Jugendlichen in Österreich abnehmen. Statt der bei der Volkszählung 1991 ermittelten Zahl von 1,15 Millionen Jugendlichen rechnet das Statistische Zentralamt (ÖSTAT) in seiner Prognose (Hauptvariante) für 2010 mit 997.000 und für 2030 mit 844.000 Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird sich in diesem Zeitraum von 14,8% (1991) auf 10,3% (2030) verringern. Die vom Institut für Demographie für die Österreichische Raumordnungskonferenz erstellte IFD/ÖROK-Prognose von 1991 kommt zu ähnlichen Ergebnissen.

Bis 2030 wird sich der Anteil der Jugendlichen auf 10 % verringern

Die Ursachen für diese Entwicklung liegen auf der Hand. Weniger Geburten in der jüngeren Vergangenheit und in der Gegenwart bedeuten quasi automatisch weniger Jugendliche in der Zukunft. Hinzu kommt, daß sich der demographische Alterungsprozeß auch am oberen Ende der Alterspyramide fortsetzen wird. Mehr alte Menschen verringern ebenfalls den Anteil der Jungen.

Hauptursache ist die niedrige Geburtenrate

Abbildung 5: Entwicklung der Zahl der Jugendlichen (15- bis 24jährige) nach Bundesländern; ÖSTAT-Hauptvariante 1991 bis 2030 (Indexwerte; 1991=100)



Quellen: Volkszählung 1991; Bevölkerungsvorausschätzung des ÖSTAT (Basisjahr 1992)

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Gleich viele oder sogar mehr Jugendliche als heute wird es in Zukunft voraussichtlich nur in Wien geben. Denn die Bundeshauptstadt hat den Alterungsschub, der dem übrigen Österreich noch bevorsteht, bereits hinter sich. Eine etwas jüngere Altersstruktur, gestiegene Kinderzahlen und ein gewisses Maß an Zuwanderung werden hier für eine Stabilisierung des Jugendanteils sorgen. Im Westen Österreichs rechnet die Hauptvariante der ÖSTAT-Prognose gegenüber 1991 mit einer Verringerung der 15- bis 24jährigen auf 88% in Vorarlberg, auf 82% in Salzburg und auf 76% in Tirol. Eine mittlere Position wird Oberösterreich (mit einem Rückgang auf 70% der Zahl von 1991) einnehmen. Die stärksten Rückgänge werden für den Süden und Osten (ohne Wien) erwartet: in Niederösterreich auf 64%, in Kärnten auf 61%, in der Steiermark auf 55% und im Burgenland auf genau die Hälfte (50%) der Zahl von 1991 (vgl. Abb. 5).

In Zukunft gleich viele Jugendliche in Wien, deutlich weniger im übrigen Österreich

Im Burgenland und in der Steiermark verläuft die prognostizierte Entwicklung relativ linear. Überall sonst ist vorläufig nur bis zum Jahr 2000 mit einem ersten Rückgang zu rechnen und zwar als Folge schwacher Geburtenjahrgänge der 70er und 80er Jahre. Da diese schwach besetzte Altersgruppe anschließend zu den potentiellen Eltern gehören wird, scheint ein neuerlicher Geburtenrückgang ab den späten 90er Jahren vorprogrammiert. In weiterer Folge ist daher etwa ab dem Jahr 2015 ein neuerlicher Rückgang der 15- bis 24jährigen zu erwarten (vgl. Abb. 5, Tab. 5).

Tabelle 5: Vorausschätzung von Zahl und Anteil der Jugendlichen (15- bis 24jährige) nach Großregionen und Bundesländern; ÖSTAT-Hauptvariante 1991-2030

Region/ Bundesland	1991	2000	2010	2020	2030
absolut					
Ostösterreich	454.221	386.889	412.533	401.353	364.981
Burgenland	38.384	31.677	27.129	23.643	19.311
Niederösterreich	210.285	167.869	170.988	156.200	134.290
Wien	205.552	187.343	214.416	221.510	211.380
Südösterreich	260.423	210.247	200.096	176.441	149.254
Kärnten	81.215	67.991	65.364	58.556	49.915
Steiermark	179.208	142.256	134.732	117.885	99.339
Oberösterreich	203.206	172.142	175.091	157.744	141.629
Westösterreich	233.098	206.314	209.496	203.822	187.858
Salzburg	74.814	67.755	68.116	65.017	60.580
Tirol	103.524	88.199	90.086	86.749	78.809
Vorarlberg	54.760	50.360	51.294	52.056	48.469
Österreich	1.150.948	975.592	997.216	939.360	843.722
in %					
Ostösterreich	13,8	11,4	12,1	11,7	10,6
Burgenland	14,2	11,7	10,3	9,4	8,2
Niederösterreich	14,3	11,2	11,4	10,5	9,2
Wien	13,3	11,6	13,0	13,0	12,0
Südösterreich	15,0	11,8	11,4	10,4	9,2
Kärnten	14,8	12,0	11,6	10,6	9,3
Steiermark	15,1	11,8	11,4	10,3	9,1
Oberösterreich	15,2	12,3	12,3	11,0	10,0
Westösterreich	16,1	13,2	12,8	12,1	10,9
Salzburg	15,5	13,1	12,6	11,7	10,7
Tirol	16,4	13,1	12,8	12,0	10,7
Vorarlberg	16,5	13,8	13,2	12,8	11,5
Österreich	14,8	12,0	12,1	11,4	10,3

Quellen: Volkszählung 1991; Bevölkerungsvorausschätzung des ÖSTAT (Basisjahr 1991)

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

22

Zu fragen bleibt, ob eine verstärkte Zuwanderung diese Entwicklung stoppen könnte. Eine Antwort darauf gibt die IFD/ÖROK-Prognose. Sie vergleicht die Auswirkungen unterschiedlich starker Zuwanderung. Bei fast ausbleibender Wanderung (Szenario IV in Tabelle 6) würde die Zahl der Jugendlichen in Österreich klarerweise am schnellsten schrumpfen, und zwar bis 2031 auf zwei Drittel (65%) ihrer Größe von 1991. Eine jährliche Zuwanderung von 25.000 Personen (Szenario II) würde diese Altersgruppe bis 2031 auf drei Viertel (74%) verringern. Aber selbst bei einer Zuwanderung von 50.000 Personen pro Jahr (Szenario I) würde die Zahl der Jugendlichen in Österreich schrumpfen (bis 2031 auf 90%; vgl. Tabelle 6). Da die Einwohnerzahl bei stärkerer Zuwanderung schneller wächst, ist der Rückgang des Jugendanteils an der Gesamtbevölkerung durch konstante Zuwanderung langfristig überhaupt nicht vermeidbar. Er wird in dreieinhalb Jahrzehnten mit großer Wahrscheinlichkeit zwischen 10,2% und 10,8% liegen.

Ohne Zuwanderung aus dem Ausland schrumpft der Anteil jugendlicher rascher

**Tabelle 6: Vorausschätzung von Zahl und Anteil der Jugendlichen (15- bis 24jährige) nach Ausmaß der Zuwanderung; IFD/ÖROK-Prognose 1991-2031**

Szenario	1991	2001	2011	2021	2031
abs					
Szenario I	1.150.948	987.060	1.082.466	1.036.185	1.026.716
Szenario II	1.150.948	941.390	994.054	903.761	856.703
Szenario III	1.150.948	932.623	978.778	875.728	822.271
Szenario IV	1.150.948	910.946	941.200	821.389	752.449
in %					
Szenario I	14,8	11,8	12,3	11,2	10,8
Szenario II	14,8	11,6	12,0	10,8	10,3
Szenario III	14,8	11,6	12,1	10,9	10,4
Szenario IV	14,8	11,5	12,0	10,7	10,2

Anmerkung: Die den Szenarien zugrundeliegenden jährlichen internationalen Wanderungssalden lauten +50.000 (Szenario I), +25.000 (Szenario II), +10.000 (Szenario III) bzw. +5.000 (Szenario IV). Die Annahmen im Bereich der Fruchtbarkeit und der Sterblichkeit entsprechen jenen der Bevölkerungsmodellrechnung des ÖSTAT (Basisjahr 1989).

Quellen: Volkszählung 1991; Faßmann H., Findl P. und R. Münz: Die Auswirkung der internationalen Wanderung auf Österreich. Szenarien zur regionalen Bevölkerungsentwicklung 1991-2031. ÖROK-Schriftenreihe Nr. 89, Wien 1991; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

23

### Jugend als Lebensphase: Veränderungen der letzten Jahrzehnte

Aus rein demographischer Sicht hat sich die Zahl der "Jugendlichen" - definiert als Angehörige einer bestimmten Altersgruppe - seit Beginn des 20. Jahrhunderts nur wenig verändert. Diese Betrachtungsweise läßt allerdings außer acht, daß nicht jedes Zeitalter und jede Gesellschaftsschicht unter "Jugend" das gleiche versteht.

Jugend läßt sich zum einen biologisch bestimmen, zum zweiten aus entwicklungspsychologischer Perspektive abgrenzen und zum dritten als sozial definierte Lebensphase begreifen. Diese drei Blickwinkel unterscheiden sich erheblich voneinander. Und sie verändern sich über die Zeit. Deshalb ist es nicht möglich, "Jugend" ein für allemal zu definieren.

Aus biologischer, aber auch aus entwicklungspsychologischer Sicht beginnt das Jugendalter mit der Geschlechtsreife bzw. mit der Pubertät. Als soziales Kriterium erscheint es zweckmäßig, Jugend mit dem Ende der Schulpflicht oder mit dem Erreichen der Strafmündigkeit, also derzeit mit dem 15. bzw. 14. Lebensjahr beginnen zu lassen. Für die Mehrzahl der jungen Menschen, insbesondere der jungen Mädchen, fallen die beginnende Geschlechtsreife und das Ende der Schulpflicht bereits um mehrere Jahre auseinander. Dies hat auch Konsequenzen für die gesellschaftliche Wahrnehmung der Jugendphase und für die Interpretation des Verhaltens junger Menschen. Die problematische Phase der Pubertät mit ihren Konflikten und Verhaltensweisen - früher als "typische" Merkmale von Jugendlichen angesehen - hat sich in das Pflichtschulalter vorverlagert. Die 12- bis 14jährigen "Teenies" schlüpfen in die Rolle der 15- bis 17jährigen Teenager der 50er und 60er Jahre.

Jugendphase  
ändert sich im  
Laufe der Zeit

So leicht man sich aus soziologischer Perspektive auf den Beginn von "Jugend" mit dem Ende der Schulpflicht einigen kann, so schwierig ist es, das Ende dieser Lebensphase eindeutig zu bestimmen. Begreift man Jugend als sozialen Entwicklungsprozeß, der von der gesellschaftlich definierten Rolle des Kindes zu jener des Erwachsenen führt, so gewinnen drei Kriterien zentrale Bedeutung: erstens der Eintritt in das Berufsleben, zweitens der Auszug aus dem Haushalt der eigenen Herkunftsfamilie und drittens die Gründung einer eigenen Familie durch Heirat und/oder durch die Geburt eines Kindes. Wer alle diese Schritte vollzogen hat, gilt in der Gesellschaft ohne Zweifel als Erwachsener, wer noch keinen davon gesetzt hat, wäre demnach noch jugendlicher. Doch dieser Umkehrschluß gilt nicht in jedem Fall.

Jugend beginnt  
mit 15 Jahren.  
Aber, wann endet  
sie? Berufseintritt,  
eigene Wohnung,  
Familien-  
gründung ent-  
scheidend

Zweifellos stehen die drei genannte Schritte - Berufseintritt, eigener Haushalt und Familiengründung - miteinander in Zusammenhang. Denn die Aufnahme einer bezahlten Erwerbstätigkeit ermöglicht in der Regel erst die Gründung eines eigenen Haushalts. Oder eine geplante Heirat bzw. eine Lebensgemeinschaft sind der Anlaß, das Elternhaus endgültig zu verlassen. Oder die bevorstehende Geburt eines Kindes zwingt eine junge Frau zum Abbruch ihrer Ausbildung. Die Liste der Beispiele für solche Zusammenhänge läßt sich leicht verlängern. Trotzdem erscheint es uns analytisch zweckmäßig, die genannten Statusübergänge - Berufseintritt, eigener Haushalt, Familiengründung - zwischen Jugendphase und Erwachsenenalter zunächst getrennt zu betrachten.

Alle drei Statusübergänge haben sich während der letzten Jahrzehnte biographisch verschoben. Vordergründig läßt sich eine "Dehnung" der Jugendphase diagnostizieren: Der Trend geht seit den 60er Jahren zum Schulbesuch über die Pflichtschule hinaus. Dies und der steigende Hochschulbesuch haben dazu geführt, daß der Lebensabschnitt in dem die Ausbildung im Zentrum steht, immer länger wird. Zugleich verzögert sich dadurch der Eintritt ins Erwerbsleben. Parallel dazu steigt seit Beginn der 70er Jahre das Erstheirats- und Erstgebäralter.

"Dehnung der  
Jugendphase: Wir  
werden immer  
später erwachsen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

24

Ganz allgemein läßt sich sagen: Auf individueller Ebene ist der Grad persönlicher Entscheidungsfreiheit für junge Menschen während des 20. Jahrhunderts gewachsen. Sie haben heute mehr Möglichkeiten, die Dauer ihrer Jugend und den Übergang ins Erwachsenenalter zu beeinflussen, auch wenn die soziale und regionale Herkunft der Jugendlichen weiterhin von entscheidendem Einfluß ist.

Auf struktureller Ebene führen diese gewachsenen Freiräume zu einer weniger scharfen Grenze zwischen "Jugendlichen" und bereits "Erwachsenen". Damit verbunden ist auch die zunehmende Verbreitung intermediärer Lebensformen im Jugendalter. Typische Beispiele dafür sind: alleinlebende Studentinnen und Studenten, junge, unverheiratete Mütter, die noch oder wieder bei ihren Eltern wohnen, junge Berufstätige, die (noch) unverheiratet und kinderlos zusammenleben. All diese Lebensformen sind nicht neu, aber wesentlich häufiger verbreitet als vor 30 oder 40 Jahren.

Die folgenden Abschnitte versuchen, die Veränderungen in den Bereichen "Ausbildung/Beruf" sowie "Haushalts- und Familiengründung" empirisch nachzuzeichnen und in ihren Konsequenzen für die Jugendphase darzustellen.

### Schule - Lehre - Beruf: Zur "Verschulung" des Jugendalters

Schulbesuch und Ausbildung wurden im 20. Jahrhundert für immer mehr Heranwachsende zum zentralen Lebensinhalt. Zugleich entwickelte sich das stärker ausdifferenzierte Bildungssystem in unserer Gesellschaft zum wichtigsten Instrument sozialer Plazierung. Bildungsabschlüsse spielen heute auf dem Arbeitsmarkt eine erheblich größere Rolle. Rationale Lebens- und Karriereplanung beginnt (oder scheitert) daher vielfach schon mit der Wahl der richtigen Schule.

Die "Verschulung" der Jugendphase begann in Österreich nicht erst in der Nachkriegszeit. Allerdings beschleunigte sich diese Entwicklung seit den 60er Jahren erheblich. Die Erhöhung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus der Heranwachsenden wurde damals zu einem erklärten Ziel staatlicher Politik. Die Verlängerung der Schulpflicht, die Abschaffung 8-klassiger Volksschulen, ein massives Schulbauprogramm und die Hochschulneugründungen waren Ausdruck dieser Bildungsexpansion.

Bildungsexpansion  
war Ziel staatlicher  
Politik

Folgende Trends charakterisierten die Entwicklung der letzten Dekaden:

Jugend und Bildung:  
sechs Trends

1. Nur ein kleiner Teil der Jugendlichen besuchte früher eine weiterführende Schule. Die Mehrzahl wurde bereits unmittelbar nach der Pflichtschule in das Berufsleben integriert. Heute besucht der Großteil zumindest für einige Jahre eine weiterführende Schule. Die Integration in den Erwerbsprozeß erfolgt dementsprechend später.

2. Das duale Ausbildungssystem mit Lehre und obligatorischer Berufsschule für Lehrlinge erfaßte früher nur einen Teil der Jugendlichen, die keine weiterführende Schule besuchten. Vor allem Mädchen verließen das Schulsystem mehrheitlich mit 14 Jahren, ohne eine Lehre zu beginnen. Heute gehen fast alle berufstätigen Jugendlichen unter 18 Jahren in eine berufsbildende Pflichtschule und bleiben somit im Regelschulwesens. Jugend wurde dadurch noch stärker zu einer Lebensphase, die durch den Erwerb beruflicher Qualifikationen geprägt ist.

3. Es bleiben heute nicht bloß immer mehr junge Menschen im Bildungssystem. Sie gehen auch deutlich länger zur Schule (bzw. besuchen eine Hochschule) als ihre Eltern und Großeltern. Dadurch verlängert der postsekundäre Bildungssektor für eine steigende Zahl junger Menschen die Jugendphase bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hinein.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

25

4. Die traditionelle Benachteiligung weiblicher Jugendlicher gegenüber ihren männlichen Altersgenossen im Bildungsbereich und beim Berufseinstieg ist immer noch nicht völlig verschwunden. Der nahezu gleiche Zugang zu Bildung und beruflicher Qualifikation für Mädchen und Burschen wird aber in den kommenden Jahrzehnten die Stellung von Frauen in unserer Gesellschaft weiter verändern.

5. Zwischen der regionalen und sozialen Herkunft von Jugendlichen und ihrer Ausbildungsdauer bzw. ihrer dadurch erworbenen Qualifikationen besteht bis heute ein enger Zusammenhang. Ein Abbau dieser Disparitäten ist auch in Zukunft nicht zu erwarten.

6. Immer weniger Jugendliche beginnen ihr Berufsleben in an- oder ungelernter Position, eine wachsende Zahl ist von Anfang an als Facharbeiter oder in hochqualifizierter Angestelltenposition tätig.

Entwicklung der Schüler- und Studentenzahlen im sekundären und postsekundären Bildungssektor

Die wachsende Bedeutung des Bildungs- und Ausbildungssystems für junge Menschen läßt sich an den Schüler- und Studentenzahlen in Österreich deutlich ablesen (Tabelle 7). So zählte man 1960/61 ca. 155.000 Lehrlinge in berufsbildenden Pflichtschulen. 93.000 Schüler/-innen besuchten (über das 8. Schuljahr hinaus) eine weiterführende Schule. Dazu kamen rund 41.000 Studenten/-innen. Insgesamt umfaßte der sekundäre und postsekundäre Bildungssektor damals ungefähr 290.000 Österreicher/-innen. Das waren 28% aller 15- bis 24jährigen.

1960 waren 28 %  
der Jugendlichen  
noch in Ausbil-  
dung; 1990  
schon 50 %

Zehn Jahre später (1970/71) besuchten bereits 395.000 Personen eine Berufsschule, AHS, BHS oder Hochschule. Das waren 38% aller 15- bis 24jährigen. In Laufe der 70er Jahren kamen weitere 225.000 Schüler/-innen und Studenten/-innen hinzu. 1980/81 zählten die Schul- und Hochschulstatistiker bereits 620.000 Personen (bzw. 49% aller 15- bis 24jährigen) in weiterführenden Ausbildungsformen. Seither veränderte sich die Zahl der Schüler/-innen und Studenten/-innen nur noch wenig (1990/91: 630.000). Angesichts der schrumpfenden Zahl von Jugendlichen in Österreich heißt die allerdings, daß der Anteil der Lehrlinge, Schüler/-innen und Studenten/-innen unter den 15- bis 24jährigen bereits über 50% liegt.

Tabelle 7: Schüler und Studenten im sekundären und postsekundären Bildungssektor; Österreich 1960/61 bis 1990/91 (Absolutzahlen)

Schultyp	1960/61	1965/66	1970/71	1975/76	1980/81	1985/86	1986/87	1987/88	1988/89	1989/90	1990/91
<b>Polytechnische Lehrgänge</b>											
(9 Schulstufe)	-	-	29.561	32.416	33.322	26.930	24.831	22.233	21.129	21.111	19.473
<b>Berufsbildende</b>											
Pflichtschulen	154.765	164.076	146.559	176.360	197.782	175.908	171.260	164.052	157.842	152.824	149.806
<b>Mittlere und höhere Schulen insg.</b>	84.612	94.112	140.979	195.745	232.823	250.177	245.511	241.253	236.898	235.276	231.446
<b>Berufsbildende</b>											
mittlere Schulen	31.430	31.723	51.165	71.966	78.852	78.520	75.533	72.625	69.495	68.494	67.207
<b>Berufsbildende</b>											
höhere Schulen	20.973	22.392	30.762	51.694	76.189	94.601	95.540	97.028	98.838	99.623	99.109
<b>Allgemeinbildende höhere</b>											
Schulen (9.-13.Schulstufe)	32.209	39.997	59.052	72.085	77.782	77.056	74.438	71.600	68.565	67.159	65.130
<b>Anstalten der Lehrerbildung</b>											
und Erzieherbildung	8.707	8.571	13.026	21.445	17.637	15.513	14.675	15.625	15.761	16.540	16.508
<b>Studenten (Hochschulen, berufsbildende</b>											
Aka., Aka. d. Lehrer- u. Erzieherbild.	41.367	53.564	63.454	96.838	133.968	177.966	184.634	193.214	197.123	205.452	210.734
<b>Schüler und Studenten insgesamt</b>	289.451	320.323	393.579	522.804	615.532	646.494	640.911	636.377	628.753	631.203	627.967

Quellen: Schulstatistik des ÖSTAT, Hochschulstatistik des BMWF; eigene Berechnungen

2. Bericht zur Lage der Jugend

Nicht alle Schul- bzw. Ausbildungsformen profitierten in gleichem Maße vom Bildungsboom der 60er und 70er Jahre (Abbildung 6). Die Schülerzahl der berufsbildenden Pflichtschulen ("Berufsschulen") stieg während der Expansionsphase nur wenig. Seit Ende der 70er Jahre ist sie rückläufig. Bei allen anderen Schulformen stiegen die Schülerzahlen insgesamt deutlich an.

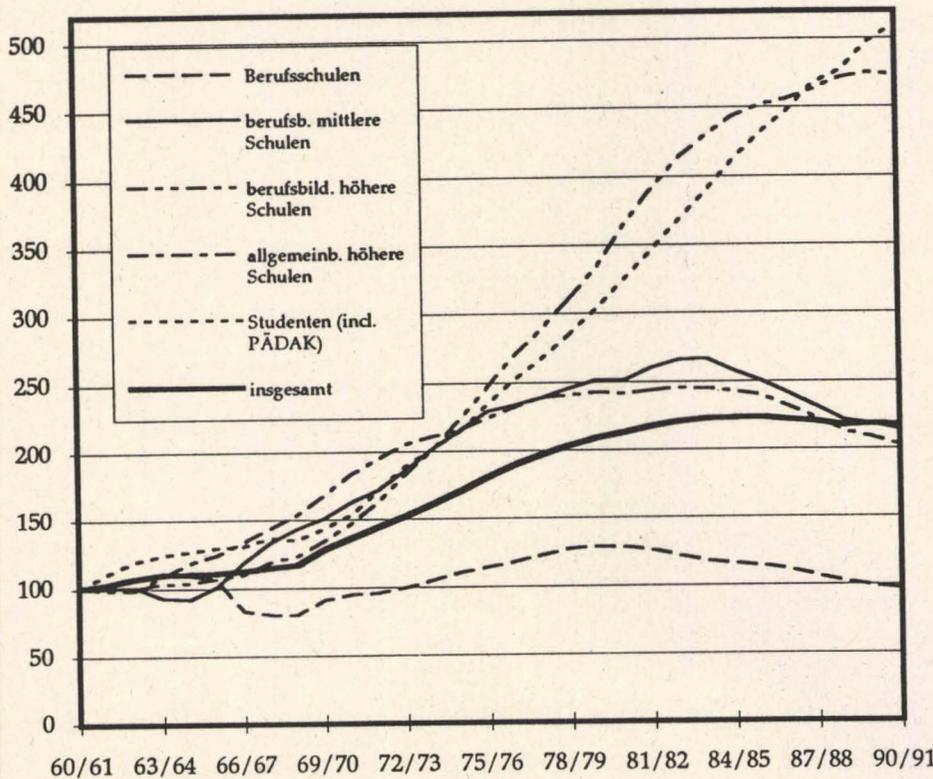
Berufsschulen verlieren an Bedeutung

Zwei Zeitperioden lassen sich unterscheiden. In den 60er und frühen 70er Jahren wuchsen die Schülerzahlen aller Schulformen (mit Ausnahme der Berufsschulen) etwa gleich rasch. Nach 1974 erhöhte sich nur noch die Zahl der Schüler in Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) sowie die Zahl der Studenten/-innen an Universitäten, Kunsthochschulen und berufsbildenden Akademien. Im Gegensatz dazu gehen die Schülerzahlen in AHS-Oberstufen und in den Berufsbildenden Mittleren Schulen (BMS) seit den frühen 80er Jahren zurück. Dies hat einerseits mit dem Erfolg der BHS zu tun. Andererseits ist die eine Spätfolge des Geburtenrückgangs. Denn seit Beginn der 80er Jahre schrumpft die Gesamtzahl der Jugendlichen.

Im Vergleich zu 1960/61 stieg die Zahl der Schüler bis 1990/91 in Berufsbildenden Höheren Schulen um das 4,7fache und die Zahl der Studenten (Hochschulen, berufs- und lehrerbildenden Akademien) um das 5,1fache. Im selben Zeitraum kam es in der AHS-Oberstufe und den Berufsbildenden Mittleren Schulen "nur" zu einer Verdoppelung der Schülerzahlen.

BHS und Universitäten halten seit 1960 die größten Zuwächse

Abbildung 6: Entwicklung der Schülerzahlen (ab 9. Schulstufe) und Studentenzahlen nach Schultyp; Österreich 1960/61-1990/91 (Indexwerte, 1960/61=100)



Quellen: Schulstatistik des ÖSTAT, Hochschulstatistik des BMWF; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

28

Als Folge dieser Entwicklung veränderten sich auch die relativen Gewichte der einzelnen Schulformen. Anfang der 60er Jahre bildeten Lehrlinge in berufsbildenden Pflichtschulen mit 54% unter allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen im sekundären und postsekundären Bildungs- und Ausbildungssystem eine Mehrheit. Bis Anfang der 80er Jahre sank ihr Anteil an allen Schülern und Studenten dieser Altersgruppe auf knapp ein Drittel (32%). Seither hat sich die relative Bedeutung der Berufsschulen noch weiter verringert. Gegenwärtig (1990/91) besuchen nur noch 24% aller Schüler (15+ Jahre) und Studenten diese Schulform. Trotz dieser Entwicklung sind die Berufsschulen in Österreich bei den 15-24jährigen nach wie vor die Schulform mit der größten Schülerzahl (1990/91: 150.000).

Starker Bedeutungsverlust der Berufsschulen

Nur wenig hat sich die relative Bedeutung der Allgemeinbildenden Höheren Schulen verändert. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Schüler (15+ Jahre) und Studenten ging von einem Maximum von 15% im Jahr 1970/71 bis 1990/91 auf 11% zurück. In absoluten Zahlen ist der Rückgang allerdings weniger dramatisch. 1990/91 gab es in Österreich noch 65.000 Schüler/-innen in der AHS-Oberstufe.

Rückgänge auch bei der AHS-Oberstufe

Im Gegensatz zu den AHS konnten die Berufsbildenden Höheren Schulen ihren Anteil seit den frühen 70er Jahren bis 1990/91 auf 16% verdoppeln. Die absolute Zahl der BHS-Besucher stagniert allerdings seit 1987 (1990/91: 99.000). Ähnliches gilt für die Studierenden an Universitäten, Kunsthochschulen und berufsbildenden Akademien. Sie stellen heute bereits mehr als ein Drittel (34%) aller Jugendlichen und jungen Erwachsenen im sekundären und postsekundären Bildungs- und Ausbildungssystem (1990/91: 211.000).

Der Zuwachs an Jugendlichen im weiterführenden Bildungs- und Ausbildungssystem geht zum Gutteil auf das Konto von Mädchen und jungen Frauen. Als Folge des Bildungsbooms stieg der Frauenanteil unter den Schülern und Studenten in den vergangenen Jahrzehnten recht deutlich. Anfang der 60er Jahre bildeten männliche Schüler (15+ Jahre) und Studenten mit einem Anteil von 63% noch eine klare Mehrheit. 1990/91 war das Zahlenverhältnis zwischen Männern (54%) und Frauen (46%) bereits ausgeglichener. Dabei sind Frauen in den AHS und den Berufsbildenden Mittleren Schulen (ohne Matura) überrepräsentiert, in den Berufsbildenden Höheren Schulen (mit Matura) dagegen unterrepräsentiert.

Hauptgewinner des Bildungsbooms sind die Mädchen

Besonders stark gestiegen ist der Frauenanteil an den Hochschülern. Anfang der 60er Jahre standen einer Studentin drei Studenten gegenüber. Heute lautet das Zahlenverhältnis 44% zu 56%. Allerdings stagniert der Frauenanteil seit Mitte der 80er Jahre.

### Altersspezifische Bildungsquoten

Zweierlei ließ die Schüler-, Studenten- und Lehrlingszahlen ab den 60er Jahren anwachsen: die expansive Bildungspolitik und die geburtenstarken Jahrgänge der "Baby-Boom-Generation". Letztere überzeichneten die Trends der 70er und frühen 80er Jahre, während nach 1983 durch die sinkende Zahl von 15- bis 19jährigen ein gegenteiliger Effekt eintrat (vgl. Abschnitt "Demographische Grunddaten"). Die Analyse alters- und geschlechtsspezifischer Bildungs- bzw. Erwerbsquoten dokumentiert unbeeinflusst von solchen demographischen Veränderungen die zunehmende Verschulung des Jugendalters und die zeitliche "Verlängerung" der Jugendphase: Immer mehr junge Menschen bleiben immer länger im Bildungssystem.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Tabelle 8: Lebensunterhalt der 15- bis unter 18jährigen; Österreich 1961-1991 (Prozentwerte)

Lebensunterhalt	Männer				Frauen			
	1961	1971	1981	1991	1961	1971	1981	1991
(nur) Schüler/-in	22,7	43,2	46,6	54,3	28,7	48,0	55,4	64,9
Berufstätig	77,0	55,9	52,5	44,5	69,8	50,2	42,6	33,2
Lehrling/ Berufss.	48,5	42,7	43,3	38,6	24,1	22,0	24,0	23,8
sonstige Berufstätigk.	28,5	13,2	9,2	5,9	45,7	28,2	18,6	9,4
sonstiger Lebensunterh.	0,3	0,9	0,9	1,2	1,5	1,8	2,0	1,9
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quellen: Daten der Volkszählungen 1961, 1971, 1981 und 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

Für die österreichischen Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren belegen die Volkszählungen seit 1961 den Prozeß zunehmender "Verschulung" (vgl. Tabelle 8). So gingen Anfang der 60er Jahre lediglich 23% der jungen Männer und 29% der jungen Frauen dieser Altersgruppe in eine mittlere oder höhere Schule. Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen (77% der jungen Männer und 70% der jungen Frauen) arbeitete oder stand in Lehrausbildung. Zählt man Lehrlinge und Schüler/-innen zusammen, so "verschwindet" die höhere Bildungsbeteiligung der Mädchen. Denn während bei den Burschen auch schon Anfang der 60er Jahre nur mehr knapp 29% der 15- bis unter 18jährigen einer Berufstätigkeit ohne weitere formale Qualifizierung (in Form einer Lehrausbildung) nachgingen, traf dies auf nahezu jedes zweite Mädchen (46%) derselben Altersgruppe zu.

Zunehmende "Verschulung" des Jugendalters

Bereits die 60er Jahre brachten - nicht zuletzt durch die Verlängerung der Pflichtschulzeit um ein Jahr - einschneidende Veränderungen für die Jugendlichen. Bis Anfang der 70er Jahre verdoppelte sich bei männlichen Jugendlichen der Anteil der Schüler. Nur mehr 56% waren berufstätig oder in Lehrausbildung. Die zunehmende Bildungsbeteiligung der Burschen ging dabei teils zu Lasten des Lehrlingsanteils (1961: 49%; 1971: 43%), besonders aber zu Lasten der an- und ungelernt Beschäftigten (sonstige Berufstätigkeit). Die relative Bedeutung solcher Beschäftigungsverhältnisse als Lebensunterhalt für Jugendliche halbierte sich innerhalb von zehn Jahren (1961: 28,5%, 1971: 13,2%). Nur noch jeder 8. männliche Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren war 1971 nicht bzw. nicht mehr in das Bildungs- bzw. berufliche Ausbildungssystem integriert.

Anteil der Lehrlinge rückläufig

Ähnlich verlief die Entwicklung bei den 15- bis 18jährigen Mädchen. 1971 besuchte bereits jede zweite weibliche Jugendliche (48%) eine mittlere oder höhere Schule, aber nur 22% eine Berufsschule. Damit bildeten Lehrlinge innerhalb der weiblichen Berufstätigen nur eine Minderheit. 28% der weiblichen Jugendlichen unter 18 Jahren waren 1971 an- oder ungelernt beschäftigt.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

30

In den 70er Jahren setzten sich die Trends der 60er Jahre in abgeschwächter Form fort. Zum Zeitpunkt der Volkszählung 1981 stand nur mehr jeder 10. männliche Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren außerhalb des formalen Bildungs- und Ausbildungssystems, dagegen noch immer 19% der weiblichen Jugendlichen. Der Lehrlingsanteil war bei den Männern konstant geblieben (43%) und bei den Mädchen leicht gestiegen (1971: 22%; 1981: 24%). 43% der männlichen und 55% der weiblichen Jugendlichen unter 18 Jahren besuchten eine weiterführende Schule, 13% bzw. 19% waren an- oder ungelern beschäftigt.

Noch immer bleiben mehr Mädchen als Burschen ohne Ausbildung

Während der 80er Jahre erlebte Österreich einen neuerlichen Schub der Verschulung. Bei den 15- bis 18jährigen sind Schüler heute deutlich in der Mehrheit (Burschen: 54%, Mädchen: 65%). Der Lehrlingsanteil ist bei den Burschen weiter zurückgegangen (1991: 39%), bei den Mädchen dieser Altersgruppe hingegen gleich geblieben (1991: 24%). Nur noch eine kleine Minderheit von 6% der Männer bzw. 9% der Frauen war 1991 im Alter von 15 bis 18 Jahren ohne Lehrausbildung erwerbstätig.

Von den 15- bis 18jährigen geht mehr als die Hälfte noch in die Schule

Zusammenfassend läßt sich festhalten: Die Verschulung des Jugendalters ist zumindest für die männlichen Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren nahezu abgeschlossen. 1991 waren bereits 93% der Burschen dieses Alters Schüler oder Lehrlinge, bei den Mädchen immerhin 89%. In der Väter- bzw. Müttergeneration der Jugendlichen von heute standen im selben Alter bloß 71% der Männer und 53% der Frauen noch in Ausbildung. Zweites Charakteristikum der letzten beiden Dekaden ist der absolute und relative Bedeutungsverlust der Berufsschulen im Rahmen des dualen Ausbildungssystems (Lehre). Ihnen haben die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen den Rang abgelaufen (vgl. Abbildung 6).

Die Expansion des Bildungssystems bewirkte nicht nur eine "Verschulung" des Jugendalters, sondern bedeutete für immer mehr junge Menschen auch eine "Verlängerung" ihrer Jugendphase über das 18. Lebensjahr hinaus. Zum Teil ist der wachsende Anteil Studierender im dritten Lebensjahrzehnt eine unmittelbare Folge der stärkeren Bildungsbeteiligung während des zweiten Lebensjahrzehnts. Denn erst der häufiger gewordene Besuch von Schultypen mit Matura ermöglichte mehr jungen Leuten den Zugang zum Hochschulstudium.

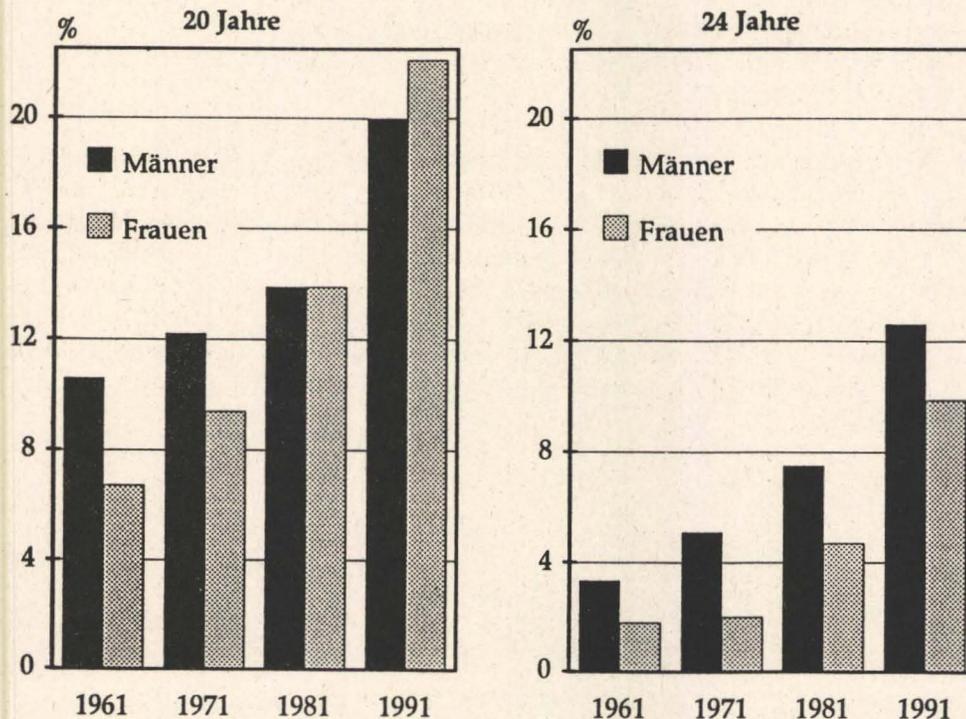
Höhere Bildungsbeteiligung und die (bis in die 80er Jahre) aus demographischen Gründen steigenden Schüler- und Studentenzahlen ließen den Bedarf an Schul- und Hochschullehrern/-innen sowie an Erziehern/-innen stark steigen. Das postsekundäre Bildungssystem hat aber auch unabhängig von dieser demographischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Zeigen läßt sich dieser Bedeutungsgewinn anhand des Schüler- bzw. Studentenanteils zum Stichtag der Volkszählungen 1961 bis 1991.

Die zunehmende "Verschulung" des dritten Lebensjahrzehnts können wir an der sozioökonomischen Position der 20- und der 24jährigen ablesen (Abbildung 7). Der Prozentsatz noch nicht ins Erwerbsleben integrierter 20jähriger Männer hat sich in den vergangenen drei Jahrzehnten von 11% (1961) auf 20% (1991) fast verdoppelt, jener der 20jährigen Frauen sogar von 7% (1961) auf 22% (1991) verdreifacht. Gegenwärtig studiert bereits jeder/jede fünfte 20jährige. Am stärksten erhöhte sich der Schüler- und Studentenanteil während der 80er Jahre. Dies gilt für Frauen in noch stärkerem Maße als für Männer.

Immer mehr Jugendliche studieren

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Abbildung 7: Verlängerung der Jugendphase; Anteil der Schüler/-innen und Studenten/-innen im Alter von 20 und 24 Jahren; Österreich 1961-1991 (Prozentwerte)



Quellen: Volkszählungen 1961, 1971 und 1981; Volkszählung 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

Zugenommen hat nicht nur der Anteil der Studierenden, sondern auch die mittlere Studiendauer. Dies zeigt sich am relativ stärkeren Anstieg der 24jährigen, die noch in Ausbildung stehen. Unter den 24jährigen Männern vervierfachte sich dieser Prozentwert von 3% (1961) auf 13% (1991), unter den 24jährigen Frauen stieg er auf das Fünffache: von 2% (1961) auf 10% (1991).

Und das Studium dauert im Schnitt immer länger

Die Benachteiligung junger Frauen im Bereich der akademischen Ausbildung hat sich somit deutlich verringert, sie ist aber nicht völlig verschwunden. Unter den erstsemestrigen Studenten sind die Frauen in Österreich heute bereits in der Mehrheit. Aber ab dem 21. Lebensjahr liegen die Studentenquoten der jungen Männer um einige Prozentpunkte über jenen der gleichaltrigen Frauen. Diese brechen ihr Studium häufiger ab als ihre männlichen Kommilitonen.

Benachteiligung der Frauen verringert

### Regionale und soziale Unterschiede der Bildungschancen

Ein wichtiges Ziel der Schulpolitik nach 1960 war die flächendeckende Versorgung Österreichs mit weiterführenden Schulen. Dieses Ziel wurde mittlerweile durch den Bau von berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMS/BHS) sowie von allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS) in den meisten Bezirkshauptorten erreicht. Damit ist der sekundäre Bildungssektor heute für Jugendliche auch abseits der großen Städte und der traditionellen Schulstandorte prinzipiell zugänglich. Das vorhandene Angebot wird auch genützt.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

32

Dennoch entscheidet die regionale und soziale Herkunft junger Menschen in Österreich nach wie vor über ihre Bildungschancen. Auch heute besuchen Jugendliche aus kleinen, stark agrarisch geprägten Gemeinden viel seltener eine weiterführende Schule als Jugendliche aus größeren Gemeinden und Städten (vgl. Tabelle 9). Im Bundesdurchschnitt lag die Schulbesuchsquote der 15- bis 19jährigen 1991 bei 48%, in Städten mit mehr als 20.000 Einwohnern bei 56%, in Kleingemeinden bis 2.000 Einwohner aber nur bei 41%. Am höchsten sind die Schulbesuchsquoten in den großen Landeshauptstädten (Graz, Innsbruck, Linz, Salzburg: 58%).

Bis zum Alter von 15 Jahren spielt der Wohnort noch kaum eine Rolle. Aber bereits bei den 16jährigen bestehen beträchtliche sozialräumliche Unterschiede in der Bildungsbeteiligung. In Kleingemeinden bis 2.000 Einwohner gehen nur noch 45% der 16jährigen zur Schule, in den großen Landeshauptstädten immerhin noch 63%. Mit zunehmendem Alter vergrößern sich diese Unterschiede noch. Das heißt: Die Bildungschancen sind nicht nur insgesamt regional unterschiedlich verteilt. Es gilt auch: Je länger die Ausbildungsdauer ist, umso stärker sind auch heute Jugendliche aus agrarischen Kleingemeinden gegenüber ihren mittel- und großstädtischen Altersgenossen im Nachteil.

Regionale und soziale Herkunft entscheiden über Bildungschancen

Jugendliche aus großen Städten genießen längere Ausbildung. Jugendliche aus ländlichen Kleingemeinden benachteiligt

**Tabelle 9:** Schulbesuchsquoten der 15- bis 19jährigen nach Gemeindegrößenklasse; Österreich 1991 (Prozentwerte)

Alter	Gemeindegrößenklasse (Einwohner)						Wien	insgesamt
	bis 2 Tsd.	2 Tsd.- 5 Tsd.	5 Tsd.- 10 Tsd.	10 Tsd.- 20 Tsd.	20 Tsd.- 100 Tsd.	100 Tsd.- 500 Tsd.		
Schüler u. Studenten in % der Wohnbevölkerung								
15 J.	81,4	83,5	85,6	85,0	86,7	87,1	86,4	84,2
16 J.	45,1	48,5	54,5	52,8	58,8	62,9	61,7	52,4
17 J.	36,2	40,0	45,6	44,6	50,9	54,2	52,3	43,7
18 J.	28,0	32,5	38,8	37,9	43,8	48,8	44,9	36,4
19 J.	19,3	23,5	28,4	28,5	34,1	45,4	38,5	28,5
15 - 19 J.	40,9	44,6	49,5	48,5	53,6	57,9	55,1	47,7
Indexwerte (Gemeindegrößenklasse bis 2.000 Einw. = 100)								
15 J.	100	103	105	104	107	107	106	103
16 J.	100	108	121	117	130	139	137	116
17 J.	100	110	126	123	141	150	144	121
18 J.	100	116	139	135	156	174	160	130
19 J.	100	122	147	148	177	235	199	148
15 - 19 J.	100	109	121	119	131	142	135	117

Quelle: Volkszählung 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

33

Daß die Bildungsbeteiligung der Jugendlichen mit der Gemeindegröße steigt und der Besuch von Schulen mit Maturaabschluß häufiger wird, läßt sich nur sehr begrenzt mit der besseren Erreichbarkeit weiterführender Schulen erklären. In erster Linie verbirgt sich hinter den regionalen Unterschieden nach wie vor eine sehr starke soziale Differenzierung der Bildungschancen.

Ob Jugendliche eine weiterführende Schule besuchen, eine Lehre absolvieren oder ob sie nach der Pflichtschule sofort als An- bzw. Ungelernte berufstätig werden, hängt auch heute noch von der sozialen Stellung ihrer Eltern ab (Tabelle 10). Im Alter zwischen 15 und 19 Jahren gehen lediglich 32% der Kinder von ungelerten Arbeitern und nur 41% der Kinder von Landwirten noch zur Schule bzw. auf eine Hochschule. Unter den 15- bis 19jährigen Kindern von Facharbeitern beträgt der Anteil 46%, bei Kindern von Angestellten und Beamten 65% und bei Kindern von selbständig Berufstätigen (außerhalb der Landwirtschaft) sogar 71% (vgl. Tabelle 10).

Noch deutlicher zeigt sich die "Vererbung" von Bildungsprivilegien, wenn man die Gruppe der Angestellten und Beamten nach ihrer höchsten abgeschlossenen Ausbildung differenziert. 15- bis 19jährige Kinder von beamteten oder angestellten Akademikern besuchen zu 93% und Kinder von Maturanten zu 87% eine weiterführende Schule bzw. Hochschule. Bei Kindern von Angestellten und Beamten, die selber nur Pflichtschulabschluß haben, ist die Bildungsquote im Alter von 15 bis 19 Jahren mit 42% nicht einmal halb so hoch.

**Tabelle 10:** Bildungsbeteiligung und Lebensunterhalt der 15- bis 19jährigen nach sozialer Stellung bzw. Bildungsabschluß des Haushaltsvorstandes; Österreich 1991 (Prozentwerte)

Soziale Stellung bzw. höchste abgeschlossene Ausbildung des Haushaltsvorstandes	Lebensunterhalt des Kindes			insgesamt
	Schüler/-in Student/-in	Lehrling	sonst. Lebensunterh.	
Selbständig-Landwirtschaft	41,4	30,9	27,7	100,0
Selbständig-nicht Landw.	70,9	18,1	11,0	100,0
Arbeiter insgesamt	38,4	34,8	26,8	100,0
Facharbeiter	46,2	30,2	23,6	100,0
sonst. Arbeiter	32,4	38,3	29,3	100,0
Angestellte u. Beamte insg.	64,9	20,8	14,3	100,0
Pflichtschule	42,1	31,2	26,7	100,0
Lehrausbildung	55,2	26,6	18,2	100,0
mittlerer Schule	61,4	22,2	16,4	100,0
höherer Schule	87,1	11,0	1,9	100,0
Hochschule	93,3	3,3	3,4	100,0
nicht Erwerbstätig	45,0	27,3	27,7	100,0
insgesamt	51,2	27,3	21,5	100,0

Anmerkung: Nur Personen in Privathaushalten, nur Kinder in Familien (=ca. 93% der Bevölkerung im Alter zwischen 15 und 19 Jahren).

Quelle: Mikrozensus Juni 1991 des ÖSTAT; eigene Berechnungen

Kinder von an- und ungelerten Arbeitern besuchen am seltensten weiterführende Schulen. Kinder von Angestellten, Beamten, Freiberuflern am häufigsten

Bildungsprivilegien werden "vererbt". Fast alle Kinder von Akademikern studieren

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

34

Der Zeitvergleich zeigt für ganz Österreich eine stark gestiegene Bildungsbeteiligung. Hauptnutznieser dieser Entwicklung waren weibliche Jugendliche aus mittleren und höheren Bildungsschichten. Die sozialen Unterschiede in den Bildungschancen sind damit nicht verschwunden; verringert haben sich jedoch die geschlechtsspezifischen Unterschiede. Nach wie vor hängt die individuelle Chance, das Jugendalter als AHS- oder BHS-Schüler und als Student zu verbringen, in hohem Maße vom Bildungsgrad und der erreichten sozialen Position der Eltern ab. Die soziale Herkunft entscheidet dabei allerdings nicht nur über die Dauer der Jugendphase, sondern auch über spätere Arbeitsmarkt- und Berufschancen im Erwachsenenalter. Die persönlichen Freiheits- und Entscheidungsspielräume junger Menschen mögen in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt gewachsen sein. Die soziale Herkunft setzt dieser persönlichen Entscheidungsfreiheit aber bis heute klar erkennbare Grenzen.

Soziale Herkunft entscheidet vielfach über spätere Berufschancen

### Altersspezifische Erwerbsbeteiligung

Österreichs Wirtschaft beschäftigte während der letzten 30 Jahre eine ständig steigende Zahl von Menschen. Zwischen 1970 und 1991 nahm die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt um 0,6 Millionen Personen zu. Dies bedeutet einen durchschnittlichen Zuwachs von 30.000 Beschäftigten pro Jahr. 1991 lag das Arbeitskräftepotential - gemessen an der Zahl der 15- bis 60jährigen - bei 4,87 Millionen Personen. 3,5 Millionen waren tatsächlich selbständig oder unselbständig beschäftigt. Sowohl die Bevölkerung im Haupterwerbsalter als auch die Beschäftigtenzahl erreichten damit ihren historischen Höchststand.

Die Zahl der selbständig oder unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen wäre in den 70er und 80er Jahren ohne den bereits skizzierten Bildungsboom und ohne den Trend zum Vorruhestand noch rascher gestiegen. 1961 waren in Österreich 78,4% aller 15- bis 60jährigen erwerbstätig, 1991 nur mehr 73,9%. Von entscheidendem Einfluß war und ist dabei der verzögerte Eintritt junger Menschen ins Erwerbsleben.

Der Blick in die Statistik verrät: Gesunkene Erwerbsquoten der jüngeren Altersgruppen sind eine direkte Folge der gestiegenen Bildungsbeteiligung und der im Schnitt längeren Schul- und Berufsausbildung. Bei den 16- bis 19jährigen Männern stieg der Anteil der Berufstätigen 1961 mit dem Alter von 78% auf 85%, bei gleichaltrigen Frauen von 70% auf 83%. 1991 waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede erheblich größer, die Erwerbsquoten von Jugendlichen beiderlei Geschlechts jedoch deutlich niedriger. Bei jungen Männern zwischen 16 und 19 Jahren stieg die Erwerbsquote (1991) von 54% auf 73%, bei gleichaltrigen Frauen von 38% auf 65% (vgl. Tabelle 11).

Erwerbsquote bei Jugendlichen unter 20 Jahren gesunken

**Tabelle 11:** Berufstätige nach Alter und Geschlecht; Österreich 1961-1991 (Erwerbsquoten in Prozent)

Alter	Männer				Frauen			
	1961	1971	1981	1991	1961	1971	1981	1991
15 J.	71,8	24,0	22,8	17,4	60,5	21,1	17,7	12,1
16 J.	77,5	70,5	64,3	53,6	69,8	62,0	49,8	38,1
17 J.	80,0	75,0	69,2	60,8	76,4	69,0	59,1	47,9
18 J.	82,3	78,8	74,2	66,0	81,7	74,9	67,8	56,5
19 J.	84,8	82,7	79,7	72,7	83,2	75,3	72,1	64,6
20 - 24 J.	90,2	87,5	85,5	82,3	75,2	68,0	74,0	75,7

Quellen: Volkszählungen 1961, 1971 und 1981; Volkszählung 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

35

Weil Mädchen vom Bildungsboom der 70er und 80er Jahre stärker profitierten, verzögerte sich ihr Eintritt ins Erwerbsleben von Jahrgang zu Jahrgang. Gleichzeitig bewirkte die im Schnitt höhere Qualifikation höhere Erwerbsquoten unter 20- bis 24jährigen Frauen. Trotz einer viel höheren Zahl von Studentinnen ist der Anteil berufstätiger junger Frauen in dieser Altersgruppe seit 1961 nicht zurückgegangen, sondern leicht gestiegen. Spätere Heirat und weniger Geburten in diesem Alter waren sowohl eine Folge als auch eine notwendige Voraussetzung dieser Entwicklung.

Der Zusammenhang zwischen Ausbildung und Berufsorientierung ist eindeutig: Verlängerter Schulbesuch und stärkere Bildungsbeteiligung führen nur am Beginn des Jugendalters zu niedrigeren Erwerbsquoten. Danach aber verstärken sie die Tendenz, die erworbene Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt ökonomisch zu verwerten.

Von den 500.000 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren waren 1991 rund 50% schon voll berufstätig oder absolvierten eine Lehre. Mehr als die Hälfte aller berufstätigen Burschen und etwas weniger als die Hälfte aller berufstätigen Mädchen waren Lehrlinge. Im Vergleich zu 1961 und 1981 zeigt sich bei insgesamt abnehmender Lehrlingszahl: Seit Beginn der 80er Jahre schrumpft der Anteil der Lehrlinge bei den Burschen (1961: 27%, 1981: 36%, 1991: 32%). Bei den Mädchen nahm der Anteil auch während der 80er Jahre noch leicht zu (1961: 14%, 1981: 19%, 1991: 20%; vgl. Tabelle 12).

Längere Ausbildung führt bei Frauen später zu höherer Erwerbsquote

**Tabelle 12:** Lehrlinge, Jugendliche mit "sonstigem" Lebensunterhalt und junge Arbeitslose nach Alter und Geschlecht; Österreich 1961-1991 (Prozentwerte)

Alter	Männer				Frauen			
	1961	1971	1981	1991	1961	1971	1981	1991
<b>Lehrlinge</b>								
15 - 19 J.	27,0	35,1	35,6	31,8	13,5	16,9	19,0	20,0
<b>Personen mit "sonstigem" Lebensunterhalt</b>								
15 - 19 J.	0,7	1,1	1,4	1,3	3,5	4,5	3,4	2,6
20 - 24 J.	2,8	4,5	3,5	1,8	20,6	27,5	17,2	9,4
<b>Arbeitslose</b>								
15 - 19 J.	1,2	1,0	3,0	4,3	1,9	2,3	4,7	6,6
20 - 24 J.	1,6	1,5	4,2	6,3	3,0	4,1	4,5	6,7

Quellen: Volkszählungen 1961, 1971 und 1981; Volkszählung 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

Während der 60er Jahre begannen noch relativ viele Mädchen unmittelbar nach Ende der Pflichtschule als Angelernte bzw. Ungelernte zu arbeiten und schieden bei der Gründung einer eigenen Familie - also bei Heirat oder Geburt des ersten Kindes - wieder aus dem Erwerbsleben aus. Für die frühen 90er Jahre zeigt sich ein ganz anderes Bild. Die Jugendphase hat sich vor allem für Mädchen und junge Frauen ausgedehnt. Sie besuchen weiterführende Schulen, erwerben sich Facharbeiterqualifikationen, schieben die Familiengründung hinaus und steigen nach der Geburt des ersten Kindes seltener bzw. für kürzere Zeit aus dem Erwerbsprozeß aus.

Junge Frauen nutzen ihre höhere Qualifikation

Die Ausdehnung der Jugendphase bei Frauen läßt sich auch anhand des sinkenden Anteils jener belegen, die einen "sonstigen" Lebensunterhalt angeben. Darunter fallen in erster Linie Hausfrauen und nicht erwerbstätige Mütter. Anfang der 60er Jahre fiel in Österreich ein Fünftel aller 20- bis 24jährigen Frauen unter diese Kategorie. 1971 erreichte ihr Anteil mit 27,5% den bisher höchsten Wert. Bis 1991 sank der Anteil der Frauen, die sich weder in Ausbildung befanden noch erwerbstätig waren, in dieser Altersgruppe auf 9%.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

36

Die Volkszählung dokumentiert, daß eine wachsende Zahl von Jugendlichen derzeit keine Beschäftigung findet. 1991 waren bei der Arbeitsmarktverwaltung im Jahreschnitt rund 40.000 Personen im Alter zwischen 15 und unter 25 Jahren als arbeitslos registriert. Die Volkszählung ermittelte zum Stichtag im Mai 1991 in dieser Altersgruppe rund 47.000 Arbeitslose, darunter auch Personen, die aufgrund fehlender Anspruchsvoraussetzungen kein Arbeitslosengeld bezogen und in der AMV-Statistik nicht enthalten waren.

1991: 40.000 bis  
47.000 Jugendliche  
arbeitslos

Bis in die 70er Jahre herrschte unter männlichen Jugendlichen Vollbeschäftigung. Seither hat sich der Anteil der Arbeitssuchenden vervierfacht. Unter 15- bis 19jährigen, die nicht mehr zur Schule gingen, stuften sich 1991 laut Volkszählung 3,0% als arbeitslos ein; unter 20- bis 24jährigen Männern waren es 6,3%. Bei weiblichen Jugendlichen endete die Phase der Vollbeschäftigung schon Anfang der 70er Jahre. Die Arbeitslosenrate der Mädchen und jungen Frauen lag während des gesamten analysierten Zeitraums über jener der Männer. Allerdings wird der Unterschied zwischen den beiden betrachteten Altersgruppen seit 1981 erheblich kleiner. Weibliche Jugendliche unter 20 Jahre sind nun nicht mehr seltener auf Arbeitssuche als junge Frauen über 20 Jahre. 1991 stuften sich 6,6% der erwerbstätigen 15- bis 19jährigen und 6,7% der 20- bis 24jährigen Frauen als arbeitslos ein (vgl. Tabelle 12).

Arbeitslosenrate  
der 20-24jährigen:  
6-7 %

Unter Österreichs Jugendlichen stellt Arbeitslosigkeit derzeit kein Massenphänomen dar. Dennoch haben Jugendliche derzeit verschlechterte Chancen. Schon während der Hochkonjunktur der 80er Jahre wurde die Sockelarbeitslosigkeit nicht abgebaut. Nun werden vor allem ältere Arbeitnehmer/-innen und schon länger beschäftigte Ausländer/-innen auf dem Arbeitsmarkt verdrängt, während ein kleinerer Teil der Jugendlichen dort erst gar nicht Fuß fassen kann. Aus sozialpolitischen Gründen verdienen alle drei genannten Gruppen mehr Aufmerksamkeit.

Die Verschulung der Jugendphase verkürzt die Lebensarbeitszeit und verlängert die finanzielle Abhängigkeit von den Eltern. Gleichzeitig wächst mit höherer Bildung die Chance, später in eine privilegierte berufliche Position zu gelangen. Denn im Wettbewerb um attraktive Arbeitsplätze verbessert formale Qualifikation die eigene Position in der "Warteschlange". Personen mit geringerem Bildungsabschluß rangieren dabei hinter Personen mit höherem Abschluß. Denn solche Abschlüsse gelten in der Regel als Hinweis auf erhöhte Lernfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft. Formale Bildung hat daher - neben der Vermittlung beruflicher Qualifikationen - in unserem Beschäftigungssystem eine wichtige Signalfunktion.

Formale Quali-  
fikation wird  
immer wichtiger

### Berufliche Erstplatzierung

Wichtig für den späteren Berufsverlauf ist der - meist vom Bildungsabschluß abhängige - Berufseinstieg. Wo Jugendliche als erstes landen, wird allerdings weder in der Volkszählung noch anderswo statistisch erfaßt. Lediglich der Mikrozensus 1982 erhob im Rahmen der damals erfragten Berufslaufbahnen auch die jeweils ersten Jobs. Diese Daten sind heute zum Teil veraltet, belegen jedoch für das 20. Jahrhundert sehr klar die Trends und Veränderungen über die Generationen.

Einschneidendste Veränderung des 20. Jahrhunderts war der endgültige Übergang zur Industriegesellschaft. Die Land- und Forstwirtschaft verlor ihre dominante Position im Beschäftigungssystem. Diese Entagrarisierung bedeutete nicht in erster Linie das Verschwinden bäuerlicher Betriebe, sondern das Verschwinden der Hilfs- und Saisonarbeit in diesem Bereich. Von den 1918-22 Geborenen hatte noch ein Fünftel als Land- und Forstarbeiter begonnen. In der Generation der zwischen 1933-37 Geborenen waren es noch 15%, von den Geburtsjahrgängen 1958-62 aber nur 1,4%.

Kaum noch Be-  
rufseinstiege in  
die Land- und  
Forstwirtschaft

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Auch außerhalb der Landwirtschaft wurde die Hilfsarbeit seltener. Immer häufiger begannen Arbeiter ihre Berufslaufbahn als Lehrling und danach als Facharbeiter. Diese Umorientierung gilt für Männer wie für Frauen. So begannen von den 1918-22 Geborenen beispielsweise noch 13% der Männer und 26% der Frauen als An- oder Ungelernte (außerhalb der Landwirtschaft). Unter den 40 Jahre Jüngeren der Jahrgänge 1958-62 war dies nur noch bei 6% der Männer und 17% der Frauen der Fall. Gleichzeitig stieg der Anteil jener, die ihre Laufbahn als Facharbeiter/-innen begannen; bei den Männern von 3% (Jahrgänge 1918-22) auf 17% (Jahrgänge 1958-62), bei den Frauen von 1% (Jahrgänge 1918-22) auf 4% (Jahrgänge 1958-62). (vgl. Tabelle 13).

Hilfsarbeiter werden seltener

Tabelle 13: Berufliche Erstplatzierung; Art der Berufstätigkeit nach Geburtskohorten und Geschlecht (Prozentwerte)

Berufliche Erstplatzierung	Geburtsjahrgänge									
	1918-1922	1923-1927	1928-1932	1933-1937	1938-1942	1943-1947	1948-1952	1953-1957	1958-1962	
<b>Männer</b>										
Lehrling	35,2	39,6	43,3	39,8	50,0	53,6	50,3	56,4	59,8	
Hilfsarbeiter	7,7	4,7	5,1	7,1	4,9	4,6	5,4	3,1	2,8	
angelernte Arbeiter	5,2	4,3	4,8	5,7	4,3	4,0	3,3	6,2	3,3	
Facharbeiter	3,4	5,5	5,7	6,5	5,8	9,3	10,2	7,9	16,8	
Arbeiter insgesamt	51,5	54,1	58,9	59,1	65,0	71,5	69,2	73,6	82,7	
niedrige Ang. u. Beamte	1,9	2,9	2,2	1,9	1,6	1,6	1,5	2,7	1,9	
mittlere Ang. u. Beamte	6,0	6,5	4,8	4,5	6,2	6,3	7,1	6,4	7,8	
höhere/leit. Ang. u. Beam.	9,5	7,6	6,4	7,2	9,6	10,0	10,6	9,4	3,3	
Ang. und Beamte insg.	17,4	17,0	13,4	13,6	17,4	17,9	19,2	18,5	13,0	
Landwirte	10,9	9,8	10,7	11,0	7,7	4,2	4,6	4,7	2,4	
Hilfsarbeiter i. d. LW.	18,4	16,7	15,2	14,9	7,8	4,5	5,9	1,8	1,3	
selbst. u. freiber. Tätigkeit	1,8	2,4	1,8	1,4	2,1	1,9	1,1	1,4	0,6	
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
<b>Frauen</b>										
Lehrling	14,8	21,8	18,6	19,1	26,4	33,5	37,9	35,3	38,5	
Hilfsarbeiterin	11,5	10,3	11,6	12,2	11,5	6,4	8,6	7,6	4,9	
angelernte Arbeiterin	15,9	11,1	15,7	16,7	15,3	12,8	16,5	14,4	11,7	
Facharbeiterin	1,2	2,1	1,5	1,3	2,9	3,0	1,6	1,9	4,0	
Arbeiterinnen insgesamt	43,4	45,3	47,4	49,3	56,0	55,7	64,6	59,2	59,1	
niedrige Ang. u. Beamtin	5,2	6,3	3,7	4,5	4,0	4,6	5,0	5,1	5,0	
mittlere Ang. u. Beamtin	13,7	13,8	11,2	9,1	15,8	19,9	13,8	20,1	28,1	
höhere/leit. Ang. u. Beam.	3,4	4,1	3,6	3,6	4,3	7,3	8,1	8,9	4,3	
Ang. und Beamtinnen insg.	22,4	24,2	18,5	17,2	24,1	31,8	26,9	34,1	37,4	
Landwirte	12,8	12,0	13,9	16,1	9,3	6,9	4,2	3,6	1,6	
Hilfsarbeiterin i. d. LW.	20,3	17,5	19,5	16,1	8,8	4,1	3,5	2,4	1,5	
selbst. u. freiber. Tätigkeit	1,2	1,0	0,7	1,3	1,7	1,5	0,8	0,7	0,4	
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	

Quelle: Mikrozensus Juni 1982; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

38

Auch bei den Angestellten gibt es eine erkennbare Tendenz zum Einstieg auf einer höheren Hierarchieebene. Während der Anteil derer, die ihre Berufslaufbahn als untergeordnete Angestellte begannen, etwa gleich blieb, erhöhten sich die Anteile der mittleren und höheren Angestellten. Bei den jungen Frauen war dieser Trend etwas deutlicher als bei den jungen Männern. Der Bildungsboom und die Expansion der qualifizierten Angestelltenberufe kamen im Generationenvergleich jeweils den Berufsanfängern zugute. Sie konnten sich mit ihren eben erworbenen formalen Qualifikationen in den betrieblichen Hierarchien besser plazieren. Deutlich zeigt sich dieser kollektive Aufstieg schon bei den zwischen 1938 und 1942 Geborenen, die während der Zeit des Wirtschaftswunders zu arbeiten begannen.

Guter Start ins Berufsleben macht sich ein Leben lang bezahlt

Die Erstplazierung ist für die weitere Laufbahn entscheidend. Empirische Analysen belegen auch für Österreich, daß sich bessere Startbedingungen in der Regel während des gesamten Berufslebens auf Einkommenshöhe und Aufstiegschancen auswirken. Eine nachträgliche Kompensation lassen die Mechanismen des Arbeitsmarktes nur in Ausnahmefällen zu.

Für die Jugendlichen von heute besteht Anlaß zu Optimismus. Trotz eines deutlich reduzierten Wirtschaftswachstums haben die geburtenschwachen Jahrgänge, die derzeit und in den kommenden Jahren ihr Berufsleben beginnen, aufgrund ihrer im Durchschnitt gestiegenen Qualifikation gute Chancen auf eine adäquate berufliche Erstplazierung. Es gibt allerdings Ausnahmen: Vor allem ausländische Jugendliche und Jugendliche, die in peripheren Regionen aufwachsen, haben nach wie vor deutlich schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt.

### Exkurs: Ausländische Jugendliche

#### Zuwanderung und Zunahme der ausländischen Jugendlichen

In den frühen 60er Jahre stieß das Wirtschaftswachstum der Nachkriegszeit in Österreich an eine klare Grenze. Der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge ins Erwerbsalter und ein Rückgang der Frauenerwerbstätigkeit zwangen zu neuen arbeitsmarktpolitischen Strategien. Ähnlich wie andere westeuropäische Staaten begann auch Österreich auf der Grundlage bilateraler Abkommen in Spanien, Jugoslawien und der Türkei Arbeitskräfte zu rekrutieren. Aufenthalt und Rückkehr dieser Arbeitsmigranten sollten sich - so die damalige Vorstellung - ausschließlich an der kurzfristigen Arbeitskräftenachfrage der österreichischen Wirtschaft orientieren. Überdies war ein regelmäßiger Austausch der ausländischen Arbeitskräfte vorgesehen (Rotationsprinzip). Das Ziel war klar: Arbeitskräfte sollten in ausreichender Zahl ins Land geholt werden, nicht aber Immigranten, die sich mit Familie hier niederließen. Die (geschätzte) Nettozuwanderung betrug im Jahr 1965 ca. +17.000 Personen, 1966 ca. +22.000 Personen und 1967 etwa +18.000 Personen; darunter hauptsächlich junge, alleinstehende Männer, aber fast keine ausländischen Kinder und Jugendlichen.

Beginn der Arbeitskräftewanderung: anfangs kamen nur Erwachsene, keine Kinder und Jugendlichen

Erst mit der massiven anwachsenden Zuwanderung Anfang der 70er Jahre und dem Scheitern des Rotationsprinzips änderte sich der sozio-demographische Hintergrund der Immigranten. Einerseits wurden nicht mehr nur junge und relativ gut ausgebildete, sondern auch ältere Personen mit geringerer Berufsqualifikation rekrutiert. Andererseits gewann die Familienwanderung immer mehr an Bedeutung. 1971 lag der Anteil ausländischer Jugendlicher unter den 15- bis 19jährigen bereits bei 3% und unter den 20- bis 24jährigen bei rund 5%. Letztere waren allerdings nicht nur als Familienangehörige, sondern zum Teil als angeworbene Arbeitskräfte nach Österreich gekommen.

Familiennachzug aus dem Ausland eine Spätfolge der Anwerbung von Gastarbeitern

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

39

Phasen ökonomischer Stagnation nach 1973/74 und das Nachrücken geburtenstarker Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt führten in Österreich ab Mitte der 70er Jahre zu einem Anwerbestopp und zum Abbau der "Gastarbeiter"-Kontingente. 1974 gab es in Österreich rund 220.000 registrierte ausländische Arbeitskräfte, 1984 waren es nur noch 138.700. Dies bedeutete einen Rückgang von 40% innerhalb von 10 Jahren. Der Rückgang der betraf vor allem jugoslawische Staatsangehörige, die damals die Hauptlast der Konsolidierung des österreichischen Arbeitsmarktes zu tragen hatten. Damals mußten auch zahllose Kinder und Jugendliche wieder in ihr Heimatland bzw. in das Herkunftsland ihrer Eltern zurückkehren. Der Anteil ausländischer Jugendlicher war daher in Österreich 1981 deutlich geringer als 1971.

Erst ab Mitte der 80er Jahre stieg die Zahl ausländischer Arbeitskräfte wieder an. Mitte 1992 arbeiteten rund 283.000 Ausländer legal in Österreich, mehr als doppelt so viele wie 1984. Die gute Konjunktur, eine damit gestiegene Nachfrage nach Arbeitskräften, die Öffnung unserer Ostgrenzen und die ethnisch-politischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien und in anderen Teilen des Balkan förderten die Zuwanderung nach Österreich. Zu den bereits im Inland geborenen Jugendlichen kamen neu Zugewanderte. Dadurch verdoppelte sich zwischen 1989 und 1991 der Anteil der ausländischen Jugendlichen.

Seit 1989 hat sich der Anteil der Ausländer unter den Jugendlichen von 5 auf 10 % verdoppelt

Diese Entwicklung ist trotz der heute restriktiveren Einwanderungspolitik Österreichs keineswegs zu Ende. Unter Kindern und Jugendlichen wird der Ausländeranteil weiter zunehmen. Dafür spricht sowohl das Schrumpfen der inländischen Bevölkerung in dieser Altersgruppe als auch die steigende Zahl nachgeholter Familienangehöriger bzw. im Inland geborener Kinder mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Dafür spricht aber auch der Umstand, daß aus den angrenzenden Staaten Ostmitteleuropas in jüngerer Zeit mehrheitlich Männer für zeitlich begrenzte Arbeitsaufenthalte nach Österreich kamen. Wie bei der Gastarbeiterwanderung der 60er Jahre werden wahrscheinlich aus den östlichen Nachbarstaaten zukünftig mehr Familien als Alleinstehende zuwandern. Das aber bedeutet ebenfalls mehr Kindern und Jugendliche mit ausländischem Paß.

Trotz restriktiver Wanderungspolitik wird Anteil ausländischer Jugendlichen wachsen

**Tabelle 14:** Entwicklung von Zahl und Anteil der ausländischen Jugendlichen; Österreich 1971-1991 (Absolutzahlen und Prozentwerte)

Jahr	absolut		in % der Wohnbev.		in % aller Ausländer	
	15-19 J.	20-24 J.	15-19 J.	20-24 J.	15-19 J.	20-24 J.
1971	15.270	26.240	3,3	5,2	8,6	14,8
1981	16.644	24.894	2,5	4,1	5,6	8,3
1982	17.332	23.325	2,7	3,7	5,7	7,7
1983	15.669	17.339	2,4	2,7	5,7	6,3
1984	16.091	16.514	2,5	2,5	6,0	6,1
1985	17.365	17.925	2,8	2,7	6,4	6,6
1986	18.824	19.839	3,1	3,0	6,8	7,2
1987	20.708	22.512	3,6	3,4	7,3	8,0
1988	23.462	26.555	4,2	4,1	7,9	8,9
1989	27.059	31.972	5,1	5,0	8,4	9,9
1990	38.082	49.814	7,3	7,7	9,2	12,1
1991	48.434	68.834	9,5	10,7	9,5	13,4

Anmerkung: Werte für 1982 bis 1991 laut Bevölkerungsfortschreibung des ÖSTAT. Die Zahl der ausländischen Jugendlichen (15- bis 24jährige) im Jahr 1991 liegt laut Bevölkerungsfortschreibung bei ca. 117.000, laut Volkszählung 1991 bei ca. 98.000. Die Volkszählung ermittelt einen Stichtagswert (15. Mai 1991), die Bevölkerungsfortschreibung einen Jahresdurchschnittswert. Dies erklärt einen Teil der Differenz.

Quellen: Volkszählungen 1971 und 1981; Bevölkerungsfortschreibung des ÖSTAT; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

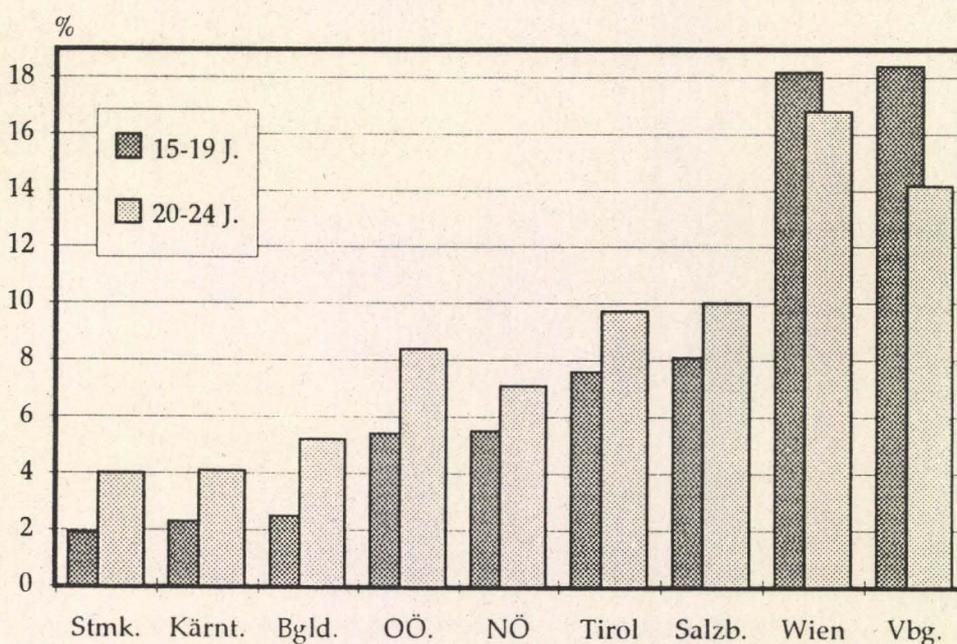
40

1991 betrug der Anteil der Ausländer/-innen an allen 15- bis 24jährigen Personen laut Bevölkerungsforschreibung rund 10%, laut Volkszählung vom Mai 1991 rund 8,5% (vgl. dazu auch die Anmerkung in Tabelle 14). Gegenüber 1981 (3,3%) hat sich ihr Anteil - auch wegen der geringer gewordenen Zahl inländischer Jugendlicher - fast verdreifacht. In absoluten Zahlen ist der Zuwachs geringer. 1991 hatten knapp über 100.000 Jugendliche in Österreich einen ausländischen Paß, 1981 waren es nur 40.000 gewesen (vgl. Tabelle 14). Von diesen 100.000 Jugendlichen stammten rund 37.000 aus (Ex-)Jugoslawien, 26.600 aus der Türkei, rund 6.700 aus Deutschland, 5.600 aus Rumänien, 2.700 aus Polen, 2.500 aus Italien, je 2.100 aus Ungarn und der ehemaligen Tschechoslowakei sowie 1.000 aus dem Iran und 12.000 aus sonstigen Staaten.

Möglicherweise trägt der Zuwachs an ausländischen Jugendlichen zur stärkeren öffentlichen Wahrnehmung von Ausländern und zur Problematisierung der Immigration bei. Dabei ist bisweilen von "Überfremdung" und einem angeblich wünschenswerten Zuwanderungsstopp die Rede. Aus Sicht der hier analysierten Altersgruppe ist festzuhalten, daß der Ausländeranteil unter Kindern und Jugendlichen jedenfalls nicht höher ist als unter den unselbständig Erwerbstätigen insgesamt.

Ausländeranteil unter Jugendlichen nicht höher als unter Erwachsenen

Abbildung 8: Ausländische Jugendliche nach Bundesländern 1991 (in% der Wohnbevölkerung gleichen Alters)



Quelle: Volkszählung 1991; eigene Berechnungen

Die Zuwanderung nach Österreich war und ist auf die urbanen Zentren und auf einige Industrieregionen ausgerichtet. Die Nachfrage nach Arbeitskräften in der Industrie und im urbanen Dienstleistungssektor bestimmen die räumliche Verteilung. In fast allen Bundesländern liegt der Anteil der Ausländer an allen Jugendlichen unter dem Bundesschnitt (10%). Nur Wien (16%) und Vorarlberg (17%) liegen deutlich darüber (vgl. Abbildung 8). In Wien sind fast die Hälfte der ausländischen Jugendlichen Bürger (Ex-)Jugoslawiens, rund ein Drittel Türken und der Rest Bürger eines anderen Staates. In Vorarlberg hat etwa die Hälfte aller ausländischen Jugendlichen die türkische, ein Drittel eine (ex-)jugoslawische und der Rest eine "sonstige" Staatsbürgerschaft.

Höchste Ausländeranteile unter Jugendlichen in Vorarlberg und Wien

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

41

## Schulbesuch, Ausbildung, Berufstätigkeit ausländischer Jugendlicher

Die soziale Situation ausländischer Jugendlicher unterscheidet sich recht deutlich von jener der gleichaltrigen Inländer/-innen. Von den 15- bis 19jährigen Österreichern besuchte 1991 die Hälfte eine weiterführende Schule oder eine Universität, die andere Hälfte war schon berufstätig. Von den gleichaltrigen türkischen und (ex-)jugoslawischen Jugendlichen gingen 1991 lediglich 23% noch zur Schule, mehr als die Hälfte war bereits erwerbstätig und weitere 24% waren weder erwerbstätig noch in Ausbildung. Im Unterschied dazu hatten Jugendliche aus Deutschland und aus andern Herkunftsländern zwischen 15 und 19 Jahren eine ähnlich hohe Schulbesuchsquote wie die Inländer/-innen. Der Anteil der schon Berufstätigen war bei ihnen hingegen unter einem Drittel (vgl. Tabelle 15).

Geringere Bildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher

**Tabelle 15:** Lebensunterhalt in- und ausländischer Jugendlicher 1991 nach Alter und Staatsbürgerschaft (Prozentwerte)

Staatsbürgerschaft	15 - 19 Jahre			20 - 24 Jahre		
	Schüler/Student	berufstätig	sonst.	Schüler/Student	berufstätig	sonst.
Österreich	46,4	47,4	6,2	15,0	76,4	8,6
(Ex-)Jugosl.	24,5	50,0	25,5	2,2	73,2	24,6
Türkei	21,6	55,8	22,6	3,6	69,8	26,6
Deutschland	56,5	31,8	11,7	38,5	46,5	15,0
sonstige	44,1	30,6	25,3	20,8	50,4	28,8

Quelle: Volkszählung 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

Jenseits des 20. Lebensjahres werden die Unterschiede noch deutlicher. Von den 20- bis 24jährigen Österreicherinnen und Österreichern besuchten 1991 rund 15% eine Universität. Von den 20- bis 24jährigen Zuwanderern aus Deutschland taten dies fast 40%. Unter Türken und (Ex-)Jugoslawen war der Anteil der Studierenden mit 3,6% bzw 2,2% hingegen sehr gering (vgl. Tabelle 15). Der Unterschied liegt auf der Hand: Deutsche Jugendliche in Österreich stammen nicht nur häufiger aus privilegierten Verhältnissen, viele von ihnen kommen zum Studieren nach Österreich. Bei Kindern aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei ist dies hingegen kaum der Fall. Für Gastarbeiterkinder endet der Schulbesuch mehrheitlich mit dem Abschluß der Pflichtschule. Bei der Interpretation dieser Unterschiede ist zusätzlich zu berücksichtigen, daß ausländische Jugendliche vor allem in Städten leben, wo die Bildungsbeteiligung ihrer inländischen Altersgenossen deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt.

Deutsche Jugendliche studieren in Österreich überdurchschnittlich häufig, türkische und (ex-)jugoslawische sehr selten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

42

Tabelle 16: Berufstätige in- und ausländische Jugendliche nach Stellung im Beruf; Österreich 1991 (Prozentwerte)

Staatsbürgerschaft	Lehrling	Hilfsarb.	angel. Arb.	Facharb.	Ange-stellt	Selb-ständig	sonstige
15 - 19 Jahre							
Österreich	56,9	4,8	7,2	12,9	13,5	1,3	3,4
(Ex-)Jugosl.	27,3	31,1	12,9	6,0	4,2	0,6	17,9
Türkei	18,3	49,7	14,6	4,2	2,0	0,5	10,7
Deutschland	55,4	5,4	9,6	11,9	10,7	1,6	5,4
sonstige	19,7	21,7	17,4	11,6	7,7	2,6	19,2
20 - 24 Jahre							
Österreich	1,6	6,5	13,6	26,2	44,5	3,2	4,4
(Ex-)Jugosl.	0,8	44,9	19,9	16,2	6,0	0,7	11,5
Türkei	1,1	58,5	18,3	8,9	3,8	0,9	8,5
Deutschland	5,2	5,6	11,3	24,3	43,1	3,8	6,7
sonstige	1,4	25,7	20,8	19,4	15,1	3,4	14,2

Quelle: Volkszählung 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

Die schlechtere Ausbildung ausländischer Jugendlicher und ihr biographisch früher Eintritt ins Berufsleben haben unmittelbare Konsequenzen für ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt. Ausländische Jugendliche, die zwischen ihrem 15. und 19. Lebensjahr schon arbeiteten, waren 1991 mehrheitlich als Hilfsarbeiter oder angelernte Arbeiter tätig. Dies war bei rund 44% aller schon berufstätigen (ex-)jugoslawischen und über 64% der türkischen Jugendlichen dieser Altersgruppe der Fall. Von den berufstätigen Österreichern zwischen 15 und 19 Jahren waren hingegen nur 12% An- bzw. Ungelernte. Mehr als die Hälfte der berufstätigen österreichischen und der hier lebenden deutschen Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren sind Lehrlinge (Ex-Jugoslawien: 27%, Türkei: 18%; vgl. Tabelle 16).

Schlechtere Ausbildung Jugendlicher führt zu niedriger Position im Berufsleben

Bei den jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren ist die Segmentierung des Arbeitsmarktes nach Herkunft und Staatsbürgerschaft noch stärker sichtbar. In dieser Altersgruppe waren 1991 zwei Drittel der berufstätigen jungen Ex-Jugoslawen und Türken als Hilfsarbeiter und angelernte Arbeiter tätig. Bei den inländischen Jugendlichen betrug der Anteil nur 20%. Österreicher dieses Alters sind dagegen häufig (1991: 45%) in Angestelltenpositionen beschäftigt.

Zwei von drei jungen (Ex-)Jugoslawen und Türken sind an- oder ungelernete Arbeiter. An weiterführende Schulen gehen wenige

Ausländische Jugendliche aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei besuchen in Österreich selten weiterführende Schulen, werden früher erwerbstätig als Inländer und beginnen häufiger als an- oder ungelernete Arbeiter. Daß dies in den meisten Fällen kein freiwillig gewählter Start ins Lebens ist, muß nicht eigens betont werden. Ohne Zweifel summiert sich für sie eine Reihe von Nachteilen. Zur unterdurchschnittlichen Schulausbildung und der schlechten beruflichen Plazierung kommt der Ausländer-Status und in vielen Fällen auch eine kulturelle Distanz.

Die Kombination von sozialer Unterschichtung, städtischer Ghettobildung und gesellschaftlicher Stigmatisierung des Fremdseins enthält einiges an sozialer Brisanz. Denn sie verhindert späteren sozialen Aufstieg und fördert die Spaltung unserer Gesellschaft entlang ethnischer Grenzen.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

43

### Auszug aus dem Elternhaus, eigener Haushalt, Familiengründung

Die jungen Erwachsenen der 60er Jahre gründeten ihre Familien biographisch früher als die der 50er Jahre. Dadurch sank sowohl das mittlere Heiratsalter als auch das Alter bei der Geburt des ersten Kindes. Seit 1973 läuft der Trend in die Gegenrichtung. Heiratsalter und Erstgeburtsalter steigen in Österreich wieder an. Heute werden fast alle Familien erst jenseits des 20. Lebensjahrs, also in der "nachschulischen" Phase gegründet. Für Mädchen und junge Frauen gilt dies genauso wie für junge Männer. Gleichzeitig bleiben Jugendliche seit Anfang der 70er Jahre immer länger im Elternhaus. Wer bis ins dritte Lebensjahrzehnt zur Schule geht oder studiert und erst danach an eine eigene Familie denkt, hat wenig Anlaß, möglichst früh auszuziehen. Viele Jugendliche könnten sich dies auch gar nicht leisten. Der immer spätere Eintritt ins Berufsleben verlängert nämlich die Phase ökonomischer Abhängigkeit von den eigenen Eltern.

Familiengründung wird seit Beginn der 70er Jahre hinausgeschoben

Darüber hinaus lassen sich folgende weitere Trends beobachten:

1. Seit den frühen 70er Jahren erfolgt die räumliche Trennung von den Eltern zunehmend unabhängig von Heirat und Geburt eines Kindes. Immer mehr junge Erwachsene leben eine Zeitlang als Singles oder mit einem festen Partner. Gleichzeitig ist der Anteil junger Mütter, die nach der Geburt eines Kindes unverheiratet bleiben, deutlich gestiegen. Insgesamt haben somit "intermediäre" Lebensformen zwischen Jugend im elterlichen Haushalt und traditionellem Erwachsenenstatus erheblich an Bedeutung gewonnen.

Übergang ins Erwachsenenleben: Drei Trends

2. Die Lebensverhältnisse der 15- bis 19jährigen haben sich damit seit den frühen 70er Jahren vereinheitlicht. Fast alle Jugendlichen gehen in diesem Alter noch zur Schule oder absolvieren eine Lehrausbildung, wohnen bei den Eltern und haben selbst noch keine Kinder. Unterschiede in der Lebenslage bestehen in diesem Lebensabschnitt allerdings zwischen Schülern/-innen und Lehrlingen.

3. Eine stärkere Differenzierung der Lebensformen setzt jenseits des 20. Lebensjahres ein. Im Vergleich dazu sind die Lebensformen der heute über 30jährigen einander wieder recht ähnlich. Von dieser Generation hat die große Mehrzahl einen eigenen Haushalt gegründet, geheiratet und zumindest ein Kind bekommen; allerdings nicht notwendigerweise in dieser Reihenfolge. Ob die Jugendlichen von heute in 15 bis 20 Jahren ähnlich leben werden wie die heute 30- bis 45jährigen, läßt sich nicht sagen.

### Leben in der Herkunftsfamilie

1991 lebten 95% aller 15- bis 20jährigen noch mit ihren Eltern bzw. mit einem Elternteil in der selben Wohnung oder im selben Haus. Fast alle waren auch aus soziodemographischer Sicht noch "Kinder", also selber ledig und kinderlos (94%). Männliche Jugendliche lebten geringfügig häufiger von ihren Familien getrennt als weibliche. Erkennbare Unterschiede gab es 1991 nur nach der Größe des Wohnorts. In ländlich-agrarischen Gemeinden lebten 99% der 15- bis 19jährigen noch bei den Eltern, in Mittel- und Großstädten war dies "nur" bei 90% der Fall (vgl. Tabelle 17).

Unter 20 leben fast alle noch bei den Eltern, zwischen 20 und 25 immerhin noch zwei Drittel

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

44

Tabelle 17: Zusammenleben Jugendlicher und junger Erwachsener mit ihren Eltern; Österreich 1991 (Prozentwerte)

Alter	Geschlecht		Wohnort			
	insgesamt	männlich	weiblich	Landgemeinden	Kleinstädte	Mittel- u. Großst.
<b>mit Eltern/Elternteil in gleicher Wohnung oder im gleichen Haus</b>						
15 - 19 J.	95,2	95,9	94,5	98,8	95,8	90,1
20 - 24 J.	68,0	77,8	57,5	81,9	74,7	48,1
25 - 29 J.	34,0	46,2	21,5	47,9	36,1	20,8
<b>als "Kind" in der Familie</b>						
15 - 19 J.	93,8	95,0	92,5	96,5	94,9	88,9
20 - 24 J.	63,0	74,3	51,1	75,2	69,3	45,2
25 - 29 J.	26,2	37,5	14,6	35,1	29,2	15,9

Anmerkung: Als "Kinder" gelten aus familiensoziologischer Sicht alle, die mit ihren Eltern im selben Haushalt leben und selbst noch nicht verheiratet sind bzw. selbst noch keine Kinder haben, unabhängig von Lebensalter und Berufstätigkeit.

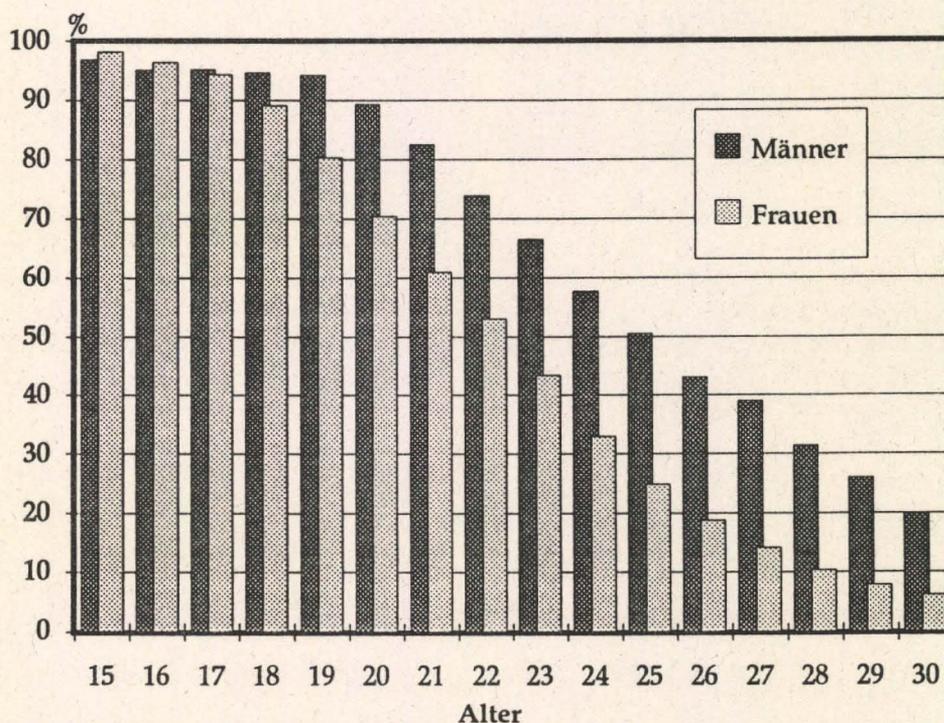
Als "Landgemeinden" werden Gemeinden mit einer Agrarquote von mehr als 10% bezeichnet. Die Kategorie "Kleinstädte" umfaßt alle übrigen Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern, die Kategorie "Mittel- und Großstädte" alle Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern.

Quelle: Mikrozensus Juni 1991; eigene Berechnungen

Die räumliche Ablösung findet derzeit in der Regel erst im dritten Lebensjahrzehnt statt. Von den 20- bis 24jährigen lebten 1991 immerhin zwei Drittel noch bei den Eltern (68%); darunter die meisten (63%) als unverheiratete "Kinder". In dieser Lebensphase wächst der Unterschied zwischen jungen Männern (78% bei den Eltern) und jungen Frauen (nur 58% bei den Eltern; vgl. Tabelle 17, Abbildung 9). Auch der Stadt-Land-Unterschied tritt in dieser Altersgruppe deutlich zutage. In Landgemeinden lebten 92% der 20- bis 24jährigen noch bei den Eltern, im Mittel- und Großstädten nur 48%; Männer jeweils häufiger als Frauen.

Räumliche  
Ablösung

Abbildung 9: "Kinder" in Familien nach Alter und Geschlecht; Österreich 1991 (Prozentwerte)



Quelle: Mikrozensus Juni 1991; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Wenn von einem Wandel der Lebensformen junger Menschen die Rede ist, denken wir zumeist nur an den wachsenden Anteil junger Singles und junger Alleinerzieherinnen. Von den meisten unbemerkt ist jedoch während der letzten Jahrzehnte vor allem das Zusammenleben von Eltern mit ihren noch unverheirateten und kinderlosen "Kindern" häufiger geworden. Zwischen 1971 und 1991 wuchs der Anteil der als "Kind" in der Familie lebenden 15- bis 19jährigen von 86% auf 94%. Bei den 20- bis 24jährigen steigt der Anteil sogar von 42% (1971) auf 63% (1991). Diese Verschiebung war bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern. Bei Frauen zwischen 20 und 24 verdoppelte sich der Anteil derer, die als "Kind" bei den Eltern lebten, seit 1971 von 27% auf 51% (1991). Bei den gleichaltrigen Männern stieg er "nur" von 56% (1971) auf 74% (1991; vgl. Tabelle 18). Bei beiden Geschlechtern stellt diese Entwicklung den viel diskutierten Trend zum Single und zur alleinerziehenden jungen Mutter bei weitem in den Schatten.

Gründung des eigenen Haushalts erfolgt immer später

Daß Kinder wieder länger mit ihrer Herkunftsfamilie leben, ist keine österreichische Besonderheit, sondern in vielen europäischen Ländern zu beobachten. Dieser Trend hat eine Reihe von Ursachen. Dazu gehören längere Ausbildungszeiten, ein dadurch späterer Eintritt ins Berufsleben, die hinausgeschobene Familiengründung, aber vielerorts auch ein Mangel an erschwinglichen Wohnungen. All dies bewirkt ganz offensichtlich eher eine Stärkung der traditionellen Lebensform "Familie" als ihrer "postmodernen" Alternativen - vom jungen Single bis zur Wohngemeinschaft.

Spätere Ablösung von den Eltern ist ein europaweiter Trend

**Tabelle 18:** Jugendliche und junge Erwachsene als "Kinder" in Familien; Österreich 1971-1991 (Prozentwerte)

Alter	Anteil der "Kinder" in %			Veränderung in Prozentpunkten		
	1991	1981	1971	1981-1991	1971-1981	1971-1991
<b>insgesamt</b>						
15 - 19 J.	93,8	91,2	85,5	2,6	5,8	8,3
20 - 24 J.	63,0	51,5	41,7	11,5	9,9	21,3
25 - 29 J.	26,2	18,3	14,5	7,9	3,7	11,7
<b>männlich</b>						
15 - 19 J.	95,0	94,9	90,9	0,1	3,9	4,1
20 - 24 J.	74,3	65,4	55,8	8,9	9,6	18,5
25 - 29 J.	37,5	26,4	20,5	11,1	5,9	17,0
<b>weiblich</b>						
15 - 19 J.	92,5	87,5	79,9	5,0	7,6	12,6
20 - 24 J.	51,1	37,5	27,0	13,6	10,5	24,1
25 - 29 J.	14,6	10,1	8,3	4,5	1,8	6,3

Anmerkung: Als "Kinder" gelten aus familiensoziologischer Sicht alle, die mit ihren Eltern im selben Haushalt leben und selbst noch nicht verheiratet sind bzw. selbst noch keine Kinder haben, unabhängig von Lebensalter und Berufstätigkeit.

Quelle: Mikrozensus Juni 1991; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

46

Einschränkend ist allerdings zu berücksichtigen, daß die amtliche Statistik gerade über die hier analysierte Lebensphase kein vollständiges Bild liefern kann. Studierende mit Zweitwohnsitz am Studienort und Jugendliche, bei denen nicht feststeht, ob sie schon endgültig ausgezogen sind, werden in der Regel dem elterlichen Haushalt zugerechnet. Auch die Aufrechterhaltung von Wohnsitzen - beispielsweise um sich das Recht auf Eintritt in den Mietvertrag der Eltern zu sichern - verzerren ein wenig das Bild.

### Verlassen des elterlichen Haushalts

Das mittlere Alter beim Auszug aus dem elterlichen Haushalt liegt derzeit bei 24,1 Jahren (1991). In diesem Alter leben somit nur noch 50% bei den Eltern. Zwischen 1971 und 1991 verzögerte sich dieser Auszug im Schnitt biographisch um 2,7 Jahre; während der 80er Jahre etwas deutlicher (1,5 Jahre) als während der 70er Jahre (1,2 Jahre) und bei Frauen etwas stärker als bei Männern. 1991 zogen Frauen mit 22,9 Jahren und Männer mit 25,3 von den Eltern weg (mittleres Auszugsalter).

Im Durchschnitt verlassen junge Männer mit 25, junge Frauen mit 23 Jahren ihr Elternhaus

Der Altersunterschied beim Verlassen des elterlichen Haushalts - im Schnitt 2,4 Jahre - entspricht ziemlich genau jenem bei der Eheschließung, obwohl eine Heirat derzeit nur noch in einem Drittel der Fälle (32%) und das Zusammenziehen mit einem festen Partner in einem Sechstel der Fälle (17%) Anlaß fürs Ausziehen ist (vgl. Tabelle 19 für die derzeit 25- bis 29jährigen, die bis zum 25. Lebensjahr ausgezogen sind). Dahinter rangieren berufliche Gründe (15%), der Wunsch nach selbständiger Lebensführung (12%) und der Beginn einer Ausbildung an einem anderen Ort (12%).

**Tabelle 19:** Auszug aus dem Elternhaus vor dem 25. Lebensjahr; Hauptgründe der 25- bis 29jährigen; Österreich 1991 (Prozentwerte)

Hauptgrund für den Wegzug	Geschlecht			Wohnort		
	insgesamt	männlich	weiblich	Landgemeinden	Kleinstädte	Mittel-/Großst.
Heirat	31,6	25,7	35,3	56,9	39,7	14,7
Lebensgemeinschaft	16,9	15,9	17,5	9,5	18,1	19,1
Studium, Schule, Lehre	11,1	13,5	9,6	3,1	6,9	17,7
Berufliche Gründe	15,3	17,2	14,2	17,5	14,4	15,1
Selbständigkeit	11,7	12,0	11,6	4,6	9,5	16,5
Elternwohnung zu klein	5,7	5,6	5,8	2,2	6,7	6,4
Andere Gründe	7,6	10,3	6,0	6,2	4,7	10,5
<b>N (=100%)</b>	<b>376.909</b>	<b>142.804</b>	<b>11.427</b>	<b>73.015</b>	<b>131.762</b>	<b>172.132</b>

Anmerkung: Als "Landgemeinden" werden Gemeinden mit einer Agrarquote von mehr als 10% bezeichnet. Die Kategorie "Kleinstädte" umfaßt alle übrigen Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern, die Kategorie "Mittel- und Großstädte" alle Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern.

Quelle: Mikrozensus Juni 1991; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Im Zeitvergleich zeigt sich, daß die Eheschließung als Motiv für die Gründung des ersten eigenen Haushalts an Bedeutung verloren hat. Die zwischen 1936 und 1940 Geborenen, die ihr Elternhaus bis zum Alter von 25 Jahren, also um das Jahr 1960 verließen, taten dies noch mehrheitlich (54%) aus Anlaß ihrer ersten Eheschließung. Daneben spielten in dieser Generation nur noch berufliche Gründe (22%) eine größere Rolle. Bei den nach 1945 Geborenen fielen nichteheliche Lebensgemeinschaften, der Beginn einer Ausbildung (Schule, Lehre, Studium) und der Wunsch nach Selbstständigkeit als Auszugsgrund immer stärker ins Gewicht (vgl. Tabelle 20).

**Tabelle 20:** Auszug aus dem Elternhaus bis zum 20. bzw. 25. Lebensjahr; wichtigster Auszugsgrund nach Altersjahrgängen (Prozentwerte)

Hauptgrund für den Wegzug	Alter im Jahr 1991 (Geburtsjahrgänge)					
	15 - 19 J. (1972-76)	20 - 24 J. (1967-71)	25 - 29 J. (1962-66)	30 - 34 J. (1957-61)	40 - 44 J. (1947-51)	50 - 54 J. (1937-41)
<b>Auszug bis zum Alter von 20 Jahren</b>						
Heirat	10,4	16,2	18,6	26,4	37,1	25,5
Lebensgemeinschaft	12,4	14,4	13,3	9,8	3,4	3,0
Studium, Schule, Lehre	29,2	23,4	21,2	19,4	15,0	13,3
Berufliche Gründe	5,5	19,6	22,3	20,5	29,1	39,2
Selbstständigkeit	8,5	10,9	8,1	10,6	6,6	5,8
Elternwohnung zu klein	15,2	2,3	4,5	2,3	1,1	2,3
Andere Gründe	18,9	13,2	12,1	10,9	7,8	10,8
N (=100%)	17.013	108.447	150.359	155.671	133.417	108.185
<b>Auszug im Alter zwischen 20 und 25 Jahren</b>						
Heirat	.	33,0	40,3	49,4	59,6	71,3
Lebensgemeinschaft	.	25,6	19,2	16,3	6,5	3,4
Studium, Schule, Lehre	.	7,0	4,4	2,7	2,8	2,0
Berufliche Gründe	.	9,2	10,7	11,8	16,4	11,0
Selbstständigkeit	.	12,7	14,2	9,9	6,0	6,9
Elternwohnung zu klein	.	4,9	6,5	3,8	4,0	2,4
Andere Gründe	.	7,6	4,7	6,1	4,7	3,0
N (=100%)		87.624	226.550	210.606	200.650	174.967
<b>Auszug bis zum Alter von 25 Jahren</b>						
Heirat	10,4	23,7	31,6	39,6	50,6	53,8
Lebensgemeinschaft	12,4	19,4	16,9	13,6	5,2	3,3
Studium, Schule, Lehre	29,2	16,1	11,1	9,8	7,7	6,3
Berufliche Gründe	5,5	15	15,3	15,5	21,5	21,8
Selbstständigkeit	8,5	11,7	11,7	10,2	6,2	6,5
Elternwohnung zu klein	15,2	3,5	5,7	3,2	2,8	2,3
Andere Gründe	18,9	10,7	7,6	8,1	6,0	6,0
N (=100%)	17.013	196.071	376.909	366.277	334.067	283.152

Quelle: Mikrozensus Juni 1991; eigene Berechnungen

Auszug aus dem Elternhaus

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

48

Jene, die das Elternhaus bereits früh verlassen, tun dies heute vor allem, weil sie einen Beruf aufnehmen oder ein Studium beginnen. Bei den 1961-1965 Geborenen, die vor ihrem 20. Geburtstag auszogen, spielte dies bei 22% (Beruf) bzw. 21% (Ausbildung) die Hauptrolle. Heirat (19%) oder eine feste Partnerschaft (13%) spielten in dieser Generation und Lebensphase eine geringere Rolle. Bei den 1966-70 Geborenen, die bis zum 20. Lebensjahr auszogen, stand die Ausbildung noch stärker im Vordergrund (23%). Eine Spätfolge des Bildungsbooms, nämlich die wachsende Zahl von Studierenden, die nicht aus einer Universitätsstadt stammen, macht sich hier ganz deutlich bemerkbar.

Bei denen, die im Alter zwischen 20 und 25 Jahren von zu Hause ausziehen, ist heute die Heirat der wichtigste Anlaß. Bei den 1961-65 Geborenen war dies bei 40% der Fall. Dahinter rangieren feste Partnerschaften (19%), der Wunsch nach Selbständigkeit (14%) und die Berufsaufnahme an einem anderen Ort (11%). Im Vergleich zu früheren Generationen zeigt sich allerdings auch für diesen Lebensabschnitt ein massiver Bedeutungsverlust der Heirat als Grund für die Loslösung vom Elternhaus. Bei den 1936-40 Geborenen, die (20- bis 24jährig) in den frühen 60er Jahren auszogen, geschah dies noch in 71% der Fälle aus Anlaß der ersten Eheschließung (vgl. Tabelle 20).

Trotz rückläufiger Bedeutung spielte die Eheschließung auch bei den 1961-65 geborenen Frauen als Auszugsgrund eine größere Rolle (35%) als bei Männern (26%). Umgekehrt fielen Schule/Studium und Beruf bei den 1961-65 geborenen Männern (14% bzw. 17%) nach wie vor stärker ins Gewicht als bei Frauen (10% bzw. 14%). Darüber hinaus gibt es auch in dieser Generation erhebliche Stadt-Land-Unterschiede. In ländlichen Agrargemeinden ist die Eheschließung beim Auszug bis zum 25. Lebensjahr weiterhin das Hauptmotiv (57%), gefolgt von beruflichen Gründen (18%). Bewohnerinnen und Bewohner von Mittel- und Großstädten nennen hingegen eine größere Palette von Motiven (1961-65 Geborene; feste Partnerschaft: 19%, Schule/Studium: 18%, Wunsch nach mehr Selbständigkeit: 17%, Beruf: 15%). Heirat (15%) ist hier keineswegs zentral (vgl. Tabelle 19).

Gerade in ländlichen Gegenden ist der Auszug von zu Hause in vielen Fällen mit einer Übersiedlung über eine größere Distanz verbunden. Dies gilt vor allem für jene, die weggehen, weil sie eine weiterführende Schule oder Universität besuchen wollen. Deshalb lebten 1991 die (insgesamt relativ wenigen) 15- bis 19jährigen mit eigenem Wohnsitz im Schnitt weiter von ihren Eltern entfernt als die 20- bis 24jährigen mit eigener Wohnung. Aufgrund der größeren räumlichen Nähe der schon ausgezogenen 20- bis 24jährigen waren auch die Sozialkontakte zu den Eltern häufiger. 24% wohnten innerhalb einer Gehdistanz von 15 Minuten, weitere 30% höchstens eine halbe Stunde Autofahrt entfernt; 19% sahen ihre Mütter täglich, 37% wenigstens einmal pro Woche (zus. 56%). Von den 15- bis 19jährigen, die nicht mehr zu Hause lebten, sahen nur 12% ihre Mütter täglich und 31% wenigstens einmal pro Woche (zus. 43%). Für die große Mehrheit dieser Altersgruppe stellt sich das Problem jedoch nicht. Sie wohnen in diesem Alter mit den Eltern ohnedies noch unter einem Dach.

### Heirat und eigene Kinder

Seit den frühen 70er Jahren bewirken nicht nur die längeren Ausbildungszeiten, sondern auch spätere Heirat und die zunehmende Ehe- und Kinderlosigkeit eine "Dehnung" der Jugendphase. Dabei spielt das Hinausschieben der Familiengründung eine noch größere Rolle als die Verlängerung der Ausbildungszeiten. Denn der Besuch einer Hochschule ist nach wie vor nur einer Minderheit vorbehalten (vgl. Abschnitt "Schule - Lehre - Beruf"). Spätere Eheschließung und spätere Erstgeburt beruhen hingegen auf kollektiven Verhaltensänderungen, die von einer Mehrheit getragen werden.

Wer später auszieht,  
tut dies eher aus  
Anlaß der Heirat

Rege Sozialkontakte  
zwischen schon ausge-  
zogenen Jugendlichen  
und ihren Eltern

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Die veränderten Heiratsgewohnheiten lassen sich am Anteil derer ablesen, die in einem bestimmten Alter noch ledig sind (altersspezifische Ledigenquote). Ein Vergleich über die letzten drei Jahrzehnte zeigt für Männer und Frauen das gleiche Bild: Der Anteil der noch Unverheirateten sank während der 60er Jahre in allen Altersgruppen, seit Beginn der 70er Jahre steigt er kontinuierlich an. Diese Aussage läßt sich jedenfalls für Mädchen und Frauen über 18 und Männer über 20 treffen. Unterhalb dieser Altersgrenzen gab und gibt es in Österreich ohnedies fast nur unverheiratete Männer (20 Jahre 1961: 95%, 1971: 94%, 1991: 96%) und Frauen (18 Jahre 1961: 92%, 1971: 90%, 1991: 96%; vgl. Tabelle 21).

Verändert hat sich das Heiratsverhalten vor allem der jungen Erwachsenen. 1971 waren nur 55% der 24jährigen und nur 30% der 28jährigen Männer noch ledig. 1991 betrug die Ledigenquote der 24jährigen Männer bereits 79%, jene der 28jährigen 50%.

Bei Frauen sind die Ledigenquoten aufgrund des im Schnitt früheren Heiratsalters insgesamt niedriger, doch der Trend ist derselbe. 1971 waren nur 67% der 20jährigen und nur 29% der 24jährigen Frauen noch ledig. 1991 betrug die Ledigenquote der 20jährigen Frauen bereits 89%, jene der 24jährigen 60% und jene der 28jährigen immerhin noch 32% (vgl. Tabelle 21).

Seit 70er Jahren steigt der Anteil der noch Unverheirateten

Fast 80 % der 24jährigen Männer und 60 % der 24jährigen Frauen sind noch ledig

Tabelle 21: Ledige in Prozent der Bevölkerung gleichen Alters; Österreich 1961 bis 1991

Alter	Männer				Frauen			
	1961	1971	1981	1991	1961	1971	1981	1991
15 J.	100,0	100,0	100,0	100,0	99,9	99,9	99,9	99,9
16 J.	100,0	100,0	100,0	100,0	99,1	99,1	99,4	99,5
17 J.	100,0	100,0	100,0	100,0	97,0	96,1	98,4	98,3
18 J.	99,5	99,4	99,7	99,1	92,3	90,0	94,5	96,4
19 J.	97,7	97,5	98,0	98,1	84,6	79,1	87,6	93,2
20 J.	94,8	93,5	94,7	96,3	75,1	66,5	78,4	89,0
21 J.	88,4	85,8	89,3	93,5	64,0	54,1	67,9	82,4
22 J.	80,5	75,1	83,0	90,1	53,8	43,2	58,5	75,7
23 J.	71,2	64,2	74,7	85,3	45,3	34,2	49,0	67,6
24 J.	61,8	55,0	65,0	79,0	37,8	28,9	41,0	59,5
25 J.	52,9	46,9	56,0	71,4	32,2	24,5	33,4	51,0
26 J.	44,8	39,4	47,7	64,1	27,0	21,2	27,4	43,9
27 J.	38,1	33,6	40,3	56,8	23,5	18,3	22,8	37,6
28 J.	32,5	28,9	34,1	50,0	20,7	16,3	19,7	32,3
29 J.	27,8	24,4	29,4	44,1	18,5	14,7	16,9	28,2

Quellen: Volkszählungen 1961, 1971, 1981 und 1991; eigene Berechnungen

Erst im letzten Jahrzehnt haben die Anteile unverheirateter jüngerer Männer und Frauen wieder das Niveau der Zwischenkriegszeit erreicht. Noch deutlich höhere Ledigenquoten gab es in Österreich bei den unter 30jährigen allerdings im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Eines ist bei solchen Vergleichen allerdings zu bedenken. Im vorigen Jahrhundert blieben viele ledig, weil ökonomische und soziale Heiratschranken eine Eheschließung verhinderten. Wer heute spät oder gar nicht heiratet, hat hingegen in der Regel andere Gründe.

Heute so viele Unverheiratete wie während der 30er Jahre

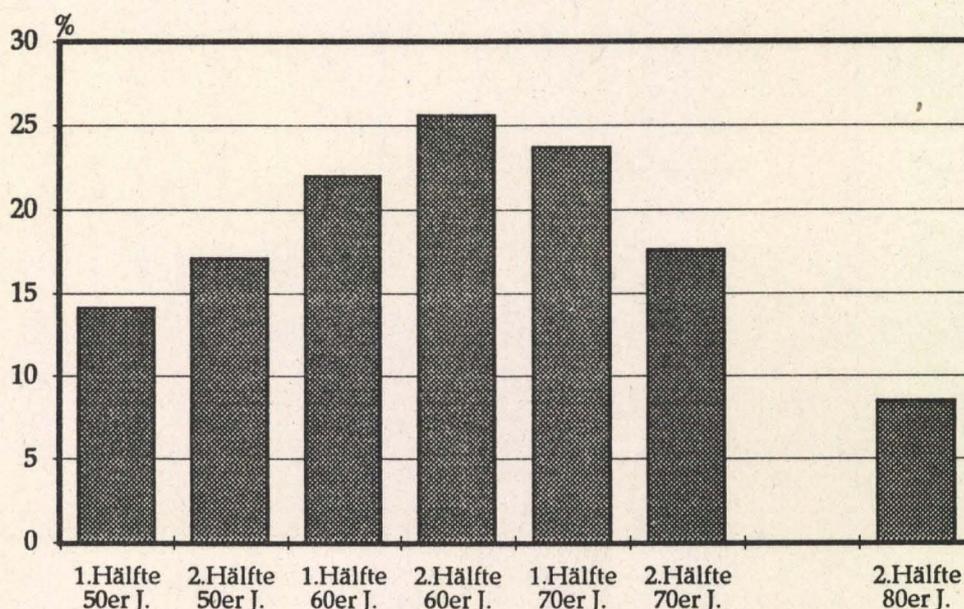
## 2. Bericht zur Lage der Jugend

50

Parallel zur Ledigenquote und zum Heiratsalter stieg auch das Alter bei der ersten Geburt und der Anteil der jener Frauen, die noch kein Kind zur Welt gebracht haben. Das Durchschnittsalter der Mütter bei der Geburt des ersten Kindes sank in Österreich von 24,5 Jahren (1955) auf 22,4 Jahre (1971) und stieg seither um 2,5 Jahre auf 24,9. Dementsprechend veränderte sich auch der Anteil junger Mütter mit nur kurzer Jugendphase. Von den 1930-35 Geborenen brachten in den frühen 50er Jahren rund 14% vor dem 20. Lebensjahr ihr erstes Kind zur Welt. Unter den 1945-50 Geborenen stieg der Anteil der Mütter im Teenager-Alter während der späten 60er Jahre auf 26%. Bis in die späten 80er Jahre sank er bei den 1965-70 Geborenen wieder auf 8% (vgl. Abbildung 10). Angesichts der früheren Geschlechtsreife und der im Schnitt wohl früheren Aufnahme sexueller Beziehungen ist die geringe Mütterrate unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch ein Indiz für eine in dieser Lebensphase offensichtlich recht effizient betriebene Empfängnisverhütung und Geburtenplanung.

Anteil der Mütter im Teenageralter drastisch gesunken

Abbildung 10: Mütter unter 20 Jahren (Prozentwerte)



Anmerkung: Die Zahlen basieren auf der retrospektiven Auswertung einer Volkszählungsfrage des Jahres 1981 an die zum Zeitpunkt der VZ in Österreich lebenden Frauen nach dem Geburtsdatum ihrer Kinder (Lebendgeburten) bzw. einer analogen Frage im Mikrozensus Juni 1991.

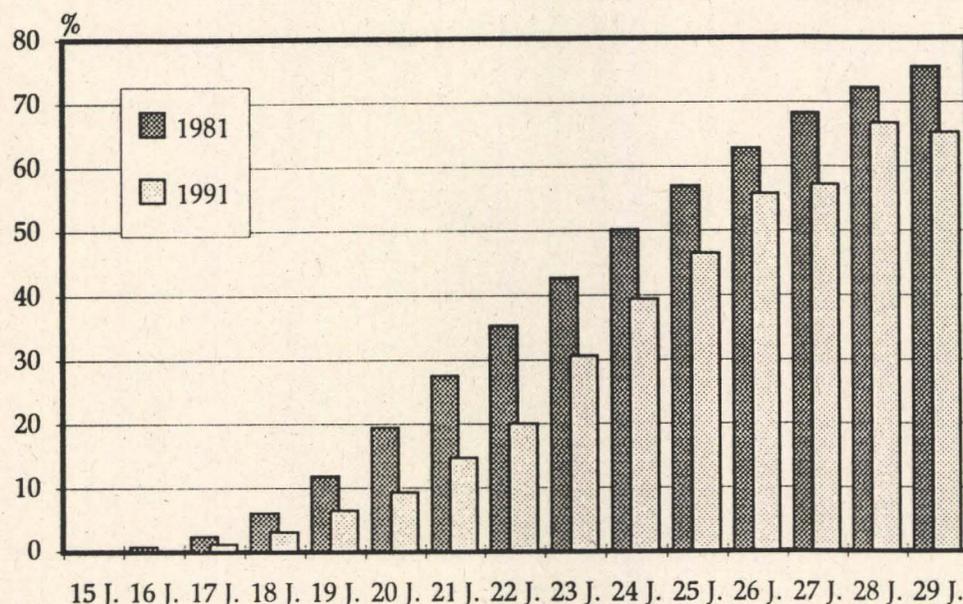
Quellen: Volkszählung 1981, Eheschließungs- und Geburtenbiographie; MZ Juni 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

Frauen werden heute später, aber nicht viel seltener Mutter als vor 1981. Sie bekommen jedoch weniger zweite und dritte Kinder. Die Mütterquote der 28jährigen lag 1991 nur knapp unter jener des Jahres 1981. Allerdings konzentrieren sich die ersten Geburten heute stärker auf den Lebensabschnitt zwischen 22 und 28 Jahren, während sie in den 70er Jahren gleichmäßiger über das dritte Lebensjahrzehnt verteilt waren (vgl. Abbildung 11). Ob diese Entwicklung eine direkte Folge der gestiegenen Bildungsbeteiligung der Mädchen ist oder der Aufschub der ersten Geburt die Voraussetzung für höhere Qualifikation und Berufseinstieg bilden, ist in diesem Zusammenhang sekun-

Frauen werden heute später Mutter als vor einer Generation

där.

**Abbildung 11:** Frauen mit zumindest einem lebendgeborenen Kind nach dem Alter; Österreich 1981 und 1991 (Prozentwerte)



Quellen: Volkszählung 1981; Mikrozensus Juni 1991; eigene Berechnungen

### Kind vor der Heirat, Lebensgemeinschaft, Leben als Single

Für drei spezifische Lebensbereiche läßt sich zeigen, daß "intermediäre" Lebensformen an Bedeutung gewinnen. Immer seltener setzen junge Leute durch Heirat und der damit verbundenen Gründung eines eigenen Familienhaushalts jene biographische Zäsur, die wir traditionellerweise mit dem Erwachsenwerden assoziieren (vgl. Tabelle 20). Die einen bleiben länger als in der Generation davor bei den Eltern, anderen leben als Singles, in Lebensgemeinschaft mit einem festen Partner oder als alleinerziehende Mütter.

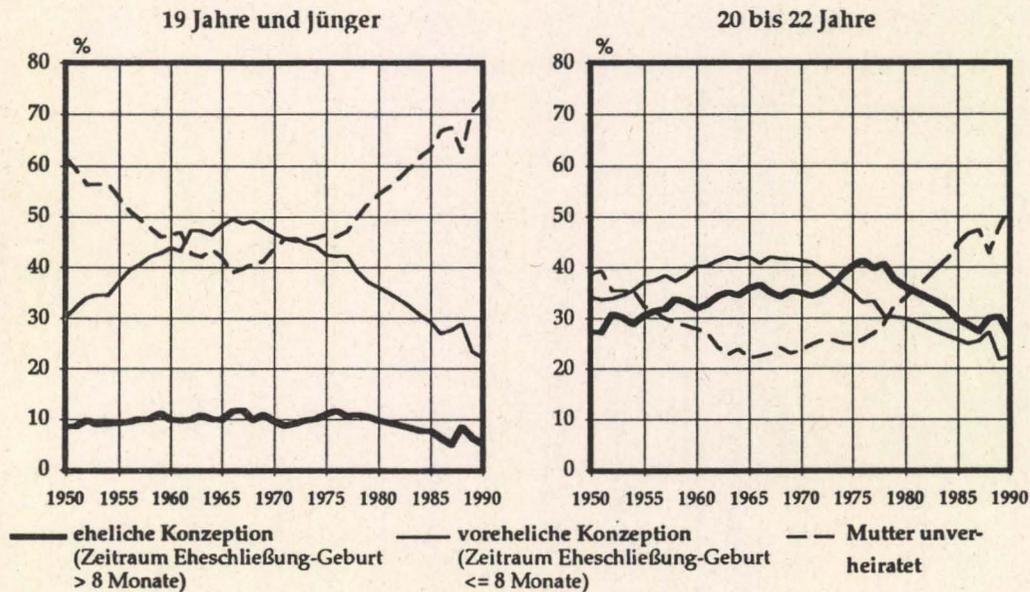
Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre hatte ein Viertel aller jungen Frauen nur eine sehr kurze "Jugendphase". Sie hatten schon vor ihrem 20. Geburtstag ein Kind. Die Mehrzahl dieser jungen Mütter war damals verheiratet (60%), eine große Minderheit (40%) noch unverheiratet. Seit 1971 ist der Anteil der Teenage-Geburten stark zurückgegangen. Unter jenen, die heute als Teenager ein Kind bekommen, ist die Mehrheit unverheiratet (ca. 70%). Die Analyse zeigt, daß dies in erster Linie auf den Rückgang von Eheschließungen während einer biographisch frühen Schwangerschaft zurückzuführen ist (vgl. Abbildung 12).

"Intermediäre" Lebensformen gewinnen im Jugendalter an Bedeutung

Spätere Elternschaft verlängert die Jugendphase

2. Bericht zur Lage der Jugend

Abbildung 12: Mütter im Jugendalter; Erstgeburten nach dem Alter der Mutter und Form der Familiengründung; Österreich 1950-1990



Quelle: Kytir, J.: Ehelich, vorehelich, unehelich: Formen der Familiengründung in Österreich 1950 bis 1990. In: Demographische Informationen 1992/93 (in Druck)

Analoge Verhaltensänderungen gibt es bei jenen Frauen, die zwischen 20 und 22 ihr erstes Kind zur Welt bringen. Auch bei ihnen hat sich der Anteil der unverheirateten Mütter seit 1971 auf 50% (1990) verdoppelt. Seltener wurden sowohl Geburten nach "Muß-Ehen" als auch Geburten von Frauen, die schon länger als 9 Monate verheiratet waren (vgl. Abbildung 12).

Anteil der unehelichen Geburten ist vor allem bei jungen Müttern stark gestiegen

Ein weiteres Indiz für das allmähliche Verschwinden klarer Zäsuren zwischen Jugend- und Erwachsenenleben ist der zwar nicht enorm große, aber wachsende Anteil allein lebender junger Menschen (vgl. Tabelle 22). So erhöhte sich der Anteil der Singles bei 23- bis 24jährigen Männern von 6,6% (1971) auf 10,5% (1991) und bei 25- bis 27jährigen Männern von 6,5% (1971) auf 12,2% (1991). Bei jungen Frauen ist der Trend derselbe. Insgesamt lebte 1991 in Österreich etwa jeder/jede Zehnte im Alter zwischen 23 und 27 Jahren alleine. In ländlichen Gebieten ist dies nach wie vor eine ganz seltene Lebensform, in Großstädten hingegen in dieser Altersgruppe mit 15% erheblich häufiger.

Anteil der jungen Singles wächst, insgesamt noch nicht sehr groß

Tabelle 22: Jugendliche und junge Erwachsene in Einpersonenhaushalten; Österreich 1971 bis 1991 (in % der Bevölkerung gleichen Alters; nur österreichische Staatsbürger)

Jahr	Männer				Frauen			
	17-19 J.	20-22 J.	23-24 J.	25-27 J.	17-19 J.	20-22 J.	23-24 J.	25-27 J.
1971	1,9	5,6	6,6	6,5	2,8	5,5	5,2	5,1
1981	1,7	5,9	8,2	8,6	2,8	7,8	8,9	8,2
1991	1,5	6,7	10,5	12,2	2,3	8,5	10,9	10,4

Quellen: Volkszählungen 1971 und 1981; Volkszählung 1991 (vorläufige Ergebnisse); eigene Berechnungen

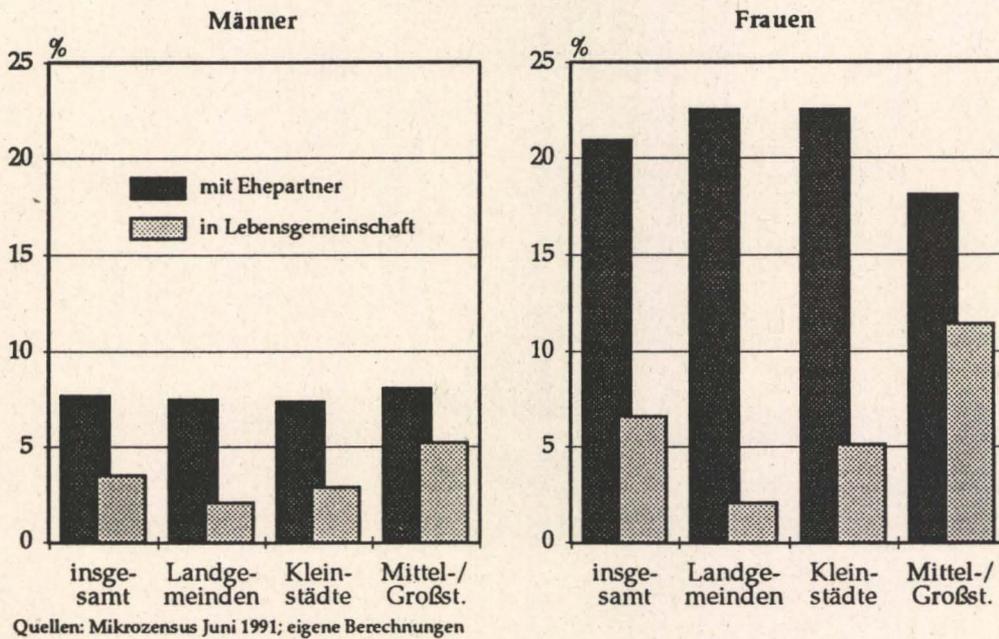
2. Bericht zur Lage der Jugend

Neben dem Single-Dasein ist auch das Zusammenleben unverheirateter Paare etwas häufiger geworden. Allerdings wird die Bedeutung solcher Lebensgemeinschaften für junge Erwachsene häufig überschätzt. Nur knapp 4% der 20- bis 24jährigen Männer und 7% der gleichaltrigen Frauen lebten 1991 als unverheiratete mit einem festen Partner zusammen. Zweierlei ist allerdings zu bedenken. Zum einen kann die amtliche Statistik nicht alle Lebensgemeinschaften erfassen. Zum anderen sind Lebensgemeinschaften häufig ein Durchgangsstadium mit anschließender Heirat. Auch ein Großteil der schon Verheirateten, dürfte schon vor der Ehe mit dem jetzigen (oder einem früheren) Partner zusammengelebt haben. Einen Hinweis darauf liefern die bereits analysierten Anlässe für die Trennung vom Elternhaus. Von den 1960-64 Geborenen, die bis zum Alter von 25 auszogen, gaben immerhin 16% einen festen Partner bzw. eine feste Partnerin als Grund an; mehr, als es eine Volkszählung oder ein Mikrozensus als "Momentaufnahme" dokumentieren kann.

Im städtischen Bereich sind Lebensgemeinschaften unter jungen Leuten häufiger als am Land. Vor allem aber verschiebt sich die Relation zwischen Ehen und nicht-ehelichen Gemeinschaften mit steigender Urbanisierung stark zugunsten des Zusammenlebens ohne Trauschein (Abbildung 13). So leben in mittel- und großstädtischen Regionen 18% der Frauen im Alter von 20 bis unter 25 Jahren mit ihrem Ehepartner, 11% mit einem Lebensgefährten. In Landgemeinden lauten die entsprechenden Werte 23% (mit Ehepartner) zu 2% (Lebensgefährte). Ein vergleichbarer Unterschied findet sich auch bei den gleichaltrigen Männern, die Häufigkeit des Zusammenlebens mit einer Partnerin ist insgesamt allerdings deutlich geringer.

Nichteheliche Lebensgemeinschaften spielen nur in Städten eine Rolle

Abbildung 13: Leben mit dem Ehepartner, Unverheiratete in Lebensgemeinschaft; junge Erwachsene (20- bis 24jährige) nach Geschlecht und Wohnort; Österreich 1991 (Prozentwerte)



## 2. Bericht zur Lage der Jugend

54

### Jugend als Durchgangsstadium

Die zentralen Kriterien, die in gesellschaftlicher Hinsicht mit der sozialen Rolle des Jugendlichen bzw. mit jener des Erwachsenen verbunden sind - ökonomische Selbständigkeit durch Beruf und Einkommen eigener Haushalt und eigene Familie - lassen sich auch gemeinsam betrachten. Durch eine Kombination dieser Merkmale ist eine Reihe unterschiedlicher Lebenssituationen denkbar. Zwei davon bilden den Ausgangspunkt und den möglichen Zielpunkt: zum einen der oder die unverheiratete, kinderlose, noch bei den eigenen Eltern wohnende Schüler/-in, Student/-in oder Lehrling, zum anderen der oder die berufstätige, verheiratet oder unverheiratet mit einem Partner und/oder mit eigenen Kind zusammenlebende Erwachsene. Dazwischen liegen Lebenssituationen, die jeweils eine Mischform darstellen.

Die vergangenen beiden Jahrzehnte haben die Lebensverhältnisse junger Menschen in Österreich erheblich verändert. Die zunehmende Verschulung und der spätere Eintritt in das Berufsleben, der Aufschub bzw. der Verzicht auf eine Heirat bzw. auf eigene Kinder und der längere Verbleib im Elternhaus haben dazu geführt, daß heute die Mehrheit aller 15- bis 24jährigen tatsächlich als "Jugendliche" zu bezeichnen sind. Auf 42% aller Österreicher/-innen im Jugendalter trifft dies zu. Mit 35 % bilden jene junge Menschen die zweitgrößte Gruppe, die zwar noch unverheiratet und kinderlos sind und bei den Eltern wohnen, aber bereits voll in das Berufsleben integriert sind. Alle anderen möglichen Lebensformen des Jugendalters sind im Vergleich dazu selten anzutreffen: Nur einer/eine von zehn 15- bis 24jährigen (11%) kann man unseren Kriterien zufolge als "Erwachsenen/e" bezeichnen, jede/-r zwanzigste (5%) ist nicht mehr in Ausbildung und lebt auch nicht mehr bei den Eltern, hat aber noch keine eigene Familie gegründet. Andere Lebensformen sind noch seltener anzutreffen (Tabelle 23).

Mehrzahl der 15- bis 24jährigen nach sozialen Kriterien "Jugendliche"

**Tabelle 23:** Lebensformen im Jugendalter; Österreich 1991 (Prozentwerte)

soziale Lebensform	Männer			Frauen			insgesamt		
	15-19	20-24	15-24	15-19	20-24	15-24	15-19	20-24	15-24
Jugendl. in Ausbildung (1)	78,5	18,2	44,5	72,8	13,2	39,4	75,7	15,8	42,0
Jugendl. Berufstätige (2)	17,1	56,7	39,4	20,0	38,2	30,2	18,5	47,7	34,9
junge Single (3)	0,4	7,9	4,6	1,3	10,0	6,2	0,9	8,9	5,4
Erwachsene (4)	0,4	9,5	5,5	2,2	27,9	16,6	1,3	18,4	10,9
sonstige Lebensformen	3,5	7,8	5,9	3,7	10,8	7,7	3,6	9,2	6,8
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

- (1) Schüler/Student/Lehrling; lebt bei den Eltern; noch ledig und kinderlos  
 (2) kein Schüler, Student oder Lehrling; lebt bei den Eltern; noch ledig und kinderlos  
 (3) kein Schüler, Student oder Lehrling; lebt nicht bei den Eltern; lebt nicht mit Partner, kinderlos  
 (4) kein Schüler, Student oder Lehrling; lebt mit einem Partner und/oder hat bereits ein eigenes Kind

Quelle: Mikrozensus Juni 1991; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

55

Klar ist, daß sich die Gewichte der genannten Lebensformen innerhalb des Jugendalters verschieben. So sind 76% aller unter 20jährigen unserer Definition nach eindeutig "Jugendliche", aber nur mehr 16% der 20- bis 24jährigen. Allerdings sind auch nur wenig mehr junge Menschen dieser Altersgruppe unter den genannten Gesichtspunkten schon völlig "erwachsen" (18%). Die Mehrheit (48%) ist zwar ökonomisch relativ unabhängig, lebt aber nach wie vor bei den Eltern. Bei den 20- bis 24jährigen zeigen sich die größten Unterschiede zwischen jungen Männern und jungen Frauen. Denn während immerhin 28% der jungen Frauen über 20 bereits einen eigenen Haushalt und eine eigene Familie gegründet haben, trifft dies nur auf knapp 10% der Männer zu.

Frauen werden rascher "erwachsen" als Männer

### Ausblick

Unter demographischer Perspektive gab es in den letzten Jahrzehnten als Folge starker Jahrgänge aus der NS-Zeit und des Baby-Booms der frühen 60er Jahre in unserem Land relativ viele Jugendliche. Für sie wurde Infrastruktur geplant. Sie wurden als Jungwähler umworben. Als Konsumenten werden sie zunehmend wichtiger. Und nach einer Phase raschen und erwünschten gesellschaftlichen Wandels avancierten die Jugendlichen in den späten 60er Jahren auch zu Hoffnungsträgern. In den 70er und frühen 80er Jahren änderte sich das Image von Jugend. Die 15-24jährigen erschienen nun eher als Träger von Problemen, die sich ergaben, weil dem erhöhten Output des Bildungssystems kein entsprechendes Angebot auf dem Arbeitsmarkt gegenüberstand. Bildungsboom, Jugendkult und Jugendkultur der 60er, 70er und 80er Jahre waren allerdings nicht bloß Produkte des Zeitgeists oder der Lage auf dem Arbeitsmarkt, sie hatten auch einen demographischen Hintergrund. Dieser Hintergrund verändert sich nun ganz deutlich.

Jugend als gesellschaftlicher "Hoffnungsträger"

Jugend als "Problemgruppe" am Arbeitsmarkt

Die Prognosen machen klar, was in den 90er Jahren und danach aus demographischer Sicht auf uns zukommt: eine stark alternde Gesellschaft, in denen Jugendliche und junge Erwachsene zumindest quantitativ keine große Rolle spielen werden. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird sich auf rund 10% reduzieren. Dieser Prozeß ist weitgehend irreversibel. Selbst verstärkte Zuwanderung könnte daran - wie unsere Modellrechnungen zeigen - nur wenig ändern.

Quantitativer Bedeutungsverlust der Jugend in einer alternden Gesellschaft

Was könnte dies für die Jugendlichen von morgen bedeuten? Sie werden genügend Schul-, Hochschul- und Ausbildungsplätze vorfinden. Gleichzeitig wird die Bildungs- und Freizeit-Infrastruktur für Jugendliche vor allem in peripheren Räumen aus Kostengründen reduziert werden. Jugendliche und junge Erwachsene werden nach dem Jahr 2000 beim Start ins Berufsleben für sie günstige Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt vorfinden. Sie werden, sobald sie einen Job gefunden haben, verstärkt zur Finanzierung der immer kostspieligeren sozialen Sicherung unserer alternden Gesellschaft herangezogen werden. Sie werden je individuell wieder stärker Hoffnungsträger der postindustriellen Dienstleistungsgesellschaft sein. Aber zugleich werden sie aller Voraussicht nach als Wähler und Konsumenten weniger umworben sein. Denn Geld und Stimmen sind dann eher bei den Pensionistinnen und Pensionisten des frühen 21. Jahrhunderts zu holen.

Jugend als Hoffnungsträger in der post-materialistischen Dienstleistungsgesellschaft

## Thema: Jugendliche und Werte

### 1. Werthaltungen und Lebensstile junger ÖsterreicherInnen im europäischen Kontext

Ausarbeitung: Christian Friesl, Mathias Richter, Paul M. Zulehner

Grundlage: Europäische Wertestudie bzw. World Values Survey.  
35.731 Befragte aus 27 Ländern, davon 9.747 junge Menschen zwischen 17 und 30 Jahren sowie neuere empirische Untersuchungen und fachspezifische Forschungsliteratur

### 2. Braucht es eine neue Moral?

Ausarbeitung: Gunter M. Prüller-Jagenteufel

Österreichische Jugendwertestudie: 750 standardisierte Interviews 16- 24jähriger;  
120 qualitative Interviews 15- bis 25jähriger.

### 3. Sehnsucht Familie: Wunsch und Wirklichkeit

Ausarbeitung: Stefan Dinges

Österreichische Jugendwertestudie: 750 standardisierte Interviews 16- bis 24jähriger;  
120 qualitative Interviews 15- bis 25jähriger.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Noch weniger als es "die österreichische Jugend" gibt, existiert "die Jugend Europas". Dennoch macht eine Analyse der Werthaltungen junger Menschen im europäischen Kontext Sinn: Sie ermöglicht eine Skizze der Lebensmuster einer Jugendgeneration, die mit weitreichenden gesellschaftlichen Umbrüchen konfrontiert ist.

Entgegen gängigen Klischees unterscheiden sich Jugendliche weniger nach geographischer bzw. politischer Zugehörigkeit (Ost - West) als nach anderen Merkmalen: Nach dem Bildungsstand, den finanziellen Möglichkeiten oder dem Grad der Individualisierung.

Untersucht und miteinander verglichen wurden: Die allgemeinen Einstellungen zum Leben - Die Lebenszufriedenheit - die gesellschaftlichen und politischen Positionen - Die Religiosität und Spiritualität.

Als über alle Ländergrenzen und sozialen Lagen hinweg dominierende Einstellungen artikulieren die Jugendlichen den Wunsch, die eigenen Möglichkeiten optimal entfalten zu können, eine pragmatische Einstellung zum Leben und erhebliches Mißtrauen gegenüber Politik und Erwachsenen. Es handelt sich um eine selbstbewußte Generation mit hohen Ansprüchen an das Leben, die auch in Entsolidarisierung und in Rückzug umschlagen können.

Jugendliche urteilen in allen Bereichen der Moral weniger streng als Erwachsene, haben aber die gleiche Moralstruktur. Weitgehend abgelehnt werden Handlungen, die von Gesetz unter Strafe gestellt sind. Ausgenommen davon werden, offenbar als "Kavaliersdelikte" angesehenes, Schwarzfahren, Steuerhinterziehen und Handgreiflichwerden gegenüber Polizisten.

Euthanasie scheint - zumindest als Einstellung - mehr und mehr gesellschaftsfähig zu werden: die Hälfte der unter 29jährigen akzeptiert sie, im Gegensatz zu einem Drittel bei den älteren.

Den meisten Jugendlichen ist die *Familie* sehr wichtig, zwei Drittel von ihnen akzeptieren die *Ehe* als eine nach wie vor bedeutsame Institution. Familie hat eine unverändert hohe Akzeptanz bei Jugendlichen, aber: es gibt in steigendem Ausmaß gesellschaftliche Trends, die den Wunsch nach Ehe und Familie nicht realisierbar werden lassen.

Gegenseitiges Verstehen, Toleranz, Treue und gegenseitiger Respekt und Anerkennung sind Anforderungen an eine gute Ehe, die jungen ÖsterreicherInnen wichtig sind.

Neben der traditionellen Form der bürgerlichen Kernfamilie erhalten viele familiäre Lebensformen gesellschaftliche Akzeptanz und werden häufiger: nichteheliche Lebensgemeinschaften, Familien mit AlleinerzieherInnen, Stieffamilien.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

58

### WERTHALTUNGEN UND LEBENSSTILE JUNGER ÖSTERREICHER/INNEN IM EUROPÄISCHEN KONTEXT

Christian Friesl, Mathias Richter, Paul M. Zulehner

Die wesentlichste empirische Grundlage des Berichts ist die Europäische Wertestudie beziehungsweise der World Values Survey (WVS), die zwischen 1990 und 1992 in fast allen europäischen und vielen außereuropäischen Ländern durchgeführt wurden. Das zur Verfügung stehende Datenmaterial des WVS 1990 beinhaltet 35.731 Befragte aus 27 Ländern, wobei die USA und Canada als Vergleichsgruppe zu den europäischen Ergebnissen gelten. 9.747 der Befragten sind junge Menschen bis 30. Die Daten sind für die einzelnen Länder gewichtet und repräsentativ, europäische Gesamtergebnisse sind sie als Durchschnittsergebnis der Ländersummen zu verstehen. Die Daten des World Value Surveys werden durch andere - vor allem neuere - empirische Untersuchungen und die fachspezifische Literatur ergänzt.

Unter dem Begriff junge Menschen wird hier die Altersgruppe zwischen 17 und 30 Jahren verstanden. Der unteren Grenze liegt die Tatsache zugrunde, daß das vorhandene Datenmaterial in den meisten Ländern nur Befragte ab 17 Jahren dokumentiert. Die Ausdehnung der Jugendphase bis 30 folgt einem zeitgemäßen sozialwissenschaftlichen Jugendbegriff, der davon ausgeht, daß sich das Jugendalter vor allem auch in Richtung seiner oberen Grenze entstrukturiert. Aus diesem Grund werden in jüngeren empirischen Jugendstudien - wie etwa auch in der neuen deutschen Shell-Studie (Jugend '92) - junge Erwachsene bis 30 in die Untersuchungen aufgenommen.

Jugendbegriff

Noch weniger als es "die österreichische Jugend" gibt, existiert "die Jugend Europas". Dennoch macht eine Analyse der Werthaltungen junger Menschen im europäischen Kontext Sinn: Sie ermöglicht eine Skizze der Lebensmuster einer Jugendgeneration, die gerade in den Neunzigerjahren mit weitreichenden gesellschaftlichen Umbrüchen konfrontiert ist. Der interkulturelle Vergleich trägt auch zum Abbau von Klischees bei: etwa jenem von der "Jugend Osteuropas", die so anders sei als die Jugendlichen im Westen des Kontinents. Auch diese Pauschalierung ist kaum haltbar, deutlicher als durch ihre geographische bzw. politische Zugehörigkeit unterscheiden sich Jugendliche in Europa nach anderen Merkmalen: Nach dem Bildungsstand etwa, ihren finanziellen Möglichkeiten oder nach sozialpsychologischen Dimensionen wie dem Grad der Individualisierung. Markante Unterschiede in den Werthaltungen findet man weniger zwischen Ost und West, sie sind vor allem zwischen Jugendlichen innerhalb der verschiedenen Länder, in den verschiedenen Jugendkulturen und -szenen zu suchen. Der hier vorliegende Bericht greift vier Themenschwerpunkte auf:

Es gibt keine einheitliche "europäische Jugend"

- Der erste Teil dokumentiert Daten zu allgemeinen Einstellungen zum Leben und zur Lebenszufriedenheit der jungen Europäer/innen.
- Individualisierung ist das wohl derzeit am meisten thematisierte Theorem der Jugendforschung. In seinen positiven und negativen Facetten kommt es in Teil 2 zur Sprache.
- Die gesellschaftlichen und politischen Positionen der Jugendlichen (3) sind besonders in einer Epoche des Umbruchs von Interesse.
- Die Partikularisierung von Spiritualität und Religiosität (4) ist ein (weiteres) deutliches Merkmal einer Jugendkultur, die sich immer stärker traditionellen Vorgaben verweigert.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

59

### Leben in Europa

Die allgemeine Lebensbefindlichkeit Jugendlicher läßt sich auf einer globalen Ebene über die Zufriedenheit in bestimmten Bereichen des Lebens erfassen. Generell zeigt der Ländervergleich, daß es vor allem Jugendliche aus den nordeuropäischen bzw. skandinavischen Staaten sind, die ihre Lebens- und Arbeitssituation, den eigenen Lebensstandard und die subjektiv empfundene Freiheit sehr positiv beurteilen. Junge Menschen aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks geben eine deutlich negativere und pessimistische Beurteilung ab. Die österreichischen Jugendlichen ordnen sich fast immer in jenem Segment ein, das hohe Zufriedenheit mit den diversen Befindlichkeiten dokumentiert, vor allem den Lebensstandard und die Arbeitssituation bewerten die jungen Österreicher/innen äußerst positiv.

Allgemeine Lebensbefindlichkeit: im Westen zufrieden, im Osten unzufrieden

Über den hier angestellten Ländervergleich hinaus variieren die Einstellungen innerhalb der einzelnen Länder vor allem nach den unterschiedlichen sozialen Verhältnissen wie etwa Herkunft, Bildungsniveau oder Berufsaussichten. Einschränkend kann jedoch angeführt werden, daß soziodemographische Dimensionen entgegen der üblichen Vermutung einen eher geringeren Einfluß auf die subjektive Beurteilung der Lebenssituation haben. So weist etwa eine Untersuchung unter österreichischen Jugendlichen (Fessel + GfK 1990) insgesamt 33% der Befragten als sehr zufrieden mit der momentanen Lebenssituation aus. 55% bezeichnen sich als eher zufrieden und 8% als eher bzw. 1% als überhaupt nicht zufrieden.

Österreich: 33 % sehr zufrieden, 55 % eher zufrieden, 9 % unzufrieden

Betrachtet man nun die "Extremgruppe" der sehr Zufriedenen nach soziodemographischen (Geschlecht, Schule oder erwerbstätig, soziale Schicht) Gesichtspunkten, zeigen sich lediglich marginale Abweichungen.

Je mehr Eigenverantwortung, umso positivere Lebenszufriedenheit

Dagegen hat die Untersuchung gezeigt, daß sozialpsychologische Dimensionen, die selbst über die Soziodemographie in ihrer Ausprägung variieren, viel eher Unterschiede in der Befindlichkeit Jugendlicher erklären: So beurteilen etwa 36 % der Jugendlichen, die ein hohes Maß an Eigenverantwortung aufweisen, die eigene Lebenssituation positiv, im Vergleich zu nur 26 % der Jugendlichen mit geringer Eigenverantwortung. Umgekehrt bewirkt niedrige Selbstentfremdung zu 43 % eine positive Einschätzung, ein hoher Grad an Selbstentfremdung dagegen nur zu 26 %.

Mehr als drei Viertel "sehr" oder "ziemlich glücklich"

Rund ein Viertel (26%) der befragten Jugendlichen bezeichnet sich selbst als sehr glücklich, der Großteil mit 57% als ziemlich glücklich. Kleinere Gruppen von 12% bzw. 1% sind nicht sehr beziehungsweise gar nicht glücklich. Die kritische Gruppe differenziert im Ländervergleich zum Teil deutlich. Ein ähnliches Bild zeigt sich in der subjektiven Beurteilung der generellen Lebenszufriedenheit. Während wiederum tendenziell eher von Jugendlichen aus nordeuropäischen Ländern und auch Österreich ein positives Bild gezeichnet wird, sind es neben den Osteuropäer/inne/n vor allem Jugendliche aus Frankreich und den südeuropäischen Ländern Italien, Spanien und Portugal, die weniger zufrieden sind (Abb.1-1).

Freiheit: Eine Fragestellung, die die komplexe Dimension der persönlichen Freiheit mißt, lautete: Einige Leute haben das Gefühl, daß sie völlig frei ihr Leben selbst bestimmen können, andere meinen, daß sie nur wenig Einfluß darauf haben, was mit ihnen geschieht. Wie sehen Sie das für sich selbst, wieviel Freiheit haben Sie darüber, wie Ihr weiteres Leben abläuft?

Freiheit: Norwegen, Finnland, Schweden, USA führend

Hier zeigen sich in den Ergebnissen neben dem West-Ostgefälle offenbar auch kulturelle Unterschiede. So wird von den nordamerikanischen Jugendlichen, als Vertreter von Gesellschaften, in denen die Freiheit des Individuums weit über kollektiven

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

60

Prinzipien steht und die Freiheit auch als besonderer gesellschaftlicher Wert propagiert wird, diesbezüglich eine sehr hohe Einschätzung gegeben. Daneben sind es die Jugendlichen aus Finnland, Schweden und Norwegen, die sich selbst in der Lebensgestaltung eine große Entscheidungsfreiheit zugestehen (Abb.1-2).

**Gesundheit:** Als ein wesentlicher Indikator subjektiv erlebter Lebensqualität muß die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes gelten. Wiederum verdeutlichen die Ergebnisse große Unterschiede zwischen den Jugendlichen aus Ost- und aus Westeuropa. Es sind Länder aus Nordeuropa und die nordamerikanischen Staaten, deren Jugendliche im Vergleich eine eher positive Einschätzung abgegeben. Die allgemein depressivere Stimmung im Osten scheint sich auch auf den Gesundheitszustand auswirken: Vor allem Jugendliche aus den baltischen Staaten geben hier die niedrigsten Werte an.

**Gesundheit:**  
starkes Ost-  
West-Gefälle

**Beruf:** Die Zufriedenheit mit der beruflichen Tätigkeit ist für die Jugendlichen vor allem an eine gute Bezahlung (78%) geknüpft. Für nahezu gleich wichtig hält man das Betriebsklima (76%) und daß die Arbeit attraktiv bzw. interessant ist (70%). Auch bedeutend sind die Perspektiven des Berufes: So meinen 60%, es müßte ein Beruf sein, in dem man das Gefühl hat, etwas zu erreichen bzw. zu leisten. Auch noch für mehr als die Hälfte aller befragten Jugendlichen (58%) spielt die Realisierung der eigenen Fähigkeiten im Beruf sowie die Arbeitsplatzsicherheit (57%) eine entscheidende Rolle.

**Beruf:**  
Bezahlung,  
Betriebsklima,  
Leistung  
zählen

Eigeninitiative zu entfalten (49%), der Kontakt zu Menschen (49%), günstige Arbeitszeiten (47%) werden auch noch von nahezu der Hälfte aller Befragten angesprochen. Bereits seltener, aber auch noch mit größerer Nennungshäufigkeit, sehen die Jugendlichen in beruflicher Verantwortung (43%), guten Aufstiegsmöglichkeiten (41%) oder darin, daß man etwas Nützliches für die Allgemeinheit tut (38%), Incentives der beruflichen Tätigkeit. Nonmonetäre Gratifikation über statusbezogene Anerkennung und Achtung (36%), wenig Streß (32%) und großzügige Urlaubsregelungen (29%) spielen für jeweils rund ein Drittel eine entscheidende Rolle.

Die Zufriedenheit berufstätiger Jugendlicher mit ihrer eigenen Tätigkeit führt abermals das West-Ostgefälle vor Augen (Abb.1-3).

**Finanzielle Situation:** Wenn sich bisher zu den verschiedenen Aspekten der Lebensbefindlichkeit ähnliche Verteilungsmuster unter den westeuropäischen Staaten in der jeweiligen Bewertung gezeigt haben, so weist die Beurteilung des eigenen Lebensstandards bzw. der eigenen finanziellen Situation unter den Jugendlichen eine davon divergente Reihung auf: Die Dimension der Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern ist hier wesentlich deutlicher als bei den vorangegangenen Eckdaten. Allgemein läßt sich festhalten, daß 32% aller befragten Jugendlichen mit dem eigenen Lebensstandard sehr zufrieden sind; 49% sich eher zufrieden äußern und 17% die materielle Situation als kritisch empfinden (Abb.1-4).

**Geld:** mehr als  
3/4 der Ju-  
gendlichen  
haben genug

### Individualisierung: Die vielen Gesichter der Jugend

Die Tendenz zur Individualisierung wird häufig als ein "Kennzeichen moderner Jugend" (Heitmeyer, Olk 1990) bezeichnet. Das Phänomen der Individualisierung läßt sich auch an der europäischen Jugend in verschiedenen Facetten diskutieren: Als positive Entwicklung und Zeichen von Selbstbewußtsein ebenso wie als Schattenseite einer Jugendgeneration, die auf die Herausforderungen der Gesellschaft häufig mit Rückzug reagiert. Die in diesem Kapitel dargestellten Tendenzen sind an westeuropäischen Jugendlichen besonders leicht festzumachen, sie betreffen aber auch die jungen Menschen in den Reformländern Mittel- und Osteuropas. Durch die Rasanz der Ergebnisse hatten sie kaum ein Möglichkeit, sich auf die Individualisierungsmuster

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

61

westlicher Systeme einzustellen, starke Verunsicherung kann für sie kaum ausbleiben.

Der Großteil der Jugendlichen in Europa ist vom starken Wunsch geprägt, die eigenen Möglichkeiten optimal zu entfalten. Begriffe wie Selbstverwirklichung, Selbstentfaltung, Individualität stehen im Zentrum persönlicher Zukunftswünsche. So begrüßen 86% der befragten Jugendlichen das gesellschaftliche Ziel, daß die persönliche Entfaltung des einzelnen besser betont wird. Dieser Wert ist quer durch alle Länder etwa gleich stark ausgeprägt. Der Wunsch nach der Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ist nicht loszulösen von einem selbstbewußten und pragmatischen Lebenskonzept. Bei der Analyse verschiedener Aussagen zum Sinn des Lebens lassen sich faktorenanalytisch 3 Dimensionen herausarbeiten (Abbildung 2-1):

Individualität -  
Solidarität.  
Höchster Wert:  
Persönliche  
Entfaltung

Die suchende Dimension hängt mit der Intensität und Häufigkeit der Gedanken über Leben und Tod zusammen (z.B.: "Machen Sie sich manchmal Gedanken über den Sinn des Lebens?") Sie spricht die Unsicherheit und die Suche nach der eigenen Identität an und kommt bei 18% der Jugendlichen sehr stark vor. Tendenziell ist diese Dimension bei westeuropäischen Jugendlichen (Deutschland-West: 29%) stärker ausgeprägt als bei Jugendlichen aus dem Osten (Tschechische Republik: 5%).

Suche nach dem  
Lebenssinn: im  
Westen dreimal  
so stark verbreit-  
tet als im Osten

Prägend für die Sinnkonzepte der europäischen Jugend ist allerdings die pragmatische Dimension, sie kommt bei drei Viertel (76%) der befragten jungen Europäer/innen sehr stark vor. Die typische Aussage dieser Dimension ist: Der Sinn des Lebens ist, daß man versucht, dabei das Beste herauszuholen. Dieser Ansicht stimmen vier Fünftel (79%) der Jugendlichen zu. Als besonders pragmatisch erweisen sich Befragte aus den skandinavischen Ländern (z.B. Norwegen: 95%), die Balten (z.B. Lettland: 49%) sind jene, die diesem Trend am wenigsten folgen. Die österreichischen Jugendlichen liegen mit ihrer pragmatischen Ausstattung etwa im Mittelfeld (79%).

Pragmatismus  
dominiert

Der Trend zur Individualisierung zeigt sich bei den Jugendliche in Europa auch in seiner negativen Spielart, die hier - in Abgrenzung zur Individualität - als "Individualismus" bezeichnet wird: Der Rückzug auf die eigene Person, die Selbstverwiesenheit, das egozentrierte Moment im Menschen spielen eine starke Rolle. Das Interesse konzentriert sich auf die eigene Person und das engste Umfeld der Familie oder des Freundeskreises. "Wir tauchen ab, vergraben uns, verstecken uns unter der Decke... Wir sind zuhause und haben Kontrolle über unsere Umgebung. Nichts dringt in den Kokon ein" (Popcorn 1992).

Bedenkliche Ent-  
solidarisierung

Viele politische Ereignisse der jüngsten Vergangenheit - die Migrationsbewegungen, die in vielen europäischen Ländern geführte Ausländerdebatte, die Diskussionen um den Rechtsradikalismus - rücken die Frage um den Wert von Solidarität ins Zentrum vieler Diskussionen. Der Zusammenhang von Individualismus und Solidarität ist bei dieser Debatten nicht zu vernachlässigen: Es ist anzunehmen, daß Individualismus eine der stärksten desolidarisierenden Kräfte moderner Gesellschaften darstellt. Dies trifft weniger den mikrosozialen Kontext, sondern vor allem die "belastbare Solidarität" mit den Schwachen in der Gesellschaft.

Individualismus hängt mit der grundsätzlichen Einstellung Jugendlicher anderen Menschen gegenüber zusammen: Das "Grundvertrauen" der Jugend ist in allen europäischen Ländern gering: Insgesamt denkt nur ein Drittel (33%), daß man den meisten Menschen vertrauen kann, die große Mehrheit (54%) ist sehr skeptisch und meint, daß man den Menschen gegenüber nicht vorsichtig genug sein kann. Als besonders mißtrauisch zeigt sich die Jugend der ehemals kommunistischen Länder, die größte Toleranz bringen die jungen Skandinavier/innen auf (Abbildung 2-2). Aus einer Regressionsanalyse ergibt sich ein enger Zusammenhang zwischen Vertrauen und Bildung: Das Vertrauen in die Menschen nimmt mit steigender Schulbildung zu.

Gefährlicher Ver-  
trauensverlust

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

62

Bei der Frage danach, warum in den verschiedenen Ländern Menschen in Not geraten, werden neben "solidarischen" Argumenten auch andere präsentiert. Das Gesamtergebnis der befragten 17-30jährigen zeigt, daß Ungerechtigkeit in der Gesellschaft zwar als Hauptursache vermutet wird (40%), dennoch sehen die Jugendlichen auch selbstverantwortete Gründe wie Glück (13%) oder Faulheit (26%) der Einzelpersonen, oder als zwangsläufige Folge des Fortschritts (21%).

Sozialer Abstieg:  
Individuelle Faulheit oder soziale Ungerechtigkeit?

Bei der Betrachtung der Einzelergebnisse liegt der Wert "ungerechte Gesellschaft" als Ursache für die Not mancher Menschen in den meisten Ländern an der Spitze. Ausnahmen sind die Jugendlichen aus der Tschechischen Republik, der USA und Canada: In ihren Augen ist die Faulheit und der Mangel an Willenskraft Hauptursache für die Bedürftigkeit. Beim Vergleich mit den Gesamtergebnissen der Europäischen Wertestudie zeigt sich, daß jüngere Personengruppen dazu tendieren, die Gründe für Bedürftigkeit in der Ungerechtigkeit der Gesellschaft zu suchen. Bei älteren Personen verliert dieses eher "solidarische" Item jedoch an Bedeutung, die Zustimmung zur individuellen Schuld (Faulheit) als Hauptursache der Bedürftigkeit steigt stark.

### Vergesellschaftung

Es ist kaum zu übersehen, daß sich viele Jugendliche in Europa aus dem gesellschaftlichen Kontext zurückziehen und sich dabei vor allem traditionellen Institutionen verweigern. Dieser Trend ist einerseits eine Reaktion auf tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungsprozesse, andererseits wohl auch eine Schattenseite der Individualisierung der Jugend. Individuelle Lebensfelder sind den Jungen weit wichtiger als die gesellschaftlichen Zusammenhänge: Was zählt, ist die "kleine Lebenswelt" (Zulehner 1993) von Familie, Freizeit, Freunden, makrosoziale Bereiche wie Politik oder Religion sind für sie kaum von Bedeutung (Abbildung 2-3).

Die Jugend auf dem Rückzug?

Familie und Freunde sind jene beiden Lebensfelder, die den 17-30jährigen Jugendlichen in allen Ländern am wichtigsten sind, wenn sie auch in der Ausprägung stark unterschiedlich sind. In Großbritannien und Irland zum Beispiel ist die Familie deutlich wichtiger als Freunde und Bekannte, in den skandinavischen Ländern halten sich beide Bereiche etwa die Waage. Die hohe Bewertung beider Aspekte in fast allen Ländern - auch in Österreich - manifestiert die hohe Bedeutung dieser privaten Lebensfelder in Abgrenzung zu den gesellschaftlichen Bereichen.

Am wichtigsten:  
Familie und Freunde

Besonders der Lebensbereich Politik wird von den Jugendlichen als für ihr Leben unwichtig eingeschätzt. Von einigen Ausnahmen (Deutschland-Ost, Schweden, USA) abgesehen sind in allen Ländern weniger als 10% (total: 6%) der Jugendlichen der Ansicht, Politik sei ein sehr wichtiger Lebensbereich.

Am unwichtigsten: Politik

Dabei zeigt sich ein großer Unterschied zu den Erwachsenen: Während insgesamt nur 6% der 17-30jährigen Europäer/innen Politik als sehr wichtig erachten, sind es in der Gesamtbevölkerung immerhin 11%.

Auch zu anderen traditionellen Institutionen in Europa haben die Jugendlichen in allen europäischen Ländern wenig Beziehung und auch wenig Vertrauen. Sechs von zehn 17-30jährigen haben nur geringes oder gar kein Vertrauen in Einrichtungen wie Kirchen, Gewerkschaften oder Militär. In Westeuropa sind es Erziehungswesen, Polizei und Zeitungen, die unter der Jugend noch am ehesten Vertrauen genießen, in den mittel- und osteuropäischen Ländern ist es vor allem das Erziehungswesen.

Heraus aus den Institutionen...

Auf das Engagement in Vereinen und Gruppen scheint sich der Trend der Deinstitutionalisierung nur wenig auszuwirken: Etwa jede/r zweite junge Europäer/in ist in

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

63

irgendeinem Verein Mitglied. Besonders hoch ist nach einer Studie der Commission of the European Communities (Eurobarometer 34.2, 1991) das Engagement in Dänemark, wo gleich 85% der Jugendlichen Vereinen angehören, besonders niedrig ist es in Portugal (24%) und Griechenland (26%). Insgesamt haben sich die Mitgliedschaftswerte zumindest in den letzten 3 Jahren auch kaum geändert.

...hinein in die  
Bewegungen

Relativ stark vertreten sind 17-30jährige junge Menschen in religiösen Organisationen (total: 13%), wobei die Mitgliedschaft in den westlichen Ländern etwas höher ist. Stärkeres Interesse bei Jugendlichen - vor allem aus nordeuropäischen Ländern - lösen auch Jugendorganisationen (total: 8%), Bildungsorganisationen (total: 12%) und Gewerkschaften (total: 19%) aus. Sport- und Freizeitvereine (total: 26%) sind jene Einrichtungen, die die meisten Jugendlichen anziehen: Auch hier sind es vor allem die nordeuropäischen (und die deutschen) Jugendlichen, die sich am stärksten engagieren.

Im Gegensatz zur skeptischen Haltung gegenüber den traditionellen Institutionen bringen die jungen Europäer/innen neuen sozialen Bewegungen große Akzeptanz entgegen (Abbildung 2-4). Mehr als 90% quer durch alle Staaten sind etwa für die Umweltschutz- und die Menschenrechtsbewegung. Vermutlich greifen diese Einrichtungen jene Anliegen auf, die ein großer Teil der Jugend vertritt, vielleicht sehen die Jugendlichen in ihnen die Anliegen partizipatorischer und basisdemokratischer Formen von Engagement und Politik besser verwirklicht.

### Jugend und Politik

Dem politischen Engagement der Jugendlichen wird häufig ein hoher Stellenwert beigemessen. In der Regel wird - insbesondere über die Medien - das politische Selbstverständnis einer Generation über Einzelereignisse und Teilbeobachtungen wiedergegeben. In dieser Reflexion ist die Jugend entweder zu apolitisch oder bewegt sich als zu radikalisiert am anderen Ende des Spektrums.

Im World Value Survey wurde das generelle politische Interesse erhoben. Nahezu die Hälfte der Jugendlichen und Jungerwachsenen (48%), im Alter zwischen 17 und 30, gibt an, am politischen Geschehen interessiert zu sein. Demgegenüber stehen 51% die kaum bzw. gar kein Interesse bekunden können (Abbildung 3-1). Bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe ist das Interesse an Politik so wenig ausgeprägt wie bei den ganz Jungen: So können nur 10% der befragten 17-23jährigen Europäer/innen sagen, daß sie sich für Politik sehr interessieren, nur 13% der Jugendlichen bis 23 sprechen in ihrem Freundeskreis öfter über Politik, bei der Generation ihrer Eltern sind es zumindest noch ein Viertel. Markant ist der Zusammenhang zwischen dem Interesse an Politik und der Schulbildung: Je höher die Schulbildung, desto stärker das Interesse an Politik.

Politisches Interesse  
- Desinteresse:  
Fifty-Fifty

Auch wenn über das geäußerte politische Interesse keine unmittelbaren Rückschlüsse auf tatsächliches politisches Engagement und Bewußtsein möglich ist, bildet dies doch einen wesentlichen Indikator, der die Nähe bzw. Distanz zum politischen Geschehen und zur politischen Realität im eigenen Land ausdrückt. Verschiedene Differenzierungen dieses Ergebnisses nach bestimmten Merkmalen, wie Lebenszufriedenheit, Berufszufriedenheit oder Glück haben - auch länderspezifisch - keine wesentlichen Abweichungen vom Gesamtergebnis gezeigt. Dies legt die Annahme nahe, daß, unabhängig von den einzelnen europäischen Kulturen und den spezifischen Lebensbedingungen, der oft vermutete Zusammenhang zwischen selbsterlebter Umwelt bzw. Zufriedenheit in fundamentalen Lebensbereichen einerseits und politischer Aktivierung andererseits bei Jugendlichen nicht gegeben ist.

Politische Aktivität:  
keine Frage der Lebenszufriedenheit

Vielmehr scheint hier das Werte- und Einstellungsspektrum der Jugendlichen eine we-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

64

sentliche Rolle zu spielen. Jugendliche, die postmoderne Werthaltungen internalisiert haben, sind weit eher als solche, die primär materialistische Werthaltungen vertreten, an Politik interessiert.

...sondern eine Frage der Werthaltungen

Die Skepsis und das geringe Interesse vieler junger Menschen politischen Vorgängen gegenüber ist unter anderem auch ein Merkmal einer individualisierten Jugendkultur. Wollten sich die sogenannten "68er" noch mit aller Macht in politische Entscheidungsprozesse einmischen, so steht die junge Generation der 90er-Jahre oft bewußt teilnahmslos abseits. "Jugendliche fragen nicht, Politiker antworten", ist der Titel einer in Deutschland erschienenen Publikation über die Beziehung von Jugendlichen zur Politik. Ein Hauptfaktor für die vielzitierte Politikverdrossenheit liegt in der Entfremdung junger Menschen von der traditionellen Politik und deren Vertretern, was sich auch an drei Aussagen der neuen Shell-Studie festmachen läßt.

Die 68er sind passé

### Was Jugendliche für wichtig halten

Befragt man die Jugendlichen Europas nach wünschenswerten Entwicklungen in ihren Ländern, zeichnen sie ein sehr buntes Bild gesellschaftlicher Ziele: Klar an der Spitze der Rangliste liegen die Aspekte "mehr Familienleben" und "persönliche Entfaltung" (a,b), die eine Spannung zwischen der Sehnsucht nach Beheimatung und dem Wunsch nach Selbstverwirklichung skizzieren. Insgesamt hoch bewertet wird auch das Ziel "einfacher und natürlicher leben" (c). Trotz dieses eher postmaterialistischen Trends bleiben auch konventionelle Ziele (technischer Fortschritt, mehr Autorität) nicht unberücksichtigt.

Höchste Bewertung:  
Familie, persönliche  
Entfaltung, natür-  
liches Leben

- Das Ziel "mehr Wert auf das Familienleben legen" (a) würden insgesamt 87% der Jugendlichen begrüßen, nur 4% sprechen sich dagegen aus. Die vehementesten Vertreter/innen dieser Position sind die Jugendlichen Norwegens, Finnlands, Islands, Ungarn, Polens und der Tschechischen Republik.

- Kaum weniger attraktiv ist, daß die persönliche Entfaltung des einzelnen besser betont wird ((b):86%) Hier sind es vor allem die jungen Menschen aus den nordeuropäischen Ländern Finnland, Norwegen, Litauen, Island, aber auch die deutschen (Ost und West) und italienischen Jugendlichen, die dieses Ziel präferieren.

- "Einfacher und natürlicher leben" (c) würden vier Fünftel (80%) der Befragten als gesellschaftliche Entwicklung begrüßen. Jugendliche aus den unterschiedlichsten Regionen vertreten diese Ansicht, besonders ausgeprägt ist sie in Italien, Frankreich, Spanien und Portugal sowie in Litauen, Polen und Ungarn.

- Insgesamt zwei Drittel (67%) würden es begrüßen, daß mehr für den technischen Fortschritt getan wird (d). Hier sind es nur Jugendliche aus ehemals sozialistische Ländern - vor allem aus Deutschland-Ost, Litauen, Polen, Estland, Lettland und Slowenien - die für diesen Aspekt eintreten und damit auch Nachholbedürfnis artikulieren.

Sehr gefragt:  
technischer  
Fortschritt

- Für 60% ist es wichtig, daß man weniger Wert auf Geld und Besitz legt (e), besonders deutlich ist dieser Wunsch bei Jugendlichen aus Spanien und Italien, Finnland und Irland.

Mehrheitlich  
zweifelhaft:  
Geld und Besitz

- Mehr Achtung vor Autorität (f) würden 47% der Befragten begrüßen, auffallend hoch stimmen die Jugendlichen aus den USA (73%!), Irland, Nordirland und Portugal zu, am stärksten auf Ablehnung stößt dieses Ziel in den skandinavischen Ländern, in Deutschland und Österreich.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

65

- Nur 30% würden es begrüßen, die Arbeit weniger wichtig zu nehmen (g), deutlich höher bewertet wird es in Spanien, Deutschland-West und Belgien. Insgesamt stößt dieses Ziel als einziges mehrheitlich auf Ablehnung (46%), besonders in der Slowakischen Republik, in Tschechien, Slowenien und Deutschland Ost.

Wenig umstritten:  
Arbeit

Die Unterschiede zwischen einzelnen Ländern sind zum Teil erheblich:

	"begrüße ich"						
	(a)	(b)	(c)	(d)	(e)	(f)	(g)
Total	87	86	80	67	60	47	3 0
Frankreich	84	86	89	76	70	53	38
Großbritannien	79	75	73	65	57	56	33
Deutschland-West	78	90	52	54	52	16	43
Deutschland-Ost	83	92	57	87	49	45	19
Österreich	86	81	81	47	52	34	25
Italien	88	94	91	60	74	39	27
Spanien	83	90	89	64	80	53	55
Portugal	93	77	90	79	66	63	41
Niederlande	56	85	64	54	58	41	38
Belgien	76	83	77	53	63	34	47
Dänemark	93	89	77	62	70	34	30
Norwegen	94	91	70	52	57	25	20
Schweden	86	85	87	33	64	21	38
Finnland	94	96	87	65	76	24	36
Nordirland	81	81	79	55	50	65	21
Irland	90	89	79	58	72	68	27
Ungarn	93	74	88	76	49	53	30
Polen	94	85	88	85	65	60	16
Litauen	94	92	90	86	38	42	13
Estland	88	88	82	84			
Lettland	80	84	72	82			
USA	94	84	82	72	67	73	26
Kanada	92	83	80	62	58	57	31
Slowenien	91	84	86	85	52	58	13
Island	95	93	73	68	55	32	34
Tschech. Republik	93	88	83	80	46	49	10
Slowak. Republik	87	78	84	75	19	50	4

Quelle: WVS90 - Angaben in Prozent

Im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Zielen steht auch die Frage nach den materialistischen beziehungsweise postmaterialistischen Einstellungen der Jugendlichen in Europa. Die diesbezügliche Frage ergibt folgendes Ergebnis (Abb.3-2):

- Der größte Anteil der Befragten, nämlich 60% fällt unter den "Mischtypus", der in seinen politischen Anliegen materialistische sowie postmaterialistische Anliegen vereint.

Materialistisch -  
postmateriali-  
stisch: Die Mehr-  
heit liegt  
dazwischen

- Eine Minderheit von 16% kann als ausdrücklich materialistisch bezeichnet werden. Ein höherer Anteil von Materialisten findet sich vor allem in der Slowakei, in Ungarn und Estland, aber auch in Island und Portugal.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

66

- Etwa ein Viertel der Befragten weisen sich als Postmaterialisten aus. Ihr Anteil ist besonders hoch in Finnland, Deutschland, den Niederlanden und Österreich.

Wenn sich die befragten Jugendlichen zwischen den politischen Grundwerten "persönliche Freiheit" oder "Gleichheit" entscheiden müssten, würde eine deutliche Mehrheit für 'Freiheit' optieren.

- Besonders deutlich für das individualistische Modell, "daß also jeder in Freiheit leben und sich ungehindert entfalten kann", sind die jungen Menschen aus Litauen, Estland und Norwegen.

- Besonderen Wert darauf, daß niemand benachteiligt ist und "die sozialen Unterschiede nicht so groß sind", legen die Jugendlichen aus Frankreich, Portugal, und Island; in Irland und Italien sind die Vertreter der 'Gleichheit' sogar in der Mehrheit.

### Spiritualität und Religiosität

Der Bereich Religiosität ist im Europa der Neunzigerjahre von einem tiefgreifenden Partikularisierungsprozeß erfaßt. In fast allen Ländern des Kontinents ist ein Bedeutungsverlust institutionell gebundener Religiosität - damit sind besonders die christlichen Kirchen gemeint - auszumachen. Dieser Bedeutungsverlust der Religion ist bei der jungen Generation am deutlichsten spürbar und hat vor allem drei Wurzeln:

Bedeutungsverlust  
der Religion

- Sowohl das Aufkommen neuer religiöser Kulturformen als auch die mit Migrationsbewegungen verbundenen steigenden Einflüsse anderer Religionen (Islam) führen in vielen Ländern Europas dazu, daß der Monopolanspruch des Christentums in den europäischen Ländern verloren ging. In der Stadt Wien zum Beispiel gehören nach der letzten Volkszählung 1991 nur mehr 57% der Bevölkerung der katholischen Religion an. Stark im Steigen ist sowohl die Zahl der Mitglieder des Islam als auch jener, die sich zu keiner Religion bekennen.

- Im Zuge der bereits angesprochenen Deinstitutionalisierung werden gerade von jüngeren Menschen die christlichen Kirchen nicht mehr als für ihr Leben relevante, zeitgemäße Einrichtungen empfunden. Vor allem in den westeuropäischen Ländern erleiden die Kirchen - ähnlich wie die Politik - einen deutlichen Vertrauensverlust.

Vertrauensverlust  
der Kirchen

- Mit den von den Religionen vorgegebenen Glaubensinhalten und den von den Kirchen vertretenen Positionen können sich immer weniger junge Menschen identifizieren: Bei den in der Europäischen Wertestudie enthaltenen Fragen nach verschiedenen Glaubensinhalten ergibt sich beim Antwortverhalten ein überdurchschnittlich hohes Maß an "weiß nicht" und "unentschieden"-Antworten. Diese Tatsache kann als Unsicherheit interpretiert werden, deutet aber auch auf einen geringen Informationsstand bezüglich dieser Glaubensinhalte hin.

Trotz dieser Situation kann nicht pauschal von einer grundsätzlichen Ablehnung - ja nicht einmal von einem Rückgang - von Religiosität unter jungen Menschen gesprochen werden. Tatsache ist, daß sich die Religiosität von konkreten Religionen entfernt, daß für viele Jugendliche dieses Kontinents die tradierten religiösen Begriffe und Vorstellungen nicht mehr ihrer Realität und ihrem Empfinden entsprechen. Es wird die Orientierung an konfessionell gebundene Religion schwächer, nicht aber die Fähigkeit der jungen Menschen, sich auf die Suche nach den Geheimnissen von Leben und Glauben zu machen. Dies verlangt - auch für diesen Bericht - eine inhaltliche Ausweitung des Begriffs Religiosität: Gerade junge Menschen zeigen die Tendenz,

Religion und  
Religiosität sind  
zwei Paar Schuhe

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

67

unter "religiös sein" viel mehr zu verstehen als die christlichen Religionen. Sie weiten ihr Verständnis von Religiosität auf außerchristliche Bereiche, die vom New Age über den Okkultismus bis hin zu sogenannten "funktionalen Äquivalenten" von Religion reichen: Religiosität kann sich in verschiedenste Lebensbereiche flüchten: Musik, Medien, Konsum, Sport sind nur einige Beispiele. Die Grenzen zwischen Numinosem und Profanem verschwimmen (vgl. Barz 1992a).

Im World Value Survey bezeichnen sich knapp die Hälfte (47%) der Unter-30-jährigen als religiöse Menschen. Die Selbsteinschätzung fällt bei den jüngeren Befragten etwas höher (49%) aus als bei den älteren (45%). In sich ist die religiöse Landkarte der europäischen Jugend jedoch sehr unterschiedlich (Abbildung 4-1):

Knapp die Hälfte  
religiös

- Es finden sich Länder, deren Jugendliche eine sehr hohe Selbsteinschätzung der Religiosität aufweisen. Dazu gehören vor allem die Pol/inn/en (94%), mit einigem Abstand auch die US-Amerikaner/innen (74%), die Italiener/innen (74%) und die Isländer/innen (67%). Auch die österreichischen Jugendlichen bleiben mit 60% weit über dem Durchschnitt.

- In vielen Ländern sind jene in der Mehrheit, die sich selbst als nicht religiös bezeichnen. Dazu gehören Jugendliche aus Westeuropa (Frankreich 41%) ebenso wie aus Osteuropa (Tschechische Republik 66%) oder Skandinavien (Schweden 67%).

- Besonders ausgeprägt ist die religiöse Situation in den ehemals sozialistischen Ländern. Mit Ausnahme Polens sind die Religiösen überall in der Minderheit, in Ostdeutschland etwa geben überhaupt nur 20% an, ein religiöser Mensch zu sein.

- Es gibt relativ wenige Jugendliche, die sich ausdrücklich als Atheisten bezeichnen, ihr Wert liegt fast überall unter 10%. Am meisten deklarierte Atheisten finden sich unter den westeuropäischen Jugendlichen in Frankreich (14%), im Osten Europas sind es die ostdeutschen Jugendlichen, die auch insgesamt das höchste atheistische Potential (23%) darstellen.

- In einzelnen Ländern ist der Anteil jener Jugendlichen besonders hoch, die die Frage nach der Selbsteinschätzung mit unentschieden beantworten. Dies trifft auf Westdeutschland (23%) zu, vor allem aber auf Finnland und die baltischen Staaten (Lettland: 46%).

Hoher Anteil  
Unentschiedener

Stellt man die Religiosität der Jungen jener der Erwachsenen gegenüber, wird der Bedeutungsverlust der Religionen deutlich. Mit Ausnahme Lettlands, wo der Wert überhaupt am geringsten ist, geben in jedem einzelnen Land die Erwachsenen eine wesentlich höhere Selbsteinschätzung ihrer Religiosität an.

Vergleicht man die subjektive Religiosität der jungen Europäer/innen von 1990 mit den Ergebnissen der Jungen aus der Europäischen Wertestudie 1982, läßt sich kein einheitlicher Trend feststellen: Während in den meisten Ländern diese Selbsteinschätzung zurückging, ist sie in der Slowakei, in Irland und in einigen skandinavischen Ländern deutlich gestiegen.

Die subjektive Religiosität ist dort hoch, wo von den Befragten auch angegeben wird, sie seien religiös erzogen worden. Gerade am Beispiel der Reformländer Mittel- und Osteuropas wird die große Bedeutung religiöser Erziehung in der Familie für die zukünftige Religiosität der Jugendlichen deutlich: Wo aus politischen oder historischen Gründen religiöse Erziehung ausgeblieben war, finden sich nur wenige Jugendliche, die sich heute als religiös bezeichnen.

Mehr als die Hälfte der jungen Europäer/innen (total 56%) glauben an Gott. Wie bei

2. Bericht zur Lage der Jugend

der Selbsteinschätzung der Religiosität lassen sich auch bei der Gottesfrage starke länderspezifische Unterschiede ausmachen (Abbildung 4-2):

- Besonders hoch ist der Gottesglaube neben Polen (94%) auch in Irland (94%) und Nordirland (92%), den USA (92%), Canada (82%) und Italien (80%). In Österreich geben immerhin 68% an, an Gott zu glauben.
- Sehr wenige Jugendliche, die an Gott glauben, finden sich in Schweden (28%), Ostdeutschland (23%) und Lettland (16%).
- Auffallend unsicher bzw. unentschieden sind die Jugendlichen in Ostdeutschland sowie in den nordeuropäischen bzw. skandinavischen Ländern.

Mehr als die Hälfte glaubt an Gott-gleichzeitig wird Gott weniger wichtig

Die Wichtigkeit Gottes für die Jugendlichen ist seit 1982 in den meisten Ländern gesunken: Bezeichneten damals in besonders religiösen Ländern wie Irland (53%) oder Spanien (26%) noch viele Jugendliche Gott als für ihr Leben als sehr wichtig, sind es 1990 auch in diesen Ländern nur mehr 45% (Irland), beziehungsweise 23% (Spanien).

Die Vorstellungen, die die Jugendlichen mit Gott verbinden, sind sehr unterschiedlich: Nur etwa ein Drittel (31%) der befragten Jugendlichen vertritt ein Gottesbild, das den christlichen Vorstellungen vom persönlichen Gott entspricht, ein weiteres Drittel sieht Gott eher als höhere Macht oder geistiges Wesen. Die Abbildung 4-3 zeigt, daß es neben Ländern, in denen die Jugendlichen ein traditionell-christliches Gottesbild (theistisch) vertreten, auch andere gibt, wo ein aufgeklärt-deistisches Gottesbild (deistisch) vorherrscht. Immerhin ein Fünftel der befragten Jugendlichen weiß nicht richtig, was es glauben soll (agnostisch), etwa 16% vertreten eine atheistische Position (ich glaube nicht, daß es einen Gott, irgendein höheres Wesen oder eine geistige Macht gibt). Die hier dargestellte Tendenz trifft auch bei jenen Jugendlichen zu, die sich als religiös beziehungsweise ausdrücklich als Christen verstehen: So denken insgesamt nur 47% der katholischen Jugendlichen, daß es einen leibhaftigen (persönlichen) Gott gibt.

Gottesvorstellungen: sehr unterschiedlich

Neben dem Gottesbild treffen eine Reihe von anderen Glaubensinhalten bei den Jugendlichen in Europa auf große Skepsis. Auch wenn man jene herausfiltert, die sich selbst als religiöse Menschen verstehen, wird deutlich, daß christliche Glaubensinhalte für viele nicht mehr relevant sind (Abbildung 4-4). Vor allem dort, wo es um die komplizierten Fragen des Todes, der Auferstehung und um religiöse Bilder wie Himmel und Hölle geht, herrscht deutliche Ablehnung und große Unsicherheit, die auf eine weitverbreitete religiöse Sprachlosigkeit wie auf geringes Glaubenswissen hindeuten. Selbst unter den jungen Katholiken und Protestanten geben nur 49% an, an ein Leben nach dem Tod zu glauben. Bezeichnend für die Relativierung christlicher Glaubensinhalte ist, daß auch 25% der "Religiösen" angeben, an eine Wiedergeburt zu glauben.

Unsicherheit und Skepsis

Obwohl der Einfluß des Christentums in Europa nachläßt, gehören noch immer etwa 90% der Jugendlichen christlichen Kirchen an. Die Verbundenheit mit den christlichen Kirchen ist jedoch wesentlich geringer als die formale Zugehörigkeit.

90 % gehören einer Kirche an ...

Typ	Gottesbild	Gottesdienstbesuch
kirchlich	persönlicher Gott	sonntäglich
kulturkirchlich	höheres Wesen	sonntäglich
religiös	persönlicher Gott	nicht sonntäglich
kulturreligiös	höheres Wesen	nicht sonntäglich
unreligiös	weiß nicht/glaube nicht	nicht sonntäglich

Die Abbildung 4-5 zeigt die Verteilung dieser 5 sozioreligiösen Typen auf jene Jugendlichen, die sich in den einzelnen Länder selbst als religiös bezeichnen. Dabei wird deutlich, daß vor allem im Vergleich zur Selbsteinschätzung der Religiosität sich

... aber viel weniger fühlen sich an sie gebunden

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

69

auch in sehr religiösen Ländern) jene deutlich weniger sind, die sich auch eng an ihre Religion beziehungsweise ihre Kirche gebunden wissen.

Auch eine für Jugendliche an sich typische Form des religiösen Engagements, die Mitgliedschaft in religiösen (Jugend-)Organisationen, hält sich in bescheidenen Grenzen: Etwa 12% der Jugendlichen sind Mitglieder in religiösen Organisationen, der Anteil ist in nord- und westeuropäischen Ländern etwas höher als in süd- und osteuropäischen. Eine interessante Ausnahme bilden sichtlich die ostdeutschen Jugendlichen: Obwohl drei Viertel keiner Religionsgemeinschaft angehören, sind 11% aktiv; im Westen Deutschlands gehören 90% einer Kirche an, auch hier sind aber nur 11% aktiv<sup>3)</sup>.

Ostdeutschland -  
Westdeutschland:  
ein bemerkenswerter  
Unterschied  
an aktivem  
Engagement

Etwa 4 von 10 jungen Europäern meinen, daß sie den Kirchen sehr stark oder stark vertrauen. Bei den konfessionsgebundenen Jugendlichen ist das Vertrauen in ihre Kirche höher: 47% der Protestanten und 56% der Katholiken geben an, ihrer Kirche zu vertrauen. Vor allem bei der Lösung von geistigen Bedürfnissen und Fragen nach dem Sinn des Lebens wird den Kirchen von den jugendlichen Europäern mehrheitlich (Kath. 60%, Prot. 53%) Kompetenz zugestanden; relativ wenig zu sagen hat sie nach Ansicht der Jungen bei moralischen Problemen (Kath. 41%, Prot. 33%), sozialen Problemen (Kath. 28%, Prot. 24%) und Problemen im Familienleben (Kath. 39%, Prot. 33%).

Worauf kann die  
Kirche Antwort  
geben?

Die religiöse Praxis hat sich in den letzten 10 Jahren unterschiedlich geändert. Während etwa der Gottesdienstbesuch junger Menschen in fast allen westlichen Ländern gesunken ist, können die Kirchen der Reformländer durch mehr religiöse Offenheit auf steigende Gottesdienstzahlen verweisen.

Religiöse Praxis:  
Taufe, Hochzeit,  
Beerdigung wich-  
tiger als Kirchen-  
besuch und Gebet

Etwas anders stellt sich die Gebetspraxis dar: Zwar geben insgesamt viele Jugendliche (total: 48%) an, manchmal ein Bedürfnis nach Augenblicken der Ruhe, des Gebets oder der inneren Einkehr zu haben, doch für deutlich weniger wirkt sich dieses Bedürfnis im Gebet zu Gott aus: Durchschnittlich 15% beten oft, weitere 22% manchmal zu Gott. Die Gebetshäufigkeit ist unter den Katholiken höher (oft und manchmal: 55%) als bei den protestantischen Jugendlichen (40%).

Die Religionen haben offenbar noch immer für viele die Funktion, die Schnittpunkte der Biographie zu markieren: Eine deutliche Mehrheit unter den Jugendlichen befürwortet religiöse Feiern im Lebenslauf. Im Durchschnitt halten 60% religiöse Feiern bei der Geburt, 66% bei der Hochzeit und 73% bei der Beerdigung für wichtig. Es fällt auf, daß mehr Jugendliche diesen Feiern zustimmen, als in den betreffenden Ländern religiös sind. Offenbar wirkt hier einerseits die Tradition, andererseits kann diesen Feiern auch für unreligiöse Personen eine gewisse therapeutische Funktion an den Schnittpunkten des Lebens nicht abgesprochen werden.

Im vergangenen Jahrzehnt haben in Europa eine Reihe von christlichen und nicht-christlichen religiösen Bewegungen für Schlagzeilen gesorgt:

"Jugendreligionen"  
gehen zurück

- Das Schlagwort "Jugendreligionen" bezeichnet eine Reihe von Gruppen und Bewegungen zwischen Hare-Krishna-Bewegung und Vereinigungskirche (Mun). Sie beunruhigen seit 10 Jahren Kirchen, Eltern und Jugendverantwortliche und sorgen für wilde Spekulationen, was ihre Verbreitung betrifft. In der Zwischenzeit dürfte klar sein, daß die Mitgliederzahlen - auch in den oft als sektenfreundlich bezeichneten osteuropäischen Ländern - nach unten revidiert werden müssen (So zeigen Ergebnisse der deutschen Shell-Studie, daß Jugendliche in Westdeutschland häufiger Erfahrungen mit Okkultismus und Jugendreligionen machen als in Ostdeutschland).

- Innerhalb des Christentums waren es vor allem Wunderquellen und Mariener-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

70

scheinungen (Medjugorje im ehemaligen Jugoslawien, Kevelaer am Niederrhein usw.), die auch und vor allem junge Menschen begeisterten, sowie die Taizè-Bewegung, die etwa zum Jahreswechsel 1992/93 100.000 junge Menschen zu einem Treffen in Wien versammelte.

- Die New-Age Bewegung und damit auch der esoterische Buchmarkt verzeichnen gerade in den letzten Jahren starke Zuwachsraten. Den (wenigen) sozialwissenschaftlichen Daten ist jedoch zu entnehmen, daß kaum junge Menschen sich von New-Age angezogen fühlen, sondern das Midlife (30-50 Jahre) dominiert (vgl. Waßner 1991).

- Okkulte Praktiken sind den Jugendlichen näher und offenbar auch im Trend. Für Deutschland etwa wird vermutet, daß ein Viertel der Schüler/innen Erfahrungen mit leicht zugänglichen okkulten Praktiken (Pendeln, Kartenlegen etc.) haben. Tiefergehende okkulte Praktiken (z.B. Satanismus) werden von einer Minderheit ausgeübt und zeigen die Charakteristika jugendlicher Subkulturen, die sich gegen die Erwachsenenwelt abgrenzen: "power and action", Geheimnis, Protest (vgl. Barz 1992b)

Okkulte Praktiken  
gefragt

Trotz des offenkundigen Interesses junger Menschen an alternativ-spirituellen Vorgängen sind sie kein Ersatz, sondern eher eine Ergänzung zu den tradierten Formen der Religiosität. Die neuen religiösen Kulturformen sind auch nicht für den Bedeutungsverlust der christlichen Religionen verantwortlich, sondern vermutlich eine Folge davon. Die Relativierung und Partikularisierung der in Europa traditionellen religiösen Vorstellungen kennt andere Hintergründe: Den Ausfall der religiösen Erziehung in den Familien, die geringe Attraktivität der christlichen Kirchen für die Jugendlichen, die Orientierung der jungen Generation am inneren Ich als letztem Sinnhorizont.

### Literatur:

- Barz, H.: Religion ohne Institution (Jugend und Religion 1), Opladen 1992a  
 Barz, H.: Postmoderne Religion. Die junge Generation in den Alten Bundesländern (Jugend und Religion 2), Opladen 1992b  
 Institut für Empirische Psychologie (Hrsg.): Die selbstbewußte Jugend. Orientierungen und Perspektiven 2 Jahre nach der Wiedervereinigung (Die IBM-Jugendstudie 1992), Köln 1992  
 Heitmeyer, W., Olk T.: Individualisierung von Jugend. Gesellschaftliche Prozesse, subjektive Verarbeitungsformen, jugendpolitische Konsequenzen, Weinheim 1990  
 Jugend 92': Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im Vereinigten Deutschland (im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell), 4 Bände, Opladen 1992  
 Fessel u. GfK Institut, Jugendreport 1990, , Wien 1990  
 Popcorn, F.: Der Popcorn Report. Trends für die Zukunft, München 1992  
 Waßner, R.: Neue Religiöse Bewegungen in Deutschland. Ein soziologischer Bericht, in: EZW-Texte. Informationen Nr. 113, Stuttgart 1991  
 Zulehner, P. u.a.: Vom Untertan zum Freiheitskünstler. Eine Kulturdiagnose anhand der Untersuchungen "Religion im Leben der Österreicher/innen 1970-1990" - "Europäische Wertestudie - Österreichteil 1990", Wien, 2.Auflage, 1993

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

---

71

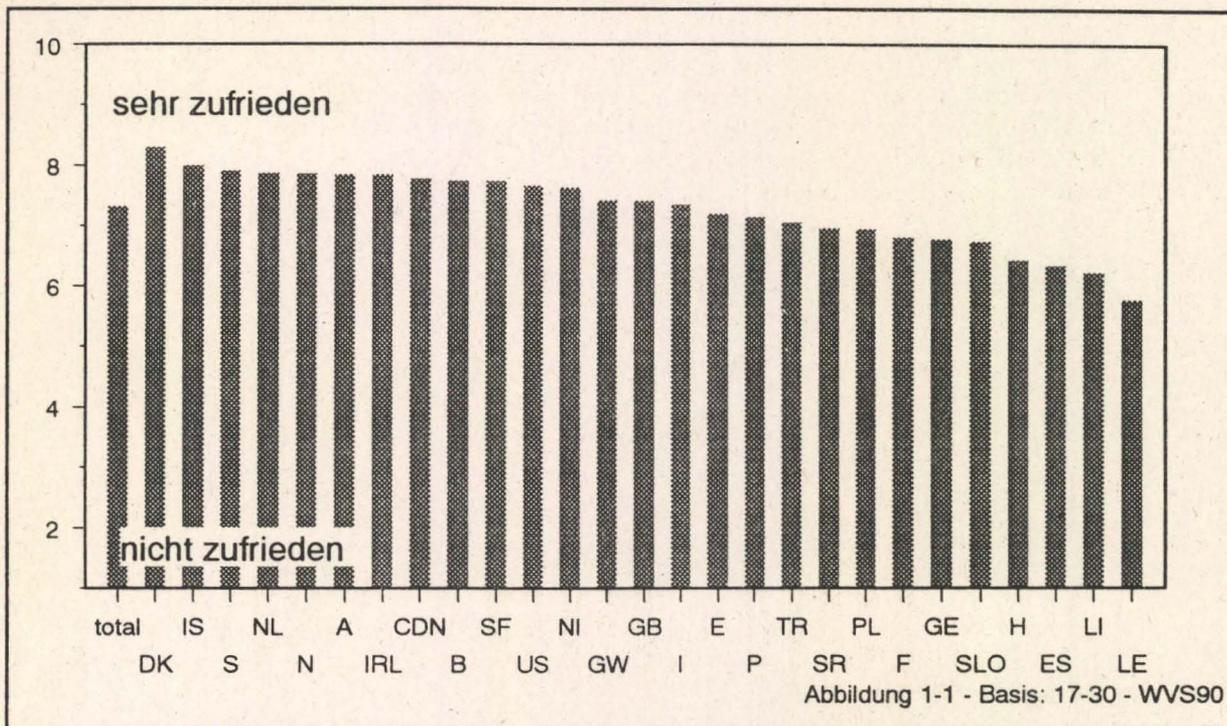
### Anmerkungen:

<sup>1)</sup> Diese Dimensionen wurden analog der Shell-Studie über Einzelitems, zusammengefaßt in Punktescores, gebildet; vgl.: Jugendwerk d. Deutschen Shell: Generationen im Vergleich, Hamburg 1985, Bd. 5, S. 125 ff

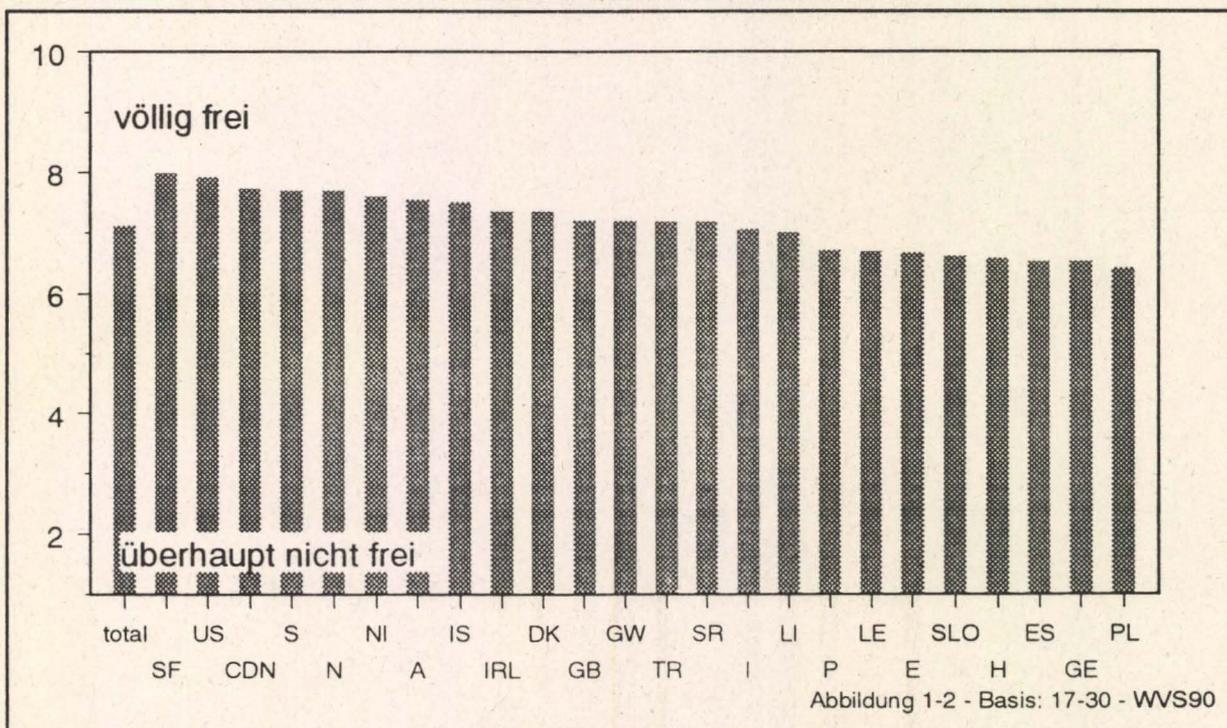
<sup>2)</sup> Der dreistufige Index wurde aus folgenden Items gebildet: - Recht und Ordnung aufrechterhalten - verhindern, daß die Preise steigen - mehr Mitbestimmung des Bürgers in wichtigen Entscheidungen der Regierung - die Meinungsfreiheit erhalten

<sup>3)</sup> Zu fast exakt denselben Ergebnissen kommt auch die IBM Jugendstudie 1992 (Institut für Empirische Psychologie, Köln 1992)

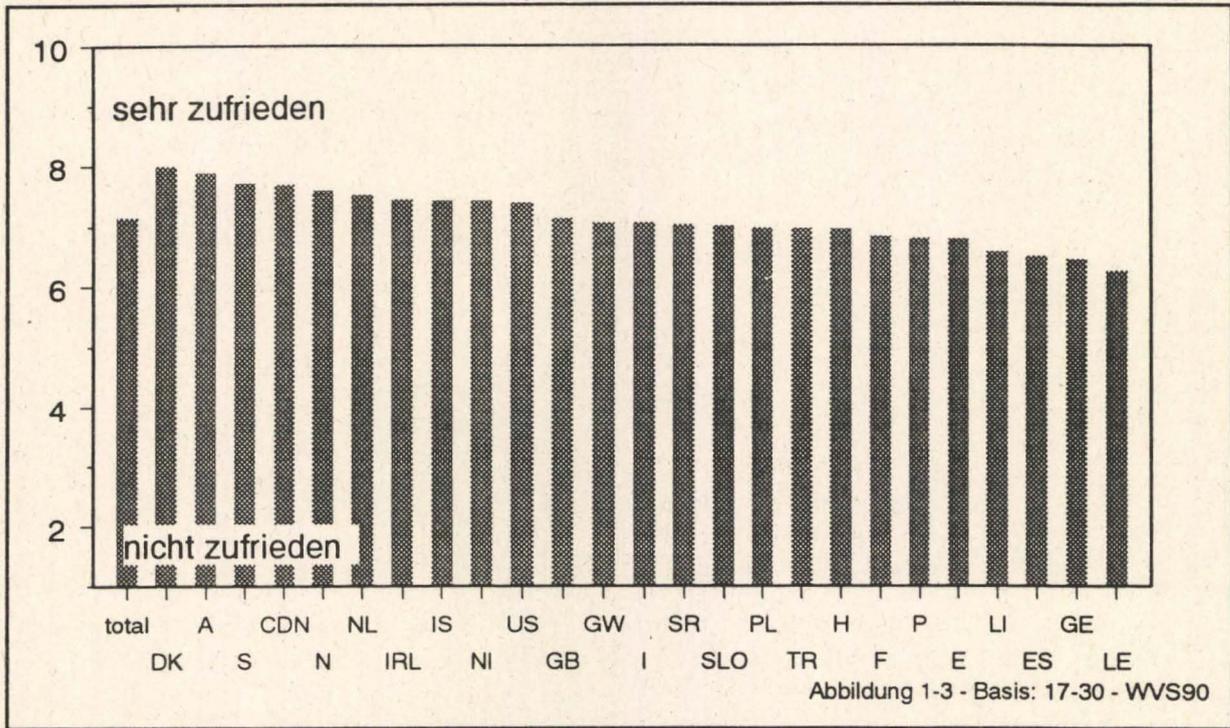
## Lebenszufriedenheit – Mittelwerte



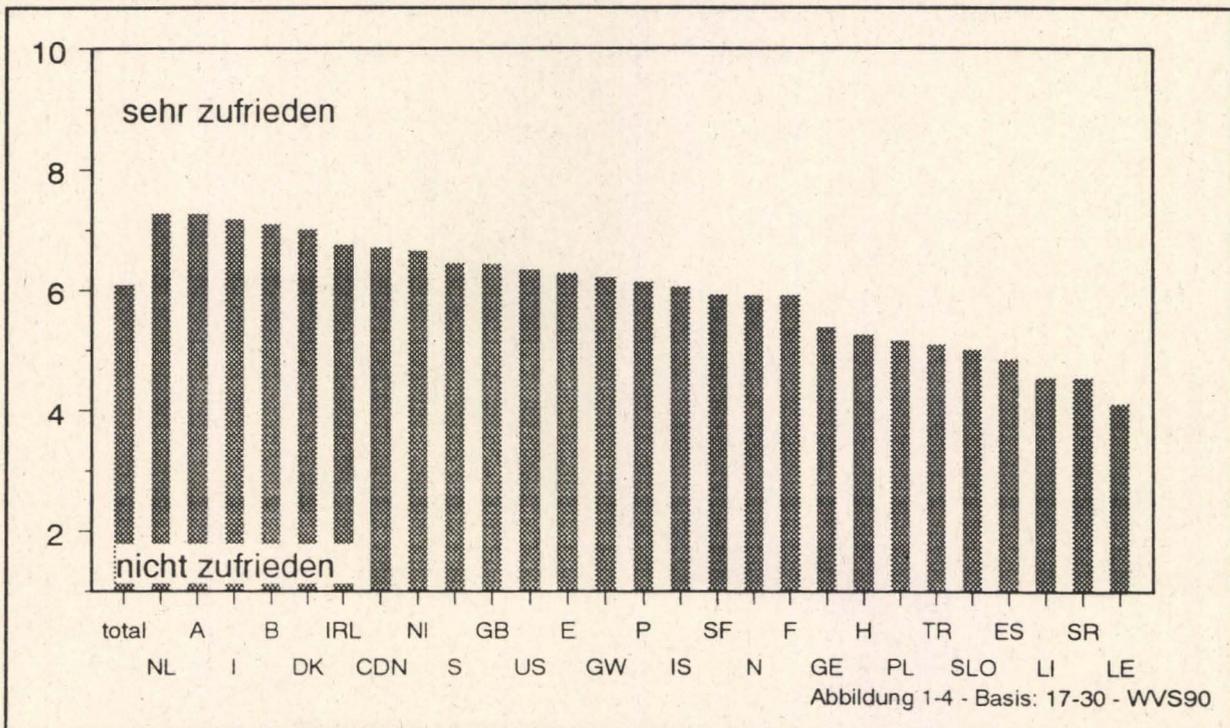
## Subjektives Freiheitsgefühl – Mittelwerte



### Zufriedenheit mit der Arbeit – Mittelwerte

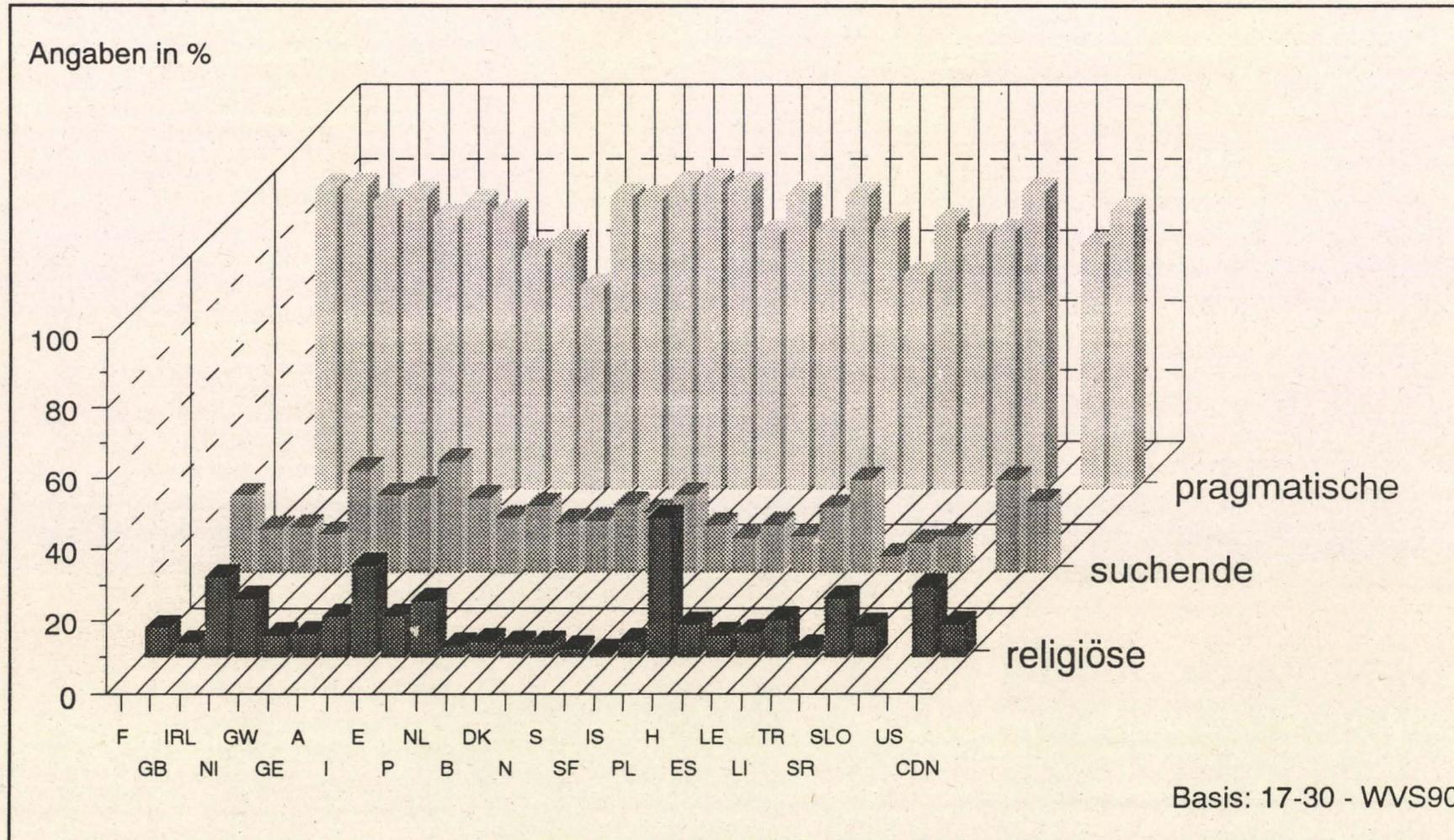


### Zufriedenheit mit dem Lebensstandard – Mittelwerte



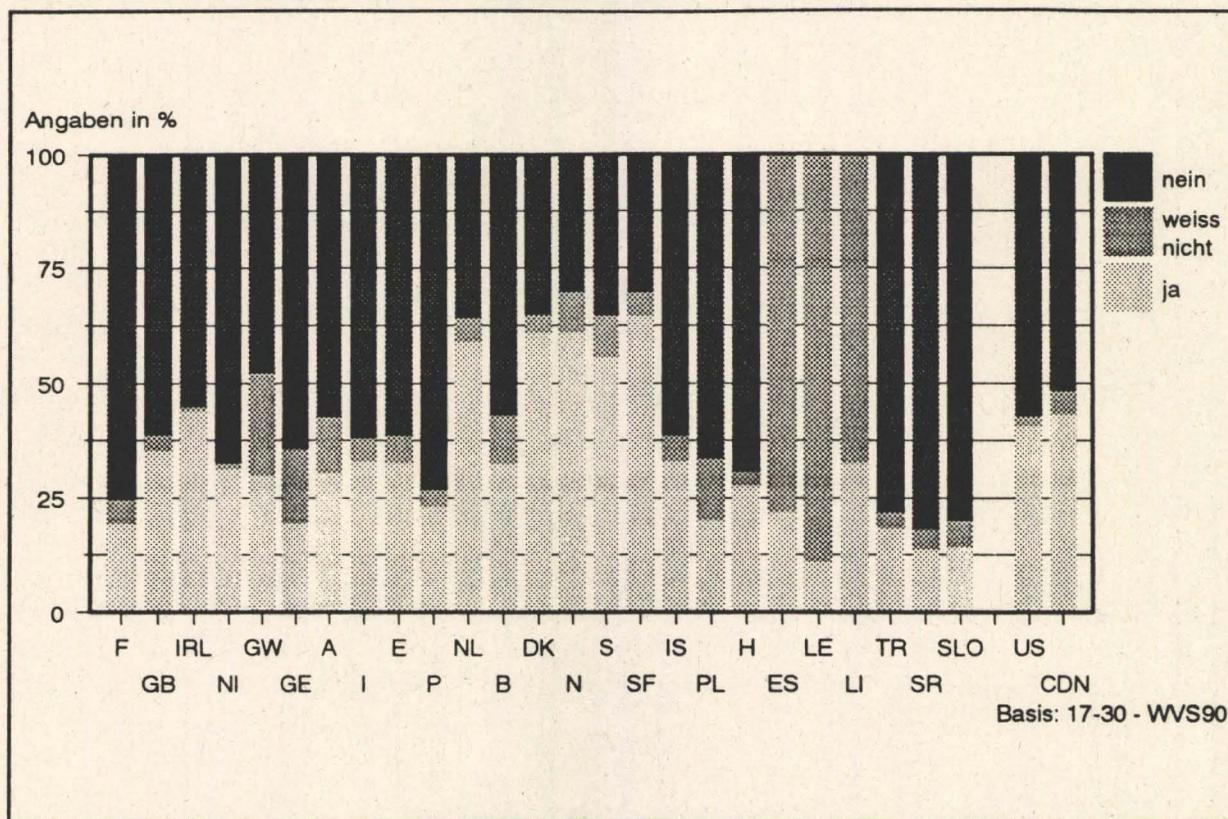
# Dimensionen der Sinnkonzepte

Abbildung 2-1



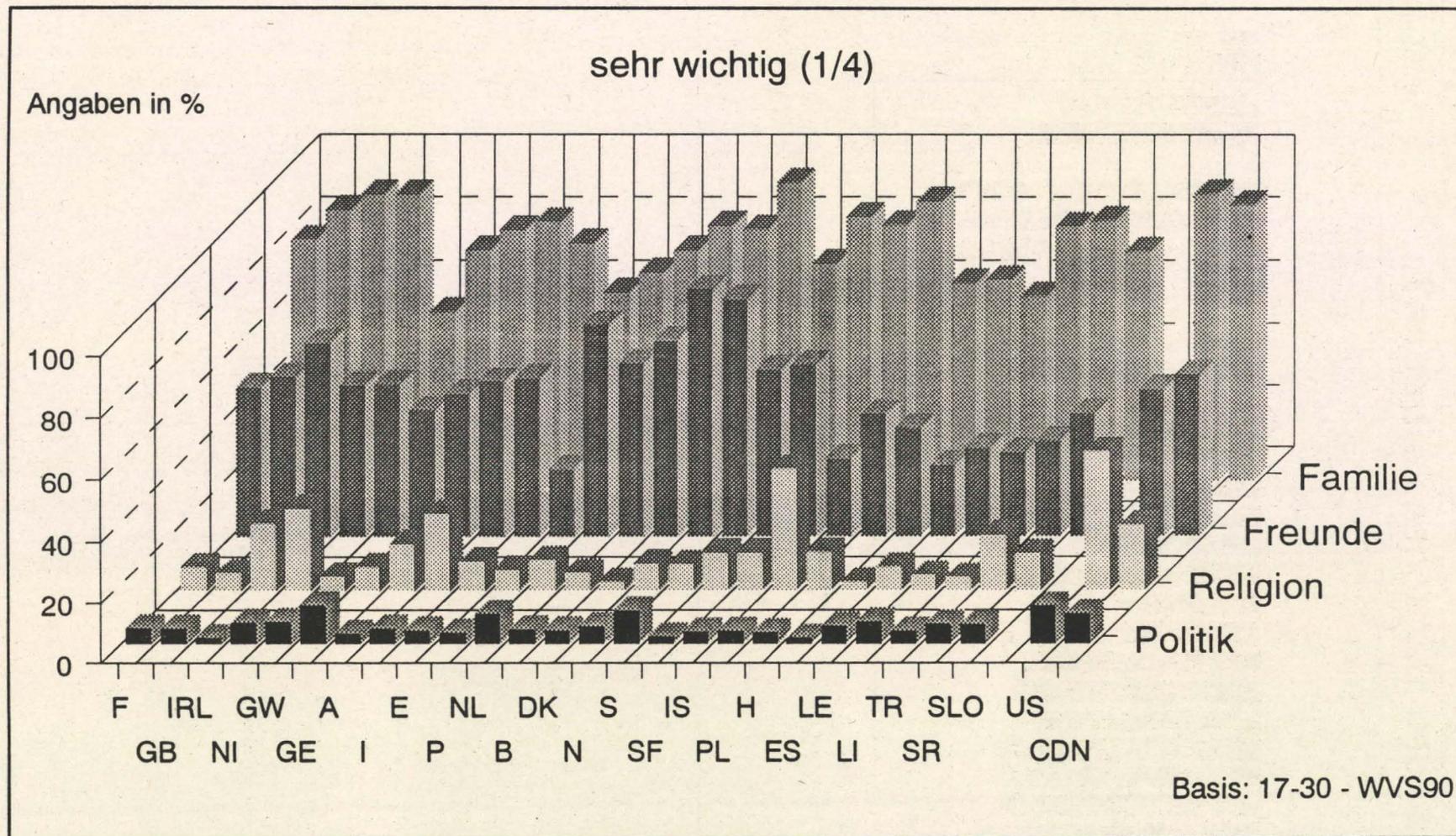
# Kann man den Menschen vertrauen?

Abbildung 2-2



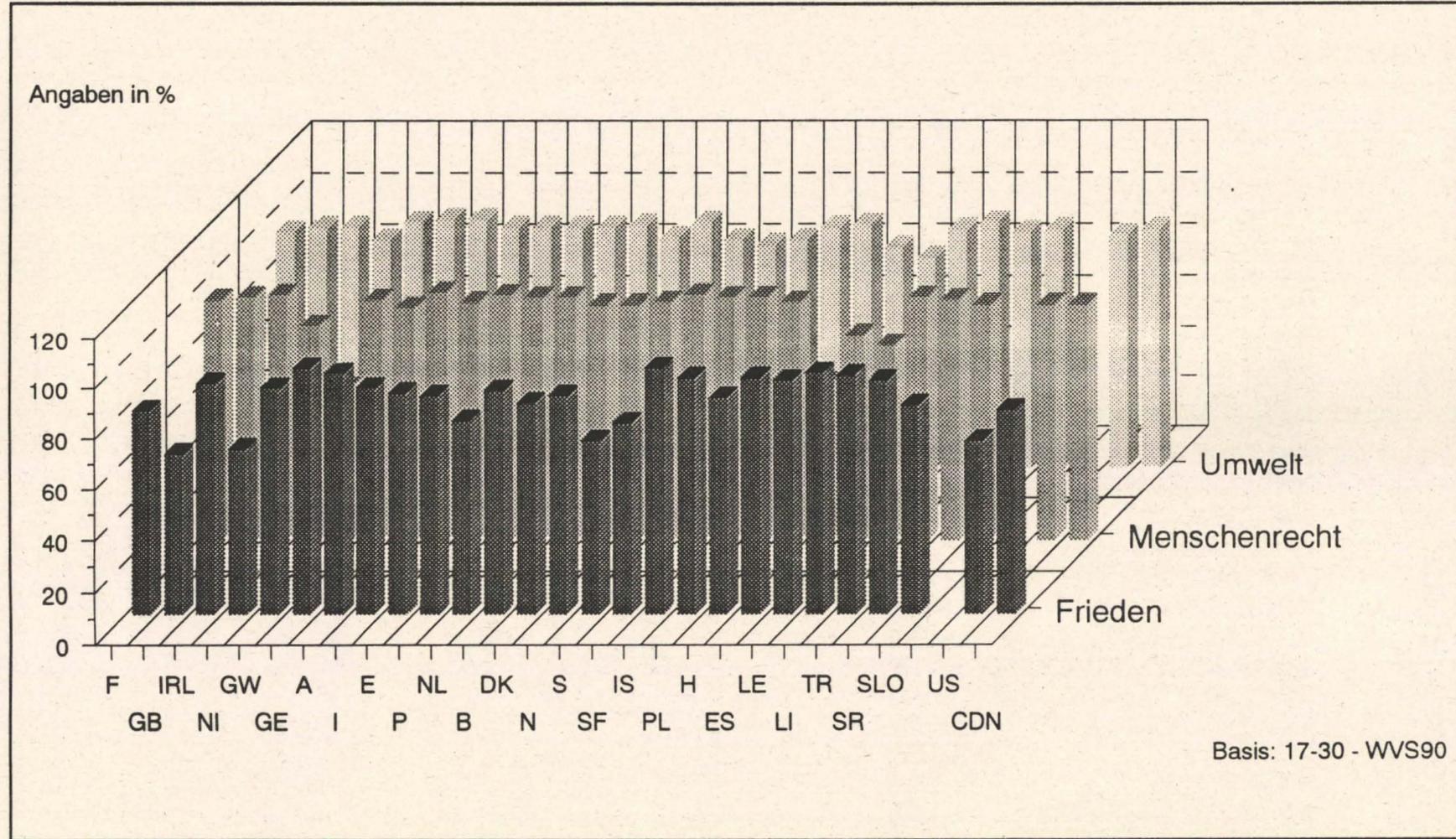
# Die Wichtigkeit von Lebensbereichen

Abbildung 2-3



# Zustimmung zu neuen sozialen Bewegungen

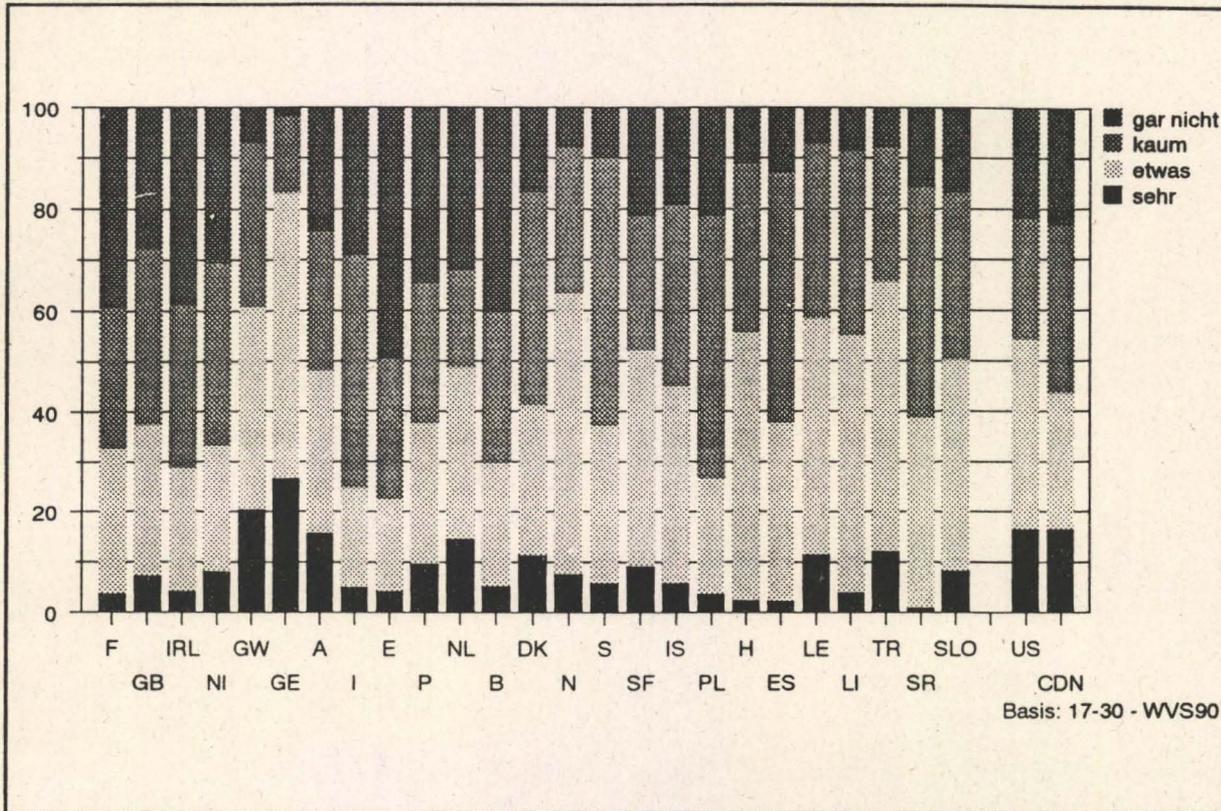
Abbildung 2-4



www.parlament.gv.at

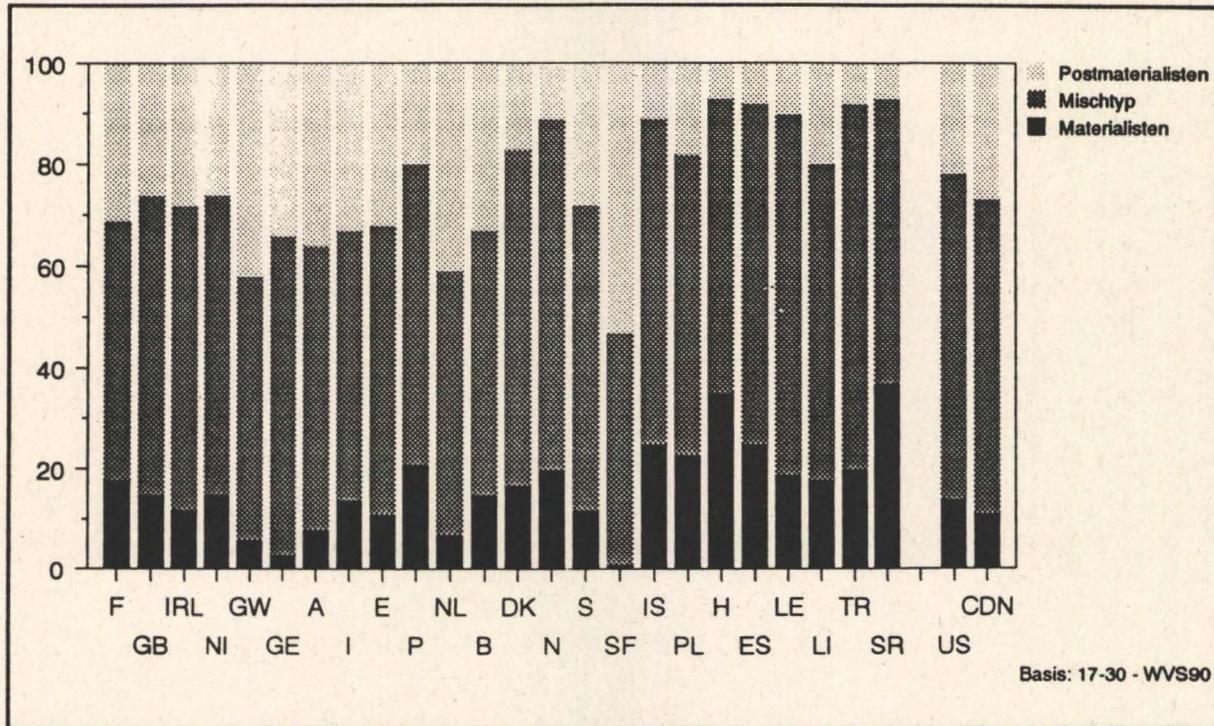
# “Politik interessiert mich ...”

Abbildung 3-1



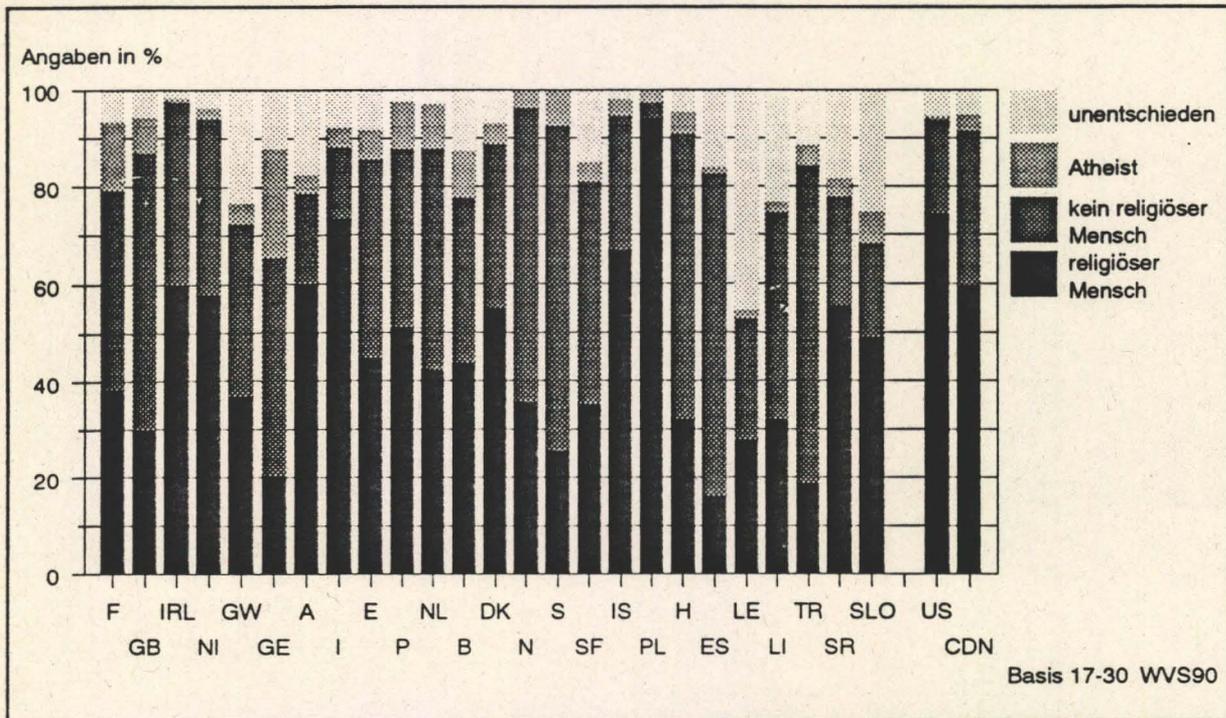
# Materialismus und Postmaterialismus

Abbildung 3-2



## Selbsteinschätzung Religiosität

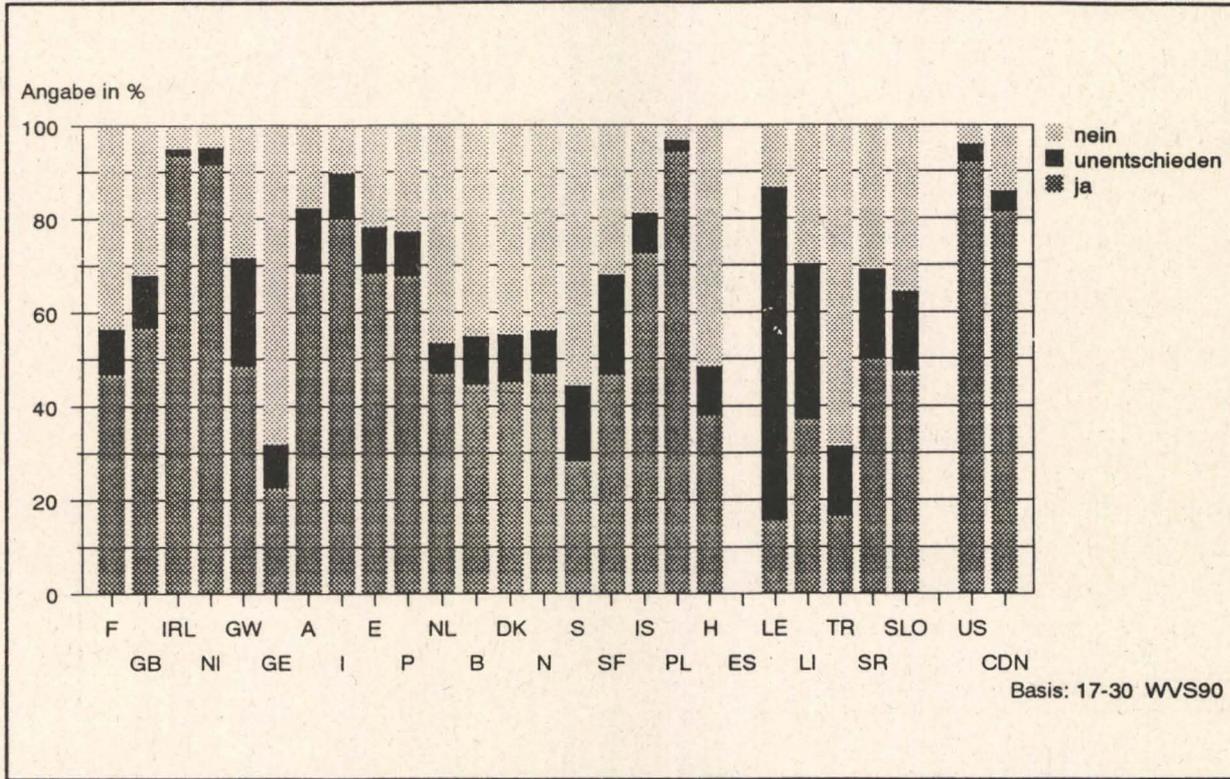
Abbildung 4-1



2. Bericht zur Lage der Jugend

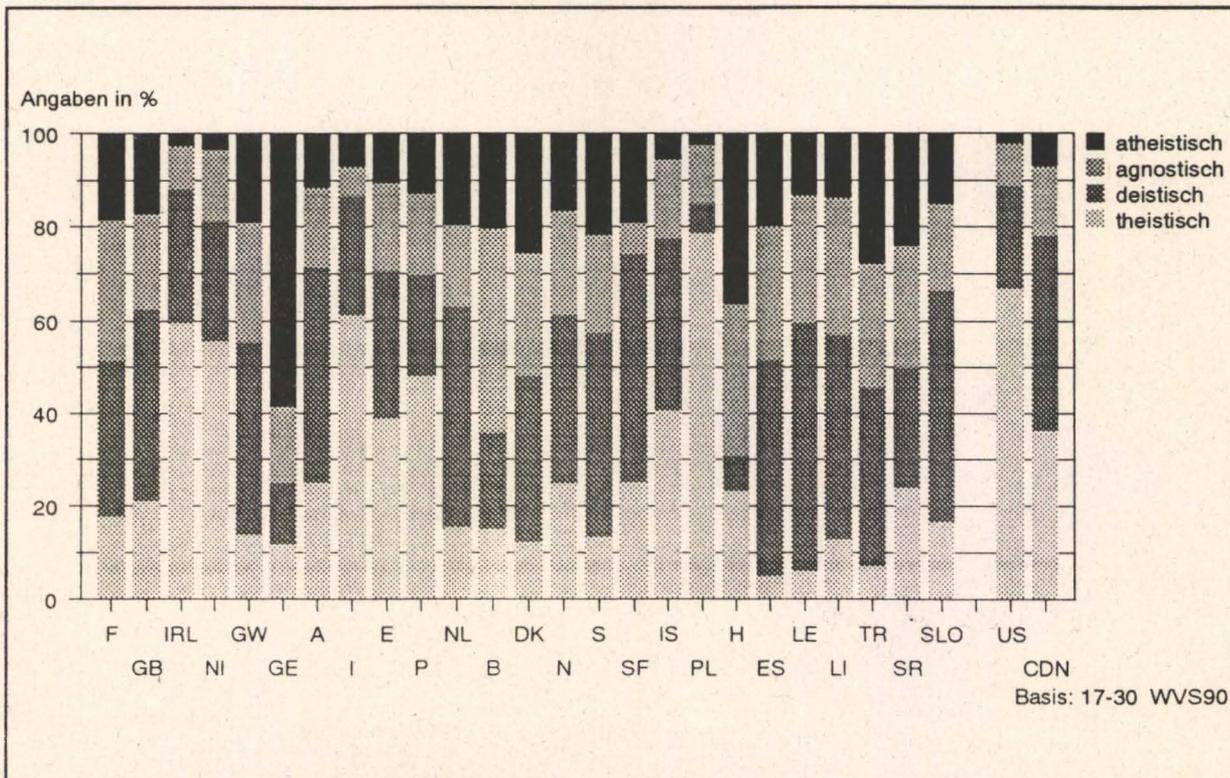
**Glaube an Gott**

Abbildung 4-2



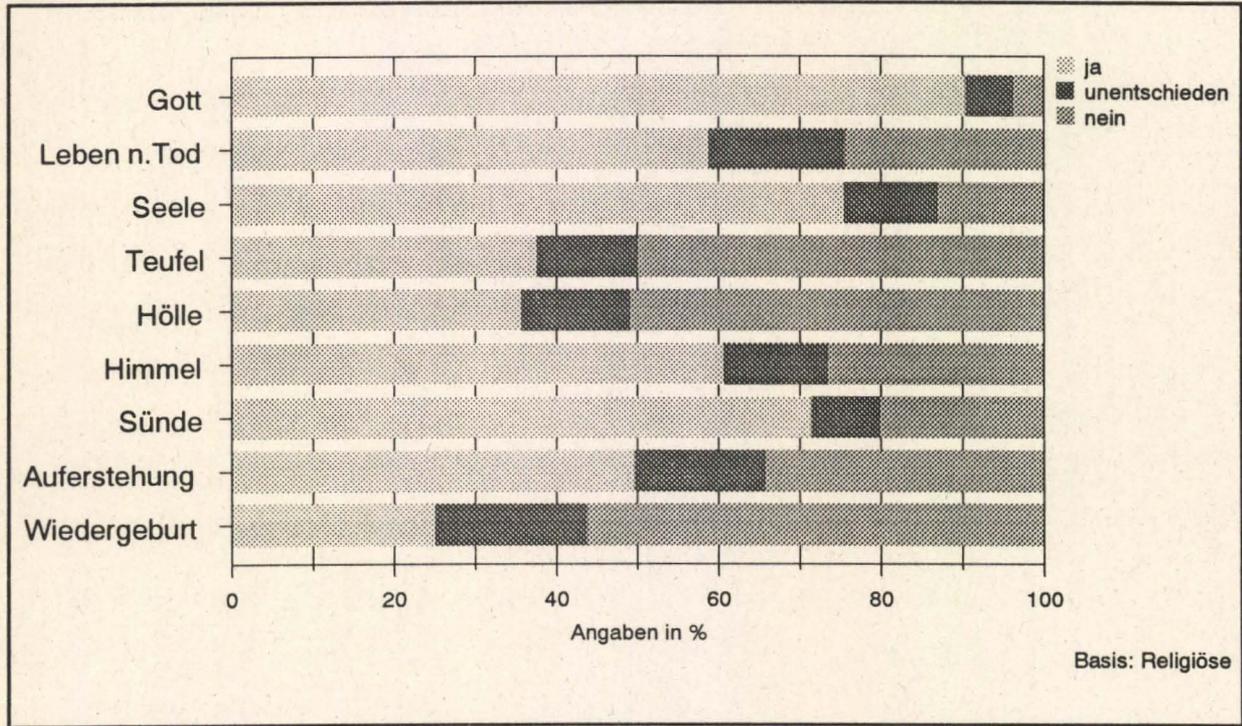
**Gottesbilder**

Abbildung 4-3



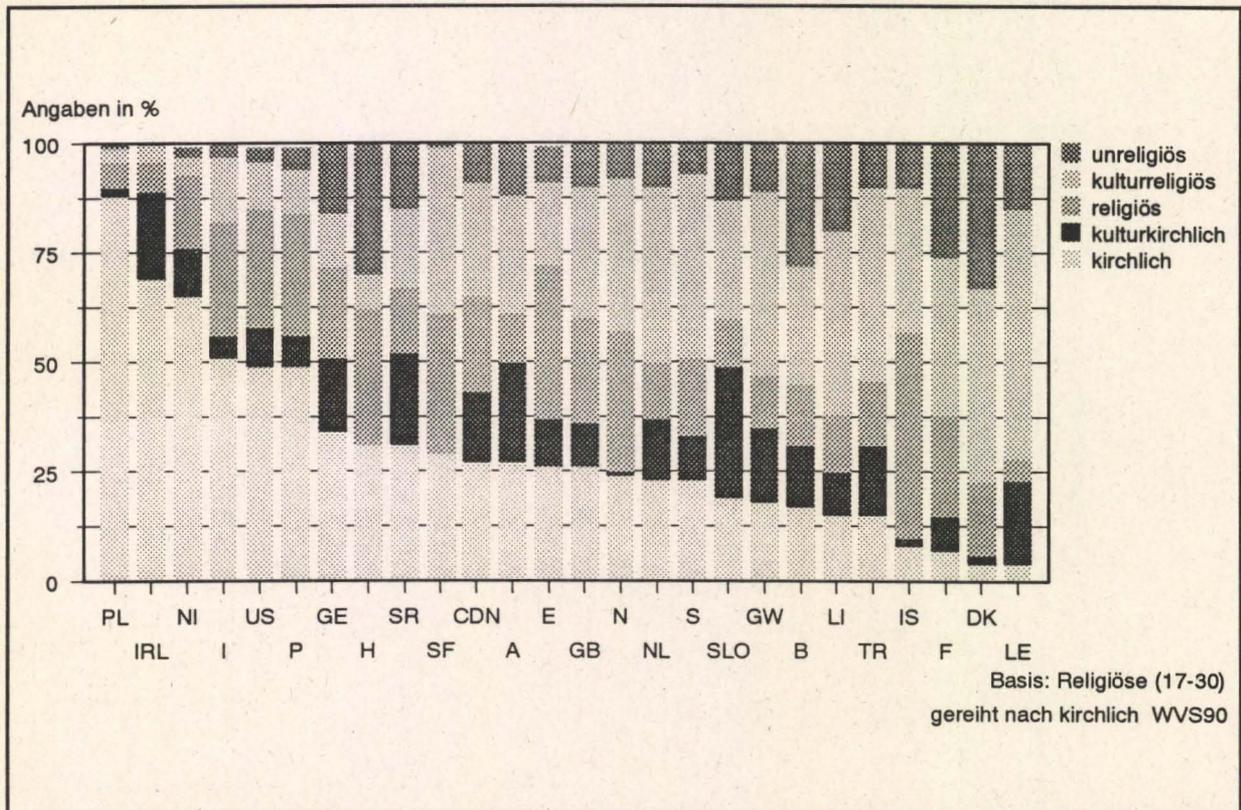
## Religiöser Glaube an ...

Abbildung 4-4



## Sozioreligiöse Typen

Abbildung 4-5



**BRAUCHT ES EINE NEUE MORAL ?**

Gunter M. Prüller-Jagenteufel

**Moralvorstellungen der Jugendlichen und Erwachsenen**

Jugendliche, so zeigen die Daten der Europäischen Wertestudie und der Österreichischen Jugend-Wertestudie, urteilen in Bezug auf ethisch-moralische Szenarien weniger streng als Erwachsene. Der Index der Moralität hängt nicht vom Alter ab, sondern von den in den jeweiligen Altersstufen unterschiedlich ausgeprägten Persönlichkeitsmerkmalen wie Autoritarismus, Materialismus, Diesseitigkeit, Religiosität (vgl. Zulehner u.a. 1992)

Das darf man niemals tun	Alter			Abw.
	16-18	16-24 %	40-49	
1. Sozialleistungen erschleichen	42	41	66	0.64
2. Schwarzfahren	27	31	66	0.41
3. Steuern hinterziehen	45	40	60	0.75
4. Hehlerei	69	67	86	0.80
5. Auto aufbrechen	85	87	93	0.94
6. Haschisch oder Marihuana nehmen	80	74	86	0.93
7. Fundverheimlichung	34	36	69	0.49
8. Lügen	17	17	35	0.49
9. Ehebrecherisches Verhältnis	30	31	48	0.63
10. Geschlechtsbeziehung, Minderjähr.	37	40	63	0.59
11. Schmiergelder nehmen	45	47	70	0.64
12. Homosexualität	32	29	44	0.73
13. Prostitution	29	26	42	0.69
14. Abtreibung	25	22	29	0.86
15. Scheidung	8	6	14	0.57
16. Polizei tätlich angreifen	41	37	55	0.75
17. Euthanasie	35	28	37	0.95
18. Suizid	42	37	41	1.02
19. Parkschaden verheimlichen	56	56	80	0.70
20. Streikbrecher bedrohen	66	69	75	0.88
21. Tötung aus Notwehr	19	17	36	0.53
22. Politischer Mord	75	78	85	0.88
23. In Öffentlichkeit Abfall wegwerfen	45	48	70	0.64
24. Betrunkene Autofahren	55	57	68	0.81

Jugendliche urteilen in Moralfragen weniger streng als Erwachsene

Tabelle 1: "Das darf man niemals tun"

Daraus zu schließen, die Jugendlichen wären wesentlich "unmoralischer" als Erwachsene, ist nicht zulässig. Betrachtet man nämlich die Werte von 1-3, so sieht es wesentlich weniger "dramatisch" aus: Der Abweichungsfaktor 1) der 16-18jährigen verglichen mit den Erwachsenen liegt im Mittel bei 0.85. In der folgenden Tabelle sind Delikte, die um mehr als 0.1 nach unten abweichen, also von Jugendlichen deutlich "liberaler" beurteilt werden, fett hervorgehoben. Werte, die über der durchschnittlichen Abweichung von 0.85 liegen, sind kursiv gesetzt. Die Items in der Tabelle sind nach faktorenanalytisch errechneten Dimensionen geordnet.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

84

Das darf man niemals tun	Alter			Abw.
	16-18	16-24	40-49	
<b>Rücksicht</b>				
5. Auto aufbrechen	95	96	99	0.96
20. Streikbrecher bedrohen	87	89	91	0.96
19. Parkschaden verheimlichen	82	84	96	0.85
22. Politischer Mord	90	91	95	0.95
<b>Öffentlichkeit</b>				
16. Polizei tötlich angreifen	80	67	77	1.04
23. In Öffentlichkeit Abfall wegwerfen	74	75	91	0.81
24. Betrunkene Autofahren	79	82	95	0.83
<b>Soziales</b>				
1. Sozialleistungen erschleichen	73	74	91	0.80
2. Schwarzfahren	57	59	88	0.65
3. Steuern hinterziehen	68	63	85	0.80
7. Fundverheimlichung	66	65	91	0.73
11. Schmiergelder nehmen	74	74	91	0.81
8. Lügen	48	47	71	0.68
<b>Sexualität</b>				
6. Haschisch o. Marihuana nehmen	89	86	94	0.95
9. ehebrecherisches Verhältnis	58	54	74	0.78
10. Geschlechtsbeziehung. Minderjähr.	59	59	83	0.71
12. Homosexualität	51	44	58	0.88
13. Prostitution	51	47	60	0.85
<b>Leben</b>				
14. Abtreibung	54	47	60	0.90
15. Scheidung	25	19	29	0.86
17. Euthanasie	55	44	60	0.92
18. Suizid	63	58	64	0.98
21. Tötung aus Notwehr	31	28	45	0.69
<b>ohne Zuordnung</b>				
4. Hehlerei	88	87	97	0.91

Moralstruktur  
ist gleich

Tabelle 2: Dimensionen der Moralität

Obwohl die Jugendlichen in allen Bereichen weniger streng urteilen als Erwachsene, haben sie im Bereich der Moral die gleiche Struktur.

\* Die höchsten Werte nehmen - auch bei den Jugendlichen - ganz allgemein die vom Gesetz unter Strafe gestellten Handlungen ein. Alles, was vom Gesetz toleriert wird, findet sich auch am unteren Ende der Skala. Ausnahmen bilden nur einige "Kavaliersdelikte" wie Schwarzfahren, Steuerhinterziehung und Handgreiflichkeit gegen Polizisten, was wiederum eher auf die Beliebtheit der Exekutive denn auf die Gewaltbereitschaft der Österreicher Rückschlüsse erlaubt.

\* Eine ganz wesentliche Ausnahme stellt hier jedoch die Euthanasie dar, die offensichtlich mehr und mehr "gesellschaftsfähig" wird: So lehnen nur 50% der unter 29jährigen Euthanasie stark ab, gegenüber 63% der 40-49jährigen und 68% der über

Ausnahme:  
Euthanasie

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

85

70jährigen. Der Grund dafür dürfte in der breiten Diskussion, der Begriffsverwirrung (Tötung auf eigenes Verlangen oder ohne Wissen der Patienten?) und im verbreiteten Ideal: "We're all young and healthy, prosperous and wealthy!" liegen.

### Moraldimensionen im Vergleich

In den Einstellungen der ÖsterreicherInnen lassen sich fünf Moraldimensionen unterscheiden:

*Rücksicht* ist die am besten akzeptierte Moraldimension, und auch jene, die am stabilsten, d.h. von den verschiedenen untersuchten Persönlichkeitsmerkmalen am unabhängigsten ist. Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, daß diese Delikte von den Jugendlichen überdurchschnittlich akzeptiert sind. Dieses Ergebnis ist auch zu erwarten, handelt es sich dabei doch durchgehend um gesetzlich sanktionierte Verhaltensweisen. Daß sie noch dazu zum Teil in der Fragestellung mit verschärfenden Zusätzen versehen wurden ("um eine Spritztour zu machen"), trägt weiter zu diesem Ergebnis bei. Möglicherweise gäbe es akzeptierte Gründe, ein Auto aufzubrechen? Oder anders herum: Es hätten ebensolche Zusätze das Antwortverhalten in anderen Fällen beeinflußt: z.B. "Das Leben unheilbar Kranker zu beenden, um endlich wieder auf Urlaub fahren zu können". Allgemein zeigt sich die Tendenz: Verhaltensweisen, die konkret angebbare, natürliche Personen schädigen, gesetzlich geahndet werden und nicht als Gnadenakte durchgehen können, wie z.B. Euthanasie, sind auch unter Jugendlichen allgemein und sehr stabil abgelehnt.

Rücksicht

*Öffentliches* rangiert ungefähr gleich mit Soziales an zweiter Stelle. Auch hier handelt es sich um gesetzlich geschützte Bereiche, jedoch mit unterschiedlichen potentiell Geschädigten. Sind im öffentlichen Bereich die Geschädigten noch klar als "wir alle" zu identifizieren, so handelt es sich im Bereich Soziales um eine anonyme Allgemeinheit, wo die einzelnen zwar als Nutznießer, nicht jedoch als Geschädigte in Betracht kommen. Demnach fallen in diese Kategorien viele "Kavaliersdelikte", die von verschiedenen Gruppen auch sehr unterschiedlich interpretiert werden.

Öffentlichkeit

Das zeigt sich unter anderem daran, daß im Vergleich zu den Erwachsenen die Moraldimension "Öffentlichkeit" weniger stark abnimmt als die Dimension "Soziales". Gerade in diesem Bereich sind die Einbrüche extrem stark, vor allem bei den "Kavaliersdelikten" Schwarzfahren, Fundverheimlichung und Lüge. Dabei dürften die spezifischen Interessenslagen der Jugendlichen in ihren Lebenssituationen eine entscheidende Rolle spielen.

Soziales

Im Bereich *Sexualität* handelt es sich um Verhaltensweisen, die man im großen und ganzen als "Privatsache" behandelt wissen will, wo angeblich niemand das Recht hat, anderen dreinzureden. Im allgemeinen liegen hier keine gesetzlichen Regelungen vor, und wenn, so wird ihnen kaum Beachtung geschenkt. Dies dürfte auch der Grund dafür sein, daß der Gebrauch von "leichten Drogen" (Haschisch, Marihuana) in diesen Faktor fällt. Daß Drogenkonsum auch von Jugendlichen so stark abgelehnt wird, mag zunächst überraschen, wäre vor 15 Jahren wohl auch noch anders gewesen. Hier dürften aber zwei Faktoren zusammenspielen: Erstens die lange Aufklärungsarbeit in diesem Bereich und zweitens der zunehmende soziale Abstieg verbunden mit deutlicher sozialer Ächtung der Drogensüchtigen.

Sexualität

Ehebruch und Geschlechtsbeziehungen zwischen Minderjährigen sinken in der Beurteilung jedoch deutlich ab. Hier scheint die sexuelle Liberalisierung gegriffen zu haben; immerhin vertreten 42% der Jugendlichen die Ansicht, jeder Mensch müsse sich sexuell völlig frei entfalten können, nur 20% widersprechen dieser Meinung. Andererseits wiederum halten 97% der Jugendlichen eheliche Treue für sehr bzw.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

86

ziemlich wichtig. Daraus läßt sich schließen, daß ein Seitensprung bei anderen toleriert wird, man jedoch für sich selbst am Ideal ehelicher Treue wesentlich stärker festhält. Daß Jugendliche Geschlechtsbeziehungen unter Minderjährigen deutlich weniger ablehnen als Erwachsene, scheint nur natürlich. Hier werden klar die eigenen Interessen und Erfahrungen vertreten. Der Mittelwert ist mit 3.66 bei den jüngsten (16-18jährigen) am niedrigsten und steigt mit zunehmendem Alter und damit der sexuellen Erfahrung an (3.86 bei den 20-24jährigen).

Im Bereich *Leben* ist die globale Situation ähnlich. Scheidung, Suizid und Schwangerschaftsabbruch gehören leider nicht nur zu den alltäglichen Phänomenen, sie sind auch "Privatsache". Das Tabu reicht dabei so weit, daß diese Themen zwar diskutiert, aber kaum je ernsthaft besprochen werden - und die Betroffenen bleiben mit diesen Problemen meist allein. Daß die Strenge bei der Beurteilung dieser Delikte bei Jugendlichen nur unterdurchschnittlich abnimmt, ist kaum ein Hoffnungsschimmer. Zeigt doch die Altersdifferenzierung, daß zwar die jüngste Altersgruppe noch relativ ähnlich wie die Erwachsenen urteilt, global die Jugendlichen aber stark (im Schnitt auf 3/4) absinken. Daß Notwehr sowohl ethisch als auch juristisch erlaubt ist, scheint den meisten klar zu sein. Und die Euthanasiedebatte hat das Ihrige dazu beigetragen, daß der Wert eher besorgniserregend wirkt. Leben und Sexualität bilden also die schwächsten Dimensionen. In diesen beiden Bereichen sind auch die größten Abweichungen zu beobachten.

Leben

Diese Beobachtungen gelten für alle Altersgruppen. Betrachtet man die relativen Schwankungen, so laufen die Kurven in der Tat beinahe parallel, es gibt kaum "Ausreißer" in dem Sinn, daß Jugendliche konkret andere Schwerpunkte und Maßstäbe in der moralischen Beurteilung der erfragten Verhaltensweisen anlegen. Daß die Moraldimension "Rücksicht" mit dem Alter weniger abnimmt als die übrigen, widerspricht dem nicht, bestätigt es vielmehr. Denn "Rücksicht" ist jene Moraldimension, die quer durch alle Alters- und Bevölkerungsschichten am stabilsten ist.

Die Grundlage der Moral, wie sie sich im Spiegel dieser Untersuchungen zeigt, ist das Prinzip: Non nocere - nicht schaden. Dieses Prinzip - an sich schon sehr liberalistisch - wird dabei extrem individualistisch gefaßt: Schädigungen sind auffälliger, wenn sie einzelne, konkret angebbare Personen betreffen. Daß solche Handlungen ethisch nicht vertretbar sind, ist allgemeiner Konsens. Wo die Geschädigten aber anonym bleiben oder aber nur noch als juristische Personen vorkommen, sinkt die Sensibilität spürbar ab. Dort wo es (angeblich) keine Geschädigten gibt, wo es nur ums eigene Leben, um die ganz private Fassung des Glücklich-Werdens geht, ist die Ablehnungsfront gegenüber ethisch fragwürdigen Verhaltensweisen spürbar geschwächt.

Grundlage der  
Moral:  
nicht schaden

Nachdenklich stimmen die Ergebnisse der Studie, wenn man betrachtet, wer die potentiell Geschädigten bei diversen Verhaltensweisen sind. Stark abgelehnt werden im allgemeinen Verhaltensweisen, in denen man eher die Opfer- als die Täterrolle einnimmt. Dafür spricht auch deutlich, daß bei den 16 - 18jährigen die Delikte "Schwarzfahren", "Lügen" und "Geschlechtsbeziehungen zwischen Minderjährigen" deutlich unter dem Schnitt liegen. Die eigenen Interessen bzw. Erfahrungen spielen dabei offensichtlich eine wesentliche Rolle.

Wo man also nicht zu den Geschädigten gehört, sieht das moralische Urteil milder aus. Dementsprechend rangieren auch Euthanasie und Abtreibung weit unten - hier handelt es sich offensichtlich um die schwächsten Glieder der Gesellschaft, mit denen man sich nur schwer identifizieren kann. Viel weniger ist im allgemeinen Bewußtsein, daß alle einmal Euthanasiefälle sein könnten. Das dementsprechende Moralsystem ist ein primitiver Utilitarismus: "Gut ist, was nützt", womit unausgesprochen gemeint ist: "Was mir nützt".

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

87

### Moralbegründungen

Nach Kohlberg (1985) lassen sich Moralbegründungen in verschiedene Sektoren einteilen:

- 
- \* Orientierung an persönlichem Nutzen/Schaden
  - \* Orientierung an Lohn/Strafe
  - \* Orientierung an der Gemeinschaft ("Prima-Kerl-Orientierung")
  - \* Orientierung an vereinbarten Regeln
  - \* Orientierung an allgemeinen Gesetzen
  - \* Orientierung an höheren Moralprinzipien
  - \* Niemandem Schaden zufügen
  - \* Die Freiheit jedes Menschen achten
  - \* Ein gutes Gemeinschaftsleben ermöglichen
- 

Mit den qualitativen Interviews wurden drei Moraldimensionen nach den Kohlberg'schen Faktoren untersucht. Den befragten Jugendlichen wurden drei Beispiele aus eher kritischen Lebenssituationen junger Menschen vorgelegt. Sie hatten bei jedem Fall zu beurteilen, ob die Person ihrer Meinung nach richtig oder falsch gehandelt hatten. Danach hatten die Befragten das Urteil zu begründen.

Drei Moraldimensionen untersucht

A.: Anton, 19 Jahre alt, beschädigt nachts beim Ausparken einen Mercedes. Niemand hat es gesehen, der Schaden dürfte aber einige tausend Schilling ausmachen. Antons Versicherung würde zwar zahlen, aber der Malus würde mehr Kosten verursachen als der eigentliche Schaden. "Für den Besitzer des Mercedes sicher eher erschwinglich als für mich", denkt Anton. Er steigt ein und fährt weg, ohne den Schaden zu melden.

B.: Doris, 18, hat seit einem Jahr einen fixen Freund. Eines Tages stellt sie fest, daß sie schwanger ist, beide sind schockiert. Sie verfügen noch über kein Einkommen und haben keine Wohnung. Auch die Eltern von Doris finden, daß ein Kind in Doris Alter "alle Lebenspläne zerstört" und raten zu einer Abtreibung. "Du kannst ja in ein paar Jahren noch Kinder bekommen" meinen sie. Eine Freundin von Doris rät ihr, das Kind trotzdem zu bekommen.

C.: Erich geht mit drei Freunden eines Abends vom Kino nach Hause, da sehen sie zwei Betrunkene, die auf einen Zeitungsverkäufer losgehen. Da sonst niemand in der Nähe ist, sind die vier die einzigen, die helfen könnten. Obwohl sie den beiden Betrunkenen körperlich weit überlegen wären, zögern sie, weil das nur Scherereien brächte. Erich ist bei seinen Freunden angesehen und könnte sie zum Eingreifen umstimmen.

- 
- Stufe 1: Reichtum des Mercedesfahrers; Geldersparnis; Angst vor Entdeckung
  - Stufe 2: Angst vor Entdeckung
  - Stufe 3: Fahrerflucht ist mies; "Arschloch"
  - Stufe 4: keine
  - Stufe 5: Gesetz
  - Stufe 6: Ehrlichkeit; Goldene Regel: "Was Du nicht willst, das man Dir tut, ...";  
Rechtssicherheit; Verantwortung: Wiedergutmachung von Schaden
- 

Beispiel A

Im allgemeinen wird vom Prinzip der Verantwortung und mit der Goldenen Regel argumentiert, das finanzielle Argument lassen die wenigsten gelten - hier ist auch keine Korrelation mit dem Geschlecht feststellbar. Das finanzielle Argument zieht eher bei den jüngeren. Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich mit dem Kirchenbesuch:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

88

nur bei den Kirchlichen kommt das Argument mit der Ehrlichkeit, während Verantwortung und Goldene Regel Allgemeingut sind.

---

Stufe 1: für Abtreibung: Materielle Sicherheit; Kinder brauchen schöne Kindheit; eigene Zukunft; dagegen: Risiko der Abtreibung

Stufe 2: keine

Stufe 3: Hilfe

Stufe 4: keine

Stufe 5: Sünde; Abtreibung ist Mord; Verantwortung übernehmen - Konsequenzen tragen

Stufe 6: Lebensrecht des Ungeborenen

---

Beispiel B

Ein Argument, das überhaupt nicht vorkommt, ist, daß das Ungeborene noch kein Mensch wäre; die Frage ist, ob das bei den Abtreibungsbefürwortern vorausgesetzt wird. Stark ist das materielle Argument - in beiden Richtungen: Sowohl "sie muß sich erst eine Grundlage schaffen", "das Kind sollte eine schöne Kindheit haben", "sie soll ihre Pläne verwirklichen", als auch "es wird sich einrenken", "Eltern werden helfen"

Die eigene Entscheidung wird stark betont - fast in der Hälfte aller Fälle. Männer sind eher gegen die Abtreibung als Frauen, jüngere eher als ältere. Was auffällt ist, daß Frauen mehr das Beziehungsnetz hinterfragen und davon die Entscheidung abhängig machen: "Sie soll mit ihrem Freund reden, ob sie zusammenbleiben, gemeinsames Bestreiten des Lebensunterhaltes, finanzielle Absicherung, wenn nicht: Abtreibung", während Männer sich eher heraushalten: "Sie muß herausfinden, was sie will. Wenn sie Kind will, dann soll sie es bekommen". Eine deutliche Beziehung besteht zur Kirchlichkeit: Je weniger kirchlich, desto mehr Befürwortung der eigenen Entscheidung und für die Abtreibung.

---

Stufe 1: Angst vor Verletzungen

Stufe 2: Angst vor Scherereien mit der Polizei und dem Gesetz

Stufe 3: sonst Feigling

Stufe 4: Fairness (2 gegen 1); das tut man

Stufe 5: Recht

Stufe 6: mitverantwortlich, Pflicht, Menschen in Not zu helfen; Goldene Regel; Nächstenliebe

---

Beispiel C

In diesem Fall sind alle Stufen von Argumentation anzutreffen, wobei jedoch diejenigen, die aus Angst vor Scherereien oder Verletzungen nicht eingreifen würden, vernachlässigbare Einzelfälle sind. Der hohe Wert der Zivilcourage ist allgemein klar, es gibt keine Unterschiede in Geschlecht, Alter oder Kirchlichkeit. Die weitaus meisten Befragten rekurrieren klar auf die Pflicht, Menschen in Not zu helfen.

"Ja, finde ich gut jemanden zu helfen, außerdem wären sie auch froh Hilfe zu bekommen, wären sie in der gleichen Situation, aber nicht schlägern, sondern eben eingreifen: Polizei holen oder jemanden anderen, Rausschmeißer von Lokal z.B." (19 Jahre).

"Ja! Nicht um mitzuprügeln, aber um die Angreifer zur Vernunft zu bringen! Dem Verkäufer sollte geholfen werden, ich hätte auch gerne, daß mir jemand hilft, wenn ich in der Klemme stecke" (23 Jahre).

"Auf jeden Fall, weil er damit das Leben eines anderen retten könnte. Die Betrün-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

89

kenen wissen nachher auch selbst nicht, warum sie etwas angestellt haben. Daß sie gegen einen Ausländer vorgehen, darf zu keiner Einschränkung der Hilfe für den Menschen führen, alle Menschen sind gleich" (24 Jahre).

Wie weit hier nur ein Ideal dargestellt wird, das der Realität nicht entspricht, sei dahingestellt. In der Praxis wird die Zahl derer, die wirklich helfend eingreifen, wesentlich geringer sein, als im Interview der Anschein erweckt wird. Immerhin zeigt sich jedoch deutlich das noch vorhandene Wertbewußtsein.

### Zusammenfassung

Betrachtet man die Argumentationen in allen drei Beispielfällen, so zeigt sich, daß das Bewußtsein für Grundwerte relativ hoch ist. Gerechtigkeit, Verantwortung, Pflicht zur Hilfeleistung sind die weitaus häufigsten Argumente in den Fällen eins und drei. Im Fall zwei ist die Situation völlig anders gelagert. Hier überwiegen die "praktischen" Argumente wie materielle Sicherheit, Zukunftspläne etc. sowohl bei Abtreibungsbefürwortern als auch -gegnern, diese versuchen damit die Abtreibungsbefürworter zu entkräften. Und gerade im Fall Abtreibung ist die Konfliktsituation so bewußt, daß viele nicht urteilen wollen und die Entscheidung in den privaten Bereich der Betroffenen verlagern. Wo liegen nun dafür die entscheidenden Gründe?

Bewußtsein für  
Grundwerte hoch

Es scheint sich zu zeigen, daß es vor allem die Gefahr des Selbst-geschädigt-Seins ist, die deutliche Urteile fördert. Die goldene Regel zeigt ihre Wirkung: "Wenn mir so etwas passiert, dann will ich auch, daß man soundso handelt." Der Fall der Abtreibung dagegen ist so gelagert, daß die Befragten nicht mehr Opfer sein können, ihre Interessen liegen viel eher auf der Täterseite. Dementsprechend fällt das Urteil aus.

### Abhängigkeit der Moralität von Persönlichkeitsmerkmalen

Die folgenden weiteren Beobachtungen basieren global auf der Europäischen Wertestudie und treffen auf alle Altersbereiche zu. Gravierende Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind hier nicht zu beobachten.

"Es gibt völlig klare Maßstäbe, was gut und was böse ist. Sie gelten immer für jeden Menschen, egal unter welchen Umständen." Diese Aussage läßt erwarten, daß die Befragten strengere Maßstäbe anlegen als jene, die meinen, man könne "nie völlig klare Maßstäbe über Gut und Böse geben; was gut und böse ist, hängt immer allein von den gegebenen Umständen ab".

Beurteilung von  
Gut und Böse  
hängt von  
Umständen ab

Dem entspricht auch die Zustimmung zu diesen Sätzen: Nur 15% der unter 29jährigen stimmen dem ersten Satz zu, immerhin noch 24% der 40-49jährigen), 78% vertreten die zweite Auffassung (67% der 40-49jährigen). Betrachtet man die Korrelationen jedoch genauer, so zeigen sich deutliche Unterschiede vor allem im Privatbereich (Sexualität, Leben), praktisch keine jedoch im öffentlichen, sozialen und "Rücksichts"-Bereich.

Gerade im Bereich der Sexual- und Lebensmoral mit unbegründeten Vorschriften zu argumentieren, scheint von da her problematisch. Daß Sexualität zum privaten Bereich gehört, in dem man sich nichts dreinreden läßt, scheint allgemein akzeptiert zu sein - und bei Jugendlichen besonders stark. In den anderen Lebensbereichen (öffentlich, sozial, Rücksicht) jedoch wird durch das Beharren auf starren Moralurteilen nichts gewonnen. Hier wird auf die Argumente geachtet, und selbst jene, die meinen, allein die Situation sei ausschlaggebend für moralisches Handeln, reagieren kaum anders als jene, für die Gut und Böse völlig klar sind. Anstatt in der Moralpädagogik mit den

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

90

Begriffen wie "erlaubt" und "verboten" zu arbeiten - wie es gewisse konservative Kreise noch/wieder tun -, ist es unerlässlich, Sexualität aus dem privatistisch-individualistischen Rahmen zu befreien und wieder in den Gesamtzusammenhang des Lebens zu stellen. Analoges gilt für die in der Variable Lebensmoral zusammengefaßten Bereiche.

Sexualität in  
Lebenszusammen-  
hang stellen

Ein wesentliches Persönlichkeitsmerkmal für die Moralität bildet die Ausstattung mit Angst oder mit Vertrauen. Das dürfte vor allem darin begründet sein, daß ein wesentlicher Teil der Moralbegründung und der traditionellen Moralpädagogik auf Angst vor Schaden und/oder Strafe beruht.

Diese Angst jedoch ist nicht mit der vernünftigen Furcht vor unliebsamen Konsequenzen ident, sondern ist ein Persönlichkeitsmerkmal, das ganz allgemein die "Stimmung" der Person, ihre Grundsätze und ihre globalen Verhaltensweisen bestimmt. Es liegt daher zunächst die Vermutung nahe, daß vertrauensvolle Personen, die eine positive Grundstimmung haben, weniger zu strengen Moralvorschriften neigen, als Personen, die ganz allgemein ängstlich und mißtrauisch sind. Die Angst vor einem unkalkulierbaren Risiko treibt diese Menschen in den schützenden Käfig strenger, aber überschaubarer Moralkodizes. Ein möglicher Indikator für die Angstausrüstung der Menschen ist das Item Reformbereitschaft: "Mit größeren Veränderungen im Leben sollte man vorsichtig umgehen" versus "Wenn man nichts wagt, wird man nie viel erreichen".

Hier zeigt sich: die Variable Reformbereitschaft wirkt sich nur im Bereich der Sexual- und Lebensmoral aus. Sind die "Furchtlosen" deshalb die Unmoralischen? Warum zeigt die Variable Reformbereitschaft keinen Zusammenhang mit Rücksicht? Diese Beobachtungen lassen folgenden Schluß zu: Dort, wo mit guten Gründen in der Moralverkündung argumentiert wird, wo die Gründe für moralisches Verhalten einsichtig gemacht werden können, verhalten sich furchtlose Personen ebenso "moralisch" wie ängstliche. In jenen Bereichen aber, wo traditionell vor allem mit Verboten und nicht mit Argumenten gearbeitet wurde, geht mit der Angst auch die Plausibilität verloren.

Angst fördert  
Moral nicht

An dieser Stelle ist jetzt die Frage zu stellen: Läßt sich also mit Angst die Moral heben? Gegen solche Unterstellungen muß man natürlich Einspruch erheben, da ein Operieren mit der Angst der Menschen zutiefst unmenschlich und unsittlich ist. Zudem ist Angst zwar ein relativ starker Hemmschuh, aber ein nicht sehr dauerhafter. Sobald die Plausibilität der Angst fraglich wird, oder aber in einem komplexen Interessenskonflikt die am wenigsten schlimmen Lösungen gesucht werden, werden die künstlich aufgestellten Hindernisse einer Angstpädagogik umgangen oder einfach mitsamt der zugrundeliegenden Plausibilitätsstruktur über Bord geworfen. Der Anreiz des Guten (= Lohn) ist allemal dauerhafter und dadurch erfolgversprechender als die Angst vor Schaden (= Strafe) (vgl. Bergius 1965). Der einzige Weg der Moralpädagogik bleibt die Überzeugung, die Hilfestellung zum Besseren in Wort und Tat.

Wer erwartet, daß kirchliche bzw. religiöse Menschen von vornherein die strengeren Moralansichten vertreten, wird enttäuscht sein. Die Analyse der Moraldimensionen nach sozio-religiösen Typen zeigt, daß sich Kirchlichkeit und Religiosität zwar auswirken - aber eigentlich nur im Bereich von Sexual- und Lebensmoral relevant sind. Dabei spielt die Kirchlichkeit eine wesentlich geringere Rolle als die Religiosität. Die Moralitätswerte fallen im allgemeinen: kirchlich - religiös - kulturkirchlich - unreligiös - kulturellreligiös.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

91

Als ausschlaggebender Faktor im Bereich der Moralität bleibt letztlich das Eigeninteresse bestehen: Nicht die objektive Tragweite einer Handlung, sondern deren (positive oder negative) Folgen für mich selbst geben letztlich den Ausschlag. Normen sind umso stabiler anerkannt, je mehr plausibel ist, daß sie meine eigenen Interessen schützen. Das zeigt sich auch ganz deutlich in der Tabelle: Schwarzfahren, Lügen, Fundverheimlichung und Geschlechtsbeziehungen Minderjähriger werden von Jugendlichen deutlich eher toleriert als von Erwachsenen - alles Delikte, in denen Jugendliche potentiell eher Nutznießer denn Geschädigte sind.

### Zusammenfassende Thesen

- \* Klare gesetzliche Verbote werden allgemein anerkannt und sind relativ unabhängig von verschiedenen Persönlichkeitsmerkmalen.
- \* "Traditionelle" Verbote werden von Konservativen/Autoritätshörigen eher anerkannt als von Liberalen/Freiheitsbewußten.
- \* Kirchliche Verbote, die nicht gesetzlich gestützt werden, haben auch unter Kirchlichen geringere Anerkennungsquoten als gesetzlich geahndete Delikte (z.B. Abtreibung, Lüge, ...).
- \* Heteronome Moralnormen bröckeln ab, sobald die Plausibilitätsstruktur sich auflöst/verlassen wird und/oder eigene Interessen mit der traditionellen Norm in Konflikt geraten.

Thesen

### Gibt es den so oft beklagten Moralschwund?

Im Vergleich zu den Erwachsenen zeigen Jugendliche eine kritischere Haltung gegenüber vorgegebenen Instanzen und Normen, gehen "liberaler" damit um. Auf den ersten Blick scheint es daher, als seien die Jugendlichen "unmoralischer" als die Erwachsenen. Doch zeigt eine genauere Untersuchung eher folgendes:

- \* Die Jugendlichen sind gegen vorgegebene Normen kritischer als die ältere Generation: Nur noch 15% meinen zum Beispiel, es gebe völlig klare Maßstäbe, was gut und was böse sei; bei den Erwachsenen sind das immerhin noch 24%, der Wert sinkt also auf weniger als 2/3. Diese Tatsache hat aber nichts mit a-moralischen oder gar un-moralischen Einstellungen zu tun. Jugendliche haben wohl liberaler Moralvorstellungen, aber sie legen im Grunde dieselben Maßstäbe an wie die Erwachsenen.
- \* Die größten Unterschiede zwischen den Erwachsenen und den Jugendlichen zeigen sich in den Bereichen, wo die persönlichen Interessenslagen verschieden sind. Jugendliche sind eher in der Situation, einen Parkschaden zu verursachen, als ihn zu erleiden (sehr starke Ablehnung 56% gegen 80%), sie leben - wohl auch häufig ohne Wissen oder gegen den Willen der Eltern - sexuelle Beziehungen (37% gegen 63%), sie sind eher in der Situation, Eltern und Kollegen anzulügen (17% gegen 35%), und fahren wohl häufiger schwarz in den öffentlichen Verkehrsmitteln (27% gegen 66%).
- \* Es ist zu erwarten, daß Jugendliche mehr als früher ein liberalistisches Moralkonzept vertreten ("Die Freiheit jedes Menschen achten"), die Generation der "Weltverbesserer" scheint nach mehr als 20 Jahren endgültig in die Minderheit geraten zu sein.

Jugendliche  
kritisch gegen  
NormenLiberalistisches  
Moralkonzept

Das "Korsett" wurde zwar abgestreift, aber wurde auch auf die Bildung des Rückgrates geachtet? Hier sind zwei Handlungsalternativen denkbar: Das Verpassen eines neuen Korsetts (Restauration) oder die Stärkung des Rückgrates (Mündigkeit). Die Vertreter der ersten Position meinen, durch Verpassen eines Korsetts das Rückgrat zu stärken, was aber ein fataler Fehlschluß ist. Genau das Gegenteil ist der Fall.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

92

Im Kontext individualistischer Praxis führt eine heteronome Moral von sich aus zum Verfall der ethischen Orientierung. Normen, die nicht mehr als plausibel empfunden werden, werden generell nur noch als Freiheitsberaubung empfunden und abgelehnt, eine Entwicklung, die als "Emanzipation" mißverstanden wird (vgl. Mieth 1984). Eine neue Ethik kann jedoch nicht in beliebiger Aut-arkie (Willkür), sondern nur in sich selbst verpflichtender Auto-nomie bestehen. Der Grundsatz kann daher nur heißen: Wir brauchen mehr Gewissenhaftigkeit und weniger Gesetzestreue!

### Die "neue Moral"

Die Jugendlichen sind offensichtlich in die Gesellschaft gut integriert. Sie urteilen zwar liberaler, aber doch nach den selben Maßstäben wie die Erwachsenen. Die Diskrepanzen zeigen nicht neue Denkmuster alten Tendenzen gegenüber, sondern sie zeigen, daß Tendenzen aus der Erwachsenenwelt bei Jugendlichen nur verstärkt zum Vorschein kommen. Ein restriktiver Umgang mit Themen der Ethik und Moral in der Erziehung Jugendlicher ist daher unglaublich, erwünscht sind Wege zur eigenverantwortlichen Entwicklung lebbarer Moralprinzipien.

Jugendliche urteilen liberaler, aber nach denselben Maßstäben wie Erwachsene

- \* Freiheit und Mündigkeit sind grundlegende Werte unserer Gesellschaft und besonders jungen Menschen enorm wichtig. Für die Pädagogik (auch und gerade in der Ethik) kann das nur heißen: Begründungen statt Lehrsätze.
- \* "Neuer Wein braucht neue Schläuche." Notwendig ist daher die Förderung einer kreativen Ethik, die sich den neuen Herausforderungen stellen kann. Eine solche "komponierende Ethik" kann nicht nur auf überlieferte Normen rekurrieren, sondern muß den eigenverantwortlichen Dreischritt: Sehen - Urteilen - Handeln neu in Erinnerung rufen und lehren.
- \* Offenheit, Kreativität und Phantasie im Umgang mit (neuen) Problemen ist gefordert: An die Stelle des bloßen Normengehorsams tritt die ethisch verantwortliche Phantasie (vgl. Sölle 1968).
- \* Diese Art von Moral- und Wertvermittlung braucht mehr noch als vernünftige Begründungen eine Gemeinschaft, die sich auf den Weg macht, um neue Orientierungen zu finden. Hier liegen auch die Chancen der Kirchen, als Forum des Dialoges und als engagierte Gemeinschaft eine Plausibilitätsstruktur zu bieten, in der die alten und neuen Tugenden gelebt und gefördert werden.

### Anmerkung:

1) Der Abweichungsfaktor errechnet sich aus der Division der Werte der 16- bis 18jährigen Jugendlichen durch jene der 40- bis 49jährigen Erwachsenen. Er drückt aus, wie stark die Zustimmung der Jugendlichen von jener der Erwachsenen abweicht. Je kleiner der Faktor, desto größer ist die Abweichung von der zustimmenden Ansicht der Erwachsenen.

### Literatur:

Bergius, R.: Behavioristische Motivationsbegriffe, in: Thomae, H. u.a. (Hg.): Handbuch der Psychologie, Band 2, Göttingen 1965, 817-866  
 Kohlberg, L.: Gesammelte Schriften, Band 1: Philosophische und Pädagogische Unter-

## **2. Bericht zur Lage der Jugend**

---

93

suchungen zur Moralentwicklung, Frankfurt/Main 1985

Mieth, D.: Ehe als Entwurf. Über die Lebensform der Liebe, Mainz 1984

Sölle, D.: Phantasien und Gehorsam, Stuttgart 1968

Zulehner, P.M., u.a.: Vom Untertan zum Freiheitskünstler. Eine Kulturdiagnose anhand der Untersuchungen "Religion im Leben der ÖsterreicherInnen 1970-1990", Wien 1992

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

94

### SEHNSUCHT FAMILIE: WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Stefan Dinges

#### Ehe und Familie

*"Die Familie ist sehr wichtig. Ich finde das Vertrauen und die Liebe meiner Mutter sehr gut. So möchte ich es auch in meiner zukünftigen Familie machen. Der Zusammenhalt meiner Eltern ist phantastisch. Die Toleranz sehr gut."* (Berufstätige, 22 Jahre)

Familie ist  
wichtig

Wenn Jugendliche in Österreich gefragt werden (vgl. Zulehner u.a. 1991, Friesl u.a. 1992), welcher Lebensbereich ihnen "sehr wichtig" ist, wird von 67% der Bereich "Familie" genannt, gefolgt von "Freizeit" (59%) und "Freunde" (53%). Die Wertschätzung von Familie bei den Jugendlichen liegt damit etwas unter der Wichtigkeit, die sie für die Erwachsenen hat, nämlich 84%, rechnet man jedoch die 27% hinzu, denen die Familie "ziemlich wichtig" ist (Erwachsene 13%), ergibt sich eine Zustimmung von 94% (Erw. 97%). Damit liegen die Jugendlichen auch vergleichbar zur Stimmung gegenüber der Institution "Familie" in Westeuropa (80%/15%).

Der zweite Blick gilt der Institution "Ehe": 68% der jungen ÖsterreicherInnen bis 29 Jahre stimmen der Aussage "Die Ehe ist eine überholte Institution" nicht zu (Erwachsene 78%). Auch hier liegt Österreich nahe dem Durchschnitt in Westeuropa: 74%. In den anderen Teilen Europas und Nordamerikas ist die Zustimmung zur Ehe noch höher, nämlich weit über 80% (Osteuropa 84%; Südeuropa 81%; Nordamerika 88%). Unter den Jugendlichen in Westeuropa ist die Akzeptanz der Institution "Ehe" mit 66% deutlich geringer.

Erwartungen an  
Familie  
sehr hoch

Wenn von einem Umbruch im Bereich von Ehe und Familie gesprochen werden soll, ist festzustellen, daß die "Familie" im weiteren Sinn schon seit den Sechzigerjahren jener Baustein einer modernen Lebenskultur ist, von dem die Menschen zunehmend ihr Glück und Wohlbefinden abhängig machen. Wird die Sehnsucht und der Wunsch nach Familie als ein Ort des Glücks und des Trostes zunehmend größer, kann eine Ursache darin bestehen, daß das gesellschaftliche Umfeld immer trostloser wird. Im Gegensatz zu anderen Behauptungen hatte (und hat) Familie eine unverändert hohe Akzeptanz und fehlte nicht im Wertebewußtsein junger Menschen. Es gibt aber nach wie vor, oder gar in steigendem Ausmaß gesellschaftliche Trends, die den Wunsch nach Ehe und Familie nicht realisierbar werden lassen.

Vorsichtige Zu-  
stimmung zur  
Institution "Ehe"

Die eher vorsichtige Zustimmung der Jugendlichen zu "Ehe" gegenüber der deutlichen Zustimmung zu "Familie" wirft daher einige Fragen auf:

- Wie sehen die Zukunftspläne von Jugendlichen konkret aus - im Hinblick auf Partnerschaft und Familie?
- Ist "Familie" nicht ein Synonym für den Wunsch nach geglücktem Leben, ein "Platzhalter für das Glück" überhaupt im Leben der Jugendlichen?
- Besteht in diesem Zusammenhang nicht die Gefahr einer Überforderung der Institutionen "Ehe und Familie", wenn sie gleichsam als "Platzhalter des Glücks" das Gelingen der Lebenspläne garantieren sollen, während andere gesellschaftliche Bereiche und Institutionen (Kirche, Politik) eher unbefriedigend und ohnmächtig wahrgenommen und abgelehnt werden?
- Welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen finden Jugendliche vor, damit ihr Wunsch nach Familie Wirklichkeit werden kann? Wo finden sie Unterstützung und welche Hindernisse stellen sich ihnen in den Weg?

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

95

### Die Lebensstimmung

Zum Zeitpunkt der Untersuchung (Zulehner u.a. 1991) waren 82% der befragten jungen Österreicherinnen ledig, 11% lebten mit einem Partner zusammen und 7% waren verheiratet.

Nur 5% der jugendlichen InterviewpartnerInnen sehen ihre Zukunftsperspektive eher düster, 28% sind skeptisch. 67% sehen eher zuversichtlich in die Zukunft. Dabei überwiegen mit 70% die jungen Frauen, deren Stimmung weitaus positiver ist als die der jungen Männer (64%). Fast zwei Drittel der Jugendlichen waren 1990 mit ihrem Leben "völlig zufrieden" (63%), 23% "zufrieden", nur 4% sind "völlig unzufrieden". Für den Augenblick, sagen die Jugendlichen, verspüren sie Glück in ihrem Leben: 26% bezeichnen sich als "sehr glücklich", weitere 62% als "ziemlich glücklich". Nur 9% der Jugendlichen geben an, "nicht sehr glücklich" oder gar "nicht glücklich" zu sein.

Die meisten Jugendlichen sind zufrieden

### Auseinandersetzung mit den Eltern

79% der Jugendlichen vertrauen ihren Familien ganz, 14% immerhin ein wenig, nur 4% trauen ihren Familien nicht (Zulehner u.a. 1991). Wird dies gemeinsam gesehen mit dem - anfangs aufgezeigten - deutlichen Wunsch nach Familie, läßt sich sagen: In Österreich haben junge Menschen mehrheitlich positive oder wenigstens ausgewogene Familienerfahrungen. Jedoch scheint die Akzeptanz von Familie, die Sehnsucht nach Familie mehr zu bedeuten als der Wunsch, ein positives Lebensgefühl der Jugend in die Zukunft zu verlängern. Denn nach eigenen Aussagen setzen sich die Jugendlichen mit ihren Eltern und ihren Familien auseinander: In den Interviews wurden die Jugendlichen nach dem Leben ihrer Eltern gefragt, welchen Dingen sie zustimmen würden, was sie anders machen würden und wie sie allgemein die Beziehung zu ihren Eltern beschreiben würden.

Positive und ausgewogene Familienerfahrungen überwiegen

86% sagen (Zulehner u.a. 1991), sie haben eine brauchbare Beziehung, einen guten Kontakt zu ihren Eltern - mit allen Einschränkungen, die der gemeinsame Alltag mit sich bringt. Das schließt Verständigungsprobleme nicht aus. Je eigenständiger die Jugendlichen werden, desto schwieriger werden die Auseinandersetzungen. Bei nicht wenigen kommt es in dieser Phase zu Kommunikationsproblemen: Dann läuft der Alltag, aber man trifft sich nicht mehr zu tieferen Gesprächen; mangels einer guten Konfliktkultur gehen sich die einzelnen in der Familie aus dem Weg. 10 Jugendliche (von 120) haben nach eigenen Angaben überhaupt keinen Kontakt mehr zu ihren Eltern, 3 Jugendliche nur Kontakt zu einem Elternteil.

Guter Kontakt zu Eltern trotz Verständigungsproblemen

Die Differenzen, welche die Beziehung zu den Eltern trüben, sind alltägliche Probleme: Umgang mit Geld, Schulprobleme, der Zeitpunkt des Nachhausekommens und die Aufteilung der Hausarbeit werden am häufigsten genannt. Darauf folgen unterschiedliche Auffassungen über die Gestaltung der eigenen Sexualität bzw. des Lebenswandels allgemein und über die eigene Weltanschauung.

*"Ich würde nix genauso machen, wie meine Eltern, aber ich glaube, die Erziehung war okay. Ich kann mich an nichts Negatives erinnern." (Berufstätiger, 23 Jahre)*

*"Die Geldangelegenheiten sind der Zankapfel. Die Beziehung ist ziemlich in Ordnung, mit gegenseitigem Vertrauen. Mit der Mutter total harmonisch. Der Vater, der redet einem so drein, da zerschellen die Illusionen." (Schülerin, 15 Jahre)*

*"Mein Bruder und ich hatten von klein auf dieses Vertrauen. Probleme gibt es in Bereichen, in denen ich eigenständig handeln möchte: Da wird mir zu wenig zugestanden, man traut mir zu wenig zu." (Studentin, 24 Jahre)*

*"In Sachen Weltanschauung verstehe ich mich gut mit ihnen, sie sind tolerant eingestellt."*

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

96

*Probleme gibt es manchmal, weil ich nicht so viel helfe zu Hause. Die Prioritäten werden von mir oft auf mich bezogen gesetzt, d.h. wenn ich lerne oder lese, habe ich keine Zeit für etwas anderes." (Berufstätiger, 19 Jahre)*

*"Ich habe gar keine Beziehung zu den Eltern, ihre Einstellung dem Leben gegenüber verstehe ich nicht. Sie verstehen meine Probleme nicht und ich ihre nicht. Sie hatten nie Spaß am Leben, sondern nur Arbeit. Meine Mutter versteht meine Beziehung zu Männern nicht und glaubt, daß alles, was ich tue, nur ihrem Ruf schadet." (Berufstätige, 19 Jahre)*

Viele der Jugendliche betonen ihre eigene Einstellung zur Arbeit: Sie wünschen sich mehr Privatleben, als sich ihre Eltern gönnen, sie wollen mehr Abwechslung in der Freizeit und sich nicht verplanen lassen. Sie möchten ihr eigenes Leben gestalten, versuchen, verschiedene Dinge zu integrieren. Sie schätzen Solidarität, Fairness und Toleranz an ihren Eltern.

Gestaltungswille  
ist sehr  
ausgeprägt

*"Die Erziehung finde ich gut, nicht zu locker, aber doch liberal. So ähnlich möchte ich es auch einmal machen. (Gut ist), daß man sich hinsetzt und miteinander redet. Und: Die Arbeit ist nicht das Leben, man lebt von der Arbeit." (Schülerin, 15 Jahre)*

*"Ich würde gar nichts so machen wie sie, weil sie haben nichts vom Leben gehabt, denn sie waren beide so jung als sie geheiratet haben. Dann haben sie sofort angefangen zu arbeiten. Z.B. die Mama war nie im Leben in einer Disco." (Berufstätige, 17 Jahre)*

*"(Die Eltern) nehmen sich viel Zeit für einander, fahren z.B. spontan gemeinsam auf Urlaub. Sie beschäftigen sich sehr mit Lateinamerika und solchen Sachen. Das finde ich nicht so wichtig - ist weit weg, da kann man nicht eingreifen. Vater ist fachlich kompetent, engagiert in seinem Beruf - das möchte ich auch sein bzw. werden." (Berufstätiger, 19 Jahre)*

Jugendliche, die in Scheidungsfamilien oder Stieffamilien groß geworden sind, setzen sich kritisch mit ihrer Situation auseinander - können aber auch Positives aus dem Erlebten gewinnen. Die Jugendlichen gehen versöhnlich mit ihren Eltern um: Nicht wenige betonen, daß ihnen ihre Eltern beispielhaft sind in punkto Partnerschaft, Kommunikation und Dialog, bzw. Streitkultur. In den Familien finden Auseinandersetzungen statt, um ein besseres Miteinander zu versuchen. Meinungsverschiedenheiten und Streit gehören eben zu einer "normalen Familie" dazu. Einige bedauern, nicht mehr in der Familie zu leben. Die Älteren (20-24 Jahre) zeigen dann die ausdifferenzierte Palette von Familienformen: Sie leben "getrennt von der Kindesmutter", sie bilden eigene "Studentenfamilien mit einem Kind", sie erleben sich in Spannung bzw. Ablösung zwischen der Herkunftsfamilie und der neugegründeten Familie.

Jugendliche aus  
Stief- und Schei-  
dungsfamilien:  
kritische Haltung

*"Die Eltern sind geschieden - ich möchte eine lebenslange Ehe oder keine! Mein Vater arbeitet sehr viel, hat zu wenig Freizeit und ist sehr materialistisch eingestellt. Meine Mutter hat sehr viele Bekannte (das wäre mir zu oberflächlich), aber sie ist sehr offen für alles, hat immer Zeit. Das finde ich positiv." Berufstätige, 23 Jahre*

*"Meine Eltern leben getrennt. Meine Mutter ist immer für uns da und wir können mit jedem Problem zu ihr gehen. Sie zeigt viel Verständnis für uns." (Schülerin 15 Jahre)*

*"Meine Mutter ist gestorben, ich habe eine tolle Stiefmutter. Ich bin froh, wenn es meinen Eltern gut geht. Mir ist ihr Leben zu eintönig, ich will mehr Abwechslung. Ihr Leben läuft nach einem fixen Zeit/Haushaltsplan ab. Die Art meines "Andersseins" wird von der sozialen Situation und vom Partner abhängen." (Student, 19 Jahre)*

*"Die Eltern sind geschieden. Der Vater hat eine glückliche Familie, ihm ist die Familie, der Beruf und das Segelfliegen wichtig. Ich lebe bei meiner Mutter. Es gibt oft eine gespannte Lage mit ihrem Lebensgefährten. Ich würde meine Kinder so erziehen, wie meine Mutter uns erzogen hat." (Schülerin, 14 Jahre)*

### Familienbilder

Mit "Familie" assoziieren 40% die "klassische Kernfamilie", gefolgt von "solidarischer

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

97

Gemeinschaft" (29%) und "Geborgenheit" (20%). 18% verbinden mit Familie "Haus und Garten". Je 6 Jugendliche nennen "Verständnis", "Sicherheit", ein "wärmendes Nest", "Ehrlichkeit und Vertrauen". Bei 5 Personen ist Familie eindeutig negativ besetzt: Sie verbinden mit Familie "bürgerliche Einengung", "Vorgaukeln von Glücklichkeit", "Vorschriften", "zu viele Rücksichten und Probleme" oder gar die "Angst, verlassen zu werden" (Friesl u.a. 1992).

Wunsch: Familie soll Sicherheit und Geborgenheit bieten

### Familie ist für mich...

... Eltern und Kinder. Getrennte oder Geschiedene sind eher keine Familie für mich. (Schüler, 14 Jahre)

... ein Nest, manchmal auch ein notwendiges Übel. (Schülerin, 16 Jahre)

... Zusammenhalt, Ehrlichkeit, Vertrauen, vom anderen lernen. (Berufstätige, 17 Jahre)

... letzte Vertrauensinstanz bei schwierigen Problemen. (Student 19 Jahre)

... wenn so wie bei uns, dann ist "Familie" negativ besetzt. (Berufstätige, 18 Jahre)

... ein Platz, an den ich immer wieder zurückkommen kann. (Berufstätige, 21 Jahre)

... ist zwiespältig: Einerseits Geborgenheit, miteinander reden, nach Hause kommen können, kuscheln. Aber auch: Verantwortung tragen müssen, Rücksicht nehmen, Konflikte mit Partner und Kindern, Chaos, nicht mehr ganz frei sein, Kampf um Beziehung, Angst vorm Verlassenwerden. (Berufstätige, 23 Jahre)

... gemeinsam das Leben verbringen. (Student, 20 Jahre)

... Weihnachten, glückliche Familie, strahlende Kinderaugen. (Studentin, 20 Jahre)

... Gesellschaft im Kleinen. (Studentin, 20 Jahre)

... Geborgenheit, Ort der Sicherheit, finanzielle Absicherung. (Berufstätige, 21 Jahre)

... zusammenleben, Glück, Familie ist "heilig": Ich würde alles tun, um die Familie zusammenzuhalten. (Berufstätiger, 22 Jahre)

Die Veränderungswünsche der Jugendlichen: An erster Stelle wollen sie ihren Kindern mehr Zeit und Engagement zukommen lassen, den eigenen Kindern durch Vertrauen und Freiräume das je notwendige Maß an Selbständigkeit ermöglichen. Sie möchten einen gemeinsamen Haushalt partnerschaftlich führen. Gleichzeitig möchte ein Großteil erst später und nicht "vom Fleck weg" heiraten, sorgfältig über Kinder nachdenken; vor einer Familiengründung soll die materielle Basis stimmen, "damit das Leben nicht aus Geldproblemen und Frust besteht!"

Eigene Familiengründung: überlegt und selbstbewußt

"Ich würde mich mehr mit den Kindern befassen, mehr mit ihnen reden." (Schülerin, 15 Jahre)  
 "Ich würde alles anders machen, später heiraten, später erst Kinder bekommen. Ich möchte auf mehreren Gebieten arbeiten und nicht mein Leben lang dasselbe machen." (Berufstätige 17 Jahre)

"Ich würde Kinder als eigenständige Lebewesen betrachten." (Student, 22 Jahre)

"Ich würde keine so zwanghafte religiöse Erziehung anwenden." (Schüler, 18 Jahre)

"Ich würde so gut wie nichts anders machen - Kleinigkeiten, aber nichts Bestimmtes." (Berufstätiger, 24 Jahre)

### Partnerschaft und Ehe

81% der befragten Jugendlichen haben die Absicht zu heiraten. Nach ihren Plänen gefragt, wiederholen viele der Jugendlichen (17%), daß sie sich prinzipiell vorstellen zu heiraten, jedoch erst später. Nur 17 junge Männer und Frauen sind entschieden gegen die Ehe, 6 sind unentschieden. Darüberhinaus divergieren die Meinungen über die Ehe: Für die einen ist Heiraten nur eine Formsache, für andere ist die Ehe etwas Endgültiges und von daher eine Hürde, vor der sie zurückschrecken. Wieder andere erklären, Heiraten sei nicht ihr ausdrückliches Ziel.

8 von 10 Jugendlichen wollen heiraten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

98

"Ich möchte auf alle Fälle heiraten." (Berufstätiger, 19 Jahre)

"Nein, ich habe nicht die Absicht zu heiraten. Zusammenleben ist okay, aber keine Kinder, keine Heirat." (Student, 19 Jahre)

"Ich möchte schon heiraten, aber ich richte mein Leben nicht danach aus. Ich kann mir vorstellen, daß es "passiert", müßte aber lange überlegen." (Studentin, 20 Jahre)

"Ich möchte vielleicht heiraten, Kinder bekommen will ich schon." (Berufstätige, 22 Jahre)

"Ja, ich möchte den Vater meiner Kinder heiraten, damit die Kinder eine Position bekommen, wo sie merken, daß man zusammenleben kann. Unverbindlich geht es nicht, ich will auch rechtlich abgesichert sein." (Berufstätige, 24 Jahre)

11 Jugendliche können sich nicht vorstellen, ein Leben lang mit einem Partner bzw. einer Partnerin zusammenzusein, weitere 11 stehen der lebenslangen Treue skeptisch gegenüber: Sie proklamieren für sich "Treue auf Zeit". Die anderen Jugendlichen wünschen sich unverbrüchliche Treue - ein Großteil von ihnen vermag jedoch nicht auszuschließen, daß ihre Ehe auch scheitern kann.

*Treue - ein Leben lang?*

"Ja, das kann ich mir nur so vorstellen, denn die Freiheit habe ich ja in meiner Jugend, dann soll es der Richtige sein." (Schülerin, 15 Jahre)

"Ja, ich hoffe natürlich, daß ich mich nicht scheiden lassen werde. Der Konflikt zwischen Freiheit und Geborgenheit besteht, aber ich wünsche mir eine Partnerschaft, in der ich auch noch meine Freiräume habe und ich selbst sein kann." (Berufstätige, 17 Jahre)

"Möglich wäre es, für immer einen Partner zu haben. Allerdings kann eine Beziehung immer enden." (Berufstätiger, 19 Jahre)

"Ja, das Gefühl der Geborgenheit muß bei mir als erstes erfüllt werden. Gegebenenfalls stecke ich dafür etwas von der Freiheit zurück." (Berufstätige, 22 Jahre)

"Die Gefahr, daß eine Beziehung scheitert, wird wahrscheinlich immer vorhanden sein." (Schüler, 15 Jahre)

"Nein, ich brauche meine Freiheit und Unabhängigkeit." (Berufstätiger, 18 Jahre)

"Ja: Daß eine Beziehung für immer hält, wäre schön, aber es ist immer möglich, daß die schönste und beste Beziehung zerbricht. Mit einem Partner, der auf meiner Wellenlänge liegt, sehe ich keinen Konflikt zwischen Freiheit und Geborgenheit." (Berufstätiger, 18 Jahre)

"Das kann ich nicht sagen, das wird sich zeigen. Ich würde es mir wünschen, doch der geeignete Partner gehört dazu. Scheitern war (für mich) notwendig, und ich habe daraus gelernt." (Schülerin, 19 Jahre)

"Ich kann mir im Moment eine Beziehung für die nächsten 50 Jahre eher nicht vorstellen." (Student, 21 Jahre)

"Wenn überhaupt, dann ein Leben lang. Es muß wohl überlegt sein, bevor ich mich darauf einlasse. Scheidung oder Trennung kann ich mir nicht vorstellen." (Berufstätiger, 22 Jahre)

"Ja!! Man soll nicht mit Scheidung rechnen, wenn zwei sich füreinander entschieden haben." (Berufstätige, 22 Jahre)

### Basiswerte einer guten Ehe

"Gegenseitiges Verstehen und Toleranz", "Treue", sowie "gegenseitiger Respekt und Anerkennung" sind jene Anforderungen, die den jungen ÖsterreicherInnen für eine gute Ehe "sehr wichtig" sind. Am unteren Ende der Tabelle rangieren "gemeinsame religiöse Überzeugungen", die "gleiche soziale Herkunft" und die "Übereinstimmung in politischen Fragen".

Für Ehe wichtig:  
Toleranz, Treue,  
Respekt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

99

"sehr wichtig"	Jugendliche	Erwachsene
gegenseitiges Verständnis und Toleranz	85	83
Treue	80	76
gegenseitige(r) Respekt u. Anerkennung	79	81
glückliche sexuelle Beziehungen	67	59
gemeinsame Interessen	63	67
Kinder	49	64
von Schwiegereltern getrennt leben	41	39
gute Wohnverhältnisse	31	46
Haushalt gemeinsam machen	33	25
angemessenes Einkommen	21	33
gemeinsame religiöse Überzeugungen	10	20
gleiche soziale Herkunft	6	15
Übereinstimmung in politischen Fragen	4	5

Tabelle 1: Anforderungen an eine gute Ehe; Angaben in Prozent

Für die jungen Frauen sind eine Reihe von Anforderungen wesentlich wichtiger als für die männlichen Jugendlichen. Dies betrifft die Aspekte "Treue" (85% - 76%), "gegenseitiger Respekt" (83% - 76%) oder "Kinder" (57% - 41%). Für die jungen Männer (70%) ist die glückliche sexuelle Beziehung wichtiger als für die Frauen (63%), 25% wünschen ein angemessenes Einkommen (Frauen 17%).

Geschlechts-  
spezifische  
Unterschiede

Die Untersuchungen zeigen, daß die Jugendlichen Familie als Basis für die Zukunft und die Gestaltung ihres persönlichen Glücks anerkennen. Sie nähern sich jedoch in größerer Zahl den Institutionen Ehe und Familie vorsichtig und nicht ohne Vorbehalte. Familie zu gründen, Familie zu leben, ist zumeist ein konkreter Wunsch, nur bei wenigen eine Chiffre oder ein unbestimmter Platzhalter für Glück, das zeigt sich nicht zuletzt in den Basiswerten für eine gute Ehe: Die Jugendlichen haben konkrete Vorstellungen von ihren zukünftigen Beziehungen.

Jugendliche  
haben konkrete  
Vorstellung von  
zukünftigen  
Beziehungen

Allerdings machen sich weit mehr junge Menschen auch Gedanken darüber, ob ihre Beziehungen gelingen werden, ja gelingen können: Während nur 35% aller ÖsterreicherInnen sich Sorgen macht, ob ihre Ehe von Dauer sein wird, sorgen sich 52% aller Jugendlichen um ihre (zukünftigen ehelichen) Beziehungen.

### Lebensraum statt Lebensform

Aufgrund der bisherigen Überlegungen läßt sich vermuten, daß die Jugendlichen in Österreich mit Familie eher einen *Lebensraum* als eine *Lebensform* beschreiben. Ob dieser Lebensraum begründet wird durch die Institution "Ehe" oder der gefundene Lebensraum, die "kleine Lebenswelt", der Ort von "Wachsen" und "Wurzeln" später im Nachhinein legitimiert wird durch eine Eheschließung, ist sekundär.

Damit liegen die Jugendlichen in einem Trend, der gesellschaftlich immer mehr Verbreitung findet und der etwas mit der Abnahme des Autoritarismus (verbunden mit einem schwindenden Einfluß und Akzeptanz von Institutionen) zugunsten eines verstärkten Individualismus zu tun hat: So nehmen weit mehr Faktoren Einfluß auf das Gelingen von Partnerschaft, Ehe und Familie. Im nächsten Schritt werden die unmittelbaren Veränderungen im Lebensraum Familie aufgezeigt. Danach sollen die anscheinend eher mittelbaren Veränderungen im kulturellen und gesellschaftlichen

Familie ist  
Lebensraum  
statt Lebens-  
form

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

100

Umfeld aufgezeigt werden (vgl. Abschnitt "Familie im Spiegel der Gegenwartskultur").

Daß die Sehnsucht nach Familie nicht eine utopische Chiffre von Glück bleibt und der Wunsch nach Familie dauerhaft Wirklichkeit werden kann, gestalten diese Grundströmungen aus dem gesellschaftlichen Umfeld entscheidend mit - oder aber sie verhindern den stabilen Aufbau kleiner Lebenswelten. Die Lebenszufriedenheit, eingangs schon aufgezeigt, ist gemeinsam mit dem nachweisbaren Vertrauen anderen gegenüber eine Grundbedingung für Familie. Es hat sich auch gezeigt, daß Zufriedenheit und Vertrauen abhängig sind von Bildung und Wohnort. Besondere Beachtung bei den gesellschaftlichen Faktoren verdient, daß gerade die Jugendlichen stark in Richtung Individualismus tendieren: Die Einstellung zu alten und neuen Institutionen, die Bereitschaft zu Solidarität und sozialem Engagement werden dadurch geprägt. Diese Faktoren wiederum beeinflussen das Klima, in dem der Aufbau von "Kleinen Lebenswelten" gelingen oder scheitern kann.

Tendenz zum  
Individualismus

### Pluralität familialer Lebensformen

Es gibt heute eine Vielzahl familialer Lebensformen. Die neue Seite daran ist nicht die Vielfalt, sondern die breite gesellschaftliche Akzeptanz: Neben der traditionellen Form der bürgerlichen Kernfamilie existieren "nichteheliche Lebensgemeinschaften", Familien mit AlleinerzieherInnen, Stieffamilien. Diese Formen haben zugenommen, wenn sie auch nicht in Konkurrenz - in Wunsch und Realität - zur Kernfamilie stehen.

Vielzahl fami-  
liarier Lebens-  
formen

Von den unter 30jährigen in Österreich sind über 40% der Ansicht: "Ehe ist nicht notwendig, wenn zwei sich mögen, können sie auch ohne Trauschein zusammenleben." 38% meinen, "man kann auch ohne Ehe zusammenleben, aber wenn Kinder da sind, sollte man heiraten" und nur mehr 20% sind der Auffassung: "wenn Mann und Frau zusammenleben, sollten sie auch verheiratet sein".

Unverheiratetes  
Zusammenleben  
üblich, aber  
nicht häufig

### Voreheliche Lebensgemeinschaften

Der Blick auf die Statistik zeigt, daß unverheiratetes Zusammenleben in Europa üblich geworden ist. Jedoch hat sich dieser Anteil in den letzten 10 Jahren nicht wesentlich verändert, der Anteil der zumeist unter 40jährigen, die dieser Lebensform wählen, beträgt in Westeuropa 7%, in Österreich 4% (vgl. Höpfinger 1987). Unverheiratetes Zusammenleben ist vielfach als voreheliches Zusammenleben konzipiert; es stellt zugleich eine erste Phase der Familienbildung dar. Eheschließung als die zweite Phase wird davon immer häufiger entkoppelt und tritt dann im Zusammenhang mit dem Kinderwunsch ein. Doch auch dieser Zusammenhang ist nicht mehr zwingend.

Schwangerschaft  
kein Heirats-  
grund

### Mütter ohne Ehe

Die Statistik weist aus, daß seit 20 Jahren der Anteil der unverheirateten Mütter in Österreich kontinuierlich im Steigen begriffen ist: Waren in den 70er-Jahren ein Viertel der Mütter unverheiratet, so sind es 1990 bereits 40% (Kytir 1993). Schwangerschaft ist für Österreicherinnen kein Heiratsgrund mehr, ein Kind einer ledigen Mutter ist keine Peinlichkeit. Eine Ursache für diese Entwicklung ist die Sozial- und Familienpolitik der 70er-Jahre, die einige Benachteiligungen für ledige Mütter aufhob. Die Zahl der Frauen, die trotz Schwangerschaft auf eine Heirat verzichten, ist groß, ebenso jene, die ohne Trauschein mit einem Mann zusammen leben.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

101

Das letzte Beispiel macht deutlich, wie sehr sozioökonomische Faktoren die Familienbildung beeinflussen. Je unabhängiger junge Menschen planen und wählen können, desto vielfältiger wird die Beziehungslandschaft aussehen. Einen Beleg für diese These läßt sich nicht direkt finden. Als jedoch 1988 das Familienministerium beschloß, die "Eheprämie" zu streichen, stiegen die Eheschließungen vor Ablauf der Frist noch einmal sprunghaft an: Familiengründung braucht eine ökonomische Absicherung. So dürfte die familiäre Planung junger ÖsterreicherInnen nicht unwesentlich abhängig sein von z.B. der Einkommens- und der Wohnungssituation. Die sozioökonomischen Faktoren, so ist zu vermuten, sind heute eher der Familienbildung hinderlich. Ein indirekter Hinweis darauf ist die Zufriedenheit der Jugendlichen mit ihrem Lebensstandard: 47% der Befragten sind mit dem Lebensstandard sehr zufrieden, immerhin 10% sind unzufrieden, 42% reihen sich in ein Mittelfeld ein (Zulehner u.a. 1991).

Gelingen von Beziehungen ist persönliche Angelegenheit und kulturelle Leistung

### Die Familie im Spiegel der Gegenwartskultur

Für die Gestaltung von stabilen und zugleich befriedigenden Beziehungen sind lebensgeschichtlich erworbene Fähigkeiten der einzelnen jungen Menschen von Bedeutung. Gerade die Aspekte der persönlichen Kompetenz zum Aufbau und zum Erhalt der Beziehungen in kleinen Lebenswelten sind nun keineswegs mehr einzig eine persönliche Angelegenheit, sondern in hohem Maße auch kulturelle Leistung. So stellt sich die Frage, in welchem kulturellen Klima heute Jugendliche den Aufbau und Erhalt befriedigender kleiner Lebenswelten vollbringen sollen (und müssen). So gesehen ist das Gelingen von Beziehungen eben nicht nur eine Frage der individuellen persönlichen Absicht und der ökonomischen Möglichkeiten, sondern ebenso der kulturellen Bedingungen. Gegen kulturelle Gegenstimmungen ist es schwer, mit individueller, sozial ungestützter Ethik anzukommen. Noch mehr: Die kulturellen Grundstimmungen gestalten nachhaltig die individuelle Ethik mit.

Zentrale Momente der Gegenwartskultur (in Österreich), die sich - förderlich wie hinderlich - als nachhaltig wirksam für die Lebbarkeit des Wunsches nach stabilen kleinen Lebenswelten erweisen, sind der Rückgang des Autoritarismus, verbunden mit einer zunehmenden De-Institutionalisierung; und gleichzeitig ein Phänomen, für das der Begriff "Selbstverwiesenheit" gewählt wurde (vgl. Zulehner u.a. 1991).

### Verdunsten des Autoritarismus und Prozeß der De-Institutionalisierung

Sinkender Autoritarismus

Der Mikrokosmos "Kleine Lebenswelt" wird beeinflußt von dem Makrokosmos "Gesellschaft". Gerade dort haben sich in den letzten Jahrzehnten bedeutsame Veränderungen ergeben. Sicherlich ist eine der wichtigsten Entwicklungen der seit Jahren anhaltende Rückgang des Autoritarismus in Österreich. Die Autoritarismus-Skala wird von folgenden Items gebildet:

- Wo strenge Autorität ist, dort ist auch Gerechtigkeit: 1980: 33,2 % - 1990: 25,9 %
- Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist Gehorsam: 1980: 62,4 % - 1990: 43,9%
- Mitreden und Mitentscheiden soll man erst, wenn man durch harte Arbeit eine Position erreicht hat: 1980: 42,8 % - 1990: 33,7 %
- Die viele Freiheit, die heute die jungen Leute haben, ist sicher nicht gut: 1980: 50,5% - 1990: 40,3 %

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

102

	-20	-29	-39	-49	Alter -59	-69	70+	total
sehr stark	2,1	4,8	7,1	9,8	19,9	23,6	20,6	12,8
stark	27,6	21,0	27,7	29,6	43,3	39,2	48,4	33,1
schwach	42,1	36,3	33,2	39,7	27,3	29,0	28,1	33,4
sehr schwach	28,8	38,0	31,9	20,9	9,6	8,3	2,7	20,8

Tabelle 2: Altersvergleich Autoritarismus 1990

1970 waren in Oberösterreich die Menschen nach dieser Skala mehrheitlich autoritär eingestellt (71%). 1990 ist der Anteil der Autoritären zu einer Minderheit geschrumpft, wenn auch - wie neuere Entwicklungen zeigen - keineswegs geschwunden (38%). Der Rückgang bei den Jugendlichen ist drastischer: Waren 1980 noch 11% der jungen Menschen in Österreich autoritär eingestellt, zählten 1990 nur 4% zu dieser Gruppe. Dieses ebenso rasche wie lautlose Verdunsten des Autoritarismus bedeutet keineswegs, daß alle Jugendlichen von Autoritäten grundsätzlich nichts halten: 24% würden es begrüßen, wenn es künftig mehr Achtung vor Autoritäten geben könnte, 44% lehnen das ab und 32% sind unentschlossen. Der Trend geht gegen das Autoritäre: Autorität muß glaubwürdig sein und wird akzeptiert, geforderte und nicht legitimierte Autorität abgelehnt. Kirchen wie politische Parteien, die Personen mit akzeptierter Autorität besitzen, profitieren von ihnen. Autorität gilt es deshalb heute mit dem Anspruch auf Selbststeuerung zu verbinden. Denn der Rückgang des Autoritarismus ist eben mit dem gewachsenen Anspruch auf Selbststeuerung deckungsgleich. Vorangetrieben wurde dieser Anspruch vor allem durch Bildung.

Mit dem Anspruch auf Selbststeuerung hängt aber nicht nur das Verhältnis zur Autorität zusammen, sondern auch jener zu sozialen Institutionen und ihren normierenden Lebensmustern ("Lebenswissen"). Der gewachsene Anspruch auf Selbststeuerung hat das Verhältnis der Menschen zu überlieferten Rollenzumutungen verändert. Hinsichtlich unseres Themas nach der Frage der Lebbarkeit des Wunsches nach bewohnbaren, friedvollen, stabilen kleinen Lebenswelten bedeutet das:

- Die Menschen beanspruchen, diese selbst aufzubauen, einzurichten und nicht zuletzt auch darüber zu befinden, ob sie ein Raum eines befriedeten Lebens sind, womit zusammenhängt, daß sie eine kleine Lebenswelt nach ihrem Ermessen auch verlassen;
- 77% (1990; 82% 1980) aller Österreicher ist es heilig, daß sie ihr Leben so leben können, wie sie es sich vorstellen.
- Es folgt sodann aber auch, daß die überlieferten Gestaltungsmuster zu Heirat und Scheidung ebenso wenig als selbstverständlich angenommen werden wie auch überlieferte Moralvorstellungen hinsichtlich der Beziehungsgestaltung wenig Akzeptanz genießen. Gerade die Jugendlichen spüren hier eine große Diskrepanz zu ihrem Alltag: Nicht nur, daß die geforderte Moral ihnen weltfremd erscheint, sie werden zudem alleine gelassen, wenn es um den Erwerb der eigenen Moral geht.

Etwas abstrakter kann man die Entwicklung auch so ausdrücken, daß die Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Person sich in Richtung Person hin verschoben hat: Das Alltagsleben der Bürger unserer modernen Gesellschaften wird zunehmend deinstitutionalisiert, was sich an der Einstellung zum Heiraten sowie zu den moralischen Normen zeigen läßt.

Ein erstes Indiz für die zunehmende Deinstitutionalisierung wurde schon aufgezeigt: Die beiden Lebensbereiche "Religion" und "Politik", die sehr eng mit Institutionen

Gewachsener  
Anspruch auf  
Selbststeuerung

Zunehmende De-  
Institutionali-  
sierung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

103

verflochten sind, werden nur von 8% (Religion) bzw. 4% (Politik) als "sehr wichtig" eingestuft. 22% bzw. 25% empfinden diese beiden Lebensbereiche als "ziemlich wichtig". Verschiedenen traditionellen Institutionen gegenüber bringen die Jugendlichen wiederum nur vorsichtig und kritisch Vertrauen gegenüber. Zumeist bleibt ihr Vertrauen deutlich unter dem der Erwachsenen.

Daß dennoch die De-Institutionalisierung nicht unbesehen als eine moralische Auflösungserscheinung angesehen werden kann, zeigt sich an zwei weiteren Faktoren:

- Eine weitaus größere Akzeptanz finden die "Neuen Bewegungen" bei Jugendlichen als bei Erwachsenen. Jedoch übertreffen hier fast immer die Jungen die Erwachsenen (bis auf die Akzeptanz der Frauenbewegung):

- Ebenfalls ist zu berücksichtigen, daß die hier hoch akzeptierten Bewegungen durchwegs für die Umsetzung sozialer Werte eintreten.

- Zugleich haben die Jungen hohe Ansprüche an ihre Partner. Dabei dominieren personale Ansprüche eindeutig vor sozialen oder ökonomischen. Insbesondere die Jüngeren haben kaum noch sozioökonomische Wünsche an ihren Lebenspartner. Für sie muß der erwünschte Ehepartner nach wie vor treu, verständnisvoll und kinderliebend sein.

Neue soziale  
Bewegungen

### Der Hang zur Selbstverwiesenheit (Individualismus)

Es finden sich verlässliche Anhaltspunkte dafür, daß es neben dem wachsenden Anspruch auf Selbststeuerung ein schon jahrzehntelang hohes Niveau an Selbstverwiesenheit gibt. Häufig wird dieser Individualismus mit dem Anspruch auf Individualität verwechselt. Ungeeignet ist gewiß auch der moralisierende Begriff des Egoisten. Besser wäre vielleicht das Gegenstück der von Levinas so benannten *altruité*, der Bezogenheit auf den Anderen. Selbstverwiesenheit scheint daher ein brauchbarer Begriff zu sein.

Mit diesem Individualismus ist die Kultur stark ausgestattet. In Österreich müssen 54% als sehr stark und weitere 29% als stark individualistisch gelten. Das sind zusammen 83%. Die jungen Österreicher bis 29 Jahre sind zu 78% mit Individualismus ausgestattet.

Hoher  
Individualismus

Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß durch das Zusammenspiel zwischen dem Anspruch auf Selbststeuerung und dem Hang zur Selbstverwiesenheit das dominante Lebensmuster heutiger Kultur das der "abgrenzenden Selbstverwirklichung" (Willi 1985) geworden ist. Es kann auch Konzept der "unbezogenen Selbstverwirklichung" genannt werden. Hier zeigt sich, daß das Problem der modernen Kultur nicht ihr Anspruch auf Selbststeuerung ist, sondern daß dieser im Kontext der Selbstverwiesenheit realisiert werden muß. Das führt dazu, daß die Freiheit unsolidarisch bleibt: Was so viel bedeutet als daß sie - anthropologisch besehen - halbiert, auf der Strecke, unentwickelt bleibt. Die den Paaren (mit Kindern) abgeforderte Dauerkonstruktionsleistung ereignet sich im Kontext eines schon Jahrzehnte alten (latenten) Individualismus (Selbstverwiesenheit).

### Rückzug in die Zweisamkeit?

Die Konsequenzen aus diesem gesellschaftlichen Umfeld sind: Auf den kleinen Lebenswelten lastet ein immer größer werdender (Erfolgs-)Druck. Eine Flucht in die Kleinen Lebenswelten läßt sich statistisch nicht ausweisen. Jedoch wird der Erwartungsdruck gegenüber dem Lebensraum Familie größer. Doch die Flucht in die

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

104

Intimität (die von der amerikanischen Marktforscherin Faith Popcorn als "Cocooning" (Sich-Einspinnen) bezeichnet wurde) bringt keine wirkliche Lösung: Unbeantwortet bleiben nicht nur die gesellschaftlichen Probleme, vor denen man sich zurückgezogen hat, auch wird der Wunsch nach Familie immer seltener Wirklichkeit: Scheidungen, Single-Haushalte sind im Wachsen begriffen, die Geburten gehen zurück, ebenso die Eheschließungen. Seit Anfang der 60-Jahre haben sich die Scheidungen verdoppelt.

Erwartungsdruck  
auf Familie  
ist groß

Die Sehnsucht der heutigen Jugend beinhaltet auch die Sehnsucht nach einem Stück "Heile Welt". Und das ist gut so, weil nur mit einem utopischen Überschuss, mit Visionen und Sehnsüchten die Herausforderungen der sogenannten Postmoderne mit ihren zahlreichen Defiziten angegangen werden können. Doch das zuvor skizzierte gesellschaftliche Umfeld, die - nicht nur bei den Jugendlichen - anwachsende "unsolidarische Selbstverwiesenheit" behindert das Gelingen von intimen Paarbeziehungen. Mehr noch: Daß Intimität gelingt und nicht in einem Kokon endet, der jegliche Bewegungsfreiheit nimmt und zwei Partner auf Gedeih und Verderb (z.B. durch gemeinsame finanzielle Verpflichtungen bei Existenz- und Hausstandgründungen) aneinanderkettet, ist eine Frage der "Kommunikativen Kompetenzen", die die einzelnen oder das Paar gemeinsam erworben haben.

Hier ist ein deutliches Manko festzustellen: Dialogfähigkeit und Konfliktkultur als Bausteine dieser "Kommunikativen Kompetenz" werden nicht ausreichend vermittelt und auch weder im politischen noch im religiös-kirchlichen Raum praktiziert. Nicht-Reden und Ausgrenzen sind jene Kompetenzen, die in der Öffentlichkeit vorgelebt werden.

Dialogfähigkeit  
und Konflikt-  
kultur werden  
nicht vermittelt

Die Jugendlichen sind in den Konflikten zu Hause oft die Unterlegenen, sie fühlen sich nicht als selbständige Personen ernstgenommen. In Auseinandersetzungen im gesellschaftlichen Kontext lassen sie sich kaum involvieren - zu vorhersehbar erscheint der Mißerfolg eines Engagements.

Wo also werden Konflikte, Kommunikation und soziales Engagement eingeübt, um auch in der eigenen Partnerschaft und Familie zu bestehen, wenn die Balance zwischen Öffentlichkeit und Privatheit gestört ist? So bleibt die Konsequenz: "Das traute Glück zu zweit stellt sich als schwer realisierbar heraus. Zu häufig treffen zwei Menschen aufeinander, die im Partner nur ein Mittel zur Selbstverwirklichung sehen und denen die Voraussetzungen für wirkliche Intimität fehlen" (Nuber 1992). Der Lebensraum Familie, von so vielen herbeigesehnt, wird (oder bleibt) unbewohnbar.

### Wider unbewohnbare Lebensräume und psychische Obdachlosigkeit

Die "kleinen Lebenswelten" werden gewünscht als stabile Orte ("psychische Behausungen") inmitten einer Kultur mit hohen Mobilitätsanforderungen. Die Gefahr möglicher Vereinsamung oder "psychischer Obdachlosigkeit" wird aber immer größer: Der Absturz in die Vereinsamung ist eine drohende Möglichkeit für weite Kreise unserer Bevölkerung. Verschiedene Ausformungen von Familie (z.B. Geschiedene, Alleinerzieher) sind von der Unbehaustheit bedroht, wenn ihre kleine Lebenswelt zu klein wird, um zu tragen. Eine wichtige Gruppe sind auch hier die Jugendlichen: Im Zuge der mobilen Gesellschaft müssen schon viele Schüler ihre Heimatorte verlassen, nicht selten wohnen sie dann unter der Woche fern von ihrer Familie - zu oft unverbunden, nicht in einer stützenden Gemeinschaft.

Psychische Ob-  
dachlosigkeit  
droht

Die Lebenskultur von Menschen, die einer Familie entwachsen sind (Singles, ältere Ehepaare) oder teilweise einer Familie entrissen wurden oder sich davon befreien konnten (Geschiedene, Alleinerziehende, Witwen/Witwer) bestimmt auch die Kultur der bestehenden und entstehenden Partnerschaften, Ehen und Familien mit. Deswegen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

105

ist die Vernetzung und Ausweitung individueller Lebensräume sowie ihre ökonomische Absicherung ein dringliches gesellschaftliches Anliegen .

### Wider den Mangel an belastbarer Solidarität

Gleich welche Lebensform auf Zeit oder auf Dauer gewählt wird, die Unverbundenheit der Menschen wird ein immer stärkeres Problem in den hochindustrialisierten und -spezialisierten Gesellschaften. Die Solidarität zwischen den Gesellschaftsschichten ("Sozialpartnerschaft") funktioniert - wenn überhaupt - nur noch durch ihre Institutionalisierung. Gerade die unverbunden lebenden Menschen werden honoriert: Sie haben Aufstiegschancen, materielle Sicherheit. Das, was vermisst wird, läßt sich umschreiben mit "belastbarer Solidarität":

- Das Wissen um die Notwendigkeit von vernetzten Lebensbereichen. Partnerschaft und Familie sind nicht beliebig und unverbindlich. Sie leben von einer Entschiedenheit, die eigene kleine Lebenswelt bewohnbar zu halten und sie mit den Lebensbereichen anderer (Freunde, Verwandte, Gemeinde...) zu vernetzen.
- Ausgesetzte oder nicht bewältigbare (lebbare) Konflikte beeinträchtigen die psychische Stabilität und belasten die Identität.
- Bewältigte Konflikte stärken die Identität der Beteiligten. Sie erhöhen die Kommunikation und die Lebensqualität. Kräfte werden nicht in Unbewältigtem gebunden.

**Problem:**  
Unverbundenheit  
der Menschen

### Für belastbare Solidarität - Vernetzung und Ausweitung individueller Lebensräume

Familiäre Gemeinschaft ist nur sehr begrenzt durch nicht-familiäre Gemeinschaftsformen zu ersetzen, nicht zuletzt deshalb, "da vorwiegend stabile Primärbeziehungen identitätsbildende Kraft haben" (Wilk 1990). Unsere Vision vermag die Familie in dieser Hinsicht bestärken und gleichzeitig entlasten. Unterstützung ist zu finden bei "sozialen Netzwerkkonzeptionen". Ausgangspunkt des Konzeptes "sind die unterschiedlichen sozialen Kontakte und Beziehungen eines Individuums, die sein soziales Netzwerk bilden. Dabei ist zu beachten, daß soziale Netzwerke keineswegs konstant sind, sondern während der ganzen Lebensspanne ständigen Wandlungen unterliegen und daß sie unterschiedliche Funktionen wahrnehmen können: Unterstützung, Kontakt, Geselligkeit und Kontrolle" (Wilk 1990).

Wenn die Familie als das soziale Netzwerk brüchig wird oder gar wegfällt, ist die Suche nach neuen Sozialbindungen notwendige Aufgabe, soll nicht soziale Isolation drohen. Das "verwandtschaftliche Netzwerk" ist nur bedingt tragfähig, abhängig im hohen Maß von der Wohnentfernung und eher "Solidarität auf Abruf" (Wilk 1990, Neidhardt 1966). Gerade das ist die Erfahrung vieler Jugendlicher, die der eigenen Herkunftsfamilie entwachsen sind. So kommt einem zusätzlich zu erwerbenden sozialen Netzwerk große Bedeutung und Funktion zu. Soziologisch besteht der mögliche Teilnehmerkreis aus Freunden und Bekannten, religiös-kirchlich kann eine Gemeinde diese Möglichkeit eröffnen.

**Soziale Netzwerke**

### Literatur:

- Friesl, C. u.a.: Österreichische Jugendwertestudie, hg. von ÖIJ, Wien 1992  
 Höpfinger, F.: Wandel der Familienbildung in Westeuropa, Frankfurt/Main 1987  
 Kytir, J.: Unehelich, vorehelich, ehelich: Familiengründung im Wandel. Studie über die Erstgeburten Österreichischer Frauen von 1950 - 1990, Institut für Demographie, Wien 1993  
 Neidhardt, F.: Die Familie in Deutschland, Opladen 1966  
 Nuber, U.: Intimität: So nah und doch so fern, in: Psychologie heute 19,5,1992,20-27

**2. Bericht zur Lage der Jugend**

---

106

Reichman, R.: The stranger in your bed, New York 1989

Wilk, L.: Die "postmoderne" Gesellschaft - Eine Gesellschaft "isolierter Einzelner" ?  
Einige soziologische Überlegungen, in: Diakonia 21,1990,372-381

Willi, J.: Koevolution. Die Kunst des gemeinsamen Wachsens, Reinbek bei Hamburg  
1985

Zulehner, P. u.a.: Europäische Wertestudie - Österreichteil 1990, unver.Manuskript,  
Wien 1991

## Thema: Jugendliche und Erwachsene

Die erwachsenen Kinder.

Zur Krise der Institutionen und zur Bedeutung des außerinstitutionellen Umgangs mit Jugendlichen

Ausarbeitung: Bernhard Rathmayr

Grundlage: Beobachtungen, Gespräche und Interviews mit Jugendlichen in Dornbirn, Graz, Innsbruck, Linz und Südtirol. Sozialwissenschaftliche Analysen und Interpretationen

Jugendforschung und Jugendpolitik gehen davon aus, daß Erwachsenwerden in den bekannten Institutionen Familie, Schule und Arbeitswelt vor sich geht. Von deren Funktionieren hängt es ab, ob die Gesellschaft eine angepaßte, eine kritische, eine skeptische, eine apathische oder sonst irgendeine Generation von Jugendlichen bekommt.

Dabei wird weithin übersehen oder übergangen, in welche tiefe Krise alle diese Institutionen inzwischen geraten sind. In vieler Hinsicht bedürfen Familie und Schule selbst der Hilfe, statt Hilfe zum Erwachsenwerden leisten zu können. In der Arbeitswelt prallen neue Ansprüche auf Selbstverwirklichung mit tatsächlichen oder behaupteten ökonomischen Sachzwängen immer stärker aufeinander.

Die Analyse dieser neuen Situation ist das erste Anliegen dieses Berichtsteiles. Daraus die Konsequenzen zu ziehen das zweite: Erziehung und Sozialisation Jugendlicher spielt sich heutzutage in aller Öffentlichkeit ab, auf der Straße, im Kaffeehaus, in der Straßenbahn, auf der Schipiste und gelegentlich auf der Polizeistation. Je nachdem, wieweit dort der Umgang zwischen Jugendlichen und Erwachsenen gelingt, werden Jugendliche ihr Bild der Gesellschaft entwerfen, jene Arten des Kommunizierens lernen, die für ein zufriedenstellendes Zusammenleben der Generationen entscheidend sind, engagierte Rollen im gesellschaftlichen Gefüge einnehmen oder nicht. Wir leben in der Epoche öffentlicher Sozialisation.

## *2. Bericht zur Lage der Jugend*

---

108

Das Gespräch mit Jugendlichen über ihre Erfahrungen in dieser Öffentlichkeit waren nicht immer ermutigend. Erwachsene gehen der unmittelbaren Kommunikation mit Jugendlichen eher aus dem Weg, Jugendliche provozieren. Pädagogen moralisieren. Das alles entscheidende intergenerative Lernen findet nicht statt.

Zu überlegen, wie Jugendliche und Erwachsene in einer gemeinsamen Kultur einander respekt- und vertrauensvoll begegnen könnten, ist deshalb das dritte, wohl wichtigste Anliegen dieses Berichtsteiles.

## DIE ERWACHSENEN KINDER

### Zur Krise der Institutionen und zur Bedeutung des außerinstitutionellen Umgangs mit Jugendlichen

Bernhard Rathmayr

Die Jugendlichen von heute sind gewissermaßen erwachsene Kinder. In der Art, wie sie institutionell in die Gesellschaft eingefügt sind, als abhängige Söhne und Töchter in Familien, als unselbständige Schüler und Lehrlinge in Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, sind sie Kinder. In der Art, wie sie in die nichtinstitutionellen Bereiche der Gesellschaft eingefügt sind, sind sie dagegen erwachsen: als vollgültige Konsumenten, als ernstzunehmende Träger von Beziehungs-, Freizeit- und Unterhaltungsaspirationen, als Adressaten unterschiedsloser medialer, ökonomischer und anderer kultureller Einflüsse. Neben und zunehmend statt den traditionellen Sozialisationsinstanzen kommt deshalb dem Umgang mit Jugendlichen in der außerinstitutionellen Öffentlichkeit eine hervorragende Bedeutung zu, die von den gängigen Sozialisations-theorien noch kaum erkannt und von der herkömmlichen Pädagogik und Politik noch kaum berücksichtigt wird.

Unter nichtinstitutionalisierter Öffentlichkeit sind alle außerfamilialen und außerschulischen Verweilorte und ihnen zugehörigen Interaktionsweisen zu verstehen, an denen Jugendliche einander und den Erwachsenen begegnen. Das sind, wenn man in Örtlichkeiten denkt, Unterhaltungs- und Freizeiteinrichtungen ebenso wie Verkehrswege und Verkehrsmittel, öffentliche Plätze, Parkanlagen, Sportplätze, Schwimmbäder, Supermärkte, Gasthäuser, Cafés, Kinos usw. In weiterer Hinsicht werden hier auch Einrichtungen darunter verstanden, die zwar institutionalisiert sind, aber keine speziell auf Jugendliche abgestimmten Vorkehrungen vorsehen, wie öffentliche Ämter, Krankenhäuser u.ä. In Termini von Tätigkeiten und Prozessen umfaßt die nichtinstitutionelle, informelle Öffentlichkeit alle Arten von Konsum, Unterhaltung und populärer Kultur, Musik, Mode usw. sowie alle Formen außerinstitutioneller Begegnungen und Gespräche.

Die Annahme, die die folgenden Überlegungen leitet, besteht darin, daß in derartigen Arealen und Prozessen Jugendliche ohne eigens auf sie abgestimmte Vorkehrungen unmittelbar, sozusagen "unabgefedert" mit konkreten gesellschaftlichen Strukturen konfrontiert werden und dabei nicht nur entscheidende sozialisatorische Lernprozesse stattfinden, sondern auch eine allgemeine Einstellung zur Gesellschaft vermittelt wird. Soweit Jugendliche, vor allem in der Begegnung mit in solchen Situationen bestimmenden Erwachsenen, Atmosphären der von ihnen gewünschten Akzeptanz und Partizipation vorfinden, können sie ihre gesellschaftliche Zukunft als Erwachsene als wünschenswerte Integration in die Gemeinschaft der jetzt Erwachsenen imaginieren. Insoweit ihre Erfahrungen an solchen Verweilorten vorwiegend solche von Aussperrung, Ablehnung, Kommunikationsverweigerung oder Desinteresse darstellen, ist nicht eine solche integrative Imagination der eigenen gesellschaftlichen Zukunft erwartbar, sondern Strategien der Verweigerung oder der asozialen Verwirklichung unbefriedigter Partizipationsinteressen. Diese neue Situation stellt an das Verhaltensrepertoire Erwachsener wie Jugendlicher neue Anforderungen, die sie nur erbringen können, wenn entsprechende gesellschaftliche Begegnungsräume vorhanden sind, in denen außerfamiliales und außerinstitutionelles Interagieren gelernt werden kann.

Fragestellung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

110

### Die Vereinheitlichung der "Jugend" unter dem Kriterium des Wohlverhaltens

Das Verhalten gegenüber Jugendlichen in der Öffentlichkeit und in seiner Folge auch das Verhalten von Jugendlichen selbst in der Öffentlichkeit hängt wesentlich mit den allgemeinen Ansichten über Jugendliche zusammen. Ein einheitliches Jugendkonzept existiert erst seit weniger als hundert Jahren. Erst seit dieser Zeit gibt es die Vorstellung von Jugend oder Jugendlichen als einer alle jungen Menschen zusammenfassenden Bevölkerungsgruppe. Sie hat sich im Rahmen von zwei Tendenzen herausgebildet, die bis heute die öffentliche Anschauung und den Umgang mit Jugendlichen nachhaltig bestimmen: eine zunehmende Enteignung der Selbstkonzeption Jugendlicher durch öffentliche Zuschreibungen (1) und eine abwertende Haltung gegenüber jungen Menschen als potentiell sittlich gefährdeten Existenzen, die nur durch Erziehung und Kontrolle zu anständigen Menschen gemacht werden können (2).

Der öffentliche Umgang mit Jugendlichen wird seitdem von der Frage des Wohlverhaltens dominiert, das als Hauptkriterium jeglicher Begegnung mit ihnen fungiert. Unabhängig davon, wie sie sich selbst präsentieren, werden Jugendliche nach Maßgabe der Vorstellungen Erwachsener von einem angemessenen, ordentlichen Verhalten beurteilt. Sie sind von vornherein in die unausweichliche Dichotomie von Idealisierung und Dämonisierung eingespannt, von der aus alle ihre Handlungen bewertet werden. Belanglose Verhaltensweisen wie das Aufstehen oder Sitzenbleiben in öffentlichen Verkehrsmitteln werden zu Kardinalfragen von prinzipieller Bedeutung hochstilisiert. Wer sitzenbleibt, wird als "typischer" Vertreter der "heutigen", d.h. rücksichtslosen "Jugend" verdammt, wer aufsteht, als erfreuliche Ausnahme glorifiziert - beides gleich peinlich und einengend für die konkreten Jugendlichen. Ihre eigene Sichtweise aber hat auf ihre Beurteilung durch die Erwachsenen wenig Einfluß: "Entwickelt und verbreitet wurden die Jugendkonzepte immer von jenen, die sich berufsmäßig um Jugendprobleme zu kümmern hatten: Minister und Lehrer, Feldherren und Fürsorger. Die Bilder dieser Urheber und Mitträger der Konzepte für richtiges Jungsein zeigten immer dasselbe Strickmuster der Triebunterdrückung und Disziplinierung: Ordnung und Sauberkeit, sexuelle Enthaltsamkeit, Anstand, Sitte, und das erste und letzte Gebot war der Arbeitsfleiß. Jugendkonzepte wurden von der Obrigkeit gegen die Jugend erdacht, verfaßt und umgesetzt" (Roth 1983, S. 140).

Genau dieses Jugendkonzept Erwachsener wird aber heute weder mehr von der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung unterstützt, noch sind "die" Jugendlichen bereit, sich auf die von ihm definierten Merkmale "des" Jugendlichen festschreiben zu lassen.

### Die Krise der Institutionen

Die Vereinheitlichung der Jugendlichen ist nicht bloß eine Angelegenheit gedanklicher Konstruktionen oder pädagogischer Konzepte, sondern es entspricht ihr eine Praxis des Umgangs mit Jugendlichen als minderberechtigter Bevölkerungsgruppe, die diese Vereinheitlichung auch in der Realität herstellt. Bezogen sich in den späten sechziger und in den siebziger Jahren die Befürchtungen auf ein Überhandnehmen von Minderheiten revoltierender Jugendlicher, auf die der Staat mit brachialer Gewalt reagieren zu müssen meinte, so steht in den neunziger Jahren ein generelles Schwinden des gesamtgesellschaftlichen Engagements Jugendlicher zur Debatte, dem gegenüber die traditionellen Mittel des Staates, Erziehung und Strafe, versagen.

Seit dem Ende des letzten Weltkrieges haben die europäischen Gesellschaften unterschiedliche Lösungen für das zentrale Problem der Integration der Jugendlichen in die Erwachsenen-gesellschaft versucht. In der Nachkriegszeit konnte eine ihre Kriegsgreuel weithin verschweigende Erwachsenengeneration mit hohem moralischen Gewicht auf

"Jugend" nach  
der Vorstellung  
Erwachsener

Erschütterung  
der Autoritäten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

111

ihre bemerkenswerten Aufbauleistungen verweisen und davon einen Anspruch auf die Orientierung der Jugendlichen an der Autorität der Erwachsenen ableiten. Gehorsam und Leistung waren die leitenden Vorstellungen der Integration Jugendlicher und damit auch die ihnen verbindlich auferlegten Verhaltensstandards. Diese Autoritätsbindung bewirkte durch ihre Rigidität antiautoritäre Gegenbewegungen, die sich in manifesten Revolten und in Verweigerungsstrategien der Jugendlichen ihren Ausdruck verschafften. Für beide Grundmuster, das autoritäre wie das antiautoritäre aber gilt, daß sie an den unverbrüchlichen Normen der Erwachsenen orientiert waren: Gehorsam wie dessen Verweigerung hat die Ausrichtung an den etablierten Standards der Normgesellschaft zur Voraussetzung.

In der Folge wurde die Grundlage dieser Integrationsform wie ihrer Ablehnung nachhaltig erschüttert: die Autorität der Erwachsenen. Einerseits wurden die negativen Begleiterscheinungen des Wirtschaftswachstums immer deutlicher wahrnehmbar: gesellschaftliche Desintegration zwischen reich und arm, Arbeit habenden und Arbeitslosen, Behinderten und Nichtbehinderten, Männern und Frauen; zerstörerische Folgen für Natur und Umwelt; die Aufteilung der Welt in mit immer größeren Vernichtungspotentialen abgesicherte Machtbereiche und zuletzt, nach der Beendigung des kalten Krieges, die globale Erfahrung der Ohnmacht der Politik gegenüber brutaler Gewalt, sozialer Ungleichheit und gewissenloser Zerstörung der natürlichen Voraussetzungen des Lebens. Angesichts dieser neuen Dilemmata büßte die Erwachsenengesellschaft ihre moralische Legitimation Zug um Zug ein. Erwachsene Autoritäten erwiesen sich zunehmend selbst als orientierungslos, den Bedrohungen der Zukunft und der eigenen Existenz ebenso ratlos gegenüberstehend wie Jugendliche. Gleichzeitig bewirkten steigende Konsumansprüche von und steigende Konsumangebote an Kinder und Jugendliche sowie eine neue Medienöffentlichkeit eine neue Form gesellschaftlicher Integrationsansprüche der Jugendlichen selbst: den Wunsch nach früherer und umfassenderer Partizipation an den gesellschaftlichen Chancen auf unmittelbare, nicht erst mit dem Eintritt ins Erwachsenenleben eingelöste Bedürfnisbefriedigung (Rathmayr 1990). Pointiert gesagt, stehen immer erwachseneren Kindern immer kindlichere Erwachsene gegenüber.

Diese neuen Ansprüche veränderten das Verhältnis Jugendliche - Erwachsene grundlegend. Das Verhalten Jugendlicher orientiert sich zunehmend nicht mehr an den Normen der Erwachsenen, vielmehr entwickelt sich der jugendliche Teil der Bevölkerung zunehmend als eigenständiger Träger von Zukunftserwartungen und Zukunftshoffnungen, auch Zukunftsängsten, die sich nicht mehr als Übernahme oder Ablehnung entsprechender Vorstellungen der Erwachsenen verstehen, sondern als Ausdruck eigenständiger Lebenserwartungen der Jugendlichen selbst. Das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen ist dadurch grundsätzlich asymmetrisch geworden. Während die Mehrzahl der Erwachsenen Jugendliche immer noch als "Jugendliche" im historisch gebildeten, gesellschaftlich abwertenden und pädagogisch einschränkenden Sinn definiert und sich selbst konsequenterweise als deren übergeordnete Autoritäten und Vorbilder, konzipieren Jugendliche sich selbst als gleichwertige und gleichberechtigte Bürger und wünschen sich die Erwachsenen konsequenterweise als ihre größeren Freunde und Helfer. Diese Asymmetrie ist um wirksamer, als die moderne Konsumgesellschaft nicht mehr die Version der Erwachsenen, sondern jene der Jugendlichen unterstützt. Dadurch wird die Sicht Erwachsener zur bloß subjektiven Idealisierung, während die Jugendlichen zur objektiven Gesellschaftstatsache reüssiert.

Selbstbewußte  
Jugendliche

Junge Menschen von heute machen ihre Abschiebung in ein pädagogisch geschaffenes Ghetto nicht mehr mit. Sie sind allergisch geworden gegenüber der Doppelmoral einer faktisch immer hedonistischeren, in Erziehungsfragen aber noch immer moralischen Gesellschaft. Sie verlangen die Partizipation an der Welt der Erwachsenen, wie sie ist: am Konsum, am Geld, an den Unterhaltungsformen, an der Beziehungsvielfalt, an

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

112

der Mobilität. Sie sind sensibel für die Verlogenheit einer Gesellschaft, die tausend Formen medialer und sonstiger Unterhaltung produziert, einschließlich aller Formen grauenhafter Gewaltdarstellungen und sadistischer Sexualität, und sie gleichzeitig für die Jugendlichen als schädlich erklärt. Sie fordern von der Schule wie von der Familie korrekten Beziehungsumgang und einen einsehbaren Bezug zu ihrer Lebenssituation sowie zu ihrer beruflichen Zukunft. Jugendliche sind immer weniger bereit, auf die Errungenschaften des Erwachsenenlebens zu verzichten, auf seine Freuden wie auf seine Laster, nicht auf den Rausch der Geschwindigkeit im Straßenverkehr noch auf den gelegentlichen Rausch der Sinne, nicht auf die Intensität der Liebe und nicht auf das Erleben des Extremen, auf alles jenes also, das nicht nur in der Ästhetik der Waren und der sie interpretierenden Werbung, sondern auch im Verhalten der realen Erwachsenen eine so bedeutende Rolle spielt, selbst dort noch, wo sie es mit moralischem Unterton scheinbar ablehnen.

Diese neue "Jugend" läßt sich zwar nicht mehr durch rigide pädagogische Konzepte vereinheitlichen, aber deshalb ist sie noch nicht automatisch autonom. Sie wird, wie die Erwachsenen, zunehmend von den uniformierenden Dynamiken der Massenkonsumentengesellschaft erfaßt und gerät damit in eine strukturelle Konkurrenz zu den Erwachsenen um dieselben Güter. Aus der idealistischen Zumutung verallgemeinerter Jugendkonzepte ist der realistische Zustand objektiver Vereinheitlichung der Jugendlichen durch die Verhaltensstandards der modernen Konsumentengesellschaft geworden. Gleichwohl existieren die alten Ideale in den Köpfen der Erwachsenen fort. Die mit ihnen verbundenen negativen Zuschreibungen verändern unter den neuen Bedingungen lediglich ihren Inhalt, nicht ihre Richtung. In den Augen der Erwachsenen sind "die" Jugendlichen gewiß keine potentiellen Kriminellen mehr und auch keine notorischen Störenfriede der öffentlichen Ordnung. Sie gelten aber vielfach als "frech", "egoistisch", "rücksichtslos", "bequem", "anspruchsvoll" und "mit nichts zufrieden". Die alten Jugendkonzepte und die neue Jugendrealität stehen in einem unvereinbaren Gegensatz zueinander. Das Verhältnis zwischen Jugendlichen und Erwachsenen läßt sich einerseits - aufgrund der Selbstkonzeption der Jugendlichen - nicht mehr durch Unterordnung und Autorität bestimmen und ist andererseits - aufgrund der Jugendkonzeption der Erwachsenen - noch nicht durch Partnerschaft und Solidarität bestimmt.

"Ihr habt alles verpraßt" schreibt der amerikanische Jugendliche Daniel Smith-Rowsey in einem offenen an die Erwachsenengeneration gerichteten Brief: "Die Preise sind explodiert, die Arbeitslosigkeit hat zugenommen, und auch ein Hochschulabschluß bietet längst keine Garantie mehr für einen guten Job. Doch all das scheint niemanden zu kümmern" (Der Spiegel). Er endet mit dem Satz: "Falls irgendein Teil von Euch uns noch genug liebt, uns zu helfen, das könnten wir wirklich brauchen. Es ist nicht nur eure letzte Chance. Es ist unsere einzige". Jugendliche nehmen die Widersprüchlichkeit zwischen gesellschaftlichen Verheißungen und alltäglicher Realität, zwischen idealer und realer Sozialisation konsequent im Sinne der von den Erwachsenen reklamierten Zuständigkeit wahr: als Versagen der Erwachsenen, ihnen gegenwärtiges und zukünftiges Lebensglück nicht nur zu versprechen, sondern real zu sichern.

Jugendforschung und Jugendpolitik ging bislang fraglos davon aus, daß die Sozialisation Jugendlicher im wesentlichen in stabilen, von Erwachsenen geführten gesellschaftlichen Institutionen, insbesondere in der Familie und der Schule verläuft, Aufwachsen also in von der Gesamtkultur unterschiedenen, eigens für Kinder und Jugendliche bestimmten Binnenkulturen vor sich geht. Erst mit dem Eintritt in die Arbeitswelt, aber auch dort noch geschützt durch Vorkehrungen zur Abmilderung der Auswirkungen ungebremster ökonomischer Rationalität, kommt es nach dieser Konzeption zum "Ernst des Lebens", zur direkten Konfrontation der Jugendlichen mit unmittelbarer gesellschaftlicher Realität.

Gesellschaft der  
Konsumenten

Veränderter  
Sozialisations-  
verlauf

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

113

Sozialisation Jugendlicher gilt in diesem Konzept konsequenterweise als eine Frage der Bedingungen des Aufwachsens in diesen Institutionen, den dort vorhandenen Beziehungskonstellationen, Wertorientierungen, Erziehungsnormen, Selektionsmechanismen usw. Je nachdem, ob die Sozialisation in solchen Institutionen "gelingt", wird auch die Integration Jugendlicher als zukünftige Erwachsene in das Regelwerk gesellschaftlicher Lebensanforderungen erwartet. Umgekehrt werden Erscheinungen der Desintegration auf ein Versagen dieser Institutionen zurückgeführt.

Neuere Befunde weisen freilich darauf hin, daß diese Ordnung des Aufwachsens auf die Realität heutiger Jugendlicher nicht mehr in dem Maße zutrifft, wie die klassische Jugendwissenschaft und die übliche Jugendpolitik dies annimmt. Familie wie Schule sind nicht mehr jene orientierenden Sozialisationsinstanzen, die sie einmal waren, sondern höchst problematische, in ihren Aufgaben überforderte und überlastete Institutionen, die selbst der Orientierung bedürfen, und die Arbeitswelt scheidert zunehmend an der Vermittlung zwischen jugendlichen Ansprüchen und ökonomischen Zwängen.

### Die Familie der Moderne - ein gesellschaftliches Auslaufmodell?

Es gibt so gut wie keinen Zweifel mehr daran, daß der Einfluß der Familie als prägender Sozialisationsfaktor im Abnehmen begriffen ist. In diese Richtung deuten zunächst die demografischen Daten. Gingen noch in den 60er Jahren mehr als 90 % der Menschen im Laufe ihres Lebens eine Ehe ein, so nähern wir uns derzeit einem Anteil von etwa 60 %, wie er bereits um 1860 gegeben war. Für die Jahrtausendwende liegen die Prognosen bereits unter 50 %. Nimmt man zu diesen Zahlen noch die hohen - und steigenden - Scheidungsraten von 30 % sowie die gleichzeitig sinkende Tendenz zur Wiederverheiratung dazu, so verschärft sich das Bild: auf der Ebene der demografischen Daten stellt sich die Annahme einer abnehmenden Bedeutung der klassischen Familie als Sozialisationsfaktor bereits als ein Faktum dar, das in absehbarer Zukunft mehr als die Hälfte der Menschen betreffen wird. Zwar haben Jugendforscher schon sehr früh auf eine zunehmende Distanzierung Jugendlicher von ihren Eltern hingewiesen (z.B. Rosenmayr 1963). Sie haben darin aber noch eine eher oberflächliche, phasenbedingte Erscheinung gesehen, die die Substanz familialer Bindung nicht betraf. War es in den späten 60er Jahren noch gelungen, die Kritik an der "bürgerlichen" Familie als Ausgeburt antiautoritärer Phantasten und linker Revoluzzer hinzustellen, so lassen inzwischen selbst die amtlich erhobenen Daten keinen Zweifel mehr an der Krise dieser Lebensform als exklusiver gesellschaftlicher Normalform.

Unbestechliche  
Zahlen

Forschungen, die sich stärker auf den emotionalen und pädagogischen Binnenverkehr zwischen den Familienmitgliedern beziehen, weisen in dieselbe Richtung. Die Kleinfamilie wird bei der Erbringung ihrer Sozialisationsleistung immer stärker alleingelassen. Einerseits zerfallen die ehemals größeren Netze verzweigter Verwandtschaftssysteme - so zeigt etwa ein Vergleich von sieben westlichen Nationen (Australien, USA, GB, BRD, Österreich, Ungarn, Italien) Österreich an der Spitze dessen, was der Autor (Höllinger 1989) als "soziale Isolation" bezeichnet: die Einschränkung umfassender sozialer und persönlicher Beziehungen auf den engen Familienkreis. Andererseits bekommt die Familie immer mehr Funktionen zugewiesen, die aus steigenden Anforderungen an Eltern und Kinder sowie aus einer sinkenden gesellschaftlichen Problem- und Konfliktlösungskapazität und -bereitschaft resultieren. Ein Vergleich der familialen Arbeit mit Kindern zwischen den 50er Jahren und den 80er Jahren (Rerrich 1983) hat ergeben, daß deren Ausmaß trotz wesentlicher Verringerung der Kinderzahl und vielfacher technischer Vereinfachungen der Kinderbetreuung keineswegs abgenommen hat. "Es hat vielmehr eine Verschiebung der Arbeitsschwerpunkte stattgefunden: weg von der unmittelbaren Versorgungsarbeit hin zu einer Intensivierung der Beziehungs- und Vermittlungsarbeit, bei gleichzeitig sprunghaft angestiegenen

Überforderte  
Eltern

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

114

materiellen Standards... Es bleibt der einzelnen Mutter, dem einzelnen Vater überlassen, die täglich erfahrbaren Widersprüche zwischen den Ansprüchen an kindliche Entwicklung, eigener Selbstverwirklichung und den Lebensbedingungen der Industriegesellschaft so gut es geht miteinander zu versöhnen." Individuell versuchen Mütter und Väter den Kindern in den 80er Jahren Kompensationsmöglichkeiten für Erfahrungen bereitzustellen, die diese nicht mehr selbstverständlich machen können.

Aber: "Auch wenn heutige Eltern sich größte Mühe geben, Kompromisse zu finden, um es den Kindern und sich selbst rechtzumachen - ihre individuellen Anstrengungen sind doch stets vom Scheitern bedroht. Denn ihre Bemühungen sind letztendlich nichts anderes als private Lösungsversuche für strukturelle Probleme hochindustrieller Gesellschaften" (ebd.). Nicht zu unrecht konstatiert Wolfgang Schulz (1983) einen Wandel "von der Institution 'Familie' zu den Teilbeziehungen zwischen Mann, Frau und Kind", ein Schwinden also der klassischen Familienstruktur: "Von Familie im alten, traditionellen Sinn mit dem Verpflichtungscharakter einer Institution ist daher immer weniger zu sehen. Vom Standpunkt des entscheidenden Individuums "paßt" die Institution für die Befriedigung eigener Ansprüche oder sie "paßt nicht" - dann empfindet man sie auch nicht mehr als verbindlich" (S. 418).

Zusätzlich zu ihrer gesellschaftlichen Problematik gerät die Familie gegenüber dem neuen und einflußreichen Sozialisationsfaktor der Konsum-, Freizeit- und Medienindustrie in eine immer abhängigere Position. Zwar dürften die unmittelbaren Einflüsse des Medienkonsums auf das Verhalten von Kindern und Jugendlichen von kulturpessimistischen Medienwissenschaftlern bei weitem überschätzt werden (Rathmayr 1993), sie nehmen aber einen großen Teil der ohnedies abnehmenden Freizeit der Jugendlichen in Anspruch und bestimmen zunehmend die Themen der familialen Kommunikation. Der Horizont der Jugendlichen bleibt nicht weiter auf die im privaten Kontext der Familie und im öffentlichen Kontext der Schule approbierten Themen beschränkt, er wird vielmehr um die in der Medien- und Unterhaltungsindustrie aufscheinenden Inhalte erweitert und durch sie in Frage gestellt. Selbst einigermaßen mediatisiert, müßten Eltern und Lehrer den Jugendlichen gegenüber zu Medien der Medien werden, eine Funktion, auf die sie keineswegs ausreichend vorbereitet sind. De facto entwickelt sich deshalb der Mediendiskurs in der Familie häufig als Auseinandersetzung um das Ausmaß der erlaubten Medienzeit, um erlaubte oder unerlaubte Sendungen, wenn Eltern nicht ohnedies den Medienkonsum ihrer Kinder zur eigenen Entlastung aktiv herbeiführen oder resignativ tolerieren. "In manchen Familien", so Tippelt (1989, S. 633) ist - so traurig dies ist - der Anregungsgehalt der Medien höher einzuschätzen als der Anregungsgehalt der familialen Umgebung selbst."

Konkurrenz der  
Konsum- und  
Medienindustrie

### Leben im Netz - Familie im Urteil Jugendlicher

Dieser Diagnose scheinen die Ergebnisse von Umfragen bei Jugendlichen fürs erste zu widersprechen. In allen Untersuchungen wünschen sich an die 70 oder mehr Prozent der Jugendlichen die Geborgenheit der Familie sowohl für ihre gegenwärtige Existenz als auch für ihre eigene Lebenszukunft. Diese Umfrageergebnisse (vgl. z.B. Allerbeck und Hoag 1985; ÖI 1991) werden häufig erleichtert als eine Art "Entwarnung" interpretiert bzw. als eindeutiges Argument gegen eine hyperkritische Sozialwissenschaft, die die Familie madig zu machen versuche. Versucht man die Umfrageergebnisse außerhalb solcher ideologischen Fixierungen zu interpretieren, ergibt sich ein differenzierteres Bild. In der Tat ist nicht nur die Akzeptanz der Familie als Institution, sondern auch die Zufriedenheit mit der eigenen konkreten Familie bei Jugendlichen hoch. 1992 geben 61% der Jugendlichen an, mit ihren häuslichen Verhältnissen "völlig zufrieden" und 21% immerhin "zufrieden" zu sein. Es gibt aber Hinweise, die die Stabilität dieser Einstellung relativieren. Einmal steigt der Anteil der Unzufriedenen, je mehr man von ländlichen in städtische Milieus kommt. In den Großstädten be-

Familie in  
Umfragen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

115

trägt der Anteil der Jugendlichen, die sich als "unzufrieden" bzw. "sehr unzufrieden" einschätzen, bereits 30 %. Zum zweiten ist der Anteil der Zufriedenen unter den Jugendlichen deutlich geringer als unter den Erwachsenen. Von der Elterngeneration äußern noch 80% völlige Zufriedenheit und nur 3% behaupten das Gegenteil (ÖJ 1992, S. 64ff).

Beide Trends lassen einen Zusammenhang zwischen der geäußerten Zufriedenheit und der Geschlossenheit der Familienideologie und der damit verbundenen normativen Verankerung der Familie als ausschließlicher Lebensform z.B. im ländlichen und der Auflockerung dieses ideologisch-normativen Gefüges z.B. im städtischen Bereich vermuten. Wenn man bedenkt, daß mit der Anerkennung der Familie stets in einem gewissen Ausmaß auch die Anerkennung der Familienautorität verbunden ist und Kritik an der Familie deshalb einen Verstoß gegen diese Autorität darstellt, gewinnt der wachsende Anteil von Jugendlichen, für die der Wunsch nach einer eigenen Familienzukunft etwas anderes bedeutet als das, was sie zuhause erleben, an Bedeutung. Noch verstehen sie Kritik an ihrer Herkunftsfamilie überwiegend nicht als Kritik an der Familie schlechthin. Eher stellen sie sich ihre eigene Familie als die bessere Ausgabe jener vor, in der sie aufwachsen. Das zeigt sich in den spärlichen qualitativen Studien zu den Vorstellungen von Jugendlichen über ihre Beziehungszukunft. "Vorstellungen und Wünsche für eine zukünftige Partnerschaft sind vom Bedürfnis nach Balance zwischen Nähe und Abstand gekennzeichnet. Autonomie ist genau so wichtig wie Geborgenheit, nicht aufeinander zu picken, sich gegenseitig Luft zu lassen, das brauchen sie ebenso wie das Zusammenrücken, das nicht Einengen" (Hexel und König 1990, S. 94).

In dieser Hinsicht treten Jugendliche gelegentlich sogar selbst in quasi familientherapeutischen Rollen auf, indem sie, wie eine Jugendliche aus Graz berichtet, versuchen, ihren Eltern Ratschläge zur Verbesserung ihres Zusammenlebens zu geben (Bäck, Kreidl und Papst 1989, S. 127):

"Ich sag' oft zu ihnen: 'Wißt ihr, geht einmal fort oder geht einmal spazieren oder was!'. Die sagen dann: 'Nein, ich mag' nicht!' Und der Vater: 'Mhmm, na!' ... Ab und zu geht er allein fort, aber nicht leicht, nicht leicht. Meine Mutter muß überall dabei sein, aber meine Mutter geht ja nicht fort."

Miteinander reden, zuhören können, absolute Ehrlichkeit und Verlässlichkeit einschließlich sexueller Treue, das sind die Maximalforderungen, die Jugendliche an ihre Partnerbeziehung stellen und von denen sie selbst der Ansicht sind, daß sie kaum erreichbar sind: "Es ist schwer, das schaffen wenige", sagt eine 17jährige (Hexel und König 1990, ebd.). Manche fassen gewissermaßen den trotzigen Entschluß, selbst zustande zu bringen, was ihre Eltern ihnen nicht zu bieten vermögen. Die Schere zwischen den immer größeren Ansprüchen an Familie und Partnerschaft und den immer schwierigeren Bedingungen, sie zu leben, öffnet sich. Weibliche Arbeiterjugendliche in der englischen Stadt Wulverhampton (Willis 1991) sehen abseits aller Romantik (das ist "die Liebe, die man im Fernseh sieht") ihre eigenen Beziehungszukunft sehr realistisch. Eigene Familie ja. Aber nur unter bestimmten Bedingungen:

"Ich will, daß es eine gleiche Beziehung ist. Das heißt, er geht arbeiten und ich gehe arbeiten. Wir werden ungefähr ein Jahr keine Kinder haben, deshalb werden wir mehr so eine Beziehung aufbauen können, und wenn wir nach Hause kommen und zum Beispiel die Hausarbeit, die machen wir dann zusammen ... so ist es gleich ... Ich will jemand sein, der die Familie ernährt, weil, wenn du die Familie ernährst, weißte, wenn du das Geld nach Hause bringst, dann hast du auch mehr zu Hause zu sagen. Wenn du bloß eine gewöhnliche Hausfrau bist, setzt anscheinend der Typ mehr durch, was er will, und ich will nicht, daß das passiert" (S. 146).

Beziehungsideale  
Jugendlicher

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

116

Von den Vorstellungen der eigenen zukünftigen Familie ist die Beurteilung der eigenen Herkunftsfamilie zu unterscheiden. Für die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen ist der Wunsch nach Geborgenheit, nach einer helfenden Struktur der Erwachsenen-Kind-Konstellation, noch mit der in unserer Gesellschaft dafür verbreitetsten Form, der Familie identisch. Aber das wird nur in dem Ausmaß so bleiben, als die Familie diese Funktionen auch erfüllt, als sie jenes von den Jugendlichen eingeforderte "Leben mit Netz" ermöglicht, in dem man noch damit rechnen kann, aufgefangenen zu werden, wo man deshalb etwas mehr probieren - und dabei lernen - kann, als man das als Alleinverantwortlicher etwa in der Schule oder in der Arbeitswelt kann.

Beurteilung der eigenen Herkunftsfamilie

Die Heranwachsenden fordern auf eine bemerkenswert unideologische und pragmatische Art und Weise die Hilfe und Verantwortung der Erwachsenen für ihr eigenes Erwachsenwerden ein. Danach befragt, ob der Staat für Jugendliche ab 18 Jahren kostenlose Wohnmöglichkeiten zur Verfügung stellen sollte, halten sich bei 21 Schülern eines Innsbrucker Oberstufenrealgymnasiums (17jährig) Befürworter und Gegner die Waage. Die Jugendlichen argumentieren bemerkenswert selbstkritisch mit der eigenen Unreife, der Nestwärme und der Verantwortung der Eltern, aber auch mit der der Freiheit der Entscheidung und der Notwendigkeit, selbständig zu werden:

Nestwärme und Unabhängigkeit

"Finde ich nicht so gut. Dann fehlt den Jugendlichen die Wärme von zuhause, die man so lang als möglich genießen sollte."

"Es wäre ganz gut, wenn der Staat solche Wohnungen zur Verfügung stellen würde. Allerdings finde ich nicht richtig, daß Jugendliche durch diese Wohnungen zu sehr in Versuchung geraten, ihre Eltern zu früh zu verlassen."

"Das wäre falsch, denn dann haben sie keine richtige Erziehung."

"Das finde ich falsch! Warum? Die Eltern haben bis zum 18. Lebensjahr die Verantwortung."

"Bin ich nicht der Meinung, weil sonst kein Familienleben mehr vorhanden ist."

"Nein, der Kontakt zu den Eltern ist wichtig. Man muß langsam dazu erzogen werden, Verantwortung zu übernehmen."

"Nein, ich finde ein 18-jähriger ist noch zu jung um eine eigene Wohnung zu haben. Sie sind noch nicht reif für alle Verantwortungen."

"Ich bleibe so lang es geht bei den Eltern."

"Kommt darauf an, ob die Jugendlichen reif und alt genug sind. Wenn ja, gute Idee."

"Ja, aber sie sollten dann auch zu den Eltern zurückkehren können."

"Das würde ich gut finden, denn die Jugendlichen können dann selbst bestimmen, ob sie bei den Eltern bleiben wollen oder nicht."

"Wenn sie Probleme mit den Eltern haben, sollten sie die Möglichkeit haben, ihr eigenes Leben zu führen und lernen, mit Zeit und Geld umzugehen."

"Ja und nein. Viele junge Leute könnten das als Druckmittel gegen ihre Eltern verwenden, andere würden vielleicht selbständig werden."

"Ja, aber nicht zu früh."

Aus keiner der Antworten spricht eine grundsätzliche Skepsis gegenüber der Familie. Es bestätigt sich vielmehr die Tendenz, daß Familie von den Jugendlichen akzeptiert und gewünscht wird, wenn sie funktioniert, und vermeidbar sein sollte, wenn sie versagt. Von Jugendlichen wird, und das sollte die Hoffnungen der Erwachsenen weit mehr beflügeln als eine klammheimliche Genugtuung über einen angeblichen neuen Familiensinn, die Rolle der Erwachsenen innerhalb und außerhalb von Familienverhältnissen als Erwachsene, als verlässliche Partner im Prozeß des eigenen Erwachsenwerdens überdeutlich als unverzichtbar gekennzeichnet. Der Bedarf Jugendlicher an Lebenshilfe ist mit der abnehmenden Konjunktur der Familie nicht geringer geworden. Sie brauchen nach ihren eigenen Aussagen die Erwachsenen und es kommt alles darauf an, daß diese zu gebrauchen sind.

Hilfe zum Erwachsenwerden

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

117

Am ehesten wird den Aussagen, die Jugendliche über die Familie machen, eine Interpretation gerecht, die ihre gespaltene Beziehung zu dieser Institution anerkennt. Wann immer man Jugendliche nach ihrem Verhältnis zu ihren Eltern fragt, erhält man widersprüchliche Antworten. So beantworteten 45 Jugendliche aus St. Martin i. Passeir (Südtirol) bzw. aus Linz (Oberösterreich) in einem von Studierenden des Innsbrucker erziehungswissenschaftlichen Instituts ausgearbeiteten Fragebogen die Frage nach gemeinsamen Unternehmungen mit den Eltern höchst unterschiedlich (Moser, Pichler und Haller 1993):

"Nicht viel, weil es keinen Spaß macht."

"Es gibt wenig Gemeinsamkeiten."

"Pflichtausflüge."

oder:

"Mit meinen Eltern fahre ich auf Urlaub."

"Wir wandern miteinander oder spielen Karten."

"Familienfeier, Berg- oder Wandertouren, ernste Gespräche führen."

"Weil ich mich einfach bei ihnen wohlfühle."

"Wir sehen gemeinsam fern."

Keine der beiden Gruppen aber würde eine Einflußnahme der Eltern auf ihr modisches Outfit zulassen:

"Egal, was sie sagen"

"Tausche es auf keinen Fall um"

"Läßt mich kalt"

"Ihr könnt mich mal"

"Ärgert mich zuerst, dann ignoriere ich sie"

"Leckt's mich am Arsch"

Jugendliche scheinen heute nicht mehr in dem Maß in die Beziehungsdynamik der Familie verstrickt zu sein, daß sie unter einer grundsätzlichen Wertschätzung der Familie und einer aufrechten Elternliebe automatisch als Verpflichtung auf die Tugend des Gehorsams verstehen. Sie lieben und achten ihre Eltern, solange auch diese sie achten und lieben. Aber sie scheuen weder Konflikte noch Kritik an der Institution Familie und ihren Repräsentanten. Die Familie hat den Charakter des Unantastbaren, des "Heiligen" verloren.

### Zukunft der Schule - Zukunft ohne "Schule"?

Die staatliche Schule beruht auf der gesetzlichen Einführung der Schulpflicht, die erst gut 100 Jahre her ist und damit auf einer gesamtpolitischen, nicht bloß bildungspolitischen Option. Diese politische Option nimmt Lernen für ein Reihe gesellschaftlicher Zwecksetzungen in Dienst, die von sich aus nichts mit Lernen zu tun haben. Wenn Lernen die aus den Notwendigkeiten des praktischen Lebens und aus der spielerischen Aneignung von Wirklichkeit folgende Bereitschaft zur Selbstveränderung und Selbsterprobung ist, dann ist die staatliche Pflichtschule das gerade Gegenteil davon: Sie ist die Verstaatlichung des Lernens, die Ersetzung des individuellen und kollektiven Lernens durch einen von zentralistisch festgesetzten Zielen und Prozeduren erzwungenen Unterricht, der die Tätigkeit der Lernenden bis in kleinste Details vorschreibt, reglementiert und damit auch okkupiert. Schule ist, so gesehen, eines der grandiosesten Täuschungsmanöver der Moderne: Eine Anstalt zur Beschränkung und Kanalisierung des Lernens, die sich als dessen ideale und alleinige Ermöglichung ausgibt.

Verstaatlichung  
des Lernens

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

118

Das Problem der modernen Schule ist, einerseits, ihr Erfolg. Sie hat ihre politische Zwecksetzung, die Erzeugung gesellschaftlich brauchbarer Bürger, im großen und ganzen erreicht. Die Heranführung aller gesellschaftlichen Individuen an einen gewissen Stand an allgemeiner Bildung ist gelungen. Die Mehrzahl der Menschen kann heute lesen, schreiben, Informationen aller Art aufnehmen und verbreiten, sie ist, wie in der gesamten Geschichte vorher, zu diesen Zwecken nicht mehr abhängig von einer kleinen gesellschaftlichen Elite, die ihnen diese Dienste tun oder auch verweigern kann. Der Bildungsanspruch der Schule muß nicht mehr gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden, er ist zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit geworden, zu einer Notwendigkeit, die alle Bürger problemlos anerkennen.

Das heißt aber nichts anderes, als daß die staatliche Pflichtschule eigentlich politisch nicht mehr erforderlich wäre. Sie könnte durch ein ausreichendes Angebot an unterschiedlichsten Lernmöglichkeiten ersetzt werden, ohne daß sich die Gesellschaft um die kulturelle Grundausstattung der Heranwachsenden Sorge machen müßte. Der nachhaltigste Nachweis dieser von Bildungswissenschaftlern noch kaum zur Kenntnis genommenen Veränderung ist in der Aneignung neuer Wissens- und Handlungskompetenzen zu sehen, z.B. von Computerwissen: Lange vor jeder schulischen Bemühung um die Vermittlung solcher Kenntnisse haben sich jung und alt die entsprechenden Kompetenzen auf dem je erforderlichen Niveau durch private oder von privaten Einrichtungen angebotene Lernprozesse angeeignet. Mit jahrzehntelanger Verspätung hat das Bildungssystem erst nachgezogen.

Pflichtschule nicht mehr zwingend

Andererseits ist die zweite politische Intention von Schule, gesellschaftliche Wissensbestände und Lernprozesse nach staatlichen Kalkülen zu beschränken, kaum mehr durchzuhalten. Information und Lernen können im Prinzip nicht mehr zensuriert werden. Lernen passiert inzwischen überall, über das Lesen (z.B. von Comics oder Science Fiction statt langweiliger Schulbücher), in den Gruppen Gleichaltriger, in gemeinsamer Freizeit und vor allem durch die Medien. Schulischer Lernstoff kann häufig weder inhaltlich noch in der Art seiner Darbietung mit dem außerschulischen "Lernstoff" konkurrieren. Entweder Schule beschäftigt sich zumindest auch mit dem, was Kinder außerhalb ihrer Mauern bewegt (und im allgemeinen nicht in den Lehrplänen steht) oder sie umgibt sich selbst mit einer Mauer, die sie vom Rest der Gesellschaft abschottet und damit für die Kinder uninteressant macht. Dann aber kann schulisches Lernen nicht mehr auf ursprüngliches Interesse der Kinder hoffen (gerade das war aber die Hoffnung der modernen gegenüber der alten, autoritären Schule), und es entsteht jenes Problem, das Lehrer und Eltern heute landauf, landab beklagen: das Problem der Schuldisziplin, die mit den alten Disziplinarmethoden nicht mehr durchgesetzt werden darf und aufgrund feststehender Lehrpläne auch nicht durch eine Erhöhung der Lernfreiheit herbeigeführt werden kann.

Lernen nicht auf Schule beschränkt

Schule tut sich immer schwerer, eine ausreichende Motivation der Schüler für die Unterrichtsinhalte noch selbst zu erzeugen. Sie bedarf deshalb zunehmend der Familie als "funktionalem Stützsystem" (Tippelt 1988, S. 628) und zwingt sie dadurch in eine ständige "Dauerbezuschussung" des Systems Schule hinein. Im Gefolge dieser Funktionalisierung der Familie für die Schule entsteht eine Tendenz zur "Überanpassung der Familie an die Schule" und die Gefahr einer "Verschulung des Familienlebens" (ebd., S. 630f).

Schule hat den Primat auf die Ausschließlichkeit des Lernens verloren. Der außerschulische Bildungsmarkt hat nicht nur neue Übermittlungsformen von Wissen und Können hervorgebracht, sondern die Eigenart des Wissens selbst verändert. An die Stelle der schultypischen, langfristig gleichbleibenden "orthodoxen" Lehrgebäude sind marktkonforme, "heterodoxe" Wissensformen getreten: Angebotsorientiertes Neuigkeitswissen, kurzfristiges Gebrauchswissen, spontanistisches Gefühlswissen, unterhaltendes Zerstreungswissen, informatives Gesundheitswissen, psychohygienische und

Schulkritik

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

119

psychotherapeutische Beziehungs- und Lebenshilfe u.a. Im Unterschied zu präsukulischen Zivilisationsformen und zur schulischen Zivilisationsform werden diese Wissensbestände nicht mehr aus der partikulär-kollektiven Lebenserfahrung einzelner Menschengruppen gebildet oder von Systemen orthodoxer Lehrerbände abgeleitet, sondern aus der Zwangsläufigkeit marktwirtschaftlicher Mediatisierung von Alltag, Information und Wahrheit gewonnen.

Insgesamt verliert damit die öffentliche Schule an Loyalität und Ansehen. Kritische bis vernichtende Medienberichte, Desinteresse der Schüler, zunehmende, wenn auch noch vielfach angstbesetzte Unzufriedenheit der Eltern und, was besonders schwer wiegen mag, heftige Kritik auch aus den Kreisen, die bisher einer strengen, konservativen Schule unverbrüchlich die Stange hielten, der industriellen Eliten. Gerade sie werfen der Schule von heute vor, sie bilde Menschen von gestern aus. Es mangle den Abgängern gerade an den Fähigkeiten, die für modernes Wirtschaften erforderlich sind: Kreativität, Initiative, Teamgeist, Fachwissen, usw. So kommt die Schule von beiden ihrer ursprünglichen Zielsetzungen her in die Zange. Einerseits erreicht sie ihr Ziel, die gesellschaftliche Moral unter Kontrolle zu halten, immer weniger, andererseits wird auch ihre Fähigkeit, noch brauchbare Bildung zu vermitteln, zunehmend konkurrenziert und in Frage gestellt. Von der Lösung dieses Dilemmas, man könnte auch sagen, dieses Grundwiderspruchs von Schule von Anfang an, wird ihre Zukunft abhängen.

Hinter diesem umfassenden Innovationsdruck bleiben die Möglichkeiten faktischer Schulpolitik weit zurück. In umfassenden Anstrengungen wurde seit den 60er Jahren praktisch im gesamten europäischen Raum der Versuch unternommen, schulisches Lernen neu zu legitimieren und zu organisieren. Kaum ein Land, in dem nicht großangelegte Curriculumforschung, einschneidende schulorganisatorische Veränderungen vorgenommen wurden. Heute läßt sich sagen, daß diese Bemühungen im großen und ganzen gescheitert sind. Lernen läßt sich in Gesellschaften, deren Individuen immer stärker um dieselben gesellschaftlichen Chancen konkurrieren, nicht mehr gesamtgesellschaftlich begründen. Die neue Dynamik gesellschaftlicher Bildung ist nicht mehr die einheitliche Bildung für alle, die Schulpflicht, sondern die Konkurrenz um die je chancenreichere Bildung, der drohende numerus clausus: Tendenziell streben alle Bürger nach den höchsten in einer Gesellschaft gegebenen Bildungsabschlüssen und zerstören dadurch die Systematik staatlicher Bildungs-ideologie und -praxis.

Gescheiterte  
Reformen

Jüngste Versuche, auch nur minimale Veränderungen am System Schule durchzuführen, wie etwa die Maturareform oder die sogenannte Schulautonomie, zeigen, wie eng der Innovationsrahmen des Systems Schule abgesteckt ist: Um Veränderungen der Prüfungsmodalitäten durchzusetzen oder den Schulen für winzige Bruchteile der Wochenstundenanzahl die inhaltliche Entscheidungsfreiheit zu gewähren, bedarf es jeweils jahrelanger Verhandlungen, bei denen die konservativen Kräfte stets mit dem Untergang des Abendlandes argumentieren. Die jahrzentelange Geschichte der österreichischen Schulreform läßt nur einen legitimen Schluß zu: Das System Schule ist in seiner derzeitigen politischen Verfassung nicht in dem Ausmaß reformierbar als die gesellschaftliche Situation es erfordern würde.

Für die Hindernisse, die schulischen Reformen entgegenstehen, sind die Schwierigkeiten, auf die eine Reihe bemerkenswerter Bemühungen des gegenwärtigen Unterrichtsministers wie die Vergrößerung der Autonomie der einzelnen Schule, die Abmilderung der sinnlosen Klassenwiederholung oder die Integration Behinderter in die Regelschulen stoßen, sprechende Beispiele. Eine zentrale und unvermeidliche Voraussetzung für Schulreform bestünde darin, das wesentlichste Hindernis jeglicher Reformmaßnahme, die parlamentarische Zweidrittelmehrheit für alle Schulbelange, aufzuheben. Solange diese besteht, werden Vorschläge zur Schulreform weiterhin im

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

120

ideologischen Kleinkrieg der Koalitionsparteien verschlissen oder soweit herunterlizitiert, bis nichts oder fast nichts mehr von ihnen übrig ist. Vergleiche mit anderen politischen Inhalten sind aufschlußreich: Für die Abtretung grundsätzlicher national-staatlicher Entscheidungskompetenzen an den EWR bzw. später die EG genügen jeweils einfache und häufig extrem knappe Mehrheiten der Parlamente oder der Bevölkerung. Für die geringste Änderung eines Lehrplanes sind dagegen qualifizierte Mehrheiten erforderlich.

Angesichts des hohen Innovationsbedarfs und der geringen Innovationkapazität der Schule erscheint die Forderung nach Demokratisierung der Bildung unausweichlich. Der Staat kann nicht mehr alleiniger und ausschließlicher Träger des gesellschaftlichen Bildungsauftrags sein und er muß dies auch nicht mehr. Statt dessen sollte die volle rechtliche und finanzielle Gleichberechtigung staatlicher und nicht staatlicher Lernunternehmungen hergestellt werden. Die Argumente gegen eine solche Forderung sind sattsam bekannt: Sie würde bessere Schulen nur für die Reichen bringen und, da diese im allgemeinen auch den politisch angepaßteren Schichten zugehören, nicht Fortschritt, sondern Rückschritt verursachen. Diese Argumentation greift freilich zu kurz: Einerseits kommt bei einer vollen Gleichstellung das gesamte ideologische Spektrum einer Gesellschaft zum Ausdruck. Im Moment wären das also auch die ökologischen Bewegungen, die neuen Ansätze zu interkulturellem Lernen, die bereits vorhandenen Initiativen zu einem alternativen Unterricht, die Frauenbewegung, usw. Andererseits ist die Forderung nach Gleichberechtigung privater Lernunternehmungen nicht bloß inhaltlich, sondern auch politisch-strategisch zu verstehen: Selbst traditionell orientierte private Schulen sind noch besser als mit einem Absolutheitsanspruch ausgestattete und ebenso traditionell orientierte öffentliche Schulen, weil das staatliche Schulsystem erst durch die Möglichkeit einer Alternative zu ihm unter den Druck der Notwendigkeit zu längst fälligen Veränderungen kommen kann.

Demokratisierung  
der Bildung

Die Exklusivität öffentlicher Bildung ist bildungspolitisch nicht mehr gerechtfertigt. Wenn die öffentliche Diskussion über Schule und Schulreform dieser Tatsache nicht Rechnung trägt, könnte in absehbarer Frist die Frage nach der Zukunft des derzeitigen Systems Schule durch die Abstimmung mit den Füßen entschieden werden:

Zukunft des  
Lernens

- Sobald sich die Zahl der Jugendlichen, die nicht mehr in unsere Schulen wollen oder die in ihnen nicht mehr mitmachen wollen, weiter vergrößert;
- sobald sich die Zahl der Eltern vergrößert, die nicht mehr bereit sind, als der Schule nachgeordneter psychischer Dienstleistungsbetrieb schulische Schädigungen in der Familie auszugleichen, ohne in der Schule selbst über irgendein Recht zu verfügen;
- sobald gestreßte Lehrer in wachsender Zahl nicht mehr bereit sind, die fatalen Folgen übervoller Lehrpläne, didaktisch zerstörerischer Zeit- und Gruppenstrukturen des Unterrichts und sinnloser bürokratischer Auflagen zu akzeptieren;
- sobald eine kritische Medienöffentlichkeit nicht mehr nur vereinzelt, sondern permanent und grundsätzlich die Mißstände an den Schulen publik macht;
- sobald eine zunehmend mobile und flexible Berufswelt nicht mehr zuwartet, bis die Jugendlichen, unzureichend ausgebildet, aus einem immer länger und immer ineffektiver werdenden Schulsystem entlassen werden, sondern für ihren Bedarf durch eigene Ausbildungseinrichtungen, die wesentlich kürzer und effektiver sein werden, vorzusorgen beginnt;
- sobald solche Entwicklungen, deren Anfänge jetzt schon im gesamten Schulwesen nachweisbar sind, in größerem Umfang einsetzen, muß die unzutreffende Selbstqualifizierung der öffentlichen Schule als einzig mögliche und ausreichende Bildungs-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

121

institution fraglich werden. Es ist anzunehmen, daß der Beitritt zu EWR und EG diese Dynamik beschleunigen werden. Die vermögendere Schichten können aus dem Gesamtkatalog europäischer Bildungsangebote jene für ihre Kinder auswählen, die eine je persönlich befriedigendere und beruflich chancenreichere Ausbildung garantieren. Die Öffnung internationaler Barrieren wird die Existenz nationaler erst offenkundig und politisch prekär machen. Nur der Status der Schule als staatlich geschützter Monopolbetrieb kann bis jetzt verhindern, daß etwa Jugendliche, die Fremdsprachen lernen wollen, dies nicht in einem mehrwöchigen Intensivkurs tun, statt in mehrjährigem schulischen Unterricht, dessen gleichwertiger Erfolg keinesfalls garantiert ist, dessen Mißerfolg aber das Risiko des Verlusts eines Lebensjahres mit sich bringt. Die Schulen der Zukunft werden flexible Kurssysteme sein, wie sie heute in der Erwachsenenbildung und in geringerem Ausmaß an den Universitäten bereits üblich sind, mit wenigen verpflichtenden und einem hohen Anteil an individuell wählbaren Angeboten, die aus den unterschiedlichsten Quellen - aus öffentlichen Angeboten, von privaten Bildungsveranstaltern, moralisch-ideologischen Vereinigungen, praxis- und berufsorientierten Anbietern, durch die Nutzung medialer Fertigungsangebote, usw. - gespeist werden. Im Zeitalter des Infotainments wird die schulische Wissenskonzeption von einzelnen Disziplinen und Fächern zum Anachronismus.

Aufgrund der zunehmenden Vernetzung und Interdependenz aller Lebensbereiche müßte Schule sich überdies mit anderen Lebensinteressen der Jugendlichen verbinden: mit Sport, Konsum, Unterhaltung, Formen der Geselligkeit. Derzeit hält Schule sich ängstlich fern von "nicht"schulischer Kultur, oder "verschult" solche Aktivitäten, z.B. in einem leistungsorientierten Turn-, Musik- oder Kunstunterricht. So befinden sich etwa in Innsbruck auf engstem Raum im Stadtzentrum mehrere Allgemeinbildende, Berufsbildende und Höhere Schulen, zwei Jugendzentren, ein Kulturzentrum, mehrere private und städtische Theater, ein Kongreßhaus und verschiedenste andere Bildungs- und Kultureinrichtungen, ohne daß diese Einrichtungen in irgendeiner Weise miteinander koordiniert, und vor allem, ohne daß deren z.T. höchst interessante und bildungsintensive Programme in den Unterricht der Schulen einbezogen würden. Stattdessen werden eigene Kulturproduktionen für Schulen angeboten, die aufgrund ihrer mangelnden Professionalität von den Schülern torpediert werden.

Zukunft der  
Schule

Die gegenwärtige Diskussion um die Schule scheint mit der Kritik oder der Verteidigung überholter Strukturen so sehr beschäftigt zu sein, daß das Denken in absehbaren Tendenzen einer Zukunft des Lernens in den Köpfen der Verantwortlichen keinen Platz hat. Das Lernen der Zukunft wird so vermutlich weder durch eine Reform der gegenwärtigen Schule entstehen noch durch den offenen Kampf gegen sie. Schon eher wird sich die Exklusivität staatlicher Bildungsmonopole durch die faktische Etablierung und zunächst insgeheime, dann öffentliche Tolerierung eines immer größeren Anteils an nicht staatlicher Bildung schlicht und einfach überleben. Die Mauern, mit denen das öffentliche Bildungssystem sich heute noch umgibt, könnten Zug um Zug abbröckeln und letztendlich friedlich geschleift werden. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung um Bildung wird nicht darum gehen, nach wessen Konzept die staatliche Schule verändert wird, sondern darum, wer welche Anteile am Bildungsmarkt der Zukunft erobert. Die öffentliche Schule wird sich aus eigenem Antrieb oder notgedrungen den Anforderungen dieser Entwicklungen stellen müssen. Eine Schule, die die jungen Menschen immer länger und immer unausweichlicher an sich bindet, wird ihre gesellschaftliche Bedeutung nur behalten können, wenn ihr das Kunststück gelingt, beide bei heutigen Jugendlichen vorfindlichen Wunschartikulare aufzugreifen und in Beziehung zu setzen: als Jugendliche Spaß am Leben zu haben und auf ein aussichtsreiches Erwachsenenleben vorbereitet zu werden.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

122

### Arbeit - ökonomischer Zwang oder Selbstverwirklichung

Die Veränderungen, die den Übergang in die Arbeits- und Berufswelt betreffen, sind nicht weniger grundlegend als jene in Familie und Schule. Das Bewußtsein der Arbeiterschaft hat sich seit der Industrialisierung, grundlegend verändert. Während sich mit der Industrialisierung zunächst ein "Spannungsverhältnis zwischen den individuellen Ansprüchen auf ein besseres Leben und auf die Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum auf der einen und den realen Möglichkeiten auf der anderen Seite" (Brock 1988, S. 431) entwickelte, dem auf der Seite der Arbeiter kollektive Identitäten (des Verzichts, der Sparsamkeit, des Sich-Bescheidens bzw. des Klassenkampfes) entsprachen, ergab "sich im Zuge der allgemeinen Verbesserung der Lebensbedingungen auch für die Arbeiter ... eine zweite sozialhistorische Zäsur: Arbeit wird unter dem Gesichtspunkt nicht mehr nur der grundsätzlichen Subsistenzsicherung gesehen, sondern auch und vor allem im Hinblick auf die Verwirklichung subjektiver Interessen und Lebenskonzepte".

Jugendliche  
Individualisten

Jugendliche fordern "heute - im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren - öfter Gleichberechtigung mit den Erwachsenen" ein, verlangen "mehr Selbständigkeit" und muten sie sich auch selber zu. Vorrechte der Älteren werden seltener hingenommen, sind umstritten. Mit sich selbst gehen Jugendliche zugleich sensibler und anspruchsvoller um. Ihre Identitätsvorstellungen und Lebensentwürfe arbeiten sie sorgsamer und differenzierter aus. In Auseinandersetzungen über Wertvorstellungen, über Lebensstile, über Erwartungen an Arbeit, Verdienst und Lebensstandard wollen sie von den Älteren als gleichberechtigte Gesprächspartner akzeptiert werden, mit eigenem Entscheidungsanteil ... Mit siebzehn, da hat man nicht nur Träume, da wird mehr und mehr aus dem eigenen Ich heraus gehandelt und erfahren" (S. 341).

Die soziale Realität vieler Jugendlicher hält freilich mit ihren Wünschen an das Leben nicht Schritt. Ralph Bohnsack hat in einer insbesondere in methodischer Hinsicht den üblichen Lehrlingsbefragungen überlegenen Untersuchung das faktische Bewußtsein Jugendlicher unterschiedlicher sozialer Milieus und Alterszugehörigkeit in einer deutschen Kleinstadt aufgrund von zahlreichen Gruppendiskussionen rekonstruiert. Für die Gruppe der Lehrlinge ergibt sich dabei ein interessanter Befund: der Übergang von der Schulzeit zur Arbeitswelt spielt sich in mehreren Phasen ab. Dabei fällt die erste Phase, die man erwarten würde, überraschenderweise aus: "Eine Antizipation berufsbiografischer Verläufe oder Entscheidungssituationen in der Form theoretischer, gedankenexperimenteller Entwürfe finden wir bei den Lehrlingen nicht" (1989, S. 199). Bohnsack hat deshalb für den Übergang von der Hauptschule in die Lehrlingsausbildung den Terminus "Suspendierungsphase" gewählt. Eltern und Lehrer üben zwar moralischen Druck aus ("Überleg' dir bloß, was'd werden willst", S. 200), helfen den Jugendlichen aber nicht wirklich weiter.

Berufseinstieg

Die Folge dieser Suspendierung ist eine durchgängige "Enttäuschung" der Jugendlichen. Sie hatten mit ihrer beruflichen Zukunft alles das verbunden, was ihnen in der Schule gefehlt hat: Selbständigkeit, Spaß, Geld Verdienen. Nach den ersten Erfahrungen im Betrieb sehnen sie sich nach der Schule zurück (S. 201f):

Enttäuschung

"Ich mein, am Anfang, wie ich noch in der Schul war, hab ich mich irgendwie drauf gfreut irgendwas selbständig zu machen dann in am Beruf ... Unter mein Beruf hab ich mir irgendwie was anders vorgestellt".

"also bei mir wars so, daß ich also mich total gfreut hab auf ne Arbeit ... und ... naja Schule scheiße und so und dann, dann war des halt so als tät ich lieber in die Schule gehn wie auf Arbeit ...".

"Für mich is die Arbeit die letzte Scheiße".

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

123

Zu dem Zeitpunkt, zu dem sie diese Enttäuschung erleben, ist ihre Berufsentscheidung bereits gefallen und meist nicht mehr korrigierbar. Deshalb mündet die Enttäuschungsphase nicht "in eine Suche nach Auswegen, sondern in eine Negation" (S. 202). Die Jugendlichen resignieren. "Mit Negation ist gemeint, daß die Jugendlichen sich biografisch nicht mehr verorten wollen, nicht einmal mehr auf dem Wege der Absetzung von Negativ-Gegenhorizonten. Gemeint ist also nicht allein die Negation des beruflichen Alltags, sondern es geht um die Negation der gesamten biografischen Sphäre" (S. 205). Je nach Milieu äußert sich diese Negativität unterschiedlich, in jedem Fall aber (selbst)zerstörerisch. Als völlige Gleichgültigkeit, auch gegenüber der durch exzessiven Alkohol- oder auch Drogenkonsum gefährdeten eigenen Gesundheit bei Jugendlichen mit geringen familialen und sozialen Bindungen ("des is mir scheißegal"; S. 206); als Verlust von Zukunftsperspektiven bei dörflichen Jugendlichen ("wir leben von einem Tag zum andern"), der immerhin noch durch das stabilisierende Element zyklisch wiederkehrender dörflicher Veranstaltungen abgemildert wird (S. 207).

Negation

Für die österreichische Situation gibt es keine einzige sozialwissenschaftliche Untersuchung von vergleichbarem Niveau. Die Aussagen, die Jugendliche in Interviews über ihre Arbeitsverhältnisse machen, gleichen allerdings denen der Bohnsack-Untersuchung. Auch hier denken junge Lehrlinge gelegentlich nostalgisch an ihre Schulzeit zurück:

"Manchmal denke ich mir wirklich, in der Hauptschule, was da Ferien gehabt hast, und jetzt mußt du dir die Ferien so klaß einteilen. Im Sommer erwischt du gerade zwei Wochen, die verregnet sind, hast du überhaupt nichts gehabt vom Jahr" (Bäck, Kreidl und Papst 1989, S. 38).

Die Probleme, die Jugendliche am Arbeitsplatz haben, haben viel mit der Behandlung zu tun, mit der Art, wie mit ihnen umgegangen wird. Die ist manchmal zum Schreien. Aber wo kann man schreien, und vor allem, wen kann man anschreien?

"Eine Zeitlang friß' ich das wirklich hinein. Und auf einmal geht das nicht mehr, und dann kommt das irgendwann, irgendwo kommt das heraus. Entweder es kommt bei meinen Eltern heraus, oder sonst kommt es bei meinem Freud heraus. Und dann schrei' ich, obwohl ich's nicht will" (S. 34).

Die Phase der "Restabilierung" der Jugendlichen wird nach den Beobachtungen Bohnsacks bemerkenswerterweise nicht über eine größere Zufriedenheit mit ihrem Berufsalltag eingeleitet, sondern nach ihren eigenen Berichten, durch die Beziehung zu einer "festen Freundin". Die Orientierung der jungen Männer kommt weder von ihren Eltern noch von ihrem Beruf, sondern von der größeren Zielstrebigkeit der jungen Frauen, die nach einer wesentlich weniger tiefgreifenden Enttäuschungsphase "in das Ablaufmuster des traditionell weiblichen Lebenszusammenhanges" eintauchen, "innerhalb dessen die Hochzeit zur nächsten Etappe, zum Orientierungs- und Zielpunkt wird" (S. 216). Von ihnen her erwachsen "den jungen Männern aus der Beziehung zur festen Freundin Orientierungshilfen ..., von denen sie vorher nicht allzu viel gehnt haben" - "Aber wart' einmal, bis du ne Freundin hast, a feste Freundin ... dann hast nämlich a Ziel dann vor Augen, und dann denkst der einmal was, du", so klärt ein älterer Jugendlicher einen jüngeren auf.

Frauen als  
Elemente sozialer  
Stabilisierung

Womit wir wieder bei den Zukunftsvorstellungen Jugendlicher und bei der Familie wären. Freilich, nur zynische Traditionalisten können sich eine derartige Karriere fortgesetzter Enttäuschungen und Negationen in den sicheren Hafen der Ehe wünschen. Nur wenn man bloß das Ergebnis zählen läßt, kann man die frühe Erziehungsfunktion der jungen Frauen gegenüber den jungen Männern, die Hubert Lafont (1984) bereits für das Paris der 50er Jahre und Sigrid Pilz (1984) für Innsbrucker Arbeiterjugendliche der 80er Jahre nachgewiesen hat, als einen gesellschaftlich wünschens-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

124

werten Einstieg in eine lebenslange Partnerschaft mißverstehen. Viel eher ist zu erwarten, daß auf diese Weise Beziehungsstreit, gegenseitige Einengung und, für einen erheblichen Teil der jungen Paare, jener hohe Anteil an frühen Scheidungen programmiert ist, von dem bereits die Rede war. Die Analysen Ralph Bohnsacks weisen in eine andere Richtung, in die gesellschaftliche Phantasie, pädagogisches Know-How und ökonomische Ressourcen gelenkt werden müssen, wenn man mehr positive Loyalität von Jugendlichen gegenüber den Anforderungen des Erwachsenenlebens will, dessen erste, entscheidende Phase der Berufseinstieg darstellt: Eine grundsätzliche Verbesserung der sozialen und ökonomischen Verhältnisse an den ersten Arbeitsplätzen, die Jugendliche einnehmen.

Im Unterschied zur Schule hat die Arbeitswelt Lebenschancen nicht in Form von Wertpapieren, sondern sozusagen "bar", als reale Lebenschancen zu verteilen oder zu versagen. Sie ist deshalb im Prinzip nicht in dem Maße gezwungen, auf die Vorstellungen von Jugendlichen einzugehen. Dennoch entscheidet die Einstiegsphase Jugendlicher in die Arbeitswelt ganz wesentlich darüber, ob sie die Gesellschaft, in der sie leben, langfristig als die "ihre", die ihnen nicht nur etwas abverlangt, sondern auch etwas bringt, wahrnehmen können. Nach Martin Baethge ist zwar unbestritten, "daß die privatwirtschaftlichen Unternehmen weiterhin ... in der Gestaltung der Arbeitsabläufe einer utilitaristischen Ethik folgen. Die Frage ist nur, ob nicht die Unternehmen auch gegen ihre Intentionen ... dazu gezwungen werden, den Bedürfnissen der Beschäftigten mehr Aufmerksamkeit zu widmen und mehr Raum zuzugestehen" (1988, S. 18).

Mit Leib und  
Seele arbeiten

Eine richtungsweisende Enquête, die das Sozialministerium und das Unterrichtsministerium gemeinsam veranstalteten (Tagungsbericht 1992) enthält ein Fülle von Analysen und Empfehlungen zur österreichischen Problematik von Berufsinformation, Berufswahl und Berufsalltag. Viele davon gehen weit über das derzeit politisch als möglich Erachtete oder auch nur Diskutierte hinaus. Was noch weitgehend fehlt, ist eine Auseinandersetzung innerhalb der Wirtschaftstreibenden selbst, die sich nicht in manipulativen Plakataktionen erschöpft und nicht nur darum geführt wird, wie man zu gut und kostengünstig zu finanzierenden Lehrlingen kommt, sondern die den Beitrag der Arbeitswelt und damit der Wirtschaft zur staatsbürgerlichen Sozialisation der Jugendlichen ernst nimmt. Derzeit werden bei der Mehrzahl der Jugendlichen Phasen der Desintegration und Resignation noch von Hoffnungen auf individuelle Lebensverwirklichung abgelöst. Wie jede Gesellschaft, die ihre Jungen nicht unterdrücken, sondern für sich gewinnen will, ist aber auch die unsere langfristig auf ein basales Vertrauen der nachwachsenden Generation angewiesen. Jugendliche sagen heute in sozialwissenschaftlichen Umfragen wie in offenen Gesprächen wieder vermehrt, daß sie die Erwachsenen zum selbst Erwachsenwerden brauchen. Sie verweisen bei gleichzeitig steigenden Ansprüchen auf Unabhängigkeit auf die Verpflichtung der Erwachsenen, ihnen ins Leben zu helfen. Gewiß ein anspruchsvolles und nicht immer leicht einzulösendes Beziehungsangebot.

Angesichts erst zaghafter Anstalten, aus Lernen wieder mehr als Schule halten und aus Arbeiten wieder mehr als die Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu machen, läßt sich eine Prognose auf die Zukunft als Kennzeichnung einer Weggabelung abgeben, an der wir stehen: Kann sein, daß Schule wie Arbeitswelt sich von einer den ganzen Menschen, mit Leib und Seele und allen seinen Sinnen betreffenden Lebensform schon so weit entfernt haben, daß man sich eine noch stärkere Trennung zwischen Menschsein, Lernen und Arbeiten wünschen muß. Eine Schule, die nur mehr Stoff vermittelt, sollte ebenso wie eine rein industrielle Arbeitswelt tunlichst auf diese eng umschriebene Funktion beschränkt werden. Beide dürften nicht so viel Lebenszeit und Lebenskraft unserer Kinder und Jugendlichen okkupieren. Kann aber auch sein, daß es den jüngeren und den älteren Menschen gelingt, sich in ihren wachsenden Wünschen nach lebensbefriedigendem Lernen und Arbeiten so weit zu solidarisieren,

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

125

risieren, daß die vorhandenen Ansätze in Richtung einer immer lebendigeren Schule und einer immer menschlicheren Arbeitswelt stärker zum Zug kommen. In beiden Szenarios hätte die Familie oder die sie ablösenden Formen des Zusammenlebens eine unverändert wichtige Funktion als hilfreiches Lebensnetz oder als Zentrum der Integration der beruflichen und der privaten Lebenssphäre.

Nimmt man diese Entwicklungen alle zusammen: eine zwar bleibende pädagogische Bedeutung, aber funktionelle Überforderung und soziologische Relativierung der Familie, eine strukturelle Krise des Bildungsbegriffs der öffentlichen Schule und eine zunehmende Diskrepanz zwischen den Anforderungen des Arbeitsmarkts an die Jugendlichen und der Jugendlichen an den Arbeitsmarkt, dann gewinnt die Annahme eines insgesamt abnehmenden Einflusses der klassischen Sozialisationsinstanzen an Bedeutung. Wenn man weiter davon ausgeht, daß die Schule, die zwar die Familie von sich abhängig gemacht hat, gegenüber der Konsum-, Freizeit- und Medienwelt selbst in eine ähnlich sekundäre Position gerät und daß die große Bedeutung, die die klassische Sozialisationstheorie den Peergroups, den Gruppen gleichaltriger Jugendlicher, zuschrieb, deren Einfluß bisweilen über - wenn nicht gegen - den der Familie und Schule gesetzt wurde, durch die Ausdifferenzierung einer immer größeren Zahl unterschiedlicher Freizeitinteressen und -orte, die Kommerzialisierung der Freizeit, den häufigeren Schul- bzw. Schulzweigwechseln sowie die allgemein steigende Mobilität von den gesellschaftlichen Veränderungen mitbetroffen ist, - so ergibt sich insgesamt eine wesentliche Akzentverschiebung im Sozialisationsprozeß, die noch kaum in das Bewußtsein von Eltern, Lehrern, Erziehern und Bildungspolitikern gedrungen ist: Weder die Institution Familie noch die Institution Schule stellen mehr jenes psychosoziale Moratorium dar, das als pädagogisch-moralischer Schonraum bzw. als strenge Barriere zwischen den unmittelbaren Einflüssen der Kultur und den Jugendlichen fungiert. Vielmehr sind diese in allen Lebensbereichen unmittelbar mit den Lebensweisen, den Wertvorstellungen, den Bedürfnispotentialen und den Handlungsformen der allgemeinen Kultur konfrontiert. Damit gewinnt auch die zweite Annahme erheblich an Plausibilität: wenn sich das Leben Jugendlicher in wachsenden Anteilen unmittelbar in der öffentlichen Kultur abspielt, dann wird diese zu einem Erziehungs- und Sozialisationsfaktor von primärer Bedeutung. Die Sozialisation Jugendlicher hinge somit wesentlich von den Bedingungen ihrer Existenz in jenen Bereichen ab, die wir eingangs als "nichtinstitutionelle Öffentlichkeit" bezeichnet haben.

Zwischenresumée

### Freizeit - Brüche in den Lebenswelten

In der Jugendforschung werden die Bedingungen des Aufwachsens von Jugendlichen in nichtinstitutionalisierten Öffentlichkeiten vor allem unter dem Stichwort Freizeit abgehandelt. So resumiert das ÖIBF eine Untersuchung zum Freizeitverhalten Wiener Jugendlicher bemerkenswerterweise wie folgt: "Es ist gerade der nichterfaßte, nicht fremdgeleitete, nichtinstitutionalisierte Charakter des Freizeithandelns, der den Jugendlichen den aktiven Umgang mit ihrer Freizeit erlaubt. Nichts wäre gefährlicher für die Jugend, als ihr über wohlwollende Institutionen die Kontrolle über ihre Freizeit zu entziehen" (1986, S. 114).

Gespräche mit Jugendlichen aus den beiden Grazer Bezirken Geidorf (Zentrum) und Liebenau (Stadttrand) zeigen, wie unterschiedlich die Freizeitchancen und -stile der einzelnen Jugendlichen sind. Manche der Aussagen der Jugendlichen wirken resignativ, fast so als würde ein Erwachsener auf seine Jugendzeit zurückblicken (Bäck, Kreidl und Papst 1989):

Jugendliche über ihre Freizeit

"Ja früher sehr viel, und jetzt, zur Zeit, hab' ich keine Lust mehr. Das ist immer so: Einmal hat man Lust, dann hat man gar keine, das ist ganz verschieden. Seinerzeit jeden Tag, Samstag, Sonntag, unter der Woche, immer, und jetzt eigentlich fast nie

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

126

mehr."

Andere Aussagen lassen Brüche in den Lebenswelten vermuten, die sich als Barrieren in der Freizeitgestaltung auswirken. So kann die Wohnung am Stadtrand und Freizeitorte (Cafés, Kinos, Discos, Schwimmbäder, Billard, etc.) im Zentrum liegen, ebenso können die Freude/innen weit weg und an unterschiedlichen Orten wohnen:

"Ja, ich meine, es ist so, daß ich in Liebenau eigentlich fast nichts mache, weil eben da nichts ist."

"Mit dem Bus, das kannst du sowieso vergessen, weil die fahren eh nur bis halb zwölf ... und wenn ich da dann hineingefahren bin mit dem Bus, dann habe ich entweder den letzten zurücknehmen müssen oder ich habe warten müssen bis halb sechs in der Früh."

"Ich bin immer zuhause. Es ist auch so dumm, bei uns ist wirklich nichts, wo man hingehen könnte, und in die Stadt fahren ist mir wieder zu weit und so und dann, man ist da so abhängig von der Straßenbahn, das ist echt blöd."

Wenn sich nichts organisieren läßt, dann heißt es daheim bleiben, obwohl gerade das von den meisten Jugendlichen als eher langweilig geschildert wird:

"Am Nachmittag, so um halb drei, drei, komm' ich vom Arbeiten heim. Dann weiß ich eigentlich eh nicht, was ich tun soll den ganzen Tag."

Nichts wie weg von zuhause scheint die Devise jedenfalls der männlichen Jugendlichen zu sein:

"... daheim sind wir eh fast nie, grad zum Essen und zum Schlafen."

Nichts wie weg  
von zu Hause

Insbesondere die Mädchen müssen sich mit einem wenig abwechslungsreichen Freizeitleben zufrieden geben:

"Ich mache eh so gut wie garnichts, weil ich erstens nicht wegdarf und zweitens hab' ich meistens keine Zeit, weil ich lernen muß, und dann gehe ich reiten. Und das ist eh fast meine ganze Beschäftigung"

"Es ist ziemlich eintönig bei mir."

Außer Haus gehen bedeutet aber noch nicht automatisch erfülltes Freizeiterleben. Dazu muß man erst einmal wissen, mit wem man wohin gehen will oder kann. Leute zu treffen, mit denen man reden kann, ist der vorrangige Freizeitwunsch der Jugendlichen, und daß sie ihn so oft angeben, läßt vermuten, daß er nicht mehr selbstverständlich und unproblematisch als erfüllbar angesehen werden kann:

"Also nur, daß ich wegen der Musik oder so irgendwo hingeh, das sicher nicht. Also wenn ich da keinen kenne, ist das für mich uninteressant." - Interviewer: "Also um Leute zu treffen." - "Ja sicher, daß ich reden kann."

Freilich "außer rumstehn und blöd reden" läßt sich in den immer stärker funktionalisierten Arealen der Städte kaum etwas machen. Einstmals unproblematische Treffpunkte sind aus subjektiven oder objektiven Gründen nicht mehr zugänglich:

"Jetzt, wo wir älter werden, jetzt wissen wir nicht, was wir tun sollen. Und früher, da war's halt ein bisschen anders, da haben wir dort gespielt, da gespielt ... ich mein', da war kein Verkehr unten (in den Murauen), da haben wir tun können, was wir wollten. Und jetzt, da wird's jetzt dann schon kritisch, weil jetzt stellen wir doch schon andere Ansprüche."

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

127

Spontane, Zufriedenheit mit der eigenen Freizeitaktivität ausstrahlende Äußerungen sind eher selten:

"Das ist so: Freitag und Samstag bin ich immer (in der Disco), und Samstag, ich meine, Samstag haben wir Schule, jetzt kann ich Freitag sowieso nicht besonders lange bleiben, und Samstag bin ich eigentlich immer bis Schluß, das ist um fünf oder was aus, bis ich dann schlafen gehe ist es sechs - also jetzt Sonntag - und dann schlafe ich eh bis Nachmittag"

Solche erfüllte Freizeit kann sich sogar zuhause abspielen, wenn soziale Binnenstrukturen noch intakt sind:

"In der Freizeit bin ich meistens bei uns im Hof. ... dort sitzen wir zusammen am Abend bis elf, halbzwölf und quatschen ... Mit Kollegen von der Volksschule, die ich noch kenne oder solchen, die dort wohnen und den ganzen Freunden."

Selbst ein Mangel an Freizeitangeboten ist nicht notwendigerweise ein zwingender Grund zur Langeweile:

"Da gibt's Verschiedenes. Ich gehe gern spazieren zum Beispiel, ich unternehm' gern was mit Viechern. Ich mein', ich bin ein irrsinniger Tiermensch, der überhaupt nur Natur liebt, das ist ein Wahnsinn. Ich bin wie ein richtiger fliegender Vogel, der gerne in der freien Natur heraußen ist, der viel spazieren geht, viel Joggen und so, Tennispielen. Das ist alles in meiner näheren Umgebung, und sonst kann man eigentlich bei uns draußen nicht so viel unternehmen."

### Konsum - unerfüllbare Wünsche

Mit einem von Studierenden des Innsbrucker Instituts für Erziehungswissenschaften entwickelten Fragebogen nach ihren Wünschen gefragt ("Was würdest du mit einer Mrd. Lire / einer Million Schilling machen?"), antworten Jugendliche aus St. Martin i. Passeir (Südtirol) bzw. Linz (Oberösterreich) zweischneidig, in Richtung Familienzukunft einerseits, in Richtung Konsum andererseits. Neben "Investieren", "Verschenken", "Versaufen" möchten die Jugendlichen (Moser, Pichler und Haller 1993):

Wohin mit  
1 Million ?

"mit meiner Freundin ein Leben auf einem ruhigen Platz aufbauen."

"zuerst Weltreise, dann häuslich niederlassen mit Familie."

"zuerst auf die Bank und dann später, wenn ich eine Familie habe, braucht man immer Geld."

"alles kaufen, was ich schon immer gewünscht habe."

"zuerst ein Ticket in die Karibik, eine Villa kaufen, einen Sportwagen kaufen."

"einfach durch Linz laufen und alles kaufen, was mir gefällt. Und falls noch was übrigbleibt würde ich essen gehen. Und wenn dann noch was übrigbleibt (was sicher ist) eine Vespa und ein Wohnung mieten. Für später."

Die Reihenfolge der letzten Antwort: 'Konsum jetzt, Familie später' stammt von einem/r Linzer Jugendlichen und dürfte für städtische Jugendliche nicht untypisch sein. Manche sind aber von so viel Geld auch einfach überfordert. "Weiß noch nicht", antwortet eine/r, "Ich würde draufgehen" ein/e andere/r. Und eine/r würde immerhin 200 Schillinge an "armen Menschen spenden".

All das kommt als Antwort auf die Frage, wovon die meisten Jugendlichen träumen, nicht mehr vor. Wenn Jugendliche aus der Distanz, nicht über sich selbst, sondern über 'die anderen Jugendlichen' sprechen, treten deutlicher Wünsche egozentrischer Singles hervor, von denen anzunehmen ist, daß sie auch ihre eigenen sind oder

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

128

wären:

"Geld und Sex"

"Sonne, Liebe, Geld, Sex"

"Liebe, Erfolg, Urlaub, Freunde, Auto, bessere Welt"

"Erfolg, Reichtum"

"Viel Geld, tolles Leben, Supertraumfrau".

"Sie wissen aber", notierte ein/e Jugendliche/r an die Adresse der Befrager/inn/en, "daß dies kaum zu erreichen ist". Sind diese Jugendlichen in Bezug auf ihre Wünsche an das Leben frustriert? Die Art, wie sie sie aussprechen, ohne falsche Scham und ohne künstlich auferlegte Zurückhaltung, würde eher darauf hindeuten, daß sie sich von der moralisch erzogenen Nachkriegsgeneration dadurch unterscheiden, daß sie auch angesichts eingeschränkter Erfüllungsmöglichkeiten keineswegs mehr auf ihre Wünsche verzichten. Vieles ist nach wie vor verboten, noch mehr nicht erreichbar, aber in ihren Wünschen sind Jugendliche nicht mehr eingeschränkt. Ihre Psychen werden nicht mehr nur durch die Sparmoral der eingeschränkten Verhältnisse, sondern zumindest im selben, wenn nicht in größerem Ausmaß durch die Träume vom großen Glück geformt, das für viele zunächst die uneingeschränkte Befriedigung von Konsumwünschen bedeutet, die keinesfalls mehr moralisch zensuriert wird.

Wünschen ist  
erlaubt

Mehr noch als bei den angepaßteren dörflichen Jugendlichen aus Südtirol kommt diese selbstverständliche Partizipation am gehobenen Konsum bei den Linzer Stadtjugendlichen zum Ausdruck. Während sich bei den Jugendlichen aus St. Martin auf die Frage nach der bevorzugten Kleidung bei Partner oder Partnerin neben "elegant", "lässig und ungezwungen", "manchmal sexy" noch Antworten wie "normal", "nicht auffällig", "auch ein fesches Dirndl" finden, geben sich die Linzer Jugendlichen mode- und qualitätsbewußt:

"lässig modisch gekleidet, teurere Kleidung, aber nicht spießig und auf keinen Fall eine Kleidung, wo man bereits aus Entfernung sieht, daß bei C&A oder so einem Laden eingekauft wurde"

"Markenware. Levis, Diesel, American System, Chevignon, Replay"

"Benetton, Arvid, Boutiquen wie Penz, Sisley, Jet, Stefanel, Polo, Eybl"

"Boutiquen, wo nicht jeder hingeh"

Insgesamt spiegelt sich in den Aussagen der Jugendlichen über ihre Freizeitgestaltung eine Welt, die gelegentlich ihren Wünschen entgegenkommt, aber jedenfalls nicht für sie erdacht und für sie gemacht wurde. Sie scheinen sich dort manchmal willkommen zu fühlen, häufiger geduldet und oft genug überflüssig oder ausgeschlossen. Wenn Freizeit als einer der bedeutenden Bereiche betrachtet wird, nach denen Jugendliche den Wert der Gesellschaft für ihr jetziges und künftiges Glück beurteilen, dann müßte dieses Urteil zumindest ambivalent ausfallen.

### Geld - Jung sein heißt arm sein

Allen Jugendlichen mangelt es an Geld. Die in der Grazer Untersuchung interviewten Jugendlichen bringen es im Monat auf durchschnittlich 1760 Schillinge (Mädchen) und 2438 Schillinge (Burschen) an regelmäßigem Einkommen und/oder Taschengeld. Für den tatsächlichen Alltag der/s einzelnen Jugendlichen hat dieser Mittelwert keine Aussagekraft. Ist er z.B. ein Lehrling, verfügt er über monatlich 4244 Schillinge, ist sie ein Lehrling, erhält sie nur 3271 Schillinge im Schnitt. Ist er/sie Schüler oder Schülerin, hat sie nur 370 Schillinge. Die Jugendlichen geben dieses Geld für Lokalbesuche, Disco-, Ball- und Kinobesuche aus, für Sport, Platten, Kleidung und Schmuck, für Moped und Auto, Essen gehen, Hobbies und kleine Geschenke. Und sie möchten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

129

noch etwas sparen, z.B. um eine Reise machen zu können. Keine/r kommt mit dem Geld aus. "Kann ich mir nicht leisten", "zu teuer", "kostet zu viel" ist der einhellige Tenor der Antworten: "Das Geld geht auf, das ist ein Wahnsinn".

Andererseits gilt: "Wenn du kein Geld hast, dann kriegst du nichts". Die Autoren der Grazer Studie weisen zu Recht auf die grundsätzliche Bedeutung dieser Äußerung hin. Für die Jugendlichen dient Geld als Mittel, "sich z.B. das Sitzrecht in einem Lokal zu erkaufen, um miteinander zu quatschen und Spaß zu haben; bedarf es des Geldes zur angenehmen Gestaltung der Umgebung, in der man/frau sich mit Freund/inn/en trifft, sei es im Café, in der Disco, in einem Konzert oder im Kino; ist Geld vielfach die Voraussetzung für Körpererfahrung durch Tanzen, Sport, Alkohol, Mopedfahrten u.a.; ist Geld erforderlich für die Überwindung von Distanzen räumlicher wie sozialer, zwischenmenschlicher Natur; ist Geld notwendig für die Kontaktaufnahme und Selbstpräsentation über Kleidung, outfit, styling oder wenn man/frau jemanden einlädt; braucht man/frau Geld zur Möglichkeit der Teilhabe an der Erwachsenenwelt und ihrer Öffentlichkeit; bedarf es des Geldes für den Erwerb von Beziehungs- und Belegungsmitteln; dient Konsum, für den man/frau Geld benötigt, sicher auch der Ablenkung und Zerstreuung vom Arbeits- und Schulalltag als auch dem Auffüllen narzistischer Löcher" (Bäck, Kreidl und Papst 1989, S. 144).

Chronischer  
Geldmangel

Zu teuer sind nicht nur die Luxusgüter der Konsumindustrie, an deren Erwerb Jugendliche ohnedies nicht herankommen, sondern die Mittel des alltäglichen Lebens. Die öffentlichen Verkehrsmittel, die allgemeinen Freizeiteinrichtungen (Schwimbäder, Sportanlagen, Schilifte), eine angemessene modische Kleidung, eine halbwegs aktuelle Sportausrüstung, die normalen Begleiterscheinungen der Geselligkeit: ein Getränk im Café oder in der Disco, eine Kino-, eine Konzert-, eine Ballkarte. Über ihre ständige Geldknappheit erfahren Jugendliche die Welt, die angeblich auf sie wartet als eine, in die sie sich den Eintritt nicht leisten können.

"So ist es das gleiche, wenn man mit dem Bus oder Straßenbahn fährt, 15 zahlt man, es sind 15 Schilling jetzt, obwohl man noch Schüler ist, und wo soll ich das Geld her haben?"

"In Graz ist es ja ein Wahnsinn mit den Verkehrsmitteln. Jetzt zahl ich schon 15 Schilling, weil ich schon über 15 bin, 16 bin. Das ist ein Wahnsinn."

"Eine Halle (zum Tennisspielen) mieten kostet vierhundert Schilling für die Stunde. Das ist zu teuer"

"Wenn du dir ein großes Cola kaufst, das kostet 50 Schilling oder was. Da nimmt sich einer vorher das Bier, bevor er sich das Cola nimmt."

"Das Operncafé oder was, da wirst du wenig junge Leute drinnen sehn, ... weil es sich keiner leisten kann."

"Das können wir uns eh nicht leisten ... Arme Lehrlinge!"

Nach ihren Wünschen befragt, drängen die Jugendlichen auf billigere Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und der Unterhaltung. Es entsteht beinahe ein neuer Jugendbegriff: Jung sein, heißt, zu wenig Geld haben.

Vorschläge  
Jugendlicher

"Ein Jugendzentrum, wo sich die Jugendlichen treffen, wo sie spielen zusammen, oder wo sie auch nur reden, oder weiß was ich, oder was anfangen gemeinsam. Und daß sie nicht immer alles so teuer machen! ... Weil sie müssen ja bedenken, daß die Jugend auch nicht so viel Geld haben kann."

"Daß es ein Kino gibt, wo die Jugend gratis hingehn kann und so, damit halt die Jugendlichen nicht auf dumme Ideen kommen. Das wär' vielleicht ganz gut, eines für die Jugend zu machen, weil das kostet doch ziemlich viel, so ein Eintritt" (S. 150)

"Daß es in manchen Sachen, wenn man Schwimmen geht oder so manche Sachen, daß es Ermäßigungen gibt für Schüler "

"Ich finds zu viel für einen 15jährigen, sobald er 15 ist, den vollen Erwachsenenpreis

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

130

zu zahlen. Genauso ist das mit der ÖBB, mit der Bahn. In Deutschland kriegst du 50% Ermäßigung, wenn du unter 25 Jahre bist ... Ich krieg' bei der Bahn nur Ermäßigung, wenn ich einen bestimmten Ausweis hab', und für den muß ich aber auch zahlen. Und ich find, daß bei der GVB (Grazer Verkehrsverband) eben so etwas für Studenten und Schüler, daß die eben so eine Schülerkarte haben und die dann vorzeigen."

Die Berechtigung solcher Wünsche wird den Jugendlichen von zuständigen Politikern bestätigt. Der Landesjugendreferent von Wien über Ermäßigungen: "Bis zum 10. Lebensjahr ist es relativ eindeutig, dann regiert aber die Vielfalt. Einen Sonderstatus hat noch der Soldat, fast immer der Student, selten jedoch der Schüler. Als werktätiger Jugendlicher wirst du in der Regel jedoch so behandelt, als verfügtest du über ein geregelter Erwachseneneneinkommen" (Grundeis 1987). Es gäbe freilich noch ein Alternative: für die eigene Arbeit als Lehrling mehr zu bekommen:

"Ich krieg jetzt ... 2500, das ist ja auch nichts. Eine Putzfrau, die kriegt schon bald mehr wie ein richtiger Lehrling, der ja wirklich hineinschöpft, kannst sagen. Der kriegt einen Dreck dafür. Das find ich sowieso unfair. Da kann ich gleich als Hilftschackel gehen, da krieg' ich mehr"

Die Aussagen der Jugendlichen über Geld lassen keinen Zweifel offen: hier klafft nicht nur ein leere Brieftasche, sondern ein offene Wunde im Verhältnis zwischen Jugend und Gesellschaft. Eine Welt, die immer mehr und immer teurere Möglichkeiten der Teilhabe anbietet und verlangt, können die Jugendlichen nicht als die ihre erfahren, wahrscheinlich nicht einmal als eine, die ihnen später einmal gehören wird.

### Jugendliche und Erwachsene - Vermeidung statt Vermengung

Noch viel schwerwiegender erscheint die Tatsache, daß Jugendliche ihre Freizeit beinahe ausschließlich unter sich verbringen. In keiner der Aussagen ist von irgendeiner gemeinsamen Unternehmung mit Erwachsenen die Rede. Das bedeutet, daß das so notwendige kommunikative Lernen eines beiderseitig zufriedenstellenden Umgangs zwischen den Generationen jedenfalls im Freizeitbereich nicht stattfindet. Erwachsene tauchen in den Schilderungen der Jugendlichen über ihre Freizeitgestaltung ausschließlich als verbotende oder - selten genug - erlaubende Instanzen auf.

"Ich komme mir vor, wie in einem Glaskasten", resümiert das eine 16jährige Schülerin. Eltern sind "ziemlich streng", machen sich "irrsinnige Sorgen", "rennen herum, wie ein nervöses Ding", wenn man zu spät heimkommt, und machen "Blablabla", wenn man weggehn will. Lehrlinge bestehen auf ihrem Recht auf Freizeit (die folgenden Aussagen Jugendlicher stammen aus Bäck, Kreidl und Papst 1989):

Jugendliche  
über  
Erwachsene

"Ich geh' arbeiten eine Woche lang. Und ich will genauso mein Gefühl haben in der Freizeit. Wieso soll ich Samstag, Sonntag nicht fortgehn? Das werd' ich nie verstehn. Ich mein, ich schöpf (arbeite) ja für das!"

So ist es kein Wunder, wenn in den Augen der Jugendlichen Erwachsene auch in anderen Bereichen des Lebens und auf anderen Ebenen der Begegnung vor allem anhand der Dimension Akzeptanz oder Ablehnung wahrgenommen und beurteilt werden. Der pädagogische Überschwang und Überhang der Beziehung zwischen den Generationen bestimmt nicht nur das Verhalten der Erwachsenen, sondern auch das korrespondierende Verhalten der Jugendlichen:

"Da gibt es auch wieder verschiedene. Die einen akzeptieren die Jugendlichen so, wie sie sind, die anderen möchten sie unbedingt ändern, auch mit Gewalt oder so."

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

131

Bezüglich der Häufigkeit der "einen" und der "anderen" ist die Antwort desselben Jugendlichen sehr eindeutig:

"Die meisten Erwachsenen haben, glaube ich, kein Verständnis für die Jugend und sie müssen erst denken, sie waren selber jung und haben sich auch einmal ausgetobt, auch wenn es nicht erlaubt war oder so."

Klagen über die Erwachsenen gibt es von seiten der Jugendlichen genug. Sie regen sich über alles auf, rufen gleich nach der Polizei, finden die Kleidung oder die Haartracht der Jugendlichen nicht in Ordnung. Sie gehen sogar so weit, Mopeds zu demontieren oder Reifen aufzuschlitzen: "Die Leute sind echt deppert". Dabei sind die befragten Jugendlichen in ihrem Urteil keineswegs apodiktisch oder erwachsenenfeindlich. Dort, wo sie befriedigende Erfahrungen mit ihnen machen, erzählen sie davon, es kommt sogar vor, daß sie die Gesellschaft Erwachsener der ihrer Altersgenossen vorziehen:

"Ich bin lieber in Erwachsenenbegleitung", sagt ein Schüler, "ich fühle mich irgendwie sicher, denn was kann da passieren, wenn du da allein um zwölf heimfährst oder was, da kann immer irgendetwas sein."

Aber nicht nur als Begleitschutz sind Erwachsene gefragt. Auch - und vor allem - als Gesprächspartner. Sie sind

"anders als die Jugendlichen, viel vernünftiger, mit denen kann man besser reden."

Reden. Das ist die entscheidende Strategie, die die Jugendlichen den Erwachsenen zur Verbesserung ihrer Beziehung vorschlagen. "Ich finde, man kann alles ruhig bereden", sagt einer, "aber manche sind wirklich so: Polizei und aus, fertig". Gibt es so etwas wie ein Unfähigkeit der Erwachsenen, auf Jugendliche zu- oder einzugehen? In den Augen der Jugendlichen jedenfalls. Die allmorgendliche. Szene, die sie beim Einsteigen in den Bus antrifft, schildert ein jugendliche Arbeiterin so:

Reden am  
wichtigsten

"Ich steige immer in den Bus und sage laut. 'Guten Morgen!' Ich weiß nicht. Dann lach' ich halt immer, wenn ich zurückgeh', weil alle sitzen mit so einer Miene in dem Bus. Da erspar' ich es mir gleich. Da schauen sie mich immer an: 'Die hat jetzt Guten Morgen gesagt! Die lacht! Was bildet sie sich ein!'. Echt, so komm' ich mir dann immer vor".

Gewiß, in der Szene steckt ein Stück spielerischer Provokation. Aber sie ist nur möglich, wenn es die Unfähigkeit Erwachsener, zu reagieren tatsächlich gibt. "Die wissen echt nicht, was sie tun sollen", sagt die junge Arbeiterin.

Dieser Eindruck läßt sich durch die Erfahrungen von Innsbrucker Pädagogikstudenten verstärken: Wochenlange Bemühungen in einem Wohnblockviertel, in dem es ständige Querelen über das störende Verhalten der Jugendlichen gab, eine Gesprächsrunde zwischen ihnen und den dort wohnenden Erwachsenen zustandezubringen, scheiterten an der mangelnden Bereitschaft der Erwachsenen. Es bestehe kein Anlaß, lange zu reden. Die Jugendlichen sollen sich ordentlich benehmen.

Auch eine zweite Strategie, Jugendliche und Erwachsene ins Gespräch zu bringen, blieb ohne Erfolg. Eine führende Tageszeitung erklärte sich bereit, eine Aktion "Ihr und Wir" durchzuführen, in der Jugendliche und Erwachsene "offen miteinander reden" sollten. In einem Teil der Zeitung wurde in einem ausführlichen Text auf die Notwendigkeit des Gesprächs zwischen Jugendlichen und Erwachsenen hingewiesen:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

132

"Es käme darauf an, daß Jugendliche und Erwachsene in einer Vielzahl von Situationen miteinander umgehen lernen, miteinander auskommen, ohne sich über Gebühr gegenseitig einzuschränken, Vorurteile aufzubauen, gegenseitig abzuwerten. Dazu führt nur das Reden. Der eine muß vom anderen wissen, was er möchte, wo er sich belästigt fühlt, was ihn ärgert, was ihn freut und was man tun könnte, daß es nicht zu einem Gegeneinander von Interessen kommt, sondern zu einem toleranten Nebeneinander, wenn nicht Miteinander" (Tiroler Tageszeitung, Nr. 46, 1990).

Erwachsene wie Jugendliche im Tiroler Oberland und im Außerfern wurden aufgefordert, der Zeitung über ihre Erfahrungen miteinander zu berichten, die Jugendlichen wurden zusätzlich in Briefen an etwa fünfzig Jugendorganisationen auf die Aktion aufmerksam gemacht. Das Ergebnis war enttäuschend. Es langten so wenig Zuschriften ein, daß die Zeitung die Aktion einstellte. Ein Befund, der selbst dann, wenn man einräumt, daß die Aktion möglicherweise werbewirksamer durchgeführt hätte werden können, nicht auf eine besondere Kommunikationsbereitschaft der Erwachsenen und - in diesem Fall - auch der Jugendlichen schließen läßt.

### Beobachtungen in öffentlichen Verkehrsmitteln

Wesentlich aufschlußreicher, aber keineswegs ermutigender sind die Beobachtungen, die Innsbrucker Pädagogikstudenten in öffentlichen Verkehrsmitteln im Stadt- bzw. Stadtrandbereich anstellten. Ihre Erwartung, "daß etwas - und zwar in Form einer verbalen Auseinandersetzung - passieren muß", wurde enttäuscht. "Es passierte nichts - die Jugendlichen und die Erwachsenen bewegten sich scheinbar ruhig und desinteressiert aneinander vorbei".

Feindseligkeit  
und Angst

"Wir mußten erkennen, daß sich heutzutage der Konflikt zwischen Erwachsene und Jugendlichen nicht mehr so offenkundig auf verbaler Ebene, sondern viel mehr auf nonverbaler Ebene abspielt. Der direkte Kontakt mit dem Jugendlichen wird so gut wie möglich vermieden. Es wird eine bestimmte Distanz zum Jugendlichen eingehalten" (Sonja u.a. 1993, S. 11).

Erwachsene fühlten sich zwar häufig durch das Verhalten Jugendlicher gestört, sie äußerten ihren Ärger aber nicht direkt den Jugendlichen gegenüber, sondern in Form von mißbilligenden Blicken, durch Körpergesten ausgedrücktem Abscheu oder durch Selbstgespräche. Es war, "als ob der einzelne Erwachsene Angst vor der Gruppe der Jugendlichen gehabt hätte" (S. 12). - Vielleicht Angst, sich lächerlich zu machen oder mit einer Intervention letztlich alleine dazustehen:

"Eine Gruppe von Jugendlichen steigt in den Bus ein. Sie sind unruhig und übermütig. Sie laufen während der Fahrt von einem Platz zum anderen, lachen und sprechen relativ laut. Die Erwachsenen sehen zwar immer wieder zu den Jugendlichen hin und schütteln den Kopf, jedoch spricht keiner von ihnen die Jugendlichen an. Nur eine Frau wendet sich an ihre Nachbarin und meint kopfnickend: 'Furchtbar!'. Als sie keine Antwort bekommt, läßt auch sie von weiteren Wortmeldungen ab" (S. 12).

Einzelne Jugendliche wurden schon eher direkt angesprochen als Gruppen. Verhaltensaufforderungen oder Aufforderungen, ein bestimmtes Verhalten zu unterlassen, werden aber nicht pragmatisch (z.B.: "Kannst du mir, bitte, den Platz überlassen?") oder persönlich (z.B.: "Hör' bitte auf zu schaukeln, das stört mich"), sondern mit einem abwertenden, moralischen Unterton, der das unerwünschte Verhalten des/r Jugendlichen als ein von vornherein erwartetes und das erwünschte als ein schuldhaft verweigertes erscheinen läßt:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

133

"Eine ältere Dame wollte aussteigen und ist deshalb von ihrem Sitzplatz aufgestanden. Doch noch ehe sie sich ganz erhoben hatte, schlängelte sich ein ca. 14jähriger Junge an ihr vorbei und setzte sich auf ihren Platz. Die Frau war empört über dieses Verhalten. Sie belehrte ihn und meinte, daß er sowieso die ganze Zeit in der Schule sitzen würde und daß es andere Leute nötiger hätten zu sitzen als er" (S. 14).

Mit einer berechtigten Kritik am Verhalten des Jungen verbindet die Frau eine Abwertung der schulischen Anforderungen - sie tut so, als würde er in der Schule nur bequem herumsitzen - und eine Abwertung des Jungen als Person gegenüber andern - erwachsenen - Personen, die es "nötiger" hätten, d.h. aufgrund ihrer größeren Belastung oder auch ihrer größeren Verdienste wichtiger, mehr wert sind, als der Jugendliche.

Abwertung

Selbst wenn Jugendliche den Aufforderungen der Erwachsenen entsprechen, ist dies nicht immer eine Garantie, daß die in den Äußerungen der Erwachsenen enthaltene Entrüstung und Verachtung zurückgenommen wird:

"Ein Mädchen im Alter von ca. 17 Jahren stützte ihre Füße am gegenüberliegenden Sitz ab. Eine ältere Frau stieg ein und setzte sich zu dem Mädchen. Sogleich begann sie sich über das unmögliche Benehmen des Mädchens zu beschweren. Daraufhin setzte sich das Mädchen, ohne etwas zu erwidern, normal hin. Die Frau schimpfte jedoch noch eine Weile weiter" (S. 14).

Nicht immer kommen Jugendliche so ungeschoren davon. Eine so harmlose Unkorrektheit, wie das Abstützen der Füße am Vordersitz, kann Anlaß zu einem Gewaltausbruch von unverständlicher Brutalität werden. Das wurde einem jungen Mann in einer Wiener Straßenbahn zum Verhängnis. Er hatte seine Füße nicht einmal an der Sitzfläche, sondern lediglich auf der Sprosse des Vordersitzes abgestützt. Das erregte bereits das Mißfallen eines offensichtlich betrunkenen Fahrgastes, eines wahren Hünen an Gestalt: "Wannst net gscheit sitz'n kannst, kriegst ane!" - Er ohrfeigte den jungen Mann mehrfach, sodaß dessen Brille zu Boden fiel. Die übrigen Fahrgäste reagierten erschrocken und betroffen, verhielten sich aber still und griffen nicht ein. Der Fahrer schien den Vorfall nicht zu bemerken. Der Täter beschimpfte den jungen Mann weiter und drohte ihm weitere Prügel an. Bei der nächsten Haltestelle stieg er aus.

Erwachsene, so das Ergebnis der Beobachtungen in öffentlichen Verkehrsmitteln, haben bestimmte feste Erwartungen an das Verhalten Jugendlicher und reagieren empfindlich, wenn diese Erwartungen nicht eingehalten oder verletzt werden. Sie nehmen unangenehmes Verhalten Jugendlicher vorweg und neigen dazu, ihre Kritik nicht direkt an die Jugendlichen zu adressieren, sondern als stumme, resignative Entrüstung zu äußern. Wenn sie sich dennoch direkt an eine/n Jugendliche wenden, neigen sie zu prinzipialistischen, abwertend-verächtlichen Klassifizierungen und zeigen geringe Bereitschaft, diese Haltung aufzugeben, wenn der Anlaß ihrer Kritik beseitigt ist.

### Konflikte in Wohnanlagen

Unmittelbar prallen die unterschiedlichen Interessen von Erwachsenen und Jugendlichen dort aufeinander, wo die Freizeitbedürfnisse der einen die Wohnbedürfnisse der anderen beeinträchtigen und umgekehrt: in den großen, meist am Stadtrand gelegenen Wohnanlagen. Jugendliche, für die in der Innsbrucker "Peerhofsiedlung", einer großen Wohnblockanlage am westlichen Stadtrand, ein Jugendtreff eingerichtet wurde, kommentieren das Verhalten Erwachsener als Folge übertriebener Unterstellungen.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

134

"Da hat es geheißten, die Jugendbetreuerin treibt es mit den Jugendlichen im Keller unten, weil unten ein Mädchenraum war, wo sich die Mädchen haben aufhalten können ... dann hat es geheißten, wir tun Messerstechen und alles, nur weil wir drinnen die Wände angespritzt haben. Ich meine, es hat schon wild ausgeschaut, wenn jeder herumspritzt, ist ja logisch, daß das wild ausschaut. da haben sich die Leute gleich ein Bild gemacht, wie es bei uns zugeht, da haben sie gleich geredet" (S. 58f).

Unterstellungen

Auch in der Peerhofsiedlung äußern Erwachsene ihre Beschwerden meist nicht direkt, sondern über die Polizei. Dieser Ablauf scheint bereits so ritualisiert zu sein, daß Jugendliche die Frage nach der Intervention Erwachsener bereits als eine nach dem Erscheinen der Polizei verstehen:

"Sind die zu euch gekommen oder was und haben euch das gesagt?" - "Ja, die Polizei ist gleich in der ersten Stunde gekommen, wo das Jugendzentrum eröffnet hat, wo wir ein Party gehabt haben - eine Stunde hat es offen gehabt, dann ist schon ein 'Käppi' dagesessen" (S. 59).

Nicht immer eskalieren solche Auseinandersetzungen. Jugendliche schildern sie auch als eine Art spannendes Abenteuer. Es imponiert Jugendlichen, wenn Erwachsene nicht übertrieben reagieren, "cool" oder auch einfach "normal" bleiben:

"Dann ist die Putz (Polizei) gekommen und hat gesagt: 'Habt ihr das gemacht?'. Sagen wir: 'Nein' und die Putz. 'Ja, das sind lauter Depperte da drinnen'. Und dann sind sie wieder gefahren. Das waren coole Putz" (S. 60).

Normale Erwachsene

"Ja, wir haben oft geredet, war oft hetzig, mit den Polizisten haben wir es am hetzigsten gehabt, weil die sind raufgekommen, haben mit uns geratscht, sind wieder gefahren. Auf einmal hast den Retourgang gehört und sie haben gesagt: 'Genau, wir sind ja eigentlich gekommen, weil ihr laut warts, seids bitte stiller ...' " (S. 60).

"Einer kommt runter und regt sich auf, redet eh im Prinzip normal. - Einer von den Normalen sagt: 'Könntet ihr, bitte, leise sein und alles, weil die Kinder müssen schlafen' (S. 60).

Es lassen sich sogar schöne Geschichten über heldenhafte Siege erzählen, auch wenn einem dabei gelegentlich "das Herz stehengeblieben" ist:

"Da hab' ich mir gedacht, ich laß das Moped herunterrollen, weil sonst regen sich die Leute auf. Dann laß' ich es herunterrollen, und dann steht da ein LKW, und roll' vorbei und schau, was für ein schönes Wetter ist, auf einmal steht da ... da ist mir das Herz stehengeblieben ... Dann hat er gesagt: 'Was willst denn, du Lausbub, ich hau' dir gleich eine hinein!. Hab' ich gesagt: 'Das möchte ich sehen, dann werde ich dich anzeigen!'. Ganz auf die Lockere. Dann sagt er: 'Du hast keine Zeugen.' Rundherum ist die ganze Clique gestanden mit 20 Leuten, da hab' ich gleich einmal einen Schrei losgelassen: 'Habts ihr gehört, ich hab' keine Zeugen!' Dann haben sie ihn alle ausgelacht" (S. 61).

Erwachsene besiegen

Neben dem Problem (Lärm, Mopedfahren usw.), um das es geht, haben die Auseinandersetzungen mit Erwachsenen für Jugendliche noch eine zusätzliche Bedeutung, einen Beziehungsaspekt. In ihnen wird Grundsätzliches über Erwachsene gelernt und über die Gesellschaft, die sie vertreten, und die sie "der Jugend" als ihre Zukunft anbieten. Jugendliche sehen Erwachsene nicht absolut, sondern in Beziehung zu sich, den Jugendlichen. Ebenso wenig setzen sie sich selbst absolut. Aber sie pochen auf die Berechtigung der Eigenart ihrer relativen Existenz als Noch-nicht-Erwachsene:

"Die sind alle neidisch, weil sie jetzt alle Kinder daheim haben und wir noch keine, weil wir uns noch aufführen können und sie müssen arbeiten".

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

135

Je nach den Erfahrungen, die sie machen, reichen die Reaktionen Jugendlicher von völliger Ablehnung - "Mit solchen Leuten befaß' ich mich gar nicht mehr" - bis zur völligen Akzeptanz als "Normale". Eines aber fällt auf. Wann immer Jugendliche über Erwachsene reden, erzählen sie Geschichten, etwas, das passiert ist. Im Unterschied zu Erwachsenen regulieren sie ihr Verhältnis zu ihnen nach ihrem Verhalten, danach, wie sie sie in direkter Interaktion erleben.

### Kein Platz am Stadtplatz

Claudio Tedeschi spricht in seinem Bericht über die Erfahrungen von Jugendlichen mit der Nutzung öffentlicher Räume in der Stadt Dornbirn offen von "Jugendfeindlichkeit", die freilich keineswegs ein besonders in dieser Stadt anzutreffendes Phänomen sei. Jugendfeindlichkeit ist "alltägliche Realität in vielen Kommunikationssituationen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen" und "man hätte jede beliebige andere Gemeinde für diesen Zweck wählen können. Jugendfeindlichkeit ist kein geographisches, sondern ein psychisches Problem mit entsprechenden Ausdrucksformen" (1992, S. 26).

Jugendfeindlichkeit

Unter den ca. 42.000 Einwohnern der Stadt sind ca. 5900 Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren. Außer einem Jugendtreff, der nur für geschlossene Veranstaltungen genutzt werden kann, gibt es derzeit keine von der Stadt finanzierten Einrichtungen der offenen Jugendarbeit. Inzwischen wurde ein Konzept erarbeitet (Stadt Dornbirn 1992), das eine Vernetzung von offener und verbandlicher Jugendarbeit anstrebt und eine neue Basis für die Jugendpolitik bieten soll. Bis Ende 1992 sollen bereits ein Jugendcafé und mehrere dezentrale Einrichtungen den Betrieb aufnehmen.

Seit der Marktplatz der Stadt als Fußgängerzone gewidmet wurde, bildet er einen bevorzugten Aufenthaltsort für Jugendliche, deren unterschiedliche Gruppen verschiedene Örtlichkeiten des Platzes als ihre legitimen öffentlichen Verweilorte betrachten:

Stadtplatz  
als Begegnungs-  
stätte

"Am beliebtesten sind die Stiegen des Kirchenportals, die neben einer günstigen Sitzgelegenheit auch eine gute Überschaubarkeit des Platzes erlauben. Sie werden von unterschiedlichen Gruppen genutzt und beansprucht. Der Brunnen war besonders Bezugspunkt der Punks. Vor allem von ausländischen Jugendlichen wird die Sitzgelegenheit in der rechten oberen Ecke genutzt. Zwischenzeitlich wird auch der kleine Stadtpark südlich der Kirche als Rückzugraum genutzt, der von wesentlich weniger Passanten frequentiert wird" (S. 29).

Die Jugendlichen entfalten auf dem Platz ein gewisses Leben, treten miteinander in Kontakt, nutzen - obwohl dies in der Fußgängerzone verboten ist - die Platzmitte zum Fahrradfahren und treffen sich bei einem mobilen Eisstand. Es entsteht der Eindruck eines natürlichen Kommunikationszentrums, das an die alte Funktion von Stadt- und Marktplätzen erinnert, die vor allem durch den Autoverkehr zerstört wurde:

"Es zeigte sich, daß auf dem Platz ein ständiges Kommen und Gehen herrscht und die Gruppen sich dadurch häufig in ihrer Zusammensetzung verändern. Zusätzlich zu den regelmäßig anwesenden Gruppen kommen viele Jugendliche sporadisch auf den Platz, da sich der Platz zu einem wenig strukturierten und unverbildlichen Kommunikationszentrum entwickelt hat. Während warmer Abendstunden (Frühling bis Herbst) treffen sich oft bis über hundert Jugendliche auf dem Platz, wo neben mitgebrachten Getränken auch Musik gehört und getanzt wird" (S. 29).

Eine Idylle, die aber nicht ungetrübt bleibt. Bei Polizeikontrollen kam es bereits zu Konflikten mit Punks und anderen Jugendlichen, die zwischen ihnen und der Polizei

Konflikte

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

136

vermitteln wollten. Vor allem entsprechen die Jugendlichen, so wie sie sich am Stadtplatz präsentieren, nicht den Vorstellungen des Bürgermeisters:

"In seinem Weltbild stellen Jugendliche zwar einen wichtigen Faktor für die Zukunft dar. Sie müssen lernen, Verantwortung zu übernehmen, will die Gesellschaft nicht Schiffbruch erleiden ... Die Beziehung ist stark durch eine grundsätzliche Skepsis in die Fähigkeit Jugendlicher gekennzeichnet, die in einer Angst vor ihrer Unberechenbarkeit begründet liegen mag" (S. 32).

Tedeschi hat in einer Reihe von Interviews und durch teilnehmende Beobachtung versucht, das Verhältnis Jugendlicher und Erwachsener auf dem spezifischen Areal dieses Platzes zu beschreiben. Besonders deutlich ist die Abgrenzung gegenüber den Jugendlichen - und deren damit verbundene Ausgrenzung - im Bereich der den Erwachsenen vorbehaltenen gepflegten Gesellungskultur, den Cafés und Gaststätten z.B., die den Platz säumen:

"... halt mir können schon hinein, aber erstens müssen ma dann konsumieren, zweitens ist des dort nicht des Publikum, was ich mag, drittens, wenn man sich da ein wenig daneben benimmt, halt sie sagen, man würd sich daneben benehmen, nachher ist ma sowieso gleich draußen" (S. 36).

Jugendliche  
stören

Erwachsene, die sich konkret gestört fühlen oder die auch nur diese Art von Jugendkultur stört, veranlassen die Polizei zum Einschreiten, sofern diese nicht von sich aus tätig wird. Für die Jugendlichen ist der Sinn solcher Aktionen bzw. deren Anlaß häufig nicht immer einsichtig und auch aus den Erklärungen der Polizisten nicht zu entnehmen. Punks, beispielsweise, scheinen schon durch ihre bloße Anwesenheit zu provozieren:

"wenn die am Marktplatz gesessen sind, hat ma sofort die Polizei gerufen" (S. 36).  
"und nachher ist die Polizei gekommen und hat gesagt, so auf die Art, sie seien a Schande für die Kirche, sie dürfen dort nicht sitzen" (S. 36).

Als besonders ungerecht empfinden es Jugendliche, wenn sie sichtbar nach anderen, strengeren Regeln behandelt werden als Erwachsene. An der folgenden Episode, an die sich ein Jugendlicher noch nach sechs Monaten so genau erinnert, daß er "wörtlich" zitiert, ist freilich nicht nur die Tatsache der Ungleichbehandlung, sondern vor allem der hohe Grad der Aggressivität des beteiligten Erwachsenen im Vergleich zum begangenen Delikt bemerkenswert. Jugendliche durchqueren mit dem Fahrrad den Friedhof, eine Praxis, die offenbar bei Erwachsenen geduldet wird:

"Also bin ich mit mein Fahrrad durch'n Friedhof g'fahrn und da kommt plötzlich so a alter Mann und haltet den Stock gegen mich und sagt: 'So Burschi, jetzt schleichst dich da herunter, sonst hau ich dir mit'm Stock eine runter.' Und dann hab' ich g'sagt, daß da vorher auch ein Mann vorbeig'fahrn ist, mit so am Fahrradl und bei dem hat er nix tan. Da hat er g'sagt, ja des is jetzt wurscht, ich hab' euch jetzt dawischt und wenn's jetzt nicht runtergeht's, dan hau ich euch eine runter. Dann simma halt weiterg'fahrn und er hat uns nachg'schrien" (S. 42f).

Unterschiedliche  
Behandlung

Trotz alledem bleibt der Marktplatz ein wichtiges Zentrum der Jugendlichen, auch mangels anderer Alternativen:

"Also ich bin, mir sind auf'n Marktplatz, weils keine Einrichtungen für Jugendliche gibt und dort sind eigentlich fast alle Jugendlichen von ganz Dornbirn" (S. 39).

Anliegen einer Darstellung wie dieser ist es nicht, Schuldzuschreibungen an die eine oder andere Adresse vorzunehmen. Viel wichtiger ist die Feststellung, daß die Chan-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

137

ce, Lernfelder für den so dringend erforderlichen konstruktiven Umgang zwischen Jugendlichen und Erwachsenen im öffentlichen Raum nicht genutzt wird. Im Gegenteil:

"Also ich glaub', daß der Kontakt zu den Erwachsenen bei den meisten, daß die ihn total abgebrochen haben, daß sie jetzt halt daheim mit den Eltern noch Kontakt haben, aber sonst, sich mit den Erwachsenen gar nicht mehr abgeben" (S. 40).

"... ich hab das Gefühl, daß sie schon so pessimistisch geworden sind, daß sie es gar nicht mehr versuchen. Also überhaupt, nicht nur in der Frage, daß sie denken, da ist nichts mehr zu machen" (S. 40).

"... manche Erwachsene haben so eine Einstellung gegenüber den Jugendlichen, daß man da gar nichts machen kann, daß da wirklich nichts mehr zu sagen ist, daß es keinen Sinn hat" (S. 41).

Aus den Beschreibungen der Interaktionsverhältnisse am Dornbirner Marktplatz geht aber ebenso wie aus den Befragungen und Interviews von Jugendlichen in Graz, in Südtirol, in Oberösterreich und in Innsbruck hervor, wie wenig Erwachsene und Jugendliche in öffentlichen Situation miteinander "können". Öffentliche Areale, auf denen es wie von selbst zur Begegnung der beiden Altersgruppen kommt, entwickeln sich eher zu Stätten von Kommunikationsvermeidung und destruktiver Auseinandersetzung als zu Foren konstruktiver Begegnung.

### Jenseits der Familie - Für ein neue Kultur öffentlicher Begegnung

Bei aller bleibenden Bedeutung der Familie auch und gerade für Jugendliche führt kein Weg an der Einsicht vorbei, daß die jetzt lebende Generation von Kindern in einer Gesellschaft aufwachsen wird, in der die Familienverhältnisse nicht mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse schlechthin sind, sondern nur mehr für Teile der Bevölkerung zutreffen. Wir leben offensichtlich in einer Epoche, in der jene umfassende gesellschaftliche Umformung, die im heutigen Europa um das 17. Jahrhundert herum einsetzte und von der Sozial- und Kulturgeschichte als Entstehung der bürgerlichen Familie oder Familialisierung immer wieder beschrieben worden ist, ihrem Ende zugeht. Die damit verbunden Veränderungen sind ähnlich einschneidend wie am Beginn der bürgerlichen Epoche.

Wie schwer sich unsere Gesellschaften mit diesem Wandel tun, schlägt sich nicht zuletzt in den Schwierigkeiten des Umgangs zwischen Erwachsenen und Jugendlichen nieder. Beide Bevölkerungsgruppen haben hinreichende Erfahrung und alltägliche Verhaltenssicherheit nur mit familialen Mustern des Verhaltens und der Interaktion, auf dem Glattteis der außerfamilialen Kultur, sind sie unsicher, werden resignativ oder rasten aus. Erwachsene, die gewohnt sind, im Familienkreis ihre Autorität zu wahren, die wesentlichen Strukturen des Alltagslebens zu bestimmen und vor allem das Verhalten der Kinder zu regulieren, verfallen in stille Resignation oder ohnmächtige Wut, wenn auf Interaktionsfeldern außerhalb der Familie oder, noch schlimmer, innerhalb der Familie, das familiale Regelwerk des Verhaltens außer Kraft gesetzt wird, wenn Jugendliche sich nicht mehr daran halten. Ein großer Teil der Depressionen und Aggressionen von Erwachsenen und Jugendlichen ist auf diese Ursache zurückzuführen: die Menschen sind nicht aggressiver geworden, sondern sprachloser. Sie verfügen nicht mehr in ausreichendem Maße über jenes Verhaltensrepertoire, das die größere Unabhängigkeit von institutionalisierten Barrieren erfordert. Das ist es, was sie je nach persönlicher Lebensgeschichte resignativ oder aggressiv macht.

Familiäre  
Verhaltens-  
muster

In vielen Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen und Erwachsenen wird dieser Konflikt erkennbar. Für familiäre Kommunikationssysteme ist beispielsweise die Annahme einer stillschweigenden Übereinkunft bezüglich eines bestimmten erwart-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

138

ten Verhaltens oder seiner Unterlassung typisch. Eltern nehmen an, daß die Kinder wissen, was sich gehört, ohne daß man es ihnen vorher sagen muß. Erwachsene verwenden deshalb zunächst auch außerhalb familialer Strukturen solche Interventions- und Reaktionsweisen, mit denen in der Familie diese Übereinkünfte abgesichert werden: die stumme Mißbilligung, den vorwurfsvollen Blick, das wütende, auf der Selbstverständlichkeit der schuldhaften Übertretung eines völlig klaren Gebotes beruhende Einschreiten. In dem Maße, in dem sie mit solchen Interventionsweisen scheitern, ziehen sie sich zurück, resignieren, monologisieren über die heutige Jugend, teilen ihre Entrüstung mit anderen gleichgesinnten Erwachsenen, rufen nach der Polizei oder nach der starken Hand.

Der Konflikt reicht aber noch tiefer. Familialisierte Erwachsene neigen dazu, bestimmte Verhaltensweisen von Jugendlichen von vornherein nach familialen Mustern zu interpretieren, z.B. als Provokation einer erwachsenen Autorität, als bewußte Unhöflichkeit, als Versuch zu erproben, wieweit man gehen kann, usw. Die oben (S. 20) beobachtete Szene zeigt das ganz genau. Während der Jugendliche sich möglichst rasch auf den frei werden Sitz drängen will, damit andere Jugendliche ihm nicht zuvor kommen, also ein Peer-Verhalten anwendet, interpretiert der Erwachsene dieses Verhalten als Respektlosigkeit und Rücksichtslosigkeit ihm und den anderen Erwachsenen gegenüber, also nach einem familialen Maßstab.

Mißver-  
ständnisse

Vermutlich hat die vielfach zu beobachtende "stumme" Entrüstung Erwachsener auch damit zu tun, daß die Interaktion Jugendliche/Erwachsene überhaupt nur als familiäre konzipierbar erscheint. Erwachsene, die ein ihnen unangemessenes Verhalten Jugendlicher kritisieren, sagen häufig, diesen Jugendlichen fehle es an "Kinderstube" oder an "Erziehung". Sie rekurren also in ihrer Phantasie an die Eltern dieser Jugendlichen und machen ihnen insgeheim Vorwürfe. Durch diese imaginäre Interaktion unter Erwachsenen blockieren sie die direkte Interaktion mit den Jugendlichen. Eigentlich, so scheinen die Erwachsenen zu denken, müßten ja die Eltern dieser Kinder eingreifen, und ein solches, unangemessenes Verhalten abstellen. Sie selbst fühlen sich dazu nicht aufgerufen, vielleicht nicht einmal berechtigt. Erziehung ist Elternsache. Wenn sie nicht klappt, beschwert man sich bei den Eltern, statt sich mit den Kindern auseinanderzusetzen.

Letztlich dilemmatisch aber werden die Verhaltensdifferenzen zwischen Erwachsenen und Jugendlichen dadurch, daß auch die Jugendlichen familiäre Verhaltens- und Interpretationsmuster internalisiert haben und Erwachsenenverhalten in dieser Weise mißdeuten, ernstgemeinte Kommunikationsversuche als autoritäre Übergriffe abwehren oder sie dort, wo die hinter solchen Interventionen stehende Autorität zurückgenommen wird, als Gelegenheit zur spielerischen bis aggressiven Bewältigung eines ansonsten übermäßigen Anpassungsdrucks verwenden. Jungendbetreuer und Lehrer, die einen nichtautoritären Stil gegenüber Jugendlichen durchhalten wollen, wissen davon ein Lied zu singen. Beide Gruppen, Jugendliche und Erwachsene, sind noch viel zu sehr in den alten autoritär-familialen Verhaltensmustern gefangen, als daß sie der neuen gesellschaftlichen Realität weitgehend liberalisierter Verhaltensmöglichkeiten und -stile gerecht werden könnten.

Wie ein solches Verhalten aussieht, kann man am ehesten an den noch weitgehend unerforschten neuen Verhaltensstrukturen unter gleichaltrigen Jugendlichen lernen. Den dort entstehenden Fähigkeiten zu offener, aber nicht autoritärer Interaktion sollte in der Jugendforschung und in der Erziehungspraxis wesentlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Während eine aufgeschreckte Öffentlichkeit sich vorwiegend mit den Ursachen gewaltsamer Konflikte unter oder von Jugendlichen beschäftigt, bleiben die kreativen Fähigkeiten der Konfliktaustragung, der Abklärung von Interessen, der Auseinandersetzung mit erwachsenen Autoritäten, die Jugendliche entwickeln, unbeachtet. Die Art und Weise etwa, wie bereits 12jährige Geschlechterbezie-

Von den  
Jungen lernen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

139

hungen thematisieren und auf kommunikative Weise regulieren, könnten sich viele Erwachsenen zum Vorbild nehmen. Nach informellen Beobachtungen und Gesprächen mit Schülern einer Innsbrucker Gymnasialklasse unterscheiden Jugendliche sehr klar zwischen mehreren Beziehungsformen, denen eindeutige Verhaltenscodices zugeordnet sind: "Kumpel" ist man mit jemandem, wenn man ihn/sie gerne mag, aber keinerlei exklusive Beziehung anstrebt. "Freund/in" ist man, wenn man bereits Situationen der Zweisamkeit (Kinogehen o.ä.) anstrebt, aber die Beziehung noch keineswegs als ausschließlich oder endgültig betrachtet. Erst wenn man "miteinander geht", wird Exklusivität, die andere gleich intensive Beziehungen ausschließt, und absolute Treue erwartet. Diese Schematik der Beziehungen ermöglicht die jederzeitige Herstellung von Klarheit übereinander und, was unter Erwachsenen völlig undenkbar ist, sie ermöglicht den Wechsel der Beziehungsformen zwischen denselben Partnern, einschließlich der Rückführung "höherer" zu "niedrigeren" Intimitätsgraden. Möglicherweise gehen derartige Kompetenzen im Laufe des Alterwerdens dieser Kinder wieder verloren, weil sie in den bestehenden Erziehungssystemen nicht unterstützt, vielleicht sogar unterwandert werden.

Adressaten für das Lernen neuer, liberalisierter Interaktionsformen wären ja gerade die Einrichtungen, die derzeit noch den älteren Interaktionstraditionen verhaftet sind. In beiden gesellschaftlichen Institutionen, der Familie und der Schule, gibt es zwar bereits hoffnungsvolle Ansätze zu einer partnerschaftlicheren Interaktionskultur, die aber von der offiziellen Kultur immer wieder als Laissez-faire-Erziehung verdächtigt und von den infrastrukturellen und administrativen Bedingungen her kaum unterstützt werden. Gesellschaften, die am Lernen neuer friedlicher Konfliktkulturen, neuer Kompetenzen des Interessensausgleichs und fairer Kompromißfindung, toleranter Einstellungen gegenüber Fremden, neuen Formen der Geschlechterbegegnung, der Solidarität mit Benachteiligten, insgesamt einer Vermehrung gesellschaftlicher Toleranz interessiert sind, werden neue Foren der Begegnung erfinden müssen, in denen diese neue öffentliche Kultur gelernt werden kann.

Form der  
Begegnung

Wenn man sich die hohen Summen vor Augen führt, die staatliche und regionale Budgets heute für die Finanzierung von Fußballstadien ausgeben, in denen Aggression lediglich kanalisiert, aber nicht abgebaut wird, und in denen eine hoher Teil der Kosten bereits dafür aufgewendet werden muß, durch massive Gitter und Mauern das Publikum vom Spielfeld und rivalisierende Publikumsgruppen voneinander fernzuhalten, fragt man sich, weshalb nicht ein Teil dieser Gelder für die Errichtung öffentlicher Freizeit- und Kulturzentren verwendet wird, in denen die Menschen zu erschwinglichen Preisen all das vorfinden, was sie sich derzeit an dutzenden unterschiedlichen Orten und zu horrenden Preisen am kommerziellen Freizeitmarkt kaufen müssen (und, was die Jugendlichen betrifft, zum Großteil nicht können). In solchen Einrichtungen müßte jene verlorengegangene Interaktionskultur zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, die an die Stelle von Ressentiments, stummer Entrüstung, unangemessenen Wutausbrüchen, Verhöhnung und hinterlistiger Täuschung die offene Kommunikation und Auseinandersetzung setzt; eine Wiedergewinnung jenes "public man" (und woman), deren Auflösung in eine manipulative Öffentlichkeit und eine Tyrannei der Innerlichkeit Richard Sennett (1983) so anschaulich beschrieben hat. Der öffentliche Mensch der Zukunft ist ein kommunikativer, interaktiver, eingreifender und angreifbarer Mensch, der auf den anderen zugeht und sich selbst zugänglich macht. Ob er oder sie jugendlich oder erwachsen ist, wird immer weniger Rolle spielen.

In einer neuen Kultur öffentlicher Begegnung ginge es zu allererst um die Wiederherstellung der persönlichen Authentizität. Die allgemeine Kultur der Kommunikationsvermeidung tendiert dazu, Persönliches zu entwerten und das erwünschte Allgemeine als Persönliches auszugeben. Die Erfahrung einer persönlichen Existenz im Alltag dagegen umschließt immer zweierlei: die Erfahrung der Einzigartigkeit und

Personen statt  
Automaten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

140

die Erfahrung der Vermittelbarkeit des eigenen Lebens. Diese Erfahrungen sind in einer Kultur nur dann für viele Menschen verfügbar, wenn zentrale und häufig wiederholte Vorgänge so geartet sind, daß sie sie voraussetzen. Dagegen steht eine Tendenz zunehmender Automatisierung und Deinteraktivierung vom Einsteigen in die Straßenbahn bis zum Geldabheben beim Bankomat. In keinem der Fälle ist mehr Interaktion mit einem lebendigen Menschen gefragt, sondern angemessenes Verhalten gegenüber einer Maschine. Es kommt zu einer Entpersönlichung des alltäglichen Lebens, die nicht - und das wäre zu fordern - durch eine Verpersönlichung des politischen kompensiert wird. Man müßte sich ja nicht über Bankomaten beklagen, wenn ihre Einführung und technisch-organisatorische Weiterentwicklung Gegenstand öffentlicher Kommunikation wäre; und das nicht einmal deshalb, weil es dann bessere Bankomaten gäbe, sondern zufriedener Menschen. Wir brauchen eine dramatische Vermehrung des Besprechbaren, der Vereinbarung Bedürftigen - kommunikative Kompetenz nicht bloß als philosophisches Theorem oder als moralischer Imperativ, sondern als gesellschaftliche Existenzvoraussetzung. Woran es fehlt, ist nicht das Ausmaß des Redens - dieses hat sich gegenüber früheren Kulturepochen eher vermehrt -, sondern das Ausmaß des durch das Reden Bewirkbaren.

Erforderlich sind innerhalb und außerhalb der Institutionen Erfahrungs- und Übungsräume für lebenswichtige Rhetoriken, die im Alltag nicht mehr hinreichend gelernt werden können, weil sie dort nicht mehr ausreichend vorkommen: Wie teilt man Mißfallen mit, ohne den anderen abzuwerten? Wie akzeptiert man etwas, ohne distanzlos zu werden? Wie hält man Ablehnung, wie totale Akzeptierung aus? Wie setzt man sein Recht durch und wie verzichtet man gelegentlich darauf? Wie verhält man sich in Situationen struktureller Ohnmacht, wie übt man begrenzte Macht aus, wie teilt man sie? Wie erträgt man die notwendige Andersartigkeit der anderen und wie macht man die notwendige Rücksichtnahme auf die eigene Andersartigkeit verständlich? Autoritäres Vorgehen heißt, den anderen nach seinen Vorstellungen anders zu machen, und Erziehung wurde und wird weithin als eine solche Art der Menschenveränderung verstanden. Interaktive Verfahren setzen dagegen auf den Prozeß wechselseitiger Verständigung und Beeinflussung auf das, was Jugendliche wohl meinen müssen, wenn sie sagen, man könne ja über alles reden.

Lebenswichtige  
Rhetoriken

Eine neue Kultur öffentlicher Begegnung dürfte sich aber nicht bloß auf die Sprache beziehen, sondern müßte auch den Körper einbeziehen, der in unseren Gesellschaften eine immer stärkere ideelle Bewertung erfährt und gleichzeitig in der gesellschaftlichen Praxis immer weiter an den Rand gedrängt wird. Zwar sollen moderne Menschen jung, gesund, fit, beweglich bleiben oder durch spezielle Körperübungen werden. Für die solchermaßen durchtrainierten Körper gibt es aber vor allem in der Freizeitkultur Verwendung, nicht in der alltäglichen Praxis. Dort werden die Bewegungen unserer Körper in Bahnen (Fahrbahnen, Laufbahnen, Schwimmbekken, Radwegen, Fußgängerübergängen und -zonen) aneinander vorbeigeleitet, sodaß sie entweder gar nicht oder in Form von Karambolagen aneinandergeraten. Sie werden vorgegebenen Arbeitsplätzen, Sitzplätzen, Parkplätzen zugeteilt, auf ergonomischen Stühlen und Liegen festgezurt und durch gymnastische Übungen in Gang gehalten. Unseren Vorstellungswelten stellt sich nichts entgegen, sondern sie werden versorgt. "Which world do you want?", lautet der Slogan der ersten englischen Firma zur Erzeugung und Vermarktung virtueller Realität. Die Wirklichkeit soll grenzenlos flexibel werden. Der Empfänger dieser Wirklichkeit bewegt sich nicht mehr. Er sitzt und "bewegt" mit einem elektronischen Handschuh das Bild, das er über eine an seinem Kopf befestigte Bildschirmapparatur "sieht". Von der Außenwelt ist er völlig abgeschlossen. Es geht um die Wiederzulassung der Realität und das hieße Wiederzulassung der Notwendigkeit der Körper und des Widerstandes der Dinge, die In-schutznahme des Konkreten vor dem Abstrakten.

Notwendigkeit  
der Körper

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

141

Jugendliche versuchen in zum Teil phantasievollen, zum Teil verzweifelten und gefährlichen Aktionen diese Erfahrung der eigenen Körperlichkeit, der Beanspruchung von Raum, der Wendigkeit und Geschwindigkeit herzustellen. Sie messen sich in "sinnlosen" Bandenkriegen, surfen auf S-Bahnen, erfinden neue akrobatische Tänze (z.B. Breakdance, Rap), neue Bewegungsarten (Skate-/Snowbord; Rollerskating) und neue Arten der Musik und der Sprache (Ehmann 1992). Inzwischen hat die kommerzielle Freizeitkultur längst die Marktlücke entdeckt und bietet von Mountainbiking bis Rafting neue ungebärdige, körperbetonte Freizeitabenteuer an, die von Erwachsenen ebenso gesucht werden wie von Jugendlichen. Die Übertriebenheit vieler dieser Freizeitaktivitäten resultiert aus der Verbannung der Körperlichkeit und der Erfahrungsunmittelbarkeit aus der privaten und öffentlichen Kultur, in der eine zufällige Berührung oder ein unbeabsichtigter Zusammenstoß bereits als Übergriff interpretiert werden kann. Ein harmloses Körperspiel, bei dem eine Person mit verbundenen Augen die Körperpose einer anderen ertasten sollte, mußte auf Initiative des katholischen Familienverbandes aus österreichischen Unterrichtsmaterialien entfernt werden, weil es dabei zu einem unsittlichem "Abgreifen" kommen könnte. Eine neue öffentliche Kultur jenseits der Familie, sie nicht konkurrierend, sondern sie ergänzend und unterstützend, könnte auch eine Kultur der Berührung, des Lernens einer unverdächtigten, herzlichen Körperlichkeit sein, die die Menschen, Jugendliche wie Erwachsene, ein Stück weit von leeren Körpergesten, angstvollen Distanzierungen und gewalttätigen Übergriffen befreit.

### Unterwegs zu einer gemeinsamen Kultur

Sozialisation als der fundamentale Vorgang der Einfügung der nachwachsenden Generation in die Strukturen einer bestehender Gesellschaft ist in modernen, demokratischen und marktwirtschaftlichen Gesellschaften nicht mehr durch Anpassungszwänge an rigide gesellschaftliche Vorgaben einer allgemeingültigen Moral oder eines geschlossenen Menschenbildes zu erzwingen, sondern muß als Ausdruck und Ausfluß individueller Wahl und Freiheit, als Voraussetzung individuellen Glücks erreicht werden. Die dazu führenden Prozesse können nicht mehr als Selbstzwang, sondern als Selbstverwirklichung, als Herbeiführung individuellen Lebensglücks ausgelegt werden. Der moderne Durchschnittsmensch wird gesellschaftlich vor allem als Konsument konstituiert. Konsum kann deshalb nicht mehr als moralische Entgleisung verniedlicht werden, sondern muß als zentrales gesellschaftsgestaltetes Prinzip anerkannt werden.

Selbstverwirklichung statt Zwang

Die Vorspiegelung eines grenzenlosen Überflusses, auf der die Vorstellung eines unbegrenzten Glücks des Einzelnen aufbaut, ist, wie nicht nur kulturkritische, sondern auch ökonomische Analysen (z.B. Hirsch 1989; Kucmics 1989) nachweisen, allerdings objektiv unrichtig. Sie vernachlässigt die hohen Entwicklungskosten auf der Produktionsseite ebenso wie den umfangreichen Organisationsaufwand auf der Konsumtionsseite. Die Wunscherfüllungen, die den Menschen versprochen werden, können niemals hergestellt werden, und die Wunscherfüllungen, die es gibt, sind niemals das, was sie zu sein vorgeben. Anders gesagt: der moderne Konsummensch wird andauernd getäuscht, es muß aber mit allen Mittel verhindert werden, daß er diese Täuschung durchschaut, weil gerade sie das Vehikel ist, das ihn dazu bringt, nach jeder Enttäuschung aufs neue an die Wahrheit der nächsten Täuschung zu glauben. Moderne Güterproduktion ist notwendigerweise serieller Betrug, moderner Konsum notwendigerweise serieller Selbstbetrug. Beides aber bewirkt jene untergründige Angst vor dem endgültigen Verlust des Gegenstandes, der geglaubt werden kann, des Wirklichen, und das heißt ja nichts anderes als desjenigen, das im Sinne der eigenen Vorstellungen und Erwartungen wirkt, mit ihnen zur Deckung gebracht werden kann.

Unausweichlichkeit des Konsums

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

142

Dieses Dilemma zwischen der Unausweichlichkeit des Konsums als vorrangigem Medium gesellschaftlicher Partizipation und der mit ihm verbundenen notwendigen Enttäuschung ist insbesondere für Jugendliche prekär. Sie geraten einerseits immer stärker in den Sog der modernen Bedürfnisindustrie, die gleichzeitig ihnen gegenüber als moralisch verdächtig dargestellt wird und für die sie überdies zu wenig Geld haben. Der englische Jugendsoziologe Paul Willis plädiert dafür, diese Doppelmoral zu beenden. "Common culture", eine gemeinsame, nicht von elitären Minderheiten, sondern von der breiten Bevölkerung getragene Kultur entwickelt sich heute im Zusammenhang mit dem kommerziellen Angebot an Konsum- und Kulturwaren, und es hat keinen Sinn, "in einen hoffnungslosen Wettbewerb mit dem Markt einzutreten, und erst recht nicht, ihm mit verzweifelten Schutzimpfungen künstlerischer oder gar erzieherischer Art zu begegnen" (S. 161). Zwar enthält die kommerzielle Konsum- und Kulturwarenindustrie eine Reihe inhumaner Tendenzen, aber "wir müssen zu dem Schluß kommen, daß der öffentliche Sektor im großen und ganzen nicht besser sein kann als der kommerzielle, wenn es um die Bereitstellung attraktiver und verwendbarer symbolischer Ressourcen geht" (S. 159). Und vor allem: der Markt hat sich durchgesetzt. "Wir müssen entweder von unangenehmen Wahrheiten ausgehen oder von gar keinen. Die Zeit der frommen Lügen ist vorbei. Wir brauchen schlimmere Wahrheiten, keine besseren Lügen. Die »Kunst« ist für die große Mehrheit der Jugendlichen ein toter Buchstabe. Die Politik ödet sie an. Die Institutionen werden allzu häufig mit Zwang und Ausschluß assoziiert und scheinen insgesamt irrelevant zu sein für das, was sie begeistert" (ebd.).

"Common Culture"

Eine angemessene Strategie der Integration privater Konsumbedürfnisse und gesellschaftlichen Kulturbedarfs besteht darin, nach den kreativen, für eine eigenständige Selbstinterpretation verfügbaren Elementen der industriellen Warenkultur und der kommerziellen Kulturwaren Ausschau zu halten, statt sich mit einer Kritik der Massenkultur zufrieden zu geben. Der "anarchische" Markt ist immerhin "der große Gleichmacher", der "brauchbares Material für die große Mehrheit" liefert. Man sollte versuchen, die beste Seite der marktwirtschaftlichen Konsumkultur zu unterstützen. Die alltäglichen Nutzer der Konsum- und Kulturwaren sind nicht deren bloße passive Konsumenten, sondern aktive Produzenten einer informellen Kultur. "Kreative menschliche Fähigkeiten unterhalten immer eine selektive und kritische Dialektik mit den Produkten des Marktes ... sie werden durch diese erweitert, nutzen aber stets die Lücke aus, die sich zwischen derjenigen Art des Konsums, für den die Dinge bestimmt sind, und ihren tatsächlichen oder potentiellen Verwendungen auftut" (S. 164). Kulturelle Botschaften werden nicht bloß empfangen, wie sie gesendet wurden, sondern "bei der Rezeption hergestellt" (S. 166).

Die besten  
Seiten des  
Marktes

Beispiele dafür sind nicht nur die Benefizkonzerte der Rock- und Popkultur, in denen neue Botschaften mit Hilfe der kulturindustriellen Musik zustandekommen, sondern auf die unter Jugendlichen verbreitete "do-it-yourself" Musikproduktion, in der hemmungslos professionelle Sounds geklaut werden und zu neuen "hergestellten" Botschaften verarbeitet werden. Selbst die Konsumartikelwerbung, die normalerweise als "der pathologische Aspekt der modernen Konsumkultur" (S. 171) angesehen wird und ein ständiges "Surplus-Bewußtsein" und "Surplus-Begehren" erzeugt, "ein menschliches Streben nach potentiellen Befriedigungen und ein Bewußtsein von solchen Genüssen, die nie verwirklicht werden dürften oder gar nicht zu verwirklichen sind", läßt sich kreativ interpretieren. Wenn "unaufhörliche Werbebotschaften ohne Ende mit verlogenen Bildern des Begehrens zu manipulieren versuchen" (ebd.), dann ist das zugleich eine Entmystifizierung bisheriger Gewißheiten, die ebenso manipulative Anteile haben, die aber nicht als solche durchschaut werden: Familie, Arbeit, Politik, Schule, usw. - sie alle versprechen ja auch ein Sur-Plus an Glück, das sie nicht einlösen.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

143

Willis rechnet mit einer grundlegenden Neugliederung unserer Gesellschaften aufgrund der neuen ästhetischen Gesinnungsgemeinschaften, die "nicht durch direkte Kommunikation, sondern durch gemeinsame Stile, Moden, Interessen, Gefühle, Positionen und Leidenschaften verbunden sind" (S. 175). Diese "Protogemeinschaften" lösen die zerbrechenden organischen Gemeinschaften ab: "Die Stadtmauern laufen heute kreuz und quer durch die städtische Masse hindurch. Tür an Tür wohnende Nachbarn wissen nichts über die Arbeit, den Arbeitsplatz oder über die Familienverhältnisse des anderen. Sie haben oft nur die postalischen Daten gemeinsam. Organische Gemeinschaften und organische Kommunikationen sind langsam im Verschwinden begriffen" (ebd.). Im Unterschied zu den alten stärker funktional und hierarchisch geprägten Gemeinschaften formieren sich die neuen "nicht ausgehend von bewußten Zwecksetzungen, politischer oder sonstiger Natur, sondern aus beliebigen Anlässen, aus Spaß, gemeinsamen Wünschen, dezentrierten Überschneidungen, aus irgendwelchen Zufällen heraus. Sie bilden sich aus den ungeplanten und unorganisierten Niederschlägen und den spontanen Mustern der gemeinsamen symbolischen Arbeit und Kreativität" (ebd.). Sie sind dadurch resistenter gegen autoritäre Strukturen und damit in dieser Hinsicht demokratischer.

Neue  
Gemeinschaften

Beispiele für das, was Willis unter "symbolischer Kreativität" versteht, sind etwa die Lichterketten oder die Lichtermeere, durch die die "Durchschnittsbürger" einen erstaunlich kreativen Weg gefunden haben, Solidarität mit Ausländern und Ablehnung von Gewalt zu symbolisieren, ohne die Dichotomie zwischen Ausländerfreundlichkeit und Inländerschutz mitzumachen, die eine pragmatische Politik der Einbürgerung von Fremden und der gleichzeitigen Wahrung der berechtigten Interessen der Einheimischen unmöglich macht. Beinahe schon klassische Beispiele für neue Protogemeinschaften, die durch den marktwirtschaftlichen Prozeß nicht verhindert, sondern erst ermöglicht werden, sind neben unterschiedlichen Jugend- und Musiksubkulturen die Computerfreaks mit ihren zahlreichen Subszenen, die inzwischen bis zu weltweiten informellen Informations- bzw. kreativen Demo-Groups reichen. Die Einbeziehung nichtprofessioneller User in die Marketingstrategien der Hard- und Softwareerzeuger hat eine Auslegung der Computertechnik bewirkt, die von den Kalkülen der Erzeuger her nicht mehr zu kontrollieren ist und deshalb vielen Formen der eigenständigen Nutzung offensteht.

Beispiele

Daß derartige Entwicklungen die scheinbar so unberührbaren ökonomischen Prozesse nicht unberührt lassen, zeigt sich etwa darin, daß in Deutschland nach den Angriffen auf Ausländerwohnungen vermehrt antirassistische Slogans in der Werbung geschaltet wurden, bzw. in Initiativen, die öffentliche Medien- und Bildkultur verstärkt für kriegsverhindernde und friedenserhaltende Botschaften zu gewinnen. Angesichts des enormen Einflusses der modernen Print- und vor allem Bildmedien sind solche Bestrebungen von großer Bedeutung. Nach der Errungenschaft der Pressefreiheit ist der Zusammenhang zwischen öffentlicher Moral und medialen Botschaften eben nicht mehr durch Kontrolle von oben zu erreichen, sondern durch die Solidarität der Medienkonzerne mit ihrem Publikum im Hinblick auf grundsätzliche gesellschaftliche Ziele, die in beider Interesse liegen. Medien reagieren aufgrund der ökonomisch besonders sensiblen Beziehung zu ihrem Publikum, von dessen Einschaltquoten sie abhängen, besonders rasch auf Veränderungen des allgemeinen Bewußtseins. Noch nützen sie zwar ihren Einfluß kaum zur Begünstigung prosozialer Einstellungen und versuchen in den Hauptprogrammen noch eher mit den niederen Instinkten des Publikums ihr Geschäft zu machen. Aber sie bleiben von den veränderten Bewußtseinslagen neuer Protogemeinschaften nicht unbeeinflusst. Öffentliche Meinungsbildung und die Schaffung einer allgemeinen Symbolwelt ausschließlich den professionellen und kommerziellen Medien zu überlassen, ist mit den Grundsätzen demokratischer Gesellschaften nicht vereinbar. Die Privatisierung der Medien ist noch nicht gleichbedeutend mit deren Demokratisierung. Jugendliche dürfen nicht nur als Publikum, sondern müssen als mitbestimmende und experimentell mitproduzierende

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

144

Gruppe in den Medienmarkt einbezogen werden.

Noch wissen wir zu wenig, um sichere Prognosen auf zukünftige Entwicklungen abgeben zu können. Aber wir wissen genug, um einige notwendige Überlegungen anzustellen, die neuen gesellschaftlichen Strukturen und einem neuen Selbstverständnis von Jugendlichen angemessener begegnen als die alten pädagogischen und politischen Grundsätze. Paul Willis formuliert diese Konsequenzen sehr drastisch: Wir brauchen ein neues Menschenbild, "sonst hauen uns die Jugendlichen bald eins um die Ohren ... Statt Menschen als Klumpen von Arbeitskraft zu betrachten, die nur in der Arbeit von Bedeutung und insgesamt überzählig sind, werden wir sie dann als voll kreative Bürger zu betrachten haben, voll von ihren eigenen sinnlich symbolischen Fähigkeiten und Aktivitäten und mitbeteiligt an der Konstruktion ihrer eigenen Identitäten" (S. 180). Die symbolische Kreativität Jugendlicher bleibt vielfach gefesselt durch den fehlenden Zugang zu einem größtmöglichen Spektrum von verwendbaren symbolischen Ressourcen und adäquaten Benutzungsmöglichkeiten. Dies gilt insbesondere für die neuen kreativen Möglichkeiten der kommerzialisierten Gesellungs-kultur (Cafés, Restaurants, Fitness-Centers usw.), der Mobilität, des Sports, der Musik und der elektronischen Kultur. Der Markt muß durch Elemente privater und öffentlicher Förderung ergänzt werden, die die Konsummöglichkeiten für diejenigen vergrößern, die von sich aus nicht zahlungsfähig sind. "Warum sollte es nicht so etwas wie eine Steuer auf den geldvermittelten Kulturkonsum geben, um den unentgeltlichen Konsum zu fördern?" (S.181). Auch in Bezug auf die Vermittlung symbolischer Potentiale muß Marktwirtschaft sozial werden: Lebenswichtige Funktionen, die die private Ökonomie nicht erbringt, hat der Staat aus den Erträgen der Vermarktung kommerzieller Kulturwaren vorzusehen: "Geben wir dem Teufel der Arbeit, was ihm zukommt, verehren wir, soweit nötig, die Göttin Technologie - warum aber nicht den Rest menschlicher Lebenszeit für einen möglichst umfassenden imaginativen Austausch und zu sinnlichen Zwecken verwenden?" (S. 183).

Prognosen

Politik als gesellschaftliche Regulierung und Beeinflussung der Menschen kann nicht mehr nur über die direkte Übermittlung von Botschaften verlaufen, sondern muß vermehrt so gestaltet werden, daß sie sich mit den Fähigkeiten und Potentialen der informellen Kultur verbindet und deren Strömungen untereinander verknüpft. Es ist geradezu das Grundübel derzeitiger Politik, daß sie zwar de facto bereits längst so operiert, indem sie etwa über Meinungsumfragen gesellschaftliche Bedürfnispotentiale erhebt und danach ihre politischen Ziele selektiert, gleichzeitig aber derartige Vorgangsweisen als Opportunismus diffamiert und sich mit vollmundigen Idealisierungen präsentiert. Das schafft aber erst Platz für die wahren Opportunisten, die solche Lügen aufdecken, neue dazuerfinden und daraus ein fundamentalistisches Protestpotential der Betrogenen schmieden. Die Alternative zu geheimen Meinungsumfragen und einer daran insgeheim orientierten Politik liegt in der Herstellung von Öffentlichkeit für die tatsächlich existierenden Primärkulturen und einem politischen Dialog mit ihnen. In der Möglichkeit, sich mit ihren "Fähigkeiten zu verbinden, liegt die Hoffnung für eine Politik der Zukunft" (S. 182). In vieler Hinsicht ist die common culture heute schon progressiver, als eine zaghafte, im Antagonismus parteipolitischer Lager und ökonomischer Lobbies verfangene Politik zu nutzen weiß. Jugendliche sind nicht von vornherein progressiver oder konservativer als der Rest der Bevölkerung. Es fällt aber immer schwerer, ihnen zu erklären, weshalb die staatliche und internationale Politik bei der Lösung selbst der dringendsten Überlebensfragen nur so zaghaft vorankommt.

Bei allem Risiko derartiger Verallgemeinerungen: Vieles deutet darauf hin, daß in der gegenwärtigen Situation nicht mehr und nicht weniger auf dem Spiel steht als der Gewinn oder der Verlust der gesellschaftlichen Loyalität bei der Mehrheit der nachwachsenden Generation. Dabei hieße Verlust nicht mehr Rebellion, ebenso wie Gewinn nicht mehr Untertanengehorsam bedeutet. Mangel an gesellschaftlicher

2. Resumée

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

145

Loyalität könnte vielmehr zur unspektakulären Normalität von Durchschnittsbürgern, auch Durchschnittsjugendlichen werden, was für eine Minderheit Jugendlicher rücksichtslose Durchsetzung bedeutet, für die Mehrheit gewöhnliche Resignation, Alltagsverdrossenheit, Desinteresse und schwindendes Engagement und für eine weitere Minderheit offene Destruktivität. Die Chance, die Kreativität und das Engagement der Mehrheit der erwachsenen Kinder für kritische und engagierte Rollenübernahme als Erwachsene im gesellschaftlichen Gefüge zu gewinnen, führt neben aller notwendigen Erziehung und Ausbildung vor allem über die Erhöhung der Attraktivität ihrer Lebensbedingungen in allen Bereichen, in denen dieses Engagement verlangt wird: in den Familien, den Schulen, im Arbeitsalltag und vor allem in der öffentlichen Kultur, deren wachsende Bedeutung für das Aufwachsen in dieser Abhandlung besonders verdeutlicht werden sollte.

### Folgerungen und Forderungen

Folgerungen und Forderungen für staatliche Jugendpolitik können aus theoretischen und empirischen Überlegungen zur Lage der Jugendlichen nicht mit zwingender Logik abgeleitet, aber doch mit hinreichender Plausibilität formuliert werden. Politisches Handeln unterliegt vielfältigen Bedingungen, die erkenntnisorientierte Auseinandersetzung nicht berücksichtigen muß. Es nimmt Rücksicht auf Bevölkerungsmentalitäten, Wählermehrheiten, Machtkonstellationen, Budgets, Medieneinfluß. Selten sind umfassende Lösungen möglich, und im günstigsten Fall kommen tragbare Kompromisse zustande.

Empfehlungen für die Jugendpolitik können deshalb nicht als bereits ausdiskutierte Sachpolitiken formuliert werden, sondern müssen Dimensionen beschreiben und mit exemplarischen Handlungsvorschlägen illustrieren, die dem politischen Handeln strategischen Spielraum lassen. Es ist schon viel gewonnen, wenn konkrete politische Zielsetzungen durchaus kontroversiell, aber ohne die gerade in Jugendfragen übliche Begleitmusik aus Jubelklang und Weltuntergangsstimmung breit diskutiert werden. Jugendliche leiden unter anderem darunter, daß vielen ihrer berechtigten Anliegen der geeignete Adressat fehlt und sie das Gefühl haben, für ihre Anliegen ist niemand zuständig. Eine gesamtstaatliche Diskussion über konkrete Anliegen Jugendlicher könnte diesem Gefühl gegensteuern und bliebe überdies mit Sicherheit nicht ohne konkretes Ergebnis.

Dem Beobachter der jugendpolitischen Szene fällt zuallererst auf, daß Jugendliche im Unterschied zu anderen Bevölkerungsgruppen über einen vergleichsweise niedrigen Level öffentlicher Interessensvertretung verfügen. Wenn man etwa den Einfluß der Pensionistenverbände oder der aus öffentlichen Geldern hochdotierten Hochschüler-schaft - einer Körperschaft öffentlichen Rechts - oder selbst die inzwischen geschaf-fenen administrativen und rechtlichen Voraussetzungen für die Gleichberechtigung der Frauen betrachtet, wird schlagartig klar, wie gering dagegen der Organisations-grad von Schüler- und Lehrlingsvertretungen ist, von einer gesamtstaatlichen Jugend-vertretung gar nicht zu sprechen. Weder gibt es eine "Schülerschaft" noch eine "Kom-mission zur Gleichberechtigung der Jugendlichen". Da sich in den Untersuchungen gezeigt hat, wie viele Bedürfnisse von Jugendlichen unberücksichtigt bleiben, sollten Überlegungen angestellt werden, wie die Vertretung der Jugendlichen in Gemeinden, Ländern, auf Regierungsebene und im Parlament verbessert werden kann.

Bessere  
Vertretung

Eng mit der Verbesserung der Vertretung Jugendlicher ist die öffentliche Förderung der Jugendarbeit verbunden. Während die Förderung der verbandlichen Jugendarbeit in den Budgets fortgeschrieben und immer wieder Jahr zu Jahr erhöht wird, bleiben dringende Anliegen nicht verbandlich organisierter Jugendlicher ohne öffentliche Unterstützung. Es wäre aus diesem Grund zu empfehlen, das gesamte System öffentli-

Neuverteilung  
der  
Förderungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

146

cher Jugendförderung neu zu überdenken, neue Kooperationsformen zwischen verbandlicher, offener und projektbezogener Jugendarbeit zu begründen. Auf die besondere Bedeutung kommunaler Freizeit- und Kulturzentren für Jugendliche und Erwachsene wird bereits an dieser Stelle hingewiesen.

Besondere Bedeutung kommt dem Aufwachsen der Jugendlichen in den Familien zu. Von den gesellschaftlichen Institutionen zur Erziehung und Sozialisation der Heranwachsenden tragen die Familien die größte Last. Sie haben immer größeren Anforderungen zu entsprechen, wobei gleichzeitig ihr struktureller gesellschaftlicher Rückhalt schwindet und die staatlichen Stützsysteme kaum mit den vermehrten Aufgaben Schritt halten. Diese Dilemma wird durch eine ideologische Überbewertung der klassischen Kleinfamilie nicht gelöst, sondern verschärft. Die Absicherung und Ausweitung bestehender Familien ist daher ebenso notwendig wie die rechtliche und moralische Gleichstellung nichtfamilialer Erwachsenen-/Kindergemeinschaften und Formen des Zusammenlebens. Im Hinblick auf die hohen Scheidungsraten und die teilweise illusionären Beziehungsvorstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener sind die Pläne der gegenwärtigen Familienministerin zur Vorbereitung und vertraglichen Absicherung von Eheschließungen zu unterstützen. Als ebenso sinnvoller Beitrag zur Erhöhung der Verantwortlichkeit in Beziehungen auch im Hinblick auf mögliche Kinderfolgen und zur Gesundheit war die Initiative des Gesundheitsministers zur kostenlosen Verteilung von Kondomen an Schulen einzuschätzen, die bedauerlicherweise von Teilen der politisch Verantwortlichen und der Medien als bloßer Politgag bzw. als Anschlag auf die Moral mißverstanden wurde.

Familien und  
andere Erwachse-  
nen-/Kinder-  
gemeinschaften

Ein bedeutender und wachsender Anteil gesellschaftlicher Partizipationsmöglichkeiten ist auch für Jugendliche nur über Geld zu erreichen. "Das Erwachsenenalter scheint mittlerweile dadurch erreicht zu werden, daß man auf bestimmte Weise Geld ausgibt, statt sich in einem Leben von rosaroten Bindungen einzurichten" (S. 170). Die Finanzierung einer angemessenen Beteiligung von Schülern und Lehrlingen am gesellschaftlichen und kulturellen Leben kann aber von einem Großteil der Familien nicht oder nur unzureichend aus eigenen Mitteln bestritten werden. Weil die öffentliche Politik diese Aufgabe zu lange vernachlässigt hat, wird die Liste der Anliegen immer länger: die Verbilligung öffentlicher Freizeiteinrichtungen für Jugendliche, die Benützung öffentlicher Gebäude für jugendkulturelle Aktivitäten, die Verpflichtung der Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie der staatlich geförderten Presse zur Zusammenarbeit mit jugendlichen Text-, Musik- und Medienproduzenten, die Einrichtung kommunaler Freizeitzentren für Jugendliche und Erwachsene einschließlich billiger Zugänge zu elektronischer Hard- und Software, jugendspezifische Infrastrukturen in den städtischen Fußgängerzonen, Überlegungen zur Einführung von Schülerstipendien bzw. zur Erhöhung der Lehrlingsgehälter, jugendspezifische Spar- und Anlageformen von hoher Rendite und Vorkehrungen zur Vermeidung der Verschuldung Jugendlicher bei den Banken usw.

Direkte  
Förderung

Der immense Verlust an Territorium, den Jugendliche durch die beinahe hundertprozentige Funktionalisierung aller öffentlichen Areale als Straßen, Bau-, Sport-, Handels- oder Amtsplätze erlitten haben, ist durch nichts kompensiert worden. Jugendlichen wird auf diese Weise die Erfahrung aufgedrängt, daß diese Gesellschaft ausschließlich für die funktionalen Aktivitäten nach Erwachsenenmanier, keineswegs aber für jugendkulturelle Verhaltens- und Tätigkeitsweisen zur Verfügung steht. Die Stilllegung von Autobahnen, wie sie etwa in Florida an Wochenenden teilweise gehandhabt wird, macht erst deutlich, ein wie vielfältiges Leben auf solchen Arealen entsteht, und damit auch, ein wie großes Ausmaß an unmittelbar angeeigneter Freizeit durch die restlose Funktionalisierung aller Räume verhindert wird. Gerade die Rückführung monofunktionaler Territorien zu multifunktionalen Nutzungsarten ist von größter Bedeutung. Sie macht Jugendlichen - und Erwachsenen! - deutlich, daß die ökonomisch und gesellschaftlich bestimmten, sie ausschließenden Zwecken gewidme-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

147

ten Areale auch für ihre nicht reglementierten, nicht instrumentalisierten Bedürfnisse zur Verfügung stehen. Nur das Leben, Erleben und Ausleben der privaten Identität inmitten der öffentlichen kann auf Dauer den Zusammenhalt der privaten und der öffentlichen Sphäre garantieren und das Abgleiten jener Bevölkerungsschichten in die Asozialität verhindern, für die die modere Konsumkultur in keiner der beiden Sphären mehr eine befriedigende Berücksichtigung ihrer Interessen zur Verfügung stellt.

Ein Gefühl von Heimat, das das wirksamste Bollwerk gegen rassistischen Nationalismus darstellt, kann in den menschenreichen Ländern Europas längst nicht mehr durch den Besitz an eigenem Grund und Boden vermittelt werden, sondern durch die Miteigentümerschaft und Mitnutzung privater und öffentlicher Areale durch alle Menschen. Erste zaghafte Ansätze, etwa die Zurverfügungstellung von an Wochenenden leerstehenden Parkplätzen von Supermärkten für jugendliche Skateboard- oder Rollerskatefahrer oder die Austragung von Basketballwettbewerben, die Organisation von Stadtfesten mit diversen Attraktionen oder die Veranstaltung von erschwinglichen alternativen Festspielen am Rande der unerschwinglichen werden aber nach wie vor bei weitem überflügelt durch die Umwandlung von Volksfesten zu kommerziellen Messen, die Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Freizeiteinrichtungen und die Errichtung rein kommerzieller Erlebniswelten, die zu sündteuren Preisen Vergnügungen von gestern anbieten, wie etwa die neu entstehenden Eurodisneyländer.

Zur Besiedlung der hier favorisierten Art von Heimaten gehört eine Mobilität, die nur mit öffentlichen oder privaten Verkehrsmitteln herzustellen ist und da wie dort für Jugendliche zu teuer ist. Die Fahrpreisermäßigungen für Jugendliche weisen in vielen Ländern und Städten eine Struktur auf, die Begünstigungen nur für die "wichtigen" Lebenszwecke, den Weg zur Arbeit, zur Schule oder zum Wehrdienst vorsehen, das "Vergnügen" aber ab einem gewissen Alter voll in Rechnung stellen. Solche Regelungen lassen außer acht, daß die gesellschaftliche Integration Jugendlicher nur dadurch zu erreichen ist, daß ihr ganzes Leben als gesellschaftlich akzeptabel erfahrbar wird, nicht lediglich dessen Lern- oder Arbeitsseite. Lehrlingen und Schülern die vollen Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel abzuverlangen bewirkt de facto die Aussperrung von Jugendlichen aus für sie entscheidenden Aspekten des kulturellen Lebens. Mobilität ist in der modernen Gesellschaft keine Frage des Vergnügens mehr, sondern eine Frage der kulturellen Beteiligung schlechthin.

Kostenlose  
Beförderung

Es scheint, daß nicht nur ein neuer ökonomischer Generationenvertrag entwickelt werden muß, sondern auch ein neuer kommunikativer: Jugendliche und Erwachsene bewegen sich zunehmend auf die gleichen Themen zu, verfügen aber über extrem unterschiedliche Weisen der Auseinandersetzung und Kommunikation. Beiderseitiges Lernen muß durch eine gesamtkulturelle Anstrengung auf allen Ebenen der Öffentlichkeit und des Alltags Jugendliche und Erwachsenen in ein neues, vertrauensvolles und wechselseitig respektvolles Verhältnis zueinander bringen. Keine der beiden Gruppen verfügt über ein ausreichendes Verhaltensrepertoire zur Begegnung und Konfliktlösung. Ansprüche Jugendlicher, für voll genommen zu werden, werden in zu hohem Maße frustriert und ergeben zusammen mit den älteren, autoritär bedingten Ablehnungsmustern eine fatale Spirale wechselseitiger Entwertung. Es ist daher notwendig, wechselseitige Kommunikationskompetenzen zu erhöhen und Lernfelder der Begegnung zu schaffen.

Dies gilt zunächst für jene Bereiche, in denen Bund, Länder und Gemeinden unmittelbar handeln können. Die zuständigen Amtsträger sollten ihre Bediensteten, die unmittelbar mit Jugendlichen zu tun haben, sei es als Polizisten, Busfahrer, Bahnschaffner, Beamte in Ämtern, öffentlichen Freizeiteinrichtungen usw. zu Verständnis und respektvollem Umgang mit Jugendlichen anhalten. Dort, wo es besondere Probleme gibt, sollten regelmäßige Aussprachen mit den Jugendlichen, z.B. in Schulklassen

Respektvoller  
Umgang mit  
Jugendlichen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

148

oder Jugendvereinigungen, organisiert werden, wobei durch dafür geeignete Diskussionsleiter für ein faires Gespräch zu sorgen wäre, bei dem auch die Jugendlichen ihren Standpunkt offen vertreten können.

Darüber hinaus müßte auf allen gesellschaftliche Ebenen die intergenerative Begegnung zwischen Erwachsenen und Jugendlichen gefördert werden. Zahlreiche gesellschaftliche Abläufe, in denen Jugendliche und Erwachsene aufeinandertreffen, sind als unbeeinflussbare Routinen oder Vorschriften organisiert und lassen keinen Platz für kommunikative Vereinbarung. Bei öffentlichen Verordnungen und anderen festgelegten Verfahrensweisen sollten Spielräume des Besprechbaren, Verhandelbaren eingeräumt werden. Die so erfolgreiche Regelung des "Opfer-Täterausgleichs" dürfte nicht auf das Strafrecht beschränkt bleiben, sondern müßte auf zahlreiche gesellschaftliche Einrichtungen ausgedehnt werden. In den Schulen, gegenüber der Polizei, in Wohngebieten, bezüglich öffentlicher Verkehrsmittel, bezüglich des wechselseitigen Verhaltens in privaten und öffentlichen Freizeit- und Konsumeinrichtungen bis hin zu Konflikten zwischen Jugendlichen und Privatpersonen: überall bedürfen in der direkten Konfrontation ungeübte Jugendliche und Erwachsene der Anleitung zu einer wechselseitig akzeptierenden Kommunikation. Möglicherweise wären solche Funktionen durch einen großzügigen Ausbau der bereits in den meisten Bundesländern bestehenden Jugendanwaltschaften in diese Richtung zu erreichen.

Intergeneratives  
Lernen

Ein besondere Möglichkeit intergenerativen Lernens besteht darin, das Verhältnis Erwachsene/Jugendliche öffentlich zu thematisieren und etwa nach dem Modell bereits laufender TV-Spots (Behinderte, Sport statt Drogen) und anderer medialer Genres (z.B. Club, Duell, X-Large, Jugendbeilagen der Zeitungen u.a.) in Presse und TV eine Kamagne zur "Jugendfreundlichkeit" Erwachsener und zur "Erwachsenenfreundlichkeit" Jugendlicher zu starten, in der wechselseitige Kommunikationsprobleme und Fehlverhalten ebenso klar aufgezeigt werden wie Modelle gelingender Interaktion. Dabei wäre insbesondere auch auf die von Jugendlichen immer wieder berichtete respektlose Behandlung in der Schule und in der Lehrlingsausbildung, auf die Probleme mit gewalttätigen Jugendlichen in Schule und Öffentlichkeit Bezug zu nehmen.

Einen wesentlichen Beitrag zur intergenerativen Begegnung können Schule und Arbeitswelt leisten, weil dort die Kommunikation und Kooperation von Jugendlichen und Erwachsenen institutionell gegeben ist. In beiden Bereichen scheint es derzeit einen Überhang des Funktionellen, sei es lehrplankonformer Schul- oder genormter Arbeitsleistung, über das Persönliche zu geben, der mit den wachsenden Selbstbestimmungsansprüchen der Jugendlichen in Konflikt kommt. Zu konkreten zu überlegenden Maßnahmen wird auf die diesen Themen gewidmeten Berichtsteile (Eder bzw. Lassnigg) verwiesen. Da beide Institutionen einen äußerst hohen Grad an organisatorischer Differenzierung, rechtlicher Kodifizierung und interessensbedingter bzw. politischer Fixierung aufweisen, dürften Änderungen in diesen Bereichen besonders schwer zu erreichen sein. Für die Schule wurden in diesem Teil des Berichts (S. 8ff) weitreichende Folgerungen erörtert, die aber aufgrund der besonderen Beharrungstendenzen der Schulinstitutionen zunächst die Bildung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses über die Bildungsaufgabe der Schulen voraussetzen.

Schule/Arbeit

Insbesondere könnten neuzuschaffende oder auf der Basis bestehender Einrichtungen zu begründende kommunale Freizeit- und Kulturzentren zu Foren der Begegnung zwischen Erwachsenen, Kindern, Jugendlichen und alten Menschen werden. Solche Zentren, die die derzeit in zahlreichen privat angebotenen Einrichtungen zersplitterten Freizeit- und Kulturmöglichkeiten teils räumlich, teils organisatorisch zusammenzuführen hätten, wären als Kooperationsprojekte zwischen privaten Unternehmern, öffentlichen Einrichtungen und öffentlicher Förderung (z.B. durch Zurverfügungstellung der Gebäude) zu installieren und müßten der Bevölkerung ein Maximum an

Kommunale  
Freizeit- und  
Kulturzentren

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

149

Beteiligungs-, Bildungs-, Informations-, Kommunikations-, Beratungs- und Freizeitmöglichkeiten, sowie Möglichkeiten kulturellen Konsums und kultureller Betätigung ermöglichen. Teilweise bieten bestehende Volksbildungsanstalten, Jugendzentren, Ludotheken, Kulturwerkstätten, Jugendinfos u.a. bereits Ansätze und Erfahrungshintergrund für solche Zentren. Berührungspunkte zwischen kommerziellen und öffentlichen Freizeit- und Konsuminitiativen sollten abgebaut werden. Die immer noch verbreitete Trennung zwischen kommerzieller "Massen"- und elitärer "Hoch"-kultur wäre für derartige Zentren außer Kraft zu setzen bzw. in einem produktiven Wettstreit miteinander in Beziehung zu setzen.

Die hier aufgezählten Vorschläge beschränken sich im wesentlichen auf das Verhältnis Jugendliche/Staat und Jugendliche/Erwachsene und stellen nur einen Teil möglicher Überlegungen dar, die im Rahmen einer grundsätzlichen Orientierung der Jugendpolitik auf den Weg gebracht werden könnten. Leitlinie einer solchen künftigen Jugendpolitik müßte der Versuch sein, den im postmodernen Zeitalter auseinanderstrebenden Lebensinteressen nicht nur der Jugendlichen, sondern der Bevölkerung insgesamt konsensfähige Ziele staatlicher Politik als mögliche Perspektiven an die Seite zu stellen. Mehr gesellschaftliche Solidarität bei mehr individueller Freiheit zu erreichen ist das anspruchsvolle Ziel einer zeitgemäßen Jugendpolitik, einer zeitgemäßen Politik überhaupt.

### Literatur:

- Allerbeck K., W.Hoag: Jugend ohne Zukunft? München/Zürich 1985  
 Bäck, K., M.Kreidl, H.Papst: Jugend in Graz oder "Dort könnten sie auch einen Baum hinpflanzen am Hauptplatz". Graz 1989  
 Bohnsack, R.: Generation, Milieu und Geschlecht. Opladen 1989  
 Brock, D.: Vom traditionellen Arbeiterbewußtsein zum individualisierten Handlungsbewußtsein, in: Soziale Welt 1988, S. 413-434  
 Ehmann, affengeil - Ein Lexikon der Jugendsprache. München 1992  
 Grundei, F.: Die vergessene Jugend, in: Landesjugendreferat Wien (Hrsg.): 13 - 16jährige. Wien 1987  
 Hexel, P.C./I.König: Jung sein in Österreich, in: Janig, H. u.a. (Hg.): Schöner Vogel Jugend. Linz 1990, S. 77-104  
 Hirsch, F.: Die sozialen Grenzen des Wachstums. Reinbeck b. Hamburg 1980  
 Höllinger, F.: Familie und soziale Netzwerke in fortgeschrittenen Industriegesellschaften, in: Soziale Welt 1989, S. 513-257  
 Kuzmics, H.: Der Preis der Zivilisation. Frankfurt 1989  
 Lafont, H.: Jugendbanden, in: ARIOS u.a.: Die Masken des Begehrens und die Metamorphosen der Sinnlichkeit. Frankfurt/M. 1984, S. 209-225  
 Moser, M., B.Pichler, S.Haller: Jugend und Konsum. Innsbruck 1993  
 Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung: Jugendkultur. Alternativen im Freizeitverhalten und den Freizeitbedürfnissen Wiener Jugendlicher. Wien 1986  
 Österreichisches Institut für Jugendkunde: Österreichische Jugend-Wertestudie. Wien 1991  
 Pilz, S.: Jugendarbeit in der Arbeiterkultur. Innsbruck 1984  
 Rathmayr, B.: Aufwachsen im Konsumzeitalter, in: Janig, H. u.a. (Hg.): Schöner Vogel Jugend. Linz 1990, S. 109-138  
 Rathmayr, B.: Gewalt den Medien und was sie in Kindern bewirkt, in: Gestalt und Integration, Heft 1/2 1991/92, S. 18-28  
 Rerrich, M.S.: Veränderte Elternschaft, in: Soziale Welt 1983  
 Rosenmayr, A.: Familienbeziehungen und Freizeitgewohnheiten junger Arbeiter. Wien 1963  
 Roth, L.: Die Erfindung des Jugendlichen. München 1983

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

---

150

- Schulz, W.: Von der Institution 'Familie' zu den Teilbeziehungen zwischen Mann, Frau und Kind, in: Soziale Welt 1983
- Sennett, R.: Verfall und Ende des öffentlichen Lebens. Frankfurt/M. 1983
- Sonja, Roland, Andrea, Elmar, Sarah, Irmi, Ingrid: "Ihr könnt tun und lassen, was ihr sollt!" Innsbruck 1993
- Stadt Dornbirn: Rahmenplanung der Jugendarbeit in der Stadt Dornbirn. Dornbirn 1992
- Tagungsbericht Berufsorientierung. Wien 1992
- Tedeschi, C.: Jugendfeindlichkeit als Sozialisationsfaktor nichtinstitutioneller Situationen. Innsbruck 1992
- Tippelt, R.: Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen Familie und anderen Sozialisationsinstanzen, in: Zeitschrift für Pädagogik 1988, S.621-640
- Willis, P.: Jugend - Stile. Zur Ästhetik der gemeinsamen Kultur. Berlin 1991

## Thema: Jugendliche und Geschlecht

### Alltagsrealität und Lebensperspektiven von Mädchen

Ausarbeitung: Birgitt Haller, Sieglinde Rosenberger

Grundlage: Einzelinterviews mit 13-15jährigen Mädchen aus Innsbruck und Neustift/Tirol. Politik- und sozialwissenschaftliche Analyse und Interpretation

Das Verhältnis der Geschlechter ist trotz aller Reformbemühungen der letzten Jahrzehnte und Fortschritte im einzelnen ungleich. Die Frage ist aber, ob auch in Zukunft alles beim alten bleibt, oder ob die nachrückende Generation von Frauen auf dem Weg in die Gleichberechtigung gegenüber der jetzigen ein Stück vorangekommen ist.

Die Autorinnen haben zur Beantwortung dieser Frage nicht den Weg repräsentativer Befragung, sondern qualitativer Einzelinterviews und sozialwissenschaftlicher Deutung gewählt. Aus gutem Grund. Der Wandel der Geschlechterrollen ist keine Angelegenheit der Statistik, sondern langsamer und mühsamer Prozesse der Veränderung in Familien, Schulen, Freizeitgewohnheiten, Berufsvorstellungen usw.

Alle diese Bereiche haben die Autorinnen mit Mädchen, teils aus städtischem, teils aus ländlichem Milieu, teils aus traditionellen, teils aus emanzipierten Verhältnissen besprochen. Dabei hat sich ein sehr differenziertes Bild ergeben: Bestrebungen zu mehr Gleichberechtigung haben stellenweise gegriffen, z.B. was den Anteil von Mädchen an weiterführenden Schulen betrifft oder was das Selbstwertgefühl der Mädchen angeht, selbst dann, wenn sie - durchaus realistisch - der Ansicht sind, daß der Löwenanteil der Haus- und Kinderarbeit weiterhin bei ihnen hängen bleiben wird.

In anderen Bereichen erweisen sich traditionelle Denk- und Verhaltensweisen als resistent: Insbesondere an der Geschlechtsrollenverteilung im Modell Ehe/Familie hat sich wenig geändert. Da die Wege, die hier zu mehr Gleichberechtigung führen, an männlichen Lebensmodellen orientiert sind, würde Gleichberechtigungspolitik auf diesem Gebiet nicht nur Frauen- sondern auch Männerpolitik bedeuten. Von der Möglichkeit eines Karenzurlaubes für Männer, beispielsweise, war den 13-15jährigen Mädchen so gut wie nichts bekannt.

## ALLTRAGSREALITÄT UND LEBENSPEKTIKEN VON MÄDCHEN

Birgitt Haller, Sieglinde Rosenberger

Seit den späten 70er Jahren beginnt auch Österreich, sich an Frauenpolitik zu gewöhnen. Politische Reformen werden mit dem Anspruch verabschiedet, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Gleichberechtigung und Chancengleichheit von Männern und Frauen ermöglichen und zukünftig gewährleisten.

Gleichberechtigung als politisches Programm, das die Geschlechterverhältnisse auf eine veränderte, egalitäre Basis stellt, bildete den Anstoß der vorliegenden Untersuchung. Wir orientierten uns an der Frage, ob sich Auswirkungen der Gleichberechtigungspolitik sowohl auf die aktuelle Lebenssituation als auch auf die Zukunftsplanung von Mädchen bereits ablesen lassen. Die jetzige Mädchengeneration der 13- bis 15jährigen ist jene Altersgruppe, die erstmals in gleichberechtigungsorientierte, partnerschaftlich ausgerichtete Familien- und Lebensbedingungen hineingeboren worden ist bzw. in einem in rechtlicher Hinsicht "gleichen" Milieu aufwachsen kann.

Das Erkenntnisinteresse dieser Untersuchung galt also, vor dem Hintergrund der staatlichen Gleichberechtigungspolitik, der Gestaltung des Alltags, den Rollen, den Identitäten und den Lebensentwürfen von Mädchen.

Im folgenden Artikel wird eingangs die Notwendigkeit des geschlechtsspezifischen wissenschaftlichen Blickes auf Lebensverhältnisse und -bedingungen skizziert. Ein Portrait der österreichischen Politik der Gleichberechtigung bildet den äußeren Rahmen für die Untersuchungsergebnisse der Befragung von Tiroler Mädchen. Die Ergebnisse konzentrieren sich auf dichotome Problemstellungen, nämlich inwieweit Gegenwart und Zukunft, öffentlich und privat, Familienorientierung und Berufsorientierung, Arbeit und Freizeit, kurzum, inwieweit der Prozeß des Mädchen-Seins zum Frau-Werden gleichberechtigungs- bzw. frauenfreundlicher geworden ist.

### Zur Notwendigkeit des geschlechtsspezifischen Blickes

Die Geschlechtszugehörigkeit wird in unserer Gesellschaft als Kriterium für die Verteilung von Einkommen und Arbeit sowie von Zugangschancen und Partizipationsmöglichkeiten benutzt. Die Lebenswelt und die sozialen/ökonomischen/familiären/politischen Bezüge von Frauen und Männern, von Burschen und Mädchen differieren in mehrfacher Hinsicht. Der weibliche Lebenszusammenhang findet im Vergleich zum männlichen an anderen Orten statt, ist durch andere Zeitstrukturen, Phasen und Belastungen bestimmt. Frauen und Männer, Mädchen und Burschen finden in vielen Bereichen des alltäglichen, des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens unterschiedliche Chancen vor; sie sind mit stereotypen Zuschreibungen und Anforderungen konfrontiert. Die Familienorientierung gilt idealtypisch als weiblich, die Berufsorientierung gilt idealtypisch als "männlich". Arbeit (Haus- und Berufsarbeit) zeigt sowohl in bezug auf ihre individuelle und gesellschaftliche Bewertung als auch in bezug auf die Art der Tätigkeit signifikante Geschlechtermerkmale: Einkommensdifferenzen, Männerberufe/Frauenberufe, Freistellung von Hausarbeit versus Zuständigkeit für Familien-, Beziehungs- und Gefühlsarbeit etc.

Geschlechtszugehörigkeit und Verteilung von Lebenschancen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

153

"Geschlecht ist (ähnlich wie 'Klasse' oder 'Rasse') ein sozialer Platzanweiser, der Frauen und Männern ihren Ort in der Gesellschaft, Status, ihre Funktionen und Lebenschancen zuweist" (Knapp 1988, S.12).

Die Lebensverläufe von Frauen sind einerseits durch eine schwerpunktmäßige Familienausrichtung und andererseits durch Brüche in der Biographie (Berufsphase/-Familienphase) geprägt. Der weibliche Lebenszusammenhang ist, im Gegensatz zur männlichen Normalbiographie, charakterisiert durch nicht entlohnte, aber gesellschaftlich notwendige Arbeit; durch Doppel- und Mehrfachbelastungen; durch ideologisierte Drei-Phasen-Modelle, die nicht selten de facto auf zwei Phasen schrumpfen; durch Ausgrenzung und Zuweisung entlang der Trennlinie Öffentlich/Privat.

Benachteiligung  
der Frauen  
und Mädchen

Dies sind nur einige reale Komponenten weiblicher Lebenswelt. Es sind Faktoren, die die Lebensentwürfe von Mädchen, d.h. die Vorstellungen und Wünsche hinsichtlich Lebensform (Single, Familie/Ehe, Lebensgemeinschaft), Berufswahl und -ausübung mitbestimmen. Traditionelle Erziehungsprinzipien bereiten Mädchen sukzessive auf ihre spätere Frauenrolle vor. Familienstrukturen, Arbeitszuteilungen, offene und geheime Lehrpläne gewährleisten das eher hierarchische als partnerschaftliche Verhältnis von Weiblichkeit und Männlichkeit. Beeinflusst von Erfahrungen in der primären Sozialisationsinstanz Familie entsprechen Mädchen auch später, als Frauen, eher dem Klischee der Familienorientierung und neigen eher zu "Helferberufen" als zur eigenen Karriereplanung.

Bildung und Berufsausbildung sind während der vergangenen Dekade zwar auch für Mädchen "normal" geworden, es fehlen jedoch nach wie vor alternative Rahmenbedingungen und kreative Ideen zur Bewältigung des alten Konflikts bei der zufriedenstellenden Vereinbarung von Beruf und Familie. Gleichberechtigungs- und partnerschaftsorientierte politische Maßnahmen zielen auf die Erosion der ehemals einseitigen Rollenfixierung und Aufgabenteilung ab. Aber das Gewohnheitsrecht zeigt seine Beharrlichkeit und bewirkt die Langsamkeit der Veränderungen in den Geschlechterbeziehungen, in der privaten und öffentlichen Organisation der Geschlechterverhältnisse bzw. im Abbau der Frauendiskriminierung. Allzu häufig hat sich lediglich die weibliche Doppelrolle als Preis der "Gleichberechtigung der Frau" etabliert.

"In Forschung und wissenschaftlicher Literatur über Kinder- und Jugendfragen kommen Mädchen wenig vor, da durchweg ohne Unterschiede über die Lebenskonzepte, die Berufsorientierung, Ausbildungs-, Schul- oder Freizeitprobleme, Familiensituation und Konfliktlagen der 'Jugendlichen' oder der 'Kinder' nachgedacht wird. Schon beim ersten Hinsehen zeigt sich: Es wird praktisch nur von Jungen berichtet - Mädchen erscheinen subsumiert bzw. allenfalls als eine (defizitäre) Untergruppe des 'Normalfalls' der männlichen Jugendlichen" (Sachverständigenkommission 6. Jugendbericht 1984, S.5).

Die Notwendigkeit des geschlechtsspezifischen Blickes liegt in der Unterschiedlichkeit weiblicher und männlicher Lebensbedingungen. Sie liegt in der Vermeidung und Auffüllung blinder Flecken, die durch die Orientierung und verallgemeinernde Darstellung von männlichen Lebens- und Politikentwürfen, von männlichen Erfahrungen und Interessen entstehen.

Notwendigkeit des  
geschlechtsspezifischen  
Blickes

Die Notwendigkeit des geschlechtsspezifischen Blickes auf gesellschaftliche ebenso wie auf private, von der jeweiligen Geschlechtszugehörigkeit abhängende Phänomene ist weiters ein Erfordernis wissenschaftlicher Objektivität. Forschungsergebnisse geben Aufschluß darüber, daß unter dem Deckmantel der Allgemeingültigkeit bzw. des Allgemeinen sich androzentristische Sicht- und Erfahrungsweisen verbergen. Wenn die gesellschaftlichen und privaten Strukturen und Institutionen, mehr noch die Ver-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

154

quickung dieser beiden Ebenen zu einem funktionierenden, komplementären Ganzen auf der sexuellen Geschlechterdifferenz basieren, dann sind gerade diese gesellschaftlichen und privaten Strukturen, Institutionen und Prozesse geschlechtsspezifisch zu analysieren. Gleiches gilt für die etablierte Politik: Auch sie hat in ihren Entscheidungen auf Geschlechterdifferenzen Bedacht zu nehmen und die Konsequenzen, insbesondere auch der von als geschlechtsneutral formulierten Entscheidungen zu berücksichtigen.

### Gleichberechtigungspolitik - Das sozio-politische Umfeld der Mädchensozialisation

Politik steckt den gesellschaftspolitischen und familiären Rahmen ab, innerhalb dessen Mädchenerziehung stattfindet. Der gesellschaftspolitische und familiäre Kontext hat sich durch die gleichberechtigungsorientierte Frauenpolitik der letzten eineinhalb Dekaden verändert. Ob sich aber diese institutionellen und legislativen Veränderungen auch auf strukturelle Veränderungen in Hinblick auf die Mädchensozialisation, auf die zugänglichen Lebensräume, mädchenstypischen Arbeitsbelastungen und Freizeitmöglichkeiten und auf die zukünftigen Lebensvorstellungen, auf Wünsche und Träume hinsichtlich Lebensform und Berufsarbeit führen, bleibt vorerst noch dahingestellt. Denn neben den rechtlichen Ist-Zuständen erweist sich das Gewohnheitsrecht, das die Organisation der Geschlechterverhältnisse mitbestimmt, als äußerst beharrlich.

#### Sozialisation und Politik

"Mädchen dürfen pfeifen, Buben dürfen weinen", dieses in den 80er Jahren recht populäre Jugendbuch appellierte in erfrischender Weise an die Heranwachsenden, ihre starren Festlegungen über Bord zu werfen und so auch die Möglichkeiten und Freiräume der jeweils anderen Geschlechterrolle kennen und schätzen zu lernen.

"Typisch Mädchen -  
typisch Bub"

Das wissenschaftlich argumentierende Sachbuch "Wir werden nicht als Mädchen geboren - wir werden dazu gemacht", verfaßt von Ursula Scheu im Jahre 1977, richtete sich, ebenfalls mit dem Anspruch, traditionelle Rollen aufzuweichen, an die Zielgruppe der Mütter/Väter, ErzieherInnen, LehrerInnen etc. Beide Bücher verbindet ein aufklärerischer Anspruch, nämlich individuelles Verhalten und Handeln auf einer individuellen Ebene, auf der Ebene der primären Sozialisation, ändern zu können.

Angereichert um den ideologischen Wert der "Gleichheit" sowie um das politische Bekenntnis zur "Gleichberechtigung" erfuhr dieser rollentheoretische Ansatz in der feministischen Sozialisationsforschung in den 70er und beginnenden 80er Jahren breite Resonanz. Theorien zur Entwicklung der geschlechtsspezifisch geprägten Persönlichkeit im allgemeinen und zur weiblichen Sozialisation im besonderen stießen auf populärwissenschaftliches Interesse. Theoretisch und politisch wurde an die Möglichkeit der Emanzipation bzw. der Beseitigung von Frauendiskriminierung über den Weg der Aufweichung, vielleicht sogar der Aufhebung der männlichen bzw. weiblichen Rolle geglaubt. Die geschlechtssegregierende Behandlung durch primäre Sozialisationsinstanzen wurde für die Ausprägung von unterschiedlichen Orientierungsmustern bei Mädchen und Burschen als mit-ursächlich erkannt und erklärt. Sozialisationstheorien gehen, vereinfacht dargestellt, von der Überlegung aus, daß, wenn Kinder und Jugendliche nicht geschlechtsspezifisch, sondern von ihren Bezugspersonen "gleich" behandelt werden, auch die unterschiedlichen Einstellungen, Verhaltens- und Handlungsweisen von Mädchen und Burschen wegfallen. "Typisch Mädchen" wäre dann als Klassifizierung ebenso überflüssig wie "typisch Bub".

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

155

Familie ist der Ort primärer Sozialisation. Die traditionelle Familie als Institution der Sozialisation und der Lebensform wird in der feministischen Forschung als zentraler Ort der Unterdrückung von Frauen und Mädchen kritisiert; sie wird als Ort, an dem frauenunterdrückendes Verhalten und Handeln produziert und reproduziert wird, angeprangert (Alanen 1987).

Familie ist kein naturwüchsiger Verein, das Nest ist vielmehr gemacht; "die Familie" ist politischer Wille, der von den Familien- und Landesvätern (historisch) getragen und durchgesetzt wird. Familie ist politischer Anknüpfungsort, dies auch oder vor allem dann, wenn Politik und Gesellschaft die Familie als private Stätte im Sinne einer Antithese zur Politik propagieren.

Die Politik spielt keine unwesentliche Rolle bei der Rollengestaltung der Geschlechter. Denn Rollen sind keineswegs nur Resultat individueller Präferenzen, sondern (auch) Ergebnis historisch hergeleiteter Selbstverständlichkeiten, aktueller Zurichtungen und Stereotypisierungen, gesellschaftspolitisch konstituierter ebenso wie ökonomisch determinierter Rahmenbedingungen. Die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflussen, so vor allem an der Klassenfrage ausgerichtete Erklärungsansätze, die Sozialisation im Hinblick auf die Geschlechterverhältnisse (Scheu 1977, S.41). Mädchen können sich individuell nicht für oder gegen das (kulturell gesetzte) Mädchen-Sein entscheiden. Mädchen werden als Angehörige der Gruppe "Mädchen" von ihrer Umgebung, von Familie, Schule und Berufswelt, als Mädchen behandelt. Dies weitgehend unabhängig davon, ob sie diese Mädchenspezifische Behandlung präferieren oder ablehnen.

Politik ist  
im Spiel

Veränderungen in den alltäglichen Geschlechterbeziehungen bzw. in der Erziehung von Mädchen zu Mädchen können nicht ins Private, d.h. ins Unpolitische verdrängt werden. Politik kommt ins Spiel, Politik ist bereits im Spiel. Sie hat ihren Anteil am Status quo, kann aber auch einen Beitrag zur Veränderung der Privatheit und der Geschlechterbeziehungen leisten. Die kollektive Andersbehandlung von Frauen (im Vergleich zu Männern), die in einer prinzipiell männerdominierten Gesellschaft meist eine Schlechterbehandlung, eine Diskriminierung bedeutet, soll und kann durch legislative Regelungen, institutionelle Einrichtungen und Antidiskriminierungsmaßnahmen abgeschwächt, verschärft oder stabilisiert werden.

### Frauenpolitik

#### Reformpolitik und Geschlechterverhältnisse

Die österreichische Reformpolitik der 70er und beginnenden 80er Jahre hat auch "die Frauen" als Ziel- und Referenzgruppe entdeckt bzw. sie ist an "den Frauen" durch das forschere Auftreten der neuen Frauenbewegung ebenso wie durch internationale Tendenzen nicht mehr vorbeigekommen. Mit Schlagwörtern wie "Emanzipation der Frau", "Chancengleichheit", "Frauendiskriminierung" sowie "Gleichberechtigung der Frau" haben Fragen des Geschlechterverhältnisses bzw. der Rolle und Funktionszuschreibung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft in die staatliche Politik Eingang gefunden, zuerst in die eher unverbindlichen Programmatiken und Ankündigungen, dann auch in die verbindlichere, weil durch konkrete Sachentscheidungen geprägte Tagespolitik. Der soziale Wandel ebenso wie Einflüsse von außen (UNO-Dekade der Frau, autonome Frauenbewegungen, ökonomische Wachstumsphasen) machten das sowohl semantisch wie auch politisch verkürzte "Frauenthema" zu einer politischen Konfliktlinie, der sich die Politik nicht mehr länger gänzlich entziehen wollte und konnte.

Reformpolitik  
der 70er und  
80er Jahre

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

156

Es handelt sich um eine Konfliktlinie, weil die Egalisierung der Geschlechterverhältnisse ein Nullsummenspiel ist. Tradierte Privilegien büßen ihre männliche "Natürlichkeit" und Normalität ein - die Frauenpolitik ist, wenn sie an die Wurzel der Diskriminierungen geht, Verteilungspolitik.

Sozialistische Reformpolitik im allgemeinen initiierte eine Reform der Frauenrolle im besonderen. Die Frauenrolle sollte, zumindest offiziell, nicht mehr die der marginalisierten, der durch den Mann dominierten sein. Die Frauenrolle sollte enthierarchisiert und pluralisiert werden. Vor allem am äußeren Erscheinungsbild der Politik, am Bild der "politischen Mannschaft" hatte sich etwas zu ändern. Das Schlagwort "Ohne Frauen ist kein Staat zu machen" mußte eine auf Erfolg, gemessen an WählerInnenstimmen, angewiesene Politik beherzigen. Ende der 70er Jahre wurde nach ausländischen Vorbildern auch in Österreich Frauenpolitik sichtbar institutionalisiert. Frauenpolitik, einmal eher als Familienpolitik angelegt, das andere Mal eher als Sozialpolitik ausgerichtet, erweiterte den konventionellen Politikfeldkanon ebenso wie die Agenda. Einrichtungen, die sich um "Frauen" bemühen, d.h. die die Gleichberechtigung zum eigenständigen Politikfeld erklären, wurden installiert (Köpl 1986, Neyer 1991, Rosenberger 1992).

Frauenpolitik bzw. aktive Frauenförderung ist in ihren Ansätzen und Wirkungen nicht gleich Mädchenpolitik bzw. aktive Mädchenförderung - abgesehen davon, daß der Begriff Mädchenpolitik kein gängiger ist. Trotzdem gilt, daß staatliche Gleichberechtigungspolitik für Frauen auch direkt für Mädchen gravierende Auswirkungen zeigt und beträchtliche Relevanz hinsichtlich mädcheneigener Lebensentwürfe und selbstbestimmter Identitäten aufweist. Dies vor allem dort, wo frauenpolitische Bestrebungen auf der Ebene der Sozialisation und (Aus)Bildung ansetzen.

Mädchen

Es zählte zum Anliegen und zur Überzeugung einiger PolitikerInnen, sozio-ökonomische Rahmenbedingungen und gesetzliche Grundlagen für ein Milieu zu schaffen, das den zukünftigen Mädchengenerationen gleiche Startchancen wie den Burschen einräumt, den Mädchen gleiche Rechte wie den Burschen gibt. Ein wesentlicher Ansatz gleichberechtigungsgleiteter Reformen war die Bildungspolitik als Politik des gleichen Zugangs und der Angleichung der Lehrpläne (Fischer-Kowalski, Seidl u.a. 1986).

Über weite Strecken war Frauenpolitik inhaltlich eine Gleichbehandlungspolitik, die über das Instrument der Gesetzesreform agierte. Legistische Novellierungen bildeten den quantitativen Schwerpunkt frauenpolitischen Engagements. Aber Gleichberechtigung/Emanzipation ist nicht nur eine Angelegenheit gleichen Rechtes oder gleichen Lohnes oder gleicher Zugangsmöglichkeiten, sondern Gleichberechtigung/Emanzipation ist auch eine Frage der Erziehung, der Vorbilder, des Hineinwachsens in eine geschlechtstypische Rolle. Gleichberechtigung/Emanzipation wird zur Grundlage für Zukunftsplanung, für Schul- und Berufswahl. Hier schließt sich der Kreis zum rollentheoretischen Ansatz, allerdings mit der wesentlichen Hinzufügung, daß, um andere Rollen und Autonomie von stereotypen und idealisierten Zuschreibungen lebbar zu machen, entsprechende gesellschaftspolitische, soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen sowie grundsätzlich individuelle Entscheidungsmöglichkeiten vorhanden sein müssen. Durch gesetzliche Bestimmungen können neue Rechte, neue Selbstverständlichkeiten geschaffen bzw. bestehende abgeändert werden. Durch spezielle Frauen-/Mädchenprojekte und -programme können Signale für eine Enthierarchisierung der Geschlechterverhältnisse gesendet werden.

Politik der Gleichbehandlung

Die heute 13jährigen Mädchen sind zu einer Zeit geboren worden und während einer Zeit aufgewachsen, als die österreichische Frauenpolitik ihre Institutionalisierung erfuhr. Im Jahr 1979 wurden auf Bundesebene zwei Frauenstaatssekretariate eingerichtet, das "Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen" im Bundeskanzleramt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

157

und das "Staatssekretariat für Angelegenheiten der berufstätigen Frauen" im Sozialministerium. Der Institutionalisierung von Frauenfragen zeitlich vorangegangen waren Reformen und Initiativen im gesetzlichen Bereich (Fristenregelung, Familienrecht etc.). Der inhaltliche Orientierungsrahmen dieser Politiken lag im Koordinatensystem von Gleichstellung und Gleichberechtigung (Lautmann 1990).

Im folgenden wird ein skizzenhafter Aufriß über jene politischen Maßnahmen gegeben, die als Gleichbehandlungspolitik bzw. als Frauenpolitik die traditionelle Frauenrolle aufweichten, die die Veränderung in der Sozialstruktur und des familiären Zusammenlebens einleiteten, die den Alltag und die Lebensentwürfe von Mädchen tangieren bzw. massiv beeinflussen. In welchen Bereichen war während dieser Ära die Gleichberechtigungspolitik angesiedelt, welche Lebensbereiche betraf sie, welche Instrumente wurden eingesetzt, kurzum, welche Akzente zur Veränderung von Rollenbild und Alltag setzte sie?

### Gleiches Recht in der Privatheit

Die Privatheit, die Familie war bis zum 1.1.1976 durch ein Gesetz aus dem 19. Jahrhundert geregelt, das in all seinen Bestimmungen vom Grundsatz "Der Mann ist das Oberhaupt" geleitet war. Naturrechtlich legitimiert, hatte die Frau bei der Heirat den Namen des Mannes anzunehmen, für sie galt die Wohnsitzfolge, das Entscheidungsrecht des Ehemannes ebenso wie die Verpflichtung zur Hausarbeit.

Familienrechtsreform 1975

Mit der Familienrechtsreform 1975 wurde das Prinzip des pater familias durch die Leitidee des partnerschaftlich organisierten Zusammenlebens abgelöst. Frau und Mann bekamen per Gesetz die gleichen Rechte und Pflichten in Hinblick auf Arbeit, auf Unterhalt und Berufstätigkeit ebenso wie bei der Erziehung der Kinder.

Neben diesem Kernstück der Familienrechtsreform aus dem Jahre 1975, das den partnerschaftlichen Grundgedanken institutionalisierte, sind unter dem Blickwinkel einer Egalisierung der Geschlechterverhältnisse in der Privatheit weitere gesetzlichen Reformen bzw. Initiativen relevant:

- Neuregelung des Namensrechtes (1976)
- Neuregelung des Kindschaftsrechtes (1978): Vater und Mutter erhalten gegenüber ihrem Kind das gleiche Recht; an die Stelle der "väterlichen Gewalt" treten die elterlichen Rechte hinsichtlich Pflege, Erziehung und gesetzlicher Vertretung
- Neuregelung des gesetzlichen Erbrechtes und des Ehestandes (1978)
- Gesetz über die Pflegefreistellung (1978)
- Reform der Ehescheidungsgesetze (1978)
- Novellierungen des Sozialversicherungsrechtes.

### Bildung und Ausbildung

Soziale Chancengleichheit, die für Mädchen eine aufholende Entwicklung einleitete, gehörte zum Reformprogramm der 70er Jahre. Auf dem Bildungssektor profitierten von dieser Politik nicht nur die sozial besonders benachteiligten Gruppen, sondern die Mittel- und Oberschicht, und hier vor allem die Mädchen. Mädchen holten, außer in den technischen Schulen, in allen Ausbildungsgängen nicht nur auf, sie machen inzwischen mehr als 50 Prozent der SchülerInnen aus (Fischer-Kowalski, Seidl u.a. 1986).

Zugang zu weiterführenden Schulen

Neben der Frage des Zugangs zu weiterführenden Schulen ist Gleichberechtigung auch eine Frage der Unterrichtsinhalte und -gestaltung. Manche Fächer sind per se dazu angelegt, Frauen- und Männerrollen zu festigen und zu reproduzieren - wie

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

158

Werkerziehung versus Handarbeiten und Hauswirtschaftslehre. Die parteipolitische Auseinandersetzung um die Einführung des koedukativen Werkunterrichts für alle 10 bis 14jährigen ist nach wie vor nicht beigelegt, die 6 bis 10jährigen erhalten in der Volksschule gemeinsamen technischen und textilen Werkunterricht.

### Berufsarbeit

Berufsarbeit ist ein zentraler Pfeiler der Gleichberechtigungsidee und -konzeption, sie bedeutet Integration in einen Teil der öffentlichen Sphäre und ermöglicht materielle Unabhängigkeit.

Berufsarbeit war und ist geschlechtsspezifisch organisiert und entlohnt. Die Struktur der Erwerbsarbeit ebenso wie die Einkommensdifferenzen belegen die gesellschaftliche Geringschätzung weiblicher Arbeit und des weiblichen Arbeitsvermögens. Folgerichtig setzte die Frauenpolitik bei dieser Diskriminierungspraxis, bei der Berufstrennung der Mädchen und bei Frauenlöhnen (bescheidene) Akzente. Mehr als Akzente waren es rückblickend nicht, dies u.a., weil gerade Erwerbsarbeit durch die Gremien der österreichischen Sozialpartnerschaft geregelt wird. Die Sozialpartnerschaft ist ein Entscheidungszentrum, in dem die institutionalisierte Frauenpolitik weder personell noch institutionell präsent ist.

Geschlechtsspezifisch eingeeengte Berufswahl

Trotzdem ist zu konstatieren, daß während der letzten Jahre die Berufsausbildung zu einem wesentlichen Bestandteil der Lebensplanung von Mädchen geworden ist, daß aber gleichzeitig die eingeeengte Berufswahl sowie das Wissen um die Mehrfachbelastung, um das Sowohl-als-auch, Realität geblieben ist.

Die erwerbsorientierte Gleichberechtigungspolitik schuf Einrichtungen, setzte Unterstützungen, initiierte Projekte und erließ gesetzliche Bestimmungen. Bewußtseinsarbeit und individuelle Unterstützung für berufstätige Frauen und Mädchen:

Reformprojekte

Z.B.: Die Aktion "Töchter können mehr - Berufsplanung ist Lebensplanung" war eine Informationskampagne, die im Jahre 1984 auf Initiative von Staatssekretärin Dohnal gestartet worden war und die Notwendigkeit der Berufsorientierung für Mädchen verdeutlichen sollte.

Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber der beruflichen Diskriminierung der Frauen:

Das 1979 eingerichtete "Staatssekretariat für Belange der berufstätigen Frauen" war ein Signal dafür, die Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben ins öffentliche Gewissen zu rücken. "Kontaktstellen" für Frauen bei Landesarbeitsämtern sowie bei Dienststellen des Bundes erfüllen mangels konkreter Entscheidungskompetenzen ebenfalls primär eine Sensibilisierungsfunktion.

Maßnahmen zur Gleichberechtigung/Chancengleichheit in der Einstellung, Aus- und Weiterbildung sowie in der Entlohnung:

Z.B.: die Empfehlung zur Abfassung geschlechtsneutraler Stellenausschreibungen via Erlaß des Bundeskanzleramtes aus dem Jahr 1980. Dieser Erlaß sieht vor, daß Bundesdienststellen Ausschreibungen so zu formulieren haben, daß Frauen und Männer sich gleichermaßen zur Bewerbung veranlaßt fühlen.

Das Gleichbehandlungsgesetz (Gesetz zur Gleichbehandlung von Mann und Frau bei Festsetzung des Entgelts), verabschiedet 1979, reformiert 1985, hatte wenig Effizienz zeigte aber Signalcharakter.

Korrekturen segmentierter Arbeitsmärkte:

Z.B.: das Projekt "Mädchen in Männerberufe" sowie das "Sonderprogramm zur Erzielung eines höheren Frauenanteils in Lehrberufen mit geringem Frauenanteil". Das erste Projekt basierte auf einer Initiative der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien, die spezielle Ausbildungsgänge für Mädchen in technischen Berufen unter-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

159

stützte. Das zweite Projekt setzte flankierende Maßnahmen (Subventionen), die die Betriebe zur Aufnahme von Mädchen in männlich dominierten Lehrberufen bewegen sollten.

### Resümee

Die gleichberechtigungsorientierte Politik zur Veränderung der Organisation der Geschlechterverhältnisse greift nicht uneingeschränkt. Sie steht im Widerstreit mit Einwirkungen aus anderen gesellschaftlichen Subbereichen - wie Freizeitangeboten, Moden und Medien. Weibchenhafte Weiblichkeit, die anderen gefallen will, anstatt frauenzentriert und selbstbestimmt ausgerichtet zu sein, steht nach wie vor als Identifikationsmuster zur Disposition.

Alte Gewohnheiten - neue Defizite

Aber nicht nur das Begehren einer patriarchalen versus einer gleichberechtigungsorientierten Weiblichkeit steht auf dem Prüfstand, sondern auch die Defizite in Hinblick auf öffentliche Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der jetzt 14jährigen Mädchengeneration fehlen dafür noch die gelebten Vorbilder bzw. institutionellen Leitbilder.

In gesetzlicher Hinsicht sind alternative Modelle (z.B. Lebensgemeinschaften) der Institution der Ehe zunehmend gleichgestellt. Die Umsetzung obliegt den jetzigen Generationen. Die gesellschaftspolitischen Begrenzungen des Mädchen-Seins sind erweitert worden, die Chancen zur Überwindung traditioneller Lebensformen sind gestiegen. Alte Gewohnheiten wie Zuschreibung und Zuweisung von frauentypischen Arbeiten (Hausarbeit) sind noch nicht beseitigt, die Quotierung der Hausarbeit blieb lediglich provokante Forderung einiger weniger Frauenforscherinnen und -politikerinnen.

### Tiroler Mädchen - Alltag und Zukunftsentwurf

#### Methodische Vorbemerkungen

Zunächst zu den Auswahlkriterien der Gesprächspartnerinnen: Die zentrale Differenzierung war die zwischen Töchtern "feministischer Mütter", wobei entscheidend für diese Kategorisierung war, daß die Erziehung durch die Mütter bzw. die Eltern bewußt an Gleichberechtigung und Eigenständigkeit orientiert ist (Stichwort: "frauenbewegte" Mütter), und Töchtern aus "ganz normalen" Familien, die, soweit nach außen erkennbar, traditionell erzogen werden.

Auswahl der Gesprächspartnerinnen

Eine weitere wesentliche Differenzierung war die nach Mädchen aus der Landeshauptstadt Innsbruck und Mädchen, die in einem ländlich-dörflichen Umfeld leben. Neustift ist ein Fremdenverkehrsort im Stubaital, etwa 20 Kilometer südwestlich von Innsbruck, mit 4000 Einwohnern.

Darüber hinaus bezogen wir verschiedene Schultypen ein, in erster Linie Hauptschulen und Gymnasien. Daraus ergab sich, daß Mädchen aus der achten und neunten Schulstufe befragt wurden.

Insgesamt wurden 20 Mädchen, in fünf Gruppen kategorisiert, interviewt: Hauptschülerinnen bzw. Gymnasiastinnen aus Innsbruck, Hauptschülerinnen aus Neustift im Stubaital, Schülerinnen, die aus Neustift kommend in Höhere Schulen Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe und HTL) nach Innsbruck pendelten, und Töchter von

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

160

"feministischen Müttern".

Die Einzelinterviews wurden im November und Dezember 1992, eines im Jänner 1993 entlang eines Leitfadens durchgeführt. Um ähnliche äußere Bedingungen herzustellen, fand der Großteil der Gespräche in den Klassenzimmern statt. Das war ein den Mädchen bekannter Ort, an dem sie also nichts (oder aber jeweils das gleiche) ablenkte. Die Interviews mit den "feministischen" Töchtern wurden, weil privat angebahnt, an privaten Orten durchgeführt.

Die Mädchen waren zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 13 und 15 Jahre alt: sieben waren 13, neun 14 und vier 15. Sie leben alle im Familienverband (also nicht alleine oder in Wohngemeinschaften), nur eine wohnt in einer teilweise abgetrennten Wohneinheit im Haus der Eltern. Zwei Mädchen sind Einzelkinder, die anderen haben ein bis drei Geschwister, die zum Teil schon älter und von zuhause ausgezogen sind. Ein Mädchen hat elf ältere Geschwister.

Lebensumstände  
der Gesprächs-  
partnerinnen

Fünf Mütter sind vom Vater der Mädchen geschieden. Zwei der Mädchen leben nach der Scheidung beim Vater (der in einem Fall wieder geheiratet hat), haben aber regelmäßige Kontakte zur Mutter. Von den drei bei der Mutter lebenden Mädchen haben zwei einen Stiefvater; eine kennt ihren leiblichen Vater nicht, die andere trifft ihn sporadisch. Die dritte, deren Mutter alleine lebt, hat zu ihrem Vater keine Beziehung. In unserem Sample leben also 18 Mädchen in einer vollständigen Kernfamilie und je eines bei ihrer alleinerziehenden Mutter/ihrem alleinerziehenden Vater.

Dreizehn Mädchen (alle Neustifterinnen und fünf Innsbruckerinnen) gaben an, daß ihre Mütter Hausfrauen wären. Erst durch Nachfragen stellte sich heraus, daß sechs dieser Frauen sehr wohl erwerbstätig sind: Drei helfen im Betrieb ihres Mannes aus und drei vermieten während der Saison Gästezimmer.

Diese Einschätzung deckt sich mit anderen Untersuchungen, denen zufolge Mütter von ihren Töchtern vor allem in der Rolle der Hausfrau wahrgenommen werden (Burger und Seidenspinner 1988, S.31) - es ist das Hausfrauen-Dasein, das von Frauen erwartet wird und worauf sie reduziert werden. Wenn in der Folge in dieser Untersuchung zwischen berufstätigen und nicht-berufstätigen Müttern unterschieden wird, werden diese Frauen trotzdem unter die Kategorie der nicht-berufstätigen Mütter subsumiert, da sie nicht regelmäßig und nur in einem relativ geringen zeitlichen Ausmaß berufsarbeiten, und das heißt, daß sie für ihre Töchter stärker "verfügbar" sind als Frauen in einem regulären Beschäftigungsverhältnis.

Sieben Mütter (alle Innsbruckerinnen) sind berufstätig (vier selbständig bzw. freiberuflich, drei als Angestellte); fünf arbeiten ganztags, zwei sind teilzeitbeschäftigt. Zwei sind Akademikerinnen. Alle vier "feministischen" Mütter sind berufstätig. Die Väter sind alle berufstätig, acht sind selbständig bzw. freiberuflich und zwölf sind Facharbeiter, Angestellte bzw. Beamte. Fünf Väter haben einen akademischen Grad.

Die zentralen Interviewfragen betrafen die jetzige Familiensituation, das Freizeitverhalten und die Zukunftsplanung in Hinblick auf Lebensformen und insbesondere auf die Vereinbarkeit von Berufsarbeit und Familie.

Im Zusammenhang mit der Familiensituation fragten wir nach den Familienmitgliedern, nach sozialstatistischen Daten, nach der Arbeitsteilung, nach den Bezugspersonen/AnsprechpartnerInnen und Vorbildern. Bei der Freizeitgestaltung interessierte uns, was als Freizeit empfunden, wie und mit wem sie verbracht wird; welche "öffentlichen Orte" es für Mädchen gibt; die Rolle der "besten Freundin" und die Kontakte der Mädchen mit Buben.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

161

Die Fragen nach der Zukunftsgestaltung betrafen die Einstellung zu Familie bzw. Beruf, die Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aktuelle und frühere Berufswünsche, Berufsplanung (mit wem Berufswünsche besprochen und woher Informationen über Ausbildung und Berufsalltag bezogen werden).

Abschließend fragten wir nach dem Wissen über und Assoziationen zu den Begriffen "nichttraditionelle Frauenberufe", "Feministin" und "Emanze", sowie nach ihrem Frauenbild, nach ihrer Vorstellung von Weiblichkeit. Diese Antworten gelten als möglicher Indikator für das "feministische Bewußtsein" der Mädchen. Stehen traditionelle geschlechtsspezifische Vorstellungen für diese Mädchengeneration immer noch in Geltung oder sind sie schon im Begriff aufzubrechen? Bestehen diesbezüglich Unterschiede zwischen "feministischen" und "traditionellen" Herkunftsverhältnissen?

### Lebensrealität und Zukunftsentwurf

Ausgehend von der Tatsache, daß die Primärsozialisation die Lebensentwürfe der Mädchen stark beeinflußt, soll hier aufgezeigt werden, inwieweit Erfahrungen aus dem Alltag der Herkunftsfamilie ihre eigenen Zukunftsvorstellungen prägen, und inwieweit dadurch bestehende gesellschaftliche Verhältnisse perpetuiert werden.

#### Hausarbeit

In den Herkunftsfamilien sind durchgängig die Mütter alleine für den Haushalt zuständig - egal, ob sie berufstätig sind oder nicht. Die Väter übernehmen bestenfalls "typische" Männerarbeiten wie Reparaturen im Haus oder Gartenarbeit. Die Töchter werden im Falle der Berufstätigkeit der Mütter etwas mehr zur Mithilfe angehalten als die Töchter der Nur-Hausfrauen, die Söhne sind von der Hausarbeit gänzlich freigestellt.

Die Tochter fällt nicht weit vom Stamm

Die Mädchen finden es beinahe selbstverständlich, daß Hausarbeit Frauenarbeit ist, und einige unterstellen, daß ihre Mütter diese Arbeit sogar gerne leisten. Sie opponieren nicht gegen ihr Mithelfen-Müssen, haben sogar manchmal ein schlechtes Gewissen, wenn sie die Mutter nicht unterstützen, und es erscheint ihnen richtig, daß ihre Brüder nicht zur Arbeit eingeteilt werden. Als Erklärung für dieses Mißverhältnis reproduzieren sie die Begründungen ihrer Mütter: Die Brüder müssen sich ausruhen oder sind noch zu klein zum Mithelfen. Die gesellschaftlichen Arbeitszuschreibungen, mit denen die Generation der Mütter aufgewachsen ist, werden - so der vorläufige Befund zur Hausarbeit - von den Töchtern bruchlos übernommen.

Nur in den Familien der "feministischen" Töchter ist Hausarbeit anders organisiert: Wenn auch hier die Mütter in erster Linie für den Haushalt zuständig sind, so werden doch alle Familienmitglieder zur Mithilfe herangezogen, die Aufgabenbereiche werden aufgeteilt - ein Schritt in Richtung familiärer Partnerschaft.

Die Hausarbeit der eigenen Mutter wird von den Mädchen als ein nicht zu hinterfragender genuin weiblicher Aufgabenbereich bzw. als "Liebesdienst" an der Familie gesehen. Andererseits gilt den Mädchen die Hausfrauentätigkeit an sich als Arbeit, Hausarbeit hat also in dieser Generation eine - realistische - Aufwertung erlebt. Die Mädchen erkennen aber die Schattenseiten eines "Nur-Hausfrauen-Daseins": hohe Arbeitsbelastung, Abhängigkeit und soziale Isolierung.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

162

### Ehe und Familie

Die Frage nach den Zukunftsplänen, insbesondere nach der Verbindung von Beruf und Familie, ist für die 13- bis 15jährigen zeitlich noch nicht aktuell, ihre Aussagen waren daher spekulativ. Isoliert auf die Berufsarbeit angesprochen, sind die Mädchen deutlich berufsorientiert. Aber ihr gleichzeitiger Wunsch, Beruf und Familie harmonisch miteinander zu vereinbaren, zeigt ein mangelndes Problembewußtsein über die Widersprüchlichkeit der beiden Zukunftspläne. Die persönlichen berufsbezogenen Zukunftserwartungen geraten subjektiv noch nicht in Konflikt mit der emotionalen Wichtigkeit ihrer Herkunftsfamilie. Sie wollen die familiären Erfahrungen ihres Kinderlebens in die Erwachsenenwelt hinüberretten.

Modell Ehe/Familie intakt

Der Familien- und Berufsplanung fehlt der Realitätsbezug. Die Fragen nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind den Mädchen als Problem noch nicht geläufig. Sie sprechen zwar mit Freundinnen über Berufswünsche und - wenn auch weniger - über ihre Vorstellungen von Familie, es sind aber eher Träume als präzise Vorstellungen.

Für die Mädchen ist Ehe/Familie als Modell noch intakt; Ehe/Familie ist die Form des Zusammenlebens, die sie sich jetzt wünschen. Alternativen wie "alleinlebend" oder "alleinerziehend" liegen im Moment nicht in ihrem Vorstellungsbereich. Es ist allerdings zu bedenken, daß für diese Mädchengeneration Ehe und Familie etwas anderes bedeuten können als noch für die ihrer Eltern - die Familienrechtsreform hat diese Institutionen verändert.

Fast alle Mädchen wollen heiraten, aber "erst später", mit 30 oder 35 Jahren. Ausnahmen bildeten drei der "feministischen" Töchter, von denen zwei sicher nicht und eine nur vielleicht vorhat zu heiraten. Ihr distanzierteres Verhältnis zur Institution Ehe hängt vermutlich mit den Scheidungserlebnissen in ihrer Familie zusammen (bei den vier Mädchen sind drei Mütter geschieden, bei den übrigen 16 haben sich nur zwei Elternpaare getrennt). Sie stehen daher der Ehe als lebenslanger Partnerschaft mit weniger Illusionen gegenüber. Aber auch für sie gilt, daß die Gegenwartserfahrungen die Zukunftsvorstellungen prägen - Rebellion gegen das Bestehende ist nicht auszumachen.

### Kinderwunsch

Fast alle Mädchen wünschen sich Kinder, die meisten zwei oder drei. Lediglich zwei können sich ein Leben ohne Kinder zumindest vorstellen und zwei weitere würden für einen "tollen" Beruf auf Kinder verzichten. Hinsichtlich ihres Kinderwunsches bestehen zwischen den Mädchen aus "klassischen" und aus "feministischen" Herkunftsfamilien keine Unterschiede.

Kinder sind "psycho"-logisch

Für Mädchen ist der Wunsch nach einem Kind, jedoch nicht der nach einem Ehemann/Partner zentral. Die Bedeutung des Mannes erschöpft sich in seiner Vaterrolle und steht im Gegensatz zu einem partnerschaftlichen Verständnis von Beziehung. Den Stellenwert des "Mutterns" für Frauen erklärt die Psychoanalytikerin Chodorow mit Beziehungskonstellationen: die präödpale Mutter-Kind-Beziehung und das ödipale Dreieck, das durch den Vater ergänzt wird (Chodorow 1985, S.259). Frauen "vervollständigen" ihre Beziehung zum Mann durch eine dritte Person, ein Kind, weil ihre eigene psychische Struktur im Beziehungsdreieck entstanden ist. Dazu kommt, daß die Frau durch ihr Kind die symbiotische Mutter-Kind-Beziehung ihrer eigenen Kindheit wiederherzustellen versucht, weil sie diese Intimität als beglückend empfunden hat, diese in der Beziehung zu einem Mann üblicherweise aber nicht wiederherstellen kann. Es erscheint für eine Frau "psychologisch logisch, ihre Ehe in eine Familie zu

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

163

verwandeln und sich mit diesen Kindern (oder dem Kind) mehr zu beschäftigen als ihr Mann" (ebd., S.260f.) - manchmal sogar: als mit ihrem Mann.

Dieser psychoanalytische Befund könnte auch die Familienorientierung der von uns interviewten Mädchen erklären. Die Reproduktion von Mütterlichkeit beginnt in der ersten Phase der kindlichen Entwicklung, der weibliche Wunsch nach einem Kind entsteht schon in der eigenen Kindheit (etwa auch durch das Spielen mit Puppen als Einüben in die Mutterrolle). In diesem *circulus vitiosus perpetuus* und reproduziert die soziale Mütterlichkeit der Frauen die geschlechtsspezifische familiäre Arbeitsteilung (ebd., S.269). Gleichzeitig ziehen Mütter Söhne groß, deren weibliche/mütterliche Fähigkeiten und Bedürfnisse unterdrückt werden, und die damit auf ihre "männliche" Rolle in der Gesellschaft, nämlich auf die außerfamiliäre Welt, auf die Welt der entlohnten Arbeit vorbereitet werden. Die Fortschreibung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der weiblichen Haus- und Familienarbeit und der männlichen Erwerbsorientierung, wird - so Chodorow - damit jeder Generation schon in die Wiege gelegt. Dieser Zirkel kann nur durchbrochen werden, wenn auch die Väter "muttern", wenn beide Elternteile für die Kinder gleich präsent sind.

Chodorows Ansatz ist generalisierend und unterstellt ein traditionelles Familienmodell. Tatsächlich aber hat sich die Beziehung der Väter zu ihren Kindern verändert, sie ist intensiver geworden. Zudem ist das von Chodorow zugrundegelegte Vater-Mutter-Kind(er)-Familienmodell seit Jahrzehnten in Erosion begriffen, angesichts der hohen Zahl von alleinerziehenden Müttern zeigt ihr Ansatz Erklärungsschwächen.

Im übrigen ist, wie jedes psychoanalytische Modell, auch das von Chodorow von einer Zwangsläufigkeit, der individuell nicht zu entrinnen ist. Sie läßt außer acht, daß Identifikation und Abgrenzung der Tochter gegenüber der Mutter sich verschieden entwickeln können. Untersuchungen von Burger und Seidenspinner (1988) belegen die Bedeutung der Berufs- bzw. Familienrolle der Mutter für die Identitätsentwicklung der Tochter. Die beiden Sozialwissenschaftlerinnen unterscheiden drei Typen von Mädchen: a) die Mutter wird zum Vorbild, b) die Mutter provoziert Abgrenzung, c) gegenüber der Mutter wird eine ambivalente Haltung eingenommen. Für Mädchen, die ihre aktive und aufgeschlossene Mutter zum Vorbild haben, kommt Beruf und Familie gleiche Wichtigkeit zu. Mädchen grenzen sich gegen die Mutter ab, wenn sie diese als ängstlich, einsam und wenig durchsetzungsfähig erleben - die Töchter wollen dem Schicksal der Mütter entgehen. Die einen setzen dabei auf die Berufsrolle, die anderen ausschließlich auf die Familienrolle. Das Verhältnis zur Mutter ist ambivalent, wenn Töchter zwar ihre hausfraulichen Fähigkeiten und Leistungen schätzen, aber nicht wie diese nur für Haushalt und Familie dasein wollen. Sie versuchen, aus der Familie auszubrechen, sie haben aber keine Vorbilder, an denen sie sich orientieren können (Burger und Seidenspinner 1988, S.45-54).

Mütter: Vorbild und  
Abgrenzung

Auch bei unseren Interviewpartnerinnen fanden wir Beispiele für "Vorbild" und "Abgrenzung". Drei der "feministischen" Töchter beschrieben ihre Mütter, die in qualifizierten Berufen erwerbstätig sind, als offen und kontaktfreudig, als sozial kompetent; sie haben zu ihnen eine sehr gute Beziehung. Gerade diese Mädchen stellen sich selbst vor, Familie und Berufsarbeit zu verbinden. Eine Innsbruckerin hingegen, die sich von der Mutter stark abgrenzt, weil diese sich in ihren Augen für die Familie "aufgegeben" hat, betonte für sich die Wichtigkeit des Berufes. Sie steht mit dem Wunsch nach einem "Stück eigenen Lebens" alleine - die übrigen Mädchen neigen eher zu einem "Dasein für andere" (Beck-Gernsheim 1984, S.32) bzw. thematisieren den Konflikt zwischen diesen beiden Lebensentwürfen nicht.

Der familienzentrierte Lebensentwurf bedingt in der spätkapitalistischen Produktions- und Erwerbsarbeitsgesellschaft eine Außenseiterinnenrolle für Frauen: Die Arbeit in Haushalt und Familie vermittelt keinen eigenständigen sozialen Status, die Frau

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

164

verfügt über kein eigenes Einkommen und über keine eigenständige soziale Absicherung. Ihr Prestige und ihre soziale Sicherheit sind vom Ehemann abhängig. Zentrale gesellschaftliche Werte wie Autonomie, Individualität, Unabhängigkeit spielen keine Rolle. Daher müssen von/für Frauen komplementäre Werte hochgehalten werden: Mütterlichkeit, Bescheidenheit, Opferbereitschaft - die Leitbilder der Müttergeneration (vgl. Geissler und Oechsle 1990, S.10-12).

### Berufsarbeit

Bis zum Kinderkriegen scheint die Berufstätigkeit erstrebenswert, etwas, worauf sich die Mädchen freuen, dem sie viel Positives (vom eigenen Geld bis hin zu sozialen Kontakten) abgewinnen können. Trotzdem dominiert die Vorstellung, dem Kinderwunsch zuliebe die Berufsausübung einzuschränken oder sogar ganz aufzugeben.

Fast alle Mädchen vertrauen auf ein - teilweise modifiziertes - Drei-Phasen-Modell aus den 50er Jahren. Sie halten den beruflichen Wiedereinstieg für realistisch. Zwei Mädchen (beide Töchter von Hausfrauen) wollen wegen der Verantwortung ihren Kindern gegenüber ständig zuhause bleiben.

### Drei-Phasen-Modell

Die wichtigsten Motive für die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit sind die Einschätzung der Nur-Hausarbeit als unbefriedigend und das Bedürfnis, die Ausbildung auch sinnvoll zu nützen. Ein realistischer Beweggrund wurde von den Mädchen fast übersehen: die ökonomische Notwendigkeit, sei es, weil der Ehemann die Familie alleine nicht bzw. nur auf einem niedrigen Lebensstandard erhalten kann; sei es, weil sie alleinerziehend sind. Es ist für die Mädchen nicht selbstverständlich, ihren eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren, das "Versorgungsmodell" Ehemann steckt in ihren Köpfen. Ihrem Denken fehlt in dieser Hinsicht die Eigenverantwortlichkeit.

Seit dem Ende der 60er Jahre haben sich die jeweiligen Lebensentwürfe verändert: Mädchen sehen sich nicht mehr nur in der Rolle der ökonomisch abhängigen Gattin, Hausfrau und Mutter, sondern sie haben Interesse an einer qualifizierten Ausbildung und an einem Beruf, der sie ausfüllt. Trotzdem bleibt die Zielperspektive das Drei-Phasen-Modell (berufsarbeiten - Kinder aufziehen - berufsarbeiten). Sie nehmen die dieser Vorstellung immanente Diskrepanz nicht wahr und laufen gerade deshalb Gefahr, in die Rolle der ökonomisch abhängigen Gattin, Hausfrau und Mutter zu geraten.

### Das (eigene) Geld

Benard und Schlaffer (1988) kontrastieren die "weibliche" Beziehung zu Geld mit einer "männlichen". Männer verbinden mit Geld in erster Linie Selbständigkeit, aber auch den Druck, sich und andere finanziell zu versorgen. Frauen sind stärker in Beziehungskonstruktionen involviert, für sie bedeutet eigenes Geld die Möglichkeit des Ausbruchs aus gesellschaftlichen Rollenzuweisungen.

Dieser Zusammenhang trifft auf die von uns befragten Mädchen noch nicht zu. Selbst Geld zu verdienen ist ihnen wichtig, weil es sie autonom macht. Es ermöglicht ihnen, von zu Hause auszuziehen, das Ausgehen oder auch Reisen zu finanzieren. Das eigene Geld macht mobil, ist Voraussetzung für die Loslösung von den Eltern (vgl. Beck-Gernsheim 1984, S.47). Geld ist in der Leistungsgesellschaft weiters ein Indikator für den Wert der erbrachten Arbeit.

### Geld macht autonom

Trotz dieser Vorzüge wollen sich "unsere" Mädchen, wenn sie einmal verheiratet sind, über das eigene Geld aber nicht mehr in erster Linie Unabhängigkeit verschaffen,

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

165

sondern ihre Nebenerwerbstätigkeit soll die Haushaltskasse "auffetten". Ob sie mit dieser Selbstbeschränkung dem befürchteten "Liebesentzug", mit dem klischeehaft die gut verdienende Ehefrau bestraft wird, zuvorkommen wollen oder sich nur auf den männlichen "Ernährer" verlassen, sei dahingestellt.

### Hausfrau und Berufsfrau

Die meisten Mädchen beabsichtigen, ihre Berufstätigkeit bis zu einem bestimmten Alter der Kinder zu unterbrechen: Die Spanne reicht dabei von drei bis zu 15 Jahren. Während die Kinder in der Schule sind, wollen die Mädchen wieder halbtags berufstätig sein oder - ein typisch weibliches Muster der Erwerbstätigkeit - als Krankenschwester im Nachtdienst bzw. als Schneiderin in Heimarbeit arbeiten. Daß der berufliche Wiedereinstieg realitätsfern ist, wurde von keinem der Mädchen angesprochen, das scheint weder in der eigenen Familie noch im Unterricht ein Thema zu sein. Die Mädchen erinnern sich bei der Einschätzung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf an eigene Annehmlichkeiten. Sie geben an, daß ihre Mutter immer für sie da war und sie deshalb eine unbeschwertere Kindheit hatten.

Vereinbarkeit von  
Familie und Beruf

Wenn auch die Familie bzw. Kinder der Berufsausübung vorgehen, so wollen die Mädchen nach der sogenannten Familienphase doch fast alle wieder berufsarbeiten. Das ist ein Befund, der sich deutlich von den Ergebnissen einer Vorarlberger Studie unterscheidet (Angerer 1990), bei der 13jährige Hauptschülerinnen nach ihren Lebensentwürfen gefragt wurden. Diese planten durchgängig, nur kurz zu arbeiten, zu heiraten, Kinder zu bekommen und den Rest ihres Lebens als Mutter und später als Großmutter zu verbringen (ebd., S.90).

### Geteilte Elternschaft und geteilte Hausarbeit

Geteilte Elternschaft, zum Beispiel durch den Karenzurlaub für Väter möglich gemacht, ist kaum bekannt. Nur eine "feministische" Tochter zog in Erwägung, daß sie und ihr Partner zunächst geteilten Karenzurlaub beanspruchen, dann beide halbtätig berufstätig sein und sich so Haushalt und Kinderpflege gleichmäßig aufteilen könnten. Einige Mädchen konnten sich allerdings, als wir insistierten, doch vorstellen, daß nicht sie zuhause bleiben, sondern der Mann seinen Beruf vorübergehend aufgibt und sich um die Kinder kümmert.

Es hat sich wenig  
geändert

Die meisten Mädchen wollen bzw. rechnen damit, daß sie trotz Berufstätigkeit die Hausarbeit größtenteils alleine werden leisten müssen. Einige vertraten die Ansicht, daß Hausarbeit Frauensache wäre, daß sie für den Haushalt "genügend Zeit" haben würden, daß Frauen bei der Hausarbeit geschickter wären als Männer und daß der Mann, der von der Arbeit heimkomme, müde wäre. Andere erwarten zwar die Mithilfe des Mannes (und teilweise auch der Kinder), würden sich bei Verweigerung aber auf "keine Streitereien" einlassen. Ein Mädchen antwortete ohne Zögern, daß bei ihr eine Putzfrau den Haushalt machen werde. Eine "feministische" Tochter betonte, daß ihr die Unterstützung des Mannes wichtig wäre, und ein Mädchen, die sich auf die Ausübung ihres "Traumberufes" freut, drehte die Rollen einfach um. Ihr war klar, daß sie ihren Beruf auf jeden Fall ausüben will und ihr Mann Hausmann sein muß.

Sowohl bei der geteilten Elternschaft als auch bei der geteilten Hausarbeit werden die Zukunftsvorstellungen davon bestimmt, was derzeit zuhause erlebt wird. Die Forderung der Frauenbewegung nach einer partnerschaftlichen Teilung hat keinen Bezug zu ihrem Alltagsleben, sie wird daher noch nicht in ihre Lebensentwürfe integriert. Andere Sozialisationsinstanzen - Medien, peer groups, Schule - scheinen nicht zu greifen oder aber sie vermitteln ähnliches.

Primäre Sozialisation  
maßgebend

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

166

Die Ausnahme bilden die Mädchen, deren "feministische" Mütter die Arbeitsteilung in der Familie selbst einfordern, oder deren Berufsorientierung wesentlich stärker ausgeprägt ist. Die Aussagen in diesem Zusammenhang sind Indikatoren für die Relevanz der primären Sozialisation.

### Schulwahl

Auffallend - im Gegensatz zur Konformität in Zusammenhang mit der Familienorientierung - ist die große Selbständigkeit bei der Ausbildung. Zwölf unserer Gesprächspartnerinnen gaben an, sie hätten die Wahl des Schultyps selbst getroffen. Auch die Entscheidung, ob sie maturieren wollen, liegt größtenteils bei ihnen - die Eltern fordern lediglich "eine ordentliche Ausbildung".

Große Selbständigkeit

Eine bundesdeutsche Untersuchung über die Veränderung der Vater-Tochter-Beziehung 1960/1980 zeigt ähnliche Tendenzen: Die Einflußnahme der Väter auf die Schul- und Berufsausbildung ist generell zurückgegangen, die Entscheidung wird immer mehr den Töchtern überlassen. Am Generationenvergleich wird deutlich, daß bei den um 1940 geborenen Töchtern Schul- und Berufswahl stets ein Konfliktpunkt war, bei der 1960er Generation nur als Ausnahme - ein Effekt dessen, daß eine weiterführende Schulbildung für Mädchen nichts Außergewöhnliches mehr darstellt (Grimm 1989, S.197-199).

Bei unseren Gesprächspartnerinnen zeigt sich noch eine andere neuere Entwicklung: Den Mädchen wird von den Eltern eine weiterführende Schulbildung nicht nur ermöglicht, sondern sie werden dazu angehalten. Die Zeiten, da für Mädchen der Schulbesuch Luxus war, weil ihre Lebensperspektive sich in Heirat und Kindern erschöpfte, sind vorüber - ein Resultat der Bildungspolitik der 70er Jahre (vgl. Fischer-Kowalski/Seidl u.a. 1988). Dieser Trend gilt jedoch nur bis zur Matura. "Unsere" Mädchen streben zwar die Reifeprüfung an, aber kaum einen Hochschulabschluß. Auch von den fünf Mädchen, deren Eltern bzw. Väter einen akademischen Grad haben, möchte nur eines studieren. Pointiert gesagt, haben die Mädchen zwar Berufs-, aber keine Karrierepläne. Sie richten sich bei der Berufswahl auf Hausfrauenarbeit ein, sie orientieren sich mehr an ihrer zukünftigen Hausfrauenrolle als an der konkreten Vereinbarkeit von Beruf und Familie bzw. der partnerschaftlichen Teilung von Hausarbeit/Familienarbeit.

Trend zu weiterführender Schulbildung

Die Entscheidung für eine allgemeinbildende höhere Schule bzw. für eine berufsbildende mittlere/höhere Schule hängt immer noch stark von der Schichtzugehörigkeit der Eltern ab. Gymnasien besuchen die Töchter aus den Akademikerfamilien und die eines Lehrers bzw. eines Facharbeiters. Alle anderen Mädchen besuchen eine BMS oder BHS bzw. haben das nach ihrem Hauptschulabschluß vor. Die geringste Bildungsqualifikation strebt die einzige Bauerntochter an: Sie will mit der einjährigen "Ferrarischule" ihre Ausbildung abschließen.

Unsere Arbeitshypothese, daß vor allem die Mütter die Bildungsambitionen ihrer Töchter fördern, um ihnen mehr berufliche Möglichkeiten zu eröffnen, bestätigte sich nicht. Die Rolle der Mütter zeichnet sich dadurch aus, daß sie ihre Töchter bei der Durchsetzung ihrer Berufswünsche dem Vater gegenüber unterstützen.

Von den vier Neustifter Mädchen, die nach Innsbruck pendeln, besuchen drei eine Lehranstalt für Wirtschaftliche Berufe und eine die HTL. Die Entscheidung für die Haushaltungsschule begründeten sie mit ihrem zukünftigen Wunsch-Beruf (etwa als Rezeptionistin oder Reisebüroangestellte), bei dem ihnen die dort erworbenen Fähigkeiten (Kaufmännisches Rechnen und Stenotypie) nützen würden. Keines der Mädchen thematisierte Unterrichtsgegenstände wie Kochen, die der Vorbereitung auf die

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

167

Hausfrauenrolle dienen sollen. Auch eine der "feministischen" Töchter besucht die HBLA, auch sie als Berufsausbildung.

Obwohl Mitte der 80er Jahre in "Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe" (statt: "Frauenberufe") umbenannt, bilden Schulen dieses Typs fast immer noch ausschließlich Frauen aus. Teilweise korrespondiert auch das Unterrichtsziel mit einem Erlaß aus der Josefinischen Ära für die Mädchenausbildung "aus den Schülerinnen mit der Zeit gute Ehegattinnen, sorgfältige Hausfrauen, liebevolle Mütter, und da der Unterricht meist armen Mägden zu Gute kommen soll, treue, willige und brauchbare Dienstboten zu ziehen" (zit. nach Fischer-Kowalski u.a. 1986, S.20).

Neues Verständnis "wirtschaftliche Frauenberufe"

Unsere Annahme ging dahin, daß vor allem Mädchen vom Land die "Ferrarischule" besuchen, weil für ihre traditionelleren Rollenbildern verpflichteten Eltern dieser Schultyp die "richtige" Schule für ihre Tochter ist. Unsere zweite Hypothese lautete, daß Mädchen sich selbst für diese Schule entscheiden, um die der Familienrolle und der Berufsrolle immanente Widersprüchlichkeit aufzulösen. Sie lernen - überspitzt formuliert - ja nicht nur kochen, sondern auch rechnen, d.h. sie wären für mehrere Eventualitäten vorbereitet. Die zweite Arbeitshypothese konnte durch die Interviews bestätigt werden. Die Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe beziehen ihre Attraktivität daraus, daß sie ein "marktorientiertes Hausfrauenmodell" anbieten: Die dort erworbenen Qualifikationen können nicht nur in der Familie, sondern - gerade von den Neustifterinnen - für die Erwerbstätigkeit in typischen Fremdenverkehrsberufen genutzt werden.

### Berufswunsch und Berufsmotivation

Die Mädchen haben ihre kindlichen Traumberufe alle abgehakt, sie präsentierten sich mit realistischen, fixen Berufsvorstellungen. Fast die Hälfte nennt als Traumberuf einen Beruf, den die Eltern oder ein anderer naher Verwandter/eine nahe Verwandte ausüben bzw. ausgeübt haben. Am beliebtesten sind Lehrerin (viermal), Krankenschwester/Säuglingsschwester/Hebamme (viermal) und Kindergärtnerin (dreimal). Dann folgen die Arbeit in einem Reisebüro, Psychologin, Tierärztin, Kfz-Mechanikerin, Architektin, Schneiderin, Rezeptionistin, Ärztin, Journalistin, Glasbläserin, Buchhändlerin, Fotografin, Elektrikerin, Computertechnikerin, Maschinenbau- bzw. Hoch- und Tiefbau-Ingenieurin und Kriminalbeamtin.

Realistische Berufsvorstellungen

Bei drei der Mädchen, die sich mehrere Berufe vorstellen können, reicht die Palette sehr weit: Eine will Kriminalbeamtin werden und zunächst (als Ersatz-Beruf) eine KindergärtnerInnen-Ausbildung machen; die Qualifikation im Sozialberuf verkürzt nicht nur die Ausbildungszeit bei der Polizei, sondern kann von ihr auch später bei der Erziehung der eigenen Kinder genutzt werden. Eine andere würde gerne eine ElektrikerInnen-Lehre absolvieren, glaubt aber, keine Lehrstelle zu finden, und will daher die KindergärtnerInnen-Schule besuchen. Bezeichnend ist, daß beide Ersatz-Berufe typisch weibliche sind: Wenn die Mädchen in ihrer Phantasie beschnitten werden, greifen sie auf Altbekanntes, Vertrautes zurück. Das dritte Mädchen kann sich noch nicht zwischen Tierärztin und Kfz-Mechanikerin entscheiden.

Der Vergleich mit der schon erwähnten Vorarlberger Untersuchung zeigt, daß "unserer" Mädchen vorhaben, "mehr" aus sich zu machen. Die Wunschberufe der Vorarlberger Hauptschülerinnen waren in erster Linie Verkäuferin und Krankenschwester, dann Friseurin und Sekretärin, Kindergärtnerin und Lehrerin. Unter den 33 befragten Mädchen waren nur eine zukünftige Ärztin und eine Informatikerin. Die Vorarlbergerinnen sind zum einen bescheidener (deutlich mehr Lehrberufe, kaum weiterführender Schulbesuch), und zum anderen weiblich-traditioneller (Verkäuferin, Friseurin und Sekretärin sind die drei Lehrberufe, in denen in Österreich noch immer fast 60

Mehr aus sich machen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

168

Prozent aller Mädchen ausgebildet werden) (Angerer 1990, S.89).

Die weibliche Berufsmotivation ist durch die Wichtigkeit sozialer Kontakte mitbegründet: Die Mädchen streben Sozialberufe, sogenannte Helferberufe an. Diejenigen, die Lehrerin, Krankenschwester oder Kindergärtnerin werden wollen, gaben an, daß sie "mit Menschen zu tun haben wollen", daß sie Kinder mögen oder daß sie selbst im Kindergarten "eine nette Zeit" hatten. Der Kontakt mit Menschen ist aber auch für die zukünftige Kellnerin, die Reisebüro-Angestellte und die Psychologin ein wichtiges Motiv für die Berufsentscheidung.

Einige Mädchen lassen sich nicht nur von ihren beruflichen Interessen leiten, sondern denken bei der Berufswahl Familie und Kinder schon mit: Sie wollen einen Beruf, den sie auch neben den Kindern noch ausüben können. Der gesellschaftliche Trend zur Individuation gilt folglich vor allem für Männer - zu Frauen "gehören" immer noch Familie und Kinder.

**Beruf mit Kindern**

Frühere, aufgegebene Berufswünsche sind deutlich weniger diversifiziert als die aktuellen: Lehrerin, Kranken- oder Säuglingsschwester, Sängerin, Schauspielerin oder Balletttänzerin, Stewardess oder Politess, Ärztin oder Polizistin. Seltener wurden Astronautin, Goldschmiedin, Friseurin, Pilotin, Bäuerin, Kosmetikerin, Köchin, Dolmetscherin und Konditorin genannt.

Die aufgegebenen Berufswünsche fallen in zwei Kategorien: klassische weibliche und Männerberufe. Die Frauenberufe sind ein Abbild dessen, was die Mädchen im Alltag wahrnehmen (Lehrerin, Krankenschwester, Friseurin, Bäuerin, Köchin) - ihre Attraktivität besteht zu einem Gutteil darin, daß es dafür im Umfeld der Mädchen Vorbilder gibt. Andere typisch weibliche Traumberufe sind Sängerin, Schauspielerin oder Stewardess. Sie verbinden den Traum der "großen weiten Welt" mit Schönheit und Begehrt-Sein. Andererseits zeigen Berufswünsche wie Astronautin oder Pilotin, daß den jungen Mädchen die vermeintliche Männerwelt noch offen steht, daß es für sie keine unüberwindlichen Grenzen gibt - die Beschränkung ihrer Möglichkeiten lernen sie erst später kennen.

**Frauenberufe/  
Männerberufe**

Warum sie diese Berufswünsche aufgegeben haben, das konnten nur wenige angeben. Ein Grund lag in einer Desillusionierung insofern, als sie sich diesen Beruf früher einfacher oder interessanter vorgestellt hatten. Als Argumente dienten auch die schlechte Bezahlung und die lange und/oder kostspielige Ausbildung. Nur ein Mädchen meinte, daß sie als Frau ohnehin keine Chance hätte, ihren Traumberuf zu realisieren.

Bei den Berufswünschen gibt es keine auffälligen Unterschiede zwischen Stadt- und Landmädchen. So kommen etwa die Kfz-Mechanikerin und die Architektin aus Neustift, die Kriminalbeamtin und die Computertechnikerin aus Innsbruck.

**Stadt/Land:  
Keine auffälligen  
Unterschiede**

Die "feministischen" Töchter wollen Buchhändlerin, Kranken- oder Säuglingsschwester, Glasbläserin bzw. Ärztin oder Journalistin werden. Ihre "begrabenen" Berufe waren Lehrerin, Ärztin, Stewardess, Säuglingsschwester und Schauspielerin. Ein Mädchen aus einer Ärzte-Familie wollte früher selbst Ärztin werden, hat sich inzwischen aber dagegen entschieden, weil ihr dieser Beruf als zu belastend erscheint - sie traut ihn sich nicht mehr zu.

### Privatheit und Öffentlichkeit

In geschlechterhierarchischen Gesellschaften wird idealtypischerweise Mädchen und Frauen ihr Platz in der Privatheit zugewiesen, während Burschen und Männern der

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

169

öffentliche Raum zur Verfügung steht. Dieser Aufspaltung folgt die Trennung von Hausarbeit/Berufsarbeit, weiblichen indoor- und männlichen outdoor-Hobbies. Die heutige Mädchengeneration ist dabei, diese Grenzen zu überschreiten.

### Vorbilder

Mütter sind die wichtigsten Vorbilder der Mädchen, aber nur in Hinblick auf Charaktereigenschaften wie Ausdauer, Freundlichkeit, Toleranz, Beliebtheit, jedoch nicht unter Bezugnahme auf ihre Hausfrauen- oder Berufsrolle. Das Vorbild Mutter liegt im emotionalen Bereich.

Mütter am  
wichtigsten

Die Mütter-Generation wurde noch auf ihre ausschließliche Zuständigkeit für das Private hin erzogen, den Töchtern erscheint deren alleinige Familienorientierung nicht mehr attraktiv genug. Die relativ niedrige Erwerbsquote (in Tirol beträgt der Prozentsatz von berufstätigen Frauen zwischen 20 und 39 Jahren mit Kindern an der Wohnbevölkerung 46,8 Prozent - im österreichischen Durchschnitt liegt dieser Wert bei 58,6 Prozent) und die wenig qualifizierte Ausbildung bedingen, daß die eher berufsorientierten Töchter ihre eher familienorientierten Mütter nicht zum Vorbild wählen. Nur eine Mutter und eine Großmutter, die für die Mädchen erstrebenswerte Berufe ausgeübt hatten, konnten beeindrucken.

Andererseits ist die Vorbildrolle der Mütter nicht zu unterschätzen: Über sie erlernen die Mädchen "weibliche Qualitäten", soziale Fähigkeiten, die Frau-Sein immer noch bestimmen. Kurzum: Die Familienorientierung, die bei den interviewten Mädchen eine große Rolle spielt, leitet sich von der Mutter her. Bei den Töchtern der "feministischen" Mütter, die alle berufstätig sind, ist Identifikation auf anderen Ebenen möglich, über den interessanten Beruf und die Selbständigkeit.

Die Wichtigkeit der Mütter liegt in ihrer Rolle als primäre Bezugspersonen im Unterschied zu den weniger verfügbaren Vätern. In den meisten Familien sind die Mütter mehr zuhause als die Väter, sie können unmittelbar in Auseinandersetzungen einbezogen oder um Unterstützung gebeten werden. In psychoanalytischer Sichtweise halten zudem Mütter und Töchter noch während der präödiptalen Phase Elemente ihrer primären Beziehung aufrecht. Sie empfinden sich als ähnlich (Chodorow 1985, S.145). Diese Identifikation führt nicht nur zu einer starken emotionalen Bindung, sondern durch sie wird die weibliche Geschlechtsrolle erlernt und weitergegeben (ebd., S.226).

Wenn die Väter als Vorbild genannt wurden, dann in ihrer Berufsrolle. Mit einer Ausnahme waren nur für Innsbruckerinnen die Väter Vorbild. Sie imponierten, "weil er es zu etwas gebracht hat", weil er einen interessanten Beruf ausübt oder weil er ein "logischer Denker" ist, der schnell und leicht lernt. Nur zwei Mädchen betonten Charaktereigenschaften, den "Witz" bzw. die "lockere Art" des Vaters.

Väter in der  
Berufsrolle

Diese Qualifikationszuschreibungen spiegeln die Rolle des Vaters in der Familie: Er ist der Erfolgreiche, der voll im Berufsleben steht, und daher als Bezugsperson sowohl zeitlich/räumlich wie auch emotional wenig greifbar ist. Trotz ihrer Abwesenheit gelten die Väter den Töchtern als Vorbilder, allerdings in einem anderen Kontext als die Mütter.

Die Tatsache, daß fast ausschließlich Innsbruckerinnen ihren Vater als Vorbild angaben, mag Ausdruck dessen sein, daß sie "emanzipierter" sind als die Neustifterinnen, daß ihnen Berufstätigkeit und Erfolg im Beruf wichtiger sind. Denkbar wäre aber auch, daß das Familienmodell in der Stadt weniger stark geschlechtsspezifisch segmentiert ist, daß die Innsbrucker Mädchen ihren Vätern daher näher sein können.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

170

Die Mütter sind die Ansprechpartnerinnen für die Töchter, Vorbild und Vertrauensperson fällt bei ihnen meist zusammen. Die Mädchen, denen der Vater Vorbild ist, gaben an, daß sie mit ihm auch über ihre Probleme sprechen können/wollen. Die Eltern teilen sich ihre Rollen und ihre Zuständigkeiten auf: Der Vater ist immer noch das Familienoberhaupt, während die Mutter die Rolle der Verständnisvollen und Vermittelnden übernimmt (vgl. Burger und Seidenspinner 1988, S.105).

### Freizeit

Den Großteil ihrer Freizeit (vor allem während der Woche) verbringen die Mädchen zuhause, sie gehen ihren Hobbies nach. Am Wochenende nimmt das Zusammensein mit den Freundinnen oder der Clique einen wichtigen Platz ein. Fast alle gaben an, sich vor dem Fernseher zu entspannen, die meisten lesen (sowohl Bücher wie auch Jugend-, Mädchen- und Musikzeitschriften) und hören bzw. machen selbst Musik. Handarbeiten und Computerspielen kommt kaum Bedeutung zu. Der Großteil übt Sport aus. Der Besuch von Kinos, von Konzerten oder Theateraufführungen wurde nur selten genannt.

Großteils  
zuhause

Eine Repräsentativuntersuchung über die Tiroler Jugendlichen, die vor 15 Jahren durchgeführt wurde (Landesjugendreferat Tirol 1977, S.46-49), zeigte, daß es bei der Einschätzung der Wichtigkeit einzelner Freizeitaktivitäten, wie dem Zusammensein mit FreundInnen, Wandern oder Fernsehen, keine geschlechtsspezifischen Unterschiede gab. Musik-Hören, das Zusammensein mit der Familie, Lesen, häusliche Tätigkeiten und Handarbeiten waren die beliebtesten weiblichen Freizeitbeschäftigungen, während Burschen Sport, Vereinstätigkeit und Lokalbesuche an vorderster Stelle nannten. Die Unterschiede zwischen Burschen und Mädchen verliefen also entlang der Linie außerhäusliche/häusliche Beschäftigungen - diese Tiroler Ergebnisse decken sich mit denen anderer Jugendstudien (vgl. Pazelt 1988, S.161f.).

Mädchen/Bur-  
schen

Nach neueren österreichischen Statistiken ist für 14- bis 16-Jährige die wichtigste Freizeitaktivität Musik-Hören, gefolgt von Fernsehen und Lesen. Die Freizeit von Mädchen ist quantitativ weniger als die der Burschen von den Medien dominiert. Wenn es hinsichtlich des Musik- und Fernsehkonsums kaum geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, so ist für Mädchen das Lesen von Büchern und Zeitschriften wesentlich wichtiger (Luger 1985, S.36f.).

Musik

In den letzten Jahren/Jahrzehnten scheinen sich die Präferenzen von Mädchen grundsätzlich verschoben zu haben. Unsere Gesprächspartnerinnen betreiben auffallend häufig Sport, früher ein typisch männliches (weil outdoor) Hobby, verbringen aber kaum noch Zeit mit handarbeiten. Mädchen richten sich bei ihrer Freizeitgestaltung nicht mehr nach einem stereotyp weiblichen Modell aus, sondern beginnen, sich "nach außen" zu orientieren.

Die gemeinsamen Abende, das Plaudern und die Gesellschaftsspiele sind für das Familienleben nicht mehr bestimmend. Es scheint, als gingen - zumindest während der Woche - alle Familienmitglieder ihre eigenen Wege. Für die meisten ist die Familie nur eine Form des Zusammenlebens, Familie "als Aktivität", als gemeinsam leben und gemeinsam bewußt Zeit verbringen, existiert kaum - Familie als Wohn-Gemeinschaft, nicht als Lebens-Gemeinschaft.

Familie/  
Freundinnen

Acht Mädchen waren zum Zeitpunkt des Interviews Mitglied in einem Verein, in Sportvereinen und Musikgruppen. Je ein Mädchen engagierte sich in der Katholischen Jugend, in der Pfarre bzw. in der Jungschar. Die meisten dieser Vereinstätigkeiten bringen die Mädchen mit Gleichaltrigen zusammen, üblicherweise mit Mädchen und Burschen. Auffallend ist, daß Jugendzentren unattraktiv bzw. unbekannt sind: Nur ein

Vereine

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

171

Mädchen gab an, daß sie hin und wieder die MK besucht, ein anderes wollte in nächster Zeit mit einer Freundin das Z6 "ausprobieren" (beides Innsbrucker Jugendzentren).

Ein überraschendes Ergebnis ist, daß deutlich mehr Innsbruckerinnen als Neustifterinnen in Vereinen organisiert sind. Entsprechend früheren Untersuchungen (Pazelt 1988, S.163) war zu erwarten, daß die Neustifterinnen, die weniger Gelegenheiten zum Ausgehen haben und die zudem von den Eltern viel stärker kontrolliert werden, sich - sozusagen in Kompensation dessen - stärker in Vereinen zusammenschließen.

Mädchen waren im Vereinsleben immer deutlich unterrepräsentiert - dieser Befund ist ein Indiz dafür, daß es für Stadtmädchen einfacher ist, aus der ihnen zugeschriebenen Rolle auszubrechen. Die "weibliche Bescheidenheit" der Landmädchen, die größere soziale Kontrolle am Land und das Festhalten am Bestehenden mögen Gründe für die Einschränkung ihrer gesellschaftlichen Möglichkeiten sein. Auch hier nochmals ein Vergleich mit einer Repräsentativerhebung (Jugend in Tirol 1992, S.6-20): Tiroler Mädchen sind kaum in Sportvereinen organisiert, bei religiösen Jugendvereinen ist das Geschlechterverhältnis ausgewogen.

Das Wochenende ist bei etwa der Hälfte unserer Interviewpartnerinnen klar aufgeteilt: Der Samstag gehört den Freundinnen, der Sonntag der Familie. In den meisten Familien ist das gemeinsame Wochenende eine Forderung der Eltern, der die Mädchen teilweise nur noch widerwillig nachkommen. Ihre Ablösungsbedürfnisse stehen in Widerspruch zur sonntäglichen Inszenierung von Familienleben. Auch hier fällt auf, daß es Söhnen eher gelingt als Töchtern, sich dem elterlichen Wunsch zu entziehen.

Die Mädchen, die am Wochenende keine "familiären Verpflichtungen" haben, unternehmen etwas mit ihren Freundinnen bzw. in ihrer Clique. Mit den Freundinnen wird viel Zeit im Gespräch verbracht, zuhause oder von manchen Innsbrucker Mädchen auch im Caféhaus, die Mädchen spazieren durch die Stadt, gehen gemeinsam einkaufen, hin und wieder ins Kino oder betreiben Sport. Die Cliquen verabreden sich eher in Lokalen.

### Die "beste Freundin" und der Freund

Alle interviewten Mädchen haben oder hatten eine beste Freundin. Was sie auszeichnet, ist, daß man mit ihr den Großteil der Freizeit verbringt und "super reden" kann, Geheimnisse austauscht. Mit ihr werden Probleme und Wünsche besprochen (vor allem in Zusammenhang mit Beziehungen zu Buben), die niemandem sonst mitgeteilt werden - auch nicht der "Vertrauensperson" in der Familie. Manche kennen ihre beste Freundin schon seit der frühen Kindheit, andere erst seit einem halben Jahr. Die beste Freundin kann ein "Abziehbild" der eigenen Persönlichkeit und des eigenen Aussehens sein, aber auch ein ganz konträrer Typ.

Freundschaften werden in der Regel früh geschlossen und sind sehr intensiv. Mädchen spielen lieber mit Mädchen, vereinzelte Kontakte mit Schulkameraden sind deutlich weniger wichtig. Die Mädchen schließen Schutzbündnisse nicht nur gegen die Erwachsenenwelt, sondern auch gegen die Bubenwelt (vgl. Pagenstecher u.a. 1985, S.103).

Sehr intensiv

Die innige Beziehung zur besten Freundin ist in psychoanalytischer Sicht ein Versuch des vorpubertären Mädchens, sich von der Familie und insbesondere von der Mutter unabhängig zu machen (Chodorow 1985, S.179). In der Beziehung mit der Freundin kann das Mädchen sich selbst in und mit der anderen entdecken, die Identifizierung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

172

mit der Freundin gibt ein Gefühl von Sicherheit und stärkt das Selbstvertrauen (Flaake, John 1992, S.206). Mit der Freundin bzw. über sie wird nicht nur der eigene Körper erfahren, in der Pubertät tritt eine neue Komponente hinzu: das erste gemeinsame Erleben oder zumindest Besprechen von Heterosexualität. Die Freundinnen begleiten einander auf dem Weg zum Frau-Werden (ebd., S.206-209). Auf diese Phase folgt die Distanzierung von der Freundin und die Hinwendung zum männlichen Partner. Diesen Schritt hatten unsere Gesprächspartnerinnen noch nicht vollzogen, für sie war die Freundin noch die wichtigste Bezugsperson.

Diese enge, umfassende Freundschaft hat noch eine andere Komponente: In der Zweisamkeit wird weibliches Beziehungsverhalten eingeübt. Die Bezogenheit auf einen Partner, die Suche nach inniger Nähe, das Sich-Anvertrauen-Können in einer Beziehung sind stärker weibliche als männliche Muster. Die Mädchen erlernen mit der Freundin ihre spätere Rolle in einer heterosexuellen Partnerschaft, die eine sehr ausschließliche, privatistische ist, während die Burschen und Männer weniger Intimität, mehr größere Gemeinschaften und Öffentlichkeit suchen.

Einübung weiblichen Beziehungsverhaltens

Nicht nur die Intensität der Mädchenfreundschaften erinnert an Liebesbeziehungen, auffallend ist auch das "Beziehungsvokabular", das in Zusammenhang mit der besten Freundin verwendet wird - vor allem bei der Trennung. Die Mädchen fühlen sich "verlassen", suchen nach Gründen und verstehen die Welt nicht mehr. Sie reagieren verletzt und wollen keine "beste Freundin" mehr - dieses Etikett ist vergeben, neue Freundinnen sind "nur" Freundinnen.

Neben der "besten" haben die meisten Mädchen noch ein oder zwei engere Freundinnen und unternehmen viel in einer größeren Clique, zu der meist auch Buben gehören. Die Burschen werden zunehmend interessant und Kontakte zu ihnen werden gesucht. Der Umgang mit den Buben aus der eigenen Klasse, d.h. der eigenen Altersgruppe, ist dabei schwieriger oder weniger reizvoll (sie gelten als unreif) als mit Älteren.

Die Trennung der Buben- und der Mädchenwelt am Ende der Kindheit beginnt sich mit der Pubertät wieder aufzulösen. Mit etwa zwölf Jahren entsteht bei den Kindern der Wunsch, mehr mit dem anderen Geschlecht zu tun zu haben. Die Beziehung zu den Freundinnen verliert an zeitlichem Umfang und Wichtigkeit - nicht zuletzt deswegen, weil den Mädchen (vor allem über Erziehung und Medien) nur die Bedeutung heterosexueller, nicht aber gleichgeschlechtlicher Beziehungen vermittelt wird, weil es keine "Frauenkultur" als Gegenpol zu den "Männerbünden" gibt. Mädchenfreundschaften verkümmern zu einer pubertären Erscheinung. Obwohl auch erwachsene Frauen den Großteil ihres Alltags mit Frauen verbringen, sie diese Kontakte als befriedigend erleben, persönliche Anteilnahme in erster Linie von Frauen erfahren, werten sie Frauen ab. Als stereotype Negativeigenschaften werden Neid, Egoismus oder Tratschsucht genannt, wobei auffällt, daß Männer und Frauen dabei durchwegs mit verschiedenem Maß gemessen werden (vgl. Pagenstecher u.a. 1985, S.116-120). Diese Abwertungen oder zumindest Abgrenzungen wurden auch durch unsere Gesprächspartnerinnen vorgenommen.

Vorsichtiger Umgang mit Burschen

Der Umgang mit den Burschen ist vorsichtig, man plaudert in der Pause, im Schulbus oder beim Tanzkurs, oder Burschen und Mädchen sind schon seit längerem zwanglos in einer gemeinsamen Clique. Nur wenige Mädchen haben gute kameradschaftliche Freundschaften mit Burschen jenseits von Verliebtheiten. Es ist ihnen peinlich, konkretes Interesse an einem Buben zu zeigen, sie treffen keine Verabredungen mit ihnen und schon gar nicht alleine. Diese Scheu wird nicht eingestanden, ein Mädchen nahm sogar eine Umwertung vor: Man könne mit den Buben nichts ausmachen, weil diese gehemmt seien und Mädchen deshalb blöde finden würden.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

173

Zwei Drittel der Mädchen haben/hatten eine oder mehrere "Beziehungen" mit Burschen bzw. waren gerade verliebt und dabei, mit dem Burschen "anzubandeln", ein Drittel hatte noch nie einen Freund. Dabei ließen sich keine auffälligen Unterschiede nach Stadt/Land oder der Herkunftsfamilie feststellen. Die Mädchen verbringen kaum alleine Zeit mit ihrem Freund, üblicherweise treffen sie in der Gruppe zusammen oder gehen pärchenweise aus.

Beziehungen

In diesem Alter scheint die Tatsache, ob Mädchen einen Freund haben oder nicht, die Klassengemeinschaft in zwei Gruppen zu spalten. Die liierten Mädchen prahlen mit ihren Beziehungen (z.B. damit, daß der Freund ein Auto hat) und blicken verächtlich auf die "alleingeblienen", die dieses Verhalten ihrerseits unpassend finden.

Mädchen werden immer noch über Burschen und deren gesellschaftliche Stellung definiert und definieren sich auch selbst über sie. Sie stehen unter dem Druck, einen Freund zu haben, ihre "Erfolge" beim anderen Geschlecht sind Maßstab dafür, wie gut sie aussehen, wie "weiblich" sie sind - damit wird ihre Anpassung an weibliche Rollenbilder gefördert. Hinzu kommt, daß einem Mädchen mit Freund mehr öffentlicher Raum zur Verfügung steht: Sie "darf" ihren Partner begleiten, sei es auf der Spritztour mit dem Auto, sei es am Abend ins Gasthaus.

Wie stark die gesellschaftliche "Beziehungsnorm" die Mädchen beeinflußt, wie sehr sie sich an einem vorgegebenen Bild orientieren, wurde bei einer unserer Gesprächspartnerinnen besonders deutlich. Sie war mit ihrem Freund ihm zuliebe zusammen, weil sie ihn nicht verletzen wollte - ein bekanntes "weibliches" Beziehungsmuster. Ein anderes Mädchen konnte sich - zumindest im nachhinein - besser abgrenzen. Sie hatte sich von dem Freund in ihrer Freiheit eingeschränkt und im Umgang mit der Freundin kontrolliert gefühlt und sich deshalb getrennt.

### "Öffentliche Orte"

Männer und Burschen bewegen sich in der Öffentlichkeit, für alle sichtbar, während Frauen und Mädchen idealtypisch auf das Private reduziert werden. Der öffentliche Raum, sei es fürs Ausgehen, sei es für Freizeitaktivitäten, steht traditionell Mädchen viel weniger offen als Burschen, die gesellschaftliche Norm hat Mädchen lange ins Haus verbannt. Für sie war das Hinausgehen etwas Ungewohntes, fast schon eine "Mutprobe".

Fast eine Mutprobe

Von den Innsbruckerinnen besuchen nur drei keine Lokale, die anderen gehen in erster Linie in Cafés. Nur ein Mädchen zieht Gasthäuser vor, sie begleitet ihren Bruder und dessen Freunde dorthin und fühlt sich in dieser Atmosphäre wohl. Ihre Freundinnen wollen nicht mitgehen, weil sie dabei an "Bier und B'soffene" denken. Dieses Mädchen, das sich im Interview durchgehend sehr "männlich" präsentierte (ihr Hobby ist Kampfsport, sie will Kriminalbeamtin werden), setzt sich damit über eine doppelte Grenze hinweg: Mädchen gehen erstens überhaupt nicht fort und zweitens schon gar nicht ins Wirtshaus.

Die Mädchen aus Neustift gehen nicht aus, sondern treffen sich privat oder in der Gruppe am Dorfplatz und in der Nähe der Pfarre. Die Landmädchen sind angepaßter als die Innsbruckerinnen und funktionieren noch stärker nach den an sie gerichteten Rollenerwartungen.

Die Souveränität der Mädchen in der Stadt überrascht ein wenig: Sie fühlen sich in öffentlichen Räumen wohl, sie empfinden sich nicht als Fremdkörper. Sie thematisierten auch nicht selbst, sondern bestätigten erst auf unsere Frage hin, daß sie in Lokalen "blöd" angeschaut oder angeredet werden - allerdings seltener von Erwachse-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

174

nen als von Burschen am Nebentisch. Die Mädchen erweckten den Eindruck, daß sie es gelassen hinnehmen, wenn sie "stören" - sie tun, was sie wollen, die anderen können sich denken, was sie wollen.

Die Mädchen besuchen aber nie einzeln Lokale, dazu scheinen sie keine Lust zu haben. Ihre individuellen Beschäftigungen sind "indoor"-Hobbies. Sobald sie nach außen gehen, ob ins Caféhaus, ins Jugendzentrum, ins Kino oder einkaufen, verabreden sie sich mit anderen. Die Gruppe gibt ihnen Sicherheit, aber auch die Wichtigkeit sozialer Kontakte läßt sie die Gesellschaft der anderen suchen.

Zwischen den Innsbrucker und Neustifter Mädchen ist ein weiterer Unterschied deutlich: Die "Landmädchen" müssen eher die Eltern um Erlaubnis bitten, das Ausgehen wird ihnen teilweise untersagt, während der Großteil der Stadtmädchen sich nur "abmeldet".

An Wochentagen gehen die Mädchen (außer am Nachmittag) kaum außer Haus, wenn doch, dann längstens bis 20 Uhr. Am Samstag dürfen die meisten bis 22 Uhr wegbleiben. Sonderregelungen, z.B. für Parties, müssen extra ausgehandelt werden. Die Zustimmung wird meist davon abhängig gemacht, wie lange die Freundin bleiben darf oder ob die Mädchen von jemandem heimgebracht werden. Die Ausgeherlaubnis bezieht sich auf Kinobesuche oder auf private Parties, Diskotheken dürfen nicht besucht werden.

Ausgeherlaubnis

Allen Mädchen ist gemeinsam, daß ihre Eltern wissen wollen, wo sie sich aufhalten: Eltern versuchen, das soziale Umfeld ihrer Töchter kennenzulernen. Die "Stadtmädchen" erzählten, daß sie die Eltern manchmal "anschwindeln" und nicht immer die Wahrheit über ihre Freizeitgestaltung mitteilen. Die Mädchen aus Neustift müssen eher die Wahrheit sagen - aus Angst vor Entdeckung, die in einem kleinen Ort realistisch ist. In ihrem Fall üben nicht nur die Eltern soziale Kontrolle aus, sondern das ganze Dorf.

Die Gründe für ein Ausgehverbot sind nicht erledigte Hausaufgaben oder das nicht aufgeräumte Zimmer. Mögen das auch eher Vorwände der Eltern als pädagogische Modelle sein, so werden sie doch ohne kritisches Hinterfragen akzeptiert. Das eigentliche Motiv der Eltern dürfte aber sein, daß sie ihre Töchter "beschützen" wollen. Ein Mädchen meinte, ihr Vater schätze es nicht, wenn sie am Abend viel "am Weg" sei, und eine andere wußte, daß ihre Mutter Angst hat, ihr könne "etwas passieren". Die Sorge der Eltern bezüglich sexueller Erfahrungen der Töchter wurde aber nie deutlich angesprochen.

Auch die Befürchtung, daß der "gute Ruf" der Mädchen leiden könnte, wenn sie zu häufig außer Haus wären, wird von den Eltern nicht ausgesprochen. Nur ein Mädchen meinte, daß sie auf Besuch bei ihrer Großmutter, die in einem anderen Bundesland lebt, öfter ausgehen dürfe als in Innsbruck, und vermutete, daß ihre Eltern dort deshalb mehr erlauben würden, weil sie nicht so bekannt wären wie in Innsbruck. In einer anderen Familie übernimmt der Bruder die "Beschützerrolle" und verbietet der Schwester, Discotheken zu besuchen - und diese akzeptiert das Verbot.

Unterschiedliche Normen für Burschen und Mädchen

Wie schon bei der Arbeitsteilung in der Familie gelten auch bei den outdoor-Aktivitäten unterschiedliche Normen für Mädchen und Burschen. Mehrere Mädchen erzählten, daß ihre Brüder, obwohl diese jünger sind, länger ausgehen dürfen als sie. Ein Mädchen empfand das als ungerecht, die anderen fühlten sich nicht diskriminiert bzw. suchten nach sachlichen Rechtfertigungen dahingehend, daß eben einem Mädchen "mehr passieren" könne.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

175

Hier werden die alten Geschlechterrollen deutlich: Die Mädchen haben eher zuhause zu bleiben und die Familienmitglieder zu umsorgen, während ihre Brüder von innerfamiliären Verantwortlichkeiten freigestellt sind und ihre Orientierung nach außen unterstützt wird. Die geschlechtsspezifische Rollenteilung der Elterngeneration wird an die Söhne und Töchter weitergegeben und von diesen fast bruchlos akzeptiert.

Die geschlechtsspezifische Trennung von öffentlich und privat ist aber in Bewegung geraten, für Innsbruckerinnen deutlicher als für Neustifterinnen. Den Stadtmädchen fällt es leichter als den Landmädchen, vorgegebene Grenzen zu überschreiten. Das ist einmal Ergebnis eines fortschrittlicheren Erziehungsmodells, andererseits auch Effekt der sozialen Kontrolle. Die Neustifter Mädchen werden viel stärker beobachtet - am Land bedeutet jedes Zugeständnis an die Tochter, jedes Erweitern von traditionellen Normen, "ins Gerede" zu kommen.

### Zusammenfassung: Gleichberechtigte Alltagsrealität und Lebensentwürfe?

Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung bezog sich auf sozio-politische Rahmenbedingungen, nämlich ob und in welchen Bereichen die vielzitierte Gleichberechtigungspolitik der 70er Jahre hinsichtlich der Alltagsgestaltung und der Zukunftsplanung bereits Erfolge zeigt.

Die Gleichberechtigungspolitik erfolgte im wesentlichen entlang von zwei Strängen: der rechtlichen Egalisierung im primären Lebensbereich, in der Familie, und der rechtlichen Egalisierung in der Berufswelt. Wie aber nehmen die interviewten Mädchen die "Gleichberechtigung der Frau" wahr bzw. auf welche Lebensbereiche beziehen sie diese? Die Momentaufnahme bei den jungen Tirolerinnen ergab: "Gleichberechtigung der Frau" ist ein Phänomen, das vor allem das Berufsleben betrifft; Gleichberechtigung wird nicht mit Privatheit, nicht mit Familie und Reproduktionsarbeit assoziiert. Vor dieser gespaltenen Gleichberechtigungsvorstellung, die sich entsprechend patriarchaler Grenzziehungen in "öffentlich" und "privat" verorten läßt, ist auch die Einschätzung der Verwirklichung der Gleichberechtigung durch die Mädchen zu sehen: Zwischen Männern und Frauen wird keine Hierarchie wahrgenommen, sie werden als gleichberechtigt gesehen. Die Mädchen selbst erleben ihr Mädchenspezifisches Behandeltwerden (z. B. bezüglich Hausarbeit und Freizeitgestaltung) nicht als benachteiligend. Die Andersbehandlung - im Vergleich mit ihren Brüdern - wird nicht als Diskriminierung wahrgenommen, sondern es werden "rationale" Gründe dafür gesucht. Die Position der Mutter in der Familie, ihre Belastung durch Hausarbeit bzw. die Doppelrolle, wird ebenfalls nicht mit Unterdrückung assoziiert.

Gespaltene Gleichberechtigung

Die Gleichberechtigungspolitik hat in Hinblick auf eine deutlich konstatierbare Berufsorientierung und -planung gegriffen, in Hinblick auf Wünsche und Ansprüche an eine familiäre Privatheit hingegen viel weniger. Dahinter steht die Tatsache, daß Familie/Ehe, obwohl verrechtlicht und durch politische Entscheidungen in Form gebracht, sich der politischen Beeinflussung tendenziell stärker entzieht als der öffentliche Bereich (Berufsarbeit und Freizeitgestaltung). Die Herkunftsfamilie zeigt Beharrungstendenzen, sie übt Verweigerung. Die reale Familie, das aktuelle Zusammenleben mit Eltern und Geschwistern, konstruiert die Wunschfamilie im Kopf bzw. sie beschränkt die "Kopfgeburten" auf das gegenwärtige Sein. Parallel dazu bedeuten veränderte rechtliche Rahmenbedingungen noch keine tatsächliche Veränderung etablierter Familiengefüge, konkreter Tagesabläufe, und sie haben noch keine Gestaltungskraft für in die eigene Zukunft projizierte Entwürfe.

Gleichberechtigungspolitik: teilweise gegriffen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

176

Die familialen Beharrungstendenzen sind besonders deshalb wirksam, weil gerade im familiären Bereich der gesetzlichen Grundlage flankierende Reforminstrumente versagt blieben bzw. diese nicht ausreichend eingesetzt wurden (z.B. familienergänzende Einrichtungen). Die "Quotierung der Hausarbeit" eignet sich zwar zum politischen Kampfbegriff, nicht jedoch als sachpolitisches Handlungsfeld des Staates.

Weiterführender Schulbesuch, Berufsausbildung und Erwerbsarbeit gehen geradz selbstverständlich in die Lebensplanung ein. In dieser Hinsicht muß die Gleichberechtigungspolitik als erfolgreich angesehen werden. Allerdings erfolgt die Einbeziehung der Berufsarbeit in die Lebensplanung der heute 13jährigen Mädchen nicht uneingeschränkt, nicht bruchlos, nicht losgelöst vom weiblichen Lebenszusammenhang, sondern unter Berücksichtigung von Familienerfordernissen, konkret der Betreuung von Kindern.

Schule und  
Beruf

Erfolgreich war Gleichberechtigungspolitik auch in der Sensibilisierung gegen die "KKK-Ideologie". Die interviewten Mädchen gaben keine Antworten nach dem Kinder-Küche-Kirche-Schema, nach dem Muster "Frauen sind...". In ihren Köpfen hat eine Individualisierung des Frauenbildes stattgefunden. Noch nicht stattgefunden aber haben Partnerschaft als Prinzip der Arbeitsteilung und Vorstellungen einer sozialen Elternschaft anstelle der bisherigen sozialen Mutterschaft.

Das Bild der Familie, das in ihrer Herkunftsfamilie entworfen und repräsentiert wird, bildet die Basis der eigenen Zukunftsvorstellungen. Die Mädchen wollen heiraten, sie bekommen Kinder, sie unterbrechen wegen der Betreuung der Kinder die Berufstätigkeit, sie treten nach der Familienphase wieder in die Erwerbsarbeit ein - diese altbekannten Lebensmuster, vertraut aus den eigenen Familien, sind nach wie vor die Planungselemente der Mädchen. Der Rückgriff auf das Drei-Phasen-Modell scheint den alten Konflikt zwischen Beruf und Familie lösen zu können. Ehe und Familie, nicht jedoch ein lebenslanges Hausfrauen-Dasein, zählen zu den Orientierungen jener Mädchen, die aus traditionellen Familien kommen. Anders die "feministischen" Töchter: Sie, die mit berufstätigen Müttern in einem Haushalt leben, sind mit alternativen, über das Drei-Phasen-Modell der 50er Jahre hinausgehenden Lebenskonzepten vertraut.

Familie

Ist es aber tatsächlich die patriarchale Ehe, die patriarchale Familie, die die traditionellen Mädchen sich wünschen? Die Frage muß deshalb gestellt werden, weil gerade die hierarchische Determinante von Ehe/Familie, nämlich die Setzung des Mannes als ihr Oberhaupt, zumindest gesetzlich nicht mehr gilt. Ist Ehe/Familie für die Mädchen in einer egalitären Verfaßtheit denkbar und realisierbar?

Die Gleichberechtigungsidee und -politik ist in der Ausrichtung an einem männlichen Lebensmodell konzipiert. Die politischen Rahmenbedingungen, die Alltag und Zukunft der Mädchen/Frauen prägen, werden den politischen Rahmenbedingungen, die für Männer/Burschen gelten, angeglichen. Dieser Ansatz, daß Mädchen etwas aufzuholen hätten, läßt sich nicht dadurch umsetzen, daß ausschließlich bei ihrem Lebenszusammenhang angeknüpft wird. Frauenpolitik, auch wenn sie sich der Gleichberechtigung verpflichtet fühlt, ist herausgefordert, verstärkt bei den Männern/Burschen anzusetzen.

Ausrichtung an  
einem männlichen  
Lebensmodell

"Emanze" und "Feministin" sind den Mädchen keine besonders geläufigen Begriffe. Zustimmung bzw. Ablehnung kann daher nicht geäußert werden. Welches Frauenbild haben die Mädchen als Vorbild/Traumbild im Kopf? Einige Mädchen zeichneten das Bild einer starken, durchsetzungsfähigen Frau, die Züge zeigt, die sonst eher typisch-männlich besetzt sind: selbstbewußt, unabhängig, kämpferisch und zielstrebig. Andere betonten vor allem die Gleichheit zwischen Mann und Frau - beide Geschlechter sollten das Gleiche tun dürfen und schwärmten von Charaktereigenschaften wie Spaß

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

177

verstehen, etwas einstecken können, ehrlich sein etc. Eine dritte Gruppe hob klassisch weibliche Eigenschaften, wie Frauen sollen lieb, nett und freundlich sein und sich "nett herrichten", hervor.

Der Rahmen für das Portrait der "Traum-Frau" gibt zum Teil das Dilemma, in dem sich die Mädchen selbst befinden, wieder. Ihre Frauenrolle ist nicht mehr bruchlos, ihre Verhaltensweisen sind nicht mehr nur "mädchenhaft". Sie haben sich ihren Platz im öffentlichen Raum erobert, sie erhalten eine relativ qualifizierte Ausbildung, sie werden (wenigstens eine Zeitlang) berufstätig sein und haben große Ansprüche an ihren Beruf. Das sind "Aufbrüche", die sie sich zunutze machen. Auf der anderen Seite steht das traditionelle Frauenbild, mit dem sie konfrontiert werden: teilweise durch das Vorbild ihrer Mütter, teilweise durch gesellschaftliche Erwartungen.

Auf halbem Weg

Die Untersuchung zeigt, daß sich die Grenzziehung zwischen öffentlich und privat nicht aufgehoben, daß sie sich aber verschoben hat. Mädchen fühlen sich in öffentlichen Räumen mehr und mehr daheim. Ihr Zuhause, die einseitig Arbeiten teilende Familie haben sie deswegen noch keineswegs hinter sich gelassen. Sie haben aber neue "Räume" bereits erobert.

### Literatur:

- Alanen, L.: Vom Kind zur Frau. Für eine Theorie weiblicher Sozialisation, in: Hauser, K. (Hg.): Viele Orte. Überall? Feminismus in Bewegung. Hamburg 1987, S.64-75
- Angerer, M.-L.: Über die Leiden der Tugend. Bildungswünsche und -verhinderungen Vorarlberger Mädchen und Frauen, Wien 1990
- Beck-Gernsheim, E.: Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie, Frankfurt/M. 1980
- dies.: Vom Geburtenrückgang zur Neuen Mütterlichkeit? Über private und politische Interessen am Kind, Frankfurt/M. 1984
- Born, C.: Hausfrau oder Berufsfrau - eine auch für Mütter mit kleinen Kindern inadäquate Perspektive?, in: Müller, U./Schmidt-Waldherr, H. (Hg.): Frauen Sozialkunde. Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewußtsein, Bielefeld 1989, S.103-112
- Buchinger, B./Gödl, D.: "Un/Erhörte Wünsche". Arbeits- und Lebensperspektiven von Mädchen und jungen Frauen in Salzburg, Forschungsbericht Salzburg 1992
- Bundeskanzleramt (Hg.): Bericht über die Situation der Frau in Österreich. Heft 1: Weibliche Lebensformen, Wien 1985
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hg.): Disparitäten der Lebensbedingungen von Frauen und Männern in Österreich. Analyse statistischer Daten, Wien 1989
- dass.: Bericht über die soziale Lage, Wien 1992
- Burger, A./Seidenspinner, G.: Töchter und Mütter. Ablösung als Konflikt und Chance, Opladen 1988
- Chodorow, N.: Das Erbe der Mütter. Psychoanalyse und Soziologie der Geschlechter, München 1985
- Ernst, A./Höllmüller, I.: Mädchenleben - Frauenzukunft. Zum weiblichen Lebenszusammenhang von Mädchen - Eine qualitative Studie über Jugendliche in typisch weiblicher Ausbildung, Diplomarbeit Wien 1985
- Fischer-Kowalski M./Seidl P.et al.: Von den Tugenden der Weiblichkeit. Mädchen und Frauen im österreichischen Bildungssystem, Wien 1986
- Flaake, K./John, C.: Räume zur Aneignung des Körpers. Zur Bedeutung von Mädchenfreundschaften in der Adoleszenz, in: Flaake, K./King, V. (Hg.): Weibliche Adoleszenz. Zur Sozialisation junger Frauen, Frankfurt/New York 1992, S.199-212

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

178

- Geissler, B./Oechsle, M.: Lebensplanung als Ressource im Individualisierungsprozeß, Bremen 1990
- Grimm, S.: Tendenzen der Veränderung in den Vater-Tochter-Konstellationen 1960/1980, in: Müller, U./Schmidt-Waldherr, H. (Hg.): Frauen SozialKunde. Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewußtsein, Bielefeld 1989, S.186-204.
- Hagemann-White, C.: Berufsfindung und Lebensperspektive in der weiblichen Adoleszenz, in: Flaake, K./King, V. (Hg.): Weibliche Adoleszenz. Zur Sozialisation junger Frauen, Frankfurt/New York 1992, S. 64-83
- Horstkotte, A.: Mädchen in der Provinz. Alltag und Biografie von Mädchen 11, Opladen 1985
- Jugend in Tirol 1992. Repräsentativerhebung im Auftrag der Tiroler Landesregierung, Innsbruck 1992
- Knapp, G.-A.: Die vergessene Differenz, in: Feministische Studien 1/1988
- Köpl, R.: Reformpolitik und die Frauenfrage, in: Fröschl, E./Zoitl, H. (Hg.): Der österreichische Weg 1970-1985, Wien 1986, S.225-238
- Landesjugendreferat Tirol (Hg.): Erhebung zur Situation der Jugend Tirols, Innsbruck 1977
- Lautmann, R.: Die Gleichheit der Geschlechter und die Wirklichkeit des Rechts, Opladen 1990
- Luger, K.: Medien im Jugendalltag, Wien Köln Graz 1985
- Maindok, H.: Anerkennung und Entwertung. Veränderungen in der Beurteilung weiblicher Fähigkeiten und Leistungen?, in: Müller, U./Schmidt-Waldherr, H. (Hg.): FrauenSozialKunde. Wandel und Differenzierung von Lebensformen und Bewußtsein, Bielefeld 1989, S. 74-81
- Martius-Spitzy, Ch./Pelz, M./Wagner, I.: Berufliche Sozialisation weiblicher Jugendlicher. Segmentierter Arbeitsmarkt, in: Janig, H. et al. (Hg.): Schöner Vogel Jugend. Analysen zur Lebenssituation Jugendlicher, Linz 1988, S. 439-457
- Neyer, G.: Frauen in der Politik, in: Angerer M.-L. et al. (Hg.): Auf glattem Parkett. Feministinnen in Institutionen, Wien 1991, S.57-72
- Österreichisches Statistisches Zentralamt (Hg.): Demografisches Jahrbuch Österreichs 1991, Wien 1992
- Pagenstecher, L./Jaeckel, M./Brauckmann, J.: Mädchen und Frauen unter sich: Ihre Freundschaften und ihre Liebesbeziehungen im Schatten der Geschlechterhierarchie, in: Kavemann, B. et al. (Hg.): Sexualität - Unterdrückung statt Entfaltung. Alltag und Biografie von Mädchen 9, Opladen 1985, S. 95-143
- Pazelt, A.: Unauffällig oder Diskriminiert? Die soziale Lage weiblicher Jugendlicher, in: Janig, H. et al. (Hg.): Schöner Vogel Jugend. Analysen zur Lebenssituation Jugendlicher, Linz 1988, S. 159-179
- Popp, U.: "Heiraten - das kann ich mir noch nicht vorstellen" - Das psychosoziale Moratorium bei Jungen und Mädchen in der Oberstufe, in: Tillmann, K.-J. (Hg.): Jugend weiblich - Jugend männlich, Opladen 1992, S. 51-64
- Prokop, U.: Weiblicher Lebenszusammenhang. Von der Beschränktheit der Strategien und der Unangemessenheit der Wünsche, Frankfurt/M. 1976
- Rosenberger, S.: Frauenpolitik in Rot-Schwarz-Rot. Geschlechterverhältnisse als Gegenstand der österreichischen Politik, Wien 1992
- Sachverständigenkommission 6. Jugendbericht (Hg.): Alltag und Biografie von Mädchen, Opladen 1988
- Sachverständigenkommission 8. Jugendbericht (Hg.): Lebensverhältnisse Jugendlicher. Zur Pluralisierung und Individualisierung der Jugendphase, Weinheim und München 1990
- Sichtermann, B.: Frauenarbeit. Zur Geschichte des Konflikts Hausarbeit/Beruf, in: dies., FrauenArbeit. Über wechselnde Tätigkeiten und die Ökonomie der Emanzipation, Berlin 1987, S. 11-34
- Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen (Hg.): Frauen in Österreich 1975-1985, Wien 1985

**2. Bericht zur Lage der Jugend**

179

class. (Hg.): Frauen in Österreich 1985-1990, Wien 1990

Tillmann, K.-J. (a): "Spielbubis" und "eingebildete Weiber" - 13- bis 16jährige in Schule und peer-group, in: ders. (Hg.): Jugend weiblich - Jugend männlich, Opladen 1992, S. 13-27

ders. (b): Söhne und Töchter in bundesdeutschen Familien - Mehr Kontinuität als Wandel?, in: ders. (Hg.): Jugend weiblich - Jugend männlich, Opladen 1992, S. 40-47

## Thema: Jugendliche und Schule

### Klimamerkmale wirksamer Schulen

Ausarbeitung: Ferdinand Eder

Grundlage: Selbstberichte von 1187 österreichischen Schüler/innen an allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen und Befragung von 1676 Schülern aus Gymnasien, Oberstufengymnasien, Höheren technischen Lehranstalten, Handelsakademien und Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe; Internationale und österreichische Forschung zum Thema Schulklima

Schule ist ein zentraler Lebensraum Jugendlicher, sie nimmt einen großen Teil ihrer Zeit, ihrer physischen und psychischen Energien in Beschlag. Sie erzeugt Erwartungen, Enttäuschungen und Ängste.

Wie Schule nicht nur einzelne Eigenschaften wie etwa Wissenserwerb und Leistung, sondern insgesamt das Leben der jungen Menschen beeinflusst, ist deshalb eine Frage von größter Bedeutung und, wie die hier vorgelegten Forschungen zeigen, eine Frage, deren Beantwortung erheblichen wissenschaftlichen Aufwand erfordert.

Es geht zunächst einmal darum, festzustellen, welche Wirkungen Schulen auf ihre Schülerinnen und Schüler ausüben, und dann, welche Eigenschaften von Schulen dafür ausschlaggebend sind, daß sie positive/wünschenswerte Auswirkungen haben. Berichte von mehr als tausend Schülerinnen und Schülern sowie eine im Jahresabstand dreimal wiederholte Befragung von 54 Schulklassen ermöglicht eine zuverlässige Abschätzung dieser Eigenschaften.

Aus der Gegenüberstellung und dem Vergleich aller dieser Ergebnisse läßt sich letztlich ein differenziertes Urteil über ein förderliches Schulklima abgeben, von dem Konsequenzen und Maßnahmen für die zukünftige Entwicklung der Schule abgeleitet werden können.

Beschreibung, Kritik und Veränderung von Schule wird auf diese Weise nicht vom grünen Tisch aus und nicht vom erhobenen Zeigefinger der Pädagogen oder der Politiker betrieben, sondern aufgrund von Schülerberichten und empirischen Fakten. Vor diesem Hintergrund wird das Bild einer wirksamen Schule der Zukunft entwickelt, das in zweifacher Hinsicht auf praktische Politik zielt: insofern diese auf persönliche Bildung und berufliche Ausbildung ihrer Jugendlichen und auf deren grundsätzliche staatsbürgerliche Loyalität angewiesen ist.

## KLIMAMERKMALE WIRKSAMER SCHULEN

Ferdinand Eder

Der vorliegende Text stellt die Zusammenfassung einer relativ umfangreichen, auf ausführliche empirische Analysen gestützten Expertise dar. Aus Platzgründen muß auf die Darstellung empirischer Ergebnisse fast zur Gänze verzichtet werden; in der Regel werden lediglich die Datengrundlagen und die Art der zugrundeliegenden Analysen berichtet. Für den an ausführlicheren Ergebnissen interessierten Leser wird auf den zugrundeliegenden Forschungsbericht (Eder 1992) verwiesen.

### Situationsanalyse und Fragestellung

Schule bildet in zunehmendem Ausmaß den zentralen Teil der Lebenswelt Jugendlicher. Immer mehr Jugendliche besuchen immer länger die Schule; es entstehen paraschulische Einrichtungen zur Betreuung jener Jugendlichen, die in der schulfreien Tageszeit keine familiäre Versorgung in Anspruch nehmen können; ein großer Teil der sozialen Kontakte, die Jugendliche eingehen können, finden in der Schule statt oder werden über die Schule vermittelt. Die Wichtigkeit von Schulbildung für Berufswahl und Laufbahnentwicklung und damit für den Zugang zu gesellschaftlichen Positionen und materiellen Ressourcen ist ungebrochen hoch.

Schule: zentraler Teil der Lebenswelt Jugendlicher

Angesichts dieser allgemeinen Bedeutung der Schule für das gegenwärtige und das zukünftige Leben der Jugendlichen erscheint es wichtig, daß Schulen "wirksam" sind (im Sinne der Erfüllung ihrer Aufgaben), zumindest keine schädigenden Auswirkungen zeigen und von den Jugendlichen als positiver Bestandteil ihres Lebens erfahren werden können.

Es gibt deutliche Hinweise, daß Schulen von zahlreichen Jugendlichen als nicht unproblematischer Teil ihrer Lebenswelt erfahren werden (vgl. die Zusammenfassung österreichischer Schuluntersuchungen in Eder (1988, S.396)), sodaß zunehmend mehr die Frage in den Vordergrund rückt, welche förderlichen bzw. hemmenden Faktoren für die faktisch oft negativen Auswirkungen von Schulen verantwortlich sind, bzw. welche Merkmale oder Merkmalssyndrome Schulen aufweisen sollten, damit sie von den Jugendlichen als Hilfe für die eigene Entwicklung erkannt und positiv angenommen werden können.

Jugendliche: Schule nicht unproblematisch

### Was sind wirksame Schulen ?

Die Analyse "wirksamer" oder "guter" Schulen geht von der Vorstellung aus, Schulen nicht nach ihrem Curriculum, nach dem Ausbildungsstand ihrer Lehrer oder nach ihren materiellen Ressourcen zu bewerten, sondern nach ihren tatsächlichen, empirisch nachgewiesenen Wirkungen auf die Schüler. Vorweg ist dabei jeweils zu klären, welche Art von Auswirkungen angestrebt bzw. überprüft wird (Kriterien, Effekte von Schule) und nach welchem Maßstab auftretende Effekte zu bewerten sind, um von "guten" oder "wirksamen" Schulen sprechen zu können.

Maßgebend: nachweisbare Wirkung

Während sich die traditionelle Schulforschung und die öffentliche Diskussion über die Schule vor allem am Kriterium "Leistung" orientiert, geht die empirische Wirkungsforschung von der Vorstellung aus, daß die Wirkungen von Schulen in einem weiteren Rahmen zu sehen sind und neben der Leistung auch das Befinden und

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

182

Verhalten in und auch außerhalb der Schule sowie die Entwicklung von Dispositionen für späteres Verhalten miteinbezogen werden muß. Eine Beschränkung auf fachunterrichtliche Leistungen bzw. auf die rein kognitive Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in der Schule würde eine unzulässige Einschränkung bedeuten; die Wirkungen von Schule sind vielmehr ganzheitlich - bezogen auf die psychische, physische, emotionale und soziale Entwicklung von jungen Menschen - zu sehen.

"Leistung" kein ausreichendes Kriterium

In empirischen Untersuchungen zeigen die erhobenen Effektvariablen von Schule im allgemeinen eine niedrige positive Interkorrelation, sowohl auf Individualebene wie auch auf Schulebene (vgl. z. B. Rutter 1983, Eder 1992), was darauf hindeutet, daß sich die einzelnen Effekte von Schule im allgemeinen nicht widersprechen. Charakteristisch für Schulen ist vielmehr offensichtlich, daß sie allgemein positiv oder auch negativ wirken, anders ausgedrückt: daß es eben bessere und schlechtere Schulen gibt, und daß sich dieses Besser- oder Schlechter-Sein nicht auf isolierte Einzelkriterien, sondern auf die gesamte Wirkung von Schulen bezieht.

Es gibt bessere und schlechtere Schulen

Vor allem die amerikanische Schulforschung der sechziger Jahre (Jencks u.a. 1972, Coleman u.a. 1961) hat aufgezeigt, daß weniger die materiellen Ressourcen einer Schule für ihre Wirksamkeit ausschlaggebend sind, sondern der familiäre und soziale Hintergrund der Schüler; diese in die Schule mitgebrachten Herkunftsmerkmale sind in z. T. größerem Ausmaß für den sichtbaren Erfolg von Schulen verantwortlich als die Qualität der Unterrichtsarbeit, die in ihnen geleistet wird. Eliteschulen verdanken ihren guten Ruf und ihre unbestreitbaren Unterrichtserfolge häufig nicht der Qualität der ablaufenden Unterweisungsprozesse, sondern der Selektivität ihrer Beschickung. Erfolg bzw. Wirksamkeit von Schulen ist daher immer relativ zu den Zugangsmerkmalen ihrer Schüler zu sehen.

Einfluß der sozialen Herkunft der Schüler

Demgegenüber hat die Wirksamkeitsforschung in den letzten Jahrzehnten aufzuzeigen versucht, daß die konkrete Unterrichtsarbeit an der einzelnen Schule sehr wohl einen Einfluß auf die Entwicklung der Schüler nehmen kann. Gute Schulen im Sinne von wirksamen Schulen sind jene, die in bezug auf die Herkunftsmerkmale der Schüler und in Hinblick auf die oben genannten Kriterien mehr aus ihren Schülern machen als andere.

Einfluß der konkreten Unterrichtsarbeit

Empirische Untersuchungen zur Wirksamkeit von Schulen stammen vor allem aus dem angloamerikanischen und nur vereinzelt aus dem deutschsprachigen Raum Rutter u.a. 1979, Purkey und Smith 1989, Austin und Holowenczak 1989, Fend 1986). Die folgende Tabelle enthält eine Auswahl von Aspekten, die sich in den verschiedenen Untersuchungen für die Qualität von Schulen als wirksam erwiesen haben.

\* Sozialstrukturelle Merkmale:

Qualität der physischen Ausstattung - adressatenmäßiges Curriculum - Stabilität des Lehrkörpers - Arbeitszufriedenheit der Lehrer - Autonomie-spielraum für Schulleitung

Tabelle: Merkmale guter Schulen

\* Normative Aspekte der Schule:

Gemeinsame und für alle verbindliche Normen - Wertschätzung von Leistung - reichhaltiges Schulleben

\* Unterrichts- und Lehrerverhalten:

Positive Leistungserwartungen - belohnungsorientierte Disziplinierungspraktiken - Aufgabenorientierung im Unterricht - Techniken einer effizienten Klassenführung - maximale Nutzung der Lernzeit - regelmäßige Leistungs-nrollen - Lehrer stehen auch außerhalb des Unterrichts zur Verfügung

\* Prozeßmerkmale im Kollegium:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

183

gemeinsame Fortbildung

\* Schulleitermerkmale:

Pädagogisch, nicht administrativ orientierte Leitung - Vorhandensein einer Strategie zur Schulentwicklung - Kontrolle der Lehrer und Lehrtätigkeit

\* Außenbeziehungen der Schule:

Intensive Information und Einbeziehung der Eltern - Unterstützung durch die Schulbehörde

Die zitierten Untersuchungen weisen bei aller Heterogenität der Identifizierungstechniken guter Schulen und des methodischen Zugangs bei ihrer Analyse und Beschreibung auf einen gemeinsamen Faktor: Nicht der einzelne Lehrer und sein Verhalten in der Klasse steht im Zentrum, sondern das Zusammenwirken von Schulleitung, Lehrern, Schülern und z. T. auch Eltern im Gesamtrahmen der Schule; nicht Einzelmerkmale, sondern ihre Interaktion, also die an den Schulen herrschenden charakteristischen "Verhältnisse" (Schulkultur, Ethos, Klima) sind für die Wirkung von Schulen bedeutsam.

Das Zusammenwirken aller Einflußfaktoren macht die Wirkung aus

Was hier als Schulethos bezeichnet wird, umfaßt neben der Art und Weise, wie eine bestimmte Schule ihre Erziehungs- und Unterrichtsarbeit wahrnimmt, auch die Einstellungen, Haltungen und Normen, die an einer Schule gelten. Dieser Aspekt kann in der Tradition von Fend (1977) als das Klima einer Schule bezeichnet werden; er versteht darunter "die Art und Weise, wie Sozialisationsprozesse in veranstalteter Form durchgeführt werden, die 'Verlebendigung' institutioneller Verhältnisse durch die Individualität der Lehrer und Schüler und die dabei entstehenden Lebensformen" (1977, S 64). Der Begriff umfaßt somit das Insgesamt innerschulischer Bedingungen und Prozesse, das für den Einfluß einer Schule auf ihre Schüler ausschlaggebend ist.

Das "Schulklima"

### Selbstberichtete Wirkungen von Schulen

Von Schülern, die an einer auf mehrere Jahre angelegten Untersuchung zum Klima an weiterführenden höheren Schulen teilnahmen (Eder, 1992), wurden Auswirkungen und Begleiterscheinungen des Schulbesuchs zunächst in Form von freien Selbstberichten erfaßt.

Die Frage

Die Teilnehmer an der Untersuchung - 1425 Schüler an allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen, die nach Absolvierung der Pflichtschulzeit bereits mindestens zwei Jahre an diesem Schultyp verbracht hatten - wurden gebeten, sich mit folgender Aufgabe auseinanderzusetzen:

"Der Besuch einer weiterführenden höheren Schule über Jahre hinweg geht an einem Menschen nicht spurlos vorüber. Bitte denk einmal nach, was der Schulbesuch für Dich eigentlich gebracht hat; anders formuliert; welche "Spuren" die Schule an Dir und in Deinem Leben hinterlassen hat - Erfahrungen, Veränderungen, Sichtweisen usw....Versuche bitte, das in einem (kurzen) Resümee zusammenzufassen !"

Von den 1187 Schülern, die sich an dieser freiwillig zu bearbeitenden Aufgabe beteiligten und Statements unterschiedlichster Länge lieferten, wurden im Rahmen der Quantifizierung dieses Materials 3747 "Argumente" erfaßt und kategorisiert; darin sind jedoch auch Angaben enthalten, die nicht unmittelbar Wirkungen der Schule abbilden, sondern z.B. einfach Kommentare zur Schule oder zur eigenen Situation darstellen. Die folgende Abbildung bringt eine Darstellung der Häufigkeit jener Kategorien, die als unmittelbare Schulwirkungen gesehen werden können.

Die Antworten

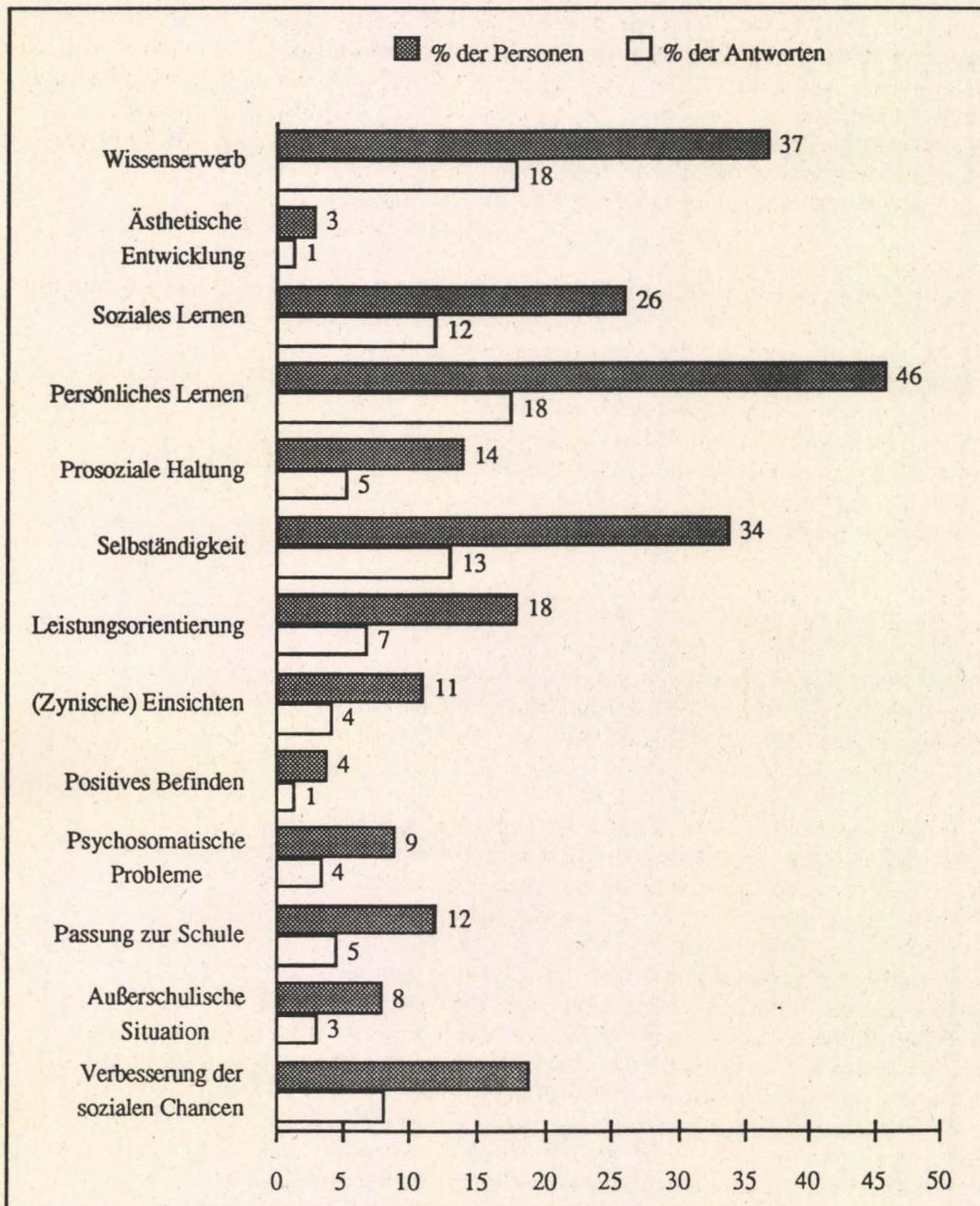
Als Indikatoren für die Wichtigkeit einzelner schulischer Wirkfaktoren wird der Prozentsatz der Schüler, der sie erwähnt (obere Zeile) und der Prozentsatz der

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

184

Argumente, der auf sie entfällt, gewertet.

Abbildung 1. Auswirkungen der Schule in Selbstbeschreibungen Jugendlicher



## 2. Bericht zur Lage der Jugend

185

Zu den vorliegenden Forschungsergebnissen ist einschränkend anzumerken, daß sie sich lediglich auf die Variation von Merkmalen zwischen einzelnen schulischen Organisationen, also "individuelle" Merkmale einzelner Schulen, beziehen, insgesamt jedoch jeweils in Bezug auf ein im Hintergrund bestehendes, meist staatliches Schulsystem zu verstehen sind. Hingegen werden institutionelle Merkmale von Schulen, also jene, die weitgehend den Charakter von Schule insgesamt prägen, selten berücksichtigt. Grundlegende Merkmale der Schule, wie z. B. die Dominanz der Leistungsbeurteilung oder die häufig übermäßige zeitliche Belastung der Schüler können daher in ihrer Auswirkung auf das Verhalten und Befinden von Schülern mit einem solchen Zugang nicht erfaßt werden, weil keine oder nur eine geringfügige Variation zwischen den einzelnen Schulen besteht. Wesentliche Erkenntnisse wären hier z. B. aus dem Vergleich von Regelschulen und Alternativschulen zu gewinnen.

Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Wenn Jugendliche aus weiterführenden höheren Schulen ohne Vorstrukturierung der Antworten offen angeben können, was ihnen der Besuch einer Schule eigentlich bringt oder bisher gebracht hat, und welche Spuren er in ihrem bisherigen Leben hinterlassen hat, stehen drei Kategorien im Vordergrund: Entwicklung der Persönlichkeit, Erwerb von Wissen, und soziales Lernen im Sinne einer Integration in die Gruppe oder Gesellschaft. Entwicklung der Persönlichkeit besagt dabei, daß jemand der Schule den Gewinn bedeutsamer Einsichten, den Erwerb solidarisch-sozialer Haltung, einen Zuwachs an Selbständigkeit und kritischer Haltung oder die Entwicklung einer auf später gerichteten Leistungshaltung zuschreibt. Mehr als zwei Drittel der Befragten schreibt der Schule eine Wirkung in diesem Bereich zu.

Wissenserwerb bedeutet den Zugewinn an nützlichem Allgemein- oder Spezialwissen, den Erwerb von Techniken oder auch von Qualitäten des Denkens. Fast 40% der Befragten erwähnen, daß die Schule in diesem Bereich für sie bedeutsam geworden ist.

Soziales Lernen bezieht sich auf den Sachverhalt, daß die Schule Gelegenheit bietet, mit anderen Personen in Kontakt zu treten, soziale Erfahrungen zu machen, das Zusammenleben mit anderen zu lernen und Menschenkenntnis zu erwerben. Etwas mehr als ein Viertel der Befragten schreibt der Schule in diesem Bereich Bedeutung für sein Leben zu.

Neben diesen Hauptbereichen, die unmittelbar auf Merkmale und Haltungen der Person gerichtet sind und günstige Auswirkungen der Schule im Sinne ihrer unmittelbaren Aufgaben darstellen, werden auch als ungünstig zu wertende Effekte berichtet: Etwas mehr als 10 % der Befragten sehen die Wirkung der Schule im Erwerb zynischer Einsichten über Schule und Leben, ein vergleichbar hoher Anteil sieht überwiegend Stress, Angst, psychosomatische Beschwerden und Depressionen als Resultat des Schulbesuchs. Ein geringer Anteil der Schüler (weniger als 5 %) berichtet positive Auswirkungen auf das Befinden; von den etwa 12 % der Schüler, die über ihre "Passung" zur Schule berichten, geben zwei Drittel an, daß sie mit Sicherheit oder sehr wahrscheinlich eine falsche Schule gewählt haben und damit unzufrieden sind.

Neben Effekten der Schule, die unmittelbare Einflüsse auf das Befinden, Verhalten oder die Entwicklung einer Person darstellen, gibt es auch noch Begleiterscheinungen des Schulbesuchs, die für die Jugendlichen von großer Bedeutung sind: Etwa ein Viertel der Befragten schreibt der Schule eine Verbesserung der sozialen Chancen für die Zukunft zu; etwas weniger als 10 % berichten negative Auswirkungen auf ihr gegenwärtiges Leben, insbesondere Beeinträchtigung der sozialen Beziehungen zu Eltern und Gleichaltrigen, Verlust von (Frei-)Zeit für kreative Beschäftigungen usw.

Zusätzliche Analysen haben ergeben, daß diese Angaben weitgehend unabhängig vom Geschlecht der Schüler sind (lediglich Selbständigkeit und soziales Lernen werden

Wichtigste  
Wirkungen der  
Schule nach  
Meinung der  
Schüler

- Entwicklung der  
Persönlichkeit

- Wissenserwerb

- Soziales  
Lernen

Ungünstige  
Wirkungen

Zukunftschancen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

186

etwas häufiger von weiblichen Jugendlichen berichtet). Sie hängen aber signifikant und in einigen Fällen auch in relevanter Größenordnung mit den Schultypen zusammen, wobei bezüglich der unmittelbaren Einflüsse auf die Person die Gymnasien am wirkungsvollsten erscheinen.

### Gemessene Auswirkungen von Schulen

In der bereits erwähnten Untersuchung zum Schulklima an weiterführenden höheren Schulen Österreichs (Eder 1992) wurde eine Stichprobe von Schülern aus Gymnasien, Oberstufengymnasien, Höheren Technischen Lehranstalten, Handelsakademien und Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe) an drei im Jahresabstand aufeinanderfolgenden Terminen zum Klima in ihren Klassen bzw. Schulen befragt. Zugleich wurden auch Daten zu Merkmalen erhoben, die als Auswirkungen des Schulbesuchs wie auch des Klimas an der Schule verstanden werden können, u. a. Leistung und Arbeitszeit für die Schule, Verhalten in Schule und Unterricht, Zufriedenheit mit der Schule, Angaben zum Selbstkonzept und Selbstwertgefühl und zu psychischen Belastungen durch die Schule. Die Untersuchung setzte mit 1676 Schülern aus 64 Klassen ein; im darauffolgenden Jahr wurden aus den gleichen Klassen 1571 Schülerinnen und Schüler erfaßt (davon 1356 wiederbefragt), im dritten Jahr umfaßte die Stichprobe 1425 Schüler (davon 1139, die auch an den beiden vorausgegangenen Terminen angetroffen worden waren). Die Befragungen erfolgten jeweils zur Mitte des Schuljahres.

### Die Untersuchung

Die vorliegenden Daten decken nicht die volle Dauer einer Schullaufbahn in berufsbildenden höheren Schulen bzw. der Oberstufe in Gymnasien ab, können aber in einem kombinierten Längs-/Querschnittsdesign so angeordnet werden, daß Datenverläufe über die gesamte Dauer der Schullaufbahn sichtbar werden; dies ist möglich, weil die Untersuchung in den berufsbildenden höheren Schulen mit den drei unteren Jahrgängen einsetzte und diese durch drei Jahre begleitete, bis die oberste Klasse das Abschlußjahr erreicht hatte. In den Gymnasien gab es eine analoge Vorgangsweise mit zwei Ausgangsstufen. Die Ergebnisse zu den Auswirkungen und Begleiterscheinungen des Schulbesuchs können hier nur in Stichworten dargestellt werden:

Etwa 55% der Jugendlichen wenden außerhalb der Schulzeit wöchentlich noch mehr als 10 Stunden für die Schule auf, etwa ein Viertel mehr als 16 Stunden. Die Höchstwerte liegen bei 30 Stunden zusätzlicher Arbeitszeit pro Woche. Die Jugendlichen erreichen damit wöchentliche Arbeitszeiten, die über jene der Erwachsenen (und ihrer Lehrer) deutlich hinausgehen. Während bei den Burschen dieser Aufwand während der Schullaufbahn einigermaßen gleich bleibt, kommt es bei den Mädchen mit zunehmender Nähe der Matura zu einem starken Anstieg (von durchschnittlich ca. 13 Stunden zu Beginn der Schullaufbahn auf ca. 18 Stunden in der Mitte des Abschlußjahres).

Die Verteilung der Noten in den Hauptgegenständen (Deutsch, Englisch, Mathematik) folgt ungefähr dem Modell einer Normalverteilung, weist aber selbst nach diesem Modell noch unverhältnismäßig viele schlechte Noten aus. (Dabei bildet bereits das Modell der Normalverteilung eine zweifelhafte und gesetzlich nicht vorgesehene Grundlage für die Leistungsbeurteilung). Während der Schullaufbahn verschlechtern sich die Durchschnittsnoten - obwohl zugleich immer eine Anzahl schlechter Schüler ausscheidet - auch bei jenen Schülern, die von Anfang an erfolgreich sind, obwohl die Arbeitszeit für die Schule während der Schullaufbahn gleichbleibt bzw. bei den Mädchen deutlich zunimmt.

Noten: verschlechtern sich während der Schulzeit

Etwa etwa 70 % der Schüler gehen "sehr gerne" oder "gerne" in die Schule; etwa 5 % tun es "sehr ungern". Jedoch haben etwa ein Drittel der Befragten ernsthafte Zweifel an ihrer Schullaufbahnwahl oder sind sich sicher, nicht die richtige Entscheidung ge-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

187

troffen zu haben. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede nach Geschlecht und Schultyp. Mädchen sind erheblich häufiger über ihre Schulwahl verunsichert; in den Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe übersteigt die Quote derer, die hinsichtlich ihrer Schulwahl verunsichert sind (bzw. sicher sind, nicht die richtige Schule gewählt zu haben) bereits die 50 %-Marke. Die geringste Unsicherheit zeigen Schüler der Höheren Technischen Lehranstalten. Die Zufriedenheit mit der Schule nimmt während der Schullaufbahn deutlich ab.

Die Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit im Unterricht nimmt während der Schullaufbahn deutlich ab. Parallel dazu kommt es, vor allem in den berufsbildenden höheren Schulen, zu einem dramatischen Anstieg des Schulschwänzens, der einer partiellen Schulverweigerung gleichzusetzen ist.

Dramatischer Anstieg des Schulschwänzens

Im Rahmen der Selbstkonzeptmessung vorgegebene Aussagen mit stark selbstverkleinernder oder selbstwertmindernder Tendenz - z. B. Items wie "Manchmal glaube ich, daß ich zu überhaupt nichts gut bin", "Es gibt nicht viel, auf das ich stolz sein könnte", oder "Ich wollte, ich könnte von mir eine bessere Meinung haben" - werden von 6 - 25% der Schüler überwiegend zustimmend beantwortet; es gibt offensichtlich einen gewissen Kern von Jugendlichen, die sich selbst stark als Versager mit wenig wertvollen Eigenschaften erleben. Dieser radikal negativen Selbstsicht steht eine größere Gruppe von Jugendlichen gegenüber, die explizit mit sich selber zufrieden sind, sich positive Eigenschaften zuschreiben und mit großem Vertrauen in die eigene Leistungsfähigkeit in die Zukunft blicken.

Mehrheit der Schüler mit sich selbst zufrieden

Mädchen nehmen sich im Bereich des "Allgemeinen Selbstwertgefühls" und im "Leistungsselbstkonzept" weniger positiv wahr als Burschen, weisen aber im "Sozialen Selbstkonzept", das dem traditionellen Rollenbild entspricht, deutlich günstigere Werte auf. Eine positive Entwicklung des Selbstwertgefühls und des Leistungsselbstkonzepts während der Schullaufbahn ist bei den Burschen feststellbar; bei den Mädchen führt der Schulbesuch über die Zeit hinweg im Durchschnitt nicht oder kaum zu einer Steigerung des Selbstwertgefühls oder des Gefühls der eigenen Kompetenz, obwohl es viele Hinweise gibt, daß sie die Schule ernster nehmen und in sie mehr Arbeit investieren.

Ca. 19 % der hier befragten Schüler sind als stark oder extrem belastet hinsichtlich depressiver Verstimmung einzustufen, ca. 14 % berichten extremen Schulstreß und etwa 7 % sind stark oder extrem durch ein Syndrom psychovegetativer Beschwerden belastet. Während bei den Burschen die psychische Belastung durch die Schule relativ gleich bleibt, steigt sie bei den Mädchen mit zunehmender Schullaufbahn stark an.

Extrem belastete Schüler

Charakteristisch erscheint vor allem, daß sich die erfaßten Wirkungsvariablen während der Schullaufbahn fast durchgehend negativ entwickeln und daß es in den meisten Bereichen deutliche Geschlechtsunterschiede gibt (wobei jeweils die Mädchen die ungünstigere Entwicklung zeigen).

Ungünstige Entwicklungstendenzen

Die allgemein ungünstigen Entwicklungstendenzen, wie sie im vorigen Abschnitt berichtet wurden, bedeuten nun keinesfalls, daß alle Schüler die Schule zunehmend negativer erleben; viele entwickeln während der Schulzeit im Vergleich zu den anderen oder auch absolut gesehen relativ günstige Einstellungen zur Schule, sind mit ihr zufrieden, strengen sich an und erleben die Schulzeit als eine Phase des Zuwachses an Kompetenz und Selbstbewußtsein. Aus der Gegenüberstellung von Schülern mit positiven Schulwirkungen bzw. mit positiver Entwicklung während der Schulzeit mit solchen, für die dies wenig oder gar nicht zutrifft, lassen sich Hinweise auf die inner-schulischen Bedingungen und Prozesse gewinnen, die dafür ausschlaggebend sind.

Was macht positive, was negative Schulwirkung aus?

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

188

### Sachkompetenz - Selbstkompetenz - Sozialkompetenz: die zentralen Ziele der Schule

Bildungsinstitutionen haben eine doppelte Funktion: sie unterstützen im Idealfall den Aufbau und die Entwicklung der Persönlichkeit und leisten zugleich die Reproduktion der Gesellschaft in ihren nachwachsenden Mitgliedern. Für den Aspekt der Persönlichkeitsentwicklung lassen sich nach Roth (1976) drei Zielkategorien bestimmen: Selbstkompetenz, Sachkompetenz und Sozialkompetenz.

Die Hauptkategorien der von den Jugendlichen selbst berichteten Schulwirkungen (vgl. den vorhergehenden Abschnitt) bilden nun jene Bereiche ab, die nach einer Theorie der Schule oder der Bildung als Zielkategorien für die Erziehung bzw. Entwicklung von Kindern und Jugendlichen postuliert werden können: der Erwerb von Wissen entspricht vor allem der Entwicklung von Sachkompetenz; soziales Lernen zielt auf den Bereich der Sozialkompetenz; Selbstkompetenz bzw. Selbstbestimmungsfähigkeit finden ihre Entsprechung in der Wirkungskategorie der Selbständigkeit und des persönlichen Lernens.

Merkmale eines  
guten Schulklimas

Aus dem Vergleich der Selbstberichte der Schüler und den gemessenen Schulwirkungen mit der ebenfalls erhobenen Einschätzung des Schulklimas durch die Schüler ergibt sich bei allen statistischen Kontrollverfahren ein einhelliges Bild eines im Sinne der zentralen Zielsetzungen wirksamen Schulklimas: Von der Schule positiv beeinflusste Schüler erleben - so lassen sich die Ergebnisse kurz zusammenfassen - die Beziehungen zu den Lehrern und den Mitschülern positiver, berichten weniger Leistungs- und Unterrichtsdruck, hingegen ein hohes Maß an Vermittlungsqualität und Beteiligung der Schüler im Unterricht.

Wirksame Schulen bieten ihren Schülern mehr Mitsprachemöglichkeiten, weisen eher eine kriterienbezogene Beurteilungspraxis auf und bieten eine höhere Unterrichtsqualität und mehr Kontrolle und Rückmeldung über die Arbeit der Schüler.

### Bedingungen von "Schulinvolverment"

Als weiterer Indikator für positive Schulwirkung kann das Ausmaß des "Schulinvolverments" verstanden werden. Unter Schulinvolverment wird das Ausmaß der Zufriedenheit, das Ausmaß der Mitarbeit und das Leistungsniveau, das ein Schüler in der Schule erreicht, verstanden. Schulinvolverment drückt das Ausmaß der aktiven Auseinandersetzung mit den Aufgaben und Anforderungen der Schule sowie das emotionale Wohlbefinden in der Schule aus.

Schulen, deren Schüler hohes Schulinvolverment zeigen, zeichnen sich vor allem aus durch hohe Unterrichtsqualität (wenig Unterrichtsdruck, dafür intensive Bearbeitung und Vermittlung), geringe Repressivität/Restriktivität im Umgang mit den Schülern und ein hohes Ausmaß an Gerechtigkeit in der Leistungsbeurteilung. Die Schüler dieser Schulen zeigen eine hohe Lernbereitschaft. Die Beziehungen der Schüler untereinander scheinen für die Entstehung von Schulinvolverment ohne große Bedeutung zu sein.

Bedingungen  
für hohes  
Schulinvolverment

### Schulische Bedingungen personaler Integrität

Als personale Integrität wird der Zustand einer Person bezeichnet, die ein positives Bild von den eigenen Fähigkeiten hat, sich selbst positiv sieht, sich für wertvoll hält, und frei ist von gravierenden psychischen Belastungen. Eine solche Person ist im Kern ihres Selbst nicht verletzt oder beeinträchtigt. Fehlende personale Integrität bedeutet

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

189

demgegenüber in diesem Zusammenhang eine Beeinträchtigung des Selbstkonzepts und des Selbstwertgefühls in Kombination mit einem hohen Grad psychischer Belastung, insbesondere depressive Verstimmung, Schulstreß und psychovegetative Beschwerden.

Als Indikator für personale Integrität wurden die Angaben zum Selbstkonzept (Allgemeines Selbstwertgefühl, Leistungsselbstkonzept, soziales Selbstkonzept) und zu den berichteten psychischen Belastungen verwendet.

Selbstkonzept und Selbstwertgefühl lassen sich aus den Elementen des subjektiv erlebten Schulklimas nur in einem relativ geringen Ausmaß vorhersagen. Aus den simultan erhobenen Klima-Angaben wird bei den Burschen knapp unter 10 %, bei den Mädchen weniger als 8 % der Varianz der Selbstkonzeptangaben aufgeklärt.

- Selbstwertgefühl:  
geringer Einfluß  
des Schulklimas

Das Ausmaß der psychischen Belastungen durch die Schule läßt sich hingegen relativ gut aus dem erlebten Klima vorhersagen; bei Burschen und Mädchen können über zwei Jahre reichende hochsignifikante Einflüsse des Klimas aufgezeigt werden, die einen wichtigen Beleg für die langfristige Wirkung des Klimas auf die psychische Gesundheit bilden. Aus der Detailanalyse der einzelnen Klimadimensionen geht sehr deutlich hervor, daß mit großem Abstand der erlebte Sozial- und Leistungsdruck für die psychischen Belastungen durch die Schule verantwortlich zu machen ist.

- Psychische  
Belastung:  
großer Einfluß  
des Schul-  
klimas

Als Resümee der Analysen zu personalen Integrität läßt sich feststellen, daß das Klima in der Schule möglicherweise einen längerfristigen, aber wohl nur relativ geringen Einfluß auf das Selbstkonzept und Selbstwertgefühl der Jugendlichen haben dürfte, und daß die entscheidenden Einflüsse für die Veränderung der Selbstsicht in diesem Alter vermutlich in der Gruppe der Gleichaltrigen zu suchen sind. Darauf deutet auch hin, daß von allen Bereichen des Schulklimas die sozialen Beziehungen der Schüler untereinander noch am ehesten für die Ausprägung des Selbstkonzepts von Bedeutung sind. Massiv sind hingegen die Einflüsse des Klimas auf die psychischen Belastungen. Neben dem dominierenden Einflußfaktor "Sozial- und Leistungsdruck" spielt dafür auch die Intensität des Unterrichts eine verstärkende Rolle, wenn auch in viel geringerem Ausmaß.

### Zieldimensionen zur Verbesserung der Wirksamkeit und Akzeptanz von Schulen

Es wäre illusorisch, bei der Analyse des Verhältnisses von Jugend und Schule von vornherein von der Annahme einer harmonischen Übereinstimmung oder Interessengleichheit auszugehen. Schließlich ist eine der wesentlichen gesellschaftlichen Funktionen der Schule jene, durch die konkrete Gestaltung der schulischen Sozialisationsprozesse die Jugendlichen auf die Übernahme von Rollen und Positionen in der Gesellschaft vorzubereiten. Ein solcher Prozeß ist genuin mit der Beschneidung und Frustration individueller Bedürfnisse und Entfaltungsmöglichkeiten verbunden, der notwendig auch Widerstand hervorruft. Viele der hier berichteten Ergebnisse geben jedoch Anlaß zur Annahme, daß allein durch eine Verbesserung der innerschulischen Prozesse die Akzeptanz der Schule bei den Jugendlichen vergrößert, ihre Wirksamkeit gesteigert und ihre schädigenden Nebenwirkungen verringert werden können. Die Suche nach solchen Verbesserungsmöglichkeiten ist nicht nur wichtig, um individuelle Entfaltungsmöglichkeiten zu fördern und Schulen in irgendeiner Form "effizienter" zu machen, sondern rührt auch an das Problem, ob nicht Schulen, die den Jugendlichen mit zu starkem Anpassungsdruck gegenüber treten, letzten Endes auch die Entfaltung eines gesellschaftlich wichtigen kreativen Potentials verhindern.

Bessere Schulen  
sind möglich

Förderung der Person-Umwelt-Kongruenz zwischen Schüler und Schule.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

190

Schulinvolverment setzt als eine wesentliche Komponente Schulzufriedenheit voraus. Zufriedenheit kann auch gesehen werden als eine Funktion der Übereinstimmung zwischen den Interessen und Fähigkeiten der Person und den Anforderungen bzw. Handlungsmöglichkeiten der Umwelt, in der sie sich befindet. Eine solche Passung zwischen Person und Umwelt (Kongruenz) kann auf zwei Arten erhöht werden: durch entsprechende Zuordnung von Schülern auf der Personseite oder durch Anpassung der schulischen Anforderungen an die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Person.

Das österreichische Schulsystem ist im weiterführenden Bereich in einem Ausmaß differenziert, daß für alle grundlegenden Interessenrichtungen ein zumindest in den Hauptbereichen entsprechendes Schulangebot vorhanden ist. [Im Person-Umwelt-Modell von Holland (1985) werden z. B. für unseren Kulturbereich sechs Interessenbereiche für grundlegend gehalten: realistische (R), intellektuell-forschende (I), sprachlich-künstlerische (A), soziale (S), unternehmerische (E), ordnend-verwaltende (C) Interessen. Dem entsprechen im weiterführenden höheren Schulbereich zumindest den Grundintentionen nach z. B. die Höheren Technischen Lehranstalten (RIC), Gymnasien (IA), Höhere Lehranstalten für Kindergartenpädagogik (SA), Höhere Lehranstalten für wirtschaftliche Berufe (SAC) oder Handelsakademien (CE)]. Untersuchungen von Bergmann (1989) haben gezeigt, daß sich - ausgehend von den Interessen und nach Schultypen sehr verschieden - jeweils etwa 50% der Jugendlichen, die weiterführende höhere Schulen besuchen, in jenem Schultyp befinden, der ihren Interessen am meisten entspricht; die übrigen haben Schullaufbahnentscheidungen getroffen, die zumindest hinsichtlich der Kongruenz zwischen Person und Umwelt problematisch sind. Die Gründe dafür sind - neben solchen, die im teilweise fehlenden regionalen Schulangebot gesucht werden können - Elterneinflüsse oder auch fehlende Information und Beratung. Ausreichende Beratung bei Schuleintritt bzw. Schulwechsel, aber auch die Möglichkeit, Laufbahnfehlentscheidungen ohne große Verluste in der Schullaufbahn zu korrigieren, können dazu beitragen, die Kongruenz zwischen Person und Umwelt zu erhöhen und damit auch bessere Bedingungen für Schulinvolverment zu schaffen.

Schulangebot für jede Interessensrichtung

50 % der Schulabsolventen problematisch

Mehr Schwerpunktsetzungen und Wahlfächer

Abstimmungen des Unterrichtsangebotes auf die Interessen und Bedürfnisse der Schüler sind einerseits möglich durch entsprechende Schwerpunktsetzungen bei den bestehenden Unterrichtsfächern, bei der Gewichtung der Themen innerhalb des bestehenden Lehrplanes, sowie durch Angebote an Wahlfächern. Dies setzt Autonomie und Flexibilität beim einzelnen Lehrer sowie bei der einzelnen Schule voraus.

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen, daß auch die berufsbildenden höheren Schulen keinesfalls mehr als lediglich berufsvorbereitend angesehen werden können. Z. B. zeigen Befragungen, daß mehr als 30% der Schüler an Höheren Technischen Lehranstalten oder auch an Handelsakademien nicht die Absicht haben, in einen Beruf einzutreten, sondern ein Studium zu ergreifen, nicht selten auch eines, das die bisherige Schulausbildung nicht zu Voraussetzung hat. Diese Situation bildet eine zusätzliche Rechtfertigung, gegebenenfalls im Interesse der Schüler auch von der starken Ausrichtung eines Schultyps auf einige wenige klar umrissene Berufsfelder Abstriche vorzunehmen.

Beispiel HTL

### Aspekte der Leistungsbeurteilung

Die vorliegenden Informationen über die Praxis der Leistungsbeurteilung in der Schule weisen sie als ein destruktives Motivationssystem aus, in dem im Verhältnis zu Fähigkeit und Anstrengung die Wahrscheinlichkeit des Mißerfolgs überproportional hoch ist. Das belegen die geringen Retentionsraten der einzelnen Schultypen, die im Extremfall Mißerfolg fast gleich häufig ausweisen als Erfolg (vgl. Eder, 1988), die selbst nach den Maßstäben einer statistischen Normalverteilung überproportionale Häufigkeit schlechter Noten in den Hauptgegenständen sowie die sukzessive Notenverschlechter-

Destruktives Motivationssystem

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

191

zung während der Schullaufbahn bei gleichbleibender oder steigender Anstrengung und zeitlichem Aufwand für die Schule. Diese Faktoren bilden einen motivationalen Kontext, in dem aktive Beteiligung nicht lohnend erscheint.

Es gibt deutliche Hinweise (vgl. z. B. Hurrelmann und Wolf 1986), daß das Wiederholen von Schulstufen als die extremste Form schulischen Mißerfolgs nicht den Beginn einer nunmehr positiven Schullaufbahn darstellt, sondern eher den Start in eine Karriere als Schulversager mit deutlich herabgesetzten Erwartungen an sich selbst und die eigene Leistungsfähigkeit. Vermutlich sind es überwiegend Gründe der leichteren Buchführung über die Laufbahnen der einzelnen Schüler, die bei Mißerfolg in einzelnen Gegenständen die Wiederholung der gesamten Schulstufe zweckmäßig erscheinen lassen; in sachlicher Betrachtung erweist sich das Repetieren als biographisch im Regelfall schädlich und ökonomisch insofern unsinnig, als es für das Bildungssystem eine künstliche Überhöhung der Schüler-, Klassen- und Lehrerzahlen im Ausmaß der Repetitionsquoten, individuell die Kosten für ein zusätzliches Ausbildungsjahr bedeutet.

Klassenwiederholung: biografisch schädlich und ökonomisch unsinnig

Das überproportionale Vorkommen schlechter Noten ist auch vor dem Hintergrund zu bewerten, daß es sich bei den Schülern weiterführender höherer Schulen um eine positive Elite von Jugendlichen mit überdurchschnittlicher Intelligenz und auch deklariert Motivation zum Schulbesuch handelt, von der in Summe schwer vorstellbar ist, daß sie in so hohem Ausmaß die wesentlichen Bereiche des Lehrstoffs nicht erfassen (wie dies vom Schulunterrichtsgesetz als Bedingung für eine befriedigende Bewertung verlangt wird). Die Verknappung guter Noten ist daher entweder ein Hinweis auf schlechten Unterricht, unzureichende Praktiken der Leistungsfeststellung, der Heranziehung unangemessener Beurteilungsmaßstäbe oder Unkenntnis oder absichtliche Nichtanwendung der gesetzlichen Bestimmungen.

Verknappung guter Noten

Die kontinuierliche Verschlechterung der Noten während der Schullaufbahn hat zur Voraussetzung, daß in jedem Schuljahr - unabhängig vom bisher erreichten Leistungs- oder Qualifikationsniveau - die Bewertung des Wissens und Könnens völlig neu vorgenommen wird und die vorhandenen Notenstufen ungefähr nach dem Modell der Normalverteilung auf die vorhandenen Schüler aufgeteilt werden, ohne dabei zu berücksichtigen, daß die leistungsschwächeren Schüler ohnehin bereits ausgeschieden wurden.

Verschlechterung während der Schullaufbahn

Die gegenwärtige Praxis der Leistungsbeurteilung widerspricht damit als motivationales System in ihren Grundtendenzen - mißerfolgsorientiert, konkurrenz-, nicht kriterienbezogen, zunehmende Verschärfung der Standards - in vieler Hinsicht jenen Prinzipien der Menschenführung, die in anderen Bereichen der Gesellschaft (z. B. auch in Wirtschaftsbetrieben) üblich geworden sind. Umgelegt auf ein betriebliches Entlohnungssystem würde dem entsprechen, daß Mitarbeiter generell schlecht bezahlt werden, individuelle Gehaltsverbesserungen nur möglich sind, wenn dafür anderen etwas weggenommen wird, und daß mit zunehmender Dauer der Beschäftigung bei immer höher werdenden Ansprüchen an die Qualifikation und steigender Arbeitszeit die Durchschnittslöhne sinken - und dies alles, obwohl keine Knappheit an Mitteln besteht.

Eigenartige Menschenführung

### Aspekte der relativen Schulpflicht

Der regelmäßige Unterrichtsbesuch bildet - wie die Praxis vor allem der berufsbildenden höheren Schulen demonstriert - offensichtlich keine notwendige und möglicherweise auch nicht die günstigste Voraussetzung für den Schulerfolg; Untersuchungen zum Schulschwänzen (Eder 1981; Eder 1985) zeigen, daß zahlreiche Schüler auch deswegen schwänzen, um in Ruhe lernen zu können; angesichts der hohen Zeitbelastung

Keine notwendige Voraussetzung für Schulerfolg

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

192

in diesen Schulen erscheint dies auch als ein sinnvolles Verhalten. Absolute Anwesenheitspflicht erscheint angesichts der guten Ausstattung mit Schulbüchern und der weitgehenden Ausrichtung des Unterrichts an ihnen nicht in allen Gegenständen erforderlich; zwingend ist sie wohl in jenen Fächern, in denen die im Unterricht ablaufenden Lern- und Arbeitsprozesse mit dem Lernziel weitgehend identisch sind (z. B. Leibesübungen, Bildnerische Erziehung).

In vielen Klassen, insbesondere in den Höheren Technischen Lehranstalten, wird Schulschwänzen daher auch im stillschweigenden Einvernehmen zwischen Lehrern und Schülern toleriert. Eine Angleichung des gesetzlichen Zustandes an die bestehende Praxis (oder umgekehrt) wäre jedenfalls wünschenswert, um die Entstehung von Doppelmoral nicht zu fördern (z. B. durch Einführung eines bestimmten Kontingents freier Tage).

Gesetze an die Praxis angleichen

### Steigerung der Unterrichtsqualität

Die verschiedenen vergleichenden Analysen haben gezeigt, daß das "Herz" jeder Schule - die Qualität des Unterrichts - auch für die Wirksamkeit und Akzeptanz an erster Stelle steht. Als Zieldimensionen für seine Verbesserung zeigen sich hier relativ deutlich:

Vorschläge für das "Herz" der Schule

Förderung der Aneignung der Unterrichtsinhalte durch intensivere Vermittlung und Bearbeitung während des Unterrichts und Reduzierung des Unterrichtstempos,

Stärkere Beteiligung der Schüler durch Übernahme von Unterrichtsfunktionen bzw. Einsatz entsprechender methodischer Formen (Gruppenunterricht, Projekte, Schülerexperimente u.ä.),

mehr Kontrolle der Schülerarbeiten auch in den höheren Schulstufen im Verständnis von individuellen Leistungsrückmeldungen, Überprüfung, ob vereinbarte Leistungen auch tatsächlich erbracht werden u. ä.

Die Realisierung dieser Aspekte setzt Schwerpunktsetzungen bzw. Veränderungen in der Ausbildung und Fortbildung von Lehrern voraus. Im Bereich der Ausbildung erscheint es notwendig, daß Lehramtsstudenten nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch in stärker schülerzentrierte Formen des Unterrichtens eingeführt werden, insbesondere durch eine entsprechende methodische Gestaltung der universitären Veranstaltungen und der Arbeit im Schul- und Unterrichtspraktikum, sodaß die derzeit nach wie vor bestehende Dominanz des Frontalunterrichtes gemildert wird. Ebenso sollten auch im Rahmen der Lehrerfortbildung in stärkerem Ausmaß Möglichkeiten geboten werden, sich auf anspruchsvollere Formen schülerzentrierten Unterrichtens angemessen vorbereiten zu können.

Aus- und Fortbildung der Lehrer: Schülerzentrierter Unterricht

### Verbesserung der sozialen Beziehungen zwischen Lehrern und Schülern.

Schüler mit hohem Schulinvolvement machen deutlich seltener die Erfahrung herabsetzender, zynischer, einschränkender oder willkürlicher Behandlung von seiten der Lehrer, haben seltener das Gefühl, gegenüber anderen benachteiligt oder ungerecht beurteilt zu werden, und werden insgesamt eher sach- und kriterienbezogen beurteilt und nicht in Relation zu den Mitschülern. Als Zieldimensionen in diesem Bereich sind daher auszumachen

Zieldimensionen

- der Verzicht auf Restriktivität/Repressivität im Umgang mit Schülern
- die Förderung von Gerechtigkeit, und
- die Anwendung einer kriterienbezogenen bzw. lernzielorientierten Form der

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

193

### Leistungsbeurteilung.

Die Realisierung dieser Aspekte setzt vor allem Lernen auf Seiten der Lehrer voraus: Kommunikation und Interaktion sollten daher eine wesentliche Basisqualifikation in der Ausbildung und Fortbildung von Lehrern bilden. Möglicherweise befinden sich Lehrer auch häufig im Irrtum über die Effektivität punitiver Interaktionsformen, die zwar kurzfristig zu wünschenswerten Ergebnissen führen können, langfristig aber auf jeden Fall destruktive, auf den Lehrer zurückfallende Auswirkungen auf die Lernbereitschaft und Störneigung der Schüler zeigen (vgl. Eder 1989).

Was Lehrer  
lernen müssen

Restriktivität/Repressivität treten besonders häufig im Zusammenhang mit der Leistungsbeurteilung auf - Bloßstellungen vor der Klasse, disziplinierende Notengebung, vermeintliche oder wirkliche Benachteiligungen bilden eine lange Zeit nachwirkende Belastung in der Beziehung zwischen Schülern und Lehrern, die in der Regel auch nachteilig auf die Beziehung zum Gegenstand wirksam wird. Schon die bloße Anwendung der gegebenen gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Definition der Notenstufen und ihre Umsetzung in adäquate Formen des Unterrichts und der Leistungsfeststellung, mehr Transparenz bei den Prüfungsbedingungen und Beseitigung des Spielraums hinsichtlich der Wertigkeit einzelner Beurteilungskomponenten (z. B. Anteil der Beobachtungsnote an der Gesamtnote) könnte hier zu einer Entlastung und auch zu mehr subjektiv erlebter Gerechtigkeit führen.

Kein Bloßstellen  
vor der Klasse

Der Klassengemeinschaft kommt besondere Bedeutung als Raum für soziales Lernen, aber auch für die Aufrechterhaltung der personalen Integrität im Sinne der Bewältigung der psychischen Belastungen und der Stabilität des Selbstbildes zu. Um dieses soziale Netz zu knüpfen und zu festigen, das vor allem zur Bewältigung von Krisen von Bedeutung ist (vgl. Bergmann 1984), bedarf es einerseits nicht-rivalisierender Unterrichts-, Prüfungs- und Beurteilungsformen (Erfolg des einen Schülers darf nicht - wie bei Anwendung einer vergleichenden Beurteilungsnorm - den Mißerfolg des anderen zu Voraussetzung haben), und andererseits aktiver Maßnahmen zur Förderung der Gemeinschaft. Zu begünstigen sind daher alle Formen gemeinsamen Arbeitens und Lebens in der Schule.

Förderung der  
Klassen-  
gemeinschaft

### Ansatzpunkte und Maßnahmen

Während es relativ einfach erscheint, die vorliegenden theoretischen und empirischen Ergebnisse in entsprechende Zieldimensionen für Schulentwicklung umzuformulieren, die vermutlich eine Erhöhung ihrer Wirksamkeit und Akzeptanz bei den Jugendlichen erwarten lassen, erscheint es schwieriger, konkrete Maßnahmen zu bestimmen, die kurz- und mittelfristig positive Veränderungen im Schulbereich einleiten, herbeiführen oder begünstigen, hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit nicht utopisch, aber auch nicht lediglich Postulate darstellen und den Bereich des weiterführenden Schulsystems als ganzes, nicht abhängig von der Veränderungsbereitschaft des einzelnen Lehrers, erfassen. Im folgenden werden vier solcher Impulse vorgeschlagen:

Die Schullaufbahnberatung nach Abschluß der Sekundarstufe kann durch Verwendung von Testverfahren, die nach dem Konzept der "Kongruenzberatung" aufgebaut sind, deutlich verbessert werden. In der Berufswahldiagnostik liegen inzwischen Ansätze und z. T. auch Verfahren vor, die auf dem Konzept der Kongruenz von Person und Beruf aufbauen, und berufliche Zuordnungsvorgänge in der Weise unterstützen, daß das Ausmaß der Übereinstimmung zwischen einer Person und der von ihr angestrebten beruflichen Umgebung durch Vergleich von Persönlichkeitsmerkmalen (z. B. Interessen) mit den Anforderungen und Handlungsmöglichkeiten in bestimmten beruflichen Umwelten berechnet wird. Zum Teil liegen solche Verfahren bereits in EDV-unterstützter Form vor und können in Berufsinformationszentren für individuell

Kongruenzbera-  
tung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

194

gesteuerte Beratungen genutzt werden.

Analoge Vergleiche, die auf die Bedingungen einzelner Schultypen abgestimmt sind, lassen sich - wegen der starken Normierung im Schulsystem - noch um einiges leichter durchführen als dies in bezug auf konkrete Berufe möglich ist, und können daher relativ rasch und leicht entwickelt werden. Ziel sollte es sein, daß nicht nur "Problemfälle" hinsichtlich der Übereinstimmung von Person und Schultyp abgeklärt werden, sondern daß jeder Jugendliche, der eine Schullaufbahnentscheidung zu treffen hat, die konkrete Möglichkeit erhält, seine persönliche Entscheidung durch eine auf selbst eingeschätzte oder gemessene Interessen und /oder Fähigkeiten gestützte Kongruenzbestimmung abzusichern. Entsprechende EDV-unterstützte Verfahren können - nach entsprechender Ausbildung und Einschulung - im Regelfall über die Bildungsberatung an den Schulen administriert werden. Bei ihrer Anwendung ist zu beachten, daß die als Bezugspunkt verwendeten Informationen über Schultypen oder auch konkrete Schulen laufend erneuert werden. Die vorgeschlagenen Beratungsverfahren sollten die bestehenden Maßnahmen zur Beratung von Übergängern auf weiterführende Schulen (Informationsschriften; Schnuppertage usw.) nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Die Leistungsbeurteilung stellt einen zentralen und ideologisch bedeutsamen Teil des gegenwärtigen Schulsystems dar, und Veränderungswünsche in diesem Bereich haben mit großen Widerständen zu rechnen. Es ist daher anzunehmen, daß bloße Appelle zur Veränderung der bestehenden Praxis abgewehrt werden oder überhaupt ungehört verhallen.

Weiterentwicklungen im Bereich der Leistungsbeurteilung

Die in diesem Bereich sinnvoll erscheinenden Veränderungen betreffen einerseits die Umsetzung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen in eine adäquate Praxis des Unterrichts, der Leistungsfeststellung und der Leistungsbeurteilung. Das betrifft insbesondere die Zerlegung des Lehrplanstoffes in eine Komponente, die für alle Schüler wesentlich ist (Fundamentum), und in eine Komponente, bei deren zusätzlicher Bewältigung die Noten "sehr gut" und "gut" vergeben werden können (Erweiterungsstoff), die aber nicht von allen Schülern zu verlangen ist. Eine adäquate Form der Leistungsbeurteilung müßte diesem Sachverhalt auch bei der Gestaltung von Leistungsfeststellungen Rechnung tragen, indem auch dort klar zwischen Aufgaben getrennt wird, die das Wesentliche des Unterrichts betreffen, und solchen, die darüber hinaus Möglichkeiten bieten, durch den Nachweis von Eigenständigkeit (sehr) gute Beurteilungen zu erhalten. Eine solche Praxis der Leistungsfeststellung würde notwendig auch eine Abkehr von der gängigen Praxis der vergleichenden Beurteilung zu einer lehrzielorientierten zur Folge haben. Die Realisierung der gesetzlichen Vorgaben wäre daher durch konkrete Entwicklungsarbeiten und Projekte in der Lehrerfortbildung zu fördern.

Als Impuls, die existentielle Bedrohung der Schüler durch die Leistungsbeurteilung zu mildern, wird weiters vorgeschlagen, im Bereich der weiterführenden höheren Schulen die Wiederholung von Schulstufen an die Zustimmung von Eltern und Schülern zu binden, andernfalls den Aufstieg in die nächsthöhere Schulstufe zuzulassen. Eine so einschneidende Maßnahme wie das Repetieren könnte dann tatsächlich nur eintreten, wenn sie auch von den Betroffenen als sinnvoll angesehen wird. In einem solchen Klima grundsätzlicher Sicherheit wäre zu erwarten, daß Schüler mit vorübergehenden, auf krisenhafte Lebensphasen zurückzuführenden Lernproblemen ausreichend Chancen vorfinden, Lerndefizite aufzuholen, sich aber andererseits auch von sich aus entscheiden können, eine Schulklasse zu wiederholen. Als flankierende Maßnahme wäre dabei notwendig, die Möglichkeiten des Förderunterrichtes verstärkt für die Betreuung solcher Schüler zu nützen, die - ohne die Klasse deshalb zu wiederholen - einzelne Fächer nicht erfolgreich abgeschlossen haben.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

195

Die für den weiterführenden Bereich bestehende relative Schul- und Unterrichtspflicht, die fehlenden Einflußmöglichkeiten für Schüler und Eltern bei der Auswahl von Lehrern sowie die allgemeine Haltung, geringe Unterrichtserfolge der fehlenden Lernbereitschaft der Schüler anzulasten, bringen es mit sich, daß im weiterführenden Schulbereich Rückmeldungen über die Qualität des Unterrichts nicht üblich sind. Als Impuls, sich über die Qualität des Unterrichts Rechenschaft zu geben, und als Möglichkeit, Rückmeldungen der Schüler als Basis für gezielte Veränderungen auf Lehrer- oder auf Schulebene heranzuziehen, erscheint es daher sinnvoll, an allen höheren Schulen zu einer Zeit des Schuljahres, wo Veränderungen noch in Gang gesetzt werden, Rückmeldungen über den Unterricht einzuholen. Solche Rückmeldungen sollten die wesentlichen Aspekte des Unterrichts und der Schüler-Lehrer-Beziehungen erfassen und für jeden Lehrer zumindest in einigen Klassen eingeholt werden.

Evaluation des  
Schulunterrichts

Methodisch und organisatorisch erscheinen solche Rückmeldungen nicht besonders schwierig. Aus dem Bereich der pädagogischen Diagnostik liegen z. T. bereits Verfahren vor (z. B. zur Beschreibung des Führungsverhaltens von Lehrern oder des Klimas in einzelnen Klassen), die als Rückmeldeinstrumente verwendet werden könnten; auch die Entwicklung von Kurzinventaren auf der Basis angloamerikanischer Erfahrungen stellt vermutlich kein großes Problem dar. Die straffe Organisationsstruktur der Schulen ermöglicht es, innerhalb eines relativ kurzen Zeitraumes auch von einer großen Zahl von Schülern Rückmeldungen einzuholen, und der Aufwand dafür erscheint nicht allzu groß. Für die Auswertung solcher Rückmeldungen steht an den Schulen inzwischen ausreichend EDV-Kapazität zur Verfügung, sodaß externe Hilfe einzuholen nicht erforderlich erscheint. Sicherzustellen wäre jedenfalls, daß die Ergebnisse von Schülerrückmeldungen tatsächlich als Hilfe zur Verbesserung von Unterricht, nicht lediglich als Sanktionsmittel gegen Lehrer verwendet werden.

Zu erwarten ist, daß durch die Einführung von Rückmeldeprozeduren veränderungswillige Lehrer wichtige Hinweise erhalten, wo Verbesserungen im Unterricht ansetzen könnten, und daß insgesamt ein Klima entsteht, in dem eine Diskussion über sinnvolle Qualitätskriterien von Unterricht möglich ist, und das die Weiterentwicklung von Unterricht als ständige und gemeinsame Aufgabe von Lehrern und Schülern sieht.

Als kurzfristige Maßnahme sind daher Projekte zu initiieren, in denen - zunächst versuchsweise - Verfahren und Prozeduren für eine Rückmeldekultur entwickelt und erprobt werden; in längerer Perspektive erscheint eine obligatorische Evaluation des Unterrichts an allen Schulen sinnvoll.

Qualitätsveränderungen im Schulbereich sind nach allen bisherigen Erfahrungen vor allem dann wirksam und von Dauer, wenn sie nicht allein vom einzelnen Lehrer, sondern von der gesamten Schule getragen werden. Dies vermindert auch Diskrepanzen innerhalb der Schulen, die auftreten, wenn einzelne Lehrer aufgrund individuellen Weiterlernens andere Konzepte im Unterricht realisieren als die Mehrheit ihrer Kollegen.

Umverlagerung  
von Fortbil-  
dungsmitteln

Um solche Prozesse der Entwicklung einzelner Schulen nachhaltig zu fördern, erscheint es notwendig, vom bisherigen Konzept der Lehrerfortbildung, das individuell auf die Person des einzelnen Lehrers ausgerichtete Angebote zentraler Fortbildungsveranstaltungen durch die Pädagogischen Institute vorsieht, abzugehen, und die finanziellen Mittel umzuverlagern für Projekte, die von ganzen Schulen initiiert sind, sodaß für konkrete Organisationsentwicklungen ausreichend und unbürokratisch finanzielle Ressourcen vorhanden sind. Auf Seiten der Schulen setzt dies natürlich auch einen entsprechenden Autonomie- und Handlungsspielraum voraus.

Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen sind als Bündel zu verstehen, die sich in ihrer Wirksamkeit wechselseitig verstärken sollten, und daher nicht als einzelne betrachtet

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

196

werden dürfen. Sie zielen im wesentlichen darauf ab, (a) Schüler an den "richtigen" Platz zu bringen und ihnen dort soviel Sicherheit zu verschaffen, daß sie durch auftretende Lernkrisen nicht existentiell gefährdet werden; (b) Schulen Instrumente zur Verfügung zu stellen, mit denen sie die Qualität ihrer Arbeit in Interaktion mit den Schülern diagnostizieren und darauf aufbauend verbessern können, und (c) ihnen durch die Umverlagerung von Fortbildungsmitteln jene Bedingungen zu schaffen, die für die Durchführung von Verbesserungen erforderlich sind.

### Literatur:

- Austin, G. R. & Holowenzak, S. B.: Erwartungen - Führung - Schulklima. Sichtung der Untersuchungen über beispielhafte Schulen, in: Aurin, K. (Hrsg.). Gute Schulen - worauf beruht ihre Wirksamkeit. Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1989,46-65
- Bergmann, C.: Verhaltensauffälligkeiten bei Gymnasiasten. In Eder, F. u. Khinast, G. (Hrsg.). Lehrerfortbildung - Konzepte und Analysen. Linz: Trauner 1984, 207-232
- Coleman, J. S. u.a.: Equality of educational opportunity. Washington D. C.: U.S: Government Printing Office, 1961
- Eder, F.: Schulschwänzen an weiterführenden Schulen. Erziehung und Unterricht, 131, 1981,381-395
- Eder, F.: Schul- und Lernprobleme am BORG. Ein Vergleich zwischen Schülern der Langform und der Oberstufenform des Gymnasiums. Linz, Pädagogisches Institut des Bundes, Forschungsbericht, Linz 1985
- Eder, F.: Wichtig, aber stressig: Schule als Teil der Lebenswirklichkeit, in: Janig, H., Hexel, P.C., Luger, K. & Rathmayr, B. (Hrsg.). Schöner Vogel Jugend. Analysen zur Lebenssituation Jugendlicher, Linz: Trauner 1988,373-399
- Eder, F.: Zur Entstehung disziplinbezogener Handlungspräferenzen von Lehrern in: Empirische Pädagogik, 3,1989,155-76
- Eder, F.: Schulumwelt, Klima und schulische Sozialisation. Rohbericht zum Forschungsprojekt "Schulklima an weiterführenden höheren Schulen". Universität Linz: Institut für Pädagogik und Psychologie, 1992
- Fend, H.: Schulklima, Weinheim: Beltz 1977
- Fend, H.: "Gute Schulen - schlechte Schulen". Die einzelne Schule als pädagogische Handlungseinheit, in: Die Deutsche Schule, 78,1986,275-293
- Holland, J. L.: Making Vocational Choices: A theory of careers, Englewood Cliffs, New Jersey: Prentice Hall Inc. 1985
- Hurrelmann, K. und Wolf, H. K.: Schulerfolg und Schulversagen, Weinheim: Juventa, 1986
- Jencks, C., u.a.: Inequality. A reassessment of the effect of family and schooling in America, New York: Basic Books 1972
- Purkey, S. C. und Smith, M. S.: Wirksame Schulen - Ein Überblick über die Ergebnisse der Schulwirkungsforschung in den Vereinigten Staaten, in Aurin, K. (Hrsg.): Gute Schulen - worauf beruht ihre Wirksamkeit, Bad Heilbrunn: Klinkhardt 1989,14-45
- Roth, H.: Pädagogische Anthropologie II, Hannover: Schroedel 1976
- Rutter, M.: School effects on pupil progress: Research findings and policy implications, in: Child Development 52,1983,1-29
- Rutter, M., Maughan, B., Mortimer, B. & Ouston, I.: Fünfzehntausend Stunden. Schulen und ihre Wirkung auf Kinder, Weinheim: Beltz 1979

## Thema: Jugendliche und Stadt

### Städtische Jugendliche und ihre gesellschaftliche Integration

Ausarbeitung: Wolfgang Schulz

Grundlage: Als Verlaufsstudie - Vergleich ein und derselben Kohorte zu verschiedenen Zeitpunkten - geplant. Derzeit liegen die Ergebnisse der empirischen Erhebung an einer Zufallsstichprobe von 600 männlichen 19jährigen Jugendlichen in Wien vor; inferenzstatistische Auswertung der Daten

Mit 19 Jahren steht weitgehend fest, ob Jugendliche noch in Ausbildung oder bereits erwerbstätig sind. Die Gruppe der arbeitslosen Jugendlichen unterscheidet sich in vielen Merkmalen von den studierenden und erwerbstätigen. Die soziale Positionierung hängt stark von Bildungsstatus der Eltern ab. Der eingeschlagene Bildungsweg bestimmt den weiteren Status der Jugendlichen.

Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen bewirkt Folgeprobleme: Marginalisierung, schlechtes psychisches Wohlbefinden, Alkoholkonsum und Alkoholproblemen.

Die Berufstätigkeit wird generell akzeptiert und von einem großen Teil der Jugendlichen sogar als sehr positiv bewertet. Eindeutig negativ wird sie nur von einem Zehntel der Befragten bewertet. Angelernte haben häufiger eine negative Einstellung zur Berufstätigkeit. Der Großteil der Jugendlichen ist auch bereit, sich für eine bessere Berufsposition zusätzlich anzustrengen, ein "Knick" in der Leistungsmotivation bei Jugendlichen ist nicht festzustellen.

Wenngleich die Veränderung der sexuellen Normen nichts mit Jugend und Jugendkultur zu tun hat, richtet sich das Augenmerk auf das sexuelle Verhalten der Jugend. Die Ergebnisse zeigen, daß die Einstellungen und Verhaltensweisen nicht als Polarisierung konservativer vs. modernistischer Muster beschrieben werden können, sondern ein vielfältiges Bild ergeben: es gibt bei Jugendlichen ein Vielfalt an Lebensformen und Lebensstilen. Die Individualisierung ist groß, normativ verbindliche Verhaltensmuster existieren, sie bilden aber keine größeren normativen Leitbilder mehr. Für Jugendliche ist die Suche nach dem richtigen Partner wichtig. Für 2/3 der Jugendlichen stellt Treue ein anzustrebendes Ideal dar. Der Begriff "Untreue" muß neu definiert werden: andere sexuelle Beziehungen sind zu einem häufig vorkom-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

---

198

menden Sachverhalt geworden. Die Schwächung der Institution Ehe geht parallel mit dem Häufigerwerden neuer Familienformen, der Kinderwunsch ist aber nach wie vor groß.

Der Beitrag beantwortet weiters auch Fragen des Alkoholkonsums, der Trinkmotive und Trinkformen; beschreibt die Formen der Marginalität bei Jugendlichen, mit welchen Abweichungsproblemen sich Jugendliche beschäftigen müssen und Dimensionen der politischen Integration. Als Ursachenkonstellationen für die soziale Integration Jugendlicher zeigt sich, daß Marginalität stark mit Alkoholkonsum und -Alkoholproblemen zusammenhängt; weiters daß Rechtsextremität, Befürwortung nationaler Ideen und Befürwortung aggressiv-individualistischer Konfliktregelung zusammenhängen. Diese Ursachenkonstellationen hängen stark mit Bildung zusammen: je höher die Bildung, desto weniger wahrscheinlich werden Marginalität, Alkoholprobleme und problematische politische Einstellungen. Destabilisierend hingegen wirkt der Einfluß einer bestimmten Jugendkultur, in welcher der regelmäßige Besuch von Beisln, Rock- und Popmusikveranstaltungen vorherrscht. Arbeitslosigkeit ist eine dritte Ursachenkonstellation. Der Erwerb von Bildung geht weit über den damit verbundenen Positionierungseffekt hinaus.

## STÄDTISCHE JUGENDLICHE UND IHRE GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION

Ergebnisse einer empirischen Untersuchung.

Wolfgang Schulz

### Einleitung

Jugend zwischen sozialem Wandel und gesellschaftlicher Integration  
Fragestellungen und Methode.

Jugend war seit jeher eine von der Erwachsenengeneration kritisch betrachtete Teilgruppe. Rosenmayr (1988, 1990) spricht vom "retrospektiven Neid" und sieht diesen als ein Jahrtausende altes Phänomen an. Die gesellschaftliche und kulturelle Haltung der Jugend gegenüber sei von der Angst um die Zukunft bestimmt. Vermutlich ist es für den Jugendforscher schwer, sich von diesen Grundhaltungen und Vorurteilen freizumachen. Jugend ist Träger des sozialen Wandels, der heute gerade in einer Generation Fuß fassen sollte, die noch nicht von den Zwängen der Arbeitswelt zu Anpassungsleistungen veranlaßt worden ist. Jung sein bedeutet, in immer längere Ausbildungszeiten und längere finanzielle Abhängigkeit von den Eltern zu kommen; damit vergrößert sich die Chance zur Entwicklung einer Jugendkultur, in der Neues ohne Ernstcharakter geprobt werden kann. So zeigten sich in jüngerer Zeit neue soziale und partnerschaftliche Lebensformen. Der von Rosenmayr genannte "retrospektive Neid" würde sich demnach nicht nur auf die relativ verbesserte ökonomische Situation Jugendlicher, sondern auch auf ihr Sexual- und Freizeitverhalten beziehen.

Haltung gegenüber Jugend

Die Jugend steht aber auch vor dem Problem, sich in die Erwachsenengesellschaft integrieren zu müssen; neue Lebensstile und Lebensformen können auch als "Oberflächenphänomene" bzw. als Verkleidungen (vgl. Martischnig 1990) gedeutet werden. Letztlich wird sich der Jugendforscher daher auch mit der Frage befassen - die ja auch die tief sitzende Angst der meisten Eltern ist -, wie sich Jugendliche in der Arbeitswelt zurechtfinden und positionieren werden.

Integration in  
Erwachsenengesellschaft

Eng in Zusammenhang mit der beruflichen Anpassungsproblematik werden auch die Probleme Alkoholkonsum und Drogenkonsum sowie anderer Abweichungsphänomene inklusive krimineller Tendenzen gesehen. Obwohl nur ein relativ geringer Teil der Jugendlichen davon betroffen ist, genügt die Auffälligkeit solcher Randphänomene, um große Publizität zu erlangen. Allerbeck (1982, S.82) hat dies die moderne "Flutlichtgesellschaft" genannt, in der das Bizarre, Abwegige und Seltene stets besondere Aufmerksamkeit findet.

Randphänomene  
erlangen Popularität

Eine gewisse Ausnahme im Rahmen der Abweichungsphänomene stellt der Alkoholkonsum dar. Da der Großteil der österreichischen Bevölkerung Alkohol konsumiert und sogar das Wirkungstrinken gesellschaftlich hoch integriert ist (vgl. Antons, Schulz 1976, 1982), können regelmäßiger Alkoholkonsum und gelegentliche Alkoholisierungen kaum als "abweichendes Verhalten" gedeutet werden. Es stellt sich aber die Frage, ob auffälliges alkoholisches Verhalten zu einem stabilen Muster wird, das weitere Probleme nach sich zieht.

Bertram (1987, S.2) spricht ebenfalls von zwei gegensätzlichen Positionen, die für die Jugendliteratur charakteristisch sind. Der These einer sich verschärfenden Krise im Jugendalter stehe die These einer im Grunde problemlosen Integration der Jugend in

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

200

die Gesellschaft gegenüber.

Zusammenfassend muß also festgehalten werden, daß eine eindeutige Bewertung des Verhaltens Jugendlicher schwierig ist, da sich solche Bewertungen nur schwer von Vorurteilen lösen lassen. Rosenmayr (1990) hat in seiner Stellungnahme zu den Ergebnissen österreichischer Jugendstudien auf die Notwendigkeit verschiedener Vergleiche hingewiesen. Je nach Untersuchungsansatz können verschiedene Fragestellungen beantwortet werden.

Bewertung des Verhaltens Jugendlicher schwierig

(a) Durch den Vergleich der Jugend mit der Erwachsenengesellschaft (Altersgruppenvergleich) könnte ein typisches Jugendprofil erarbeitet werden.

(b) Durch den Vergleich der Jugendkohorten bzw. -generationen verschiedener Epochen untereinander kann der soziale Wandel, dem Jugend unterworfen ist, eindeutig bestimmt werden.

(c) Durch den Vergleich verschiedener sozialer und ökonomischer Gruppen derselben Kohorte (Vergleich nach Bildungsgruppen oder sozialen Schichten) können die Unterschiede innerhalb einer Jugendkohorte, d.h. also Bevorzugungen und Benachteiligungen, besondere Integrationsprobleme u. dgl. herausgearbeitet werden.

(d) Durch den Vergleich einer Kohorte zu verschiedenen Zeitpunkten (Paneluntersuchung, Verlaufsstudie) können auch Aussagen über die Mechanismen getroffen werden, die Integration erschweren oder erleichtern.

Neben diesen vier Vergleichsmöglichkeiten nennt Rosenmayr noch den internationalen Vergleich.

Die Untersuchung, über die hier berichtet werden soll, ist zwar als Verlaufsstudie (Typ d) geplant; im Jahr 1986 wurde eine Zufallsstichprobe von 600 Wiener männlichen Jugendlichen befragt (s. Anmerkung 1). Die Daten zum zweiten Untersuchungszeitpunkt (1993), die die theoretisch relevanten Ergebnisse erbracht hätten, liegen aber leider noch nicht vor (da für die Finanzierung der zweiten Panelstufe ein anderer Auftraggeber gefunden werden mußte, wodurch sich die Untersuchung erheblich verzögert hat; s. Anmerkung 2).

Ergebnisse des 1. Teils der Verlaufsstudie liegen vor

Die hier referierten Daten beziehen sich daher nur auf den Untersuchungszeitpunkt 1986; notwendigerweise stehen daher Vergleiche vom Typ c (Vergleich verschiedener Bildungsgruppen) im Vordergrund. Zu den Ergebnissen über Familie und Sexualität (Schulz 1992) sowie über Politik (Schulz und Weiss 1993) liegen Publikationen vor.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur (von Bernfeld bis Eisenstadt) wird Jugend als labile Übergangsphase mit inhärenter latenter Devianz gesehen. Es steht daher nicht eine konformistische Übernahme von Werten und Lebensmustern Erwachsener im Mittelpunkt der Betrachtung. Es soll zwar der Stellenwert von Arbeitslosigkeit, Alkoholmißbrauch und von Devianzphänomenen diskutiert werden, zentral ist die persönliche Ebene des Gelingens, also die Frage, ob es den Jugendlichen gelingt, ein befriedigendes Lebensmuster aufzubauen. Für diesen Aspekt sind daher subjektive Lebenszufriedenheit und Lebensbereichszufriedenheiten sowie psychisches Wohlbefinden zentral.

### Positionierung mit 19 Jahren: berufstätig, arbeitslos oder Student

Mit 19 Jahren steht fest, ob Jugendliche (oder junge Erwachsene) auf Grund ihres Ausbildungsganges bereits berufstätig oder noch in Ausbildung sind, wobei mit "in Aus-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

201

bildung" fast nur das Hochschulstudium gemeint ist (s. Anmerkung 3). Eine dritte Gruppe bilden die zum Zeitpunkt der Erhebung arbeitslosen Jugendlichen. Sie stellen zwar nur einen kleinen Teil unserer Stichprobe dar, weichen aber in vielen Merkmalen deutlich von den anderen beiden Gruppen ab, so daß ihre Heraushebung als Problemgruppe gerechtfertigt ist. Dies könnte sich allerdings bei einem strukturell bedingten Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit - der ja in manchen Regionen Europas bereits ein Drittel der Jugendlichen erfaßt - insofern ändern, als Arbeitslose sich dann in vielen Merkmalen vielleicht nicht mehr von Arbeitenden unterscheiden werden.

Soziale Position hängt stark vom Bildungsstatus der Eltern ab

Die soziale Positionierung der Jugendlichen hängt sehr stark vom Bildungsstatus des Vaters bzw. der Eltern ab (Beta = .45); hat der Vater zumindest die Matura erreicht, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß eine Schulbildung abgeschlossen wurde, die den Hochschulzugang ermöglicht (s. Tab.1). Der eingeschlagene Bildungsweg bestimmt im weiteren sehr stark die Statuslage des Jugendlichen (Beta = .68), d.h. also, ob er bereits berufstätig ist oder studiert.

Tab.1: Vergleich von arbeitenden, arbeitslosen und von in Ausbildung befindlichen 19-jährigen Jugendlichen.

Variablen	Ausprägung	BT	AL	ST	CC
Bildung d. Vaters (wenn Vater n. bekannt, Bildung d. Mutter)	% Matura oder höher	16	6	57	.40
Höchste abgeschlossene Schulbildung	% nicht mehr als Grundschule und Lehre	65	78	2	.48
Wohnform	% bei Eltern wohnend	50	44	75	.23
Unterstützung der Eltern bei Schwierigkeiten	% können damit rechnen	89	84	97	.14
Verfügb. monatl. Geldmenge (Summe a. Einkünften bzw. Nebenbeschäftigung u./o. Unterstützung durch d. Eltern)	% unter bzw. bis ÖS 6.000,-(entspricht der Armutsgrenze)	14	69	85	.56
Partnerin	% im Augenblick keine	18	30	35	.18
Subjektives psychisches Wohlbefinden	% niedriges Wohlbefinden	24	52	26	.17

BT = Berufstätige (n = 420); AL = Arbeitslose (n = 46); ST = in Ausbildung (n = 150);  
CC (p<.05)

Mehr als die Hälfte der männlichen Wiener Jugendlichen (56%) wohnen noch bei den Eltern, wobei es deutliche Unterschiede zwischen den Gruppen gibt: etwa die Hälfte der Berufstätigen, aber rund drei Viertel der Studierenden leben noch bei den Eltern. Die überwiegende Zahl derer, die von zu Hause ausgezogen sind, haben bereits einen eigenen Haushalt (40%); Wohngemeinschaften (1%) und das Wohnen bei einem Freund, einer Freundin oder bei Freunden (3%) spielen dagegen eine untergeordnete Rolle. Interessant ist, in welchem Alter der Auszug aus der elterlichen Wohnung stattgefunden hat. Für 24% der bereits Ausgezogenen lag dies höchstens ein Jahr zurück, für 32% etwa 2 Jahre, aber für immerhin 44% war es bereits 3 Jahre oder länger her, wobei interessanterweise zwischen Berufstätigen, Arbeitslosen und Studierenden diesbezüglich keine Unterschiede bestanden. Dies bedeutet, daß für einen erheblichen Teil (ca. ein Fünftel) der männlichen Jugendlichen mit dem Erreichen des 16. Lebensjahres eine räumliche Trennung von den Eltern erfolgt.

Mehr als die Hälfte der 19-jährigen wohnt bei den Eltern

Schwierigkeiten mit den Eltern wurden nur von 11% als wichtiger Grund dafür, von den Eltern weggezogen zu sein, angegeben; für 89% waren keinerlei Schwierigkeiten maßgebend. Dementsprechend gaben auch 56% der von zu Hause Ausgezogenen an,

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

202

die Wohnung (Eigentums- oder Mietwohnung) mit Unterstützung der Eltern oder anderer Verwandter erworben zu haben. 44% sehen die Wohnungsbeschaffung als ihre eigene Leistung. Bei dieser Frage gibt es keinen Unterschied zwischen Berufstätigen und Arbeitslosen; die Studierenden allerdings waren hier zu über 90% auf die Unterstützung der Eltern (und anderer Verwandter) angewiesen.

Eigene Wohnung  
mit Hilfe der  
Eltern

Fast alle Jugendlichen rechnen damit, bei ernsthaften Schwierigkeiten psychische und finanzielle Unterstützung durch die Eltern zu erhalten. Die Beziehung zu den Eltern ist daher generell als gut anzusehen.

Berufstätige Jugendliche sind bezüglich des materiellen Status gegenüber den anderen Gruppen deutlich bessergestellt. Bei 85% der Studierenden und bei 70% der Arbeitslosen liegt die zur Verfügung stehende Geldmenge unter der Armutsgrenze (s. Tab.1).

Neben der Wohnungssituation als Hauptkriterium der materiellen Ausstattung ist auch noch der Besitz eines Verkehrsmittels von Interesse: 62% der Jugendlichen besitzen ein Moped, Motorrad oder Auto, 38% nichts davon. 70% der Berufstätigen besitzen ein Verkehrsmittel, bei den Studierenden sind es 49%, bei den Arbeitslosen nur 41%.

Verkehrsmittel

Die Situation der Studenten ist natürlich unter dem Aspekt zeitlich (bloß) "aufgeschobener Gratifikationen" und Privilegien zu sehen, als Übergangstatus, der im Fall des erfolgreichen Abschlusses zu hohem Status in Prestige und Einkommen führt. Dennoch haben Veränderungen eine Verschlechterung des Studentenstatus bewirkt: die Studiendauer wurde wesentlich länger, das Erfolgsrisiko höher (drop-out, numerus clausus und Leistungsselektion), die Konkurrenz stärker und die Akademikerposition in der Gesellschaft (aufgrund der Inflation von Titeln und Diplomen) gleichzeitig abgewertet. In manchen Lebensstilmerkmalen ähneln nun die Studenten sogar den Arbeitslosen, in anderen wieder ähneln Arbeitslose den Berufstätigen; doch gibt es natürlich auch Folgeprobleme der Arbeitslosigkeit, Marginalisierung und situationspezifische Probleme, die sie dann von den anderen Jugendlichen stark abheben. Im Hinblick auf das subjektive psychische Wohlbefinden - dieses wurde mit Fragen nach positiven und negativen Lebensgefühlen (vgl. Schulz, Norden, Költringer 1988) erhoben - ist die Situation arbeitsloser Jugendlicher erwartungsgemäß am schlechtesten (s. Tab.1).

Psychisches Wohlbe-  
finden arbeits-  
loser Jugendlicher  
schlecht

### Erfahrungen in Beruf und Studium ("Arbeitswelt")

Im Vordergrund unseres Interesses stehen die Bewertung der Haupttätigkeit, das ist der Beruf bzw. der zuletzt ausgeübte Beruf, die in der Zukunft geplante Berufstätigkeit bei den Studierenden. Des weiteren sollten Schwierigkeiten und Anforderungen im Berufsleben erhoben werden. Zur Messung der Leistungsmotivation wurden Fragen entwickelt, die sich inhaltlich an der alltäglichen Gesprächswirklichkeit orientieren.

Generell wird die Berufstätigkeit akzeptiert und von einem sehr großen Teil der Jugendlichen sogar als sehr positiv bewertet (vgl. Tab.2). Eindeutig negative Erfahrungen werden von rund einem Zehntel der Jugendlichen berichtet, wobei der negative Aspekt bei den Arbeitslosen erwartungsgemäß etwas ausgeprägter ist.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

203

Tab. 2: Bewertung des Berufs von Berufstätigen (BT), Arbeitslosen (AL/retrospektiv) und Studierenden (ST/prospektiv). Angaben in Prozent. BT, AL: Ist (war) der Arbeitsalltag, so wie Sie ihn zur Zeit erleben (bzw. erlebten), eher erfreulich, im allgemeinen akzeptierbar oder eher unangenehm oder sogar abscheulich? ST: Wenn Sie sich vorstellen, daß Sie in Ihrem späteren Beruf den ganzen Tag verbringen werden, freuen Sie sich darauf, halten Sie das für normal, oder erfüllt Sie das eher mit Unbehagen, oder finden Sie das fürchterlich?

	BT	AL	ST
erfreulich	39	26	41
akzeptierbar	56	58	49
unangenehm	6	14	9
abscheulich	0	2	1
	100 (n = 420)	100 (n=46)	100 (n=149)

Bewertung der Berufstätigkeit

Dem zuletzt genannten Aspekt soll noch nachgegangen werden: ist es so, daß Jugendliche nur in qualifizierten Positionen eine positive Haltung zu ihrer Tätigkeit haben bzw. lassen sich bestimmte Qualifikationsgrenzen erkennen, ab denen eine positive Einstellung weniger wahrscheinlich wird? Tab.3 gibt eine klare Antwort auf diese Fragen. Auch bei ähnlichen Frageformulierungen sind es nur rund ein Zehntel der berufstätigen Jugendlichen, die ihren Beruf nicht mögen. Die Unterschiede zwischen den Statusgruppen sind unerheblich, bis auf die Gruppe der Angelernten, wo etwa doppelt so oft eine negative Haltung (18%) zu finden ist. Die Zahl ist im Grunde nicht dramatisch, weist aber doch darauf hin, daß das "Erlernen" einer Profession für die Einstellung zur Berufstätigkeit wichtig ist.

Tab.3: Berufsposition der berufstätigen Jugendlichen und Einstellung zum eigenen Beruf;  
a) Einstellung zum Beruf. Frage: Ist der Beruf, den Sie im Moment ausüben, eher angenehm oder eher ein Beruf, den Sie nicht mögen?

	POS	NEG	gesamt	(n)	in %
Freischaffend/Selbstständig	94	6	100	(17)	4
Leitende Angestellte und Beamte	100	0	100	(12)	3
Kleine u. mittlere Angestellte u. Beamte	92	8	100	(210)	50
Facharbeiter	92	8	100	(117)	28
angelernete Arbeiter	82	18	100	(61)	15
gesamt	91	9	100	(417)	100

CC = .14 n.s.

Angenehm (=positiv/POS): 91%, nicht mögen (=negativ/NEG): 9%.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

204

Kulturpessimistisches Jammern über sinkende Leistungsmotivation der Jugend findet in den Daten keine Unterstützung. Fragt man die Berufstätigen danach, ob sie in ihrem Beruf Karriere oder Fortkommen anstreben, ob sie dies nicht tun oder ob in ihrer Tätigkeit Fortkommen bzw. Karriere kaum oder nicht möglich sei, so geben 70% der Befragten an, daß sie Karriere anstreben würden. Nur 17% verneinen dies, 13% geben an, daß in ihrem Beruf Fortkommen nicht möglich sei.

Der Leistungsmotivation Jugendlicher wurde weiters mit Fragen nach Ehrgeiz und Einsatz nachgegangen, wobei leicht modifizierte Frageformulierungen den Vergleich der drei Gruppen ermöglichen (s. Tab.4).

Keine sinkende  
Leistungsmotivation

Tab.4: Leistungsmotivation bei Berufstätigen (BT), Arbeitslosen (AL) und Studierenden (ST).

BT, AL: Wie würden Sie Ihren Einsatz am Arbeitsplatz (bzw. am letzten Arbeitsplatz) charakterisieren?

ST: "Wie würden Sie Ihren Lerneinsatz charakterisieren?"

	BT	AL	ST
Ist es Ihr Ehrgeiz, mit großem Einsatz das Bestmögliche zu leisten?	45	33	35
Machen Sie genug, um die Arbeit ordentlich zu erledigen?	50	47	43
oder ist es Ihr Ziel, gerade soviel zu tun, daß Sie keine Probleme haben?	6	21	23
	100	100	100
	(n=420)	(n=43)	(n=148)

CC = .24 p<.05

Die Berufstätigen zeigen sich zwar am meisten motiviert, doch gibt es keine gravierenden Unterschiede; so kann man nicht sagen, daß Arbeitslose "keine Leistungsmotivation" besäßen. Inwieweit die Motivation zu arbeiten sukzessiv verloren geht, wenn die Erfahrung der Arbeitslosigkeit häufiger und für immer längere Zeiten gemacht wird, kann nur durch Langzeitvergleiche schlüssig beantwortet werden.

Für die berufstätigen Jugendlichen gilt, daß der Großteil bereit ist (91%), zusätzlich Anstrengungen auf sich zu nehmen, um später einmal eine bessere Berufsposition zu bekommen; man würde also durchaus längere Ausbildungszeiten und zusätzliche Kurse auf sich nehmen sowie zusätzliche Qualifikationen erwerben. Nur 8% der Jugendlichen geben an, daran kein Interesse zu haben.

Großteil der berufstätigen Jugendlichen ist bereit, sich für bessere Berufsposition zusätzlich anzustrengen

Der Leistungsdruck auf die Studierenden ist sicherlich nicht - zumindest nicht in allen Studienrichtungen - gleich hoch. Es soll aber in diesem Zusammenhang auf die Ergebnisse einer rezenten Untersuchung zur Lebensqualität von Studenten (Schulz und Norden 1991) hingewiesen werden. Leistungsorientierung, Erfolg im Studium und Freude am Studium erwiesen sich nicht nur in hohem Ausmaß als zusammenhängend, dieser "Studienmotivationsfaktor" stellte sich auch als wichtigster Faktor studentischer Lebensqualität heraus.

Insgesamt gilt daher sowohl für Berufstätige gleichermaßen wie für Studierende, daß leistungsrelevante Tätigkeitsbereiche für junge Menschen von hoher Relevanz sind. Man will seine Leistungsfähigkeit erfahren und sich auch in der Leistungserbringung bestätigt sehen. Dies setzt natürlich auch Arbeitsbedingungen voraus, in denen die Möglichkeit besteht, auch selbständig Entscheidungen zu treffen, in denen eine gewisse Möglichkeit beruflicher Selbstverwirklichung möglich ist. Dementsprechend wird auch ein autoritärer Führungsstil von Jugendlichen eher abgelehnt. 16% der Berufstätigen berichten, daß sie unangenehme Erfahrungen mit Autoritätspersonen am

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

205

Arbeitsplatz hatten, 3% geben an, darunter besonders zu leiden, 81% hatten keine derartigen Erfahrungen. Dies bedeutet immerhin, daß für rund ein Fünftel der berufstätigen Jugendlichen negative Erfahrungen mit Autoritätspersonen zum Berufsalltag zählen.

2 von 10 Jugendlichen haben negative Erfahrungen mit Autoritätspersonen im Beruf

### Sexualität, Partnerschaft, Familie

Die Bereitschaft zu heiraten und der Kinderwunsch waren bereits anlässlich des Familienberichtes 1979 (Bundeskanzleramt 1979) und der damals in Auftrag gegebenen Studie (Schulz, Weiss und Strodl 1980) ein politisch brisanter Diskussionsbereich. Seit den Veränderungen im Sexualverhalten und der andauernden Zunahme der Scheidungsraten hat sich an der Aktualität dieser Thematik nichts geändert: immer wieder werden die Fragen gestellt: wird die Nachfolgegeneration noch in Familien leben, werden genug Kinder da sein, um das soziale Netz finanzieren zu können, hat die Jugend überhaupt noch eine "Moral"?

Der massive soziale Wandel müßte an der Jugend am ehesten sichtbar werden, obwohl viele auffällige Aspekte der Veränderung sexueller Normen mit Jugend und Jugendkultur sicherlich nichts zu tun haben, wie etwa das zunehmende Angebot von Sexdarstellungen in den Medien und das sich ständig erweiternde Angebot der Prostitution. Trotzdem richtet sich das Augenmerk der Öffentlichkeit stärker auf das Verhalten der Jugend. Alle diese Gründe waren dafür maßgebend, die sexuellen Verhaltensweisen der städtischen Jugend relativ ausführlich zu erfassen (vgl. Schulz 1992).

Sozialer Wandel im Sexualbereich bei Jugendlichen sichtbar

Das erste relevante Ergebnis beruht auf einer exploratorischen Faktorenanalyse aller Fragen, die sexuelles Verhalten und sexuelle Einstellungen und Werte betreffen. Das Ergebnis mag in dieser Form vielleicht nur für die städtische Jugend gelten, man kann aber davon ausgehen, daß sich Verhalten und Einstellungen nichtstädtischer Jugendlicher sehr rasch an das Verhalten der städtischen Jugendlichen angleichen (tendenziell nehmen überhaupt die Unterschiede Stadt-Land ab).

Die Struktur der Einstellungen und Verhaltensweisen kann keineswegs als Polarisierung konservativer vs. progressiver oder modernistischer Muster beschrieben werden; die Faktorenanalyse weist auf ein sehr vielfältiges Bild hin (7-Faktorenlösung): Einige der Jugendlichen haben bereits den "Idealpartner" gefunden, von dem sie sich geliebt fühlen, mit dem sie viel sprechen, befriedigende sexuelle Beziehungen unterhalten und sich auch bereits gemeinsamen Besitz schaffen - andere haben dies nicht (Faktor 1). Andere wieder haben relativ früh sexuelle Erfahrungen gesammelt, bereits viele Partner gehabt und auch polygame Erfahrungen gemacht, andere dagegen haben erst später mit der Sexualität begonnen, weniger Partner und auch weniger polygame Erfahrungen gehabt (Faktor 2). Einige unter den befragten 19-Jährigen haben schon länger eine Beziehung und leben in einem gemeinsamen Haushalt; auch in Zukunft will man nicht allein wohnen; für andere wieder gilt das Gegenteil (Faktor 3). Einige haben häufig Geschlechtsverkehr, sind mit ihrer Sexualität zufrieden und besitzen auch im Hinblick auf ihre Möglichkeit, neue Sexualpartner kennenzulernen, ein positives Selbstbild, für andere wieder gilt das Gegenteil (Faktor 6). Faktor 4 beschreibt tolerante Einstellungen: manche Jugendliche sind der Meinung, daß ein ausgeprägtes sexuelles Vorleben ihres Partners nicht stört; diese Jugendlichen erwarten auch, daß ihr Partner einmal andere sexuelle Beziehungen haben wird; die Untreue wird aber nicht als Scheidungsgrund angesehen - ein Teil der Jugendlichen vertritt hingegen weniger diese Einstellungen. Faktor 5 charakterisiert den Kinderwunsch, der mit dem Wunsch nach emotionaler Abhängigkeit und der Ablehnung lockerer und unabhängiger Beziehungen gekoppelt zu sein scheint - andere Jugendliche sind gegenteiliger Meinung. Faktor 7 schließlich thematisiert Emotionalität, Liebesgefühle und Leiden im

Partnerbeziehungen sehr vielfältige Verhaltensweisen

"Konservativ-progressiv" Dichotomie unpassend

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

206

Zusammenhang mit hoher Attraktivität des Partners. Einige Jugendliche haben diese Gefühle nie gekannt.

Die Unabhängigkeit der Faktoren demonstriert die ungeheure Vielfalt an Lebensstilen, an Kombinationen von Verhaltensweisen und Einstellungen. Sicherlich wäre es möglich, Typologien zu bilden. Die Vielfalt aller Kombinationen ist aber sehr groß. Man findet die heute bereits traditionellen Muster des Zusammenlebens ("Ehe ohne Trauschein"), mit oder ohne Kinderwunsch, mit oder ohne liberale Einstellungen; man findet traditionelle Einstellungen bei Alleinlebenden, gekoppelt mit vielen oder auch mit wenigen aktuellen Sexualpartnern und viele andere Konstellationen. Eine Erstellung von Typologien, etwa im Sinn: "konservativ", "progressiv" oder "Mischtyp" scheitert an der Vielfalt der auftretenden Verhaltens-Einstellungs-Kombinationen. Solche Kombinationen könnten kaum mehr mit einfachen Codes ausreichend bezeichnet werden. Normativ verbindliche Verhaltensmuster, etwa im Sinn der christlichen Moral oder in der Tradition der liberalen 60er Jahre sind zwar vorhanden, geben aber keine größeren normativen Leitbilder mehr ab. Damit entsprechen diese Daten auch dem Beck'schen Konzept der Individualisierung, das er auch für den Bereich der Familie und Geschlechtsbeziehungen entwickelt hat (Beck 1986).

Vielfalt an Lebensformen, Einstellungen und Verhaltensweisen:  
hohe Individualisierung

Der Beginn der sexuellen Aktivität scheint sich zumindest in den letzten 20 Jahren nach vor verlegt zu haben; zu diesem Schluß kommt man, wenn man mehrere Stichproben (1966, 1974, 1981) mit der 1986 gezogenen Stichprobe vergleicht: der Median (mittlerer Wert) des ersten Koitus hat sich von 20 Jahren auf 17 Jahre verschoben. Bereits mit 14 Jahren haben mehr als ein Zehntel der männlichen Jugendlichen Erfahrung mit Geschlechtsverkehr, mit 16 Jahren sind es nahezu die Hälfte der Befragten, wobei die Studenten erst später Sexualerfahrungen hatten als die Berufstätigen. Man kann übrigens davon ausgehen, daß dieses Bild auch für weibliche Jugendliche gilt (vgl. Mechler 1976).

Sexuelle Aktivität früher

Es wird nicht nur früher genitale Sexualität gelebt, Jugendliche haben heute auch mehr Erfahrungen gesammelt, mehr Partner gehabt, als die Generationen vor ihnen (s. Tab. 5a und 5b).

Viele sexuelle Erfahrungen

Tab.5a: Anzahl der sexuellen Beziehungen im Alter von 19 Jahren

Frage: Können Sie vielleicht abschätzen, wieviele sexuelle Beziehungen Sie gehabt haben, auch solche, die weniger ernst, nur kurz waren oder nur einmal stattgefunden haben?

Anzahl der sexuellen Beziehungen	BT*	AL	ST	GE
noch keine sexuellen Beziehungen gehabt	5	7	12	7
nur eine gehabt oder habe noch erste Beziehung	13	14	19	14
2- 3	16	7	25	18
4- 5	15	27	10	15
6-10	19	16	16	18
11-20	15	14	11	14
21 und mehr	17	16	6	14

\* BT = Berufstätige (n = 420); AL = Arbeitslose (n = 46); ST = Studierende (n = 150); GE = Gesamt (n = 616)

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

207

Tab.5b: Anzahl der sexuellen Beziehungen, die länger als drei Monate gedauert haben. Basis: Jugendliche mit sexuellen Beziehungen (=93 Prozent der Gesamtstichprobe)\*\*

Frage: Und wieviele sexuelle Beziehungen waren es, die länger als 3 Monate gedauert haben?

Anzahl der sexuellen Beziehungen	BT*	AL	ST	GE
nur eine	28	24	34	29
2 - 3	50	53	41	48
4 - 5	17	21	21	18
6 - 10	4	0	4	3
11 und mehr	1	3	0	1

\* BT = Berufstätige (n = 420); AL = Arbeitslose (n = 46); ST = Studierende (n = 150);  
GE = Gesamt (n = 616)

\*\* CC = 0.14 n.s.

28% der Jugendlichen haben im Alter von 19 Jahren bereits Erfahrungen mit mehr als 10 Partnern hinter sich; auch wenn darunter die "single-night-encounters" fallen und längerdauernde Beziehungen nicht so häufig vorgekommen sind, so gilt doch, daß das Auflösen und Neu-Eingehen von Beziehungen bereits zum festen Verhaltensmuster der Jugend gehört. Es wurde auch nach "polygamen Erfahrungen" gefragt. Von 444 Jugendlichen, die zur Zeit der Befragung eine feste sexuelle Beziehung haben, geben nur 83% an, daß dies die einzige Beziehung sei. 17% haben neben dem "Hauptpartner" noch andere Beziehungen oder überhaupt mehrere Beziehungen gleichzeitig. Auch "Sex ohne Liebe" ist eine durchaus bekannte Erfahrung. 72% der befragten Jugendlichen gaben an, bereits Beziehungen gehabt zu haben, "die vorwiegend auf körperlicher Anziehungskraft beruhen". Partnertausch und Gruppensex, die klassischen items der "roaring sixteens", waren aber nur für 8% der Jugendlichen Realerfahrung.

Auflösen und  
Neueingehen von  
Beziehungen  
gehört zum  
jugendlichen  
Verhalten

Dieses bunte Bild darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Suche nach dem richtigen Partner für den Großteil der Jugendlichen bestimmend ist. Von der überwiegenden Mehrheit, die zum Zeitpunkt der Befragung eine feste sexuelle Beziehung haben (68%), leben bereits 37% in einem gemeinsamen Haushalt (vorwiegend die Berufstätigen). Von den Studierenden sind dies nur 13% im Gegensatz zu 42% bei den berufstätigen Jugendlichen. Die in einem gemeinsamen Haushalt Wohnenden kennen sich deutlich länger und wollen auch in Zukunft nicht allein wohnen. Die Beziehungsqualität der bereits zusammenlebenden Jugendlichen wurde mit einer Gratifikationsskala (vgl. Schulz, Weiss und Strodl 1980) erfaßt: Jugendliche stufen ihr Zusammenleben etwa ähnlich gut ein wie verheiratete Paare. Liebe und Geborgenheit stellen für Jugendliche nach wie vor einen hohen Wert dar; die Zufriedenheit mit dem Partner (nur 60% sind der Meinung, daß ihre Partnerin wirklich das sei, was sie immer wollten) hängt von folgenden Faktoren ab: Gefühl der Liebe, Gefühl der Geborgenheit, Kommunikation ("über alles sprechen können"), Sex ("sexuelle Beziehung"), Materielles ("sich etwas schaffen können"). Außenbeziehungen, d.h. gemeinsame Freizeit und die gemeinsamen Kontakte mit Freunden haben gegenüber den erstgenannten Aspekten untergeordnete Bedeutung.

Suche nach dem  
richtigen Partner  
bestimmend

Die Zufriedenheit mit der Sexualität im engeren Sinn ist von der Häufigkeit des Geschlechtsverkehrs abhängig (Korrelation von Zufriedenheit mit Sexualeben mit Häufigkeit des Geschlechtsverkehrs  $R = 0.58$ ). Für Berufstätige, die mit ihrem Partner zusammenleben, sind hier die Voraussetzungen günstiger.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

208

Die Gruppe der Arbeitslosen weicht im Sexualleben im Vergleich mit den anderen Gruppen etwas ab: entweder man hat einen Partner, dann wird häufig Sex praktiziert (26% fast täglich - im Gegensatz zu 14% der Berufstätigen und 7% der Studenten) oder es gibt keinen festen Partner und daher überhaupt keinen Sex ("zur Zeit nicht": 27% im Gegensatz zu 18% bei den Berufstätigen).

Der starke Wert, den Liebe und Geborgenheit für Jugendliche besitzen, sollte aber nicht dazu verleiten, darin auch konservative Werthaltungen zu sehen. Nur für 64% der Jugendlichen stellte absolute Treue ein Ideal dar (s. Tab.6). Für den Rest zählen sexuelle Freiheiten zur erwünschten Lebensform.

Liebe und Geborgenheit

Tab.6: Erwünschte Beziehungsform bei berufstätigen, arbeitslosen und studierenden Jugendlichen.  
Frage: Wenn Sie es einrichten könnten, wie Sie es wünschen, wie würden Sie Ihre Liebesbeziehung oder Liebesbeziehungen am liebsten gestalten?

Beziehungsform	BT*	AL	ST	GE
Ich würde mir eine absolut treue (ausschließliche) Beziehung zu einer Partnerin wünschen	68	53	58	64
Ich möchte eine Hauptpartnerin, aber daneben noch gewisse sexuelle Freiheiten	18	22	21	19
Ich möchte eine absolut "offene" Beziehung, wo jeder tun kann, was er will	8	13	12	9
Ich möchte eher lockere und unverbindliche Beziehungen	6	11	10	7

\* BT = Berufstätige; AL = Arbeitslose; ST = Studierende; GE = Gesamt

Chi<sup>2</sup> = n.s.

Die deutlichsten Veränderungen müssen allerdings im Bereich der sexuellen Interaktionsnormen gesehen werden (s. Tab.7). 1978 (Pixner) diskutierte man voreheliche Sexualität noch unter dem Etikett "Freizügigkeit bei Liebe", dies war nämlich die tolerierte Norm für 60% der damaligen Schüler, heute geben 57% der männlichen Jugendlichen an, daß sie ein bewegtes sexuelles Vorleben ihrer Partnerin nicht stören würde. Fast die Hälfte der Jugendlichen rechnet gar nicht mehr damit, daß in einer langjährigen Beziehung keine Untreue der Partnerin vorkommen wird, und für die Mehrheit der Jugendlichen bestünde auch kein Grund, wegen einer solchen "Untreue" die Beziehung abzubrechen. Der Begriff "Untreue" kann daher wahrscheinlich nicht mehr im herkömmlichen Sinn verwendet werden, da eine "andere sexuelle Beziehung" offenbar zu einem "normalen" Sachverhalt geworden ist. Dieses Einstellungsmuster, von dem wir nur wissen, daß es unter der städtischen Jugend Majorität besitzt, unterscheidet sich von der "Moral" der älteren Generation: Männer hatten sexuelle Freiheiten für sich beansprucht, dasselbe jedoch Frauen nicht zugestanden (Doppel-moral). Diese neue Toleranz gegenüber sexueller Freiheit bedeutet jedoch keine Absage an andere Dimensionen einer Beziehung wie Freundschaft und Solidarität.

"Untreue" muß anders definiert werden

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

209

Tab.7: Einstellungen: sexuelle Liberalität

items		BT*	AL	ST	GE
Würde Sie ein bewegtes Vorleben Ihrer Partnerin	sehr stören	11	14	9	11
	etwas stören	32	34	33	33
	eher nicht stören	57	52	58	57
Rechnen Sie bei einer langjährigen Partnerschaft damit, daß die Partnerin da auch einmal andere sexuelle Beziehungen hat?	ich rechne damit	41	56	60	47
	ich rechne nicht damit	59	44	40	53
Wäre eine andere sexuelle Beziehung Ihrer Partnerin ein Grund für Sie, die Beziehung abzubrechen oder wäre das allein kein Grund?	Grund, die Beziehung abzubrechen	46	45	22	40
	kein Grund	54	55	78	60

\* BT = Berufstätige; AL = Arbeitslose; ST = Studierende; GE = Gesamt

Angesichts dieser Einstellungen scheint die Stabilität der Institution Familie doch in Frage gestellt zu sein. Einerseits führt zunehmende Liberalität im Verhalten sicherlich zu einer Schwächung der Institution der Ehe; dies zeigt sich auch darin, daß die freizügigeren Verhaltensweisen mit einer negativen Bewertung der Ehe korrelieren. Die stetige Zunahme der Singles und Einpersonenhaushalte bestätigt auch diese Entwicklung.

Schwächung der  
Institution Ehe,  
aber:

Ganz anders verhält es sich mit dem Wunsch nach Kindern, der immerhin von 83% der männlichen Jugendlichen artikuliert wird und der unabhängig davon ist, ob man ein mehr traditonelles oder mehr freizügiges Sexualverhalten hat (s. Tab.8). Je höher der Wert der "Unabhängigkeit" und je höher die sexuelle Liberalität, desto eher wird zwar die Institution der Ehe abgelehnt, der Kinderwunsch ist allerdings von den liberalen Einstellungen weitgehend unabhängig (s. Tab.8). Während also die Einstellung zur Ehe von einer Liberalisierung der Normen erfaßt wird, bleibt der Kinderwunsch davon unberührt.

Kinderwunsch  
bleibt aufrecht

Tab.8: Regression von Einstellungen zur Ehe und von Kinderwunsch auf neue, liberale Einstellungen und "Unabhängigkeit".

	EE	KW
Gemeinsame Wohnung vs. jeder seine eigene Wohnung	-0,25	0,13
Treue in der Beziehung vs. "Freiheiten"	-0,17	0,16
Man rechnet damit, daß die Partnerin andere sexuelle Beziehungen hat (vs. nicht hat)	0,14	n.s.
Man will sich "binden" vs. emotional unabhängig bleiben	-0,14	n.s.
Kinderwunsch (ja/nein)	-0,25	*
R <sup>2</sup> (ohne Variable Kinderwunsch)	0,33	0,05
R <sup>2</sup> (mit Variable Kinderwunsch)	0,38	

Multiple Regressionen (nur signifikante Beta-Koeffizienten). EE = Einstellung zur Ehe (Befürwortung). KW = Kinderwunsch (nicht vorhanden). \* = nicht eingegeben

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

210

Kinderwunsch bei gleichzeitiger Schwächung der Institution der Ehe bedeutet daher sicherlich, daß die Ausdifferenzierung neuer Lebensformen und Lebensentwürfe im Umfeld neuer Familienformen (bzw. der Reproduktion) zunehmen wird.

Neue Lebensformen, neue Familienformen

Für die Integration des Jugendlichen sind das Faktum, einen Partner zu haben oder nicht, sowie die Qualität der bestehenden Beziehung vermutlich die wichtigsten Aspekte. Zu der Frage der Beziehungs- und Familienstabilität können nur Panel- oder Kohortenuntersuchungen eine klare Antwort geben.

### Freizeit

Freizeit gilt heute als Lebensbereich, der gegenüber dem Bereich Arbeit generell immer wichtiger geworden ist. Immer mehr Menschen entwickeln neben ihrer Arbeitsidentität auch eine "Freizeitidentität" (vgl. Norden, Schulz 1988, S.40ff; Opaschowski 1990). Es ist daher besonders bei Jugendlichen interessant, inwieweit es ihnen gelingt, sinnstiftende Freizeitaktivitäten zu entwickeln. Befriedigende Freizeit könnte ein Ventil sein, um Probleme in anderen Lebensbereichen zu kompensieren. Immerhin kann in einer rezenten Untersuchung zur Lebensqualität von Studenten (Schulz, Norden 1991) gezeigt werden, daß z.B. Sportausübung zusätzlich zu anderen Lebensbereichen noch einen Beitrag zur Lebensqualität leistet; dieses "Plus" wird allerdings nur bei qualitativ zumindest durchschnittlichen Lebensbedingungen wirksam. Besitzt jemand keinen Erfolg im Studium und im Privatleben, dann kann auch Sport die Situation nicht grundsätzlich verbessern; bei besonders guten Lebensbedingungen ist es ähnlich. Es liegen also durchaus kontroversielle Annahmen über den Stellenwert der Freizeit vor.

Freizeit fördert Lebensqualität

Grundsätzlich findet der Großteil der Jugendlichen (73%), daß sie ihre Freizeit "abwechslungsreich und interessant verbringen", 21% sind bei der Bewertung ihrer Arbeit ambivalent, 6% langweilen sich, darunter besonders viele Arbeitslose (ein Fünftel der Arbeitslosen). Auch die Gestaltung von Freizeit setzt Lernprozesse und Investitionen voraus.

Die Jugendlichen wurden mit einer Liste von Freizeitinhalten konfrontiert, es sollte dazu angegeben werden, welche dieser Inhalte größere, welche geringere Bedeutung besitzen (s. Tab.9). Die wichtigsten Inhalte sind Sport, Konzertbesuche (U-Musik), Ausgehen ("sich zurecht machen, attraktiv aussehen, um sich zu zeigen und Kontakte zu finden"), Hobbies, und sich "in Beisln treffen". Eine Faktorenanalyse aller Freizeitfragen läßt die Struktur der Inhalte sichtbar werden: Der Besuch von Pop-, Rock- und Jazzkonzerten, das sich in-Beisln-Treffen sowie der Besuch von Veranstaltungen "der Szene" hängen miteinander zusammen; die Betonung dieser Inhalte wurde als "Jugendkultur" bezeichnet und ist für die weiteren Analysen durch eine Skala repräsentiert (Cronbach-Alpha=0.59). Vorwegnehmend soll darauf hingewiesen werden, daß eine hohe Bedeutung dieser Inhalte mit eher starkem Alkoholkonsum, häufigerer Alkoholisierung, Alkoholproblemen und mit devianten Verhaltensweisen zusammenhängt (vgl. Tab.18). Der Zusammenhang ist nicht sehr hoch, aber doch signifikant und läßt sich bei Konstanzhaltung einer Reihe anderer Faktoren stets gut wiederfinden.

Jugendkultur

Demgegenüber gibt es den Freizeitfaktor "Hochkultur": technisch/künstlerische Hobbies, Musikinstrument spielen, Literatur, Theater-, Konzertbesuch. Erwartungsgemäß sind die Interessen hier bei den Gebildeteren stärker ausgeprägt, die Unterschiede sind jedoch nicht so groß, daß von einer Ausgrenzung der weniger Gebildeten gesprochen werden kann. Auch die Hochkulturinhalte sind in den weiteren Analysen durch eine Skala (Cronbach-Alpha = .48) repräsentiert.

Hochkultur

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

Tab.9: Die Bedeutung von Freizeitinhalten. Frage: Welche der folgenden Aktivitäten haben für Sie eine wirklich große Bedeutung und welche eine eher geringe Bedeutung?

	BT	AL	ST		GE
das Bemühen, eine sportliche Leistung zu verbessern bzw. eine bestimmte Sportart zu beherrschen	57	30	63	*	56
sich in einem künstlerischen oder technischen Hobby zu perfektionieren	41	36	54	*	44
das sich Hineinversetzen und versinken in die Welt der klassischen oder modernen Literatur	19	22	44	*	25
das Bemühen, ein Musikinstrument sehr gut zu spielen	19	20	29	-	21
sich zurechtmachen, attraktiv aussehen, um sich zu zeigen und Kontakte zu finden	54	48	41	*	51
die Freude, einen Abend im Theater oder Konzert zu verbringen	33	37	53	*	38
ein Pop-, Rock- oder Jazzkonzert besuchen	55	59	61	-	57
sich in Beiseln treffen	44	46	66	*	49
zu Veranstaltungen in der Szene gehen, z.B. ins Metropol, in die Kulisse, usw.	31	30	38	-	33

Prozentsatz "große Bedeutung".

\* = Gruppenunterschied signifikant  $p < .05$ . BT = Berufstätige; AL = Arbeitslose; ST = Studierende; GE = Gesamt.

## Freizeitgestaltung

Auffällig ist das geringe Interesse, das Arbeitslose dem Sport gegenüber aufbringen, ansonsten zeigt diese Gruppe bemerkenswert wenig Unterschiede gegenüber den Berufstätigen.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

212

## Alkoholkonsum

Die Erhebung von Drogen und Alkoholkonsum impliziert große methodische Probleme. Bei einem nicht legalisierten Drogenkonsum könnte mit erheblichen Verweigerungstendenzen gerechnet werden; Opium-, Kokain- und Heroinerfahrungen wurden deshalb nicht erhoben. Nach den gesundheitlich auch weniger problematischen Halluzinogenen Haschisch und LSD hingegen wurde gefragt (die Frage war unter anderen "Abweichungen" versteckt; dadurch erhöht sich erfahrungsgemäß die Antwortbereitschaft). 11% der befragten städtischen 19-Jährigen geben "Haschisch oder LSDKonsum" zu. Dies bedeutet nicht, daß die Jugendlichen diese Drogen regelmäßig konsumieren, sie haben einfach einmal Erfahrung damit gemacht (s. Tab.14).

Halluzinogene  
Drogen

Die Erhebung des Alkoholkonsums ist weniger ein Problem der möglichen Verweigerung, sondern mehr ein Problem des Erinnerns, weil ja Alkoholkonsum so in unsere Kultur eingebettet ist, daß er zum selbstverständlichen Rahmen vieler Alltagssituationen gehört (vgl. Antons, Schulz 19812). Da es nicht einmal dem Konsumenten immer auffällt, daß er Alkohol konsumiert, ist die konsumierte Menge über einen Zeitabschnitt nur schwer zu schätzen.

Alkoholkonsum

Etwa ein Fünftel der 19-Jährigen sind Abstinente; diese Daten entsprechen etwa auch den Ergebnissen der Wiener IFES-Studie (IFES 1977). Die ANSVAR-Studie (ANSVAR 1981) berichtet von 8% Abstinenten in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen. Mit dem Alter nehmen dann die Abstinenten weiter ab. Eisenbach-Stangl (1991, S.175ff) vermutet, daß nicht nur ein altersspezifischer, sondern auch ein generationsspezifischer Effekt in Richtung höherer Abstinenzraten existiere, da Jugendliche alkoholische Getränke heute mehr als Rauschmittel wahrnehmen würden, "das einerseits eher abgelehnt, andererseits jedoch bewußt als solches eingesetzt wird." Rund ein Viertel der Jugendlichen geben an, innerhalb der letzten drei Monate "alkoholisiert" gewesen zu sein, 10% geben an, daß dies häufiger als dreimal vorgekommen sei (s. Tab.10).

20 % sind  
abstinent

Tab.10: Häufigkeit der Alkoholisierung.

Frage: Ist es in den letzten 3 Monaten zumindest einmal vorgekommen, daß Sie zuviel getrunken haben, d.h. stark alkoholisiert waren? (ja/nein); Nachfrage: War es öfter als dreimal? (ja/nein).

	gesamt	BT	AL	ST
kein Alkoholkonsum	20	20	33	14
in den letzten 3 Monaten nicht alkoholisiert	44	44	26	51
alkoholisiert, höchstens 3x	26	27	22	24
alkoholisiert, häufiger als 3x	10	9	20	11
	100	100	100	100

BT = Berufstätige (n = 380); AL = Arbeitslose (n = 38); ST = Studierende (n = 146); GE = Gesamt (n = 616)

CC = 0.16 s.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

213

Dies würde bedeuten, daß zumindest ein Zehntel der männlichen Jugendlichen sich im Alter von 19 Jahren regelmäßig alkoholisiert. Überhaupt geht ein relativ großer Teil der Jugendlichen irgendeinmal durch eine Phase, in der mehr getrunken wird: so geben auch ein Viertel aller Jugendlichen an "eine Zeitlang viel Alkohol getrunken zu haben" (vgl. Tab.14).

Das in den Vereinigten Staaten am meisten angewendete Verfahren zur Messung der konsumierten Alkoholmenge ist der Quantity-Frequency-Index (man erhebt, welches Getränk in welcher Menge wie oft getrunken wird). In der vorliegenden Untersuchung wurde der Konsum eines Wochentages und eines Wochenendtages (Freitag bis Sonntag) erhoben und 7 Tage hochgerechnet. Durch dieses grobe Maß erhält man eine Verteilung, die für 9% der Jugendlichen 22 und mehr "Einheiten" pro Woche enthält; dies würden etwa drei Viertel Wein täglich sein, ein durchaus problematisches Ausmaß an Konsum (s. Tab.11). Die Unterschiede nach Statusgruppen oder Bildung sind nicht groß: überall findet man Wenig- und Vieltrinker. Alkoholkonsum ist nicht umsonst ein sozial hochintegriertes Rauschmittel.

Alkoholmenge

Tab.11: Geschätzter wöchentlicher Alkoholkonsum.

	GE	BT	AL	ST
kein Alkohol - nie	23	24	22	19
kein Alkohol - nur gelegentlich	19	20	30	14
bis 4 Einheiten	13	13	13	11
5 bis 8 Einheiten	13	13	7	15
9 bis 14 Einheiten	15	13	13	21
15 bis 21 Einheiten	8	8	4	10
22 und mehr Einheiten	9	9	11	9
	100	100	100	100

Eine Einheit = 1/4 l Wein oder 1/2 l Bier oder 1 Stamperl Schnaps/ Likör. BT = Berufstätige (n = 420); AL = Arbeitslose (n = 46); ST = Studierende (n = 150); GE = Gesamt (n = 616)

CC = 0.14 n.s.

Es interessiert nun, aus welchen Motiven bevorzugt getrunken wird; dabei wird von der Theorie ausgegangen, daß zwar meist soziale Trinkmotive vorgeschoben werden, daß aber andere wirkungsspezifische Motive in diesen sozialen Motiven versteckt ("maskiert") sind (Antons, Schulz 1981). Bei offener Befragung werden daher meist soziale Gründe ("in Gesellschaft", "weil es dazugehört", "gemütlich") genannt, fragt man aber direkt nach wirkungsspezifischen Motiven, werden diese ebenfalls zugegeben. Dieser Ansatz hat sich bewährt. Die Faktorenanalyse der Trinkmotive weist vier "Motivbündel" (=Faktoren) aus (s. Tab.12).

Trinkmotive

Frustrationstrinken entsteht aus frustrierenden Zuständen und Anlässen, frustrierenden Gefühlen und Stimmungslagen (Niedergeschlagenheit, Ärger, Einsamkeit, Enttäuschung u.a.). Dies sind die Befindlichkeiten, die man mit Alkohol überwinden will (15 bis 31% der Alkoholkonsumenten geben solche Motive zu).

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

214

Tab.12: Motive des Alkoholkonsums (in Anlehnung an Antons/Schulz 1981<sup>2</sup>).

Frage: Im folgenden lese ich Ihnen verschiedene Wirkungen des Alkohols vor, wegen denen man manchmal Alkohol konsumiert, sagen Sie mir zu jeder dieser Wirkungen, ob sie bei Ihrem Alkoholkonsum manchmal eine Rolle spielt oder keine Rolle spielt. (Antwortkarte: häufig/manchmal/nie).

Frustrationstrinken (Faktor I)	BT	AL	ST		GE	FL
um Ärger leichter zu bewältigen	31	53	27	s.	31	.70
um Gefühle der Niedergeschlagenheit und Depression leichter zu überwinden	28	53	27	s.	30	.79
um bei Enttäuschung oder Zorn besser die Fassung bewahren zu können	15	41	13	s.	16	.65
um das Gefühl von Einsamkeit und Unverstandensein erträglich zu machen	15	25	15	n.s.	15	.70
um mich von beruflichen oder familiären Schwierigkeiten abzulenken	15	34	11	s.	15	.62
<b>Entspannungstrinken (Faktor II)</b>						
um intensiver zu leben	12	19	24	s.	15	.70
um ruhig und gelassen zu sein	10	22	16	s.	13	.66
um über den Dingen zu stehen	6	13	10	n.s.	8	.62
um mich zu entspannen	28	31	46	s.	33	.63
um mich in Gesellschaft wohl zu fühlen	35	38	41	n.s.	37	.55
um manche Angelegenheiten in einem hoffnungsvolleren Licht (optimistischer) sehen zu können	15	28	14	n.s.	16	.47
um humorvoller, einfallsreicher, witziger zu sein	34	41	35	n.s.	35	.46
<b>Enthemmungstrinken (Faktor III)</b>						
um Hemmungen im sexuellen Bereich zu beseitigen	7	19	11	n.s.	9	.77
um die Annäherung an eine Frau (einen Mann) zu erleichtern	14	19	26	s.	17	.74
um gegen Schüchternheit anzukämpfen	12	19	15	n.s.	13	.62
um triebhafter und unmittelbarer zu werden	7	3	12	n.s.	8	.44
um die Intensität erotischer Erlebnisse zu steigern	9	19	9	n.s.	10	.51
um den Kontakt mit Menschen zu erleichtern	24	25	35	s.	27	.51
um mein Selbstvertrauen zu stärken	14	22	33	n.s.	14	.51
<b>Geselligkeits- und Anpassungstrinken (Faktor IV)</b>						
weil es in meiner Clique einfach dazugehört, wenn man sich trifft	32	34	33	n.s.	32	.42
mittrinken, weil man sich den anderen mehr verbunden fühlt	22	25	31	n.s.	25	.68
um anderen leichter seine Meinung sagen zu können	14	16	9	n.s.	13	.63
damit es mir weniger ausmacht, was man über mich denkt	5	13	5	n.s.	5	.60
<b>Nicht zuordenbar</b>						
um mir die Langeweile zu vertreiben	18	31	16	n.s.	18	-
damit ich auch unangenehmen Menschen gegenüber freundlich sein kann	7	13	6	n.s.	7	-
um starker Belastung besser standhalten zu können	8	16	9	n.s.	9	-

Prozentangaben von "häufig" und "manchmal". Basis: Alle Alkoholkonsumenten, (n = 495). Die Motive sind nach den Ergebnissen einer Faktoranalyse in Gruppen geordnet. Die Faktorenladungen (FL) gelten jeweils nur für den Faktor, der die jeweilige Gruppe charakterisiert. s. = Gruppenunterschied signifikant (p<.05). BT = Berufstätige; AL = Arbeitslose; ST = Studierende; GE = Gesamt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

215

Beim Entspannungstrinken will man entspannter sein, über den Dingen stehen, einfallreicher sein, sich in Gesellschaft wohl fühlen: Bis zu einem Drittel der Alkoholkonsumenten geben solche Motive zu; deutlich ist, daß die "Entspannung" eine soziale Komponente hat (10 bis 35% geben solche Motive zu).

Enthemmungstrinken bezieht sich auf die Beseitigung von Hemmungen im sexuellen Bereich, man will den Zugang zum anderen Geschlecht erleichtern; auffällig ist, daß auch das Motiv "um mein Selbstvertrauen zu stärken" im Zusammenhang mit der Durchsetzung sexueller Bedürfnisse definiert wird (7% bis 24% geben solche Motive zu).

**Trinkformen**

Geselligkeits- und Anpassungstrinken begegnet dem sozialen Stress in der Gruppe: man kann anderen leichter die Meinung sagen und fühlt sich der Gruppe mehr verbunden. Trinken als Zugehörigkeitssymbol der Gruppe spielt hier ebenfalls eine Rolle. Das letztere Motiv verbirgt sozusagen die anderen (bis zu ein Drittel der befragten Alkoholkonsumenten).

Die items dieser vier Faktoren wurden zu Skalen zusammengefaßt, um zu prüfen, welcher Aspekt des Trinkens die stärksten Auswirkungen auf Häufigkeit des Konsums und auf häufige Alkoholisierung hat (s. Anmerkung 4).

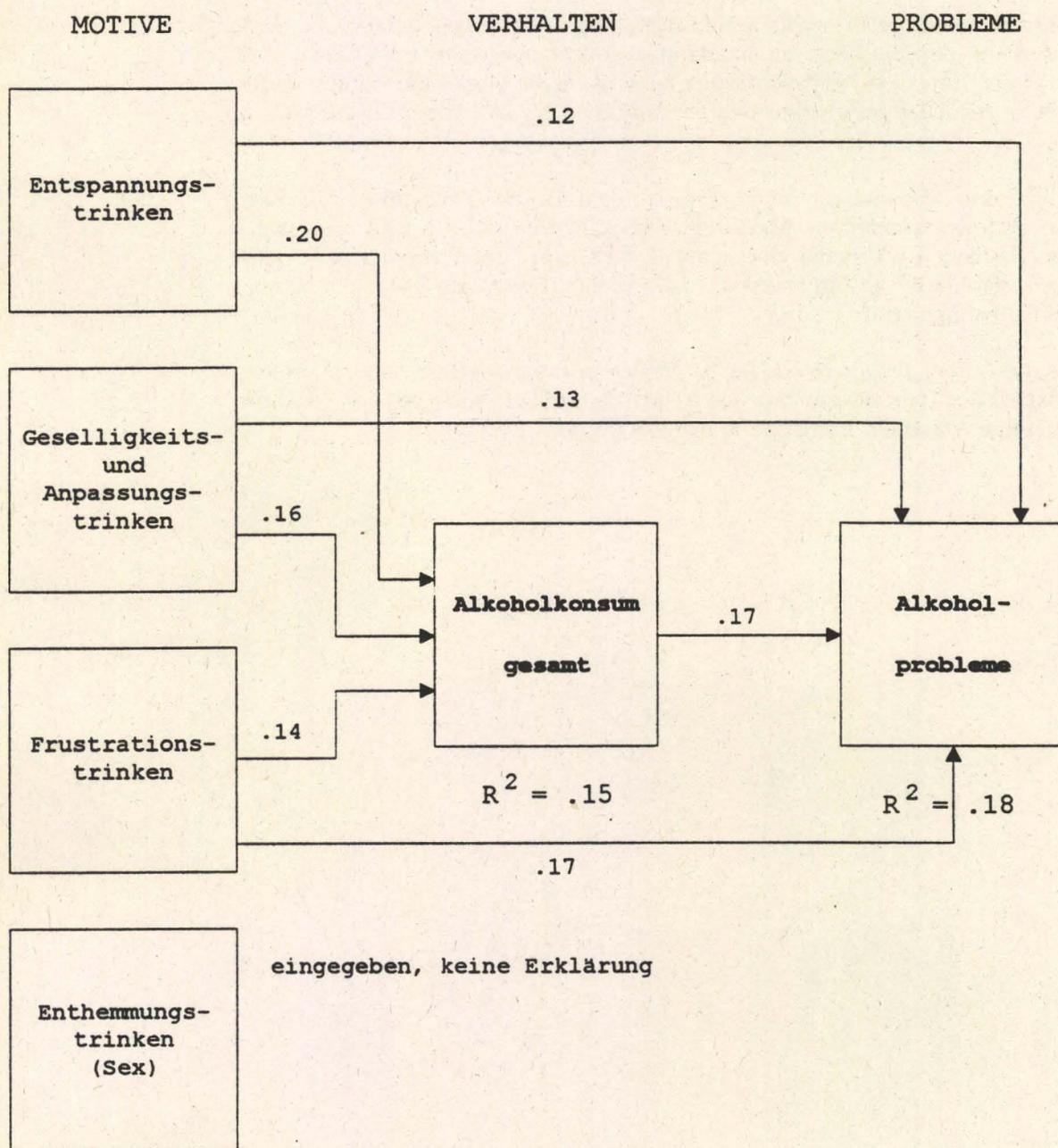


Abb.1: Pfadmodell - Alkoholkonsum/Alkoholprobleme.  
 Multiple Regressionskoeffizienten.  
 $R^2$  = erklärte Varianz.

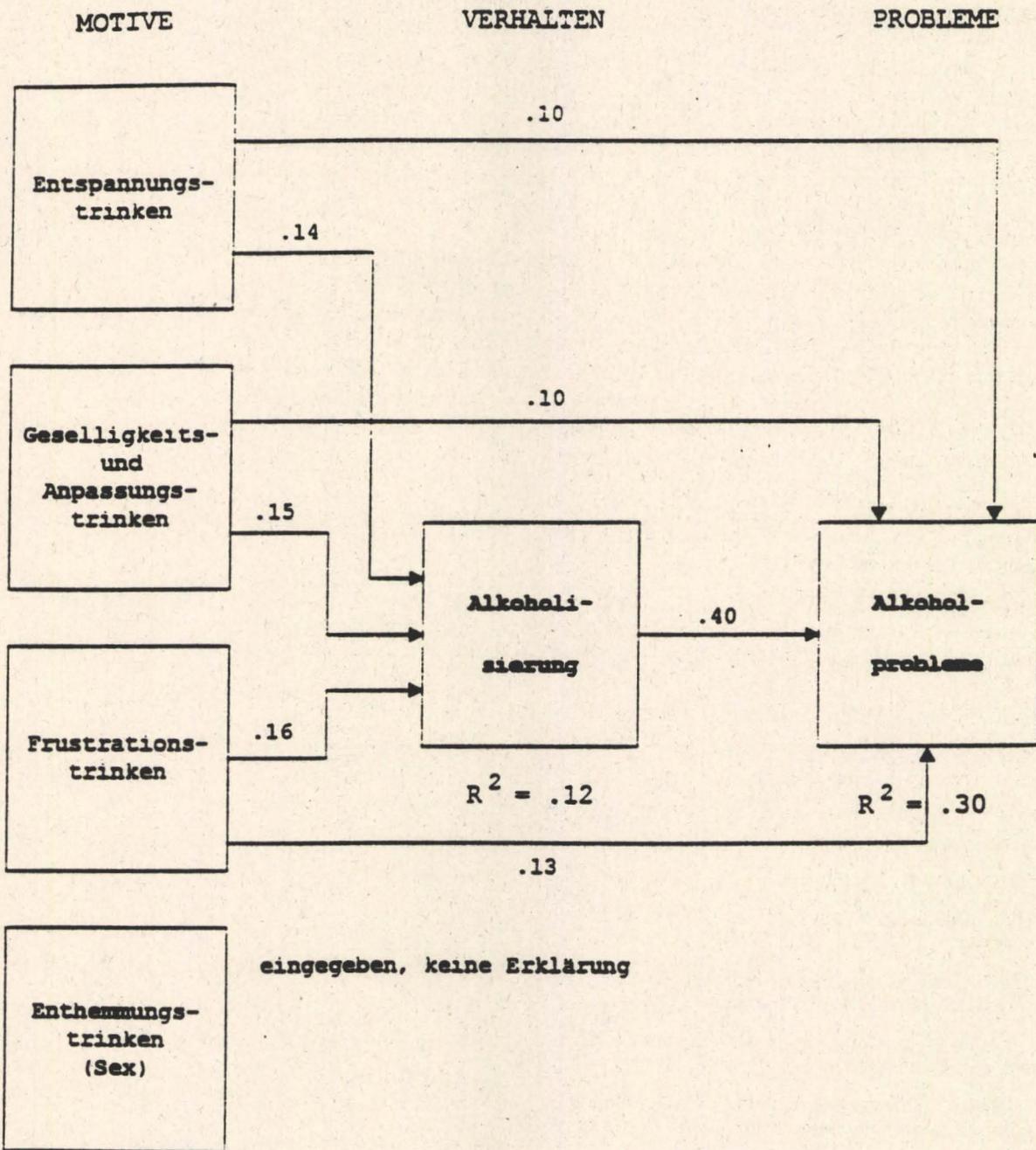


Abb.2: Pfadmodell: Alkoholisierung/Alkoholprobleme.  
 Multiple Regressionskoeffizienten.  
 $R^2$  = erklärte Varianz.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

218

Die Pfadmodelle zeigen, daß alle Motive, außer dem Enthemmungstrinken, einen einigermaßen gleich starken Einfluß auf die Menge des konsumierten Alkohols (s. Abb.1), als auch die Häufigkeit der Alkoholisierung haben. Die Modelle wurden in Anlehnung an die Diskussion über alkoholbezogene Probleme (vgl. Room 1980) durch den Faktor "Alkoholprobleme" (s. Tab.13) erweitert. Darunter versteht man nicht die Probleme, die übermäßigen Alkoholkonsum erzeugen, sondern die Probleme, die durch den Alkoholkonsum erzeugt werden. Die Bezeichnung hat sich von "Problem-Drinking" bzw. "Problem Drinkers" (Don Cahalan 1970) zum Terminus alkoholbezogener Probleme (alcohol-related problems) verschoben. Gemeint sind in jedem Fall die Reaktion der Umwelt auf das Trinken, z.B. Auffälligkeiten, Geldschwierigkeiten und andere Probleme. Immerhin hat die Hälfte der alkoholkonsumierenden Jugendlichen "schon einmal das Gefühl gehabt, daß der Alkoholkonsum dem körperlichen Wohlbefinden nicht gut getan hat" und rund ein Viertel der Befragten haben sich schon einmal am Tag nach dem Trinken nicht in der Lage gefühlt, zu arbeiten oder in die Schule zu gehen. Kritik durch Institutionen oder Bezugspersonen (Freundin, Eltern) wird nur durch eine relativ kleine Gruppe (rund 10%) zugegeben. Die Daten erhärten somit folgendes Bild: rund ein Drittel bis die Hälfte aller Jugendlichen haben sich schon einmal mit dem Trinken soweit eingelassen, daß auch Rauschzustände und Vergiftungserscheinungen ("Kater") aufgetreten sind. Lediglich bei einem kleinen Teil der Jugend hat dies jedoch zu besonderer Auffälligkeit geführt.

Alkoholbezogene  
Probleme

Tab.13: Alkoholprobleme. Frage: Was ist in den vergangenen 3 Monaten im Zusammenhang mit Ihrem Alkoholkonsum alles vorgekommen?

	BT	AL	ST		GE
hat Ihre Frau/Ihre Freundin kritisiert, daß Sie zu viel getrunken haben	10	23	6	*	10
waren Ihre Eltern der Meinung, daß Sie zuviel getrunken haben	13	16	7	-	11
sind Sie an Ihrem Arbeitsplatz oder in der Schule einmal aufgefallen, weil sie zuviel getrunken haben	3	3	2	-	3
sind Sie einmal gegenüber Ihrer Partnerin körperlich aggressiv geworden (Ohrfeige)	3	10	0	*	3
haben Sie einmal Streit angefangen	14	31	1	*	11
sind Sie schon einmal tätlich geworden (z.B. jemandem eine Ohrfeige gegeben)	8	31	2	*	8
sind Sie schon einmal durch den Konsum von Alkohol in den Lokalen in Geldschwierigkeiten gekommen	4	19	7	*	6
haben Sie das Gefühl gehabt, daß der Alkoholkonsum Ihrem körperlichen Wohlbefinden nicht gut getan hat	50	50	51	-	50
haben Sie sich schon einmal am Tag nach dem Trinken nicht in der Lage gefühlt, zu arbeiten oder in die Schule zu gehen	23	30	25	-	24
sind Sie einmal der Polizei aufgefallen (Alkoholkontrolle, Unfall, Rauferei)	10	25	5	*	10
(n)	(335)	(32)	(126)		(493)

Prozentsatz Zustimmungen. Basis: Alle Befragte, die Alkohol konsumieren (n annähernd gleich 493). \* = Gruppenunterschiede signifikant ( $p < .05$ ). BT = Berufstätige; AL = Arbeitslose; ST = Studierende; GE = Gesamt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

219

Die Menge des Alkoholkonsums, Häufigkeit der Alkoholisierung und das Auftreten von Folgeproblemen ("Alkoholprobleme" bzw. alkoholbezogene Probleme) sind zwar miteinander korreliert, doch ist der Einfluß von "Alkoholisierung" auf das Auftreten von Alkoholproblemen größer als der der durchschnittlich konsumierten Alkoholmenge (vgl. Abb.1 und Abb.2). Die Modelle zeigen auch, daß die Motive einen direkten Einfluß auf das Vorkommen von Alkoholproblemen haben. Die Daten bestätigen theoretische Positionen (Room 1985, Gusfield 1985, etc.), die zwischen dem Ausmaß des Alkoholkonsums einerseits und den sozialen Konsequenzen des Alkoholkonsums andererseits (Auffälligkeit, Labeling) Unterscheidungen machen.

### Marginalität

Das Bedürfnis der Jugendlichen, sich durch bestimmte Symbole mit meist hohem Auffälligkeitswert von den Erwachsenen oder auch von anderen Jugendlichen abzugrenzen, hat zu einer geradezu unübersehbaren Vielfalt von Stilisierungen und Jugendmoden geführt (vgl. Shell 1982). Einige dieser Stilisierungen, wie etwa Hippiekleider, Punkkleidung oder auffälliger Haarschnitt mögen dazu führen, daß Jugendliche durch die Erwachsenen anders - vielleicht negativer - behandelt werden; durch solche Labeling-Prozesse könnten demnach auch andere Abweichungen verstärkt werden. Die Bedeutung solcher abweichender Verhaltensweisen kann grundsätzlich erst bei Langzeitvergleichen sichtbar werden. Ähnlich wie beim Alkoholkonsum, wo jugendliche Erfahrungen mit Alkoholisierung nicht notwendigerweise eine Fortsetzung im Leben der jungen Erwachsenen finden, ist wahrscheinlich auch der kleinere Gelegenheitsdiebstahl bei Jugendlichen (dieser wurde immerhin von 30 % der Befragten zugegeben) nur ein transitorisches Problem. So zeigt auch die erfolgreiche Arbeit der Bewährungshilfe (vgl. Pilgram, Rotter 1981), daß selbst relativ schwerwiegende Jugenddelikte durch eine intensive Betreuung der Jugendlichen abgefangen werden können, d.h. daß aus früh begangenen Delikten nicht notwendigerweise eine kriminelle Karriere resultiert.

### Abweichungen

Die vorhandenen Daten ermöglichen vorerst eine Deskription verschiedener abweichender Phänomene, wobei eine dimensionale Analyse vorgenommen wurde; im weiteren soll untersucht werden, mit welchen Merkmalen Abweichungsphänomene zusammenhängen. Tab.14 zeigt, daß ein relativ großer Teil der Jugendlichen (rund ein Drittel) zugibt, schon einmal gestohlen zu haben (im Supermarkt Kleinigkeiten mitgehen lassen), mit der Polizei zu tun gehabt zu haben, Streit und Schlägereien gehabt zu haben. In Haft selbst waren nur 5 % der Befragten.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

220

Tab.14: Marginalität. Frage: Welche Dinge sind bei Ihnen vorgekommen, was haben Sie schon erlebt bzw. gemacht?

schwarzfahren	85	
unangenehme Arbeiten gemacht, um rasch zu Geld zu kommen	47	
in einer Wohngemeinschaft gewohnt	5	
manchmal nicht in die Schule gehen	67	
in Lokalen (z.B. als Kellner) gearbeitet	14	
war darauf angewiesen, mir von Freunden oder Eltern Geld auszuborgen oder zu erbitten	53	AL
zu Prüfungen nicht angetreten oder lange hinausgeschoben	43	ST
eine Zeitlang fast täglich in ein oder mehrere Lokale gegangen, wo man alle kennt und wie zu Hause ist	55	
auffallenden Haarschnitt, den Erwachsene ablehnen, gehabt	18	ST
eine Zeitlang viel Alkohol getrunken	25	
die Schule frühzeitig verlassen (Bildungsabbruch)	16	AL
Lehre abgebrochen	7	AL
eine Zeitlang gearbeitet und dann wieder eine Zeitlang nicht	24	AL
von Arbeitslosenunterstützung und Sozialgeld gelebt	20	AL
Hippiekleidung oder Punkkleidung (d.h. Kleidung, die Erwachsene ablehnen) getragen	11	AL
in einem fremden Land ohne Geld dagestanden	8	
Haschisch oder LSD genommen	11	
von zu Hause ausgerissen oder fortgelaufen	7	AL
Partnertausch oder Gruppensex	8	
im Supermarkt Kleinigkeiten mitgehen lassen	30	
mit der Polizei zu tun gehabt	34	AL
in Haft (auch Untersuchungshaft) gewesen	5	AL
etwas mutwillig zerstört, z.B. Telefonzellen, Straßenbahn	4	
Streit und Schlägereien gehabt	30	AL

Prozentsatz Zustimmungen (n = 616). AL =Gruppenunterschiede zwischen BT, AL und ST signifikant, Arbeitslose höchster Wert ST =Gruppenunterschiede signifikant, Studierende höchster Wert; BT = Berufstätige; AL = Arbeitslose; ST = Studierende; GE = Gesamt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

221

Ein durchaus problematisches Phänomen ist der Geldmangel und die daraus resultierenden Strategien des Geldborgens und unangenehmer Gelegenheitsarbeiten ("unangenehme Arbeiten gemacht, um rasch zu Geld zu kommen"). Gerade Neben-erwerb neben der Ausbildung kann zu Unterbrechung und letztlich zum Abbruch begonnener Ausbildungen führen: rund die Hälfte der Jugendlichen waren irgendet-  
mal mit solchen Problemen behaftet.

Geldmangel

Gewisse Normbrüche scheinen zum jugendlichen Verhaltensstil zu gehören wie etwa "nicht in die Schule gegangen zu sein" (67%).

Betrachtet man die Dimensionalität aller dieser "Abweichungen", so zeigt die große Zahl von Faktoren (8 Faktoren mit Eigenwert größer als 1), daß die Erstellung einer Typologie auf Grund der großen Vielfalt nahezu aussichtslos erscheint. Trotzdem sollen die einzelnen Dimensionen kurz genannt werden: Faktor 1 faßt Schulschwierigkeiten und Geldmangel zusammen (nicht in die Schule gehen, zu Prüfungen nicht antreten, Geld ausborgen, unangenehme Arbeiten für Geld machen). Auch Gelegenheitsdiebstahl (Supermarkt) und Trampen mit wenig Geld gehören zu diesem Faktor. In Faktor 2 wird auffallender Haarschnitt, Punkkleidung, Alkohol- und Haschischkonsum kombiniert; in Zusammenhang damit stehen noch Geldschwierigkeiten sowie das Wohnen in Wohngemeinschaften. Faktor 3 faßt Streit und Schlägereien, Schwierigkeiten mit der Polizei und Haft zusammen, Faktor 4 Schulabbruch und Abbruch der Lehre. Faktor 5 könnte man als "Normlosigkeit" interpretieren, da die items Partner-tausch/Gruppensex/Vandalismus ("etwas mutwillig zerstört, z.B. Telefonzellen, Straßenbahn zu haben"), Drogen und Alkoholkonsum zusammengefaßt werden. Faktor 6 stellt die Haft in den Vordergrund, allerdings kombiniert mit Drogenerfahrung und Trampen im Ausland (ohne Geld). Faktor 7 wird vor allem durch das item "von zu Hause ausgerissen oder fortgelaufen" repräsentiert. Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die hier besprochenen Dimensionen der Abweichung kausal wenig miteinander zu tun haben; dies bedeutet allerdings auch, daß sehr viele "Kombinationen" solcher Abweichungen auftreten werden.

Dimensionen der "Abweichungen"

Diese Struktur der Abweichungen machte es unmöglich, eine eindimensionale Skala zu konstruieren, mit der das Ausmaß von "Marginalität" gemessen werden könnte; der Index "Marginalität" faßt daher nur die uns am relevantesten scheinenden Probleme zusammen: Streit und Schlägerei, mit der Polizei zu tun gehabt zu haben, Haschisch oder LSD- Konsum, Hippie- oder Punkkleidung (alternativ auffallender Haarschnitt), in einem fremden Land ohne Geld dagestanden zu sein, Vandalismus, Haft, Schule oder Lehre (alternativ) frühzeitig verlassen zu haben. Mit niedriger Bildung tritt "Marginalität" häufiger auf (Beta = .18), auch Arbeitslose geben ein höheres Ausmaß an Marginalität zu (Beta = .11); von Kausalität sollte allerdings nicht gesprochen werden, da der Index Marginalität auch den Ausbildungsabbruch enthält, der ja gerade zu niedriger Qualifikation und damit zu geringeren Chancen am Arbeitsmarkt führt. Verschiedene Phänomene werden von Arbeitslosen gegenüber Berufstätigen signifikant häufig angegeben: Haschisch- oder LSD-Konsum sowie Hippie- oder Punkkleidung (zweimal so oft), Haft (dreimal so oft), Abbruch der Lehre und von zu Hause ausgerissen (viermal so oft). Abweichung zeigt sich demnach als am stärksten von der Schichtposition, d.h. von der elterlichen Herkunft und den zur Verfügung stehenden Ressourcen abhängig. Der zweite Einflußbereich, der bereits erwähnt wurde, ist die "Teilnahme an der Jugendkultur" (Beta = .15). Die Pop- und Rockkultur stand seit jeher in einer engen Berührung zum Drogenkonsum und zur Triebausübung. Den meisten Fans war der Drogenkonsum ihrer Idole bekannt und man stieß sich auch nicht an den "Groupies" im Umfeld der Pop-Heroen. In Rock- und Popkonzerten wird oft für Drogenkonsum plädiert, ohne daß dies strafrechtliche Konsequenzen hätte (ein "Embargo", d.h. Marktausschließung bestimmter Gruppen wurde zwar einmal diskutiert, vermutlich jedoch durch den Einfluß der mächtigen Musikindustrie wieder zurückgestellt). Die Zusammenhänge sind außerdem nicht eindimensional, sondern

Abweichung und Arbeitslosigkeit

Abweichungen und Jugendkultur

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

222

komplex: welche Bedingungen die Sympathie für eine subversiv erscheinende, Emotionen und Aggressionen auslebende Musikkultur eher wahrscheinlich machen, ist ungeklärt. Ob die jeweiligen mit Drogen assoziierten "Vorbilder" tatsächlich imitiert werden, kann kaum vorhergesagt werden. Sicher ist jedenfalls, daß diese Art der Jugendkultur in Nähe zu vielen Phänomenen steht, die hier als Marginalität oder Devianz bezeichnet worden sind.

### Politische Integration

Rechtsradikalismus, Zurückweisung demokratischer Institutionen, politische Radikalität sind das Gefüge der Gesellschaft bedrohende politische Einstellungen. Auch in Österreich konstatieren Politologen neue Entwicklungen, die man größtenteils als Protest gegen etablierte Großparteien interpretierte. Während die "grünen" Parteien für die in Ausbildung stehenden Jugendlichen am attraktivsten sind, ist es die "Freiheitliche Partei Österreichs" (FPÖ) für Jugendliche mit schon abgeschlossener, niedriger Bildung (Ullrich, Plasser und Gerlich 1988, S. 191). Von den Unterschicht-Jugendlichen kann auf Grund der Auflösung ideologischer Positionen keine "klassenbewußte" Abwehr konservativer Werte mehr erwartet werden. Was 1988 vielleicht noch nicht so ernst genommen wurde, ist heute bereits Realität geworden: rechtsradikale Aktionen in der Bundesrepublik, besonders im Zusammenhang mit der Ausländerfrage sind nahezu an der Tagesordnung. In diesem Kontext ist die Einstellung der Jugendlichen zur Demokratie bzw. zu Institutionen, die für demokratische Regierungsformen charakteristisch sind, besonders wichtig. Demokratische Institutionen zeichnen sich durch universalistische Prinzipien der Aggressions- und Konfliktregelung aus. Daher ist die kognitive Verankerung der sozialen Aggressionsnormen (universalistischer Konfliktlösungsregeln) unter Umständen ein wesentliches Zwischenglied sowohl für die Akzeptanz demokratischer Institutionen als auch ein wesentlicher Faktor eines persönlichen Wertsystems, das Aggressivität in der sozialen Interaktion ablehnt. Dabei kann von der Hypothese ausgegangen werden, daß die Vermittlung universalistischer Konfliktregelungsnormen sicher von den Bildungsinstitutionen getragen wird und sich daher auch bei den höher Gebildeten auswirken mußte.

Protest gegen etablierte Großparteien

Radikalität

Das Konzept "Kontrolle der Aggression" bzw. der "Normen gegenüber Aggression" (vgl. auch Schulz und Weiss 1993) wurde mit 6 Fragen erfaßt, wobei die Antwortalternativen jeweils ausformuliert sind, um die Ja-sage-Tendenz möglichst niedrig zu halten (s. Tab.15). Mit den Fragen sollte festgestellt werden, ob man dazu tendiert, im Fall der Benachteiligung oder Frustration die Selbstdurchsetzung (auch mittels Gewalt) einer institutionell-rechtlichen Regelung vorzuziehen. Selbsthilfe ("Rambo-Mentalität") beinhaltet hohe Aggressivität. Die Befürwortung einer rechtlichen Normendurchsetzung stellt jedenfalls ein aggressivitätsminderndes Element dar; vor allem, wenn man Aggressivität nicht als Persönlichkeitsmerkmal sieht, sondern unter dem Aspekt gesellschaftlich normierter, d.h. legitimer Durchsetzungshandlungen. Die Items (Fragen) können zu einer Skala mit sehr guter Verlässlichkeit (Cronbach-Alpha Reliabilität = 0.78) zusammengefaßt werden. Inhaltlich steht die Skala ("Kontrolle von Aggression") auch dem Konzept Universalismus - Partikularismus nahe, da individuelle Durchsetzungen - besonders in Konfliktsituationen - partikularistische Züge aufweisen. Die Durchsicht der Antworten auf die einzelnen Fragen zeigt, daß zwar eine Mehrheit der befragten Jugendlichen universalistische Konfliktregelung befürwortet, daß aber doch bis zu ein Viertel der Jugendlichen individuell-aggressive Durchsetzung bejahen. Bedenkt man noch, daß ca. 1/5 Unentschlossene existieren, kann die Situation als problematisch betrachtet werden. Inwieweit sich Jugendliche hier von der Erwachsenengeneration unterscheiden, kann nicht beantwortet werden, da diesbezüglich keine Vergleichsdaten vorliegen.

Aggressivität

Modelle der Konfliktregelung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

223

Tab.15: Kontrolle von Aggression (Normen).

Frage: Im folgenden werden Sie mit gegensätzlichen Meinungen konfrontiert. Bitte geben Sie an, welche der folgenden Meinungen Sie selbst vollständig oder eher vertreten?

A	JA 1+2	JA 4+5	B
es ist im Prinzip richtig, wenn ein Vater, dessen Kind ermordet wurde, den Täter selbst sucht und ihn tötet	20	60	ein Vater, dessen Kind ermordet wurde, muß auch bei Kenntnis des Täters den Fall der Polizei übergeben
Bombardierungen und Erschießungen der Zivilbevölkerung können in einem Krieg gerechtfertigt sein	7	74	Bombardierungen und Erschießungen der Zivilbevölkerung sind auch in einem Krieg ein Verbrechen
es ist besser, einen überführten Mörder zu töten, als ihn einzusperren	24	55	selbst wenn jemand nachweislich getötet hat, sollte er nicht zum Tode verurteilt werden
beim Verhör von Verbrechern sollte es der Polizei gestattet sein, auch Schläge anzuwenden	10	71	auch beim Verhör von Verbrechern sollte es der Polizei strikt untersagt sein, Verbrecher zu schlagen
wenn man durch jemanden finanziell schwer geschädigt wurde, hat man durchaus das Recht, sich auch durch Androhen von Gewalt zu wehren	10	71	auch wenn man durch jemanden finanziell schwer geschädigt wurde, sollte man nur durch rechtliche Mittel (Anzeige) seine Ansprüche durchsetzen
wenn die Polizei offenbar nicht mehr in der Lage ist, die Vielzahl schwerer Verbrechen aufzuklären, sollten die Bürger das Recht haben, zur Selbstwehr zu greifen	25	51	auch wenn die Zahl schwerer Verbrechen ansteigt und die Aufklärung zu gering ist, muß die Verbrechensbekämpfung ausschließlich Sache der Polizei bleiben

## Antworttypus:

A 1=stimme voll zu 2=stimme eher zu 3=weder/noch 4=stimme eher zu 5=stimme voll zu B.  
 Prozentsatz der Zustimmungen zu jedem Konzept (Prozentsatz weder/noch fehlt), n = 616.

Die Befürwortung von Normen einer "universalistischen" Konfliktregelung findet man eher bei den Gebildeteren (d.h. Studierenden), aber auch bei Personen mit einem höheren Einkommen. Es sind eher die weniger Gebildeten und jene Berufstätigen mit niedrigerem Einkommen, die eine aggressive Durchsetzung befürworten.

Die Bewertung der Institutionen (s. Tab.16) ergibt ein interessantes Bild. Faktorenanalytisch wird die Einstellung zu den Institutionen Parlament, politische Parteien, Fürsorge, Krankenkasse und Gewerkschaft durch einen Faktor repräsentiert, den man "Einstellung zu demokratischen Institutionen" nennen kann, da diese einerseits die demokratische Umsetzung von Wünschen der Bevölkerung regeln (Parlament, Parteien, Gewerkschaften) als auch Grundansprüche der Versorgung sicherstellen (Fürsorge, Krankenkasse). Es sind auch hier die Jugendlichen mit höherer Bildung, die demokratische Institutionen eher befürworten.

Bewertung der  
Institutionen

Tab.16: Einstellung zu gesellschaftlichen Institutionen.

Frage: Welche der folgenden gesellschaftlichen Einrichtungen halten Sie im Prinzip für eher sinnvoll und welche für weniger sinnvoll?

	% eher sinnvoll	FI	FII	FIII
Kirche	32			.69
Ehe	67			.66
Militär	35			.57
Polizei	75		.65	
Justiz	81		.65	
Schule	91		.78	
Universität	79		.58	
Parlament	68	.72		
politische Parteien	54	.70		
Fürsorge	77	.58		
Krankenkasse	89	.48		
Gewerkschaften	57	.65		

Prozentsatz "eher sinnvoll" (n = 616). Faktorenanalyse (Hauptkomponenten, Varimax): Ladungen >.40

Die Bejahung der sogenannten "traditionellen Institutionen" Kirche, Militär und Ehe läßt sich durch soziodemographische Variable nur schlecht erklären; lediglich diejenigen, die sich auf der links-rechts Skala eher als "rechts" einstufen, finden diese Institutionen häufig sinnvoll.

Die Bejahung universalistischer Normen ist bei Jugendlichen, die sich am rechts-links Kontinuum - einem in der politischen Forschung häufig verwendeten Maßinstrument - eher links einstufen, häufiger anzutreffen; ebenso lehnen die Bejaher universalistischer Normen auch nationalistische Ideen eher ab (Das Einstellungsitem: "in unserer Politik sollten nationale Ideen wieder ihre frühere Geltung zurückgewinnen" findet von 10 % der Befragten vollständige Zustimmung).

### Zusammenfassung

Es sollte in dieser Arbeit versucht werden, verschiedene Dimensionen sozialer Integration Jugendlicher herauszuarbeiten und so weit möglich, dafür Ursachenkonstellationen herauszuarbeiten. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Marginalität (Devianz) relativ eng mit auffälligem Alkoholkonsum und Alkoholproblemen ver-

Rechtsextremität  
und aggressiv-individualistische  
Konfliktregelung hängen  
zusammen

Abweichung und  
Alkoholprobleme  
hängen zusammen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

225

bunden ist (erste Variablen­gruppe). Die zweite Variablen­gruppe faßt Rechtsextremität, Befürwortung nationaler Ideen und Befürwortung aggressiv-individualistischer Konfliktregelung zusammen; es gibt sozusagen einen tendenziell autoaggressiven - gegen sich selbst gerichteten Aspekt und einen nach außen gegen andere Menschen gerichteten Aspekt (s. Tab.17). Beide voneinander unabhängigen Tendenzen können soziale Integration in Frage stellen, wenn sie eine zu hohe Intensität erreicht haben.

Tab.17: Dimensionen der Integration.  
Faktorenanalyse ausgewählter Skalen und Indices

Variable	Faktorladungen	
	F1 (29%)	F2 (18%)
Marginalität (auffällig)	.61	-
Alkoholkonsum (Menge)	.61	-
Alkoholisierung (häufig)	.78	-
Alkoholprobleme (viele)	.75	-
Kontrolle von Aggression (Kontrolle)	-	.67
Links-Rechts-Kontinuum (links)	-	.56
Nationale Ideen (Ablehnung)	-	.69

(Faktorladungen >.50), n = 616.

Der Aspekt des persönlichen Glücks, inwieweit es den Jugendlichen gelingt, einen befriedigenden Lebensstil (meßbar an hoher subjektiver Lebensqualität, d.h. an Glück und Zufriedenheit) zu realisieren, hat mit den genannten Aspekten von Abweichung fast nichts zu tun. Es gibt also glückliche und weniger glückliche Abweicher. Persönliche Zufriedenheit und persönliches Glück sind demnach wichtige Zielsetzungen menschlicher Existenz, sie sind aber nicht unbedingt Bedingungen gelungener gesellschaftlicher Anpassung oder Lebensbewältigung.

Glückliche und unglückliche Abweicher

Die Ursachenkonstellationen - es werden hier nur jeweils grobe strukturelle Bedingungen genannt - zeigen bei allen hier diskutierten Phänomenen eine Dominanz der Bildung. Mit steigender Bildung sind Marginalität, Alkoholkonsum und -probleme, aber auch problematische politische Einstellungen weniger wahrscheinlich. Als zweitwichtigster, eher destabilisierender Faktor, zeigt sich der Einfluß einer Jugendkultur, in der Pop- und Rockmusik, regelmäßiger Besuch von Beisln und Veranstaltungen, Stellenwert besitzen. Als dritte Ursachenkonstellation gilt Arbeitslosigkeit (s. Tab.18). Die politischen Konsequenzen sind ziemlich eindeutig: der Erwerb von Bildung ist eine Ressource, die weit über den damit verbundenen Positionierungseffekt wichtig ist; politische Bestrebungen, Ausbildung auf die für jeweilige Berufserfordernisse notwendigen Fertigkeiten zu beschränken, sind im Hinblick auf die Entwicklung integrationsfähiger junger Menschen nicht zielführend.

Einflußfaktoren:  
Bildung, Jugendkultur, Arbeitslosigkeit

Das Alkoholproblem ist im Zusammenhang mit Freizeitangeboten zu sehen. Entsprechende Konsequenzen könnte das auch auf die Subventionspolitik (Rock- Popkultur) haben.

Dem Erwerb einer Profession ist große Bedeutung zuzumessen; Arbeitslosigkeit selbst hat nachweisbare negative Effekte und sollte entschieden bekämpft werden, auch wenn das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit für die untersuchte Gruppe der 19-Jährigen noch nicht charakteristisch ist.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

226

Tab.18: Bedingungen von Integration.

unabhängige Variable	abhängige Variable (Skalen)					
	MA	AP	AG	AT	AK	NA
BI	-.18	-.11	.11		-.13	.25
AL	.11	.10			.11	
LM		.09				
HK					.09	
JK	-.15	-.14	-.22	-.20		
FA						
Erklärte Varianz R <sup>2</sup>	.07	.06	.07	.04	.05	.06

Multiple Regressionen (Beta-Werte). n = 616.

Legende (in Klammer Bedeutung des numerisch höheren Wertes)

BI= Bildung (hoch), MA=Marginalität (Devianz hoch), AL=Arbeitslosigkeit (arbeitslos), AP=Alkoholprobleme (hoch), LM=Leistungsmotivation (niedrig), AG=Alkoholmenge gesamt (hoch), HK=Hochkultur (keine Teilnahme), AT=Alkohol-Trunkenheit (häufig), JK=Jugendkultur (keine Teilnahme), AK=Aggression (keine Kontrolle für individuelle Durchsetzung), FA=Freizeit (intensive Freizeitaktivität), NA=Nationale Ideen (Befürwortung).

**Anmerkungen:**

- 1) Die Feldarbeit wurde durch das Institut für Empirische Sozialforschung geführt.
- 2) Die Finanzierung der ersten Stufe erfolgte durch den Jubiläumsfond der Österreichischen Nationalbank.
- 3) Teilbeschäftigte Studierende wurden zu den in Ausbildung befindlichen Jugendlichen gezählt.
- 4) Reliabilitäten (Cronbach-Alpha) der Motivskalen zum Alkoholkonsum: Frustrationstrinken 0,776; Entspannungstrinken 0,751; Enthemmungstrinken 0,662  
Geselligkeits- und Anpassungstrinken (Additivität TUKEY gegeben)

**Literatur:**

- Allerbeck K.R., 1982. Ein Generationenkonflikt; in: Jugendprobleme - Jugendprotest. Stuttgart, Zit. nach Janig, 1990.
- ANSVAR, 1981. Studie im Auftrag von ANSVAR, durchgeführt vom österreichischen Gallup-Institut, Wien.
- Antons K., Schulz W., 1981. Normales Trinken und Suchtentwicklung, Bd 1,(2.Auflage). Göttingen/Toronto/Zürich.
- Beck U., 1986. Die Risikogesellschaft. Frankfurt am Main
- Bertram H., 1987. Jugend heute, Die Einstellungen der Jugend zu Familie, Beruf und Gesellschaft. München.
- Bundeskanzleramt, 1979. Bericht über die Situation der Familie in Österreich. Wien.
- Eisenbach-Stangl, I. 1991. Eine Gesellschaftsgeschichte des Alkohols. F/M-New York.
- Gusfield J.R., 1985. Alcohol Problems - An Interactionist View; in: Wartburg et al. (eds.), S. 71-81.
- IFES, 1977. Alkoholkonsum in Österreich; im Auftrag des A-Proksch-Instituts. Forschungsbericht Wien.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

227

- Janig H., Hexel P., Luger K., Rathmayer B., (Hg.), 1990. *Schöner Vogel Jugend*. Linz (2. Auflage).
- Janig H., 1990. Was ist Jugend? Bemerkungen zur Jugendforschung; in: Janig H. et.al., S. 37-58.
- Martischnig M., 1990. "Jung samma, fesch samma...." Kleidung und Verkleidung heutiger Jugendlicher als Paradigmen für ein Kulturverhalten; in: Janig H. et.al. (Hg.), S. 285-311.
- Mechler H.J., 1976. Schülersexualität und Doppelmoral; VZS, 1(1), S. 25-36.
- Opaschowski H.W., 1990. Herausforderung Freizeit, Bd. 10, Schriftenreihe zu Freizeitforschung. BAT Freizeit-Forschungsinstitut, Hamburg.
- Pilgram A., Rotter M., 1981. Jugendkriminalität in Österreich; in: Institut für Jugendkunde (Hg.), *Jugend zu Beginn der achtziger Jahre*. Wien/München, S. 38-71.
- Pixner M., 1978. Wertvorstellung österreichischer Schüler zu "Sexualität - Liebe - Ehe"; in: Weiss R. (Hg.), *Jugendsexualität*. Innsbruck, S. 43-54.
- Room R., 1980. Concepts and Strategies in the Prevention of Alcohol - Related Problems, *Contemporary Drug Problems* 9/9. Zit. in: Room R., 1985.
- Room R., 1985. Alcohol as a Cause: Empirical Links and Social Definitions; in: Wartburg J.P. et.al.(eds.), S. 11-19.
- Rosenmayr L., 1990. Jugend als Spiegel der Gesellschaft? Zur Deutung österreichischer Forschungen; in: Janig H., et.al. (Hg.), S. 4-35.
- Schulz W., 1992. Sexualität männlicher Jugendlicher und die Einstellung zur Familie; SWS Rundschau 32/2, S. 193-210.
- Schulz W., Norden G., Költringer R., 1988. Subjektive Lebensqualität in Österreich; SWS Rundschau 28/2, S. 162-173.
- Schulz W., Norden G., 1991. Lebensqualität von Studenten; SWS Rundschau 31/1, S. 17-32.
- Schulz W., Weiss H., 1993. Conservatism and the Political Views of Young Men in Austria; *European Sociological Review*, Vol. 9/1, S. 79-93.
- Schulz W., Weiss H., Strodl R., 1980. Ehe- und Familienleben heute, Einstellungen und Bewertungen. Bundeskanzleramt, BM für Finanzen. Wien.
- Shell - Jugendwerk der Deutschen Shell (Hg.), 1982. *Jugend '81*. Opladen.
- Ullrich P.A., Plasser F., Gerlich P., 1988. Auszug aus dem Parteienstaat, Jugend und Politik in Österreich; in: Janig et.al., Linz, S. 181-204.
- Wartburg U.P., et al. (eds.), 1985. *Currents in Alcohol Research and the Prevention of Alcohol Problems*. Stuttgart/Toronto.

## Thema: Jugendliche und Computer

Der Computer als neues Kulturelement in der Lebenswelt Jugendlicher

Ausarbeitung: Gerald Steinhardt

Grundlage: Theoretische und empirische Forschungsberichte des In- und Auslandes sowie Gruppendiskussionen mit 60 Jugendlichen, analysiert nach den Kriterien sozialwissenschaftlicher Hermeneutik

In den 80er Jahren wurden die Jugendlichen als Markt für die Computerindustrie entdeckt. Heute besitzen 17 % der Jugendlichen selbst einen Computer, ein Vielfaches dieser Zahl bedient sich des Gerätes von Freunden oder Eltern.

Entsprechend groß sind die Mythen, die sich um den Computer herum gebildet haben, positive wie negative. Eine umfassende Sichtung der vorliegenden Forschungen, eine kommunikationstheoretische Bestimmung des Computers als Kulturmedium und die Auseinandersetzung mit Jugendlichen darüber, wie sie selbst dieses neue Medium wahrnehmen, vermag Klarheit in die teilweise verwirrende Auseinandersetzung um den Nutzen und Schaden der Computer für die Jugendlichen zu bringen.

Welchen Platz nehmen Computer im Leben der Jugendlichen ein? Was tun sie vorwiegend mit ihnen? Was lernen, was verlernen sie dadurch? Auf welche Weise kommen sie dadurch untereinander in Kontakt? Welche Aspekte ihrer Lebenswirklichkeit bringen sie in das Computerspiel ein, welche Rolle spielt er im komplizierten Geflecht der Sozialisation, welche im Schulunterricht? Wie steht es mit der unterschiedlichen Nutzung durch Mädchen und Burschen? Wie gefährlich sind Abschieß- und Gewaltspiele, wie verbreitet neonazistische Computerspiele? Zuletzt: Was müsste geschehen, um vor allem die nützlichen Seiten dieses neuen Mediums zum Tragen zu bringen?

Neben vielen interessanten und weiterführenden Einzelergebnissen zeigt sich etwas Grundsätzliches: Die Jugendlichen, so sieht es aus, nutzen vorderhand eher die spielerischen Möglichkeiten der Computer und sie nutzen sie umso kreativer, je offener und zugänglicher für ihre Vorstellungen die Programme und ihre soziale Verfügbarkeit sind. Diese Beobachtung bedeutet auch einen Auftrag, nicht nur an die in den Anfängen steckende Computerpädagogik, sondern auch an die Computerindustrie und -vermarktung.

## DER COMPUTER ALS NEUES KULTURELEMENT IN DER LEBENSWELT JUGENDLICHER

Gerald Steinhardt

### Zum Stand der Forschung

Größere Verbreitung unter den Kindern und Jugendlichen im deutschsprachigen Raum erlangte die Computertechnik am Anfang der 80er-Jahre, als Kaufhausketten im Sinne der Absatzsteigerung diese Altersstufe als neue Zielgruppe zu erschließen begannen: Es wurden attraktive Computerabteilungen eingerichtet, in denen die Heranwachsenden mit der neuartigen Technologie ohne viel Kontrolle und Einschränkungen experimentieren konnten<sup>1</sup>. Es zeigte sich, daß die Jugendlichen im Umgang mit diesen Geräten oft weitaus unbefangener waren und sie eher in ihre Lebenswelt integrierten als Erwachsene, die ihnen mit mehr Skepsis und weniger Verständnis begegneten.

Jugendliche als neuer Markt für Computer

Schnell wurde das Verhältnis der Jugendlichen zu dieser Technologie Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung, wobei die in diesem Diskurs von Eltern, Erziehungspraktikern, politisch Verantwortlichen und Wissenschaftlern auszumachenden vielfältigen Hoffnungen und Befürchtungen als Indiz für die Ratlosigkeit der Erwachsenen gelten können, wie mit dem Eindringen der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen umzugehen sei.

Ratlosigkeit

In der Forschung nahmen Fragestellungen nach den Auswirkungen des Umgangs mit den neuen Technologien breiten Raum ein. Dabei dominierten über längere Zeit hindurch zwei Tendenzen:

Fragestellungen der Forschung

Einerseits wurden in den wissenschaftlichen Überlegungen Zukunftsszenarien entwickelt, die vielfältige Mythologisierungen widerspiegelten. Diese Mythologisierungen und die damit eng verkoppelte Ambivalenz von Angst und Faszination erschwerten über weite Strecken eine angemessene Auseinandersetzung mit den neuen Technologien<sup>2</sup>.

- Mythologisierung

Andererseits stand das Gefährdungspotential zunächst der Bildschirmspiele an Spielkonsolen und Videoautomaten, dann auch der Computerspiele im Vordergrund. Treibende Kräfte dieser Art von Forschung waren jugendschützerische Intentionen und Interessen der Automatenhersteller<sup>3</sup>.

- Gefährdung

Im Gefolge des rapiden Eindringens der neuen Technologien in alltägliche Lebenszusammenhänge und ihrer zunehmenden Integration in den Bildungsbereich erweiterte sich der Blickwinkel: Immer mehr geriet die Frage nach den Sozialisierungseffekten des Umgangs mit der Computertechnologie in den Blick, wobei vor allem die Auswirkungen auf die Entwicklung des Denkens, der Emotionalität und der sozialen Beziehungen untersucht wurden. Allerdings zeigen die bislang veröffentlichten Untersuchungen immer deutlicher, daß sich nennenswerte Auswirkungen der Computernutzung im Sinne kausaler Zusammenhänge weder für den kognitiven Bereich noch für das Gefühlsleben oder das Sozialverhalten eindeutig belegen lassen<sup>4</sup>; auch die Suche nach Zusammenhängen zwischen "Persönlichkeitsmerkmalen" und der Nutzung des Computers brachte keine interpretierbaren Ergebnisse<sup>5</sup>. Diese Ergebnisse sind insofern nicht überraschend, als sie weitgehend den Erkenntnissen der Fernsehforschung entsprechen: Die Annahme relativ einfacher Wechselwirkungen zwischen einzelnen Medienprodukten und dem Verhalten ihrer Konsumenten konnte auch dort nicht bestätigt werden<sup>6</sup>.

- Sozialisierungseffekte

- zu simple Hypothesen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

230

Fragestellungen, die primär an Wirkzusammenhängen interessiert sind, gehen - zumindest implizit - von einem einseitigen Gewaltverhältnis, gleichsam einer Prägung der Subjekte durch ihr gesellschaftliches Umfeld und die darin vorfindlichen Gegebenheiten, aus. Vernachlässigt wird dabei, daß Sozialisation immer einen aktiven Prozeß darstellt: Der Einzelne ist nicht passives Objekt, das einer formenden Umwelt ausgeliefert ist, sondern eignet sich auf der Folie seiner bisherigen lebensgeschichtlichen Erfahrungen die Elemente seiner Lebenswelt aktiv an und verarbeitet sie: er/sie wählt aus, gewichtet, interpretiert. Dabei ist von einer dialektischen Beziehung zwischen dem eigensinnigen Handeln der Subjekte und der formierenden Kraft der Verhältnisse auszugehen.

Sozialisation:  
ein aktiver Prozeß

Die folgenden Ausführungen basieren auf einer Sichtung der vorliegenden wissenschaftlichen Literatur und auf einer eigenen empirisch-qualitativen Untersuchung von Jugendlichen zum Thema<sup>7</sup>. Sie orientieren sich nicht an Überlegungen zur Auswirkung der Computertechnologie, sondern an der Frage, wie weit durch den Gesamtzusammenhang der Beschäftigung der Jugendlichen mit dem Computer Lebensbereiche verändert, gestaltet und beeinflußt werden. Es sind die unterschiedlichen (jugend)kulturellen Aneignungsformen dieser Technologie zu analysieren und danach zu fragen, was den Computer in seinen verschiedenen Anwendungen für die Jugendlichen so attraktiv macht und seinen Gebrauchswert begründet.

Neuer Forschungs-  
ansatz

### Geräteausstattung

Die Computernutzung durch Jugendliche nahm in den letzten Jahren stetig zu<sup>8</sup>. Ein Indiz dafür ist die Verfügbarkeit der Geräte. Für Österreich wurde 1991 erhoben, daß rund 17% der Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren selbst einen Computer besitzen; unter den Erwachsenen zwischen 20 und 49 Jahren sind es nur etwa 10 Prozent<sup>9</sup>. Damit hat sich der Anteil der Jugendlichen, in deren Besitz sich ein Computer befindet, in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt<sup>10</sup>; außerdem scheint die private Computernutzung eine Domäne der Heranwachsenden zu sein. Videospiele-Geräte sind in rund 16 Prozent der Haushalte verfügbar, in denen Jugendliche zwischen 14 und 19 Jahren leben.

seit 1987:  
Verdopplung  
der jugendlichen  
Computerbesitzer

Nach der Mikrozensus-Erhebung vom Juni 1989 verfügen 5% aller österreichischen Haushalte über Videospielecomputer (ohne "Video-Taschenspiele") und 6% der Haushalte über Heimcomputer. Klammert man Pensionistenhaushalte u.ä. aus und nimmt nur Beschäftigtenhaushalte als Basis, ist in 9% ein Heimcomputer vorhanden, wobei Haushalte mit Kindern tendenziell eher über einen Heimcomputer verfügen als Haushalte, in denen keine Kinder und Jugendlichen leben<sup>11</sup>. Mit zunehmendem Haushalts-Einkommen als Indikator für die Konsumstärke steigt der Anteil an privat verfügbaren Computern.

Computer und Videospielegeräte breiteten sich bislang für eine neue Technologie vergleichsweise rasch aus, doch blieb die Entwicklung weit hinter den Prognosen der 80er-Jahre zurück<sup>12</sup>.

Die empirisch erhobenen Zahlen zur Haushaltsausstattung mit Computern und zum Computerbesitz von Jugendlichen sagen allerdings wenig über das tatsächliche Ausmaß der Nutzung der Geräte durch die Jugendlichen aus, sondern spiegeln in erster Linie die verbesserten Zugangsmöglichkeiten zum Computer wider.

### Zur Faszination und Attraktivität des Computers für Jugendliche

Versucht man, die Attraktivität der Computerspiele wie der Computeraktivitäten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

231

insgesamt aus dem Alltag der Jugendlichen zu verstehen und auf einem gesellschaftstheoretischen Hintergrund zu interpretieren, so ist es notwendig, das subjektive Erleben der Jugendlichen und das Medium mit seinen Inhalten, seiner Struktur sowie den von ihm zur Verfügung gestellten Handlungsoptionen in ihrer Wechselwirkung zu betrachten<sup>13</sup>. Besonders deutlich werden die relevanten Aspekte der Begeisterung Jugendlicher bei der Untersuchung der häufigsten Aktivität der Jugendlichen am Computer, dem Computerspielen. Doch auch die Faszination der anderen Tätigkeiten, etwa des Programmierens, leitet sich größtenteils aus den gleichen Momenten her.

### Das Neue am neuen Medium: aktives Eingreifen und Identifikation durch Handeln

Die Computertechnologie stellt nicht bloß eine simple Weiterentwicklung der bisher bekannten Medien dar, sondern bietet qualitativ neue Aspekte:

Als Multi-Media-Technologie ermöglicht sie die Integration verschiedener medialer Elemente, die bisher in der Regel getrennt angeboten wurden, in einem medialen Ereignis. Dadurch werden bei den Nutzern unterschiedliche Wahrnehmungs- und Verarbeitungsprozesse gleichzeitig angesprochen und aktiviert. Die gute Qualität der graphischen und akustischen Gestaltung erleichtert die Identifikation und erschwert Distanz zum dargebotenen Inhalt.

Im Gegensatz zu den traditionellen Medien ermöglicht die Computertechnologie aktive Handlungsweisen und Eingriffe in das Geschehen. Diese Faszination wird bei den Computerspielen besonders deutlich: Der Fortgang der Handlung kann vom Spieler in Grenzen mitbestimmt werden, die Ausgangssituation kann z.T. verändert werden (so etwa durch die Einstellung von Levels oder der Stärken und Schwächen der Protagonisten), es werden vom Spieler (körperliche) Reaktionen und Entscheidungen verlangt.

Die Möglichkeit der Beeinflussung des weiteren Geschehens durch das aktive Eingreifen des Nutzers sowie die dadurch erfolgende Rückmeldung auf das eigene Handeln stellt eine strukturelle Interaktivität her, welche die Jugendlichen scheinbar aus der Situation der Passivität und Abhängigkeit vom Medium befreit. Deshalb präferiert ein Teil der Jugendlichen die Computerspiele gegenüber dem Fernsehen.

Diese Momente: aktive Eingriffsmöglichkeit, simultanes Ansprechen mehrerer Sinne, Beteiligung der Motorik, realitätsnahe Gestaltung erleichtern die Identifikation der Jugendlichen mit den Protagonisten der Computerspiele. Allerdings zeigt sich, daß die Identifikation der Jugendlichen mit den Akteuren zeitlich eng an die Aktivität des Spielens am Gerät gebunden ist und kaum phantasierend auf andere Alltagsbereiche übertragen wird. Anders als die Identifikation mit den Superhelden des Fernsehens, welche stark durch eine regressive Übertragungssituation bestimmt ist, ist es eine "Identifikation durch Handeln"<sup>14</sup>.

### \* Computerspiele als Möglichkeiten aktiven Eingreifens

Verkoppelt mit dem Alltag der Jugendlichen sind die Computerspiele in starkem Maß über die im eigenen Alltag erlebten Ohnmachts-, Hilflosigkeits- und Abhängigkeitsgefühle und -erfahrungen in einem zunehmend komplexeren sozialen Gefüge, welches Jugendlichen beinahe ausschließlich eine "konsumistische" Relation zur Gesellschaft eröffnet<sup>15</sup>. Sie haben in den für sie bedeutsamen Lebenskontexten kaum Einfluß und machen selten die Erfahrung, daß ihre Überlegungen und ihr Handeln reale Veränderungen nach sich ziehen. Das Spiel unterscheidet sich somit von den meisten sonstigen Alltagszusammenhängen der Jugendlichen dadurch, daß es Handlungsweisen ermöglicht, die ihnen üblicherweise verwehrt sind: etwa daß es Eingriffsmöglichkeiten eröffnet, die - zumindest innerhalb des Spiels - tatsächlich Konsequenzen nach sich ziehen, in denen ihre Handlungen konkrete Auswirkungen haben und in denen sie auch potentiell erfolgreich sein können. Die durch das eigene Handeln bewirkte Veränderung am Bildschirm ermöglicht den Jugendlichen eine Selbstobjektivierung im

Identifikation  
durch Handeln

Möglichkeiten  
aktiven  
Eingreifens

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

232

Sinne einer Bestätigung oder auch der Selbstkritik und trägt so bei zur Ausbildung von Selbstwert und Selbstgefühl<sup>16</sup>.

Die Möglichkeiten der Gestaltung und des Ablaufs sind trotz scheinbarer Autonomie und Freiheit des Nutzers eingeschränkt durch die Möglichkeiten und Vorgaben des Programms. Computerspiele sind als Teil des Medienverbunds kulturindustriell überformte und produzierte Rahmen für dramatische Inszenierungen<sup>17</sup>. Wie weit trotz scheinbarer Vielfalt der Prozeß der Standardisierung gediehen ist, zeigt sich etwa daran, daß die gängigen Computerspiele einigen wenigen Grundmustern folgen, die immer wieder variiert und miteinander kombiniert werden<sup>18</sup>.

### \* Der Computer als bezwingbare Autorität

Ein zweiter zentraler Aspekt im Zugang zum Verständnis der Faszination, die Computer auf Jugendliche ausüben, scheinen die veränderten Möglichkeiten der Jugendlichen zu sein, sich mit Autoritätsstrukturen auseinanderzusetzen. Was man als autoritäre Epoche bezeichnen könnte, ist zu Ende gegangen: Gesellschaftliche Hierarchien verloren ihren unhinterfragbaren Stellenwert, insbesondere werden sie nicht mehr über väterlich bestimmende Einzelpersonen abgesichert, deren Autoritätsposition durch die ökonomischen und sozialen Veränderungen entscheidend geschwächt wurde. Die fraglose Bindung an traditionelle Inhalte, die über die reale oder zumindest demonstrierte Autorität der Eltern vermittelt war, wurde brüchig<sup>19</sup>.

Bezwingbare  
Autorität

Gleichzeitig fand jedoch keine ausreichende gesellschaftliche Bearbeitung autoritärer Strukturen statt und somit war auch eine adäquate psychische Bearbeitung der Autoritätsproblematik nicht möglich. Gesellschaftliche Herrschaft tritt heute zwar kaum mehr repräsentiert durch reale Personen auf; sie ist damit allerdings nicht verschwunden. Insbesondere hat sich die Situation der Jugendlichen hinsichtlich der Erfahrung einschränkender Bedingungen in der Lebensgestaltung und Teilhabe an der Gesellschaft und ihren Möglichkeiten trotz vermehrter Angebote der Freizeitgestaltung nicht grundlegend verändert. Konnten in einer vaterrechtlichen Struktur die eigenen Abhängigkeits- und Ohnmachtserfahrungen noch an der Person des Vaters festgemacht werden, so stellt sich die Frage, was an die Stelle der Auseinandersetzung mit dem Vater als Repräsentant einer autoritären Struktur getreten ist. Die Tendenz ist groß, alle diejenigen autoritären Strukturen auf einer symbolischen Ebene aufzugreifen und zu bekämpfen, die zugänglicher erscheinen als die reale Welt. Eine solche Struktur stellt die Computertechnologie dar.

- Autoritäten  
schwinden, aber  
verschwinden  
nicht

- an die Stelle  
der Väter...

Die Auseinandersetzung mit dem Computer ist eine Möglichkeit, in eine machbare Auseinandersetzung mit den reglementierenden Aspekten der Erwachsenenwelt einzutreten, wobei die dem Computer inhärente Logik und das Programm als autoritäre väterliche Komponente fungieren: Vom Jugendlichen wird gefordert, sich auf die Logik, Struktur und Notwendigkeit des Programms einzulassen, das ein begrenztes Set von Reaktionsmöglichkeiten einschließt, über die man Bescheid wissen muß. Obwohl das Programm die Regeln vorgibt, ist - bei entsprechender Anstrengung und Findigkeit - ein Sieg möglich: das Programm kann bezwungen oder der Schatz (im Adventure-Game) gefunden werden.

... treten die Com-  
puter: der Schatz  
kann gefunden  
werden

Der Computer bietet dabei den Vorteil einer doppelten Interpretationsmöglichkeit: Zum einen fungiert er als Platzhalter für die Auseinandersetzung mit realen Autoritäten: er stellt als potentiell bezwingbare Autorität, die sich einer Auseinandersetzung wann immer der Heranwachsende will - auch tatsächlich stellt, eine attraktive Lösung der Bewältigung traditioneller Autoritätsverhältnisse dar. Zum anderen ermöglicht er eine spielerische Konfrontation mit real wirksamer Reglementierung, die über weite Strecken nicht mehr unvermittelt erfahrbar ist, da sie nicht mehr an Personen festmachbar ist, sondern als strukturelles Phänomen.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

233

### Der Computer im Alltag: Nutzungsformen, Nutzungsintensität, Kontexte

Wenn man der Frage nachgeht, was die Jugendlichen mit dem Computer tun, so zeigt sich, daß Computer-Spielen die bei weitem häufigste und wichtigste Form der nicht-schulischen Computernutzung darstellt<sup>20</sup>; an dieser Priorität der Spiele hat sich in den letzten Jahren wenig geändert. In der Rangreihenfolge der Häufigkeit verschiedener Nutzungsformen des Computers folgt dem Spielen in absteigender Reihenfolge die Anwendung fertiger Programme, das Erstellen eigener Programme und das Herumspielen am Computer.

Häufigste Form der Nutzung:  
Computerspiel

Zum Computerspielen erhobene Zahlen weisen darauf hin, daß etwa neun Zehntel der Burschen und zwischen 70 und 80 Prozent der Mädchen über Erfahrung mit Computer- und Videospiele verfügen<sup>21</sup>. Die Zahl derjenigen, die zumindest gelegentlich spielen, ist jedoch geringer. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der spielerfahrenen Mädchen sich zunehmend an die der Burschen angleicht. Allerdings wenden sie wesentlich weniger Zeit als die Burschen für das Computerspielen auf.

70 - 80 %  
spielen - Mädchen  
ziehen nach

Insgesamt verbringen die Jugendlichen nach wie vor vergleichsweise wenig Zeit am Computer: Eine deutsche Studie, die im Zwei-Jahres-Abstand wiederholt wurde, ergab trotz verbesserter Haushaltsausstattung nur einen geringen Anstieg der durchschnittlichen Nutzungsintensität: Nur 8 Prozent der Burschen und 2 Prozent der Mädchen beschäftigten sich täglich mit dem Computer. Etwa zwei Drittel der Burschen und fast neun Zehntel der Mädchen beschäftigten sich zum Erhebungszeitpunkt allerdings weniger als einmal pro Woche oder nie mit dem Gerät<sup>22/23</sup>. Dieselbe Studie erhob die Nutzung von Telespielen, bei denen im Zwei-Jahresabstand sogar ein leichter Rückgang festgestellt wurde<sup>24</sup>.

wenig Zeit am  
Computer

Gespielt wird von Jugendlichen vorwiegend dann, wenn keine andere attraktive Tätigkeit gemeinsam mit den KollegInnen in Aussicht ist, oder als Pausenfüller zwischen zwei den Tag strukturierenden Tätigkeiten: etwa zwischen dem Mittagessen und den Hausübungen oder vor dem Weggehen am Abend. Gerade in ihrer Funktion als Pausenfüller werden die Spielgeräte vorwiegend alleine genutzt. Diese Möglichkeit zu einer 'individuellen' Aktivität am Computer - allein und ohne räumliche, zeitliche oder soziale Abstimmungsnotwendigkeit - wurde den Jugendlichen erst jetzt, mit zunehmender Verbreitung der Computer und Videospielegeräte in den Privathaushalten, eröffnet. So geben derzeit rund die Hälfte der spielerfahrenen Jugendlichen an, allein zu Hause zu spielen; jeweils genauso viele sagen, daß sie zu Hause mit Freunden bzw. bei Freunden zu Hause spielen<sup>25</sup>. Der Anteil derjenigen, welche bei Freunden spielen, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken<sup>26</sup>. Diese Tendenz läßt aber nicht darauf schließen, daß die gemeinschaftliche Computernutzung durch die solitäre abgelöst worden wäre: Nach wie vor trifft zu, daß die Beschäftigung am Computer über weite Strecken eine gemeinschaftliche ist. Neben den Freunden spielen dabei zunehmend die Geschwister, aber auch die Eltern eine wichtige Rolle.

Pausenfüller

Gemeinschaftliche  
Aktivität

Intensive Phasen des Spiels kommen immer wieder vor, sind aber in der Regel passagere Erscheinungen. Nur ganz selten wird über dem Spielen die Zeit übersehen. Vor allem, wenn die Jugendlichen oder ein Mitglied des Freundeskreises in den Besitz eines neuen Computers oder Spielgeräts gekommen sind, übt die Beschäftigung damit anfänglich einen großen Reiz aus. Hin und wieder kann es dann geschehen, daß für eine begrenzte Zeit die Jugendlichen sich intensiver auf die Faszination des Spiels einlassen und in den Kreislauf von Herausforderung, Eingreifen und Erfolgserlebnis eintauchen. Diese Art von Faszination wird nicht nur für das Computerspielen, sondern von den Jugendlichen, für die der Computer ein Hobby ist, auch von der Tätigkeit des Programmierens berichtet. Phasen intensiver Computernutzung sind allein schon deshalb im Alltag der Jugendlichen selten, weil sie von ihren schulischen und beruflichen Aufgaben zeitlich außerordentlich stark in Anspruch genommen wer-

Phasen intensiver  
Nutzung selten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

234

den und diese Anforderungen Priorität genießen. Insgesamt kommt dem Computer-Umgang - bezogen auf die Gesamtheit der Jugendlichen - im Vergleich mit anderen Freizeitaktivitäten kein besonders hoher Stellenwert zu. Individueller Medienkonsum wie das alleinige Computerspielen, aber auch das Lesen, kollidiert mit den sozialen Aktivitäten und wird daher hintangestellt: Sich mit FreundInnen zu treffen, eine "Sauf-tour" zu unternehmen oder Samstag abend auszugehen ist allemal wichtiger.

Durchgehend berichten die Jugendlichen jedoch, daß das Spielen bald einmal fad wird. Dieses Nachlassen der Faszination hängt mit der kaum auflösbaren Redundanz der Struktur der Spiele zusammen. Wenn der Reiz der Spiele nachläßt, taucht oft verstärkt der Wunsch auf, andere Verwendungsmöglichkeiten des Computers zu erproben. Wenn der Zugang zu den notwendigen Kenntnissen oder Programmen fehlt oder sich keine Anwendungen eröffnen, die sinnvoll in die alltäglichen Lebenszusammenhänge der Jugendlichen integriert werden können, scheitern diese Versuche selbsttätiger Aneignung der Computertechnologie.

Bald einmal fad

Diese Ergebnisse sind Indizien dafür, daß weder das erweiterte Medienspektrum noch die Computertechnologie in der Lage sind, den Freizeitbereich der Jugendlichen zu monopolisieren. Das bedeutet hinsichtlich der in den Computerspielen in Szene gesetzten dramatischen Inszenierungen, daß die Jugendlichen nicht aus der "realen" Welt in die Bildwelten der Spiele ausweichen und diese Welten gegen nicht durch elektronische Medien vermittelte Erfahrungen austauschen, sondern daß den Jugendlichen ausreichende und vielfältige Möglichkeiten der "Selbsterfahrung" außerhalb der Inszenierungen der Computerspiele offen stehen und in der Regel auch genützt werden. Insbesondere die Peer-Group, innerhalb derer sie noch nicht zur Gänze festgelegt sind auf vorgegebene Interpretations- und Deutungsschemata, fungiert als zentraler Bezugspunkt der Aktivitäten der Jugendlichen. Zwar sind auch die Peer-Group-Aktivitäten zu einem nicht geringen Teil bereits eingebunden in kulturindustrielle Vermarktungsstrategien und damit in vorfabrizierte Sinn- und Bedeutungsstrukturen: etwa im Rahmen des Sports, des Disco-Besuchs. Doch gelingt es den Jugendlichen wesentlich besser als den Erwachsenen, die kulturindustriellen Vorgaben zwar aufzugreifen, aber ihren eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen zu assimilieren. Sorgen, daß Computer oder Videospiele "süchtig" machen<sup>27</sup>, sind unbegründet. Wenn Jugendliche in Ausnahmefällen exzessivem Videospieldkonsum nachgehen, liegt das nicht am Medium, sondern an der konkreten Lebenssituation des Spielers.

Computer machen nicht süchtig

Programmiert wird hauptsächlich von Besuchern allgemeinbildender und berufsbildender höherer Schulen; und selbst unter diesen nur von einer eingegrenzten Gruppe. Sogar von denjenigen, welche am Informatik-Unterricht teilgenommen haben, programmieren die meisten nicht in ihrer Freizeit. Auch wenn die Mehrzahl der Jugendlichen hauptsächlich am Computer spielt, so ist Programmieren doch die prestigeträchtigere Aktivität: und zwar sowohl innerhalb eines jugendkulturellen Kontexts als auch gegenüber der Erwachsenenwelt, welche diese Aktivität als "wertvoller" betrachtet.

Nur wenige programmieren

Spannend am Programmieren - seien es Spielereien oder nutzbringende Anwendungen - ist für die Jugendlichen in erster Linie die Erfahrung, daß sie mittels Programm als Anweisung den Computer dazu bringen, das zu tun, was sie wünschen: daß diejenigen Effekte realisiert werden, welche sie sich vorher ausdenken. Das kann allerdings nur gelingen, wenn man sich auf die Auseinandersetzung mit der vorgegebenen regelhaften Struktur einläßt. Ein wichtiges Moment beim Programmieren ist der Wunsch, das Regelwerk zu bezwingen und in Auseinandersetzung mit der Widerständigkeit der Logik der Programmiersprache ein lauffähiges Programm herzustellen.

Der Wunsch, das Regelwerk zu bezwingen

Auch hinsichtlich der Tätigkeit des Programmierens kann von einer dramatischen Inszenierung gesprochen werden, die sich allerdings von der beim Spielen insofern

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

235

unterscheidet, als vorwiegend Dramen von Erfolg/Mißerfolg, Macht/Ohnmacht inszeniert werden. Außerdem ist die Vorstrukturierung geringer als bei den Spielen, da die Dramen sich nicht im Bereich konkreter Bildwelten, sondern abstrakter Symbole abspielen. Das schafft ein Stück zusätzlichen Freiraum für die Jugendlichen gegenüber den standardisierten Vorgaben der Kulturindustrie, den sie für kreative Lösungsversuche nützen können.

Das Ziel der Programmierfähigkeit ist weniger ein einsatzfähiges Programm; der Spaß am Programmieren liegt eher im Herumspielen und Herumprobieren. Viele Möglichkeiten für nützliche selbsterstellte Programme scheint der Alltag aufgrund seiner geringen Formalisierbarkeit für die Jugendlichen ohnehin nicht zu bieten. Daher programmieren auch Fortgeschrittenere außerhalb schulischer Anforderungen wenig oder überhaupt nicht. Neben internen "Automatisierungen", welche die Abläufe innerhalb des Computers beschleunigen oder vereinfachen, sind es in der Regel Datenbanken zur Verwaltung von Videokassetten, um die elterlichen Kassetten geordnet archivieren zu können, oder Telephonnummern-Verwaltungen, die erstellt werden. Daß die eigene Programmierfähigkeit nur ganz selten ein gesellschaftlich nützliches Produkt hervorbringt, das für den/die Jugendliche/n selbst oder für andere tatsächlich in sinnvoller Weise einzusetzen ist und eine konkrete Erleichterung bei der Lösung ernsthafter Aufgaben bringt, scheint einer der zentralen Gründe zu sein, warum Jugendliche in ihrer Freizeit sich kaum der Tätigkeit des Programmierens widmen. Denn gerade die Ausbildung von Selbstwert und Selbstbewußtsein über ein selbsterstelltes Produkt ist auf die Anerkennung durch andere angewiesen: nicht nur im Sinne einer wertschätzenden Rückmeldung, sondern indem das Produkt für sie in konkreten Lebensvollzügen von Wert oder nützlich ist.

Spaß am Herumspielen und Herumprobieren

Neben dem Programmieren und dem Spielen ist die dritte relevante Aktivität am Computer das Anwenden, die Nutzung fertiger Software. Diese Tätigkeit wird von den Jugendlichen so erklärt: "Programme, die man so bekommt, benutzt man."

Anwendung fertiger Software

Programme werden von den Jugendlichen nicht zwangsläufig zielgerichtet angeschafft, sondern zum Teil auch recht zufällig erworben: von Freunden, Schulkollegen etc. Dabei handelt es sich um ganz unterschiedliche Software: Textverarbeitungsprogramme, CAD-Pakete, Lay-out-Programme. Wenn einer neue Programme hat, spricht sich das schnell herum, sie werden weitergegeben und getauscht. Und dann eben - um im Jargon der Jugendlichen zu bleiben - "angewendet": Das heißt, sie werden auf ihre Tauglichkeit überprüft. Die Jugendlichen probieren sie aus, loten die Möglichkeiten und Grenzen aus und versuchen herauszufinden, ob sie in irgendeiner Weise nützlich sein könnten. Auch bei dieser Tätigkeit ist einer der Reize, daß die Jugendlichen die Programme üblicherweise ohne Handbuch oder Beschreibung bekommen. Sie stehen somit vor der Aufgabe, durch konkretes Tun herauszufinden, wie die Regeln gestaltet sind, entlang denen das eigene Handeln gestaltet werden muß, um erfolgreich zu sein. Auf diese Weise werden die Potentialitäten des Programms exploriert.

ohne Handbuch und Beschreibung

Einen praktischen Nutzen haben die Jugendlichen noch am ehesten von den Textverarbeitungsprogrammen und den Lay-out-Programmen, die hauptsächlich bei der Nach- und Vorbereitung schulischer Aktivitäten eingesetzt werden.

### Be-Deutungen des Computers: Sein Stellenwert für Lebensgestaltung und Zukunftsplanung

Im Zugang zur Computertechnologie und der daraus resultierenden Bedeutung, welche die Jugendlichen der neuen Technik in ihrem Alltag zumessen, zeigen sich große Unterschiede. Die augenscheinlichsten Differenzen äußern sich zwischen im Produktionsbereich tätigen Arbeiterjugendlichen und den Besuchern der AHS.

Nutzungsunterschiede

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

236

Die Überlegungen der Arbeiterjugendlichen gründen auf ihrer konkreten Erfahrung als Lehrlinge mit computergesteuerten Maschinen im Produktionsprozeß. Der technische Fortschritt stellt sich für die Arbeiter und Lehrlinge als janusköpfig dar: einerseits ist er faszinierend in seinen Verheißungen, andererseits in starkem Maße bedrohlich. Den offensichtlichen Vorteilen, welche die Computertechnologie im Produktions- und Fertigungsbereich bringt, wie Entbindung von mühevoller körperlicher Tätigkeit an und mit den Maschinen, steht die Angst vor Dequalifizierungsprozessen gegenüber: Die Jugendlichen wollen später nicht als Absolventen einer Lehre Hilfsarbeiten an der Maschine verrichten. Sie konstatieren letztendlich in realistischer Einsicht die Unausweichlichkeit des Vordringens der Computertechnologie. Es gelingt ihnen allerdings kaum, in dieser Situation übergreifende Perspektiven zu entwickeln, sondern es kommt zu individuellen pragmatischen Orientierungen, die sich stark ähneln: Für sich selbst ziehen manche angesichts der Zukunftsperspektiven von "Knöpferldrücken" und drohender Arbeitslosigkeit infolge des zunehmenden Maschineneinsatzes in ihrem Lehrberuf die Konsequenz, nach Abschluß der Lehre den handwerklichen Bereich zu verlassen und im beamteten Dienstleistungssektor unterzukommen: bei der Post und bei der Polizei. Das hat mehrere Vorteile: Zum einen versprechen diese Tätigkeiten ein weitgehende Sicherheit hinsichtlich des geregelten Gehalts; auch sind das keine Tätigkeiten, in denen harte produzierende Handarbeit gefordert wäre; zum anderen garantieren diese Berufsorientierungen Kontinuität im Gegensatz zu den Veränderungen in den handwerklichen Berufen durch die neuen Technologien. Es scheint so, als ob in diesen Positionen die im konkreten Alltag erfahrenen Widersprüchlichkeiten besser aushaltbar und bewältigbar seien.

Arbeitswelt:  
"Knöpferldrücken"

Die Sichtweise der Gymnasiasten dagegen kann in der Regel nur auf die eigene Freizeiterfahrung im Umgang mit dem Computer zurückgreifen. Die Schüler beziehen sich daher bei ihren Überlegungen zu einer allgemeinen Einschätzung des Computers vorwiegend auf das Spielen, bei männlichen Jugendlichen zum Teil auch auf das Programmieren, sowie auf die Erfahrungen mit dem Computer im Unterricht. Im übrigen ist ihre Sicht des Computers hohem Maß durch die elterlichen Umgangsmodi mit der Computertechnologie bestimmt. Da viele Eltern im Dienstleistungsbereich tätig sind, siedeln die Gymnasiasten ihre Vorstellungen von künftigen Entwicklungstendenzen vorwiegend im Bereich der Büroautomation und des Privatgebrauchs der Computertechnologie an.

Gymnasiasten:  
Vorwiegend Spiel

Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß bei den Gymnasiasten die Bedeutung des Computers wesentlich stärker durch seine Mythologisierung bestimmt ist als bei den Arbeiterjugendlichen. Vor allem, wenn vielfältige eigene Aktivitäten mit dem Computer fehlen, geben die familiären Erfahrungen ein Interpretationsmuster ab, welches dann auf die Technik selbst übertragen wird - und zwar sowohl hinsichtlich der Symbolisierung des Computers als selbstverständliches und wichtiges Instrument beruflichen Fortkommens als auch hinsichtlich der Befürchtungen, die Computertechnologie könnte soziale Kontakte und zwischenmenschliche Kommunikation zerstören. Tendenziell entwickeln die Mädchen eine kritischere Perspektive der neuen Technologie gegenüber: Sie schätzen die Computertechnologie skeptischer ein als die Burschen und mahnen generell zu mehr Vorsicht gegenüber zukünftigen Entwicklungen. Die Burschen verteidigen die Computertechnologie unter Rückgriff auf ihren Status als Experten, die durch ihre Spiel- und Programmieraktivitäten mehr Erfahrung haben als die Mädchen. Hinsichtlich der eigenen Lebensplanung arrangieren sie sich mit der Computertechnologie, deren Vordringen in weitere Bereiche des Alltags- und Arbeitslebens unabhängig von ihrer Einschätzung als gegeben vorausgesetzt wird, indem sie sich ohne besondere Euphorie das zur Anwendung von Software notwendige Wissen aneignen. Viel ungebrochener als bei den Gymnasiasten ist das Verhältnis der HTL-Schüler zur Computertechnologie: Für sie ist der Computer in der Regel ein nützliches Arbeitsinstrument, das sie in vielseitiger Weise einsetzen.

HTL-Schüler:  
Ein Arbeitsgerät

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

237

### Zwischen eigensinniger Nutzung und vorstrukturierten Verwendungsmöglichkeiten

Eine zentrale Frage bei der Untersuchung des Verhältnisses von Jugendlichen zur Computertechnologie ist die, wie weit sich in der Auseinandersetzung mit der neuen Technologie sub- und jugendkulturelle<sup>28</sup> Aneignungs- und Nutzungsformen herausbilden, welche geeignet sind, vorstrukturierte Nutzungsweisen und vorgegebene Handlungsrahmen zu transzendieren und eine an den Interessen und Lebensnotwendigkeiten der Jugendlichen ansetzende Erfahrung ermöglichen. Indizien für jugendkulturelle Aneignungs- und Umgangsmodi wären etwa

- spezifische Formen des Gebrauchs der Geräte in Abgrenzung von den Erwachsenen,
- die In-Anspruchnahme von Territorien oder Rechten, die einem nicht von vornherein zugestanden werden,
- Handlungen und Wertvorstellungen der Jugendlichen, die sich deutlich von denen der Erwachsenen unterscheiden<sup>29</sup>.

Ansätze einer eigensinnigen Aneignung dieser neuen Technik im jugendkulturellen Sinn, welche die kulturindustriellen Vorgaben entsprechend den Bedürfnissen der Jugendlichen modifizieren, lassen sich in den Handlungsweisen der Jugendlichen rund um die Beschaffung der Programme, deren gemeinsame Erprobung und den dazugehörigen Erfahrungsaustausch erkennen. Denn das Spielen von Computerspielen ist nur eine und bei weitem nicht die einzige Aktivität der Jugendlichen, die sich um die Computerspiele ranken. Wie alle Erhebungen zeigen, ist die Beschäftigung mit dem Computer zum großen Teil eine Gruppenaktivität. Spiele geben den Anlaß ab, einander zu treffen, Disketten auszutauschen, neue Spiele gemeinsam zu erproben. Insbesondere das Besorgen der Spiele - dazu gehört der Kauf von Raubkopien, das Tauschen und das Kopieren - stellt einen Aktivitätenverbund dar, der einen von der Aktivität des Spielens selbst unabhängigen eigenen Stellenwert hat. Die Spiele werden nicht nur gespielt, sondern sind auch Sammelobjekte. Manche Jugendliche verfügen über eine große Menge von Spielen, die zum Teil nie verwendet wurden. Sie werden höchstens unmittelbar nach dem Erwerb auf ihre Qualität hin begutachtet, um abschätzen zu können, ob es sich lohnt, Zeit mit dem neuen Spiel zu verbringen. So gesehen strukturieren die Spiele in positiver Weise den Alltag der Jugendlichen, sind Kristallisationspunkt für vielfältige Kommunikationsformen und Treffen und stellen insgesamt ein aktives, selbstorganisiertes Moment der Gestaltung der eigenen Alltagswelt dar.

Spiele sammeln,  
kopieren, handeln

Als Hinweise für jugendkulturelle Aneignungsformen können auch die Abgrenzung von der Erwachsenenkultur und deren Provokation gelten; eine Funktion, welche längere Zeit hindurch etwa die nicht an (pädagogischen) Nützlichkeitskriterien orientierte Computeranwendung durch die Jugendlichen für die Erwachsenen darstellte. Allerdings mehren sich die Indizien dafür, daß die Computernutzung der Jugendlichen immer weniger zu einem relevanten Konfliktfeld innerhalb der Familien gerät: In dem Maße, als das Computerspiel zunehmend zum Familienspiel wird, das Erwachsene und Heranwachsende gleichermaßen vor dem Bildschirm versammelt, verliert es seinen Status als spezifische jugendkulturelle Praxis. Sukzessive geht auch der Vorsprung an Kompetenzen, welche sich die Jugendlichen im Umgang mit dem Computer erworben haben, und die den Erwachsenen bisher zum Großteil abgegangen sind, als Medium der Abgrenzung verloren. Dazu zählten etwa

- neue Formen der Reiz- und Informationsbewältigung im Sinne einer kaleidoskopischen Wahrnehmung,
- eine verbesserte Auge-Hand-Koordination,
- die Fähigkeit, ohne Anleitung die Struktur und das Prinzip von Computerspielen zu erforschen,
- Programmierkompetenzen,
- kreative Umgangsweisen mit der neuen Technologie.

Erwachsene  
holen auf

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

238

In dem Maße, als der Computer in der Welt der Erwachsenen selbstverständlicher wird und diese sich auch zunehmend mit den spezifischen Anforderungen der Computerspiele auseinandersetzen, büßen die Jugendlichen ein bis dahin von ihnen besetzt gehaltenes und für sie reserviertes Territorium ein. Eine der wenigen Möglichkeiten, sich über die Computertechnologie von der Erwachsenenwelt abzugrenzen, scheinen gegenwärtig die sogenannten "Nazi-Spiele" zu sein (s.u.).

Eine ähnliche Tendenz der Enteignung jugendkultureller Praxis signalisiert die Entwicklung der Computer-Clubs. Anfangs entstanden diese Clubs oft als spontaner Zusammenschluß von Jugendlichen, die an der neuen Technologie interessiert waren. Die gegenwärtig vorfindlichen Computer-Clubs können kaum mehr als selbstorganisierte Aktivitäten der Jugendlichen interpretiert werden: Sie sind häufig entweder rund um Bildungseinrichtungen oder Jugendverbände zentriert und werden häufig von Erwachsenen initiiert und betreut; oder die Clubs dienen vorwiegend dem Software-Vertrieb und haben kaum Jugendliche als Mitglieder. Daneben entstand eine völlig neue Form der Clubs: Die Vertriebsfirmen der meistverkauften Videospielegeräte richteten Clubs für die SpielerInnen ihrer Produkte ein, in denen 1992 bereits 90.000 Jugendliche organisiert waren, welche die Clubmitgliedschaft im Sinne der angebotenen Serviceleistungen rege und aktiv wahrnehmen<sup>30</sup>.

Computerclubs:  
Enteignung jugend-  
kultureller Praxis

Auch andere Kennzeichen jugendkultureller Aneignung sind derzeit beim Umgang eines Großteils der Jugendlichen mit dem Computer nur wenig ausgeprägt. Denn jugendkulturelle Formen der Aneignung können sich nur dort entwickeln, wo die technischen Geräte so gestaltet sind, daß sie offen für die Lebensmöglichkeiten der Jugendlichen - und somit beeinflussbar und veränderbar - bleiben. Gerade hinsichtlich der Computertechnologie zeigt sich, daß gegenwärtig vorstrukturierte Verwendungsmöglichkeiten überwiegen, welche den Erwerb der Geräte attraktiv machen - unabhängig davon, ob die Adressaten dann "subjektiven" Gebrauch<sup>31</sup> davon machen können:

Vorstrukturierte  
Verwendungsmög-  
lichkeiten über-  
wiegen

Ein wesentlicher Unterschied des Computers zu anderen technischen Gegenständen, welche als Kristallisationskern für jugendkulturelle Praxisformen fungierten, wie etwa dem Moped, ist der, daß die modernen Computer als komplexe High-Tech-Geräte ein komplettes Ensemble darstellen, das Veränderungen im Sinne von Basteln und Herumprobieren kaum mehr zugänglich ist.

Im Bereich der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien existiert - zumindest in Österreich - keine neue Form der Öffentlichkeit, die den Jugendlichen als Forum dienen könnte: Es existiert keine mediale Öffentlichkeit, die auch für nicht-kommerzielle Akteure ohne Kontrollinstanz zu erschwinglichen Kosten zugänglich ist. Daher lassen sich in Österreich auch kaum Phänomene wie die für die BRD beschriebene Mail-box-Kultur beobachten<sup>32</sup>.

Die Elektronik-Industrie, der durch die Raubkopien der Spiele erhebliche Gewinne entgehen, setzt derzeit verstärkt auf den Absatz sogenannter Game-boys und Bildschirmspiele, die besonders unter den Jüngeren verbreitet sind. Während Computer je nach Betriebssystem und Ausstattung im Prinzip für unterschiedliche Anwendungen ausgelegt sind - es können vielfältige Anwendungsprogramme von der Textverarbeitung bis zum Computerspiel genutzt werden und es kann in der Regel auch selbst programmiert werden -, sind diese neuen Geräte nur mehr für eine bestimmte Tätigkeit hergestellt: zum Spielen. Da als Datenträger nicht mehr billige kopierbare Disketten, sondern Steckmodule Verwendung finden, werden auch die um die Beschaffung der Spiele gruppierten Tätigkeiten beeinflusst: Kopieren, Kaufen von Raubkopien, Sammeln und Tauschen sind nicht mehr möglich respektive scheitern am hohen Preis der nunmehr ausschließlich über den Handel legal zu erwerbenden Spiele. Die Kinder und Jugendlichen beginnen allerdings bereits, Gegenstrategien zu entwickeln.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

239

Nicht nur den Nutzern unter den Jugendlichen, für welche der Computer ein Element ihrer Alltagskultur unter vielen ist, sondern auch den Computer-Fans fehlen hinsichtlich der Computernutzung die typischen Merkmale einer jugendlichen Subkultur, welche sie als Gegenkultur oder Avant-Garde unter den Computernutzern ausweisen würden<sup>33</sup>.

### Unterschiedliche Nutzungs- und Aneignungsformen von Mädchen und Burschen

Mädchen sind wesentlich seltener als Burschen im Besitz von Computern und Videospielgeräten; sie haben auch im eigenen Haushalt weniger Zugang zu den Geräten. Während in Österreich etwa 43 Prozent der 11-18jährigen Schüler im Besitz eines Computers sind, trifft das nur für 3 Prozent der Schülerinnen zu. Bezüglich des Besitzes von Videospiel-Geräten ist der Unterschied nicht ganz so krass (Burschen: 24 Prozent - Mädchen: 7 Prozent)<sup>34</sup>. Diese ungleiche Verteilung spiegelt nicht primär die unterschiedlichen Wünsche der Jugendlichen wieder, sondern - da die Geräte meistens Geschenke der Erwachsenen sind - das unterschiedliche Eingehen auf diese Wünsche bei Burschen und Mädchen. Mädchen müssen meist länger warten, bis sie das Gerät erhalten; haben sie Brüder, verfügen die in vielen Fällen über die Geräte, während den Mädchen nur eine Mitbenützung zugestanden wird.

Buben besitzen Computer - Mädchen dürfen mit-spielen

Der Zugang der Mädchen zur Computertechnologie kann im Unterschied zu dem der Burschen folgendermaßen charakterisiert werden:

- Bei den Mädchen findet sich eher eine pragmatische und gebrauchswertorientierte Zugangsweise: Sie fragen mehr als die Burschen nach der konkreten Nützlichkeit des Computers und der Erleichterung, welche er im Alltag bringt. Allerdings können sie sich in ihrer Kritik an der Computertechnologie häufig weniger auf konkrete Erfahrungen berufen, wodurch in ihre Überlegungen zuweilen allgemeine und abstrakte Werturteile sowie Alltagsmythen der Computertechnologie einfließen.

Unterschiede in der Nutzung

- Während die Zugangsweise der Burschen zur Computertechnologie durch den Wunsch nach Auseinandersetzung charakterisiert ist, orientiert sich die Haltung der Mädchen eher am defensiven Wunsch des damit Zurechtkommens.

- Gleichzeitig ist ihre Annäherung auch spielerischer in dem Sinn, daß sie in der konkreten Handhabung mehr Spaß an der Aktivität entwickeln und weniger auf das Ergebnis fixiert sind als die Burschen. Im Unterschied zu den Burschen, die viel "cooler" agieren, sind Mädchen in ihrem Verhalten am Computer weniger affekt-kontrolliert.

- Mädchen stehen dem Computer wesentlich distanzierter gegenüber als die Burschen; er spielt für ihren persönlichen Lebenszusammenhang eine weitaus geringere Rolle.

- Die Möglichkeit, den Computer aufzugreifen und für die Bearbeitung autoritärer Strukturen zu funktionalisieren, fällt für die Mädchen weniger ins Gewicht.

- Was ihre Kompetenzen und Interessen angeht, neigen die Mädchen - ganz im Gegensatz zu den Burschen, die gern und ausführlich vor den Kollegen und den Mädchen von ihren Erfahrungen, Kontakten, Kompetenzen berichten - zur Untertreibung.

- Vor allem bei den Besucherinnen höherer Schulen scheint die Skepsis gegenüber der Computertechnologie auch eine Möglichkeit zu sein, sich gegen die Burschen und deren männliche Kultur abzugrenzen.

Immer wieder wird referiert, daß frauentypische Zugangsweisen zum Computer durch

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

240

hohe Angst- und geringe Risikobereitschaft gekennzeichnet seien<sup>35</sup>. Diesbezügliche Beobachtungen ließen sich in unserer Untersuchung nicht bestätigen. Es scheint vielmehr so zu sein, daß der Computer innerhalb der Mädchenkultur - anders als bei den Burschen - kein relevantes Symbol darstellt; die gemeinsamen Aktivitäten der Mädchen sind stärker durch andere Tätigkeiten und Bedeutsamkeiten strukturiert. Zurückhaltung gegenüber dem Computer sowie mangelnde außerschulische Computererfahrung dürfen somit nicht allein auf individuelle Ablehnungshaltungen und Ängste zurückgeführt werden, sondern sind - abgesehen von der geringeren Verfügbarkeit von Geräten - zu einem nicht unwesentlichen Teil Ausdruck der in der Lebenswelt der Mädchen vorfindlichen Sinn- und Bedeutungsstrukturen<sup>36</sup>.

Haben Mädchen Angst vor Computern?

Ursprünglich war die Video-Spiel-Kultur eine männlich dominierte: Die Spielhallen und Gaststätten als Spielort waren Bestandteil einer männlichen Jugendkultur; auch die Sujets der Spiele waren lange Zeit vorwiegend der männlichen Welt entnommen: Futuristische Gefechtsfelder, martialische Actionspiele oder männliche Sportarten reizten die Mädchen wenig, weil sie kaum einen Bezug zu relevanten Themen ihrer Lebenswelt hatten. Mädchen bevorzugten Geschicklichkeitsspiele mit "herzigen" Figuren und possierlichen Bewegungen, wo es weniger um Themen der Aggression, sondern der Bewährung, Schatzsuche und Befreiung geht.

"Weibliche" Videospiele

### Verpflichtende Auseinandersetzung mit der neuen Technologie: Der Computer im Unterricht

Über den Informatik-Unterricht und die sogenannte "informationstechnische Grundbildung" hat die Computertechnologie inzwischen Eingang in die Schulen gefunden. Nach den geltenden Rechtsvorschriften ist sichergestellt, daß in Österreich die Schüler der Hauptschulen, der AHS, der BMS und der BHS während ihrer Schulkarriere mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in Verbindung kommen. Pointiert könnte man feststellen, daß damit die Eroberung der Jugendlichen durch die Computertechnik abgeschlossen ist, welche Anfang der 80er-Jahre durch die Erschließung der Jugendlichen als neuer Zielgruppe durch den Computerhandel begann.

Eroberung der Jugendlichen abgeschlossen

Mädchen kommen nach wie vor häufig in der Schule erstmals mit dem Computer in Kontakt, während Burschen in höherem Maße bereits Vorerfahrungen mitbringen. Ein wichtiger positiver Aspekt des Informatik-Unterrichts ist für sie daher, daß sie in diesem Rahmen erste Erfahrungen im Umgang mit dem Computer machen und sich Kenntnisse von den grundlegenden Handgriffen und Operationen verschaffen können.

Überall dort, wo es nicht gelingt, im schulischen Umgang mit dem Computer Anknüpfungspunkte zu den nicht-schulischen Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen herzustellen - und das ist nach den Berichten der Jugendlichen häufig der Fall -, sinkt die Lust der Schüler an einer Betätigung am Computer ebenso rasch wie ihre Begeisterung für den Informatik-Unterricht.

Wichtig: Anknüpfen an außerschulische Erfahrungen

Die Jugendlichen erwarten sich zumeist primär anwendungsbezogene Kenntnisse: Sie wollen wissen, was man mit dem Gerät und den verschiedenen Programmen alles tun kann, um dann mit dem Computer herumzuspielen und die verschiedenen Potentialitäten dieser Technologie auszuloten.

Als nachteilig erweist sich, daß das, was in der Schule mit dem Computer gemacht wird, in der Regel keinen praktischen Nutzen hat, sondern primär im Dienste abstrakter Lernkonzeptionen steht.

Je weniger reglementiert der Informatik-Unterricht war, umso mehr gefällt er den Jugendlichen und umso mehr Interesse für die Beschäftigung mit dem Computer ent-

Je weniger reglementiert, umso attraktiver

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

241

wickelten sie - und zwar in allen Schulformen.

Aus unserer Untersuchung ergeben sich als Schlußfolgerungen und Empfehlungen zur Einführung des Computers in die Schule, daß diese so zu erfolgen hätte, daß die Voraussetzungen für eine spielerische und an den Eigeninteressen der Jugendlichen ausgerichtete Aneignungstätigkeit geschaffen werden. Dabei sollten - auch unter dem Aspekt der Förderung der Partizipationschancen der Jugendlichen - viele unterschiedliche Nutzungsvarianten ermöglicht und auch zugelassen werden. Ein Beispiel möge verdeutlichen, was darunter zu verstehen ist (auf ein weiteres - die Nutzung von schulischen Anschlüssen an Datennetze durch die Jugendlichen<sup>37</sup> - wird im letzten Teil eingegangen).

Entgegen der viel praktizierten Usance, Computerräume abzuschließen, ist es notwendig, sie den Jugendlichen auch außerhalb konkreter Unterrichtstätigkeiten im Sinne einer Werkstatt zugänglich zu machen. Welche Tätigkeiten sie an den Geräten ausführen, muß ihnen überlassen bleiben: ob sie am Computer Graphiken erstellen, Einladungen für ihr privates Geburtstagsfest gestalten, eine Zeitung herstellen, das Referat für den nächsten Tag verfassen, Briefe schreiben, spielen, Nützliches oder Nutzloses programmieren. Als Vorteil erwies sich die Ausstattung eines solchen Computerraumes mit Geräten unterschiedlicher Marken für die vielfältigen verschiedenen Anwendungen statt einer Bestückung der Räume mit ausschließlich gleichen Geräten, welche nur für bestimmte Anwendungen konzipiert sind. Eine solche Computer-Werkstatt würde auch gewährleisten, daß diejenigen, die zu Hause über keinen Computer verfügen, problemlos Zugang zu einem Gerät erhalten, wenn sie es nutzen möchten.

### Zur Diskussion um Abschieß- und gewalthaltige Spiele

Immer dann, wenn ein neues Medium Breitenwirkung erlangt und sich die Palette seiner Inhalte ausweitet, kommen Diskussionen über das Verhältnis von medialer zu realer Gewalt in Gang. Das zeigte sich am Medium Fernsehen genauso wie beim Videofilm und zuletzt bei den Computerspielen. Befürchtet wird, die Jugendlichen könnten durch die intensive Beschäftigung mit gewalthaltigen Medienprodukten zu einer Haltung gelangen, für die Gewalt als Konfliktstrategie und soziale Handlungsmöglichkeit in der Realität zumindest vorstellbar ist.

Am Umgang der Jugendlichen mit den Abschießspielen sind zwei Aspekte bemerkenswert:

- Sie selbst beschreiben, daß sie in Situationen des Ärgers und der Enttäuschung Abschießspiele einsetzen, um Nachdenken und Reflexion auszuschalten und "Aggressionen loszuwerden".
- Die Inhalte der Spiele sind austauschbar: Bedeutsam sind ihre Struktur und Dynamik. Je mehr die Handlungen in einem Phantasiebereich angesiedelt ist, umso besser gelingt es den Jugendlichen, den Zusammenhang zum Alltag abzuwehren und sich auf die Anforderungen der Spiele einzulassen. Das Abschießen in den Spielen wird nicht mehr als aggressiver Akt wahrgenommen und vom Handeln in anderen Lebenskontexten abgesplittet.

In der Fernseh-Wirkungsforschung lassen sich 4 Modelle zum Zusammenhang von medialer und realer Gewalt ausfindig machen: die Stimulation, die Inhibition, die Habitualisierung sowie die Katharsis. Empirisch läßt sich eine kausale Verknüpfung zwischen Gewalthandlungen im Film und dem Handeln der Konsumenten nicht belegen<sup>38</sup>. Ähnliches gilt für Untersuchungen zu Kriegs- und Abschießspielen<sup>39</sup>. Gewalthaltige Spiele sind - soviel steht fest - nicht geeignet, bei Jugendlichen aggressives Verhalten hervorzurufen, auszulösen oder zu bewirken; auch eine kathartische Wirkung

Wie sehen es die Jugendlichen

Keine unmittelbaren Wirkungen nachweisbar

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

242

kann nicht angenommen werden. Es scheint vielmehr so zu sein, daß die Anspannungen und Affekte der Jugendlichen, welche Situationen außerhalb des Umgangs mit dem Computer entstammen, über das gesellschaftlich legitimierte Ausagieren im Spiel "stillgestellt" werden<sup>40</sup>. Sie sind damit nicht mehr unmittelbar handlungsrelevant, gleichzeitig ist jedoch eine angemessene Bearbeitung nicht möglich.

In den Spielen werden zwar unterschiedliche dramatische Abläufe zugelassen, viele jedoch durch die Standardisierung auf spieldynamisch nahegelegte Elemente ausgeschlossen. Bezogen auf aggressive Impulse heißt das beispielsweise, daß Aushandlungsprozesse, Empathie und Perspektivenwechsel wenig Platz haben. Besonders deutlich wird das an den schwarz-weiß-malenden Inhalten der Spiele in Verbindung mit Kampf und Abenteuer. Indem Freund-Feind-Schemata als dominierende soziale Relationen in den Spielen präsentiert werden, kommt es zu einer Verfestigung diesbezüglicher Sichtweisen; Denk-, Handlungs-, Wahrnehmungs- und Interpretationsalternativen geraten aus dem Blickfeld; Utopien werden so verwehrt. Dazu trägt nicht zuletzt der Handlungszwang bei, dem die Spieler ausgesetzt sind, wollen sie nicht vorzeitig verlieren. Sie müssen schnell und ohne viel Nachdenken auf die am Bildschirm auftauchenden Reize reagieren. Über die tätige Teilnahme an diesen Inszenierungen werden die vorgegebenen kollektiven Deutungsmuster im Sinne der Freund-Feind-Schemata sukzessive nach innen genommen. Dies umso mehr, als ein undifferenziertes Freund-Feind-Schema eines der zentralen Deutungsmuster im Rahmen des Medienverbunds darstellt<sup>41</sup> und auch innerhalb der familiären Interaktionen vielfach kaum differenzierte Aushandlungsprozesse eingeübt und erfahren werden können.

Aber: Verfestigung von Freund-Feind-Schemata

### Ein neues Phänomen: neonazistische Computer"spiele"

Eine in Österreich durchgeführte repräsentative Erhebung ergab, daß etwa einem Fünftel aller Computerspiel-Nutzer zwischen 10 und 19 Jahren eines der verschiedenen Spiele mit nationalsozialistischen Inhalten bekannt ist; etwa ein Siebtel bis ein Achtel der spielerfahrenen Jugendlichen nutzt zumindest manchmal ein solches Spiel, beinahe alle von diesen besitzen zumindest eines selbst auf Diskette<sup>42</sup>. Rund die Hälfte derer, die bereits ein solches Spiel besitzen, äußern ihren Wunsch, noch mehr davon zu besitzen; etwa der gleiche Anteil verborgt die fraglichen Disketten auch an andere. Diese Zahlen sind ohne Zweifel beunruhigend, wenn auch die Verbreitung (noch) keine solchen Ausmaße angenommen hat wie in Teilen der BRD<sup>43</sup>.

Beunruhigende Zahlen

Insgesamt scheinen die erhobenen Zahlen - verglichen mit der Bedeutung, welche diese Spiele im Alltag der Jugendlichen haben - eine Überbewertung der beobachteten Phänomene nahezulegen. Aus unserer Untersuchung ergibt sich, daß zwar viele Jugendliche irgendwelche Aspekte und Details über diese Spiele wissen und auch Freunde und Bekannte kennen, bei denen sie einmal ein solches Spiel gesehen haben oder die ihnen davon erzählt haben; der Anteil an Jugendlichen, welche tatsächlich solche Spiele besitzen und sie auch benutzen, scheint hingegen relativ klein zu sein. Die tatsächliche Verbreitung ist allerdings nur schwer abzuschätzen, da vor allem Schüler nicht gerne über ihre Beziehung zu solchen Spielen und Inhalten reden: Ihnen ist bewußt, gegen welchen bedeutsamen gesellschaftlichen Konsens diese Spiele verstoßen.

Möglicherweise überbewertet

Für die Jugendlichen selbst sind diese Spiele aus formalen Gründen wenig attraktiv: Ein Teil von ihnen ist als Multiple-Choice-Test gestaltet, die Graphiken genügen nicht den Standards, welche die Jugendlichen üblicherweise von den Medienprodukten ihres Alltags gewohnt sind. Insbesondere hinsichtlich Animation und Spieldynamik bieten diese Spiele - zum Glück - kaum Anreize für die Jugendlichen und werden daher als fad und langweilig erlebt. Aus genau diesen Gründen spielen sie gewalthaltige Spiele lieber als Nazispiele: Denn diese sind von der Gestaltung her aufwendiger und profes-

Wenig attraktiv

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

243

sioneller gemacht.

Die vorliegenden Befunde weisen darauf hin, daß diese Spiele weniger die Funktion der Ideologie-Vermittlung übernehmen, sondern daß sie primär als Tabubrecher fungieren: daß etwas, was gesellschaftlich in den letzten Jahrzehnten geächtet war, wieder thematisierbar, sagbar und denkbar wird. Die Spiele werden weniger gespielt als daß darüber gesprochen wird.

Die Dämonisierung der Spiele in der Öffentlichkeit hat augenscheinlich einen verstärkenden Effekt. Durch den moralisierenden öffentlichen Diskurs wird einerseits die Aufmerksamkeit der Jugendlichen auf diese Spiele gelenkt, andererseits erhalten sie auf einmal einen neuen, subkulturell getönten Stellenwert: Ihr Besitz ist etwas Verbotenes und weist denjenigen, der darüber verfügt, als jemanden aus, der sich traut, geltende Normen und starke gesellschaftliche Tabus zu durchbrechen. Ihr Besitz wird damit zu einem Zeichen der Provokation gegen die Erwachsenenwelt wie auch des Mutbeweises. Der Bedeutungswelt der Jugendlichen nicht angemessen wäre es daher, die Kenntnis oder Nutzung von Nazi-Computerspielen von vornherein zu einem Merkmal rechtsradikaler Haltungen hochzustilisieren.

Dämonisierung  
wirkt ver-  
stärkend

Bedenklich sind die beobachteten Phänomene vor allem in Verbindung mit zwei anderen Aspekten:

- Wenn die Heranwachsenden die Erfahrung machen, daß nicht nur Jugendliche, sondern auch Erwachsene aus ihrem Umfeld Gefallen an diesen Spielen und Inhalten finden, wird der subkulturelle Rahmen gesprengt und ihre Nutzung erhält den Charakter einer fragwürdigen Normalität.

Erwachsene:  
Fragwürdige  
Normalität

- In dem Maße, als über die Kulturindustrie durchgängig Schwarz-weiß-Schemata als Wahrnehmungs- und Interpretationsfolie von Wirklichkeit etabliert werden und die familiären Interaktionen wenig zur Auflösung solcher Sichtweisen und Perspektiven im Sinne des Aushandelns von Bedürfnissen und Konflikten beitragen, ist es möglich, reale Ängste (beispielsweise die, zu den "Modernisierungsverlierern" zu gehören) in Dienst zu nehmen und über entsprechende Propaganda eine Gruppe von Menschen (gegenwärtig die "Ausländer") als Feindbilder und Verursacher des eigenen individuellen wie des kollektiven Unglücks zu etablieren, auf die dann die gesamten Aggressionen gerichtet werden. Im Kontext einer gegenwärtig vorfindlichen zunehmenden Vermischung von medial inszenierter und realer Gewalt erhalten für einen Teil der Jugendlichen die nationalsozialistische Ideologie und die in ihrem Namen real verursachten Greuelthaten dann die Bedeutung eines faktischen Beweises, daß gewalttätiges Handeln gegen andere Menschen, denen im Sinne der kulturindustriell etablierten Freund-Feind-Schemata die Schuld am eigenen Unglück zugeschoben wird, real möglich ist.

Vermischung  
medialer und  
realer Gewalt

Am Beispiel der Spiele mit nationalsozialistischen Inhalten zeigt sich ein grundsätzliches Dilemma der neuen Technologien: Einerseits ermöglicht der zunehmende Einsatz der neuen Technologien einen verstärkten Informationsaustausch und verbesserte Zugangsmöglichkeiten für mehr Menschen zu zirkulierender Information. Gleichzeitig jedoch gehen die Informationen ihrer sozialgeschichtlichen Kontextualität verlustig und erfahren eine Delokalisation<sup>44</sup>: Ihr Entstehungszusammenhang und ihre Gewordenheit sind für die Empfänger nicht mehr rekonstruierbar und verlieren ihren Zusammenhang mit bestimmten Orten und Personen. Damit aber ist die Intention der jeweiligen Information oder Botschaft für den Empfänger nicht mehr ermittelbar: sie erscheint kontextlos, allzeitgültig, beliebig. Die Informationsfülle geht auch mit einem Verlust an Bedeutung und Bedeutsamkeit einher. Damit entfällt tendenziell die selbstverständliche Rückbindung an von allen als gültig angesehene gemeinsame soziokulturelle Normen.

Grundsätzliches  
Dilemma

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

244

### Zusammenfassende Schlußfolgerungen und Empfehlungen für Jugendarbeit wie Jugendpolitik

Computer und Computerspiele sind zu einem selbstverständlichen Kulturelement in der Lebenswelt der Jugendlichen geworden: Sie stellen ein Medium das, das in der subjektiven Einschätzung der Heranwachsenden nicht wichtig, aber selbstverständlich und allgemein verfügbar ist und von ihnen in ihrer Gebrauchswertorientierung<sup>45</sup> auch genutzt wird. Eine Unterteilung in Computernutzer und Nicht-Nutzer, Spieler und Nichtspieler ist schon derzeit kaum möglich und wird bald ebenso absurd sein wie bereits gegenwärtig eine Einteilung der Menschen in Fernsehzuschauer und Nicht-Seher. Die Nutzungsintensität ist insgesamt allerdings vergleichsweise gering. Die bei weitem häufigste Nutzungsform des Computers durch Jugendliche sind die Computer- und Videospiele. Programmiert wird vorwiegend von einer eingegrenzten Gruppe von höheren Schülern.

Selbstverständliches Kulturgut

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß der Computer für die Jugendlichen vor allem deshalb so attraktiv zu sein scheint, weil sie in der Beschäftigung mit ihm Faszinationen erleben, die sie selbst herstellen können - unabhängig von den sonst in ihrer Lebenswelt permanent erfahrbaren einschränkenden Voraussetzungen für bestimmte Tätigkeiten und Aktivitäten. In einer gesellschaftlichen Situation, in welcher die Familienwelt immer mehr an realer Bedeutung verliert, kulturell aber vorwiegend familiäre Muster zur Problem- und Krisenbewältigung zur Verfügung stehen, zeichnet sich der Computer insbesondere dadurch aus, daß er - anders als die erwachsenen Bezugspersonen - in verlässlicher Weise immer dann zur Verfügung steht, wenn die Jugendlichen ihn brauchen: sei es zur Überbrückung von Leerzeiten, etwa nach der Schule oder auch nach dem Ausgehen am Abend, sei es, um vordergründig dem Bedürfnis nach Entspannung oder Ablenkung angesichts erfahrener Frustrationen nachzugehen. Und die Aktivitäten der Jugendlichen am Computer versprechen Lösungsansätze für zentrale Lebensprobleme: er bietet sich beispielsweise - wie verdeutlicht wurde - an zur Bewältigung der Autoritätsproblematik oder ermöglicht die dramatische Inszenierung relevanter Lebensaspekte.

Verlässlicher Zeitgenosse

Videospiele fungieren im Alltag der Jugendlichen als Pausenfüller und zuweilen als "kleine Fluchten"<sup>46</sup> im Sinne eines kurzzeitigen Ausstiegs aus den anstrengenden und einschränkenden Erfahrungen des Alltags. Ihre Nutzung hat nicht den Charakter einer "Flucht aus der Realität". Videospiele organisieren über spieldynamische Strukturen, in denen sich gesellschaftliche Trends ausdrücken, einen "Einfädelungsprozeß" zwischen bisherigen lebensgeschichtlichen Erfahrungen und Zukunftsentwürfen der Jugendlichen einerseits und mächtigen gesellschaftlichen Tendenzen andererseits<sup>47</sup>. Keinesfalls erzeugen Computerspiele irgendwelche psychischen Merkmale oder Dispositionen.

Videospiele harmlos

Die Tätigkeit des Programmierens ist insofern für einen Großteil der Jugendlichen nicht relevant, da der Alltag sich wegen seiner geringen Formalisierbarkeit einer Algorithmisierung, wie sie für die computermäßige Verarbeitung notwendig ist, weitgehend entzieht. Anwendungen, die für die Jugendlichen selbst, ihre KollegInnen oder Erwachsene von tatsächlicher Bedeutung wären, existieren - abgesehen von der Textverarbeitung für die Schule und in geringerem Maße Lay-Out-Gestaltungen - kaum. Da gesellschaftlich nützliche Dinge von den Jugendlichen - zumindest im Programmierbereich - nicht getan werden können, bleibt das Spielen als zentrale Aktivität. Wo programmiert wird, sind es oft Spielereien ohne konkreten Nutzen bzw. Aktivitäten, die dem Alltag nicht angemessen sind (private Schallplatten- und Videokassetten-Verwaltungen beispielsweise) oder aber die Programme beziehen sich erst recht wieder auf das Gerät selbst (batch-files und ähnliches, welche das Verarbeitungstempo des Gerätes steigern etc.).

Programmieren selten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

245

Befürchtungen hinsichtlich der Computertechnologie beziehen sich in starkem Maß auf reduzierte Möglichkeiten sozialer Interaktion bei verstärkter Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien. Begründet werden diese Einwände mit sozialer Interaktion als unabdingbarer Voraussetzung für die Ausbildung angemessener kommunikativer Fähigkeiten und Kompetenzen<sup>48</sup>; dies sei durch zunehmende Computerisierung durch die damit einhergehende Dekontextualisierung und den tendenziellen Verlust der normativen und affektiven Komponenten<sup>49</sup> nicht mehr gewährleistet. Solche Überlegungen sind wichtig und ernst zu nehmen<sup>50</sup>. Die vorliegende Untersuchung gibt jedoch insofern keinerlei Hinweise auf eine gegenwärtig drohende Entwicklung in diese Richtung, als es zu krisenhaften Prozessen im Alltagsleben nur dann käme, wenn eine Monopolisierung technisierter Kommunikation Platz greifen würde respektive wenn der Computer tatsächlich dabei wäre, menschliche Interaktionspartner aus dem alltäglichen Lebenszusammenhang der Menschen zu verdrängen<sup>51</sup>. Gerade für die Jugendlichen trifft dies jedoch nicht zu: Sowohl gelingt es ihnen, kulturindustrielle Inputs in kreativer Weise umzuformen und zu verwenden, als auch haben die sozialen Beziehungen und gemeinsame Aktivitäten (etwa im Rahmen der Peer-Group) einen hohen Stellenwert in der Gestaltung ihres Alltags.

Kein Kommunikationskiller

Neonazistische Computerspiele haben für viele Jugendlichen die Funktion einer Provokation der Erwachsenenwelt; sie stellen innerhalb eines jugendkulturellen Kontextes eine Art Mutprobe dar. Es ist daher wenig erfolgversprechend, Jugendliche, die solche Spiele besitzen oder nutzen, zu kriminalisieren: Eine solche Vorgangsweise würde den Stellenwert der Spiele als Herausforderung der Erwachsenenwelt und ihrer Normen noch verstärken. Fragwürdig sind auch weitergehende Zensur- und Kontrollmaßnahmen, wie sie derzeit bezüglich der Mail-Boxen erwogen werden. Denn durch solche Maßnahmen wird der für die Jugendlichen wichtigste Vorteil der neuen Medien, nämlich unter bestimmten Umständen ein von Erwachsenen relativ unkontrolliertes Forum der Informationsgewinnung und -weitergabe zur Verfügung zu haben, zur Gänze zurückgenommen<sup>52</sup>. Die Tendenz müßte eher in Richtung von Versuchen der Relokalisierung und Rekontextualisierung derartiger Angebote durch konkrete Auseinandersetzung mit den Jugendlichen über diese "Spiele" und ihre Inhalte gehen. Diese Diskurse können über Mail-Boxen (zum Teil werden sie bereits von Mail-Box-Betreibern initiiert) genauso geführt werden wie in den Schulen und in der Öffentlichkeit. Wichtig scheint allerdings, daß diese Diskurse als dialogische Auseinandersetzung ernst genommen werden und weder in moralisierender Weise geführt werden noch sich in Aufklärung erschöpfen: Denn offensichtlich ist es in unserer Gesellschaft nicht gelungen, die Ereignisse des Nationalsozialismus und unsere Beteiligung daran in einer Weise zu bewältigen, die für die heranwachsende Generation nachvollziehbar ist: Sie erlebt unsere Gesellschaft - vor allem auch hinsichtlich des Themas Nationalsozialismus - als "Tabu-Zone" und reagiert auf vielfältige Versuche der Aufklärung zum Teil mit Abwehr.

"Relokalisierung" und "Rekontextualisierung"

Jugendliche sind darauf angewiesen, daß die Elemente ihrer sozialen Umwelt nicht endgültig gelöst sind. Nur dort, wo die Dinge auch veränderbar sind, entwickeln sich jugendkulturelle Formen der Aneignung. Gerade hinsichtlich der Computertechnologie lassen sich Indizien ausmachen, die darauf hinweisen, daß diese Technik derzeit nicht als offene Technik konzipiert wird, sondern zunehmend kulturindustrielle Einflüsse und ökonomische Nutzenerwartungen den Handlungsspielraum der Jugendlichen einschränken: Die Computertechnologie bietet derzeit wenig Anknüpfungspunkte für jugend- oder subkulturelle Nutzungen.

Keine "offene Technik"

Die für eine Einschätzung der Computertechnologie bedeutsame Frage, ob sie zu einer Erweiterung der Handlungs- und Partizipationsmöglichkeiten der Jugendlichen beiträgt oder nicht, läßt sich daher gegenwärtig in der Weise beantworten als derzeit eine Tendenz konstatiert werden kann, daß sich über die Computertechnologie den Jugendlichen kaum neue Möglichkeiten eröffnen.

Kaum neue Möglichkeiten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

246

Eine Voraussetzung für eine reale Erweiterung der Handlungs- und Beteiligungschancen Jugendlicher im Gefolge der Nutzung der Computertechnologie ist eine möglichst offene Gestaltung der Technologie selbst, damit sie zugänglich für die Lebensinteressen der Jugendlichen bleibt. Außerdem müssen zentrale Nutzungsmöglichkeiten der Computertechnologie, welche derzeit noch einem Gebrauch durch die Jugendlichen weitgehend entzogen sind, diesen verfügbar gemacht werden.

Einige konkrete Empfehlungen mögen dies verdeutlichen:

Über den Anschluß an Datennetze können den Jugendlichen die unterschiedlichen Funktionen der neuen I&K-Technologien für nicht-kommerzielle Aktivitäten kostengünstig verfügbar gemacht (etwa E-mail, Mail-boxen, Verwendung von Modems, Datenbankabfragen etc.) und neue Wege der Informationsgewinnung und -weitergabe erschlossen werden. Gerade Mail-Boxen üben auf Jugendliche eine große Anziehungskraft aus, weil sie als "Gelegenheitsstrukturen"<sup>53</sup> fungieren, den sozialen Handlungsraum der Jugendlichen ausdehnen und große Freiräume für die Informationsgestaltung eröffnen. Über diese Telekommunikations-Verbindungen können neue Formen von Öffentlichkeit entstehen, welche die Jugendlichen für sich erobern und in Besitz nehmen können. Da individuelle Anschlüsse in Österreich sehr teuer und für Jugendliche kaum erschwinglich sind, wäre es Aufgabe der Jugendzentren, Jugendtreffs und Schulen, den Jugendlichen diese Nutzungsformen der Computertechnologie zu ermöglichen.

Anschluß an  
Datennetze

Auch die Einrichtung kostengünstiger Zugänge zu Datenbanken und anderen Informationsspeichern im lokalen und kommunalen Bereich, die einen leichten Zugang zu Informationen gewähren, welche für die Jugendlichen relevant sind, würden sich positiv auf eine Förderung der Beteiligungschancen Jugendlicher auswirken. Endgeräte könnten in öffentlichen Einrichtungen installiert sein; die Nutzung müßte kostenlos oder gegen einen symbolischen Anerkennungsbeitrag erfolgen.

Kostenloser  
Zugang zu  
Informationen

Gerade angesichts der jüngeren Entwicklung, daß zunehmend mehr Haushalte mit Computern ausgestattet sind und sich damit die Computernutzung in den Privatbereich verlagert respektive - als Gegenbewegung - über die tragbaren Spiel-Geräte in vielfältige Bereiche des Alltags eindringt, wäre es wichtig, öffentliche Räume und Treffpunkte zu schaffen, an denen die Jugendlichen sich "gesellen" und gemeinsam Aktivitäten an und mit dem Computer nachgehen können. Diese Räume müßten sich allerdings von der herkömmlichen Spielhallen-Atmosphäre stark unterscheiden, da diese wenig anregend ist und zudem Mädchen tendenziell ausgrenzt. Außerdem sollten vielfältige unterschiedliche Programme zur gemeinsamen Betätigung ebenso zur Verfügung stehen wie die fachkundige Beratung und Animation durch Professionals der Jugendarbeit und -beratung. Anzustreben sind nicht Treffs, in deren Zentrum der Computer steht, sondern Orte, an denen der Computer ein Attraktions- und Kristallisationspunkt neben anderen ist mit der Intention, daß die Jugendlichen miteinander in Aktivitäten eintreten können. Solche Bereiche könnten etwa Jugendzentren sein<sup>54</sup>. Dem Computer käme als Anziehungspunkt dann eine ähnliche Funktion zu wie dem Tischfußballautomat in den 70er-Jahren.

Treffpunkte

Wie es wenig Sinn macht, die neuen Technologien auszugrenzen und die Heranwachsenden davor zu bewahren, ist es auch nicht zielführend, im Gegenzug Bildung und Ausbildung in Überbewertung des Einflusses der neuen Technologien auf die Lebenszusammenhänge der Jugendlichen auf die Computertechnologie abzustimmen<sup>55</sup>. Notwendig ist vielmehr die Gewährleistung einer bunten Vielfalt von Lebens- und Erfahrungsmöglichkeiten für die Heranwachsenden durch die Schule: Ein Aspekt dieser pluralen Aneignungsformen von Wirklichkeit ist ein offener und unreglementierter Umgang mit den Medien.

Schule und Bildung:  
unreglementierter  
Umgang - offene  
Lernprozesse

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

247

Die Prämisse, daß die Nutzung der Computertechnologie sich nicht primär an immanenten Nützlichkeits- und technischen Funktionalitätskriterien zu orientieren hat, sondern an den vitalen Lebensinteressen der Subjekte, gilt auch für ihren Einsatz im Bildungsbereich. Ein wesentliches Ziel muß es daher sein, über den Einsatz des Computers offene statt geschlossene Lernprozesse zu initiieren. Eine Grundforderung an Computer in der Lehre ist die Offenheit von Software und Hardware für vielfältige nicht vorgeplante und nicht vorplanbare Aktivitäten an und mit den Geräten.

### Anmerkungen:

- 1) vgl. Hengst 1985
- 2) Zu den technikeuphorischen Vertretern der Modernisierungsthese gehört etwa Haefner 1985, technikskeptisch argumentieren bspw. Volpert 1988, Eurich 1985, Weizenbaum 1978
- 3) So ist es nicht verwunderlich, daß ein Teil der Studien von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften oder öffentlichen Stellen in Auftrag gegeben wurde (etwa Knoll 1984), ein anderer Teil wiederum von der Automatenindustrie finanziert bzw. angeregt wurde (etwa Knoll u.a. 1986, Fritz u.a. 1983)
- 4) vgl. dazu die Untersuchung von Lehmann (1988), zusammenfassend bspw. Lehmann, Lauterbach 1985, Altmeyer-Baumann 1991
- 5) vgl. dazu die Studie von Egg, Meschke 1989
- 6) Zum Thema Gewalt vgl. Kunczik 1975, vgl. dazu auch Kosubek 1987, zusammenfassend auch Sander, Vollbrecht 1987, Neumann, Charlton 1986
- 7) Material der Untersuchung waren die Transkripte von 7 Gruppendiskussionen mit insgesamt ca. 60 Jugendlichen, welche nach den Kriterien einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik analysiert wurden
- 8) vgl. dazu zusammenfassend Altmeyer-Baumann 1991, vgl. dazu insbesondere auch Lukesch 1990, Media-Analyse 1989
- 9) Fessel & GfK 1992
- 10) Die Tabelle 1 bis 3 geben einen Überblick über die Entwicklung der Verbreitung von Computern und Videospiele im Privatbereich in Österreich (Quelle: Optima-Analysen 1984 bis 1991):
- 11) ÖSTAT 1990
- 12) So vermuteten etwa Knötig, Reichhardt (1984), daß im Jahr 2000 in jedem zweiten österreichischen Haushalt Spielmöglichkeiten vorhanden sein werden. 1991 verfügen jedoch erst 5,7 % der österreichischen Haushalte über ein Videospiele-Gerät (Fessel&GfK 1992), und selbst unter Einrechnung der privat genutzten Personal-Computer ist die 50-Prozent Marke noch lange nicht erreicht
- 13) vgl. dazu Salje 1977
- 14) Turkle 1986
- 15) vgl. Rathmayr 1988
- 16) Zur Identitätsbildung über soziale Interaktion und sachbezogene Betätigung vgl. u.a. Mead 1980, Dewey 1949, Ottomeyer 1982
- 17) Die Verwendung des Begriffes "Drama" als psychologische Kategorie geht auf Politzer (1974) zurück
- 18) Ein Indiz für diese Tendenz ist auch die Tatsache, daß Ende der 80er Jahre 45 % des Umsatzes durch nur 8% der zum Verkauf angebotenen Spiele gemacht wurde (Fritz 1988b, S.78)
- 19) vgl. dazu Horkheimer 1977, Adorno 1973, Horn 1967, Mitscherlich 1982
- 20) vgl. dazu etwa Spanhel 1990, Bauer u.a. 1985. Wo andere Ergebnisse festgestellt wurden, spielen mehrere Faktoren eine Rolle. Zum Teil wurden sehr spezifische Zielgruppen befragt (vorwiegend ältere - Behrens 1987 - oder nur Schüler - Lehmann 1988), zum Teil wurden schulische Aktivitäten miteinbezogen. Oder es wurde überhaupt - wie bei Gaspar-Ruppert 1991 - nicht die tatsächliche Aktivität erfragt, sondern die Nutzungspräferenz, was höhere Prozentzahlen für das Programmieren

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

248

ergibt, da Programmieren - zumindest unter Schülern - einen höheren Prestigewert für die Jugendlichen hat und auch in den Augen der Erwachsenen eine legitimere Tätigkeit als bloßes Spielen darstellt. Die Ergebnisse unserer Studie, in der ausführlich erhoben wurde, was die Jugendlichen unter Programmieren verstehen und wie sie es betreiben, legt den Schluß nahe, daß auch bei Fragen nach den ausgeübten Tätigkeiten am Computer das Programmieren im Sinne von Antworttendenzen in Richtung sozialer Erwünschtheit überbewertet wird.

21) Für die BRD vgl. Spanhel 1990, Lukesch 1990, für Österreich Hausjell 1993. In dieser Repräsentativ-Befragung der 10-19jährigen zeigten sich Unterschiede in der Nutzungshäufigkeit und Nutzungsintensität vor allem in Abhängigkeit vom jeweiligen Ausbildungs- und Arbeitsverhältnis der Kinder und Jugendlichen:

22) Spanhel 1988 und 1990

23) Für Österreich erhob Gaspar-Ruppert (1991) bei 11- bis 18jährigen Schülern, die in der Schule EDV-Unterricht haben und zu Hause über einen Computer verfügen, bezüglich der Computernutzung eine gestiegene Nutzungsdauer (vgl. Tab. 5). Bezogen auf die Gesamtheit der Jugendlichen wird durch diese Zahlen die Nutzungsintensität überbewertet, da Schüler und Computerbesitzer ihre Geräte häufiger verwenden als andere Jugendliche

24) Diese rückläufige Tendenz war sicher durch eine Verlagerung in Richtung auf eine vermehrte Beschäftigung mit dem Computer bedingt, der zu günstigen Preisen zunehmend mehr die Möglichkeit des Spielens bot. In den beginnenden 90er Jahren zeichnet sich auch hinsichtlich der Spiele wieder ein neuer Trend ab: von den Herstellern werden zunehmend weniger die computergeeigneten Spiele forciert als vielmehr neue Entwicklungen bei den Spielkonsolen und den Kleinst-Spielen. Es ist daher anzunehmen, daß der Anteil der Nutzer von Video-Spielen gegenwärtig wieder im Steigen begriffen ist.

25) Hausjell 1993

26) 1985 wurde ermittelt, daß in der BRD zwischen etwa 72 und 75 Prozent der spielerfahrenen Jugendlichen - je nach besuchter Schulart - bei Freunden spielen; 1988 waren es knapp unter 70 Prozent (Lukesch 1990); 1992 war es in Österreich genau die Hälfte (Hausjell 1993)

27) Diesbezügliche Berichte aus den USA referiert etwa Rosemann (1986), auch Bezeichnungen wie "Einstiegsdroge" (Luger 1988) legen ähnliche Gedankenverbindungen nahe

28) Wenn im folgenden der Begriff "jugendkulturell" verwendet wird, sind damit alle jene Sinn- und Bedeutungszusammenhänge gemeint, die das Handeln und Selbstverständnis sogenannter "jugendzentrierter Jugendlicher" (Projektgruppe Jugendbüro 1975) im Sinne einer von den Erwachsenen unterschiedlichen Aneignungspraxis umfassen.

29) vgl. Clarke u.a. 1979

30) Tschitschko 1993

31) Baudrillard 1989, 123

32) Bruder, Stempel 1988

33) vgl. Bärenreiter u.a. 1990, Eckert u.a. 1991, Noller/, Paul 1991

34) Gaspar-Ruppert 1991 (Tab. 6):

35) vgl. Brandes 1990, Hoffmann 1987

36) zu ähnlichen Ergebnissen kommen Fauser, Schreiber 1989

37) Mißglückte Aktionen wie die überhastete Verteilung von BTX-Terminals an Österreichs Schulen sind nicht geeignet, diese Überlegungen grundsätzlich in Frage zu stellen. Zumindest drei Gründe, die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt sind, lassen sich für das Scheitern dieses Versuchs anführen: \* das spärliche BTX-Angebot, das kommerzieller Art, kostenpflichtig und für Jugendliche nicht von Interesse war; \* der Widerstand der Lehrer, die nicht wußten, was sie mit diesen Geräten anfangen sollten; \* die zentralistische Anordnung der Bestückung der Schulen mit diesen Geräten, die lokale Wünsche, Bedürfnisse und Möglichkeiten nicht berücksichtigte

38) zusammenfassend Kunczik 1975, Sander, Vollbrecht 1987, Neumann, Charlton 1986

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

249

- 39) Knoll 1984, Lukesch 1990  
 40) Fritz 1988  
 41) Diese Schwarz-Weiß-Schemata dienen letztlich der Versicherung, wie gut es jedem in unserer Gesellschaft geht. Gleichzeitig wird deutlich gemacht, daß dieses Wohlergehen durch Außenfeinde gefährdet ist, gegen die es verteidigt werden muß.  
 42) Hausjell 1993  
 43) vgl. Geisler 1991  
 44) vgl. Raulet 1988a und 1988b  
 45) dazu Münchmeier 1988  
 46) Cohen, Taylor 1977  
 47) vgl. Fritz 1988  
 48) so argumentiert bspw. Geulen 1988  
 49) dazu vgl. Raulet 1988a und 1988b  
 50) vgl. etwa auch Hentig 1984 und Rumpf 1988  
 51) vgl. Rammert 1990  
 52) Mediengesetzliche Maßnahmen wie sie für die Print-Medien gelten - etwa die Verpflichtung des Abdrucks eines Impressums oder relativ klar formulierte Regelungen zur Verantwortung von Redakteur und Herausgeber - scheitern an der neuartigen Struktur der "neuen Medien" und sind ohne rigide Formen der Kontrolle bzw. Zensur kaum durchsetzbar  
 53) Münchmeier 1988  
 54) zum Computer in der Jugendarbeit vgl. Fritz u.a. 1987  
 55) in Österreich lassen sich gegenwärtig Tendenzen in diese zwei Richtungen erkennen

### Literatur:

- Adorno Th.W.: Studien zum autoritären Charakter. Frankfurt 1973  
 Altmeyer-Baumann S.: Jugend und Computer, in: Medienpsychologie 3 (1991) 2, 86-108  
 Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse: Media-Analyse. Frankfurt 1989  
 Bärenreiter u.a.: Jugendliche Computer-Fans: Stubenhocker oder Pioniere? Opladen 1990  
 Baudrillard J.: Videowelt und fraktales Subjekt, in: Baudrillard J. u.a.: Philosophien der neuen Technologie. Berlin 1989, 113-131  
 Behrens U. u.a.: Jugend und neue Medien. (= Berichte und Studien aus der pädagogischen Abteilung der Universität Trier, Nr. 17). Trier 1986  
 Brandes U.: Beziehungskiste und Geschlechterdifferenz. Zum Verhältnis der Frauen zum Computer, in: Rammert W. (Hg.): Computerwelten - Alltagswelten. Opladen 1990, 162-173  
 Bruder K.-J., Stempel K.: Jugendkulturelle Aneignungsformen des Computers. Störfaktor 2 (1988) 2, 7-20  
 Clarke J. u.a.: Subkulturen, Kulturen und Klasse, in: Clarke J. u.a.: Jugendkultur als Widerstand. Frankfurt 1979, 39-131  
 Cohen S., Taylor L.: Ausbruchsversuche. Frankfurt 1977  
 Dewey J.: Demokratie und Erziehung. Braunschweig, Berlin, Hamburg 1949  
 Eckert u.a.: Auf digitalen Pfaden. Opladen 1991  
 Egg R., Meschke H.: Jugendliche Computer-Fans. Aussteiger oder Aufsteiger? Psychologie, Erziehung, Unterricht 36 (1989), 35-45  
 Eurich C.: Computerkinder. Reinbek 1985  
 Fauser R., Schreiber N.: Ansätze für eine informationstechnische Grundbildung. Zeitschrift für Pädagogik 35 (1989) 2, 219-240  
 Fessel & GfK: Optima-Analyse 1991. Wien 1992  
 Fritz J. (Hg.): Computer in der Jugendarbeit. Mainz 1987  
 Fritz J. u.a.: Videospiele - regelbare Welten am Draht. Bamberg 1983:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

250

- Fritz J.: Wie wirken Videospiele auf Kinder und Jugendliche? In: Ders. (Hg.): *Programmiert zum Kriegspielen*. Frankfurt, New York 1988, 200-217
- Gaspar-Ruppert W.: *Die Spaßmaschine*. Forschungsbericht. Wien 1991
- Geisler Thilo: *Rechtsextrêmes via Computer*, in: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.): *Amoklauf gegen die Wirklichkeit*. Wien 1991, 107-112
- Geulen D.: *Der Computer im Alltag als heimlicher Erzieher*. *Unterrichtswissenschaft* 16 (1988) 4, 7-18
- Haefner K.: *Die neue Bildungskrise*. Reinbek 1985
- Hausjell F.: *Die Welle ist noch nicht vorbei*. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie über neonazistische Computer"spiel" in Österreich, in: Maaß J., Schartner Ch. (Hg.): *Computerspiele - (Un)heile Welt der Jugendlichen?* München 1993, 95-106
- Hengst H.: *Soziales Lernen in der Konsumzone*. *Kinder im Umgang mit Kaufhaus-Computern*. *Medium* 15 (1985) 7, 13-20
- Hentig H.v.: *Das allmähliche Verschwinden der Wirklichkeit*. München 1984
- Hoffmann U.: *Computerfrauen*. München 1987
- Horkheimer M.: *Autorität und Familie*, in: Ders.: *Traditionelle und kritische Theorie*. Frankfurt 1977, 162-230
- Horn K.: *Dressur oder Erziehung*. Frankfurt 1967
- Knoll J.H. u.a.: *Automatenspiel und Freizeitverhalten Jugendlicher*. Grafenau 1984
- Knoll J.H. u.a.: *Das Bildschirmspiel im Alltag Jugendlicher*. Opladen 1986
- Knötig P., Reichardt R.H.: *Videospiele und Freizeitverhalten*. Bericht über eine empirische Studie. Hktgr. Manuskript. Wien 1984
- Kosubek S.: *Die Auswirkungen unserer Medien auf die Entwicklung unserer Kinder*. *Jugendschutz* 2, 1987, 15-23.
- Kunczik M.: *Gewalt im Fernsehen*. Köln, Wien 1975
- Lehmann J., Lauterbach R.: *Wie wirkt sich der Computer auf Wissen und Einstellung aus?* In: *Computer in unsere Schule?* Kiel 1985
- Lehmann J.: *Auswirkungen der Computernutzung durch Jugendliche in Schule und Freizeit*. *Zeitschrift für Pädagogik* 35 (1989) 2, 241-259
- Lehmann J.: *Sozio-kulturelle Auswirkungen der individuellen Computernutzung*. *Unterrichtswissenschaft* 16 (1988) 4, 32-43
- Luger K.: "... dann ist der Tag irgendwie gewonnen!" *Die Rolle der Medien im Alltag von Jugendlichen*, in: Janig H. u.a. (Hg.): *Schöner Vogel Jugend*. Analysen zur Lebenssituation Jugendlicher. Linz 1988, 255-283
- Lukesch H. u.a.: *Jugendmediestudie*. Regensburg 1990
- Lukesch H.: *Nutzungsmuster von Videospiele*. *Medienpsychologie* 2 (1990) 2, 100-114
- Mead G.H.: *Geist, Identität und Gesellschaft*. Frankfurt 1980
- Mitscherlich A.: *Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft*. München 1982
- Münchmeier R.: *Welche Informationen gebrauchen Jugendliche heute?* in: *Kreisjugendring München-Stadt* (Hg.): *Mündig per Datenbank?* München 1988, 29-39
- Neumann K., Charlton M.: *Zum Forschungs- und Konzeptualisierungsstand der Beziehung zwischen Neuen Informations- und Kommunikationstechniken und Sozialisation*, in: Lutz B. (Hg.): *Technik und sozialer Wandel*. Frankfurt, New York 1986, 554-572
- Noller P., Paul G.: *Jugendliche Computerfans*. Frankfurt, New York 1991
- Ottomeyer K.: *Gesellschaftstheorien in der Sozialisationsforschung*, in: Hurrelmann K., Ulich D. (Hg.): *Handbuch der Sozialisationsforschung*. Weinheim, Basel 1982, 161-193
- Politzer G.: *Kritik der klassischen Psychologie*. Köln 1974
- Projektgruppe Jugendbüro: *Die Lebenswelt von Hauptschülern*. Ergebnisse einer Untersuchung. München 1975
- Rammert W. u.a.: *Vom Umgang mit Computern im Alltag*. Opladen 1991.
- Rammert W.: *Paradoxien der Informatisierung*, in: Weingarten R. (Hg.): *Information ohne Kommunikation?* Frankfurt 1990, 18-40

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

251

- Rathmayr B.: Aufwachsen im Konsumzeitalter. Partizipation als Grundproblem der Sozialisation Jugendlicher, in: Janig H. u.a. (Hg.): Schöner Vogel Jugend. Analysen zur Lebenssituation Jugendlicher. Linz 1988, 109-137.
- Raulet G.: Die neue Utopie. Die soziologische und philosophische Bedeutung der neuen Kommunikationstechnologien, in: Frank M. u.a. (Hg.): Die Frage nach dem Subjekt. Frankfurt 1988a, 197-219
- Raulet G.: Leben wir im Jahrzehnt der Simulation? Neue Informationstechnologien und sozialer Wandel, in: Kemper P. (Hg.): 'Postmoderne' oder Der Kampf um die Zukunft. Frankfurt 1988b, 165-188
- Rekus J.: Der (un-)heimliche Lehrplan des Computers im Unterricht. DDS 1, 1988, 104-118
- Rosemann H.: Computer: Faszination und Ängste bei Kindern und Jugendlichen. Frankfurt 1986
- Rumpf H.: Abgeschnittene Sprache - Computer in der Schule, in: Gauger H.-M., Heckmann H. (Hg.): Wir sprechen anders. Warum Computer nicht sprechen können. Frankfurt 1988, 102-113
- Salje G.: Psychoanalytische Aspekte der Film- und Fernsehanalyse. in: Leithäuser Th. u.a.: Entwurf zu einer Empirie des Alltagsbewußtseins. F/Main 1977, 261-286.
- Sander U., Vollbrecht R.: Kinder und Jugendliche im Medienzeitalter. Opladen 1987
- Spanhel D.: Jugendliche vor dem Bildschirm. Weinheim 1990
- Spanhel D.: Neue Medien - Zur Bedeutung der neuen Medien für Jugendliche aus entwicklungstheoretischer und alltagweltlicher Sicht. Unterrichtswissenschaft 16 (1988) 4, 19-31
- Statistisches Zentralamt: Personen- und Haushaltseinkommen von unselbständig Beschäftigten. Ausstattung der Haushalte. Ergebnisse des Mikrozensus 1989. Beiträge zur Österreichischen Statistik, Heft 1.013, 1990
- Tschitschko G.: Video- und Computerspiele. Diplomarbeit. Wien 1993
- Turkle S.: Die Wunschmaschine. Reinbek 1986
- Volpert W.: Zauberlehrlinge. München 1988
- Weizenbaum J.: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft. F/M 1978

## Tabellen:

Tab. 1

Anteil der 14-19jährigen, deren Haushalt über ein Videospiel-Gerät verfügt:

1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991
07,9 %	10,9%	15,5%	14,6%	16,1%	16,3%	16,0%	15,9%

Tab. 2

Anteil der 14-19jährigen, deren Haushalt über einen Homecomputer verfügt:

1984	1985	1986	1987	1988
01,8%	05,7%	07,8%	11,6%	15,6%

Tab. 3

Anteil der 14-19jährigen, die persönlich einen Home- oder Personalcomputer besitzen

<u>Kaufpreis des Gerätes</u>	1989	1990	1991
< öS 12000	08,9%	10,3%	10,5%
öS 12000 - öS 25000	03,3%	03,7%	04,9%
> öS 25000	00,7%	01,3%	02,3%

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

252

Tab. 4

<u>Nutzungshäufigkeit von Computerspielen</u> (nach Hausjell 1993)			
	<u>&gt; 1x/Woche</u>	<u>1x/Woche</u>	<u>selten/nie</u>
Volksschüler, Hauptschüler, Sonderschüler	59%	11%	29%
AHS-Schüler	39%	28%	34%
BHS-Schüler	31%	24%	45%
Lehrlinge / Berufsschüler	23%	16%	61%
Arbeiter, Angestellte, Arbeitslose	8%	22%	70%

Tab. 5

<u>Nutzungsfrequenz von Computern</u> (Österreich; nur Schüler über 11 Jahre, denen zu Hause ein Gerät zur Verfügung steht [d.s. 38% der befragten Schüler]) (nach Gaspar-Ruppert 1991):			
<u>Computernutzung</u>	<u>Burschen</u>	<u>Mädchen</u>	<u>gesamt</u>
täglich	25%	05%	19%
mehrmals wöchentlich	53%	25%	44%
seltener	22%	71%	37%

Tab. 6

<u>Verfügbarkeit von Computer und Videospiele</u> in österreichischen Schüler-Haushalten (Alter > 11) (nach Gaspar-Ruppert 1991):			
	<u>Burschen</u>	<u>Mädchen</u>	<u>gesamt</u>
<u>Computer</u>			
im HH, nicht eig. Besitz	13%	20%	16%
eigener Besitz	43%	03%	22%
gesamt	56%	23%	38%
<u>Videospiele</u>			
im HH, nicht eig. Besitz	13%	12%	13%
eigener Besitz	24%	07%	15%
gesamt	37%	19%	28%

## Thema: Jugendliche und Gewalt

### 1. Zu aktiven und passiven Gewalterfahrungen und zur Rechtsorientierung von Jugendlichen

Ausarbeitung: Heinz Steinert, Inge Karazman-Morawetz

Grundlage: Gruppengespräche und Befragung mit 477 Jugendlichen (Hauptschüler, Lehrlinge, junge Berufstätige, Mittelschüler und Studenten) in Wien und Umgebung

### 2. Läßt sich "Erziehung ohne Zwang" im öffentlichen Bereich verwirklichen? Zum Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 und zum Jugendgerichtsgesetz 1988

Ausarbeitung: Christa Pelikan, Arno Pilgram

Grundlage: Expertengespräche mit Jugend- und FamilienrichterInnen sowie Beamtinnen und SozialarbeiterInnen der Jugendwohlfahrtsbehörden in Wien, Burgenland und Tirol; Aktenerhebung am Wiener Jugendgerichtshof, am Innsbrucker Bezirksgericht und am Bezirksgericht Eisenstadt

Über Gewalt, insbesondere Gewalt von Jugendlichen wird viel geredet, aber zu wenig mit den Jugendlichen. Der erste Beitrag basiert dagegen auf Befragungen von und auf Gesprächen mit Jugendlichen und ist vielleicht deshalb dazu angetan, die einen oder anderen lieb gewordenen Vorurteile und Vorverurteilungen zu widerlegen. Es entstehen Einsichten in differenzierten Wahrnehmungs- und Aktionsformen von Jugendlichen, die ansonsten im öffentlichen und medialen Diskurs eingeebnet werden. Gewalt unter Jugendlichen, so eines der Ergebnisse der Untersuchung ist männlich. Eine männliche "Selbst- und Fremdverdinglichung". Und sie ist nach wie vor eine Domäne der unteren sozialen Schichten. Aber: die Frauen sind wehrhafter geworden und die Gewalttätigkeit insgesamt ist, entgegen anderslautenden Angstparolen, eher im Abnehmen.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

---

254

Wesentlich weniger im Blickfeld der Öffentlichkeit - und deshalb ein umso wichtigeres Thema dieses Berichts - ist der Umgang der staatlichen Gewalt mit Jugendlichen, die aus gesicherten sozialen Verhältnissen herausfallen oder straffällig werden. Die aufwendige und sorgfältige Analyse der Auswirkungen von zwei großen Reformgesetzen in diesem Bereich zeigt, daß die Zurücknahme staatlicher Zwangsmaßnahmen in Erziehung und Strafrecht gegriffen hat, wenn auch, insbesondere in der Praxis der Handhabung des Jugendgerichtsgesetzes, nicht intendierte Nebeneffekte nicht ausgeblieben sind. Die Analyse der Pflegschafts- und Straftaten deckt viele unbekannte und überraschende Zusammenhänge auf, die für die weitere Praxis und Politik von großem Nutzen sein können.

Die Auswahl der Fragestellungen macht auch deutlich, wie das "und" des Themas "Jugendliche und Gewalt" zu lesen ist: Als von Jugendlichen getane und ihnen angetane Gewalt. Das letztere wird in der öffentlichen Diskussion nicht selten vergessen.

## ZU AKTIVEN UND PASSIVEN GEWALTERFAHRUNGEN UND ZUR RECHTS-ORIENTIERUNG VON JUGENDLICHEN<sup>1)</sup>

Heinz Steinert & Inge Karazman-Morawetz

### Über Gewalt reden

Das wichtigste Ergebnis aus den Gruppengesprächen, die wir hauptsächlich in Jugendzentren und Lehrlingsheimen führten, war die enorme Bedeutung, die das Reden über Gewalt für Jugendliche hat. Die Situationen, in denen es wirklich darauf ankäme, der rücksichtslose Schläger zu sein, sind extrem selten, verglichen mit den vielen, in denen es um das gekonnte, gut ausgeschmückte, großmäulige und witzige Reden über vergangene und mögliche zukünftige Gewalt-Episoden geht. Sie sind ein entscheidender Teil des "Schmäh", der in der Gruppe "läuft" und mit dem das Herumhängen und Warten, ob etwas geschieht, gefüllt wird. In der Aneignung von Episoden und vor allem von Siegen und gerade noch abgewendeten Beinahe-Niederlagen durch die Gruppe und in Identifikation mit ihr durch alle einzelnen geschieht Anerkennung auf Gegenseitigkeit.

Jugendliche:  
Über Gewalt reden  
ist wichtiger als  
zuschlagen

Die Gruppen Jugendlicher unterscheiden sich darin gar nicht sehr von anderen geselligen Zusammenkünften, besonders den durch Medien unterstützten: Gewalt ist Unterhaltung. Sie wird selten direkt erlebt, aber sie wird dauernd (im gesprochenen und gedruckten Wort, vor allem aber in bildlichen Darstellungen) behandelt - zum Großteil gar nicht mit dem Anspruch, irgendeiner zeitgenössischen Realität zu entsprechen.

Medien: Gewalt  
ist Unterhaltung

### Legitime (staatliche) und illegitime (private) Gewalt

Unser Verhältnis zu "Gewalt" ist insgesamt widersprüchlich: Privat wie politisch werden einerseits sehr grundsätzliche Gewalt-Verdammungen geäußert, zugleich wird aber mit (staatlicher) Gewalt gedroht, und zwar mit "entschlossener" bis "rücksichtsloser", sollte das so aufgerichtete Gewalt-Tabu gebrochen werden. Es wird also zwischen legal abgesicherter und illegitimer Gewalt ("privater" im innerstaatlichen, "aggressiver" im zwischenstaatlichen Bereich) ein kategorialer Unterschied gemacht, obwohl verwirrenderweise dasselbe Wort beide bezeichnen soll. Das staatliche Gewaltmonopol soll die Bürger vor Gewalterfahrungen schützen, ist aber selbst für viele der Ausgangspunkt für Gewalterfahrungen.

Ein Wort, zwei  
Bedeutungen

Ein starkes Ergebnis unserer Gruppendiskussionen war der Unterschied in Ton und Grundhaltung zwischen den Schichten, wenn über Erfahrungen mit der Staatsgewalt, also mit polizeilichen Amtshandlungen, geredet wurde. Gemeinsam war allen, von den subproletarischen Jugendlichen bis zu den Studenten, daß in jeder Gruppe mehrere über eigene Erfahrungen mit polizeilicher Gewalttätigkeit berichten konnten. Bedauerlich oft waren das Erzählungen von Mißhandlungen nach einer Festnahme, häufiger aber, versteht sich, Berichte über entwürdigende Aspekte einer Überprüfung oder einer Auseinandersetzung auf einer Demonstration. Der auffallende Unterschied war, daß die Studenten und Schüler über solche Episoden im Ton empörter Ungläubigkeit redeten, während die Unterschicht-Jugendlichen darüber mit einer gewissen Selbstverständlichkeit und wie über eine weitere Episode in den Bandenkriegen sprachen.

Polizeigewalt:  
Studenten und  
Schüler empört...

Man kann es auch so sagen: Die Unterschicht-Jugendlichen kennen und akzeptieren

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

256

das Medium der unmittelbaren physischen Gewalt und nehmen es (für den Moment) zur Kenntnis, wenn sie verloren haben. Nicht nur sehen sie keine Möglichkeit, gegen so überlegene Gewalt anzugehen, es ist auch kein Ehr-Problem, Überlegenheit in Ausstattung und Training, aber auch in Härte und Möglichkeit der Immunisierung vor Gegenangriffen, zu akzeptieren. Ähnlich akzeptieren sie auch, daß man sich im Bandenkrieg vor zahlenmäßiger Überlegenheit zurückziehen muß. Es ist nicht heroisch, sich auf aussichtslose Kämpfe einzulassen. Das heißt zugleich, die Polizei wird wie eine weitere Bande gesehen - die nur unerreichbar viel besser ausgestattet ist und daher immer gewinnt. Dazu paßt, daß die Unterschicht-Jugendlichen oft "Polizist" als Traumberuf nennen. Für die Jugendlichen der Bildungsschicht hingegen ist das Medium "Gewalt" fremd, jedenfalls lehnen sie es (bei anderen und in offener Form) ab und halten seinen Einsatz für im Grundsatz rechtlich beeinspruchbar, auch wenn sie wissen, daß das in der Praxis, und besonders der Polizei gegenüber, meist nicht gelingen wird.

...Arbeiterjugendliche: Polizei eine Bande, die immer gewinnt

### Gewalt gegen Ausländer

Bei den Unterschicht-Jugendlichen verbindet sich das Reden über Gewalt-Erfahrungen wie selbstverständlich mit dem Thema "Ausländer". Man muß wehrhaft sein, weil man mit ausländischen Jugendlichen in Konflikt gerät, auch von ihnen überfallen wird. Es ist das übliche Muster, das wir auch aus der "großen Politik" kennen: "Aggressiv" sind immer die anderen, und bewaffnen muß man sich nur deshalb, weil die anderen das zuerst tun. Interessanterweise gab es in unseren Gesprächen keine Äußerungen, man wolle die ausländischen Jugendlichen oder gar "die Ausländer" vertreiben oder ihnen das Leben so schwer machen, daß ein präventiver Effekt auf den weiteren Zuzug entstehe. Die Ausländerfeindschaft, die grob und gemein genug geäußert wird, hat keinen instrumentellen Anteil: Man schimpft und stänkert und baut sich an dem eigenen damit hergestellten und gegenseitig bestätigten "Herrenmenschentum" auf, aber das verdichtet sich nicht zu einer gezielten Strategie mit einem angebbaren Ziel, etwa eines "ausländerfreien Floridsdorf". Die Ausländerfeindschaft, auf die wir im Übermaß getroffen sind, hat expressiven Charakter und sollte besser Ausländerverachtung genannt werden.

Aggressiv sind immer die anderen

Keine "Ausländer-raus"-Bewegung...

...aber Ausländerverachtung

Das ist ein deutlicher Unterschied zu dem, was sich in der BRD spektakulär in rechtsradikalen Aktionen äußert. In den Angriffen auf Asylantenheime wird tatsächlich versucht, die Bewohner zu vertreiben und die Unterkünfte unbewohnbar zu machen. Mit einer solchen politisch organisierten Ausländerfeindschaft hatten wir es in unseren Gesprächen nicht oder nur in Einzelfällen zu tun. Im Gegenteil: Es war klar und wurde gelegentlich explizit geäußert, daß man mit "solchen Narren" nichts zu tun haben wolle. Wenn es in den Gesprächen Selbst-Identifikationen in quasi-politischen Kategorien gab, dann war das "Hooligan" (abgekürzt als "Hool"). Insofern hatten wir es zweifellos mit dem Rekrutierungsgebiet von Neo-Nazis zu tun, aber aktuell gab es zu dem Zeitpunkt nichts dergleichen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß zum Zeitpunkt unserer Untersuchung, im Frühjahr und Sommer 1992, die Szene der organisierten Neo-Nazis in Österreich durch Verhaftungen und ein attraktiveres Betätigungsfeld in der Ex-DDR nicht besonders aktiv war.

### Gewalt und Fremdenverachtung als Darstellungen von Männlichkeit

Die Fähigkeit und Bereitschaft zu körperlicher Gewalttätigkeit, zur Durchsetzung unter Riskieren der eigenen und fremden körperlichen Unversehrtheit, ist in unserer Kultur ein Ausweis von Männlichkeit. Komplementär wird Weiblichkeit als Sorge um und für körperliche Unversehrtheit sozial konstruiert. Freilich gilt das nicht schichtenspezifisch, sondern in erster Linie dort, wo überhaupt die soziale Position von der körperlichen Ausstattung und Verausgabung abhängt: in der handarbeitenden Unterschicht.

Handarbeitende Unterschicht

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

257

Die Bereitschaft zum Einsatz körperlicher Gewalttätigkeit hängt wesentlich davon ab, ob man überhaupt gelernt hat, die körperliche Integrität zu riskieren. Dieses Verhältnis zur eigenen und fremden körperlichen Integrität bestimmt sich entscheidend aus den Anforderungen der beruflichen Tätigkeit. Am meisten verabscheut wird Gewalt dort, wo man besonders von (Aus)Bildung lebt, also in der kopfarbeitenden Mittelschicht, und besonders von den Frauen in dieser Position.

Aber offensichtlich gilt diese Form von Männlichkeit nicht exklusiv für eine handarbeitende Position: Riskante Sportarten von Schifahren bis Paragliding werden gewöhnlich, zum Teil schon wegen der hohen Kosten, auch in anderen sozialen Gegenden betrieben und die Freude an Darstellungen von Gewalt in Sport, TV-Serien, Romanen und anderen Spektakeln ist ohnehin weit über fast alle Schichten und Subkulturen verbreitet. Die Fähigkeit, sich körperlich durchzusetzen, ist eine sehr elementare Dimension von Männlichkeit, von der auch Männer und Frauen in sozialen Positionen fasziniert sind, in denen diese Fähigkeit nie gefordert wird.

Höhere soziale Schichten

Gewalttätige Männlichkeit wird in der derzeitigen Diskussion vor allem unter ihrem Aspekt von rücksichtsloser Durchsetzung betrachtet. Das ist eine wichtige Dimension, aber nicht die einzige. Die andere ist die, daß mit dem Einsatz von unmittelbarer Körperlichkeit auch ein körperliches Risiko eingegangen wird, daß man damit auch selbst Schmerz und Verletzung in Kauf nimmt. Unmittelbar körperliche Gewalttätigkeit ist also - am einen Ende des Kontinuums - ein direkter zwischenmenschlicher Kontakt mit einer hohen Selbst-Beteiligung auch des Angreifers. Sie kann daher - in "Rangeleien" verschiedener Art wird das sichtbar - eine durchaus "verbindende" Komponente haben, sofern das Erzeugen von Schmerzen durch dabei gültige Normen verhindert oder zumindest stark eingegrenzt wird. Sie kann - am anderen Ende - reine Rücksichtslosigkeit der Durchsetzung sein, wenn unter Vermeidung eigenen Risikos (also z.B. abstrakt maschinell - das Extrem ist der Druck auf den roten Knopf, der die Atomraketen startet), der/die andere völlig verdinglicht "benutzt" oder "aus dem Weg geräumt" wird. Dazwischen liegt ein weites Feld von Konstellationen der beiderseitigen Fremd- und Selbst-Verdinglichung in mehr oder weniger unmittelbarem körperlichem Kontakt. Dabei geht es dann sehr wohl um das Zufügen, aber auch das Riskieren und Aushalten von eigenen Schmerzen.

Rücksichtslose Durchsetzung - unmittelbare Körperlichkeit - Schmerz zufügen - Schmerz erleiden: Ein weites Kontinuum der Bedeutung von Gewalt

Diesen Unterschieden entsprechen verschiedene Typen von Männlichkeit, die sich gewalttätig beweisen läßt:

Der erste Typus läßt sich als "Schläger" bezeichnen, wird meist in Gruppen auftreten, ist in deren Kultur integriert und riskiert Schmerzen und Verletzungen bei sich und anderen - mit unterschiedlich eng gezogenen Grenzen der "Fairness". Es ist das die traditionelle "Gang"- und im weiteren Sinn "Proleten"-Männlichkeit, die sich in solchen bis zu einem gewissen Grad ritualisierten Kämpfen ausweist. Wir haben es hier mit einer Selbst-Verdinglichung zu tun, in der es um die Überwindung von eigener "Feigheit", aber auch um den Sieg in einem Kampf nach Regeln des Zulässigen geht, nicht um einen Sieg mit allen Mitteln. Dieser Typus ist von Ent-Ritualisierung gefährdet: Wenn sich die Grenzen auflösen, an denen man "aufhört", weil die Sache "zu weit geht", kann es zu den Formen der bewaffneten "Vernichtungsfeldzüge" kommen, in denen auch ernsthafte Verletzungen in Kauf genommen und Wehrlose noch von einer Übermacht getreten und sonst "niedergemacht" werden.

"Schläger und Kämpfer"

Der andere Typus, der des "Kämpfers", ist in erster Linie auf den "Erfolg" seiner Gewalttaten aus, die entsprechend "rational" so zu planen sind, daß bei kleinstem eigenen Risiko der größtmögliche Effekt erzielt wird. Dieser Typus wird verkörpert vom Soldaten (der bekanntlich kein Held im Sinn der Rittersagen zu sein braucht) und besonders spektakulär von soldatischen "Einzelkämpfern", wie sie uns medial von "James Bond" bis "Rambo" und "Terminator" vorgeführt werden. Hier ist von vornher-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

258

ein die Gewalt entgrenzt, eingeschränkt allenfalls durch ein Prinzip des sparsamen Einsatzes der Mittel. Die Selbst-Verdinglichung ist hier die zu einer Maschine, die perfekt funktioniert, um den gewünschten Effekt zu erreichen. So, als "Kampf-Maschinen", werden uns diese Helden auch oft vorgestellt. Die damit präsentierte Männlichkeit geht über die proletarische Grobheit hinaus, sie ist die abstrakte Gewalt des Technikers und Fachmanns, die unpersönlich auf möglichst gründliche Vernichtung von Feinden und Störern aus ist.

Beide Arten der männlichen Selbst- und Fremd-Verdinglichung vertragen sich mit einer Einteilung der Welt in grobe Kategorien von Freund und Feind, die zur Folge hat, daß man sich auch selbst zum bloßen Exemplar einer solchen Kategorie reduziert. Nationalismus und Rassismus stellen die herabwürdigende Behandlung von Leuten nach einem oft im wahrsten Sinn "oberflächlichen" Merkmal, damit die Aufwertung der eigenen Person zum "Herrenmenschen" dar, aber sie tun das um den Preis, daß man sich selbst auch zum "Angehörigen" verdinglichen muß. Rassismus ist der Verzicht auch auf eigene Individualität. Dieser Verzicht wird vor allem den unteren Schichten der Bevölkerung abverlangt, die selbst und im Alltag als "Arbeitskräfte", "(nicht) Anspruchsberechtigte", Publikum und Träger von "verfügbaren Konsumbudgets" behandelt werden.

Rassismus ist  
der Verzicht  
auf eigene  
Individualität

In der Jugend, wenn es darum geht, etwas wie Individualität zu entwickeln, scheint die Anfälligkeit für die Übernahme solcher Kategorie-Zugehörigkeiten besonders groß zu sein. Individualität entsteht, wenn überhaupt, im Durchgang durch eine experimentierende Abfolge von ent-individualisierenden Kategorien, in die man sich einordnet und eingeordnet wird. Die Jugendkultur selbst und die Werbung, die sie benützt, sind ziemlich kreativ im Hervorbringen und Propagieren solcher Kategorien und der Bedeutung, die es angeblich hat, ihnen zuzugehören.

Anfälligkeit der  
Jugend

Insofern muß man sich nicht wundern, wenn auch nationalistische und rassistische Kategorien aufgegriffen und verwendet und auch in die Selbst-Verständnisse aufgenommen werden: Es sind nicht die einzigen Fremd-Kategorisierungen, mit denen die Leute zu tun haben, und sie haben, wenn man in ihnen auf der "richtigen" Seite landet, den Vorteil, nicht erarbeitet und verdient werden zu müssen, auch kann man das Merkmal nicht wieder verlieren. Wenn es sonst um den eigenen "Wert als Arbeitskraft" geht, sind die Verhältnisse viel prekärer. Auch Kategorien dieser Art werden verwendet, wenn sie erstens angeboten werden und wenn sie zweitens als nützlich erscheinen. Es geht mit ihrer Hilfe um das Einfordern von (staatlichen) Leistungen und um die Verbesserung der eigenen Position in Konkurrenzen aller Art. Rassistische Kategorien werden attraktiv sein, wenn die Konkurrenzangst groß und die Haltung, daß das Leben hart ist, daß es kein Mitleid mit den "Verlierern" gibt, weit verbreitet ist. Im glücklichen Fall kann man mit der rassistischen Kategorie einen Vorteil bekommen und zugleich die Konkurrenz verlassen. Insofern haben die nationalistischen und rassistischen Kategorien eine eingebaute Affinität zu den Formen von gewalttätiger Männlichkeit, die weiter oben dargestellt wurden: Beide entsprechen einer Haltung der Härte und Mitleidlosigkeit gegenüber anderen wie sich selbst, sowie der Konkurrenz um das, was einem angeblich "zusteht". Es handelt sich also um eine "Verteilungskonkurrenz", das Raufen um den anerkannten Anteil an dem, was schon da ist, und nicht um eine "Produktionskonkurrenz", den Wettbewerb um die Anerkennung der Qualität dessen, was man hervorbringt.

Härte, Mitleid-  
losigkeit,  
Konkurrenz

In den Gruppengesprächen war es deutlich, daß manche Jugendliche in einem Milieu leben, in dem Gewalterfahrungen selbstverständlicher und alltäglicher Bestandteil des Lebens sind, während andere in einer praktisch gewaltfreien Welt leben. Es gibt "Subkulturen der Gewalttätigkeit" und solche der (relativen) Gewaltlosigkeit, die jeweils alle Lebensbereiche des Alltags umfassen. Diesen Befunden sind wir in der Fragebogenstudie noch einmal nachgegangen.

Subkulturen von  
Gewalt und  
Gewaltlosigkeit

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

259

Die detailliert abgefragten verschiedenen Gewalterfahrungen hängen zwar alle positiv zusammen, ebenso sind aktive und passive Gewalterfahrungen hoch positiv korreliert, aber es gibt doch unterschiedlich starke Zusammenhänge. So ließen sich vier Typen von Gewalterfahrungen identifizieren: "Schläger", die überdurchschnittlich viel "einstecken" und "austeilen", "Kämpfer", die viel austeilen, aber wenig einstecken müssen, "Vermeider", die aktiv und passiv nicht viel von dieser Art von Gewalterfahrungen zu berichten haben, und "Verlierer", die sich nicht als aktiv gewalttätig beschreiben, wohl aber viel an passiven Gewalterfahrungen berichten. Die ersten beiden Kategorien beziehen sich auch auf die im Abschnitt über "Männlichkeit" entwickelte Unterscheidung von Arten der gewalttätigen Männlichkeit.

"Vermeider und Verlierer"

Zunächst ist noch einmal eindrucksvoll, wie sehr das Milieu der Gewalttätigkeit ein Unterschicht-Milieu ist, wie sehr besonders mit einem höheren Bildungsstatus Gewalterfahrungen praktisch aufhören. Gewalttätigkeit geht mit körperlicher Arbeit zusammen. Allerdings gilt das nicht umgekehrt: Es gibt eine große Gruppe von körperlich arbeitenden Jugendlichen, die sich als "Vermeider" und "Verlierer" beschreiben. Wenn man zum eigenen Ausbildungsstatus die Herkunft (also den Beruf des Vaters) dazu nimmt, zeigt sich, daß die zukünftigen Facharbeiter, die auch aus einem Arbeitermilieu stammen, entweder "Vermeider" oder "Schläger" sind. Die "Kämpfer" hingegen sind zwar aktuell vor allem Lehrlinge, stammen aber aus den verschiedensten sozialen Gegenden. Der sozial stabile Arbeiter-Jugendliche, so kann man es vielleicht zusammenfassen, geht Gewalttätigkeiten aktiv und passiv aus dem Weg oder pflegt sie in einem Banden-Kontext, also in einer relativ integrierten Form. Der auf- oder abwärts mobile Unterschicht-Jugendliche hingegen präsentiert bevorzugt das "Kämpfer"-Muster, also eine eher instrumentelle Gewalttätigkeit, in der das eigene Risiko gering gehalten wird. De facto kann das nur heißen, daß man sich auf Auseinandersetzungen nicht einläßt, in denen man nicht mit hoher Wahrscheinlichkeit gewinnen wird - oder umgekehrt: daß man dort bevorzugt zuschlägt, wo man wenig Gegenwehr zu befürchten hat.

Schichtspezifische Verteilungen

### Orte der Gewalterfahrung

Auffallend ist der hohe Anteil von Berichten über Erfahrungen mit der Polizei und auch mit polizeilicher Gewalt. Die meisten Erfahrungen dieser Art haben die Banden-Jugendlichen. Offenbar ist diese Arbeiterjugend-spezifische Form von Gewalttätigkeit besonders "kontrollanfällig" - weil sie provokant und auffällig ist oder weil sie polizeilichen Vorstellungen davon, was kontrollbedürftig ist, besonders entspricht.

Polizei: hoher Anteil

Gewalterfahrungen mit Lehrern und Vorgesetzten in der Schule oder am Arbeitsplatz spielen kaum eine Rolle. Diese Bereiche sind "befriedet", auch wenn gelegentlich immer noch von Handgreiflichkeiten berichtet wird. Das hatte sich auch in den Gruppengesprächen so dargestellt: Autoritätskonflikte kommen fast nicht vor oder gelten nicht als berichtenswert.

Schule und Arbeitsplatz: Kaum berichtenswert

Gewalterfahrungen in der Familie werden durchaus in einigem Ausmaß berichtet, aber auch sie sind in den Gesprächen eher entdramatisiert worden. Wegen des hohen Zusammenhangs der verschiedenen Gewalterfahrungen miteinander und also mit einem Milieu der allgemeinen Gewalttätigkeit ist es nicht ganz leicht, der beliebten Frage nachzugehen, ob Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen mit ihren eigenen (passiven) Gewalterfahrungen in der Kindheit zu erklären ist. Immerhin gibt es bei den "Schlägern" ein höheres Maß von Gewalt in der Familie zu berichten als bei den "Vermeidern", was doch einige Aussagekraft hat, wenn man dagegenhält, daß sich ein solcher Zusammenhang für die "Kämpfer" nicht zeigt. Zum auch sehr gewalttätigen "Kämpfer" wird man jedenfalls nicht durch die elterlichen Watschen gemacht. Am wahrscheinlichsten ist aber auch für die "Schläger", daß sie nicht so sehr individuell

Familie: Einfluß differenziert zu betrachten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

260

durch elterliche Mißhandlung dazu "gemacht" werden, sondern daß sie vielmehr aus der "Subkultur der Gewalttätigkeit" stammen, die eine Teilkultur der subproletarischen Schicht ist - und deshalb auf allen Gebieten mehr von Gewalt zu berichten haben.

Auch sonst gibt es Hinweise, daß man mit den beliebten Ursachen Zuschreibungen für Gewalttätigkeit besser vorsichtig ist: Zum Beispiel findet sich bei den beiden Konflikt-Typen, Schlägern und Kämpfern, die deutlich geringere Fernseh-Frequenz (jedenfalls bei den TV-Nachrichten, denen man aber kaum entkommt, wenn man sonst viel fernsieht) als bei den "Vermeidern" und "Verlierern". Das würde einer gängigen These widersprechen, ist aber wohl tatsächlich nur Ausdruck der Häufigkeit, mit der die Abende daheim oder außer Haus verbracht werden. Andererseits gibt es den Zusammenhang mit den Brutal-Videos, die von den Konflikt-Typen zwar häufiger gesehen werden, aber nicht so viel häufiger und auch von noch fast der Hälfte der "Vermeider". Auch hier bietet sich wieder das "Gewalt-Milieu" als vermittelnde Variable an. Und für die Freunde der Schuldzuschreibung an die zugegebenermaßen oft widerlichen Brutal-Videos bleibt zu erklären, wie immerhin die Hälfte derer, die allen Gewalterfahrungen aus dem Weg gehen, zum selben Video-Konsum kommen und wie sie ihn verarbeiten.

TV und Video:  
Vorsicht gegen-  
über gängigen  
Thesen

### Tolerante, Wohlstands-Chauvinisten, Rechts-Populisten

Die in den Fragebogen (zum Teil aus anderen Untersuchungen) aufgenommenen rechtsradikalen Äußerungen, die abgelehnt oder akzeptiert werden konnten, ließen sich in zwei Gruppen teilen: erstens explizit und exklusiv gegen Ausländer gerichtet - zweitens allgemein rechtsradikal ohne Bezug auf Ausländer. Die Zustimmung zu den beiden Gruppen von Äußerungen ist zwar korreliert, aber nicht perfekt, so daß sich die beiden Variablen wieder zu einer Typologie kombinieren lassen. Rechtsorientierung ohne Ausländerablehnung kam fast nicht vor, so daß dieser Typus ausfällt. Was man findet, sind also reine Ausländerfeinde, rechtsorientierte Ausländerfeinde und Tolerante, die beides ablehnen. Man muß dazusagen, daß sich Zustimmung zu ausländerfeindlichen Parolen bei einem hohen Anteil der Jugendlichen findet, starke Rechtsorientierung hingegen nur bei einer kleinen Minderheit.

Rechtsorientie-  
rung ohne Aus-  
länderablehnung  
kommt nicht vor

Der Zusammenhang, der nach den Überlegungen zur Selbst-Verdinglichung am meisten interessiert, ist der mit den Typen von Gewalterfahrungen. Es zeigt sich in der Tat eine Affinität zwischen Rechtsorientierung und "Schläger"- sowie zwischen reiner Ausländerablehnung und "Kämpfer"-Typus. Die "Toleranten" sind am ehesten "Vermeider". Umgekehrt gilt: Die Schläger sind überwiegend Rechts-Populisten, aber auch noch zu einem großen Anteil reine Ausländerfeinde, die "Kämpfer" tendieren überproportional zu dieser zuletzt genannten Gruppe. Rechts-Populismus ist eine Haltung, in der alles bejaht wird, was rechtsradikal klingt, darunter auch die ausländerfeindlichen Äußerungen. Das deutet auf Provokation und einen stark "expressiven" Charakter solcher Aussagen. Dagegen erscheint die "reine" Ausländerfeindschaft gezielter und instrumenteller: Es sind schon genug Ausländer da. Deshalb muß man nicht gleich auch noch den Hitler gut finden und für die Todesstrafe sein. Man kann diese letzte Haltung als "Wohlstands-Chauvinismus" identifizieren.

Rechts-Populismus

Reine Auslän-  
derfeindschaft

Wohlstands-  
chauvinismus

Das nämlich ist die Größe, in der sich Rechts-Populisten wie reine Ausländerfeinde am deutlichsten von den "Toleranten" unterscheiden: wem die staatlichen (und kommunalen) Sozialleistungen zustehen sollen. In beiden Typen sollen Sozialleistungen nicht einfach allen zustehen, die hier leben, sondern nur Österreichern oder gar "echten und anständigen Österreichern". Es geht also um den lang genug als gefährdet dargestellten Sozialstaat und um die Konkurrenz um seine Leistungen. Die "Toleranten" sehen keine solche Gefahr für den Sozialstaat und vertrauen weiter darauf, daß es genug für alle gibt. Die "Wohlstands-Chauvinisten" sehen isoliert eine mögliche Überforde-

Toleranz

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

261

rung des Sozialstaats durch Ausländer und wollen ihn daher gegen diese isolieren. Die "Rechts-Populisten" sehen darüber hinaus allgemein die Notwendigkeit einer "harten" Ordnung im Staat, "Härte" den Ausländern gegenüber ist nur ein Teil davon.

Man wird gut daran tun, diese beiden Formen von "rechter" Position auseinanderzuhalten. Man kann sie auch als "individualistisch" und "kollektivistisch" unterscheiden, was sich schon in den Formen der Gewalttätigkeit ausdrückt, die sie pflegen: (Einzel-) "Kämpfer" und (Gruppen-) "Schläger". In beiden Fällen geht es um persönlichen Vorteil und Überlegenheit, um ein "Herrenmenschentum", um Selbst-Aufwertung auf Kosten der Ausländer. Das aber steht einmal im Rahmen der individuellen Konkurrenz, einmal in dem der Behauptung einer subkulturellen Zusammengehörigkeit. Beides ist auch nicht nur die Reaktion auf eine besonders benachteiligte eigene Position, schon gar nicht ist der individualistische "Wohlstands-Chauvinismus" so zu erklären: Das sind Leute, die durchaus "Aussichten" haben, die damit rechnen, es in ihrem Beruf "zu etwas zu bringen", die sich nicht von "Ausländern" absetzen müssen, weil sie selbst arm und verachtet wären.

Individualistische  
und Kollektivi-  
stische Formen  
der Gewalttätigkeit

Das ist auch ein Element, das in diesem Zusammenhang auffällt: Die Verachtung von Ausländern hat viel mit der Verachtung für die Armen zu tun. Man findet wenig Zustimmung für explizit und im engeren Sinn rassistische Parolen. Der Unterschied zwischen "uns" und "den Ausländern" - was in Wien überwiegend "den Türken" heißt - ist vor allem ein wirtschaftlicher: "Die" haben es in ihrem Land nicht so weit gebracht wie "wir" und drängen sich jetzt hier herein, um an unserem Wohlstand zu partizipieren. In Abwehr gegen diese Bedrohung fordern die Wohlstands-Chauvinisten eine kalkulierte Politik des Ausschlusses, die Rechts-Populisten eher einen Zusammenschluß der "Volksgemeinschaft".

Verachtung von  
Armut und Mitleid-  
losigkeit der  
Tüchtigen

Damit soll auch darauf hingewiesen werden, daß die Ausländer-Verachtung nicht einfach "von unten" aufsteigt. Sie ist die Fortsetzung einer Grundhaltung der Konkurrenz und Mitleidlosigkeit, der tüchtigen Durchsetzung und der Verachtung für die "Versager", die in der mit "Reaganomics" und "Thatcherismus", "Privatisierung" und "Grenzen des Sozialstaats" charakterisierbaren Wirtschaftsphase der letzten fünfzehn Jahre von vielen (hauptamtlichen und sich sonst berufen fühlenden) Politikern dem Volk nahegelegt wurde. Bewunderung der im Geldmachen Tüchtigen und Ausgrenzung der Schwachen statt sozialer Verpflichtung von Tüchtigkeit und Einsatz aller vorhandenen Mittel für die Schwächeren ist in dieser Wirtschaftsphase des "Bereichert euch!" und der Gesellschaftsspaltung öffentlich propagiert und vorgelebt worden. In den Anteilen der unteren Schichten, die sich selbst auch stark und tüchtig fühlen, äußert sich genau diese Haltung als Verachtung der Schwachen und Rechtlosen - "der Ausländer".

Aus Gesprächen mit ausländischen Jugendlichen können wir auch etwas über die ganz anderen Gewalterfahrungen der Gegenseite sagen. Auch hier hatten wir es mit Jugendlichen zu tun, denen gewalttätige Auseinandersetzungen nicht fremd waren. Darüber gab es nichts zu klagen und keine Empörung. Empörung gab es über die alltäglichen kleinen Gemeinheiten und Diskriminierungen, von denen sie alle genug zu berichten wußten und gegen die sie sich nicht wehren konnten, weil sie von Lehrern, Vorgesetzten, Polizisten, älteren Leuten in der Straßenbahn oder an öffentlichen Orten ausgingen. Im Gegensatz dazu waren die Kämpfe mit anderen Jugendlichen fast erfreulich, weil man da nicht nur "einstecken" mußte, weil man da auch eine reelle Chance sehen kann, daß man einmal auch gewinnt. Es gab dazu die interessante Begründung, daß türkische junge Männer um ihre Ehre zu kämpfen hätten, während die einheimischen so etwas gar nicht kennen würden. Deshalb sei der junge Türke der entschlossener Kämpfer, deshalb könne er nicht aufgeben, auch wenn er schon auf dem Boden liege, deshalb gewinne er aber auch öfter.

Und die aus-  
ländischen  
Jugendlichen ?

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

262

### Gewalterfahrungen gestern und heute

Es gehört zu den verbreiteten Vorstellungen, daß "die Gewalt" in der Welt immer schlimmer würde. Unsere Annahme ist, daß es indirekte und teilweise nur metaphorische Erfahrungen von Mißachtet-Werden und Benützt-Werden sind, die sich bei uns in der Klage über die "zunehmende Gewalt" kristallisieren, nicht eine tatsächliche Zunahme dessen, was man im engeren Sinn Erfahrungen von körperlicher Gewalttätigkeit nennen würde.

Steigende Gewalttätigkeit  
Jugendlicher ?

Diese These ließ sich im Rahmen unserer Befragungen genauer untersuchen, indem die Liste von Gewalterfahrungen, nach der wir die Jugendlichen abgefragt hatten, auch (knapp über 200) Erwachsenen mit der Aufforderung, danach über ihre Jugend Auskunft zu geben, vorgelegt wurde. Selbstverständlich bekommt man damit nur Hinweise, weil solche Befragungen über weit zurückliegende Ereignisse durch allerlei Verzerrungen der Erinnerung gefährdet sind. Nach Geschlecht und Ausbildung getrennt verglichen, sind die Ergebnisse für die beiden Generationen, heutige Jugendliche und die Jugend ihrer Eltern, aber doch als gewichtige Hinweise zu nehmen.

Vergleich mit  
der Generation  
der Eltern

Nach diesen Vergleichen gibt es so gut wie keinen Hinweis auf eine Zunahme von Gewalterfahrungen zwischen den Generationen. Mit einigen Ausnahmen, die unserer These entsprechen, findet sich kein Unterschied in den Gewalterfahrungen. Die eine große Ausnahme ist der Bereich der Erziehung: Sowohl in der Familie als auch in Schule und Arbeit berichten die heutigen Jugendlichen deutlich weniger Gewalterfahrungen als ihre Elterngeneration für ihre Jugend. Die "körperliche Züchtigung" und auch ihre Androhung ist zwischen diesen beiden Generationen als "Erziehungsmittel" deutlich seltener geworden.

Weniger Gewalt  
in der  
Erziehung

Ebenfalls abgenommen - und das stimmt mit der Entwicklung im Bereich Erziehung zusammen - haben bei den Mädchen die Erfahrungen von sexuellem Bedrängt-Werden. Aus der Mütter-Generation werden mehr Erfahrungen dieser Art in der Jugend berichtet als aus der heutigen Töchter-Generation. Daß heute sexuelle Belästigung bis Inzest stärker im Gespräch sind und ausführlicher skandalisiert werden, paßt dazu: Das Skandalisieren geht von der Mütter-Generation aus und ist leichter möglich, wenn die Norm tatsächlich strenger geworden ist. Auch in diesem Bereich dürfte gelten: Nicht etwa die Zahl der tatsächlichen Ereignisse hat zugenommen, sondern unsere Empfindlichkeit dafür.

Abgenommen:  
Sexueller  
Mißbrauch von  
Mädchen

Etwas überraschender sind zwei Zunahmen von Gewalterfahrungen, die sich in unseren Daten finden. Zugenommen hat die Zahl der Polizeikontakte von Jugendlichen, was nicht nur auf das Konto des Straßenverkehrs geht. Es scheint, als würden zumindest in der Großstadt Jugendliche heute stärker von der Polizei kontrolliert als das in der Generation ihrer Eltern der Fall war. Das gilt genauso, wenn nicht stärker, für junge Frauen und für Maturanten. Zugenommen hat auch die Wehrhaftigkeit und damit die Gewalttätigkeit der jungen Frauen. Die heutigen jungen Frauen präsentieren sich weniger als schwach und friedfertig, als ihre Mütter-Generation das für ihre Jugend tut.

Mehr Polizei-  
kontakte

Mehr Wehrhaftig-  
keit von jungen  
Frauen

Wir können dazu aus den Gruppengesprächen nachtragen, daß dort Mädchen am Reden über Gewalt ziemlich gleichberechtigt teilnahmen und jedenfalls nicht in den traditionellen Rollen der "Soziusbraut" oder der "Krankenschwester" auftraten. Auch die Gruppenschlägereien wurden so dargestellt, daß sich Mädchen daran beteiligen und gelegentlich sogar auf Männer losgehen würden.

Bei aller Vorläufigkeit der Ergebnisse: Es scheint, als wäre in den letzten dreißig bis vierzig Jahren bei uns die private Welt ein wenig gewaltärmer geworden, obwohl alles andere als gewaltfrei. Besonders im Verhältnis zwischen den Generationen scheint die

Fazit: eher weniger  
als mehr Gewalt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

263

unmittelbare körperliche Bedrohung und Demütigung nicht mehr so eingesetzt zu werden wie das traditionell der Fall war. Die körperliche Aggressivität von Jugendlichen, die sich fast ausschließlich an anderen Jugendlichen und innerhalb der "Subkultur der Gewalttätigkeit" auslebt, scheint auch nicht wesentlich gegenüber dem zugenommen zu haben, was ihre Eltern zu berichten wissen. Nur die Mädchen sind wehrhafter geworden als ihre Mütter das waren.

Die Klagen über die "Zunahme der Gewalt" müssen sich auf andere Erfahrungen beziehen als auf die unmittelbaren Gewalterfahrungen, die heute von Jugendlichen im Vergleich zur Jugend ihrer Eltern generation gemacht werden können. Es gibt auch genug von diesen "anderen Erfahrungen", in denen wir in verschiedenen gesellschaftlichen Situationen als "mißachtbar" und sonst ohne die jeder und jedem zustehende Anerkennung behandelt werden. Es gibt nur keinen Grund, für dieses sehr allgemeine Unbehagen in unserer Kultur "Jugendliche" oder "Ausländer" verantwortlich zu machen.

### Anmerkung:

<sup>1)</sup> Die Untersuchung, aus der hier berichtet wird, wurde finanziell gefördert durch einen Forschungsauftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung. Außer den dort damit befaßten Damen und Herren ist den Betreuerinnen und Betreuern in Jugendzentren und Lehrlingsheimen für ihre Unterstützung und allen Jugendlichen und Erwachsenen, die uns mit ihren Selbstdarstellungen und sonstigen Auskünften weitergeholfen haben, herzlich zu danken. Ein ausführlicher Forschungsbericht liegt beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung auf.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

264

### LÄSST SICH "ERZIEHUNG OHNE ZWANG" IM ÖFFENTLICHEN BEREICH VERWIRKLICHEN ?

Zum Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 und zum Jugendgerichtsgesetz 1988

Christa Pelikan, Arno Pilgram

Die österreichische Jugendpolitik hat zum Ausgang der 80er Jahre gleich zweifach auch einen bedeutenden legislativen Niederschlag gefunden, im "Bundesgesetz vom 20. Oktober 1988 über die Rechtspflege bei Jugendstraftaten" (Jugendgerichtsgesetz 1988 - JGG) und im "Bundesgesetz vom 15. März 1989, mit dem Grundsätze über die Mutterschafts-, Säuglings- und Jugendfürsorge aufgestellt und unmittelbar anzuwendende Vorschriften in diesem Bereich erlassen werden" (Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 - JWG).

Anpassung an  
Ideal partner-  
schaftlicher  
Familien- und  
Erziehungs-  
verhältnisse

JGG und JWG wurden - wiewohl sachlich verwandt - weitgehend unabhängig voneinander und in verschiedenen Gremien diskutiert und reformiert. Die JWG-Reform ist länger herangereift und verweist mit ihrem Ursprung noch in den frühen 70er-Jahren auf die damals impulsgebenden gesellschaftlichen Umbrüche. Das JGG ist binnen kürzerer Zeit (ab 1982, vgl. Foregger 1982, Jesionek 1982) neu bearbeitet und etwa zeitgleich mit dem JWG verabschiedet worden. Die einheitliche Philosophie, von der beide, auf verschiedenen Wegen zustande gekommenen Gesetze durchdrungen sind, bestätigt ihre gesellschaftspolitische Signifikanz. Beide Rechtsmaterien vollziehen die allgemeine Veränderung von Erziehungsmodellen nach und schreiben für die Zukunft für den Bereich der öffentlichen Erziehung (bundes-)gesetzlich ein gehöriges Maß an Skepsis gegenüber Zwangsmaßnahmen fest. Der Gesetzgeber will offensichtlich, daß auch die öffentliche Erziehung möglichst nicht hinter dem Ideal partnerschaftlicher Familien- und Erziehungsverhältnisse zurückbleibt.

In der Jugendgerichtspolitik manifestiert sich diese Tendenz in neuartigen Verfahrenserledigungsformen ohne richterlich-autoritäre Urteilsentscheidung (und Kriminalisierung) und in vermehrten Entscheidungsmöglichkeiten ohne Straffolgen (Bogensberger 1992). Dennoch flüchtet man nicht einfach aus der Strafe unter das freundlichere Etikett von Erziehungsmaßnahmen. Weder sind die wichtigsten neuen Reaktionsformen des JGG selbst an einer repressiven Pädagogik ausgerichtet (es dominiert der Versuch, Jugendliche zur "freiwilligen" Kooperation - z.B. am außergerichtlichen Tauschgleich oder an der Betreuung durch einen Bewährungshelfer - zu gewinnen, ohne bei Verweigerung gleich Sanktionen anzudrohen), noch bietet das parallel beschlossene Jugendwohlfahrtsgesetz eine Handhabe, die in großem Umfang entkriminalisierten Jugendlichen umstandslos Zwangserziehungsmaßnahmen zu unterwerfen. Das neue JWG betont sogar noch ausdrücklicher das Ultima-Ratio-Prinzip für den öffentlichen Eingriff und für Zwangsmittel insbesondere sowie den Angebotscharakter der staatlichen Erziehungshilfen (Ent 1980).

Abschied von  
repressiver  
Pädagogik und  
Zwangserziehung

JWG- und JGG-Reform haben zwar gerade nicht der gelegentlich wiederholten alten Forderung (vgl. Wolff 1992) einer Verschmelzung beider Regelungsbereiche nach einem einheitlichen Jugendhilferecht für den Fall der öffentlich interventionsbedürftigen Erziehungssituation bei Jugendlichen entsprochen. Durch die aufrechte Trennung von JWG und JGG und deren Institutionen erfahren Jugendliche selbst (und ihre Erziehungsberechtigten) aber keine Nachteile, im Gegenteil. Weder kann heute private Erziehungskompetenz unter dem Titel des strafrechtlichen Öffentlichkeitssschutzes vor jugendlicher "Verwahrlosung" oder "Delinquenz" leichtthin beschnitten noch unter dem Titel der Jugendwohlfahrt oder Erziehungshilfe unproportional auf strafrechtliche

Trennung von  
privater Er-  
ziehungskompetenz  
und strafrecht-  
lichem Öffent-  
lichkeitsschutz

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

265

Vorfälle und Gefährdungen der Öffentlichkeit reagiert werden, wie das in vermischten Systemen oftmals zu geschehen droht (Dingwall et al. 1984). Die simultane und gleichwohl je spezifische Reform von JWG und JGG hat auch das Verhältnis zwischen privaten und den öffentlichen Instanzen der Erziehung und der öffentlichen Gewalt befriedigender zu klären vermocht.

Wie haben sich beide Gesetze in der Praxis ausgewirkt und bewährt?

### 1. Das Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 - Von der Zwangserziehung zur Unterstützung der zwangsfreien Erziehung

Das Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 enthält die:

\* Absichtserklärung und zugleich den Auftrag an die Benutzer, die staatliche Zwangsgewalt im Bereich der "Jugendhilfe" nur als ultima ratio einzusetzen. Mehr noch:

Grundsätze des  
JWG

\* Die Feststellung eines erzieherischen Defizits, einer Entwicklungsgefährdung, mag sie nun in Form eines strafrechtlich definierten Verhaltens oder auf andere Weise manifest geworden sein, kann auf seiten des Pflsgerichts nicht mehr und nichts anderes als "Hilfen zur Erziehung" veranlassen und begründen.

\* Und nur soweit es der Jugendwohlfahrtsbehörde und ihren Organen nicht gelingt, diese Hilfen zur Erziehung im Einvernehmen mit den Obsorgeberechtigten zu entwickeln und durchzuführen, bedarf es einer gerichtlichen Anordnung "gegen den Willen des Obsorgeberechtigten", wobei es selbstverständlich dem Gericht obliegt, die Berechtigung und Notwendigkeit einer solchen Maßnahme in einem entsprechenden ("außerstreitigen") Verfahren zu überprüfen und danach zu entscheiden.

Das Grundsatzgesetz unterscheidet zwischen

\* Hilfen zur Erziehung, die unter Belassung des Kindes oder des Jugendlichen in der Familie gewährt werden, und zwischen der

\* "vollen Erziehung", die wiederum in einem Heim oder in einer Pflegefamilie durchgeführt werden kann - in jedem Fall ist der geringfügigste Eingriff zu wählen.

\* Völlig beseitigt wurde die Fürsorgeerziehung;

\* Generell wurden die Heime geöffnet, überwiegend freilich schon vor Inkrafttreten des Gesetzes.

Die Fragestellung dieses Untersuchungsteils lautete:

Wie und vor welchem gesellschaftspolitischen Hintergrund kam dieses Gesetz und kamen die angesprochenen grundsätzlichen Veränderungen zustande?

Wie wird das durch das neue Gesetz definierte Spektrum gerichtlichen Eingreifens in Angelegenheiten der Jugendwohlfahrt praktisch gehandhabt? Wie arbeiten dabei Pflsgericht und Jugendwohlfahrtsbehörde zusammen?

Die dazu angestellten empirischen Erhebungen bestanden in Expertengesprächen mit Jugend- und FamilienrichterInnen sowie mit BeamtInnen und SozialarbeiterInnen der Jugendwohlfahrtsbehörden, und zwar jeweils in Wien, dem Burgenland und in Tirol. Dieselbe örtliche Einschränkung gilt für die Aktenerhebung, für die an zwei Abteilungen des Wiener Jugendgerichtshofs eine Stichprobe von 105 Pflsgerichtsällen aus den Jahren 1990 und 1991, ferner in einer Abteilung des Innsbrucker Bezirksgerichts sämtliche Fälle aus diesen beiden Jahren und ebenfalls alle Fälle des Eisen-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

266

städter Bezirksgerichts ausgewertet wurden. (Zu Vergleichszwecken wurden darüber hinaus am Innsbrucker Bezirksgericht die Pflugschaftsakten der entsprechenden Abteilung aus der ersten Hälfte des Jahres 1987 durchgesehen). Eine auf der Jugendwohlfahrtsstatistik aufbauende Darstellung der neueren Entwicklungen war dagegen aufgrund der stattfindenden Umgestaltung der Erhebungsinstrumente erschwert und wenig sinnvoll.

Langsam, aber unaufhaltsam erfolgte auch die Neu-Konzeption der Jugendwohlfahrt und insbesondere der Ersatzerziehung von seiten der verantwortlichen Administratoren und Legisten der Jugendwohlfahrt, die schließlich im JWG 1989 ihre gesetzliche Verankerung fand.

Es lassen sich folgende für diesen Wandel maßgebliche Faktoren festhalten:

Die Anforderungen an die Sozialisation der nachfolgenden Generation waren nochmals komplexer und allumfassender geworden. Stärker noch als zu Beginn dieses Jahrhunderts geht es um die Ausstattung der Folgegeneration mit Dispositionen, um Lern- und Leistungsfähigkeit, soziale Adaptionfähigkeit und Flexibilität und immer weniger um den Erwerb klar umrissener Bestände von Wissen oder von Fertigkeiten. Die damit einhergehende zeitliche und gegenständliche Ausdehnung des Sozialisationsgeschehens läßt Kindheit immer weniger als abgegrenzten Schonraum begreifen. Weitgehende gesellschaftliche Partizipation - durch Konsum zumindest - und weitgehende Übernahme von Verantwortung in der Gestaltung von sozialen Beziehungen, insbesondere Partnerbeziehungen, erzeugen eine Angleichung von Jugendlichen und Erwachsenen und eine entsprechende Anspruchshaltung von Jugendlichen.

Ursachen des Wandels

Die gesteigerten Sozialisationsanforderungen werden vor allem von den Müttern - in hohem Maß auch von denen der Arbeiterschicht - sehr bewußt wahrgenommen. Gleichzeitig hat die wachsende Instabilität von Paarbeziehungen eine große Zahl von besonders belasteten Alleinerziehenden mit sich gebracht. Jugendwohlfahrt als Gesellschaftspolitik sah und sieht sich dadurch vor neue Aufgaben gestellt und ist mit einer anderen Klientel konfrontiert: mit angestregten, ihre Erziehungsaufgabe sehr intensiv wahrnehmenden Eltern, Frauen vor allem, die Beratung und professionelle Unterstützung suchen.

Der Eingriff in Elternrechte erhält vor diesem Hintergrund neue Bedeutung, er markiert besonders nachdrücklich ein Versagen gegenüber weithin anerkannten sozialen Anforderungen; er bewirkt stärker noch eine Stigmatisierung als soziale Randschicht. Die "parens patriae", die staatliche Obervormundschaft sieht sich so einer gewandelten Kindheit und vor allem Jugend mit einem anderem Selbstbewußtsein und anderen Ansprüchen gegenüber sowie einer gewandelten Elternschaft - mit neuen Belastungen und ebenfalls veränderten Ansprüchen. Beide wollen einerseits mehr - an Dienstleistung, Beratung, Hilfestellung - und beide sind empfindlicher, abwehrender gegen Bevormundung und obrigkeitlich-kontrollierende Eingriffe.

Veränderte Kindheit - gewandelte Elternschaft

Es galt also hoheitliches Verwaltungshandeln, durch das mündige Bürger und vor allem Bürgerinnen in ihrem Handlungs- und Entscheidungsspielraum über das Maß der von ihnen angeforderten Hilfestellung hinaus eingeschränkt wurden, zugunsten strenger rechtsstaatlicher Bindungen zurückzudrängen. Im Bereich der Ersatzerziehung erfolgte schließlich die Rücknahme der gesetzlichen Rückendeckung für spezifische Zwangsmaßnahmen und der Auftrag zur individuellen "personenbezogenen" Dosierung des Eingriffs unter Wahrung des Ultima-Ratio-Prinzips.

Wie sehen die Gesetzesreformer von damals und die Gesetzesvollzieher von heute das neue Jugendwohlfahrtsgesetz und insbesondere die Gestaltung der "Hilfen zur Erziehung"?

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

267

Der Abschied von der Zwangserziehung und der geschlossenen Anstalt erscheint auf dieser Ebene endgültig und unwiderruflich vollzogen. In Wien etwa war man seit den 70er Jahren um die Reform der Heimerziehung und die Liquidierung der Fürsorgeerziehung bemüht gewesen. Andererseits wurde das Fehlen einer zwischen den offenen geführten Heimen und dem Jugendstrafvollzug gelagerten Einrichtung hier am nachhaltigsten beklagt, ein entsprechender Bedarf - wegen der schier Menge potentiell betroffener Jugendlicher - auch am ehesten sichtbar. Diesen, vor allem von seiten der Jugendrichter wiederholt vorgetragenen Bedenken hat man durch die Einrichtung eines interdisziplinär besetzten "Arbeitskreises Dissozialität" Rechnung getragen, in dem für akut und krisenhaft gewordene Einzelfälle nach einer Lösung gesucht wird. In Tirol, wo die endgültige Öffnung der Fürsorgeerziehungsheime langsamer vor sich ging, wurden mittlerweile eine Reihe von sozialpädagogisch betreuten Wohngemeinschaften geschaffen, die versuchen, auch für die schwierigen Fälle adäquate Hilfestellung zu bieten. Auch im Burgenland findet man mit den vorhandenen offenen Einrichtungen, einem Kinderdorf beispielsweise, das Auslangen.

Die drei exemplarisch ausgewählten Bundesländer unterscheiden sich deutlicher hinsichtlich der Organisationsform der ambulanten "Hilfen zur Erziehung". Während in Tirol die Jugendwohlfahrtsbehörde in hohem Maß freie Träger und Einzelpersonen mit entsprechender professioneller Kompetenz für diese Dienstleistungen aufgrund aufgabenspezifischer Verträge einsetzt, organisiert das Amt für Jugend und Familie in Wien das umfangreiche und vielfältige Netz der ambulanten Hilfen und Einrichtungen überwiegend selbst. Einzelne freie Träger werden darüber hinaus subventioniert. Im Burgenland stützt man sich auch im Bereich der Jugendwohlfahrt stark auf die über das Sozialhilfegesetz finanzierte Nachbarschaftshilfe. Für die Intensivbetreuung werden Personen aus den verschiedenen sozialen Professionen herangezogen, für deren Remuneration und deren Supervision ebenfalls das Land zuständig ist.

Die Form der Kooperation zwischen den Jugendwohlfahrtsbehörden und dem Pflugschaftsgericht bzw. dem Jugendgerichtshof ist selbstverständlich in Wien stärker formalisiert - es besteht ein eigener Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof - während sie im Burgenland wesentlich auf persönlichen informellen Kontakten beruht. In Tirol wurden bewußte Anstrengungen zur Erprobung neuer Formen interdisziplinärer Zusammenarbeit zwischen den in der Jugendwohlfahrt tätigen Richtern, Therapeuten und Sozialarbeitern unternommen.

Aus der Gerichtsaktenanalyse läßt sich schließlich ein Bild der Problemlagen entwickeln, die in den verschiedenen Regionen zur Bearbeitung durch das neue JWG anstehen. Dabei fällt zuerst der eklatante Unterschied zwischen Wien auf der einen und Innsbruck und Eisenstadt auf der anderen Seite ins Auge. Insbesondere im Burgenland ist es eine verschwindend geringe Zahl von Pflugschaftsakten, in denen eine Übertragung der Obsorge im Bereich der Pflege und Erziehung an den Jugendwohlfahrtsträger thematisiert wird. Wo es um Heimaufenthalte geht, finden sie im Rahmen der "freiwilligen Erziehungshilfe" statt. Das "tägliche Brot" des Pflugschaftsrichters sind Regelungen der Obsorge zwischen Eltern- oder Großeltern teilen. Deutlich wird auch: Je "ländlicher" die Verhältnisse sind, desto stärker schottet man sich vor den Eingriffen der "Fürsorge" ab. Hier ist das alte Bild des Amtes und der Obrigkeit und die Art, wie man sich ihr gegenüber verhält, noch deutlich zu spüren. Dazu kommt das Fortbestehen tendenziell rigider, konservativer Familienformen. Unter diesen Verkrustungen ist viel an Einschränkungen, an seelischem Druck und Unterdrückung, an Leiden erföhbar.

Das "alte" Spektrum der Eingriffsanlässe für den Entzug und die Übertragung der Obsorge findet sich in den aus dem Vorreformjahr 1987 stammenden Fällen in Tirol recht deutlich abgebildet. Desolate Einkommens- und Wohnverhältnisse, tiefgreifende finanzielle Krisen, unstete oder alternativ-chaotische Lebens- und Verhaltensformen der Eltern haben den Weg der Kinder durch Heime und Pflegefamilien im Gefolge.

Endgültiger  
Abschied von der  
Zwangserziehung

Hilfen zur Er-  
ziehung - länd-  
erweise unterschied-  
lich

Kooperation

Regionale Unter-  
schiede pfleg-  
schaftsrichter-  
licher Aufgaben

Tirol: deutlich  
weniger desolate  
Familien vor dem  
Pflugschaftsrichter

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

268

Wenn man dagegen den Aktenanfall der letzten beiden Jahre unter die Lupe nimmt, dann fällt auf, daß ähnlich triste oder dramatische Fallgeschichten im Gerichtsgeschäft seltener geworden sind. Das läßt auf ein verstärktes Bemühen im Bereich der ambulanten Hilfestellungen und der einvernehmlich durchgeführten Maßnahmen schließen.

Das gehäufte "aktenförmige" Vorkommen von Fällen von Kindesmißhandlungen ist einer der wichtigsten Stadt-Land-Unterschiede. Sie stellen nach Aussagen der Richter am Jugendgerichtshof in Wien eine außerordentlich belastende Materie dar. Überhaupt: die Verdichtung extremer Problemlagen im großstädtischen Bereich macht die Arbeit von Richtern und Sozialarbeitern in Wien doch anders und sicher eher schwieriger als in den Bundesländern. Ein weiterer gravierender Unterschied liegt darin, daß die Maßnahmen, die seitens der Jugendwohlfahrtsbehörde wegen "Gefahr im Verzug" getroffen werden und nachträglich im Verlauf der Wochenfrist dem Gericht zur Genehmigung vorliegen, den größeren Teil aller einschlägigen Anträge ausmachen - auch das ein Hinweis sowohl auf die größere Schwerfälligkeit der beiden Apparate von Justiz und Jugendwohlfahrt, als auch auf die häufigere Zuspitzung von Problemlagen. Im übrigen findet sich eine nicht geringe Anzahl von Jugendlichen, die selbst den Weg zu den Ämtern für Jugend und Familie mit dem Ersuchen um Hilfestellung nehmen.

Großstadt-Stadt-  
Land

Die Anstrengungen aller an der Organisation und Durchführung der Ersatzerziehung in Heimen oder auf Pflegeplätzen beteiligten gesellschaftlichen Agenturen, die weitläufige Heranziehung der vielfältigen diagnostischen und beratenden Einrichtungen, die in Wien zur Verfügung stehen, und die zum größeren Teil, mit wenigen Ausnahmen, doch sehr sorgfältige Auseinandersetzung mit den Wünschen und Interessen der Beteiligten, erscheint insgesamt eindrucksvoll. Dennoch: sehr viel von der Verworrenheit, der Hoffnungslosigkeit und Traurigkeit von Eltern-Kind-Beziehungen, die aus diesen Gerichtsakten hervorgeht, bleibt unlösbar und unheilbar.

Resumée

Die jüngste Reform hat das Jugendwohlfahrtsrecht von Zwangselementen befreit. "Öffentliche Erziehung" kann nicht als zwangsweise Einschließung von Kindern und Jugendlichen angeordnet werden. Es gibt die im bürgerlichen Recht - seit seinem Bestehen - verankerte Möglichkeit der Beschneidung elterlicher Rechte, über die ausschließlich gerichtlich zu entscheiden ist und die - das ist neu und im Einklang mit den etwa gleichzeitig im Entmündigungsrecht erfolgten Veränderungen - differenziert und spezifiziert vorzunehmen ist. Erzieherische Maßnahmen, "Hilfen zur Erziehung" aufgrund des JWG, haben sozialpädagogischen Maximen zu folgen und sind, soweit als irgend möglich, im Einverständnis mit den Erziehungsberechtigten zu planen und durchzuführen.

Der hier unternommene Ansatz eines Vergleichs der Praxis des neuen Jugendwohlfahrtsgesetzes - d.h. der Vielfalt der organisatorischen Arrangements und der Experimente im Bereich der Sozialarbeit und des Sozialmanagements - soll als eine Anregung verstanden werden, den Erfahrungsaustausch und einen darauf basierenden Vergleich zwischen verschiedenen Ländern und verschiedenen Praxismodellen zu erweitern und zu intensivieren - auf der Ebene der Forschung und auf der Ebene der Praxis.

Das Jugendgerichtsgesetz 1988 - seine Substanz und Folgen

Grundsätze  
des JGG

Die JGG-Reform 1988 sticht durch einige Besonderheiten aus der Serie jüngerer Strafrechtsreformen hervor:

Es handelt sich - im Gegensatz zu häufig aus Praktikerkreisen opponierten Strafrechtsreformen - um eine Reform(initiative) von Seiten der Praxis der Jugendgerichts-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

269

barkeit. Dieser Umstand hielt den Reformprozeß über die politischen Veränderungen während der 80er Jahre hinweg in Gang und ließ ihn bereits vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes in einem Akt der Vorwegnahme durch die Judikative praktisch wirksam werden.

Die JGG-Reform antwortete auf Defizite des Jugendstrafrechts, auf eine Desillusionierung über Jugenderziehung mit den vorhandenen - vielfach "überdosierten" - rechtlichen Reaktionsmitteln, und nicht auf ein "verschärftes Jugendkriminalitätsproblem" in den Augen der politischen Öffentlichkeit. Es ging somit um eine jugend(rechts)politische Maßnahme, geleitet von pädagogischen Ansprüchen, und nicht um Sicherheitspolitik.

Pädagogische  
Ansprüche

Das JGG 1988 ist das Musterbeispiel für eine prozedurale Entkriminalisierung. Die Kriminalisierung, die Verurteilung und Bestrafung in einem förmlichen Verfahren, wurden in Hinblick auf soziale Folgewirkungen insbesondere für Jugendliche möglichst zurückgedrängt. Es wurde nach der Verbreiterung des jugendgerichtlichen Reaktionsspektrums im Bereich von Entscheidungen und Maßnahmen gesucht, an die sich nicht die gravierenden Rechtsfolgen einer förmlichen Verurteilung knüpfen. Die Aufmerksamkeit richtete sich auf die Ausdifferenzierung der Verfolgungsverzichts-, vorläufigen Verfahrenseinstellungs- sowie der Aufлагemöglichkeiten (zur internationalen sog. "Diversionpolitik" im Jugendstrafrecht vgl. Bundesministerium der Justiz 1992), Normbegründung möglichst ohne Verurteilungscharakter, Intervenieren möglichst ohne Sanktion, formlose Verfahren außerhalb des Gerichtssaals wurden für aussichtsreich und weitgehend ausreichend erachtet.

Prozedurale  
Entkriminali-  
sierung

Die wesentlichsten Inhalte der Reform waren:

Wesentliche  
Inhalte der  
Reform

die Einbeziehung der 19Jährigen in die Kompetenz der Jugendgerichte;

die erweiterte Strafflosigkeit für 14- und 15Jährige im Bereich der minderschweren Alltagskriminalität;

die weitestgehende Zurückdrängung der "Generalprävention" (Jugendliche sollten kein Objekt von Strafexemplen zur Verfolgung allgemein kriminalpolitischer Ziele sein);

ausgedehnte Vorschriften und Möglichkeiten des Verfolgungsverzichts durch den Staatsanwalt;

die Einführung des außergerichtlichen Tauschgleichs zwischen Jugendlichen und Geschädigten als Voraussetzung für diesen Verfolgungsverzicht;

die vorläufige Einstellung des Strafverfahrens durch das Gericht bis zur Erfüllung von Auflagen (Geldbuße, gemeinnützige Leistung, Wiedergutmachung, Aus- oder Fortbildungskurs) oder bei Betreuung durch einen Bewährungshelfer;

die modifizierte Beibehaltung des Schuldspruchs ohne bzw. mit Vorbehalt der Strafverhängung;

die Neuregelung nachträglichen Strafausspruchs (Gesamtstrafenregelung zur Vermeidung kumulierter widerrufenen bedingter Strafen);

der weitestgehende Verzicht auf Strafuntergrenzen;

die Abschaffung der Rahmenstrafe unbestimmter Dauer;

**2. Bericht zur Lage der Jugend**

270

die Einführung des Einzelrichterverfahrens;

die Beseitigung zwingender Einholung von Schulauskünften und Einschränkung der Verständigungen durch das Gericht, überall wo damit nicht Zwecken der Strafrechtspflege gedient ist;

Einschränkung  
der Verständigung  
durch  
das Gericht

Verbesserungen im Haft- und Strafvollzugsrecht (z.B. bei den Besuchsregelungen) für Jugendliche;

die Möglichkeit der früheren bedingten Entlassung;

die Beziehungsmöglichkeit einer Vertrauensperson bei Befragungen/Vernehmungen des Jugendlichen vor den Sicherheitsbehörden.

Das JGG 1988 kann hier nicht in allen diesen Aspekten auf seine Konsequenzen hin untersucht werden. Für den Jugendbericht 1993 scheint vorrangig eine Evaluation unter dem Gesichtspunkt des Nutzens der Reform für die österreichischen Jugendlichen gefragt. Nachfolgend wird daher

a/ eine geraffte Darstellung der strafrechtlichen Verfolgungspraxis gegenüber Jugendlichen und des Wandels der gerichtlichen Interventionsformen seit den frühen 80er Jahren gegeben (für die Zeit davor vgl. Pilgram 1990!),

b/ die abnehmende Vorstrafenbelastung junger Österreicher als Resultat der veränderten Praxis dokumentiert,

Abnehmende Vorstrafenbelastung

c/ die veränderte Strafpraxis erstmals "rückfallstatistisch" bewertet und

Rückfallstatische  
Bewertung

d/ die strafrechtliche Behandlung Jugendlicher (nach dem JGG) und Heranwachsender (nach dem allgemeinen Strafrecht) kontrastiert, um die Vorteile (und partiell auch Nachteile) straffälliger Jugendlicher herauszuarbeiten und die Frage der Weiterentwicklung von JGG und StGB nach den Erfahrungen mit dem JGG 1988 aufzugreifen.

Weiterentwicklung  
des JGG

Die Konsequenzen der Reform lassen sich am raschesten am Endresultat der Jugendgerichtspraxis, an den strafrechtlichen Verurteilungsraten Jugendlicher zu verschiedenen Zeitpunkten des Reformprozesses verdeutlichen:

Schon 1988 war erstmals in Österreich eine Verurteilungsrate unter der jugendlichen Bevölkerung von weniger als 1 Prozent (866 pro 100.000 der Altersgruppe 14-<18) erreicht. Die Verurteilungsbelastung Jugendlicher lag damit genau bei der Hälfte des Jahres 1981. Der bisherige historische Tiefststand der Entwicklung war 1989 mit 553 Verurteilten je 100.000 Jugendlichen (nunmehr 14-<19jährigen) zu beobachten. Dieser niedrige Wert kommt allerdings zum Teil artifiziell, d.h. als Produkt von Verfahrensverzögerungen infolge der Unterstellung eines zusätzlichen Altersjahrgangs unter die Jugendgerichte zustande. Sieht man daher vom Datum des Jahres 1989 ab, stabilisiert sich die Entwicklung seit 1990 de facto auf tiefem Niveau.

Bei einer altersdifferenzierten Betrachtung zeigt sich die Vorwegnahme des JGG 1988 insbesondere bei den jüngsten Jugendlichen, die Wirkung des Gesetzes selbst hingegen bei den 18-<19jährigen (der neuen Klientel der Jugendgerichte) als besonders einschneidend. So sinkt zwischen 1981 und 1988 die Verurteilungsbelastung der 14-<16jährigen um 57, die der 16-<18jährigen um 51 und die der 18-<19jährigen nur um 35 Prozent, zwischen 1988 und 1990 geht die Verurteilungsbelastung der 14-<16jährigen nochmals um 26, die der 16-<18jährigen nur noch um 22, die der 18-<19jährigen immerhin um 34 Prozent (des Wertes von 1981) zurück (vgl. Grafik 1).

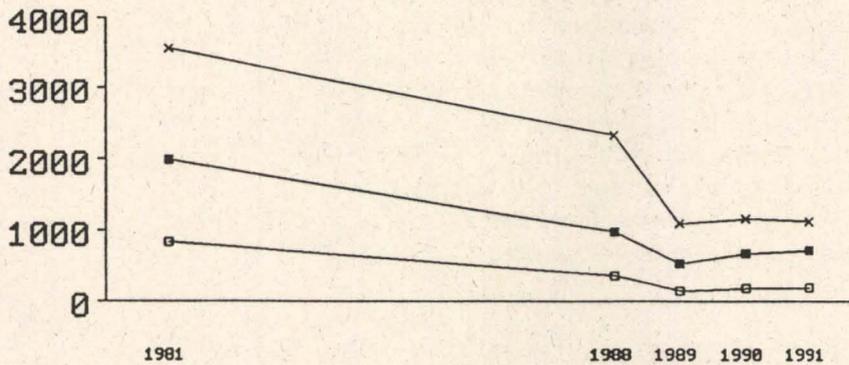
Abnehmende Verurteilungsbelastung

2. Bericht zur Lage der Jugend

Gemäß den Intentionen der Reform zeigen sich die jüngsten Jugendlichen als Hauptnutznießer der Veränderung, aber auch die der allgemeinen Gerichtsbarkeit entzogenen 18-<19jährigen profitieren sehr stark.

Grafik 1: Verurteilungen pro 100.000 Jugendliche, Altersgruppen

○ 14-<16j.  
 ■ 16-<18j.  
 x 18-<19j.



Strafverfolgungspraxis 1981-1991

Tabelle zu Grafik 1: Verurteilungen pro 100.000 Jugendliche, Altersgruppen

	Verurteilte pro 100.000		
	14-<16jährige	16-<18 Jährige	18-<19jährige
1981	832	1980	3557
1988	357	969	2320
1989	142	530	1090
1990	179	670	1157
1991	194	716	1115

Der Rückgang der verurteilten Jugendlichen ist zum kleineren Teil Ergebnis sinkender Strafanzeigen gegen Jugendliche, zum größeren Teil Folge zurückhaltend werdender gerichtlicher Reaktionen. Während die Zahl der angezeigten Jugendlichen je Einheit der Population bis 1988 um lediglich 22 Prozent sinkt, bis 1991 (vor allem wegen Hinzukommens eines stärker kriminalitätsgefährdeten Altersjahrgangs) hingegen wieder auf das Niveau des Jahres 1981 zurückkehrt, hat sich die Zahl formell verurteilter Jugendlicher 1981-88 mehr als halbiert. Auch zwischen 1988 und 1989 öffnet sich die Schere zwischen polizeilich ermittelten und gerichtlich verurteilten Jugendlichen ein weiteres Mal. 1981 wurden 44, 1988 27 und 1991 nur noch 18 Prozent aller polizeilich strafverfolgten Jugendlichen gerichtlich verurteilt.

Gleich viele Strafanzeigen - weniger formelle Verurteilungen

Wie verwirklichen die Jugendgerichte diese restriktive Verurteilungspraxis, welche Instrumentarien liefert das JGG 1988 dafür zusätzlich?

Vor Inkrafttreten des neuen JGG zeigt sich eine Tendenz mit zwei Facetten, einerseits zu immer mehr folgenlosen Verfahrenseinstellungen, andererseits zu mehr und mehr sanktionslosen Schuldspürchen (Ermahnung, § 13 JGG 1961). Danach findet diese Tendenz in dieser Form keine Fortsetzung mehr.

Instrumentarium der "Non-Intervention"

Nach 1988 erhöht sich der schon vor der Reform auf etwa 70 Prozent angewachsene Anteil folgenloser Einstellungen nicht mehr weiter, wohl aber steht den Staatsanwaltschaften nun ein neues differenziertes Instrumentarium der Begründung für "Non-intervention" zur Verfügung, insbesondere bei Straftaten von Jugendlichen unter 16 Jahren (1991 wird ein Drittel aller 14-16jährigen Jugendlichen gem. § 4 (2) Zif. 1 und 2, also im Grunde wegen altersbedingt erschwerter Schuldzuschreibung, straflos

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

272

erklärt, ferner bei einem Drittel aller Jugendlichen gem. § 6 JGG vom Staatsanwalt in Hinblick auf eine zu erwartende Bagatellsanktion bedingungslos auf eine Strafverfolgung verzichtet). Auch der Anteil der formell verurteilten an allen verfolgten Jugendlichen sinkt nach 1988 nicht mehr unter die schon vor dem JGG 1988 erreichten 12 Prozent.

Die auffallendste Veränderung und Neuerung durch das JGG selbst besteht in einer Ersetzung formeller Verurteilungen (vornehmlich jener, die ohne oder unter Vorbehalt eines Strafauspruchs gem. §§ 12 und 13 JGG erfolgen) durch informelle Interventionen. Es wird ein Instrumentarium informeller Interventionsmaßnahmen, eingeschoben zwischen Nonintervention und formeller Intervention, verfügbar und tatsächlich eingesetzt. Im Vordergrund stehen dabei - in dieser Reihenfolge - der Außergerichtliche Tatausgleich zwischen Jugendlichen und Geschädigten auf Initiative des Staatsanwalts (§ 7 JGG), die vorläufige Einstellung des Verfahrens unter Festsetzung einer Probezeit und die Einstellung nach Erfüllung einer bestimmten Auflage durch das Gericht (§ 9 JGG).

Von nachgeordneter Bedeutung bleibt hingegen die vorläufige Einstellung des Verfahrens auf eine Probezeit, während der dem Jugendlichen ein Bewährungshelfer zur Seite gestellt wird, und der außergerichtliche Tatausgleich auf Anregung des Gerichts, § 8 JGG. Im Vergleich zu den "Auflagen statt Strafen", insbesondere den Arbeitsauflagen, erweist sich die "Erfindung" des Außergerichtlichen Tatausgleichs als die quantitativ und - bedenkt man die neuartige Rollenverteilung der Konfliktbeteiligten und Justizinstanzen - auch qualitativ wichtigere Neuerung im Reaktionssystem.

Die Kehrseite einer sehr selektiven Verurteilungspraxis und die Begleiterscheinung der veränderten Alterskomposition der Jugendgerichtsklientel ist eine Erhöhung des Anteils (teil-) unbedingter Freiheitsstrafen an den ausgesprochenen Strafen - von 9 Prozent 1981 auf 11 Prozent 1988 und 15 Prozent 1991 - und eine Verdoppelung jugendlicher (im Sinne des Strafgesetzes) Gefangener in den Justizanstalten seit 1987/88.

Die veränderte Strafverfolgungspolitik gegenüber Jugendlichen hat die kriminologische Erkenntnis zum Hintergrund, daß Jugendkriminalität sowohl universell als auch weitgehend passager ist, d.h. daß nahezu alle Jugendlichen in der einen oder anderen Form in strafbare Handlungen involviert sind, dies aber wenig über ihre soziale Karriere vorherzusagen erlaubt, solange dem/der Jugendlichen nicht durch eine Verurteilung und deren Folgen soziale Chancen abgeschnitten werden (Heinz u.a. 1988, Katschnig und Steinert 1977).

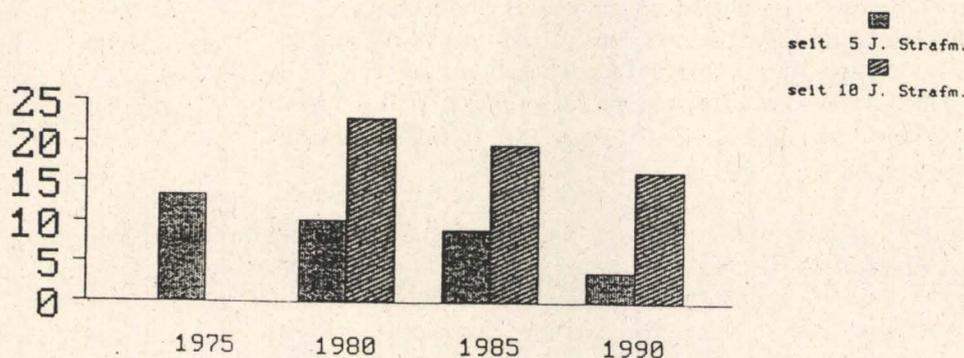
Das zunehmende Zögern vor einer förmlichen Verurteilung Jugendlicher hat über die Lebensgeschichte der einzelnen Jugendlichen einen kumulativen Schonungseffekt. Er zeigt sich in dem stark abnehmenden Anteil Jugendlicher in der österreichischen Gesellschaft, der mit der Hypothek einer registrierten Vorstrafe belastet ist.

Wenn auch nicht gerade von einem "Volk Vorbestrafter" (männlicher Jugendlicher), so doch von einer substantiell strafgerichtlich belasteten männlichen Jugend noch vor wenigen Jahren ausgegangen werden mußte, so ist mittlerweile nur noch eine kleine Minderheit "Vorbestrafter" verblieben. Waren im Altersjahrgang der im Jahr 1980 seit bereits 10 Jahren strafmündigen Männer (Straffälligkeit ist in erster Linie ein "Problem" dieses Geschlechts) noch 23 Prozent vorbestraft, waren es unter den 1990 10 Jahre Strafmündigen nur noch 16,5 Prozent. Besonders markant ist der Belastungsrückgang bei den Jüngeren, die zuletzt bereits in den Genuß der JGG-Reform gekommen sind. Nur noch 3,8 Prozent der 1990 5 Jahre lang strafmündigen männlichen Jugendlichen scheinen im Strafregister auf, vom vergleichbaren Altersjahrgang waren es 10 Jahre früher (1980) noch 10,3 und 1975 sogar noch 13,4 %. (Vgl. Tab.2, Grafik 2).

2. Bericht zur Lage der Jugend

Unter dem Gesichtspunkt Vermeidung von Vorstrafen zeigen das letzte Jahrzehnt Jugendgerichtspolitik und das JGG 1988 unübersehbar günstige Wirkungen. Soziale (Aufstiegs-)Mobilitätsbarrieren der Art "Vorstrafen" sind zunehmend beseitigt worden. Desozialisierende Nebenfolgen gerichtlicher Strafurteile werden dadurch wirksam eingeschränkt.

Vorstrafen als Aufstiegsbarrieren wirksam eingedämmt



Grafik: Vorstrafenbelastung junger Männer im Zeitvergleich

Tabelle zu Grafik 2: Entwicklung der Vorstrafenbelastung junger Männer

	Anteil Verurteilter im Altersjahrgang der 23-<24jährigen, d.h. der vor 10 Jahren strafmündig gewordenen Männer	Anteil Verurteilter im Altersjahrgang der 18-19jährigen, d.h. der vor 5 Jahren strafmündig gewordenen Männer
1975	-	13,4
1980	23,0	10,3
1985	19,8	9,2
1990	16,5	3,8

Die Senkung des Verurteilungsrisikos speziell bei Jugendlichen ist nach strafjuristischen Maßstäben nur insoweit ein Ziel, als es sich mit kriminalpräventiven Zwecksetzungen verträgt. Während der Zusammenhang zwischen Strafpraxis und Strafanzeigenentwicklung hier nicht untersucht werden kann, sich die generalpräventiven Konsequenzen der neuen JGG-Praxis methodisch überhaupt nur schwer erfassen lassen, besteht die Chance, spezialpräventive Zusammenhänge näher zu überprüfen. Es gibt auf der Grundlage der Gerichtlichen Kriminalstatistik seit kurzem eine "Rückfallstatistik", die über Wiederverurteilungen einmal Verurteilter, also über deren "kriminelle Karriere" während der nächsten 5 bis 6 Jahre Auskunft erteilt. Diese Rückfallstatistik konnte hier erstmals für Jugendliche der beiden kompletten Ver-

Rückfallstatistische Evaluation der veränderten Jugendgerichtspraxis

Rückfallstatistik erstmals ausgewertet

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

274

urteilungsjahrgänge 1983 und 1986 ausgewertet werden.

Obwohl (oder weil) sich die Zahl gerichtlich verurteilter Jugendlicher zwischen 1983 und 1986 um ein Drittel verringert hat, 1986 also wesentlich selektiver kriminalisiert worden ist, und obwohl (oder weil) der Rückgang bei den unbedingten Strafen am stärksten und bei den straflosen Verurteilungen am geringsten war, blieb die Rückfalls- bzw. Wiederverurteilungsrate konstant knapp unter 50 Prozent. Wesentlich darunter liegt sie nur nach Verurteilungen ohne bzw. unter Vorbehalt des Strafausspruchs, bei Verurteilungen zu unbedingten Freiheitsstrafen hingegen wesentlich darüber (bei ca. 80 Prozent). Auf die formell verurteilten Jugendlichen - wenn man so will die eigentliche Zielgruppe strafrechtlicher Intervention - zeitigt die zurückhaltender werdende Strafenpolitik der Gerichte keine - wie mancherseits befürchtet - negativen Effekte in puncto Kriminalprävention. Mit den gelinderen Sanktionsmitteln wird um nichts weniger erreicht.

Die Reform hat keinen negativen Einfluß auf die Rückfallsrate

Eine weitere Bestätigung erfährt die allgemeine Tendenz der Jugendgerichtspraxis und der ihr entsprechenden Gesetzesreform, nämlich Verurteilungen und Strafen hintanzuhalten, bei einem Vergleich der Rückfallsraten verurteilter Jugendlicher in den verschiedenen OLG-Sprengeln. Im Westen Österreichs, wo auch in der Jugendgerichtsbarkeit - wie in der Strafgerichtsbarkeit insgesamt - verhältnismäßig oft Verurteilungen ohne Sanktion und unbedingte Strafen unterproportional selten verhängt werden, sind die Rückfallsraten Jugendlicher in nichts von den Rückfallsraten im Osten des Bundesgebiets unterschieden, wo wesentlich strenger, Jugendliche und Gesellschaft stärker belastend, sanktioniert wird. Dieses Ergebnis läßt die schwächere Rezeption und Anwendung der neuen Instrumente des JGG 1988 in Ostösterreich problematisch erscheinen.

Zurückhaltung bei Anwendung des JGG nicht gerechtfertigt

Jugend als soziologische Kategorie wird nicht durch die Altersgrenzen des rechtlichen Jugendstatus definiert. Die strafrechtliche Sonderbehandlung Jugendlicher endet in Österreich (anders als in manch anderem Staat) aber abrupt mit Vollendung des 19. Lebensjahres. "Jugendliche" über diesem Alter werden strafrechtlich (mit marginalen Einschränkungen) wie Erwachsene behandelt. Am Vergleich mit dem Personenkreis der Heranwachsenden, den 19- < 25jährigen, kann am besten aufgezeigt werden, inwiefern und inwieweit jüngere Bürger strafrechtlich tatsächlich "privilegiert" sind.

Die strafrechtliche Behandlung im Vergleich

Heranwachsende sind etwa um ein Drittel stärker anzeigenbetroffen als Strafmündige unter 19 Jahren, jedoch dreimal stärker verurteilungsbelastet. Das Risiko eines Heranwachsenden, daß seine Anzeige wegen einer strafbaren Handlung mit einer förmlichen Verurteilung endet, ist zweieinhalbmal so hoch wie bei einem Jugendlichen. Auf eine nur graduell stärkere Auffälligkeit Heranwachsender reagieren die Strafgerichte massivst. Gerichtliche Langmut kippt schlagartig in besondere Unduldsamkeit um, wenn Straftäter aus dem gesetzlichen Jugendalter heraustreten. Die Philosophie der Zurückhaltung gegenüber adoleszenten Delinquenten weicht einem besonderen Demonstrationsbedürfnis von Normgeltung gegenüber devianten jungen Erwachsenen. Ihnen gegenüber scheinen traditionelle strafrechtliche Verhaltenskorrekturmodelle nicht - wie gegenüber Jugendlichen i.e.S. - an Geltung eingebüßt zu haben.

Jugendliche über 19 Jahre dreimal stärker "verurteilungsbelastet"

Nicht nur in der Verfahrenseinstellungs-, sondern auch in der strafrechtlichen Urteils- und Sanktionspraxis besteht eine Kluft zwischen den beiden Altersgruppen. Obwohl die Schwelle zur Erstverurteilung bei Heranwachsenden wesentlich niedriger ist, muß die Mehrheit (51%) selbst der Nichtvorbestraften unter ihnen mit einer (teil-)unbedingten Strafe rechnen, während bei den jugendlichen Erstverurteilten 44 Prozent keine Strafe ausgesprochen erhalten und weitere 38 nur bedingt bestraft werden. D.h. nur 18 Prozent der - ohnehin nur im äußersten Fall (erst)verurteilten - Jugendlichen erfahren eine unbedingte Sanktion. In Summe werden derzeit von den Heranwachsenden jährlich ca. 1,5 Prozent durch eine unbedingt ausgesprochene gerichtliche Sank-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

275

tion betroffen, hingegen nur ca. 0,2 Prozent der Jugendlichen.

Ein Manko, das Jugendliche hingegen zu tragen haben, wird nicht nur, doch besonders bei Vorbestraften augenscheinlich. Das ist die praktische Alternativlosigkeit der Freiheitsstrafe, ist einmal das Verfahrensstadium des Strafausspruchs erreicht. Die Mehrheit der Strafurteile gegen vorbelastete Jugendliche lautet auf Freiheitsstrafe in irgendeiner Form, bei Heranwachsenden sind es nur 36 Prozent. Vorverurteilte Jugendliche riskieren bei Wiederverurteilung auch eher als vorverurteilte Heranwachsende unbedingte Freiheitsstrafen als Sanktion. Im Effekt werden insgesamt jedes Jahr 0,6 Prozent der Heranwachsenden und immerhin auch 0,3 Prozent der Jugendlichen (obwohl diese nur ein Drittel an Verurteilten je 100.000 in der Altersgruppe aufweisen) zu einer Freiheitsstrafe, bedingt oder unbedingt, verurteilt.

Aber: Mehr Freiheitsstrafen bei vorbelasteten Jugendlichen unter 19 Jahren

Die Ergebnisse sprechen dafür, nichtvorbestraften Heranwachsenden Chancen einzuräumen, die das Jugendgerichtsgesetz gewährt, sei es, indem die prozessualen Regeln des JGG auch in Verfahren zumindest gegen jüngere Erwachsene anwendbar gemacht werden, sei es, indem man überhaupt das allgemeine Strafrecht wie das JGG mit geeigneten Instrumenten anreichert. Gegen eine kritiklose Orientierung am Jugendstrafrecht und eine einfache Ausdehnung seiner Alterszuständigkeit sprechen einige Erkenntnisse zur Rechtspraxis vor allem bei Vorbestraften (vgl. Pfeiffer 1991!). Das Erwachsenenstrafrecht und dessen konkrete Handhabung bieten hier den Betroffenen auch Vorteile und Sicherheiten, die in einem (in seinem Erziehungsanspruch durch Rückfall frustrierten) Jugendstrafrechtssystem anscheinend fehlen. Das ist insbesondere die Vorstellung, Schuld weithin auch durch Geldstrafen ausgleichen und auch mittels solcher Strafen Lernprozesse in Gang setzen zu können. Angesichts des Umstands, daß im Erwachsenenstrafrecht gegenüber Vorbestraften in praxi zum Teil zu den maßvolleren Mitteln gegriffen wird als im Jugendstrafrecht, sollten auch das neue JGG bzw. die Jugendgerichtsbarkeit nochmals daraufhin überprüft werden, ob die Rechtsfolgeneskalation bei wiederholt Auffälligen nicht zu rasch bei der bedingten und unbedingten Freiheitsstrafe anlangt. Weder dürfte bisher die Anwendbarkeit von außergerichtlichen Tatausgleichsverfahren oder von vorläufigen Verfahrenseinstellungen (z.B. mit Beistellung eines Bewährungshelfers) bei vorbestraften Jugendlichen schon voll ausgereizt sein, noch ist heute die relative Geldstrafenabstinenz der Jugendrichter völlig verständlich.

Reformvorschläge

### Literatur:

- Bogensberger, W.: Jugendstrafrecht und Rechtspolitik, Manz-Verlag, Wien 1992
- Bundesministerium der Justiz (Hg.): Diversion im Jugendstrafverfahren der Bundesrepublik Deutschland - von W.Heinz, R. Storz. Bonn (Reihe "Recht" des BMJ) 1992
- Dingwall, R., Eekelar, J.M., Murray, T.: Childhood as a Social Problem: A Survey of the History of Legal Regulation, in: Journal of Law & Society, 11,1984,207-232
- Ent, H.: Die Neuordnung des österreichischen Jugendwohlfahrtsrechts, in: Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt, 1980, 67, 711-728
- Foregger, E.: Einleitungsreferat, in: Bundesministerium für Justiz (Hg.): Reform des Jugendstrafrechts. Jugend-Enquete 1982. Wien (Schriftenreihe des Bundesministeriums für Justiz, 1982,Bd.7), 5-16
- Heinz, W., Spieß, G., Storz, R. (1988). Prävalenz und Inzidenz strafrechtlicher Sanktionierung im Jugendalter, in: Kaiser, G., Kury, H., Albrecht, H.J. (Hg.): Kriminologische Forschung in den 80er Jahren. Freiburg (Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht), 631-660
- Katschnig, H., H. Steinert (1977): Epidemiologie soziopathischen Handelns, in: Blohmke, M. u.a. (Hg.): Handbuch der Sozialmedizin. Bd.2. Stuttgart (Enke-Verlag), 272-310

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

---

276

- Jesionek, U. (1982): Festvortrag, in: Strafe oder Maßnahme? Neuordnung des Sanktionensystems im Jugendstrafrecht. Österreichische Jugendrichtertagung 1982. Wien (Bundesministerium für Justiz), 13-36
- Pilgram, A. (1990): Jugendkriminalität in Österreich. Zur jüngeren Geschichte und Gegenwart strafrechtlicher Jugendkontrolle, in: Janig, H. u.a. (Hg.): Schöner Vogel Jugend. Analysen zur Lebenssituation Jugendlicher. 2.Aufl. Linz (Universitätsverlag R.Trauner), 601-620
- Wolff, J. (1992): Das Verhältnis von Jugendstrafrecht und Jugendhilfe in der historischen Entwicklung und in der gegenwärtigen kriminalpolitischen Diskussion, in: Bundesministerium der Justiz (Hg.). Grundfragen des Jugendkriminalrechts und seiner Neuregelung - 2. Kölner Symposium. Bonn (Reihe "Recht" des BMJ), 122-143

## Thema: Jugendliche und Drogen

Die neue Nüchternheit. Epidemiologie legalen und illegalen Drogengebrauchs von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Ausarbeitung: Irmgard Eisenbach-Stangl

Grundlage: Sekundäranalyse epidemiologischer Daten aus Deutschland, der Schweiz und Österreich. Marktanalysen legaler Drogenprodukte.  
Fachspezifische Literatur

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern existiert in Österreich keine kontinuierliche Forschung über den Drogenkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener. Umso wichtiger der vorliegende Bericht, der es unternimmt, aus allen verfügbaren Quellen - auch solchen, die nicht primär der Erforschung, sondern dem Verkauf legaler Drogen dienen - den aktuellen Stand der Verbreitung von Drogen festzustellen.

Die sehr detaillierten Ergebnisse dürften in mancher Hinsicht dazu angetan sein, verbreitete Ansichten über den Drogenkonsum Jugendlicher zu revidieren. Das gilt insbesondere für den in der Untersuchung festgestellten Haupttrend, einen mit wenigen Ausnahmen abnehmenden Gebrauch von Drogen.

"Die neue Nüchternheit" enthebt nicht der Verpflichtung, öffentliche Anstrengungen zur Reduzierung des Drogenkonsums zu setzen. Dies umso mehr, als sich bei genauerem Hinsehen zeigt, daß die neue Nüchternheit - noch - eher ein Phänomen der oberen Schichten ist und die Problemgruppe eher den unteren Schichten angehören.

Die Ziele öffentlicher Drogenpolitik sollten ehrgeiziger sein. Die Stagnation des Drogenkonsums könnte zum Abbau moralisch-ideologischer Überbauten genutzt werden, die vielfach pragmatische und menschliche Vorgangsweisen verhindern, und eine Drogenpolitik ermöglichen, die sich als soziale Gesundheitspolitik versteht und gesellschaftliche wie individuelle Drogenprävention betreibt, ohne die bereits süchtig Gewordenen auf asoziale Weise auszugrenzen.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

278

### DIE NEUE NÜCHTERNHEIT

Epidemiologie legalen und illegalen Drogengebrauchs von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Irmgard Eisenbach-Stangl

#### Einleitung

Dieser Beitrag zum Jugendbericht 1993 knüpft an meinen Beitrag zum Jugendbericht 1987 an und ergänzt ihn. Wurde der Drogenkonsum und drogenbezogene Probleme Jugendlicher im Jugendbericht 1987 in den Kontext des Drogenkonsums und drogenbezogener Probleme der erwachsenen Österreicher gestellt, wird er nun aus internationaler Perspektive betrachtet: Drogenkonsum und drogenbezogene Probleme österreichischer Jugendlicher werden mit jenen gleichaltriger Deutscher und Schweizer verglichen. Diese veränderte und ergänzende Perspektive wurde nicht nur deshalb gewählt, weil sie andere wichtige Aspekte des untersuchten Problemfeldes beleuchtet, sondern auch deshalb, weil es keinerlei Anhaltspunkte dafür gibt, daß sich die Relationen zwischen dem Drogengebrauch und drogenbezogenen Problemen Jugendlicher und Erwachsener in Österreich grundlegend verändert hätten. Jugendliche konsumieren nach wie vor weit seltener und viel geringere Mengen und entwickeln folgerichtig auch weit weniger Folgeprobleme als gleichgeschlechtliche Erwachsene. Dies ist freilich eine statistische Aussage, die nicht ausschließt, daß einzelne Jugendliche oder Kinder in höchst risikoreicher Weise zu Drogen greifen und unter dementsprechend ernsthaften Folgeproblemen leiden. Keine Untersuchung der letzten Jahre lieferte jedoch Hinweise darauf, daß diese (kleine) Risikogruppe maßgeblich gewachsen wäre wie dies die Medienberichterstattung der letzten Zeit suggeriert - im Gegenteil! Wie der folgende Bericht zeigt, gibt es vielmehr Hinweise dafür, daß zunehmend jeglicher jugendliche Drogenkonsum (Gebrauch legaler wie illegaler Drogen) problematisiert, wenn nicht "skandalisiert" wird. Eine Tendenz im übrigen, die meines Erachtens sinnhafte und zielgerichtete Drogenarbeit mit Jugendlichen - im präventiven wie im therapeutischen Sinn - stark behindert.

Wichtige  
Hinweise

Ein Bericht über den - legalen wie illegalen - Drogengebrauch österreichischer Jugendlicher sollte zweifellos mit der Darstellung österreichischer Gegebenheiten beginnen. Vergleiche mit der entsprechenden Situation in anderen Ländern hätten gegebenenfalls erst an zweiter Stelle zu stehen. Die Umkehrung der Reihenfolge ist mit der Datenlage zu rechtfertigen. Im Gegensatz zu Österreich werden in Deutschland und in der Schweiz mit Regelmäßigkeit Studien über den Drogenkonsum Jugendlicher und junger Erwachsener durchgeführt, die Aussagen über längerfristige Entwicklungen und Trends zulassen. Da sich eine "epidemiologische Tradition" dieser Art in Österreich nicht herausgebildet hat, sind die österreichischen Ergebnisse zum Thema bruchstückhaft und häufig schwer zu interpretieren. Es hat sich nicht nur keine "epidemiologische Tradition" herausgebildet, es mangelt an wissenschaftlichen Studien zum Thema Alkoholkonsum, Konsum illegaler Drogen, Rauchen und Arzneimittel- bzw. Psychopharmakagebrauch. Ich habe mich bei der Darstellung der österreichischen Situation daher häufig auf Ergebnisse von Marktanalysen gestützt, die natürlich von den Interessen der Auftraggeber geprägt sind. Dies schlägt sich jedoch nur in der Auswahl besonderer Fragestellungen nieder, nicht aber in der Verlässlichkeit der Daten.

Unbefriedigende  
Forschungssituation  
in Österreich:  
"Bruchstückhaft  
und häufig  
schwer zu interpretieren"

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

279

Der Begriff "Droge" umfaßt in der vorliegenden Arbeit alle legalen Rauschmittel, d.h. alle alkoholischen Getränke, wie auch alle im Suchtgiftgesetz genannten Substanzen. Immer wenn es möglich ist - wenn es die Studien zulassen - wird bei den illegalen Drogen die Substanz, um die es sich handelt - Haschisch z.B. oder Heroin - genannt. Unter "Drogen" werden aber auch Tabak und Psychopharmaka subsumiert. Die Altersgruppe, die in der vorliegenden Arbeit behandelt wird, sind die etwa 10 - 29-Jährigen: sie werden mit den ungenauen Begriffen Kinder (etwa 10 - 16jährige), Jugendliche (etwa 14 - 21jährige) und junge Erwachsene (etwa 20 - 29jährige) bezeichnet, der Ungenauigkeit jedoch gegengesteuert, indem die Alterskategorien immer angeführt werden.

Begriff "Droge"

Untersuchte Altersgruppen

### Der legale und illegale Drogenkonsum Schweizer und deutscher Jugendlicher: Entwicklungen in den letzten 20 Jahren

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in Köln erhebt seit Anfang der 70er Jahre in regelmäßigen Abständen Daten über die "Drogenaffinität von Jugendlichen und jungen Erwachsenen". Unter dem Begriff "Drogen" werden alkoholische Getränke, Tabak und illegale Drogen zusammengefaßt. Die Erhebungen fanden 1973, 1976, 1979, 1982, 1986 und 1990, also im Abstand von 3 - 4 Jahren statt. Ich werde mich im folgenden auf die Zusammenfassung der Ergebnisse von 1973 - 1986 (Bundeszentrale o.J.) und die Zusammenfassung der Ergebnisse 1973 - 1990 (IJF o.J.) beziehen.

BRD: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Auch in der Schweiz werden regelmäßig Erhebungen durchgeführt, allerdings nicht für Jugendliche und junge Erwachsene gesondert, in größeren Zeitabständen und auch nicht für alle Drogen gleichermaßen: Immerhin gibt es Daten über den Alkoholkonsum und die Rauchgewohnheiten 15 - 24-Jähriger für die Jahre 1975, 1981, 1987, über die Einnahme von Medikamenten 15 - 24-Jähriger für die Jahre 1981 und 1987 und einige wenige Informationen über die Einstellungen und den Gebrauch von Cannabis von 1987 (Fahrenkrug und Müller 1989). Außerdem liegen für die Schweiz auch diverse Erhebungen an Kindern und Schülern (11 - 16jährigen) für 1978 und 1990 vor (Müller 1987, Müller und Abbet 1991).

Schweiz: regelmäßige Erhebungen

Die Entwicklung, die sich in den deutschen und Schweizer Erhebungen über den Beobachtungszeitraum (Anfang der 70er bis Ende der 80er) abzeichnet, läßt sich vorwegnehmend einfach zusammenfassen: Der Alkohol- und Tabakkonsum der Jugendlichen wie ihr Interesse an verbotenen Drogen gehen zurück, der illegale Drogengebrauch stagniert zumindest, sinkt jedoch möglicherweise, der Psychopharmakakonsum hingegen könnte im Steigen begriffen sein: Die Jugendlichen werden also "nüchterner".

Die Jugendlichen werden "nüchterner"

Im folgenden werden die Ergebnisse detaillierter, nach Drogen aufgegliedert, dargestellt. Die Reihenfolge, in der der Drogengebrauch dargestellt wird, folgt dem Ausmaß der Verbreitung.

In den deutschen Jugenderhebungen wird der Konsum von alkoholischen Getränken nach Getränkeart aufgeschlüsselt erhoben: Der Anteil der 14 - 25-Jährigen, die mindestens einmal wöchentlich das entsprechende Getränk zu sich nehmen, fiel zwischen 1973 und 1990 bei Bier von 48 auf 40%, bei Wein und Sekt von 24 auf 14%, bei Schnaps von 20 auf 6%. 1986 und 1990 wurden darüber hinaus auch Fragen auch dem Konsum von Mixgetränken, die "harte" Alkoholika, wie z.B. Rum enthalten, gestellt. Inkludiert man die entsprechenden Ergebnisse in jene zum "Schnapskonsum", kommt man zu einem geringfügigeren Rückgang von 20% zumindest wöchentlicher Konsumenten 1973 auf 16% 1990.

Alkohol: 5- 15 % zurückgegangen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

280

Daß der Rückgang bei den einzelnen Getränkearten zu unterschiedlichen Zeiten erfolgte, ist hier weiter nicht von Interesse. Festzuhalten bleibt jedoch, daß der Rückgang vor allem zwischen 1973 und 1986 und in stärkerem Maße bei den Jüngeren (12 - 17jährigen) als bei den Älteren (18 - 25jährigen) erfolgte.

Die Schweizer Erhebungen lassen sich aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen und unterschiedlich ausgewählter Altersgruppen nicht unmittelbar mit den deutschen Untersuchungen vergleichen. Der sich in ihnen abzeichnende Trend ist jedoch derselbe: so halbierte sich der Anteil der täglichen Alkoholkonsumenten unter den 15 - 24jährigen zwischen 1981 und 1987 (von 12% auf 6%) und stieg der Anteil der Abstinente in dieser Altersgruppe um etwa 10% (von 21% auf 31%).

Zu Recht weisen die Autoren der Schweizer Erhebung darauf hin, daß die Trinkfrequenz nur ein wichtiger Parameter für die Trinkgewohnheiten ist und daß die Trinkmenge zu berücksichtigen wäre. Doch sank bei den Schweizer Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch die Trinkmenge zwischen 1975 und 1987 deutlich: tranken 1975 etwa 80% der 15 - 24jährigen durchschnittlich weniger als 20g reinen Alkohol pro Tag, fanden sich 1987 90% in dieser niedrigsten "Trinkmengenkatgorie". Mit anderen Worten: die Jugendlichen und jungen Erwachsenen nehmen nicht nur seltener alkoholische Getränke zu sich, sie trinken insgesamt auch geringere Mengen an reinem Alkohol.

Der Rückgang des Alkoholkonsums der Jugendlichen liegt im Gesamttrend, ist jedoch stärker ausgeprägt als dieser. Den Gesamttrend charakterisieren die Autoren folgendermaßen: "Das 'Alkoholporträt' der 80er Jahre könnte man somit bildlich gesprochen als den Abstieg eines gesamten Volkes von den Alpengipfeln des Hochkonsums von alkoholischen Getränken in das Mittelland des Trinkens umschreiben. Bei diesem Alpabstieg bleibt jedoch, wie die Konsumverteilung zeigt, eine nicht geringe Nachhut (bis zu 10%) von weiterhin stark trinkenden Alkoholkonsumenten beiderlei Geschlechts zurück" (Fahrenkrug und Müller 1989).

Die Erhebungen an Kindern und Schülern fügen sich widerspruchlos und ergänzend in das "Alkoholporträt" der Schweiz. So faßt Müller (1987) die Ergebnisse zweier Erhebungen an 12 - 16jährigen in den Jahren 1978 und 1986 zusammen: "In nahezu dramatischer Weise ist der Anteil Befragter mit Trinkerfahrungen in allen Altersgruppen ... gesunken. Viele Jugendliche lernen später trinken" (S.62). Und: "Festzuhalten ist somit, daß sich einerseits ein Trend zu reduzierterem Gebrauch von alkoholischen Getränken bei Jugendlichen abzeichnet. Andererseits besteht keine empirische Evidenz dafür, daß auch eine Senkung des Anteils jener vorliegt, die täglich und potentiell sich gefährdend betrinken. Somit läßt sich eine Tendenz zur Polarisierung der Trinkgewohnheiten der Jugendlichen festhalten ..." (S.63). 1990 jedoch zeichnet sich auch beim problematischen täglichen Konsum von Alkohol der Jugendlichen eine Wendung zum Besseren ab: der Anteil der täglichen Konsumenten unter den 11 - 16jährigen Schülern ging zwischen 1986 und 1990 von 1,8 auf 1% zurück (Müller und Abbet 1991). In der Altersgruppe der "älteren Kinder", der 11 - 16jährigen also, wurde auch die "Problemgruppe" - quantitativ betrachtet - kleiner.

### Rauchen

Der Konsum von Zigaretten entwickelte sich im Beobachtungszeitraum mehr oder minder parallel zum Konsum von alkoholischen Getränken. In Deutschland verdoppelte sich der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (14 - 25jährigen), die noch nie geraucht haben, zwischen 1973 und 1990 (von 14 auf 29%), fiel der Anteil der "Exraucher" und "Gelegenheitsraucher" von 51% 1973 auf 34% 1990, blieb der Anteil der ständigen Raucher jedoch in etwa konstant: er betrug 1973 35% und 1990 37%.

Anteil der täglichen Alkoholkonsumenten halbiert

Trinkmenge nimmt ab

Abstieg in das Mittelland des Trinkens

Problemgruppe: 11 - 16jährige

Nichtraucher verdoppelt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

281

Wie beim Alkoholkonsum ist auch beim Rauchen eine Polarisierung zu beobachten. Als wichtigstes Motiv für die Tabakabstinenz gaben 12 -25jährige Deutsche bei der Erhebung 1990 an, daß Rauchen ungesund sei.

In der Schweiz bezeichneten sich 1975 41% der 15 - 24jährigen als Raucher, 1981 noch 39%, 1987 aber nur mehr 32%. Die Erhebungen an 11 - 16jährigen Schweizer Kindern und Schülern komplettieren das Bild: der Anteil der Raucherfahrenen unter den Heranwachsenden hat "in der Periode von 1978 - 1990 zweifelsohne abgenommen", fassen die Autoren zusammen (Müller und Abbet 1991). Darüber hinaus ist aber auch der Anteil der "regelmäßig" (täglich und wöchentlich) rauchenden Schüler in der Schweiz gesunken. In der Altersgruppe der "älteren Kinder" zumindest hat sich also nicht nur die Gruppe quantitativ reduziert, deren Alkoholkonsum als problematisch einzustufen war, sondern auch jene, deren Tabakgebrauch vergleichsweise hoch lag. Die beiden Problemgruppen dürften einander im übrigen in hohem Ausmaß überlappen, wie epidemiologische Studien mit großer Regelmäßigkeit belegen (vgl. z.B. Eisenbach-Stangl 1988).

Weniger Raucherfahrenere

### Gebrauch illegaler Drogen

Die deutschen Erhebungen konstatieren, daß das Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an illegalen Drogen deutlich zurückgegangen ist. Immer weniger der 15 - 24jährigen äußern die Absicht, illegale Drogen probieren zu wollen. Waren es 1973 noch 56%, die "wahrscheinlich" oder "auf keinen Fall" ein illegales Rauschmittel probieren wollten, waren es 1990 75%. Die Erfahrungen mit illegalen Drogen sind in der Altersgruppe der 15 - 24jährigen hingegen insgesamt konstant geblieben: 1973 und 1990 hatten jeweils 19% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen illegal Rauschmittel zumindest einmal probiert. Innerhalb dieser Altersgruppe freilich kam es zu deutlichen Verschiebungen: der Anteil der Drogenerfahrenen unter den 15 - 20jährigen ging deutlich zurück (bei den 14 - 17jährigen von 12% 1973 auf 7% 1990, bei den 18 - 20jährigen von 26% 1973 auf 17% 1990), stieg hingegen bei den jungen Erwachsenen (bei den 20 - 25jährigen von 22% 1973 auf 26% 1990 - vgl. dazu auch Reuband 1988).

Interesse zurückgegangen-Konsum konstant-Altersverschiebung

Über die Häufigkeit des Konsums illegaler Drogen - ob es sich bei den Erfahrungen vorrangig um einmaliges Probieren handelt, um häufigeren oder auch um regelmäßigeren und längerfristigen Gebrauch - sagen die zitierten Erhebungen leider nichts aus. Und ebensowenig läßt sich aus ihnen ablesen, ob sich die gebrauchten Drogenmengen verändert haben - z.B. zurückgegangen sind wie die durchschnittlichen Trinkmengen.

Deutlich wird lediglich, daß die nach wie vor meistgebrauchte Substanz Cannabis ist. Für die Entwicklung des Gebrauchs harter Drogen kommt Reuband (1989) allerdings zu anderen Ergebnissen: er konstatiert einen neuerlichen Anstieg seit Mitte der 80er Jahre, den er einerseits mit Veränderungen auf Seite des Angebotes - Heroin wie Kokain werden in größeren Mengen und billiger angeboten -, andererseits mit möglichen Veränderungen der Nachfragenden erklärt: In Untergruppen der Drogenerfahrenen, meint er, könnte sich im Gegensatz zu Nichtkonsumenten, Probierern und Gelegenheitskonsumenten die Haltung zum harten Drogengebrauch - insbesondere aber zum Heroingebrauch - positiv verändert haben. Doch auch bei den Gebrauchern harter Drogen ist ein deutlicher Alterungsprozeß festzuhalten: Der Anteil der unter 24jährigen sinkt kontinuierlich bis Ende der 80er Jahre.

Meistgebrauchte Substanz: Cannabis

Harte Drogen: Angebot steigt

Mangels entsprechender Erhebungen läßt sich für die Schweiz die Entwicklung des illegalen Drogengebrauchs nicht so klar beschreiben: In einer Zusammenfassung diverser Studien kommen Müller und Abbet (1989) jedoch zu Zahlen und Trends, die den deutschen ähneln: etwa 1/5 der 15 - 25jährigen hat "Kontakt mit Haschisch", etwa

Ein Fünftel der Jugendlichen: Kontakt mit Haschisch

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

282

3% mit Opiaten und dies konstant für die Periode von 1971 - 1990 (S.12).

Im übrigen konstatieren auch die beiden Schweizer Autoren eine Vermehrung des Drogenangebotes. Dies schlägt sich in der Wahrnehmung der Jugendlichen nieder: 1986 gaben 35% 15- und 16jähriger Schüler an, sie wüßten, wie sie sich Haschisch beschaffen könnten, 1990 waren es 52%. Die "subjektive Zugänglichkeit" steigt in ähnlichem Maße bei den harten Drogen. Gleichzeitig sinkt jedoch die Bereitschaft (Absicht) der Schüler, Drogen zu nehmen, vor allem harte Drogen. Und nicht nur die Bereitschaft sinkt: es sinken wie in Deutschland in dieser Altersgruppe auch die Erfahrungen mit unterschiedlichen Drogen. Die Autoren faßten zusammen: "Weder ein steigendes Angebot, noch die Erhöhung der subjektiven Zugänglichkeit zu illegalen Drogen führen demnach notwendig zu einer Erhöhung der Konsumrate; dem Angebot sowie der subjektiven Zugänglichkeit kommt mithin keine entscheidende Rolle in der Umsetzung von Konsumwunsch und effektivem Konsum zu" (Müller und Abbet 1989, S.21).

Angebot steigt -  
Bereitschaft sinkt

### Arzneimittelgebrauch

Untersuchungen zum "Arzneimittelverhalten" im Zeitvergleich liegen leider nur für die Schweiz für die 80er Jahre vor. Aus diesen geht hervor, daß der Medikamentenkonsum zwar insgesamt zurückgeht, in der Altersgruppe der 15 - 24jährigen zwischen 1981 und 1987 aber stieg (von 9% auf 13%), und zwar unabhängig vom Geschlecht: männliche wie weibliche Jugendliche und junge Erwachsene steigerten ihren Arzneimittelverbrauch.

Steigender  
Konsum von  
Schmerz- und  
Anregungs-  
mitteln

Betrachtet man den Gebrauch von Psychopharmaka, zeigt sich, daß der Anteil der Befragten, die täglich Schlaf- oder Beruhigungsmittel einnahmen, in den 80er Jahren sank (von 3,6 auf 2,8%, bzw. von 3,4 auf 2%), der Anteil derjenigen, die täglich Schmerz- oder Anregungsmittel einnahmen, jedoch stieg (von 0,8 auf 1,4% bzw. von 2,1 auf 3,6%).

Auch in der Altersgruppe der 15 - 24jährigen ist dieser Trend ausgeprägt: Schlaf- und Beruhigungsmittelkonsum sinken nicht, sondern stagnieren nur, Schmerz- und Anregungsmittelkonsum steigen. Der Anteil der 15 - 24jährigen, die täglich zumindest eine Art der genannten Psychopharmaka konsumiert, stieg zwischen 1981 und 1987 von 1,9 auf 3%. Diese Altersgruppe verzeichnete damit den höchsten Anstieg im regelmäßigen Psychopharmakagebrauch. Besonders ausgeprägt ist bei den 15 - 24jährigen auch die Tendenz zu Selbstmedikation.

### Der legale und illegale Drogenkonsum österreichischer Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsener

#### Alkoholkonsum

Alkoholische Getränke sind in der österreichischen Gesellschaft allgegenwärtig: vor allem in der Form von Bier und Wein, aber auch in jener von Spirituosen, von Sekt und Most. Fragen nach dem Bekanntheitsgrad dieser Art von alkoholischen Getränken bei Jugendlichen erübrigen sich daher und ebenso erübrigen sich Fragen danach, ob Freunde, Bekannte oder Verwandte der Jugendlichen Erfahrungen mit alkoholischen Getränken gemacht hätten. Werden sie trotzdem gestellt, wie in der Vorarlberger Jugendstudie aus dem Jahr 1990 (schriftliche Befragung 14 - 22jähriger), geben insgesamt 95% an, daß "Alkohol" in ihrem Bekanntenkreis schon einmal ausprobiert worden sei. Daß es nicht 100% waren, ist wohl damit zu erklären, daß "Alkohol" unter

Alkohol allgegen-  
wärtig

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

283

anderen "Drogen und Suchtmitteln" aufgelistet, also eine für das Alltagsverständnis der Österreicher unübliche Zuordnung von Alkohol vorgenommen worden war.

Die Erfahrungen der Jugendlichen selbst entsprechen jenen ihrer Freunde und Bekannten: so gaben in einer österreichischen Studie an 11-, 13- und 15jährigen Schülern 97% an, "ein alkoholisches Getränk gekostet" zu haben (Eder 1991).

Wieviele haben schon einmal getrunken ?

Einmal ein alkoholisches Getränk gekostet zu haben, ist jedoch etwas anderes als einmal Alkohol getrunken zu haben oder Alkohol zu trinken: Alkohol schon einmal getrunken zu haben, gibt bereits ein kleinerer Anteil der Jugendlichen an. Von 15 - 19jährigen Wiener Jugendlichen waren es 95% (Dür u.a. 1990), von 15 bis 17jährigen Wiener AHS-Schülern nur 87% (Springer u.a. 1993), von 15 - 18jährigen AHS-Schülern in Klagenfurt 85% (Sadnek 1990).

Die Anteile sinken weiter, fragt man nach aktuellem Konsum. Die folgende Tabelle gibt Auskunft über den Anteil der Jugendlichen, der aktuell keine alkoholischen Getränke konsumiert. Er variiert je nach Fragestellung kräftig. Die unterschiedlichen Fragestellungen sind in den Fußnoten zur Tabelle angegeben.

---

Herbst 1988 - Sommer 1990 15 - 19jährige Wiener Jugendliche, schriftliche Befragung von Jugend- gruppen und in Jugendzentren N = 432 (Dür u.a. 1990)	17 - 18 %
--	-----------

---

1988 15 - 19jährige Lehrlinge und Schüler in OÖ schriftliche (?) Befragung N = 1272 (Brunmayr 1989a)	31 %
--	------

---

1989 - 19jährige mündliche Befragung N = ? (Fessel 1989a)	15 %
--	------

---

1990 Lehrlinge und Schüler in NÖ schriftliche (?) Befragung N = 1200 (Brunmayr 1991)	38 %
---	------

---

1991 15 - 19jährige Tiroler Jugendliche schriftliche (?) Befragung N = 1506 (Marinell u.a. 1992)	13 %
---	------

---

Dür u.a. 1990: Wann hast Du in den letzten Monaten Alkohol getrunken?

Antwortkategorie "nie" für "Bier" 17%, für "Wein" 18%.

Brunmayr 1989a und 1991: Wie oft trinken Sie alkoholische Getränke?

Antwortkategorie: fast nie

Fessel 1989a: Frage unbekannt, Antwortkategorie unbekannt,

Auswertungskategorie: "Antialkohol"

Marinell u.a. 1992: Wieviel Alkohol trinkst Du?

Antwortkategorie: Ich trinke keinen Alkohol

Tabelle: Anteil der Jugendlichen, die aktuell keine alkoholischen Getränke konsumieren

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

284

Die Ergebnisse lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- alle österreichischen Jugendlichen haben alkoholische Getränke gekostet
- fast alle österreichischen Jugendlichen haben schon einmal Alkohol getrunken (85 - 95%)
- die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen trinkt aktuell alkoholische Getränke (- 85%)
- davon allerdings ein beträchtlicher Prozentsatz nur äußerst selten (rund 1/4 der aktuellen Konsumenten)

Zusammenfassung  
Alkoholer-  
fahrungen

Die unterschiedlichen Fragestellungen, die in den zitierten Studien verwendet wurden, und die unterschiedlichen Ergebnisse, die sie erbrachten, demonstrieren, wie schwierig es in Österreich ist, ein klares Bild der Erfahrungen und des aktuellen Gebrauchs der Jugendlichen bei der allgegenwärtigen Droge Alkohol zu gewinnen: schon die meisten Kinder haben ein alkoholisches Getränk gekostet. Zum regelmäßigeren Genuß, zur "Konsumgewohnheit", braucht es bei der überwiegenden Mehrheit der Jugendlichen jedoch noch Jahre der langsamen und schrittweisen "Einübung" (vgl. Eisenbach-Stangl 1988).

Einfacher ist es, den Anteil der täglichen Konsumenten unter den Jugendlichen zu bestimmen, also jenen Anteil, dessen Konsumgewohnheiten zugleich ausgeprägt und problematisch erscheinen.

---

Herbst 1988 - Sommer 1990 15 - 19jährige Wiener Jugendliche (Dür u.a. 1990, vgl. Tab.1)	etwa 11 %
---	-----------

Tabelle: Anteil der  
täglichen  
Konsumenten

---

1988 15 - 19jährige Lehrlinge und Schüler in OÖ (Brunmayer 1989a, vgl. Tab.1)	4 %
--	-----

---

1990 15 - 19jährige Lehrlinge und Schüler in NÖ (Brunmayr 1991, vgl. Tab.1)	3 %
--	-----

---

1991 15 - 19jährige Tiroler Jugendliche (Marinell 1992, vgl. Tab.1)	8 %
--	-----

---

Dür u.a. 1990: "Hast Du in den letzten 6 Monaten Alkohol getrunken?"

Antwortkategorie "täglich", für "Bier": 11%, für Wein, Sekt": 3%, für "Likör": 1%, für "Mischgetränke": 2%, für "harte Getränke": 3%

Brunmayr 1989 und 1991: Wie oft trinken Sie alkoholische Getränke?

Antwortkategorie "täglich"

Marinell u.a. 1992: "Wieviel Alkohol trinkst Du?"

Antwortkategorien "regelmäßig mehrmals täglich Bier, Wein oder Schnaps" und "regelmäßig täglich ein bis zwei alkoholische Getränke"

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

285

Die Variationen der Ergebnisse sind wiederum auf unterschiedliche Fragestellungen zurückzuführen: In der Studie von Dür u.a. wurde differenziert nach dem Gebrauch einzelner Arten von alkoholischen Getränken gefragt, so auch von Bier, in den anderen Studien nur allgemein nach der Frequenz des Konsums von alkoholischen Getränken.

Die unterschiedlichen Ergebnisse zeigen, daß Bier von vielen der österreichischen Jugendlichen, wie auch von vielen (der Mehrheit?) der österreichischen Erwachsenen, nicht als alkoholisches Getränk eingestuft wird. Die Ergebnisse zeigen des weiteren, daß Bier zugleich das von Jugendlichen am häufigsten täglich genossene alkoholische Getränk ist. Keine der Studien gibt Aufschluß darüber, wieviel Alkohol die täglich trinkenden Jugendlichen zu sich nehmen: Doch ist wohl davon auszugehen, daß sich in diesen etwa 11% der täglichen Alkoholkonsumenten unter den Jugendlichen ein stark und problematisch trinkender "Kern" befindet.

Der harte Kern

Geht man aufgrund des Mangels an Erhebungen über die Trinkmengen von der Trinkfrequenz: "täglich Konsum" als Indikator für problematischen Alkoholkonsum aus, ist festzustellen, daß dieser vor allem bei den Kindern und Jugendlichen, die weniger qualifizierte Ausbildungen durchlaufen, zu finden ist. Zu diesem Resultat kommen alle Studien, in denen die Ergebnisse nach dem Ausbildungsstatus der befragten Kinder und Jugendlichen aufgeschlüsselt wurden (Brunmayr 1989 und 1990, Eder 1991, Marinell 1992).

Problematischer Alkoholkonsum vor allem bei weniger gut Ausgebildeten

Wie angemerkt, gibt es in Österreich keine "epidemiologischen Traditionen", die Entwicklungen des Drogenkonsums Jugendlicher, wie im übrigen auch Erwachsener, sichtbar machen. Immerhin sind aber zwei der im vorigen Abschnitt zitierten Studien "Wiederholungsuntersuchungen": die Erhebung an 11-, 13- und 15jährigen Schülern, wie der niederösterreichische Jugendbericht hatten "Vorgängerinnen". Aus beiden geht Unterschiedliches, jedoch nicht Widersprüchliches hervor. Eder (1991) faßt die Entwicklung, die sich in den Schülererhebungen von 1986, 1988 und 1990 beim Alkoholkonsum der Kinder zeigt, vorsichtig zusammen: "Insgesamt deutet sich zwar ein leichter Rückgang an, der aber nicht ausgeprägt genug ist, um eindeutige Schlüsse zuzulassen" (S.56). Brunmayer hingegen interpretiert den Trend, der sich in den niederösterreichischen Lehrlings- und Schülererhebungen der Jahre 1983, 1987 und 1990 abzeichnet, eindeutiger als Rückgang. Gemäß seinen Ergebnissen sank der Anteil der mehrmals und täglich trinkenden Jugendlichen von 23% 1983 auf 14% 1990. Und Brunmayer (1990) fügt hinzu: "Auch wenn in diesen nicht unmittelbar überprüfbareren Angaben eventuell unrichtige Selbstdarstellungen enthalten sein mögen, so ist es eindeutig so, daß intensiver Alkoholkonsum heute jedenfalls eine wesentlich geringere Wertschätzung vorfindet als vor sieben Jahren" (S.11). Über die Trinkmengen freilich sagen weder die Untersuchungen von Eder noch von Brunmayer etwas aus. Doch könnte davon auszugehen sein, daß, wie in der Schweiz und Deutschland so auch in Österreich, Trinkfrequenz und Trinkmengen bei Jugendlichen zurückgehen, der Alkoholkonsum also insgesamt sinkt.

Zeitvergleich: Tendenz vermutlich sinkend

Fragt man die Jugendlichen nicht nur nach dem Konsum von beispielsweise Bier und Wein, sondern auch nach jenem von Milch und Coca Cola, wird ersichtlich, daß weit mehr Jugendliche "zumindest gelegentlich" oder auch "regelmäßig" alkoholfreie Getränke zu sich nehmen als alkoholische Getränke. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie aus dem Jahr 1983 (Fessel 1983), wie auch eine Studie aus dem Jahr 1992 (IMAS 1992): Apfelsaft, Limonaden, Mineralwasser, Sodawasser, Fruchtsäfte wie auch Milch stehen auf der Hitliste der Getränke während der 80er Jahre mit deutlichem Vorsprung vor Bier, Wein und anderen Alkoholika.

Häufiger alkoholfreie Getränke

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

286

Jugendliche trinken nicht nur häufiger alkoholfreie Getränke als alkoholische, sie bewerten - neuerdings ? - deren Konsum auch positiv, wie die oberösterreichische Jugendstudie von 1989 zeigt: die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen glaubt, daß es ihren Freunden egal wäre, wenn sie nichts Alkoholisches trinken würden, ein nicht unbeträchtlicher Prozentsatz (11 - 29%) erwartet, daß sie positiv auffallen würden, wenn sie im Gasthaus, im Jugendzentrum oder bei einer privaten Einladung abstinent blieben und der geringste Anteil (2 - 6%) erwartet, dafür ausgelacht zu werden. Am stärksten scheint der "Trinkzwang" noch auf "Parties" ausgeprägt zu sein, selbst die "Disco" ist weitgehend davon ausgenommen (Brunmayr 1989a). Brunmayr betont: "Dieser neue Trend muß mit besonderem Nachdruck herausgestrichen werden, da noch vor 5 - 10 Jahren der Konsum alkoholischer Getränke für Jugendliche eine Art Prestigesymbol, insbesondere für Burschen war" (1989a, S.48).

Alkohol keine  
Prestigefrage  
mehr

Die Ergebnisse der oberösterreichischen Jugendstudie werden von den Ergebnissen der gesamtösterreichischen Jugendstudie aus demselben Jahr gestützt und ergänzt: in dieser wurde nach der Bedeutung der alkoholfreien wie der alkoholischen Getränke gefragt. Die "Alkoholfreien" wurden von den Jugendlichen deutlich als "belebender", "interessanter", "besser", mehr "in", und "sportlicher" eingestuft als die alkoholischen Getränke. Ihr einziger Nachteil scheint zu sein, daß sie als weniger anregend ("fader") und doch - noch ? - kindlicher erlebt werden als letztere (Brunmayr 1989, zu ähnlichen Ergebnissen kommen Klemenjak und Praschl 1990).

Von den alkoholischen Getränken führen Wein und Bier, die traditionellen österreichischen Getränke (Eisenbach-Stangl 1991). Der Weinkonsum ist gemäß den Ergebnissen zweier Studien unter den Jugendlichen stärker verbreitet als der Biergenuß (Fessel 1983 und 1989a). Betrachtet man das Resultat geschlechtsspezifisch, wird ersichtlich, wie sehr es von den Getränkepräferenzen junger Frauen geprägt ist, die jenen aller österreichischen Frauen gleichen: die überwiegende Mehrheit unter ihnen trinkt zwar zumindest gelegentlich Wein, nicht aber Bier. Die männlichen Jugendlichen und jungen Männer trinken nicht oder kaum seltener als junge Frauen Wein, doch trinken weit mehr von ihnen Bier: Bier ist ein "männliches" Getränk, dessen geschlechtsspezifische Bedeutung sich zwar erst bei den 30 - 50jährigen voll entfaltet (Fessel 1989a), sich jedoch bei den Jugendlichen bereits deutlich abzeichnet. Bier wird auch von den jungen Frauen (18 - 29jährigen) als Männergetränk wahrgenommen, unter anderem, weil sein Kaloriengehalt hoch eingestuft wird und "die Biersprache (als) männerbezogen" erlebt wird (weil Bierkonsum unter anderem mit "exzessiv biertrinkenden Männern" assoziiert wird - Fessel 1989a).

Bier und Wein  
führen

Bier: ein "männliches"  
Getränk

Spirituosen werden in Österreich vergleichsweise selten getrunken, so auch von den Jugendlichen, die weder in auffälligem - in von den österreichischen Erwachsenen abweichendem - Maße zu heimischen noch zu ausländischen "harten Alkoholika" greifen (vgl. IMAS 1992). Im Gegensatz beispielsweise zu italienischen Jugendlichen, die in den letzten Jahren mit den Getränkepräferenzen der älteren Generationen gebrochen haben (Favretto, Sarzotti 1989), bleiben die österreichischen Jugendlichen diesen weitgehend treu.

Spirituosen: ver-  
gleichsweise selten

Mit einer Ausnahme: den "Mixgetränken", wie z.B. Bacardi-Cola, die von fast der Hälfte der Jugendlichen (14 - 22jährigen im Jahr 1983 - vgl. Fessel 1983) zumindest "gelegentlich" konsumiert werden. Die Mixgetränke sind "geschlechtsneutral": ebensoviel Mädchen wie Jungen konsumieren sie "gelegentlich" (wenn Jungen auch vermutlich größere Mengen als Mädchen zu sich nehmen), sie haben eigene Konsumzeiten: Samstag- und Freitagabende und eigene Konsumorte: die "Disco". Konsumort, Konsumzeit und Geschlechtsneutralität verweisen auf den jugendspezifischen Charakter dieser Droge, deren Gebrauch auch auf diese Altersgruppe beschränkt bleiben dürfte. Die Mixgetränke sind, in anderen Worten, als jugendspezifische Neuerung zu betrachten und nicht als generationsspezifische, die die österreichischen Trinksitten in

Ausnahme  
Mixgetränke:  
jugendspezi-  
fische Droge

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

287

naher Zukunft umzustülpen droht.

Allgemein besitzen die alkoholischen Getränke bei den österreichischen Jugendlichen wie bei den österreichischen Erwachsenen die Bedeutung eines sozialen Stimulans (Eisenbach-Stangl 1991). Auf die stimulierende Wirkung verweist bereits der am Beginn dieses Abschnitts zitierte Vergleich von alkoholfreien und alkoholischen Getränken. Die alkoholfreien mögen den Jugendlichen sportlicher, mehr "in" und interessanter erscheinen, doch als anregender werden die alkoholischen Getränke wahrgenommen. In erster Linie als anregend für soziale Beziehungen, denn wie die österreichischen Erwachsenen, trinken die österreichischen Jugendlichen nur in Ausnahmefällen allein. Trinken ist ein soziales Ereignis, das vorrangig mit Gleichaltrigen geteilt wird (vgl. z.B. Sadnek 1990, Eder 1991). Trinken integriert sozial, auch dann, wenn es, gemessen an Häufigkeit und Menge, bereits als gesundheitsgefährdend einzustufen ist. Dasselbe gilt im übrigen für das Rauchen, wie hier vorwegnehmend angemerkt werden soll. Oder anders ausgedrückt: Sozial "integrierte" Kinder rauchen wesentlich häufiger und trinken häufiger als sozial "nicht integrierte" Kinder (Eder 1990, S.127ff).

Alkohol als "soziales Stimulans"

Trinken ist in Österreich nach wie vor eine Domäne der Männer und der männlichen Jugendlichen. Zwar unterscheiden sich die Geschlechter kaum hinsichtlich der Erfahrungen mit alkoholischen Getränken, doch unterscheiden sie sich kräftig hinsichtlich des aktuellen Konsums, der Häufigkeit des Konsums, der Trinkmengen und - wie der vorige Abschnitt gezeigt hat - auch hinsichtlich der Getränkepräferenzen. Zur Illustration der Unterschiede sei auf die Berauschung eingegangen.

Alkohol: Domäne der Männer

	männliche Befragte	weibliche Befragte
Herbst 1988 - Sommer 1990 15 - 19jährige Wiener Jugendliche (Dür u.a. 1990, vgl. Tab.1)	82 %	68 %
Mai und Juni 1990 15jährige österreichische Hauptschüler und Schüler polytechnischer Lehrgänge	22 %	12 %
15jährige österreichische AHS-Schüler schriftliche Befragung N = 3192 (Eder 1991)	14 %	5 %
1990 16 - 19jährige AHS-Schüler in Kärnten schriftliche Befragung N = 210 (Sadnek 1990)	51 %	23 %

Tabelle: Häufigere Berauschung bei Jungen und Mädchen

Dür u.a. 1990: Warst Du schon einmal betrunken?

Antwortkategorien: ja, ich war schon öfter leicht betrunken;

ja, ich war schon einmal sehr betrunken;

ja, ich war schon öfter sehr betrunken

Eder 1991: Hast Du jemals so viel getrunken, daß Du einen Rausch gehabt hast?

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

288

Antwortkategorien: ja, 4 - 10mal; ja, öfter als 10mal

Sadnek 1990: Frage unbekannt,

Antwortkategorien: 4 - 10mal; 11 - 24mal; 25mal u. mehr

Die Berausung verweist nicht nur auf genossene Trinkmengen, sondern auch auf risikoreichere Trinkstile, die einerseits vor dem Hintergrund der als "restringierend und teilweise unerfüllt erfahrenen" eintönigen Alltagswelt von Jugendlichen zu interpretieren sind, andererseits als Praxis "einer Existenz Sinn zu verleihen, die sich als ersetzbar und vielfältig als ohnmächtig erfährt" (Müller 1987, S.60). Das risikoreiche Verhalten "Berausung", das aus präventivmedizinischer Sicht als bekämpfungswert erscheint, aus der alltäglichen Sicht der Jugendlichen jedoch durchaus positive Funktionen erfüllt, ist vor allem den Jungen vorbehalten. Jungen, vor allem aber Unterschicht-Jungen können damit Status gewinnen. Dies belegt unter anderem auch eine Studie über männliche Jugendbanden in Wien, deren Freizeitaktivitäten den Genuß von Alkohol - vor allem von Bier -, aber auch der Genuß von weichen Drogen ständig begleitet (Heinzelmaier u.a. 1992).

Kompensation  
für Ohnmacht  
und Sinn-  
losigkeit

Vor allem die  
Jungen

Den Mädchen steht dieses zwar gesundheitsgefährdende, aber statusfördernde Risikoverhalten nicht offen. Sie sind von den Männlichkeitsriten ausgenommen. Wie die erwachsenen Frauen, übernehmen sie die Rolle, das Trinken der Freunde zu kontrollieren. Deren Alkoholkonsum ist ihnen weit seltener "egal" als den Jungen und viel häufiger "nicht recht" und häufiger versuchen sie, diesen das Trinken "auszureden". Die Haltung der Mädchen zum intensiveren Alkoholgenuß spiegelt sich nochmals in ihren Meinungen wider, was mit Alkoholikern geschehen sollte: Seltener als Jungen finden sie, daß man Alkoholiker in Ruhe lassen, weit häufiger, daß man Entzüge durchführen und sie persönlich beraten sollte (vgl. Sadnek, 1990, S.38 u.63).

Mädchen über-  
nehmen die Kon-  
trolle des  
Trinkens der  
Jungen

Anzumerken bleibt, daß sich aus den Studien, die zu den geschlechtsspezifischen Trinkgewohnheiten von Jugendlichen vorliegen, keine Annäherung der männlichen und weiblichen Konsumsitten ablesen läßt, weil diese Fragestellung nicht in die Studien einging und keine vergleichbaren Studien vorliegen. Angesichts des geschilderten Rückgangs des Alkoholkonsums der Jugendlichen in den letzten Jahren könnte jedoch vermutet werden, daß eine solche Annäherung stattfindet, doch in der umgekehrten Richtung, als sie üblicherweise diskutiert wird: Nämlich als Annäherung der männlichen Trinkgewohnheiten an die weiblichen, als Rücknahme der risikoreicheren Trinkstile der Jungen zugunsten kontrollierterer - weiblicher - Konsumgewohnheiten, vor allem bei sozial privilegierteren Jungen.

Nähern sich die  
männlichen Trink-  
sitten den  
weiblichen an ?

### Rauchen

Der Anteil der Jugendlichen (16 - 19jährigen), die rauchen, liegt zunehmend unter dem Raucheranteil in der Gesamtbevölkerung, der Raucheranteil der jungen Erwachsenen liegt hingegen darüber:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

289

## Männer und Frauen

	1987	1989	1991
16 - 19jährige	32 %	26 %	25 %
20 - 29jährige	42 %	47 %	43 %
Bevölkerung ab 16 insgesamt	31 %	31 %	30 %

Tabelle: Raucheranteile (in den letzten vier Wochen mehr als 10 Zigaretten geraucht)

## Männer

	1987	1989	1991
16 - 19jährige	30 %	29 %	30 %
20 - 29jährige	47 %	52 %	47 %
Männer insgesamt	38 %	39 %	37 %

## Frauen

	1987	1989	1991
16 - 19jährige	33 %	22 %	20 %
20 - 29jährige	37 %	41 %	38 %
Frauen insgesamt	25 %	25 %	24 %

Zigarettenkonsum konstant - nur bei den jungen Mädchen gesunken

## Quelle: Zigarettenmarkt 1991

Wie unter den Männern insgesamt der Anteil jener, die rauchen, sich seit 1987 kaum verändert hat, hat er sich auch nicht bei den männlichen Jugendlichen und bei den jungen Männern verändert. Kräftig gesunken ist hingegen der Anteil der weiblichen Jugendlichen, die rauchen, nicht aber jener der jungen Frauen. Mit anderen Worten: in den letzten 5 Jahren ist der Raucheranteil bei den jungen Mädchen kräftig gesunken, unter jenen der gleichaltrigen Jungen hingegen gleichgeblieben.

Anzumerken ist, daß die jungen Erwachsenen (20 - 29jährigen) - Männer wie Frauen - die Altersgruppe mit dem höchsten Raucheranteil ist. Die Raucher unter den jungen Erwachsenen sind allerdings nicht auch gleichzeitig die stärksten Raucher.

Tabelle: Rauchmengen (Wieviele Zigaretten rauchen Sie im Durchschnitt?)

## Rauchmengen (Wieviele Zigaretten rauchen Sie im Durchschnitt?)

(1)

	weniger als 1 Packung/ Monat	weniger als 10 Stück/ Tag	10 - 20 Zigaretten/ Tag	mehr als 20 Zigaretten/ Tag	N
14 - 19jährige Raucher	32 %	23 %	42 %	3 %	(94)
19 - 29jährige Raucher	18 %	21 %	40 %	21 %	(304)
Raucher über 14 Jahre insgesamt,	11 %	21 %	39 %	28 %	(1074)

## Quelle: "LIFE-STYLE 1989 - Sonderband Rauchen"

Die stärksten Raucher (der größte Anteil der Raucher, die über 20 Zigaretten pro Tag konsumieren) finden sich unter den 30 - 60jährigen Zigarettenkonsumenten. Unter den Jugendlichen (14 - 19jährigen) hingegen ist der Anteil der Gelegenheitsraucher oder

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

290

"Extensivraucher" - wie die Autoren der Marktanalyse es nennen - höher als in allen anderen Altersgruppen: Rund ein Drittel der Zigarettenkonsumenten unter ihnen raucht weniger als eine Packung pro Monat, etwa ein Viertel weniger als 10 Stück pro Tag und nur drei Prozent mehr als 20 Zigaretten täglich.

Jugendliche im übrigen, - ob Raucher oder Nichtraucher - lehnen strenge Rauchverbote für unter 18-Jährige wesentlich häufiger ab als Ältere. Die Befürwortung der Rauchverbote für Jugendliche steigt mit dem Alter deutlich an, wiewohl die Älteren ähnlich häufig (zu etwa 75%) wie die Jugendlichen meinen, daß Verbote das Rauchen für die Jugendlichen "viel attraktiver" machen. Die größere Ablehnung gesetzlicher Verbote, um Probleme zu lösen, ist - nebenbei bemerkt - bei den Jugendlichen und jungen Erwachsenen generell stärker ausgeprägt. Unter anderem steigt auch die Befürwortung von Verboten für "freizügigere Sexdarstellungen auf und in Zeitschriften" und für "Glücksspiele" kontinuierlich mit dem Alter an (Wertewandel und Rauchverhalten in Österreich 1988).

Jugendliche lehnen Rauchverbote ab

Eine ergänzende Untersuchung des Fessel-Institutes über die Raucherfahrungen und Rauchgewohnheiten von Kindern (Fessel 1989) zeigt, daß das "Einstiegsalter" beim Zigarettenkonsum bei etwa 14 - 15 Jahren liegt: der Anteil der 14 - 15-Jährigen, die "ab und zu" oder "öfter" rauchen, liegt deutlich über jenem der Jüngeren. Dieses Ergebnis entspricht den Resultaten von Studien, die zu Beginn der 80er Jahre durchgeführt wurden (vgl. Eisenbach-Stangl 1980). Der Beginn regelmäßigeren Zigarettenkonsums hat sich also in den 80er Jahren nicht verändert.

Einstiegsalter:  
14-15 Jahre

Dessen ungeachtet sinken aber auch bei Kindern die Raucherfahrungen deutlich, wie tendenziell auch der Anteil jener, die regelmäßiger rauchen (Eder 1991).

Zusammengefaßt lauten die Ergebnisse folgendermaßen:

- Wie in Deutschland und der Schweiz sinkt der Anteil der Kinder und vermutlich auch der Jugendlichen, die Erfahrungen mit Zigaretten haben.
- Es sinkt auch der Anteil der regelmäßigeren Raucher unter den Kindern und Jugendlichen, bei den Mädchen stärker als bei den Jungen.
- Das Einstiegsalter in den regelmäßigen Zigarettenkonsum dürfte sich hingegen nicht verändert haben.

Zusammenfassung

Anzumerken bleibt, daß Kinder und Jugendliche, die weniger qualifizierte Ausbildungen absolvieren, weit häufiger Erfahrungen mit Zigaretten haben und auch häufiger regelmäßiger rauchen, als Kinder und Jugendliche, die qualifizierter ausgebildet wurden (vgl. Brunmayr 1989, Eder 1991, Marinell u.a. 1992).

### Gebrauch illegaler Drogen

Analysiert man Studien aus den letzten Jahren, die sich mit Jugendlichen und illegalen Drogen befassen, fällt zu allererst auf, daß das Forschungsinteresse kaum auf Gebrauch und Gebraucher gerichtet ist, sondern vor allem um Wissen, Einstellungen, emotionale Haltungen und Absichten aller Jugendlichen gegenüber verbotenen Substanzen kreist. Am extremsten drückt sich diese Stellung in der Vorarlberger Jugendstudie von 1990 aus: sie beschäftigt sich ausschließlich mit der Bekanntheit der Drogen bei den Jugendlichen; nach konkreten Drogenerfahrungen und Drogengebrauch wurde nicht gefragt. Eine mögliche und angesichts der einschlägigen Ergebnisse aus anderen deutschsprachigen Ländern plausible Erklärung dieser Verschiebung des Forschungsinteresses könnte das Verschwinden des jugendlichen Drogenkonsumenten sein. Im letzten Abschnitt dieses Kapitels möchte ich auch Hinweise dafür präsentieren, daß - wie in der Schweiz und in Deutschland, so auch in Öster-

Drogenkonsum unter Jugendlichen: kräftig zurückgegangen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

291

reich - der illegale Drogenkonsum unter Jugendlichen im letzten Jahrzehnt kräftig zurückgegangen ist. Über Drogengebraucher und Drogengebrauch läßt sich daher aus quantitativen Erhebungen, die allgemein Jugendliche oder Schüler erfassen und nicht besondere Problemgruppen, kaum etwas erfahren. Wie in den Medien, in der Politik, in der Schule, in den Familien, so kann man sich jedoch auch in der Forschung offensichtlich nicht dazu entschließen, das Thema illegale Drogen ohne das Thema Jugendliche zu behandeln - das eine scheint an das andere gekettet zu sein. Und die Vermutung drängt sich auf, daß der Drogenkonsum von Jugendlichen der 70er Jahre, der gerne als "Protestkonsum" apostrophiert wurde und wird, traumatische Erlebnisse bei den Erwachsenen hinterlassen hat. Die Frage stellt sich, welche Ängste und vielleicht auch Sehnsüchte er auch heute noch bei Erwachsenen weckt.

Übertriebene Ängste bei Medien und Erwachsenen

Haschisch, Heroin und Kokain sind fast allen (über 10jährigen) Kindern und Jugendlichen bekannt. Dies bedeutet, daß drei sehr unterschiedlich verbreitete Drogen gleichermaßen bekannt sind (daß jedermann zumindest von ihnen gehört hat), und auch, daß sie bekannt sind unabhängig von der konkreten Nähe, die eine Person zu ihnen hat: 11- und 13jährige können weit weniger Gebraucher von Haschisch, vor allem aber von Kokain und Heroin kennen, als ältere Jugendliche, und haben selbst üblicherweise auch nie eine der genannten Drogen probiert. Mit anderen Worten: Haschisch, Heroin und Kokain sind in aller Munde. LSD und Captagon sind weniger "populär", erreichen, verglichen mit dem sehr geringen Ausmaß ihrer Verbreitung, jedoch auch bei den älteren Jugendlichen einen erstaunlichen Bekanntheitsgrad.

Haschisch, Heroin und Kokain in aller Munde

## Der Bekanntheitsgrad von Drogen

	Haschisch	Heroin	Kokain	LSD	Captagon
Juni 1988 11, 13 und 15jährige österreich. Schüler schriftliche Befragung in Hauptschulen, Polytechnischen Lehrgängen und Allgemein- bildenden Höheren Schulen N = 3135 (Eder 1989)	90 %	93 %	93 %	44 %	7 %
Herbst 1988 - Sommer 1990 14 - 19jährige Wiener Jugendliche, schriftliche Befragung von Jugendgruppen und in Jugendzentren N = 432 (Dür u.a. 1990)	94 %	93 %	93 %	83 %	32 %
1991 15 - 19jährige Tiroler Jugendliche Schriftliche (?) Befragung N = 1506 (Marinell u.a. 1992)	94 %	93 %	93 %	89 %	nicht gefr.

Bekanntheitsgrad von Drogen

Der Bekanntheitsgrad der Drogen ist oberflächlich: Aus einer Erhebung an Wiener Mittelschülern der 5. und 6. Schulstufe, also etwa 15- bis 17jährigen, geht hervor, daß zumindest die Hälfte der Jugendlichen zwar zwischen den "populären" Drogen, Haschisch, Heroin, Kokain, unterscheiden können, daß sie über Wirkung, gebräuchliche Einnahmeformen, Konsumrisiken nicht Bescheid wissen (Springer u.a. 1993). Da anzunehmen ist, daß Wiener Jugendliche und Mittelschüler zumindest über Haschisch

Wissen oberflächlich - Wirkung und Risiko wenig bekannt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

292

besser informiert sind als Jugendliche aus dem ländlichen Raum und kleineren Städten und Jugendliche, die weniger qualifizierte Ausbildungen durchlaufen (vgl. Springer u.a. 1987), ist für alle österreichischen Jugendlichen von einem weit geringeren Wissensstand auszugehen. Mit anderen Worten: die am weitesten verbreiteten, illegalen Drogen sind zwar namentlich fast allen Jugendlichen bekannt, ein differenzierteres Wissen über diese Drogen ist jedoch nur bei einer Minorität der Jugendlichen vorhanden.

Bekannt ist bei der Mehrzahl der Jugendlichen (88 - 89%) allerdings, daß der intravenöse Drogengebrauch, vor allem aber das Benutzen gemeinsamer Nadeln das Risiko in sich birgt, sich mit dem AIDS-Virus zu infizieren (Dür 1990).

Ausnahme:  
AIDS-Risiko

Frägt man die Jugendlichen nach der Gefährlichkeit von Drogen und gibt man ihnen zum Vergleich nur verschiedene verbotene Drogen, stufen sie die meisten der Drogen als "sehr gefährlich" ein. Dies zeigt die Tiroler Studie (Marinell u.a. 1992): 84% der Tiroler Jugendlichen hielten Heroin für "besonders gefährlich", 77% Kokain, 76% LSD und noch immer 48% Haschisch. Hinter diesen Einstufungen läßt sich große Angst vermuten.

Drogen gelten  
als gefährlich

Gibt man den Jugendlichen hingegen eine Liste verschiedenster Bedrohungen vor, in der sie die Bedrohung durch Drogen verorten können, erscheint die letztere als geringfügig. Anhand einer Liste "lebensbedrohender Gefahren" maßen die Jugendlichen dem "Tod durch Drogen" die geringste Bedrohlichkeit zu (50% hatten "gar keine Angst" davor), der Verseuchung der Umwelt die größte (nur 8% hatten "gar keine Angst" davor - vgl. Dür 1990). Auch wird das Risiko, von illegalen Drogen abhängig zu werden, geringer eingestuft als jenes, von legalen Drogen - Medikamenten, Nikotin, Alkohol - abhängig zu werden: Am meisten fürchten die Jugendlichen die Zigaretten: 46% meinten, es könnte passieren, daß sie süchtig würden (zum Vergleich: 12% bei illegalen Drogen - vgl. Dür 1990).

Jugendliche  
haben geringe  
Angst, selbst  
süchtig zu  
werden

Dem hohen Bekanntheitsgrad zumindest einiger Drogen entspricht also nicht nur ein oberflächliches Wissen und Diskriminierungsvermögen, sondern auch ein oberflächliches Gefühl des Gefährdetseins (des "thrills" ?), das einer realistischeren Einstufung des persönlichen Bedrohtseins weicht, wenn man die Angst vor möglichem eigenen Drogentod und möglicher eigener Drogensucht in einen allgemeineren Rahmen bedrohlicher Ereignisse stellt.

Der Anteil der Jugendlichen, die "sich denken" können (Eder 1991) oder "beabsichtigen", (Dür 1990) einmal illegale Drogen zu probieren, ist insgesamt recht niedrig. Er steigt weder nennenswert mit dem Alter an, noch ist er bei der "weichen" Droge Haschisch nennenswert höher als bei den härteren Drogen. Die an sich schon geringe Zahl Jugendlicher, die angibt, Drogen probieren zu wollen, ist noch weiter zu relativieren, wie die Studie von Eder (1991) zeigt: Zwischen 5 und 15% der 11, 13 und 15jährigen Schüler gaben an, "Quezcoatl", "Goronin", Cyclopren" und "Primasol" zu kennen, und jeweils etwa 1,5% der Schüler erklärte, diese Phantasiedrogen auch probieren zu wollen.

Die Ergebnisse zum Wissen, den Einstellungen, emotionalen Haltungen und Absichten Jugendlicher scheinen sich rund zusammenzufügen: Die Jugendlichen können die in Österreich verbreitetsten Drogenarten beim Namen nennen, der Name ist schnell mit einem zumindest oberflächlichen Gefühl von Bedrohlichkeit assoziierbar, nur sehr wenige Jugendliche haben die Absicht Drogen zu probieren. Folgt man diesen Ergebnissen zur "inneren" - kognitiven und emotionalen - "Repräsentanz" von illegalen Drogen bei österreichischen Jugendlichen, scheinen die Drogen für Heranwachsende zugleich allgegenwärtig und sehr ferne zu sein.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

293

	Haschisch	Heroin	Kokain	LSD	Captagon
Juni 1988 11, 13 und 15jährige österreich. Schüler (Eder 1991, vgl. Tab.6)	5 %	3 %	3 %	3 %	1 %
Herbst 88 - Sommer 90 14 - 18jährige Wiener Jugendliche (Dür 1990, vgl. Tab.6)	5 %	4 %	3 %	4 %	3 %

Tabelle: Die Absicht Jugendlicher, verbotene Drogen zu probieren

(1) Die Fragen bei den Studien waren unterschiedlich formuliert:  
Eder 1991: "Bei welcher der folgenden Drogen könntest Du Dir denken, daß Du sie vielleicht einmal probieren würdest?"  
Die Antwortkategorien, "vielleicht irgendwann", "wahrscheinlich einmal", "sicher" sind in der Tabelle zusammengefaßt.

Dür 1990: "Hier ist eine Liste von Drogen. Gib bitte für jede einzelne an, ob Du beabsichtigst sie irgendwann einmal zu probieren?"

Die Nähe der Jugendlichen zu Drogen läßt sich jedoch konkreter und genauer durch die Fragen nach drogenkonsumierenden Freunden und der Möglichkeit sich Drogen zu besorgen bestimmen, als die Frage nach Absichten Drogen zu probieren. Erhebungen, die diese konkrete Nähe zu Drogen messen, erbrachten folgende Ergebnisse:

- die Hälfte der 15- und 16jährigen Wiener Mittelschüler hat "jemanden" im Freundeskreis, von dem er "sicher weiß, daß er Haschisch probiert hat".
- jeweils 18%, respektive 17% 15 bis 17jähriger Wiener Mittelschüler hat "jemanden" im Freundeskreis von dem er "sicher weiß, daß er Heroin, respektive Kokain gebraucht hat" (Springer u.a. 1993).
- 14 % 15 - 19jähriger Wiener Jugendlicher haben Freunde oder Bekannte, die sich Drogen mit einer Nadel ins Blut spritzen".
- 18 % 15 - 19jähriger Wiener Jugendlicher kennen zumindest eine "Person in ihrer Umgebung, die sich "Drogen mit einer Nadel ins Blut spritzt", "mit der sie jedoch nichts zu tun haben" Dür 1990).
- 38% 15 - 19jähriger Tiroler Jugendlicher kennt Personen oder hat Freunde, die Haschisch zumindest versucht haben.
- Jeweils 14% 15 - 19jähriger Tiroler Jugendliche kennt Personen oder hat Freunde, die Heroin bzw. Kokain zumindest versucht haben.
- 46% der 15- - 19jährigen Tiroler Jugendlichen "könnten sich Drogen verschaffen" (21% "relativ leicht und schnell")
- 25% der 15 - 19jährigen Tiroler Jugendlichen sind schon Drogen angeboten worden (Marinell u.a. 1992).

Die Hälfte der Jugendlichen kennt Drogenkonsumenten und weiß, wie man sich Drogen beschafft

## Zusammengefaßt:

- Rund 40 - 50% der österreichischen Jugendlichen kennt zumindest eine Person, die Haschisch zumindest einmal probiert hat.
- Etwa 1/7 - 1/6 der österreichischen Jugendlichen kennt eine Person, die Heroin oder Kokain zumindest einmal probiert hat.
- Etwa 1/3 der Wiener Jugendlichen ist zumindest eine Person bekannt, die Drogen intravenös injiziert.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

294

- Etwa die Hälfte der österreichischen Jugendlichen wüßte sich Drogen zu beschaffen.

Die "äußere" Nähe der illegalen Drogen - ihre "subjektive Zugänglichkeit" - und auch die Nähe der Gebraucher illegaler Drogen ist für die Jugendlichen viel größer, als die im vorigen Abschnitt präsentierten Ergebnisse über die "innere" Nähe der Jugendlichen zu illegalen Drogen vermuten ließen. Auf den ersten Blick rückt die doch bemerkenswert große "äußere" Nähe der Jugendlichen zu den illegalen Drogen die Oberflächlichkeit des Wissens der Jugendlichen über illegale Drogen in ein bedenkliches Licht und läßt eine intensive Aufklärung wünschenswert erscheinen. Auf den zweiten Blick bleibt allerdings zu fragen, ob nicht auch die Angaben der Jugendlichen über drogenkonsumierende Freunde und Bekannte und ihr Wissen um Orte, an denen man Drogen bekommt, eben von diesem oberflächlichen Wissen und dem mit ihm verbundenen "thrill" geprägt sind: Einmal zufällig und/oder nebenbei über illegale Drogen und Drogengebraucher Gehörtes könnte besonders aufmerksam gespeichert werden. Oder aber: es könnte einfach "in" sein, "jemanden" zu kennen, der Drogen gebraucht und angeben zu können, wo man Drogen bekommt, - ob es nun stimmt oder nicht.

Nicht zuletzt aber bleibt die Frage offen, wie sehr die Jugendlichen an dieser ihnen nahe erscheinenden "äußeren Drogenwelt" tatsächlich teilhaben.

	Haschisch	Heroin	Kokain	LSD	"illegale Drogen" insgesamt
Herbst 1988 - Sommer 1990 15 - 19jährige Wiener Jugendliche (Dür u.a. 1990, vgl.Tab.6)	22 %	2 %	3 %	2 %	nicht berechnet
1991 15 - 19jährige Tiroler Jugendliche (Marinell u.a. 1992, vgl. Tab.6)	15 %	2 %	3 %	3 %	nicht berechnet
1992 15 bis 17jährige Wiener Mittelschüler schriftliche Befragung N = 349 (Springer u.a. 1993)	nicht gefr.	nicht gefr.	nicht gefr.	nicht gefr.	24 %

Wie ist der Unterschied zwischen geringen Konsumabsichten und hoher Zugänglichkeit zu erklären?

Tabelle: Eigene Drogenerfahrungen (Zumindest einmal probiert)

Die Ergebnisse zu den Erfahrungen der Jugendlichen mit illegalen Drogen sind erstaunlich konsistent: etwa 1/6 - 1/5 aller österreichischen Jugendlichen hat zumindest einmal Haschisch probiert, 2 - 3% haben härtere Drogen zumindest einmal probiert. Der Anteil der Haschischerfahrenen entspricht in etwa jenem, der in einer Wiener Schülererhebung Anfang der 80er Jahre und in der Repräsentationserhebung über den Cannabisgebrauch aller 15 - 40jährigen Österreicher aus dem Jahr 1984 erhoben wurde, berücksichtigt man die nach Alter, Region, Schul- und Ausbildungstyp unterschiedlich zusammengesetzten Stichproben, bzw. Auswertungskategorien (vgl. Eisenbach-Stangl 1984 und 1987, Springer u.a. 1987). Gleiches dürfte für die Erfahrungen mit "härteren Drogen" gelten.

Keine Steigerung in den letzten zehn Jahren

Zu anderen Ergebnissen gelangt Brunmayr (1989a): Der Anteil drogenerfahrener Jugendlicher in Oberösterreich lag 1989 nicht nur deutlich unter jenen in Tabelle 8

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

295

Die Ergebnisse entsprechen den deutschen und Schweizer Ergebnissen. Sie scheinen auf den ersten Blick einen hohen Partizipationsgrad der Jugendlichen an der illegalen Drogenkultur zu indizieren. Doch ist wohl davon auszugehen, daß einmaliges Probieren noch nicht Teilhabe bedeutet. Erst Ergebnisse zu häufigerem und vor allem regelmäßigerem Konsum könnten darüber Auskunft geben. Diese jedoch fehlen weitgehend.

Erhebungen zum regelmäßigen Konsum fehlen

Nur in der Tiroler Jugendstudie wurde zwischen mindestens einmaliger Erfahrung und häufigerem Gebrauch illegaler Drogen differenziert und in einer der Wiener Erhebungen nach Gebrauchshäufigkeit illegaler Drogen gefragt. Die Ergebnisse lauten folgendermaßen:

- Mehr als einmal Haschisch probiert haben 3% der 15 - 19jährigen Tiroler.
- Als häufige Haschischkonsumenten bezeichnen sich absolut drei von 1500 Befragten.
- Mehr als einmal Heroin, Kokain und LSD probiert haben jeweils 1% der 15 - 19jährigen Tiroler Jugendlichen. Als häufigere Konsumenten dieser Drogen bezeichneten sich insgesamt elf Befragte. Da es sich um Mehrfachantworten handelt, bleibt unklar, ob dies nicht nur jene Befragten sind, die Heroin, Kokain und LSD zugleich häufiger konsumieren.
- Öfter illegale Drogen zu nehmen gaben vier Prozent 15 und 16jähriger Wiener Mittelschüler an, wobei begründet zu vermuten ist, daß es sich zumeist um Haschisch handelt.

1-4 % der Jugendlichen konsumieren regelmäßig illegale Drogen, zumeist Haschisch

Die zitierten Daten werden gestützt durch die Ergebnisse zweier weiterer Untersuchungen: durch eine Meinungsumfrage unter Jugendlichen über den Discobesuch, denen zufolge 3% der jugendlichen Discobesucher während des Discobesuchs Drogen (vermutlich vor allem Haschisch) zu sich nehmen (Grabenwöger 1991) und durch eine Jugendstudie des Fessel Instituts 1991, dergemäß 4% der befragten Jugendlichen (14 - 24 Jahre) angaben "Wenn Haschisch legalisiert wird, würde ich auf den Alkohol verzichten" (Fessel 1991).

Die Anzahl jener Jugendlichen, die an der Drogenkultur mehr oder minder intensiv teilhaben, ist also sehr gering (1 - 4%) und der bei weitem größte Teil von ihnen konsumiert regelmäßiger Haschisch. Das einmalige Probieren von Haschisch bei einem nicht geringen Teil der Jugendlichen, das bestenfalls als "Neugierdekonsument" zu apostrophieren ist, ist wohl nicht zuletzt damit zu erklären, daß Drogen in aller Munde sind. Man spricht nicht nur über die Drogen, sondern man spricht auch darüber, wer im weitesten Freundes- und Bekanntenkreis sie probiert haben könnte und hat, und wo sie zu erhalten sind und sein könnten.

Die Statistik der wegen Suchtgiftdelikten Angezeigten kann zweifellos keine korrekte Abbildung des illegalen Drogenkonsums geben: sie ist in zu hohem Maße durch andere Größen als den Drogengebrauch selbst bestimmt (vgl. z.B. Pilgram 1980). Ich möchte mit Reuband (1980) jedoch von der wenn auch problematischen Annahme ausgehen, daß die österreichische Suchtgiftstatistik zumindest ein brauchbares Bild des regelmäßigen Gebrauchs von harten Drogen liefert. Der Kern der Annahme ist, daß unbeschadet der Fahndungsstrategien der Polizei und des Ausbaugrades des Polizeiapparates die Mehrheit der regelmäßigen Konsumenten und der Drogenabhängigen polizeilich auffällt und als Konsumenten harter Drogen registriert wird.

Jugendliche als polizeiauffällige Opiatgebraucher

Anzumerken ist allerdings zum einen, daß die Suchtgiftstatistik eine Anzeigenstatistik ist - unschuldig Verdächtige und Verdächtige, bei denen das Verfahren mangels Beweisen eingestellt werden muß, werden in ihr gezählt. Zum anderen ist die österreichische Suchtgiftstatistik keine Personenstatistik: Hat eine Person z.B. Mohnstroh

Die Suchtgiftstatistik überschätzt die Zahl der Drogengebraucher

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

296

und Opium besessen, wird sie zweimal gezählt. Die Suchgiftstatistik überschätzt daher die Zahl der Drogengebraucher.

Die folgende Abbildung berücksichtigt nur Personen, die wegen Besitzes, Weitergabe oder Handel mit Opiaten angezeigt wurden. Sie berücksichtigt nicht alle harten Drogen, zu denen üblicherweise auch Kokain und LSD gezählt werden. Sie inkludiert andererseits aber auch jene, die wegen Besitzes von Mohnstroh registriert wurden. Die Beschränkung auf "Opiatdelinquenten" rechtfertigt sich aus der Tatsache, daß diese Kategorie Heroingebraucher - die Konsumenten der bei weitem am gebräuchlichsten harten Droge - umfaßt und daß regelmäßige Heroingebraucher in erster Linie auf andere Opiate ausweichen, so bekanntlich auch auf Mohnstroh, wenn es an Heroin mangelt.

Die folgende Abbildung illustriert, in welchem Ausmaß auch in Österreich die Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den Reihen der polizeilich auffälligen Opiatgebraucher verschwanden. Lag der Anteil der 14 - 20jährigen 1975 noch bei 42%, lag er bereits 1982 nur mehr bei 10% und 1990 bei 4%. Doch auch der Anteil der jungen Erwachsenen ging zurück, wenn auch weniger dramatisch: die 20 - 25jährigen stellten 1975 noch 44 % der wegen Opiaten Angezeigten, 1990 nur mehr 27%. Da sich im gleichen Zeitraum die Zahl der wegen Opiaten Angezeigten nicht dramatisch veränderte (von 794 Personen 1975 auf 1067 Personen 1990), verweisen die Zahlen auf den Alterungsprozeß der "harten Drogenszene", der auch für die BRD festgestellt wurde.

1991 war ein neuerlicher Anstieg der polizeilich auffälligen Opiatgebraucher festzustellen. Es wird abzuwarten sein, ob sich eine neuerliche "Opiatwelle" abzeichnet, oder ob dieses Jahr ein "besonderes" war, in dem besonders viele Opiatgebraucher (z.B. Händlerringe) auffällig wurden.

Anstieg 1991:  
erklärungsbedürftig

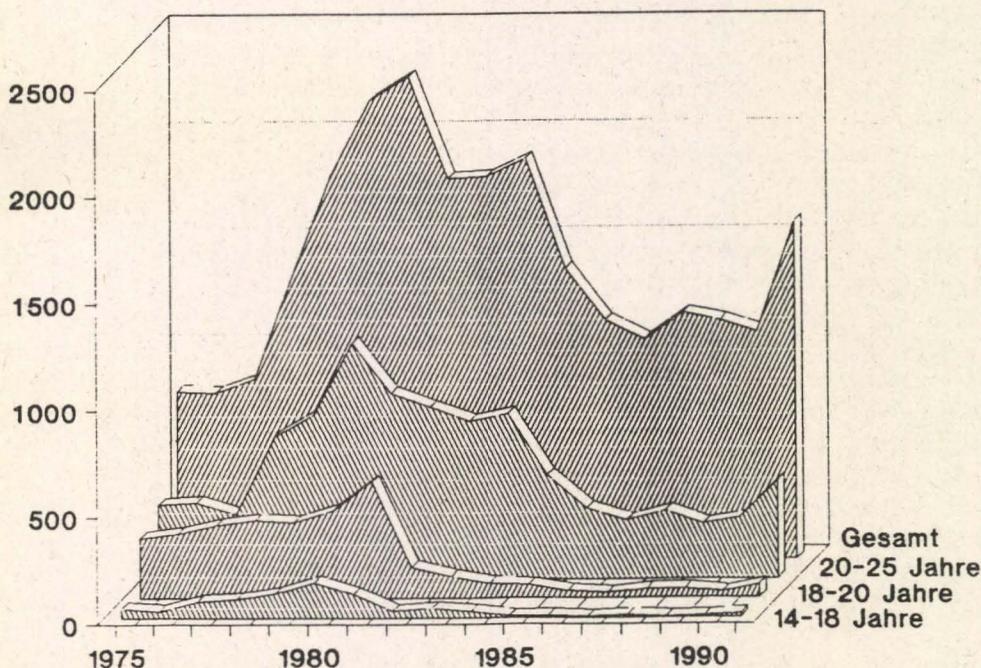


Abb.1: Wegen Opiatdelikten Abgezeigte 1975-1991, nach Altersgruppen (1975 - 1978 lauteten die zweite und dritte Alterskategorie 18-21 und 21-25 Jahre)

Quelle: Jahresbericht über die Suchtgiftkriminalität, 1975 - 1991; eigene Berechnungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

297

Die zitierten Studien der letzten Jahre, die Drogenerfahrungen und Drogengebrauch Jugendlicher erhoben, wurden nicht nach Geschlecht differenziert ausgewertet. Aus der Cannabisstudie aus dem Jahr 1984 (Springer u.a.1987) und aus der Suchtgiftstatistik wird jedoch weitgehend kohärent folgendes Geschlechterverhältnis sichtbar:

	14 - 18	18 - 20	20 - 25	gesamt
1975 - 79	58 %	77 %	82 %	77 %
1980 - 84	47 %	60 %	74 %	77 %
1985 - 89	53 %	49 %	69 %	78 %
1990	(25) <sup>2</sup>	73 %	76 %	83 %
1991	(32) <sup>2</sup>	46 %	73 %	79 %

Quelle: Jahresbericht über die Suchtgiftkriminalität, 1975 - 1991; eigene Berechnungen

Im jugendlichen Alter scheinen sich Drogenerfahrungen und Drogengebrauch der Geschlechter nicht allzusehr voneinander zu unterscheiden: Mädchen (15 - 18jährige) haben sogar etwas häufiger Erfahrungen mit Haschisch als Jungen. Unter den regelmäßigen Gebrauchern harter Drogen (also am anderen Ende der Skala: Intensität des Drogenkonsums) überwiegen zwar die Jungen, aber nicht allzu eindrücklich (vgl. Tab.9). Mit wachsendem Alter - und wachsenden Drogenerfahrungen - jedoch wächst auch der Anteil der Jungen unter den Gebrauchern "weicher" wie "harter" Drogen.

In diesem Zusammenhang sei an die alkoholische "Jugenddroge", die Mixgetränke erinnert, die ebenfalls "geschlechtsneutral" schienen - beide Geschlechter haben gleichermaßen Erfahrungen mit ihnen. Wie bei den Mixgetränken ist auch bei den illegalen Drogen davon auszugehen, daß Jungen zwar nicht "erfahrenere" sind als Mädchen, doch intensiver konsumieren (größere Mengen zu sich nehmen). Zwei einander nicht ausschließende Erklärungen sind anzubieten:

Die Geschlechterrollen sind im jugendlichen Alter noch nicht ausgebildet. Erst junge Erwachsene beginnen sich wie Männer und Frauen zu verhalten und geschlechtsspezifische, gesellschaftliche Erwartungen und Anforderungen zu erfüllen, die entsprechende Konsumgewohnheiten bei Drogen einschließen. Illegale Rauschmittel - und als solche sind die hier behandelten Drogen Cannabis und Opiate einzustufen - sind wie Alkohol Männerdrogen: ihr Konsum birgt nicht nur das Risiko der Berausung wie das des legalen Rauschmittels Alkohol, es birgt auch das Risiko der Illegalität. Männlichkeit kann doppelt erprobt werden, ein Angebot, von dem erst junge Männer häufiger Gebrauch zu machen versucht sind.

Die Geschlechterrollen sind teilweise auch schon im Jugendalter wirksam. Mädchen greifen zu Drogen, weil ihre älteren Freunde Drogen probieren oder gebrauchen. Sie "emanzipieren" sich erst als junge Frauen, entwickeln erst nach dem Jugendalter eine eigenständigere, weibliche Identität und damit von Partnern unabhängige Konsumgewohnheiten.

## Arzneimittelgebrauch

Der Arzneimittelgebrauch steigt mit dem Alter an und ist mehr eine Sache der Frauen als der Männer: Dieser Befund wurde durch eine vom Anton Proksch-Institut in Auftrag gegebene Studie aus dem Jahr 1984 wieder bestätigt (IFES 1984). Die geschlechtsspezifischen Unterschiede sind bereits bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, den 14 - 24jährigen, deutlich ausgeprägt: 34% der Frauen dieser Altersgruppe,

Mit steigendem Alter wächst der Anteil der männlichen Jugendlichen

Männliche Jugendliche nehmen größere Mengen zu sich

Erklärung 1: Geschlechterrollen differenzieren sich mit steigendem Alter

Erklärung 2: Mädchen emanzipieren sich mit steigendem Alter

Arzneimittelgebrauch steigt mit dem Alter an - mehr Frauen als Männer

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

298

aber nur 25% der Männer nehmen aktuell Medikamente ein. Zum Vergleich: von den über 60jährigen Frauen gebrauchen 70% Arzneimittel, von den über 60jährigen Männern nur 56%.

Frauen aller Altersklassen gebrauchen Arzneimittel überdies häufiger und nehmen mehr verschiedene Medikamente ein als Männer, wie folgende Tabelle für die 14- bis 25jährigen demonstriert:

	Frauen	Männer
1 Medikament	60	73
2 Medikamente	26	18
3 und mehr Medikamente	14	8
(N)	(233)	(172)

Quelle: IFES 1984; eigene Berechnungen

Die Studie von 1984 bestätigt einen weiteren Befund vieler Erhebungen: Auch Psychopharmaka werden von den Älteren und Frauen häufiger gebraucht als von den Jüngeren und den Männern. Die Zahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die Psychopharmaka einnehmen ist allerdings so gering, daß sich weder Geschlechtsunterschiede noch sonstige Charakteristika des Gebrauchs (Art des Medikaments, Häufigkeit und Motive der Einnahme) klar und verlässlich in Prozenten ausdrücken lassen. Dies illustrieren die Ergebnisse zum Gebrauch von Beruhigungsmitteln (den am häufigsten gebrauchten Psychopharmaka, "Psychopharmaka im engeren Sinn", d.h. exklusive der Analgetika) aus der IFES-Studie von 1984 und einer im Auftrag der Apothekerkammer speziell zum Arzneimittelgebrauch von Jugendlichen durchgeführten Befragung (Fessel 1987).

	IFES 1984 ("Tranquilizer" und "Sedativa")	Fessel 1987 ("Beruhigungsmittel")
insgesamt	abs.14 = 1,0 %	abs.13 = 1,3 %
Frauen	abs.10 = 1,5 %	abs.10 = 2,0 %
Männer	abs. 4 = 0,5 %	abs. 3 = 0,6 %
(N insgesamt)	(1377)	(1000)
(N Frauen)	(675)	(493)
(N Männer)	(702)	(507)

Quelle: IFES 1984, Fessel 1987; eigene Berechnungen

Fragestellung der IFES-Studie von 1984: "Haben Sie innerhalb der letzten 3 Monate ... genommen, bzw. nehmen Sie es derzeit?"

Fragestellung der Fessel-Studie von 1987: "Nehmen Sie Beruhigungsmittel ein?"

Die etwas höheren Prozentzahlen der Fessel-Studie von 1987 sind wohl auf die allgemeinere Fragestellung (vgl. Fußnote zur Tabelle 11) zurückzuführen und nicht auf eine Steigerung des Beruhigungsmittelgebrauchs 14 - 24jähriger zwischen 1984 und

Tabelle: Anzahl der zum Befragungszeitpunkt gebrauchten Medikamente bei 14-24jährigen Arzneimittelgebern

Jugendliche nehmen fast keine Psychopharmaka

Tabelle: der Gebrauch von Beruhigungsmitteln bei 14- bis 24jährigen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

299

1987. Die Fessel-Studie zeigt überdies, daß ein erheblicher Anteil der gebrauchten Beruhigungsmittel rein pflanzlicher Natur ist (z.B. Baldrian und Passelyt).

Die IFES-Studie wurde 1986 in modifizierter Form für bis 14Jährige durchgeführt (IFES 1987a) und der Arzneimittelkonsum von Kindern auch durch eine der Jugendstudie von 1987 entsprechende Befragung von 8 - 13Jährigen erhoben (Fessel 1987a). Die Ergebnisse beider Studien stimmen nur hinsichtlich zweier sehr grober und allgemeiner Ergebnisse überein: (1) Der Anteil der Arzneimittelgebraucher unter den Kindern entspricht weitgehend jenem Jugendlicher und junger Erwachsener und (2) die typischen Geschlechtsdifferenzen beim Medikamentengebrauch sind bei den Kindern noch nicht ausgeprägt. Detailliertere Ergebnisse wie z.B. zum Konsum einzelner Medikamentenarten, insbesondere Beruhigungsmittel, fielen hingegen widersprüchlich aus: Laut IFES-Studie von 1986 liegt der Beruhigungsmittelkonsum der Kinder unter jenem junger Jugendlicher und junger Erwachsener, laut Fessel 1987 darüber.

Kinder: Geschlechtsdifferenzen noch nicht ausgeprägt

Eine Erhebung an 11-, 13- und 15jährigen Schülern aus dem Jahr 1989 (Eder 1991) erlaubt zwar nicht, quantitative Aussagen über den hier interessierenden Psychopharmakakonsum zu treffen, doch erlaubt sie begründete Vermutungen über den psychosozialen Hintergrund der kindlichen und jugendlichen Psychopharmakakonsumenten anzustellen. Wichtige Ergebnisse lauten zusammengefaßt folgendermaßen: Die Medikamenteneinnahme im allgemeinen, wie der Psychopharmakakonsum im besonderen sind bei den Hauptschülern höher als bei den Schülern Allgemeinbildender Höherer Schulen. Die Hauptschüler erhalten Medikamente mit "nervlich-psychischem Wirkungsspektrum: ("Medikamente gegen Schlafstörungen, Nervosität, Müdigkeit; Medikamente zum Abmagern") häufiger vom Arzt verschrieben als Mittelschüler, doch greifen Hauptschüler auch ohne ärztliche Verschreibung häufiger zu Psychopharmaka als Mittelschüler. Stärker als die Jungen tendieren die Mädchen in höheren Altersstufen zur Selbstmedikation bei Psychopharmaka. Zum Medikamentenkonsum im allgemeinen und damit vermutlich auch zum Psychopharmakakonsum im besonderen tendieren Schüler, denen es in der Schule nicht gefällt, die Angst vor Lehrern und Mitschülern haben, die mit ihren Eltern nicht übereinstimmen, die sich unglücklich und einsam fühlen, die ihre Freizeit passiv gestalten (Video und Fernsehen), kurz bei Jugendlichen, die "sich in ihrer Welt nicht willkommen fühlen" (Eder 1991, S.182). Im Gegensatz zum Alkohol- und illegalen Drogenkonsum und auch im Gegensatz zum Rauchen scheint der Medikamentenkonsum, insbesondere der Psychopharmakakonsum, ein ausschließlicher Problemindikator zu sein (s.unten).

Psychopharmakakonsum ist Problemindikator

Einschränkend ist anzumerken, daß in der zitierten Schülerstudie der Gebrauch von Medikamenten sehr klar im Zusammenhang mit verschiedenen psychischen und körperlichen Beschwerden erfragt wurde, daß der Gebrauch von Psychopharmaka als "Drogen" zu "Rauschzwecken" nicht erfaßt wurde. Jugendliche, die Psychopharmaka als Drogen gebrauchen, weisen vermutlich ein anderes soziales Beziehungsgefüge auf.

Über die Entwicklung des Medikamentenkonsums läßt sich aus den zitierten Studien nichts aussagen. Setzt man deren Ergebnisse jedoch mit gebotener Vorsicht zu jenen in Beziehung, die im Jugendbericht von 1987 zusammengefaßt wurden, läßt sich der Schluß ziehen, daß sich der Psychopharmakagebrauch Jugendlicher quantitativ wie qualitativ wenig verändert hat (zu ähnlichen Ergebnissen gelangt Brunmayr 1989a): Regelmäßigerer Psychopharmakakonsum dürfte bei zwei bis maximal drei Prozent der Jugendlichen zu beobachten sein, und zum Psychopharmakakonsum tendieren vor allem Jugendliche, die weniger qualifizierte Ausbildungen absolvieren.

Zeitvergleich: vermutlich gleichbleibend

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

300

### Zusammenfassung

Die epidemiologischen Ergebnisse für Österreich korrespondieren mit den Ergebnissen für Deutschland und die Schweiz. Sie bestätigen den Trend der Jugendlichen zu Nüchternheit bei legalen und illegalen Rauschmitteln und beim Tabak und lassen vermuten, daß der Psychopharmakakonsum stagnierte.

Trend zur Nüchternheit

Wo der intensivere illegale Drogenkonsum sozial beheimatet ist, darüber geben die vorliegenden Studien keine Auskunft. Vergleichsweise eindeutig geht jedoch aus ihnen hervor, daß Jugendliche, die intensiver trinken, rauchen und Psychopharmaka konsumieren, in stärkerem Maße unter jenen anzutreffen sind, die weniger qualifizierte Ausbildungen absolvieren: Der neue Trend zur Nüchternheit ist also in der sozialen Rangordnung oben angesiedelt. Es ist zu vermuten, daß er wie andere soziale "Innovationen", die Verhaltensstandards und alltägliche Verhaltensmuster betreffen, in den nächsten Jahren nach "unten" wandern und die "Problemgruppe" dadurch kleiner werden wird. Für jene, die - aus welchen Gründen immer - den neuen Verhaltensregeln nicht zu genügen vermögen, könnten daraus zusätzliche Probleme entstehen.

Betrachtet man den Drogenkonsum der Jugendlichen geschlechtsspezifisch, ergibt sich ein kompliziertes Bild. Der Rückgang des Tabakgebrauchs dürfte vor allem auf zunehmende Tabakabstinenz bei den Mädchen zurückzuführen sein. Das Rauchen unter den Jugendlichen ist dadurch wieder zu einem geschlechtstypischeren Verhalten - nämlich zu einem bei Jungen häufiger beobachtbaren Phänomen - geworden. Für die legale Droge Alkohol lassen sich auf der Basis der vorliegenden Daten keine eindeutigen Aussagen treffen. Die geschlechtsspezifischen Trinkgewohnheiten sind nach wie vor stark ausgeprägt. Zu vermuten ist nur, daß der Trend zu Nüchternheit hier stärker von den Jungen getragen wird und sich die risikoreichere Umgangsweise mit Alkohol der risikoärmeren der Mädchen angenähert hat.

Geschlechtsspezifische Unterschiede

Eindeutiger in diese Richtung weisen die Ergebnisse zum illegalen Rauschmittelgebrauch, vor allem zum risikoreicheren Gebrauch "harter" Drogen. Der Psychopharmakagebrauch hingegen - der im Gegensatz zum Gebrauch der anderen Drogen keine sozial integrierende Verhaltensweise darstellt - einsam und vielleicht auch häufig heimlich erfolgt - ist hingegen eine Domäne der Mädchen/Frauen geblieben.

### Warum? Was tun? Weiterführende Anmerkungen zu komplizierten Zusammenhängen

Ein Faktor, der bei der Erklärung des sinkenden Interesses an und Gebrauchs von legalen und illegalen Drogen bei Jugendlichen gerne bemüht wird, sind drogenpolitische Maßnahmen. Bei den illegalen Drogen wird häufig auf die Drogenpolitik schlechthin verwiesen und ihre "repressive" oder "liberale" Ausrichtung für das Gelingen - den zumindest stagnierenden, wenn nicht sinkenden illegalen Drogenkonsum - verantwortlich gemacht. Die Stagnation bzw. der Rückgang des illegalen Drogengebrauchs ist jedoch in allen industrialisierten Ländern - selbst im "Drogenhochkonsumland" USA - zu beobachten, ganz unabhängig davon, ob sie eine "repressive" oder "liberale" Drogenpolitik verfolgen. Reuband (1988) schlägt daher vor, den Gebrauch illegaler Drogen - der in allen Industrieländern hauptsächlich Gebrauch von Cannabis ist - als "Modephänomen" zu begreifen: "Die eigentliche Ausbreitung des Drogengebrauchs (Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre - IE-S) fällt mit der Propagierung von Haschisch als Kultdroge zusammen. Das Einpendeln auf einem stabilen Niveau spiegelt den Übergang in die Phase der 'Veralltäglichung' des neuen Phänomens wider. Die Ausbreitung des Drogengebrauchs scheint im wesentlichen der modischen Ausbreitung einer 'Innovation'... zu gleichen und ist am ehesten als

Drogenpolitische Maßnahmen: "repressive" und "liberale" Drogenpolitik gleich (un-)wirksam

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

301

Ergebnis eines sozialen Diffusionsprozesses über Gleichaltrige zu begreifen" (1988, S.67, vgl. auch Reuband 1987).

Ein ähnlicher Meinungsstreit ist im besonderen Fall der drogenpolitischen Maßnahme "Aufklärung" zu beobachten, die zumeist das Herzstück der primär präventiven Maßnahmen bildet. So wertet z.B. Brunmayr (1989a) den Rückgang der Drogen Erfahrungen in Oberösterreich zwischen 1980 und 1989 als "Erfolg der Aufklärungskampagnen und der Pressearbeit". Und da Wiener Jugendliche, die angaben, in der Schule "ausführlicher" über Drogen informiert worden zu sein, seltener Drogen Erfahrungen aufweisen als jene, die behaupten, nur "ein bißchen" oder "gar nichts" gehört zu haben, folgern Dür u.a. (1990), daß Drogenaufklärung einen "durchaus positiven Effekt" habe und daß die These von der "Verführung durch Aufklärung" zu verwerfen sei (S.90f).

Aufklärung: Keine vorschnellen Schlüsse

Eine nicht unproblematische Annahme, denn das, was als "ausführlich" betrachtet wird, könnte für Jugendliche, die sich für Drogen weder interessieren, noch sie probiert haben, etwas anderes bedeuten als für jene, die Erfahrungen haben oder gerne hätten. Drogen Erfahrungen oder auch die Bereitschaft, sie ausprobieren zu wollen, könnte zu Informationswünschen oder auch zu Informiertheit führen, neben der schulische Aufklärung als "ein bißchen" oder "gar nichts" erscheint. In diese Richtung weisen auch die Annahmen von Eder, daß "die Bereitschaft, Drogen einzunehmen, die Bekanntheit bestimmt" (1989, S.90f).

Andere Autoren wiederum heben wichtige Prozesse gesamtgesellschaftlichen Wandels hervor, die es erschweren, die Effekte primärer Prävention gesondert zu messen und zu erkennen. So meint Müller angesichts des Rückgangs der Trinker Erfahrungen Schweizer Jugendlicher: "Inwieweit ... die Abnahme der Anzahl der Heranwachsenden mit Trinker Erfahrungen ein Resultat gesundheitserzieherischen Bemühens ist, oder inwieweit sich darin ein gesamtgesellschaftlicher Trend zu höherem Körper- und Gesundheitsbewußtsein spiegelt, läßt sich nicht ausmachen" (1987, S.65).

Langfristige Trends...

Es ist jedoch nicht nur schwer, wenn nicht gar unmöglich, Aussagen darüber zu treffen, was längerfristige Wirkung drogenpolitischer, insbesondere drogenpräventiver Maßnahmen ist und was "Zug der Zeit". Es ist auch schwer, wenn nicht unmöglich, Aussagen über kurzfristige Effekte zu treffen, oder diese sogar vorausszusehen, wie die beiden folgenden Beispiele illustrieren mögen.

...kurzfristige Effekte: zwei Beispiele

Das erste Beispiel handelt von den zumindest kurzfristigen Folgen der Aktion "Don't drink and drive", die vom Kuratorium für Verkehrssicherheit zur Verhütung von "Disco-Unfällen" entworfen wurde. Die Effizienzmessung ergab, daß die Aktion weder das Image der alkoholischen Getränke verschlechtert noch daß sich der Alkoholkonsum der Disco-Besucher verringert hatte, und auch daß sich an den Einstellungen der Disco-Besucher zu "Trinken und Fahren" nichts wesentliches verändert hatte. Bis auf eine Ausnahme: "Alkohol" wurde nach der Aktion häufig als Ursache der Straßenverkehrs unfälle genannt. Gleichzeitig allerdings nannten die Jugendlichen "überhöhte Geschwindigkeit" seltener. Die Autoren der Studie meinen zu diesem paradoxen Ergebnis: "Dieses im Sinne der Zielsetzung der Kampagne positive Ergebnis gibt allerdings auch Recht zur Überlegung, ob die Hervorhebung einer Unfallursache (z.B. Alkohol) nicht gleichzeitig eine Unterbewertung anderer Unfallursachen (z.B. überhöhte Geschwindigkeit) bewirken kann" (Klemenjak, Praschl 1990, S 3).

Erstes Beispiel: "Don't drink and drive": Unterbewertung anderer Unfallursachen?

Das zweite Beispiel stammt aus den vielfach zitierten Schülerstudien von Eder. Deren Ergebnisse unterstreichen, wie eng Rauchen und Trinken einerseits und soziale Integration andererseits zusammenhängen. Richtet sich Gesundheitserziehung nur auf die klassischen Risikofaktoren Trinken und Rauchen und berücksichtigt sie nicht deren Zusammenhang mit sozialer Integration, läuft sie Gefahr, das "Kind mit dem

Zweites Beispiel: Konsum von Drogen dient der Bekämpfung sozialer Isolation

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

302

Bade" auszuschütten". Denn, so Eder: "Eine Reihe von Verhaltenskomplexen, die deutlich gesundheitsungünstig sind (regelmäßiges Trinken und Rauchen - IE-S) dienen dem Erfüllen von Gruppennormen und damit der sozialen Integration von Kindern. Sie dienen damit auch der Bekämpfung von sozialer Isolation, die einen dem Rauchen (und Trinken - IE-S) durchaus vergleichbaren Risikofaktor darstellt: ... soziale Desintegration korreliert mit einer ... deutlich wahrnehmbaren gesundheitlichen Belastung" (1990, S.166f; vgl. dazu auch Bergler 1992).

Dasselbe läßt sich im übrigen auch für den Gebrauch illegaler Drogen nachweisen, der im Kreis der gleichaltrigen Freunde und Bekannten stattfindet und in eine jugendliche Subkultur einbettet. Folgerichtig sind auch "nicht die einsamen, sondern die geselligen Jugendlichen ... stärker gefährdet, einmal zu Drogen zu greifen (nicht notwendigerweise allerdings auch in Abhängigkeit zu geraten)" (Reuband 1987, S.278). Auch in der abweichenden Subkultur wird die Isolation bekämpft, werden Gefühle der Zugehörigkeit und wird die Identität entwickelt, werden soziale Beziehungen (Netzwerke) geknüpft, die im Falle von persönlichen Krisen Unterstützung, Bewältigungshilfen bieten können. Trinken, Rauchen und Drogengebrauch haben also auch wichtige, unmittelbar sozial integrative Funktionen, nur der Psychopharmakagebrauch scheint davon ausgenommen.

Beide Beispiele zeigen, daß Maßnahmen, die sich auf den Drogengebrauch konzentrieren, zu kurz greifen oder zu unerwünschten Ergebnissen führen. Drogengebrauch ist nie die einzige Ursache für problematische Ereignisse. Betont man ihn oder versucht man nur ihn zu verändern, rücken andere wichtige Komponenten des Geschehens in den Hintergrund und/oder werden neue Probleme - wie z.B. soziale Isolation - geschaffen.

Bedeutet dies nun, daß drogenpolitische, insbesondere drogenpräventive Maßnahmen langfristig betrachtet wirkungslos sind, kurzfristig betrachtet neue Probleme nach sich ziehen? Ich möchte mich, bevor ich auf diese Fragen eingehe, noch kurz mit dem "Zug der Zeit" beschäftigen.

Schweizer Autoren, die sich mit der Veränderung der Drogenkonsumgewohnheiten bei Jugendlichen (wie im übrigen auch bei Erwachsenen) befassen, rücken pessimistische Bilder ins Blickfeld: Vom "erfolgreichen Yuppie in Zeiten des Neokonservatismus" ist da die Rede, wie vom "Ökofreak im Zeitalter des Wassermanns", zu deren beider Habitus der "Konsum prestigeträchtiger Mineralwasser" gehöre (Klingemann 1989). Das gesteigerte Gesundheitsbewußtsein ist der gemeinsame Nenner des erfolgreichen Yuppies und des spirituellen Ökofreaks, doch verweist die Begriffswahl auch auf andere Gemeinsamkeiten: so zumindest auf gesteigerten Individualismus und Egozentrismus, der sich in gesteigerter Beschäftigung mit dem eigenen Körper, dem eigenen Geist, der eigenen Karriere und den eigenen Überlebenschancen ausdrückt.

Den Anstieg des Konsums von Schmerz- und Anregungsmitteln, der sich in der Schweiz abzeichnet, interpretieren die Autoren der Studie quasi ergänzend von der anderen Seite, mit den strukturellen Bedingungen, "vor dem Hintergrund sich wieder verstärkender Leistungsnormen in der Gesellschaft" (Müller, Abbet 1989, S.30): Schmerz- und Stimulantiengebrauch - allein und verborgen konsumiert - also für jene, die dem wachsenden Leistungsdruck ohne "chemische Krücken" nicht gewachsen sind.

Hinweise auf zunehmende Vereinzelung und Konkurrenz einerseits, auf zunehmenden Leistungs- und Anpassungsdruck andererseits sind nicht auf Schweizer Studien beschränkt. Die gesamtgesellschaftlichen Veränderungen finden in der Debatte um den "Wertewandel" Ausdruck, zu dem auch österreichische Studien vorliegen. Stellvertretend für andere sei die oberösterreichische Jugendstudie von 1992 zitiert, gemäß

Fazit: Bloß auf Drogengebrauch gerichtete Maßnahmen greifen zu kurz

Yuppies und Ökofreaks

Leistungsdruck und "chemische Krücken"

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

303

der Werte wie "persönliche Sicherheit, Leben genießen, Leistung, Ungebundenheit, persönlicher Vorteil, Unterhaltung und Spaß" - die "individuelle Lebensoptimierung" - zu Lasten moralisch-ethischer und kommunitärer Werte im "Aufwind" liegen (Brunmayr 1992).

Der gesellschaftliche Wandel der Lebenshaltungen Jugendlicher - die im Kontext der Veränderung struktureller Lebensbedingungen zu interpretieren sind - findet im übrigen auch in der theoretischen Diskussion um die Jugend Niederschlag. Das Konzept der "Jugend als Subkultur" wird verworfen, die Bindungen der Jugendlichen an das "Altersklassen- und Gruppensystem" werden relativiert und ihre starken Bindungen an die Elterngeneration "wiederentdeckt" (vgl. Oswald 1988).

Nüchternheit ist nicht "an und für sich" mit "individueller Lebensoptimierung" verknüpft: die Nüchternheitsbestrebungen der Jugendlichen zu Beginn dieses Jahrhunderts, die weit ausgeprägter waren als heute, waren in einen Kodex von Verhaltensregeln eingebunden, der ausgeprägte kommunitäre und moralisch ethische Orientierungen aufwies (Eisenbach-Stangl 1987 und 1991).

Die gesellschaftlichen Prozesse, vor deren Hintergrund die neue Nüchternheit der Jugendlichen zu interpretieren ist, bergen Tendenzen zur Ausgrenzung und Stigmatisierung jener, die "es nicht schaffen", die "nicht dazu gehören". Für das hier behandelte Thema bedeutet dies, daß Jugendliche, die "zu viel" trinken, rauchen, illegale Drogen gebrauchen, zunehmend Gefahr laufen, sozial isoliert und geächtet zu werden - von Gleichaltrigen wie von Erwachsenen. Wie seit langem zu beobachten ist, wird, was als "zu viel" wahrgenommen wird, quantitativ gesehen, immer weniger - die Maßstäbe für tolerierten und noch nicht als pathologisch oder abweichend definierten Drogengebrauch werden sukzessiv strenger (Eisenbach-Stangl 1991).

Tendenzen zur  
Ausgrenzung

Soziale Ächtung und Isolation verstärken bekanntlich bestehende psychosoziale und physische Probleme und schaffen neue. Gesundheitserziehung, drogenpolitischen und drogenpräventiven Maßnahmen käme daher heute verstärkt die Aufgabe zu, diesen Prozessen gegenzusteuern.

Drogenpolitik und  
Drogenprävention  
als Mittel der  
Gegensteuerung

Dies könnte zum einen durch die soziale Integration gefährdeter Jugendlicher geschehen, deren relative, aber nicht absolute Zahl gering ist. Wie die epidemiologischen Ergebnisse zeigen, sind dies vor allem Angehörige weniger privilegierter bis unterprivilegierter Schichten. Des weiteren wurde durch verschiedenste Untersuchungen immer wieder bestätigt, daß die verschiedenen Arten intensiveren Drogengebrauchs - Trinken, Rauchen, illegaler Drogenkonsum und auch Psychopharmakaeinnahme - einander überlappen und daß die Intensiv- und Mehrfachgebraucher auch vermehrt an psychosozialen und ökonomischen Problemen leiden. Für diese Gruppe wären sozial integrative Programme zu fördern, weiterzuentwickeln, auszubauen und neu zu schaffen, die ein breites Angebot an psychosozialer und ökonomischer Stützung, sozialem Training, Ausbildung, ärztlicher Versorgung und Rechtsberatung aufweisen. Konsumreduktion und Abstinenz dürften nicht als leitendes Ziel solcher Programme etabliert sein oder werden und drogenspezifische Betreuungsangebote wären in die Angebotspalette einzufügen. In der Arbeit mit illegalen Drogengebrauchern haben sich für Programme dieser Art Begriffe wie "niedrigschwellige Angebote" oder "akzeptierende Drogenarbeit" eingebürgert, das Ziel der Programme wird als "harm reduction" apostrophiert. Erste Versuche, die "niedrigschwelligen Angebote" und "harm reduction" für Gebraucher legaler Drogen zu "übersetzen" und zu etablieren, sind z.B. in den Niederlanden mit Erfolg unternommen worden.

Soziale Integra-  
tion gefährdeter  
Jugendlicher

Niedrigschwellige  
Angebote - ak-  
zeptierende Droger  
arbeit,  
harm reduction

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

304

Zum zweiten wäre aber auch der Drogengebrauch durch sozial integrative Maßnahmen (wieder) einzubetten: Jugendliche haben ohne Zweifel das Recht, über Drogen - legale oder illegale - "aufgeklärt", d.h. mit bestmöglicher Sachkenntnis informiert zu werden. Zu dieser Information zählt jedoch auch die Kultur- und Sozialgeschichte der Drogen, oder auch anders ausgedrückt, die Geschichte der Bedeutung des Drogengebrauchs und der Abstinenz, die unter anderem kognitive und emotionale, negative wie positive Aspekte umfaßt. Maßnahmen zur sozialen Integration des Drogengebrauchs hätten jedoch über Aufklärung hinauszugehen, und die kognitive wie emotionale Wiedereinbettung des aktuellen Drogenkonsums der Jugendlichen (aber nicht nur bei diesen) zu betreiben. Vor allem die Entwicklung informeller sozialer Regeln, die individuell internalisiert werden und kontrollierten Drogengebrauch anleiten, wäre durch moderne pädagogische Methoden (wie z.B. Gruppenarbeiten) zu stimulieren und zu fördern.

Drogengebrauch  
integrieren -  
Aufklärung  
versachlichen

Die oben nach den lang- und kurzfristigen Effekten drogenpolitischer, drogenpräventiver und gesundheitserzieherischer Maßnahmen gestellte Frage könnte vor dem Hintergrund dieser Überlegungen neu formuliert werden: Nicht die unmittelbare meßbare Wirkung auf den Drogengebrauch - dessen quantitative Veränderung in Form der Konsumreduktion oder der Abstinenz - wäre das Ziel. Das Ziel wäre - ehrgeiziger, komplexer und mit quantitativen Methoden kaum erfaßbar - die Veränderung des Umgangs mit den Drogen und mit Drogengebrauchern. Oder auch: Förderung eines "sozialen Klimas", in dem sich individuelle Gesundheit - umfassend und ganzheitlich verstanden - entwickeln und entfalten kann. Oder auch: "Klima" und "soziale Gesundheit" statt kurz- oder langfristiger "Effekte" und "Fitness".

### Literatur:

- Bergler, R. u.a., Zigarettenkonsum im Jugendalter, Deutscher Instituts-Verlag, Köln 1992
- Brunmayr, E., Österreichische Jugendstudie 1989, im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie, Wien 1989
- Brunmayr, E., Jugend im Zeitvergleich, Empirische Untersuchung über jugendrelevante Fragen, im Auftrag des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung, Linz 1989a
- Brunmayr, E., NÖ Jugendstudie 1990, NÖ Sozial- und Marktforschungsinstitut, Wien-1991
- Brunmayr, E., OÖ-Jugendstudie 1992, durchgeführt im Auftrag des Amtes der OÖ Landesregierung - Jugendreferat, Linz 1992
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Die Entwicklung der Drogenaffinität Jugendlicher, Köln, o.J.
- Dür, W.u.a., AIDS-Aufklärung bei Jugendlichen, Endbericht und Anhang, Ludwig Boltzmann-Institut für Medizinsoziologie, Wien 1990
- Eder, A., Gesundheitsverhalten. Teil 4: Gesundheit in der Schulklassen-Gesellschaft, Bundeskanzleramt (Hg.), 1, 1989
- Eder, A., Risikofaktor Einsamkeit, Springer, New York 1990
- Eder, A., Gesundheitsverhalten als Lebensstil. Gesundheit in der Schulklassengesellschaft, Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz (Hg.), 1, 1991
- Eisenbach-Stangl, I., Nüchternheitsidyllen, Vortrag gehalten in der Alten Schmiede, literarisches Quartier, am 28.9.1987
- Eisenbach-Stangl, I., Jugend und Rausch. Eine empirische Analyse legalen und illegalen Rauschmittelkonsums Wiener Schüler. Schriftenreihe des Ludwig Boltzmann-Instituts für Suchtforschung, Band 5, Brüder Hollinek, Wien 1984
- Eisenbach-Stangl, I., Einübung in Drogengebrauch. Legaler und illegaler Drogenkonsum und drogenbezogene Probleme, in: Janig, H., Hexel, P.C., Luger, K. (Hg.),

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

305

- Rathmayr, B. (Hg.): *Schöner Vogel Jugend*, Universitätsverlag Rudolf Trauner, Linz 1988
- Eisenbach-Stangl, I., *Eine Gesellschaftsgeschichte des Alkohols. Produktion, Konsum und soziale Kontrolle alkoholischer Rausch- und Genußmittel in Österreich 1918 - 1984*, Campus, Frankfurt 1991
- Fahrenkrug, H., Müller, R., *Alkohol und Gesundheit in der Schweiz. Bericht über eine Umfrage aus dem Jahre 1987. Mit Trenddaten zu Alkohol-, Tabak- und Arzneimittelkonsum aus den Jahren 1975, 1981 und 1987*, Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme, Arbeitsbericht der Forschungsabteilung Nr. 20, Lausanne 1989
- Favretto, A.R., Sarzotti, C., *Drinking alcohol in Italy today: values, attitudes, habits*, Vortrag gehalten am 2. Convegno Internazionale: "La Ricerca Italiana sulle Bevande Alcoliche nel Confronto Internazionale", Santo Stefano Belbo, September 1989
- Fessel 1983, *Jugend und Alkohol*, Studie gefördert von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Bundessekt. Fremdenverkehr, Fachverb. Gastronomie
- Fessel 1987, *Medikamentenkonsum von Jugendlichen*, Studie im Auftrag des Informationsdienstes der österreichischen Apothekerkammer, Wien
- Fessel 1987a, *Medikamentenkonsum von Kindern*, Studie im Auftrag des Informationsdienstes der Österreichischen Apothekerkammer, Wien
- Fessel 1989, *Rauchgewohnheiten - Kinder*, Studie 1989/11.365
- Fessel 1989a, *Grundlagenuntersuchung Bier*, im Auftrag der Gesellschaft für Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Brauwirtschaft
- Fessel 1991, *Einstellung zu Discobesuch und Alkoholkonsum Jugendlicher*, im Auftrag des Verbandes der Konzertlokalbesitzer und aller Veranstalter Österreichs, KLBV
- Grabenwöger, B., *Der Discobesuch. Auswertung einer Meinungsumfrage unter Jugendlichen*, Kuratorium für Verkehrssicherheit, Institut für Verkehrspsychologie, Wien 1991
- Heinzlmeier, B., Schweiger, H., Wenzel, H., *Jugendbanden*, Österreichisches Institut für Jugendforschung, Wien 1992
- IFES 1984, *Medikamentenverbrauch (-mißbrauch) in Österreich*, Studie im Auftrag des Anton Proksch-Institutes, Wien
- IFES 1986, *Medikamentenkonsum von Kindern*, Studie im Auftrag des Anton-Proksch-Institutes, Wien
- IJF (Institut für Jugendforschung): *Die Entwicklung der Drogenaffinität Jugendlicher*, Studie im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, München o.J.
- IMAS 1992, *Österreichische Verbraucheranalyse Jahresbericht über die Suchtgiftkriminalität in Österreich*, Bundesministerium für Inneres, Wien 1975 - 1992
- Klemenjak, W., Hutter, M., *Der Stellenwert des Discobesuches als Freizeitgestaltung und damit zusammenhängende Verkehrssicherheitsprobleme*, Kuratorium für Verkehrssicherheit, Verkehrspsychologisches Institut, Wien 1988
- Klemenjak, W., Praschl, M., *"Don't Drink and Drive"*, Effizienzmessung, Kuratorium für Verkehrssicherheit, Wien 1990
- Klingemann, H., *Widerstand gegen Alkoholpolitik? "Neue Nüchternheit" und gewandeltes Gesundheitsverständnis als Perspektiven der Zukunft*, in: *Drogalkohol* 13, 1989
- LIFE-STYLE 1989 - *Sonderband Rauchverhalten*, durchgeführt von Fessel+GfK Institut (Studien-Leitung Alke Strohmeier), im Auftrag von TEAM BBDO Werbeagentur GmbH
- Marinell, G., van Staa, H., Traweger, Ch., *Jugend in Tirol 1992*, Pressebericht, Amt der Tiroler Landesregierung, Innsbruck 1992
- Müller, R., *Zeittrends der Trinkgewohnheiten 11 - bis 16jähriger Schüler - Konstanz und Wandel einer risikoreichen Verhaltensweise*, in: *Drogalkohol* 11, 1987
- Müller, R., Abbet, J.-P., *Veränderungen im Konsum legaler und illegaler Drogen bei*

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

306

- Jugendlichen, Schweizerische Fachstelle für Alkoholprobleme, Lausanne 1991
- Oswald, H., Zur Konzeptualisierung der Jugend als Subkultur, in: Haller, M., Hoffmann-Nowotny, H.-J., Zapf, W. (Hg.), Kultur und Gesellschaft, Campus, Frankfurt 1989
- Pilgram, A., Suchtgiftkriminalität in Österreich - Anleitung zur unvoreingenommenen Lektüre amtlicher Statistiken, in: Mader, R., Strotzka, H. (Hg.), Drogenpolitik zwischen Therapie und Strafe, Jugend und Volk, Wien 1980
- Reuband, K.-H., Rauschmittelkonsum bei Jugendlichen. Entstehungsbedingungen und Karriereverläufe, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit, 1987
- Reuband, K.-H., Drogenkonsum im Wandel, in: Zeitschrift für Sozialforschung und Erziehungssoziologie, 1988
- Reuband, K.-H., Illegale Drogen. Ein Sozialindikatorenreport, in: DHS (Hg.), Jahrbuch '90 zur Frage der Suchtgefahren, Neuland, Hamburg 1989
- Sadnek, B., Über den Alkoholkonsum Jugendlicher. Diplomarbeit an der Universität für Bildungswissenschaften Klagenfurt, November 1990
- Springer, A., Uhl, A., Maritsch, F., Das Cannabisproblem in Österreich, in: Wiener Zeitschrift für Suchtforschung, Nr.1 - 2, 1987
- Springer, A., Uhl, A. Suchtgiftprävention in der Schule, im Auftrag des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, Ludwig Boltzmann-Institut für Suchtforschung, Wien 1993
- Vorarlberger Jugendstudie '90, im Auftrag des Amtes der Vorarlberger Landesregierung, Jugend- und Familienreferat, durchgeführt vom Institut für Kommunikations-Planung, Salzburg
- Wertewandel und Rauchverhalten, Österreich 1988, Sonderbericht für Austria Tabak im Rahmen der Gemeinschaftsstudie Life Style 1988, erstellt vom Fessel + GfK Institut, BBD/Special Research
- Zigarettenmarkt 1991, Teil 1: Marktmodell, BBD/Special Research, Angelika Trachtenberg

# **KONTROVERSE**

## **Jugendliche und Beruf**

**Jugendliche zwischen Ausbildung und Beschäftigung.  
Probleme und Perspektiven im System der Lehrlingsausbildung**

**Jugendliche im Bildungs- und Ausbildungssystem.  
Übergänge, Befindlichkeiten und berufsbezogene  
Erwartungen**

## Kontroverse: Jugendliche und Beruf

### 1. Jugendliche zwischen Ausbildung und Beschäftigung. Probleme und Perspektiven im System der Lehrlingsausbildung

Ausarbeitung: Lorenz Lassnigg

### 2. Jugendliche im Bildungs- und Ausbildungssystem. Übergänge, Befindlichkeiten und berufsbezogene Erwartungen

Ausarbeitung: Arthur Schneeberger

Die Eröffnung einer Kontroverse statt eindeutiger Aussagen zur Lage ist im Zusammenhang von Expertenberichten ungewohnt. Auch von wissenschaftlicher Forschung, auf die sich der vorliegende Bericht auf weite Strecken beruft, wird eher Eindeutigkeit und die objektive Entscheidung politischer Streitfragen erwartet als die Beteiligung am Streit der Meinungen.

Das Zusammenspiel von Politik und Wissenschaft kann aber auch zur folgenlosen *art pour l'art* verkommen, bei dem der eine immer wieder dieselben Analysen produziert, damit der andere immer noch feststellen kann, daß sie leider nicht zutreffen und schon gar nicht in die Praxis umzusetzen sind. Bei der schier endlos diskutierten Frage nach der Lehrlingsausbildung und ihrem Verhältnis zu weiterführenden Schulausbildungen läuft die staatliche Politik Gefahr, zur tatenlosen Zuschauerin des festgefahrenen Positionskampfes der Arbeitsmarktparteien zu werden.

In solchen Fällen ist die Verschärfung und Intensivierung der Kontroverse zielführender als die Vorspiegelung falscher harmonischer Tatsachen. Der Bericht geht deshalb von der Realität des beschriebenen Positionskampfes aus und betreibt von dort aus zweierlei: den Versuch, jene Punkte dingfest zu machen, von denen aus entscheidbare Ziele einer Reform zu gewinnen wären (erster Beitrag) und - quasi als Exempel - die pointierte und aus einer vorgegebenen Interessenslage vorgetragene Sicht der Situation (zweiter Beitrag).

Ziel dieser Vorgangsweise ist nicht, den zahlreichen Einschätzungen und Lösungsvorschlägen zum Thema weitere hinzuzufügen, sondern die Diskussion dieser für Jugendliche so entscheidenden Fragen ein Stück weit aus alten Gleisen herauszulocken und auf die holprigen Wege zu leiten, auf denen schwierige politische Entscheidungen in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche eben zu treffen sind.

## JUGENDLICHE ZWISCHEN AUSBILDUNG UND BESCHÄFTIGUNG. PROBLEME UND PERSPEKTIVEN IM SYSTEM DER LEHRLINGSAUSBILDUNG

Lorenz Lassnigg

### Eine endlose Debatte

Die Diskussion um die Lehrlingsausbildung in Österreich gruppiert sich um Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Die Auseinandersetzungen sind dadurch gekennzeichnet, daß sich seit Jahrzehnten festgefügte Positionen gegenüberstehen. Dabei ist wesentlich, daß in diesen Auseinandersetzungen zwei Ebenen vermischt werden: (a) die Ebene der grundsätzlichen Entscheidung für oder gegen die Lehrlingsausbildung als Hauptbereich der beruflichen Bildung und damit für einen bestimmten Typus von Bildungssystem mit (b) der Ebene der Behebung von Funktionsproblemen innerhalb des Systems. Hinweise auf und Lösungsvorschläge für Funktionsprobleme im System, die meist von der Arbeitnehmerseite kommen, werden von der Arbeitgeberseite mit Argumenten zur allgemeinen Verteidigung des Systems beantwortet. Diese Dynamik legt den Verdacht nahe, daß diese beiden Ebenen vielleicht nicht zu trennen sind: Ist es so, daß die Lösung von Funktionsproblemen letztlich auf einen Systemwechsel hinführt? Mit anderen Worten, sind die beklagten Probleme innerhalb des Systems vielleicht nicht zu lösen? In diesem Fall müßte man die Funktionsprobleme in Kauf nehmen, wenn man das System erhalten will. Daran wäre die Frage anzuschließen, wie schwerwiegend die Probleme im Vergleich zu den Vorteilen sind, wie die Vor- und Nachteile verteilt sind.

Festgefügte  
Positionen

Funktionsprobleme  
oder Probleme  
des Systems ?

Die sich gegenüberstehenden Positionen:

- Die Vertretungen der Arbeitgeberseite betonen in erster Linie die Vorteile und die Funktionsfähigkeit des Systems. Insbesondere die Leistungen der Betriebe werden hervorgehoben. Eine Kernforderung ist die Aufrechterhaltung bzw. Erweiterung der betrieblichen Ausbildungszeit. Kritik wird vor allem am schulischen Teil der Ausbildung geübt, wenn auch konzediert wird, daß in Einzelfällen auch Probleme in Betrieben auftreten. Die Forderungen und Vorschläge im einzelnen kann man etwa folgendermaßen zusammenfassen:
  - \* Verstärkte Differenzierung des vorgelagerten Schulwesens mit dem Ziel der Verstärkung des Zustroms in die Lehrlingsausbildung
  - \* Vorverlegung und Verstärkung der Berufsorientierung
  - \* Neuregelung der 9. Schulstufe zur Verringerung der "Benachteiligung" der Lehrlingsausbildung wegen des zeitlich versetzten Beginns
  - \* Hebung des Images der Lehrlingsausbildung durch gezieltes und massives Marketing
  - \* Stärkung des Gewichtes des betrieblichen Elementes in der Lehrlingsausbildung, insbesondere Hervorhebung der Ausbildungs- / Arbeitszeit
  - \* Flexibilisierung der Berufsschule
  - \* Moderate Erweiterung der Durchlässigkeit in weiterführende Bildungsgänge
  - \* Betonung der betrieblichen Verantwortung und Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit dem Finanzierungsbeitrag
  - \* Differenzierung der Abschlüsse nach dem Leistungsniveau der AbsolventInnen
  - \* von Seiten der Industrie: Bestrebungen zu einer Reform des industriellen Bereiches ähnlich der deutschen Entwicklung

Arbeitgeber-  
position

- Die Vertreter der Arbeitnehmerseite heben auf dem Hintergrund ihrer grundsätzlichen Befürwortung der Lehrlingsausbildung eine Reihe von Problemen hervor, deren Lösung von einigen grundlegenden Reformen erwartet wird. Die Reformvorschläge

Arbeitnehmer-  
position

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

310

gruppieren sich um einige Kernforderungen:

- \* stärkere Integration der Lehrlingsausbildung in das schulische System (Erweiterung der Allgemeinbildung in der Berufsschule, Anrechnungen und Übertrittsmöglichkeiten in das berufsbildende Schulwesen, Verschränkung von Berufsschulen und mittleren Schulen)
- \* Integration der 9.Stufe in Richtung Orientierungsstufe
- \* Erweiterung und Stärkung der Elemente, die den einzelbetrieblichen Bereich ergänzen und transzendieren (2.Berufschultag, Verbreiterung der Berufsfelder, Schaffung von über- bzw. zwischenbetrieblichen Einrichtungen)
- \* Erweiterung und Verdichtung der Ausbildungsvorschriften zur Erhöhung der Kontrollmöglichkeiten und der Rechtssicherheit
- \* Zurückdrängung der Bedeutung der Matura, Anerkennung von beruflicher Praxis für den Übergang in den postsekundären Bereich
- \* Beteiligung der Arbeitnehmer an der Kontrolle und Verantwortung für das System, überbetriebliche Finanzierungselemente

Es handelt sich dabei um ein zusammenhängendes Forderungsprogramm, das seit Jahren mit den entsprechenden Begründungen erhoben wird. Der Kernpunkt besteht darin, daß die vorhandenen Ausbildungsvorschriften auf Berufe und Tätigkeitsfelder ausgerichtet sind, die als zu eng eingeschätzt werden. Betriebe, deren Aktivitätsspektrum und deren Einrichtungen eine entsprechende Enge aufweisen, werden als unzureichende Umgebung für eine mehrjährige Ausbildung angesehen und diese Betriebe müßten einen Teil der Verfügung und Kontrolle über ihre Lehrlinge aufgeben. In den Kernländern der Lehrlingsausbildung verlaufen die inhaltlichen Fronten sehr ähnlich, wobei zumindest ein Teil der Forderungen für den industriellen Bereich in den beiden anderen Ländern bereits verwirklicht ist. In den letzten Jahren zeichnet sich auch in Österreich im Lager der Arbeitgeberseite eine Differenzierung zwischen den Repräsentanten der industriellen Sektoren einerseits und den Repräsentanten der traditionellen Gewerbe- und Dienstleistungssektoren andererseits ab. Erstere zeigen sich zumindest einem Teil der Forderungen gegenüber aufgeschlossen, was bei den letzteren nicht der Fall ist.

Die Situation ist polarisiert, die Weiterentwicklung ist blockiert. Versuche, eine gemeinsame Basis zu finden, beziehen sich eher auf die Randbereiche bzw. die Anschlußstellen der Lehrlingsausbildung nach außen. Bereits 1989 wurde eine gemeinsame Position der Sozialpartner im Bericht über "Qualifikation 2000" formuliert. Die Forderungen konzentrieren sich auf den Eingangsbereich in die Lehrlingsausbildung (Veränderung des Polytechnischen Lehrganges) und den Ausgangsbereich aus der Lehrlingsausbildung (Übergang in weiterführende Bildungsgänge). Die Lehrlingsausbildung selbst wird allgemein angesprochen (Berufsfelder oder Schaffung neuer breiterer Berufe), jedoch hat dies eher peripheren Charakter. Im "Bericht über die Berufsausbildung in Österreich 1991" des BMWA sind in den Empfehlungen und Leitsätzen für die Lehrlingsausbildung die Forderungen bezüglich des Zuganges und des Überganges weiter ausgeführt und konkretisiert. Abgesehen von der Forderung nach Verbesserung in "imagemäßiger Hinsicht" gibt es jedoch überhaupt keine Empfehlung, die sich auf die Lehrlingsausbildung selbst bezieht. Ein weiterer Schwerpunkt sind Forderungen nach Erweiterung der Berufsinformation und -beratung. In jüngster Zeit ist es im Zusammenhang mit angestrebten Veränderungen des Gewerbe- bzw. des Berufsbildungsrechtes zu gewissen Einigungen gekommen, die sich vor allem auf die Lehrberechtigung der Betriebe und die Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten der Arbeitnehmerseite beziehen.

Standpunkte  
schließen sich  
gegenseitig aus

Allgemein formuliert konzentriert sich die Auseinandersetzung auf die Problematik, inwieweit eine Verstärkung von institutionellen Einflüssen und Strukturen erforderlich ist, die die Wahrung von öffentlichen und überbetrieblichen Interessen gegenüber der einzelbetrieblichen Position erweitern können. Gegenüber diesen Forderungen

Überbetriebliche  
Interessen vs.  
einzelbetriebliche  
Anforderungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

311

wird die betriebliche Ausbildungsbereitschaft in die Waagschale geworfen. Die im öffentlichen Interesse gestellte Frage nach Mechanismen der Qualitätssicherung wird mit der Forderung nach Vertrauen in die betrieblichen Leistungen und Anstrengungen kombiniert mit pauschaler Kritik an den Leistungen schulischer Institutionen und an der Leistungsfähigkeit und Rationalität öffentlicher Institutionen generell beantwortet. Diese Positionen und vor allem die dahinterliegenden Orientierungen schließen sich gegenseitig weitgehend aus, die Verwirklichung der Vorstellungen der einen Seite impliziert ein Aufgeben von Positionen der anderen Seite. Dies gilt vor allem in zwei Bereichen: In der Frage der Verteilung der Ausbildungs-/Arbeitszeit und in der Frage der Regelung der Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten. Die Dynamik der Auseinandersetzungen hat weithin die Form, daß die Positionen nicht mehr hinterfragt werden. Sowohl die Forderungen als auch die Argumente zur Verteidigung werden als so wohlbegründet angesehen, daß weitere Überlegungen und Analysen nicht erforderlich erscheinen.

Wie ist ein wissenschaftlicher Umgang mit dieser Konstellation möglich? Lassen sich die Streitfragen durch Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung klären? Handelt es sich um eine Auseinandersetzung um "Fakten" oder geht es um komplexe ideologisch gefärbte Konstrukte und Bewertungen, die sich letztlich nicht auf empirisch erhebbare Phänomene reduzieren lassen? Inwieweit ist in der Gegenüberstellung der Positionen ein Element politischer Rhetorik enthalten, die sich aus der Dynamik der Interessenskonflikte und Auseinandersetzungen zwischen den Arbeitsmarktparteien ergibt, oder mit anderen Worten: inwieweit haben beide Positionen recht, nur eben jeweils aus einer bestimmten begrenzten Interessensorientierung heraus? Wie ist mit einer derartigen Konstellation umzugehen, wenn man die Problematik aus der Sicht der öffentlich zu gewährleistenden Sicherung von Qualifizierungsinteressen der Jugendlichen betrachtet?

Folgende Wege des Umganges mit dieser Situation sind denkbar: Man kann sich gedanklich in die Frontstellung hineinversetzen und über die "Richtigkeit" einer der beiden Positionen zu entscheiden versuchen: "Sackgasse" oder "Karriere"?; Ausbildung für die dynamischen Bereiche der Wirtschaft oder Ausbildung in traditionellen und schrumpfenden Bereichen?; hohe Ausbildungsqualität oder mangelnde Ausbildungsqualität?; etc. Dieser Weg wird von der Berufsbildungsforschung, die vor allem von den Sozialparteien nahestehenden Instituten durchgeführt wird, seit Jahren verfolgt -- wie man sieht, ohne daß eine Klärung in Sicht ist. Eine Sichtung der entsprechenden Materialien führt zu dem Schluß, daß es nicht um "Fakten" geht -- wie die wissenschaftliche Rhetorik oft nahelegt --, sondern um komplexe Bewertungsprobleme.

Ein zweiter Weg besteht darin, sich auf den Standpunkt bestimmter, fest umrissener Zielvorstellungen für eine idealtypische alternative Grundstruktur des Bildungssystems zu stellen und das bestehende System von dieser Position aus zu analysieren. Im Hintergrund dieser Vorgangsweise liegt die Frage nach den grundsätzlichen komparativen Vorteilen, die das System der Lehrlingsausbildung im Vergleich zu den alternativen Grundmodellen hat und haben kann, sowie um die spezifischen Ziele und Funktionen, die dieses System erfüllen kann und erfüllen soll. Dabei geht es um eine grundsätzliche Infragestellung der Lehrlingsausbildung als dominierende Institution beruflicher Ausbildung. Die folgenden stilisierten Vorstellungen konsistenter Gesamtmodelle liegen einer derartigen Betrachtungsweise zugrunde:

Ein Typus eines derartigen Bezugssystems ist das Modell einer vorwiegend allgemeinbildend ausgerichteten integrierten oberen Sekundarstufe (Beispiele: die US-amerikanische High school, oder auch das japanische Schulsystem). Dabei handelt es sich am ehesten um ein konsistentes Modell. Diese Systeme verschieben Berufsausbildung wesentlich in den postsekundären Bereich bzw. in den Unternehmenssektor in Form von on-the-job-Training. Soweit auf der oberen Sekundarstufe Beziehungen zur

Lassen sich die Streitfragen wissenschaftlich entscheiden?

Wer "recht hat" ist keine Frage der Fakten, sondern der Bewertungen

Ausweg: Analyse des Bildungssystems geht von fest umrissenen Zielvorstellungen aus

Typ I: Allgemeinbildend ausgerichtete integrierte obere Sekundarstufe

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

312

Berufswelt hergestellt werden, erfolgt dies vor allem in drei Formen: (1) in Form von berufsbezogenen schulischen Wahlmöglichkeiten, die einen geringeren oder größeren Schwerpunkt im individuellen Curriculum ausmachen können; (2) in Form von berufsorientierenden Aktivitäten, die sich auf die Wahlfähigkeit der Jugendlichen beziehen ("career-education"); (3) in Form von beruflichen Erfahrungen neben der Schule, die vorwiegend in mehr oder weniger unregelmäßiger oder fallweiser Tätigkeit in wenig qualifizierten Tätigkeiten in sekundären Arbeitsmärkten erfolgen. Dieses Modell ist offensichtlich das extreme Gegenmodell zur Lehrlingsausbildung.

Ein zweiter Typus eines alternativen Bezugssystems ist ein System schulischer Berufsausbildung auf der oberen Sekundarstufe. Typische und oft zitierte Beispiele für diesen Typus sind Schweden, Frankreich oder die BENELUX-Länder (ein nicht flächendeckend realisiertes, aber in seiner Konzeption diesem Typus entsprechendes Modell ist auch die Kollegstufe Nordrhein-Westfalens). Mit Ausnahme von Schweden handelt es sich bei diesen Systemen aber nicht um die Realisierung von konsistenten Gesamtsystemen, sondern eher um Konglomerate von unterschiedlichen Ausbildungsgängen, die jeweils für sich eine Entwicklung und Eigendynamik besitzen. In diesen Systemen hat die spezifische Form der Lehrlingsausbildung meist einen bestimmten Stellenwert, der jedoch quantitativ gering ist. Die schulische Form dominiert. Wesentliche Kennzeichen der schulischen Systeme bestehen darin, (1) daß es meist eine Übergangsstufe mit orientierendem Charakter gibt, in der die Zuordnung zu den verschiedenen Ausbildungsgängen organisiert wird; (2) daß die berufsbildenden Züge von den akademischen Strängen stark abgesetzt sind; (3) daß sie in sich stark hierarchisiert sind und diese Hierarchisierung sich als sehr persistent erweist; (4) daß aufgrund der institutionellen Heraushebung aus der Arbeits- und Berufswelt Spannungen und Anpassungsprobleme bestehen.

Das System der Lehrlingsausbildung ist als konsistentes Gesamtmodell vor allem in der Schweiz und in Deutschland etabliert. In diesen beiden Ländern wird die Berufsausbildung auf der oberen Sekundarstufe von der Lehrlingsausbildung ganz klar institutionell dominiert, d.h. es gibt in diesen Ländern keine berufsbildende Alternative von größerer quantitativer Bedeutung mit einem klaren und attraktiven Profil. Die Alternative besteht im wesentlichen im akademischen Zweig der höheren Schule, der zur Studienberechtigung führt (1). Daraus ergibt sich eine klare Zweiteilung und Kompartimentalisierung zwischen "Allgemeinbildung" und "Berufsbildung". Das österreichische Modell ist von diesem konsistenten Gesamtmodell der Lehrlingsausbildung insofern unterschieden, als es sich um eine Mischung von schulischen Ausbildungswegen und der Lehrlingsausbildung handelt.

Im Anschluß an die Gegenüberstellung dieser Typen gibt es in der Diskussion verschiedene Argumentationslinien, die auch im Verlauf ihren Stellenwert geändert haben. Lange Zeit wurde das US-Modell einer integrierten oberen Sekundarstufe als Zielzustand einer Entwicklung in Richtung "Modernisierung" betrachtet. Diese Sicht wird dadurch bekräftigt, daß auch die "erfolgreiche Wirtschaftsmacht Japan" eine ähnliche Grundstruktur des Bildungswesens aufweist. Das "skandinavische Modell", das insbesondere im Kontext der OECD große Anziehungskraft, wenn nicht Dominanz erlangt hatte, kann als europäische Variante eines integrierten Systems unter Einschluß von berufsbildenden Institutionen interpretiert werden (vgl. Eide 1990, S.2-3). Die Vorstellungen der Entwicklung wurden -- vor allem in der Außenperspektive -- stark vom Bild eines Systemwechsels und der Frage nach der Durchsetzung eines konsistenten Gesamtsystems gegenüber anderen geprägt. Dies kommt bis heute auch in der österreichischen Diskussion mehr oder weniger explizit zum Ausdruck. In den letzten Jahren hat sich die Perspektive geändert: Das US-System wird nicht mehr als Vorbild angesehen, es geht weniger um die Durchsetzung eines konsistenten Modells als vielmehr um Diversifizierung innerhalb der verschiedenen Modelle und um den Aufbau eines konsistenten Rahmens, der die koordinierte Entwicklung unterschiedlicher Institutionen erlaubt.

Typ II: Schulische Berufsausbildung auf der oberen Sekundarstufe

Typ III: System der Lehrlingsausbildung

Welches System ist vorzuziehen?

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

313

In den vorliegenden Überlegungen wird ein Weg eingeschlagen, der zwischen diesen skizzierten Möglichkeiten liegt. Es wird versucht, von bestimmten grundlegenden Merkmalen der Lehrlingsausbildung ausgehend Vorstellungen zu ihrer inneren Dynamik zu entwickeln und vor allem der Widersprüchlichkeit dieses Systems gerecht zu werden. Damit sollen mehrere Fallen vermieden werden: Erstens wird mit dem Versuch einer Unterscheidung zwischen dem allgemeinen universellen Modell der Lehrlingsausbildung einerseits und seiner konkreten Realisierung andererseits die Frage der pauschalen Befürwortung oder Ablehnung etwas differenziert; zweitens wird nach Ansatzpunkten für mögliche Weiterentwicklungen gesucht, die außerhalb der vorhandenen Entgegensetzungen liegen; drittens wird schließlich der Maßstab für die Beurteilung nicht in einer abstrakten Alternative, sondern eher in inneren Problemen und Entwicklungsmöglichkeiten gesucht.

Probleme außerhalb  
der vorhandenen  
Entgegensetzungen

### Das Modell der Lehrlingsausbildung und seine Konkretisierungen

Die im Titel gewählte Formulierung "zwischen Ausbildung und Beschäftigung" soll leitmotivisch auf den ambivalenten und schwer zu fassenden Charakter des Ausbildungsverhältnisses hinweisen, das der Lehrlingsausbildung zugrundeliegt. Die spezifische Position der Lehrlinge ist einerseits ein modifiziertes Beschäftigungsverhältnis, das entsprechend auch im Wirtschaftssystem angesiedelt ist. Andererseits ist diese Position gleichzeitig eben auch ein Ausbildungsverhältnis mit einer entsprechenden Einbindung in das Bildungssystem. Auf der einen Seite ist in diesem Setting eine produktive Nutzung der Jugendlichen als Arbeitskräfte möglich und bis zu einem gewissen Grad auch angestrebt -- auf der anderen Seite wird dieses Verhältnis zum Zwecke von Lernprozessen eingegangen, die entsprechende Unterstützungen und Förderungen der Lehrlinge seitens der Betriebe erfordern. Verschiedene Beobachter werden von verschiedenen Perspektiven aus dieses Verhältnis ganz unterschiedlich beschreiben und bewerten. Manche sagen: "Ausbildung und Beschäftigung" und werden auf die definitorische Identität und Untrennbarkeit hinweisen; andere betonen den Unterschied dieser beiden Aspekte und fragen: "Ausbildung oder Beschäftigung?" Dieser Frage liegt die Vorstellung zugrunde, daß man die beiden Aspekte oder Komponenten trennen könne, und daß in der Realität ein bestimmtes, von Fall zu Fall variierendes Mischungsverhältnis zwischen diesen beiden Komponenten vorliegt. Dieses Verhältnis kann zwischen den beiden Polen 100% Ausbildung und 0% produktive Nutzung bzw. 0% Ausbildung und 100% produktive Nutzung variieren. Eines der zentralen Probleme dieses Modells liegt darin, daß die zwei Komponenten zwar konzeptuell getrennt werden können, daß aber die empirische Realisierung dieses Mischungsverhältnisses -- wenn überhaupt -- nur sehr annähernd und unter großem Aufwand beobachtbar ist.

Doppelcharakter  
der Lehrlingsaus-  
bildung zwischen  
Ausbildung und  
Beschäftigung

Das allgemeine Modell der Lehrlingsausbildung, wie es der traditionellen handwerklichen Meisterlehre zugrundeliegt: Ausbildung in der Praxis, also in der praktischen Ausübung der Tätigkeiten, die das Ziel der Ausbildung darstellen, kann als ein universelles Erziehungs-, Bildungs- und Ausbildungsmodell angesehen werden, das bekanntlich auch in anderen Bereichen vorkommt: z.B. in den traditionellen akademischen Professionen in Form vorgeschriebener Praxiszeiten (Turnus, Gerichtsjahr, etc.), die -- zumindest dem Buchstaben nach -- erst die eigentliche Berufsausbildung bewerkstelligen; ebenso in Form der verschiedenen "Assistenten"-verhältnisse, die die Ausbildung für wissenschaftliche Tätigkeit, aber auch -- unter verschiedenen Bezeichnungen -- für eine Reihe von Positionen in Management und Politik darstellen. Es handelt sich bei diesen Formen von Berufszugängen um den Ausdruck der Vorstellung, daß das "eigentliche Erlernen" der Voraussetzungen für die Berufsausübung erst in einer kontrollierten praktischen Ausübung des Spektrums an einschlägigen Tätigkeiten erfolgt.

Parallelen: Turnus,  
Gerichtsjahr, etc.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

314

Alle diese Verhältnisse zeichnen sich durch spezifische Kennzeichen aus, die sie prekär und widersprüchlich machen: Vom Setting her gibt es potentiell optimale Lernmöglichkeiten und es ist sehr hochgradig individualisiert, was ein unmittelbares Eingehen auf individuelle Bedürfnisse ermöglicht (2); gleichzeitig impliziert das Verhältnis ein hohes Maß an Vertrauen und Abhängigkeit, so daß auch ein hohes Maß an potentieller Ausbeutbarkeit der Lehrlinge, Assistenten etc. durch die Meister etc. gegeben ist. Entsprechende Klagen kann man in vielen dieser Verhältnisse immer wieder finden. Diese Form der Nutzung der SchülerInnen durch die Lehrenden ist in einem formalisierten -- aus der Praxis herausgehobenen -- Kontext nicht möglich. Ein zweites wesentliches Kennzeichen dieser Ausbildungsverhältnisse besteht darin, daß die Ausbildungsprozesse informell erfolgen. Das Grundkonzept besteht eben gerade darin, daß die eigentlichen Lernvorgänge in der Verknüpfung der vorhandenen Kompetenzen mit der Praxis erfolgen, wodurch eine "Heraushebung" und von der Praxis unabhängige Formulierung und Kommunikation dessen, was gelernt werden soll, "erspart" wird. Diese Eigenschaften des Lehrlingsmodells implizieren neben seinen positiven Eigenschaften mehrere Probleme: Die Ausschöpfung der potentiellen optimalen Lernmöglichkeiten ist nicht von selbst garantiert; gleichzeitig bestehen große Schwierigkeiten der Sicherung, Gewährleistung, Kontrolle etc. der erforderlichen Unterstützung; aufgrund des informellen Charakters ergibt sich aus der Tätigkeit selbst nicht unbedingt ein Reflexionsbedarf: Es besteht die Gefahr der kritiklosen Unterordnung unter "die normative Kraft des Faktischen", sowohl was die Einübung in die althergebrachten Praktiken betrifft als auch was die Lehr-/ Lernprozesse selbst betrifft. Unmittelbar drängt sich die Tradierung der hergebrachten Praktiken auf, innovative und transzendierende Impulse werden aufgrund dieses Settings spontan eher nicht unbedingt wirksam werden. Im Vergleich zu allen anderen erwähnten Formen von formalisierten on-the-job-Trainings-Verhältnissen zeichnet sich das Lehrverhältnis durch zwei wesentliche Differenzen aus: Erstens sind die Lehrlinge in einer jüngeren Altersphase, die in entwicklungsdynamischer Sicht ein noch bedeutend offeneres und weniger ausgebildetes und entsprechend auch weniger abgrenzungsfähiges Stadium der Persönlichkeitsentwicklung repräsentiert; zweitens ist das unterliegende Fundament an Bildungsprozessen sowohl in seiner Quantität als auch im Spektrum der erwarteten und vorausgesetzten inhaltlichen Zielsetzungen bedeutend geringer. In der Lehrlingsausbildung erhöht sich damit zwangsläufig das Gewicht der erwähnten widersprüchlichen und problematischen Kennzeichen, die in der Ausbeutbarkeit einerseits und der Schwierigkeit der Gewährleistung und Kontrolle der Ausbildungsprozesse resultieren.

Das Resultat und die Qualität der betrieblichen Ausbildung aufgrund dieses Settings ist essentiell von der Gestaltung des Bildungsangebots seitens der Betriebe abhängig. Die Frage nach dem Maß, in dem dieses Angebot auch tatsächlich optimal gestaltet wird, und danach, welche Probleme und Kosten erwachsen, wenn das nicht der Fall ist, diese Frage ist aus wissenschaftlicher Perspektive nicht nur legitim, sondern sie muß geradezu gestellt werden, da es keineswegs selbstverständlich ist, daß sich das Problem der Gestaltung eines optimalen Bildungsangebots in den Lehrbetrieben ohne Reibungen und sozusagen von selbst löst. Der Grund dafür liegt darin, daß der Betriebszweck offenkundig nicht die Ausbildung sondern die Erwirtschaftung von Erträgen ist. Wenn für Ausbildungsmaßnahmen Kosten anfallen, ist es daher vernünftig, davon auszugehen, daß die erwachsenden Aufwendungen durch Erträge zumindest egalisiert werden. Solange der Betrieb die Gestaltung seines Bildungsangebots als Investition in Humankapital tätigt, das er selbst benötigt, ist auch - unter gewissen Einschränkungen - eine optimale Gestaltung zu erwarten. Die Einschränkung besteht darin, die Ausbildung auch tatsächlich auf die betrieblichen Bedürfnisse zuzuschneiden.

Mögliche  
Vorteile:

- optimale Lernmöglichkeiten
- Eingehen auf individuelle Bedürfnisse
- Vertrauen

Mögliche  
Nachteile:

- Abhängigkeit
- informelle Ausbildung
- kritiklose Unterordnung
- Tradierung der hergebrachten Praktiken

Investition in  
Humankapital  
oder kurzfristige  
Verwertung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

315

Wenn es sich nun aber in der Tat um keine betriebliche Humankapitalinvestition handelt, wird die Tendenz bestehen, daß die kurzfristige Verwertung der produktiven Arbeitskraft sowie die direkte Erwirtschaftung von Erträgen in den Vordergrund tritt. Es ist unbestreitbar, daß es diese Fälle gibt, die einen bestimmten Teil der Lehrbetriebe ausmachen, welcher schwer eingrenzbar ist (3). Der Doppelcharakter der Lehrplätze zwischen Ausbildung und Beschäftigung oder zwischen Bildungsangebot und Arbeitskräftenachfrage und die damit gegebene Art und Weise der Einbindung der Lehrlinge in den Betrieb impliziert, daß die Jugendlichen sowohl sehr gute Entwicklungs- bzw. Ausbildungsmöglichkeiten haben können -- als auch, daß sie an einer zureichenden oder sogar minimal notwendigen Entwicklung bzw. Ausbildung gehindert werden können. Baethge (1975, S.281) verwendete in diesem Zusammenhang die Formel "institutionalisierte soziale Verunfähigkeit der Lehrlinge".

Institutionalisierte  
Verunfähigkeit

Diese Skizze einiger grundlegender Charakteristika des Ausbildungsmodells der "Lehrlingsausbildung" sollten zunächst klarmachen, daß eine Unterscheidung zwischen dem allgemeinen Modell des Lernens in der Praxis und der spezifischen Konkretisierung, wie es im österreichischen System der Lehrlingsausbildung vorliegt, sinnvoll ist.

Es scheint demnach eine beträchtliche Kluft zwischen den Vorteilen des abstrakten Modells und den Formen seiner Realisierung zu klaffen, für deren Schließung es schwer ist, konkrete Perspektiven zu formulieren. Fazit: Die vorhandenen Probleme und auch die Auseinandersetzungen darum werden wohl noch die Jahrtausendwende überdauern. Vielleicht werden andere Länder bis dahin Lösungen entwickeln, die dann ihren Weg auch nach Österreich finden -- eine Form der Innovation, die der österreichischen Wirtschaft ohnehin nicht unbedingt fremd ist.

Keine kurzfristige  
Lösung in Sicht

### **Bildungsreform, bildungspolitische Entwicklung und Lehrlingsausbildung.**

Die Lehrlinge werden manchmal als "vergessene Mehrheit im Schatten der Bildungsexpansion" bezeichnet. Tatsächlich wird dieser Bereich des Bildungswesens in vielerlei Hinsicht nicht adäquat berücksichtigt und führt eine "abgekoppelte Eigenexistenz". Dieses Schattendasein erschien lange Zeit dadurch gerechtfertigt, daß das System der Lehrlingsausbildung mehr oder weniger als ein Relikt aus "vormoderner" Zeit gesehen wurde. Es hat auch in den meisten Ländern der entwickelten westlichen Welt einen langfristigen Prozeß des Niederganges und der Auflösung dieses Systems gegeben. Die "Scheinwerfer" der gesellschaftlichen Reflexionssysteme waren so "eingestellt", daß dieser Niedergang als mehr oder weniger unvermeidlich erscheinen mußte: Die fortschreitende "Verschulung" von Bildungs- und Erziehungsprozessen und die "Tertiärisierung", also die Ausdehnung postsekundärer Bildung, erschien lange Zeit als dominierende Tendenz der Entwicklung der Bildungssysteme. Auch in den Ländern, wo sich die Lehrlingsausbildung als wesentlicher Bestandteil des Bildungswesens erhalten hat -- Deutschland, Schweiz und Österreich --, gab und gibt es mehr oder weniger deutliche Krisen- und Erosionserscheinungen.

Lehrlinge: "ver-  
gessene Mehrheit"

In den letzten Jahren zeichnet sich eine Art Renaissance ab, die Lehrlingsausbildung wird gewissermaßen als "unbekanntes Terrain" neu "entdeckt". Dies hängt mit einer Reihe von grundlegenden bildungspolitischen Veränderungen zusammen, die wiederum mit Veränderungen im gesellschaftlichen Umfeld in Beziehung stehen. "Krise der Schule" ist ein Schlagwort, das die Probleme der institutionalisierten Bildungssysteme zum Ausdruck bringt, mit den gesellschaftlichen Veränderungen und insbesondere mit der bedeutenden Verbreiterung der einbezogenen Klientel fertig zu werden; "Fehlentwicklung der Begabungsreserven" und "Overeducation" ist ein zweites Schlagwort, das die Befürchtung bezeichnet, daß die steigende Ausdehnung der Bildungsprozesse in den postsekundären Zyklus vor allem eine Art "inflationären Prozeß" darstelle, der

Renaissance in den  
letzten Jahrzehnten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

316

letztlich keinen gesellschaftlichen Nutzen erbringe, aber hohe gesellschaftliche Kosten verursache. In beiden Kontexten kann die Lehrlingsausbildung als Alternative gesehen werden. Tatsächlich gibt es in den letzten Jahren in verschiedenen Ländern -- USA, Frankreich, Niederlande, etc. ... -- Initiativen, das System wiederzubeleben; es gibt daher entsprechende Aufmerksamkeit gegenüber den intakten Systemen; es gibt auch Anzeichen für eine Einbindung der Lehrlingsausbildung in bildungspolitische Perspektivendiskussionen.

Die Betrachtung einiger Aspekte der "Bildungsexpansion" der letzten Jahrzehnte macht etwas näher sichtbar, wo die Potenzen des Modells der Lehrlingsausbildung liegen, und auch die Einschränkungen können deutlich gemacht werden.

Eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bildungspolitik spielten bestimmte Konzepte der Bildungsökonomie und Bildungsplanung, die in den sechziger Jahren ziemlich einflußreich waren. Der Schwerpunkt der qualifikationspolitischen und bildungsökonomischen Diskussion konzentrierte sich lange Zeit einwandfrei auf den Bereich der sogenannten hochqualifizierten Arbeitskräfte oder Qualifikationen, was im wesentlichen synonym mit postsekundären (hochschulischen) Abschlüssen gesehen wurde. Die übrigen Qualifikationen wurden im Kontext von Diskussionen um die Entwicklung des Bildungswesens zunächst mit geringer bis gar keiner Aufmerksamkeit bedacht; insbesondere der Bereich der oberen Sekundarstufe ist bis heute unterbelichtet geblieben (vgl. OECD 1989). Es waren eher die Arbeitsökonomie, die Industriosozologie sowie die Arbeitsmarktforschung und -theorie, die sich mit diesen Bereichen beschäftigten.

Einseitige Bildungsplanung

Die expansive Phase der Bildungspolitik und Bildungsreform konzentrierte sich klar auf die Expansion des weiterführenden Schulwesens, und die Aufmerksamkeit konzentrierte sich damit auf den Kreis der Jugendlichen, der in die Auswahl für den Übergang in das postsekundäre Bildungswesen kommen sollte ("Ausschöpfung der Begabungsreserven"). In dieser Orientierung ist das System der Lehrlingsausbildung nicht sinnvoll einordenbar, hat es keinen Platz.

Priorität für die Expansion des weiterführenden Schulwesens

Parallel zur skizzierten expansiven Orientierung wurden auch mehr oder weniger weitgehende Kritiken und Reformvorstellungen gegenüber qualitativen Aspekten des Schulwesens formuliert. Im Vergleich zur quantitativen Expansion waren jedoch die qualitativen Reformen weit weniger erfolgreich, so daß seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre -- beeinflußt und verstärkt durch eine Reihe von anderen Faktoren -- eine Welle der Kritik an der schulischen Form der Organisierung von Erziehung, Bildung und Ausbildung entstanden ist. Die Expansionswelle war begleitet von qualitativen Reformvorstellungen, die von der Linie der "progressiven Erziehung" beeinflußt waren und im großen und ganzen eine Erweiterung und Weiterentwicklung des traditionellen schulischen Unterrichtsmodells anstrebten. Diese Vorstellungen haben -- unterschiedlich nach Ländern -- bis zu einem gewissen Grad gegriffen, die Beurteilungen des Ausmaßes und der Folgen gehen jedoch in diametraler Weise auseinander. Es gibt auf der einen Seite die Einschätzung, daß sich die traditionellen Praktiken der Schule in bedeutendem Maße als reformresistent erwiesen haben, und die Krise der Schule wird insbesondere darauf zurückgeführt, daß diese Praktiken auf schulische und gesellschaftliche Bedingungen zugeschnitten sind, die immer weniger zutreffen (4). Auf der anderen Seite geht die Essenz der Forderung nach "Qualität" im Kontext der neokonservativen Ideologie in Richtung einer Verstärkung der traditionellen Praktiken -- insbesondere wird eine verschärfte Selektion als Mittel der Qualitätssteigerung angesehen -- und sieht die Ursachen der Probleme der Schule in der Verbreitung "progressiver" Erziehungs- und Unterrichtspraktiken (vgl. Fend 1984, Gross und Gross 1985).

Kritik an der Schule

Die Lehrlingsausbildung als Alternative zur Schule hat dann im Laufe der Zeit Aufmerksamkeit erlangt. Dies ist nicht verwunderlich, da dieses Modell Elemente in

Lehrlingsausbildung als Alternative zur Schule

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

317

sich vereinigt, die es für die verschiedenen Richtungen der Kritik an der Schule interessant machen. Auf der einen Seite bedeutet die Kombination von praktischer Betätigung in Institutionen des Beschäftigungssystems eine Erweiterung des engen schulischen Erfahrungsraumes und schließt somit wesentliche Elemente der "progressiven" Linie ein. Auf der anderen Seite entspricht die dezentrale und markt-förmige Organisationsform in geradezu idealer Weise den organisatorischen Idealen der "konservativen" Linie, erfüllt ebenso perfekt die Forderung nach "relevance" und bietet überdies anscheinend eine Alternative für jene Jugendlichen, die durch die angestrebte Verschärfung der Selektionsdynamik des schulischen Systems betroffen sind.

Ein wesentlicher Faktor für den Verlauf, den die Bildungspolitik weiterhin genommen hat, waren die ökonomischen Krisenerscheinungen und Arbeitsmarktprobleme im Gefolge der schockartigen Wirtschaftskrisen in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Die allgemeine Einschätzung der Folgen der expansiven Bildungspolitik war vom Schlagwort der "Overeducation" geprägt, es wurde nun ein Überschuß an "hochqualifizierten Arbeitskräften" befürchtet. Die Aufmerksamkeit verlagerte sich auf unmittelbare Probleme der Jugendarbeitslosigkeit, und im Zusammenhang mit der Frage nach der Lösung des Beschäftigungsproblems wurde auch die Funktionsfähigkeit der Arbeitsmärkte problematisiert. Dabei ist vor allem der Zusammenhang von beruflichen Qualifikationssystemen und "funktionaler Flexibilität" von Arbeitsmärkten, d.h. Anpassungsvorgängen, die durch unternehmensinterne Mobilitätsgänge und nicht über den externen Arbeitsmarkt vor sich gehen können, hervorgehoben worden. In diesem Zusammenhang der Funktionsweise von Arbeitsmärkten wurden bestimmte Besonderheiten des Systems der Lehrlingsausbildung deutlich, die für die Konstituierung von funktionaler Flexibilität vorteilhaft sind. Das wesentliche Kennzeichen besteht darin, daß die Lehrlingsausbildung den Erwerb von betriebspezifischen Qualifikationen, die für betriebsinterne Arbeitsmärkte relevant sind, mit dem Erwerb von übertragbaren Qualifikationen von einer gewissen Breite verbindet. Die Lehrlingsausbildung als formalisiertes System von on-the-job-training kann als institutioneller Rahmen gesehen werden, der in den wenigqualifizierten Bereichen des Beschäftigungssystems eine gewisse Barriere und Sicherung der Beschäftigten gegenüber der Expansion von sekundären Arbeitsmärkten ("Jedermann-Jedefrau-Arbeitsmärkten") kombiniert mit einem vergleichsweise hohem Maß an Flexibilität konstituiert.

Einfluß der  
Wirtschaftskrise

Lehrlingsaus-  
bildung: betriebs-  
interne und  
übertragbare  
Qualifikationen

Phänomene wie Strukturwandel in Richtung des Dienstleistungssektors, Verbreitung der neuen Technologien, Veränderungen der demografischen Struktur, neue internationale Arbeitsteilungs- und Konkurrenzverhältnisse, industrielle Restrukturierung und die Entwicklung neuer Produktionskonzepte haben die traditionelle Sicht von Arbeitskräftebedarf, Qualifikationsstruktur und -entwicklung weitgehend in Frage gestellt. Die zentrale Annahme der traditionellen Sichtweise, der "technologische Determinismus" und die daraus resultierende Voraussagbarkeit der Entwicklung des Qualifikationsbedarfes hat sich als nicht haltbar erwiesen, und es wurde zunehmend die große Bedeutung der "menschlichen Ressourcen" für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung betont. Die Umsetzung in klar umrissene bildungs- und qualifizierungspolitische Strategien ist jedoch keineswegs gelöst. Als Frage kann gesehen werden, inwieweit im System der Lehrlingsausbildung Potentiale in dieser Richtung liegen, die nicht ausgeschöpft sind (5).

Bedeutung der  
"menschlichen  
Ressourcen"

Die Skizze der Entwicklung sollte verständlich machen, daß dem Grundparadigma der Bildungsexpansion und -reform eine innere Logik zugrundegelegt hat, die sich im Widerspruch zu grundlegenden Eigenschaften des Systems der Lehrlingsausbildung befindet. Letztlich scheint es um die Frage zu gehen, ob das Bildungs- und Erziehungswesen insgesamt auf ein zusammenhängendes Erziehungs- und Bildungsideal hin ausgerichtet ist, das für alle Kinder und Jugendlichen auf eine ausgewogene Entwicklung unterschiedlicher Fähigkeitsdimensionen ausgerichtet ist, oder ob eine segmentäre, in einem anderen Sinn "duale" Ausrichtung auf die Entwicklung unter

Zusammenfassung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

318

schiedlicher Menschentypen, einerseits "praktischer", andererseits "theoretischer" Natur akzeptiert und angestrebt wird. Daran anschließend stellt sich die Frage, ob das System der Lehrlingsausbildung, parallel zum schulischen System oder mit diesem integriert, als alternativer Weg zu einem integrativen Ziel also "andersartig, aber gleichwertig" konzipiert und entwickelt werden kann.

### Selektionsdynamik

Die Expansion der weiterführenden Bereiche des Bildungssystems impliziert eine Ausdehnung der schulischen Selektionsmechanismen und bringt früher oder später die Frage mit sich: Was bleibt, wenn "die Begabungsreserven ausgeschöpft" sind? Es entsteht eine relative Abwertung der Bereiche der Bildungssysteme, die sich hinter dem "Selektionssieb" befinden, bzw. der Gruppen von Jugendlichen, die von den weiterführenden Möglichkeiten ausgeschlossen worden sind. Dieses Phänomen hat den Namen "Selektionskrise" erhalten (vgl. z.B. Coleman und Husen 1985, S. 32-34).

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß jene Institutionen des Schulsystems, die unter die Bezeichnung "vocational" fallen, von diesem Phänomen am stärksten betroffen sind. Es gibt Anzeichen dafür, daß für weitere Bildungs- und Ausbildungsprozesse des Teils der Jugendlichen, die im Zuge der Pflichtschulkarriere durch die Selektionsvorgänge im Schulwesen zu "VersagerInnen" stigmatisiert wurden, schulische Institutionen kein geeignetes Arrangement darstellen. Gleichzeitig scheinen sich die Möglichkeiten für diesen Teil der Jugendlichen, eine Beschäftigung zu erlangen, die längerfristig Aussichten auf eine akzeptable Berufskarriere eröffnet, verengt zu haben (6).

In diesem Zusammenhang wird die Lehrlingsausbildung als Alternative zu schulischen Formen gesehen. Dabei ist jedoch zwischen unterschiedlichen Aspekten zu unterscheiden: Ein Aspekt ist die Erweiterung des Erfahrungsraumes und der erzieherischen Möglichkeiten, die durch die Einbeziehung eines weiteren institutionellen Kontextes in die Bildungsprozesse entstehen. Hier gibt es sehr unterschiedliche und vielfältige Möglichkeiten, die sich keineswegs mit dem spezifischen Arrangement der Lehrlingsausbildung erschöpfen; ein weiterer Aspekt ist die Bedeutung, die das System der Lehrlingsausbildung für die Strukturierung des Arbeitsmarktes und des Berufssystems hat. Es hat den Anschein, daß die Wirkungen für das hier in Frage stehende Problem darin bestehen, daß mit der Lehrlingsausbildung ein Rahmen für die Aufrechterhaltung des Jugendarbeitsmarktes gegeben ist (daß also die Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche eher im Markt gehalten werden) und daß gleichzeitig für Beschäftigungen, die ansonsten eher die Charakteristika von sekundären Arbeitsmärkten annehmen oder haben, durch das System der Lehrberufe eine gewisse relative qualitative Anhebung erfolgt (7). Diese Mechanismen bilden einen wesentlichen Aspekt des Ursachenkomplexes, der letztlich dazu führt, daß die Jugendarbeitslosigkeit verringert wird.

Ein wesentlicher Aspekt, der in diesem Zusammenhang auch diskutiert wird und zum Tragen kommt, ist die Frage des Entlohnungsniveaus: Durch die Lehrlingsentschädigung wird das Lohnniveau für Beschäftigungen, die in anderen Systemen z.B. Mindestlohnregelungen unterworfen sind, einigermaßen unterschritten. Die Beschäftigungseffekte -- oder umgekehrt die Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit -- könnten also bis zu einem gewissen Grad damit erklärt werden, daß durch die institutionellen Regelungen eben ein Mechanismus der Verbilligung von jugendlicher Arbeitskraft in Kraft gesetzt wird. Obwohl die Verringerung von Jugendarbeitslosigkeit also zweifellos einen Vorteil darstellt, hängt eine Bewertung dieser Zusammenhänge durchaus von der Weite oder Enge des Bewertungsrahmens ab: Wenn es sich in einem mehr oder weniger großen Bereich allein um durch niedrigere Entlohnung

"Selektionskrise"  
Abwertung der  
Bildungssysteme  
hinter dem "Selektionssieb"

Lehrlingsausbildung  
als Alternative

-Aufrechterhaltung  
des Jugendarbeitsmarktes

- Verringerung der  
Jugendarbeitslosigkeit

- Verbilligung von  
jugendlicher  
Arbeitskraft

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

319

subventionierte Beschäftigung handelt, so ist fraglich, ob dies einer gesellschaftlichen Bewertung standhält, die insgesamt die Konstituierung von angemessenen Lebenschancen für die Jugendlichen als Bewertungsmaßstab zugrundelegt: Es ist zu fragen, ob die Verhinderung der negativen Konsequenzen von Arbeitslosigkeit im Vergleich zu einer Zielsetzung, die sich an der Entwicklung eines Spektrums von Möglichkeiten für die Konstituierung von positiven Lebenschancen orientiert, als ausreichend anzusehen ist.

Die Lehrlingsausbildung steht zur Selektionsdynamik im gesamten Bildungswesen in einer komplexen und widersprüchlichen Beziehung. Zunächst geht mit der Erhaltung der Lehrlingsausbildung als quantitativ bedeutendem Bereich auf der oberen Sekundarstufe auch die Erhaltung einer institutionell differenzierten unteren Sekundarstufe einher. Die allgemeine Tendenz zur Integration der Mittelstufe hat sich in diesen Ländern am wenigsten durchsetzen können. Die Probleme der frühen Selektion und der damit einhergehenden Beeinträchtigung von Entwicklungschancen sind am wenigsten gelöst. Auf der anderen Seite bildet aber der Übergang in das Lehrlings-system einen Bruch der schulischen Selektionsdynamik, indem die spezifisch schulischen Leistungskriterien bis zu einem gewissen Grad -- zumindest formal, wie sehr dies in der realen Praxis tatsächlich der Fall ist, wäre empirisch zu klären -- in den Hintergrund treten bzw. durch andere, aus der Arbeits- und Berufswelt kommenden Kriterien ergänzt werden. Damit ist eine Möglichkeit gegeben, schulische Mißerfolgs-karrieren in ihren Folgen abzumildern, vorausgesetzt, daß die Lehrlingsausbildung in der Lage ist, adäquate und vergleichbare Lebenschancen zu konstituieren.

Die Konkurrenzfähigkeit der Lehrlingsausbildung mit den parallelen schulischen Ausbildungspfaden im Hinblick auf die Konstituierung von Lebenschancen ist entsprechend ein zentraler Diskussionspunkt in den bildungspolitischen Auseinandersetzungen. Es ist ziemlich deutlich, daß in Österreich -- in den Nachbarländern scheint dies etwas anders zu sein -- insbesondere von den unmittelbar betroffenen Akteuren (insbesondere von den Jugendlichen und deren Eltern, aber durchaus auch von der personalpolitischen Praxis in Unternehmen) schulische Ausbildungswege als attraktiver bewertet werden als die Lehrlingsausbildung (8). Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, wird von der Seite der besonders aktiven Befürworter der Lehrlingsausbildung eine teilweise in sich widersprüchliche Doppel-Strategie gewählt, die in Summe eher darauf hinausläuft, die Selektionsdynamik des schulischen Systems zu verstärken ("negative Sanktionen") als die Konkurrenzfähigkeit der Lehrlingsausbildung durch positive Anreize zu heben. Positive Anreize sind Regelungen, die die Anschlußfähigkeit der Lehrlingsausbildung in weiterführende Bildungsgänge verbessern sollen -- die jedoch weitgehend symbolisch bleiben -- und Vorschläge, die Pflicht-schulbildung selektiv zu erweitern und zu verbessern (Realschule). Die zweite Seite dieser Strategie, die negativen Sanktionen, enthält als wesentliche Elemente eine "Reelitisierung" der AHS-Unterstufe und somit eine Verstärkung der Abgrenzung der Hauptschule und eine Verstärkung der frühen Selektion, weiters eine stärkere Akzentuierung des Weges in die Lehrlingsausbildung im Vergleich zu anderen Alternativen. Bei dieser Strategie wird jedoch die immanente Logik nicht gesehen, daß durch die Erhöhung der Selektivität die übrigen Bildungswege relativ aufgewertet werden und die Lehrlingsausbildung strukturell unattraktiver wird. Letztlich wird durch eine derartige Strategie also die Selektionskrise angeheizt und es wird damit gerade der vielleicht wesentliche Vorteil dieses Systems preisgegeben.

Es muß berücksichtigt werden, daß die Lehrlingsausbildung in Österreich am unteren Ende der Hierarchie der vorhandenen Ausbildungsgänge angesiedelt ist. Dies gilt für die Berechtigungen, die vermittelt werden, ebenso wie für die zu erwartenden Chancen für die berufliche Entwicklung als auch für die Bewertung der Jugendlichen, die als Rekrutierungsbasis in Frage kommen. Im Laufe der vorgängigen Bildungskarrieren durchlaufen die Jugendlichen bereits einen sozialen Sortierungsmechanismus, der sie

Einerseits: frühe Selektion

Andererseits: Milderung schulischer Mißerfolgs-karrieren

Schulische Ausbildungswege attraktiv

Widersprüchliche Doppelstrategie:  
- Anschlußfähigkeit verbessern  
- Realschule  
- "Reelitisierung" der AHS  
- Verstärkung der frühen Selektion

Lehrlingsausbildung am untersten Ende der Hierarchie

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

320

nach ihren Aspirationen und ihrem zugeschriebenen Fähigkeitsniveau oder Fähigkeits-typ ordnet. Dies findet seinen Ausdruck darin, daß als Rekrutierungsbasis für die Lehrlingsausbildung ganz klar jene Teile eines Jahrganges angesehen werden, die aus einer erfolgreichen schulischen Karriere herausselektiert worden sind. Die Zugänge-rInnen in eine Lehre werden als die "weniger fähigen" oder "weniger begabten" Jugendlichen bezeichnet, oder es wird mit einer Unterscheidung zwischen "theoretisch" begabten und "praktisch" begabten Jugendlichen argumentiert. De facto ist es auch so, daß in manchen Lehrberufsgruppen mehr als die Hälfte der Zugänge-rInnen in irgend einer Form eine schulische Mißerfolgskarriere -- sei es einen unvollständigen oder verzögerten Pflichtschulabschluß oder die nicht erfolgreiche Absolvierung der 1.Stufe einer mittleren oder höheren Schule -- aufzuweisen hat. Die positiven Elemente, die sich aus der spezifischen Qualität des Lehrlingsmodells im Vergleich zum schulischen Modell ergeben, werden durch die Stellung in der Hierarchie oder "Hackordnung" der Ausbildungsgänge konterkariert oder aufgehoben. Gleichzeitig steht die reale innere Differenzierung und Qualitätsstreuung im System in Konflikt mit der formellen Positionierung am unteren Ende der Hierarchie, indem die hochwertigen Bereiche zumindest teilweise relativ günstigere berufliche Chancen vermitteln. Im Durchschnitt vermitteln schulische Abschlüsse günstigere Aussichten als Lehrabschlüsse.

- mehr als die Hälfte hat schulische Mißerfolgs-karrieren hinter sich

- schulische Abschlüsse vermitteln günstigere Aussichten

Die allseits festgestellten "Imageprobleme" haben also durchaus eine reale Basis in der strukturellen Positionierung des Systems, wenn auch andererseits eine pauschale Klassifikation der Lehrlingsausbildung als "Sackgasse" sicherlich nicht gerechtfertigt ist. Dies hängt nicht zuletzt mit der großen Breite zusammen, die diese Ausbildungsform hat -- die Hälfte oder 40% eines Jahrganges können sich schwerlich in einer Sackgasse befinden. Die "Karrieremöglichkeiten" sind andererseits jedoch jedenfalls begrenzt, und innerhalb der Lehrlingsausbildung gibt es tatsächlich Bereiche, die als Sackgassenberufe bezeichnet werden können und lediglich Aussichten für eine "Karriere" in den unqualifizierten Bereichen des Beschäftigungssystems eröffnen. In dem Maße, in dem die Lehrlingsausbildung sich auf einen zunehmend engeren Kreis von Jugendlichen beschränkt, ist eine Verschärfung dieser Probleme zu erwarten.

Begrenzte Karrieremöglichkeiten

Eine Aufwertungsstrategie für die Lehrlingsausbildung ist aus diesen Gründen ganz grundsätzlich im Zusammenhang mit dem Problem der Selektionsfunktion des Bildungswesens für die Positionierung der jungen Generation in der sozialen Struktur der Gesellschaft zu sehen. Damit stellt sich die bekannte Frage, inwieweit die vorgeordnete Pflichtschule bereits als Sortierungsmechanismus funktioniert, der die Unterschiede zwischen den Jugendlichen betont und vergrößert und inwieweit eine Abschwächung dieser Mechanismen als möglich und nötig angesehen wird. Zweitens ist zu fragen, ob bzw. über welche Möglichkeiten eine Verstärkung der Parallelität zwischen Lehre und schulischen Ausbildungen bewirkt werden könnte. Im Prinzip laufen diese Fragen darauf hinaus, bis zu welchem Grad eine Differenzierung der Jugendlichen nach Leistungskriterien angestrebt ist und wie das Lehrlingssystem darin angesiedelt ist.

Zusammenfassung

### Qualitätsdifferenzen

Während auf der Seite der Jugendlichen ziemlich unverblümt von Qualitätsunterschieden gesprochen wird, ist das auf der Seite der Lehrbetriebe weniger der Fall. Die Frage nach den Möglichkeiten und Potentialen, die im Hinblick auf die Entwicklung des Bildungsstandes der Bevölkerung im System der Lehrlingsausbildung enthalten sind, erfordert eine nähere Betrachtung der inneren Differenzierungslinien in diesem System. In der Diskussion hat es häufig den Anschein, daß die Lehrlingsausbildung ein homogenes Ganzes sei. Dies ist jedoch zweifellos nicht der Fall. Andererseits ist es jedoch aufgrund des hohen Grades an Dezentralisierung und der breiten Streuung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

321

auf sehr unterschiedliche Bereiche der Wirtschaftstätigkeit nicht einfach, die innere Differenzierung analytisch zu erfassen.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß sich die Gesamtheit der Merkmale betrieblicher Ausstattung wie auch der betrieblichen Praktiken, die in den von der Lehrlingsausbildung abgedeckten Bereichen vorhanden ist, auch als Umgebung und Medium für die Lehrlingsausbildung fungiert. Somit reicht das Spektrum von "Hightech"-Betrieben mit entwickeltem "Human resource management" bis zu Betrieben in traditionellen Bereichen mit traditionellen Praktiken, die eben gerade noch die Anforderungen erfüllen und sich -- vielleicht mit Hilfe der Arbeitskraft ihrer Lehrlinge -- gerade noch im Markt halten können.

Um sich dem Problem der inneren Differenzierung anzunähern, kann man zunächst von einem theoretischen Modell ausgehen, das an der Frage nach der ökonomischen Erklärung der unternehmerischen Motivation ansetzt, Lehrplätze anzubieten. Bodenhöfer und Ötsch (1978) haben ausgehend von der Annahme, daß die Entscheidungen über das Lehrstellenangebot "im Durchschnitt und auf lange Sicht im marktwirtschaftlichen Konkurrenzsystem" ebenso wie "alle Aktivitäten der Maxime betrieblicher Rentabilität untergeordnet werden"(ebd. S. 30), ein dualisiertes Modell von zwei Ausbildungstypen A und B entwickelt. Wesentlich bei dieser Unterscheidung ist die Frage, inwieweit Kosten, die durch die Ausbildung erwachsen, durch Erträge kompensiert werden können. Soweit in der Lehrzeit Nettokosten erwachsen, können diese nur bei entsprechendem Weiterverbleib im Betrieb nach Ausbildungsabschluß egalisiert werden. Aus dieser Überlegung wird abgeleitet, daß aus dem weiteren Verbleib der Ausgebildeten nach Ausbildungsabschluß im Betrieb auf die Ausbildungsmotivation geschlossen werden kann.

Bei einer bestimmten Verweildauer der Ausgebildeten lassen sich die betrieblichen Ausbildungskosten ohne weiteres als "Investition in das betriebliche „Humankapital“" interpretieren, die auf der Grundlage eines bestimmten Planungshorizonts getätigt wird. Die Erträge können in diesem Fall überwiegend auch erst nach dem Ende der Ausbildung zurückfließen. "Das zentrale Problem für die Realisierung von Ausbildungserträgen nach Ausbildungsabschluß liegt in der Mobilität der Ausgebildeten" (ebd., S. 30). Wenn jedoch die Lehrlinge nach dem Abschluß der Ausbildung nicht im Betrieb verbleiben können, da keine freien Arbeitsplätze vorhanden sind, können die Kosten nur während der Ausbildungszeit durch Erträge kompensiert werden. Geschieht dies nicht, erwachsen zwangsläufig Nettokosten, denen keine Erträge gegenüberstehen. Dabei würde es sich um ein betriebliches Verhalten handeln, welches sich in offensichtlichem Widerspruch zu den Grundprinzipien marktwirtschaftlich orientierten Unternehmerverhaltens befindet. Je höher der Anteil der Lehrlinge an den Beschäftigten und je arbeitsintensiver der Betrieb, desto höher wäre zwangsläufig auch der Anteil der "Ausbildungsinvestitionen" an den Gesamtinvestitionen und desto höher wäre der Verwertungszwang, wenn nicht Verluste entstehen sollen.

Wenn in einem homogenen Wirtschaftsbereich in vielen Unternehmen ein hoher Lehrlingsanteil zu beobachten ist, dem keine innerbetriebliche Nachfrage gegenübersteht, so kann dies auch nicht mit branchenmäßigen "externen" Erträgen begründet werden, da doch längerfristig von keinem am Markt operierenden Unternehmen erwartet werden kann, daß es bewußt seine Konkurrenten subventioniert. Man muß also zwingend zur Schlußfolgerung kommen, daß im allgemeinen zumindest die Nettokosten während der Ausbildungszeit erwirtschaftet werden, wenn von vornherein absehbar ist, daß kein Verbleib der Lehrlinge im Betrieb wahrscheinlich ist. Unter der Annahme eines normalen marktwirtschaftlichen Rentabilitätskalküls muß darüberhinaus als wahrscheinlich angesehen werden, daß zumindest ein Mindestmaß an Nettoerträgen intendiert ist - ansonsten wäre kein Grund zu sehen, warum die Aktivität überhaupt gesetzt wird. In der Tat erwirtschaften laut Stepan & Wagenhofer (1984, S.30) "etwa

Ausbildungstyp A:  
Investition in das betriebliche "Humankapital"

Ausbildungstyp B:  
Erträge während der Ausbildungszeit

Zwingende Schlußfolgerung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

322

35 % der Betriebe negative Nettokosten I (und daher Nettoerträge).

Wie schon erwähnt, befinden sich Lehrstellen in einer ambivalenten Stellung: Sie können einerseits als Bildungsangebot interpretiert werden, sie können aber auch der Arbeitskräftenachfrage zugerechnet werden. Bereits Walterskirchen (1976) hat zwischen dem "Lehrlingsbedarf" (entspricht dem Aspekt der Arbeitskräftenachfrage) und dem antizipierten "Bedarf an Facharbeitern" (entspricht dem Aspekt des Bildungsangebots) unterschieden: "Die Beliebtheit eines Berufes stößt an die Grenzen des Lehrlingsbedarfs. Die Nachfrage nach Lehrlingen hängt weniger mit dem Bedarf an Facharbeitern zusammen als vielmehr damit, wie rentabel die Lehrlinge sind. (...) Wenn die Lehrlinge rasch in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können (...) und die vorgeschriebenen Verhältniszahlen (...) es erlauben, werden die Lehrherren die (billigen) Lehrlinge nicht abweisen. So ist in beliebten Berufen mit hohen Lehrlingsquoten (bis zu 30 %) der Anteil an (sonstigen) Hilfsarbeitern sehr gering (rund 10 %), wogegen er in den unbeliebten Berufen meist 30 % beträgt. Jene Lehrberufe, in denen die Lehrlinge bald als Arbeitskraft verwendet werden können, eignen sich in besonderem Maße als Auffangberufe für die in qualifizierten Lehrberufen Abgewiesenen" (Walterskirchen 1976, S. 530).

Im Zusammenhang mit der Egalisierung der Ausbildungskosten bzw. der Erwirtschaftung von Nettoerträgen während der Ausbildungszeit kommt die Frage ins Spiel, in welchem Verhältnis die beiden Funktionen zueinander stehen: Beeinträchtigt der produktive Einsatz die Ausbildungsfunktion? Die zitierten Autoren gehen davon aus, daß dies der Fall ist. In der Tat spricht vieles dafür, daß mit steigendem Anteil der produktiven Nutzung auch der Anteil wenig qualifizierter produktiver Tätigkeiten -- und damit der Ausschluß aus qualifizierteren Tätigkeiten und vor allem aus Lernprozessen höherer Ordnung -- zunimmt. Ebenso ist die Annahme zu rechtfertigen, daß die unternehmerische Motivation an tatsächlichen Aufwendungen für die Ausbildung wegfällt, wenn von vornherein feststeht, daß eine Übernahme der Lehrlinge nicht möglich sein wird. Bodenhöfer und Ötsch (1978, S. 31f) treffen eine idealtypische Unterscheidung zwischen zwei Typen unternehmerischer Entscheidungsorientierung, deren Kennzeichen - leicht modifiziert - in dem folgenden Schema gegenübergestellt werden:

"Lehrlingsbedarf" ist ungleich "Bedarf an Facharbeitern": Nachfrage nach Lehrlingen hängt davon ab, wie rentabel sie sind

Beeinträchtigt der produktive Einsatz die Ausbildungsfunktion?

## SCHEMA "Typisierung der Lehrstellen" (lt. Bodenhöfer und Ötsch 1978)

## Unternehmen Typ A

## Unternehmen Typ B

## a. Grundmerkmale

\* bilden qualifizierte Arbeitskräfte mit dem Ziel aus, den künftigen Qualifikationsbedarf für Aufrechterhaltung und Wachstum ihrer Produktion zu sichern

\* Ziel: Lehrlinge als billige Arbeitskräfte mit zudem sehr eingeschränktem Konfliktpotential und geringen Sanktionsmöglichkeiten zu erhalten

\* Ausbildungsentscheidungen werden langfristig geplant

\* Ausbildungsentscheidungen werden lediglich auf den Zeitraum der Ausbildung bezogen

\* ein Großteil der Ausgebildeten bleibt erfahrungsgemäß im Betrieb, daher Erträge nach Ausbildungsabschluß

\* es wird nicht mit Ausbildungserträgen nach dem Lehrabschluß gerechnet, daher werden hohe produktive Erträge während der Ausbildung angestrebt

\* es wird auch eine relativ teure Ausbildung rentabel

\* die Bruttokosten der Ausbildung müssen relativ niedrig gehalten werden

## b. Zusatzmerkmale

\* Tendenz zu betriebsspezifischer Strukturierung der Ausbildung, v.a. wenn Mobilitätsbereitschaft hoch eingeschätzt wird

\* Sozialisationsprozesse mit dem Nebenziel der Sicherung von Loyalität und Identifikation mit dem Betrieb

Schema  
"Typisierung der  
Lehrstellen"

Die Typisierung von Lehrstellen kann die vorhandenen unterschiedlichen Bewertungen des Systems plausibel erklären. Sowohl die positiven Bewertungen als auch die Kritik sind zutreffend und berechtigt – sie beziehen sich auf die verschiedenen Bereiche des Systems: Die positiven Bewertungen beziehen sich auf den Bereich des Typs A, die negativen Bewertungen beziehen sich auf den Typ B. Eine nähere Analyse der positiven Modellbeispiele funktionierender Lehrlingsausbildung, die in Piskaty, Riemer und Steinringer (1985) dargestellt werden, zeigt ihre Zugehörigkeit zum Typ A. Die Falldarstellungen (9) beziehen sich auf Betriebe, die in der Spitzengruppe des Typ A anzusiedeln sind. Damit sind sie jedoch nicht repräsentativ für das gesamte System.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

324

Zusammengefaßt zeichnen die Beispiele sich durch die folgenden Merkmale aus:

- Hohe Selektivität (sorgfältige Auswahl der Bewerber aus einem umfangreichen Bewerberkreis);
- Verfügung über Ausbildungseinrichtungen (Lehrwerkstätten und Ausbildungspersonal) bzw. zumindest eine sorgfältige Planung der Ausbildung mit einem beträchtlichem Maß an Unterweisung;
- systematische Berücksichtigung erzieherischer Aspekte neben den fachlichen Zielen.
- ausdrückliche Orientierung am Erfolg der Lehrlinge bei der Lehrabschlußprüfung, Realisierung dieses Erfolgs und Optimismus, daß die ausgewählten Lehrlinge diesen auch erreichen können;
- klare Orientierung der Betriebe an der Übernahme der Absolventen in den eigenen Personalstand und Ausrichtung der Ausbildung.
- Sie bilden in bekanntermaßen "aussichtsreichen" Lehrberufen aus (als Beispiele fungieren: Nachrichtenelektroniker, Elektromechaniker-Schwachstrom, Betriebselektriker, Mechaniker, Werkzeugmacher, Werkzeugmaschinieur, Formenbauer, Kunststoffverarbeiter, Technischer Zeichner, Bürolehrlinge).

Merkmale von Betrieben mit funktionierender Lehrlingsausbildung

Es ist unmittelbar einleuchtend, daß diese Merkmale nicht generell verbindlich sind. Man kann nun versuchen, anhand von verschiedenen Studien und Materialien grobe empirische Anhaltspunkte dafür zu finden, wie groß der Bereich der Lehrausbildung etwa ist, für den diese Merkmale gelten, und man kann dann versuchen, jenen Bereich etwa abzugrenzen, für den sie auf keinen Fall gelten.

Wieviele Betriebe garantieren eine optimale Ausbildung?

Über Ausbildungseinrichtungen im Betrieb verfügen nach den Angaben der Lehrlinge lt. einer schon etwas älteren Studie die Betriebe von etwa 25% der Lehrlinge (darunter 20% Lehrwerkstätten)(ÖIBF 1981, S. 89-94). Im Durchschnitt geben etwa 20% der Lehrlinge eigene Unterrichtsstunden im Betrieb an, regelmäßige theoretische Erklärungen haben 30% der Lehrlinge wahrgenommen; auf dem anderen Extrem haben 15% der Lehrlinge angegeben, sie erhielten nie theoretische Hinweise; 10% meinten definitiv, "daß sie in ihrem Lehrbetrieb eher nur für spezielle Tätigkeiten und daher nicht umfassend für ihren Beruf ausgebildet werden" (S. 63); ebenfalls 10% gaben an, sie "lernten am meisten" von anderen Lehrlingen oder ungelerten Kollegen (S. 74). Eine etwas jüngere Studie über die Auswirkungen der BAG-Novelle 1978 kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Zur Illustration einige Befunde aus den Befragungen von Ausbildern bzw. Lehrberechtigten: "Ca. 60% der Ausbilder geben an, daß die Lehrlinge im Betrieb immer eher dort ausgebildet werden, wo gerade Arbeit anfällt;" (ÖIBF 1984, S. 39). Im Durchschnitt "...hat ein Ausbilder 4,5 Stunden pro Woche und pro Lehrling Zeit für die Ausbildung. Der Lehrling ist aber 32 Stunden im Betrieb" (ÖIBF 1984, S. 42). Nach einer Intensivstudie von Baier et al. (1985) betrug die Unterweisung nur etwa eine Viertelstunde pro Tag, also etwas mehr als eine Stunde pro Woche. In der Befragung der Lehrberechtigten haben ca. 80% der Befragten angegeben, "... daß in ihrem Betrieb die Lehrlingsausbildung eher nach Arbeitsanfall als nach einem betriebspezifischen Bildungsplan stattfindet" (ÖIBF 1984, S. 74). "47% sind der Ansicht, der Ausbilder habe nicht genügend Zeit, die Ausbildung so zu gestalten, wie man das laut ADA-Kurs einhalten sollte." (ÖIBF 1984, S. 73). "Ca. ein Viertel der befragten Lehrberechtigten hält das Berufsbild für veraltet, über 40% meinen, daß das Berufsbild mit den Anforderungen im Betrieb nicht übereinstimmt, ca. 30% meinen, daß Berufsbild und Berufsschullehrplan nicht übereinstimmen" (ÖIBF 1984, S. 69-70).

Einschätzung der Lehrlinge

Einschätzung der Ausbilder

Etwa 14 Prozent der abgelegten Lehrabschlußprüfungen werden nicht bestanden (Durchschnitt 1970-1991 lt. BWK-Lehrlingsstatistik 1991, S. 176f.), das sind absolut etwa 8.000 nicht bestandene Prüfungen pro Jahr, eine Zahl, die etwa der Stärke eines Jahrgangs von HochschulabsolventInnen entspricht. Der Anteil der nichtbestandenen Prüfungen entspricht in der Größenordnung etwa dem Anteil der Lehrlinge, die offenbar nicht einmal ein Mindestmaß an Unterweisung erhalten. Die vorhergehende

Ausbildungserfolg: 8.000 nicht bestandene Prüfungen pro Jahr

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

325

Lehrzeit geht ebenfalls nicht ganz ohne Selektion vor sich. Pro Jahr gibt es etwa 15.000 vorzeitige Lösungen von Lehrverhältnissen, wenn man etwa 5.000 Anrechnungen als einschlägige Neuanfänge abzieht, erhält man 10.000 Lösungen, die als Abbrüche eingestuft werden können. Wenn man diese im Querschnitt erhobene Zahl im Längsschnitt interpretiert und auf einen AnfängerInnenjahrgang bezieht, erhält man eine "Drop-out"-Quote von etwa 20%.

Der jährliche Abgang aus der Beschäftigung und damit der Ersatzbedarf kann bei stationärem Bestand mit etwa 2 bis 3 Prozent angesetzt werden (bei durchschnittlichen 40 Arbeitsjahren = 2.5%). Wenn man die Lehrlinge in einem Bereich als Ersatzpotential für den gesamten Abgang interpretiert, so ergibt sich unter der Annahme eines stationären Bestandes eine hypothetische Ersatzquote von 7.5% (drei mal 2.5%), d.h. ein Lehrlingsanteil (= Ausbildungsquote) von 7.5% der Beschäftigten ist in der Lage, bei stationärem Bestand den gesamten natürlichen Abgang in einem bestimmten Bereich zu decken. Die Ausbildungsquoten in der Industrie (um 4% bei einer Streuung zwischen 0% und 9%) können auf diesem Hintergrund plausibel interpretiert werden. Die Lehrlingsquote im Gewerbe liegt jedoch bei 17%, im Fremdenverkehr bei 14% und im Handel bei 10% (Schwankungsbreite im Gewerbe zwischen 0 und 47%, im Fremdenverkehr zwischen 0 und 18% und im Handel zwischen 0 und 17%; vgl. Schneeberger 1987, S. 11). Offenkundig lassen diese Werte eine Weiterbeschäftigung innerhalb der jeweiligen Wirtschaftsbereiche von vorneherein nur für einen kleinen Anteil der Lehrlinge realistisch erscheinen.

Wenn man auf der Basis einer vernünftigen Quote von 10% für die Sektionen Gewerbe, Fremdenverkehr und Handel die Zahl jener Lehrlinge berechnet, die in den einzelnen Fachorganisationen über einen Basisbestand von 10 Prozent der Beschäftigten hinaus "ausgebildet" werden, so erhält man auf Basis der von Schneeberger 1987b für 1985 publizierten Daten in diesen drei Sektionen einen Überschuss von etwa 54.500 Lehrlingen. Diese Zahl repräsentiert etwa ein Drittel aller Lehrlinge, zwei Fünftel der Lehrlinge in den drei Sektionen zusammen und für die einzelnen Sektionen: Gewerbe 55%, Fremdenverkehr 23%; Handel 10%.

### Zusammenfassende Einschätzung

Insgesamt und zusammengenommen legen die empirischen Anhaltspunkte eine Einschätzung nahe, daß auf der einen Seite etwa ein Viertel der Lehrlinge eine Ausbildung von hoher Qualität erhält ("oberes Viertel", Typ A), daß auf der anderen Seite etwa ein Viertel der Lehrlinge deutlich überwiegend bis vollständig als billige Arbeitskraft genutzt wird ("unteres Viertel" Typ B), wodurch längerfristig und insgesamt negative Folgen entstehen, und daß schließlich eine breite Mitte existiert, in der eine Ambivalenz der Effekte angenommen werden muß ("mittlere Hälfte", Typ AB). Im Hinblick auf die Frage nach dem direkten fachlichen Ausbildungsertrag bzw. Qualifikationsbedarf dürfte im wesentlichen nur das obere Viertel relevant sein. In der mittleren Hälfte überwiegen jene Aspekte, die nicht direkte fachliche Qualifikationen betreffen, in diesem Bereich werden eher Bildungsaufgaben allgemeiner sozialisatorischer Natur wahrgenommen. Im untersten Viertel muß man jedoch davon ausgehen, daß aus einer längerfristigen Perspektive nicht Qualifikationen "produziert" werden, sondern Qualifikationsdefizite. Dieser Bereich betrifft immerhin etwa zehn Prozent der Jugendlichen eines gesamten Geburtsjahrganges. Es ist zweifelhaft, ob man diesen Bereich mehr oder weniger als notwendigen oder tolerierbaren Reibungsverlust eines "an sich" gut funktionierenden Systems interpretieren kann. Dabei muß insbesondere in Betracht gezogen werden, daß der betroffene Kreis von Jugendlichen mit hoher Wahrscheinlichkeit bereits während der gesamten Vorkarriere vielerlei Benachteiligungen erlebt hat, um dann in ein Setting zu kommen, das -- wiederum mit hoher Wahrscheinlichkeit -- gar nicht in der Lage sein kann, in adäquater und für die Ent-

Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis: nur für einen kleinen Teil der Lehrlinge realistisch

Verteilung der Ausbildungsqualität:  
Ein Viertel: hoch  
Ein Viertel: niedrig; Die Hälfte: mittel

Bei 10 % der Jugendlichen werden Qualifikationsdefizite produziert

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

326

wicklung produktiver Weise auf die Probleme dieser jungen Menschen zu reagieren.

Wenn man dieses Qualitätsgefälle auf die Situation der relativen Verknappung der Lehrstellensuchenden bezieht, so müßten durch diese Entwicklung vor allem die ungünstigen Bereiche betroffen sein. Andererseits stellt sich jedoch auch das Problem, inwieweit die Betriebe des Typs A keine ausreichende Zahl an BewerberInnen finden, die ihren Selektionskriterien genügen, mit ihrer Rekrutierungspraxis zunehmend auf die SchulabsolventInnen ausweichen und letztlich aus der Lehrlingsausbildung aussteigen. Eine derartige Entwicklung hat ein OECD-Reviewteam in seinem Bericht befürchtet (vgl. Dymond et al. 1988).

Verknappung der  
Lehrstellensuchenden-Ausstieg  
aus der Lehr-  
lingsausbildung

### Realisierung der Potentiale und Perspektiven im österreichischen System.

Wenn man die beiden bisherigen Argumentationsstränge kombiniert, so ergibt sich die Schlußfolgerung, daß die Vorteile des Systems im Hinblick auf die Abmilderung der Selektionsdynamik dadurch relativiert werden, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Jugendlichen im Lehrlingssystem dadurch nicht unbedingt besonders positive Entwicklungsimpulse erhält. Auf der anderen Seite ist die Frage zu stellen, ob das Ausbildungsprofil der Lehrlingsausbildung für die Jugendlichen in den günstigen Bereichen insgesamt eine ausreichende Basis für ein Arbeitsleben in den nächsten Jahrzehnten vermittelt.

Vorteile werden  
durch Nachteile  
relativiert

Über die Entwicklung der Anforderungen an Bildung und Qualifikation sowohl für ein befriedigendes Leben in der Gesellschaft als auch für ein produktives Berufsleben ist in den letzten Jahren viel geschrieben worden. Wenn man die diskutierten Anforderungen mit dem Ausbildungsprofil der Lehrlingsausbildung und seinen eigentlichen fachlichen Spezialitäten konfrontiert, so scheinen hier beträchtliche Widersprüche von der Grundkonzeption her zu bestehen.

- Das grundlegende Ausbildungs- und Sozialisationskonzept der Lehrlingsausbildung ist das der "abgeschlossenen Berufsausbildung". Dieses Konzept bestimmt in verschiedener Hinsicht nicht nur das Selbstverständnis, sondern auch die konzeptionellen Regelungen und Überlegungen hinsichtlich Festlegung der Curricula, der organisatorischen Regelungen, etc. Wesentliche Elemente sind dabei die Bindung nicht nur an einen bestimmten Beruf, sondern auch die Bindung an einen bestimmten Ausbildungsbetrieb (Kennenlernen verschiedener Berufe und Betriebe impliziert Ausbildungsabbrüche und ist prinzipiell ein "negatives Marktsignal"). In Verbindung mit der Eingewöhnung in die wesentlichen traditionellen Arbeitstugenden wird die Sozialisierung in den jeweiligen Beruf nach dem Muster eines stützenden äußeren Korsetts als wesentliches Element der Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung gesehen. Die meisten Beschreibungen der zu erwartenden Entwicklung in den beruflichen Anforderungen stellen jedoch Aspekte in den Mittelpunkt, die diesem Ausbildungs- und Sozialisationskonzept ziemlich deutlich widersprechen. Umgang mit Mobilität, Karriereorientierung, Flexibilität, Auflösung der traditionellen Berufsgrenzen etc. sind die Aspekte, um die sich die Diskussion dreht. Als Voraussetzung für den produktiven Umgang mit diesen Erscheinungen wird die Entwicklung einer stabilen inneren Persönlichkeit und Identität gesehen. Die tatsächlichen empirischen Korrelate dieser konzeptionellen Widersprüche sind bisher nicht bzw. nur unzureichend erforscht. Der Hauptteil der empirisch gestützten und entwicklungstheoretisch fundierten Erforschung der Entwicklung beruflicher Identität hat seine Ergebnisse im institutionellen Kontext des US-amerikanischen Ausbildungssystems gewonnen. Die einschlägigen Konzepte und Befunde gehen in eine Richtung, die eine derart verbindliche Einbindung in das Erwerbsleben in dem frühen Alter, wie sie die Lehrlingsausbildung in Österreich erfordert, klar als nicht entwicklungsgerecht einstufen lassen (vgl. die Zusammenstellung der einschlägigen Konzepte Bachmayr und Haider 1991). Gegen

Bindung, Mobi-  
lität, frühe Ein-  
bindung ins Er-  
werbsleben nicht  
entwicklungsgerech

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

327

diese Konzepte und Befunde kann eingewendet werden, daß die Entwicklung der Jugendlichen durch den jeweils vorhandenen institutionellen Kontext mit geprägt wird und insofern keine universellen Ableitungen zuläßt. Die erfolgreiche Verankerung des Großteils der LehrabsolventInnen im Beschäftigungssystem wird als Argument dafür verwendet, daß dieses Ausbildungskonzept neben der Erlernung des spezifischen Berufes implizit umfassende Transferwirkungen haben würde, so daß den entsprechenden zeitgenössischen Anforderungen entsprochen würde.

- Das Ausbildungsmodell der Lehrlingsausbildung konzentriert sich auf eine bestimmte Kombination von beruflich spezialisierter Ausbildung mit beruflich fundierenden Elementen (10). Es ist von der "Allgemeinbildung" isoliert und abgeschnitten. Dies gilt in verschiedener Hinsicht. Seit Jahren wird in der bildungspolitischen Diskussion postuliert, daß in der Entwicklung der Anforderungen eine Konvergenz von allgemeinbildenden und berufsbildenden Qualifikationselementen zu verzeichnen sei. Die traditionelle Entgegensetzung von "Allgemeinbildung" als akademisch-elitärer Bildung einer kleinen Minderheit und Berufsausbildung wird als ideologische Überhöhung einer überkommenen Realität analysiert (vgl dazu z.B. die Beiträge in Tenorth 1986, sowie Gruschka 1992). Diese Trennung und Entgegensetzung wird jedoch im institutionellen Setting der österreichischen oberen Sekundarstufe zementiert. Sofern nicht die Lehrbetriebe oder die Lehrlinge selbst mehr oder weniger "freiwillig" und außerhalb des eigentlichen Settings diese allgemeinbildende Komponente abdecken, ist eine Ausdehnung blockiert. Die vorgeschlagenen und eingeleiteten Maßnahmen in Richtung einer Erweiterung des Ausbildungsprofils konzentrieren sich in der Grundlinie eher auf den Bereich der beruflichen Fundierung als auf eine Erweiterung der allgemeinbildenden Basis.

Die Frage nach der Perspektive ist eng verbunden mit der Frage nach dem quantitativen Zustrom der Jugendlichen in das System der Lehrlingsausbildung. Seit einigen Jahren sind die Zugänge in die Lehrlingsausbildung rückläufig, die Zahl der offenen Lehrstellen übersteigt die Zahl der Lehrstellensuchenden. Dieses Phänomen wird ausführlich beschrieben und diskutiert, die Einschätzungen divergieren jedoch sowohl was die Ursachen als auch was die zu erwartende Entwicklung in der Zukunft betrifft: Auf der einen Seite wird der Rückgang auf den demografischen Faktor zurückgeführt, es wird aber eine stabile Neigung zum Eintritt in die Lehre angenommen. Daraus folgt die Erwartung, daß der Anteil an LehranfängerInnen an einem Jahrgang auch in absehbarer Zukunft etwa stabil bleiben wird. Auf der anderen Seite wird angenommen, daß bei entsprechendem Angebot und entsprechenden Möglichkeiten an schulischen Alternativen die Neigung zum Zugang in die Lehre in Zukunft auch noch beträchtlich abnehmen könnte. Beide Entwicklungen werden auch durch Projektionen und Szenarienanalysen gestützt. In der IHS-Szenarienanalyse, die von ihrem Ansatz her stark auf der Bildungsnachfrage aufbaut, ergibt sich mittelfristig ein quantitativer Austausch von Lehrlingsausbildung und BHS. Wenn man den Zugang in die Lehre bei zumindest einem Teil der Jugendlichen, dessen Umfang unbekannt ist, nicht als Ergebnis der Attraktivität dieser Ausbildung und positiver Anreize, sondern als Ergebnis des Ausschlusses aus besseren Alternativen interpretiert, so ist die zweite Interpretation eher plausibler als die erste und es spricht einiges dafür, daß es sich so verhält. Ein beträchtlicher Teil der LehranfängerInnen hat keine oder offensichtlich erschwerte Alternativen (fehlender oder ungenügender Pflichtschulabschluß, Mißerfolg in der ersten Stufe einer weiterführenden Schule; in manchen Lehrberufsgruppen summiert sich der Kreis dieser Gruppen zu mehr als der Hälfte der LehranfängerInnen); rückblickend gefragt, ob sie eine andere Bildungsentscheidung für sich günstiger einschätzen als ihre eigene Primärentscheidung, scheinen LehrabsolventInnen eher häufiger der Meinung zu sein, sie hätten eine Schullaufbahn einschlagen sollen, als umgekehrt SchulabsolventInnen, sie hätten eine Lehre absolvieren sollen; Hinweise auf die Abhängigkeit des Besuches von weiterführenden Schulen von ihrer regionalen Erreichbarkeit würden von einer weiteren Verbesserung in dieser

Allgemeinbildung  
- Berufsausbildung: Trennung und Entgegensetzung zementiert

Lehrberuf- Schule:  
Zugänge in die Lehrlingsausbildung rückläufig

Lehrberuf mangels anderer Alternativen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

328

Hinsicht einen verstärkten Zustrom in die schulischen Formen erwarten lassen; es gibt Hinweise darauf, daß die "Attraktivität" der Lehre für viele Jugendliche sich unmittelbar aus ihrer Ablehnung bis Feindlichkeit gegenüber der Schule ergibt.

Wenn man mögliche weitere Entwicklungswege im Anschluß an die bisherigen Überlegungen überdenkt, so zeichnet sich zumindest in Deutschland eine Vertiefung der Debatte ab. "Bis vor kurzem wurde jeder Autor, der von einer 'Krise des dualen Berufsausbildungssystems' sprach, nicht recht ernst genommen... Doch mittlerweile wird die Frage nach der Zukunft des dualen Systems auf allen Ebenen intensiv diskutiert und als die Schlüsselfrage der Berufsausbildung für das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts anerkannt" (Arnold 1993, S. 90). Auf der Suche nach Möglichkeiten einer konstruktiven Weiterentwicklung scheinen die folgenden Aspekte wichtig zu sein:

- Solange die Weiterentwicklung im System der Lehrlingsausbildung in dem Sinne blockiert ist, wie dies eingangs skizziert wurde, solange wird die Aufmerksamkeit auf einen aufgestauten und lange überfälligen Reformbedarf konzentriert -- neue Fragen, die vielleicht für die zukünftige Entwicklung noch wichtiger sind, kommen gar nicht in den Blick. Gleichzeitig geht damit aber die Entwicklungsdynamik stärker auf den schulischen Bereich über, d.h. insofern die weiterführenden Schulen ausgebaut werden, ist ein entsprechender Rückgang der Lehre wahrscheinlich, umgekehrt muß dann, um die Lehre zu erhalten, auch der Ausbau der Schulen blockiert werden. Daß dies durchsetzbar ist, muß wohl als unwahrscheinlich angesehen werden. Auf jeden Fall ist aber in dieser Dynamik die Tendenz zu einer Verstärkung der konflikthaften Beziehung zwischen (Berufs-)Schule und Betrieb angelegt. Verschiedene jüngere Vorschläge zur Weiterentwicklung der Lehrlingsausbildung in Österreich weisen auf diese Problematik hin. Zum einen gibt es im Bereich der Schulverwaltung Bestrebungen, die Entwicklung von breiteren beruflichen Einheiten auf dem Wege von "Flächen-Lehrplänen" in der Berufsschule zu befördern, wenn sich dies auf der Ebene der betriebliche Ausbildungsvorschriften nicht realisieren läßt. Es ist jedoch zu fragen, ob diese Strategie nicht letztlich die ohnehin prekäre Beziehung zwischen den beiden Bereichen nicht weiter belastet. Zum anderen gibt es aus dem Bereich der Arbeitgebervertretung Vorschläge zur Reform der Eingangsphase in die Lehrlingsausbildung, die für einen Teil der Lehrlinge zu einer sehr weitgehenden inhaltlichen Entflechtung von Berufsschule und Betrieb führen würden: Nach diesen Vorschlägen sollte für "begabte" Lehrlinge der schulische Teil der Ausbildung bereits auf der 9. Schulstufe beginnen und die Möglichkeit bestehen, immer bereits ein Jahr vor der betrieblichen Ausbildung den schulischen Teil zu absolvieren. Es hat nicht den Anschein, daß die grundsätzliche Möglichkeit zu konstruktiver "Vernetzung" zwischen schulischem und betrieblichen Bereich, die als Stärke des Systems der Lehrlingsausbildung gesehen wird, tatsächlich wahrgenommen wird. Davon etwa, daß die Berufsschulen "kompetentere 'duale' Partner als kommerzielle Weiterbildungsträger" (Arnold 1993, S. 98) sein könnten, ist man jedenfalls weit entfernt. Der Weg zu einer "neuen Synthese von allgemeiner und fachspezifischer Bildung, die sowohl Elemente des dualen Systems als auch eine Auffächerung der höheren Bildung und eine Erweiterung der als Vision für die europäischen Bildungs- und Erziehungssysteme charakterisiert, ist noch weit.

- Was die Weiterentwicklung innerhalb der Lehrlingsausbildung selbst betrifft, so besteht eine der wichtigsten Fragen darin, welche Mechanismen der Qualitätskontrolle geeignet sind, eine Weiterentwicklung zu erreichen. Die Beantwortung dieser Frage hängt eng mit zwei Aspekten zusammen: Erstens mit dem Qualitätsgefälle zwischen den Lehrbetrieben, und zweitens mit dem Vertrauensverhältnis zwischen den eingebundenen Interessensgruppen. Wenn man davon ausgeht, daß ein Anteil von etwa einem Viertel der Lehrlinge aufgrund des betrieblichen Settings keine Ausbildung erhält, die entsprechend den Minimalstandards befriedigend ist, so ist zu fragen, welche Perspektiven für dieses Viertel im Falle einer wirksamen Erhöhung der

Prognose: Rückgang der Lehre - Ansteigen weiterführender Schulen

Wichtigste Anforderung: Qualitätsverbesserung der Ausbildung

Gefährliche Szenarien erfordern Vertrauen zwischen den Arbeitsmarktparteien

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

329

Standards und ihrer Durchsetzung sich eröffnen können. Die angenommene Perspektive ist, daß sich einfach die Qualität verbessert, sozusagen eine Art Parallelverschiebung nach oben oder eben eine Verringerung des Gefälles in Form einer Kapung im unteren Bereich. Was passiert jedoch, wenn die betroffenen Betriebe sich dadurch aus dem Markt zurückziehen? Sind dann noch genügend Lehrstellen-Angebote vorhanden, um die Nachfrage zu decken? Wenn die qualifizierten Lehrstellen aufgrund des Aufwandes beschränkt sind, in welche Richtung sind dann Anpassungsvorgänge zu erwarten? Dies hängt wiederum davon ab, wie man die "Qualität der Rekrutierungsbasis" einschätzt. Wenn die verbreitete Annahme sich durchsetzt -- sie braucht gar nicht unbedingt wahr zu sein, sie braucht nur geglaubt zu werden --, daß eben ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen vom Fähigkeitsniveau her nicht für "qualifizierte" Lehrstellen "geeignet" ist, so werden mit den Betrieben auch die Jugendlichen aus dem Markt gedrängt. Wenn die Betriebe andererseits die durch die vorhergehenden Selektionsprozesse "ausgesiebten" Jugendlichen aufnehmen, so werden die erfolgreichen Jugendlichen in das schulische System überwechseln, damit verengt sich das System der Lehrlingsausbildung und es ist fraglich, inwieweit damit eben die Tendenz verstärkt wird, daß die qualifizierteren Bereiche des Berufsspektrums zunehmend durch SchulabsolventInnen vor allem von den BHS abgedeckt werden. Eine Qualitätsverbesserung ist, wenn man diese Szenarien zugrundelegt, nur möglich, wenn Vorkehrungen getroffen werden, die zwischen den Arbeitsmarktparteien vertrauensbildend wirken.

### Anmerkungen:

(1) "Abgesehen von den quantitativ marginalen sonstigen berufqualifizierenden Bildungsgängen (...) gibt es unterhalb der Hochschulebene außer den staatlich anerkannten Ausbildungsberufen in Deutschland keine Erstausbildungsgänge, die unmittelbar zur Wahrnehmung qualifizierter Berufstätigkeiten in Wirtschaft und Verwaltung befähigen." (Brenner 1992, S.3); in der Schweiz ist offensichtlich die Institutionalisierung von alternativen schulischen Ausbildungsgängen mit klarem Profil auf der oberen Sekundarstufe mit exorbitanten Widerständen verbunden, wie sich aus der Geschichte der EDD ("Diplomschulen") herauslesen läßt (vgl. OECD 1991, v.a. S.186--193)

(2) Im letzten Jahr (1991) waren etwas mehr als ein Drittel der Lehrlinge in ihrem Lehrbetrieb maximal zu dritt (bezogen auf die Zahl der Lehrbetriebe ist das sogar die deutliche Mehrheit: etwa 38.000 der 47.000 Lehrbetriebe oder 80%): je etwa 22.000 Lehrlinge waren allein oder zu zweit, etwa 15.000 zu dritt im Betrieb, das heißt auch, daß ein beträchtlicher Teil der Lehrbetriebe gar nicht jedes Jahr einen Lehrling aufnimmt; etwa 46.000 Lehrlinge waren zu viert bis zehnt in ihrem Lehrbetrieb; in Gruppen mit mehr als zehn Lehrlingen wurden etwa 38.000 Lehrlinge in etwa 1.800 Betrieben ausgebildet, was einer Gruppengröße von 21 entspricht. In der Gruppe der Lehrbetriebe, die hinsichtlich der pro Betrieb beschäftigten Lehrlinge die obersten 4% repräsentieren, werden in einem Betrieb pro Lehrjahr im Durchschnitt also etwa 7 Lehrlinge aufgenommen.

(3) Als Indikator für diese Fälle kann die Verteilung der Betriebe nach Kosten oder Erträge herangezogen werden, wie sie Stepan & Wagenhofer (1984) erhoben haben; vgl. auch Piskaty, Riemer und Steinringer 1985 S.64; sowie auch die "klassische" Studie für die BRD, Sachverständigenkommission (1974)

(4) als Beispiele für Einschätzungen, die die Universalität schulischer Praktiken belegen vgl. Anderson 1987, sowie Gardner 1991, Kap.7

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

330

(5) vgl. z.B. den Vorschlag von Hamilton 1990, insbesondere Kapitel 8, An American-style apprenticeship System; oder auch für die Niederlande die Vorschläge im Bericht der Rauwenhoff-Kommission, die in den Grundzügen der Konzeption des Deutschen Bildungsrates oder auch den programmatischen Vorstellungen in Konzept "Sozialdemokratie 2000" entsprechen, vgl. Reuling 1991, S.31-47. Diese Vorschläge knüpfen zwar an den traditionellen Systemen in den drei Kernländern -- zwischen denen einige wesentlichen Unterschiede bestehen -- an, unterscheiden sich dann aber sehr weitgehend von der institutionellen Konstruktion in den traditionellen Systemen.

(6) Es gibt Befunde, die dafür sprechen, daß sich -- nicht zuletzt in Wechselwirkung mit der Verlängerung des Schulbesuches für einen steigenden Teil der Jugendlichen -- die Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche tendenziell verengen, vgl. Hunter 1985; es gibt außerdem Befunde, die darauf hinweisen, daß sich die verbleibenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Jugendliche tendenziell qualitativ verschlechtern und sich in den sekundären Arbeitsmärkten befinden, vgl. für die USA z.B. Hamilton 1990, S.19-37

(7) Es gibt Hinweise dafür, daß die Bereiche des Beschäftigungssystems, die in Ländern ohne Lehrlingsausbildung überproportional Jugendlichen offenstehen, gerade auch Bereiche sind, wo sich die Lehrlingsausbildung konzentriert. Diese Tätigkeiten haben jedoch keine oder eine nur in geringerem Maß verhandene formale Absicherung.

(8) Im großen Durchschnitt und ceteris paribus scheint ein Meinungsbild zu herrschen, das teilweise einerseits den bekannten Mustern der Vorurteilsbildung, andererseits dem Bewältigungsmuster der kognitiven Dissonanz folgt: Die Lehre wird demzufolge allgemein sehr positiv bewertet, jedoch eher "für die anderen" als für sich selbst bzw. die eigenen Kinder. Insbesondere scheint es auch so zu sein, daß die Kerngruppen der Befürworter der Lehrlingsausbildung auf der Ebene der Diskussion sich anders verhalten, wenn sie als Eltern eine Wahl für ihre Kinder zu treffen haben. Von den beruflichen Aussichten her gesehen, ergibt sich aus vielen Befunden ein Gesamtbild, demzufolge die Lehrlingsausbildung zwar Aussichten vermittelt, die in individuellen Fällen besonders erfolgreicher Karrieren durchaus über denen von AbsolventInnen anderer -- höher bewerteter -- Ausbildungsgänge liegen und und die Lehrlingsausbildung insofern keine völlige Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten mit sich bringt. Im Durchschnitt gilt jedoch, daß die Aussichten weniger günstig sind als die Aussichten, die mit schulischen Abschlüssen verbunden sind (vgl. dazu die Zusammenstellung von Befunden in Lassnigg 1989, v.a. S.283-297, S.312-316; vgl. auch Lassnigg 1988, Thum-Kraft und Lassnigg 1988).

(9) Fall A: Großbetrieb der Kommunikationstechnik, der an der Ausarbeitung von Ausbildungsrichtlinien für Lehrberufe im Bereich der neuen Technologien beteiligt war bzw. ist (Pribich 1985); Fall B: Mittelbetrieb, 1.500 Mitarbeiter, in der Metallverarbeitung, etwa 100 Lehrlinge, 25 - 30 pro Lehrjahr (Blum 1985); Fall C: Kleinbetrieb im kunststoffverarbeitenden Gewerbe (Krabiell 1985)

(10) vgl. zu diesen Unterscheidungen das Strukturmodell für die Analyse von Ausbildungsgängen der oberen Sekundarstufe in OECD 1989, v.a. Kap.II: Es wird unterschieden zwischen allgemeinbildender Basis, beruflicher Fundierung und beruflicher Spezialisierung; nach einem ähnlichen Klassifikationsschema wurden die Ausbildungsprofile der beruflichen Ausbildungsgänge in Österreich in Lassnigg 1989, S.66-81 analysiert.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

331

### Literatur:

- Anderson, L.W. (1987), The classroom environment study: Teaching for learning, in: Comparative education review vol.31, 69-87
- Arnold, R., Das duale System der Berufsausbildung hat eine Zukunft, in: Leviathan, 22.JG. 1993, H.1, S. 89-102
- Bachmayr, M. & V.Haider (1991), Schul- und Berufswahl von Hauptschulabgänger/innen, Wien: Soziologische Diplomarbeit an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien
- Baethge, M. (1975), Die Integration von Berufsbildung und Allgemeinbildung als Forschungskonzept für die Berufsforschung, in: H.Roth & D.Friedrich, Bildungsforschung. Probleme - Perspektiven - Prioritäten I, Deutscher Bildungsrat, Bd. 50 der Gutachten und Studien der Bildungskommission. Stuttgart: Klett, S.256-302
- Baier, A., et al., Beruflicher Alltag von Lehrlingen, Wien: Forschungsbericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte (1993)
- Beare H., H.Lemke (1987), The curriculum and the economy, Bericht an die OECD, Paris: (hektografiert)
- Blum, E. (1985), Lehrlingsausbildung in einem mittleren Industriebetrieb, in: Piskaty, Riemer und Steinringer 1985, S.119-130
- BMWA 1991, Bericht über die Berufsausbildung in Österreich, Wien
- Brenner, H. (1992), Die duale Berufsausbildung in Deutschland und Aspekte ihrer Weiterentwicklung im Hinblick auf die europäische Integration, in: BWP 21/2, S.2-6
- BWK-Lehrlingsstatistik 1991, Lehrlingsstatistik der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, Zweiter Teil: Tabellen, Wien (Eigenverlag)
- Bodenhöfer, H.-J., W.Ötsch (1978), Lehrlingskonzentration und Marktsteuerung der Berufsbildung, in: Wirtschaft und Gesellschaft 4.Jg.Nr.1., S.27-44
- Coleman J., T.Husen (1985), Becoming adult in a changing society, Paris: OECD-CERI
- Dymond, W.R. et al., Labor market training for the future. A review of the United Kingdom, Austria, and Finland, Paris: Bericht an die OECD (hektografiert, MAS (88) 17, (1988)
- Eide, K. (1990), 30 Years of educational collaboration in the OECD, Oslo: Manuskript
- Gardner H. (1991), The unschooled mind, o.O.:Basic Books,
- Gass, R., Die neue Lerngesellschaft. Warum es den reichen Ländern nicht gelungen ist, mit der Bildungsexplosion fertig zu werden, in: Worl's Media Network - Education, Der Standard, 11.7.1993, S. A1-A2 (1993)
- Gruschka, A.(1992), Die Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung, in: G.Heckle et al., Autonomie der Bildung - Anspruch und Wirklichkeit, Wien: Jugend & Volk, S.79-103
- Hamilton, S.F. (1990), Apprenticeship for Adulthood, New York: Macmillan
- Hunter, L.C. (1985), The role of labour demand in youth employment and unemployment, in: OECD, New policies for the young, Paris
- Krabiell, D. (1985), Die Besonderheiten der Lehrlingsausbildung in einem Kleinbetrieb in Österreich, in: Piskaty, Riemer & Steinringer 1985, S.131-136
- Lassnigg L. (1988) Allokationsprobleme im dualen System - die berufliche Verwendung von Lehrabsolventen, Beitrag für die Arbeitsgruppe "Qualifikation 2000" des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen, Wien: Manuskript
- Lassnigg L. (1989), Ausbildungen und Berufe in Österreich, Problemorientierte Beschreibung und Analyse des Systems beruflicher Erstausbildung, Langfassung, Wien: Forschungsbericht des IHS
- OECD 1989, Pathways for learning. Education and training from 16 to 19, Paris: OECD
- OECD 1991, Reviews of national policies of education: Switzerland, Paris: OECD
- ÖIBF 1981, Lehrling 81. Ausbildungs- und Berufssituation der Berufsschuljugend, Bd.2,

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

332

- Berufliche Bildung im Betrieb, Wien: Forschungsbericht  
ÖIBF 1984, Auswirkungen der BAG-Novelle 1978 auf die Ausbildungspraxis, Bd.1  
Zusammenfassung der Ergebnisse. Die Ausbildung der Ausbildner. Die  
Gliederung der Berufsbilder nach Lehrjahren, Wien: Forschungsbericht  
Piskaty, G., G.Riemer, J.Steinringer (1985), Lehrlingsausbildung in Österreich. Wien:  
Orac  
Pribich, K. (1985), Gewerbliche Lehrlingsausbildung in einem Großbetrieb, in: Piskaty,  
Riemer & Steinringer 1985, S.107-118  
Reuling, J. (1991), Berufsausbildung in den Niederlanden, Berichte zur beruflichen Bil-  
dung Heft 137, Berlin: BIBB  
Sachverständigenkommission (1974), Kosten und Finanzierung der beruflichen Bil-  
dung, Bielefeld  
Schneeberger, A. (1987), Ausbildungsquoten nach Wirtschaftsbereichen, Forschungs-  
bericht 49 des IBW, Wien  
Stepan, A., Wagenhofer, A. (1984), Kosten der Berufsausbildung. Die Nettokosten der  
Berufsausbildung in Österreich in ausgewählten Lehrberufen. Wien: BWK  
Tenorth, H.-E. (1986), Allgemeine Bildung. Analysen zu ihrer Wirklichkeit, Versuche  
über ihre Zukunft, Weinheim: Juventa  
Thum-Kraft, M. & L.Lassnigg (1988), Berufliche Anforderungen und Möglichkeiten für  
Absolventen von BMS. Forschungsbericht 59 des IBW, Wien  
Walterskirchen, E.(1976), Berufschancen für Facharbeiter, in:WIFO-Monatsberichte, 49.  
Jg.Nr.11 S.526-534

## JUGENDLICHE IM BILDUNGS- UND AUSBILDUNGSSYSTEM. ÜBERGÄNGE, BEFINDLICHKEITEN UND BERUFSBEZOGENE ERWARTUNGEN

Arthur Schneeberger

### Tendenz zu höheren Abschlüssen

Eltern erwarten von ihren Kindern heute in der Regel höhere formale Abschlüsse im Bildungs- und Ausbildungssystem, als sie selbst erreicht haben oder erreichen konnten. Anfang der siebziger Jahre hatten 60% der berufstätigen Österreicher nach der Pflichtschule (Volksschule, Hauptschule etc.) keine weitere formale Ausbildung abgeschlossen. 9,5% der Erwerbsbevölkerung hatten eine höhere schulische Bildung; heute beginnen etwa 40% eines Altersjahrgangs einen einschlägigen Bildungsgang.

Höhere Erwartung der Eltern

Im Schuljahr 1990/91 hatten wir in der 10. Schulstufe folgende Verteilung im Vergleich zu 1970/71, wobei als Basis die Zahl der altersgleichen Jugendlichen insgesamt eingesetzt wird (Daten: BMUK, ÖSTAT; ibw-Berechnungen):

	70/71 %	90/91 %	Differenz %-Punkte
Berufsschule	46	47	+ 1
Berufsbildende Höhere Schule (BHS)	6	21	+ 15
Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS)	14,5	17	+ 2,5
Berufsbildende Mittlere Schule (BMS)	12,5	14	+ 1,5
keine Ausbildung	20	2	- 18

Verteilung im Schuljahr 90/91

Tabelle 1: Bildungsabschlüsse

Die wichtigste Veränderung ist in der Sekundarstufe II nicht ein wesentlich stärkerer Zustrom zur Oberstufe der gymnasialen Schulformen, sondern zur berufsbildenden höheren Schule (BHS). Der Anteil der Jugendlichen, die eine BHS beginnen, hat sich von 6 auf 21% in den letzten 20 Jahren erhöht; im Falle der AHS ist nur eine Steigerung von 14,5 auf etwa 17% zu verzeichnen. Darüber hinaus spricht für die besondere Attraktivität der BHS, daß 32% der Schüler der Unterstufe des Gymnasiums keine AHS-Oberstufe, sondern eine BHS als weiteren Bildungsweg wählen.

Siegeszug der BHS

Der Prozentsatz jener, die keine Ausbildung beginnen, sank in den letzten zwei Jahrzehnten von über 20% auf unter 2% am Altersjahrgang. Letztere Feststellung bedeutet aber - aufgrund des großen Abbrecheranteils in den Schulen - nicht, daß alle Anfänger einen Abschluß erwerben.

Fast jede(r) beginnt eine Ausbildung

### Weniger Jugendliche - geringere Relevanz von Eignungskriterien

Weitreichende Auswirkungen hat die Bevölkerungsentwicklung: Die Verringerung der Zahl der 15jährigen im letzten Jahrzehnt um etwa ein Viertel bedeutet einerseits erhöhte Wahlmöglichkeiten für die Jugendlichen, andererseits abnehmende Relevanz eignungsbezogener Kriterien im Zugang zur sogenannten weiterführenden Schule.

Die Folgen sind hohe Abbrecherquoten. So verliert bei den Burschen die BMS (berufsbildende mittlere Schule) zwischen 30 und 40 Prozent der Schüler von der 9. bis zur 10. Schulstufe, bei den Mädchen sind es unter 30%. In der BHS wird der Schülerstand

Hohe Abbrecherquoten

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

334

zwischen den genannten Schulstufen um 15%, bei den Mädchen um 11% reduziert.

Von der 10. Schulstufe bis zur letzten Schulstufe des jeweiligen Schultyps gibt es - zusätzlich zu den Ausfällen zwischen 9. und 10. Schulstufe - weitere quantitativ erhebliche Ausfälle: BHS 24%, 4j. BMS 16,5%, AHS 13% und 3j. BMS 7,5%.

Es gibt derzeit noch keine fundierte empirische wissenschaftliche Untersuchung der psychischen und sozialen Folgeschäden, die aus dieser unzulänglichen Berücksichtigung von Eignungskriterien im Zugang erwachsen. Die gesellschaftliche Besserbewertung des rein schulischen Ausbildungsweges birgt jedenfalls die Gefahr der Abwertung der stärker praktisch begabten Jugendlichen und somit auch erhebliche Frustrationen und sozialen Konfliktstoff.

### Starke regionale Unterschiede

Das Bildungsverhalten weist starke regionale und geschlechtsspezifische Unterschiede auf. So entschieden sich 1991 etwa in Vorarlberg 64% der männlichen Jugendlichen, die nach Absolvierung der Schulpflicht noch eine weitere Ausbildung/Bildung aufzunehmen, für eine Lehrlingsausbildung, während dies in Wien oder im Burgenland 48% waren. Mit Ausnahme von Wien und dem Burgenland beginnt in allen Bundesländern die Mehrheit der männlichen Jugendlichen eine Lehrlingsausbildung.

Vorarlberg

Wien, Burgenland,  
Kärnten

Umgekehrt liegt der Anteil der Mädchen, die eine maturaführende Schule besuchen, gemessen an allen Schülerinnen der 10. Schulstufe in Wien, im Burgenland und in Kärnten um 50%. Es zeigt sich, daß unter den Mädchen generell ein stärkerer Trend zur Vollzeitschule nach der Absolvierung der Schulpflicht und auch zur höheren (maturaführenden) Schule festzustellen ist.

### Fast ein Viertel bleibt ohne Abschluß

Obgleich es eine große Anzahl an Bildungsumsteigern (von der höheren Schule in eine mittlere Schule oder in die Lehre z.B.) gibt, bleibt zu Ende der Sekundarstufe II fast jeder Vierte ohne Abschluß.

38% eines Altersjahrgangs erreichen derzeit einen Lehrabschluß, 30% eine Matura, 8% einen (mittleren) Fachschulabschluß und 24% bleiben ohne Abschluß.

Der Maturantenanteil unter den Mädchen ist mit 32,5% deutlich höher als unter den Burschen (28%). Die Mädchen besuchen auch häufiger mittlere Schulen (12%) als die Burschen (5,5%). Unter den männlichen Jugendlichen sind 44% in Abschlußklassen von Berufsschulen, stehen also knapp vor der Lehrabschlußprüfung; unter den weiblichen sind es nur 31%.

Jugendliche zu Ende der Sekundarstufe II in Prozent der gleichaltrigen Wohnbevölkerung 1990 (Daten: BMUK, ÖSTAT; ibw-Berechnungen):

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

335

	männlich %	weiblich %	gesamt %
AHS	12,5	15,5	13,9
BHS	15,6	17,0	16,3
Berufsschule	44,1	31,1	37,8
BMS	5,5	11,7	8,6
Kein Abschluß	22,4	24,7	23,5
17/18/19J.	100,1	100,0	100,1

Tabelle 2: Jugendliche zu Ende der Sekundarstufe II

Die Mädchen haben innerhalb von zwei Jahrzehnten einen jahrhundertealten Rückstand in der Bildungsbeteiligung aufgeholt, der diese vor weitreichende veränderte Anforderungen in Bildung und Beruf stellt. Es manifestiert sich hierin der elterliche Wille, Mädchen die gleichen Bildungschancen wie den Buben einzuräumen.

**Erwerbstätigkeit****Abnehmende Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen**

Der Anteil der Erwerbstätigen unter den Jugendlichen sank in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich. Waren vor 30 Jahren 8 von 10 der 15- bis 19jährigen erwerbstätig, so sind es heute nur noch 5 von 10.

Starke regionale Unterschiede

Während in Wien 4 von 10 der unter 20jährigen Jugendlichen erwerbstätig sind, sind dies im ländlichen Bereich etwa 6 von 10. Auch bei den unter 25jährigen ist der Anteil der Nichterwerbstätigen im städtischen Bereich deutlich geringer als in den ländlichen Regionen (Bei den Männern 1991: 76% gegenüber 90% in den Regionen mit der höchsten Agrarquote).

Von den etwa 250.000 erwerbstätigen Jugendlichen sind - sofern sie sich nicht aktuell in einer dualen Ausbildung befinden - 92% als qualifizierte Angestellte, Beamte oder Arbeiter beschäftigt. Nur 5 Prozent der jugendlichen Erwerbspersonen sind in Hilfsarbeiterberufen und unter 3% als Hilfskräfte im Angestellten/Beamtenverhältnis eingestellt.

**Erwerbsquote der Jungerwachsenen**

Der mit etwa 15 Jahren eingeschlagene Bildungsweg ist von weitreichender Auswirkung auf die Berufslaufbahn. Die gestiegene Beteiligung an vollzeitschulischer Bildung führt dazu, daß ein wachsender Anteil der Jungerwachsenen bis Mitte 20 und darüber hinaus außerhalb des Systems der Erwerbsarbeit lebt. Von den männlichen Lehrabsolventen unter 25 waren 1991 97 % erwerbstätig. Von den AHS-Absolventen sind 3 von 4 nicht erwerbstätig. Bei den BHS-Absolventen ist - was später gezeigt wird - mit einem wachsenden Anteil zu rechnen, der erwerbstätig ist und zugleich ein Studium betreibt.

Abnehmende Erwerbsquote

Die Erwerbsquote von AHS-Maturanten nimmt nach den jährlichen Mikrozensus-Erhebungen seit Mitte der achtziger Jahre ab. Zu beachten ist: Die Erwerbsquote der

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

336

Maturanten unter 25 Jahren enthält nicht nur diejenigen, die unmittelbar in den Beruf einsteigen, sondern sowohl die Absolventen von kurzen berufsspezifischen Ausbildungen, die im Rahmen der formalen "Bildungsebenen" der amtlichen Statistik nicht erfaßt werden, als auch eine erhebliche Zahl von Studienabbrechern; vermutlich auch Erwerbstätige, die nebenbei an der Hochschule inskribiert sind.

	Gesamt	männlich	weiblich	
sonstige (Pflicht-)Schule	73,6 %	76,4 %	71,7 %	Unterschiedliche Erwerbsquoten
Lehre	94,5 %	97,3 %	89,8 %	
mittlere (Fach-)Schule	89,9 %	88,3 %	90,6 %	
allgemeinbildende höhere Schule	25,5 %	19,7 %	31,2 %	
berufsbildende höhere Schule	65,4 %	62,2 %	69,6 %	
Hochschule und verw. Lehranstalt	71,1 %	43,9 %	85,9 %	
insgesamt	74,6 %	76,1 %	73,0 %	

Quelle: ÖSTAT, Mikrozensus-Jahresergebnisse 1991

Tabelle 3: Anteil der Erwerbstätigen an der 20-24jährigen Wohnbevölkerung 1991

Die Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung der Jungerwachsenen mit höherer Schulbildung resultieren aus der schultypspezifischen Zielsetzung, aber auch aus dem für AHS-Maturanten ohne zusätzliche berufsspezifische Qualifizierung - aufgrund des gestiegenen Angebots an BHS- und Hochschulabsolventen wirtschaftsnaher Fächer - schwieriger werdenden Berufseinstiegs.

### Soziale Integrationsfunktion der Lehrlingsausbildung

1991 wurden über 141.000 Lehrlinge in Österreich verzeichnet. Bezogen auf die 15 bis 17jährigen Jugendlichen waren das 48,5 %. 1991 wurden in Österreich um 27 % weniger Einwohner der genannten Altersjahrgänge als 1980 gezählt.

Sektion:	1980	1991	Veränderung: 1980/1991	
Gewerbe und Handwerk	102051	74495	-27,0 %	Lehrlingszahlen
Industrie	28668	21327	-25,6 %	
Handel	40536	25076	-38,1 %	
Fremdenverkehr	16232	12767	-21,3 %	
Verkehr	3001	2711	- 9,7 %	
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	524	759	+44,8 %	
Nichtkammerbereich	3077	3964	+28,8 %	
gesamt	194089	141099	-27,3 %	
15-bis inkl.17jährige Wohnbevölkerung	396948	290982	-26,7 %	
Anteil der Lehrlinge	48,9 %	48,5 %	- 0,4 %	

Quelle: ÖSTAT; BWK; eigene Berechnungen

Tabelle 4: Lehrlingsstand nach Wirtschaftsbereichen und Ausbildungspotential

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

337

Ende Juni 1992 wurden an den österreichischen Arbeitsämtern insgesamt 3201 Arbeitslose unter 19 Jahren verzeichnet. Das sind 1,3% der Erwerbspersonen dieser Altersgruppe. 72% der jugendlichen Arbeitslosen wiesen eine Vormerkdauer von unter 3 Monaten auf. Zum selben Zeitpunkt waren über 10.900 offene Lehrstellen gemeldet.

Der Befund verweist auf die soziale Integrationsleistung des dualen Ausbildungssystems, das auch Jugendlichen eine Chance gibt, deren Lernmotivation primär praktischer Natur ist. In Ländern ohne duales Bildungssystem (Frankreich, Italien, Spanien) ist die Jugendarbeitslosigkeit durchwegs höher als die Arbeitslosenquote insgesamt, während dies in Ländern mit dualem Bildungssystem nicht der Fall ist.

Die Lehrlingsausbildung bietet Umsteigern aus den weiterführenden Schulen und zunehmend ausländischen Jugendlichen Chancen der beruflich-sozialen Integration. Aus dem Polytechnischen Lehrgang kamen 1990 43% der Lehnanfänger, 20% kamen aus der Hauptschule, der Rest kommt vorwiegend aus den weiterführenden mittleren und höheren Schulen: 22% Abbrecher und etwas unter 6% Absolventen.

Umsteiger

Unter den Lehrlingen im 1. Lehrjahr waren 1991 bereits 8,1% mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Im Fremdenverkehr war etwa jeder 6. männliche Lehnanfänger, im Gewerbe jeder 10. Lehnanfänger ausländischer Herkunft.

Anteil ausländischer Lehrlinge

Die Ausbildung findet - wie eine repräsentative Befragung der Lehrabsolventen des Jahrgangs 1987 (n=2.700) ergab - vorwiegend in Klein- und Mittelbetrieben statt. Über 50% der Lehrlinge werden in Betrieben unter 20 Mitarbeitern ausgebildet; 25% sind in Betrieben mit mehr als 100 Mitarbeitern.

Vorwiegend Klein- und Mittelbetriebe

Im Lehrbetrieb herrschen leistungs- und erfolgsbezogene Emotionen vor: Doppelt so häufig wie in der Berufsschule - nämlich 62% gegenüber 31% der Befragten - wird das Gefühl, "etwas geschafft zu haben" als charakteristisch für die Praxis im Betrieb genannt. Langeweile oder das Gefühl der Sinnlosigkeit kommen bei der Arbeit nur selten auf, wohl aber in anderen Lebensbereichen der Jugendlichen.

Erfolgsbezogene Emotionen

3/4 wollen mehr als einen "Job": Der Anteil der Jugendlichen, die meinen "Solange ich nur gut verdiene, ist mir ganz gleichgültig, welche Arbeit ich zu machen habe", wird von rund 80% der ehemaligen Lehrlinge zurückgewiesen.

Die überwiegende Mehrheit der befragten Lehrabsolventen ist mit dem erlernten Beruf zufrieden (53% sehr, 37,5% einigermaßen, 7% eher nicht und 2,5% überhaupt nicht zufrieden). Signifikante Unterschiede zeigen sich nach dem Geschlecht (die Frauen haben einen höheren Anteil an "sehr zufriedenen" Absolventen), dem Prüfungserfolg und der Vorbildung. Letzteres bedeutet, daß gerade Umsteiger aus einem vollzeitschulischen Bildungsgang durch die duale Ausbildung hohe Berufszufriedenheit bei Ausbildungsabschluß bekunden.

Zufriedenheit

87 % der Lehrabsolventen erwarten, daß es ihnen möglich sein wird, eine Stelle im erlernten Beruf zu finden; im Fremdenverkehr sind es mit 97% am meisten. 9% der ehemaligen Lehrlinge wollen nach der Lehre eine weitere Ausbildung beginnen; unter jenen, welche bei der Lehrabschlußprüfung eine Auszeichnung erreicht haben, sind es 15%.

Arbeitsplätze

Längerfristige Arbeitslosigkeit (über 6 Monate) wird nur von 1% der Befragten erwartet, Such- oder Kurzarbeitslosigkeit von 16% als Möglichkeit eingeräumt.

1991 sind rund 55.000 Lehrlinge zur Abschlußprüfung angetreten, wobei 86% die Prüfung bestanden haben. Dies entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Rund 8%

Abschlußprüfung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

338

beträgt die Auszeichnungsquote und ebenfalls etwa 8% der Anteil der Prüfungswiederholer. Wesentlich für die Einschätzung der Mißerfolgsquote ist, daß - laut Befragung der Prüfungsteilnehmer (Jahrgang 1987) - 75% der Prüfungswiederholer die Abschlußprüfung schaffen, 12% erreichen hierbei sogar eine Auszeichnung.

Frage: Was planen Sie für die nächste Zeit?

	männlich %	weiblich %	
im erlernten Beruf arbeiten	46	66	Zukunftspläne der Lehrabsol- ventInnen
Wehrdienst bzw. Wehersatzdienst	24	-	
weitere Ausbildung	10	8	
in einem anderen Beruf arbeiten	11	11	
heiraten und nicht berufstätig	-	2	
weiß ich noch nicht	9	12	
	100 (n=1.881)	99 (n=981)	

86 % dieser Personenkategorie rechnen damit, daß sie eine Stelle im erlernten Beruf finden werden.

Quelle: ibw-Erhebung

Tabelle 5: Zukunftspläne bei Lehrabsolventen und -absolventinnen (Prüfungsjahr 1987)

Die überwiegende Mehrheit der befragten Lehrabsolventen ist mit dem erlernten Beruf zufrieden (91 %). Signifikante Unterschiede zeigen sich nach dem Geschlecht (die Frauen haben einen höheren Anteil an "sehr zufriedenen" Absolventen), dem Prüfungserfolg und der Vorbildung. Von den Jugendlichen mit Prüfungsauszeichnung (8 % der Grundgesamtheit) bekunden 63 % größte Zufriedenheit mit dem Lehrberuf, bei jenen, die einen Prüfungsmißerfolg zu verzeichnen hatten, sind es 50 %. Zu erinnern ist an den Umstand, daß 3/4 der letztgenannten Gruppe bei Prüfungswiederholung den Berufsabschluß schaffen.

Die Aufgliederung nach der Vorbildung läßt erkennen, daß ein Umstieg von einer vollzeitschulischen Bildung in die duale Ausbildung für die überwiegende Mehrheit zu einer befriedigenden Berufstätigkeit führt.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

339

Frage: Was erwarten Sie realistisch gesehen? Wird es Ihnen weiterhin möglich sein, eine Stelle im Beruf zu finden?

	ja, ganz sicher %	wahrschein- lich schon %	unsicher, fraglich %	eher nicht %	
gesamt (n=2.875)	46	41	11	3 = 101	
Fremdenverkehr (n=329)	88	9	1	2 = 100	
Bau- und Baunebengewerbe u. verw. Berufe (n=320)	48	42	8	3 = 101	
Nahrungsmittelerz. (n=132)	47	39	9	5 = 100	
Metallberufe (n=461)	41	45	11	2 = 99	Erwartete Be- schäftigungs- chancen
Mechaniker (n=256)	40	45	11	4 = 100	
Kaufmännische Berufe (n=643)	38	47	12	3 = 100	
Elektroberufe (n=265)	39	46	13	2 = 100	
Friseure u.a. (n=135)	37	36	22	5 = 100	
Technisch hochspeziali- sierte Berufe (n=82)	35	42	16	7 = 100	
Holz- und Kunststoff- verarbeiter (n=123)	34	53	11	2 = 100	
Bekleidungsherst. (n=83)	30	42	22	6 = 100	
darunter:					
Auszeichnung (n=350)	58	35	5	2 = 100	
bestanden (n=1.988)	45	41	11	3 = 100	
nicht bestanden (n=229)	33	43	17	7 = 100	

Quelle: ibw-Erhebung

Tabelle 6: Erwartete Beschäftigungschancen im erlernten Beruf  
(Prüfungsjahrgang 1987)

Die Motivation zum Selbständigwerden ist entsprechend den branchenspezifischen Möglichkeiten ausgeprägt. So ist für 17 % der Absolventen von Fremdenverkehrsberufen "fast sicher", daß sie sich später selbständig machen werden; insgesamt sind es 8 %. Bei Prüfungsauszeichnung sind es in den Fremdenverkehrsberufen sogar 26 %, die später "fast sicher" selbständig werden wollen.

### Fachliche Verbreiterung der dualen Ausbildung mit neuen Weiterbildungsangeboten

Eine zukunftsweisende Antwort auf die technologische Herausforderung ist der 1989 in Vorarlberg eingerichtete Schul- und Ausbildungsversuch im Metall-Elektrobereich. Der Versuch umfaßt die Lehrberufe Anlagenelektriker, Maschinenmechaniker und Werkzeugmechaniker.

Die Lehrzeit dauert 4 Jahre und enthält nach dem zweiten Lehrjahr eine Teilprüfung. Die Ergebnisse der ersten Teilprüfung (1991) waren hervorragend: 72 Prüflinge haben mit mindestens gut, 25 mit Auszeichnung bestanden; nur 4 haben nicht entsprochen. Mit 1.7. 1992 ist der Ausbildungsversuch im gesamten Bundesgebiet möglich.

Fachliche Verbreiterung der Ausbildung findet auch durch die Kombination von Lehrberufen (Doppellehre) statt. Insgesamt wurden 1991 rd. 12.600 oder 8,9% der

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

340

Lehrlinge in Lehrberufskombinationen ausgebildet; betroffen sind Dienstleistungs- und Produktionsberufe.

Die Auflistung der häufigsten Doppellehren in Produktionsberufen läßt Ausbildungsziele und branchenspezifischen Bedarf erkennen:

Kfz-Elektrik/Kfz-Mechanik	672
Betriebselektriker/Meß- u. Regelungsmechaniker	208
Karosser/Lackierer	155
Dreher/Werkzeugmacher	91
Maschinenschlosser/Technischer Zeichner	79
Dreher/Maschinenschlosser	37
Maschinenschlosser/Werkzeugmacher	33
Betriebselektriker/Betriebsschlosser	29

Doppellehren

Quelle: BWK

Tabelle 7: Doppellehren 1991 im Produktionsbereich

Durch die Einrichtung von Fachakademien seitens der Wirtschaftsförderungsinstitute soll den Absolventen der dualen Bildung eine fachliche Weiterbildungsmöglichkeit geboten werden, die zusätzlich - bei Interesse - den Zugang zu einem facheinschlägigen Studium ermöglicht. Im Herbst 1991 wurden 560 Anfänger in Fachakademien gezählt. Laut Beamtendienstrechtsgesetznovelle 1993 gilt der Besuch einer 3jährigen Fachakademie und der Abschluß der Studienberechtigungsprüfung als Äquivalent einer Matura.

### Höhere Schule: Schwierigkeiten und späterer Nutzen

Fremdsprachen und Mathematik bereiten - dies erbrachte eine repräsentative Befragung des Maturajahrgangs 1987 (n=1.700) - mit Abstand am häufigsten Schwierigkeiten in der höheren Schule. Während in Deutsch 35% der Schüler "zeitweise oder häufig" Schwierigkeiten hatten, waren es im Fremdsprachenunterricht 61% und in Mathematik 56%. Entsprechend verhält es sich mit Nachhilfe und dem Zeitaufwand außerhalb des Unterrichts.

Fremdsprachen  
und Mathematik:  
schwierig...

Betrachtet man die genannten Schwierigkeiten in Mathematik und in der lebenden Fremdsprache zusammen, so ergibt sich - nach der subjektiven Bekundung von Schwierigkeiten zu Ende der höheren Schule - folgende Verteilung der Schüler:

I	37,8 %	Schüler mit Problemen im mathematischen und im fremdsprachlichen Bereich
II	24,3 %	spezifisch mathematisch Begabte
III	19,0 %	spezifisch linguistisch Begabte
IV	18,9 %	unspezifisch Hochbegabte

Die subjektiv erfahrenen Schwierigkeiten stimmen mit den Schulnoten gut überein. Interessant ist, daß fast 95% der höheren Schüler den lebenden Fremdsprachen Nützlichkeit im "späteren Beruf" zuschreiben. Den lebenden Fremdsprachen werden häufiger Verwertungsmöglichkeiten im erwarteten Beruf als etwa der Mathematik (80%) oder berufsspezifischen Fächern, wie dem Rechnungswesen oder der Technologie (80%) zugeschrieben.

... aber nützlich

Fremdsprachen, Deutsch und EDV/Informatik werden von Jugendlichen als Kennt-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

341

nisse und Fertigkeiten wahrgenommen, die quer durch alle Berufe verwertet werden können. Bezeichnenderweise nennen die Maturanten, die Technik studieren wollen, unter den für den Beruf "voll und ganz nützlichen" Fächern nach der Mathematik die lebende Fremdsprache an zweiter Stelle (50%).

Bei den berufsbildenden Fächern zeigt sich, daß etwa 5 bis 6 von 10 Maturanten in Berufsfeldern tätig werden wollen, die eine hochgradige Verwertung des Fachwissens ermöglichen, bei 2 bis 3 BHS-Maturanten wird eine teilweise Nützlichkeit erwartet; zwischen 15 und 24% ist der Anteil derer, deren Berufsplanung eine Entfernung von den Kernfächern der absolvierten BHS bedeutet.

Die Wahrnehmung von Schwierigkeiten in Mathematik und in einer lebenden Fremdsprache wirkt sich erheblich in der Fachwahl und in der Studienentscheidung aus. Während Technik- und Naturwissenschaften Maturanten mit eher einseitigem Begabungsschwerpunkt anziehen, ist dies bei Medizin, Jus und Wirtschaft nicht der Fall (siehe Tab. 8).

Unter den Maturanten, die keine Absicht einer Hochschulstudienaufnahme bekundeten, ist der Anteil derer, die nie Probleme hatten, unterdurchschnittlich hoch; dies trifft auf Mathematik und die Fremdsprache zu. Die Studienaufnahme - zumindest zum Maturazeitpunkt - und ebenso die Fächerpräferenz ist damit seitens der Jugendlichen von der Erfahrung in schwierigen Fächern der höheren Schule stark beeinflußt.

"Anteil derer, die angeben: ich habe "nie Schwierigkeiten" in folgenden Fächern gehabt"

Studienneigung	Mathematik	Fremdsprache	d %
Technik (n=237)	58 %	38 %	20
Naturwissenschaften (n=252)	56 %	35 %	21
Geisteswissenschaften (n=251)	30 %	43 %	13
keine Studienabsicht (n=497)	37 %	33 %	4
Wirtschaft (n=164)	44 %	43 %	2
Jus (n=75)	46 %	47 %	1
Medizin (n=103)	48 %	48 %	0
gesamt (n=1.697)	44 %	38 %	6

Schule und Beruf

Schulschwierigkeiten und Studienwahl

Mathematik/Fremdsprache: je höher die Differenz, desto höher der Anteil an Maturanten mit einseitiger Begabung.

Quelle: ibw-Erhebung

Tabelle 8: Mathematische und fremdsprachliche Begabung als Einflußfaktor der Studienneigung (Maturajahrgang 1987; gew. Daten)

### Sicherheit nicht Aufstieg als dominantes Motiv

Insgesamt zeigt sich, daß bei Abschluß der höheren Schule für die überwiegende Mehrheit klar ist, in welche Berufsfelder - nicht Berufe - sie später gelangen möchte.

An der Spitze der ökonomischen berufsbezogenen Erwartungen rangieren nicht Einkommen und Aufstiegschancen, sondern die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Diese Spitzenstellung hängt vermutlich mit der seit Anfang der achtziger Jahre intensivierten, stark von negativen Aussagen bestimmten öffentlichen Diskussion über Beschäfti-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

342

gungschancen von Maturanten und Hochschulabsolventen zusammen. Das Sicherheitsdenken ist bei den Burschen und Mädchen zu verzeichnen, ansonsten gibt es erhebliche Unterschiede in den Erwartungen, die sich auf wirtschaftliche Merkmale des späteren Arbeitsplatzes beziehen. Die Buben trauen sich - bei schulisch keineswegs besseren Leistungen - für die berufliche Zukunft mehr zu, die Mädchen zeigen häufiger soziales Engagement.

Die Praxis ist für viele attraktiver als die Wissenschaft: 19% der Maturanten halten eine "wissenschaftliche Tätigkeit" als Merkmal des späteren Berufs für sehr wichtig, aber ein Drittel möchte eine Tätigkeit ausüben, "die praktisches Geschick erfordert".

### Hohe Bildungsmobilität erzeugt Beratungsbedarf

46% der Maturanten/innen haben zumindest einen Elternteil mit höherer Schulbildung, 41% der Eltern haben Lehr- oder Fachschulabschluß und 10,5% ausschließlich Pflichtschulabschluß. Bei den Maturanten aus Herkunftsfamilien mit ausschließlich Pflichtschulbildung ist ein Viertel knapp vor der Matura unschlüssig über den zukünftigen Weg. Bei bereits akademisierten Herkunftgruppen beträgt dieser Anteil hingegen bei den männlichen Maturanten nur 4%. Hieraus läßt sich erkennen, welche Bedeutung realistische und hierdurch überzeugende Bildungs- und Berufsberatung in einer bildungsmobilen Gesellschaft für die Jugendlichen und deren berufliche Zukunft haben.

### Entmonopolisierung der AHS als Hochschulzubringer

Im Jahrgang 1990 wurden in Österreich rund 32.800 Reifeprüfungen abgelegt, das sind ca. 30% der gleichaltrigen Jugendlichen. 1969 betrug dieser Anteil 12%; im Falle der AHS 8,9%, der BHS 3,6%. Heute stellt die BHS die Mehrheit der Maturanten und 15,5% am Altersjahrgang.

Mit dem Ausbau der BHS in den letzten 20 Jahren wurde nicht nur die "Entmonopolisierung des Gymnasiums als Zubringer zum Hochschulbereich", sondern auch ein Trend zu wirtschaftsnahen Studien eingeleitet. Der Ausbau der BHS hat aber den Trend zur postsekundären Bildung nicht bremsen können. So sind unter den inländischen Anfängern in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften 1990/91 nur noch 42% Absolventen von allgemeinbildenden höheren Schulen; unter den Technikanfängern waren es immerhin noch 52%.

Trend zu wirtschaftsnahen Studien

Medizin (n=1.107)	87,0 %
Veterinärmedizin (n=221)	81,9 %
Recht (n=2.764)	75,2 %
Geisteswissenschaften (n=7.175)	69,4 %
Bodenkultur (n=764)	65,2 %
Montanistik (n=234)	59,0 %
Technik (n=4.255)	52,1 %
Sozial- u. Wirtschaftswissenschaften (n=5.044)	42,2 %
gesamt (n=21.782)	61,3 %

AHS-Anteil unter Studienanfängern

Quelle: ÖSTAT; eigene Berechnungen

Tabelle 9: AHS-Anteil unter den Studienanfängern im Wintersemester 1990/91

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

343

Der Anteil der BHS-Maturanten an den inländischen Studienanfängern belief sich im Wintersemester 1990/91 auf 36 %, der Anteil der AHS-Maturanten auf 61 %; die übrigen knapp 3 % entfallen v.a. auf Reifeprüfungen im Ausland sowie Studienberechtigungs- und Externistenreifeprüfung. Nach Hauptstudienrichtungen ergeben sich deutliche Unterschiede im AHS-Anteil unter den Anfängern.

Unter den inländischen Anfängern in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften waren 1990/91 nur noch 42 % Absolventen von allgemeinbildenden höheren Schulen (AHS); unter den Technikanfängern waren es immerhin noch 52 %. Die Daten zeigen, daß mit der Schultypwahl mit 15 Jahren auch eine Vorentscheidung für die spätere Studien- und Berufswahl gesetzt wird.

### Steigende Studierneigung

Knapp 7 von 10 Maturanten (67 %) inskribieren an einer Hochschule (siehe Tab.13-2). Der Wert stimmt exakt mit der Hochschulübertrittsquote, die vom BMWF auf Basis der Hochschulplanungsprognose 1990 (ISEF) für 1989 publiziert wurde, überein. Die Hochschulplanungsprognose errechnet einen Anstieg der Hochschulübertrittsquote auf 73 % (alle Schulformen) für das Jahr 2000.

85 % der AHS-Maturanten immatrikulierten 1990 - laut Hochschulplanungsprognose 1990 - an einer Hochschule. Für die HTL-Maturanten wird für 1990 bereits eine Hochschulübertrittsquote von 52 % in der ministeriellen Statistik ausgewiesen; für das Jahr 2000 wird eine Übertrittsquote von 63 % prognostiziert. Rechnet man die Absolventen der Sonderformen bei den BHS-Maturanten aus der Prozentuierungsbasis heraus, so kommt man bereits für 1989/90 auf eine Übertrittsquote von 57 % bei den männlichen HTL-Absolventen.

Steigende  
Studierneigung  
der BHS-Absol-  
venten

Die Hintergründe des Funktionswandels der BHS wurden bereits weiter oben ausführlich thematisiert. Gerade unter den BHS-Absolventen ist mit dem häufigen Versuch zu rechnen, Studium und Erwerbstätigkeit zu verbinden. Aus diesem Grunde beträgt die Erwerbsquote dieser Gruppe - trotz einer Studierquote von 50 % und mehr - 65 % bei den unter 25jährigen. Die Folge dieses zweifachen Engagements ist überdurchschnittlich häufiger Studienabbruch bei den studierenden Erwerbstätigen.

Hintergrund der steigenden Studierneigung der BHS-Absolventen ist die Arbeitsmarktentwicklung, die sich u.a. in der "Stellenandrangsziffer" niederschlägt: Ende Juni 1983 entfielen 4,9 Arbeitslose auf eine gemeldete offene Stelle, was bedauerlicherweise eine Zunahme gegenüber den vergangenen Jahren bedeutet. Die Stellenandrangsziffer betrug bei den Lehrabsolventen zum genannten Zeitpunkt 4,5 Arbeitslose je gemeldeter Stelle, bei der technisch-gewerblichen Fachschule jedoch 15,7, bei der HTL 8,5 und bei der Handelsakademie 15,2 (BMAS, Arbeitsmarkt 6/1992, S. 25 und 32). Die Situation ist also - trotz eines Beschäftigungsrekordes 1992 im Vergleich zu den achtziger Jahren - insgesamt schwieriger geworden und keineswegs der Lehre zuzuschreiben.

Bei 30% Maturanten am Altersjahrgang brauchen wir eine Ausweitung des Angebots an wirtschaftsnahen und kurzzeitigen Studien, um zukünftige Beschäftigungsmöglichkeiten der Jugendlichen zu sichern. Außerdem sind - wie bereits erwähnt - weitere Anstrengungen im Bereich der Berufsorientierung und Beratung erforderlich, insbesondere für jene jungen Menschen, die nicht auf in der Familie vorhandene Erfahrungen mit höherer Bildung und einschlägiger Berufstätigkeit zurückgreifen können.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

344

### Schlußfolgerungen

Da es Anfang der 90er Jahre um ein Viertel weniger Jugendliche in Österreich gibt als 1980, setzen die mittleren und höheren Schulen ihre eignungsbezogenen Standards immer mehr herunter. Die Folge ist ein dramatisches Schulabbrecherphänomen. Nach Daten des BMUK und Berechnungen des ÖIBF beträgt die Abbrecherquote von der 9. bis zur letzten Schulstufe in den 3jährigen berufsbildenden mittleren Schulen derzeit fast 40%, in den 4jährigen mittleren Schulen über 40% und in den berufsbildenden höheren Schulen etwa ein Drittel (Ausgangsjahrgang 1986/87).

Ein erster Schritt zur Lösung dieser für die Jugendlichen belastenden Situation müßte am 9. Pflichtschuljahr ansetzen. Eine Führung des 9. Pflichtschuljahres unter der Bedingung des gleichzeitigen Beginns aller Bildungswege der Sekundarstufe II (Schulen der 15- bis 18/19jährigen) würde die Zahl der Schulabbrecher ungefähr um ein Drittel reduzieren und wichtige Ausbildungszeit besser nützen. Zugleich stellt eine derartige Lösung des 9. Pflichtschuljahres eine Entdiskriminierung des Zugangs zur dualen Bildung dar, die derzeit mit der 10. Schulstufe beginnt, während die unmittelbaren Alternativen - nämlich Fachschulen und BHS - bereits in der 9. Schulstufe beginnen.

Die eignungsorientierte Bildungs- und Berufslaufbahnberatung sollte verstärkt werden, um den Eltern und Jugendlichen in der realistischen Einschätzung der Möglichkeiten und Chancen verbesserte Hilfestellungen zu geben. Die Eignungsauslese wird in den Schulen der 15- bis etwa 18/19jährigen nur in geringem Maße in Form von Zugangsauslese, sondern vorwiegend in Form einer Prozeßselektion über Jahre praktiziert. Die psychischen Folgen dieser Praxis für die Jugendlichen sind bislang - überraschenderweise - kaum ein Thema der Bildungspolitik gewesen. Es stellt sich die Frage, ob hier seelisch Dauergeschädigte produziert werden. Auf jeden Fall brauchen wir eine fundierte empirische Studie über die Folgen und Hintergründe des Schulabbruchs.

Im weiteren sind aber auch die weiterführenden Schulen an die Verpflichtung einer möglichst eignungsorientierten Zugangsauslese zu erinnern.

Da infolge des hohen Abbrecheranteils - trotz 20jähriger Bildungsexpansion - fast ein Viertel der Jugendlichen ohne Abschluß bleibt, sollten Schul- und Ausbildungsabbrecher verstärkt für eine nachträgliche Qualifizierung durch eine Berufslehre gewonnen werden. Die Berufschancen würden hierdurch, wie bildungsspezifische Arbeitsmarktdaten zeigen, nachhaltig verbessert.

Die sinkende Zahl der Lehranfänger wird fälschlich auf Strukturängel der Lehrlingsausbildung und einen angeblich dramatischen Attraktivitätsverlust der betrieblichen Ausbildung gegenüber der Vergangenheit zurückgeführt. Die Daten zeigen, daß nach wie vor 49% der Jugendlichen in Österreich eine Lehre beginnen und etwa 9 von 10 dieser Anfänger auch zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung gelangen. Die Erfolgsquote ist höher als in den vergleichbaren Berufsbildungswegen (BMS, BHS). Die Retentionsrate (=Anteil der Lehrlinge im 3. Lehrjahr am entsprechenden 1. Lehrjahr) in der Lehrlingsausbildung betrug in den letzten Jahren zwischen 93 und 96 Prozent. Die Lehrabschlußprüfung wird - so der langjährige Durchschnitt - von 86% der Antretenden geschafft; von den Prüfungswiederholern sind 75% erfolgreich.

Die primäre Ursache des Rückgangs der Lehnanfängerzahl liegt im Sinken der Geburtenzahlen vor etwa 15 Jahren. Die Vorliebe für die Schule ist, wie die hier präsentierten Befunde zeigen, primär eine Sache der Mädchen und erklärt sich u.a. aus ihren beruflichen Präferenzen (Büroberufe und Dienstleistungsberufe): 32% von allen Schülerinnen der 10. Schulstufe beginnen eine Lehre, 42% eine höhere Schule (in Wien und

Dramatisches  
Schulabbrecher-  
phänomen

9. Pflichtschuljahr  
würde Schulab-  
brecher um ein  
Drittel reduzieren

Bildungs- und  
Berufslaufbahn-  
beratung

Eignungsorientierte  
Zugangsauslese

Abbrecher: nach-  
trägliche Quali-  
fizierung durch  
Berufslehre

Sinkende Zahl der  
Lehnanfänger liegt  
nicht an der Lehr-  
lingsausbildung

... sondern an der  
sinkenden  
Geburtenrate

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

345

im Burgenland sind es etwa 50%).

Bei den jungen Männern, die sich vorwiegend für technisch-gewerbliche Ausbildungen und Berufe interessieren, sieht dies anders aus: Von allen männlichen Jugendlichen, die 1991/92 nach der Pflichtschule eine Ausbildung begonnen haben, wählten 55% die Lehrlingsausbildung; in Vorarlberg waren es sogar 63,5%. Nur in Wien und im Burgenland sind die Lehrlinge 1991/92 unter den männlichen Jugendlichen nicht die Mehrheit, stellen aber immerhin noch 48%.

Lehrlinge immer noch die Mehrheit

Die Ergebnisse einer österreichweiten Befragung von Lehrabsolventen zeigen, daß die Jugendlichen die betriebliche Ausbildung schätzen und daß das Lernen in der Praxis Möglichkeiten der Motivierung enthält, die in keiner Schule nachgestellt werden können. Die Tätigkeit im Lehrbetrieb wird primär mit Schaffensfreude, Erfolgserlebnissen und Selbständigkeit in Verbindung gebracht. Langeweile kommt im Betrieb kaum vor, wohl aber in der Berufsschule. Die Ergebnisse zeigen die Grenzen der Schule in der Motivierung und beruflichen Ausbildung der Jugendlichen (inklusive der Entwicklung von Arbeitshaltungen!) und sollten jenen eine Warnung sein, welche in der weiteren Verschulung der Berufsbildung ein pädagogisch begründetes und sinnvolles Ziel sehen.

Schaffensfreude im Lehrbetrieb - Lange-weile in der Schule

Auch hinsichtlich ihrer Zukunft stellen die ehemaligen Lehrlinge ihrer Ausbildung ein gutes Zeugnis aus: 9 von 10 der Lehrabsolventen sind mit ihrem erlernten Beruf zufrieden und erwarten günstige berufliche Möglichkeiten; 9% der Lehrabsolventen wollen eine weitere Ausbildung machen und 17% streben eine Existenz als Selbständige an.

Lehrlingsausbildung erfolgreich

Neue Wege der Ausbildung im dualen System werden in einem - seit 1992 österreichweiten - Ausbildungsversuch im Metall-Elektrobereich (Start: 1989 in Vorarlberg) erprobt und führen zusammen mit neuen oder modifizierten Lehrberufen zur Anpassung der Ausbildung an die verändernden beruflichen Anforderungen. Die in den Medien gepflegte Schwarzmalerei bezüglich der Lehrlingsausbildung erweist sich daher sowohl bezüglich ihres Zustroms als auch ihrer sozialen und beruflichen Integrationsfunktion der Jugend als unzutreffend.

Die Erhaltung und Weiterentwicklung der dualen Ausbildung in der Erstausbildung der 15- bis 18/19jährigen ist der beste Garant für die berufliche und soziale Eingliederung der Jugendlichen in Österreich. Länder ohne duales Bildungssystem haben in dieser Hinsicht gravierende Probleme (Jugendarbeitslosigkeit zwischen 20 und 30 Prozent).

Erhaltung der Ausbildung

Mit der Expansion der höheren Schule hat sich einiges im Hinblick auf den weiteren Weg der Absolventen geändert. Bei einem Maturantenanteil von 30% eines Altersjahrgangs (doppelt so hoch wie vor 20 Jahren) verliert das Zertifikat seinen traditionellen Seltenheitswert. Aufgrund verbreiteter günstiger wirtschaftlicher Möglichkeiten und - vermutlich auch - da die Einstiegspositionen in der klein- und mittelbetrieblichen Wirtschaft und die Erwartungen der Maturanten bisweilen divergieren, ist eine wachsende Hochschulübertrittsneigung festzustellen. Dies trifft auch auf die BHS-Maturanten zu, die fast 6 von 10 der Anfänger in den Wirtschaftsstudien stellen.

Wachsende Hochschulübertrittsneigung

Viele Maturanten sind in der Berufs- und Studienwahlsituation überfordert und ohne realistische Orientierung. Jede fünfte höhere Schülerin und jeder siebente höhere Schüler hat zum Maturzeitpunkt noch keine Vorstellung davon, was sie/er später machen wird. Am stärksten von diesen Orientierungsproblemen sind die "Bildungsaufsteiger" betroffen: Ein Viertel der Maturanten, deren Eltern nur die Pflichtschule abgeschlossen hatten, weiß am Ende der höheren Schule noch nicht, wie es weitergehen wird.

Orientierungslosigkeit nach der Matura

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

346

Hier zeigt sich ein großer Bedarf an realistischer und überzeugender Berufs- und Ausbildungsinformation für Maturanten. Es muß aber auch das postsekundäre Ausbildungsangebot erweitert werden. Nach der vom ibw durchgeführten Befragung haben nur 20% der Maturanten ein Interesse an einem späteren Beruf, der "wissenschaftliche" Aspekte aufweist. Die Ausweitung des Prinzips der Verbindung von Schule und betrieblicher Praxis in neuen und zusätzlichen Angeboten ist eine Notwendigkeit, um die Beschäftigungsmöglichkeiten der Jugend zu wahren. Verkürzte Lehrzeit für Maturanten, Speziallehrgänge, Kollegs und die - in Diskussion befindlichen - Fachhochschulen weisen in diese Richtung.

Information und  
postsekundäre  
Ausbildung

Jedenfalls ist die Dominanz von im Durchschnitt faktisch 7 Jahre dauernden universitären Langzeitstudien im tertiären Bildungssystem ein Hemmschuh, um das Begabungs- und Leistungspotential der Maturanten in Beschäftigungsmöglichkeiten und damit gleichzeitig in der Lösung der kommenden wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufgaben optimal umzusetzen. Wir züchten auf diese Weise ein "Nesthockertum" heran, das die Übernahme der vollen Verantwortung in Familie, Beruf und Gesellschaft bei vielen bis an die Schwelle zum vierten Lebensjahrzehnt hinauschiebt.

Universitäre  
Langzeitstudien:  
"Nesthockertum"

## ***EVALUATIONEN - DISKUSSIONEN***

**Familienunterstützende Einrichtungen**

**Schulische Integration**

**Konfliktregelung - Tatausgleich**

**Psychosoziale und soziokulturelle Angebote**

**Europäische Integration und Bildung**

**Lebenschancen jugendlicher Mütter**

**Von der Wehrpflicht zur Dienstpflicht ?**

## Evaluationen - Diskussionen

Im dritten Teil des Jugendberichts wird Politik beim Wort genommen. Er umfaßt Beiträge, in denen konkrete jugendpolitische Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden sowie Probleme, die in der Öffentlichkeit in Diskussion sind oder demnächst sein werden.

Einen speziellen Aspekt des Jugendwohlfahrtsgesetzes haben Josef Scheipl, Regina Enzenhofer, Bettina Haider und Heide Streicher evaluiert: die gegenüber dem öffentlichen Träger gehobene Bedeutung der freien Träger als familienunterstützende Einrichtungen der Jugendwohlfahrt.

Aus Gründen der derzeit besonderen Aktualität gibt Reinhard Hug einen Überblick über den Stand der Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder in den öffentlichen Schulen.

Die Evaluation des Jugendgerichtsgesetzes wird durch zwei speziellere Studien, die sich auf die Konfliktregelung im sogenannten außergerichtlichen Tatausgleich beziehen, vorgenommen. Der außergerichtliche Tatausgleich ist eine im Jugendgerichtsgesetz vorgesehene neue Möglichkeit eines nicht strafenden Umgangs mit jugendlichen Delinquenten. Udo Jesionek faßt die einschlägigen Erfahrungen nach der Reform des Jugendstrafrechts zusammen, Herbert Janig, Marion Sigot und Johann Stückler untersuchen die Akzeptanz des außergerichtlichen Tatausgleichs in Kärnten.

Reinhold Popp setzt sich mit neuen Einrichtungen der Jugendarbeit auseinander, die durchaus in einem Spannungsverhältnis zueinander auf soziokulturelle und psychosoziale Bedürfnisse der Jugendlichen eingehen.

Herwig Höllinger und Ulrike Jenny befassen sich in ihrem Beitrag mit den Möglichkeiten und Chancen, welche die europäische Integration für die österreichischen Jugendlichen in bezug auf veränderte Bedingungen im Bildungsbereich bringt.

Herbert Janig und Michaela Wang behandeln in einer Studie das bislang vernachlässigte Problem, wie sich frühe Mutterschaft auf das weitere Lebensschicksal - speziell die Berufs- und Schulkarriere - von Mädchen auswirkt.

Joachim Giller eröffnet die Diskussion zu einem Thema, das in der Zukunft bei Jugendlichen wie Politikern für Auseinandersetzung sorgen wird: die Ablösung der allgemeinen Wehrpflicht durch ein Berufsheer und die Einführung eines freiwilligen Gemeinschaftsdienstes.

## DIE GEHOBENE BEDEUTUNG DER FREIEN TRÄGER IM JUGENDWOHLFAHRTSGESETZ 1989

Josef Scheipl, Regina Enzenhofer, Bettina Haider, Heide Streicher

### Einleitung

Es war das politische Bestreben, mit dem neuen Jugendwohlfahrtsgesetz (JWG) von 1989 das Jugendwohlfahrtsrecht an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse und an die in den letzten Jahren vollzogenen tiefgreifenden Neuerungen im Familienrecht anzupassen. Eines der Grundanliegen des JWG ist die vermehrte Einbeziehung privater Träger in die Jugendwohlfahrtsarbeit. Im JWG 1989 wurde in § 8 leg. cit. die Einbeziehung von Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt (JW) zur Erfüllung von nichtstaatlichen Aufgaben der öffentlichen JW normiert.

Neues JWG:  
Mitarbeit privater  
Träger in die Ju-  
gendwohlfahrt

Auch wenn das "alte" JWG von 1954 die Mitarbeit der Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege, soweit diese dazu bereit waren, in der JW vorsah, so kann die in § 8 JWG 1989 getroffene Regelung als essentielle Neuorientierung angesehen werden, die aus einer rechtlichen Möglichkeit ein Grundanliegen macht: "Mit dem Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 ist den freien Jugendwohlfahrtsträgern der Durchbruch gelungen: Die rechtspolitische Entscheidung in diesem Gesetz ist zu ihren Gunsten ausgefallen" (Bajons 1990, S. 11). Inwieweit dieser "rechtspolitische Durchbruch" seinen Niederschlag in den entsprechenden Ausführungsgesetzen und insbesondere seine praktische Umsetzung in den jeweiligen Bundesländern erfährt, das ist Gegenstand der vorliegenden Studie. Dementsprechend wird die Frage der Heranziehung der freien Träger durch den öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger in den Mittelpunkt gerückt. Es erfolgt ein diesbezüglicher Vergleich der Landesgesetze und eine daran anschließende Analyse ihrer praktischen Umsetzung.

### Methodisches Vorgehen

Um die Normierung und Handhabung der Ländergesetze aufzuschlüsseln, wählte das Forschungsteam folgende methodische Vorgangsweise: Zunächst wurde durch einen Vergleich der Ländergesetze untereinander bzw. mit dem Bundesgesetz die rechtliche Situation der freien Träger in den Bundesländern hinsichtlich ihrer Einbeziehung bei der Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen JW herausgearbeitet. Zur Absicherung und Veranschaulichung dieses Rechtsvergleiches wurden überdies Analysen von Bescheiden vorgenommen, die in diesem Zusammenhang an die freien Jugendwohlfahrtsträger ergangen sind. Aus Zeit- und Kostengründen konnten von den neun Bundesländern nur fünf in die Untersuchung einbezogen werden: Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Tirol, Vorarlberg. Regionale Streuung (ost-zentral-west) und regionale Vergleichbarkeit bildeten dabei neben dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen JWG die hauptsächlichen Auswahlkriterien. Der praktischen Umsetzung bzw. Handhabung dieser gesetzlichen Vorschriften galt dann das weitere spezielle Interesse. Dazu wurde auf den Ergebnissen des Rechtsvergleiches und der Bescheidanalyse basierend ein umfangreicher Interviewleitfaden für eine "informativische Befragung" (vgl. Schwarzer 1983, S. 302ff) entwickelt. Dieser diente als Grundlage für mehrstündige, strukturierte Interviews. Interviewpartner (2) waren pro Bundesland einerseits ein oder mehrere Vertreter der für die öffentliche JW zuständigen Abteilung in den jeweiligen Landesregierungen, andererseits drei bis fünf Vertreter anerkannter freier Träger bzw. bewilligter stationärer Einrichtungen, und schließlich wurde noch

Rechtsvergleich  
der Ländergesetze

Praktische Um-  
setzung der ge-  
setzlichen Vor-  
schriften

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

350

ein Interview mit einem Vertreter des BMUJF geführt (3). Zwei Mitarbeiterinnen führten die Interviews. Sie entwickelten die Interpretationen nach teilweiser Transkription in diskursivem Verfahren.

### Grundlegende Begriffe

Die Mutterschafts-, Säuglings- und Kinderfürsorge fällt gem. Art. 12 B-VG in den Zuständigkeitsbereich der Grundsatzgesetzgebung des Bundes. Die Ausführungsgesetzgebung und Vollziehung obliegt den Ländern. Das JWG trat gemäß § 42 JWG am 1.7.1989 in Kraft, setzte das JWG 1954 in der geltenden Fassung mit 30.6.1989 außer Kraft und bestimmte für die Erlassung von Ausführungsgesetzen für die Bundesländer eine Frist von einem Jahr ab dem Inkrafttreten des JWG. Diese Frist wurde - ausgenommen Wien (in Kraft getreten am 1.7.1990) - von allen Bundesländern überschritten. Als letztes Bundesland hat Salzburg sein JWG erlassen (in Kraft getreten am 1.1.1993). In den in die Untersuchung einbezogenen Bundesländern traten die Ausführungsgesetze zu den folgenden Zeitpunkten in Kraft: Niederösterreich: 1.3.1991; Oberösterreich: 1.10.1991; Steiermark: 1.1.1991; Tirol: 1.1.1991; Vorarlberg: 12.9.1991.

Im JWG 1989 wird zwischen Aufgaben hoheitlicher (hh) und nichthoheitlicher (nh) Art unterschieden. Die Möglichkeit des hh und nh Handelns besteht nur für die Verwaltung; die anderen Staatsfunktionen (Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit) bewegen sich ausschließlich im Hoheitsbereich. Die Verwaltung handelt dann hh, wenn ihr zur Handhabung die Formen des staatlichen Imperiums (Verordnung, Bescheid, Weisung etc.) zur Verfügung stehen. Nh Verwaltung liegt vor, wenn sich die Verwaltung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben privatrechtlicher Gestaltungsmittel bedient. Die Unterteilung in hh und nh Aufgaben liegt demnach in der Art der Erfüllung der Aufgaben, d.h. in ihrem Abschluß und nicht in ihrer Durchführung. Die Erledigungsform eines hh Verwaltungsverfahrens erfolgt im allgemeinen durch die Erlassung eines Bescheides.

Hoheitliche und  
nichthoheitliche  
Aufgaben

Behörden sind jene Organe der Vollziehung, in deren Zuständigkeit die Verfügung von hh Maßnahmen fällt. Die Verwaltungsbehörden sind für die Erlassung von Bescheiden zuständig. Gem. § 73 AVG ist die Behörde verpflichtet, über Anträge von Parteien bzw. über Berufungen "ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber sechs Monate nach deren Einlangen" zu entscheiden und einen Bescheid auszufertigen. Gegen einen Bescheid kann von den Parteien innerhalb der Rechtsmittelfrist von zwei Wochen Berufung an die nächsthöhere Instanz eingelegt werden. Ist der öffentliche JW-Träger als Aussteller eines Bescheides in erster Instanz die Landesregierung, kann gegen deren Bescheid kein ordentliches Rechtsmittel (Berufung) ergriffen werden. Wohl aber steht den Parteien binnen sechs Wochen ab Zustellung die Beschwerde an den Verwaltungs- oder Verfassungsgerichtshof gem. Art. 131 und 144 B-VG zu. Diese Beschwerde hat in der Regel keine aufschiebende Wirkung.

An weiteren allgemeinen Rechtsbegriffen, die für das bessere Verständnis des Rechtsvergleiches notwendig sind, seien angeführt: "Demonstrativ" - meint eine beispielhafte Aufzählung von Bedingungen oder Zuweisung von Kompetenzen. Diese ist in den Gesetzestexten meist durch das Wort "insbesondere" gekennzeichnet. "Enumerativ" oder "taxativ" - meint abschließend, z.B. eine vollständige Aufzählung von Bedingungen oder Zuweisung von Kompetenzen.

Rechtsbegriffe

Bezüglich der Regelungen zur freien JW bedarf es zusätzlicher Begriffsfestlegungen:  
- Einrichtung der freien JW: Eine Einrichtung, die in einem Bereich der JW tätig ist und die nicht von einem öffentlichen Träger betrieben wird. Sie gilt als anerkannt, wenn sie vom öffentlichen Träger mittels Bescheid als geeignet anerkannt (bzw. bewilligt) wurde.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

351

- Stationäre Einrichtung: Einrichtung zur Übernahme von Minderjährigen in volle Erziehung (z.B. Heim, Wohngemeinschaft etc.).
- Freier Träger (der JW): Ein Träger (Verein, GesmbH, auch Privatperson), der eine Einrichtung der freien JW betreibt. Er gilt als anerkannt, wenn er der Träger einer Einrichtung der freien JW ist, die vom öffentlichen Träger mittels Bescheid als geeignet anerkannt (bzw. bewilligt) bzw. er selbst als Träger der freien JW anerkannt wurde.
- Öffentlicher Träger: Die Behörde, gem. § 4 JWG die jeweilige Abt. des Amtes der Landesregierung (LReg), bzw. die nachgeordneten Bezirksverwaltungsbehörden (BVB).

Synonym verwendet werden die Begriffe "Eignungsfeststellung" und "Anerkennung". "Träger" bzw. "Einrichtung" meint in der Folge immer "freier Jugendwohlfahrtsträger" bzw. "Einrichtung der freien Jugendwohlfahrt". Es wird in der Regel nicht zwischen Träger und Einrichtung unterschieden, da auch die Landesausführungsgesetze diese Begriffe nicht immer eindeutig verwenden.

### Rechtsvergleich der Landesausführungsgesetze

In den Landesausführungsgesetzen ergeben sich im Rahmen des Spielraumes, den das Bundesgrundgesetz ermöglicht, unterschiedliche Regelungen bei verschiedenen Themenbereichen. Vorrangig von Bedeutung für die vorliegende Arbeit sind folgende Bereiche: Zunächst ist die sachliche Zuständigkeit der Träger zu klären; ferner sind die vorgeschriebenen Voraussetzungen im Rahmen des Verfahrens zur Anerkennung bzw. Eignungsfeststellung von freien Trägern und Einrichtungen zu überprüfen; für stationäre Einrichtungen beziehen sich diese Fragen auf das Bewilligungsverfahren. Und schließlich interessieren die Art und Weise der Heranziehung der freien Träger durch die öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger sowie die Fachaufsicht, die Finanzierung und die Gebarungskontrolle.

Bereiche, die  
verglichen  
werden

### Zuständigkeiten

Sachlich zuständig für die JW ist in allen Landesausführungsgesetzen das jeweilige Land. Die Landesgesetzgebung wurde ermächtigt zu bestimmen, "welche Organisationseinheiten (ob LReg oder BVB; d. Verf.) die Aufgaben der öffentlichen JW zu besorgen haben" (§ 4 Abs 2 JWG 1989). Dabei ergaben sich graduell unterschiedliche Regelungen in den fünf zu vergleichenden Landesjugendwohlfahrtsgesetzen, je nachdem, ob es sich um hh oder nh Aufgaben handelt.

### Zuständigkeiten bei hoheitlichen Aufgaben

Die Analyse der sachlichen Zuständigkeit der verschiedenen Organisationseinheiten des Landes bei hh Aufgaben steht in dieser Arbeit entsprechend ihrer Zielstellung nicht im Vordergrund. Die folgenden hh Aufgaben sind jedoch bezüglich der freien Träger von besonderer Relevanz, weshalb sie hier kurz behandelt werden sollen:

Hoheitliche  
Aufgaben

- Die Eignungsfeststellung/Anerkennung von Einrichtungen bzw. freien Trägern, inklusive Fachaufsicht und Widerruf;
- die Bewilligung stationärer Einrichtungen, inklusive Fachaufsicht und Widerruf.

Erwartungsgemäß zeigt sich bei diesen hh Aufgaben eine recht gleichsinnige Tendenz, indem die Zuständigkeiten bei den LReg liegen (vgl. Tab. 1). Lediglich in Nieder-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

352

österreich kann die LReg bei anerkannten Einrichtungen die Zuständigkeit zur Aufsicht an die örtlich zuständige BVB delegieren, wenn sich die Tätigkeit der Einrichtung nur auf den jeweiligen Sprengel der BVB erstreckt. In Oberösterreich behält sich die LReg die Eignungsfeststellung und somit auch Aufsicht und Widerruf nur dann vor, wenn sich die Tätigkeit der Einrichtung der freien JW auf mehr als einen politischen Bezirk bezieht.

### Zuständigkeiten bei nichthoheitlichen Aufgaben

Was die Zuständigkeiten bezüglich der nh Aufgaben anlangt, ist mit einer größeren Variabilität zu rechnen. Zu den wichtigsten nh Aufgaben, die in der Regel nur vom öffentlichen Träger wahrgenommen werden, zählen die *Einleitung* der Erziehungshilfen (volle Erziehung und Unterstützung der Erziehung) und die *Vermittlung* von Pflege- und Adoptionsverhältnissen (diese auch ins Ausland). Hinsichtlich der Zuständigkeit bezüglich der vom öffentlichen Träger wahrzunehmenden nh Aufgaben fällt nun auf, daß sie bis auf die Adoptionsvermittlung ins Ausland von den BVB durchgeführt werden; in Vorarlberg delegiert man auch diese Aufgabe an die BVB und in Oberösterreich bleibt die LReg nur dann für die Einleitung der vollen Erziehung zuständig, wenn ein Minderjähriger eine intensive sozialpädagogische Betreuung braucht. Die Kompetenzmassierung auf der Ebene der BVB deutet auf eine Akzentuierung der regionalen Nähe in diesen Aufgabenbereichen hin.

### Nichthoheitliche Aufgaben

Bezüglich der Vermittlung von Pflege- und Adoptionsverhältnissen im allgemeinen ist zu erwähnen, daß dieser Aufgabenbereich hinsichtlich der Durchführung zwar nh Natur ist, jedoch mit einem hh Rechtsakt (Bescheid bzw. Beschluß) abgeschlossen wird. Deshalb verbleibt die Vermittlung vielfach gleich in der Zuständigkeit der Jugendwohlfahrtsbehörde. Es wird aber darauf hingewiesen, daß, außer in Niederösterreich, auch private Träger mit dieser Aufgabe betraut werden können. Bei Adoptionsvermittlungen im Inland sehen Oberösterreich und Tirol die Möglichkeit einer Beauftragung von freien Trägern vor, wobei der Abschluß natürlich durch die Behörde erfolgen muß.

An weiteren nh Aufgaben, die von freien Trägern wahrgenommen werden können, sind v.a. die sozialen Dienste, die Betreuung, Beratung etc. von Minderjährigen bzw. deren Erziehungsberechtigten im Rahmen der Unterstützung der Erziehung und die Pflege und Erziehung von Minderjährigen in stationären Einrichtungen (Heimen, Wohngemeinschaften etc.), sowie die fachliche Unterstützung der Pflegeeltern zu nennen. In Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol ist auch die Förderung der Tagesbetreuung, ihre Vermittlung und Beratung genannt. Das heißt aber nicht, daß in der Steiermark und in Vorarlberg diese Aufgaben in der Praxis nicht auch von freien Trägern ausgeübt werden.

### Voraussetzungen für die Anerkennung bzw. Bewilligung

Stand es dem öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger vor dem JWG 1989 frei, "Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt heranzuziehen, ohne daß dem ein formalisiertes Verfahren vorangehen mußte (...), ist ihm dies nunmehr nur dann erlaubt, wenn er zunächst diese Einrichtung der freien Jugendwohlfahrt auf ihre Eignung überprüft" (Bajons 1990, S. 11).

### Anerkennung freier Träger

Im Eignungsfeststellungsverfahren kommt den jeweils festgelegten Voraussetzungen eine Schlüsselrolle zu, da auf die positive Bescheiderlassung im Anerkennungsverfahren ein Rechtsanspruch besteht, wenn die festgeschriebenen Voraussetzungen von

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

353

den freien Trägern bzw. den Einrichtungen der freien JW erfüllt werden. Die nähere Regelung der im JWG genannten Voraussetzung: "Nach Ziel und Ausstattung geeignet", steht den Ländern zu.

Die in den fünf Landesgesetzen demonstrativ aufgezählten wichtigsten Voraussetzungen sind in Tab. 2 aufgelistet. Sie lassen teilweise eine doch deutlich unterschiedliche Ausnützung des gesetzlichen Handlungsspielraumes erkennen. Detaillierter, aber ansonsten analog, sind die demonstrativen Aufzählungen bezüglich der Voraussetzungen zur Bewilligung von stationären Einrichtungen (vgl. Tab. 3). Im Rahmen der Anerkennungsverfahren ist noch bemerkenswert, daß in zwei der fünf Ausführungsgesetze verpflichtende Anhörungsrechte normiert wurden: In Tirol ist es der JW-Beirat, in Niederösterreich sind es die örtlich zuständigen BVB. Eine Übersicht der für die Verfahren zuständigen Behörden findet sich in Tab. 1.

### Anerkennung und Heranziehung

Nach dem JWG 1989 dürfen Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt zur Erfüllung von nh Aufgaben der öffentlichen JW herangezogen werden, wenn sie nach Ziel und Ausstattung dazu geeignet sind (vgl. § 8 Abs 1 leg. cit). Mit der Anerkennung geht keine verpflichtende Heranziehung zur Erfüllung nh Aufgaben der öffentlichen JW einher. Wohl aber ist die Anerkennung - bei stationären Einrichtungen die Bewilligung - in jedem Fall die Voraussetzung für eine solche Heranziehung. Demgegenüber besteht in Niederösterreich eine generelle Anerkennungspflicht für alle Einrichtungen, die im Bereich der JW arbeiten wollen, unabhängig davon, ob sie herangezogen werden. Für den öffentlichen JW-Träger besteht aufgrund der im Bundesgrundsatzgesetz verwendeten Formulierung, der freie Träger "soll herangezogen werden", wenn er "unter Berücksichtigung seiner Ausstattung und sonstigen Leistungen das Wohl eines Minderjährigen *besser und wirtschaftlicher* als der öffentliche Träger" gewährleistet (§ 8 Abs 1 JWG 1989), größere Nachdrücklichkeit dazu als bisher. Im TJWG bleibt diese grundsatzgesetzliche Vorgabe unternormiert, da dort der entsprechende Passus fehlt (vgl. § 28 TJWG). Vorarlberg hingegen tendiert zu einer Übernormierung, indem es die grundsätzliche Möglichkeit der Heranziehung freier Träger stärker betont als das Grundsatzgesetz. Dort *sollen* (nicht: dürfen) geeignete Einrichtungen der freien JW herangezogen werden bzw. sie *sollen insbesondere* herangezogen werden, wenn sie die Erfüllung der Aufgaben besser und wirtschaftlicher gewährleisten (vgl. § 25 Abs 1 L-JWG).

Anerkennung  
und Heranziehung

Für die Aufgabendelegierung vom öffentlichen an den freien Träger wurden in den einzelnen Landesgesetzen unterschiedliche Bezeichnungen verwendet: Niederösterreich, die Steiermark und Vorarlberg übernehmen den im Bundesgrundsatzgesetz verwendeten Terminus "Heranziehung", Oberösterreich spricht von "Betrachtung" und Tirol von "Übertragung". Im rechtlichen Bereich bringt das zunächst keine Unterschiede. Wie weit das auch für die Umsetzung des Rechtes in die Praxis gilt, ist dort ausgeführt.

Unterschiedliche  
Regelungen

Hier bleibt noch erwähnenswert, daß in Oberösterreich, der Steiermark und in Tirol die Aufgabendelegation mit privatrechtlichem Vertrag erfolgt. Niederösterreich und Vorarlberg sehen in ihren Gesetzen keine Normierung über den Modus der Heranziehung vor.

Bezüglich der Einbeziehung von stationären Einrichtungen in den Bereich der freien Träger wäre in manchen Landesgesetzen mehr Klarheit hilfreich. Im gesetzlichen Passus, wo es um die Heranziehung geht, sind in der Steiermark, in Niederösterreich und in Tirol die stationären Einrichtungen nicht erwähnt. Deshalb ist vom Gesetz her nicht

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

354

klar, ob in diesen Ländern die Heranziehung von anerkannten Einrichtungen mittels Vertrag im Sinne des Gesetzes auch die Heranziehung von stationären Einrichtungen meint.

### Fachaufsicht, Finanzierung und Gebarungskontrolle

Anerkannte freie Träger der JW unterliegen gem. § 8 Abs 2 JWG 1989 der Fachaufsicht des Trägers der öffentlichen JW. Demgegenüber tendiert Vorarlberg zu einer Unternormierung des Grundsatzgesetzes insofern, als dem Gesetz nach die freien Träger einer solchen erst unterliegen, wenn sie auch herangezogen werden. Stationäre Einrichtungen unterliegen in jedem Fall der Fachaufsicht des öffentlichen Trägers. Über die Behördenzuständigkeit informiert Tab. 1.

Aufsicht verschieden geregelt

Niederösterreich sieht als einziges Bundesland vor, daß sich die LReg bei ihrer Fachaufsicht über anerkannte Einrichtungen der internen fachlichen Aufsicht der Einrichtung bedienen kann (vgl. § 13 Abs 1 NÖJWG). Durchgängig wird in den Landesgesetzen eine Überprüfung in geeigneten Zeitabständen gefordert; bei stationären Einrichtungen ist das in der Regel einmal jährlich. Bezüglich der Mängelbehebung werden von den Bundesländern in analoger Weise Fristsetzungen genannt und Konsequenzen vorgesehen (Widerruf der Eignung bzw. Bewilligung).

Die Finanzierung der Tätigkeit freier Träger im Bereich der JW ist in den Landesgesetzen nicht ausdrücklich festgelegt. In ihnen erfolgt jedoch die finanzielle Regelung der Inanspruchnahme von Leistungen (soziale Dienste, Unterstützung der Erziehung, volle Erziehung etc.). Z.T. können Leistungen kostenlos in Anspruch genommen werden, teilweise gibt es Kostenzuschüsse des öffentlichen Trägers, teilweise wird Kostenersatz vom Minderjährigen bzw. seinem Unterhaltspflichtigen eingefordert. Zur Erbringung von Leistungen ist vom Gesetz her zunächst der öffentliche Träger vorgesehen. Werden freie Träger zur Leistungserbringung herangezogen, müßte daraus die Refundierung der Kosten für diese Leistung vom öffentlichen an den freien Träger erfolgen. Außerdem sehen Niederösterreich und Oberösterreich in ihren Gesetzen eine mögliche finanzielle Förderung für z.T. nicht näher bestimmte Leistungen vor.

Finanzierung freier Träger nicht festgelegt

Eine Kontrolle der finanziellen Gebarung von freien Trägern, die vom öffentlichen Träger für nh Aufgaben herangezogen werden, ist im Bundesgrundsatzgesetz nicht vorgesehen. Sie wurde jedoch im Ausführungsgesetz des Landes Steiermark normiert. Dort verpflichtet sich der freie Träger mit der Heranziehung, eine Gebarungsprüfung durch den Landesrechnungshof im Rahmen der übertragenen Aufgaben zuzulassen (vgl. § 10 Abs 1 StJWG).

### Jugendwohlfahrtsbeirat

In den Bundesländern Steiermark und Tirol ist ein Jugendwohlfahrtsbeirat einzurichten. Ihm gehören Vertreter der freien Jugendwohlfahrt an. In Tirol sind es drei Vertreter der Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt, in der Steiermark ist von jedem anerkannten Träger ein Vertreter zum Jugendwohlfahrtsbeirat zugelassen. Während in der Steiermark der Vorsitzende das für Angelegenheiten der JW zuständige Mitglied der LReg ist (vgl. § 11 StJWG), ist er in Tirol durch die Beiratsmitglieder zu wählen. Inwieweit diese und andere Vorgaben die Aufgabenwahrnehmung des Jugendwohlfahrtsbeirates fördern bzw. behindern, sollte nach einer mehrjährigen Erfahrungsphase in einer eigenen Studie erfaßt werden.

Jugendwohlfahrtsbeirat

### Die Handhabung der Landesausführungsgesetze in der Praxis

Basierend auf den im vorangehenden Kapitel ausgeführten gesetzlichen Vorgaben wird nun deren praktischer Handhabung nachgegangen. Dies wird anhand folgender Fragen untersucht: Wie werden in den einzelnen Bundesländern die Anerkennungsverfahren in der Praxis durchgeführt und nach welchen Kriterien wird dabei über das Vorliegen der Eignungsvoraussetzungen entschieden? Analoges gilt für die Bewilligungsverfahren bei Einrichtungen für die stationäre Erziehung. In welcher Form erfolgt die Heranziehung der freien Träger? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Praxis? In welcher Weise wird die Fachaufsicht durch den öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger wirksam? Wie erfolgt die Finanzierung der Leistungen der freien Träger? Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Form der Finanzierung?

Handhabung  
der Gesetze

### Voraussetzungen für die Anerkennung und für die Bewilligung

Nach dem Bundesgrundsatzgesetz von 1989 (vgl. § 8 Abs 1 leg. cit) müssen Einrichtungen der freien JW "nach Ziel und Ausstattung dazu geeignet" sein, damit sie zur Erfüllung von nh Aufgaben der öffentlichen JW herangezogen werden dürfen. Die Prüfung der Voraussetzungen hiezu stellt demnach einen zentralen Bereich bei der Entscheidung über die Einbeziehung der freien Träger in die Aufgaben der Jugendwohlfahrtsarbeit dar.

Voraussetzungen  
in Ländergesetzen  
kaum präzisiert

Die allgemein gehaltenen Vorgaben bezüglich der Voraussetzungen im Grundsatzgesetz wurden in den Landesgesetzen, wie Tab. 2 und 3 zeigen, kaum präzisiert. Aufgrund des Hinweises in den Erläuterungen zum JWG 1989 (vgl. Erläuterungen 1987, 20), wonach Einrichtungen objektiv geeignet sein müssen, um herangezogen zu werden, würde man erwarten, daß diesbezügliche Kriterien in den Landesgesetzen oder auf dem Verordnungswege festgelegt werden. Analoges gilt für die Überprüfung der Voraussetzungen von bewilligungspflichtigen Einrichtungen. Für den Bereich der Anerkennung fehlen solche genaueren Vorgaben. Der Jugendwohlfahrtsbeirat von Tirol formuliert zwar Richtlinien für die Anerkennung, die jedoch auch unverbindlich und allgemein bleiben. Bezüglich der Bewilligung finden sich in Niederösterreich durch die "Niederösterreichische Heimverordnung" in einigen Belangen genauere Vorgaben. In der Steiermark ist laut Auskunft der Behördenvertreter eine ähnliche "Heimverordnung" in Ausarbeitung.

Diese Situation führt in der Praxis insgesamt dazu, daß die Kriterien, welche die Behörden bei der Bewertung der Voraussetzungen im Anerkennungs- bzw. Bewilligungsverfahren zugrunde legen, den Vertretern der freien Jugendwohlfahrtseinrichtungen im großen und ganzen nicht klar sind. Es konnten diese Kriterien im übrigen auch durch die Interviews mit den Behördenvertretern höchstens ansatzweise aufgeklärt werden. Diese große Unbestimmtheit führt bei den Vertretern der freien Träger zu Unsicherheiten und teilweise zum Gefühl, der Behörde in gewisser Weise ausgeliefert zu sein. Andererseits werden von den Behördenvertretern und von Vertretern der freien Träger die Vorteile der Flexibilität, der Spielräume und der Vielfalt durch die Unbestimmtheit der Kriterien als positiv herausgestrichen. Versteht sich die Behörde mehr als fachlich kompetente Serviceeinrichtung des Staates für seine Bürger, dann ist weniger Festschreibung zweifellos ein Vorteil; versteht sie sich hingegen stärker als Vertreterin einer obrigkeitlichen Staatsmacht, sind im Interesse einer transparenten Amtsführung bzw. einer eventuellen Willkürvermeidung klarere Vorgaben wünschenswert.

Unklare Bewertungsrichtlinien,  
Anerkennungs-  
und Bewilligungsverfahren

Bemerkenswert ist auch der Umstand, daß in der demonstrativen Aufzählung der Voraussetzungen zur *Anerkennung* in keinem der untersuchten Landesgesetze eine

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

356

Operationalisierung des unbestimmten Gesetzesbegriffes "Ziel" auch nur annähernd vorgenommen wird. In der Praxis hingegen fordern alle Bundesländer eine solche zumindest in der Form einer inhaltlichen (sozialpädagogischen) Erläuterung auch für die Anerkennung und nicht nur für die Bewilligung ein.

Am ausführlichsten sind die Vorgaben bezüglich des Personals, was sich bereits beim Gesetzesvergleich herauskristallisierte. Hier werden bezüglich der Qualifikation einige eindeutige Vorgaben genannt, wie z.B. Hinweise zur Aus- und Fortbildung und zur Supervision, bezüglich des geplanten Einsatzbereiches oder auch nachgewiesene Praxis. Hinsichtlich der Anzahl des Personals geht man über unverbindliche Aussagen - wie ausreichend, erforderlich etc. - nicht hinaus.

Forderungen  
an Personal  
eindeutig

Vertreter von freien Trägern verweisen mehrmals darauf, daß trägerintern die Qualitätsansprüche an das Personal sehr hoch seien und dann den Erwartungen der Behörden voll entsprechen. Dies kann als wichtiger Hinweis für die Bedeutsamkeit der freien Jugendwohlfahrtsträger zur Hebung des Standards der Personalqualifikation im Bereich der Jugendwohlfahrtsarbeit gewertet werden. Eine solche Entwicklung ist als beachtenswerte Konsequenz des neuen JWG mit seiner normierten Qualitätsprüfung im Rahmen der Heranziehung der freien Träger zu sehen.

Bei der Überprüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen wird bei bewilligungspflichtigen stationären Einrichtungen auch auf eine kostendeckende Tagsatzgestaltung geachtet, bei den Anerkennungsverfahren spielt teilweise die Prüfung der finanziellen Potenz eines Trägers eine wichtige Rolle.

Wirtschaftliche  
Voraussetzungen

Hinsichtlich der räumlichen Voraussetzungen erfolgt insbesondere bei stationären Einrichtungen eine genaue Überprüfung durch Lokalaugenschein. Bei der Installierung neuer Angebote ist die Konzeptvorlage wesentlich. In ihr sind neben dem Ziel der Einrichtung die notwendigen Voraussetzungen zu beschreiben. Ebenso wichtig dürfte die Sicherung einer zumindest mittelfristigen Finanzierung sein. Solches bestärkt die Annahme, daß neue Projekte am besten mittels finanziell potenter und bewährter Träger initiiert werden.

Wenn der Bedarf an neuen Einrichtungen gegeben ist, etwa im Sinne eines JW-Planes, dann wird von den Vertretern der öffentlichen und freien Träger übereinstimmend erklärt, daß im Interesse des neuen Projektes kooperiert und Verhandlungen zur Lösung eventueller Probleme aufgenommen werden.

Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, daß die Behörden in den Bundesländern im Rahmen der Überprüfung der Anerkennungs- bzw. Bewilligungsvoraussetzungen unterschiedliche Gewichtungen vornehmen. Stehen einerseits fachliche Gegebenheiten im Vordergrund, erfahren anderswo zusätzlich die wirtschaftlichen Gegebenheiten besondere Beachtung. Insgesamt hat sich gezeigt, daß sich in allen Bundesländern die Praxis der Eignungsfeststellung bei den zuständigen Behörden erst einspielen muß. Dabei wird das Klima von beiden Seiten im allgemeinen als konstruktiv bewertet. Informationen über die erforderlichen Unterlagen bei Anerkennungsanträgen werden von den Behörden selbstverständlich gegeben. Um unnötige Mehrarbeiten und Verzögerungen durch Nachfragen oder Nachreichen von Unterlagen zu reduzieren, wird eine ausführliche und zeitgerechte Information durch die Behörde als wichtig erachtet.

Praxis der Eignungsfeststellung  
muß sich erst  
einspielen

Hinsichtlich der Dauer der Anerkennungs- bzw. Bewilligungsverfahren besteht eine große Spannweite. Sie reicht von zwei bis zu 20 Monaten. Vor allem neue Projekte müssen mit eher langen Verfahrenszeiten rechnen. Auch die Zahl der anerkannten bzw. bewilligten Einrichtungen variiert beträchtlich und reicht zum Erhebungszeit-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

357

punkt (31.3.1993) bei den Anerkennungen von zwei bis 23, bei den Bewilligungen von fünf bis 16 Einrichtungen. Diese großen Unterschiede zwischen den Bundesländern hängen zweifellos auch mit der Praxis der Heranziehung zusammen.

Heranziehung von Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt zur Erfüllung von nichtstaatlichen Aufgaben der öffentlichen Jugendwohlfahrt

Erfüllung nicht-staatlicher Aufgaben durch freie Träger

Das Kernstück der gehobenen Bedeutung der freien Träger im JWG 1989 bildet der Passus des Gesetzes, welcher die Heranziehung der freien Jugendwohlfahrtsträger zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen JW normiert: "Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt dürfen zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen Jugendwohlfahrt herangezogen werden, wenn sie nach Ziel und Ausstattung dazu geeignet sind. Gewährleistet ein freier Jugendwohlfahrtsträger jedoch unter Berücksichtigung seiner Ausstattung und sonstigen Leistungen das Wohl eines Minderjährigen besser und wirtschaftlicher als der öffentliche Träger, so soll der freie Träger herangezogen werden" (§ 8 Abs.1 JWG 1989).

Die rechtspolitische Entscheidung, welche die Bedeutung der freien Träger für die Jugendwohlfahrtsarbeit anerkennt und in Österreich erstmals grundsatzgesetzlich auch fördert, läßt diesbezüglich zunächst hohe Konvergenz in den Ausführungsgesetzen erwarten. Der Rechtsvergleich zeigte, daß die Landesgesetzgebungen doch über beachtlich unterschiedliche Normierungen verfügten. Wurde der Spielraum des Bundesgrundsatzgesetzes durch die Landesgesetzgebungen unterschiedlich genutzt, so ist damit zu rechnen, daß auch bei der praktischen Umsetzung der Landesgesetze die vorhandenen Spielräume genutzt und demnach die Praxen in den Bundesländern sich unterscheiden werden.

Unterschiedliche Normierungen in Landesgesetzen

Prinzipiell meint die "Heranziehung" von Einrichtungen bzw. Trägern der freien JW, daß der öffentliche Träger eine Einrichtung bzw. deren Träger mittels privatrechtlicher Vereinbarung zur Erfüllung von Aufgaben der Jugendwohlfahrt beauftragt und mit ihm diesbezüglich kooperiert. De facto heißt das in der Regel, daß die Tätigkeit eines freien Trägers vom öffentlichen Träger zumindest teilfinanziert wird. In der Praxis werden unter diesen Aufgaben in den meisten Ländern auch Aufgaben bzw. Leistungen im Einzelfall verstanden. Demgegenüber geht man in der Praxis in Tirol den Weg, nur globale *Aufgabenbereiche* (wie etwa die Vermittlung von Pflegeplätzen), nicht aber eine Aufgabe im Einzelfall (wie etwa die Vermittlung eines Pflegeplatzes auf Ersuchen der BVB), an anerkannte freie Träger mittels Vertrag im Sinne des Gesetzes zu übertragen (vgl. § 28 TJWG). In der Steiermark hingegen streicht man heraus, daß im Sinne des § 10 Abs 1 StJWG ein anerkannter freier Träger entsprechend seiner Eignung beauftragt wird, jeweils in einem Einzelfall tätig zu werden.

Für Einrichtungen, die über Subventionen vom öffentlichen Träger (teil)finanziert werden, erfolgt aber auch in der Steiermark ebenso wie in Niederösterreich die Heranziehung von anerkannten Einrichtungen, in der Praxis jedoch nicht durch einen eigenen Vertrag, sondern konkludent: indem das Land eine bestimmte Einrichtung aufgrund deren Ansuchen für die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe finanziell fördert, gilt diese Einrichtung als herangezogen. Für manche Vertreter der freien Jugendwohlfahrt dürfte sich dieses implizite Verfahren gegenwärtig insofern noch etwas unübersichtlich gestalten, als z.B. Vertreter einer Einrichtung, die vom Land Niederösterreich eine Förderung erhielt, diese als herangezogen betrachteten und Vertreter einer anderen ebenfalls geförderten Einrichtung die ihre nicht als herangezogen verstanden.

Steiermark und Niederösterreich: Finanzielle Förderung gilt als Heranziehung

Während also die behördliche Praxis in Niederösterreich und in der Steiermark alle

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

358

vom Land finanziell geförderten Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt als im Sinne des jeweiligen Gesetzes herangezogen betrachtet - und dies dürfte für den Großteil der anerkannten Einrichtungen zutreffen -, handhabt die JW-Behörde in Oberösterreich die Heranziehung im Sinne des Gesetzes deutlich anders. Dieser Passus, wonach ein freier Träger durch den öffentlichen Träger mit Aufgaben der JW betraut (bzw. herangezogen) werden kann (vgl. § 5 Abs 5 OÖJWG), ist laut Behördenvertreter in Oberösterreich in der Praxis bisher noch nicht angewendet worden. Von ihm soll künftig nur dann Gebrauch gemacht werden, wenn der öffentliche Träger eine Einrichtung der JW, an welcher Bedarf besteht, selbst nicht einrichten will oder kann und kein privater Träger von sich aus tätig wird. Da derzeit freie Träger immer wieder Initiativen setzen, bestehe nach behördlicher Auffassung momentan kein Handlungsbedarf.

Die Vertreter der öffentlichen JW in Oberösterreich gehen bei ihren Überlegungen vor allem von zwei Annahmen aus: trachtet der öffentliche Träger danach, in den meisten Bereichen immer auch selbst zumindest eine Einrichtung zu betreiben, einerseits um gewisse Konkurrenzverhältnisse und Kostenvergleichsgrundlagen zu schaffen, andererseits um über die praktische Arbeit den Bezug zur JW-Praxis mit all ihren Problemen zu erhalten und dabei auch selbst innovativ wirken zu können. Natürlich erfüllen auch in Oberösterreich freie Träger viele Aufgaben im Bereich der öffentlichen JW. Sie werden von der Behörde aber dazu nicht mittels Vertrag im Sinne des Gesetzes herangezogen.

Oberösterreich:  
eigene Einrichtungen

Vorarlberg hingegen forciert die Einbindung der freien Träger zur Erfüllung von Aufgaben der öffentlichen JW. Wie dies schon in der oben erwähnten gesetzlichen Regelung zum Ausdruck kommt, ist es in der Praxis das Ziel des öffentlichen Trägers, Tätigkeiten, welche der Förderung und Sicherung des Kindeswohles dienen, nicht selbst durchzuführen. Man geht dabei einen völlig anderen Weg als etwa Oberösterreich, wenn man beispielsweise daran denkt, die Beratungs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit im Bereich der JW künftig fast völlig den Einrichtungen der freien JW zu überantworten und die freien Träger auch mit der Entwicklung neuer Angebote zu betrauen. Die Regelung von näheren Bedingungen der Heranziehung erfolgt mittels einer schriftlichen Rahmenvereinbarung zwischen dem öffentlichen Träger und dem Träger der Einrichtung bzw. der Einrichtung selbst. Darin werden neben einer Auflistung der Ziele, der Zielgruppe und der Aufgaben der Einrichtung die entsprechenden Rahmenbedingungen (Personal, Finanzierung, Rechnungslegung, Übertragung eines Einzelfalles, Vereinbarungsdauer etc.) festgelegt. Eine solche Rahmenvereinbarung soll eine koordinierte und zielgerichtete Zusammenarbeit beider Vertragspartner im Einzelfall ermöglichen. Die konkrete Heranziehung einer Einrichtung erfolgt dann im Einzelfall unter Bezugnahme auf die allgemeine Rahmenvereinbarung. Die bisherigen Erfahrungen zeugen nach Aussagen von Vertretern des öffentlichen wie auch der privaten Träger sowohl hinsichtlich der partnerschaftlichen Ausverhandlung der Rahmenvereinbarungen als auch bezüglich der konkreten Arbeit von guten Ergebnissen.

Vorarlberg forciert  
freie Träger.  
Heranziehung  
durch Rahmenvereinbarung

Die Praxis der Heranziehung der freien Träger durch die öffentlichen Träger zeigt beträchtliche Differenzen zwischen den untersuchten fünf Bundesländern. Nach Meinung der befragten Vertreter der freien Träger sind sie mit dem jeweils praktizierten Modell zur Zeit nicht ganz zufrieden, da sie diese in Teilbereichen als zu wenig klar und z.T. zur Professionalisierung im Jugendwohlfahrtsbereich als zu wenig förderlich ansehen. Vorarlberg scheint diesbezüglich eine Ausnahme zu bilden. Das dort entwickelte Modell findet gegenwärtig breite Zustimmung bei den Vertretern der freien Träger. Die als unklar erlebte, zurückhaltende Heranziehungspraxis mag wohl mit der veränderten, noch zu bestimmenden Stellung der öffentlichen Träger aufgrund der Aufwertung der freien Träger zu tun haben.

Starke Unterschiede  
in der Praxis  
der Heranziehung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

359

Die Behördenvertreter sehen die Vorteile einer Normierung der Heranziehung der freien Träger zur Erfüllung der Aufgaben der JW in der Praxis eigentlich nicht darin, daß diese besser oder wirtschaftlicher arbeiten würden. Dazu fehlen ihrer Meinung nach zum einem - zumindest zur Zeit - die Vergleichsdaten, zum anderen seien doch auch die freien Träger finanziell völlig vom öffentlichen Träger abhängig. Einen Punkt allerdings betonen sie übereinstimmend: Freie Träger bringen, wenn sie nicht zu groß sind und keine Monopolstellung einnehmen, durch ihre Flexibilität eine wichtige Dynamik in die Entwicklung der JW-Arbeit, etwa durch die Verbreiterung der Angebotspalette oder durch beweglichere Finanzierungsmodalitäten.

Freie Träger  
dynamisch und  
flexibel

Wie erwähnt, dürfen Einrichtungen zur Erfüllung von bestimmten Aufgaben herangezogen werden, wenn sie von der zuständigen Behörde dazu als geeignet anerkannt worden sind. Aufgrund der in den Bundesländern verschiedenen Handhabung der Heranziehung ergibt sich eine unterschiedliche Notwendigkeit zur Anerkennung.

Niederösterreich bildet eine Ausnahme. Dort muß jede Einrichtung, die im Jugendwohlfahrtsbereich arbeitet, unabhängig von einer Heranziehung, anerkannt sein. Da in Vorarlberg und in der Steiermark fast alle Einrichtungen, die im Bereich der JW arbeiten, vom öffentlichen Träger auch herangezogen werden, brauchen in der Praxis alle diese Einrichtungen auch eine Anerkennung. Demgegenüber besteht diese Notwendigkeit einer Anerkennung in Oberösterreich und Tirol aufgrund der dort zurückhaltend geübten Heranziehungspraxis nur in sehr reduziertem Maße. In Oberösterreich denkt man von behördlicher Seite wohl daran, daß über die Gewährung von Geldzuweisungen eine immanente Kontrollmöglichkeit hinsichtlich der notwendigen Qualifikationen und Voraussetzungen besteht - sozusagen eine indirekte Eignungsfeststellung von einem Termin der Subventionsvergabe bis zum nächsten.

Trotzdem besitzen in Oberösterreich und Tirol bereits mehrere Einrichtungen eine Anerkennung. Deren Vertreter begründen den Antrag auf Anerkennung unter anderem damit, daß man diese als "Qualitätssiegel" versteht, für eine eventuelle spätere Betrauung bzw. Übertragung gerüstet sein möchte, sich mehr Kooperationsmöglichkeiten mit der Behörde oder Vorteile bei Finanzierungsverhandlungen erwartet. Allerdings bedeutet eine Anerkennung ohne Heranziehung für den betreffenden freien Träger, daß er damit zunächst nur Verpflichtungen auf sich nimmt, indem er z.B. der Fachaufsicht mit all den daraus folgenden Konsequenzen unterliegt (ausgenommen Vorarlberg) ohne daß ihm dafür zusätzliche Rechte zukommen.

### Fachaufsicht

Aufgrund der kurzen Erfahrungsdauer mit den neuen gesetzlichen Bestimmungen ist die Handhabung der Fachaufsicht (FA) bis zum Ende des Erhebungszeitraumes noch nicht voll zum Tragen gekommen.

Fachaufsicht:  
Beobachtungszeit-  
raum noch zu kurz

In der Praxis nimmt die Behörde die FA bei anerkannten Einrichtungen bisher wenig auffällig wahr. Sie informiert sich über Tätigkeitsberichte, gelegentliche Kontakte der Mitarbeiter zu den Behörden und über den Verlauf der Betreuung von Einzelfällen. Man geht behördlicherseits offenbar davon aus, daß wesentliche Änderungen, etwa bezüglich des Konzeptes, des Personalstandes oder der Räumlichkeiten, von den Einrichtungen - dem Gesetz entsprechend - selbst mitgeteilt werden. Teilweise werden überdies Jahresberichte eingefordert, welche auch Angaben über den Personalstand und die Fortbildungsaktivitäten zu beinhalten haben.

Auch bei den bewilligten stationären Einrichtungen fällt die FA kaum spektakulär aus. Anlässlich der in der Regel jährlich stattfindenden Besuche, die angemeldet

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

360

werden, finden Gespräche über pädagogisch inhaltliche Belange statt, die von einer "Hausbesichtigung" begleitet sind. Die Behördenvertreter sind dabei üblicherweise die mit der Bewilligung der jeweiligen Einrichtung befaßten Beamten, teilweise ergänzt durch medizinisches oder pädagogisch-psychologisches Fachpersonal. Bei besonderen Vorfällen führt die Behörde zusätzliche Überprüfungen durch. Die Jahres- bzw. Tätigkeitsberichte bilden eine wichtige Informationsquelle für die Behörden, ebenso schriftliche Berichte über das Erziehungsgeschehen, die Fortbildung der Mitarbeiter etc.; Kontakte und laufende Gespräche mit den Sozialarbeitern der Jugendämter ergänzen die Informationsquellen.

Die in den Bescheiden festgeschriebenen Auflagen bezüglich Personal, Räumlichkeiten etc. dienen dazu, die Aufsichtsfunktion entsprechend zielgerichtet wahrnehmen zu können. In Vorarlberg wird in der anlässlich der Heranziehung erstellten Rahmenvereinbarung überdies ein bestimmter Informationsfluß festgelegt, welcher der Aufsichtsbehörde Einblick in die Arbeit der herangezogenen Einrichtungen verschafft. Dort betont man von der Seite der freien Träger, daß es zu ihrem Qualitätsstandard zählen sollte, die eigene Arbeit ausreichend zu dokumentieren, um sie über diesen Weg auch (wissenschaftlich) evaluieren zu können.

Formale Auflagen

### Finanzierung von Leistungen der Jugendwohlfahrt und Finanzkontrolle

Die Erörterung der Heranziehung freier Träger machte deutlich, daß diese in der Praxis eng mit deren Finanzierung zusammenhängt. Mit der Heranziehung überträgt der öffentliche Träger den Einrichtungen der freien JW Aufgaben, für deren Erfüllung er die freien Träger bezahlt bzw. fördert. Zwei Finanzierungsmodelle für Tätigkeiten freier Träger sind üblich, wobei es zwischen einzelnen Bundesländern aber bezüglich der Zuordnung Unterschiede gibt.

- Tagsätze bzw. Stundensätze werden für Leistungen verrechnet, die von den Klienten nur kostenpflichtig in Anspruch genommen werden können.
- Solche Dienste, die für die Klienten nicht kostenpflichtig sind, werden in Form von Förderungen bzw. Subventionen abgegolten.

Finanzierungsmodelle für freie Träger

In Vorarlberg ist nahezu ausnahmslos eine Leistungsabgeltung über Tag- bzw. Stundensätze vorgesehen. Sogenannte "Gratisdienste" (z.B. Beratungen) werden ebenfalls im Rahmen dieses Modells über "anonymisierte Leistungsverrechnung" für den jeweiligen Einzelfall abgerechnet, obzwar dieses Modell u.a. wegen der Anonymität der Leistungsbezieher in der Behörde nicht ganz unumstritten ist. Der öffentliche Träger behält sich grundsätzlich die Möglichkeit vor, eine stichprobenartige Überprüfung der anonymisierten Daten in bezug auf deren Personenbezogenheit vorzunehmen. Vorteile sieht man in einer leistungsgerechteren Finanzierung und überdies darin, daß ein Leistungsentgelt den freien Trägern mehr Selbstbewußtsein vermittelt und sie nicht zu Bittstellern um Subventionen für Leistungen degradiert werden, deren Erbringung gesellschaftspolitisch ohnedies wichtig ist.

Die Berechnung der Tag- bzw. Stundensätze wird von den freien Trägern vorgenommen. Die Kalkulationsgrundlagen bilden dabei entsprechend dem Konzept vor allem die Personal- und Sachkosten. Diese Kalkulationen müssen in allen Bundesländern mit den Vorstellungen des öffentlichen Trägers abgeklärt werden, wobei dieser in manchen Bundesländern auf die Kalkulation nachdrücklich Einfluß nimmt. Dabei wird um kleinere Positionen z.T. hart verhandelt, manche Budgetposten müssen nach Aussagen von Vertretern freier Träger "regelrecht nach und nach erkämpft werden". Damit hat jede Einrichtung ihre Geschichte des Tag- bzw. Stundensatzes. Bei Tagsätzen scheint vor allem die der Kalkulation zugrundegelegte Auslastungsquote ein

Tag- und Stundensätze

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

361

Problem zu bilden, bei Stundensätzen ist es die zu erbringende Jahresstundenzahl. Aber auch Fortbildungs- und Supervisionsmittel fallen vorzugsweise in den umstrittenen Bereich. Teilweise müssen größere betriebsbedingte Investitionen in diesen Sätzen enthalten sein, um keine "Schattenfinanzierung" über Subventionen aufkommen zu lassen. Die Tag- bzw. Stundensätze werden üblicherweise jährlich neu festgelegt. Sind diese zu hoch angesetzt, besteht für den Träger die Gefahr, daß seine Einrichtung vom öffentlichen Träger nicht mehr in Anspruch genommen wird. Verhandlungen dienen der gegenseitigen Abklärung. Eine völlige Transparenz zwischen den freien Trägern bezüglich der Tagsätze und einzelner seiner Posten scheint es nicht zu geben. Vergleiche bei stationären Einrichtungen mit ähnlichen Leistungen zeigen bezüglich der Tagsätze in manchen Bundesländern beachtliche Streubreiten, im Bereich der Stundensätze fallen diese insgesamt gering aus.

In der Steiermark ist der öffentliche Träger bemüht, Kriterien für die Festsetzung von Tagsätzen auszuarbeiten. Während hier die LReg die Tagsatzkalkulation der freien Träger sehr genau nachprüft und die entsprechende Höhe schließlich für jede stationäre Einrichtung mittels Bescheid festlegt (vgl. § 30 StJWG), vertraut die Behörde in Oberösterreich mehr auf das "freie Spiel der Kräfte"; Erhöhungen halten sich offenbar in Grenzen. Es gibt keine offizielle Genehmigung der Tagsätze, wodurch sich nach Meinung des Behördenvertreters Stellen einsparen lassen.

Der Einsatz der Tag- bzw. Stundensätze im Rahmen der konkreten Arbeit der Einrichtungen kann nach Angaben der freien Jugendwohlfahrtsträger in allen Bundesländern flexibel erfolgen, sodaß den jeweiligen Erfordernissen entsprechend ein Handlungsspielraum gegeben bleibt. Die Verwendung von Finanzmitteln, die über Tagsätze oder Stundensätze abgerechnet werden, wird in Niederösterreich und Oberösterreich nicht weiter kontrolliert. Vertritt man dort die Meinung, daß damit Leistungen nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen erbracht werden, ist in der Steiermark, in Tirol und in Vorarlberg eine Finanzkontrolle in Form der Vorlage eines jährlichen Rechnungsabschlusses vorgesehen. Dieser dient dem öffentlichen Träger teilweise ausschließlich als Grundlage für die Neufestsetzung der Tarife. Das StJWG normiert für freie Träger bei Heranziehung eine Gebarungsüberprüfung durch den Landesrechnungshof. In der Praxis wurde eine solche bisher noch nicht durchgeführt.

Der andere Finanzierungsmodus, welcher bei kostenlos in Anspruch zu nehmenden Leistungen Anwendung findet, ist die Form der Subventionierung. Dabei wird unterschieden zwischen einer solchen für den laufenden Betrieb und Beihilfen für Investitionen und Sonderausgaben. Der öffentliche Träger erwartet sich, daß die Einrichtungen ihre Förderungen insbesondere für den laufenden Betrieb von verschiedenen Stellen beziehen. In Oberösterreich beispielsweise sollen maximal zwei Drittel der laufenden Gesamtausgaben einer Einrichtung durch die Förderung vom Land abgedeckt werden. In Vorarlberg sieht der öffentliche Träger hingegen Subventionen nur in Ausnahmefällen vor.

Förderungen und  
Subventionen

Diese Finanzierungsform wird von den Vertretern der freien Träger durchgehend als äußerst aufwendig beschrieben. Die Subventionsverhandlungen selbst beanspruchen enorm viel Zeit und Arbeitskraft und sind zudem doch relativ unsicher, weil die Subventionshöhen von der Höhe der jeweiligen Landesbudgets abhängen. Außerdem erfolgt die Zusage über die zu erwartenden Fördermittel in der Regel erst während der ersten Monate des laufenden Arbeitsjahres (in Tirol noch vor Jahresbeginn!), sodaß auf besonderes Risiko gearbeitet und zumindest für einen Teil des Jahres vom freien Träger vorfinanziert werden muß. Einrichtungen, die bereits einmal für den laufenden Betrieb gefördert wurden, können im Regelfall mit einer Weiterführung der Förderung rechnen, wenngleich daraus natürlich kein Anspruch erwächst. Die Ab-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

362

rechnung erfolgt ziemlich übereinstimmend jährlich durch die Vorlage entsprechender Belege.

In manchen Bundesländern wird von den freien Trägern angedeutet, daß es für die Vergabepaxis von Subventionen nicht ohne Einfluß ist, ob ein freier Träger einen parteipolitischen Hintergrund aufweist oder nicht. Zumindest empfiehlt es sich, die eigene Arbeit bei Politikern bekanntzumachen, um solcherart Fürsprecher zu gewinnen.

### Zusammenfassende Überlegungen und Vorschläge

Das neue JWG wird durchgehend positiv bewertet und hat in den Bundesländern zweifellos wichtige Impulse im Bereich der JW ausgelöst. Diese reichen in einzelnen Bundesländern von einer bereits zu bemerkenden besseren budgetären Dotierung bis hin zur Erarbeitung von Plänen zum Ausbau von Angeboten im Bereich der JW, die als Leitlinien und nicht als Korsett verstanden werden wollen. Dabei scheint auch die prophylaktische Arbeit an Stellenwert zu gewinnen. Die freien Träger empfinden sich "legitimiert" und vom öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger zunehmend mehr geschätzt. Die Ansicht, wonach die Arbeit der freien Träger "aus der Praxis der JW nicht mehr wegzudenken sei", wird sowohl von Vertretern der Jugendwohlfahrtsbehörden als auch von jenen der freien Träger deutlich artikuliert. Im allgemeinen wird trotz mancher Reibungsflächen die Zusammenarbeit zwischen der Jugendwohlfahrtsbehörde und den freien Trägern als sehr gut bis gut bewertet. Je klarer die Vereinbarungen über die Kooperation sind, desto besser kann man offensichtlich miteinander umgehen.

JWG durchgehend positiv bewertet

Die tatsächlich gefundenen Regelungen sowohl in der gesetzlichen Umsetzung des JWG 1989 als auch in der praktischen Handhabung der Ausführungsgesetze erreichen in manchen Bereichen nicht unbedingt eine wünschenswerte Klarheit und Eindeutigkeit. So sind die Landesausführungsgesetze in den einzelnen untersuchten Bereichen z.T. recht heterogen ausgefallen. Die aus ihnen erwachsenden Praxen sind ebenfalls uneinheitlich und in manchen Bereichen nur schwer nachzuvollziehen. So müssen beispielsweise in Niederösterreich alle im Jugendwohlfahrtsbereich arbeitenden Einrichtungen vom öffentlichen Träger anerkannt sein, während in der Steiermark, in Tirol, Oberösterreich und Vorarlberg bloß diejenigen anerkannt sein müssen, welche der öffentliche Träger heranzieht. Doch die Praxis der Heranziehung im Sinne des Gesetzes ist in Vorarlberg eine andere als z.B. in Oberösterreich. Hier geht der öffentliche Träger mit der Heranziehung freier Träger äußerst sparsam um, dort sieht man die Praxis der Heranziehung als wesentliches Element der Kooperation zwischen freier und öffentlicher Jugendwohlfahrt. Auch in Tirol setzt man die Übertragung im Sinne des Gesetzes sehr selektiv ein und bezieht diese auf umfassende Aufgabenbereiche, während in der Steiermark diese Heranziehung ausdrücklich für den jeweiligen Einzelfall verstanden wird.

Landesgesetze heterogen und nicht immer klar

Die aus welchen Gründen immer unterschiedliche Handhabung der Gesetze (unterschiedliche Interpretation, Arbeitersparnis etc.) bringt eine doch beträchtliche Unübersichtlichkeit mit sich. Dies sehen vor allem solche freien Träger als problematisch an, die in mehr als in einem Bundesland arbeiten (wollen).

Unterschiedliche Praxis

Die Erkenntnisse aus dieser Vergleichsstudie und die Vielfalt der in den einzelnen Ländern praktizierten Lösungsansätze ermutigen die Autoren, Überlegungen vorzustellen, welche für die Umsetzung des JWG in bezug auf freie Träger künftig von Bedeutung sein könnten:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

363

Zunächst sollte bezüglich der Anerkennungsverfahren nicht übersehen werden, daß diese sich bisher fast ausnahmslos auf bereits bestehende Einrichtungen bezogen haben. Es konnte bei der Überprüfung der Voraussetzungen demnach jeweils von konkreten Datenlagen ausgegangen werden. Dies könnte sich in Zukunft insofern ändern, als für völlig neue Einrichtungen eine Anerkennung für die Jugendwohlfahrtsarbeit beantragt wird, die zunächst nicht über die notwendigen Gelder zur Schaffung entsprechender Voraussetzungen (Anstellung von Personal, Anmietung von Räumlichkeiten etc.) verfügen.

Vorschläge für  
künftige Aner-  
kennungsver-  
fahren

Für die Praxis bieten sich zwei Möglichkeiten an, solche Verfahren abzuwickeln: Da eine Finanzierung durch den öffentlichen Träger erst mit der Heranziehung einhergeht, für welche wiederum die Anerkennung Voraussetzung ist, können nur durch "Startsubventionen" die finanziellen Mittel bereitgestellt werden, um die für die Anerkennung unerläßlichen Voraussetzungen zu schaffen. Solcherart wird wiederum die für die Heranziehung notwendige Anerkennung ermöglicht. Dazu müssen allerdings die Startsubventionen eine ausreichende Größenordnung aufweisen. Ein anderes Modell, das in der Praxis bereits gehandhabt wird, ist das der "hypothetischen Anerkennung". Hierbei werden die Voraussetzungen für eine Anerkennung nicht durch eine Sonderfinanzierung geschaffen, sondern es werden aufgrund des vorhandenen Konzeptes (lediglich) Vorannahmen über die Eignung der zu errichtenden Einrichtung gemacht. Etwa zeitgleich mit dem Eignungsfeststellungsverfahren erfolgt auch die Verhandlung über die Heranziehung. Ihr Abschluß bedeutet schließlich den konkreten Arbeitseinstieg, womit auch die Finanzierung des neuen Projektes beginnt. Die Heranziehung eines freien Trägers, die auf einer solchen hypothetischen Anerkennung beruht, setzt großes Vertrauen des öffentlichen Trägers voraus; dieses dürfte etablierten Trägern eher entgegengebracht werden.

"hypothetische  
Anerkennung"

Nicht zuletzt aufgrund der vielfach knappen Budgetmittel im Jugendwohlfahrtsbereich scheinen größere Startsubventionen eher wenig wahrscheinlich. Es dürfte daher das zweite Modell die künftige Praxis am besten darstellen. Dieses ist aber für kleine Träger oder Initiativgruppen kaum nutzbar, da sie durch die notwendigen Vorarbeiten zur Konzeptentwicklung, Ausstattungsrequirierung etc. finanziell überfordert werden. Für große Träger bietet dieses Modell einen gangbaren Weg, weil sie die notwendigen Vorbereitungen und die erste Phase des Betriebes vorfinanzieren können.

Bei einer solchen Heranziehungspraxis des öffentlichen Trägers sollte sich dieser allerdings dessen bewußt sein, daß neue Vorhaben in der Regel nur durch größere und etablierte Träger umgesetzt werden können. Dadurch besteht die Gefahr, daß die Chance der Vielfalt durch viele verschiedene Träger in Zukunft nicht genützt wird. Um entsprechend der gehobenen Bedeutung der freien Träger, deren Tätigkeiten im Bereich der JW und die Modalitäten der Übertragung von Aufgaben an diese klarer zu gestalten, wird abschließend folgender Vorschlag gemacht:

Jede Einrichtung, die überwiegend im Bereich der JW arbeitet, benötigt eine Eignungsfeststellung. Auf diese Weise wäre in bezug auf die jeweilige Leistung ein Mindeststandard sichergestellt. Eine Unterscheidung in Anerkennung und Bewilligung, wie sie derzeit im Gesetz vorgesehen ist, scheint nicht notwendig. Vielmehr sollte das jeweilige Eignungsfeststellungsverfahren der Zielstellung der Einrichtung entsprechend differenziert erfolgen. Das würde bedeuten, daß bei der Überprüfung der Voraussetzungen unterschiedlich streng definierte Kriterien angelegt werden. Einrichtungen, welche dieses Verfahren positiv durchlaufen haben, erhalten das Attribut "anerkannt". Sie unterliegen in der Folge der Fachaufsicht des öffentlichen Trägers.

Eignungsfest-  
stellung:  
differenziertes  
Vorgehen

Basierend auf diesem Anerkennungsverfahren erfolgt die Heranziehung von Einrichtungen der freien JW durch den öffentlichen Träger zur Erfüllung von nh Aufgaben. In einem klaren schriftlichen Vertrag werden die allgemeinen Bedingungen

**2. Bericht zur Lage der Jugend**

364

für die Heranziehung formuliert. Mit Bezug auf diesen allgemeinen Vertrag sind Detailverträge für die jeweils konkreten Aufgaben (im Einzelfall), zu deren Erfüllung die Einrichtung herangezogen wird, abzuschließen.

Klarer schriftlicher Vertrag

Die Finanzierung der Tätigkeit der Einrichtungen ist durch deren Heranziehung bedingt. D.h., Einrichtungen, welche Aufgaben der JW erfüllen, werden vom öffentlichen Träger für ihre Leistungen bezahlt. Subventionierungen bilden dementsprechend keine adäquate Form der Leistungsabgeltung.

Wie weit es in den Bundesländern möglich sein wird, ein solches Modell für die eigene Praxis zu konstituieren, müßte von Fall zu Fall geprüft werden.

**Anmerkungen:**

- 1) Zusammenfassung eines Forschungsprojektes, dessen ausführlicher Bericht dem BMUJF im Oktober 1993 vorgelegt wird
- 2) In der vorliegenden Arbeit wird wegen der einfacheren sprachlichen Gestaltung die männliche Form gewählt.
- 3) Wir danken den Damen und Herren für ihre Bereitschaft, daß sie sich für Auskünfte zur Verfügung gestellt haben.

**Literatur:**

- Bajons, Ena Marlies: Anerkennung und Beauftragung freier Jugendwohlfahrtsträger nach dem JWG. In: Sozialforum 2/1990, 11-12
- Schwarzer, Ralf: Befragung, in: Feger, H./Bredenkamp, J. (Hg): Enzyklopädie der Psychologie, Bd. 2. Göttingen 1983, S. 302-320
- Erläuterungen zum Jugendwohlfahrtsgesetz 1988. Regierungsvorlage. 171 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP. Ausgedruckt am 1.7.1987
- Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 (JWG) BGBl 66/1989
- Niederösterreichisches Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (NÖJWG) nÖLGBl 9270-0
- Oberösterreichisches Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (ÖÖJWG) öÖLGBl 1991/111
- Steiermärkisches Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (StJWG) stmkLGBl 1990/93
- Tiroler Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 (JWG) tirLGBl 1991/18
- Vorarlberger Landesjugendwohlfahrtsgesetz 1991 (L-JWG) vlbglGBl 1991/46

	Art der Aufgabe	Niederösterreich		Oberösterreich		Steiermark		Tirol		Vorarlberg	
		LReg	BVB	LReg	BVB	LReg	BVB	LReg	BVB	LReg	BVB
Eignungsfeststellung freier Träger/Einrichtungen	hoh.	x		x	(x) <sup>2</sup>	x		x		x	
Fachaufsicht und Widerruf	hoh.	x	(x) <sup>1</sup>	x	(x) <sup>2</sup>	x		x		x	
Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen etc.	hoh.	x		x		x		x		x <sup>3</sup>	
Fachaufsicht und Widerruf	hoh.	x		x		x		x		x <sup>3</sup>	

LReg = Amt der Landesregierung

BVB = Bezirksverwaltungsbehörden

( ) = bei "geteilter" Zuständigkeit (zwischen LReg - BVB, öffentlichem Träger - freiem Träger), ansonsten für Fußnoten keine Klammern

1 delegierte Fachaufsicht bei regional tätiger Einrichtung der freien Jugendwohlfahrt

2 Zuständigkeit dann, wenn sich die Tätigkeit der Einrichtung nur auf einen politischen Bezirk bezieht

3 In Vorarlberg wurde die Bewilligungspflicht für Wohngemeinschaften und sonstige Einrichtungen normiert, wobei keine zeitliche Beschränkung erfolgt ist

Tabelle 1: Wichtigste hoheitliche Aufgaben im Bereich der Jugendwohlfahrt - nur vom öffentlichen Träger wahrzunehmen

	Niederösterreich	Oberösterreich	Steiermark	Tirol	Vorarlberg
	§ 11 Abs 3 NÖ JWG <sup>1</sup>	§ 5 Abs 3 O.ö. JWG <sup>2</sup>	§ 10 Abs 1 StJWG <sup>3</sup>	§ 29 Abs 1 TJWG <sup>4</sup>	§ 25 Abs 1 L-JWG <sup>5</sup>
Fachpersonal	ausreichend, qualifiziert	fachlich ausgebildet, persönlich geeignet	fachlich personell	Personal muß ordnungsgemäße Besorgung sicherstellen	erforderliches
Ausstattung (räumlich, finanziell, sachlich etc.)	finanziell, räumlich, entsprechende Verwaltungsorganisation	dem Ziel entsprechend, erforderliche Räumlichkeiten	sachlich	Ausstattung muß ordnungsgemäße Besorgung sicherstellen	erforderliche Räumlichkeiten <sup>9</sup>
mögliche Vorschreibungen weiterer Bedingungen und Auflagen	<sup>6</sup>	x <sup>7</sup>	<sup>6</sup>	<sup>6</sup>	x <sup>8</sup>

LReg = Amt der Landesregierung  
BVB = Bezirksverwaltungsbehörden

- 1 Die Einrichtung muß in der Lage sein, die beabsichtigten Aufgaben zu erfüllen.
- 2 Die Einrichtung muß über eine dem Ziel entsprechende Ausstattung verfügen.
- 3 Eignung der Einrichtung muß nach Ziel und Ausstattung gegeben sein.
- 4 Die Einrichtung muß aufgrund ihrer Ausstattung geeignet sein.
- 5 Eignungsüberprüfung der Einrichtung nach Ziel und Ausstattung
- 6 Auch andere Bundesländer können Bedingungen und Auflagen vorschreiben, sofern diese mit dem Sinn der zu treffenden Hauptentscheidung in untrennbarer Weise verbunden sind bzw. dem Antrag der Parteien entsprechen.
- 7 § 5 Abs 3 letzter Satz O.ö. JWG 1991
- 8 § 25 Abs 2 letzter Satz TJWG
- 9 Einrichtung, die Pflegeverhältnisse vermitteln will, muß insbesondere auch Hilfen zur Vorbereitung und Festigung der Pflegeverhältnisse anbieten können.

**Tabelle 2:** Wichtigste Voraussetzungen für die Eignungsfeststellungen von freien Trägern/Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt (keine abschließende Aufzählung)

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

	Niederösterreich	Oberösterreich <sup>1</sup>	Steiermark	Tirol	Vorarlberg <sup>2</sup>
	§ 36 NÖ JWG	§ 30 Abs 2 O.ö. JWG	§ 29 Abs 2 StJWG	§ 26 Abs 2 TJWG	§ 21 Abs 2 L-JWG
<b>Konzept</b>	nach wissenschaftlichen Erkenntnissen erstelltes sozialpädagogisches Konzept	zielführendes sozialpädagogisches Konzept	nach wissenschaftlichen Erkenntnissen erstelltes sozialpädagogisches Konzept (andere Regelung bei Pilotprojekten)	nach wissenschaftlichen Erkenntnissen erstelltes sozialpädagogisches Konzept	nach wissenschaftlichen Erkenntnissen erstelltes sozialpädagogisches Konzept
<b>Fachpersonal</b>	ausreichende Anzahl <sup>3</sup>	ausreichende Anzahl, fachlich, persönlich zuverlässig und gesundheitlich geeignet <sup>3</sup>	ausreichende Anzahl <sup>3</sup>	ausreichende Anzahl	fachlich geeignet, verlässlich, erforderliche Anzahl
<b>Räumlichkeiten</b>	<sup>4</sup>	Lage, Anzahl der Räume und Ausgestaltung müssen den sachlichen Voraussetzungen entsprechen	nach Lage und baulicher Ausstattung für Erfüllung des Zweckes geeignet	müssen geeignet sein für die Unterbringung	Eingung nach Lage und Ausstattung
<b>Hygiene und Gesundheit</b>	<sup>4</sup>	ausreichende medizinische Betreuung, sanitäre Einrichtungen	<sup>6</sup>	<sup>6</sup>	<sup>6</sup>
<b>wirtschaftliche Voraussetzung</b>	für entsprechende Betreuung	müssen den Bestand der Einrichtung sichern	müssen die Betreuung sichern	müssen die Betreuung sichern	müssen den Bestand sichern
<b>weitere Voraussetzungen</b>	-	persönliche Sicherheit der Minderjährigen muß sichergestellt sein	-	-	-
<b>Richtlinien des Landes müssen erfüllt werden (erlassene Verordnungen)</b>	x <sup>4</sup>	-	-	-	-
<b>Bedingungen und Auflagen durch Behörde möglich</b>	<sup>4</sup>	x	<sup>5</sup>	<sup>5</sup>	<sup>5</sup>

1 Einrichtung muß nach Ausstattung und Leitung Gewähr für eine verantwortungsvolle Pflege und Erziehung bieten.

2 Einrichtung muß nach ihrer Ausstattung und Führung Gewähr für die Pflege und Erziehung bieten.

3 Fachpersonal muß in ausreichender Anzahl für Leitung und Pflege und Erziehung zur Verfügung stehen.

4 über NÖ Heimverordnung (vom 9.7.1992, nÖ LGBGI 9270-0) festgelegt

5 Auch andere Bundesländer können Bedingungen und Auflagen vorschreiben, sofern diese mit dem Sinn der zu treffenden Hauptentscheidung untrennbarer Weise verbunden sind bzw. dem Antrag der Parteien entsprechen.

6 Diese Teile sind in den allgemeinen Begriffen enthalten (siehe z.B. Spalte Räumlichkeiten)

**Tabelle 3** Wichtigste Voraussetzungen für die Bewilligung von Kinder und Jugendheimen, Wohngemeinschaften und sonstigen Einrichtungen etc. (keine abschließende Aufzählung)

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

368

### SCHULISCHE INTEGRATION BEHINDERTER UND NICHTBEHINDERTER KINDER - ERGEBNISSE WISSENSCHAFTLICHER BEGLEITUNG UND AKTUELLER STAND.

Reinhard Hug

#### Zum Stand der Entwicklung

Schulversuche, die Reformen einleiten sollen, haben in Österreich eine jahrzehntelange Tradition. Sie verlaufen im Zusammenhang mit der Bildungspartnerschaft oft konfliktreich und sind vor allem geprägt von parteipolitischen Kompromissen<sup>1)</sup>. Die Schulversuche zur Integration behinderter Kinder stellen unseres Erachtens die erste grundlegende Schulreform seit Jahrzehnten dar. Vor allem engagierte Elterngruppen, aber auch LehrerInnen sehen in dieser Schulreform den einzigen Ausweg aus einer verkrusteten und "verwalteten" Schulrealität, die auf LehrerInnenseite zunehmend von "burn-out-Mechanismen", auf SchülerInnenseite von Verdrossenheit geprägt ist, herauszutreten. Entsprechend der Devise "Fördern ohne Aussonderung" bringt diese Reform geradezu revolutionäre Neuerungen in das Schulsystem:

- MehrlehrerInnen-System
- Binnendifferenzierung und Individualisierung
- Lehrplanfreiheit
- Alternativen zum Benotungssystem in Ziffernform
- Neue Dimensionen in der Elternzusammenarbeit

Das (Wieder)Hereinnehmen von Kindern mit Behinderung zwingt das allgemeine Regelschulwesen, die ohnehin in allen Lehrplänen veranschlagten Grundsätze von offenem und kindorientiertem Lernen einzulösen. "Wenn überhaupt, kann man sich von dieser vor allem von engagierten Eltern solcher" (behinderter) "Kinder getragenen Bewegung mehr Veränderung für unsere Schulen erwarten als von allen pädagogischen Reformideen vor ihnen: Sie haben die Ausschließlichkeit der orthodoxen Schule am eigenen Leib erfahren und ihr Schulerfolg ist über die Anpassung an ein unverändert schulisches Lernen nicht zu erreichen. Offenes Lernen heißt für sie - aber auch für alle anderen, die sich leichter tun, sich darum herumzuschwindeln - die Öffnung der Schule für die vielen Arten und Weisen, auf die Menschen lernen können"<sup>2)</sup> (Rathmayr 1990).

Die schulische Integration behinderter Kinder hat während der letzten Jahrzehnte in Ländern wie Dänemark, Norwegen, Schweden, Italien, England, Frankreich, Spanien, USA und Australien zunehmende Beachtung gefunden. Ihren Ausdruck finden diese Entwicklungen in pädagogischen Grundhaltungen wie dem amerikanischen "mainstreaming" und dem aus dem skandinavischen Raum kommenden "Normalisierungsprinzip"<sup>3)</sup>. Diese Veränderungen waren und sind sehr vom allgemeinen "political will" abhängig, dem aber immer - so alle internationalen Erfahrungen - vehemente Initiativen von betroffenen Eltern aber auch von LehrerInnen, TherapeutInnen, ÄrztInnen, WissenschaftlerInnen vorangegangen sind. So kann man verallgemeinernd sagen, daß jegliche Innovation einer überzeugten Trägerschaft bedarf<sup>4)</sup>.

In Österreich ist während der letzten Jahre eine entsprechende Schulentwicklung in Gang gekommen: Seit 8 Jahren gibt es in Österreich integrative Schulversuche. Nach der ersten sozialintegrativen Klasse im Burgenland (Schuljahr 1984/85) kamen in den Bundesländern jährlich weitere Schulversuche dazu.

Erste wirkliche  
Schulreform seit  
Jahrzehnten

Revolutionäre  
Neuerungen

Europa, USA

Druck von Eltern,  
Lehrerinitiativen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

369

Quantitativer Überblick über die Schulversuchsstandorte zur Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder in den Bundesländern im Zeitraum 1989 bis 1993.

	B	K	NÖ	OÖ	S	ST	T	V	W	gesamt
<b>Integrative Klassen</b>										
1988/89	1	0	7	5	0	14	4	0	19	50
1989/90	1	1	4	10	3	23	5	0	30	77
1990/91	4	3	9	23	5	35	5	2	46	133
1991/92	12	2	11	41	6	54	9	4	67	206
1992/93	14	1	13	67	9	69	13	7	97	290 ***
<b>Kooperative Klassen</b>										
1988/89	17	0	5	0	0	6	2	0	0	30
1989/90	28	0	4	0	6	4	0	0	0	42
1990/91	4	1	5	0	6	3	2	0	0	21
1991/92	8	1	2	0	16	5	1	0	0	33
1992/93	2	1	4	0	7	9	1	0	0	24 ***
<b>Förder (Klein) Klassen</b>										
1988/89	0	0	0	22	0	0	0	0	0	22
1989/90	0	0	0	23	0	0	0	5	0	28
1990/91	0	0	0	25	0	0	0	5	0	30
1991/92	0	0	0	25	0	0	0	6	0	31
1992/93	0	0	0	25	0	0	0	6	0	31 ***
<b>Stützlehrer (Zahl der ca. betreuten Kinder)</b>										
	*	*		*	*				**	
1989/90	830	663	29	295	479	26	280	32	x	2600
1990/91	560	638	48	290	422	103	350	35	x	2500
1991/92	134	1028	114	914	506	56	360	69	x	ca3181

\* In diesen Bundesländern werden die Schüler im Schulversuch "integrative Betreuung verhaltensauffälliger Schüler" hier angeführt.

\*\* Stützlehrer werden nicht auf der Basis eines Schulversuches eingesetzt

\*\*\* Genehmigte Schulversuchsansträge für das Schuljahr 1992/93

## Politische Umsetzung in Österreich

Das Arbeitsübereinkommen der Bundesregierung vom Jänner 1987 enthält die Absichtserklärung, "daß benachteiligte Kinder soweit wie möglich in die Normalschule integriert werden sollen. Schulversuche auf diesem Gebiet sind konsequent weiterzuentwickeln und auf alle Teile des Bundesgebietes auszudehnen. Die Umsetzung der dabei gewonnenen Erfahrungen in das Regelschulwesen wird nach Maßgabe der staatsfinanziellen Möglichkeiten energisch angestrebt ...".

Mit der 11. SchOG-Novelle aus dem Jahre 1988 wurden in Österreich gesetzliche Grundlagen geschaffen, "Integrationsklassen" - wenn auch nur in beschränktem Ausmaß - zumindest als Schulversuch einzurichten<sup>5)</sup>. "Schulversuche im Sinne des Abs. 1, dürfen in nicht mehr Klassen durchgeführt werden, als 10% der Sonderschulklassen des betreffenden Bundeslandes entspricht". Der Entwurf einer 13. SchOG-Novelle sieht eine Erweiterung der möglichen Schulversuchsklassen von 10 auf 20% vor. Außerdem wurden vom Finanzministerium zusätzliche finanzielle Mittel in der Höhe von 76 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt<sup>6)</sup>.

Politische Umsetzung:

- Arbeitsübereinkommen 1987 "soweit wie möglich in die Normalschule integriert"

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

370

Im Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport besteht seit 4 Jahren eine Arbeitsgruppe zur schulischen Integration, die sowohl die Befassung der Schulreformkommission vorbereitet hat als auch die Entwicklung eines Rahmenplanes für die integrativen Schulversuche. Dementsprechend gibt es bislang vier verschiedene Modelle, nach denen Integrationsklassen eingerichtet werden können: Integrative Klassen, gestützte Klassen, kooperative Klassen, Förderklassen<sup>7)</sup>.

Am Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung in Graz wurde ebenfalls eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die einen Rahmenplan zur österreichweiten wissenschaftlichen Begleitung der integrativen Schulversuche ausgearbeitet hat<sup>8)</sup>.

Von den bundesweit zusammengeschlossenen Elterninitiativen liegt ein Entwurf vor, der im wesentlichen folgende Punkte enthält:

a) Freies Wahlrecht ob Regel- oder Sonderschule an der zuständigen Wohnortschule.

b) Schutzmaßnahmen gegen bürokratische Willkür (Spießrutenlauf). Mitsprache-Recht der Eltern bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen zur Einrichtung einer Integrations-situation.

c) Beschränkung der KlassenschülerInnenzahl - die Standards müßten flexibel handhabbar sein.

d) Bei der Zuteilung der sonderpädagogischen LehrerInnen-Planstellen dürfen behinderte Kinder in einer Integrationsklasse nicht benachteiligt werden. Für die behinderten Kinder müssen in Integrationsklassen die gleichen Kriterien gültig sein wie für Kinder in Sonderschulen (derzeit wird für ca. 4 behinderte Kinder eine Lehrplanstelle zugeteilt).

Nach der neuen gesetzlichen Regelung sind die Integrationsschulversuche im Grundschulbereich ins Regelschulsystem übernommen worden. Das Gesetz steht in weiten Abschnitten in Widerspruch zu den Intentionen der Elterninitiativen:

Ein freies Wahlrecht der Eltern behinderter Kinder soll nur bestehen, soweit eine "den sonderpädagogischen Förderbedarf erfüllende Volksschule" existiert. Faktisch ist es möglich, daß weiterhin zwangsweise Sonderschulaufnahmen gemäß dem nunmehrigen § 8b Schulpflichtgesetz erfolgen können.

Die "wohntnahe" Integration ist im Gesetz nicht vorgesehen, obgleich Erfahrungen zeigen, daß eine umfassende soziale Integration nur dann gegeben ist, wenn alle Kinder einer Wohngegend gemeinsam Kindergarten und Schule besuchen. Die Schule alleine kann eine Integration im oben genannten Sinne nicht leisten. Der Aufbau spezialisierter "Integrationsschulen" würde zu einer weiteren Differenzierung des Schulwesens führen und die Gefahr ist groß, daß diese Schulen bald als besondere "Sonderschulen" betrachtet werden.

Das Schulpflichtgesetz behauptet weiterhin, daß es "schulunfähige" Kinder gibt. Die Schulverwaltung riskiert damit für eine kleine Gruppe von Kindern erneut den Verfassungsbruch: Art 2 des 1. ZP zur MRK erklärt, daß niemandem das Recht auf Bildung verwehrt werden darf.

In den Erläuterungen zur SCHOG-Novelle wird zwar bei der Kostenberechnung für den jährlichen zusätzlichen Finanzaufwand für die Integrationsklassen von einer durchschnittlichen Klassenschülerzahl von 20 Kindern (davon max. 4 behinderte) ausgegangen. Im Gesetz wird aber kein Standard berücksichtigt, der begünstigte

- 11.SchOG-Novelle 1988:  
nicht mehr als 10% der Sonderschulklassen

- Arbeitsgruppe zur schulischen Integration:  
40 verschiedene Modelle

"wohntnahe" Integration

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

371

Klassenschülerzahlen sichert. Darüber hinaus wird die für den integrativen Unterricht wichtige Stundenzuteilung für die zusätzlich eingesetzten LehrerInnen nicht geregelt.

Das Kooperationsmodell, das auf der Trennung behinderter und nichtbehinderter Kinder aufbaut, wird durch die Formulierung im SCHOG § 11 Abs. 4 besonders aufgewertet, obgleich nach den Untersuchungsergebnissen des Schulversuchszentrums in Graz gerade dieses Modell die schlechteste Form von Versuchsklassen darstellt (vgl. dazu Abschnitt: Zum Modell "Kooperative Klasse").

### Zum Stand der Forschung

In den 60er und 70er-Jahren wurde international in verschiedensten Untersuchungen mit quantitativen Methoden begonnen, integrative Klassen mit Sonder- und Regelschulklassen zu vergleichen. Eine Übersicht über alle derartigen Vergleichsstudien geben z.B. Kniel und Adrian (1979) und Wang und Baker (1985)<sup>9</sup>. Den aktuellsten Stand älterer und neuerer internationaler bzw. nationaler Untersuchungen gibt Horst Suhrweier<sup>10</sup>. Im deutschsprachigen Raum wurden während der letzten Jahre einige derartige Untersuchungen durchgeführt<sup>11</sup>. Alle diese Untersuchungen zeigen deutlich, daß nach traditionellen Schulleistungskriterien weder die behinderten noch die nichtbehinderten Kinder durch die Integration Nachteile erfahren, wobei in einzelnen Teilbereichen sowohl kognitive als auch soziale Faktoren zu erkennen sind.

Internationaler Forschungsstand:  
Keine Nachteile durch Integration

Vielfältigste internationale Erfahrungen zeigen Vorteile der Integration in folgenden Bereichen:

Die Einrichtung von Integrationsklassen ist durch gesellschaftliche Veränderungen notwendig geworden.

Vorteile in vielen Bereichen

Die gemeinsame Erziehung behinderter und nichtbehinderter Kinder bewirkt die Einführung neuer Unterrichtsformen und Unterrichtsinhalte.

Soziales Lernen wird wesentlicher Bestandteil schulischer Erziehung, wenn behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden.

Integrative Lerngruppen begünstigen die Voraussetzungen für die Steigerung schulischer Leistung (z.B. Selbständigkeit, Kooperationsfähigkeit usw.).

Integrativer Unterricht führt zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule.

Die Integration ist der Angelpunkt einer zukunftsorientierten Schulentwicklung<sup>12</sup>.

Die wichtigste Frage ist nicht mehr, ob Integration durchgeführt werden kann, sondern WIE schulische Integration organisiert und unterstützt werden muß, damit sie ihren Zielen entsprechend wirksam wird. Vgl. dazu die Richtlinien des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung<sup>13</sup>.

Fazit:  
Notwendigkeit der Integration außer Zweifel

### Die wissenschaftliche Begleitung

Die österreichische Gesetzgebung verlangt für alle Schulversuche eine wissenschaftliche Begleitung. Im Zusammenhang mit den Integrationsschulversuchen liegt diese bei den jeweiligen Landesschulräten. MR Dr. Heinz Gruber: "Die konkrete Durchführung

Sind die Landesschulräte geeignet ?

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

372

der im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung zu leistenden Arbeiten obliegt nach der neuen Fassung des § 7 SchOG den Landesschulräten. Während bei früheren Schulversuchen noch ein umfassendes System für die wissenschaftliche Begleitung und Kontrolle vorgesehen war und sogar eine eigene Einrichtung zur Schulentwicklung grundgelegt wurde, ...wird es die Zukunft weisen, ob diese neue Konstruktion tatsächlich als geglückt bezeichnet werden kann. Zumindest kann nicht erwartet werden, daß eine bereits ausgelastete Verwaltungseinrichtung, deren Mitarbeiter für diese Aufgaben oft nur bedingt qualifiziert sind und bei der auch alle Verflechtungen und Interessen innerhalb des Schulwesens voll zum Tragen kommen, von vornherein ein geeignetes und leistungsfähiges Instrument für die Schulentwicklung sein kann. Wenn der Bund seinen nachgeordneten Dienststellen die wissenschaftliche Begleitung überantwortet, sollte er auch die dafür erforderlichen Begleitmaßnahmen auf dem personellen Sektor treffen<sup>14)</sup>.

Zu kritisieren ist im übrigen, daß durch diese Konstellation in manchen Bundesländern die beauftragten Wissenschaftlichen Begleiter allein in zeitlicher Hinsicht völlig überfordert sind. Der Tiroler Landesschulrat widmete der wissenschaftlichen Begleitung über mehrere Jahre hinweg einen halben LehrerInnen-Dienstposten. Die Schwierigkeit, mit so geringem Personaleinsatz die Schulversuchsstandorte zu betreuen, wurde dadurch gemildert, daß das Institut für Erziehungswissenschaften im Zeitraum 1989 bis 1991 Begleit- und Betreuungsaufgaben übernommen hat. Durch das Auslaufen des Forschungsprojektes an diesem Institut gibt es für die mittlerweile 48 Versuchsstandorte in Tirol seit 1991 keine wissenschaftliche Begleitung mehr. Aus anderen Bundesländern könnten ähnliche Beispiele angeführt werden. In Vorarlberg wurde bislang keine Person bestellt, der es aufgrund von zeitlichen und ausbildungsmäßigen Voraussetzungen möglich wäre, eine wissenschaftliche Begleitung mit Betreuungs-, Evaluations- und Entwicklungsfunktionen zu bewerkstelligen.

Von 1989 bis 1991 wurde im Zusammenhang mit den einsetzenden "Integrations-Schulversuchen" das Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Innsbruck von den Ministerien Wissenschaft und Unterricht mit einem Forschungsprojekt zur wissenschaftlichen Begleitung beauftragt.

Im Mittelpunkt soll nicht distanzierte Datenerhebung stehen. Vielmehr sollen ForscherInnen inmitten des Handlungsraumes stehen und somit Entwicklungsprozesse mittragen, evaluieren und dokumentieren<sup>15)</sup>. Methodisch wurde aufgrund differenzierter, themenzentrierter Unterrichtsbeobachtungen, offene bzw. halbstandardisierte Interviews und den Einsatz von Videoaufnahmen zur Analyse und damit verbundenen schulinternen LehrerInnenfortbildung gearbeitet.

Das Forschungsteam arbeitete von 1989 bis 1991. Dann wurde die Finanzierung seitens des Wissenschaftsministeriums nicht verlängert, seitens des Unterrichtsministeriums nicht übernommen. Gemeinsam mit den Erhebungen der Grazer Arbeitsgruppe und neueren Ergebnissen außerösterreichischer Forschungen bildet dieses Projekt den Hintergrund für die folgenden Analysen.

### Grundsätze der Integrationspädagogik

Wie oben prämissenhaft angesprochen, geht die integrative Didaktik zum einen davon aus, daß bei gemeinsamer "Beschulung" sowohl Behinderte als auch Nichtbehinderte gemeinsam gefördert werden können und zwar nicht nur im Bereich des sozialen Lernens, sondern auch dort, wo es um den Erwerb von Wissen, Können und Fertigkeiten geht. Gemeinsamer Unterricht zum Wohle aller Kinder ist mit verschiedenen Voraussetzungen verknüpft:

Geringer Personaleinsatz

Weitgehendes Fehlen wissenschaftlicher Begleitung

Forschungen am Innsbrucker Institut für Erziehungswissenschaften

Gemeinsamer Unterricht zum Wohl aller Kinder

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

373

- Verringerung der KlassenschülerInnenhöchstzahl auf maximal 20. Davon drei bis vier Kinder mit Beeinträchtigung.

- Integrativer Unterricht verlangt ein Übergehen auf veränderte, offene Unterrichtsformen, hingerichtet auf ganzheitliches, handlungs- und projektorientiertes Lernen.

- Gegen die Kategorie der äußeren Differenzierung werden Prinzipien der inneren Differenzierung gesetzt. Gegen das Prinzip, den unterschiedlichen Entwicklungs-, Denk- und Handlungskompetenzen der Kinder mit verschiedenen Lehrplänen zu begegnen, setzt die Integrationspädagogik die Kategorie der "Individualisierung" im Rahmen eines gemeinsamen Curriculums<sup>16)</sup>.

- Elemente der "Alternativ-Pädagogik" (Montessori, Freinet, Waldorf) fließen ein.

- Integrationsklassen erfordern ein Zwei-PädagogInnen-System.

### Vergleichende Beurteilung unterschiedlicher Integrationsmodelle

Erkenntnisse und Beschreibung des Schulversuchverlaufes an einzelnen Standorten mit besonderer Berücksichtigung der äußeren Rahmenbedingungen (Modell "Integrative Klasse", Modell "Kooperative Klasse", Modell "Stützlehrer-Klasse") standen und stehen heute noch im Mittelpunkt handlungsorientierter wissenschaftlicher Begleitung.

- Zum Modell "Integrative Klasse"

In diesen Klassen werden 3 bis 4 behinderte zusammen mit nichtbehinderten Kindern gemeinsam unterrichtet, wobei die SchülerInnenzahl 20 nach Möglichkeit nicht überschritten werden wollte. Alle österreichischen Lehrpläne sind gültig. Eine zweite Lehrperson (mit sonderpädagogischer Zusatzausbildung) ist mit einer ganzen Lehrverpflichtung angestellt. Integrative Klassen entstehen in der Regel nur an Schulstandorten, an denen 3 bis 4 behinderte Kinder im Einzugsgebiet wohnen. So wird es auch in Zukunft im städtischen Gebiet integrative Klassen mit doppelter LehrerInnenbesetzung (Regel- und SonderpädagogIn) geben. Die Mehrzahl der Integrationsklassen in allen Bundesländern werden jedoch auch in Zukunft nach dem Modell "Stützlehrer" eingerichtet werden, da in kleineren Ortschaften selten 3 behinderte Kinder zusammen eingeschult werden.

Modell  
"Integrative  
Klasse"

- Nur im  
städtischen  
Bereich

Das Modell "Integrative Klasse" hat sich im Bezug auf die Förderung der begabten Kinder, den Kontakt zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern, das positive Gruppenklima innerhalb der Klasse und die Motivation der behinderten und nichtbehinderten Kinder bewährt.

Integrationsklassen veranlassen die Lehrpersonen, sich mit dem eigenen Berufsbild intensiv auseinanderzusetzen, darüber hinaus über die Institution Schule und ihre Beauftragung im speziellen zu reflektieren. Dieser Prozeß wird von vielen der LehrerInnen trotz mancher Schwierigkeiten als persönlich bereichernd beschrieben. Aus einer bundesweiten Untersuchung des Schulversuchszentrums in Graz<sup>17)</sup> liegen ähnlich positive Ergebnisse bzgl. des "integrativen Modelles" vor: LehrerInnen sehen die Prinzipien der Förderung aller SchülerInnen in diesen Klassen am besten verwirklicht. Im Vergleich zu KollegInnen, die in anderen "Modell-Klassen" arbeiten, gelingt es ihnen besser, ein pädagogisch reichhaltiges und sozial-integratives Klima herzustellen. Die LehrerInnen schätzen die Erfolge im Bereich der Kooperationsarbeit und der flexiblen inneren Unterrichtsdifferenzierung deutlich höher ein als ihre KollegInnen in den anderen Modellen.

- Hat sich am  
besten bewährt

- Hohe Einschätzung  
bei den Lehrern/  
Lehrerinnen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

374

### - Zum Modell "Kooperative Klasse"

Behinderte Kinder werden in einer kleinen Klasse (bis zu 6 Kinder) in Deutsch und Mathematik getrennt von den nichtbehinderten SchülerInnen unterrichtet. In den anderen Fachbereichen kann der gemeinsame Unterricht mit den Nichtbehinderten erfolgen, wobei alle Lehrpläne Gültigkeit haben.

Modell  
"Kooperative  
Klasse"

Da in Tirol nur eine kooperative Klasse eingerichtet wurde, konnten nur über diesen Standort die Erkenntnisse dokumentiert werden. Die Kinder in dieser kooperativen Klasse wurden bzw. werden in den Fachbereichen Deutsch und Mathematik getrennt voneinander unterrichtet. In allen anderen Fächern versuchten die Lehrerinnen durch zieldifferentes Angebot den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden. Nach drei Schulversuchsjahren läßt sich zusammenfassend festhalten:

Durch die Trennung der Kinder in den Gegenständen Deutsch und Mathematik entstanden bereits im ersten Schuljahr Entfremdungseffekte zwischen den Kindern, die trotz verschiedenster Bemühungen der Lehrerinnen nicht verhindert werden konnten. Als großes Problem muß hervorgehoben werden, daß Lernprozesse, die während eines Vormittages eingesetzt hatten, durch den Klassenwechsel in Deutsch und Mathematik abgebrochen werden mußten.

- Entfremdungs-  
effekte

Daß diese negative Bewertung des kooperativen Modells keine Einzelbewertung ist, zeigt die Untersuchung des Grazer Schulversuchszentrums. Die globalen Ergebnisse zeigen, daß die LehrerInnen die Fördermöglichkeiten für behinderte Kinder in ihrem eigenen Modell am kritischsten beurteilen und daß am häufigsten über Schwierigkeiten berichtet wird, in ihren Klassen ein befriedigendes und motivierendes Lern- und Interaktionsklima herzustellen. Die LehrerInnen wünschen sich aus diesen Gründen eher eine volle Integration oder wenden sich ganz vom Gedanken der integrativen Erziehung ab<sup>18)</sup>.

- Kritischere  
Beurteilung  
der Lehrer

LehrerInnen und Lehrer, die im Modell "Kleinklasse" bzw. "Kooperative Klasse" unterrichten, sind am zurückhaltendsten, was die Einschätzung eigener Erfolge im Bereich der pädagogischen Qualität in allgemeinen und im Bereich der Integration im besonderen angeht. Unterschiede zwischen den Modellen "Kooperative Klasse" und "Kleinklasse" finden sich entsprechend der Ergebnisse von Specht vor allem im Bereich der LehrerInnenkooperation. In Kleinklassen scheint diese besonders problematisch zu sein<sup>19)</sup>.

### - Zum Modell "Stützlehrer"

Ein oder zwei behinderte werden zusammen mit nichtbehinderten Kindern in Regelschulklassen unterrichtet, wobei für ein behindertes Kind maximal 6 Wochenstunden für eine/einen zweiten LehrerIn zur Verfügung gestellt werden. Auch für dieses Modell gelten alle Lehrpläne.

Modell  
"Stützlehrer"

Dieses Modell bedarf nach unseren Erkenntnissen eines hohen Maßes an Flexibilität. Die Stundenzuteilungen dürfen nicht grundsätzlich an einem Kind "festgemacht" werden, ohne genau zu eruieren, wie hoch das tatsächlich notwendige Stundenausmaß unter Einbeziehung aller Unterrichtsbedingungen ist (alle Kinder der Klasse, Lehrplanforderungen, Räumlichkeiten, etc.). Diese Organisationsform kann zu einer Überforderung aller Beteiligten, einer Klasse führen. Kostenüberlegungen dürfen nicht vor die pädagogisch-effektive Arbeit gestellt werden.

- Hohe Anforderung  
an organisatori-  
sche Flexibilität

Die Ergebnisse bzgl. der Evaluation dieses Modelles am Institut für Erziehungswissenschaften entsprechen denen des Schulversuchszentrums in Graz, wonach das prinzipielle Problem des StützlehrerInnensystems gegenüber dem Modell "Integrative

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

375

Klasse" darin besteht, daß - abhängig von der Art der Behinderung - die behinderten Kinder rein zeitlich weniger Betreuung und Förderung erhalten, der/die Volks- bzw. HauptschullehrerIn in der Abwesenheit des Sonderschullehrers oft überlastet ist, das Sozial- und Lernklima der Klasse unter dieser Zusatzbelastung insgesamt leidet<sup>20</sup>.

- Weitere Nachteile

Dezentrale Beratungs- und Entscheidungsgremien in der Art von "Förderausschüssen" oder "Integrationskonferenzen" sollten über die Rahmenbedingungen entscheiden.

- Dzentrale Entscheidungsgremien erforderlich

- Zum Modell "Klein-/Förderklasse"

Das vor allem im oberösterreichischen Raum bekannte Modell sieht vor, daß "lernschwache" bzw. "lernbehinderte" Kinder innerhalb der eigenen Sprengelvolks- bzw. Hauptschule in kleinen Lerngruppen gefördert werden. Alle Kinder sollen nach Lehrplanforderungen bzw. -zielen der Regelschule gefördert werden. Dieses Modell läßt somit für geistig behinderte Kinder keinen Spielraum und entspricht dadurch nicht den allgemeinen integrationspädagogischen Grundsätzen.

Modell "Klein-/Förderklasse"

Untersuchungsergebnisse des Schulversuchszentrums in Graz<sup>21</sup> besagen, daß Lehrerinnen und Lehrer in einem hohen Ausmaß freiwillig im Versuch tätig und sind in einem hohen Ausmaß AnhängerInnen der integrativen Leitideen sind. Diese sehen sie jedoch im Kleinklassenmodell nur unzureichend verwirklicht, da

- die Aussonderung lernschwacher SchülerInnen nicht aufgehoben, sondern u.U. verstärkt wird,

- SchülerInnen mit schweren Behinderungen überhaupt nicht in den Schulversuch einbezogen sind,

- die Förderung der SchülerInnen mit dem Ziel der Rückführung in die Regelklasse nur teilweise gelingt.

- Kein Spielraum für geistig Behinderte

### Der Unterricht in den Integrationsklassen

Maßgebliche Voraussetzung für das Gelingen integrativen Unterrichtes sind Prinzipien der Individualisierung und Differenzierung<sup>22</sup>.

- Andere Nachteile

Für viele Lehrpersonen ist dieser Ansatz in weiten Bereichen ein "Neubeginn". Der Anspruch, jedem Kind, dem hochbegabten sowie dem mehrfachbehinderten, Möglichkeiten zum Handeln und Lernen zu eröffnen, ist sehr hoch und in einer "verwalteten" Schule sehr schwer einzulösen. In Integrationsklassen versuchen die LehrerInnen durch offene Unterrichtsformen und projektorientiertes Arbeiten *allen* Kindern gerecht zu werden. Unterstützung brauchen und erwarten sich die LehrerInnen zum einen im Bezug auf theoretische Grundlagen, z.B. Lehr- und Lernkonzepte von Alexej Leontjew, Paulo Freire, Celestin Freinet und Maria Montessori. Zum anderen wünschen sich Lehrpersonen Informationen über verschiedene Methoden sowie Hilfestellungen bei der Durchführung und Evaluation offenen Unterrichts. Die Evaluation ist nach unserer Auffassung Teil der schulischen Entwicklungsarbeit und am besten handlungsforschungsmäßig durchzuführen<sup>23</sup>.

Hoher Anspruch: Möglichkeiten zum Handeln und Lernen für jedes Kind

In integrativen Hauptschulklassen werden die Leistungsgruppen durch Maßnahmen der inneren Differenzierung abgelöst. Da Leistungsgruppen auch für die hochbegabten Kinder keine Vorteile bringen, wird in diesem Schulversuch darauf verzichtet<sup>24</sup>.

Der Stundenplan einer sozialintegrativen Klasse sieht den gleichzeitigen Einsatz mehrerer LehrerInnen vor. Alle Stunden sind doppelt besetzt, ca. zwei Drittel der

Offene Unterrichtsformen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

376

Stunden von einer Sonderschullehrerin. Der ursprüngliche Plan, in allen Hauptfächern durch den Einsatz eines zweiten HS-Lehrers/HS-Lehrerin eine "Dreifachbesetzung" zu erwirken, konnte aufgrund des begrenzten Stundenkontingentes nicht realisiert werden. Je nach Stundenkontingent einer Jahrgangsstufe konnten nur in 2 Mathematikwochenstunden, 2 Deutschstunden und 1 Englischstunde 3 Lehrpersonen eingesetzt werden.

Verzicht auf Leistungsgruppen

In der "sozialintegrativen Klasse" wird schulisches Lernen als umfassende Denk- und Handlungstätigkeit verstanden, die "Kopf", "Herz" und "Hand" einbezieht. Daraus erfolgt auch ein umfassendes Verständnis von Leistung, das nicht auf einen "schmalen", rein kognitiven Bereich eingeschränkt ist. Die SchülerInnen sollen die Möglichkeit erhalten, die sie interessierenden Themen zum Gegenstand von Lernvorgängen, Projekten oder Studien zu machen. Stellenwert und Zweck des Gelernten müssen daher einsichtig werden, damit erworbenes Wissen und erworbene Fähigkeiten in einem sozial sinnvollen Zusammenhang gezogen werden können.

Gleichzeitiger Einsatz mehrerer LehrerInnen

Freie Arbeitszeiten sind fester Bestandteil des Unterrichts, und fächerübergreifenes und projektorientiertes Arbeiten, das auf die Abschaffung des herkömmlichen Fächerkanons gerichtet ist, sollte im Mittelpunkt stehen.

Ganzheitliches Verständnis von Lernen und Leistung

Allgemeine Folgerungen und Forderungen für den Bereich der Sekundarstufe I

- Die Zahl der unterrichtenden LehrerInnen sollte die Zahl 8 nicht übersteigen;
- Die Teambildung sollte frühzeitig erfolgen. D.h. mindestens ein Jahr bevor eine Integrationsklasse von der Volksschule in die Sekundarstufe I übertritt;
- Die allgemeinen Integrationsgrundsätze (Zieldifferentes Lehren und Lernen) führt das System äußerer Differenzierung in Leistungsgruppen ad absurdum.
- Schon während der Planungsphase müssen sich die unterrichtenden Lehrpersonen mit Grundsätzen der Integrationspädagogik (innere Differenzierung, Teamkooperation) auseinandersetzen;
- Die Einbeziehung der Eltern wird zu einem wichtigen Element;
- Informationsveranstaltungen für die Eltern unter Einbeziehung von erfahrenen LehrerInnen aus dem Sekundarstufenbereich müssen von VertreterInnen der Schuladministration organisiert bzw. unterstützt werden;
- Praxisbegleitende schulinterne LehrerInnenfortbildungen müssen durch die Schuladministration unterstützt werden.

Allgemeine Folgerungen und Forderungen für den Bereich der Sekundarstufe I

### Das soziale Lernen

Für viele der nichtbehinderten Kinder, die nach Angaben der Eltern und Lehrpersonen zunächst Schwierigkeiten hatten, mit ihren MitschülerInnen in Kontakt zu treten, sind die behinderten Kinder in der Anfangszeit eine wichtige "Anlaufstelle". Prozeßhaft entwickeln sich viele dieser Kinder dahin, mit anderen Nichtbehinderten in spielerischen Situationen bzw. in bestimmten Handlungen in Interaktion zu treten.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

377

Im Bezug auf den "Stellenwert" der Behinderten im sozialen Kontext der Integrationsklassen fassen wir folgende Punkte zusammen:

- Die informelle Position behinderter Kinder ist in den einzelnen Integrationsklassen unterschiedlich.
- Vor allem Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten haben - sofern sie sich nicht schon während der Kindergartenzeit in integrativen Gruppen kennengelernt haben - bei ihren SchulkollegInnen einen weniger hohen informellen Stellenwert.
- Bei einigen behinderten Kindern (auch geistig behinderten) haben sich zu einzelnen Nichtbehinderten auch Freundschaften entwickelt, die - wie bei allen Kindern - auch wieder auseinandergehen.
- Regelmäßige außerschulische Kontakte zwischen behinderten und nichtbehinderten Kindern haben sich nicht an allen Schulstandorten entwickelt. Erschwert werden die außerschulischen Kontakte u.a. dadurch, daß die Kinder oftmals zu weit voneinander entfernt wohnen.

Position der behinderten Kinder in der Klasse

### Die Entwicklung behinderter Kinder

Die Entwicklung der behinderten Kinder in Regelschulklassen verläuft wie bei den nichtbehinderten Kindern nicht linear. Nach unseren Erfahrungen bzgl. der "Gutachtenkinder" haben wichtige Entwicklungsschritte stattgefunden - und dies in allen Bereichen.

Wichtige Entwicklungsschritte

Häufig werden Mitglieder der wissenschaftlichen Begleitung zu Rate gezogen, wenn es um die Entwicklung und Förderung schwerer behinderter Kinder geht. Wichtig erscheint uns, daß durch die "Normalität", die diese Kinder in einer Integrationsklasse erleben, wichtige Lernprozesse ermöglicht werden, von denen wir meinen, daß sie unter segregierenden Bedingungen nicht möglich wären.

Normalität ermöglicht Lernprozesse

Bezüglich der Förderung von Kindern mit Behinderung ist es wichtig, nicht von einem "defizitären" Ansatz auszugehen, sondern von den jeweiligen Fähigkeiten. An dieser Stelle sei auf das "Dialog-Prinzip" von Prof. Milani-Comparetti hingewiesen<sup>25)</sup>. Nach diesem Konzept ist es die Aufgabe des Erwachsenen, Vorschläge des Kindes genau zu beobachten, aufzugreifen und ernstzunehmen. Mittels eines Gegenvorschlages kann er mit dem Kind in einen Dialog treten. Das führt dazu, daß immer gegenseitige Mitteilungen ermöglicht werden. Milani-Comparetti betont, daß Lernen im eigentlichen Sinn nur dann erfolgreich verlaufen kann, wenn es das Kind selbst will. Durch Vorschlag und Gegenvorschlag begeben sich Kind und Erwachsener spiralförmig auf eine immer höhere Entwicklungsstufe. Beide bleiben somit nie wie im geschlossenen Reiz-Reaktions-Schema in einer Ausgangssituation stecken, sondern können immer wieder gemeinsam etwas Neues entwickeln. Solche Mechanismen spielen sich vor allem auch zwischen den Kindern ab, da die behinderten Kinder durch die nichtbehinderten ein reichhaltiges Angebot von Anregungen (Vorschlägen) erhalten.

"Dialog-Prinzip" statt "Defizitprinzip"

Zusammenfassend heben wir folgende Punkte hervor:

- nur durch projektartiges und handlungsorientiertes Arbeiten kann dem oben angeführten Anspruch im Sinne einer ganzheitlichen Förderung entsprochen werden;
- der konkret materielle Umgang mit Lerngegenständen ist für die Lernprozesse ent-

Grundsätze entwicklungs-fördernden Unterrichts

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

378

scheidend;

- innerhalb der gewählten Projektthemen muß durch genaue Planung Sorge getragen werden, welche Themengebiete diese Kinder ansprechen, in welchen Bereichen Beiträge dieser eingebracht werden können bzw. welche für den Entwicklungsverlauf auf verschiedenen Ebenen wichtig erscheinen;
- die Planung der Projekte muß nach Möglichkeit immer vom Entwicklungsniveau bzw. jeweiligen Handlungsvermögen der geistig Behinderten ausgehen.

Vorteile für  
alle Kinder

Die Hereinnahme von behinderten Kindern in das allgemeine Regelschulwesen schafft unweigerlich Probleme und ist gleichzeitig Auslöser dafür, daß Veränderungen stattfinden müssen: Und dies sowohl im Bezug auf die strukturellen Bedingungen als auch auf die didaktische Arbeit in den Klassen, was letztlich für alle Kinder Vorteile bringt.

### Kooperation der LehrerInnen

Lehrerinnen und Lehrer sind es im allgemeinen gewohnt, als "Einzelkämpfer" zu arbeiten. In Integrationsklassen ändert sich dies nicht nur durch die Anwesenheit einer Fachkollegin/eines Fachkollegen, sondern oftmals durch Unterrichtshospitationen der Eltern, LehramtsstudentInnen, interessierter BesucherInnen aus anderen Schulen.

"Einzelkämpfer"

Bezüglich der Zusammenarbeit der LehrerInnen in Integrationsklassen halten wir zusammenfassend fest:

Die bundesweite Untersuchung des Schulversuchszentrums in Graz zeigte, daß gerade in Klassen nach dem "integrativen Modell" die Kooperationsarbeit von den LehrerInnen positiv beurteilt wurde<sup>26)</sup>. Feuser beschreibt den Punkt "LehrerInnenkooperation" wie folgt: "Zum einen ist es ein völlig falsches Ziel, bei GL" (Grundschullehrer) "und SOL" (Sonderschullehrer) "die gleichen Ausgangsbedingungen vorfinden zu wollen; das ist auch gar nicht nötig, was Kreie bestätigt. Zum anderen kann aber nicht erwartet werden, daß eine Einigung über Gegenstand, Mittel und Ziel der Tätigkeit der Lehrer in der Weise erreicht wird, daß lehr- und lernprozeßorientierte Kooperation möglich wird, wenn nicht auf der Basis einer gemeinsam erarbeiteten Vorstellung von Funktion und Bedeutung von Behinderung, Segregation und Integration, des Wesens der "menschlichen Natur" und der menschlichen Entwicklung, des Wesens menschlicher Kooperation, Interaktion und Kommunikation die Integrationsarbeit begonnen werden kann.

Erst an zweiter Stelle rangieren dann allgemein curriculare, didaktische, mediale, methodische und unterrichtsorganisatorische sowie fachdidaktische Aspekte i.e.S. der Fort- und Weiterbildung, was aber weitgehend ineinander integriert bearbeitet werden kann und muß<sup>27)</sup>.

Probleme in der Teamarbeit können dann auftreten, wenn ein zu geringer Grad an Übereinstimmung im Bezug auf die Ziele besteht, zuwenig Reflexionsmöglichkeiten im Bezug auf Behinderung, Segregation und Integration gegeben ist, ein zu geringes Maß an Professionalität im Bezug auf bestimmte Teilbereiche bzw. Themenschwerpunkte (Lerntheorien, Didaktik, Methodik usw.) gegeben ist, im Bezug auf den Belastungsgrad der Lehrpersonen ein geringes Maß an psychischer Stabilität, Rollenidentität und wenig Flexibilität bzgl. neuer Informationen und inhaltlicher Themenstellungen vorliegt.

- Probleme der  
Teamarbeit

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

379

### Das Thema Leistung und die Leistungsbeurteilung

Zum Thema "Leistung" möchten wir nicht nur auf unsere positiven Ergebnisse hinweisen, sondern auch auf ausländische Untersuchungen mit unterschiedlichen Untersuchungsdesigns: Sehr detaillierte Untersuchungsergebnisse liegen aus Hamburg von Wocken vor<sup>28)</sup>. Erhoben wurden dabei erbrachte Leistungen in den Bereichen Mathematik und Sprache bei nichtbehinderten Kindern. Nach seinen Ergebnisse liegen die Kinder aus Integrationsklassen "leistungsmäßig" keinesfalls hinter Kindern aus anderen Klassen.

Kein Absinken  
der Leistung bei  
Nichtbehinderten

Zu differenzieren ist in diesem Zusammenhang vor allem die Frage nach der Entstehung von Leistungen und die der Beurteilung<sup>29)</sup>. Leistungen sind Entwicklungsprozesse bzw. Lernprozesse, über die eine Note keine Auskunft geben kann. Die Beschreibung der Lernprozesse ist ein Thema, das noch weiterhin einer intensiven Reflexion bedarf.

Beschreibung  
von Lernprozessen

### Die LehrerInnenaus- und -weiterbildung

Im Rahmen der im Juni 1991 in Innsbruck stattgefundenen Tagung zum Thema "Integration in der Schule der 10- bis 15-Jährigen" befaßte sich eine Arbeitsgruppe mit dem Thema "Ausbildung an den Pädagogischen Akademien". Einige Ergebnisse daraus, die in Richtung Kritik an der derzeitigen Pädak-Ausbildung gehen:

- Zu starke Verschulung;
- In den Lehrveranstaltungen (vor allem Bereich Methodik-Didaktik) werden veraltete Inhalte vermittelt;
- Zu wenig Praxis, zu wenig Zeit und Möglichkeit, um neue Lehr- und Lernformen kennen- und erproben zu lernen;
- Zu wenig Absprache, Kommunikation und Transparenz bei Lehrbeauftragten im Bezug auf Inhalt und Form des Lehrangebotes.

Kritik der  
Pädagogischen  
Akademien

Folgerungen und Forderungen für die LehrerInnenausbildung:

- Gemeinsame Grundausbildung von Volks-, Haupt- und SonderschullehrerInnen, sowie mehr behinderten-(sonder)pädagogisches und auf die Integrationspädagogik bezogenes know-how für alle LehrerInnen in Form von Zusatzausbildungen;
- Die Reform der Pädagogischen Akademien in Richtung Fachakademien sollte auf engere Kooperation mit den Universitäten hingerichtet sein;
- Mehr Förderung der Eigenverantwortlichkeit und Kreativität der StudentInnen;
- Wahlmöglichkeit im Lehrveranstaltungsangebot;
- Praxis und Didaktik muß der Kern der Ausbildung sein, wobei die Praxis in größeren Blöcken angeboten werden soll mit anschließender Reflexion;
- Persönlichkeitsbildende Maßnahmen wie z.B. dreijährige Selbsterfahrung als Praxisverpflichtung - zu Lasten rein kognitiver Inhalte, d.h. Kürzung des Pflichtstundenmaßes in diesem Bereich;

Forderungen für  
die Ausbildung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

380

- Entwicklungsprotokoll statt Benotung der Praxis in Absprache mit MitstudentInnen, KlassenlehrerInnen, PraxisbetreuerInnen;

- Praxisbezogene, verpflichtende Weiterbildung.

- Ausbau bzw. Unterstützung alternativer Fortbildungsmöglichkeiten wie SCHILF (Schulinterne LehrerInnenfortbildung), Lernwerkstätten<sup>30</sup>, Basisgruppen mit Selbsthilfescharakter, Supervision mit Wahlmöglichkeit des Supervisors, gegenseitiges Hospitieren;

- Ausbau der wissenschaftlichen Begleitung, die nicht auf die Schulversuchsphase beschränkt bleiben darf, sondern in Anerkennung einer permanent notwendigen Schulentwicklung im Sinne der Handlungsforschung den Praktikern laufend Reflexionshilfen gibt, damit die unerläßliche Theorie-Praxisverschränkung tatsächlich erfolgt.

- Die Aufforderung geht vor allem an die Pädagogischen Akademien und Pädagogischen Institute. Die Angebote dieser Bildungsanstalten als Regelangebote sind derzeit unzureichend bzw. existieren nicht. Aus diesem Grund sollte die oben genannte Informations- und Beratungsstelle auch selbständig Kurse und Ausbildungsangebote erstellen können, die den dringendsten Bedarf an grundsätzlicher theoretischer und angewandter Auseinandersetzung mit Integration im methodisch-didaktischen Bereich abdecken können.

Von grundlegender Bedeutung ist die Einrichtung einer für LehrerInnen, Eltern u.a. Interessierte zugängliche Informations- und Beratungsstelle. Nach dem Vorbild der Beratungsstelle der technischen Universität Berlin bzw. sogenannter Lernwerkstätten<sup>31</sup> muß diese Stelle eigene Räumlichkeiten besitzen, zu bestimmten Zeiten durch entsprechend qualifiziertes Personal besetzt sein, eine große Anzahl von Lern- und Arbeitsmaterialien für die Beratung zur Verfügung haben, sowie regelmäßige Aussendungen an alle interessierten und betroffenen Personen (Institutionen) mit aktuellen und wichtigen Informationen durchführen. Die Räumlichkeiten könnten auch für Treffen und zum Erfahrungsaustausch von LehrerInnen und Eltern genutzt werden.

### Schulpädagogische Zentren - Die Weiterentwicklung von Sonderschulen

Die Integrationsbewegung zielt nicht direkt auf die Abschaffung von Sondereinrichtungen ab. Sonderschulen müssen sich jedoch gleichsam mit der Integration verändern bzw. weiterentwickeln. Sie dürfen jedoch nicht zu Diagnose-, Test- und Therapieghettos werden; die Veränderung darf nicht in die Richtung gehen, daß sie zu "sonderpädagogischen Förderzentren" oder "Zentrumsschulen" umbenannt werden, in denen die Strukturen dieselben bleiben. Sie müssen sich vielmehr in multiprofessioneller Hinsicht in den "Dienst" der Integration stellen. Der Auftrag muß dementsprechend über rein sonderpädagogische Belange hinausgehen.

Ein Beispiel aus Deutschland: Die Schule für Sehbehinderte in Schleswig-Holstein wurde aufgelassen. Obgleich dort keine Kinder mehr unterrichtet werden, ist es eine Institution mit LehrerInnen und Schulleiter. Die notwendige fachliche Qualifikation stellen diese LehrerInnen vor Ort den Sehbehinderten und Blinden zur Verfügung, an deren Regelschule. Entsprechende technische Geräte, die für die Kinder wichtig sind, stehen zum Ausleihen zur Verfügung<sup>32</sup>.

SonderschullehrerInnen sollten in verschiedenster Hinsicht ihre Kompetenzen und Erfahrungen in die Regelschule einbringen. Die Sonderschulen als solche könnten

Forderungen für eine praxisbezogene, verpflichtende Weiterbildung

Informations- und Beratungsstelle

Sondereinrichtungen nicht abschaffen, sondern weiterentwickeln

Beispiele: Schleswig-Holstein

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

381

beispielsweise in Fortbildungszentren für *alle* LehrerInnen umgewandelt werden.

Ein Beispiel aus Tirol: In der Sonderschule in Reutte besteht mit dem Schuljahr 1992/93 nur mehr eine Klasse für "Schwerstbehinderte". Der Direktor unterrichtet selber in dieser Klasse. In Absprache mit dem Schulerhalter können die "leeren" Räume für eine Lernwerkstatt zur Lehrerfortbildung verwendet werden. Das pädagogische Institut Tirol finanziert die Lernwerkstatt teilweise mit.

-Tirol

An anderen Sonderschulen können sich eventuell andere Entwicklungen vollziehen. Die Einrichtung solcher verschiedener Zentren bedarf einer genauen Planung und ständiger Evaluation.

### Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache

Einem immer brennenderen Thema, bei dem es um die spezielle Benachteiligung von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache geht, konnte sich das Institut für Erziehungswissenschaften bislang aufgrund der personellen und materiellen Ressourcen kaum widmen, obgleich gerade dieses Thema im Zusammenhang mit dem Begriff "Integration" nicht zurückgestellt werden darf. In Regelschulen ist der Anteil dieser Kinder stark angestiegen. Es wäre notwendig, eine Lernumgebung zu schaffen, die den Bedürfnissen dieser Kinder entgegenkommt (z.B. ein zweiter Lehrer, der ihre Muttersprache spricht). Nicht das Kind soll sich an das System anpassen, sondern die Rahmenbedingungen müssen den konkreten Bedürfnissen der Kinder angepaßt werden.

Ein vernachlässigtes Problem

### Anmerkungen:

- <sup>1)</sup> Dermutz, S.: Der österreichische Weg: Schulreform und Bildungspolitik in der Zweiten Republik, Wien 1983
- <sup>2)</sup> Rathmayr, B.: Offenes Lernen in einer verwalteten Schule, in: Erziehung heute, 1990,3,9-14
- <sup>3)</sup> Bank-Mikkelsen, N.E., Berg, E.: Das dänische Verständnis von Normalisierung und seine Umsetzung in ein System von Hilfs- und Pflegediensten zur Integration, in: Kongreßbericht der internationalen Tagung: "Leben, Lernen, Arbeiten in der Gemeinschaft". Behindertenhilfe oder Selbstbestimmung der Behinderten, München, 1982,108-113
- <sup>4)</sup> Vgl. mehrere CERI- bzw. OECD Papiere, z.B. Active Life for young people with disabilities, Summary Report, Paris, Mai 1987, CERI/CD 87/6
- <sup>5)</sup> Vgl. 11. SchOG-Novelle. 131a Abs. 5
- <sup>6)</sup> Vgl. den Entwurf einer 13. SchOG-Novelle vom 22. April 1991
- <sup>7)</sup> BMUK, Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung, Abt.II, Rahmenkonzept für die wissenschaftliche Begleitung der Schulversuche zur Integration behinderter Kinder, Graz 1988,21-35
- <sup>8)</sup> BMUK, Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung, Abt. II: Rahmenkonzept für die wissenschaftliche Begleitung der Schulversuche zur Integration behinderter Kinder, Graz 1988,40-41
- <sup>9)</sup> Kniel, A.: Die Schule für Lernbehinderte und ihre Alternativen, Rheinstätten 1979  
Wang, M./Baker, E.: Mainstreaming programs: Design features and effects, in: The Journal of Special Education, vol 19/no 4,1985-86
- <sup>10)</sup> Suhrweier, H.: Schulische Integration auf dem Prüfstand, in: Die Sonderschule, 1992,4,193-206
- <sup>11)</sup> Wocken, H.: Schulleistungen in Integrationsklassen. in: Wocken, H. und Antor, G.: Integrationsklassen in Hamburg. Solms-Oberbiehl 1987,276-305

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

382

- Innerhofer, P., Klicpera, C.: Integration und Schulreform, Wien 1988  
 Unterleitner, I.: Sozialintegrative Schule: Leistungen der nichtbehinderten Kinder und Einstellungen ihrer Eltern, in: Behinderte in Familie, Schule und Gesellschaft, Nr.2,1990
- 12) Wieser, I.: Integration als Angelpunkt einer zukunftsorientierten Schulentwicklung, in: Österreichische Zeitschrift für Berufspädagogik, 1990/91,3,3-7
- 13) Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung, Abt. II. Zur Begleitung der integrativen Schulversuche: Rahmenkonzept für die wissenschaftliche Begleitung der Schulversuche zur Integration behinderter Kinder, Graz 1989,37-80
- 14) Gruber, H.: Gemeinsamer Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder in Österreich - ein Situationsbericht, in: Erziehung und Unterricht, 1989,5,268
- 15) BMUK - Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung, Abt.II: Schulversuche zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder, Graz 1989
- 16) Feuser, G.: Allgemeine integrative Pädagogik und entwicklungslogische Didaktik, in: Behindertenpädagogik, 28,1989,1,4-48
- 17) Specht, W.: BMUK - Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung, Abt. II. Evaluation der Schulversuche zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder, Graz 1992
- 18) Ebenda: Specht, W.: Graz 1992
- 19) Ebenda: Specht, W.: Graz 1992
- 20) Ebenda: Specht, W.: Graz 1992
- 21) Ebenda: Specht, W.: Graz 1992
- 22) Feuser, G.: Aspekte einer integrativen Didaktik unter Berücksichtigung persönlichkeits-theoretischer und entwicklungspsychologischer Erkenntnisse, in: Eberwein, H.: Behinderte und Nichtbehinderte lernen gemeinsam, Weinheim 1988,170-179
- 23) Altrichter, H., Posch, P. (Hg.): Lehrer erforschen ihren Unterricht. Eine Einführung in die Methoden der Aktionsforschung, Klinkhardt 1990
- 24) Kelly, V.A.: Unterricht mit heterogenen Gruppen, Weinheim 1981,14-32
- 25) Roser, O.: Vorschlag und Gegenvorschlag: Der Dialog in der Vielfalt der Lebenswelt behinderter Menschen, in: Behinderte, 1990,3,11-22
- 26) Specht, W.: Zentrum für Schulversuche und Schulentwicklung, Abteilung II, Graz. Evaluation der Schulversuche zum gemeinsamen Unterricht behinderter und nichtbehinderter Kinder, Graz 1992
- 27) Feuser, G., Meyer, H.: Integrativer Unterricht in der Grundschule. Ein Zwischenbericht, Oberbiel 1987,175
- 28) Wocken, H., Antor, G.: Integrationsklassen in Hamburg. Erfahrungen, Untersuchungen, Anregungen, Hamburg 1987,276-306
- 29) Wocken, H.: Leistung und Integration, in: Wocken, H. u.a.: Integrationsklassen in Hamburger Grundschulen, Hamburg 1988,379-396
- 30) Pallasch, W., Reimes, H.: Pädagogische Werkstattarbeit, München 1990  
 Miller, R.: Schilf-Wanderung. Wegweiser für die praktische Arbeit in der schulinternen Lehrerfortbildung, Weinheim 1990  
 Wallrabenstein, W.: Offene Schule - offener Unterricht. Ratgeber für Eltern und Lehrer, Hamburg 1991
- 31) Ernst, K.: Lernwerkstätten. Regionale Zentren für die innere Schulreform, in: päd.-extra: 1990,5,6ff)
- 32) Lenz, K.-J., Appelhans, P.: Schule ohne Klassenräume, Sehbehinderte werden ambulant in der Regelschule gefördert, in: Zeitschrift für Heilpädagogik, 35,1984,9,659-661  
 Drave, W.: Lehrer beraten Lehrer. Beratung bei der integration von sehbehinderten Schülern, Edition Bentheim 1990

## ERFAHRUNGEN NACH DER REFORM DES JUGENDSTRAFRECHTS

Udo Jesionek

Auf der Grundlage der Erfahrungen des von 1985 bis 1988 durchgeführten Modellversuches "Außergerichtliche Konfliktregelung bei Jugendstraftaten"<sup>1)</sup>, hat der österreichische Gesetzgeber in den §§ 6 - 8 des Jugendgerichtsgesetzes 1988 (JGG), das am 1. Jänner 1989 in Kraft getreten ist, den außergerichtlichen Tatausgleich (ATA) als neues Rechtsinstitut in die österreichische Rechtsordnung eingeführt<sup>2)</sup>. Trotz der Bedenken mancher Strafrechtler, die im ATA einen Bruch mit dem traditionellen österreichischen Strafrechtsverständnis sahen und teilweise heute noch sehen<sup>3)</sup>, entschloß sich der Gesetzgeber zu diesem Schritt, vor allem aufgrund der überaus positiven Resonanz des Modellversuches bei den Beteiligten, vor allem auch bei den Tatopfern. Auch in der Öffentlichkeit wurde der Modellversuch ebenso positiv aufgenommen wie dessen Fortführung in der Praxis des neuen Jugendgerichtsgesetzes<sup>4)</sup>.

Außergerichtlicher  
Tatausgleich

Die Einführung des ATA zusammen mit anderen parallelen Maßnahmen hat mit dazu beigetragen, daß in den Jahren 1989 bis 1991, also in den ersten drei Jahren der Geltung des neuen JGG, nur mehr 27,7 % aller Anzeigen gegen jugendliche verdächtige Straftäter auf die traditionell förmliche Art durch Strafantrag (Anklage) und Urteil erledigt wurden. Konkret bestraft wurden nur 20,6 %, unbedingte Freiheitsstrafen erhielten nur mehr 1,1% der als tatverdächtig angezeigten Jugendlichen. Die weitaus überwiegende Zahl der Erledigungen von Jugendstraftaten erfolgte durch Verfahrenseinstellung mit oder ohne ATA bzw. Erteilung von Auflagen<sup>5)</sup>.

Nach Einzelarbeiten von Richter DDr. Bogensberger und seiner umfassenden Studie "Jugendstrafrecht und Rechtspolitik"<sup>6)</sup> gibt nunmehr der vorliegende Jugendbericht 1993 eine ausführliche datenmäßige Aufarbeitung der JGG-Reform und der strafrechtlichen Verfolgungspraxis gegenüber Jugendlichen und Heranwachsenden vor und nach der Reform des JGG im Jahr 1988<sup>7)</sup>. Unter Bezugnahme auf die in diesem Bericht vorliegenden Daten und angeschnittenen Probleme wird im folgenden - in einigen Punkten über das Problem des ATA hinausgehend - auf einige der dort nicht oder nur zum Teil beantworteten Fragen eingegangen. Das betrifft zum einen die strafrechtliche Komponente, vor allem die verfassungsrechtliche Legitimation der Diversionenormen des JGG und ihrer praktischen Durchführung, die unterschiedliche strafrechtliche Verfolgungspraxis gegen Jugendliche und ihre möglichen Motivationen, im besonderen die regionalen Praxisunterschiede und zuletzt das Sonderproblem der in den Jahren 1990 bis 1992 verstärkt auftauchenden Gewaltkriminalität unter Jugendlichen und deren strafrechtliche Bearbeitung.

Im Bereich der strafrechtlichen Komponente der Diversionsmaßnahmen des JGG, insbesondere des ATA, muß hervorgehoben werden, daß mit dem JGG 1988 in Österreich weitgehend strafrechtliches Neuland beschritten wurde, was logischerweise auch bei der Rechtsanwendung zu Problemen führte. Das österreichische Strafrecht war seit seiner Kodifikation im Jahr 1803, auch das Jugendstrafrecht seit dem JGG 1928, ganz extrem vom Legalitätsprinzip beherrscht<sup>8)</sup>. Auch heute noch hat nach § 34 StPO der Staatsanwalt alle strafbaren Handlungen, die ihm zur Kenntnis kommen - mit Ausnahme der wenigen Privatanklagedelikte - von amtswegen zu verfolgen und dann, wenn ein hinreichender Tatverdacht in Richtung eines gesetzlichen Straftatbestandes besteht, Strafantrag bzw. Anklage zu erheben. Über diesen Strafantrag bzw. über diese Anklage ist grundsätzlich nach Durchführung einer förmlichen Hauptverhandlung durch Urteil zu entscheiden. Von diesem Grundsatz gibt es auch heute noch im Erwachsenenrecht nur ganz wenige Ausnahmen des Opportunitätsprinzipes, die in der Praxis - mit Ausnahme des Falles des § 34 Abs. 2 Z 1 StPO, der den Staatsanwalt

Strafrechtliche  
Komponente der  
Diversionsmaß-  
nahmen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

384

aus prozeßökonomischen Grundsätzen von der Verfolgung einzelner Straftaten absehen läßt, wenn ohnehin hinsichtlich der anderen Taten eine entsprechende Verurteilung zu erwarten ist - zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen <sup>9)</sup>.

Vergleichbare Regelungen, wie sie ausländischen Rechtsordnungen, etwa die deutsche Rechtsordnung in den §§ 153 ff dStPO haben, bei denen bei fehlendem öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung, bei Betroffenheit des Täters durch andere außerstrafrechtliche Folgen etc. der Staatsanwalt von der Verfolgung absehen kann, fehlen in Österreich. Lediglich im Jugendstrafrecht gab es bereits seit 1928, vor allem aber dann durch das JGG 1961 in der Bestimmung des § 12 Abs.1 JGG den Ansatz für ein erweitertes Opportunitätsprinzip, der dann auch die Rechtsgrundlage für den "Modellversuch Konfliktregelung für Jugendliche" geboten hat <sup>10)</sup>.

Vergleichbare  
Rechtsnormen

Um nun aber die Widerstände gerade von Juristen gegen die weiten Diversionsmaßnahmen des JGG richtig verstehen zu können, darf nicht außer acht gelassen werden, daß letztlich Generationen von Strafrechtlern bis in die Mitte der 80er Jahre schon auf der Universität und später in ihrer Ausbildung mit einem Strafrechtsdenken konfrontiert wurden, für das das Legalitätsprinzip geradezu einen Grundpfeiler bildete. Nicht zuletzt scheinen auch diese Überlegungen eine der Ursachen für die restriktive Interpretation des § 42 StGB auch nach der Reform durch das Strafrechtsänderungsgesetz 1987 seitens des OGH zu sein <sup>11)</sup>.

Widerstände  
gegen Diversions-  
maßnahmen

Unzweifelhaft aber ist einer der Gründe für die in manchen Bereichen sehr stark divergierende regionale Praxis bei der Anwendung der einzelnen Institute des JGG die unterschiedliche Strafrechtsauffassung der rechtsanwendenden Staatsanwälte und Richter. Dies wird dort am deutlichsten, wo es Diskussionen darüber gibt, ob ein Verfahren nach § 9 Abs. 1 Z 1 auf eine Probezeit von 2 Jahren unter Bestellung eines Bewährungshelfers einzustellen oder der Jugendliche mit gleichzeitiger Bestellung eines Bewährungshelfers zu verurteilen ist. In der Diskussion wird immer noch von Juristen die Meinung vertreten, daß die spezial- und generalpräventive Wirkung eines Schuldspruchs unter Vorbehalt der Strafe nach § 13 JGG eben wesentlich stärker sei als eine bedingte Einstellung nach § 9 Abs.1 Z 1 JGG, weshalb aus den genannten Gründen in manchen Fällen nach § 13 JGG vorzugehen sei.

Regionale Praxis

Gegen diese Ansicht ist wohl einzuwenden, daß dem nicht juristisch gebildeten Jugendlichen, aber auch der nicht juristisch gebildeten Umwelt die dogmatische Einordnung der §§ 9 und 13 JGG in keiner Weise bewußt ist und daß die spezial- und generalpräventive Wirkung beider strafrechtlichen Erledigungsmechanismen, soweit eine solche Wirkung überhaupt im konkreten Fall erzeugt werden kann, sicherlich gleich ist <sup>12)</sup>. Nun hat aber eine Verurteilung nach § 13 JGG für das weitere Fortkommen des Jugendlichen ganz wesentliche Nachteile: Sie ist eine förmliche Verurteilung, wird ins Strafregister eingetragen, unterliegt einer 3jährigen Tilgungsfrist und kann, auch wenn sie grundsätzlich der beschränkten Auskunft aus dem Strafregister unterliegt, doch immer wieder zur Kenntnis anderer Behörden, der Schulen und Arbeitgeber gelangen.

Die Praxis der letzten Jahre zeigt, daß in vielen Fällen eine bloße Verurteilung nach § 13 JGG zum Verlust des Arbeitsplatzes, des Lehrplatzes und zu anderen schweren Hindernissen im Fortkommen des Jugendlichen geführt hat. Letztlich ist daher die Entscheidung für § 13 JGG die Entscheidung für eine Kriminalisierung des Jugendlichen und in vielen Fällen die Grundlage dafür, daß aufgrund der durch die Verurteilung entstandenen Begleitbedingungen der Jugendliche wirklich in eine kriminelle Laufbahn abgelenkt. Auch wenn dies im Schrifttum und in vielen Diskussionen mit Staatsanwälten und Richtern immer wieder vorgebracht wird, hinderte es noch 1990 die Grazer und Wiener Staatsanwälte und Richter nicht, in 13,5 % bzw. 6,0 % der Fälle zum Institut des § 13 JGG zu greifen, während die entsprechenden Vergleichs-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

385

zahlen für Linz und Innsbruck nur 1,7 % bzw. 3,9 % sind. Die Grundüberlegungen, die für den verstärkten Einsatz von Diversionsmaßnahmen als strafrechtliches Reaktionsmittel sprechen, werden daher in Zukunft noch intensiver besonders mit den rechtsanwendenden Organen zu besprechen sein.

Im Beitrag von Pelikan und Pilgram im vorliegenden Bericht<sup>13)</sup> findet sich eine Untersuchung über die Gruppe der Heranwachsenden, also den Personenkreis, der wegen Erreichung des 19. Geburtstages nicht mehr unter die Jugendgerichtsbarkeit fällt, dessen Delinquenz aber noch starke Parallelen zur typischen Jugendkriminalität aufweist. Diese besonderen Adoleszenzprobleme sind auch Grund dafür, daß international die Grenzen der entwicklungsbedingten Jugendkriminalität wesentlich später angesetzt wurden und zumindest eine 21-Jahres-Grenze, oft auch eine Grenze von 24 bis 25 Jahren gefordert wird. Dem trägt etwa das deutsche JGG in seinem § 105 dadurch Rechnung, daß es die Anwendung der für Jugendliche geltenden Vorschriften des deutschen JGG auf Personen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dann anordnet, wenn "die Gesamtwürdigung der Persönlichkeit des Täters bei Berücksichtigung auch der Umweltbedingungen ergibt, daß er zur Zeit der Tat nach seiner sittlichen und geistigen Entwicklung noch einem Jugendlichen gleichstand, oder es sich nach Art, den Umständen oder den Beweggründen der Tat um eine Jugendverfehlung handelt." Aufgrund dieser Vorschrift werden derzeit in der Bundesrepublik Deutschland - regional unterschiedlich aufgrund eines Nord-Süd-Gefälles - fast die Hälfte (Süddeutschland) bis über 90 % (Norddeutschland) der Heranwachsenden der Jugendgerichtsbarkeit unterstellt.

Der österreichische Gesetzgeber konnte sich dazu nicht entschließen, für Heranwachsende gibt es nur ganz marginale Ausnahmeregelungen, so ist nach § 34 Z 1 StGB der Umstand, daß eine Tat zwar nach Vollendung des 19., aber noch vor Vollendung des 21. Lebensjahres begangen wurde, ein ausdrücklich genannter Milderungsgrund, die Höchststrafe bei lebenslanger Strafandrohung beträgt bei Personen, die zur Zeit der Tat das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, 20 Jahre (§ 36 StGB) und Heranwachsende bis zum 22. Lebensjahr können dem Jugendvollzug unterstellt werden, bis zum 24. Lebensjahr, in Ausnahmefällen bis zum 27. Lebensjahr im Jugendvollzug verbleiben (§ 55 JGG). Über diese drei Ansätze hinaus trägt die österreichische Rechtsordnung zumindest im strafrechtlichen Bereich der besonderen Delinquenz Heranwachsender keine Rechnung. Dies führt aber nun, wie die Untersuchung von Pelikan und Pilgram zeigt, zu einer wesentlich intensiveren Verurteilungsbelastung Heranwachsender. 1990 war die Verurteilungsbelastung Heranwachsender dreimal so stark wie die Jugendlicher und doppelt so stark wie die Erwachsener (unter 60 Jahren). Diese hohe Verurteilungs- und Strafbelastung hat aber nur zum geringsten Teil mit einer höheren Kriminalitätsanzeigenbelastung zu tun. Diese lag 1990 nur um 35 % über dem Niveau von Jugendlichen bis zu 19 Jahren.

Wie Pelikan und Pilgram richtig ausführen, beruht die extreme Belastung Heranwachsender auf dem strafgerichtlichen Umgang mit ihnen. Die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung nach polizeilicher Anzeige an das Gericht ist bei Heranwachsenden größer als die bei Jüngeren und Älteren, die Wahrscheinlichkeit einer Verurteilung ist in der mittleren Altersgruppe weit mehr als doppelt, die eines Strafausspruches über Angezeigte sogar viermal so hoch wie bei Jugendlichen. Die von Pilgram angebotene Begründung trifft sich mit dem in schriftlichen Urteilsbegründungen nachlesbaren, vor allem aber auch in mündlichen Äußerungen von Richtern regelmäßig zu beobachtenden Faktum, daß von den österreichischen Gerichten und Staatsanwaltschaften nach einer im Jugendalter gezeigten stärkeren Toleranz und Langmut bei Heranwachsenden, insbesondere bei solchen, die rückfällig geworden sind, diese in eine besondere Unduldsamkeit und Strenge umschlägt. Interessanterweise werden die in der gesamten Literatur vertretenen und auch belegten Hinweise auf eine adoleszenzbedingte spezifische Kriminalität Heranwachsender, die der Jugendkriminalität

Altersgrenzen

Besondere  
Delinquenz  
Heranwachsender  
wird strafrechtlich  
nicht berücksichtigt

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

386

sehr ähnlich ist, einfach negiert, ab dem 19. Geburtstag werden Straftäter als Erwachsene behandelt. Dazu kommt noch, daß, wie schon im Abschnitt über die strafrechtlichen Komponenten der Diversionsmaßnahmen des JGG angeschnitten wurde, ein sehr großer Teil der österreichischen Richter und Staatsanwälte dem klassischen absoluten Strafrechtsdenken verhaftet ist, das einerseits von der Annahme des freien Willensentschlusses des Täters, zumindest von seiner Handlungsfreiheit ausgeht, und andererseits Kriminalität ausschließlich als Bruch der Ordnung definiert und nicht als sozialen Konflikt. Dies widerspricht zwar dem zumindest im Jugendgerichtsgesetz 1988 vom Gesetzgeber ganz ausdrücklich dokumentierten Willen, läßt sich aber in gewisser Hinsicht mit dem Text des StGB noch vereinbaren. Im Interesse einer sinnvollen und vernünftigen Kriminalpolitik müßten hier so bald als möglich Änderungsansätze erfolgen, die Ergebnisse der Untersuchung von Pelikan und Pilgram, die sich im übrigen mit ähnlichen Ergebnissen im Ausland völlig decken, sind wohl auf die Dauer kriminalpolitisch nicht vertretbar.

Klassisches Strafrechtsdenken widerspricht Intentionen des JGG

Damit ergibt sich aber auch schon eine wesentliche Erklärung für die unterschiedliche regionale Anwendungspraxis des JGG<sup>14)</sup>. Während in den Jahren 1989 bis 1991 von den Staatsanwaltschaften und Gerichten des Oberlandesgerichtssprengels Wien und Graz nur in 80,9 bzw. 78,6 % der Fälle von den Einstellungsmöglichkeiten der §§ 6, 7, 8 und 9 JGG Gebrauch gemacht wurde, lagen die entsprechenden Zahlen im Oberlandesgerichtssprengel Linz und Innsbruck bei 90 bzw. 87,6 %. Dem steht gegenüber, daß in den Jahren 1989 bis 1991 im Oberlandesgerichtssprengel Wien und Graz 19,1 bzw. 21,3 % der tatverdächtigen Jugendlichen förmlich verurteilt wurden, während die vergleichbaren Zahlen für die OLG Sprengel Linz und Innsbruck nur bei 10 bzw. 12,4 % lagen. Diese regionalen Reaktionsmuster stehen völlig im Einklang mit der grundsätzlichen Verfolgungs- und Strafenpraxis auch im Erwachsenenbereich und ziehen sich durch alle Phasen staatsanwaltschaftlicher bzw. richterlicher Entscheidungsmuster, von der Häufigkeit der Verhängung der Untersuchungshaft, über die Ausnützung der Einstellungs- bzw. Rücktrittsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaft, die Verurteilungsquoten der Gerichte, die Strenge der verhängten Strafen bis zur Häufigkeit der bedingten Entlassung nach § 46 Abs.1 bzw. Abs.2 StGB<sup>15)</sup>. Daß diese unterschiedlichen Entscheidungsmuster keine empirisch nachvollziehbare Begründung in der unterschiedlichen Kriminalitätsbelastung der einzelnen Gerichtssprengel haben, haben Burgstaller-Czàsar<sup>16)</sup> überzeugend bewiesen.

Regionale Unterschiede in der Anwendungspraxis des JGG

Diese Gründe für die regional unterschiedliche Strafenpraxis kann also ausschließlich in der Motivation der Richter und Staatsanwälte liegen, wobei offenbar im Osten Österreichs - und dies scheint auch auf die Ausbildungsstationen der dort diensttuenden Staatsanwälte und Richter von der Universität bis zur Ausbildung der Richteramtswärter sowie auf die prägende Wirkung durch die in den Rechtsmittelinstanzen sitzenden Richter zurückzuführen zu sein - eine höhere Strafbedürftigkeit der rechtsanwendenden Organe besteht. Interessant ist, daß dieser Umstand zwar Wissenschaft und Bevölkerung vehement verunsichert, daß dies aber kaum Einfluß auf die strafrechtliche Praxis hat. Bis vor kurzem wurde die Strafzumessungsfrage in Juristenkreisen - abgesehen von theoretisch dogmatischen Überlegungen, wie etwa, ob die Spielraumtheorie oder die Stellenwerttheorie Geltung habe und einzelne Erschwerungs- und Milderungsgründe zu gewichten seien - kaum diskutiert, selbst dogmatisch wissenschaftliche Arbeiten<sup>17)</sup> fanden keine Beachtung, zumindest keinen Niederschlag.

Gründe für unterschiedliche Strafenpraxis

Noch am Rande sei vermerkt, daß die unterschiedliche Anwendung von möglichen Reaktionsmitteln nicht unbedingt in der Weltanschauung oder in dogmatischen Überlegungen seinen Grund haben muß. Vielfach spielen auch gerichtsorganisatorische, Belastungs- oder auch nur bürokratische Momente mit. Wenn eine Erledigungsform bürokratisch einfacher ist und bei dieser Erledigungsform geringere Widerstände zu erwarten sind als bei einer anderen, so ist dies auch ein Grund, eben zu dieser

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

387

Erledigungsform zu greifen. Dies mag ein Erklärungsansatz dafür sein, warum von der Möglichkeit der Durchführung eines ATA durch die Gerichte nach § 8 JGG so wenig Gebrauch gemacht wird<sup>18)</sup>: Hat der Staatsanwalt keinen ATA nach den §§ 6 und 7 JGG ins Auge gefaßt, sondern einen Bestrafungsantrag gestellt, rechnet der Richter in der Regel damit, daß sich der Staatsanwalt gegen die Durchführung eines ATA richten könne, das heißt, daß im Falle eines Vorgehens nach § 8 JGG ein Rechtsmittel des Staatsanwaltes zu erwarten ist. Geht der Richter in einem solchen Fall entweder im Vorverfahren oder in der Hauptverhandlung mit einer bedingten Einstellung nach § 9 JGG vor, kann er eher mit einer Zustimmung des Staatsanwaltes rechnen, ein Rechtsmittel von Seiten des jugendlichen Beschuldigten ist auch nicht zu erwarten. Es kann also mit einigem Recht angenommen werden, daß der Grund für die mangelnde Anwendung des § 8 JGG vor allem in den genannten bürokratischen und administrativen Gründen liegt und nicht in der methodischen Ablehnung des § 8 JGG durch die Gerichte. Dazu kommt noch, daß - sicherlich entgegen der Absicht des Gesetzgebers, der jedoch vergessen hat, hier eine entsprechende Absicherung vorzunehmen - Richter auch Anträge nach § 8 JGG oft nicht erledigen und durch die Anberaumung einer Hauptverhandlung und deren Beginn die Anwendung des § 8 StGB unmöglich machen und in einem solchen Fall auch einer allfälligen Beschwerde die Beschwer entziehen<sup>19)</sup>.

Administrative  
Gründe für man-  
gelnde Anwendung  
des § 8 JGG

Aus allen vorliegenden Berichten ergibt sich aber jedenfalls, daß die Einführung der Diversionsmaßnahmen des JGG, vor allem auch die Einstellungsmöglichkeit des § 6 JGG und die Einführung des ATA durch die §§ 7 und 8 JGG sowie die bedingte Verfahreneinstellung nach § 9 JGG die staatliche Reaktion auf strafrechtswidriges Verhalten Jugendlicher vor den traditionellen förmlichen Erledigungsarten (Anklage - Hauptverhandlung - Urteil) zu den informellen Erledigungsarten verschoben hat. Daran ändert auch nichts, daß die absoluten Zahlen der ATA-Fälle in den Jahren 1989 bis 1990 nicht über 10 % der Gesamterledigungen betragen (Spitzenreiter war der Oberlandesgerichtssprengel Linz im Jahr 1991 mit 11,5 % ATA-Fällen, Schlußlicht der OLG-Sprengel Innsbruck, was aber durch eine sehr hohe Zahl von formlosen Einstellungen nach § 6 JGG und eine besonders hohe Zahl von Einstellungen nach § 9 Abs. 1 Z 1 JGG wieder ausgeglichen wird). Es darf nicht übersehen werden, daß allein das Bestehen des Rechtsinstitutes des ATA bereits Fernwirkungen hat. Die Kenntnis dieser neuen jugendstrafrechtlichen Erledigungsart in der Öffentlichkeit und vor allem bei den konkret Betroffenen führt zunehmend dazu, daß bereits im Vorfeld behördlicher Erledigungen von den Beteiligten Tatausgleichshandlungen gesetzt werden, die dann die Staatsanwaltschaft bzw. das Gericht veranlassen, ohne weitere Begleitmaßnahmen Verfahren einzustellen. Seit einiger Zeit liegen auf allen Polizei- und Gendarmeriedienststellen Formulare und Informationsbroschüren auf, die angezeigten Jugendlichen ausgefolgt werden und diese über die Möglichkeiten von Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere der Schadensgutmachung informieren. Es ist jedenfalls anzunehmen, daß die tatsächliche Zahl der aus Anlaß von Straftaten durchgeführten Ausgleichsmaßnahmen zwischen Tätern und Opfern ungleich höher liegt, als dies aktenmäßig evaluierbar ist.

Formelle Ein-  
stellungen und  
informelle  
Erledigungen

Wenn auch schon vor dem Inkrafttreten des JGG 1988 infolge des laufenden "Modellversuchs Konfliktregelung" und der damit Hand in Hand gehenden grundsätzlichen Einstellungsänderung der Jugendstaatsanwälte und Jugendrichter verstärkt Verfahren gegen Jugendliche nach § 12 JGG 1961 eingestellt wurden<sup>20)</sup>, kann doch, wie auch Pelikan und Pilgram in ihrem Bericht richtig vermerken, das JGG 1988 selbst gar nicht hoch genug eingeschätzt werden, zumal es bei einem bereits sehr erniedrigten Niveau der gerichtlichen Kriminalisierung wirksam zu werden beginnt und die Verurteilungen Jugendlicher nochmals merklich zurückdrängt. Ganz besonders deutlich wird dies bei der Untersuchung des Jahrgangs der 18- bis unter 19jährigen, wo bei gleichbleibender Anzeigenbelastung infolge des JGG pro Jahr rund 1.200 Jugendlichen ein Strafurteil erspart und die Verurteilungsbelastung mehr als halbiert wurde. Die durch das

Massive Ent-  
stigmatisierung  
Jugendlicher

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

388

JGG bedingte zurückhaltendere strafrechtliche Verfolgungspraxis zieht sich aber letztlich durch alle Altersgruppen durch. Sie führt zu einer massiven Entstigmatisierung jüngerer Altersgruppen in Österreich, Jugendliche erleben wesentlich später, als dies vor dem JGG der Fall war, ihre erste Verurteilung und sind dadurch oft viel eher in der Lage, einer weiteren Kriminalisierung zu entgehen bzw. kommen viel später in eine höhere Strafbelastung. Es wird interessant sein, etwa 10 Jahre nach Inkrafttreten des JGG einmal zu untersuchen, wie sich diese Wirkungen des JGG auf die Gesamtstrafenbelastung der Bevölkerung ausgewirkt haben werden.

Es sei in diesem Zusammenhang auf zahlreiche publizierte kriminelle Karrieren verwiesen, die eigentlich alle mit einer sehr frühen ersten strafrechtlichen Verurteilung, in der Regel auch noch mit einer Einweisung in eine Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige begonnen haben. Für alle diese Berichte ist eine fast nahtlose Karriere vom Jugendgerichtshof Wien über die Bundesanstalt für Erziehungsbedürftige Kaiserebersdorf bis zu den Strafvollzugsanstalten Stein, Garsten und Karlau nachvollziehbar<sup>21)</sup>.

Die zunehmende Gewaltbereitschaft Jugendlicher, die sich auch in der Kriminalstatistik niederschlägt, zwingt zu Überlegungen, wie diesem Phänomen im Rahmen der Jugendgerichtsbarkeit sinnvoller begegnet werden kann. Was Ursachen dieser zunehmenden Gewaltbereitschaft sind, ist umstritten, einschlägige Untersuchungen zeigen, daß nicht nur entwicklungsgestörte Kinder, vor allem Kinder aus desolaten Familien sich durch besondere Gewalttätigkeit auszeichnen, sondern daß diese auch bei Jugendlichen zu beobachten ist, die zumindest äußerlich in geordneten Verhältnissen leben<sup>22)</sup>. Aus den bei den Jugendgerichten anhängigen Akten und auch Untersuchungen<sup>22)</sup> geht hervor, daß Banden- und Gewaltkriminalität auch bei Jugendlichen zu finden ist, die tagsüber einer geordneten beruflichen Tätigkeit nachgehen, ein geregeltes Einkommen haben und denen zumindest ökonomische Einbindung in einen Familienverband gesichert ist.

Zunehmende Gewaltbereitschaft

Was sich aber aus fast allen einschlägigen Jugendstrafakten ergibt, ist, daß gewalttätige Jugendliche in der Regel eine sehr hohe Gewalterfahrung oft schon aus frühester Kindheit haben. Nun ist zumindest dieser Erklärungsansatz nachvollziehbar, daß ein Kind, das von allem Anfang an die Erfahrung gemacht hat, daß Konflikte in der Familie, zwischen den Eltern und auch zwischen Eltern und Kindern zumindest in letzter Konsequenz dadurch gelöst werden, daß der jeweils Stärkere seine Ansicht gewaltsam durchsetzt, später gar nicht anders können, als ihrerseits Konflikte gewaltsam zu lösen. Will man diesen Teufelskreis durchbrechen, muß man auf die betroffenen Jugendlichen dahingehend einwirken, ihnen andere Konfliktlösungsmechanismen anzubieten und für sie auch durchführbar zu machen. Die bloße Androhung von Strafen und auch der konkrete Strafvollzug allein sind dazu nicht imstande, weil sie zwar vielleicht insoweit Antriebsmechanismen erzeugen können, durch Unterlassen von Gewalt einer weiteren Strafe zu entgehen, doch sind diese durch Strafandrohungen und Strafvollzug allein gesetzten Antriebsmechanismen dann zu schwach, wenn die ganze entwicklungsbedingte Persönlichkeitsstruktur der Jugendlichen auf gewaltsame Konfliktlösung ausgerichtet ist. Auch dem punitivsten Laien muß klar sein, daß zusätzlich zur Strafe - am besten noch anstelle von Strafen - therapeutische Maßnahmen notwendig sind, um die Gewaltkette zu unterbrechen und Jugendlichen ein gewaltfreies Leben nicht nur schmackhaft zu machen, sondern es ihnen überhaupt erst zu ermöglichen.

Mangelnde Konfliktlösungsfähigkeit

Gerade für Modelle zur therapeutischen Behandlung von Gewaltkriminalität ist nun im neuen Jugendgerichtsgesetz genügend Raum. Angelehnt an ausländische Modelle, vor allem ein Modell in der deutschen Strafvollzugsanstalt Hameln wurden von der Wiener Jugendgerichtshilfe Konzepte sozialer Trainingskurse für jugendliche Aggressionstäter entwickelt und zwar sowohl für die Betreuung von jugendlichen

Trainingskurse

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

389

Aggressionstätern, die (als Untersuchungs- oder Strafhäftlinge) im Gefangenenhaus des Jugendgerichtshofes Wien einsitzen, als auch für eine ambulante Betreuung von jugendlichen Aggressionstätern im Zusammenhang mit Weisungen anlässlich der Aufhebung der Untersuchungshaft oder mit Weisungen bzw. Auflagen im Rahmen einer bedingten Verfahrenseinstellung nach § 9 JGG. Entsprechend diesem Konzept wird seit September 1992 eine Gruppe hochaggressiver Jugendlicher, die zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt wurden oder bei denen aufgrund ihres Vorlebens und der zur Last gelegten Taten eine längere Freiheitsstrafe zu erwarten ist, von einem Team betreut, das aus einer Psychologin, einer Sozialarbeiterin und einem Justizwache-Beamten des Gefangenenhauses des Jugendgerichtshofes Wien besteht. Wenn auch die Zeit zu kurz ist, den Erfolg dieser Gruppenarbeit mit einiger Sicherheit beurteilen zu können und auch eine empirische Auswertung noch nicht vorliegt, sind die bisherigen Erfahrungen durchaus erfolgversprechend.

Das Konzept ambulanter sozialer Trainingskurse richtet sich vor allem an Jugendliche, die wegen eines Aggressionsdeliktes (z.B. §§ 83, 125, 131, 142, 144 StGB) auffällig geworden sind. Geplant ist, den in Frage kommenden Jugendlichen, bei denen nicht wegen der besonderen Schwere der Tat und der hohen weiterbestehenden Tatbegehungsfahr die Notwendigkeit besteht, sie in Haft zu nehmen bzw. in Haft zu behalten, im Rahmen einer Weisung bzw. einer Auflage (im Vorverfahren in Verbindung mit den §§ 180 Abs. 5, Abs. 8 StPO, 35 JGG; als zumindest vorläufige Beendigung des Strafverfahrens im Rahmen einer Weisung oder Auflage in Verbindung mit einer bedingten Verfahrenseinstellung nach § 9 Abs. 1 Z 1 und 2 JGG) anzubieten, als Ersatz für die Untersuchungshaft bzw. um einer konkreten Bestrafung zu entgehen, den Trainingskurs zu besuchen. Der Kurs ist in Gruppensitzungen mit maximal 8 Teilnehmern an 8 Abenden für die Dauer von jeweils 2 1/2 Stunden einmal wöchentlich in den Räumen der Wiener Jugendgerichtshilfe geplant, wobei auch eine gemischt geschlechtliche und/oder multikulturelle Gruppenarbeit denkbar ist. Methodischer Ansatz ist die Aufarbeitung von zu Aggressionen führenden Konfliktsituationen. Voraussetzung dafür ist jedenfalls ein intensiver anamnesticher Prozeß, darauf aufbauend würde die Erarbeitung von Handlungsalternativen durch gruppenpädagogisches Erleben erfolgen, wobei nichtaggressives Verhalten verstärkt wird. Der Jugendliche soll durch den Gruppenprozeß erfahren, daß auch diese Verhaltensalternativen zur Anerkennung und einer Steigerung des Selbstwertgefühles führen können. Bei schwerer Delinquenz, bei der dennoch eine ambulante Maßnahme noch vertretbar ist, wäre eine Intensivierung der Gruppensitzungen denkbar. In diese Arbeit könnten auch aus der Haft entlassene Jugendliche (aus der Untersuchungshaft entlassene bzw. aus der Strafhaft bedingt entlassene) einbezogen werden.

Aufarbeitung von  
Konfliktsituationen

Im Bereich der nicht allzu schweren Aggressionsdelinquenz könnte ein gleiches ambulantes Modell auch im Rahmen eines ATA nach den §§ 7 und 8 JGG Einsatz finden. Wie in vielen anderen Bereichen der Reaktion auf Jugendkriminalität ist die dogmatische Einordnung der zu treffenden Reaktionsmaßnahmen wohl sekundär, im Vordergrund müssen im Rahmen der durch das Gesetz gezogenen möglichen Grenzen die therapeutische Wirksamkeit, die Erfolgchancen, die anhand der vorhandenen Ressourcen der Justiz und der Sozialarbeit gemessene ökonomische Tragbarkeit und müßte auch gegeneinander abgewogen werden, inwiefern die getroffenen Maßnahmen im Hinblick auf Art und Umfang der Delinquenz gesellschaftlich vertretbar sind.

### Anmerkungen:

- 1) Siehe dazu Haidar, A., Leirer, H., Pelikan, C., Pilgram, A. (Hg.): Konflikte regeln statt Strafen! Über einen Modellversuch in der österreichischen Jugendgerichtsbarkeit, Kriminalsoziologische Bibliographie, Heft 58-59/1988; Jesionek, U.: Konfliktregelungsmodelle im österreichischen Jugendstrafrecht, in: Schuh, J.:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

390

(Hg.): Jugend und Delinquenz, Reihe Kriminologie 3, Verlag Rüegger 1988, S 153 ff; Jesionek,U.: Konfliktregelung-Tatausgleich: Erste Erfahrungen in Österreich nach der Reform des Jugendstrafrechtes, in: Frank-Harrer (Hg.): Drogendelinquenz-Jugendstrafrechtsreform, Forensia-Jahrbuch 2, Springer Verlag 1991, S 213 ff; Schroll,Eisenriegler,Achleitner: Das Linzer Konfliktregelungsmodell, in: Österreichische Richterzeitung 1986, S 98 ff, 124 ff.

- 2) Vergleiche §§ 7 und 8 JGG
- 3) Dazu vor allem Jesionek,U.: Die Konfliktregelung im neuen österreichischen Jugendrecht, in: W.Melnizky-Müller (Hg.): Festschrift für Franz Pallin, Manz Verlag, Wien 1989, S 161 ff; Jesionek,U.: Konfliktregelung-Tatausgleich, in: Frank-Harrer (Hg.): Drogendelinquenz-Jugendstrafrechtsreform, Forensia-Jahrbuch 2, Springer Verlag, 1991, S 213ff; Schroll, Aktives Reueverhalten - Möglichkeit einer Prozeßbeendigung im Vorverfahren, Österreichische Juristenzeitung 1989, S 1 ff; Steininger: Wiedergutmachung als dritte Spur neben Strafen und Maßnahmen, in: Juristische Blätter Heft 3/1990, S 137 ff.
- 4) Die positiven Erfahrungen vor allem mit dem ATA im neuen JGG haben auch ihren Niederschlag im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP über die Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für die Dauer der XVIII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates vom 17. Dezember 1990 und in der darauf basierenden Regierungserklärung von Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky vom 18. Dezember 1990 gefunden, wonach "die guten Erfahrungen mit dem in der vergangenen Gesetzgebungsperiode geschaffenen Jugendgerichtsgesetz, vor allem im Bereich des Opfer-Täter-Ausgleiches, auch für das Erwachsenenstrafrecht nutzbar gemacht werden" sollen.
- 5) Siehe den statistischen Teil im Beitrag von Pelikan und Pilgram im vorliegenden Bericht (Anmerkung 7) sowie bei Bogensberger, W.: Jugendstrafrecht und Rechtspolitik, Manz Verlag, Wien 1992
- 6) Bogensberger,W.: Das Jugendgerichtsgesetz - Anspruch und Wirklichkeit, Österreichische Juristenzeitung 1991, S 286 ff; Bogensberger, Jugendstrafrecht und Rechtspolitik, Manz Verlag, Wien 1992
- 7) Pelikan,C.,Pilgram,A.: Zum Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 und zum Jugendgerichtsgesetz 1988 - Läßt sich "Erziehung ohne Zwang" im öffentlichen Bereich verwirklichen? Im vorliegenden Jugendbericht 1993
- 8) Siehe Anmerkung 3 sowie Steininger: Die Neuorientierung des strafprozessualen Legalitätsprinzipes, in: Juristische Blätter 1986,S.216ff und 289ff
- 9) Die wenigen Fälle des Opportunitätsprinzipes finden sich in den §§ 34 Abs. 2 StPO, 118 Abs. 3 StVG, 3 Abs. 2 MilStG, 9 Abs. 3 und 4 ARHG sowie im § 17 SGG und in § 6 JGG
- 10) Siehe dazu Bogensberger,W.: Jugendstrafrecht und Rechtspolitik,Manz Verlag, Wien 1992; Schroll,Eisenriegler,Achleitner: Das Linzer Konfliktregelungsmodell,in: Österreichische Richterzeitung 1986, S 98-103
- 11) Insbesondere in seinen Entscheidungen vom 4.10.1989, 14 Os 89/89 und vom 10.12.1989, 14 Os 109, 110/89 hat der OGH derart enge Grenzen für die Anwendung des § 42 StGB gesetzt, daß dieser nur mehr auf einige wenige Fälle von Minimal kriminalität anwendbar wäre. Diese Entscheidungen sind bei einem großen Teil der Lehre auf Kritik gestoßen, vgl. Burgstaller: Zur Anwendung des § 42 auf Körperverletzungen, in: Juristische Blätter 1990, S 70 ff; Graff,M.: Österreichisches Anwaltsblatt 1990, S 577 ff; Schwaighofer: Zur Anwendbarkeit des § 42 StGB bei Verkehrsunfällen, in: Zeitschrift für Verkehrsrecht 1990, S 97 ff u.a.
- 12) Alle einschlägigen Untersuchungen zeigen, daß die Präventionswirkung von Gerichtsverhandlungen nur sehr gering ist, Jugendliche werden von ihrem Elternhaus, ihrer näheren Umgebung (Freunde) und anderen sozialen Gefügen, in die sie eingebunden sind, wesentlich stärker beeinflusst, als von polizeilichen und gerichtlichen Reaktionen; vergleiche dazu etwa Karstedt-Henke, Sanktionserfahrungen und Sanktionserwartungen von Jugendlichen, Sonder-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

391

forschungsbereich 227, Teilprojekt C3, Universität Bielefeld 1989

- 13) Siehe Anmerkung 7
- 14) Siehe Pelikan, C., Pilgram, A.: im vorliegenden Bericht, Anmerkung 7; Bogensberger, W.: Jugendstrafrecht und Rechtspolitik, Manz Verlag, Wien 1992
- 15) Zur regionalen Strafenpraxis in Österreich siehe Burgstaller-Csàzàr: Zur regionalen Strafenpraxis in Österreich, in: Österreichische Juristenzeitung 1985, S 1ff und 43ff; Burgstaller-Csàzàr: Ergänzungsuntersuchungen zur regionalen Strafenpraxis, in: Österreichische Juristenzeitung 1985, S 417 ff; Burgstaller: Zur Entwicklung der Strafenpraxis nach der Strafrechtsreform, in: Österreichische Juristenzeitung 1987, S 417 ff; Morawetz, I., Stangl, W.: Die Untersuchungshaft in Österreich im regionalen Vergleich, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie 1990
- 16) Siehe Anmerkung 15
- 17) Vergleiche etwa Pallin: Die Strafzumessung in rechtlicher Sicht, Manz Verlag, Wien 1982
- 18) Die Anwendungsfälle des § 8 JGG betragen im Jahr 1989 0,6 %, in den Jahren 1990 und 1991 jeweils 0,5 %
- 19) Nach dem ausdrücklichen Gesetzestext ist ein Vorgehen nach § 8 JGG nur bis zum Beginn der Hauptverhandlung möglich. § 8 JGG sieht zwar ein ausdrückliches Antragsrecht des Beschuldigten und des Verletzten vor und § 32 Abs. 5 JGG dementsprechend auch ein Rechtsmittelrecht gegen eine negative Entscheidung, weshalb sich logischerweise auch die Verpflichtung des Gerichtes ergeben würde, über einen solchen Antrag abzusprechen, doch kann der Richter die Beschwerde des Antragstellers dadurch ausschalten, daß er, ohne über den Antrag zu entscheiden, eine Hauptverhandlung anberaumt und dort das Verfahren nach § 9 JGG einstellt. Der Gesetzgeber wird diesem Mißstand dadurch Rechnung zu tragen haben, daß er in § 8 JGG eine ausdrückliche Entscheidungspflicht normiert.
- 20) Siehe Anmerkung 1 und 10
- 21) Vergleiche etwa Rottenschlager, K.: Das Ende der Strafanstalt, Herold Verlag, Wien 1982; Sobota, H.: Der Minusmann, Heyne Verlag, München 1983; Unterweger, J.: Fegefeuer oder die Reise ins Zuchthaus, Maro Verlag, Augsburg 1983; Watzke, E.: Sucht mich nicht, ich bin im Hotel Siller, Picus Verlag, Wien 1991
- 22) Vergleiche u.a. Streetwork in Wien. Ein Bericht der Wiener Streetworker über die Arbeit mit jugendlichen Randgruppen, Eigenverlag 1985; Horak, R. u.a.: "Soccer Hooliganism". Theoretische Überlegungen zur und erste empirisch-systematische Überprüfung der Fußballgewalt in Österreich, Studie im Auftrag des BMWF und BMUKS; Heitmeyer, W.: Soziale Desintegration und Gewalt, in: DVJJ-Journal 1-2/1992, S 76 ff; Hinrichs: Psychotherapie mit Gewalttätern im Jugendstrafvollzug, in: MschrKLRim Heft 1/1991, S 17 ff; Menzen: Ursachen und Entstehung von Gewalt in der Jugend, in: Unsere Jugend Heft 10/1991, S 413 ff; Oelemann: Jugendgewalt ist Jugendgewalt, in: DVJJ-Journal 1/1992, S 85 ff; Pilz: Gewaltbereite Fußballfans - Was kann man tun, was soll man nicht tun? in: DVJJ-Journal 1-2/1992, S 88 ff; Weidner: Das Anti-Gewalttraining für inhaftierte Körperverletzer ("Autogenisten-Training"), in: ZfStrVo 5/89, S 295 ff; Benard, C., Schläffer, E.: Nichts gegen Gewalt. Studie im Auftrag des BMFJ 1991; Heinzlmaier, B.: Jugendbanden, Studie des Instituts für Jugendforschung, Wien 1992; Streetwork Wien, Jahresbericht 1992.

## DIE AKZEPTANZ DES AUßERGERICHTLICHEN TATAUSGLEICHS BEI JUGENDLICHEN TÄTERN UND GESCHÄDIGTEN

Herbert Janig, Marion Sigot, Johann Stückler

### Problemstellung

Die Einführung des außergerichtlichen Tatausgleichs bei Jugendlichen anstelle der üblichen Strafverfolgung ist Ausdruck der Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte: dazu gehören eine allgemeine Akzeptanz der Wiedergutmachung bei strafrechtlichen Konflikten (Sessar u.a. 1986), was die Verfolgung kriminalpolitischer Strategien mit zielgerichteteren Konfliktregelungen bei verstärkter Opferberücksichtigung stützt (Beste 1987); dazu kommt noch ein Entlastungseffekt für die Justiz (vgl. Beste 1987, Stangeland 1987). Vor allem ist es aus psychologischer und soziologischer Sicht die Erkenntnis, daß Jugendkriminalität eine allgemeine und vorübergehende Erscheinung ist (Schreckling 1991, Villnow 1982) und der berechtigte Zweifel an der Sinnhaftigkeit von Haftstrafen für Jugendliche (Dahle und Steller 1991, Kette 1991, Stangeland 1987).

Das Jugendgerichtsgesetz 1988 (JGG 1988) erlaubt mit dem außergerichtlichen Tatausgleich von Amts wegen durch den Staatsanwalt bzw. den Richter oder auf Verlangen des Jugendlichen bzw. des Verletzten, von der traditionellen Verfolgung bestimmter Straftaten abzusehen. Die Konfliktregelung sieht eine materielle Wiedergutmachung des angerichteten Schadens und eine Entschuldigung des Täters ohne Gerichtsverhandlung und ohne formellen Schuldspruch unter Beiziehung von Konfliktreglern der Bewährungshilfe vor. Damit wird den Tatsachen Rechnung getragen, daß formelle Strafverfahren nachteilige Folgen für die jugendlichen Täter haben, Haft- oder Geldstrafen zumindest zweifelhafte Resozialisierungseffekte bewirken und Geschädigte in herkömmlichen Strafverfahren allenfalls in der Sache Recht bekommen, ihre Ansprüche aber im Zivilrechtsweg einklagen müssen, was mit hohem persönlichen und finanziellen Aufwand verbunden ist.

Der jugendliche Täter kann so Verantwortung für seine Tat und ihre Folgen übernehmen, der Geschädigte wird sozial, emotional und materiell für den erlittenen Schaden bzw. für die Kränkung entschädigt. Die Entschuldigung soll Kränkung, Angst, Hilflosigkeit des Geschädigten kompensieren. Materielle Schäden können dem Geschädigten durch den Jugendlichen direkt ersetzt werden, etwa durch Ratenzahlung, Arbeitsleistung, Reparatur des Schadens, Rückgabe u.a.. Darüber hinaus ermöglicht diese Art der Konfliktbereinigung auch für beide Beteiligten Chancen zum sozialen Lernen, etwa der gewaltfreien Konfliktlösung.

Um die Wirksamkeit des außergerichtlichen Tatausgleichs umfassend beurteilen zu können, ist auch die Akzeptanz der außergerichtlichen Wiedergutmachung durch die unmittelbar beteiligten Täter und Geschädigten von Bedeutung, eine Frage, die bislang selten gestellt wurde (vgl. Voß 1989). Anhand der im Jahr 1989 - dem ersten Jahr der Gültigkeit der neuen Bestimmungen - im Bundesland Kärnten dem außergerichtlichen Tatausgleich zugeführten Fälle wurde dazu eine empirische Überprüfung vorgenommen (Sigot 1992).

### Die Anwendung außergerichtlicher Tatausgleiche im Land Kärnten 1989

Von den Konfliktreglern des Vereins für Bewährungshilfe und soziale Arbeit in

Gründe für die Einführung des außergerichtlichen Tatausgleichs

Worin besteht der außergerichtliche Tatausgleich

Ziele und Wirkungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

393

Klagenfurt und Villach wurden 1989 130 Jugendliche betreut, bei denen Staatsanwaltschaft (zu 45 %) oder Gerichte (zu 55 %) die Durchführung eines außergerichtlichen Tatausgleichs angeregt hatten. Wie sich aus der Dokumentenanalyse ergab, waren davon 92 % männliche Jugendliche. 45 % waren zum Zeitpunkt der Tat Lehrlinge, 28 % Schüler, 11% Facharbeiter, 4 % Hilfsarbeiter und 15 % arbeitslos. 57 % der Jugendlichen bezogen zum Tatzeitpunkt ein eigenes Einkommen, bei 73 % von ihnen war es weniger als 5.000.-- Schilling monatlich. 47 % der Jugendlichen lebten mit beiden Eltern zusammen, 28 % bei ihrer Mutter, die übrigen bei Großeltern, Pflegeeltern, in Heimen u.a.

Häufigkeit in Kärnten

Von den 130 Jugendlichen wurden 193 Delikte begangen: davon sind 38 % Einbruchsdiebstähle, 17 % Sachbeschädigungen, 14 % Diebstähle. In je 9 % lagen Körperverletzungen bzw. unbefugte Entwendung von Fahrzeugen vor, sonstige Delikte machen 13 % aus. Das Ausmaß der materiellen Schäden betrug im Durchschnitt 5.690.-- Schilling. Bei Körperverletzungen waren sie mit durchschnittlich 8.185.-- am höchsten, bei den Diebstählen mit 3.305.-- Schilling am geringsten. Insgesamt konnten in den Akten 179 Geschädigte gezählt werden, davon 80 % Männer.

Delikte und Schäden

Aus den Fallakten geht weiters hervor, daß sich 80 % der Jugendlichen beim Geschädigten entschuldigten, entweder persönlich (68 %) oder schriftlich (12 %). Eine zumindest teilweise materielle Wiedergutmachung oder einen Ausgleich etwa in Form von Arbeit für den Geschädigten leisteten 90 % der Jugendlichen. Eine gänzliche materielle Wiedergutmachung erfolgte in 65 % der Fälle, eine teilweise in 20 % der Fälle. In 5 % der Fälle verrichteten Jugendliche Arbeit für den Geschädigten.

Wiedergutmachung

Nach Einschätzung der Behörden war der außergerichtliche Tatausgleich in 48 % der Fälle vollständig gelungen, bei 43 % teilweise gelungen und bei 9 % mißlungen. In 65 % der Fälle wurde das Verfahren gegen die Jugendlichen eingestellt, in 10 % das Verfahren vorläufig eingestellt, in 20 % wurde das Strafverfahren fortgesetzt. In 5 % der Fälle war die Durchführung eines außergerichtlichen Tatausgleichs aus verschiedenen Gründen (z.B. fehlende Bereitschaft des Jugendlichen) nicht möglich.

Erfolgsrate

In einer schriftlich-postalischen Befragung aller im Jahr 1989 Beteiligten wurden die Motive und die Bereitschaft zur Mitwirkung, die Zufriedenheit mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Konfliktregelung erhoben. Der Rücklauf der ausgesandten Fragebögen betrug 31 %.

### Teilnahmemotive

Die retrospektiv erhobene Bereitschaft zur Mitwirkung an der außergerichtlichen Konfliktregelung ist bei den jugendlichen Tätern weit stärker ausgeprägt als bei den Geschädigten, die mehrheitlich eine neutrale Einstellung zur Konfliktregelung einnehmen. Dies ist vor allem aus den subjektiven Erwartungen der Betroffenen erklärbar: die Jugendlichen haben mit dem außergerichtlichen Tatausgleich die Möglichkeit, ein Gerichtsverfahren, eine allfällige Verurteilung und die damit verbundenen Folgen zu vermeiden. Sie sind von Anfang an viel stärker motiviert, noch dazu wo ihnen in einem Gespräch mit dem Bewährungshelfer die Konsequenzen der Handlungsalternativen klargelegt werden. Für die Geschädigten steht anfangs nur die vage Hoffnung auf einen Ersatz für die aufgelaufenen Unannehmlichkeiten persönlicher und materieller Art; noch dazu ist diese Art der Schadenswiedergutmachung noch "Neuland", sodaß eine eher abwartende Haltung nur zu verständlich ist.

Täter: größere Bereitschaft als Geschädigte

Bei den Teilnahmemotiven an der außergerichtlichen Konfliktregelung sind die Präferenzen eindeutig: neun von zehn Jugendlichen möchten damit eine Vorstrafe und deren allfällige negativen Folgen vermeiden. Aber auch die anderen Beweggründe,

Vorstrafe vermeiden

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

394

sich an diesem Verfahren zu beteiligen, sind sehr stark: etwa der Wunsch nach Geheimhaltung der Tat, die Einsicht in das Unrecht der Tat und der Wunsch nach rascher Erledigung der Entschuldigung und Wiedergutmachung. Die meisten jugendlichen Täter sind auch froh über diese Möglichkeit der Konfliktregelung. Wenig bedeutend für sie ist ein allfälliger Wunsch der Eltern, daran teilzunehmen. Insgesamt geben die Antworten den Eindruck wieder, daß die jugendlichen Täter ein hohes Maß an Einsicht in die Schuldhaftigkeit ihres Verhaltens gewonnen haben und bereit sind, dafür auch konkrete Wiedergutmachung zu leisten, wobei im Gegenzug die Geheimhaltung und die außergerichtliche Lösung die Bereitschaft dazu erhöht.

Mit Abstand das wichtigste Motiv für die Geschädigten, an der außergerichtlichen Regelung teilzunehmen, ist die Hoffnung auf raschen Schadenersatz. Alle anderen Motive sind von geringerer Bedeutung: die persönliche Entschuldigung des Täters oder Mitleid mit ihm. Am unwichtigsten sind eine etwaige persönliche Bekanntschaft oder gar der Einfluß des Bewährungshelfers.

Geschädigte:  
Hoffnung auf  
Schadenersatz

### Einschätzung des Verfahrensablaufs

Der Ablauf des Verfahrens der außergerichtlichen Konfliktregelung wird von den jugendlichen Tätern und den Geschädigten durchaus unterschiedlich beurteilt: Besonders wichtig sind für die Jugendlichen die Möglichkeiten der Mitentscheidung beim Ablauf der Entschuldigung und der Schadenswiedergutmachung. Wichtig ist es für einen großen Teil der Jugendlichen, allein, ohne Eltern, die Konfliktregelung durchführen zu können. Als weniger wichtig wird die Beteiligung des Bewährungshelfers angesehen oder gar die Begleitung des Bewährungshelfers beim Gespräch mit dem Geschädigten. Allerdings zeigt sich hier, daß es zwei voneinander unterscheidbare Gruppen geben dürfte: Eine kleinere, die sich sehr wohl der Unterstützung des Bewährungshelfers versichern möchte, wünscht, daß er bei der Kontaktaufnahme und der Besprechung mit dem Geschädigten dabei sein solle, und eine größere Gruppe von Jugendlichen, die nicht nur die Rolle des Bewährungshelfers im Vorfeld der Wiedergutmachung geringer ansieht, sondern ihn auch nicht bei der konkreten Unterredung mit dem Geschädigten dabei haben möchte.

Täter: Mit-  
sprachemöglichkeit  
wichtig

Zwei Dinge sind für das Gelingen der außergerichtlichen Regelung aus der Sicht der Geschädigten äußerst wichtig: das persönliche Erscheinen des Täters - wobei auch die Entschuldigung als wichtig angesehen wird - und die rasche Schadenswiedergutmachung. Andere Verfahrensdetails - ob der Jugendliche vor dem Gespräch anruft, der Bewährungshelfer mitkommt o.ä. - sind den Geschädigten weniger wichtig.

Geschädigte: per-  
sönliches Er-  
scheinen des  
Täters

### Zufriedenheit mit der Konfliktregelung

In ihrer Zufriedenheit mit der erfolgten Entschuldigung unterscheiden sich Geschädigte und Jugendliche nicht: Die meisten Geschädigten und Jugendlichen sind mit der Entschuldigung zufrieden bis sehr zufrieden. Nur jeder zehnte Geschädigte ist mit der Entschuldigung des Jugendlichen nicht oder kaum zufrieden.

Bezüglich der materiellen Wiedergutmachung gibt es in den Einschätzungen der Geschädigten und der Jugendlichen kleine Unterschiede. Knapp die Hälfte der Geschädigten und fast drei Viertel der Jugendlichen geben an, daß sie mit der geleisteten Wiedergutmachung des Schadens *s e h r* zufrieden sind. Zufrieden sind zusätzlich ein Drittel der Geschädigten und ein Viertel der Jugendlichen. Insgesamt sind also mehr als vier Fünftel der Geschädigten und mit einer Ausnahme alle Jugendlichen mit der Schadenswiedergutmachung zufrieden. Über das Ausmaß der geleisteten Wiedergutmachung gibt es - wenn auch nur leicht - unterschiedliche

Überwiegend  
zufrieden

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

395

Einschätzungen: Je zwei Fünftel der Geschädigten sind der Ansicht, daß der Schaden zur Gänze bzw. teilweise wiedergutmacht wurde. Mehr als die Hälfte der Jugendlichen sind der Ansicht, daß sie den Schaden zur Gänze, und zwei Fünftel, daß sie ihn teilweise wiedergutmacht hätten.

Diese kleinen Unterschiede in den Beurteilungen mögen damit zusammenhängen, daß die subjektiven Erwartungen an die Wiedergutmachung seitens der Geschädigten und seitens der jugendlichen Täter unterschiedlich sind: Für den Jugendlichen ist der materielle und psychische Aufwand, sich zu entschuldigen und einen Ersatz zu leisten, sehr hoch. Andererseits ist es durchaus plausibel, wenn Geschädigten die Schadenswiedergutmachung zu gering erscheint. Speziell im Fall der Körperverletzungen und Einbruchsdiebstähle lassen sich diese Insulte der Intimsphäre kaum angemessen mit Bargeld kompensieren. Oftmals können von Geschädigten die finanziellen Anstrengungen, die von den Jugendlichen geleistet werden müssen, kaum realistisch eingeschätzt werden. Nicht zu vergessen ist auch, daß unbewußte Rache- oder Strafbedürfnisse Einfluß auf die Einschätzung der Wiedergutmachung nehmen können.

Wiedergutmachung:  
Erwartungen unterschiedlich

Ein wichtiger Indikator für die Zufriedenheit mit der Konfliktregelung besteht darin, wieviele Geschädigte bzw. jugendliche Täter gegebenenfalls wieder bereit wären, an einer Konfliktregelung teilzunehmen. Alle Jugendlichen würden dies wieder tun, lediglich 3 Jugendliche knüpfen ihre Bereitschaft zur Teilnahme an bestimmte Bedingungen, die vor allem Forderungen nach Mitsprachemöglichkeit bei der Art der Wiedergutmachung betreffen. Bei den Geschädigten sind es beinahe zwei Drittel, die zur neuerlichen Teilnahme an einer Konfliktregelung bereit wären. Mehr als ein Drittel der Geschädigten fordert allerdings die Erfüllung bestimmter Bedingungen, vor allem solcher, die den finanziellen Bereich der Wiedergutmachung betreffen. Es ist aber auffallend, daß auch solche Geschädigte, deren Schaden nicht zur Gänze wiedergutmacht worden ist, gegebenenfalls wieder bereit wären, an einer Konfliktregelung mitzuwirken. Dies weist auf eine hohe Bereitschaft hin, an restitutiven Lösungen mitzuwirken.

Fast alle würden  
es wieder tun

Die Einschätzungen der Geschädigten weisen, wenn man Detailfragen beachtet, sehr stark darauf hin, daß die Entschuldigung des Jugendlichen und die Wiedergutmachung des materiell erlittenen Schadens unverzichtbar für den Erfolg des außergerichtlichen Tatausgleichs sind. Dabei ist es etwas stärker der finanzielle Aspekt, der Geschädigten am Herzen liegt. Alle Geschädigten, denen der finanzielle Schaden zur Gänze ersetzt wurde, sind zu einer neuerlichen Teilnahme an einem außergerichtlichen Tatausgleich bereit, nicht aber alle, denen der Schaden nur zum Teil ersetzt wurde.

Am wichtigsten:  
Entschuldigung  
und Wiedergutmachung

### Resümee

Die Akzeptanz des außergerichtlichen Tatausgleichs ist bei den betroffenen Jugendlichen und Geschädigten gleichermaßen sehr hoch. Den Jugendlichen ist vor allem die Vermeidung der negativen Folgen eines Strafverfahrens wichtig, die Schuldeinsicht und die Bereitschaft zur Wiedergutmachung sind stark ausgeprägt. Für die Entschuldigung und die Wiedergutmachung wird ein erheblicher psychischer und finanzieller Aufwand geleistet.

Den Geschädigten liegt es neben der persönlichen Kontaktaufnahme mit dem Täter und seiner Entschuldigung besonders an der raschen und vollständigen Wiedergutmachung des erlittenen Schadens. In diesem Punkt gibt es verständlicherweise leicht unterschiedliche Einschätzungen zwischen Geschädigten und jugendlichen Tätern.

**2. Bericht zur Lage der Jugend**

396

Um den Erfolg der außergerichtlichen Konfliktregelung auch in Hinkunft zu gewährleisten, wäre darauf zu achten, daß Entschuldigung und Schadenswiedergutmachung bestmöglich erfolgen. Z.B. wäre zu überlegen, die Geschädigten über die Leistungsfähigkeit der Jugendlichen hinsichtlich der Entschuldigung und ihrer finanziellen Möglichkeiten aufzuklären; den Jugendlichen Hilfestellungen für das "Anbringen" ihrer Entschuldigung zu geben; die soziale Kompetenz der Geschädigten und der Jugendlichen zu stärken, um die gewaltfreie Konfliktlösung zu optimieren. Eine Unterstützung der Konfliktregler etwa durch regelmäßige Supervision scheint ebenso angebracht.

Aufklärung und  
Hilfe sinnvoll

**Literatur:**

- Beste, H.: Probleme der Schadenswiedergutmachung im Zuge viktimisierter Kriminalpolitik, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 70,1987,6, 336-352
- Dahle, K.P., Steller, M.: Coping im Strafvollzug: eine Untersuchung zu Haftfolgen bei Jugendlichen, in: Frey, D.: Bericht über den 37. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Kiel 1990, Band 1, Hogrefe Göttingen 1990, S. 19
- Huber, W.: Jugendgerichtsgesetz 1988, Eisenstadt 1989
- Kette, G.: Haft - Eine sozialpsychologische Analyse, Hogrefe, Göttingen 1991
- Sessar, K., Beurskens, A., Boers, K.: Wiedergutmachung als Konfliktregelungsparadigma ?, in: Kriminologisches Journal 18, 1986,2,86-104
- Schreckling, J.: Jugendkriminalität, (k)ein Thema für die Schulpsychologie?, in: Report Psychologie, Jänner 1991,22-27
- Sigot, M.: Der außergerichtliche Tausch im Jugendgerichtsgesetz 1988. Eine empirische Untersuchung von Einstellungen der jugendlichen Täter und der Geschädigten im Land Kärnten 1989, Dipl.Arbeit, Universität Klagenfurt 1992
- Stangeland, P.: Wege autonomer Konfliktregelung - Strafrecht und Nahgemeinde, in: Kriminologisches Journal, 19,1987,4,285-302
- Villnow, B.: Delinquenz im Kindes- und Jugendalter, in: Wiczerkowski, W., zur Oveste, H.: Lehrbuch der Entwicklungspsychologie, Band 3, Schwann, Düsseldorf, 1982,111-141
- Voß, M.: Anzeigemotive, Verfahrenserwartungen und die Bereitschaft von Geschädigten zur informellen Konfliktregelung, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 72,1989,1,34-51

## IM SPANNUNGSFELD ZWISCHEN PSYCHOSOZIALEN UND SOZIOKULTURELLEN ANGEBOTEN

Reinhold Popp

Der Bedeutungsverlust der traditionellen Formen der ehrenamtlichen und verbandlichen außerschulischen Jugendarbeit ist offensichtlich. Zunehmend treten professionell betriebene "psychosoziale" und "soziokulturelle" Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendhilfe an die Stelle der klassischen Angebote. Jugendarbeit wird so immer mehr zu einem Aufgabenbereich der psychosozialen und soziokulturellen Versorgung im Bereich eines kommunalen Gemeinwesens.

Psychosoziale Angebote gehen im wesentlichen von (sozial-)psychologisch diagnostizierbaren individuellen Krisen und Notlagen aus, welche beim betroffenen Individuum "Leidensdruck" verursachen oder von der sozialen Umwelt als normabweichendes bzw. auffälliges Verhalten identifiziert werden. Eine angemessene Lösung der solcherart diagnostizierten Probleme wird in der Regel durch Maßnahmen erwartet, die auf eine Verbesserung der individuellen Problemlösungskompetenzen abzielen (z. B.: Beratung, Psychotherapie,...). Diese psychosozialen Maßnahmen richten sich zumeist direkt an die betroffenen Menschen bzw. z. T. auch an deren "soziales Netzwerk", insbesondere an Familienmitglieder und Freunde. Als wichtiges psychosoziales Angebot im Bereich der kommunalen Jugendhilfe hat sich die Jugendberatung (einschließlich "Streetwork") bewährt. Soziokulturelle Angebote gehen im wesentlichen von einer defizitären Ausstattung der sozialen oder räumlich-materiellen Umwelt im Hinblick auf die Entwicklungsmöglichkeiten von Einzelnen bzw. Gruppen aus.

Psychosoziale  
Angebote

Soziokulturelle  
Angebote

Eine angemessene Lösung der solcherart diagnostizierten Probleme wird in der Regel durch Maßnahmen erwartet, die sich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen bzw. der Lebensqualität in den jeweiligen Lebensräumen der betroffenen Personen bzw. Personengruppen beziehen. Diese strukturbezogenen Maßnahmen sind z. B. Entwicklung und Verwaltung von kommunikativen Infrastruktureinrichtungen. Es können auch direkt personenbezogene Maßnahmen erforderlich sein, die den Ausgleich von individuellen, gruppenspezifischen oder kollektiven Kompetenzmängeln erreichen wollen, z. B. durch Animation, Training und Bildungsarbeit.

Als wichtige soziokulturelle Angebote im Bereich der kommunalen Jugendarbeit haben sich u.a. bewährt:

- \* Kinder- und Jugendzentren
- \* Abenteuer- bzw. Aktivspielplätze
- \* Mobile Animation (Spielbusarbeit)
- \* Spielotheken
- \* Gemeinwesen- bzw. Nachbarschaftsschulen ("community education"). Sie stellen einen in Österreich noch wenig entwickelten, sehr interessanten Handlungsansatz soziokultureller Arbeit im Spannungsfeld zwischen Schul- und Sozialpädagogik dar.

Offene  
Angebote

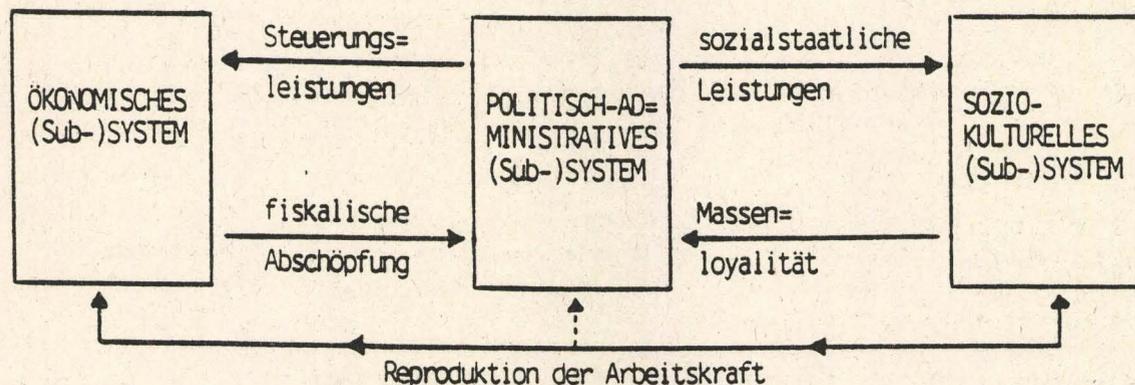
Im weitesten Sinne zählen nicht nur die oben beispielhaft angeführten pädagogisch angeleiteten Angebotstypen zur soziokulturellen Infrastruktur, sondern auch Einrichtungen wie offene Sportstätten, Erlebnisbäder, Radfahrwege, Grünflächen, kinder- und jugendgerecht ausgestattete Museen, Biblio- bzw. Mediatheken u.a.

Hinsichtlich der gesellschaftstheoretisch angeleiteten Analyse der o.g. Infrastrukturentypen gehe ich von der "sozialstaatlichen Funktionslogik" nach Offe (1972) u.a. aus. In

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

398

diesem Sinne beziehen sich sozialstaatliche Angebote insbesondere auf die Unterstützung von Maßnahmen zur (individuellen und kollektiven) "Reproduktion der Arbeitskraft" sowie zur "Sicherung der Massenloyalität".



Jede Veränderung der Bedingungen für Reproduktion und Loyalitätssicherung führt im Sinne dieser Logik unweigerlich auch zu Veränderungen der sozialstaatlichen Angebotsstruktur.

In diesem Zusammenhang läßt sich zeigen, daß es in Anbetracht der deutlich abnehmenden Tragfähigkeit der traditionellen "sozialen Netze" von Familie und Nachbarschaft zu einer raschen "Vergesellschaftung" und "Professionalisierung" sozialer und kultureller Dienstleistungen kommen muß.

Im Zuge dieser Professionalisierungstendenzen verlieren u.a. auch die Angebotsstrukturen der traditionellen außerschulischen Jugendarbeit an Bedeutung und erweitern sich die Ziele, Zielgruppen und Handlungsansätze psychosozialer und soziokultureller Einrichtungen. Daß in dieser Situation eine bedürfnis- und bedarfsgerechte Entwicklung der psychosozialen und soziokulturellen Infrastruktur (für Kinder und Jugendliche) nur mit Hilfe einer gezielten Planung und Entwicklungssteuerung auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene möglich ist, wird von den zuständigen Politikern und Beamten nur allzu häufig übersehen.

Professionalisierung

Aus pädagogischer Sicht und im Hinblick auf partizipative Planungsmodelle kommt freilich der Planung und Steuerung der psychosozialen und soziokulturellen Infrastruktur vor allem auf der Ebene der Kommunen besondere Bedeutung zu.

In diesem Zusammenhang verweise ich auf das Konzept der "Gemeinwesenarbeit". Dieses Konzept eignet sich ausgezeichnet zur gezielten Verbesserung der Lebensqualität in überschaubaren Lebensräumen und ermöglicht sowohl die Integration unterschiedlicher Handlungsansätze als auch die Planungsbeteiligung betroffener Bevölkerungsgruppen.

Nach diesen eher grundsätzlichen Überlegungen möchte ich nun einige bewährte Typen psychosozialer und soziokultureller (kommunaler) Infrastruktur für Kinder/-Jugendliche beschreiben. In diesem Zusammenhang weise ich darauf hin, daß es bis heute keine bundesweit angelegte Untersuchung bezüglich der Anzahl, Ausstattung, Personalversorgung, methodischen Settings und Nutzung dieser Infrastruktur-Einrichtungen gibt!

Typen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

399

### Jugendberatungsstellen

Insbesondere für Jugendliche aus unteren Sozialschichten, die von herkömmlichen Beratungsstellen nur selten angesprochen werden, erweist sich das Konzept der integrativen Beratung als zielführend.

Eine verbesserte Akzeptanz von Angeboten der Lebens- und Sozialberatung durch Jugendliche aus niedrigen Einkommens- und Bildungsschichten erfordert offensichtlich eine Form von Beratung, die auch in die Lebenswelt der jungen Menschen eingebunden ist.

Wenn Beratung als problemangemessene pädagogische Maßnahme eingesetzt wird, ist sie kein von der alltäglichen Lebenswelt der Jugendlichen abgehobener Vorgang. Dies ist besonders wichtig! Insbesondere sozial benachteiligte junge Menschen wenden sich zur Klärung von Beziehungsfragen oder sexuellen Unsicherheiten meist erst dann an einen erwachsenen Ratgeber, wenn sie dessen Vertrauenswürdigkeit in anderen Kommunikationszusammenhängen, z.B. Gesprächen über sehr alltägliche Angelegenheiten, bei einer Tischtennis- oder Schachpartie oder bei einem gemeinsamen Ausflug getestet haben.

Beratung muß in die Lebenswelt der Jugendlichen integriert sein

In vielen Fällen besteht dieser Test auch darin, daß die BeraterIn durch handfeste und wirkungsvolle Hilfestellung bei Problemen mit der Polizei, mit Gerichten, Versicherungen, Behörden, der Schule oder der Lehrstelle ihre Nützlichkeit nachzuweisen haben.

Freilich muß dies nicht bei jedem einzelnen neuen Klienten geschehen. Vielmehr kann die Vertrauenswürdigkeit und Nützlichkeit der Berater auch in Form der Mund-zu-Mund-Propaganda weitergetragen werden.

Die Erfahrungen zum Beispiel aus der Tätigkeit der Jugend-, Familien- und Partnerberatungsstelle im Jugend- und Kinderzentrum Salzburg-Lehen (1983-1992) zeigen recht deutlich auf, daß die Zielgruppe Jugend (besonders "Unterschichtjugendliche") auch in den nach dem Familienberatungsgesetz eingerichteten Beratungsstellen durchaus ansprechbar ist.

Familienberatungsstellen in Jugend-einrichtungen

Der erwünschte Erfolg stellt sich aber nur dann ein, wenn Beratung nicht als isolierter Vorgang in einer hochspezialisierten Beratungsstelle begriffen wird, sondern als spezifischer Teil des gesamten Kommunikationsprozesses zwischen Jugendlichen und Erwachsenen in einem lebensweltlich organisierten Kommunikationssystem, zum Beispiel in einem Jugendtreffpunkt mit einer vielfältigen und abwechslungsreichen Angebotsstruktur oder auch in Projekten "mobiler Jugendarbeit", die vielfach mit dem Begriff "Streetwork" gekennzeichnet werden.

### Jugend- und Kinderzentren

Jugend- und Kinderzentren sind professionell koordinierte Freizeit- und Kommunikationsangebote der soziokulturellen Infrastruktur eines Gemeinwesens. Während die Jugendzentren, die aus den pädagogischen und politischen Konzepten der siebziger Jahre entstanden sind, seit einigen Jahren in eine erhebliche Krise geraten sind, erfreuen sich sozial- und freizeitpädagogisch begründete Jugend- und Kinderzentren nach wie vor breiter Akzeptanz, sofern sie über eine große Vielfalt von bedürfnisorientierten Angeboten und über hochqualifiziertes Personal verfügen.

Jugendzentren in der Krise

Sozial- und Freizeitpädagogische Kinder- und Jugendzentren gefragt

Eine enge Verknüpfung der stationären Angebotsstruktur eines Jugend- und Kinderzentrums mit Angeboten der "mobilen Animation" unterstreicht die Offenheit des sta-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

400

tionären Angebots, erweitert die gesamte Angebotspalette, lädt neue Zielgruppen ein und betont den gemeinwesenorientierten Charakter dieser Form von Jugendarbeit.

- qualifiziertes Personal

Mögliche Raumstruktur eines mittelgroßen Kinder- und Jugendzentrums (stationärer Bereich):

Mögliche Raumstruktur eines Kinder- und Jugendzentrums

- Jugendcafé/Diskotheek:

Ca. 150 m<sup>2</sup>; sollte mindestens an 4 Werktagen pro Woche (ca. 17 - 21 Uhr) sowie an Samstagen (14 - 22 Uhr) geöffnet sein. Am Freitag und/oder Samstag kann das Jugendcafé auch als Diskothek genutzt werden. Eine entsprechende technische Ausstattung ist allerdings Voraussetzung. Die "Bar" (kein Alkohol, kleine Speisen, Selbstkostenpreise ...) sowie die Musikanlage werden möglichst von den aktiven jugendlichen Besucher/inne/n in Selbstverwaltung (mit pädagogischer Unterstützung) betrieben. Das Jugendcafé sollte möglichst auch für Theater- und Filmvorführungen sowie für den Auftritt von Musikgruppen ausgestattet sein. In einem geeigneten Bereich des Jugendcafés sollte allenfalls ein Billardtisch und/oder ein Tischtennistisch aufgestellt werden. Eine ca. monatlich wechselnde Ausstellung mit künstlerischen Produkten der JUZ-Besucher/innen (z. B. Fotos, Zeichnungen,...) wäre empfehlenswert.

- Kinderzentrum:

ca. 100 - 150 m<sup>2</sup>; Öffnung an 4 Werktagen, sowie am Samstag, jeweils von 14 bis 18 Uhr. Räume: Bewegungs- und Tobraum, Kugelsandraum, Spielothek (Verleih von pädagogisch wertvollen Spielen).

- Musikproberäume:

2 - 3 Musikproberäume (jeweils ca. 20 m<sup>2</sup>), die sich jeweils 2 Nachwuchs-Musikgruppen für Probezwecke teilen.

- Stauräume:

Für div. Werk-, Spiel- und Kreativmaterial für mobile Animation.

Allfällige sonstige Räume:

Büro- und Verwaltungsbereich; Mehrzweckräume für Gruppenstunden der Kinder- und Jugendorganisationen, Diskussionen, Bildungs- und Kulturarbeit, Tischtennis. Bibliothek (evt. kombiniert mit Spielo- bzw. Mediathek), Fotolabor, Medienraum, Video- bzw. Audio-Produktionen), Beratungsstelle(n): Konzept der integrativen Beratung, Hobbythek/offene Werkstätten.

### Mobile Animation

Anfang der siebziger Jahre wurden erste Spielbus- bzw. Spielmobilprojekte erprobt. Vor allem im städtischen Bereich konnten sich einige Spielbus- bzw. Spielmobilinitiativen als Dauereinrichtungen mit festem Etat und Personal behaupten. In vielen Fällen entwickelten sich Spielbusse bzw. Spielmobile aus Initiativen für pädagogisch betreute Aktivspielplätze heraus und stellten so anfangs eine Art mobile Notlösung für eigentlich angestrebte stationäre Projekte der Freizeit- und Spielpädagogik dar. Besonders im Jahr des Kindes 1979 wurde eine Reihe von Spielbusinitiativen gegründet.

Verbreitung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

401

In den Ländern BRD, Schweiz und Österreich dürfte es derzeit ca. 150 Spielbus- bzw. Spielmobilprojekte mit unterschiedlicher Angebotsstruktur und in unterschiedlichen Entwicklungsstadien geben. Die wohl bestentwickelte Organisation für mobile Spiel-Animation ist die Pädagogische Aktion - München. In Österreich gibt es professionalisierte Spielbus- bzw. Spielmobilprojekte in Wien, St. Pölten, Graz, Linz und Salzburg.

Folgende erprobte Typen mobiler Freizeit- bzw. Spielanimation können (in Anlehnung an: Pädagogische Aktion: Mobile Spielbetreuung ... 1981, S. 26 f.) unterschieden werden (wobei die meisten Spielbusangebote eine Kombination der einzelnen Typen darstellen): "Mobiler Spielplatz", "Mobile Spielothek", "Mobile Werkstatt", "Mobile Spielprogramme", "Mobile Projektarbeit", Ausflüge, Wochenend- und Ferienlager, "erlebnispädagogische Angebote".

### Aktivspielplätze

Obwohl Spielplätze in hohem Maße eine sozial- und freizeitpädagogische Funktion erfüllen, werden sie hierzulande erstaunlicherweise fast ausschließlich als Problem der kommunalen Landschafts- und Grünplanung betrachtet.

Unzulängliche Sichtweise der Öffentlichkeit

Spielplätze animieren vorwiegend durch räumlich-materielle (z. T. aber auch durch personelle Angebote) zur Ausübung bestimmter Freizeit- und Spielaktivitäten. Sie setzen also in Form von Raum - bzw. Geländestrukturen, Geräten, Bepflanzung oder in Form von pädagogischen Kommunikationsangeboten Aufforderungsreize für verschiedene Besuchergruppen.

Spielplätze im engeren Sinn sind vorwiegend für die Ausübung von Freizeit- und Spielaktivitäten gewidmete, gestaltete oder z. T. auch naturbelassene Flächen mit oder ohne spielbezogene Geräte und Behelfe.

Zur Funktion von Spielplätzen

"Spielplätze" haben sich im Zusammenhang mit der durch umfassende profitorientierte Nutzung von Grund und Boden (insbesondere im städtischen Bereich) entstandenen "Ghettoisierung" und "Parzellierung" räumlich/materieller Umwelt (ausführlicher dazu Popp 1985, S. 46) und der damit verbundenen "Funktionalisierung" von Standorten als (funktionale) "Zuweisungsorte" für "kindliches Spiel" entwickelt:

Gerätespielplätze als Folgen der Verknappung und Parzellierung der öffentlichen Räume

Der solcherart definierte "Spielplatz" verbreitete sich in Österreich seit den ersten Nachkriegsjahren vielfach in der sehr reduzierten Ausstattungsvariante "Gerätespielplatz".

Für Österreich liegen seit 1986 Planungsrichtlinien für die Spielplatzgestaltung in Form der ÖNORM B 2607 vor, welche jedoch bis heute in der konkreten Spielplatzplanung nur wenig Anwendung findet. Diese ÖNORM berücksichtigt spielpädagogische und spielspsychologische Wissensbestände in durchaus angemessener Weise und verbindet in sehr gelungener Form Forderungen der Spielpädagogik mit Anforderungen der technischen und stadt- bzw. grünplanerischen Gestaltung sowie mit medizinischen und juristischen Aspekten. Die in dieser ÖNORM geforderten Spielplätze verdienen durchaus die Bezeichnung Aktivspielplätze.

Vorbildliche Richtlinien der ÖNORM

Richtigerweise wird auch von einem Spielplatzsystem für ein Gemeinwesen gesprochen und wird die Notwendigkeit freizeit- und spielpädagogischer Betreuung hervorgehoben.

2. Bericht zur Lage der Jugend

Spielotheken

Spielotheken (oder Ludotheken), die in Öttrreich erst in Form von wenigen Modellprojekten existieren, sind Einrichtungen der soziokulturellen Infrastruktur, in denen \* pädagogisch wertvolle vorwiegend Tisch- und Brettspiele ausprobiert und ausgeliehen werden können.

- \* Außerdem können sich Eltern und sonstige interessierte Personen vor dem Spielkauf beraten lassen. Manche Spielotheken bieten auch Spielkurse z. B. zum sachgerechten Umgang mit Konstruktions- und Lernspielen, sowie die Spielaktionen, Spielfeste, Spielzeugreparaturtage, Spielzeug-Tausch- und Flohmärkte, u.ä. an.
- \* Gelegentlich sind Spielotheken auch mit Bibliotheken bzw. Mediatheken verbunden. Diese umfangreiche mediale Angebotsstruktur wäre wünschenswert.

Spielotheken

Spielotheken und spielpädagogisch angeleitete Spieläden resultieren wohl vor allem aus dem rapid wachsenden, sich dauernd wandelnden und für Eltern längst unübersichtlichen Spiel-(Waren-)Markt.

Stadtteil- und gemeinwesenorientierte Schule

Die Stadtteil- bzw. Gemeinwesenschule ("community education") ist ein hierzulande noch sehr unterentwickelter soziokultureller Handlungsansatz im Spannungsfeld zwischen Schul- und Sozialpädagogik. Im folgenden möchte ich diesen Handlungsansatz mit Hilfe einer Überblickstabelle (aus Herz 1989, S. 364) kurz bezeichnen.

Handlungsfelder

Individuelle Förderung, soziale Koedukation, fächerübergreifendes Arbeiten, gemeinwesenorientiertes Lehren und Lernen

	Unterricht	Schulleben	Schule und Umfeld	Schule als Begegnungsstätte
Ziele und Intentionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkere Berücksichtigung der Lebenssituationen und Lernbedingungen der Schüler</li> <li>• Verknüpfung von Fächerprogrammen und außerschulischen Angeboten</li> <li>• Fächerübergreifendes Arbeiten als Hilfe zum Verständnis von komplexer Wirklichkeit</li> <li>• Kooperatives, soziales Lernen</li> <li>• Verbesserung kooperativer Lehrformen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung der sozialen Beziehungen der Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern</li> <li>• Schule als Ort politisch-sozialer Grunderfahrungen</li> <li>• Förderung der Urteils- und Entscheidungsfähigkeit</li> <li>• Konkretisierung des Erziehungsauftrags der Schule</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verstärkung von Motivationen und Interessen</li> <li>• Förderung der Wahrnehmung des lebensweltlichen Umfeldes</li> <li>• Erschließung neuer Anregungen, Lerngegenstände, Angebote</li> <li>• Aktivitäts- und Kreativitätsförderung</li> <li>• Vermittlung authentischer Erfahrungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kulturelles gesellschaftliches Leben in der Schule</li> <li>• Begegnungen mit (inter-)kulturellen, künstlerischen, politischen ... Traditionen und Entwicklungen</li> <li>• Anregungen zur Selbständigkeit, zu Eigenproduktionen</li> <li>• Verknüpfung außerschulischer Angebote und Aktivitäten mit schulischem Lernen</li> </ul>
Bestehende Ansätze dazu	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schulinterne Lehrpläne</li> <li>• Umfeldorientierte Curricula</li> <li>• Koordinierte Lernfelder</li> <li>• Projektarbeit</li> <li>• Vorhaben zur Erschließung der Lebenswelt</li> <li>• Kooperation der Lehrer</li> <li>• Schulprogramme</li> <li>• Sportprogramme</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beteiligung von Eltern und Schülern/Schülerinnen an schulischen Entscheidungen und Entwicklungsplanungen</li> <li>• Partizipation der Schüler/innen an innerschulischen Regelungen und Entscheidungen</li> <li>• Ausbau des außerunterrichtlichen Schulsports</li> <li>• Ausbau des Schullebens, Feste und Feiern</li> <li>• Dokumentationen und Ausstellungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Landesprogramme Talentsuche, Talentförderung, Gesundheitserziehung</li> <li>• Kontakte mit Betrieben, Institutionen, sozialen Gruppen ...</li> <li>• Projekte zur Erforschung der eigenen lebensweltlichen Bedingungen (soziale, historische, ökologische ...)</li> <li>• Wahrnehmung der (inter-)kulturellen, politischen, sozialen Möglichkeiten zur „Auseinandersetzung“</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kontakt zwischen Schulen (z. B. schulsportliche Begegnungen)</li> <li>• Schule als Nachbarschaftsschule</li> <li>• Soziale, kulturelle, musische, freizeitorientierte Begegnungsstätte für alle</li> <li>• Schule als Forum für Diskussion über soziale, politische, kulturelle ... Entwicklungen in der Gemeinde ...</li> <li>• Schule als Partnerin von Vereinen, Gruppen, Initiativen</li> <li>• Schule als Partnerin von Sportvereinen</li> </ul>

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

403

Abgesehen von diesen inhaltlich-methodischen und konzeptiven Überlegungen sollte nicht vergessen werden, daß Schulen ein weitgehend brachliegendes Raumangebot gerade auch für freizeitbezogene soziokulturelle Arbeit darstellen.

### Nicht vorwiegend pädagogisch angeleitete soziokulturelle Angebote

Die Lebensqualität eines Gemeinwesens wird nicht in erster Linie von seiner sozial- und freizeitpädagogischen Infrastruktur bestimmt. Der im Sinne des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit tätige Pädagoge hat nicht nur pädagogische Einrichtungen, sondern die Gesamtheit der Aufforderungsreize eines Gemeinwesens im Hinblick auf bedürfnisorientierte Innovationen zu analysieren.

Entsprechende Überlegungen müßten also - aus sozial- und freizeitpädagogischer Sicht - u.a. für folgende nicht vorwiegend pädagogische "soziokulturelle" Einrichtungen und Angebote angestellt werden: Freizeit- und Erlebnisbäder, Eislaufenanlagen, Sportanlagen, Grünflächen, Radfahrwege, Biblio- und Mediatheken, Museen.

### Literatur:

- Herz, O.: Auf dem Weg zu einem erweiterten Schulverständnis. In: Köhler, G, Winter, M.N. (Hrsg.): Arbeit und Kultur, Freiburg i. Brg. 1989
- Offe, C.: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates. Aufsätze zur Politischen Soziologie. Frankfurt a.M 1972
- Pädagogische Aktion (Hrsg.): Mobile Spielplatzbetreuung. In: Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Nordrhein - Westfalen (Hrsg.): Spielmobile. Beiträge zur Theorie und Praxis der Spielmobilarbeit, Remscheid 1981
- Popp, R.: Freizeitplanung als aktivierende Stadtteilarbeit, 5 Bände, Salzburg 1985

## AUSWIRKUNGEN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION AUF BILDUNGSPROGRAMME FÜR ÖSTERREICHISCHE JUGENDLICHE

Herwig Höllinger, Ulrike Jenny

### Einleitung

Im EG-Binnenmarkt werden der Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr liberalisiert werden. Diese wirtschaftlichen Maßnahmen allein genügen nicht, um vor allem die Jugendlichen die neuen Dimensionen der Gemeinschaft nutzen zu lassen. Von den 340 Millionen Bürgern der Europäischen Gemeinschaft sind 130 Millionen Jugendliche. Mit dem Wegfall der Grenzen eröffnen sich für diese jungen Europäer neue Perspektiven und Chancen; durch die Bemühungen der Kommission im Bereich der gegenseitigen Diplomanerkennung werden weitere Mobilitätshemmnisse abgebaut. In der Broschüre "Das Europa der Jugend", herausgegeben von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, wird dargelegt, was von der Jugend zur Realisierung dieses ihres Europas erwartet wird. Die Rede ist von mehr Flexibilität und Mobilität, von der Bereitschaft, sich fremde Sprachen, Sitten und Gebräuche anzueignen und weiters von der Offenheit und Aufgeschlossenheit neuen Technologien gegenüber.

130 Millionen  
Jugendliche in  
der EG

Die Gemeinschaft ihrerseits muß sich allerdings auch mit den Themen auseinandersetzen, die die Jugend beschäftigt und bewegt. Vorerst wurden in den Bereichen Bildung, Kultur und Beschäftigung eine Reihe von Aktionen gesetzt.

Dabei wird den Investitionen in die beruflichen Aus- und Weiterbildungssysteme absolute Priorität eingeräumt. Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Bereich der Allgemeinbildung und Berufsausbildung zielt darauf ab, die bildungspolitischen Maßnahmen der Einzelstaaten um eine europäische Dimension zu erweitern, durch den Austausch von Informationen und Erfahrungen qualitative Verbesserungen zu erreichen, Innovationen zu stimulieren und die gemeinsame Umsetzung der Vorschläge zu fördern.

Priorität:  
Berufliche Aus-  
und Weiterbildung

### Gemeinschaftspolitik und Schule

Die Kompetenzen im schulpolitischen Bereich liegen auch nach den Verträgen von Maastricht vorwiegend bei den einzelnen Mitgliedstaaten. Die einzelnen Länder verpflichteten sich allerdings bereits 1976 zur Zusammenarbeit im Bildungswesen. Dabei einigten sich die Vertreter der Länder auf regelmäßigen gegenseitigen Informationsaustausch und auf die Förderung von Chancengleichheit in allen Bildungsinstitutionen.

Schulpolitik bleibt  
Länderkompetenz

Da das Binnenmarktprogramm selbst keine direkten schulbezogenen Regelungen enthält, setzt die Kommission ihre Schwerpunkte im schulischen Bereich auf

Schwerpunkte der  
EG-Schulpolitik

- o Entwicklung einer europäischen Dimension im Schulwesen
- o Förderung des Fremdsprachenunterrichtes
- o Schüleraustausch
- o Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

405

Um den Schülern und den Lehrern die Anforderungen, aber auch die Möglichkeiten des Binnenmarktes nahezubringen, wird versucht, ein "europäisches Bewußtsein und gegenseitiges Verständnis" - durch die Aufnahme neuer Inhalte - vornehmlich in den Fächern Geographie, Geschichte und Sozialkunde zu vermitteln.

### Hochschulen im Europa von morgen - ein neues Anforderungsprofil

Im November 1991 veröffentlichte die Kommission der EG "ein Memorandum zur Hochschulbildung in der Europäischen Gemeinschaft" mit dem Ziel, in den Mitgliedstaaten eine Diskussion über das künftige bildungspolitische Profil der Hochschulen anzuregen. In dem Memorandum werden nicht nur die Hochschulen selbst aufgefordert, sich aktiv an der Umsetzung der neuen "EG-Hochschulbildungsphilosophie" zu beteiligen, der Aufruf zur Mitarbeit ergeht darüber hinaus an die Wirtschaft, die Sozialpartner und zuständige Ministerien. Auch der einzelne Arbeitnehmer wird an seine Verpflichtung erinnert, sich im Sinne eines lebenslangen Lernprozesses aktiv um Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu bemühen, um auch künftighin am Arbeitsmarkt zu reüssieren.

Memorandum zur Hochschulbildung

Konkreten Handlungsbedarf ortet die Kommission im Hochschulsektor bei

- Erleichterungen bei der Aufnahme an den Universitäten
- Erleichterungen bezüglich der Teilnahme an Lehrveranstaltungen
- einem raschen Aufbau der Systeme des offenen Lernens und des Fernunterrichtes, v.a. im Weiterbildungsbereich
- verstärkten Initiativen bezüglich Partnerschaften mit der Wirtschaft
- der Betonung einer europäischen Dimension in der Hochschulbildung

Anforderungen an die Hochschulen

Unter europäischer Dimension wird die Vermittlung von europäischem Kulturgut und die Pflege des Zusammengehörigkeitsgefühles verstanden. Dies könne, unter Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes, durchaus neben nationalen und regionalen Verbundenheiten bestehen. Die Hochschulen bieten sich mit ihren Infrastrukturen und Kommunikationsnetzen für die Verwirklichung dieser EG-bildungsphilosophischen Grundsätze geradezu an. Folgenden Maßnahmen sind dazu geeignet:

- Förderung der Mobilität der Studenten v.a. im Rahmen der Gemeinschaftsprogramme ERASMUS, COMETT und LINGUA
- Fremdsprachenunterricht als ein unerläßlicher Bestandteil der Hochschulbildung
- Initiierung von präzisen Instrumentarien, die die Anerkennung von Studienzeiten und Qualifikationen auf der Basis von flexiblen Lernsystemen und Kursen mit Modulstruktur europaweit regeln (Anrechnung über Credits)
- Einbeziehung der Gemeinschaftsdimension in die Berufsausbildung der Lehrer.
- Zusammenarbeit zwischen Hochschuleinrichtungen auf europäischer Ebene über verbesserte Informations- und Kommunikationsnetze zwischen den europäischen Universitäten

Mögliche Maßnahmen

### Berufliche Ausbildung der Jugendlichen

Prinzipiell kann Brüssel im Bereich der beruflichen Ausbildung aus dem EWG-Vertrag mehr Kompetenzen ableiten als im Bereich der allgemeinen Bildung. Großteils bis heute sind die "Allgemeinen Grundsätze für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsbildung" aus dem Jahre 1963 gültig und gelten als Grundstein der europäischen Berufsbildungspolitik. Deren wichtigste sind:

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

406

- Schaffung der Voraussetzungen, die jedem eine angemessene Berufsausbildung gewährleisten
- eine auf der Grundlage der allgemeinen Schulbildung umfassend gestaltete Berufsausbildung, sodaß sie die harmonische Entwicklung der Persönlichkeit fördert und den Erfordernissen des technischen Fortschrittes, der neuen Produktionsmethoden sowie der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht wird
- Herstellung engster Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen der Berufsausbildung und den Wirtschaftsbereichen, damit die Berufsausbildung möglichst den Erfordernissen der Wirtschaft sowie den Interessen der in der Ausbildung stehenden Personen gerecht wird
- Schrittweise Angleichung des Ausbildungsniveaus
- Förderung des direkten Informationsaustausches zwischen den Mitgliedsstaaten
- ständige Berufsberatung und Berufsaufklärung für Jugendliche
- verbesserte Aus- und Weiterbildung der Lehrer und Ausbilder.

Ziele einer  
EG-Politik der  
Berufsausbildung

Die EG-Mitgliedstaaten verpflichteten sich bereits zu diesem Zeitpunkt, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zu fördern, u.a. durch die gegenseitige Anerkennung der beruflichen Befähigungsnachweise. Für die Berufsausbildung könnte dies bedeuten, daß es kurzfristig zwar in den EG-Mitgliedstaaten zu keiner Harmonisierung der Ausbildungswege kommen dürfte, aber zur Definition von gemeinsamen Berufsanforderungen, die von den Mitgliedstaaten garantiert werden müßten.

Gegenseitige  
Anerkennung der  
Befähigungsnach-  
weise

Das "Memorandum der Kommission über die Berufsausbildungspolitik für die 90-er Jahre" räumt zur Anpassung der unterschiedlichen Berufsbildungssysteme dem dualen Ausbildungssystem einen großen Stellenwert ein. Auch andere Institutionen der EG, unter anderem das Europäische Jugendforum, setzen sich in ihrer Berufsbildungspolitik für eine Verbindung zwischen theoretischer und praktischer Berufsausbildung ein - das duale Ausbildungssystem gilt dabei als Musterbeispiel.

Duales Ausbildungs-  
system: hoher Stel-  
lenwert

Als Instrumentarien zur

- Förderung der Mobilität der Auszubildenden innerhalb der Gemeinschaft
- zur qualitativen Anhebung der Ausbildungsstandards in benachteiligten Regionen der Gemeinschaft
- zur sozialen Integration der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt

dienen der Kommission vornehmlich die EG-Bildungsprogramme wie PETRA, EURO-TECNET oder LINGUA. Zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit können auch Mittel über den Europäischen Sozialfonds (ESF) ausgeschüttet werden. Trotz aller Bemühungen der Kommission, in der Berufsausbildung stehende Jugendliche mit den Gepflogenheiten und Arbeitsverhältnissen der europäischen Nachbarstaaten vertraut zu machen, bestehen nach wie vor keine so umfassenden Austauschprogramme wie z.B. Erasmus für Studenten.

EG-Bildungs-  
programme

Hemmende Barrieren für einen weitergehenden Austausch sind:

- Praktika und Austauschprogramme für Lehrlinge gestalten sich auf Grund der national unterschiedlich organisierten und strukturierten Ausbildungssysteme als schwierig
- Kenntnisse und Fähigkeiten der Lehrlinge aus den verschiedenen Mitgliedsstaaten sind schwer vergleichbar
- Einschränkung der Flexibilität der Lehrlinge durch Qualifikation für betriebsspezifische Arbeitsvorgänge
- mangelnde Sprachkenntnisse der Jugendlichen
- fehlende Informationsstellen über Auslandsaufenthalte.

Hemmende  
Faktoren

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

407

### Bildung im Europarecht

Auf den ersten Blick scheinen die Kompetenzen der EG im Bildungsbereich nur schwach abgesichert zu sein. Vor drei Jahrzehnten wurde die EG als Wirtschaftsgemeinschaft konzipiert und niemand dachte daran, das Bildungswesen zum Gegenstand der europäischen Einigung zu machen. Erst viel später sah man in der "Bildung" einerseits einen strategischen Wettbewerbsfaktor im wirtschaftlichen Kampf mit der Konkurrenz aus Übersee, andererseits wurde die Bildung auch als Maßnahme der Sozialpolitik erkannt. So sagt Jean Monnet, ein Berater Robert Schumans und geistiger Vater der EG,

EG und Bildung:  
Verspäteter Beginn

"Könnte ich es noch einmal tun, würde ich mit der Bildung beginnen."

Im folgenden werden die Kompetenzen der Gemeinschaft aufgrund der Änderungen durch den Unionsvertrag von Maastricht sowie die einschlägigen Bestimmungen des Vertrages zur Gründung des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWRV) analysiert.

### Bildung im Unionsvertrag

Der 1992 in Maastricht beschlossene Vertrag über die Europäische Union (EUV) enthält ein Kapitel zur "Allgemeinen und beruflichen Bildung". Demgemäß hat die Gemeinschaft "einen Beitrag zu einer qualitativ hochstehenden allgemeinen und beruflichen Bildung sowie zur Entfaltung des Kulturlebens in den Mitgliedstaaten" beizutragen. Allgemeine und berufliche Bildung sind somit erstmals in den Zielkatalog der Gemeinschaft aufgenommen worden. Darüber hinaus ist erstmals ein Kapitel über "Allgemeine und berufliche Bildung" eingefügt worden. Damit wird auch im Bereich "allgemeine und berufliche Bildung" Art. 235 EWGV problemlos unwendbar. Diese Norm gibt der Gemeinschaft die Befugnis, auch dann geeignete Vorschriften zur allgemeinen und Berufsbildung zu erlassen, wenn dies im Vertrag nicht ausdrücklich beschrieben ist, sofern nur ein "Ziel der Gemeinschaft" erreicht wird.

Bildung im  
Unionsvertrag

Die Gemeinschaft hat die qualitativ hochstehende Bildung zu fördern, indem sie die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten unterstützt, erforderlichenfalls ergänzt. Unter strikter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips verbleibt die Verantwortung für Inhalt und Organisation des Bildungswesens auch weiterhin den Mitgliedstaaten.

Qualität

Eine "europäische Dimension" im Bildungswesen muß insbesondere durch Erlernen der Sprachen der Mitgliedstaaten entwickelt werden. Weiters soll die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen und die Mobilität der Lernenden und der Lehrenden gefördert werden. Damit ist nun erstmals auch der Austausch von Schülern im Rahmen von EG-Programmen möglich. Durch Artikel 126/2 EWGV wird ferner eine klare Rechtsgrundlage für die Einführung neuer bzw. den Ausbau bestehender Jugendaustauschprogramme wie etwa "Jugend für Europa" geschaffen.

Mobilität

Die im neugefaßten Artikel 126 vorgesehene Förderung der akademischen Anerkennung der Diplome und Studienzeiten findet gegenwärtig bereits im Rahmen des ERASMUS-Programmes statt. Um den Berufszugang in der Gemeinschaft zu erleichtern, kommt dem Rat aufgrund des nahezu unverändert gebliebenen Artikel 57 EWGV darüberhinaus nach wie vor die Kompetenz zu, Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen zu erlassen.

Anerkennung  
der Diplome

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

408

Der durch den Unionsvertrag in den EWGV eingefügte Abschnitt über die berufliche Bildung stellt eine inhaltliche Fortentwicklung des bisherigen Artikel 128 dar. Zu dieser Bestimmung hat der EuGH wie erwähnt extensiv interpretierend ausgeführt, daß "der Umstand, daß die Durchführung einer gemeinsamen Berufsbildungspolitik vorgesehen ist, jeder Auslegung dieser Vorschrift entgegensteht, durch die der Gemeinschaft die zur wirksamen Verfolgung dieser Politik erforderlichen Instrumente vorenthalten würden" (ERASMUS-Urteil). Gestützt auf Artikel 128 war die Gemeinschaft somit befugt, auf dem Gebiet der Berufsausbildung Rechtsakte zu erlassen, die den Mitgliedstaaten entsprechende Mitwirkungspflichten auferlegten.

Berufliche Bildung: Mobilität, Arbeitsmarkt, Aus- und Weiterbildung, Anpassung an industriellen Wandel

Der neugefaßte Artikel 127 ermächtigt nunmehr die Gemeinschaft, eine Politik der beruflichen Bildung zu betreiben, welche die Maßnahmen der Mitgliedstaaten unterstützt und ergänzt. Die Tätigkeit der Gemeinschaft hat insbesondere die Mobilität zu fördern, die berufliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt durch Verbesserung der beruflichen Erstausbildung und Weiterbildung zu erleichtern, und die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse durch berufliche Bildung und Umschulung zu unterstützen. Zu diesem Zweck können auch Mittel des Europäischen Sozialfonds für zusätzliche einschlägige Fördermaßnahmen verwendet werden.

Durch den Unionsvertrag von Maastricht werden die Bedeutung und der Rang der Bildung im europäischen Integrationsprozeß hervorgehoben. Es wurde ein weiterer Schritt gesetzt, um der beruflichen, aber auch der allgemeinen Bildung europäische Dimensionen zu verleihen.

Fazit

Auf dem Gebiet der beruflichen Bildung werden die Gemeinschaftszuständigkeiten auf eine klare Rechtsgrundlage gestellt. Dabei wurde durch den Gemeinschaftsgesetzgeber die bisherige Judikatur des EuGH zum Teil nachvollzogen.

### Bildung im EWR-Abkommen (EWRAbk)

Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWRAbk.), der voraussichtlich 1994 zustande kommen wird, folgt hinsichtlich Systematik und Inhalt weitgehend den soeben dargestellten einschlägigen Bestimmungen des EWGV in der Fassung vor den Maastrichter Beschlüssen. Eine ausführlichere Bezugnahme auf die Bildung wie im durch den Unionsvertrag neugefaßten Artikel 126 fehlt daher im EWRAbk. Im EWR wird die Bildung daher wie derzeit in der Gemeinschaft im wesentlichen eine Annexmaterie sein. Teilweise sind allerdings die durch den Unionsvertrag vorgesehenen Neuerungen im EWRAbk dadurch vorweggenommen, daß Artikel 78 bei der Verstärkung der Zusammenarbeit der Vertragsparteien im Rahmen der Gemeinschaftsaktionen auch den Bereich "Allgemeine und berufliche Bildung und Jugend" anführt.

Zur Herstellung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und der selbständig Erwerbstätigen zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den EFTA-Staaten werden die EG-Regelungen zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in das EWRAbk übernommen. Zum Rechtsbestand des EWR gehören somit die unten näher dargestellten speziellen Richtlinien und die sogenannte Hochschulrichtlinie. Die im Sommer 1992 beschlossene zweite allgemeine Anerkennungsrichtlinie ist gegenwärtig Gegenstand weiterer *acquis*-Verhandlungen.

Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise im EWR

Die zum EWR-*acquis* gehörende Verordnung 1612/68 gewährleistet Wanderarbeitnehmern Inländergleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zu Berufsschulen und Umschulungszentren. Die Kinder von Wanderarbeitnehmern können unter den gleichen Bedingungen wie die Staatsangehörigen des Aufnahmestaates am allgemeinen Unterricht sowie an der Lehrlings- und Berufsausbildung teilnehmen. Die Mit-

Zugang zu Maßnahmen und Einrichtungen der beruflichen Bildung im EWR

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

409

gliedstaaten haben die Bemühungen zu fördern, durch die diesen Kindern ermöglicht werden soll, unter den besten Voraussetzungen am Unterricht teilzunehmen. Auch bei Fördermaßnahmen für berufliche Bildung einschließlich von Stipendien sind die Wanderarbeitnehmer und deren Kinder Inländern gleichzubehandeln.

Die Frage, ob diese genannten Rechte im EWR auch Migranten zu gewähren sind, die nicht Wanderarbeitnehmer oder deren Kinder sind, ist derzeit in Österreich Gegenstand von Diskussionen. Die derzeit vorherrschende Auffassung ist, daß im EWR das Prinzip des diskriminierungsfreien Zugangs zur Berufsausbildung einschließlich der Hochschulausbildung nicht besteht. Einschlägige, die Zulassung zum Studium in Österreich regelnde, möglicherweise diskriminierende Rechtsvorschriften wären erst im Beitrittsfalle zu adaptieren.

Mit Inkrafttreten des EWRAbk können sich die EFTA-Staaten am Gemeinschaftsprogramm "Jugend für Europa" beteiligen. Ab 1.1.1995 besteht für die EFTA-Staaten die Möglichkeit, an allen zu diesem Zeitpunkt bereits in Kraft befindlichen bzw. angenommenen Gemeinschaftsprogrammen im Bereich "Allgemeine und berufliche Bildung und Jugend" teilzunehmen. Bereits ab Inkrafttreten des EWRAbk sollen den EFTA-Staaten bei der Planung und Entwicklung dieser Gemeinschaftsprogramme Informations- und gewisse Beratungsrechte zustehen. Unabhängig vom EWRAbk ist die bereits jetzt bestehende Möglichkeit, aufgrund bilateraler Vereinbarungen an den Gemeinschaftsprogrammen ERASMUS und COMETT teilzunehmen.

Aus- und Weiterbildungsprogramme im EWR

Durch das EWRAbk wird die Struktur der nationalen Bildungssysteme nicht unmittelbar berührt. Die Mitgliedschaft im EWR hat aber Folgen für den Zugang zu Bildungseinrichtungen der Mitgliedstaaten des EWR und auf die internationale Transferierbarkeit von erworbenen formalen Qualifikationen. Die Teilnahme am EWR verbessert für Österreich unbestritten die Möglichkeit, der Gefahr der Abkoppelung gegenüber westeuropäischen Tendenzen zu begegnen.

Fazit

### Anerkennung von Befähigungsnachweisen

Die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personenverkehr stellt eines der Grundprinzipien der Gemeinschaft dar. Ursprünglich lag diesem Prinzip die rein ökonomische Zielsetzung der besseren Allokation von Produktionsmitteln zugrunde. Unselbständig und selbständig Erwerbstätige sollten sich ungehindert in einen anderen Mitgliedstaat bewegen können, um eine möglichst effiziente Ressourcenverteilung zu ermöglichen.

Die angestrebten Freiheiten

Man unterscheidet die Freizügigkeit der Arbeitnehmer, die Niederlassungsfreiheit der Selbständigen und die Dienstleistungsfreiheit, die das Recht darstellt, Leistungen grenzüberschreitend anzubieten, ohne den Unternehmenssitz ins Ausland zu verlegen. Im Rahmen der Freiheit der Person und der Dienstleistungsfreiheit ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Angehörigen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft die Möglichkeit erhalten, ihren erlernten Beruf in einem anderen Mitgliedstaat auszuüben, als in jenem, in dem sie ihre beruflichen Qualifikationen erworben haben.

Die Verwirklichung dieses Zieles wird allerdings allein durch das allgemeine Diskriminierungsverbot des Artikel 7 EWGV, wonach im Anwendungsbereich des Vertrages jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten ist, nicht sichergestellt. In allen Staaten bestehen Normen, die den Zugang zu bestimmten Tätigkeiten und ihre Ausübung von praktischen und theoretischen Kenntnissen abhängig machen, die zumeist mit formalen Bildungsabschlüssen wie Diplomen, Zeugnissen oder anderen Befähigungsnachweisen zu belegen sind. Für die Aufnahme

Einzelstaatliche Normen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

410

solcher Tätigkeiten in einem anderen Staat als jenem, in dem der formale Bildungsnachweis erworben wurde, ist die Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise somit von entscheidender Bedeutung.

Wie erwähnt, greift das Gebot der Inländergleichbehandlung dann nicht, wenn nationale Regelungen den Nachweis einer inländischen Ausbildung als Berufszugangsvoraussetzung vorsehen. Nur in Ausnahmefällen haben nämlich Ausländer ihre Berufsausbildung im Aufnahmestaat abgeschlossen. Der Regelfall ist vielmehr jener, daß sich Migranten nach Abschluß ihrer Ausbildung im Heimatstaat in den Aufnahmestaat bewegen. Bereits aus dem EWGV ergibt sich die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, in anderen Mitgliedstaaten erworbene Ausbildungen nach einer Gleichwertigkeitsprüfung anzuerkennen.

Legislative  
Maßnahmen

Darüber hinaus hat die Gemeinschaft aber eine Reihe von Richtlinien zur Anerkennung von Diplomen, Prüfungszeugnissen und sonstigen Befähigungsnachweisen erlassen, die die sich aus dem EWGV ergebenden Rechte und Pflichten näher ausführen.

In den 60er und 70er Jahren hat die Gemeinschaft eine Reihe von sogenannten "Übergangsregelungen" erlassen, die allerdings noch heute unverändert in Geltung sind. Gemeinsames Merkmal dieser Richtlinien ist, daß sie nicht notwendigerweise an einen formalen Bildungsabschluß anknüpfen. Der Inhalt dieser Richtlinien läßt sich kurz folgendermaßen zusammenfassen: Die Ausübung des Berufes während einer bestimmten Dauer in einem Mitgliedstaat ist hinreichende Bedingung dafür, den Beruf auch in einem anderen Mitgliedstaat selbständig ausüben zu können.

Anerkennung von  
Berufspraxis in  
Handel, Gewerbe  
und Industrie

Die anfänglichen Bemühungen der Gemeinschaft auf diesem Gebiet waren geprägt von der Erkenntnis des Zusammenhangs zwischen der Koordinierung der Studiengänge einerseits und der gegenseitigen Anerkennung der nach ihrem Abschluß erworbenen Diplome andererseits. Je eher es gelingt, die Studiengänge zu harmonisieren, desto müheloser wird es, die Befähigungsnachweise anderer Mitgliedstaaten anzuerkennen. Dies ist der Ansatz der sektoriellen Richtlinien.

Sektorielle  
Richtlinien

Der Rat erließ zunächst gleichzeitig jeweils eine Richtlinie zur Koordinierung der Ausbildungsbedingungen und eine zur gegenseitigen Anerkennung der Hochschuldiplome, die in anderen Mitgliedstaaten erworben wurden. Die Koordinierungsrichtlinien normieren Minimalstandards der Ausbildung. Jedem Mitgliedstaat steht es frei, zusätzliche Anforderungen qualitativer und quantitativer Art zu stellen, er muß allerdings die in anderen Mitgliedstaaten ausgestellten Diplome zum Zwecke des Berufszugangs bedingungslos anerkennen, auch wenn sie seinen Standards nicht entsprechen. Das Vorgehen nach diesem Schema führte zu Richtlinien für medizinische und paramedizinische Berufe, Apotheker, Architekten und Rechtsanwälte.

Zu Beginn der 80er Jahre erkannte man, daß das Ziel der freien Berufsausübung im gemeinsamen Markt auf dem eingeschlagenen Wege bis 1.1.1993 realistisch nicht verwirklicht werden könne. Die Architektenrichtlinie etwa wurde 18 Jahre lang verhandelt.

Man änderte die Zielrichtung und wählte einen allgemeinen Lösungsansatz, der auf eine gegenseitige Anerkennung der Diplome und anderer Befähigungsnachweise ohne vorherige Harmonisierung gegründet war. Dies ist der Ansatz der horizontalen Richtlinien.

Allgemeine  
Richtlinien

Diese allgemeinen Richtlinien basieren nicht mehr auf einer vorherigen Koordinierung der Ausbildungsgänge, sondern auf dem Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens und

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

411

der Vergleichbarkeit der Ausbildungsniveaus in den einzelnen Mitgliedstaaten. In Fällen erheblicher Ausbildungsdifferenzen wird den Mitgliedstaaten die Möglichkeit gegeben, Anpassungsmaßnahmen vorzusehen.

Ein wesentlicher Unterschied zwischen den sektoriellen und den horizontalen Richtlinien besteht in ihrer Wirkungsweise: Während die sektoriellen Richtlinien eine automatische Anerkennung vorsehen, gewährleisten die horizontalen Richtlinien nur einen Anspruch auf Anerkennung im Einzelfall.

Bekanntlich gibt es zwei allgemeine Richtlinien: Die am 21.12.1988 verabschiedete Richtlinie zur gegenseitigen Anerkennung der Hochschuldiplome (1. Richtlinie) und eine am 18. Juni 1992 beschlossene "Richtlinie über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung zur Richtlinie 89/48 EWG" (2. Richtlinie).

In einer Vielzahl von Entscheidungen hat sich der EuGH mit den Fragen der Berufszulassung und der Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise beschäftigt. In einem der jüngsten Erkenntnisse verweist der Gerichtshof darauf, daß die Mitgliedstaaten zur Durchführung einer Gleichwertigkeitsprüfung verpflichtet sind. Diese Beurteilung der Gleichwertigkeit eines ausländischen Diploms muß ausschließlich danach erfolgen, welches Maß an Kenntnissen und Fähigkeiten dieses Diplom unter Berücksichtigung von Art und Dauer des Studiums und der praktischen Ausbildung bei seinem Besitzer vermuten läßt. Der EuGH postuliert damit eine vorbehaltlose Gleichwertigkeits- und gegebenenfalls Anerkennungspflicht ausländischer Diplome.

Verwirklichung  
durch die  
Judikatur

### Voraussetzungen der Anerkennung von Hochschuldiplomen

Die zentrale Vorschrift der Hochschuldiplomrichtlinie, enthält ihr Artikel 3/1. Demnach kann einem Zuwanderer der Zugang zu oder die Ausübung eines reglementierten Berufes nicht wegen mangelnder Qualifikation verweigert werden, wenn der Antragsteller das Diplom besitzt, das in einem anderen Mitgliedstaat erforderlich ist, um Zugang zu diesem Beruf in seinem Hoheitsgebiet zu erhalten oder ihn dort auszuüben. Durch diese negative Formulierung des Anerkennungsanspruches wird zum Ausdruck gebracht, daß die Richtlinie nicht den gesamten Komplex der Berufszulassung regelt, sondern lediglich jenen Teil, der sich auf die Qualifikation bezieht. Es ist daher aufgrund der Richtlinie nicht ausgeschlossen, daß einem Zuwanderer der Berufszugang aus anderen Gründen als den genannten verweigert wird. Die Richtlinie normiert in Artikel 6 bloß den Nachweis der Ehrenhaftigkeit, der geistigen oder körperlichen Gesundheit sowie der Eidesleistung.

Gleichwertigkeit  
der Diplome

Zur Erlangung dieses Anerkennungsanspruches müssen fünf Bedingungen erfüllt sein.

5 Bedingungen

- Der Inhaber des Diplomes muß Angehöriger eines Mitgliedstaates der EG sein (Art. 2/1).
- Das Diplom muß in einem Mitgliedstaat von einer nach seinen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zuständigen Stelle ausgestellt worden sein (Artikel 1/a/1).
- Die durch das Diplom bescheinigte Ausbildung muß überwiegend in der Gemeinschaft erworben worden sein. Diese Bedingung kann auch durch das Diplom eines Drittstaates (etwa Österreich) erfüllt werden, sofern ein Mitgliedstaat dieses anerkennt und eine dreijährige Ausbildung dieses Berufes in seinem Land bescheinigt (Art 1/a).
- Aus dem Diplom muß hervorgehen, daß sein Inhaber ein mindestens dreijähriges Studium an einer Universität oder einer Hochschule oder einer Ausbil-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

412

dungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau absolviert hat.

- Aus dem Diplom muß letztlich hervorgehen, daß der Zeugnisinhaber über die beruflichen Voraussetzungen verfügt, die für den Zugang zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung in diesem Mitgliedstaat erforderlich sind.

Diplomen, die die genannten fünf Bedingungen erfüllen, sind in Artikel 1/a/2. Unterabsatz jene Befähigungsnachweise insgesamt gleichgestellt, die

- von einer zuständigen Stelle in einem Mitgliedstaat ausgestellt wurden,
- eine in der Gemeinschaft erworbene und von einer zuständigen Stelle in diesem Mitgliedstaat als gleichwertig anerkannte Ausbildung abschließen
- und in diesem Mitgliedstaat in Bezug auf den Zugang zu einem reglementierten Beruf oder dessen Ausübung dieselben Rechte verleihen.

Unter jene Kategorie von Diplomen lassen sich all jene subsumieren, die nach einem nichtuniversitären Ausbildungsgang erworben worden sind, aber als gleichwertig anerkannt dieselben Berechtigungen verleihen wie entsprechende Befähigungsnachweise, aus denen der Abschluß eines Hochschulstudiums hervorgeht.

Das in der Richtlinie normierte Anerkennungsprinzip wird für den Fall bedeutsam eingeschränkt, daß die Ausbildungen im Herkunftsstaat und im Aufnahmestaat erhebliche Unterschiede aufweisen. Diese Vorkehrungen stellen einen Ausgleich dar für den Verzicht, die Ausbildungsgänge anzugleichen oder gar zu harmonisieren.

Kompensationsinstrumentarium

Dieses erstmals in der Architektenrichtlinie vorgesehene Prinzip der Kompensation kürzerer Ausbildungszeit durch Berufserfahrung ist in der allgemeinen Regelung zu einem komplexen System differenzierter Ausgleichsmechanismen weiterentwickelt worden. Das Kompensationsinstrumentarium, insbesondere die Möglichkeit, Anpassungslehrgänge und Eignungsprüfungen vorzusehen, wurde von seiten der deutschen Fachhochschulen als diskriminierend kritisiert. Unter Verzicht auf Details wird im folgenden das Kompensationsinstrumentarium dargestellt:

- o Wenn die Ausbildungsdauer, die der Zuwanderer nachweist, um mindestens ein Jahr unter der im Aufnahmestaat geforderten Ausbildungsdauer liegt, kann der Aufnahmestaat zusätzlich zum Diplom den Nachweis von Berufserfahrung verlangen (Art. 4/1/a). "Berufserfahrung" im Sinne der Richtlinie ist die tatsächliche und rechtmäßige Ausübung des betreffenden Berufes in einem Mitgliedstaat (Art 1/e). Gemäß Artikel 8/1 ist der Nachweis der Berufserfahrung durch eine von den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten ausgestellte Bescheinigung zu führen. Die Dauer der nachzuweisenden Berufserfahrung bestimmt sich nach der Differenz der Ausbildungsdauer im Herkunfts- und Aufnahmestaat. In der Regel kann das Doppelte der fehlenden Ausbildungsdauer verlangt werden, maximal allerdings vier Jahre.
- o Bei wesentlichen materiellen Unterschieden der Ausbildungen im Herkunfts- und im Aufnahmestaat kann ein höchstens dreijähriger Anpassungslehrgang oder eine Eignungsprüfung vorgesehen werden.

### Zweite Diplomanerkennungsrichtlinie

Am 18. Juni dieses Jahres hat der Rat der EG, wie erwähnt, die "Richtlinie über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung zur Richtlinie 89/48 EWG (2.Richtlinie)" beschlossen.

Lückenloses System der Anerkennung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

413

Durch die beiden Diplomanerkenntnisrichtlinien ergibt sich ein lückenloses System der Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in der EG. Der Anwendungsbereich der zweiten Richtlinie ist nach oben hin durch die Hochschulrichtlinie begrenzt, nach unten ist er offen.

Die Hochschuldiplomanerkenntnisrichtlinie normiert die Anerkennung von Befähigungsnachweisen, die ein zumindest dreijähriges Studium an einer Universität, einer Hochschule oder einer anderen Ausbildungseinrichtung mit gleichwertigem Niveau bescheinigen. Diesem Hochschulniveau werden durch die 2. Richtlinie weitere Niveaus gegenseitiger Anerkennung hinzugefügt.

Insgesamt werden damit in der Europäischen Gemeinschaft folgende Niveaus unterschiedlicher formaler Befähigungsnachweise unterschieden:

- o Diplome im Sinne der Hochschulrichtlinie
- o Diplome im Sinne der 2. Richtlinie
- o Prüfungszeugnisse
- o Befähigungsnachweise

Diplome im Sinne der vorliegenden Richtlinie sind Befähigungsnachweise, die einen postsekundären Ausbildungsgang von mindestens einem Jahr abschließen, aber nicht in den Anwendungsbereich der Hochschuldiplomanerkenntnisrichtlinie fallen.

Diplomniveau

Durch einen Verweis im Richtlinientext gelten als Diplome im Sinne der Richtlinie auch solche Befähigungsnachweise, die zwar keinen postsekundären Charakter mit einer Mindestdauer im Sinne der 2. Richtlinie haben, aber dennoch eine vergleichbare berufliche Qualifikation bieten und auf ähnliche Verantwortungen und Aufgaben vorbereiten, beispielsweise staatlich anerkannte Ausbildungsgänge auf dem Gebiet der Medizin, Meister für bestimmte handwerkliche Tätigkeiten sowie bestimmte Arten von Ingenieuren.

Als "Prüfungszeugnis" im Sinne der 2. Richtlinie gilt jeder Ausbildungsnachweis, aus dem hervorgeht, daß der Zeugnisinhaber nach Abschluß einer Sekundarschulbildung entweder einen Ausbildungsgang oder eine berufliche Ausbildung, gegebenenfalls ergänzt durch ein Praktikum oder Berufspraxis absolviert hat. Darüberhinaus gilt als Prüfungszeugnis auch der Abschluß einer Sekundarschule technischer oder beruflicher Art, gegebenenfalls ergänzt durch einen Ausbildungsgang, eine berufliche Ausbildung oder ein Praktikum. Es ist bemerkenswert, daß die Sekundarschulbildung technischer oder beruflicher Art nur "gegebenenfalls", die übrige Sekundarschulbildung aber jedenfalls durch einen zusätzlichen Ausbildungsgang bzw. ein Praktikum zu ergänzen ist. Allein der Abschluß einer allgemeinbildenden höheren Schule in Österreich dürfte somit nicht als Prüfungszeugnis im Sinne der 2. Richtlinie zu qualifizieren sein.

Prüfungs-  
zeugnisniveau

Als "Befähigungsnachweis" im Sinne der 2. Richtlinie gilt jeder Nachweis, der im Anschluß an eine Beurteilung der persönlichen Eigenschaften, Fähigkeiten oder Kenntnisse als wesentliche Voraussetzung für die Ausübung eines Berufes erteilt wird, ohne daß der Nachweis einer vorherigen Ausbildung erforderlich ist (Art 1 lit. c).

Befähigungs-  
nachweisniveau

Der Rat und die Kommission stellen fest, daß der Begriff "Befähigungsnachweis, bezogen auf den Begriff "Prüfungszeugnis" einen Restbereich abdeckt und daß die Ausbildungsgänge, für die ein Befähigungsnachweis ausgestellt wird, ihrem Wesen nach sehr kurz sind.

Als reglementierte berufliche Ausbildung gilt eine solche, die speziell auf die Ausü-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

414

bung eines bestimmten Berufes ausgerichtet ist, die - gegebenenfalls ergänzt durch eine Berufsausbildung oder ein Berufspraktikum - aus einem Ausbildungsgang besteht, dessen Struktur und Niveau in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften eines Mitgliedstaates festgelegt sind (Art. 1 lit. g lc).

Reglementierte  
Ausbildung

In Deutschland gehören hiezu beispielsweise die Techniker, die Assistentenberufe und die Fachwirte. Um die Freizügigkeit auch für diese Berufe sicherzustellen, werden diese in das Richtliniensystem einbezogen. Ein Befähigungsnachweis wird auch dann anerkannt, wenn der Aufnahmestaat den betreffenden Beruf reglementiert und der Antragsteller lediglich über eine zu diesem Beruf führende reglementierte Ausbildung verfügt. Die Absolvierung dieser reglementierten qualifizierten Ausbildung eröffnet somit den Zugang zu reglementierten Berufen im Aufnahmestaat; ihr Abschluß gilt aber nicht als Diplom im Sinne der 2. Richtlinie.

Grundsätzlich ist durch die 2. Richtlinie, wie schon durch die Richtlinie 89/48, die gegenseitige Anerkennung von Diplomen desselben Ausbildungsniveaus gewährleistet. Da in den Mitgliedstaaten der EG oftmals dieselben Berufe sowohl hinsichtlich der Ausbildung als auch hinsichtlich der Berufszugangsvoraussetzungen unterschiedliche Regelungen bestehen, kann es vorkommen, daß einige Mitgliedstaaten für die Ausübung bestimmter Berufe ein Diplom im Sinne der Richtlinie 89/48, andere hingegen für die Ausübung der gleichen Berufe den Abschluß anders aufgebauter Ausbildungsgänge vorschreiben.

Verbindung zwischen  
den Anerkennungs-  
niveaus

Damit es aufgrund dieser einzelstaatlichen Regelungen nicht zu die Freizügigkeit hemmenden Ungleichbehandlungen kommt, sieht die Richtlinie die Möglichkeit des Durchstiegs von einem Diplommiveau in ein anderes vor.

Von großer Bedeutung ist, daß die einschlägigen Bestimmungen der Richtlinie (Kapitel III bis VI) die Anerkennung einer Ausbildung des jeweils eine Stufe darunter liegenden Niveaus vorsehen. Macht etwa ein Aufnahmestaat den Zugang zu einem reglementierten Beruf vom Besitz eines Hochschuldiploms im Sinne der Richtlinie 89/48 abhängig, so kann einem Inhaber eines Diploms im Sinne der 2. Richtlinie die Berufszulassung nicht wegen mangelnder Qualifikation verweigert werden, wenn das Diplom im Herkunftsstaat für den Berufszugang berechtigt.

Wie schon die Hochschuldiplomenerkennungsrichtlinie sieht auch die 2. Richtlinie zum Ausgleich qualitativer und quantitativer Unterschiede der Ausbildungsgänge Kompensationsmechanismen vor. So kann von einem Antragsteller der Nachweis von Berufserfahrung bzw. der Absolvierung eines Anpassungslehrganges oder einer Eignungsprüfung verlangt werden.

Kompensations-  
mechanismen

Der Durchstieg von einem formalen Bildungsniveau in ein anderes ist dann ausgeschlossen, wenn der Aufnahmestaat ein Hochschuldiplom verlangt, das ein mehr als vier Jahre dauerndes Studium abschließt, der Antragsteller dagegen lediglich über ein Diplom im Sinne der 2. Richtlinie verfügt. Weiters ist ein Durchstieg vom Prüfungszeugnisniveau zum Niveau des Hochschuldiploms ausgeschlossen. Hier sind die Unterschiede in der Ausbildung schon per se zu groß.

Für die Freizügigkeit eines Migranten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist daher von ausschlaggebender Bedeutung, auf welchem Niveau sein Ausbildungsabschluß eingestuft wird. Besitzt er ein Hochschuldiplom oder ein Diplom im Sinne der 2. Richtlinie, ist die Freizügigkeit, abgesehen von den möglichen Kompensationsmechanismen, nahezu uneingeschränkt. Besitzt er dagegen ein Prüfungszeugnis, kann er in jenen Mitgliedstaaten nicht tätig werden, die für den angestrebten Beruf den Nachweis eines Hochschuldiploms verlangen. Dieser Umstand hat bei den Verhand-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

415

lungen zur 2. Richtlinie zu erheblichen Problemen geführt, insbesondere was die Definition des "Diploms" im Sinne der 2. Richtlinie anbelangt. Die ausschließliche Orientierung am romanischen Modell und das dadurch bedingte Scheitern beim Versuch, eine abstrakte Definition des Diploms zu kreieren, haben dazu geführt, daß man sich auf die Schaffung des Anhangs C einigte.

Die Möglichkeit, beim Zugang zu reglementierten Berufen in einem anderen Mitgliedstaat als jenem, in dem die Ausbildung erworben wurde, jeweils ein formales Qualifikationsniveau zu überspringen, manifestiert die Bedeutung der Zuordnung österreichischer Bildungsabschlüsse zum einen oder anderen formalen Qualifikationsniveau der EG. Nach Artikel 3 Ic sind Inhaber von Diplomen im Sinne der vorliegenden Richtlinie auch zu reglementierten Berufen zuzulassen, deren Ausübung im Aufnahmestaat von dem Besitz eines Hochschuldiploms im Sinne der Richtlinie 89/48 abhängig gemacht wird. Qualifiziert man die Abschlüsse der berufsbildenden höheren österreichischen Schulen als Diplome im Sinne der 2. Richtlinie, so stünde ihren Inhabern der Zugang auch zu jenen reglementierten Berufen offen, deren Ausübung im Aufnahmestaat vom Besitz eines Hochschuldiploms abhängig gemacht wird. Diese Möglichkeit wäre nur in jenen Fällen verschlossen, in den der Aufnahmestaat für den Zugang zu einem bestimmten Beruf den Abschluß eines mehr als vier Jahre dauernden Studiums verlangt.

### Bildungsprogramme der Europäischen Gemeinschaft<sup>1</sup>

Mit zahlreichen Aktionsprogrammen und Regelungen zur Anerkennung der Diplome versucht die EG, allen voran die Kommission, den Schritt ins Ausland zu erleichtern. Sie begründet ihre diesbezüglichen Aktivitäten folgendermaßen: "Auf dem europäischen Arbeitsmarkt werden neben guten beruflichen Qualifikationen Mobilität, Auslandserfahrungen und nicht zuletzt Fremdsprachenkenntnisse ein Plus für jeden Bewerber sein."

Grundprinzipien der EG-Bildungsprogramme:

- Einbindung von möglichst vielen Europäern in die Programme
- Schaffung einer europäischen Dimension durch die Entwicklung zur Fähigkeit der Menschen über die Länder- und Kulturgrenzen hinweg tätig zu sein
- Gemeinschaftsweites Engagement, das auf die Menschen, ihre Vielseitigkeit, ihre Kreativität setzt, um die Fähigkeit Europas zur Innovation, zum Wettbewerb und zur Schaffung von sozialer Stabilität zu stärken
- Gemeinschaftsweiter Austausch von Lehrern und Professoren; durch diese quasi "vertrauensbildenden Maßnahmen" sollen die Lehrkräfte im Sinne von Multiplikatoren ihre Schüler und Studenten zu Auslandsaufenthalten mobilisieren
- Ausbau der gegenseitigen Anerkennung von Diplomen und Berufsabschlüssen zur Förderung der Freizügigkeit.

Grund-  
prinzipien

Besondere Zielsetzungen der Gemeinschaftsprogramme zur Förderung des Austausches und der Mobilität von Jugendlichen in der Gemeinschaft:

- Förderung von Maßnahmen, die bei Jugendlichen Eigeninitiative wecken und sie die Zusammenhänge der Einbindung ihres eigenen Lebens in den größeren europäischen Kontext erkennen lassen
- Vorbereitung der Jugendlichen mit Hilfe der Aktionsprogramme auf das Erwerbs- und Erwachsenenleben
- Förderung des Jugendaustausches und Schaffung eines effizienten Netzwerkes für den Austausch zwischen den Mitgliedstaaten zur Realisierung des "Europas der Bürger"

Besondere  
Zielsetzungen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

416

- Unterstützung von projektbezogenem Jugendaustausch, um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, die EG-Mitgliedstaaten besser kennenzulernen
- Quantitativer und qualitativer Ausbau/Verbesserung des Austauschs und Mobilität von Jugendlichen unter Berücksichtigung des derzeitigen Erfahrungsstandes und des Beitrags der Einrichtungen, die bereits auf dem Gebiet tätig sind.

### Chancen für Österreichs Jugendliche

Die Teilnahme von österreichischen Studenten und Jugendlichen an den EG-Bildungs- und Mobilitätsprogrammen ist bislang auf einige wenige Programme beschränkt geblieben.

Teilnahme bisher auf wenige Programme beschränkt

An folgenden EG-Projekten konnten, auf der Basis von bilateralen Verträgen, österreichische Interessenten/innen teilnehmen:

- seit 1990: COMETT II (Programm zur Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie)
- seit 1991: ERASMUS II (Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten)
- seit 1991: SPES (Programm zur Förderung der Mobilität und Kooperation im Bereich der Wirtschaftswissenschaften)
- seit 1990: SCIENCE (Programm zur Förderung der Mobilität und Kooperation im Bereich der Naturwissenschaften)

Mit dem Inkrafttreten des EWR stehen Österreich (besonders auch Österreichs Jugend) folgende weitere Programme offen:

Möglichkeiten im EWR

- Jugend in Europa
- Human Capital and Mobility (Teil II des EG-Programmes für Forschung und Entwicklung).

Ebenso wird Österreich noch vor dem EG-Beitritt (bedingt durch Verzögerungen bei den EWR Verhandlungen wahrscheinlich ab dem 1.1.1994) in das EYRIDICE - Bildungsinformationsnetz eingebunden werden. EYRIDICE sammelt und analysiert einerseits Daten über die Bildungspolitik der einzelnen EG-Länder, andererseits informiert es über bildungspolitische Vorhaben und Zielsetzungen aus Brüssel. Darüberhinaus kann - nach dem Inkrafttreten des EWR - Österreich an den Arbeiten des CEDEFOP (Europäisches Zentrum zur Förderung der Berufsbildung) teilnehmen.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft wird Österreich auch an allen anderen Förderprogrammen voll teilnehmen können.

### Schlußbetrachtung

Die umfassend zu verstehende europäische Integration ist für Österreichs Jugend eine großartige Chance, ihre Leistungsfähigkeit über die nationalen Grenzen hinaus zu dokumentieren. Langwierige, mobilitätshemmende Verfahren bei der Anerkennung von Universitätsabschlüssen, Schul- und Lehrabschlußzeugnissen werden der Vergangenheit angehören. Grenzüberschreitenden Bildungswegen, vor allem aber der freien Berufsausübung in jedem Mitgliedstaat der Gemeinschaft stehen keine administrativen Hindernisse mehr im Wege.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

417

Um Österreichs Jugend für die Herausforderung, die der weltgrößte Binnenmarkt darstellt, vorzubereiten, sollte das gesamte österreichische Bildungswesen um eine europäische Dimension erweitert werden. Die Ausbildung in Schulen, Universitäten und Betrieben sollte diesem oft verwendeten, als solchem inhaltsleeren programmatischen Schlagwort eine Umsetzung in die Realität folgen lassen.

Die Berücksichtigung einer europäischen Dimension im Bildungswesen bedeutet, eine weltoffene, tolerante, Neuem und Fremdem gegenüber aufgeschlossene Jugend heranzubilden. Unkonventionelle, aus wenig vertrauten Kulturkreisen herrührende und daher manchmal andersartig anmutende Ansichten und Ideen sollten als interessante Herausforderung gesehen werden.

Hiezu ist eine fundierte Fremdsprachenausbildung unerlässlich. Neben der lexikalisch-grammatikalischen ist vor allem die kommunikative Seite der Sprachbeherrschung intensiv zu fördern. Durch das Erlernen der Sprachen sollte Österreichs Jugend andere Länder, deren Bevölkerung sowie deren Sitten und Verhaltensweisen kennen, schätzen und achten lernen. Die aus dem Wissen um andere Kulturen erwachsende Toleranz, das entsprechende Einfühlungsvermögen sowie eine weltoffene, teamfähige Geisteshaltung stellen im geeinten Europa einen wesentlichen Wettbewerbsvorteil dar.

Fremd-  
sprachen-  
ausbildung

Eine zentrale Bedeutung kommt daher der Mobilitätsförderung der österreichischen Jugend, aber auch der Auszubildenden zu. Hierbei ist einerseits der einzelne in Ausbildung Stehende bzw. Berufsanfänger vom Nutzen eines längerdauernden Auslandsaufenthaltes zur Förderung der individuellen Karrierechancen zu überzeugen. Andererseits ist die erforderliche Infrastruktur zu schaffen, um etwa im Rahmen internationaler Austauschprogramme die sich durch die Integration ergebenden Möglichkeiten in Anspruch nehmen zu können. In diesem Zusammenhang ist zu überlegen, in welchem Ausmaß das in manchen Bereichen zentralistisch und starr anmutende österreichische Bildungswesen sowie die durch die Regelungsstruktur geprägte Lehrerschaft diesen Anforderungen gerecht werden. Erwägenswert ist, ob nicht ein durch methodisch-didaktische, personelle und inhaltliche Autonomie gekennzeichnetes Bildungssystem der Förderung der Mobilität der Jugendlichen eher entspräche.

Mobilitäts-  
förderung

Vor einigen Jahrhunderten war das Sammeln von Auslandserfahrung nach dem Abschluß der Berufsausbildung selbstverständlich. Nun, da in der Gemeinschaft die institutionellen Rahmenbedingungen für die persönliche Mobilität geschaffen wurden und räumliche Distanzen zu überwinden dank moderner Verkehrsmittel kein Problem mehr ist, sollte man daran denken, diese Idee wieder zu beleben. Die EG versucht dies mittels der genannten Austauschprogramme und der Schaffung von Transparenz auf dem Gebiet der beruflichen Befähigungsnachweise. Die Gemeinschaftsaktivitäten sind, wie erwähnt, gegenüber den Aktionen der Mitgliedsstaaten subsidär. Die Kommission versteht sich als Katalysator der Bildungspolitik der Mitgliedsstaaten und als Koordinator der Gemeinschaftsaktivitäten. Es liegt somit primär an den einzelnen Mitgliedsstaaten, mobilitätsfördernde Maßnahmen zu setzen. Die Mobilitätsförderung könnte auch der gegenwärtig zu beobachtenden Angst vor Migrationsströmen entgegenwirken. Ausländerfahrung intensiviert die europäische Dimension, die Fähigkeit, interkulturell zu kommunizieren, im Denken der Jugend und trägt damit zum Abbau der Berührungängste Fremdem gegenüber bei.

Auslands-  
erfahrung

Unbestritten ist, daß ein modernes und interdisziplinäres Aus- und Weiterbildungssystem unabdingbar ist, um den Jugendlichen die uneingeschränkte Wahrnehmung der Chancen des Binnenmarktes und damit der beruflichen Selbstverwirklichung zu sichern. Für die Volkswirtschaft stellt die Ausbildung der Jugend einen wichtigen strategischen Faktor im internationalen Wettbewerb dar.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

418

**Anmerkung:** 1) Für diesen Teil des Beitrages liegt eine Reihe von aufschlußreichen Übersichtsdarstellungen vor, welche bei den Autoren oder beim Herausgeber angefordert werden können.

### Literatur:

- Beschluß des Rates vom 2. April 1963 über die Aufstellung gemeinsamer Grundsätze für die Durchführung einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung (ABl. Nr. 063 vom 20. April 1963)
- Richtlinie 77/486/EWG des Rates vom 25. Juli 1977 über die schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitern (ABl. Nr. L 199 vom 6. August 1977)
- Entschließung des Rates vom 11. Juli 1983 über die Berufsbildungspolitik in der Europäischen Gemeinschaft während der achtziger Jahre (ABl. Nr. C 193/2 vom 20.7.1983)
- Beschluß des Rates über ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS) vom 15. Juni 1987 (ABl. Nr. L 166/24 vom 25. Juni 1987)
- Beschluß des Rates über ein Aktionsprogramm für die Berufsbildung Jugendlicher und zur Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben (ABl. Nr. L 346/33 vom 10. Dezember 1987)
- Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen zur europäischen Dimension im Bildungswesen vom 24. Mai 1988 (ABl. Nr. C 177/5 vom 6.7.1988)
- Beschluß des Rates über ein Aktionsprogramm "Jugend für Europa" zur Förderung des Jugendaustausches in der Gemeinschaft (ABl. Nr. L 158/44 vom 25. Juni 1988)
- Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 24. Mai 1988 zu dem zweiten Aktionsprogramm der Europäischen Gemeinschaften (1982-1987) betreffend den Übergang von der Schule ins Erwerbs- und Erwachsenenleben (ABl. Nr. C 177 vom 6. Juli 1988)
- Richtlinie des Rates vom 21. Dezember 1988 über eine allgemeine Regelung zur Anerkennung der Hochschuldiplome, die eine mindestens dreijährige Berufsausbildung abschließen (89/48/EWG), (ABl. Nr. L 19/16 vom 24.1.1989)
- Mitteilung der Kommission an den Rat über die allgemeine und berufliche Bildung in den Europäischen Gemeinschaften (Mittelfristige Leitlinien: 1989 - 1992) (KOM 236 vom 2. Juni 1989)
- Beschluß des Rates vom 16. Dezember 1988 über die Verabschiedung der zweiten Phase des Programmes über Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung der Technologie (COMETT II) (1990-1994) (ABl. Nr. L 13 vom 17. Jänner 1989)
- Beschluß des Rates vom 18. Dezember 1989 über ein Aktionsprogramm zur Förderung von Innovationen in der Berufsbildung in der Folge des technologischen Wandels in den Europäischen Gemeinschaften (EUROTECNET) (ABl. Nr. L 393 vom 30. Dezember 1989)
- Beschluß des Rates vom 15. Juni 1987 über ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS) (ABl. Nr. L 166 vom 25. Juni 1987), geändert durch den Beschluß 89/663/EWG (ABl. Nr. L 395 vom 30. Dezember 1989)
- Schlußfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 14. Dezember 1989 über die berufliche Erstausbildung (ABl. Nr. C 27 vom 6.2.1990)
- Gemeinschaftsinitiative zur Förderung neuer Berufsqualifikationen, Fachkenntnisse und Beschäftigungsmöglichkeiten (EUROFORM) (SEC 1579 endg. vom 8. August 1990)
- Memorandum über die Rationalisierung und Koordinierung von Berufsbildungs-

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

419

- maßnahmen auf Gemeinschaftsebene (KOM 334 endg. vom 21. August 1990)
- Jugendliche in der Europäischen Gemeinschaft: Memorandum der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament vom 15. Oktober 1990 (KOM 469 endg. vom 15. Oktober 1990)
- Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister über vorrangige Maßnahmen für die Jugend vom 26. Juni 1991 (ABl. C 208 vom 9. August 1991)
- Memorandum zur Hochschulbildung in der Europäischen Gemeinschaft vom 5. November 1991 (KOM 349 endg. vom 5. November 1991)
- Memorandum der Kommission über die Berufsausbildungspolitik der Gemeinschaft für die 90er Jahre vom 12. Dezember 1991 (KOM 397 endg. vom 12. Dezember 1991)
- Richtlinie 92/51/EWG des Rates vom 18. Juni 1992 über eine zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung zur Richtlinie 89/48/EWG, (ABl. Nr. L 209/25 vom 24.7.1992)

**BERUFS - UND BILDUNGSLAUFBAHN JUGENDLICHER MÜTTER**

Herbert Janig, Michaela Wang

**Fragestellung**

Fragen der Elternschaft Jugendlicher im Alter von 13 bis 18 Jahren ("Teenagerschwangerschaften") und damit verbundene psychische, soziale, ökonomische und berufliche Probleme werden in den USA und einigen europäischen Ländern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und haben zu vielfältigen erziehungs-, gesundheits- und sozialpolitischen Interventionen geführt. Besonders in den USA ist die Zahl jugendlicher Mütter unverhältnismäßig groß: jedes fünfte Neugeborene hat eine Mutter von unter 18 Jahren (z.B. Black und DeBlassie 1985, Furstenberg 1976).

Teenagerschwangerschaften

Im Jahr 1991 wurden in Österreich 2.933 Kinder von Müttern, die jünger als 19 Jahre waren, geboren (d.s. 3,1 % aller Geburten). Im Jahr 1975 wurden noch 7.770 (d.s. 8,3 % aller Geburten) von Müttern geboren, die jünger als 19 Jahre waren. Derzeit leben in Österreich knapp 5.000 Mütter im Alter bis unter 19 Jahren (vgl. Demographisches Jahrbuch 1975 ff).

5.000 Mütter unter 19 Jahren

In der psychologischen Literatur über die Folgen der Schwangerschaft bei Jugendlichen werden vorwiegend drei Fragen behandelt. Gibt es milieu- oder persönlichkeitsbedingte prädisponierende Faktoren für frühe Schwangerschaften? Haben frühe Schwangerschaften Folgewirkungen auf die Kinder? Welche Auswirkungen schulischer, beruflicher und ökonomischer Art haben frühe Schwangerschaften auf die Mütter?

Bedingungen für Schwangerschaft Jugendlicher

Als für frühe Schwangerschaften prädisponierende Faktoren werden ungünstige ökonomische Milieubedingungen angenommen ("black, poor, urban, unmarried"), was im allgemeinen für US-amerikanische Verhältnisse zuzutreffen scheint (z.B. Black und DeBlassie 1985). In älteren Untersuchungen werden auch Persönlichkeitsdefizite, frühe sexuelle Reife, die frühe Aufnahme sexueller Beziehungen und mangelhafte Verhütung hervorgehoben, dafür gibt es neuerdings entweder keine Hinweise oder sie erklären das Auftreten jugendlicher Schwangerschaften nicht hinreichend. So z.B. unterscheiden sich schwangere und nichtschwangere Jugendliche nicht in ihrer Verhütungspraxis (Nöstlinger 1988). Heute werden die Bedingungsmuster für die Schwangerschaft Jugendlicher in der familiären Situation gesucht: häufig wird von gespannten oder wenig tragfähigen familiären Beziehungen berichtet, über Gefühle des Ausgestoßenseins, große Nähe zur Mutter, wobei die individuelle Entwicklung zumindest erschwert ist (Merz 1988, Nöstlinger 1988).

Familiäre Beziehungen

Unter den gegenwärtigen Bedingungen nimmt die Ausbildung, die junge Frauen erhalten, einen wichtigen Stellenwert ein. Nicht nur beruflicher und ökonomischer Erfolg hängen damit zusammen, sondern auch Persönlichkeitsentwicklung und familiäre Lebenschancen. Deshalb ist die Frage, welche beruflichen und schulischen Folgen eine frühe Schwangerschaft hat, von besonderer Bedeutung. Im folgenden geben einige Hinweise vornehmlich aus der angloamerikanischen Forschung einen Einblick in den Erkenntnisstand. Daran anschließend werden die Ergebnisse einer österreichischen Pilotstudie zu den längerfristigen Auswirkungen auf Beruf und Schule ehemals jugendlicher Mütter berichtet. Abschließend werden an allgemeine Schlußfolgerungen Maßnahmen zur Beratung dieser so betroffenen Jugendlichen vorgeschlagen.

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

421

### Berufliche und schulische Aspekte

Die prekäre ökonomische Situation, abgebrochene oder unterbrochene Schul- und Berufsausbildung an einem entscheidenden Punkt, der notwendige Rückgriff auf die Transferleistungen durch die Eltern und die damit verbundenen Abhängigkeiten sind für jugendliche Eltern belastend. Jugendliche Mütter unterbrechen in weit höherem Ausmaß als ältere Mütter ihre Berufs- und Bildungskarrieren zugunsten der Pflege der Kinder, ohne sie später in geeigneter Form wieder aufzunehmen. Oder aber, sie sind gezwungen, Arbeit anzunehmen, die unter ihrer tatsächlichen oder möglichen Bildungsqualifikation liegt (vgl. Furstenberg 1976, Black und DeBlassie 1985). Nur für wenige Mütter ist eine Weiterführung der Schul- und Berufsausbildung bald nach der Geburt möglich (Stevens-Simon u.a. 1986). Sofern familiäre Unterstützung vorhanden ist und für die Schwangeren im Schulsystem Vorsorge getroffen wird, ist der Abbruch der Schulkarriere keine Folge der frühen Schwangerschaft (Gray und Ramsey 1986). Berger (1988) berichtet, daß 2/3 der von ihr untersuchten jugendlichen Mütter die durch die Geburt des Kindes unterbrochene Schul- und Berufsausbildung nach einiger Zeit wieder aufgenommen haben.

Berufslaufbahn  
unterbrochen

Die Ergebnisse der "Baltimore Study", der einzigen Längsschnittstudie, die zu dieser Frage bislang durchgeführt wurde (Furstenberg u.a. 1987), bestätigen die allgemeinen Annahmen, daß jugendliche Mütter anlässlich der Geburt des ersten Kindes ihre schulische und berufliche Ausbildung ab- bzw. unterbrechen. Jedoch war Jahre später ein überraschendes Ansteigen von Bildungsaktivität zu erkennen: mehr als die Hälfte der interviewten Frauen berichten, daß sie zumindest für ein Jahr eine weitere Schulbildung besucht hätten. Ein weiteres Viertel der Interviewten berichtete, daß sie zumindest 2 oder mehr Jahre zusätzlicher Schulbildung seit der Geburt des ersten Kindes absolviert hätten. Die Bildungsunterschiede zwischen Teenage-Müttern und älteren Müttern sind aber nicht so groß, wie man annehmen könnte. Die Ansicht, frühes Kindergebären führt fast sicher zu vorzeitigem Schulabbruch, nachfolgenden unerwünschten Schwangerschaften und zu ökonomischer Abhängigkeit (= Sozialhilfeempfänger), ist zumindest allzusehr vereinfacht oder falsch. Es sind eher die mißlichen ökonomischen und sozialen Begleitbedingungen, die schulische und soziale Fehlentwicklungen bzw. Mißerfolge provozieren, und nicht das jugendliche Alter der Mütter (vgl. dazu Coll u.a. 1986, Ketterlinus u.a. 1991 und Eggers, Wagner und Maruschke 1987).

"Baltimore Study"

Bildungsdefizite  
keine Folge früher  
Mutterschaft

Die bisher einzige österreichische Erhebung, bei welcher die jugendlichen Mütter 1 bis 3 Jahre nach der Geburt des Kindes befragt wurden, zeigt, daß 3/4 nach ihrem Pflichtschulabschluß keine weiterführende Berufsausbildung oder Schulbildung begonnen hatten, ca. die Hälfte die bei der Geburt unterbrochene Fachschul- oder Gymnasialbildung nicht wieder fortgeführt hatten und 3/4 die damals begonnene Lehre nicht fortgesetzt hatten (Beck und Hoffellner 1977). In den genannten Untersuchungen wurden die jugendlichen Mütter schon 1 bis 3 Jahre nach der Geburt des ersten Kindes befragt. Diese Zeitspanne ist aber zu kurz, um eine abschließende Aussage über die Bildungsaspirationen treffen zu können.

Die Erwerbsquote jugendlicher Mütter unterscheidet sich recht deutlich von jener der 15- bis 19jährigen ohne Kinder: Während weibliche Jugendliche ohne Kinder ca. je zur Hälfte erwerbstätig bzw. Schülerinnen/Studentinnen sind, sind rund 2/3 der 15- bis 19jährigen Mütter erwerbstätig. Bei den kinderlosen weiblichen Jugendlichen dieser Altersstufe findet sich praktisch keine Hausfrau; anders bei den jugendlichen Müttern: das Drittel Nichtberufstätiger bilden fast zur Gänze nichtberufstätige Hausfrauen, es gibt darunter verhältnismäßig wenige Schülerinnen bzw. Studentinnen. Die Verteilung innerhalb der Berufstätigen ergibt keine gravierenden Unterschiede (Mikrozensus 1988). Eine Erklärung dafür läßt sich aus den Ergebnissen einer Untersuchung über

Erwerbsquote

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

422

den Schwangerschaftsabbruch bei Jugendlichen ableiten: Schülerinnen brechen häufiger die Schwangerschaft ab als berufstätige Jugendliche. Schwangere, die nicht abgebrochen haben, sind nicht nur häufiger Berufstätige oder Arbeitslose, sondern sind auch mit ihrer Ausbildungssituation häufig so unzufrieden, daß sie diese verändern möchten (Nöstlinger 1988).

Praxis des Schwangerschaftsabbruchs

### Pilotstudie<sup>1</sup>

Da die meisten Untersuchungen zu diesem Phänomen aus dem angloamerikanischen Raum stammen, dessen spezifische Bedingungen sich nicht mit den regional-österreichischen Verhältnissen decken und zumeist nur kurzfristige Effekte der frühen Mutterschaft erfragen, sollte die vorliegende Pilotstudie die längerfristigen Auswirkungen auf die Schul- und Berufslaufbahn untersuchen und so eine größere empirische Studie vorbereiten. Die retrospektive Datenerhebung über einen längeren Zeitraum (11 und mehr Jahre) bietet für die vorliegende Fragestellung große Vorteile (vgl. Thomae und Petermann 1983).

Österreichische Pilotstudie über langfristige Auswirkungen früher Mutterschaft

Die Befragten sind 21 Mütter im Alter zwischen 30 und 35 Jahren, im Mittel 32 Jahre alt. Bei der Geburt des ersten Kindes waren die Mütter zwischen 16 und 19 Jahre alt. Es kann angenommen werden, daß Mütter, bei denen die Geburt des ersten Kindes mehr als zehn Jahre zurückliegt, die also rund 30 Jahre alt sind, ihre Bildungs- und Berufskarriere im wesentlichen festgelegt haben, sodaß eine mehr als nur vorläufige Antwort auf die Frage der Auswirkungen der frühen Geburt auf die Berufs- und Bildungskarriere möglich ist. Die Kindesväter waren im Durchschnitt um fast fünf Jahre älter. Fast alle befragten Mütter befanden sich zum Zeitpunkt der Erstgeburt in der Phase der auslaufenden Adoleszenz, nur wenige in einer früheren Entwicklungsphase. Die erstgeborenen Kinder sind zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 11 und 16 Jahre alt. Die meisten Mütter hatten sich auf eine schriftliche Einladung für ein Interview zur Verfügung gestellt. Angeschrieben wurde eine Zufallsauswahl jener Mütter, die in den Jahren 1975 bis 1978 einer Geburtenabteilung zweier mittelstädtischer öffentlicher Krankenhäuser zum ersten Kind entbunden hatten und nicht älter als 18 Jahre waren. Die so befragten 21 Mütter stellen keine repräsentative Auswahl dar, ihre Aussagen liefern aber entscheidende Hinweise für eine behutsame Generalisierung.

Jugendliche Mütter nach 15 Jahren interviewt

Die biografischen Interviews wurden anhand eines Gesprächsleitfadens mit folgenden vorgegebenen Themen geführt: Gegenwärtige Lebenssituation, Herkunftsfamilie, Schul- und Berufslaufbahn, Schwangerschaftserleben, Geburt und Lebensweg des Kindes/der Kinder, Herkunftsfamilie des Kindesvaters, eigene Berufslaufbahn, Bildungs- und Berufsziele. Der vorgegebene Gesprächsleitfaden diente zur Orientierung der Interviewerinnen. Sie sollten dem Interview freien Lauf lassen und bei fehlenden Themen ins Gespräch eingreifen.

Biografische Interviews

Die Interviewerinnen waren sechs akademisch ausgebildete Sozialwissenschaftlerinnen, selbst Mütter und zumindest im Alter der Interviewten. Die Interviews wurden mit Tonband aufgezeichnet, transkribiert und anschließend mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (1990) ausgewertet. Dabei wurden die Kategorien "Kindheit", "Schul- und Berufslaufbahn" und "Schwangerschaft", "gegenwärtige Lebenssituation" zur Auswertung der transkribierten Interviews der Mütter verwendet.

### Kindheit

Die meisten Mütter wurden als eheliche Kinder geboren, ihre Mütter sind zu zwei Drittel mit dem leiblichen Vater verheiratet. Mehr als die Hälfte aller Väter (Stiefväter)

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

423

der jugendlichen Mütter sind Facharbeiter. Ein Drittel der Väter ist im Angestellten- oder Beamtenstatus oder als Landwirt beschäftigt. 2/3 der befragten jugendlichen Mütter wohnten in Landgemeinden, bei ihren Eltern am Bauernhof oder in einer Kleinwohnung. Das restliche Drittel der Mütter wohnte in der Stadt. Diejenigen Mütter, die während ihrer Kindheit ein Eigenheim oder ein Bauernhaus bewohnten, lebten mit der Großmutter zusammen. Bis auf eine haben durchwegs alle Mütter Geschwister. Die durchschnittliche Geschwisteranzahl beträgt drei.

Kindheit der  
Mütter

Die befragten Mütter geben an, in ihrer Kindheit "alles" bekommen zu haben und emotional gut versorgt worden zu sein. Viele geben an, auch für Erziehung und Betreuung der Geschwister (mit-) verantwortlich gewesen zu sein und, daß sie selbst einen Großteil der Hausarbeit haben leisten müssen. Die Väter werden zumeist als dominant beschrieben. Im allgemeinen sind aber die befragten Mütter der Ansicht, daß sie, im Vergleich zu ihren Geschwistern, nicht streng erzogen, auch nicht unterdrückt wurden, wenngleich sie im Haushalt oder in der Landwirtschaft viel mitarbeiten mußten. Der Großteil der Mütter gibt zu verstehen, daß aufgrund der Arbeit auf dem Bauernhof die Finanzlage in der Herkunftsfamilie ausreichend war. Sie waren nicht reich oder vermögend, von Wohlstand war keine Spur, aber die Familie konnte angemessen leben.

Mithilfe im  
Haushalt

Etwa die Hälfte verbrachte ihre Freizeit als Kinder fast ausschließlich alleine, ihre Eltern hatten kaum Zeit, sie durften nicht allein fortgehen, sie machten keinen Urlaub. Die andere Hälfte berichtet von einer positiv erlebten Kindheit mit gemeinsamen Unternehmungen mit den Eltern, viel Freizeit und Zuwendung durch die Eltern. Letztere berichten von einer "schönen" und "glücklichen" Kindheit mit vielen "Highlights". Genaue Erinnerungen an diese "tolle Kindheit" fehlen, aber: die Mütter sind ihren Eltern dankbar für die "manchmal harten Zeiten".

Freizeit

Was die Wünsche der Mütter für ihre eigenen Kinder betrifft, möchten sie sie kaum anders erziehen, als sie selbst erzogen worden sind. Außer: sie möchten ihre Kinder ernst nehmen, über alles sprechen und sich mehr Zeit für sie nehmen, mehr als ihre Eltern es für sie getan hatten. Diejenigen Mütter, die mit ihrer Kindheit wenig zufrieden waren bzw. unzufrieden, wollen den Kindern Spannungen und Probleme ersparen. Sie wollen sie "lockerer" erziehen, ihnen eine gute Schulbildung ermöglichen und sie zu "anständigen und selbständigen" Wesen erziehen.

Wünsche für  
Kinder

### Schwangerschaft

Keine der Mütter war schon vor der Schwangerschaft verheiratet. Ein Viertel der Mütter heiratete vor der Geburt des Kindes, ein Viertel heiratete nicht, rund ein Viertel während des ersten Lebensjahres des Kindes, die übrigen bis zu mehreren Jahren später.

Der Verlauf der Schwangerschaft wird sehr unterschiedlich geschildert, manche Mütter berichten von einer ruhigen und ausgeglichenen Zeit, andere schildern die Schwangerschaft als anstrengend und berichten über Komplikationen. Am häufigsten beklagen sich die Mütter über Zeitmangel, darüber, "angehängt" gewesen zu sein. Eine Mutter hat ihre Schwangerschaft als persönliche Freiheit erlebt. Eine andere Mutter erlebte sich während ihrer Schwangerschaft als "unreif". Wieder andere empfanden ihre Schwangerschaft als "schwere Zeit" und fühlten sich eingeschränkt, "hatten nichts mehr von der Jugend".

Verlauf der  
Schwangerschaft:  
anfangs schwierig

Nach anfänglichen Unsicherheiten, Schwierigkeiten und negativen Äußerungen akzeptierten die Eltern, Schwiegereltern, Geschwister, Verwandten, Lehrer die Schwangerschaft der jugendlichen Mütter. Die Einstellung wurde zunehmend positiv. Nach

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

424

der Geburt des Kindes waren die Reaktionen der meisten Verwandten und Bekannten der Mütter positiv. Das Kind wurde wie ein eigenes Kind von den Eltern der Mütter akzeptiert und verwöhnt. Viele berichten, daß die Unterstützung der eigenen Mutter die wichtigste war, ohne ihre Hilfe hätten sie die damalige Lebenssituation nicht meistern können. Auch berichten viele, daß sie von Großeltern, anderen Verwandten oder Nachbarn unterstützt wurden. Nur wenige Mütter erzählen von fehlendem Rückhalt der Eltern bzw. Schwiegereltern, fühlten sich traurig und waren schockiert. Der fehlende Rückhalt wurde als Mangel des Sich-Aussprechen-Könnens definiert. Ein Vater einer jugendlichen Mutter kommentierte die Schwangerschaft seiner Tochter mit: "... das hättest Du Dir ersparen können", ansonsten sprach er nicht mit seiner Tochter.

Hilfe durch  
Mutter

Manche Kindesväter haben die Belastungen dieser veränderten Lebens- und Beziehungssituation nicht verkraftet und entzogen sich der Betreuung des Kindes und der jungen Mutter. Oftmals war auch die schwierige finanzielle Situation Ursache für Belastungen und Schwierigkeiten in den Partnerbeziehungen.

Für einige  
Kindesväter  
zu belastend

Für mehr als die Hälfte der jungen Mütter war die frühe Übernahme so großer Verantwortung sehr anstrengend. Sie fühlten sich durch die Kinderpflege und -erziehung überfordert und vor allem während der ersten Zeit nach der Geburt durch Zeitmangel, Schwierigkeiten in der Partnerschaft, persönliche Einschränkungen und finanzielle Sorgen belastet. Andererseits empfanden viele Mütter die Geburt und die Tatsache, ein Kind zu haben als schönes, überraschendes Ereignis und sie waren stolz auf ihr Kind. Diejenigen Mütter, die sich unzufrieden über diese Phase ihres Lebens äußern, geben an, von keiner Seite unterstützt worden zu sein. Rückblickend gesehen, meinen viele der Mütter, daß sie nicht mehr so früh ein Kind bekommen wollten, nicht mehr heiraten würden, ihre berufliche Laufbahn ohne Kind sicher anders ausgesehen hätte. Auch sind sie der Ansicht, daß Hilfestellungen seitens der Schule, der Lehrstellen verstärkt werden sollten.

Kinderpflege  
schön, aber  
belastend

Nicht mehr so  
früh ein Kind

Viele der Mütter wünschen sich, daß ihr eigenen Kinder zuerst eine entsprechende berufliche Ausbildung abschließen und sich erst danach Gedanken über ihre private Zukunft machen sollten.

### Schul- und Berufslaufbahn

Alle jugendlichen Mütter hatten vor der Geburt ihres ersten Kindes zumindest den Pflichtschulabschluß und alle befanden sich zum Zeitpunkt der Geburt des ersten Kindes in ihrer schulischen oder beruflichen Ausbildung und mußten diese unterbrechen. Die Hälfte der Mütter hat die begonnene Ausbildung später fortgesetzt, hat sie zu einem Abschluß gebracht und war in diesem Beruf erwerbstätig. Die übrige Hälfte hat ihre Ausbildung aus Desinteresse, Geldmangel, wegen erneuter Schwangerschaft oder Krankheit abgebrochen. Es wird weiters angeführt, daß auch der Kindesvater eine entsprechende Ausbildung für die jugendliche Mutter nicht als sonderlich wichtig erachtete. Vielfach war es auch so, daß die Eltern den beruflichen Werdegang der Tochter festlegten. Diese Frauen sind zwar ebenfalls berufstätig, üben aber, wie sie es selbst darstellen, derzeit untergeordnete Tätigkeiten aus.

Alle haben  
Pflichtschul-  
abschluß

Drei jener Mütter mit abgeschlossener Ausbildung haben ein Hochschulstudium absolviert, zwei eine Ausbildung in medizinischen Berufen, zwei eine Haushaltungsschule. Interessant ist, daß diejenigen Mütter, die während der Schwangerschaft eine weiterführende Schule besuchten, deren Besuch nach der Geburt des Kindes fortsetzten. Von jenen, die sich zum Zeitpunkt der Schwangerschaft in einer Lehrlingsausbildung befanden, hat sie nur eine abgeschlossen. Vereinfacht ausgedrückt, setzten Mütter mit schulischer Ausbildung diese nach der Geburt eher wieder fort, als jene,

Abgeschlossene  
Ausbildung

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

425

die schon eine berufliche Ausbildung begonnen hatten.

Für die berufliche Laufbahn unmittelbar nach der Geburt sind drei unterschiedliche Verlaufsmuster zu erkennen: 1/7 der Mütter fing nach der Geburt mit einem Studium an oder begann mit einer anderen Form der Ausbildung. Ein anderes Siebentel war zum Zeitpunkt (Kurzkarenz) erwerbstätig. Der Großteil der Mütter war nach der Geburt zu Hause in Karenz und setzte ihre begonnene berufliche Ausbildung nicht weiter fort. Eine Mutter ging "ziemlich ungern" in die Schule, für eine andere war die berufliche Ausbildung nach der Geburt mit "vielen Problemen und Anstrengungen" verbunden, wieder einer anderen kam die Schwangerschaft "zurecht", da sie ihren Beruf aufgeben wollte.

Verlauf der Berufstätigkeit: zuerst Unterbrechung der Schule, des Berufs, dann erwerbstätig

Nach ungefähr 2 Jahren war nur mehr 1/7 zu Hause und 2/3 der Mütter waren erwerbstätig. Ein Siebentel der Mütter begann mit einer neuen Ausbildung. In späteren Jahren veränderte sich der Anteil der erwerbstätigen Mütter nur wenig: einige unterbrachen die Erwerbstätigkeit wegen einer erneuten Schwangerschaft. Das kann ein Hinweis darauf sein, daß nicht nur die Ausbildungssituation während der Schwangerschaft zum ersten Kind einen großen Einfluß auf die spätere berufliche und Bildungssituation hat, sondern diese auch nur - wenn überhaupt - in den ersten Jahren nach der Geburt des ersten Kindes zu verändern versucht wird. Später sind möglicherweise die ökonomischen, familiären u.a. Zwänge sehr viel größer als das persönliche Engagement und Interesse eine weitere schulische und berufliche Qualifizierung anzustreben und durchzuhalten.

Ausbildung in jungen Jahren leichter möglich, später starke familiäre und ökonomische Zwänge

Ungefähr 2/3 der Mütter sind sehr zufrieden bis zufrieden mit ihrer Situation als Hausfrau, Mutter und in ihrer beruflichen Tätigkeit, obwohl die Beschäftigung bei vielen nicht unbedingt ihrem Traum entspricht. Vielen Müttern bietet der Beruf Abwechslung, sie brauchen nicht zu verzichten und er verbessert überdies die allgemeine Lebensqualität.

Die Familien der jugendlichen Mütter hatten wesentlichen Einfluß auf ihre schulische und berufliche Ausbildung. In einigen Fällen berichten die Mütter, daß seitens der Eltern kein Interesse bestand, daß sie eine Ausbildung abschließen, die Schule fortsetzen sollten. Allgemein überwogen aber die positiven Einflüsse: die Eltern unterstützten die jugendliche Mutter, die Schule fortzusetzen bzw. eine berufliche Ausbildung abzuschließen. Nicht immer scheinen aber auch die materiellen und familiären Möglichkeiten gegeben gewesen zu sein - fehlende soziale Netzwerke (!) -, um dieses Ziel auch erfolgreich anstreben zu können. Manchmal wurde auch der entlegene Wohnort als Hinderungsgrund für eine weiterführende Ausbildung nach der Geburt des Kindes angeführt.

Einfluß der Familie auf die Ausbildung

Die Hälfte der Mütter gibt an, daß es für sie sehr wichtig war, die Ausbildung nach der Geburt des Kindes wieder fortzusetzen, wenngleich auch die erreichten Bildungs- und Berufsabschlüsse nicht in allen Fällen ihren ursprünglichen Vorstellungen entsprechen. Vor allem jene Mütter, die keinen beruflichen Abschluß erreicht haben, sind auch heute noch sehr stark ihrem ursprünglichen Berufswunsch verhaftet, während jene Mütter, die einen beruflichen Abschluß erreicht hatten, zufrieden sind und dies als Schritt sehen, sich selbst zu verwirklichen, Engagement zu zeigen, was einen wichtigen Teil ihres Lebens darstellt.

Berufsabschluß wichtig

Es ist durchaus wahrscheinlich, daß eine Schwangerschaft im (durchschnittlich) 17./18. Lebensjahr einen tiefgreifenden Einschnitt in die berufliche und schulische Karriere für die Mütter darstellt. Alle ehemals jugendlichen Mütter sind erwerbstätig bzw. streben dies nach der gegenwärtigen Karenz oder Ausbildung an. Jedoch: höhere berufliche Qualifikationen sind nur unter günstigen Bedingungen - Vorhandensein familiärer

Höhere Qualifikationen nur unter günstigen Bedingungen möglich

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

426

Netzwerke, die bei der Kindererziehung und -betreuung effektiv mithelfen, hohem Engagement und Verzichtbereitschaft der Mutter, günstigen örtlichen und finanziellen Bedingungen und ausgeprägtem Willen der Mutter zu erreichen.

### Die gegenwärtige Lebenssituation

Zum Zeitpunkt des Interviews sind knapp 3/4 der Befragten erwerbstätig, eine Mutter studiert und ein knappes Viertel ist derzeit Hausfrau bzw. in Karenz; die meisten beabsichtigen wieder in das Erwerbsleben einzusteigen. 2/3 der Mütter sind ganztags berufstätig, die übrigen sind halbtags- oder teilzeitbeschäftigt. Die meisten Erwerbstätigen sind als untergeordnete Angestellte, Arbeiterinnen oder Landwirtinnen beschäftigt. Eine Mutter gibt an, daß sie ganztags als untergeordnete Angestellte in einem Betrieb arbeitet. Sie muß sich "durchbeißen", da zahlreiche neue Anforderungen mit der Erwerbstätigkeit verbunden sind.

Großteil der Mütter ist erwerbstätig, verheiratet und hat mehrere Kinder

Mit zwei Ausnahmen (eine allein lebende und eine in einer Lebensgemeinschaft lebende) sind zum Zeitpunkt des Interviews alle Mütter verheiratet, die meisten mit dem Vater des erstgeborenen Kindes. Jene Mütter, die nicht mit dem Kindesvater zusammenleben, haben sich wegen "ständiger Reibereien" mit ihm, weil sie sich "nicht unterstützt" fühlten oder, weil für den Kindesvater die junge Familie "ein Klotz am Bein darstellte", getrennt.

Ein Viertel der Mütter hat ein Kind, knapp die Hälfte zwei und die übrigen drei bis fünf Kinder. Ein Viertel der Mütter lebt in der Stadt, drei Viertel wohnen in Landgemeinden und besitzen dort ein Haus, sind dabei, ein Eigenheim zu errichten oder wohnen bei den Eltern. Die meist geringe räumliche Entfernung zu den Eltern und Schwiegereltern gewährleistet eine ausreichende Unterstützung der Familie der (jugendlichen) Mütter, wodurch sie bei der Kindererziehung und Hausarbeit entlastet werden.

Zwei Drittel der befragten Mütter geben an, daß sie mit ihrer finanziellen Situation relativ zufrieden sind: "es geht", "man muß zwar sparen", aber "es könnte durchaus mehr sein", sind typische Antworten. Auch jenes Drittel, das seine Finanzsituation als ungünstig bezeichnet, gibt an, daß es zwar "an nichts fehlt", "man sich aber auch keine großen Sprünge" leisten könne, dennoch "kommt man aus". Eine Mutter meint, daß sie nie ihr eigenes Geld hatte, aber doch zufrieden sei, da sie gemeinsam mit dem Partner "viel geleistet hatten". Eine andere Mutter muß zwar "nicht jeden Groschen umdrehen", aber sich "das Geld genau einteilen". Keine der befragten Mütter stammt aus begüterten oder wohlhabenden Familien und es hat sich auch durch die Heirat kaum etwas an ihrer finanziellen Situation geändert. Einige von ihnen sind an das Sparen sehr gewöhnt, vor allem der Hausbau hat die Finanzkraft der Familie, trotz Unterstützung durch die Eltern und Schwiegereltern, geschwächt.

Finanzielle Lage

Es wird für die allgemeine Zufriedenheit der Beschreibung der momentanen Lebenssituation angenommen, daß das soziale Umfeld, d.h. der Partner, die Kinder, die Eltern, die Schwiegereltern, die Geschwister und andere Personen, einen wesentlichen Beitrag dazu leistet. Zum Großteil sind es die Eltern der jugendlichen Mütter, die die Familie unterstützen, die den ersten Kontakt für das Kind darstellen. Auch die Beziehung zum Partner bzw. Kindesvater ist "harmonisch", sie haben ein "tolles Verhältnis" zum Ehepartner, es gibt "nie Streit". Sie sind "gegenseitig geduldig", "unterstützen sich" und sie "sprechen viel miteinander" oder der Partner stellt eine aufgeschlossene Stütze für die Mutter dar.

Eltern unterstützen

Die gegenwärtige Lebenssituation wird von 4/5 der Befragten als (sehr) zufriedenstellend bezeichnet. Belastungen gibt es durch bevormundende Eltern, mangelnde

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

427

Unterstützung durch Partner und übergroße Anforderungen durch die berufliche Tätigkeit. Ein Drittel der Mütter gibt an, daß es derzeit keine größeren Schwierigkeiten mit ihrer familiären Situation hat. Häufig wird der Wunsch geäußert, daß der Kindesvater (Ehemann) bei auftretenden Schwierigkeiten zur Entlastung beitragen sollte. Mütter, die angeben, mit ihrer Lebenssituation weniger zufrieden zu sein (ein Fünftel), fühlen sich in vielfacher Weise überfordert, haben niemanden zum Sprechen und sind bedrückt von der Empfindung, alles laste auf ihnen. Am schwerwiegendsten wird die Krankheit eines Familienmitglieds, der Mutter selbst, oder eines Angehörigen der Familie empfunden. In erster Linie ist es der Beruf, der zur Zufriedenheit im gegenwärtigen Leben beiträgt, für die häufig überlasteten Mütter "Abwechslung" zur Haus- und Erziehungsarbeit bietet und die "Lebensqualität" verbessert.

Gegenwärtige  
Lebenssituation  
zumeist zu-  
friedenstellend

Im Zusammenhang mit der Beurteilung der gegenwärtigen Situation wird auch die Zufriedenheit mit dem Kindesvater, den Kindern, d.h. die Arbeitsteilung, die gegenseitige Hilfe, die Gesundheit aller Familienangehörigen, das Erwachsenwerden der Kinder, das Gefühl von Geborgenheit hervorgehoben. Trotz eines ständigen Auf und Ab im Leben verspüren viele Mütter nie das Gefühl, ihr Leben verändern zu wollen.

Familienleben  
(über-)fordernd  
Beruf entlastend

### Schlußfolgerungen und Maßnahmen

Zusammenfassend ergibt sich zur Charakterisierung jugendlicher Mütter aus den bisher vorliegenden Untersuchungen folgendes:

- Jugendliche Mütter stellen hierzulande - anders als in den USA - sozial, ökonomisch und bildungsmäßig keine spezifische Gruppe dar.
- Entgegen früheren Annahmen leiden jugendliche Mütter nicht an persönlichkeits- oder milieubedingten Defiziten. Schwangere Jugendliche wachsen nicht a priori in psychischen oder familiären Ausnahmesituationen auf.
- Schwangerschaften wirken auf Jugendliche sozial und psychisch belastend. Auf die Fähigkeiten, diese Belastungen zu meistern, dürfte das jugendliche Alter der Mütter keinen Einfluß haben.
- Tendenziell dürften schwangere Jugendliche, die ihr Kind zur Welt bringen, im Gegensatz zu jenen, welche die Schwangerschaft abbrechen, einfacheren Bildungsschichten angehören.
- Nicht das Lebensalter ist für bestimmte Entwicklungsfolgen ausschlaggebend, sondern es sind Faktoren wie persönliche Reife, die Verfügbarkeit von Copingstrategien, aber auch ökonomische und soziale Faktoren. Zu bedenken ist aber, daß die meisten der in dieser Untersuchung befragten Mütter zwischen 17 und 18 Jahren alt waren. Die berufliche und schulische Problembewältigung dürfte noch jüngeren Müttern möglicherweise weniger gut gelingen.
- Aus den Ergebnissen der vorliegenden Pilotstudie läßt sich die Einsicht gewinnen, daß die jungen Mütter ihr Leben gemeistert haben, engagiert sind und bereit waren, sich dieser außergewöhnlichen Belastung zu stellen.

Schluß-  
folgerungen

An konkreten präventiven Maßnahmen schlagen wir vor:

- in den Schulen die Verantwortlichen über die spezifischen Bedingungen jugendlicher Schwangerer zu informieren und den (Wieder-)Einstieg in die Schullaufbahn

Schule

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

428

erleichtern zu helfen;

- an den Geburtstationen die Ärzte und Hebammen mit der spezifischen familiären, psychischen und sozialen Situation der jugendlichen Gebärenden vertraut zu machen; ihre erhöhte Ängstlichkeit, Unsicherheit und ihr stärkeres Angewiesensein auf Zuspruch und Unterstützung auch entsprechend zu berücksichtigen;
- in den (Familien-) und Beratungsstellen die jugendlichen Schwangeren und ihre Angehörigen eindringlich auf die Notwendigkeit der Weiterführung der Berufs- und Schulausbildung hinzuweisen und deren Wichtigkeit für den weiteren Lebensweg zu erläutern;
- bei potentiellen Arbeitgebern Verständnis für die jugendlichen Mütter zu wecken, um sie nicht von beruflichen Bewährungschancen, sozialer und ökonomischer Absicherung auszuschließen;
- die Lebenssituation jugendlicher Mütter, Väter und ihrer Familien hinsichtlich sozialer, ökonomischer, medizinischer, psychologischer und demografischer Faktoren systematisch und längerfristig zu untersuchen, wie das die WHO schon seit langem fordert (WHO 1979, S.13).

### Anmerkung:

1) Die Durchführung der vorliegenden Pilotstudie wurde dankenswerterweise durch die finanzielle Unterstützung des Forschungsfonds der Universität Klagenfurt ermöglicht.

Besonderer Dank gilt allen Müttern, die sich bereit erklärt hatten, Interviews zu geben um diese Erhebung zu ermöglichen.

Weiters gilt der Dank Desa Ebner, Mag. Rotraut Haselbach, Mag. Maria Maggauer, Mag. Ulrike Neumann, Dr. Gunhild Sagmeister, Dr. Maria Schwenner, Mag. Christa Weilinger für die Vorbereitung und Durchführung der Interviews und Mag. Hermann-Josef Cesnik für die Unterstützung bei der Auswertung.

### Literatur:

- Beck, A., Hoffellner, L.: Soziale Folgen der Geburt bei Jugendlichen, in: Zbl. Gynäk. 99, 1977, 1305-1312
- Berger, M.: Die Mutter unter der Maske - Zur Entwicklungsproblematik von Kindern adoleszenter Eltern, in: Pr. d. Kinderpsychol. u. Kinderpsychiat., 37, 1988, 333-345
- Black, C., DeBlassie, R.R.: Adolescent pregnancy: contributing factors, consequences, treatment, and plausible solutions, in: Adolescence 20, 1985, 78, 281-290
- Coll, C.G., Vohr, B.R., Hoffman, J., Oh, W.: Maternal and environmental factors affecting outcome of infants of adolescent mothers, in: Developmental and behavioral pediatrics 7, 1986, 4, 230-236
- Demographisches Jahrbuch Österreichs 1975 ff: Beitr. z. Öst. Stat., 429., 470., 512., 546., 584., 622., 669., 696., 746., 784., 827., 873., 912., 944. Heft, bearb. im ÖSTAT
- Eggers, H., Wagner, K.-D., Maruschke, S.: Zu Problemen jugendlicher Schwangerer und der Entwicklung ihrer Kinder, in: Sozialpädiatrie aus Praxis und Klinik, 9, 1987, 5, 333-336
- Furstenberg, F.F.: Unplanned parenthood. Free Press, New York 1976

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

429

- Furstenberg,F.F.,Brooks-Gunn,J., Morgan,P.S.: Adolescent mothers in later life, Cambridge 1987
- Gray,S.W.,Ramsey,B.K.: Adolescent child-bearing and high school completion, in:Journal of Applied Developmental Psychology 7,1986,3,167-179
- Ketterlinus,R.D.,Henderson,S.,Lamb,M.E.: The effects of maternal age-at-birth on children's cognitive development, in: Journal of Research on Adolescence 1,1991,2,173-188
- Mayring,P.: Qualitative Inhaltsanalyse, Weinheim 1990, 2.Auflage
- Merz,M.: Schwangerschaftsabbruch und Beratung bei Jugendlichen, Olten u. Freiburg i.Br. 1989
- Mikrozensus Jahresergebnisse 1988, Beitr. z. Öst. Stat., 943. Heft, Hg. vom ÖSTAT Wien 1989
- Nöstlinger,C.: Schwangerschaft in der Adoleszenz, Phil.Diss. Wien 1988
- Stevens-Simon,C.,Parsons,J.,Montgomery,C.: What is the relationship between postpartum withdrawal from school and repeat pregnancy among adolescent mothers ?, in: Journal of Adolescent Health Care 1986,7,191-194
- Thomae,H.,Petermann,F.:Biographische Methode und Einzelfallanalyse, in: Bredenkamp,J.,Feger,H.(Hg.): Methodenlehre, Göttingen 1983,362-400
- World Health Organization (WHO): Service-oriented research in adolescent fertility, Copenhagen 1979

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

430

### JUGEND ZWISCHEN STAATLICHEM ZWANG UND FREIWILLIGER GEMEINSCHAFTSLEISTUNG

Joachim Giller

Auf welche Voraussetzungen träfen Initiativen, aus der Not einer immer weniger sozialverträglichen Militärdienstpflicht die Tugend eines sozial erwünschten, den Staat entlastenden Gesellschaftsdienstes zu machen - und wäre dabei mit ausreichender freiwilliger Bereitschaft der Jugend zu rechnen, ohne gleichzeitig das der allgemeinen Wehrpflicht entledigte Militär auszuhungern?

Fragestellung

Neben einigen osteuropäischen Staaten sowie z.B. Belgien, Holland, Frankreich und Deutschland wurde inzwischen auch Österreich von der Diskussion über den Wechsel vom Wehrpflichtigen- zum Freiwilligen- resp. Berufswehr erfaßt. Mit Blick auf die gesellschaftliche Lage der Jugend wäre nun zu untersuchen, auf welche Voraussetzungen und soziologischen Bedingungen ein solch weitreichender Wandel trifft und welche Folgen er gegebenenfalls hätte. Besonderes Interesse findet dabei die Frage, ob, in welcher Form und mit welchen Begründungen der Staat seinen jüngeren Generationen Ersatzleistungen für die bisher mehr oder weniger "selbstverständliche" - und bei gesetzlich ungedeckter Nichterfüllung mit empfindlichen Strafsanktionen versehene -, allgemeine Pflicht des Wehrdienstes abverlangen wird.

#### Die allgemeine Wehrpflicht - ein Auslaufmodell

Der gesellschaftliche Abstieg der historisch jungen Institution der allgemeinen Wehrpflicht begann in dem Moment, als Alternativen - wenn auch mit dem Etikett der ausnahmsweisen "Ersatzdienstleistung" - gesetzlich ermöglicht und in tendenziell steigendem Maß auch ergriffen wurden.

Die allgemeine Wehrpflicht - ein Auslaufmodell

Historisch ist die allgemeine Wehrpflicht nicht vom entstehenden Nationalismus des frühen 19. Jahrhunderts zu trennen, militärisch war sie unerläßlich zur Aufstellung der Massenheere und Voraussetzung für die Tendenz zu "totalen Kriegen". Sie wurde nicht infolge höherer Einsicht oder durch Volksentscheid, sondern stets "von oben" und meist als Reaktion auf militärische Niederlagen eingeführt. Eine Wesensverwandtschaft mit der Demokratie ist nirgendwo schlüssig belegt: Historisch vollzog sich ein Wandel vom Wehrrecht des Bürgers zur Wehrpflicht des Untertanen, weshalb das Wort vom "Staatsbürger in Uniform" für Wehrpflichtige widersprüchlich ist, unterliegen sie doch als waffentragende Soldaten teils erheblichen Einschränkungen ihrer Grundrechte, während ihnen als zivile Bürger das Tragen von Waffen verwehrt ist. Trotz alledem besteht an der Vereinbarkeit der allgemeinen Wehrpflicht mit der Demokratie kein Zweifel: Ihr Mißbrauch für Angriffskriege erfolgte unter totalitären, mindestens aber undemokratischen Vorzeichen. Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht belasten ihre männlichen Bürger doppelt, nämlich durch den Waffendienst auf der einen und die Steuerleistungen für das Verteidigungsbudget auf der anderen Seite.

Vom Wehrrecht des Bürgers zur Wehrpflicht des Untertanen

Wehrpflichtsysteme regulieren ihren Militäretat anders als Systeme mit freier Wahlmöglichkeit des Militärberufs nicht ausschließlich über den Staatshaushalt, sondern budgetentlastend auf Kosten der individuellen Zwangsleistungen ihrer männlichen Jugend - in den Demokratien eine Praxis ohne jede Analogie. Die allgemeine Wehrpflicht ist ein dauernder Ausnahmezustand, gerechtfertigt nur durch potentielle militärische Bedrohungen, die im (gedanklich unterstellten) Ernstfall die Mobilisierung

Zwangsleistung der männlichen Jugend

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

431

aller Ressourcen erforderlich machte. Für "zivil" verursachte Mega-Katastrophen existieren zwar in der Regel Notstands- bzw. Katastrophenschutzgesetze, die aber anlaßbezogen anstatt alarmistisch angelegt sind, so als ob im zivilen Ernstfall auf Einsicht und Vernunft, im militärischen hingegen nur auf ein ständiges Zwangsinstrument gesetzt werden könne.

In eklatante Widersprüche gerät die Praxis der allgemeinen Wehrpflicht hinsichtlich ihrer Vereinbarkeit mit der inzwischen in fast ganz Europa "siegreichen" Marktwirtschaft: Wo die ökonomischen Prinzipien der freien Initiative des einzelnen unter möglichst großer Wahrung seiner Freiheitsspielräume, des Wettbewerbs und der durch ihn geschaffenen Möglichkeiten autonomer Planung und Entscheidung oder der dezentralen Lenkung und Steuerung herrschen, muß die allgemeine Wehrpflicht im Grunde genommen als systemwidrig, in Anbetracht einer entspannten militärischen Bedrohungslage zumindest als zunehmend entbehrlich empfunden werden. Die der allgemeinen Wehrpflicht unterworfenen männlichen Jugendlichen wurde - demokratisch korrekt - über die Einführung dieses Systems durch das Wehrgesetz 1955 nie befragt. In dieser Gruppe der Hauptbetroffenen wäre dafür heute keine Mehrheit zu gewinnen: Gab es zwischen 1990 und 1991 unter den Jugendlichen (14-24 Jahre bzw. Schüler/-Studenten) noch knappe relative Mehrheiten für die Wehrpflicht, so kehrte sich dieses Bild seit Anfang 1992 offenbar um. Eine Studie der Jungen ÖVP ergab ein Verhältnis von 49:46% für ein Berufsheer (Junge ÖVP: Wehrpflicht kontra Berufsheer, Wien 1992, unveröffentl. Manuskript), eine Umfrage des "Standard" (1.7.92, 1 und 5, Büro DIESS - Eigenstudie) gar von 61:38 Prozent. Bei Studenten und in den Großstädten ist der entsprechende Vorsprung überdurchschnittlich ausgeprägt.

Eine kritische Stellungnahme zur allgemeinen Wehrpflicht kam zu folgenden Ergebnissen: Mit Blick auf die Nation ist sie ein kollektivistisches Modell, mit Blick auf die Gesellschaft ein etatisches bzw. obrigkeitsstaatliches, mit Blick auf die Ökonomie ein eher plan- als marktwirtschaftliches, mit Blick auf die freie Selbstbestimmung des einzelnen ein Zwangsinstrument - und militärisch umso ungeeigneter, je geringer der Streitkräfte-Umfang und je fortgeschrittener die Rüstungstechnologie sein werden.

Dem Ansehensverlust der allgemeinen Wehrpflicht entspricht, wiederum in weiten Teilen Westeuropas, die gesellschaftspolitische Aufwertung des ursprünglich ausnahmsweise als Ersatz eingerichteten Zivildienstes. Aus dieser Koppelung entstünde ein Dilemma, weil eine Preisgabe der Wehrpflicht das Ende des Zivildienstes bedeutete. Wo letzterer nicht nur zur bevorzugten Alternative, sondern auch zum zunehmend unentbehrlichen Bestandteil der sozialen Dienste expandierte, droht eine nicht mehr "allgemeine", sondern selektive Wehrpflicht zur bloßen Rechtfertigung für die allseits erwünschte Weiterexistenz der "Ersatzdienste" zu verkümmern.

Zu diesem "Wettkampf um die Gunst der Jugend" für den einen oder anderen Dienst, der sich auch in Österreich abzeichnet, kam aber auch grundsätzliche Kritik an der mangelhaften Ausbildung der Zivildienstler in sensiblen Pflegebereichen und am Umstand, daß diese "billigen" Arbeitskräfte die Arbeitsplätze des regulären, gut ausgebildeten Personals gefährdeten. Andererseits müßten manche Organisationen ihre stark nachgefragten Dienste einstellen bzw. reduzieren, wenn sie statt auf Zivildienstler auf ungleich kostspieligere Fachkräfte zurückgreifen müßten. Eine Diskussion um Alternativen - sei es die echte Gleichstellung von Wehr- und Zivildienst, sei es die Einführung einer neuen Form des "Gesellschaftsdienstes" - drängte sich also geradezu auf.

Aus der Sicht des Militärs besteht in diesem Zusammenhang insofern ein Dilemma, als die Angst vor einem Unterangebot an Wehrdienstleistenden der Einsicht gegenübersteht, daß die Handhabung der allgemeinen Wehrpflicht nicht mehr "gerecht" erfolgen kann und damit permanenten Konfliktstoff bietet.

Eher plan- als marktwirtschaftlich

Unter Jugendlichen nicht mehrheitsfähig

Wehrpflicht und Zivildienst

Wehrpflicht als Rechtfertigung für Ersatzdienste

Probleme des Zivildienstes

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

432

Auf die Frage, wer die nützlichere Leistung für Österreicher bringt bzw. wer mehr für die Gesellschaft leistet, antworteten im österreichischen Bevölkerungsdurchschnitt (in Prozent):

Höhere Bewertung  
des Zivildienstes  
bei Erwachsenen...

	Präsenzdiener	Zivildienstler	beide gleich
1983	39	26	22
1989	24	39	36

(Bonelli und Prinz 1984 bzw. Fessel 1989)

So konnte es in der Tat keine Überraschung mehr sein, wenn 1991 nach einer vom Verteidigungsministerium beauftragte Studie nur mehr jeder dritte Jugendliche für den Fall der freien Wahl und gleicher Zeitdauer den Dienst im Bundesheer vorgezogen hätte (Der Standard vom 16.5.91, 5).

...und Jugendlichen

Zum empirisch belegten Trend zur gesellschaftlichen Höherbewertung des Zivildienstes kommt eine Bedarfszunahme an sozialen Diensten bei gleichzeitiger Verringerung quantitativer Erfordernisse für die militärische Landesverteidigung.

Nun kann natürlich kein Zweifel daran bestehen, daß die wissentliche Auszehrung und vielleicht Funktionsgefährdung der Armee nicht im Staatsinteresse liegt. Andererseits wird an diesem Beispiel klar, daß Streitkräfte ihre traditionelle Sonderstellung auch unter demokratischen Bedingungen nicht verlieren, solange das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht herrscht. Während in Demokratien mit Freiwilligen-Armeen diese nach aller Erfahrung kein "Staat im Staate", sondern eine Institution wie andere auch sind, balanciert das Wehrpflicht-Heer unter dem Eindruck des sozialen Wandels fortwährend am Rande des Ausnahmezustandes.

Demokratiepoliti-  
sches Konfliktpoten-  
tial

Der Umstand, daß eine auf allgemeine Wehrpflicht aufgebaute militärische Landesverteidigung staatsrechtlich vor alle anderen Politikbereiche gereiht ist, macht heute ihr latentes demokratiepolitisches Konfliktpotential aus. Abgesehen vom Problem des "Ernstfalles" muß man sich doch fragen, welche Prioritäten die Bevölkerung setzte, bestünde die Wahl zwischen der Behebung einer Krise im Pflichtschulwesen und einer solchen im Bundesheer. Gerade weil seit einiger Zeit die Überlegung vom Tisch ist, ob Österreich überhaupt ein Heer braucht, wird die Frage nicht verstummen, ob es für dessen Bestand und Effizienz einer Zwangsmaßnahme bedarf.

### Alternative "Allgemeiner Gesellschaftsdienst"

Die Diskussion um eine Trennung der "siamesischen Zwillinge" Wehrdienst und Zivildienst durch die Schaffung eines neuen "allgemeinen Gesellschaftsdienstes" setzte 1990 in der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreich ein.

So beschäftigte sich z.B. anlässlich der 7. Internationalen Sommerakademie auf Burg Schlaining eine der Arbeitsgruppen mit der Frage einer "Zivilisierung der Sicherheits- und Wehrpolitik" und erörterte in diesem Zusammenhang Aspekte einer allgemeinen Dienstpflicht für den Rettungsdienst, Tätigkeiten im Pflegebereich und anderen Sozialdiensten sowie für die Ausbildung in Methoden ziviler Verteidigung.

Bisherige  
Diskussion

Aus der für die Koordination der Sicherheitspolitik und das Staatliche Krisenmanagement zuständigen Gruppe des Bundeskanzleramtes kam Anfang 1991 die inoffizielle Anregung für einen "Gesellschaftsdienst", der sich im Sinn einer "Zivilisierung" in solche Bereiche erstrecken könnte, in denen die staatliche Wohlfahrt an ihre Grenzen stoße: Sozialdienst, Alten- und Krankenpflege, Behinderten- und Randgruppenbetreu-

Grenzen staat-  
licher Wohlfahrt?

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

433

ung, Hilfs- und Rettungsorganisationen, Ver- und Entsorgungswesen, Umwelt- und Katastrophenschutz sowie Informationswesen oder Entwicklungsdienst. Die Fragen nach Verpflichtung bzw. Freiwilligkeit, der Einbeziehung beider Geschlechter und der Dauer eines derartigen Dienstes blieben dabei freilich offen (Stippel 1991, 19).

Verpflichtend oder  
freiwillig?

Ähnliche Vorstöße erfolgten gelegentlich auch aus den Reihen der etablierten politischen Parteien, so etwa durch den außenpolitischen Sprecher der ÖVP, Khol: Er schlug vor, die allgemeine Wehrpflicht "ab einem sicherheitspolitisch vertretbaren Zeitpunkt" durch eine allgemeine Dienstpflicht zu ersetzen, wobei der Dienst ohne Waffe in einer Ausbildung für Umwelt- und Katastrophenschutz bestehen könnte (APA-Meldung vom 17.10.91).

Im Zuge der öffentlichen Diskussion wurden freilich Einwände laut, die ernster genommen werden müssen. Unter der Voraussetzung, der gedachte Gesellschaftsdienst behielte den der allgemeinen Wehrpflicht respektive dem Ersatzdienst eigenen Zwangscharakter bei und würde gar noch auf junge Frauen ausgedehnt, wäre der Vorwurf nicht von der Hand zu weisen, der Staat wolle sich auf diese Weise "Staatsklaven" schaffen, um gegen ein ausbeuterisches Minimum an Entgelt ein Maximum an Arbeitseinsatz zu verlangen (Leserbrief in: Die Zeit 23/1989,23). Es hätte keinen nachvollziehbaren Sinn, junge Menschen in Dienstleistungsbetrieben des Sozialwesens nach funktionellen Regelungen zu beschäftigen, die allenfalls dem militärischen Bereich mit seinen ganz anderen Aufgaben angemessen sind, wie es schon derzeit in der Regel für Zivildienstleistende gilt. Man leiste, so eine andere kritische Stimme, autoritären Tendenzen Vorschub, wenn es manchen Protagonisten des allgemeinen Gesellschaftsdienstes vor allem darum geht, die Jugend "in den Griff" zu nehmen, um sie durch das Erlernen von Gehorsam und Unterordnung zu "ordentlichen Staatsbürgern" zu machen (Die Zeit 38/1992, 44).

Staatsklaven?

Jugend in den  
Griff be-  
kommen ?

In positiven Stellungnahmen wurde hervorgehoben, daß sich die zahlreichen Gemeinschaftsaufgaben in der Gesellschaft ohne die Mitwirkung junger Menschen nicht mehr bewältigen ließen und eine entsprechende Engagementbereitschaft der Jugend auch unter Inkaufnahme von Opfern erwartet werden müsse (vgl. dazu den folgenden Abschnitt). Auch wurde bestritten, daß der derzeitige Zivildienst ein "Jobkiller" sei und infolge zu kurzer und schlechter Ausbildung eine Ausweitung bzw. Neudefinition als Gesellschaftsdienst im Interesse absehbarer "Pflegerotstände" sogar wünschenswert wäre. Darüber hinaus wurden ethische Kriterien geltend gemacht: Schon jetzt im Zivildienst Sorge die Jugend dafür, daß Nächstenliebe und Mitleid in einer Wettbewerbs- und Wachstumsgesellschaft überleben und dadurch persönlicher Einsatz nicht nur in Geld, sondern auch in Dankbarkeit und Freude aufgewogen werde - Erfahrungen für den einzelnen, die eine Leistungsgesellschaft nicht mehr vermitteln (Leserbrief in: Die Zeit 41/1989, 23).

Opferbereitschaft  
verlangen ?

Jobkiller ?

Ein Wandel des gesellschaftlichen Sicherheitsbegriffes und damit verbunden des Bedrohungsempfindens bestimmt den sicherheitspolitischen Aspekt der Thematik: Nicht mehr die militärische Verteidigungsfähigkeit genießt in den Augen der Bevölkerung Vorrang, sondern andere politische Ziele, wie die Bewältigung der Migration, Bewahrung einer lebenswerten Umwelt, Schutz vor den Risiken der chemischen und nuklearen Großtechnologien oder die soziale Sicherheit. Generell wird "Sicherheit" nicht mehr primär militärisch, sondern im umfassenden Sinn als Schutz vor allen möglichen Bedrohungen verstanden, so daß die traditionelle Hervorhebung der Belange der Landesverteidigung - nicht zuletzt auch mittels allgemeiner Wehrpflicht - öffentlich nicht mehr ausreichend mitgetragen wird. Auch aus diesem Grund dürfte das gesellschaftspolitische Klima der Idee eines Gesellschaftsdienstes nicht abträglich sein.

Neues Sicher-  
heitsdenken

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

434

### Zur Bedarfslage bei sozialen Diensten

Sozialhistorisch haben sich soziale Dienstleistungsberufe aus häuslicher Tätigkeiten entwickelt - Kindergärten oder Seniorenheime sind relativ junge Einrichtungen; das gilt erst recht z.B. für Frauenhäuser oder die Vielzahl von Beratungsstellen. Die Professionalisierung solcher Dienste erfolgte erst nach ihrer Ausdifferenzierung und Spezialisierung über ehrenamtliche Tätigkeiten und Selbsthilfegruppen, so daß es bis jetzt ein Nebeneinander von familiären, institutionellen und staatlichen Trägerschaften in den sozialen Diensten gibt.

Empirische Erhebungen (Antalovsky und Bauböck 1989) weisen darauf hin, daß hoher Bedarf nach dem weiteren Ausbau sozialer Dienste besteht. Dies gilt insbesondere bei Heimhilfediensten, bei der Hauskrankenpflege sowie beim Informationsdienst über soziale Rechte, die Möglichkeiten der Betreuung und die Hilfe bei Behördenkontakten. Dabei spielen neben den rein quantitativen auch qualitative Kriterien eine Rolle: Die Bevölkerung ist sich sehr wohl bewußt, daß soziale Hilfe eine anspruchsvolle Aufgabe darstellt und nicht nur fachliche Ausbildung, sondern auch angemessene Bezahlung voraussetzt. Dennoch wird anerkannt, daß viele Organisationen sich die Entlohnung aller ihrer Helfer nicht leisten können und - besonders bemerkenswert - daß freiwillige Helfer häufig rascher und unbürokratischer tätig werden könnten als berufliche. Im Kontrast dazu rangieren private Wohlfahrtsverbände und andere Organisationen des intermediären Sektors deutlich hinter den kommunalen Hilfseinrichtungen, wenn es darum geht, an wen man sich bei Bedarf wenden würde. Lösungskompetenzen bei sozialen Diensten werden offenbar doch eher dem öffentlichen Bereich zugeschrieben, was aber noch nicht ohne weiteres die Interpretation zuläßt, daß private Leistungserbringer die ihnen unterstellten Vorteile höherer Flexibilität und niedriger Kosten offenbar nicht überzeugend nachzuweisen in der Lage wären.

Hoher Bedarf

Höhere Einschätzung öffentlicher und sozialer Dienste

Auf der Angebotsseite wird nach den derzeitigen Gegebenheiten mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten werden können. Dieselbe Studie erbrachte bezüglich der Bereitschaft zur Tätigkeit in Pflegediensten das Ergebnis, daß kontinuierliche Tätigkeiten für familienfremde Personen nur zu einem sehr geringen Prozentsatz über freiwillige und unentgeltliche, also ehrenamtliche Hilfe abdeckbar sind.

Angebot hält nicht Schritt

Zur Vermeidung eines absehbaren "Pflegetnotstandes" wie in Deutschland wollen daher manche in Österreich den massiven Ausbau des professionellen Elements in den sozialen Diensten ins Auge fassen. Trotz angespannter Lage des Arbeitsmarktes stieg die Anzahl der im Sektor Gesundheit und Fürsorge Beschäftigten zwischen 1991 und 1992 um 5.700 (Trend 12/1992, 44). Das neue Pflegegeld verbessert zwar aller Voraussicht nach die Möglichkeiten der nachfragenden Bedürftigen, kann aber ausreichende personelle Kapazitäten auf der entsprechenden Angebotsseite nicht sicherstellen. Was läge also näher, als die Lücken mit Wehrpflichtigen auszufüllen, die sich für den Ersatzdienst entscheiden und in den derzeitigen Einsatzgebieten des Zivildienstes zu wenig Plätze vorfinden.

Drohender Pflegetnotstand

### Empirische Befunde: Einstellungen der Jugend

Obschon ein säkularer gesellschaftlicher Trend offenkundig ist, wonach persönliche Opfer für die Gemeinschaft nicht mehr selbstverständliche Regel sind - ein sozialer Tatbestand, dem die allgemeine Wehrpflicht wie gezeigt zuwiderläuft -, besteht doch kein Grund für die Befürchtung, daß sich "die" Jugend vom öffentlichen Engagement verabschiedet und ihre Sozialisation diesbezüglich verarmt. Aus dieser Perspektive ist ja der vermehrte Zustrom zum Zivildienst überaus positiv zu bewerten, weshalb auch die aus interessenspezifischer militärischer Sicht verständliche Stigmatisierung des Ersatzdienstes gesellschaftspolitisch überholt ist.

Einstellung der Jugend

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

435

Wie sähe aber nun die jugendliche Bereitschaft aus, bei Wegfall von Wehr- wie Ersatzdienst eine Gemeinschaftsdienstpflicht anderer Qualität wahrzunehmen, ohne daß die Bedarfsdeckung sowohl der gesellschaftlichen wie der militärischen Dienstleistungen aufs Spiel gesetzt wird?

Die einzig verfügbaren österreichischen Daten zur Frage des allgemeinen Gesellschaftsdienstes entstammen der "Jugendstudie '92" des Wiener Fessel-Institutes (N=1000 Jugendliche zwischen 14 und 24 Jahren), wobei die Erhebung in der ersten Jahreshälfte 1991 und damit noch vor dem Inkrafttreten der Aussetzung der Zivildienstkommissionen erfolgte. Man läge wohl nicht ganz fehl mit der Vermutung, daß die Resultate einen Einfluß auf diese Entscheidung ausübten.

Die Frage lautete: "Eine Umwandlung in eine allgemeine Dienstpflicht würde die freie Wahl zwischen Präsenzdienst und Zivildienst bei absolut gleichen Bedingungen ermöglichen. Würden Sie persönlich die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht . . ." (in Prozent)

sehr begrüßen	42
eher begrüßen	39
eher ablehnen	12
völlig ablehnen"	6

Einstellung  
zur allgemeinen  
Dienstpflicht

Insgesamt gut 80 Prozent der jungen Österreicherinnen (83 %) und Österreicher (78 %) hätten sich also mit einer derartigen Systemänderung grundsätzlich anfreunden können, gleiche Behandlung beider Dienstformen freilich vorausgesetzt. Damit wäre ein Trend gegen die allgemeine Wehrpflicht zu Gunsten einer gesamtgesellschaftlichen Funktion jugendlicher Pflichtdienstleistungen eindrucksvoll belegt.

### Mädchen in Uniform?

Nach Artikel 9a (3) der Bundesverfassung ist jeder männliche österreichische Staatsbürger wehrpflichtig; folgerichtig bleibt auch der zivile "Ersatzdienst" eine Domäne der jungen Männer. Wo die weibliche Bevölkerung vom Militärdienst ausgeschlossen ist, wird der Gleichheitsgrundsatz verworfen: Den Wehrdienstleistenden obliegt eine die Lebensplanung oft einschneidend beeinflussende Pflicht, während unter den dadurch grundsätzlich bevorzugten Frauen jener Minderheit, die sich für eine temporäre oder dauernde Berufsausübung innerhalb einer militärischen Organisation entscheiden würde, sowohl die Armee als auch der Zivildienstsektor verschlossen bleiben. Sollte eines Tages die allgemeine Wehrpflicht fallen und durch einen nicht obligatorischen Gesellschaftsdienst ersetzt werden, der auch den Dienst mit der Waffe zur freien Wahl stellt, fielen alle noch so ernst gemeinten bzw. fadenscheinigen Begründungen weg, Frauen vom Militär fernzuhalten - denn daß ihnen die dann nicht mehr an den Wehrdienst gekoppelten zivilen Aufgaben erspart bleiben, wäre gesellschaftlich kaum durchsetzbar.

Bedarfs-  
argument

Eine allgemeine Dienstpflicht für beide Geschlechter würde das Bedarfsargument auf mindestens ebenso plausible Art im sozialen Bereich zur Geltung bringen, wodurch sich dann der Staat billige Arbeitskräfte für Tätigkeiten beschaffen könnte, für deren hinreichende Ausübung er sonst auf dem Arbeitsmarkt nachfragen müßte.

Was den Zugang der weiblichen Jugend zum Bundesheer betrifft, so lehnen nur rund 60% der österreichischen Bevölkerung eine solche Vorstellung ab (Österr. Politische Korrespondenz v. 23.1.89); auch bei den 10 - 15-jährigen Jugendlichen ist dieser Anteil nicht höher, allerdings jeweils mit weit überwiegender Betonung der Freiwilligkeit.

Frauen zum  
Bundesheer:  
nur 60 %  
dagegen

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

436

Unter den Angehörigen des Bundesheeres genoß hingegen vor 10 Jahren die Ausdehnung der Wehrpflicht auf Mädchen die Unterstützung einer starken Minderheit von ca. 40 Prozent (Ifes 1982).

### Freiwilligkeit oder Zwang - gesellschafts- und demokratiepolitische Aspekte

Wo die allgemeine Wehrpflicht als zwar demokratieadäquate, keineswegs aber auch dem Wesen der Demokratie inhärente Institution existiert, hat sie der Staat als ausnahmsweise und verfassungsrechtlich verankerte Einschränkung der Freiheit seiner (männlichen) Bürger u.a. damit gerechtfertigt, daß er die militärische Landesverteidigung zur vorrangigen Aufgabe für alle erhob, die auf andere Weise offenbar nicht zu leisten wäre. Für die sozialen Dienste gilt dieses Prinzip nicht. Mit der Einführung des Zivildienstes als gesetzlich mit der Wehrpflicht verkoppelter Ersatzdienst stellt der Staat indes vielen Organisationen, die soziale Aufgaben wahrnehmen, auf dem Weg einer Zwangsverpflichtung billige Arbeitskräfte zur Verfügung; gleichzeitig entlastet sich der Sozialstaat selbst. Beachtete man das nach den sonst so hoch gehaltenen Kriterien der Marktwirtschaft postulierte Gebot der Arbeitsmarktneutralität und die Behauptung einiger Wirtschaftsexperten, wonach sich das System der allgemeinen Wehrpflicht auch ökonomisch nicht mehr rechnet, so müßte man Wehr- und Zivildienst in der gegenwärtigen Form ihres Zwangscharakters entledigen bzw. überhaupt durch andere Modelle ersetzen.

Zwangsverpflichtung durch andere Modelle ersetzen

Die Frage einer allgemeinen "Dienstpflicht", die vom Staat eingefordert, reguliert und nötigenfalls mit Strafsanktionen durchgesetzt würde, sollte daher in der Demokratie schon beantwortet sein: Die freie Entfaltung der Person und das im ökonomischen System unantastbare Prinzip der Entscheidungsfreiheit sprechen für die Freiwilligkeit jedweden sozialen Engagements.

Für Freiwilligkeit

### Zusammenfassung

Wie andere europäische Staaten wurde auch Österreich von einer Tendenz erfaßt, die auf soziale Gleichwertigkeit und längerfristig auf eine Konkurrenzsituation zwischen Wehr- und Zivildienst hinausläuft und die politisch nur für den Fall einer fundamentalen Veränderung der militärischen Bedrohungssituation rückgängig zu machen wäre. Infolgedessen kam es auch hier zu Vorschlägen, die allgemeine Wehrpflicht durch einen "allgemeinen Gesellschaftsdienst" zu ersetzen. Kardinalfrage ist dabei, ob ein solcher Dienst mit Wahlfreiheit zwischen militärischen und zivilen Ersatzgebieten auf freiwilliger oder verpflichtender Basis eingerichtet werden sollte.

Abgesehen davon, daß Zwangsmaßnahmen einer demokratischen Gesellschaft vom Wesen her unangemessener sind als das Prinzip der Freiwilligkeit, dürfte eine Regelung schwer durchsetzbar sein, die den Waffendienst in Abwendung von der bisherigen Praxis zur freien Wahl stellt, den übergeordneten Dienst hingegen einer allgemeinen gesetzlichen Verpflichtung unterwirft. Darüber hinaus stünde damit das Problem der Einbeziehung auch der weiblichen Staatsbürger an, was erhebliches Konfliktpotential freisetzt.

Anregung zur Diskussion

Sollte sich in absehbarer Zeit in Österreich die demokratiepolitische Unhaltbarkeit einer zunehmend als unattraktiv, ungerecht oder (auch militärpolitisch) überflüssig empfundenen Wehrpflicht herausstellen, so wäre - begleitet von sorgfältigen Erhebungen der jeweiligen Freiwilligenpotentiale - eine breite Diskussion über Einführung und Formen eines "allgemeinen Gesellschaftsdienstes" anzulegen.

Personelle Engpässe oder gar Notstände stellen im sozialen nicht weniger als im

## 2. Bericht zur Lage der Jugend

437

militärischen Bereich ein ernstes Sicherheitsrisiko dar, weshalb vermieden werden muß, daß im hypothetischen Rahmen eines Gesellschaftsdienstes der eine auf Kosten des anderen Bereiches ausgezehrt würde. Wenn in diesem Beitrag unzweideutig für die Freiwilligkeit plädiert wird, so wäre dieser schon allein durch z.B. arbeitsmarktbedingte Schwankungen bei der Bereitschaft der Jugend gegebenen Gefahr durch Anhebung der Attraktivität aller Dienstoptionen vorzubeugen. Denkbar sind Gratifikationen und Anreize wie angemessenes Entgelt, über-proportionale Anrechnung von Pensionszeiten, erhöhter Urlaubsanspruch usw.

Positiv gewendet muß der soziale Ansehensgewinn ziviler Dienste nicht einseitig als Absage an den Militärdienst, sondern vielleicht nur an dessen Zwangscharakter interpretiert werden und könnte sich in einem neuen Gesellschaftsdienst als liberal geregeltes System aktiver sozialer Solidarität entfalten. So wie die Einführung des Pflegegeldes künftig eine Marktsituation in den sozialen Diensten begünstigt, könnte ein mit Sozialprestige und auch materiellen Anreizen versehener Gesellschaftsdienst auf lange Sicht den Staat und seine Fürsorgeaufgaben eher ent- als belasten und zudem ein Klima der Gemeinschaftlichkeit fördern.

Gerade heute wäre es aber der viel weitergehenden Überlegung wert, einen auf Wahlfreiheit beruhenden Dienst sukzessive zu "entnationalisieren" und behutsam auf europäische und schließlich auch UNO-Ebene auszudehnen. Vielleicht erhielte auf diese Weise sogar der Begriff "Pflicht" eine neue Qualität.

### Literatur:

- Antalovsky, E., Bauböck, R.: Staat und privat in den sozialen Diensten, in: SWS-Rundschau 1, 1989, S 85-101
- Bonelli, G., Prinz, M.: Milizstudie, Wien 1984 (Linearauszahlung: unveröff. Manuskript)
- Fessel + GFK-Institut: "Inside Austria", Teil 27, Wien 1989 (unveröff. Studie)
- Institut für empirische Sozialforschung (IFES): Basisstudie Bundesheer 1980/81, Wien 1982 (unveröff. Studie)
- Institut für empirische Sozialforschung (IFES): Meinungsbild der 10-15jährigen zum Themenbereich Krieg und Frieden, Wien 1990 (Kurzfassung-unveröff.)
- Stippel, J.: Geistige Landesverteidigung, in: Österr. Militärische Zeitschrift 1, 1991, S 18-20